

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 80.

Dienstag den 4. Oktober 1904.

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. |
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokal im Rathause.
Für den Buchhandel in Kommission bei M. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), I., Walfischgasse 10.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **30. September 1904** unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

Die spätere Eröffnung der Sitzung findet ihre Begründung in dem ganz ungeheueren Einlauf, den ich doch vor der Sitzung durchlesen mußte.

1. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen die Gem.-Räte Eßlbauer, Wimberger, Horak und Ritter v. Findenigg.

Auch die Herren Gem.-Räte Kauer und Platter haben ihr Ausbleiben entschuldigt.

2. Dem Herrn Gem.-Rat Zandra habe ich einen Urlaub vom 12. bis 30. September bewilligt.

3. Seine Eminenz der Fürsterzbischof von Wien richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„Am 4. Oktober, als dem Namensfeste Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, wird für Allerhöchst derselben ewiges und zeitliches Wohl um 11 Uhr vormittags in der Metropolitankirche zu St. Stephan ein feierliches Hochamt mit Te Deum abgehalten werden.“

Indem ich höflichst erjuche, hievon Kenntnis zu nehmen, beehre ich mich zugleich, zur Teilnahme an dieser Feier ergebenst einzuladen und geharre mit dem Ausdrucke der vollkommensten Hochachtung

Anton Josef Kardinal Gruscha,
Fürsterzbischof.“

4. Ich habe mir erlaubt, den mir aus der Paul Schmölzer'schen Stiftung für die Überwachung der richtigen Erfüllung dieser Stiftung zukommenden Betrag per 65 K 73 h für wohlthätige Zwecke zu spenden.

5. Der k. k. Notar Dr. Eduard Jüngling richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„Die am 5. September 1904 verstorbene, in Wien, V., Makleinsdorferstraße 1 wohnhaft gewesene Frau Johanna Gräfin N i e l b u r g hat in ihrem Testamente ddo. Wien, am 17. September 1894 den Armen jenes Bezirkes, in welchem sie mit Tod abgehe, also den Armen des V. Gemeindebezirkes in Wien, den abzugsfreien Betrag von 1000 fl. österr. Währung = 2000 K Nominale in Silberrente legiert.“

Indem ich mir als Erbenvertreter nach obgenannter Erblasserin hievon ergebene Mitteilung zu machen erlaube, zeichne ich hochachtungsvoll ergebener ...“ u. s. w.

Die Versammlung spricht hiefür ihren wärmsten Dank aus.

6. Die Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim, vormals Sparkassa der Gemeinde Sechshaus, richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„Die gefertigte Direktion der Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim, vormals Sparkassa der Gemeinde Sechshaus, beehrt sich hiemit, Euer Hochwohlgeboren das Verzeichnis der von der Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim mit Genehmigung der hohen k. k. Staatsverwaltung

im Jahre 1904 aus dem Reingewinne der Anstalt pro 1903 bewilligten Spenden zu gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken zur geneigten Kenntnisnahme zu unterbreiten.

Hochachtungsvoll

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim, vormals Sparkassa der Gemeinde Sechshaus, Julius Siegmeth.

Das Verzeichnis lautet (liest):

„Im Jahre 1904 bewilligte Spenden der Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim aus dem Reingewinne derselben pro 1903:

1. Dem Kaiser Franz Josef-Jubiläumsfond zur Unterstützung bedürftiger Gewerbetreibender des XIV. Gemeindebezirkes in Wien eine Spende von 5.000 K
2. Zur Unterstützung bedürftiger Personen in Rudolfsheim, sowie zur Unterstützung von humanitären und gemeinnützigen Vereinen und Anstalten, welche in Rudolfsheim ihren Sitz haben oder deren humanes und gemeinnütziges Wirken speziell dem Bezirke Rudolfsheim oder den Bewohnern desselben zugute kommt, und für sonstige gemeinnützige und wohltätige Lokalzwecke des Bezirkes Rudolfsheim eine Spende von . . . 14.000 „
3. Zur Auspeisung armer Schulkinder des Bezirkes Rudolfsheim eine Spende von 14.000 „
4. Für gemeinnützige und wohltätige Lokalzwecke des Bezirkes Rudolfsheim zur Verwendung durch den Herrn Bezirksvorsteher nach freiem Ermessen desselben 2.000 „
5. Dem Pensionsfonde für die Beamten und Diener der Sparkassa Rudolfsheim eine Spende von 2.000 „
6. Zur Unterstützung von im Bezirke Rudolfsheim ansässigen verheirateten bedürftigen Wöchnerinnen, Refonvaleszenten, Kranken, kranken Kindern und Familien, welche ihres Ernährers beraubt sind, eine Spende von 2.000 „
7. Dem Weihnachts-Komitee zur Linderung der Notlage armer Schulkinder des Bezirkes Rudolfsheim eine Spende von 4.000 „
8. Dem unter dem Protektorate Ihrer k. und k. Hoheit Erzherzogin Maria Josefa stehenden charitativen Vereine für arme Kinder „Kinderschutzhäuser“ in Wien für eine im Bezirke Rudolfsheim zu errichtende Schutzhäuser, eventuell auch Tagesheimstätte einen Betrag von 2.000 „
9. Beitrag zur Dr. Karl Lueger-Stiftung 10.000 „
10. Dem Vereine Waisenspflege in Rudolfsheim 1.000 „
11. Zur Anschaffung eines Skioptikons für sämtliche Volks- und Bürgerschulen des Bezirkes Rudolfsheim 600 „
12. Dem Freiwilligen Rettungskorps Rudolfsheim zur Anschaffung eines neuen Rettungswagens einen Betrag von 2.000 „

59.000 K

Die Versammlung spricht durch Erheben von den Sitzen ihren Dank aus. (Die Versammlung erhebt sich.)

7. Von Seite des k. k. Bezirksgerichtes Rudolfsheim, Abteilung 3, werde ich von folgender Eingabe des Herrn Doktor Unterberger als Vertreter des Karl Uehlein, Privat in

Wien, I., Brandstätte 1, als Universalerbe nach Herrn Karl Freysing verständigt.

Diese Eingabe lautet (liest):

„Herr Karl Freysing hat in seinem Testamente ddo. 21. Mai 1904, Herrn Karl Uehlein, Privatier in Wien, I., Brandstätte 1, zum Universalerben eingesetzt und sub III r bestimmt:

„Ferner vermache ich den Betrag von 40.000 K, schreibe vierzigtausend Kronen, mit der Bestimmung, daß die von diesem Kapitale abreisenden Zinsen stets alljährlich an meinem Todestage unter die Armen und Bedürftigen von Rudolfsheim ohne Unterschied der Konfession durch die Gemeindevertretung über Vorschlag des Bezirksausschusses verteilt werden sollen“, und sub Punkt III s angeordnet: „Ferner vermache ich den Betrag von 20.000 K, schreibe zwanzigtausend Kronen, für Arme und Bedürftige ohne Unterschied der Konfession mit der Bestimmung, daß dieser Betrag von meinem Universalerben nach seiner freien Wahl, wobei er auch die Armen der Gemeinde Rudolfsheim gut bedenken möge, sogleich nach meinem Tode verteilt werden soll.“

Schließlich bestimmte der am 31. August verstorbene Erblasser sub Punkt IV desselben Testamentes: „das Armenlegat ad r ist innerhalb eines Jahres und das Legat ad s sofort nach meinem Tode zu berichtigen.“

Ich stelle demnach durch meinen bereits ausgewiesenen Vertreter die Bitte, das löbliche k. k. Bezirksgericht wolle die löbliche Gemeinde der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu Händen des Bürgermeisters Herrn Dr. Karl Lueger, Wien, I., Rathaus, mittels Schriftsatzes hievon verständigen.

Karl Uehlein.“

Die Versammlung nimmt dies dankend zur Kenntnis.

8. Herr Hugo Ringelheim, Handlungsdisponent in Wels, spendet anlässlich seiner Ziviltrauung den Betrag von 10 K. Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

9. Der Obmann des Armeninstitutes des VII. Wiener Gemeindebezirkes, Herr Ströbl, schreibt mir (liest):

„Der Gefertigte erlaubt sich die höfliche Anzeige zu erstatten, daß Herr Dr. Oskar Janowitzer, VII., Schottenfeldgasse 34, den Betrag von sechshundert Kronen über testamentarische Verfügung seines Vaters Herrn Albert Janowitzer zur Verteilung an Arme des Bezirkes Neubau, und zwar 300 K für Arme christlicher Konfession und 300 K für Arme israelitischer Konfession hieramts erlegt hat.“

Die Verteilung soll ehestens vorgenommen werden, und ersucht der Gefertigte, den angeschlossenen Betrag zu übernehmen und die weitere Verfügung geneigtest zu treffen.“

Die Versammlung spricht hiefür ihren wärmsten Dank aus.

10. Der Herr Vorsteher des III. Gemeindebezirkes, Herr Paul Spitaler, schreibt mir (liest):

„Der ergebenst Gefertigte bittet Euer Hochwohlgeboren, den Betrag von 100 K in Empfang nehmen zu wollen, welche am heutigen Tage unter der Chiffre „Dr. D. W.“ in der Gemeindefanzlei des III. Bezirkes für die Armen Wiens erlegt worden sind.“

Die Versammlung spricht dem unbekanntem Spender ihren Dank aus.

11. Herr Gem.-Rat Boyer hat mir namens des Bruders des verstorbenen Kapellmeisters und Komponisten Karl Krahl eine Biographie, sowie mehrere Kompositionen desselben für das städtische Musikarchiv übermittelt.

Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

12. Herr Sekretär Dr. Dont schreibt mir (liest):

„Hiemit erlaube ich mir die Originalskizzen des Heraldikers Hugo Ströhl zu den Territorialwappen der 20 Bezirke Wiens, und zwar: 20 Stück auf Karton gemalt, 21 Stück auf grauem Papier und 20 Miniaturen, mit der ergebensten Bitte, sie den städtischen Sammlungen zuweisen zu wollen, vorzulegen.“

Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

13. Herr Kustos Probst schreibt mir (liest):

„Für die städtischen Sammlungen hat gespendet: Herr Kommerzialrat Franz Elfinger, I., Volksgartenstraße 1, eine silberne Erinnerungsmedaille auf seine 50jährige Geschäftstätigkeit als Chef der Firma M. J. Elfinger & Söhne in Wien.“

Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

14. Der Kreuzer-Verein zur Unterstützung von Wiener Gewerbsleuten schreibt mir (liest):

„Die ergebenst gefertigte Zentral-Direktion des Kreuzer-Vereines erlaubt sich hiemit einem wohlwollenden Gemeinderat für die dem Kreuzer-Verein gnädigst verliehene Subvention im Betrage von 800 K den innigsten und wärmsten Dank zu unterbreiten.“

Wird zur Kenntnis genommen.

15. Der Schul-Ausschuß der Gremialschule für Buchdrucker- und Schriftgießerlehrlinge schreibt mir (liest):

„Indem der ergebenst gefertigte Schul-Ausschuß den 30. Jahresbericht der Gremialschule für Buchdrucker- und Schriftgießerlehrlinge vorlegt, bittet er den löblichen Gemeinderat, seinen schuldigen Dank für das dieser Schule auch in diesem Schuljahre bewiesene Wohlwollen entgegenzunehmen.“

Für den Schul-Ausschuß der Gremialschule für Buchdrucker- und Schriftgießerlehrlinge . . .“ u. s. w.

Wird zur Kenntnis genommen.

16. Seitens des k. k. Landes-Präsidiums in Salzburg erhalte ich folgende Note vom 15. September 1904 (liest):

„Das Präsidium der k. k. Landesregierung beehrt sich für den demselben am heutigen Tage als Ergebnis der von der Stadt Wien eingeleiteten Sammlung zugunsten der vom Hochwasser 1904 im Herzogtume Salzburg betroffenen Bevölkerung zugekommenen Betrag von 2384 K 77 h mit Beziehung auf die Zuschrift der Hauptkassa der Stadt Wien vom 10. September 1904, ad Z. 6114/II, den verbindlichsten Dank mit dem Bemerken auszusprechen, daß derselbe seiner Bestimmung zugeführt wurde.“

Es folgt eine absolut unleserliche Unterschrift. (Heiterkeit.)

17. Ich erhalte folgende Zuschrift (liest):

„Das ergebenst gefertigte Direktorium des Ersten österr.-ungar. Geflügelzuchtvereines erfüllt hiemit die angenehme Pflicht, dem löblichen Gemeinderate für die anlässlich seiner im Mai 1904 veranstalteten Jubiläums-Ausstellung gewährte Subvention von 100 K den verbindlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen (Zahl 3120 vom 25. August 1904) mit der ergebenen Bitte, dem Vereine bei seinen derartigen Unternehmungen auch fernerhin diese Unterstützung zu gewähren. Es wird höflichst beigefügt, daß

die gewährte Subvention bereits von der städtischen Hauptkassa angewiesen, beziehungsweise bei der k. k. Postsparkassa für den Verein eingezahlt wurde.

Hochachtungsvoll

Für den Ersten österr.-ungar. Geflügelzuchtverein“
 Folgen zwei unleserliche Unterschriften.

18. Die Genossenschaft der Wäschewaren-Erzeuger schreibt mir (liest):

„Laut Mitteilung der Magistrats-Abteilung XVI vom 20. September 1904, Z. 2679, hat der löbliche Gemeinderat mit Beschluß vom 12. Juli 1904, Z. 9392, der gefertigten Genossenschaft für ihre fachlichen Fortbildungsschulen pro 1904 eine Subvention von 800 K bewilligt.“

Die gefertigte Vorstehung erlaubt sich hiermit, für diese Widmung den ergebensten Dank auszusprechen.“

19. Der Direktor der Wiener Lehrlingsarbeiten-Ausstellung Michael Adler schreibt mir (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Wiener Lokal-Ausstellungs-Kommission für Lehrlingsarbeiten umfaßt nicht nur Lehrlingsarbeiten aus der Meisterwerkstätte, sondern auch den gewerblichen Unterricht, und zwar von den Vorbereitungskursen aufwärts bis zu den in Wien bestehenden Staatsgewerbeschulen.

Es wäre daher sehr wünschenswert, ja vielleicht sogar unbedingt notwendig, daß alle jene Personen, welche mit der gewerblichen Legislative mit beratender oder beschließender Stimme sich zu beschäftigen haben, die Ausstellung besuchen und dabei zur Kenntnis nehmen, in welchem Stadium sich die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses in theoretischer, sowie in praktischer Beziehung betätigt.

Die unterfertigte Direktion erlaubt sich daher an Euer Hochwohlgeboren die ergebene Bitte zu stellen, daß Euer Hochwohlgeboren anordnen wolle, daß in der Dauer der Ausstellung der Besuch des Gemeinderates stattfinde, wobei von Seite der gefertigten Direktion für die fachliche Führung vorgesorgt werde.“

Wenn die Herren einverstanden sind, werde ich mich mit den einzelnen Obmännern der Klubs ins Einvernehmen setzen und einen gemeinsamen Ausflug zur Besichtigung der Lehrlingsarbeiten-Ausstellung, welche wirklich außerordentlich interessant ist, veranstalten. (Bravo!)

20. Meine Herren! Jetzt kommt wieder eine Zuschrift der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft. (Hört! Hört!) Das ist nur, damit wir nicht aus der Übung kommen. (Heiterkeit. — Liest:)

„Mit Bezug auf die das Fleischhauergewerbe berührenden Vorgänge in der Gemeinderats-Sitzung vom 9. September 1904 sieht sich die gefertigte Wiener Fleischhauer-Genossenschaft veranlaßt, nachstehende Erklärung zur Kenntnis des Wiener Gemeinderates zu bringen.“

Der in erwähnter Sitzung verlesene Bericht des Wiener Magistrates über die einschlägigen Verhältnisse, besonders die gegenwärtige Preisbewegung auf dem Wiener Zentral-Viehmarkte, muß nach fachmännischer Beurteilung als ein objektiv falscher hingestellt werden, weil derselbe einerseits behauptet, daß die Einkaufspreise des Hornviehs gegenwärtig im Vergleich zu früheren Zeitperioden niedrigere sind, andererseits aber die tatsächliche Qualität des von ihm als Primaware bezeichneten Hornviehs mangels der nötigen fachmännischen Kenntnisse zu beurteilen

überhaupt nicht in der Lage ist.“ (Heiterkeit) — Also, spricht Herr Hütter — und fährt dann fort (liest):

„Die Wiener Fleischhauer-Genossenschaft muß weiters auf das entschiedenste Verwahrung dagegen einlegen (Ruf: „Uch!“), daß in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung einzelne Gewerbetreibende unserer Branche unter Bekanntgabe ihres Namens und ihrer Geschäftsadresse als willkürliche Fleischvertueurer dem Publikum gegenüber hingestellt wurden.

Abgesehen davon, daß es mangels einer bestehenden Taxe immerhin noch Sache des einzelnen Geschäftsmannes ist, den Preis für seinen Artikel im Einvernehmen mit seinen Kunden zu regulieren (Heiterkeit und Zwischenrufe), so erblickt die gefertigte Genossenschaft in jenem Vorgehen auch eine einseitige und ungerechtfertigte Preisgebung der geschäftlichen Interessen der betreffenden einzelnen Mitglieder.

Während infolge der sogenannten, in ihrem Bestande und Umfange noch gar nicht nachgewiesenen Futternot — da hat er einmal Recht — „eine ganze Reihe von anderen Approvisionierungsgewerben mit dem Preise ihres Artikels hinaufgehen konnten, ohne daß sie dafür in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung gewissermaßen gebrandmarkt wurden, geschah dies ohne nähere Untersuchung der Verhältnisse der betreffenden Geschäfte mit einer Anzahl von Fleischhauern, welche durch dieses Vorgehen augenscheinlicherweise in ihrem Betriebe nur eine Schädigung erfahren mußten, weil das mit der internen Geschäftslage und mit dem qualitativen Bedarfe des einzelnen Geschäftsmannes nicht vertraute Publikum infolge derartiger Vorgänge in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung in jenen Gewerbetreibenden nur unberechtigte und selbstjüchtige Ausbeuter erblicken konnte.

Die gefertigte Wiener Fleischhauer-Genossenschaft spricht ihre Ansicht dahin aus, daß nach ihrer Meinung die Wahrung der Interessen der Gesamtbevölkerung Wiens in Ansehung der Preise der Fleischnahrung auch ohne Bloßstellung einzelner Fleischhauergeschäfte von Seite des Wiener Gemeinderates hätte bewerkstelligt werden können und glaubt, daß das Fleischhauergewerbe, nicht als ein inferiores anzusehen ist und dieselbe Rücksicht und denselben Schutz wie andere Gewerbetreibende verdient.

Die gefertigte Wiener Fleischhauer-Genossenschaft ersucht daher, indem sie zugleich ihr lebhaftes Bedauern über jene Vorfälle in der Gemeinderats-Sitzung vom 9. September 1904 ausspricht, den hochgeehrten Herrn Bürgermeister, dahin wirken zu wollen, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft unterbleiben mögen.“ (Gelächter.)

Ich weiß nicht, ob Herr Gem.-Rat Hütter anwesend ist (Rufe: Nein!), aber er möge folgendes zur Kenntnis nehmen. In der Gemeinderats-Sitzung, auf welche angeblich die Fleischhauer-Genossenschaft in diesem Schreiben anspielt, ist die Fleischhauer-Genossenschaft nicht im geringsten berührt worden. Im Gegenteile, ich habe der weitaus überwiegenden Mehrzahl den Dank des Gemeinderates dafür ausgesprochen, daß sie der seitens des Gem.-Rates Hütter versuchten Aufforderung, die Preise zu erhöhen, nicht Folge geleistet haben. (So ist es! — Beifall.) Die Fleischhauer-Genossenschaft hat mit diesen Vorgängen gar nichts zu tun; es geht sie daher gar nichts an und ich bin überzeugt, die Fleischhauer-Genossenschaft hat diesen Brief auch gar nicht beschloffen; Der Brief — das kenne ich aus der Fassung und den einzelnen Fehlern, die in der Satzfügung vorkommen — ist ein

Fabrikat des Herrn Gem.-Rates Georg Hütter. (Rufe: ... und Kompagnie!)

Ich glaube nicht einmal, daß der Fede dabei war, aber Gem.-Rat Hütter, dem es natürlich sehr unangenehm ist, daß ich ihm etwas auf die Zehen getreten bin. Ich bringe also noch einmal zur Kenntnis, die Fleischhauer-Genossenschaft ist gar nicht beteiligt. Im übrigen werde ich mir von niemandem vorschreiben lassen, wie ich die mir anvertrauten Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten und zu wahren habe. (Lebhafter Beifall.)

21. Das Gemälde „Der Kinderfestzug“, welches von A. H. Schram im Auftrage der Gemeinde für die St. Petersburger Ausstellung „Die Kinderwelt“ ausgeführt wurde, ist heute Freitag den 30. d. M. vor der Gemeinderats-Sitzung im Beratungszimmer III zur Besichtigung aufgestellt worden.

Ich glaube, die Herren haben dieses Gemälde besichtigt und ich hoffe, es wird allseitigen Beifall gefunden haben.

22. Jetzt kommen noch einmal die Fleischpreise. Es berichtet mir der Magistrat folgendes (liest):

„In der öffentlichen Gemeinderats-Sitzung vom 9. September 1904 werden die im beiliegenden Ausweise angeführten 53 Fleischhauer als jene bezeichnet, welche vom 1. September 1904 an mit den Rindfleischpreisen in die Höhe gegangen sind. Von diesen Fleischhauern haben neun in den Tagesblättern und zwei von ihnen außerdem in einem Schreiben an den Magistrat erklärt, daß die Fleischpreise in ihren Geschäften nicht erhöht wurden und das Ersuchen gestellt, die Nichtigstellung zu veranlassen.

Die Namen dieser Fleischhauer sind:

Gustav Hermann, I., Schottenbastei 16.

Hermann Pollatschek, I., Zelinkagasse 10.

Bertold Gerstmann, II., Lilienbrunnngasse 16.

Karl Redl, III., Fasangasse 25.

Josef Sam, VI., Brückengasse 11.

Johann Mazka, VI., Mittelgasse 10.

Johann Riedling, VI., Hofmühlgasse 16.

Josef Kirchmayer, XIII., Hießinger Hauptstraße 24 und Altgasse 7.

Josef Wiener, XIV., Fünfhausgasse 8.

Hierüber wurden neuerliche Erhebungen eingeleitet. Dieselben haben folgendes ergeben:

1. Bezüglich des Gustav Hermann:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 180 auf 190 h angeführt. Hermann behauptet, daß er um den Preis von 190 h nie gehandelt habe. Da Hermann anfangs September diesen Preis jedoch notiert hatte, mußte vom Marktamte die Erhöhung als Tatsache angenommen werden.“

Die Herren werden sehen, daß der Bericht mit einer wirklichen seltenen Objektivität gearbeitet ist. (Liest:)

„2. Bezüglich des Hermann Pollatschek:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 170 auf 180 h angeführt. Pollatschek hat wohl jetzt wieder den Preis von 170 h notiert, hat jedoch tatsächlich anfangs September den Preis von 180 h notiert gehabt.

3. Bezüglich des Bertold Gerstmann:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des vorderen Rindfleisches mit Zuwage von 140 auf 150 h angeführt. Nach den neuerlichen Erhebungen hat Gerstmann diese Erhöhung bereits früher vorgenommen.

4. Bezüglich des Karl Redl:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 170 auf 180 h angeführt. Redl hat wohl diese Erhöhung nicht notiert; das Marktamt hat jedoch durch Nachfrage bei 8 bis 10 das Geschäft verlassenden Kunden festgestellt, daß Redl die Preise um 10 h erhöht habe. Da nicht hervorgeht, auf welchen Betrag erhöht wurde, die Erhöhung immerhin früher und auf den notierten Preis erfolgt sein kann, Redl weiters die Erhöhung ehrenwörtlich in Abrede stellt, muß angenommen werden, daß Redl mit 1. September keine Erhöhung vorgenommen hat.

5. Bezüglich des Josef Sam:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 152 auf 160 h angeführt. Sam hatte bei der Erhebung den Preis von 152 h notiert, verkaufte jedoch auch zu 160 h wie er den erhebenden Marktorganen gegenüber erklärte, ohne diesen Preis auf dem Tarife angeschrieben zu haben.

6. Bezüglich des Johann Matzka.

Im Ausweise ist eine Erhöhung des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 170 auf 180 h angeführt. Für Matzka gilt das bei Sam Gesagte.

7. Bezüglich des Johann Riedling:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des vorderen Rindfleisches mit Zuwage von 120 auf 128 h und des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 140 auf 152 h angeführt. Nach den neuerlichen Erhebungen wurde diese Erhöhung nicht im September 1904, sondern schon im Dezember 1903 vorgenommen.

8. Bezüglich des Josef Kirchmayer:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 180 auf 190 h angeführt. Nach den neuen Erhebungen hat Kirchmayer diesen Preis nur vom 1. bis 10. September 1904 geführt vom 10. September 1904 an hat er zwei Preise, und zwar 180 h und 190 h eingeführt.

9. Bezüglich des Josef Wiener:

Im Ausweise ist eine Erhöhung des hinteren Rindfleisches mit Zuwage von 170 auf 180 h angeführt. Nach den neuen Erhebungen ist diese Erhöhung nicht vom 1. September 1904 an, sondern schon früher eingetreten.

Nach diesen neuerlichen Erhebungen erschienen von den angegebenen Fleischhauern folgende irrtümlich in den Ausweis aufgenommen:

Bertold Gerstmann, II., Lilienbrunnengasse 16.

Karl Redl, III., Fasangasse 25.

Johann Riedling, VI., Hofmühlgasse 16, und

Josef Wiener, XV., Fünfhausegasse 8.

Außerdem erklärt aus eigenem Antriebe die Marktamts-Abteilung für den VI. Bezirk, daß von den in das Verzeichnis aufgenommenen Fleischhauern folgende Fleischhauer nicht vom 1. September 1904 an, sondern schon früher die im Ausweise angegebene Preiserhöhung vorgenommen haben:

Ferdinand Böhm, VI., Wallgasse 29.

Lorenz Koller, VI., Webgasse 34.

Matth. Zechmeister, VI., Gumpendorferstraße 94.

Anton Leitgeb, VI., Garbergasse 8.

Matth. Zechmeister, VI., Stumpergasse 8.

Johann Wohler, VI., Gumpendorferstraße 88.

Friedrich Beckl, VI., Stiegegasse 14.

Viktor Holada, VI., Webgasse 36.

Mathilde Weiß, VI., Gumpendorferstraße 42.

Dieser bedauerliche Irrtum ist auf eine mißverständliche Auffassung des der Marktamts-Abteilung von der Marktamts-Direktion mittels Zirkular-Telegramms erteilten Erhebungs-Auftrages zurückzuführen und wird dem Leiter dieser Marktamts-Abteilung ausgestellt werden. Dieses Telegramm liegt in Abschrift vor und lautet:

„Nachdem durch ein Zirkular sämtliche Fleischhauer aufgefordert wurden, vom 1. September an die Fleischpreise zu erhöhen und eine Erhöhung tatsächlich vorgenommen wurde, erhält die Marktamts-Abteilung den Auftrag, dortbezirks bei sämtlichen Fleischhauern und Fleischverchleißern die nötigen Erhebungen zu pflegen und das Resultat unter Vorlage des Fleischbogens bis 7. September 1904 der Zentrale bekanntzugeben.“

Markt-Direktion.“

Die irrtümliche Anführung der erstgenannten vier Fleischhauer findet in den mit der Erhebung verbundenen Schwierigkeiten ihre Aufklärung.

Der Abteilungsvorstand:

Dr. Konstantin Mayer m. p.,
Magistratsrat.“

23. Ich setze die Referate (liest):

„Post 2. Ausbau der Straßenbahnlinie Lazarettgasse; Herstellung der Schleifenanlage Zimmermannplatz; Auflassung der Geleise in der Skodagasse; Verlängerung des Stockgeleises beim Versorgungshause, und Post Nr. 18 Ausführung des Stockgeleises in der Lazarettgasse; Einbindung der Förgerstraße in den Gürtel, sowie Fortführung der Geleise in der Kinderhospitalgasse und Einbindung derselben in die Gürtelgeleise.“

Post 5. Projekt für die Erbauung einer Straßenbahnlinie nach Kaiser-Ebersdorf. (Beilage Nr. 220.)

Post 17. Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Favoritenstraße bis zur Grenzackerstraße. (Beilage Nr. 244) und

Post 19. Herstellung einer Straßenbahnlinie in der Lainzerstraße (Beilage Nr. 228.)“

von der Tagesordnung ab, weil ich selbst noch diese Angelegenheit eines näheren studieren will.

Ich ersuche nunmehr um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

24. Interpellation des Gem.-Rates Seiler:

Die Verkehrs-Kommission für die Kaisanlagen am Donaukanalufer hat für Passanten und Erholungsbedürftige am Leopoldstädter Kanalufer entlang Wandelgänge geschaffen und so zieht ein mit Schuttgitter versehener Promenadeweg von der Franzensbrückenstraße bis zur Stephaniebrücke äußerlich fertiggestellt, ohne jedoch, daß dieser in seinem gegenwärtigen desolaten Zustande, seinem beabsichtigten Zwecke, einen angenehmen Gehweg zu bilden, entspräche.

Der Boden ist in trockenem Zustande durch Staubmassen und Steingeröll, bei Regenwetter durch Wassertümpel und Morastfülle einfach ungangbar. Ich erlaube mir demnach die folgende Interpellation an den Herrn Bürgermeister zu richten:

Hat der Herr Bürgermeister Kenntnis von der argen Verwahrlosung des längs des Leopoldstädter Ufers sich hinziehenden Wandelweges?

Ist ferner dessen Instandhaltung der Obliegenheit der Verkehrs-Kommission unterstellt, und ist der Herr Bürgermeister

gewillt, dieselbe mit aller Energie zu verhalten, daß sie die primitiv belassenen Promenadegänge praktikabel gestalte, um sie dem Zwecke zuzuführen, welchem sie entsprechen sollten: ein einwandfreies Terrain für Passanten zu bilden, und dies umso dringlicher, ehe die Winterszeit die Ausgestaltung besagter Gehwege hemmt.

Bürgermeister (liest):

„An den Herrn Bürgermeister!

In Beantwortung der vorliegenden Interpellation erstattet die Magistrats-Abteilung V folgenden Bericht:

Gelegentlich der Genehmigung des Projektes der Donauregulierungs-Kommission für die architektonische Ausgestaltung der Raimauern am Donaukanale wurde mit dem Gemeinderats-Beschluffe vom 30. September 1898, Zahl 8462, unter anderem verlangt, daß auf Kosten des Baufundes an jenen Stellen, wo die straßenseitigen Stützmauern im zukünftigen definitiven Niveau zur Ausführung gelangen, gleichzeitig auch Trottoire längs dieser Stützmauern in der Höhe des zukünftigen Niveaus hergestellt und zur Ermöglichung der Kommunikation zwischen der Straße und den höher liegenden Trottoiren provisorische Vorkehrungen getroffen werden.

Die Donauregulierungs-Kommission hat nun zwar die für diese Trottoire notwendigen Stützmauern und Stiegenanlagen gemacht, die eigentliche Trottoirfläche aber nicht gepflastert.

Bei der am 26. August und 2. September 1903 über Ansuchen der Donauregulierungs-Kommission vorgenommenen Besichtigung der von der Donauregulierungs-Kommission längs des Donaukanales fertiggestellten Arbeiten wurden die nicht erfolgten Pflasterungen der Gehwege, sowie der Mangel an Wasserlaufkanälen zur Ableitung des durch die Ufermauern am Abflusse behinderten Niederschlagswassers von den Vertretern der Gemeinde beanstandet und die Ergänzung dieser Herstellungen durch die Donauregulierungs-Kommission ausdrücklich verlangt.

Der Vertreter der Donauregulierungs-Kommission hat bezüglich dieser Forderung der Gemeinde die Äußerung vorbehalten.

Mit den Notizen vom 20. Oktober 1903 und 24. März 1904, Magistrats-Abteilung V, Zahl 2701, hat der Magistrat die Donauregulierungs-Kommission ersucht, die vorbehaltenen Äußerungen ehestens an den Magistrat gelangen zu lassen.

Über eine Beschwerde des Herrn Vorstehers des III. Bezirkes hat der Magistrat mit der Note vom 6. August 1904 die Donauregulierungs-Kommission neuerlich um die Erledigung der Angelegenheit ersucht.

Da eine Antwort über diese Notizen, sowie auch über verschiedene, in den letzten Jahren an die Donauregulierungs-Kommission gerichtete Notizen in anderen Angelegenheiten noch immer nicht erfolgt ist, so hat der Magistrat mit der Note vom 26. August 1904, Magistrats-Abteilung V, Zahl 1536, die sämtlichen bisher unbeantwortet gebliebenen Notizen, darunter auch die vorerwähnte Note in Angelegenheit der Trottoirherstellung längs des Donaukanales urgirt.

Der Magistrat wird über die vorliegende Interpellation an die Donauregulierungs-Kommission eine neuerliche dringende Aufforderung zur endlichen Durchführung der Herstellungen richten.“

Meine Herren! Ich behalte mir vor, diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Verkehrsanlagen-Kommission zur Sprache zu bringen. Dort ist man ohnehin auf die Donau-

regulierungs-Kommission nicht gerade am besten zu sprechen, weil sie mit allen Arbeiten in einem ganz unglaublichen Verzug ist. Ich werde dort trachten, die Interessen der Stadt Wien zu wahren, weil ich einsehe, daß eine ordentliche Herstellung des betreffenden Weges eine Notwendigkeit ist.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

25. Interpellation des Gem.-Rates Klebinder:

Durch mehr als 30 Jahre waren die Mitglieder des Wiener Gemeinderates kraft einer Bestimmung der Geschäftsordnung in der Lage, auf Grund von Dringlichkeits-Anträgen in kritischen Augenblicken, wenn es notwendig war, daß der Gemeinderat unverzüglich seine Stimme erhebe oder angeht, wichtiger, für die Stadt und ihre Bewohner sehr bedeutsamer, eine rasche Lösung heißender Fragen eine sofortige Entschließung der Gemeindevertretung herbeizuführen.

Die Geschäftsordnung vom Jahre 1891 hat den Gemeinderäten das Recht, solche Dringlichkeits-Anträge zu stellen, entzogen. Zur Notvierung dieser Maßregel berief man sich darauf, daß es gefährlich und für die Gemeinde abträglich sein könne, wenn vom Gemeinderate Beschlüsse von oft weittragender Bedeutung ohne die notwendige sachgemäße Vorberatung gefaßt werden. Durch die Geschäftsordnung vom Jahre 1900 wurde diese Auffassung bestätigt, und so sind die Mitglieder des Gemeinderates darauf beschränkt, Anträge zu stellen, welche, ohne daß es auch nur gestattet wäre, sie öffentlich zu begründen, dem Stadtrate zugewiesen werden. Hier finden sie zum großen Teile ein Grab, aus dem sie nicht mehr auferstehen.

Der Gemeinderat ist sonach außer Stand gesetzt, ohne den Willen und die Zustimmung des Stadrates, selbst in einer noch so wichtigen und brennenden Frage, aus sich heraus eine Entscheidung herbeizuführen. Dieser Zustand der Dinge schädigt das Ansehen des Gemeinderates in hohem Grade. Keine andere Stadtrepräsentanz würde eine solche Bevormundung durch einen, von ihr zur Beforgung der laufenden Geschäfte und zur Vorberatung der ihrer Entscheidung vorbehaltenen Angelegenheiten eingesetzten Ausschuss dulden.

Es ist eine gerechte und unabweißliche Forderung, daß den Gemeinderäten das Recht zur Stellung von Dringlichkeits-Anträgen zurückgegeben werde. Der Gemeinderat soll das Recht haben, über die Dringlichkeit sofort zu diskutieren und zu beschließen. Wird die Dringlichkeit votiert, dann ist der Stadtrat verpflichtet, über die Angelegenheit schlussendlich zu beraten und dem Gemeinderate ohne Verzug Bericht zu erstatten. Je nach der Dringlichkeit der Sache soll der Gemeinderat berechtigt sein, für die Berichterstattung durch den Stadtrat einen Termin festzusetzen.

Mit Bezug auf die vorsehende Darlegung erlaubt sich der Befertigte die Frage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zur Revision der Geschäftsordnung im obigen Sinne die Initiative zu ergreifen und den Stadtrat zu einer entsprechenden Vorlage an den Gemeinderat zu veranlassen? (Ruf: Er soll den Koerber fragen!)

Bürgermeister: Ich könnte ja darauf verweisen, daß in der liberalen Zeit der Gemeinderat das Recht gehabt hat, auch Dringlichkeits-Anträge einzubringen und daß über dieselben auch sofort die Debatte eröffnet und dann abgestimmt wurde. Ich könnte auch, wenn ich boshaft wäre, sagen, daß dieses Recht den Gemeinderäten nicht durch die jetzige Majorität genommen worden ist, sondern daß speziell Bürgermeister Dr. Prix einen außerordentlichen Wert darauf gelegt hat, daß solche Dringlichkeits-Anträge nicht eingebracht werden. Die betreffende Stelle war speziell gegen mich gerichtet. Ich sage es aufrichtig, wir haben es beibehalten, weil sich das bewährt hat. (Heiterkeit.) Eine Majorität muß eben in der Lage sein, sich vor Überfällen zu schützen. Es wäre ja nichts anderes als das. Wenn Herr Gem.-Rat Klebinder einen Antrag stellen wird, so wird derselbe gewiß der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden. (Ruf: Er kommt ins Grab!) Nein, er kommt nicht ins Grab. Es kommen schon manche Sachen vor. Eine solche Körperschaft wie der Stadtrat muß immer zwei Abteilungen haben; eine Abteilung, das ist das definitive Grab, da wird nichts mehr darüber geredet, und eine zweite Abteilung, in der regelmäßig erledigt wird. Und wenn Sie einen solchen Antrag einbringen, werde ich denselben gewiß der regelrechten Erledigung zuführen. Ich muß sagen, daß es unter gewissen Umständen

vielleicht möglich ist, an die Wiederausübung des Rechtes der Gemeinderäte, Dringlichkeits-Anträge zu stellen, zu denken; das ist nicht ausgeschlossen. Aber, wie gesagt, das ist vorläufig nicht meine Sache, sondern Sache des Gemeinderates der Stadt Wien selbst. (Ruf: Unter den Modalitäten wie im Landtag!) Damals war es so, daß fünf Gemeinderäte einen Dringlichkeits-Antrag stellen konnten. Meine Herren! Das ist ja manchmal in einer Weise gehandhabt worden, daß wirklich die Majorität an der Arbeit eigentlich vollständig gehindert wurde. (Zum Schriftführer:) Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

26. Interpellation des Gem.-Rates Dr. Hein:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 17. Juni 1904 erklärte der Herr Bürgermeister in Beantwortung einer Interpellation des Herrn Gem.-Rates Dr. v. Dorn:

Zu den Staatsgrundgesetzen steht nur, daß die Herren israelitischen Bekenntnisses (Heiterkeit) angestellt werden können, nicht aber, daß sie angestellt werden müssen. (Ruf: Oje!)

Die Nummer 76 des Amtsblattes der Gemeinde Wien enthält nun die Ausschreibung für die Stelle eines Leiters der städtischen Großschlächtereier, in welcher von den Bewerbern die Vorlage des Taufscheines verlangt wird. (Unruhe. — Rufe: Natürlich!)

Es kann sonach ein Angehöriger des israelitischen Bekenntnisses nicht angestellt werden, weil er von vornherein von der Bewerbung ausgeschlossen ist.

Im Hinblick darauf, daß diese Ausschreibung selbst nach der Auffassung des Herrn Bürgermeisters mit den Staatsgrundgesetzen im Widerspruch steht, deren unverbrüchliche Beobachtung der Herr Bürgermeister gelobt hat, im Hinblick darauf, daß vor kurzem eine ähnliche Ausschreibung der Gemeinde Altstadt im Bezirke Friedel seitens der zuständigen Bezirkshauptmannschaft als ungesetzlich aufgehoben wurde, erlaube ich mir, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, eine den Artikeln 2 und 3 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867, R.-G.-Bl. Nr. 142 entsprechende Nichtigstellung der obangeführten Ausschreibung zu veranlassen?

Bürgermeister: Der betreffende Magistratsrat schreibt mir hier folgende Beantwortung vor (liest):

„Mit dem Beschlusse des Wiener Stadtrates vom 7. September 1904, Z. 11494, wurde zur Besetzung der Stelle eines Leiters der zu errichtenden städtischen Großschlächtereier ein allgemeiner Konkurs ausgeschrieben und haben Bewerber um diese Stelle ihren Gesuchen den Tauf- und Heimatschein und den Nachweis über ihre fachmännische und kommerzielle Bildung beizulegen.“

Da diese Stelle kein öffentliches Amt ist, findet die in der Interpellation zitierte Bestimmung des Staatsgrundgesetzes auf diesen Fall keine Anwendung und ist kein Grund vorhanden, eine Nichtigstellung der Konkursauschreibung zu veranlassen.

Gezeichnet: Dr. Konstantin Mayer,
Magistratsrat.“

Na, meine Herren! Ich akzeptiere nicht einmal diese Behauptung, ich werde Ihnen sagen: Es heißt immer, bringen Sie den Taufschein bei, den Heimatschein, und da wird es schon hundertmal passiert sein, daß, wenn ein solcher mit einem Geburtschein kommt, ihm gesagt wird: „Ah, Sie haben nur einen Geburtschein.“ (Heiterkeit.) Da findet niemand etwas daran und so ist es ja auch hier gemeint. Ich habe bereits einmal Veranlassung getroffen, daß es ergänzt und gesagt werde: Tauf- oder Geburtschein und Heimatschein, und das kann ja auch hier eintreten, es liegt da nichts daran. Wichtig ist ja, es können Juden einreichen, ebenso richtig ist aber — und ich freue mich, daß es von Herrn Dr. Hein anerkannt wird — daß sie nicht angestellt werden müssen. Aber jetzt lassen Sie mich mit den

Judengeschichten endlich einmal in Ruhe. (Heiterkeit.) Ich versichere Sie, sie sind mir schon sehr langweilig.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

27. Interpellation des Gem.-Rates Allmeyer:

In der Sitzung des Stadtrates vom 1. September 1904 wurde nach einem Berichte des Herrn St.-R. Hermann über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Bau der Schule in der Dietrich- und Leonhardgasse im III. Bezirke der Beschluß gefaßt, die Erd- und Baumeisterarbeiten unter Abweisung vom Bestote des Josef Löwitsch an die Union-Baugesellschaft I., Ebendorferstraße 6, mit einem Nachlasse von 11 Prozent von den Kostenvoranschlagspreisen zu übertragen. Ein Gegen-Antrag, für die Baumeisterarbeiten eine neuerliche Offertverhandlung mit kurzem Termine auszuschreiben, wurde abgelehnt, während für die Bauhelferarbeiten eine neuerliche Offertverhandlung angeordnet wurde.

Nach Ansicht des Interpellanten wäre die Ausschreibung einer neuerlichen Offertverhandlung schon deshalb am Plage gewesen, weil Herr Gem.-Rat Dr. Rudolf Mayer Direktor der Union-Baugesellschaft ist, und auch der Schein vermieden werden muß, als ob Gesellschaften, in deren Direktion Mitglieder des Gemeinderates sitzen, eine Begünstigung genießen würden.

Wie der Herr Bürgermeister erst in der Sitzung des Gemeinderates vom 3. Juni 1904 anlässlich des Falles Hierhammer hervorhob, existiert ein Gemeinderats-Beschluß, wonach Arbeitsvergaben an Gemeinderäte nicht stattfinden dürfen.

Dieser Gemeinderats-Beschluß muß sinngemäß auch auf Gesellschaften ausgedehnt werden, als deren Direktoren Mitglieder des Gemeinderates fungieren und sollten Ausnahmen nur über ausdrücklichen Beschluß des Gemeinderates zulässig sein.

Da in dieser Angelegenheiten im Interesse der Würde des Gemeinderates die strengere Auffassung am Plage ist, so erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Anordnung zu treffen, daß Arbeitsvergaben an Gesellschaften, bei welchen sich Mitglieder des Gemeinderates in leitender Stellung befinden, in Zukunft nur nach vorher eingeholter Genehmigung des Gemeinderates stattfinden?

Bürgermeister: Ich erhalte hierüber folgenden Bericht (liest):

„In Beantwortung dieser Interpellation berichtet der gefertigte Abteilungsvorstand folgendes:

Zufolge der hierämtlichen Kundmachung vom 18. Juli 1904, Mag.-Abt. XV, 5522, wurde die Offertverhandlung für die Erd- und Baumeisterarbeiten für den Bau der Doppel-Volksschule im III. Bezirke, Dietrichgasse, für Mittwoch den 17. August 1904 anberaumt.

Unter den eingelangten sieben Offerten erschien das des Baumeisters Josef Löwitsch, IV., Mayerhofgasse 5, welcher in seinem Anbote einen Nachlaß von 11,3 Prozent von den Kostenanschlagspreisen offerierte, als das billigste.

Als zweitgünstigstes erschien das Anbot der Union-Baugesellschaft, I., Ebendorferstraße 7, welche in ihrem Offerte einen Nachlaß von 11 Prozent von den Kostenanschlagspreisen zugestand.

Der Magistrat beantragte auf Grund des Beschlusses der Offertverhandlungs-Kommission vom 22. August 1904, mit dem Berichte vom 23. August 1904, Mag.-Abt. XV, 5522/04, die Annahme des Offertes der Union-Baugesellschaft und ging hierbei von folgender Erwägung aus:

Der Schulbau III., Dietrichgasse, für welchen die Baumeisterarbeiten allein mit einem Betrage von 252.107 K 60 h veranschlagt wurden, ist zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 15. September 1904, Pr.-Z. 9577, noch im laufenden Jahre im Rohbau fertigzustellen und unter Dach zu bringen und mit Beginn des Schuljahres 1905/06 benützungsfähig herzustellen. Josef Löwitsch befand sich bis vor kurzem in der Firma Robl & Löwitsch, welche für die Gemeinde in zufriedenstellender Weise Baumeisterarbeiten ausgeführt hat, so beim Schulbau im X. Be-

zirke, verlängerte Quellengasse, ist aber seit wenigen Monaten selbständig und hat erst vor kurzem eine Baumeisterkonzession erhalten, weshalb bezüglich seiner Leistungsfähigkeit derzeit kein Urteil abgegeben werden kann. Die Union-Baugesellschaft hingegen hat bereits mehrere größere Baumeisterarbeiten für die Gemeinde ausgeführt, so bei den städtischen Gaswerken und Elektrizitätswerken und erscheint sehr leistungsfähig und verlässlich.

Da es bei dem großen Umfange dieses Schulbaues und des verhältnismäßig kurzen Vollendungstermines desselben gerade darauf ankommt, die Baumeisterarbeiten einer besonders verlässlichen und leistungsfähigen Firma zu übertragen, das Anbot der Union-Baugesellschaft nur um zirka 700 K teurer war als das des Löwitsch, so beantragte der Magistratsreferent die Übertragung der erwähnten Arbeiten an die Union-Baugesellschaft.

Von derselben Erwägung ging auch der I. Senat des Magistrates bei seinem Beschlusse vom 23. August 1904 aus, in welchem der Referenten-Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

Der Magistrats-Antrag wurde mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 24. August 1904, Pr.-Z. 11093, genehmigt.

Der Wiener Gemeinderat hat zwar in seiner Plenar-Sitzung vom 24. Juli 1896, Z. 4715, beschlossen, es sei der Gemeinderats-Beschluß vom 28. Mai 1861, wonach Mitglieder des Gemeinderates keine städtischen Arbeiten übernehmen dürfen, aufrecht zu erhalten.

Doch ist dieser Beschluß nach hieramtlicher Ansicht auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar.

Herr Dr. Rudolf Mayreder soll vor wenigen Wochen Direktor der Union-Baugesellschaft geworden sein; zur Zeit der Antragstellung war dies dem Magistrate nicht bekannt, insbesondere konnte dies nicht aus dem Offerte der Union-Baugesellschaft entnommen werden. Übrigens wurden die Erd- und Baumeisterarbeiten für den erwähnten Schulbau nicht dem Herrn Gem.-Rat Dr. Rudolf Mayreder übertragen, sondern der Union-Baugesellschaft.

Herr Gem.-Rat Dr. Mayreder ist jetzt wohl Direktor der Union-Baugesellschaft, aber als solcher ist er nach hieramtlicher Anschauung nicht identisch mit der Union-Baugesellschaft, sondern Angestellter derselben. Die Vergabung der erwähnten Arbeiten an die mehrmals genannte Gesellschaft widerspricht also nicht dem zitierten Gemeinderats-Beschlusse.

Schließlich wird bemerkt, daß der Tag, an welchem Herr Dr. Mayreder zum Direktor der Union-Baugesellschaft ernannt wurde, wegen Kürze der Zeit nicht erhoben werden konnte.

Ich werde darüber Erhebungen pflegen lassen, wann Herr Gem.-Rat Dr. Mayreder zum Direktor der Union-Baugesellschaft ernannt worden ist; fällt der Tag der Ernennung vor die Beschlußfassung des Stadtrates, so werde ich den Antrag des Stadtrates dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorlegen. Ich bin nämlich der Anschauung, daß, wenn ein Gemeinderat Direktor eines solchen Unternehmens ist, unbedingt der Anlaß vorliegt, daß solche Referate dem Plenum des Gemeinderates zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, weil nur das Plenum berechtigt ist, frühere Beschlüsse des Gemeinderates oder deren Anwendung in dem einen oder anderen Falle aufzuheben. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

28. Interpellation des Gem.-Rates Neumann:

Im städtischen Arbeitsvermittlungsamte ist die Einrichtung getroffen, den Arbeitslosen nach Zuweisung eines Arbeitsplatzes die Vormerkkarte abzunehmen und dem sich neuerlich arbeitslos Meldenden eine neue Vormerkkarte auszustellen, ohne Rücksicht auf die Dauer des vorangegangenen, aus der städtischen Vermittlungstätigkeit resultierenden Arbeitsverhältnisses. Durch die Ausfolgung einer neuen Vormerkkarte werden die betreffenden arbeitslosen Gehilfen in die Reihe der erst arbeitslos gewordenen, in jüngster Zeit die Vermittlung in Anspruch nehmenden Arbeitssuchenden gewiesen.

Dadurch kann es vorkommen, daß Arbeitslose, die acht bis zehn Monate und länger vorgemerkt sind und bereits in der ersten Reihe der zu berücksichtigenden Arbeitssuchenden standen, durch eine vorübergehende Beschäftigung von wenigen Tagen und auch nur Stunden, wieder in die Reihe der erst neu vorgemerkten Arbeitslosen rangiert werden, wonach wieder Monate vergehen, bis solche Arbeitssuchende Aussicht auf Beschäftigung erlangen.

Über diese Unzulänglichkeiten haben jüngst die Bäckergehilfen Klage geführt. Diese sind durch die bezeichnete Übung besonders schwer getroffen, weil es bei der Natur der Bäckereiarbeit selbst einem tüchtigen Gehilfen passieren kann, daß am ersten Tage das Erzeugnis nicht zur Zufriedenheit des Meisters ausfällt und er deswegen momentan entlassen wird. Solche Zufälle stellen sich um so häufiger ein, als der Gehilfe durch die im Bäckergewerbe herrschende lange Arbeitslosigkeit der Arbeit entwöhnt und durch unzureichende Nahrung enträftet ist.

Auch ist im Wiener Bäckergewerbe ein Übereinkommen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse zwischen der Genossenschaft und dem Gehilfenauschuß getroffen worden und es wird von der Gehilfenschaft darauf gedrungen und auch von der Genossenschaft Wert darauf gelegt, daß kein Gehilfe anders als zum Übereinkommen arbeite. Es kommt nun sehr häufig vor, daß Gehilfen in Arbeit vermittelt werden, ohne daß sie sofort wissen, ob die betreffenden Meister dem Übereinkommen entsprechen; nicht selten sind auch die Fälle, wo der Meister vor der Aufnahme angibt, das Übereinkommen einzuhalten, während sich nachträglich herausstellt, daß dies nicht der Fall ist. In beiden Fällen ist der soeben eingetretene Gehilfe gezwungen, die Arbeit wieder zu verlassen.

Weiden sie sich aber im städtischen Arbeitsvermittlungsamte wieder als vakant, so wird ihnen ohne Rücksicht auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses eine frische Vormerkkarte ausgestellt, sie werden in die letzte Reihe der Arbeitslosen versetzt. Dieser Vorgang ist besonders in der Arbeitsvermittlung für Bäcker von verhängnisvoller Wirkung, weil die Arbeitslosigkeit unter den Bäckern besonders trüb ist und langmonatliche Arbeitslosigkeit mit einem Federstich ausgelöst, als nicht vorhanden betrachtet wird.

In einer Eingabe des Gehilfen-Ausschusses an das städtische Arbeitsvermittlungsamte wurden einige Stichproben dahin angeführt, wie die Gehilfen in die Lage kommen können, den ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz wieder zu verlassen, ja ihn überhaupt nicht anzutreten. Der Gehilfen-Ausschuß sprach in seiner Eingabe den Wunsch aus, es möge eine bestimmte Frist festgesetzt werden, innerhalb welcher der Arbeitsplatz verlassen werden kann, ohne daß eine neue Vormerkkarte zur Ausfolgung gelangt.

Der Wiener Magistrat hat dieses Ansuchen mit der ganz unständigen Begründung abgewiesen, das Amt könne nicht in jedem einzelnen Falle die Ursache des Arbeitsantrittes untersuchen. Eine solche Untersuchung hat der Bäckergehilfe gar nicht verlangt, ihm handelt es sich nur um die Festlegung einer bestimmten Frist, innerhalb der die alte Vormerkkarte gilt, etwa wie es die arbeitslosen Bäckergehilfen in einer Versammlung am 26. August 1904 verlangt haben, von 14 Tagen.

Ich richte nun an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob er im Interesse der arbeitslosen Bäckergehilfen und gewiß auch im Interesse der Gehilfen der übrigen Fächer in Würdigung des vorbezeichneten Übelstandes geneigt ist, dahin zu wirken, daß im städtischen Arbeitsvermittlungsamte die Einrichtung getroffen werde, daß bei nur vorübergehender Besetzung eines Arbeitsplatzes innerhalb einer bestimmten Frist die ursprüngliche Vormerkkarte verabsolgt und die vorangegangene Arbeitslosigkeit in Anrechnung gebracht wird?

Bürgermeister: Hierüber wird berichtet (liest):

„Gemäß der §§ 5 und 6 der vom Stadtrate interm. 27. Mai 1898 genehmigten Geschäftsordnung für das städtische Arbeitsvermittlungsamte werden die Arbeitswerber nach der Reihenfolge ihrer Anmerkung vorgemerkt und erhalten dieselben eine datierte und nummerierte Vormerkkarte.“

Die Zuweisung auf die freien Plätze erfolgt dann tunlichst nach der Reihenfolge der Vormerkungen.

Ist die Zuweisung für einen ständigen Arbeitsposten erfolgt und hat der Zugewiesene den Posten angetreten, so gilt die Arbeitsvermittlung als durchgeführt.

Wenn daher der Zugewiesene aus irgend einem Grunde, wenn auch in kürzester Zeit, seinen Arbeitsplatz wieder verläßt, muß er sich wieder neu vormerken lassen.

Arbeiter, die nur zur Aushilfe zugewiesen werden, behalten ohnedies ihre ursprüngliche Vormerkkarte.

Das städtische Amt hat nur die Aufgabe, Arbeit zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermitteln und steht es demselben im Interesse der notwendigen Objektivität nicht zu, auf den Abschluß oder die Einhaltung des Arbeitsvertrages Einfluß zu nehmen.

Die Festsetzung irgend einer Frist, innerhalb der die alte Vormerkkarte zu gelten hat, würde die Abänderung der Geschäftsordnung bedingen, und kann dieselbe nicht befürwortet werden, da eine solche Einführung zu großen Unzukömmlichkeiten führen würde.

Wenn Personen, welche die ihnen vermittelte Arbeit in kurzer Zeit verlassen, die alte Vormerkkarte behielten, könnten sie zum Schaden der übrigen Arbeitslosen stets die besten Plätze erlangen.

Der Vermittlungsbeamte ist nicht in der Lage, nachzuforschen, aus welchen Gründen der Arbeiter seinen Posten wieder verlassen hat und ob die darüber gemachten Angaben wahr sind.

Es ist auch kaum möglich, daß gerade für die Arbeitsvermittlung bei den Bäckern besondere Bestimmungen getroffen werden.

Die vom Herrn Interpellanten gewünschte Einrichtung, daß bei nur vorübergehender Besetzung eines Arbeitsplatzes innerhalb einer bestimmten Frist die ursprüngliche Vormerkkarte verabsolgt werde, kann daher nicht empfohlen werden.

Ich bitte, vielleicht einen Antrag zu stellen, damit die Gelegenheit dann einer näheren Würdigung unterzogen werden kann.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

29. Interpellation des Gem.-Rates Kenmann:

Anläßlich des Streits in den Lagerhäusern wurden die Akkordlöhne im städtischen Lagerhause erhöht und den im Taglohn stehenden Arbeitern versprochen, daß auch ihre Taglöhne entsprechend erhöht werden.

Die Gebührentarife im städtischen Lagerhause wurden mit Rücksicht auf die zur Auszahlung gelangenden höheren Arbeitslöhne verteuert, aber die Tagelöhner warten noch auf die ihnen versprochene Lohnerhöhung.

Ich richte nun an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob er geneigt sei, dafür zu sorgen, daß auch den im Taglohn stehenden Arbeitern die einmal versprochene Lohnerhöhung gewährt wird?

Bürgermeister: Ich erhalte hierüber folgenden Bericht seitens des Lagerhaus-Direktors (liest):

„Den Tagelöhnern des Lagerhauses der Stadt Wien wurde weder von mir, noch von sonst einem Angestellten des Lagerhauses, der dazu berechtigt wäre, eine Erhöhung des Taglohnes versprochen oder auch nur in Aussicht gestellt. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitern über die Lohnfrage wurde den Tagelöhnern im Gegenteile bedeutet, daß sie denselben Lohn von 2 K 70 h, den ihnen die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, und zwar bei zehnstündiger Arbeitszeit erst seit dem jüngsten Ausstände gewährt und mit dem sie sich dort zufrieden gegeben haben, im Lagerhause der Stadt Wien für die annähernd gleiche Beschäftigung schon seit dem Jahre 1894 bei nur neunstündiger Arbeitszeit beziehen und daß daher zu einer Erhöhung des Taglohnes im Lagerhause der Stadt Wien, die eine Erhöhung der sämtlichen Tarifgebühren nach sich ziehen würde, keine Veran-

lassung vorliege. Der Akkordarbeiter Georg Kratochwill, welcher die Lohnforderungen der Akkordarbeiter vertrat, hat bei dieser Gelegenheit selbst erklärt, die Forderung auf Erhöhung der Tagelöhner erschiene mit Rücksicht auf den Umstand, daß vielfach ältere, weniger leistungsfähige Leute Verwendung finden, nicht gerechtfertigt.“

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

30. Interpellation des Gem.-Rates Dröbner:

Der heutigen Ausgabe des „Deutschen Volksblattes“ ist zu entnehmen, daß eine Deputation des Hausbesitzervereines Neusift und Salmannsdorf beim Herrn Bürgermeister wegen Einwölbung des Krotenbaches vorsprach.

Bei dieser Gelegenheit ersuchte diese Deputation um Verlängerung des Straßenbahnweges von der Endstation Dornbach nach Neusift am Walde und Salmannsdorf.

Da der Herr Bürgermeister prinzipiell gegen diese Erweiterung des Straßenbahnweges nichts einzuwenden hat, jedoch die Rentabilität bezweifelte, steht zu befürchten, daß diese Linie der der Krotenbachstraße vorgezogen würde. Da aber durch die Fortsetzung dieser Linie von Währing aus nach Neusift dem Projekte Döbling via Krottenbachtal nach Neusift der Todesstoß verliehen würde, erlaubt sich Gefertigter die höfliche Anfrage an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister zu richten:

Ob der Herr Bürgermeister geneigt wäre, das stadträtliche Komitee behufs Durchführung der Krotenbachstraße abermals zur Beratung einzusetzen, um neuerlich diesem, für den XIX. Bezirk von großer wirtschaftlicher Bedeutung dienenden Projekte näher zu kommen.

Bürgermeister: Ich habe bezüglich der Krotenbachstraße, beziehungsweise bezüglich der Einwölbung des Krotenbaches alles getan, was ein Bürgermeister tun konnte (Sehr richtig!) und es hat auch der Stadtrat alles getan, was er tun konnte. Die Durchführung scheiterte, ich könnte sagen, an dem Unverständnis einzelner Grundeigentümer, an dem geradezu unglaublichen Unverständnis. (So ist es!)

Ich ersuche daher den hochgeehrten Herrn Interpellanten, er möge gefälligst seine mir ja sehr gut bekannte Agitationskraft und Agitationsfähigkeit an diesen etwas harten Köpfen probieren. Sobald er mir mitteilt, daß er die Köpfe weich gemacht, dann fange ich wieder an, früher nicht, meine Herren! Ich lasse mich nicht zum Narren halten. So ist die Geschichte. Noch etwas muß ich bemerken. Unlängst ist in den Zeitungen gestanden, daß drei Herren bei mir waren und mit mir über verschiedene Tramwaylinien gesprochen haben, darunter auch über die Verlängerung der Dornbacher Linie über die außerordentlich schöne Straße, die nach Salmannsdorf hinüberführt. Ich habe gesagt, ich möchte sehr gerne diese Linie bauen, aber dieselbe ist keine rentable Linie. Diese Linie ist höchstens eine sogenannte Sonntagslinie und auch da nur im Sommer, denn selbst im Sommer wird an Wochentagen kein Mensch dort fahren. Ich versichere, ich bin mit Linien gesättigt, so gesättigt, daß ich fürchte, mir schon den Magen verdorben zu haben. (Heiterkeit.) Der Herr Interpellant braucht also keine Angst zu haben. So hitzig bin ich nicht, daß ich gleich Tramwaylinien über die Berge hinüberlege. Wenn einer bei den Bergen ist, dann soll er gehen, das ist für die Gesundheit außerordentlich zuträglich. (Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

31. Interpellation des Gem.-Rates Dr. Ritter v. Dorn:

In Beantwortung der von mir in der Gemeinderats-Sitzung vom 12. Juli d. J. eingebrachten Interpellation hat der Herr Bürgermeister versprochen, nach seiner Rückkehr vom Urlaub die bekannte Angelegenheit des Magistrats-Sekretärs Demel zu prüfen. (Gelächter und Zwischenrufe.) Sollte sich ergeben, daß eine wirklich schwere Verletzung der Bestimmungen der Dienstpragmatik in dem Falle stattgefunden habe, so werde er — sagte der Herr Bürgermeister — nicht

ermangelt, gegen den genannten Magistrats-Sekretär das Disziplinarverfahren einzuleiten und hiebei in objektivster Weise vorzugehen.

Es wäre nun gewiß interessant, sowohl für den Gemeinderat als für die Bevölkerung, zu erfahren, ob dieses Disziplinarverfahren stattgefunden und zu welchem Resultat es geführt habe.

Besonders interessant wäre aber diese Mitteilung für einen sehr großen Teil der Bevölkerung des IX. Bezirkes, da nunmehr dem genannten Magistrats-Sekretär die Leitung des magistratischen Bezirksamtes in diesem Bezirke übertragen wurde; denn mit Rücksicht auf manche bekannte, hier nicht näher zu bezeichnende Erfahrungen machen sich unter den nicht der sogenannten christlich-sozialen Partei angehörigen Bewohnern des Asergrundes allerlei Besorgnisse geltend, denen man eine gewisse Berechtigung sicher nicht absprechen kann, und welche auch schon zum Ausdruck gebracht worden sind.

Als einer der Vertreter des IX. Bezirkes halte ich mich für verpflichtet, den Herrn Bürgermeister zu fragen:

Ist gegen den genannten Magistrats-Sekretär wegen Verletzung der Bestimmungen der Dienstpragmatik (§ 28) durch sein außeramtliches Betragen das Disziplinarverfahren eingeleitet worden?

Und wenn ja, zu welchen Ergebnissen hat dasselbe geführt?

Bürgermeister: Gegen den Magistrats-Sekretär Demel wurde wegen Verletzung der Bestimmungen der Dienstpragmatik infolge seines außeramtlichen Betragens die Disziplinar-Untersuchung eingeleitet und wurden mir die Akten über die geschlossene Voruntersuchung mit Bericht des Magistrates vom 26. September 1904 vorgelegt. Ich habe selbst das Aktenmaterial geprüft und die Einstellung des weiteren Verfahrens verfügt. (Lebhafte Beifall.) Ich habe das deswegen getan, weil ich glaube, daß diese Sache doch endlich einmal ein Ende nehmen soll. Es tritt förmlich eine Verfolgungswut gegen den Magistrats-Sekretär Demel zutage, der ich, meine Herren, meine Hilfe nicht leihen werde; alles muß seine Grenzen haben (Zustimmung), also auch die Verfolgung gegen den Magistrats-Sekretär Demel. Übrigens hat ja das kaufmännische Gremium dem Magistrats-Sekretär Demel das bestmögliche Zeugnis ausgestellt. Ich kann nur den Wiener Juden den Rat geben, sie mögen sich mit dem ungarischen Juden, der die Klage gegen Demel überreicht hat, nicht identifizieren. (Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

32. Interpellation des Gem.-Rates Dr. Ritter v.

Dorn:

Die dermalen in Wien herrschende Partei beabsichtigt bekanntlich, ihrem Führer, dem sie so vieles zu verdanken hat, anlässlich seines 60. Geburtstages große Ovationen zu bereiten, wogegen natürlich objektiver Weise nichts einzuwenden ist.

Ein Teil dieser Ovationen besteht in der Sammlung von Beiträgen für eine Stiftung, welche den Namen des Herrn Bürgermeisters tragen soll; dies ist jedenfalls der beste Teil der Ovationen, da er neben der Demonstration auch humanitären Zwecken zugute kommen soll.

Leider werden aber von mehreren Seiten im Interesse der Vergrößerung des Ertrages dieser Sammlung Mittel angewendet, welche manchen Spenden den in solchen Fällen allein sittlich zulässigen Charakter der Freiwilligkeit nicht wahren, und von denen ich wohl annehmen darf, daß sie auch den Intentionen des Herrn Bürgermeisters kaum entsprechen.

Es war in den Zeitungen zu lesen, daß die städtischen Beamten von ihren Vorgesetzten zur Beteiligung an der Sammlung dringend eingeladen, ja stellenweise für bestimmte Beträge eingeschätzt wurden. Es ist mir bekannt, daß Lehrer von Stellen, denen sie nicht gut Meinungen sagen können, aufgefordert wurden (Rufe: Unwahr!), unter ihren Kollegen und in den Schulen für die Aufbringung von Beiträgen eifrig zu agitieren. Ferner ist es auch vorgekommen, daß einzelne besonders eifrige Bezirksratsmitglieder anlässlich ihrer amtlichen Intervention bei Bau- und anderen Kommissionen vor Beginn der Verhandlung an die Kommissionsmitglieder mit Sammelbögen und dringenden Aufforderungen herantreten (Lärm und Rufe: Das ist eine Verdächtigung!), auch wenn ihnen bekannt war, daß diese präsumtiven Opfer ihrer Verebtheit nicht im Entferntesten der christlichsozialen Partei angehören.

Wenn einzelne Privatleute als Parteigenossen in übertriebenem Sammeleifer hie und da vielleicht allzu zudringlich werden oder wenn die Hausmeister zu den Mietern sammeln geschickt werden, so ist ja das auch nicht gerade schön, aber es ist kein Anlaß, sich übermäßig darüber zu entrüsten; allein ganz anders ist es, wenn amtliche Personen bei amtlichen Anlässen — wenn auch äußerlich in privater Form — ihren Einfluß geltend machen, um auf abhängige Personen eine Art Pression auszuüben; es muß dies als unbedingt

verwerflich bezeichnet werden; ein solches Vorgehen schädigt das Ansehen der betreffenden amtlichen Organe und stellt sich geradezu als ein — häufig aus übelangebrachter Wohlthätigkeit hervorgehender — Mißbrauch des Namens des Bürgermeisters dar, mit welchem dieser selbst gewiß nicht einverstanden sein kann.

Ich finde mich daher veranlaßt, die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeisters auf diese bedauerlichen Vorgänge zu lenken und zu fragen:

Ist dem Herrn Bürgermeister der Mißbrauch, welcher von einigen amtlichen Stellen aus Anlaß der der Sammlung für die Stiftung, die seinen Namen tragen soll, mit diesem seinem Namen getrieben wird, bekannt? (Pfiui-Rufe.)

Und wenn ja, ist er geneigt, das Entsprechende zu veranlassen, damit dem Umsichgreifen solcher mißbräuchlicher Beeinflussungen Einhalt getan werde?

(Lebhafte Pfiui-Rufe. — Gem.-Rat Silberer überhaupt keine Antwort geben! — Rufe: Pfiui! Judendiener, Judenstiefelnecht! — Wir lassen das nicht beantworten!)

Bürgermeister: Ich bin verpflichtet, die Interpellation zu beantworten und ich werde sie auch beantworten. Der Herr Magistrats-Direktor Dr. Weiskirchner berichtet mir hierüber (liest):

„Gegenüber der Behauptung, daß die städtischen Beamten von ihren Vorgesetzten zur Beteiligung an der Sammlung dringend eingeladen, ja stellenweise für bestimmte Beträge eingeschätzt wurden, weise ich darauf hin, daß ich — nicht ich, sondern Dr. Weiskirchner — „auf wiederholte Anfragen jederzeit erklärt habe, der Sammlung müsse der Charakter der Freiwilligkeit voll und ganz zukommen (Rufe: So ist es!), daß ich sowohl im Gremium der Magistratsräte, wie auch in der Konferenz der Bezirksamtsleiter diesen Grundsatz mit aller Schärfe den Amtsvorständen des Magistrates bekanntgegeben habe, daß ich die Veranstaltung von Sammelbögen bei den Ämtern und Anstalten nicht zugelassen habe, daß ich die von verschiedenen Seiten beantragte Errichtung einer Einzahlungsstelle bei den magistratischen Bezirksämtern verboten habe (Hört!), schließlich, daß ich, als von Seite des Klubs der Konzeptsbeamten eine Skala für die Beteiligung der Beamten aufgestellt wurde, den Vorstand des Vereines ersucht habe, diesen Beschluß zurückzuziehen.“ (Bravo!)

Bis hieher verlese ich es; das weitere verlese ich nicht. (Lebhafte Beifall — Rufe: Hoch Lueger!) Ich habe, als der Unfug eingerissen ist, daß zu gewissen Geburtstagen oder Jubiläen unter den untergeordneten Beamten gesammelt wurde, den strengsten Auftrag erteilt, daß solche Sammlungen zu unterbleiben haben. Was für die Beamten gilt, gilt auch für den ersten Beamten der Stadt Wien, für den Bürgermeister, und ich erkläre, daß solche Sammlungen, wenn sie nicht vollständig freiwillig sind, von mir nicht geduldet werden. Irigend eine Pression darf nicht geschehen.

Ich mische mich in die Sache nicht weiter hinein, aber wenn ich erfahren würde, daß eine Pression ausgeübt wird, würde ich eine solche Pression in entsprechender Weise zurückzuweisen instande sein. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen — Lebhaftes Pfiui-Rufe.)

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

33. Interpellation des Gem.-Rates Kinast:

Die Straßenbahnlinie in der Schlachthausgasse im III. Bezirke ist seit einem Zeitraume von zwei Jahren ausgebaut, ohne daß der Betrieb bisher eröffnet worden ist.

Da einerseits die Bevölkerung eines nicht unbeträchtlichen Teiles des III. Bezirkes ein Interesse an der Inbetriebsetzung dieser Straßenbahnstrecke hat, andererseits es der Gemeindeverwaltung nicht gleichgültig sein kann, wenn

bedeutende, in Unternehmungen investierte Kapitalien ohne Fructifizierung bleiben, so erlaube ich mir die höfliche Bitte zu stellen:

Der Herr Bürgermeister wolle bekanntgeben, welche Hindernisse der Eröffnung der Straßenbahnstrecke III., Schlachthausgasse im Wege stehen.

(Anhaltende Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe! (Ruf: Er soll sein Bündel schnüren und heimgen!) Das geht nicht, er ist berechtigt, hier zu sitzen und es steht uns kein Mittel zugebote, ihn in irgend einer Weise hinauszurufen, das gibt es nicht.

Herr Gem.-Rat **Rina** hat mich interpelliert, welche Hindernisse der Eröffnung der Straßenbahnstrecke III. Bezirk, Schlachthausgasse im Wege stehen. Nach der Mitteilung des Magistrates ist die Linie wohl ausgebaut, wird aber wegen Unrentabilität nicht betrieben und bloß als Instradierungsgeleise benützt.

Nun zu den Anträgen. (Anhaltende Unruhe.) Ich bitte, die Sitzung möglichst ungestört verlaufen zu lassen; es ist eine furchtbare Anstrengung, den Einlauf zu erlebigen.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

34. Antrag des Gem.-Rates Leitner:

Durch die Verlegung der Tramway-Haltestelle von der Mariengasse zur Hauptstraße im XVII. Bezirke werden die Bewohner der umliegenden Gassen von der Gebirgsgasse bis zur Hauptstraße empfindlich geschädigt.

Die Befertigten beantragen daher:

in der Rosensteingasse 43 eine Haltestelle nach Bedarf ehestmöglichst zu errichten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

35. Antrag des Gem.-Rates Bifferer und Genossen:

Nach offiziellen Ausweisen sind die Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel in Wien, wie Milch, Kartoffel, Brot, Gemüse u. a. sehr bedeutend gestiegen und es ist keine Aussicht vorhanden, daß vor einer neuen Ernte ein Rückgang in den Preisen eintreten werde.

Von dieser Verteuerung werden am drückendsten die ärmeren Kreise der Bevölkerung betroffen und unter diesen am härtesten jene, die von ihren Bezügen leben müssen, die Beamten, Angestellten, Diener etc. Die Lebensführung dieser Kreise wird auf das Empfindlichste und Nachteiligste beeinflusst, sie werden gezwungen, sich entweder zum Nachteil der Ernährung ihrer Familie einzuschränken oder ihre Finanzlage in Unordnung zu bringen, die namentlich jenen am schwersten fallen, deren Einkünfte ohnehin schon auf das Existenzminimum beschränkt sind.

Je weniger zu erwarten ist, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen sofort wirksame Maßregeln gegen die Teuerung ergriffen werden, umso mehr tritt an die Gemeinde die Pflicht heran, für ihre Beamten, Diener und Angestellten der verschiedenen Gemeindeunternehmungen in solchen Zeiten der Not zu sorgen. Die Fürsorge und Unterstützung gegenüber der Teuerung erscheint als eine ebenso gerechte als durchführbare und wenn die Gemeinde mit gutem Beispiele vorangeht, so würden der Staat, das Land und andere Korporationen sowie auch die Privaten es nicht von sich weisen können, ihren Angestellten in der jetzt abnormen schwierigen Lage hilfreich zur Seite zu stehen.

Zu erhöhtem Maße gilt dies von den Lehrern, und eine Regelung der Gehälter derselben erscheint schon längst als notwendig und unabweislich, es ist auch von Seite des Herrn Bürgermeisters die Dringlichkeit der Regulierung der Lehrergehälter anerkannt worden — allein die Gemeinde selbst ist nicht in der Lage, dieser Anforderung gerecht zu werden.

Kann schon die Gemeinde hierin nicht unmittelbar eingreifen, so können sie aber durch ein Ansuchen an den eben versammelten Landtag die Initiative ergreifen, um eine Beschleunigung der Erledigung der Regulierung der Lehrergehälter, respektive die Bewilligung einer Teuerungszulage auf bestimmte Zeit veranlassen.

Wir stellen schon den Antrag:

1. Der Gemeinderat beauftrage den Magistrat, mit größter Beschleunigung dem Stadtrate dahingehend Vorschläge zu erstatten, daß den Beamten, die einen Jahresgehalt von 2400 K und darunter beziehen, sowie allen Dienern und niederen Angestellten ein den Verhältnissen entsprechender Teuerungszuschlag bewilligt werde.

2. Dem hohen Niederösterreichischen Landtage die Bitte zu unterbreiten, mit aller Beschleunigung die entsprechende Regelung

der Lehrergehälte durchzuführen und für die Zwischenzeit jedoch unverzüglich entsprechende Teuerungsbeträge den Lehrern und Lehrerinnen der Volks- und Bürgerschulen zu bewilligen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

36. Antrag des Gem.-Rates Dr. Greun:

Die Trockenheit des heurigen Sommers hat in einzelnen Teilen des Waldgebietes der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung die Gefahr von Waldbränden in gefährlicher Nähe gerückt.

Besonders ist der von Touristen am meisten begangene Weg durch das Reistal auf die Raz und den Raßlamm eine beständige Gefahr für die fest zusammenhängenden und ununterbrochenen Waldbestände dieses Tales. Ein gerader in diesem Tale ausbrechender Waldbrand wäre von unermeßlicher Tragweite, da ja auch die Waldbestände der Kartalpe (Kanzel) bis zur steirischen Grenze gefährdet wären.

Es stellen daher die Befertigten den Antrag:

Es seien (nach forsttechnischer Begutachtung wegen allfälliger Windbrüche) Kulliffenschläge von 25 m Breite in nötiger Anzahl durch das Reistal (die Hauptwindrichtung bedenkend) zu schlagen, oder wenn forsttechnisch wegen Gefahr von Windbrüchen Bedenken gegen solche Feuersicherungsschläge obwalten sollten, in besonders trockenen Sommertagen ein Feuerwächter anzustellen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Meine Herren! Jetzt kommt ein Antrag des Gem.-Rates **Hohenjinner**. Derselbe fällt nicht in die Kompetenz des Wiener Gemeinderates. (Zwischenruhe und Unruhe.) Er betrifft nämlich die slavischen Parallelklassen, welche den deutschen Lehrerbildungsanstalten in Troppau und Teschen angegliedert werden sollen.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

37. Antrag des Gem.-Rates Hohenjinner:

Die österreichische Regierung hat durch die vor kurzem verfügte Errichtung slavischer Parallelklassen an deutschen Lehrerbildungsanstalten Schlesiens die Brandfackel in ein bisher von nationalen Kämpfen verschont gebliebenes Land geworfen und nicht nur die Deutschen Schlesiens aufs tiefste verletzt, sondern auch den Unwillen und den Unmut aller Deutschen unseres Reiches hervorgerufen.

Nie sind die Deutschen dem Bildungsstreben anderer Völker hindernd in den Weg getreten, sie waren die Lehrer vieler jüngerer Kulturvölker, doch gegen die Errichtung slavischer Parallelklassen müssen die Deutschen energische Einsprüche erheben und in entschiedene Kampfstellung gegen die Regierung treten, weil für diese Klassen in jenen deutschen Städten nicht das geringste Verdienst besteht und sie nur den Zweck haben, den nationalen Eigeninnegestirben der Slaven auf Kosten der Deutschen zu dienen. Da mußte doch endlich der nationale Egoismus des in seiner Langmut und Geduld so bewundernswerten deutschen Volkes erwachen und wirklich, wie selten sonst, hat es das Vorgehen der Regierung verurteilt. Einzelne Landtage, sowie die Gemeindevertretungen der hervorragendsten Städte Deutschösterreichs haben laut und deutlich ihre Solidarität mit den in ihrer nationalen Existenz bedrohten Deutschen Schlesiens kundgegeben.

Die Haupt- und Residenzstadt, das deutsche Wien, kann da nicht zurückbleiben, es Schweigen bedeutet Zustimmung zu den Verfügungen der Regierung, und die Befertigten waren daher auch der Meinung, daß die Majorität des Wiener Gemeinderates, welche einer Partei angehört, die sich zur deutschen Gemeinbürgerschaft verpflichtet hat, eine Kundgebung für die bedrängten Volksgenossen beschließen werde.

Nachdem dies in der Sitzung vom 6. d. M., der ersten nach Bekanntwerden der Erlasse, welche die Errichtung von slavischen Parallelklassen an den deutschen Lehrerbildungsanstalten Schlesiens verfügten, nicht geschehen ist, stellen die Befertigten den Antrag:

Der Gemeinderat der Haupt- und Residenzstadt Wien drückt den Deutschen Schlesiens seine wärmsten Sympathien aus, versichert sie seiner tatkräftigsten Unterstützung in ihrem nationalen Existenzkampfe und fordert die Regierung auf, ihre Verfügungen, betreffend die Errichtung slavischer Parallelklassen an den deutschen Lehrerbildungsanstalten Schlesiens unverzüglich zurückzuziehen.

Bürgermeister: Im schlesischen Landtage ist über diesen Gegenstand nicht Beschluß gefaßt worden, sondern es liegt nur eine Erklärung der Partei vor. Ich werde selbstverständlich nicht schlesischer sein als der schlesische Landtag. Ich habe den Antrag zur

Verlesung bringen lassen, damit es bekannt wird, daß dieser Antrag gestellt wurde, aber der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung wird er nicht zugeführt werden, weil er nicht in die Kompetenz des Wiener Gemeinderates gehört und weil ich von dieser Stelle jedes politische Gezänke fernhalten will. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

38. Antrag des Gem.-Rates Franz Gräf:

Da nun erfreulicherweise endlich die Einbeziehung der gepflasterten Straßen im Wiener Gemeindegebiete in die nächtliche maschinelle Reinigung mit Frühjahr 1905 erfolgen soll, erscheint es mir zweckmäßig, den Versuch nicht zu unterlassen, vor Durchführung dieses wichtigen Beschlusses nachstehende Anträge zu stellen:

Die Fahrbahnbreite der elektrischen Straßenbahn nimmt, ob ein- oder zweigeleisig geführt, zirkelhaft die Hälfte der größtenteils in Gänge gepflasterten Hauptverkehrsstraßenzüge in Anspruch und ist daher, da die derzeitige Reinigung und Bespritzung eine völlig ungenügende, daher mangelhafte ist, die sanitäts-wiebrige Staubplage in diesen Straßenzügen eine permanente, da jeder einhundert Motorwagen eine mächtige Staubwolke einherzieht und nach sich zieht, worunter nicht nur die Bewohner, Geschäftsleute und Passanten dieser Straßenzüge, sondern auch insbesondere die auf der rückwärtigen Plattform fahrenden Passagiere zu leiden haben. Diese zirkelhaft 50 Prozent Straßenflächen der Hauptverkehrsstraßen sollen nach Einstellung des täglichen Straßenbahnbetriebes (etwa täglich um 1 Uhr nachts) mittels neu zu konstruierenden von einem Motorwagen geschobenen Straßenstritzwagen und gleichzeitig gezogenen Rehmäschinen gereinigt werden.

Es verbliebe sonach nur noch zirkelhaft $\frac{1}{2}$ dieser Straßenflächen, welche mit Pferden bespannten (einspännig) Straßenkehrmaschinen zu kehren wären. Aber auch der unerträglichen Staubplage könnte in diesen Verkehrsstraßen abgeholfen werden, wenn mittels Motorwagen, welche vorn und rückwärts einen Spritzwagen entsprechend angeluppelt erhalten, zumindest morgens, kurz vor Inbetriebsetzung des Straßenbahnverkehrs, die Fahrbahnflächen entsprechend bespritzt werden, was auch keine Schwierigkeiten kosten kann, da behufs Nachfüllung des Wassers an allen Strecken sich Hydranten befinden. Es dürften bei Einführung dieser Systeme, in welches eventuell auch gleich die Straßenkehrtricht-abfuhr mit einbezogen werden könnte, schon bei den Kosten der Investitions-anlage, besonders aber bei den jährlich mit 394,000 K gedachten Betriebsauslagen Ersparungen zu erzielen sein.

Ich stelle daher den Antrag:

1. Es seien zweckentsprechende Wasserspritzwagen,
2. eben solche Straßenkehrmaschinen zum ankuppeln an die Motorwagen der Straßenbahn anzuschaffen und
3. die nächtliche Straßenreinigung im Sinne dieses Antrages durchzuführen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

39. Antrag des Gem.-Rates Signer:

(Zum Bürgermeister gewendet:) Er wünscht, daß der ganze Antrag verlesen wird.

Bürgermeister: Ach, warum nicht gar; der Antrag geht an den Stadtrat und wird vollinhaltlich dem Gemeinderats-Sitzungsprotokolle beigegeben. (Zu Gem.-Rat Signer:) Jetzt wirst Du doch zufrieden sein! (Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (verliest den letzten Absatz dieses Antrages):

Gelegentlich meiner heurigen Sommerreise in mehrere große Städte des Auslandes fiel mir die besonders sehr praktische Bezeichnung der Fahrtrichtungen bei den elektrischen Straßenbahnen in Amsterdam auf, worüber ich im folgenden dem löblichen Gemeinderate behufs eventueller Einführung ähnlicher Bezeichnungen in unserem Betriebe einen diesbezüglichen Bericht zur Begutachtung unterbreite.

Bei den Straßenbahnen in Amsterdam sind alle Fahrtrouten mit einer Nummer bezeichnet, welche am Bügel, der den elektrischen Strom der Leitung mit den Schienen vermittelt, angebracht ist. Im Wagen ist den Fahrgästen ein Verzeichnis sämtlicher Fahrtrouten und ihre Bezeichnung ersichtlich gemacht. Will man in irgendein beliebiges Stadtviertel gelangen, so braucht man sich nur die betreffende Nummer zu merken, was speziell für den Fremden, der vielleicht der dortigen Landessprache nicht mächtig ist, viel leichtere Orientierung gewährt.

Eine solche Numerierung der Fahrtrichtungen, die nebenbei bemerkt, billig hergestellt werden kann, wäre daher auch bei unseren Straßenbahnen sehr empfehlenswert, und ich glaube, daß diese das Publikum infolge der rascheren Orientierung gewiß mit Freuden begrüßen und auch den Verkehr sehr günstig beeinflussen würde.

Ich stelle daher den Antrag:

Es ist am Bügel eine große verschiebbare Nummer anzubringen, welche die Route, die der Wagen befährt, kennzeichnet, und ist außerdem ein Routenverzeichnis im Wagen ersichtlich zu machen. Auch sind auf den Umsteigeplässen Tafeln mit den entsprechenden Routennummern anzubringen. Weiters sind anstatt der heutigen farbigen Signalscheiben ebenfalls die Richtung andeutende Nummern in dieselben einzustellen. Die hier angeführte Änderung in der Bezeichnung der Fahrtrichtung bei den elektrischen Straßenbahnen ist eventuell versuchsweise auf einzelnen Strecken einzuführen.

Bürgermeister: Geht also an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

40. Antrag des Gem.-Rates Hauslik:

Der XII. Wiener Gemeindebezirk Meidling hatte nach der Zählung vom 31. Dezember 1900 bereits 75.100 Einwohner und dürfte sich diese Zahl seither gewiß noch erhöht haben. Der größte Teil der Bevölkerung gehört der ärmeren Klasse und dem Arbeiterstande an, welcher letzterer noch durch den Bau mehrerer größerer Fabriken in der Richtung gegen den Bezirksteil Altmanndorf um Bedeutendes vermehrt wird, weshalb sich der Bau eines Volksbades als ein dringendes Bedürfnis des Bezirkes herausstellt.

In den Bezirken IV, VI, VII, VIII, XI, XV ist die Einwohnerzahl, sowie die dem Arbeiterstande angehörende Bevölkerung, mit Ausnahme der Bezirke XI und XV, eine bedeutend geringere als die des XII. Bezirkes und erfreuen sich dieselben trotzdem der Wohltat eines Volksbades.

Die Befertigten erlauben sich daher folgenden Antrag zu stellen:

Es sei im Bezirke Meidling ein Volksbad, und zwar in der Richtung gegen die Südbahn, zu errichten und für die hierzu erforderlichen Kosten noch im Voranschlage pro 1905 vorzusehen.

Bürgermeister: Geht auch an den Stadtrat.

41. Mittlerweile ist mir eine Mitteilung zugekommen, welche mich veranlaßt, ein weiteres Referat von der Tagesordnung abzugeben.

Es ist das das Referat Nr. 34, Beilage 250, Kaufoffert des Dr. Wilhelm und Julius Rosenfeld auf einen Teil der Kat.-Parz. 441/1 im IX. Bezirke.

42. Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung; es sind 130 Mitglieder des Gemeinderates anwesend.

Wir schreiten daher zur Vornahme der Wahl eines Mitgliedes in den Gemeinderats-Ausschuß für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Namen zu verlesen. Es müssen 100 Stimmzettel abgegeben werden. Ich bitte, die roten Zetteln abzugeben.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rates Hierhammer geben die Gemeinderäte ihre Stimmzettel ab.)

Es wird das Skrutinium sofort vorgenommen.

(Vize-Bürgermeister Strobach entnimmt die Stimmzettel der Urne und übergibt sie dem Bürgermeister, der den auf denselben befindlichen Namen verliest. — Nach Beendigung des Skrutiniums:)

Es wurden 110 Stimmzettel abgegeben. Einstimmig gewählt erscheint Herr Gem.-Rat Johann Brenta.

43. Wir nehmen gleich die anderen Wahlen, aber unter einem, vor.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer Leitner, die Namen zu verlesen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rates Leitner geben die Gemeinderäte die Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Ich bitte einstweilen die Urne stehen zu lassen. Bis die Hunderter-Stücke erledigt sind, wird Herr Vize-Bürgermeister

Strobach in Gemeinschaft mit Herrn Schriftführer Leitner das Strutinium vornehmen.

Nun schreiten wir zur Erledigung jener Geschäftsstücke, zu deren Erledigung die Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten erforderlich ist.

Herr Gem.-Rat Dr. Deutschmann zum Referate.

44. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 11355. Wie die Herren aus der Vorlage ersehen, handelt es sich hier um die Annahme eines Kaufoffertes der Firma Kupka & Orglmeister auf eine zur Arrondierung eines umzubauenden Hauses notwendige Parzelle. Es werden dafür 80.000 K Pauschalbetrag geboten. Die übrigen Bedingungen sind aus der Vorlage ersichtlich.

Sch bitte um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Zifferer!

Gem.-Rat Zifferer: Ich kann den Kaufpreis als solchen als keinen günstigen bezeichnen. Mit Rücksicht darauf, daß der Umbau im Interesse der Gußhausstraße und des ganzen Bezirkes Wieden, ebenso der Paniglasse sehr wichtig ist, könnte ich mich auch zu diesen Bedingungen entschließen. Denn der Kaufpreis, wie er hier angeführt wird, ist nicht absolut richtig. Er würde entsprechen einem Betrage von 360 K per Quadratmeter. Man darf aber nicht vergessen, daß dabei 958 m³ Straßengrund, den man sonst hätte antaufen müssen, ins öffentliche Gut übergeben wird. Also de facto müßte man den Kaufpreis kalkulieren aus einem Drittel von 958 m² anzukaufenden Straßengrundes und 360 m² Baugrund, welche faktisch hinzugekauft werden. Es ist nämlich eine Nebenbedingung dabei, welche besagt, daß die Servitut, welche auf der Realität Ecke Paniglasse und Allee-gasse haftet, aufrecht bleibt.

Ich könnte mit den Anträgen in der vorliegenden Form nur unter der Bedingung mich einverstanden erklären, daß tatsächlich auch sofort, wenn von der Grundparzelle durch Umbau Gebrauch gemacht wird, das Haus Paniglasse, Ecke Allee-gasse zur Demolierung gelangt, respektive diese Abtretung des Straßengrundes auch faktisch erfolgte, denn sonst ist der beabsichtigte Zweck nicht erreicht, nämlich der, daß die Gegend zur Regulierung kommt.

Wenn die Herren den Plan genau besichtigen, so ist die große Wahrscheinlichkeit oder wenigstens die Möglichkeit vorhanden, daß man die drei Baustellen in der Gußhausstraße verbaut und das Haus Ecke Paniglasse und Allee-gasse, d. i. das bekannte Hirschenwirthshaus stehen bleibt. Denn wir übergeben heute ein Gut und bekommen den Gegenwert nicht zu einer Zeit, wo wir ihn brauchen würden. Wenn also dieser billige Verkauf genehmigt wird, so möchte ich doch mindestens den Zusatz-Antrag stellen, daß gleichzeitig auch dieser unentgeltlich abzutretende Straßengrund ins Eigentum der Gemeinde Wien übergeben wird; denn dadurch wird erst die gewünschte Regulierung, wegen deren wir den billigen Verkauf konzederen, durchgeführt. (Rufe: Es geschieht ja!) Pardon, es heißt hier nur, daß die grundbücherliche Einverleibung der Servitut vorgemerkt wird, daß nämlich der abzutretende Grund seinerzeit unentgeltlich übergeben wird. Ich will aber die faktische Übergabe dieses Grundes. Denn das Gasthaus „zum Hirschen“, Ecke Allee-gasse und Paniglasse, kann meiner Ansicht nach noch 30 bis 40 Jahre fortbestehen und wir haben den Engpaß und die nicht regulierte Allee-gasse, während nur jener Teil reguliert wird, der dem Käufer zugute kommt.

Referent: In Punkt 4 steht ausdrücklich (liest):

„4. Letztere — d. i. die Käuferin — übernimmt die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 586 IV. Bezirk, beziehungsweise auf der durch Abtheilung derselben an der Ecke der Allee- und Paniglasse entstehende Baustelle als Realkast zugunsten der Gemeinde Wien im Range nach den bestehenden Eintragungen zu intabulierende Verpflichtung, den von der genannten Liegenschaft zu Straßen-zwecken entfallenden Grund Figur a b c d a, per zirka 125 m² nach vollzogenem Umbau des Hauses IV., Paniglasse 1 unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten.“

Bürgermeister: Wann wird das vollzogen?

Referent: Es wird ja das ganze verbaut.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Zifferer!

Gem.-Rat Zifferer: Da werden vier Baustellen entstehen, drei in der Gußhausstraße, davon eine Ecke Allee-gasse und noch eine Ecke Allee-gasse und Paniglasse. Dieses Servitut, diese Verpflichtung liegt ja auf dem Umbauhause. Die Differenz zwischen meiner Auffassung und der, die hier ist, liegt darin, daß nach meiner Meinung, wenn der Umbau der Parzelle in der Gußhausstraße erfolgt, auch die Demolierung des Hauses Allee- und Paniglasse erfolgen soll und dann uns der Grund wirklich übergeben wird. Sonst sind wir nur im Grundbuch drinnen und können aber die Straße nicht bekommen. (Ruf: Der Käufer muß die Häuser demolieren!) Er kann die Häuser demolieren. (Ruf: Er muß ja kaufen!) Das wissen wir, das ist ja selbstverständlich, das ist ja die erste Bedingung, daß er sie gekauft hat, aber etwas anderes ist es, ob er die vier Baustellen verbaut oder nur drei und die eine dann stehen bleibt.

Bürgermeister: Ich verstehe schon! Es liegt ja nichts daran, wenn es ein paar Jahre dauert. Aber es müßte eine Zeit angegeben sein, zum Beispiel fünf Jahre.

Gem.-Rat Zifferer: Damit bin ich einverstanden.

Bürgermeister: Die Herren haben jetzt den Zusatz gehört (liest):

„... nach vollzogenem Umbau, der mindestens binnen fünf Jahren, vom Tage des Vertragsabschlusses an gerechnet, erfolgen muß...“ u. s. w.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrates mit diesem Zusatz einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere, daß die Anträge mit viel mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben sind.

Beschluß: Die Gemeinde Wien verkauft an die Firma Kupka & Orglmeister behufs Arrondierung der Liegenschaft Einl.-Z. 586 IV. Bezirk den mit den Buchstaben e h i e umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 592 und 593, Einl.-Z. 6 IV. Bezirk, per zirka 233 m² um den Pauschalbetrag von 80.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Rechtswirksamkeit dieses Kaufgeschäftes wird davon abhängig gemacht, daß die Käuferin binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Genehmigung desselben seitens der Gemeinde die Erwerbung des Hauses IV., Allee-gasse 8, Paniglasse 1, nachweist.

2. Der Kauffchilling ist bei Erbringung des sub 1 erwähnten Nachweises zu berichtigen.

3. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin.

4. Letztere übernimmt die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 586 IV. Bezirk, beziehungsweise auf der durch Abtheilung derselben an der Ecke der Allee- und Paniglasse entstehende Baustelle als Realkast zugunsten der Gemeinde Wien im Range nach den bestehenden Eintragungen zu intabulierende Verpflichtung, den von der genannten Liegenschaft zu Straßenzwecken entfallenden Grund Figur a b c d a, per zirka 125 m² nach vollzogenem Umbau des Hauses IV., Paniglasse 1, welcher mindestens binnen fünf Jahren, vom Tage des Vertragsabschlusses an gerechnet, erfolgen muß, unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten.

5. Die Käuferin erteilt ihre Einwilligung zur grundbücherlichen Löschung der auf der Einl.-Z. 6 Grundbuch Wieden zugunsten des Hauses Paniglasse 1 einverleibten Verbindlichkeit in Betreff der Errichtung und Erhaltung einer Mauer und Nichtöffnung von Fenstern oder Öffnungen.

6. Die Gemeinde Wien überträgt ohne weitere Entschädigung die mit den Buchstaben e k l h e umschriebenen Teilflächen der Kat.-Parz. 592 und 593, Einl.-Z. 6 IV. Bezirk, per zirka 958 m² in das Verzeichnis für das öffentliche Gut.

7. Die Einfriedung ist vom Verkaufe ausgeschlossen.

45. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 11479. Hier handelt es sich um den Verkauf einer Baustelle im VI. Bezirke, Gumpendorferstraße und Ecke Mariahilfergürtel. Es wird hiesür ein Einheitspreis von 202 K per Quadratmeter gezahlt und wird ein Kaufgeschäft damit verbunden. Der Offerent Herr Heinrich Schumann ist nämlich Eigentümer einer Realität am Tiefen Graben, welche wir absolut benötigen, weil dieselbe ganz in den Straßengrund fällt.

Mit Rücksicht darauf, und nachdem ein besseres Offer nicht vorhanden war, wird Ihnen dieser Geschäftsabschluß empfohlen, unter den Bedingungen, welche aus der Vorlage ersichtlich sind.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Schlechter contra.

Gem.-Rat Schlechter: Das Geschäft, welches hier vorgenommen werden soll, bedarf einer kleinen Erörterung. Dieses Geschäft wird von der Gemeinde Wien im Namen des Bürgerhospitalfondes gemacht und dieser Fond verkauft an einen Privaten zwei wunderbare Bauplätze (Sehr richtig!) an einer ausgezeichneten Stelle, nämlich in der unmittelbarsten Nähe der Haltestelle Gumpendorferstraße. Es sind das zwei Parzellen, wo er drei Fronten bei jeder Parzelle erhält. Und was bekommen wir dafür? Allerdings ein Aufgeld, aber dazu ein Haus in der Stadt, im Tiefen Graben, welches bei der Regulierung und Verbreiterung und beim Ausbau des Tiefen Grabens vollständig in die Straße fällt. Ich glaube, daß es denn doch nicht angeht, daß der Bürgerhospitalfond auf diese Weise ein Geschäft macht.

Ich glaube, daß Sie von der Inneren Stadt gewiß dafür fein werden, weil der Tiefe Graben dadurch reguliert und verbreitert wird, aber ich glaube, daß das gute Geschäft, welches daraus gemacht werden kann, der Fond selber machen soll. Der

Bürgerhospitalfond soll selber dort bauen; vielleicht war es ein Glück, daß früher der Bürgerhospitalfond manche Häuser gebaut hat, die später jährlich ein ganz bedeutendes Erträgnis geliefert haben. Daß man Wert darauf legt, daß in der Inneren Stadt etwas geschieht, finde ich ja begreiflich, aber ich bitte, um diesen Preis ist es nicht notwendig. Ich werde beispielsweise nicht im geringsten eine Einwendung machen, wenn für das Haus, welches hier eingetauscht werden soll, ein annehmbarer Preis gefordert wird. Der ganze Gemeinderat wird zustimmen; wir wollen ja eine Verschönerung und Verbreiterung der Inneren Stadt, aber daß er daran die Bedingung knüpft, er müsse für ein altes Haus drinnen an der schönsten Stelle in Mariahilf draußen am Gürtel . . . (Zwischenrufe) . . . ich bitte, unterbrechen Sie mich nicht; ich werde doch die Verhältnisse besser kennen, als Sie von der Landstraße. In ganz Mariahilf haben wir keinen so schönen Platz mehr und dieser wird um einen Spottpreis hergegeben.

Ich möchte noch eines sagen. Warum teilt man das Referat? Hier gibt man jemandem eine Eckparzelle, eine dreifache Eckparzelle, dann kommt ein nächster Referent, der beantragt den Verkauf der nächsten dreifachen Parzelle an denselben Offerenten. Wie kommt das? — Hätte man das ganze Geschäft unter einem gemacht und damit motiviert: Der bekommt zwei Bauplätze und wir tauschen ein altes Haus am Tiefen Graben dafür ein, das 64 m² Fläche hat, so wäre das etwas anderes.

Ich mache auch auf den Preis aufmerksam, in einem Falle ist ein Preis von 202 K per Quadratmeter an einer Stelle angenommen, wo die Gumpendorferstraße die Hauptfront bildet. Dort weiter oben, wo die Liniengasse die Front bildet, wird ein Preis von über 300 K angenommen; das versteht man nicht. Ich glaube, auf der Gumpendorferstraße sind die Gründe wertvoller als in der zukünftigen Verlängerung der Liniengasse, die eine Sackgasse bleiben wird. Es könnte nur das eine sein — ich gebe ja zu, daß das möglich ist, doch das müßte gesagt werden — daß das Haus in der Stadt mit einem verhältnismäßig niedrigen Preis angenommen wurde. (Zustimmung.)

Ja, das kann man aber aus dem Referate nicht riechen, es ist ja kein Kostbrat. Man muß sagen, daß der Preis von 300 K auf andere Weise kompensiert wird. Ich glaube aber, unter allen Umständen sagen zu müssen, daß der Preis so niedrig ist, daß es mir leid ist, daß der Fond, der im Besitze von zwei so wunderschönen Bauplätzen ist, diese gegen ein Haus umtauschen soll, das nicht so viel wert ist. Ich glaube, wir sind verpflichtet, die Interessen des Bürgerhospitalfondes zu schützen. Ich halte den Preis für zu niedrig und werde deshalb gegen den Antrag stimmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Bielohlawek pro!

Gem.-Rat Bielohlawek: Ich habe mich nur deshalb zum Worte gemeldet, weil ich bei den Verhandlungen im Komitee war. Es handelt sich in erster Linie um den Tiefen Graben, weil der in absehbarer Zeit reguliert werden muß und es sich nicht gleich bleibt, ob wir jetzt ein Haus um 30.000 K kaufen können oder später dafür 50.000 K zahlen müssen. Es sind im ganzen vier Käufer gekommen. Geschäft ist der Platz auf 160 K per Quadratmeter. Der Erste hat 175 K gegeben, der Zweite hat 180 K und der Dritte hat 190 K geboten. Jetzt ist aber wieder der Erste gekommen und der bietet 202 K. Die anderen erklärten sofort, sie können das unter keinen Umständen geben und sind deshalb

zurückgetreten. Wir haben ein Interesse daran, daß wir das Haus am Tiefen Graben billig bekommen. Wir kennen die Summe, die es gekostet hat, dann das, was er für Adaptierungen hineingesteckt hat und wir müssen sagen, daß es faktisch ein billiger Preis ist.

Wir brauchen das Haus zur Durchführung des Tiefen Grabens, und zwar in nicht allzu langer Zeit. Die Sache wird akut, wenn der eine Hausherr bei der Brücke mürbe wird und nicht mehr so enorme Forderungen stellt. Wenn der Herr Kollege Schlechter sagt, daß der Preis von 202 K noch zu billig sei, so weiß ich das nicht, da bin ich nicht fachverständlich genug. Da aber die anderen Käufer sofort zurücktraten und sagten, sie könnten das nicht zahlen, und nur der eine mit der Kompensation übrigblieb, der aber statt 160 K — sogar 202 K bot, so haben wir uns eben zu diesem Abschluß geeinigt. Wenn Sie übrigens glauben, daß wir mehr erzielen können, so habe ich nichts dagegen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Herr Referent zum Schlußworte.

Referent: Es ist Ihnen schon ausgeführt worden, der Preis ist hinaufgesteigert worden auf 202 K per Quadratmeter.

Das ist aber die größte Steigerung, welche wir erreicht haben, und ich glaube, daß wir das größte Interesse haben, das Haus am Tiefen Graben um diesen so preiswürdigen Betrag zu erwerben. Wenn wir es nicht bekommen, so verkauft er es und findet gewiß einen Käufer, weil man weiß, die Kommune Wien muß dieses Haus haben und dann kostet es um 20.000 K mehr. Also wir profitieren, wenn wir das Haus als Kompensationsobjekt übernehmen.

Herr Kollege Schlechter irrt sich; ich habe hier einen besseren Preis mit 202 K, während Herr Kollege Wessely die anderen Grundstücke um 112 K verkauft. Das ist auch entsprechend, denn die Gumpendorferstraße ist eine Passage, wo man Geschäfte macht, aber beim Gürtel und in der Liniengasse wird das etwas happen.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen und dem Antrage zuzustimmen.

Bürgermeister: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

Beschluß: Die Gemeinde Wien no. des Wiener Bürgerhospitalfondes überläßt dem Heinrich Schumann die an der Ecke der Gumpendorferstraße und des Mariahilfsgürtels, VI. Bezirk, gelegene, aus einem Teile der Kat.-Parz. 1179 2 und 1427,6, Einl.-Z. 1196 VI. Bezirk und einem Teile der Straßenparzelle 1547, VI. Bezirk, bestehende Baustelle, mit den Buchstaben b d e B A e b umschrieben, im Ausmaße von zirka 367 m² um den Einheitspreis von 202 K per Quadratmeter, wogegen Heinrich Schumann an den Wiener Bürgerhospitalfond das Haus I., Tiefer Graben 35, Einl.-Z. 1311 Grundbuch Innere Stadt, im Katastralausmaße von 64,74 m, wie es liegt und steht, um den Pauschalpreis von 30.000 K überträgt.

Dieses Rechtsgeschäft wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Heinrich Schumann ist verpflichtet, binnen vier Wochen nach Verständigung von der Genehmigung

dieses Rechtsgeschäftes bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit desselben die grundbücherliche Löschung der auf der Einlage 1311 Innere Stadt zugunsten der Ersten österreichischen Sparkassa haftende Sakpost auf seine Kosten zu veranlassen, so daß diese Liegenschaft mit Ausnahme der auf derselben an erster Stelle intabulierten Dienstbarkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten lastenfrei in das Eigentum des Fondes übergeht.

2. Die zugunsten des Wiener Bürgerhospitalfondes sich ergebende Aufzahlung, deren genauer Betrag von dem Ergebnisse der Vermessung des eingangs erwähnten Baugrundes abhängig ist, ist bei Übergabe der Tauschobjekte, welche zu gleicher Zeit stattzufinden hat, fällig.

Die Übergabe des an Heinrich Schumann zu überlassenden Baugrundes kann erst stattfinden, sobald der Wiener Bürgerhospitalfond selbst in den physischen Besitz dieses Grundes getreten ist.

3. Der genannte Fond wird den mit den Buchstaben a d e C m G H a umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1179/2 und 1427/16, Einl.-Z. 1196 VI. Bezirk per zirka 430 m² ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen.

4. Heinrich Schumann übernimmt die auf dem an ihn zu übertragenden Baugrunde an erster Stelle zugunsten des Wiener Bürgerhospitalfondes als Reallast zu intabulierende Verpflichtung, die sub 3 erwähnte Grundfläche bei Verbauung des Bauplatzes auf seine Kosten in das richtige Niveau zu bringen; hiebei ist in der Linie e C eine entsprechende Vermessung zur Sicherung der Nachbar-Objekte zu belassen.

5. Das Pflastermateriale auf dem an Heinrich Schumann zu überlassenden Straßengrund, sowie die an der Gumpendorferstraße und am Mariahilfsgürtel stehende Einfriedung sind von der Veräußerung ausgeschlossen.

6. Die mit der Vertragsausfertigung und der Anfertigung der Vertragspläne verbundenen Kosten tragen beide Vertragsteile je zur Hälfte, die Übertragungsgebühren samt Zuschlägen jeder Vertragsteil für die von ihm zu erwerbende Liegenschaft.

7. Heinrich Schumann verpflichtet sich, über Aufforderung des Wiener Bürgerhospitalfondes binnen acht Tagen die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung bei der Grundb.-Einl. 1311 Innere Stadt auf seine Kosten zu erwirken, widrigenfalls das Rechtsgeschäft als nicht abgeschlossen gilt.

8. Der Genannte nimmt zur Kenntnis, daß die in sein Eigentum übergehende Baustelle fünfgeschosig verbaut werden kann.

9. Der Fond übernimmt keine Gewähr für eine bestimmte Beschaffenheit des an Heinrich Schumann zu überlassenden Grundes.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Oppenberger.

46. Referent Gem.-Rat Oppenberger: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 12045, Post 48, Beilage 256. Kaufoffert des Heinrich und Wilhelm Wohlmeyer auf den Baugrund II., Lilienbrunnengasse 2. Die Baustelle hat ein Aus-

maß von 522.27 m² und ein Grundfragment von 11.26 m² zum Preise von 420 K per Quadratmeter. Der Preis ist angemessen, ich bitte daher um die Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall und ich ersuche die Herren, welche die Anträge annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere, daß die Anträge mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben sind.

Beschluß: Die Gemeinde Wien verkauft an Heinrich und Wilhelm Wohlmeyer den ihr gehörigen aus einem Teile der Kat.-Parz. 22, Einl.-Z. 978 Leopoldstadt und der Straßenparzelle 3915 Leopoldstadt bestehenden, mit den Buchstaben a b e k a umschriebenen Baugrund per zirka 522.27 m², ferner im Vollmachtsnamen der Firma Schöllner & Komp. den mit den Buchstaben e i k e umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 21/1, Einl.-Z. 386 Leopoldstadt, per zirka 11.26 m² um den Einheitspreis von 420 K per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Von dem auf die Gemeinde entfallenden Kauverschilling ist ein Betrag von 50.000 K binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes fällig.

Der sonach verbleibende Kauverschillingsrest ist in zwei gleichen Raten zu berichtigen, von welchen die erste Rate binnen 18 Monaten nach Bezahlung des überwähnten Betrages von 50.000 K, die zweite Rate binnen weiterer 6 Monate fällig ist.

Der an die Firma Schöllner & Komp. zu bezahlende Kauverschilling ist gleichfalls binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes fällig.

2. Der Kauverschillingsrest für den städtischen Grund ist vom Tage der Fälligkeit der ersten Rate an mit 4 1/2 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen und auf dem Kaufobjekte an erster Stelle pfandrechtlich zugunsten der Gemeinde sicherzustellen.

3. Sämtliche mit diesem Kaufgeschäfte und der seinerzeitigen Löschung des Pfandrechtes verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer.

4. Dieselben nehmen zur Kenntnis, daß die Rechtswirksamkeit dieses Rechtsgeschäftes von der Genehmigung des Niederösterreichischen Landtages abhängig ist.

5. Die Gemeinde wird die mit den Buchstaben a e f g a und e d h e umschriebenen Teile der Einl.-Z. 978 Leopoldstadt, per zirka 29.34 m² und 53 m² ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen.

6. Den Käufern wird für die Dauer der Ausführung des auf dem überwähnten Baugrunde geplanten Neubaus ein Teil des vorliegenden Straßengrundes für Zwecke der Materiallagerung unentgeltlich zur Benützung überlassen; diese Benützung kann jedoch nur insoweit statthaben, als hiedurch die Arbeiten für den projektierten Bau der Brücke über den Donaukanal im Zuge der Rotenturmstraße, sowie

die Arbeiten für die Straßenregulierung nicht gehindert werden.

Die Gemeinde ist übrigens berechtigt, diese Benützung jederzeit 14tägig zu kündigen.

7. Für die Inanspruchnahme von Risikogründen an dem geplanten Neubau, sowie als Entschädigung für die Herstellung von Erkern ist, falls diese Anlagen die baubehördliche Genehmigung erhalten, ein Betrag von 420 K per Quadratmeter zu bezahlen.

8. Die Einfriedung, sowie eventuelle unter dem zu verkaufenden Straßengrund befindliche Objekte bleiben vom Verkaufe ausgeschlossen.

47. Referent Gem.-Rat Oppenberger: Zahl 9545, Post 20, Erwirkung eines Landtags-Beschlusses für den Verkauf des Baugrundes II., Lilienbrunnengasse 2, um den Minimalpreis von 380 K per Quadratmeter.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich ersuche die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen angenommen.

Beschluß: Der Magistrat wird ermächtigt, wegen Erwirkung eines Beschlusses des Niederösterreichischen Landtages, womit der Gemeinde Wien die Bewilligung erteilt wird, den im Plane mit den Buchstaben a b e k a umschriebenen, aus Teilen der Kat.-Parz. 22, Einl.-Z. 978 und aus Teilen der Straßenparzellen 3884/1 und 3915 II. Bezirk, bestehenden Grund per zirka 522.27 m² um den Minimalpreis von 380 K per Quadratmeter veräußern zu dürfen, das Erforderliche zu veranlassen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Oppenberger hat noch ein Stück zu referieren, welches kein Hunderterstück ist. Er muß fort zu einer Besprechung und die Herren werden gestatten, daß ich das Referat hier einschiebe.

48. Referent Gem.-Rat Oppenberger: Zahl 12333, Post Nr. 32. Detailprojekt für den Bau einer Mädchenschule und eines Volksbades im II. Bezirke, Vereinsgasse. Die Schule wird erhalten: 12 Lehrzimmer, einen Turnsaal mit Garderobe, eine Kanzlei, 1 Konferenzzimmer, 3 Lehrmittelzimmer, 1 Schuldienerswohnung, 1 Waschküche; das Volksbad: 1 Männer-, 1 Frauen-, 1 Knaben- und 1 Mädchenbad und ein Reservebad I. Klasse.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Helbig pro!

Gem.-Rat Helbig: Ich bin sehr befriedigt, weil das auch seinerzeit mein Antrag war, so daß durch die Annahme meines Antrages der Gemeinde zu einem guten Geschäfte verholpen wird. Für die eingemietete Schule, die, wie jedermann weiß, vollkommen ungeeignet war, mußten wir pro Jahr 17.000 K Miete bezahlen.

Der Schulbau kostet nur 252.000 K, also wenn man von dem angekauften Grund für die Schule zwei Drittel und für das Volksbad ein Drittel rechnet, nämlich 170.000 K, so kostet die Schule inklusive des Platzes 366.000 K; bei der Verzinsung und Amortisation erspart die Gemeinde also noch etwas und wir haben ein allen Anforderungen der Zeit entsprechendes Schulhaus. Es ist auch noch sehr erfreulich, daß daneben der Platz für das Volksbad ist, und daß so dem Wunsche der Sozialdemokraten wirklich einmal Rechnung getragen werden kann,

wenn man einige Stunden des Tages das Volksbad für Schulzwecke reserviert, was ich auch unbedingt empfehlen würde. Wir haben dann wirklich ein Schulbad, nicht nur für diese, sondern auch für die angrenzenden Schulen. Sie sehen also, daß es auch, wenn Sie Anträge von Gemeinderäten annehmen, die nicht Ihrer Partei angehören, der Gemeinde zugute kommen kann.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Ich ersuche jene Herren, die mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Das Detailprojekt für den Bau und die Einrichtung einer Mädchen-Volkschule und eines Volksbades auf den Baustellen Einl.-Z. 4982, Nr. 3 und Einl.-Z. 4983, Nr. 4 im II. Bezirke, Vereinsgasse, mit dem Kostenbetrage von 451.126 K 17 h, d. i. mit 252.091 K 67 h für den Schulbau und mit 199.034 K 50 h für das Bad wird genehmigt.

2. Mit dem Baue ist im Herbst 1904 zu beginnen und derselbe womöglich noch heuer im Rohbau fertigzustellen und unter Dach zu bringen. Das Schulhaus ist bis Mitte August 1905, das Bad bis Mitte September 1905 fertigzustellen. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bau-Kommission wird der Baukonsens erteilt.

3. Zur Deckung der im Jahre 1904 erwachsenden Baukosten für das Volksbad wird zur Ausgabe-Kubrik XXXIV 10 „Errichtung von Volksbädern“, ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bis zum Höchstbetrage von 100.000 K bewilligt. Die im Jahre 1904 für den Schulbau auflaufenden Kosten per zirka 120.000 K werden auf den Reservefond verwiesen.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rat Wessely. Es ist das wieder ein sogenanntes Hundertestück.

49. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 1231, Post 43, Kaufoffert des Heinrich Schumann auf die Baustelle an der Ecke des Mariahilfergürtels und der verlängerten Liniengasse, Einl.-Z. 1196 VI. Bezirk. Das ist ein Teil der Einl.-Z. 1196. Zu verbauen sind 398 m². Er hat uns 105 K per Quadratmeter geboten. Im Wege der Verhandlungen hat er dieses Angebot auf 112 K 50 h erhöht; das macht 44.775 K aus.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere, daß der Antrag des Stadtrates mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben ist.

Beschluß: Die Gemeinde Wien nos. des Wiener Bürgerhospitalfondes überläßt dem Heinrich Schumann einen Teil der Kat.-Parz. 1179/2 und 1427/6, Einl.-Z. 1196 VI. Bezirk, Figur f g h M' D f im Ausmaße von zirka 398 m² um den Einheitspreis von 112 K 50 h per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Ein Teilbetrag des Kaufschillings per 8000 K ist bei Übergabe des Baugrundes in den physischen Besitz des Käufers, der Rest binnen eines weiteren Jahres fällig und letzterer vom Tage der Bezahlung

der ersten Rate an mit 4 1/2 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen.

2. Zur Sicherstellung des Kaufschillingsrestes samt Nebengebühren ist das Pfandrecht an erster Stelle auf dem Kaufobjekte zugunsten des Verkäufers einzuverleiben.

3. Die Übergabe des Kaufobjektes in den physischen Besitz des Käufers kann erst stattfinden, wenn der Fond selbst in den physischen Besitz desselben getreten ist.

4. Der Käufer übernimmt die auf dem Kaufobjekte an zweiter Stelle als Realkast zugunsten des Fondes zu intabulierende Verpflichtung, die mit c N F I V a I V M M' h g f e umschriebene Fläche per zirka 780 m² bei Verbauung des Kaufobjektes auf seine Kosten in das richtige Niveau zu bringen.

5. Sämtliche mit diesem Rechtsgefächte verbundenen Kosten und Gebühren, die Kosten der feinerzeitigen Löschung des Pfandrechtes und der Realkast trägt der Käufer.

6. Der Wiener Bürgerhospitalfond wird den mit den Buchstaben c N F O M M' h g f e umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1427/6 und 1179/2, Einl.-Z. 1196 und 1427/4, Einl.-Z. 1050 VI. Bezirk, per zirka 813 m² in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Weitmann.

50. Referent Gem.-Rat Weitmann: Zahl 11480, Post 33 Kaufoffert des Gustav Schwalla auf einen Teil der Kat.-Parz. 1632, V. Bezirk, Schönbrunnerstraße. Ich bemerke, daß der Quadratmeter Baugrund auf 287 K zu stehen kommt. Das anstoßende Haus wurde bei der Durchführung der Reinprechtsdorferstraße expropriert und mit 236 K per Quadratmeter eingekauft. Nebstdem tritt er noch 25 m² auf Straßenzwecke entfallenden Grund unentgeltlich ab. Der ganze Grund kommt ihn auf ungefähr 27.000 K. Die Beilage befindet sich in Ihren Händen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere, daß der Antrag des Stadtrates mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben ist.

Beschluß: I. Die für die Liegenschaft Einl.-Z. 493 Grundbuch Margareten, dormalen nach der Linie a' b' genehmigte Baulinie wird nach der Linie a b abgeändert und die Baulinie b b' neu bestimmt.

II. Die Gemeinde Wien verkauft an Gustav Schwalla behufs Einbeziehung zu der Liegenschaft V., Schönbrunnerstraße 80, Einl.-Z. 493 Grundbuch Margareten, einen Teil der im Verzeichnisse für das öffentliche Gut imliegenden Kat.-Parz. 1632 V. Bezirk, Figur b c e' d e b per zirka 80·50 m² um den Pauschalbetrag von 22.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Ein Teilbetrag des Kaufschillings p. r. 6000 K ist binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes, der Rest binnen eines weiteren Jahres fällig, vom Tage der Bezahlung der ersten Rate an mit $4\frac{1}{2}$ Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen und auf der Liegenschaft Einl.-Z. 493 V. Bezirk, an erster Stelle zugunsten der Gemeinde pfandrehtlich sicherzustellen. Zu diesem Behufe hat der Käufer für die grundbücherliche Löschung der dormalen an erster Stelle intabulierten Satzpfort Sorge zu tragen.

2. Gustav Schwalla übernimmt die auf Einl.-Z. 493 Grundbuch Margareten, als Reallast zugunsten der Gemeinde zu intabulierende Verpflichtung, die von dieser Liegenschaft zur Schönbrunnerstraße und zur Wienzeile entfallenden Grundflächen per zusammen zirka 25.02 m² nach Vollendung des Umbaues des Hauses V., Schönbrunnerstraße 80, unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien abzutreten.

3. Der Käufer nimmt zur Kenntnis, daß die letzterwähnte Liegenschaft nur fünfgeschoszig verbaut werden darf.

4. Die Gemeinde gestattet die Herstellung von drei Erfern mit einer Gesamtausladefläche von zirka 24 m² und mit einer Ausladung von je zirka 1 m bis 1.25 m² an dem auf der Liegenschaft V., Schönbrunnerstraße 80, geplanten Neubau, falls für diese Erferanlagen die baubehördliche Bewilligung erteilt wird, gegen Bezahlung eines Entschädigungsbetrages von 4000 K Pauschale. Diese Summe ist bei Ausfertigung der Baubewilligung zu bezahlen.

5. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und der seinerzeitigen Löschung des Pfandrehtes und der Reallast verbundenen Kosten und Gebühren trägt der Käufer.

6. Das Pflastermateriale bleibt vom Verkaufe ausgeschlossen, desgleichen die anderen auf oder unter dem zu verkaufenden Grunde befindlichen Objekte.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Kollege Gsottbauer.

51. Referent Gem.-Rat Gsottbauer: Zahl 9552, Post 21, Franz Schmid und Emilie Panitzky suchen um Bestimmung des Übernahmepreises und der Schadloshaltung für den beim Hause IX., Althangasse 9, einzubeziehenden beziehungsweise abzutretenden Grund an. (Beilage Nr. 241.)

Ich erlaube mir namens des Stadtrates den Antrag zu stellen (liest):

„Der Übernahmepreis für den in die Verbauung einzubeziehenden Grund wird mit 140 K per Quadratmeter, zusammen daher für 162.51 m² mit 22.751 K 40 h, die Schadloshaltung für den zur Badgasse abzutretenden Grund per 71.71 m² mit 40 K per Quadratmeter, das ist mit 2868 K 40 h und für den zur Fochtergasse abzutretenden Grund per 158.43 m² mit 53 K per Quadratmeter, das ist mit 8396 K 79 h, zusammen daher mit 11.265 K 19 h bestimmt, so daß seitens der Partei vor Erteilung eines Baukonsenses eine Aufzahlung von 11.486 K 21 h an die Gemeinde Wien zu leisten ist.“

Ich bitte um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gelangte Referenten-Antrag.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Bielowlawek!

52. Referent Gem.-Rat Bielowlawek: Zahl 12144, Z. 45, betrifft das neuerliche Anbot des Georg Demski uoe. Mathilde Gottard um Bestimmung der Schadloshaltung für den beim Umbau des Hauses I, Bäckerstraße 24/26, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund. (Beilage Nr. 257.)

Das ist das Haus beim Schwibbogen. Nach langen, beinahe ein Jahr währenden Verhandlungen, welche nunmehr zum Abschlusse gelangt sind, haben wir den Preis erzielt, den wir verlangt haben. Die Anträge haben Sie in den Händen.

Ich bitte um deren Genehmigung.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Die Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues des Hauses I., Bäckerstraße 24/26, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 286.28 m², wird mit dem Betrage von 200 K per Quadratmeter, d. i. zusammen mit dem Betrage von 57.256 K bestimmt.

2. Die Gemeinde Wien gestattet die Herstellung der beiden für den Neubau projektierten Erker per 6.08 m² Ausladefläche unter der Bedingung, daß die zum Hause gehörigen, in die Straße reichenden Keller, ohne weiteren Entschädigungsanspruch an die Gemeinde, aufgelassen und zugeschüttet werden.

53. Referent Gem.-Rat Bielowlawek: Zahl 11937, Post 1. Wiener Singakademie um Überlassung des Sitzungs-saales im Alten Rathause. Es wird die Überlassung des Sitzungs-saales im Alten Rathause an jedem Freitag in der Zeit vom 1. Oktober 1904 bis 15. Mai 1905 von $\frac{1}{2}$ 7 Uhr bis 9 Uhr abends gegen Entrichtung eines Jahrespauschales von 600 K für Reinigung, Beheizung und Beleuchtung und unter der Voraussetzung, daß der Saal nicht für Amtszwecke benötigt wird, beantragt.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Der Wiener Singakademie wird der Sitzungs-saal im Alten Rathause an jedem Freitage in der Zeit vom 1. Oktober 1904 bis 15. Mai 1905 von $\frac{1}{2}$ 7 Uhr bis 9 Uhr abends gegen Entrichtung eines Jahrespauschales von 600 K für Reinigung, Beheizung und Beleuchtung und unter der Voraussetzung, daß der Saal nicht für Amtszwecke benötigt wird, überlassen.

Bürgermeister: Herr Kollege Dr. Arenn zum Referate.

54. Referent Gem.-Rat Dr. Arenn: Zahl 12260, Post 40, betrifft Ansuchen von sechs Verschönerungsvereinen um Bewilligung von Subventionen pro 1904 à 600 K. Ich bitte um Annahme der in Ihren Händen befindlichen diesbezüglichen Anträge des Stadtrates.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit diesen Anträgen einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: 1. Dem Hütteldorfer Verschönerungsvereine, dem Verschönerungsvereine Hacking, dem Verschönerungsvereine in Pöpleinsdorf, dem Salmansdorfer Verschönerungsvereine und dem Sieveringer Wohltätigkeits- und Verschönerungsvereine wird pro 1904 eine Subvention von je 600 K bewilligt.

2. Das Ansuchen des Verschönerungsvereines Ober-St. Veit wird abgewiesen.

55. Referent Gem.-Rat Dr. Arenn: Zahl 12232, Post 41, betrifft die Neuorganisation der Dienerstellen für das städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsamte. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) *Keine Einwendung. Angenommen.*

Beschluß: An Stelle der bisherigen neun provisorischen Dienerstellen des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes mit je 1000 K Gehalt werden neu systemisiert:

1. Vier Dienerstellen mit den Bezügen der städtischen Diener II. Klasse, ohne daß dieselben jedoch in diese Bezugsklasse eingereicht werden.

2. Fünf Dienerstellen mit einem Anfangslohn von 2 K 60 h, nach zurückgelegtem dritten Dienstjahre mit einem Taglohn von 3 K und gegen dreimonatliche Kündigung.

Die derzeit bestellten zwei provisorischen Diener, welche seit 1. Februar 1903, beziehungsweise März 1904, also noch nicht drei Jahre dienen, behalten ihren bisherigen Bezug von jährlich 1000 K.

3. Für die durch diese Neuorganisation erwachsenden Mehrauslagen (zirka 500 K im Jahre 1904) wird zur Ausgabe-Rubrik LII 9 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses pro 1904 bewilligt.

Gem.-Rat Kunshak: Ich wollte nur bemerken, daß die Einstellung eines Minimallohnes von 2 K 60 h eine Verschlechterung gegenüber den heutigen Verhältnissen bedeutet.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Kunshak, Sie haben sich nicht rechtzeitig zum Worte gemeldet, ich habe schon abstimmen lassen.

56. Referent Gem.-Rat Dr. Arenn: Zahl 12355, Post 46, betrifft die Bewilligung eines Zuschußkredites von 10.000 K zur Ausgabe-Rubrik XXVI 1 e pro 1904 für Reparaturarbeiten im Innern der Aquädukte der ersten Hochquellenleitung in Speising, Mauer, Liesing und Baden. Der Gemeinderat hat diesbezüglich schon Beschluß gefaßt. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 10.000 K zur Ausgabe-Rubrik XXVI 1 e pro 1904 für Reparaturarbeiten im Innern der Aquädukte der ersten Hochquellenleitung in Speising, Mauer, Liesing und Baden.

57. Referent Gem.-Rat Dr. Arenn: Zahl 11792, Post 26. 65 Gesuche von sanitären Vereinen um Subventionen pro 1904.

Ich bitte Sie um Genehmigung der Anträge, die Sie in Händen haben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. Ritter v. Fürth kontra!

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Fürth: Ich habe mich zur vorliegenden Angelegenheit zum Worte gemeldet, weil sich unter den Vereinen, die zur Abweisung beantragt sind, ein Verein befindet, der abgewiesen werden soll, ohne daß mir ein Wort darüber näher gesagt wurde. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich für diesen Verein eintrete. Ich glaube in der Lage zu sein, Sie über diesen Verein zu informieren. Es ist der Verein „Distriktskrankenpflege“. Ich muß wirklich annehmen, daß die Ziele und Aufgaben dieses Vereines seitens des Herrn Referenten des Stadtrates nicht genug gewürdigt worden sind. Sonst würde ich nicht verstehen, warum die Abweisung beantragt wird. Gestatten Sie mir, Ihnen in wenigen Worten die Ziele und Aufgaben dieses Vereines auseinanderzusetzen. Dieser Verein ist gegründet worden, um eine fühlbare Lücke in unserer Sanitätspflege auszufüllen. Sie wissen ja, daß unsere Spitäler nicht über allzu viel Platz verfügen. Nur gar zu oft muß ein Kranker, der der Spitalpflege bedürftig ist, abgewiesen werden, bloß darum, weil die Krankheit zu schwer ist und zu lange dauern würde. Ich erinnere nur an die Fälle der unheilbaren Tuberkulose, welche von unseren Spitalern mit Regelmäßigkeit zurückgewiesen werden. Es gibt auch andere Fälle, wo der Kranke zuhause bleiben muß, aus Familienrücksichten. Zum Beispiel eine Mutter, die für ihre Kinder zu sorgen hat und das Hauswesen nicht vernachlässigen kann.

Nun kennt ja jeder von uns die furchtbaren Zustände, die da eintreten, wenn ein Familienmitglied krank wird und dabei dort auch sonst die dürrigsten Verhältnisse herrschen. Dauert die Krankheit an, so ist gewöhnlich Verschuldung und Krankheitsvernachlässigung die Folge. Und da will nun dieser Verein nach englischem Muster eingreifen, indem er eine Hauspflege schafft. Der Verein hat zwei Stationen, das ist in Favoriten und Ottakring. Diese entsenden über Ansuchen der Ärzte Pflegerinnen in solche Häuser. Die Pflegerin nimmt sich der Kranken an, besorgt die Wirtschaft, reinigt das Haus; der Verein gibt auch erforderlichen Falles Medikamente und wenn nötig auch Kost, für die Kinder Milch, für Kranke Krankenkost u. s. w. Es werden dadurch auch insbesondere die städtischen Ärzte in hohem Maße entlastet. Sonst muß der Armenarzt täglich öfters zu so einem Kranken gehen, weil er nicht die gehörige Pflege hat. Bei der Distriktskrankenpflege informiert der Arzt die betreffende Pflegerin und kann ihr dann oft die Pflege Tage lang überlassen. Es ist dies auch von großer Wichtigkeit, wie vielfach die Erfahrung gelehrt hat, bei Bekämpfung von Epidemien. Vielfach werden ansteckende Krankheiten von der Bevölkerung nicht beachtet, wenn sie nicht darauf aufmerksam gemacht wird. Es sind Fälle vorgekommen, daß die Pflegerin in ein Haus berufen wurde, wo ein masekrankes Kind ohne Pflege lag. Die Leute haben gar nicht gewußt, worum es sich handelt. Auf diese Weise werden natürlich die ansteckenden Krankheiten verbreitet. Der Verein hat aber auch, abgesehen von seinen Leistungen, eine Bedingung erfüllt, die von Ihnen, meine Herren,

wiederholt gestellt worden ist, wenn Sie Vereine unterstützen wollten. Sie haben immer Wert darauf gelegt, daß die Gemeinde Einblick erhalte, in die Thätigkeit eines solchen Vereines. Der Verein „Distriktskrankenpflege“ hat, und zwar wie ich konstatiere, über ausdrücklichen Wunsch der Gemeinde Wien, welche sich im Vorjahre bereit erklärt hatte, einen Delegierten in den Vorstand zu entsenden, eine Bestimmung aufgenommen, daß die öffentlichen Behörden berechtigt seien, einen Delegierten in den Vorstand des Vereines zu entsenden, der die gleiche Stimmberechtigung hat, wie alle anderen Vorstandsmitglieder. Von diesem Rechte hat auch eine Körperschaft Gebrauch gemacht, die Ihnen ja sehr nahesteht, meine Herren, der niederösterreichische Landesauschuß. Ich weiß nicht, ob Herr Landesauschuß Steiner noch hier ist; wenn er hier wäre, könnte er mir bestätigen, daß er selbst das lebhafteste Interesse dieser Sache entgegengebracht hat, und daß er selbst die Frage studiert, um die Institutionen, die unser Verein eingeführt hat, weiter einzubürgern und auch dem flachen Lande zugänglich zu machen. Der Verein hat auch von verschiedenen maßgebenden Seiten Unterstützungen erhalten, von Seiner Majestät dem Kaiser, vom Ministerium des Innern u. s. w. Die städtischen Ärzte fördern den Verein, indem sie ihm Kranke zuweisen und auf diese Weise werden Sie durch den Verein wieder entlastet. Der Bezirksschulrat, an dessen Spitze ja unser Herr Bürgermeister steht, hat, als die Station in Favoriten errichtet wurde, an alle Schulleitungen des X. Bezirkes ein Zirkulare erlassen, in welchem es heißt:

„Bei dem Umstande, als gerade die Erkrankungen in armen Familien die Ursache des unregelmäßigen Schulbesuches bilden, findet sich der Bezirksschulrat der Stadt Wien bestimmt, die Schulkinder auf geeignete Weise auf diese Station aufmerksam zu machen.“ (Unruhe.)

Bürgermeister (gibt das Glockenzeichen): Ich verstehe kein Wort, ich bitte um Ruhe, ich muß wissen, was der Herr Redner spricht.

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Fürt h (fortfahrend): Das, was der Verein „Distriktskrankenpflege“ leistet, gehört zum großen Teil in die Kompetenz der Gemeinde. Die Gemeinde hat ja für die Sanitätspflege zu sorgen. Sie haben ja insbesondere auch für die Armenpflege zu sorgen, und der Verein unterstützt arme Kranke, wie ich auch erwähnt habe, in mannigfacher Weise. Dieser Verein, meine Herren, involviert aber für die Stadt Wien eine direkte Ersparnis von mehreren tausend Kronen jährlich; die Kranken, welche der Verein pflegt, werden dadurch von der Spitalpflege ferngehalten, es sind lauter solche Kranke, welche, wenn sie ins Spital gingen, der Stadt Wien zur Last fallen, weil diese die Verpflegskosten tragen müßte. Unter diesen Umständen ist es mir ganz unbegreiflich, warum der löbliche Stadtrat die Abweisung beantragt. Ich kann mir doch nicht denken, daß irgend ein Parteistandpunkt hier vorliegt, ich kann mir auch nicht denken, daß die Zusammensetzung des Vorstandes irgend einen Grund bildet, denn dem Vorstande gehören Mitglieder aller Parteien an, ich kann mir auch nicht denken, daß vielleicht der Umstand in Betracht kommt, weil es sich um weltliche Pflegerinnen handelt. Dem Verein „Distriktskrankenpflege“ liegt jede feindselige Tendenz gegen die geistlichen Schwestern selbstverständlich vollkommen ferne, es handelt sich darum, dem großen Bedürfnis nach weltlichen Pflegerinnen zu entsprechen, welches daraus resultiert, daß sich nicht alle Kranken Schwestern leisten können und daß an

und für sich ein Bedürfnis nach ausgebildeten Pflegerinnen in Wien vorhanden ist und daß es Leute gibt, welche eine weltliche Schwester einer geistlichen vorziehen.

Ich habe also einen Grund, warum die Subvention abgewiesen wurde, nicht gefunden und ich wäre dem Herrn Referenten sehr dankbar, wenn er mir den Grund der Abweisung angeben würde. Ich würde nur, nachdem ein Grund, diesen Verein nicht zu berücksichtigen nicht besteht, den Antrag stellen, ihm eine Subvention von 1000 K zu bewilligen.

Meine Herren! Ich bitte Sie, betrachten Sie die vorliegende Frage, die mit der Politik, mit dem Parteistandpunkte gar nichts zu tun hat, objektiv, frei von Ihrem Parteistandpunkte; entsenden Sie einen Delegierten in den Verein und bewilligen Sie die Subvention. Sie werden nicht nur dem Vereine, sondern auch der Stadt Wien und sich selbst einen großen Dienst erweisen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent: Ich bedaure, nicht ein Wort von dieser Rede verstanden zu haben und kann daher darauf auch nicht erwidern. (Unruhe.)

Bürgermeister: Haben Sie einen Antrag gestellt, Herr Gemeinderat? (Gem.-Rat Dr. Ritter v. Fürt h: Ja, er lautet . . . (Unruhe.) Ich bitte, den Antrag aufzuschreiben. (Nach einer Pause:) Es wird also beantragt, und zwar bei Post 20, dem Vereine für Distriktskrankenpflege eine Subvention von 1000 K zu gewähren. Der Stadtrat hat die Abweisung beantragt.

Ich bringe nun alle Posten mit Ausnahme der Post 20 zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche mit den Stadtrats-Anträgen einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Bei Post 20 bringe ich den Gegen-Antrag des Herrn Dr. v. Fürt h zur Abstimmung, dahingehend, daß dem Distriktskrankenpflegeverein 1000 K Subvention zu bewilligen sind.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Es ist die Minorität, daher ist der Antrag abgelehnt und es erscheint mittelbar der Antrag des Stadtrates auf Abweisung **angenommen.**

Beschluß: I. Den nachstehend unter Posten 1 bis 3, 5 bis 10, 12 bis 19, 21 bis 25 angeführten Vereinen für sanitäre Zwecke werden die unten angegebenen Beträge als Subvention pro 1904 bewilligt.

II. Unter einem wird der unter Post 7 ersichtliche Zuschußcredit per 1200 K zur Ausg.-Rubr. XXXVI 4 d genehmigt und der Betrag von 1900 K auf den Refervefond verwiesen.

III. Die Bewilligung erfolgt bei den unter Posten 3, 6, 7, 8, 9 genannten Feuerwehrcvereinen unter der Bedingung, daß der Subventionsbetrag ausschließlich für den Krankentransport und Rettungsdienst, bei dem unter Post 8 genannten Vereine unter der Bedingung, daß die Subvention lediglich zur Bestreitung der Kosten für die Reparatur des Rettungswagens verwendet werden dürfe und verrechnet werde, bezüglich der Freiwilligen Turnerfeuerwehr (Post 7) übrigens noch gegen Einhaltung der an die Gewährung der Subvention pro 1901 geknüpften Bedingungen, welche sich auf die Berechnung der Subvention beziehen.

IV. Die Ansuchen des „Vereines wohlthätiger Herzen“ und des „Vereines für Distriktskrankenpflege“ um Subvention werden abgewiesen.

1. Klosterhospital zum heil. Franz von Assisi, V., Hartmannsgasse 7, 2000 K.
2. Erstes öffentliches Kinder-Kranken-Institut 600 K.
3. Rettungsabteilung der Freiwilligen Turnerfeuerwehr und Rettungsabteilung Meidling 1400 K.
4. Verein wohlthätiger Herzen, II., Untere Augartenstraße 4 (Abweisung).
5. Rudolfinerverein 900 K.
6. Freiwillige Feuerwehr und Rettungskorps, XVI., Neulerchenfeld, 400 K (Verweisung auf den Reservefond. Siehe Post 11).
7. Freiwillige Turnerfeuerwehr und Rettungsabteilung Simmering 3600 K (2400 K bedeckt, 1200 K Zuschußkredit).
8. Freiwillige Feuerwehr „Rudolfsbügel“ 1200 K (Verweisung auf den Reservefond).
9. Freiwillige Feuerwehr Hütteldorf, XIII. Bezirk, 300 K (Verweisung auf den Reservefond).
10. Verein zur Pflege des Jugendspieles im III. Wiener Gemeindebezirke 1000 K.
11. Freiwillige Feuerwehr und Rettungskorps Neulerchenfeld, XVI. Bezirk. (Abweisung mit Rücksicht auf die Aktivierung der neuen Sanitätsstation im XVII. Bezirke im laufenden Jahre. Siehe Post 6.)
12. Ausschuß des Leopoldstädter Kinderhospitalvereines 2000 K.
13. Konvent der Barmherzigen Brüder, Leopoldstadt, 2000 K.
14. Direktion des Ersten allgemeinen St. Anna-Kinderhospitals 8000 K.
15. Maria Theresia-Frauen-Hospital 2000 K.
16. Kaiser Franz Josef-Ambulatorium 800 K.
17. Kronprinz Rudolf-Kinderhospital 2500 K.
18. Karoline Riedl'sches Kinderhospital 5000 K.
19. Konvent St. Elisabeth, Wien, Landstraße, 2000 K.
20. Verein für Distriktskrankenpflege, Abweisung.
21. Osterreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege 400 K.
22. Allgemeine Poliklinik, IX., Mariannengasse 10, 2000 K.
23. Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung in Wien, XII., Rosaliagasse 16, 100 K.
24. Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen St. Josef-Kinderhospitals, IV., Kolschitzkygasse 9, 4000 K.
25. Rekonvaleszentenheim für arme Frauen, XIII., Rosenthalgasse 11, 600 K.

58. Bürgermeister: Das Strutinium der heute vorgenommenen Wahlen hat folgendes Resultat ergeben (liest):

„Wahl eines Mitgliedes in die Kommission zur Kontrolle des gesamten in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der

Gemeinde Wien, sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Kontrolle der Gemeinde Wien stehenden Fonde im XIX. Bezirke.

Abgegeben wurden 99 Stimmzettel; 4 Stimmzettel waren leer; gewählt erscheint Herr Gem.-Rat August Dröbller.

Wahl eines Delegierten in den Zentral-Ausschuß der Wiener Urania.

Abgegeben wurden 99 Stimmzettel; keiner war leer; gewählt wurde Gem.-Rat Bielohlawek mit 99 Stimmen. (Bravo!)

Wahl eines Mitgliedes in den Gemeinderats-Ausschuß zur Förderung der archäologischen Erforschung Wiens.

Abgegeben wurden 99 Stimmzettel; gewählt wurde Herr Gem.-Rat Hans Schneider mit 99 Stimmen.“

Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Porzer.

59. Referent Gem.-Rat Dr. Porzer: Zahl 12296, Post 35.

Ich habe die Ehre, namens des Gasbeleuchtungs-Ausschusses die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vorzulegen, welche aus Anlaß der Beschwerde gegen die Erwerbsteuerbemessung in den Jahren 1899, 1900 und 1901 gefällt wurde.

Diese Entscheidung ist in Druck gelegt worden und wie Sie daraus entnehmen können, hat der Verwaltungsgerichtshof nur in einem Punkte der Beschwerde Folge gegeben, nämlich, daß die Inbetriebsetzungskosten als Passivposten anzusehen sind, dagegen die Beschwerde in den anderen Punkten abgewiesen, und zwar in der Richtung, daß die Zinsen für das 60 Millionen Kronen-Anlehen als Passivposten anzusehen sind, und ferner in der Richtung, daß die Vorschußzinsen und Kofspenden nur mit der auf die Privatbeleuchtung entfallenden Quote als Ausgabepost anerkannt werden.

Ich bitte, diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen; sie bietet einen Beweis, daß die gegenwärtige Gesetzgebung in Bezug auf die Besteuerung von Gemeinde-Unternehmungen ungenügend ist, da die Gemeinden im allgemeinen Interesse ihre Betriebe betreiben und daher vollständige Steuerfreiheit wohl am Platze wäre.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Schlechter pro!

Gem.-Rat Schlechter: Es ist selbstverständlich, daß gegen den vorliegenden Antrag ein Gegen-Antrag nicht gestellt werden kann. Es hat die höchste Instanz gesprochen und wir müssen das Urteil hinnehmen, und es ist daher der Teil vollständig berechtigt, wo es heißt, daß die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zur Kenntnis genommen werde. Aber ich glaube, so lang- und klanglos darf diese Entscheidung doch nicht zur Kenntnis genommen werden. Ich glaube, wenn es auch nicht in der Pflicht der Gas-Kommission gelegen ist, so ist es Pflicht des Plenums, daß es die Gelegenheit nicht vorüber gehen läßt, ohne zu erinnern, daß einmal die Regierung die Pflicht hat, doch bezüglich der Erledigung jener Wünsche, welche am Städtetage bezüglich der Besteuerung von Gemeinde-Unternehmungen gefaßt worden sind, zur Durchführung zu bringen. Ich glaube daher, wir sollten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, und sollten im Plenum des Gemeinderates zum Ausdruck bringen — und das ist nicht der Wunsch der Gemeinde Wien allein, sondern es betrifft alle Gemeinden Osterreichs, — daß endlich von Seite der Regierung Schritte getan werden, jene Unternehmungen der Gemeinden zu unterstützen und sie nicht als Besteuerungsobjekt für den Fiskus zu betrachten.

Es kommt dabei noch etwas beinahe Komisches in Betracht, wo davon gesprochen wird, daß mau uns nicht einmal, sondern

zweimal besteuern wollte und daß das nur durch ein Versehen geschehen ist, welches später von den Finanzbehörden selbst gutgemacht worden ist.

Aber charakteristisch ist es, wie eigentlich die Steuerbehörden die Gemeinde Wien und deren Unternehmungen als eine Melkkuh ansehen, welche nicht einfach einmal zu besteuern ist, sondern man versucht, sie einer Doppelbesteuerung, wovon schon die eine vollständig ungerecht war, zu unterziehen. Ich glaube, es ist unsere Pflicht den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß wir wünschen, daß sich die Regierung der vielfachen Wünsche der Städtetage in Bezug auf die Besteuerung städtischer Unternehmungen erinnere und ich würde daher bitten, daß der vorliegende Antrag ergänzt wird durch folgenden Zusatz.

Er würde lauten (liest):

„Die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes wird zur Kenntnis genommen und es spricht der Gemeinderat neuerdings die Erwartung aus, daß die hohe Regierung dem Wunsche bezüglich der Steuerbefreiung städtischer Unternehmungen im Sinne des Beschlusses des Städtetages endlich Rechnung trage.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall.)

Bürgermeister: Der Herr Referent wird nichts dagegen haben.

Referent: Ich habe gegen die Annahme dieses Antrages nichts einzuwenden, umsoweniger, als ich selbst auf dem Städtetage Referent bezüglich der Steuerbefreiung städtischer Unternehmungen war und damals diese Beschlüßfassung beantragt habe.

Bürgermeister: Ich bitte die Herren, welche den Stadtrats-Antrag mit dem Antrage Schlechter annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere, daß die Anträge einstimmig zum Beschlusse erhoben worden sind.

Beschluß: Die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 26. März 1904, Nr. 3151, betreffend die Erwerbsteuerbemessung für die städtischen Gaswerke pro 1899 bis inklusive 1901, wird zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat spricht neuerdings die Erwartung aus, daß die hohe Regierung dem Wunsche bezüglich der Steuerbefreiung städtischer Unternehmungen im Sinne des Beschlusses des Städtetages endlich Rechnung trage.

60. Referent Gem.-Rat Dr. Porzer: Zahl 12295. Ich habe namens des Gasbeleuchtungs-Ausschusses mitzuteilen, daß der bisherige Gebäudeverwalter und Platzmeister am städtischen Gaswerke zum allgemeinen Versorgungsheim in Lainz versetzt worden ist. Diese Stelle soll gegenwärtig aufgelassen und an dessen Stelle ein Gebäude-Inspektor bestellt werden. Die Änderung des Titels wurde deshalb gewählt, weil man glaubte, daß der Ausdruck „Inspektor“ besser die Machtbefugnis ausdrückt, welche der Betreffende am Gaswerke besitzt und damit kein Irrtum in Bezug auf seine Befugnis plaggreift. Auch die Bezüge sollen geändert werden, und zwar stellten sich die früheren Bezüge auf 5200 K Gehalt und zwei Quinquennien à 400 K als zu hoch heraus und es soll diese jetzt zu bestellende Persönlichkeit nur mehr einen Bezug von 4000 K und zwei Quinquennien à 500 K erhalten.

Ich bitte, diesen Beschluß anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. Deutschmann pro!

Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Ich bin natürlich pro, nämlich in dem Sinne, daß diese Stelle systemisiert werde, wie es hier steht; aber damit kann ich mich nicht einverstanden erklären, daß diese Stelle nur im Wege der Erlassung einer Kurrende an die städtischen Beamten vergeben werden soll. Das ist ein Novum. Ich bin schon einige Jahre Gemeinderat, aber eine so beschränkte Konkurrenz ist mir noch nicht vorgekommen. Ich glaube auch, daß hier keine zwingenden Gründe vorliegen, diese Stelle durch einen Beamten zu besetzen. Es gibt bekanntlich in Wien genug technisch befähigte und vertrauenswürdige Personen, welche einer solchen Stelle gewachsen sind und auch die nötige Energie und dergleichen besitzen. Ich würde bitten, daß diese Stelle auf Grund einer allgemeinen Konfursauschreibung besetzt werde.

Bürgermeister: Ich glaube, der Herr Referent wird sich dagegen nicht besonders wehren.

Referent: Nein!

Bürgermeister: Ich bringe daher den Antrag bis zu den Worten „diese Stelle . . .“ zur Abstimmung.

Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Nun bringe ich den Antrag des Herrn Gem.-Rates Doktor Deutschmann, und zwar als Gegen-Antrag zur Abstimmung. Derselbe lautet (liest):

„Diese Stelle ist auf Grund einer allgemeinen Konfursauschreibung zu besetzen.“

Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Herr Dr. Deutschmann hat Glück, sein Antrag ist angenommen. (Heiterkeit.)

Beschluß: Anstatt der bisher bestandenen systemisierten Stelle eines Gebäude-Verwalters und Platzmeisters im städtischen Gaswerke wird die Stelle eines Gebäude-Inspektors und Platzmeisters mit dem jährlichen Bezüge eines Gehaltes von 4000 K, eines Quartiergeldes von 1000 K (eventuell an dessen Stelle einer Naturalwohnung) und mit dem Anspruche auf zwei Quinquennien à 500 K systemisiert. Diese Stelle ist auf Grund einer allgemeinen Konfursauschreibung zu besetzen.

61. Referent Gem.-Rat Dr. Porzer: Nun habe ich die Ehre, namens des Wasserleitungs-Ausschusses über mehrere Gegenstände zu berichten, und zwar zunächst zu Zahl 12265, Post 27.

Hier wird beantragt, der Bezirks-Krankenkassa Admont einen Beitrag von 1000 K zu bewilligen.

Es hat sich nämlich ergeben, daß diese Krankenkassa durch unsere Wasserleitungsarbeiten, die in Wildalpen durchgeführt werden, beinahe an den Rand des Konkurses gebracht worden ist, indem sie viel stärker in Anspruch genommen worden ist, als ursprünglich in Aussicht genommen war, da sie nur für Kleingewerbetreibende berechnet war. Da nun die Gemeinde durch eine solche Summe immer noch besser darauskommt, als wenn die Kassa wirklich in Konkurs gerät, beantrage ich die Annahme des Stadtrats-Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, die mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Der Bezirkskrankenkassa Admont wird in Anbetracht ihrer mißlichen finanziellen Lage ohne Anerkennung irgend welcher rechtlichen Verpflichtung eine einmalige Subvention im (bedeckten) Betrage von 1000 K bewilligt.

62. Referent Gem.-Rat Dr. Porzer: Zahl 11888, Post 28. Die Freiwillige Feuerwehr in Wildalpen baut sich ein Spritzenhaus und hat um eine Subvention von Seite der Gemeinde Wien angefragt. Es wird beantragt, 200 K zu bewilligen.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Der Freiwilligen Feuerwehr Wildalpe wird zu den Kosten der Herstellung eines neuen Spritzenhauses ein Beitrag von 200 K bewilligt, welcher jedoch erst nach erfolgter Fertigstellung des Baues flüssig zu machen ist.

63. Referent Gem.-Rat Dr. Porzer: Zahl 11503, Post 29. Hier handelt es sich um die Frage, ob gegen eine Entscheidung des Ackerbauministeriums die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen werden soll. Es wurde der Gemeinde Wien von der Bezirkshauptmannschaft Liezen die Bewilligung erteilt, eine Wassermenge im täglichen Höchstmaß von 200.000 m³ aus dem Quellengebiete der Salza zu entnehmen.

Gegen diese Bewilligung sind nun von Seite verschiedener Flößerei-Interessenten Rekurse eingebracht worden. Diese sind zwar von der Statthalterei in Graz abgewiesen worden, weil die Betroffenen nicht legitimiert seien, die öffentlichen Flößerei-Interessen wahrzunehmen. Nichtsdestoweniger hat sie aber den Beisatz gemacht, im Interesse der aus öffentlichen Rücksichten zu schützenden Flößerei wird den politischen Behörden das Recht vorbehalten, der hieramtlichen Entscheidung vom 28. Februar 1903 vorgeschriebenen Konsensbedingungen aus öffentlichen Rücksichten erforderlichenfalls nachträglich zu ergänzen oder abzuändern.

Gegen diese Entscheidung haben nun wieder, sowohl diese Flößerei-Interessenten, als die Gemeinde Wien den Rekurs ergriffen. Das Ackerbauministerium hat beide Rekurse abgewiesen und hat diesen Beisatz der Statthalterei allerdings etwas günstiger für die Gemeinde formuliert, indem gesagt wurde, daß hiebei von jeder dauernden oder zeitweiligen Beschränkung der Gemeinde Wien in der Ableitung der vollen konsensmäßigen Wassermenge täglicher 200.000 m³ abgesehen werden muß.

Aber doch wieder hinzugefügt (liest): „Die Behörde bleibt berechtigt, zu Kollaudierungszwecken, beziehungsweise im Sinne des § 89 Wasserrechtsgesetzes erforderlichen Falles eine einmalige oder wiederholte teilweise oder gänzliche vorübergehende Einstellung der Wasserableitung zu verfügen.“ Da nun dieser Zusatz unter Umständen für die Gemeinde höchst gefährlich werden kann, und auch nach unserer Ansicht die oberste Instanz nicht berechtigt war, von amtswegen eine reformatio in peius eintreten zu lassen, so wird beantragt, gegen diesen Zusatz die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof einzubringen.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Herren können dafür stimmen, das hat mit der Politik nichts zu tun. Es betrifft die zweite Wasserleitung. Ich bitte um die

Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es ist keine Stimme dagegen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 24. Juni 1904, Z. 10780, mit welcher die von der Grazer Statthalterei in den wasserrechtlichen Konsens, betreffend Entnahme eines täglichen Wasserquantums von 200.000 m³ aus dem Quellengebiete der Salza von amtswegen aufgenommene neue Bedingung prinzipiell als zulässig erklärt wird, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Nagler zum Referate.

64. Referent Gem.-Rat Nagler: Zahl 12173, Post 37 betrifft die Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 18. August 1904, Z. 24928, betreffend die Heimatsrechts-Angelegenheit des Herich Wertner.

Meine verehrten Herren! Ich bin im allgemeinen kein Freund davon, Ihnen einen Antrag auf Ergreifung einer Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu stellen, aber dieser Fall, der uns heute beschäftigt, ist wohl das stärkste Stückchen, das uns jemals untergekommen ist und ich glaube kaum, daß die Entscheidung der k. k. Statthalterei und des Ministeriums des Innern so gelaute hätte, wenn es sich nicht in diesem Fall um einen Juden handeln würde.

Der Fall liegt folgendermaßen. Die Gemeinde Przemysl hat für Herich Wertner, Kaffeesieder in der Leopoldstadt, auf Grund der zehnjährigen Erziehung um die Zuständigkeit in Wien eingereicht. Der Heimats- und Bürgerrechts-Ausschuß hat das Ansuchen abgelehnt, und zwar deshalb, weil erstens nicht feststeht, daß der Betreffende Wertner heißt, nachdem er sich anders unterschreibt. Nämlich W ä r t n e r mit ä; das ist mehr nebensächlich, zweitens aber deshalb, weil nach der Aktenlage feststeht, daß er weder Wertner mit e, noch W ä r t n e r mit ä heißt und da aus dem Geburtschein erhellt, daß er ein illegitimes Kind einer gewissen Malke N. ist, bezüglich welcher es weder feststeht, wohin sie zuständig ist, noch wie sie überhaupt heißt.

Nach dem österreichischen Gesetze folgt aber das uneheliche Kind sowohl dem Namen nach als auch der Zuständigkeit nach der Mutter. Hinsichtlich der Mutter steht nun nicht fest, daß sie die österreichische Staatsbürgerschaft genieße; es steht auch ihr Name nicht fest, er ist nur mit N. bezeichnet. Der Stadtmagistrat von Przemysl sagt diesbezüglich selbst (liest):

„Der Geschlechtsname der Mutter ist hier unbekannt und ist nie bekannt gewesen; trotzdem erachtet sich der Przemysler Magistrat nicht für verpflichtet, diesen Namen zu korrigieren und das umsomehr, als die dazu berufenen Behörden daselbe nicht getan haben.“ (Auf: Wer war der Vater?)

Der Vater war ein Jsaak Wertner. Die Gemeinde Wien hat selbstverständlich den Rekurs an die Statthalterei ergriffen und diese hat ihn abgewiesen; das Ministerium des Innern hat aus denselben Gründen, aus welchen die Statthalterei die Ablehnung ausgesprochen hat, gleichfalls dem Rekurse nicht stattgegeben. Wenn nun das zu Recht bestehen würde, dann könnte ja jedermann um die Zuständigkeit einreichen, weil dann nicht nachgewiesen zu werden braucht, daß der Betreffende österreichischer Staatsbürger ist, und weil er auch seinen Namen nicht nachzuweisen braucht und weil überhaupt jeder Beweis dafür

fehlen würde, daß einer die Zuständigkeit zu beanspruchen berechtigt sei.

Nachdem nun in diesem Falle bestimmt eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof am Plage ist und wir auch hoffen dürfen, daß von dieser Gerichtsstelle aus dem Antrage, hier Recht zu schaffen, stattgegeben wird, muß ich den Antrag stellen, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. Hein!

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht der Herr Referent vom Referententische aus die Bemerkung hätte fallen lassen, die Statthalterei und das Ministerium hätten nicht so entschieden, wenn es sich nicht um einen Juden handeln würde. Diese Bemerkung muß aus dem Plenum mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Rufe: Aber gar keine Spur!) Das ist eine monströse Behauptung. Die ganze Praxis der Statthalterei und des Ministeriums in Heimatsrechts-Angelegenheiten ist eine so begründete, daß, wie ich glaube, das Vorgehen, welches die Gemeinde Wien in Heimatsrechts-Angelegenheiten beobachtet hat, nicht gerechtfertigt erscheint. (Dhoro-Rufe.) Es war eine förmliche Obstruktion seitens eines Verwaltungskörpers gegenüber gewissen Petenten. (Rufe: Die war auch am Plage!) Ich begreife vollständig, daß die Gemeinde ein Interesse hat... (Ruf: Aber Sie sprechen gegen das Interesse!) Ich spreche für das Interesse der Gemeinde. Ich hätte auch nicht das Wort ergriffen, aber ich glaube, eine solche Äußerung vom Referententische muß, wenn sie nicht seitens des Präsidiums zurückgewiesen wird, aus dem Plenum zurückgewiesen werden.

Bürgermeister: Aber es ist ja keine Beleidigung gefallen, die Juden sind nicht beleidigt worden. Was soll ich da zurückweisen? Es ist auch keine Beleidigung, wenn Statthalterei und Ministerium ein bißchen die Juden casholieren.

Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Ich habe weiters meinem Antrage nichts hinzuzufügen. Ich habe nur bemerkt, daß vielleicht die Entscheidung anders gelautet hätte, wenn es sich um einen Christen gehandelt hätte, das ist meine subjektive Überzeugung und die erhärte ich durch eine ganze schwere Reihe von solchen Entscheidungen, die jeder, der da eindringt, geradezu unverständlich finden muß. Wenn Sie den Geburtschein betrachten und hier finden: „Allegitim und Sohn der Malke R.“, von der niemand etwas weiß, sollte man allerdings nicht glauben, daß die Statthalterei und das Ministerium zu einer solchen Entscheidung gelangen. Es ist im Interesse der Gemeinde, dies öffentlich zu erwähnen, denn die oben sollen wissen, daß wir nicht fassen können, daß die Statthalterei und das Ministerium uns in dieser Hinsicht solches auferlegen wollen. (Beifall.)

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Der Antrag ist mit überwiegender Majorität angenommen.

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 18. August 1904, Z. 24928, betreffend die Heimatsrechts-Angelegenheit des Herrsch Welter wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Riffaweg!

65. Referent Gem.-Rat Riffaweg: Zahl 12774, Post 16. Anbot der Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft, betreffend die Entschädigung für Minderleistungen an Oberleitungsgeleiseanlagen. Nach dem Übereinkommen, welches zwischen der Gemeinde Wien und der Firma Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft im April 1902 geschlossen wurde, ist derselben der Ausbau des Straßenbahnnetzes übertragen worden. Nachdem nun daselbe so ziemlich seiner Vollendung entgegengeht, wurde die Firma aufgefordert, Rechnung zu legen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß Minderleistungen von der Firma ausgeführt worden sind, und nun handelt es sich darum, für dieselben die Gemeinde zu entschädigen. Es haben Verhandlungen zwischen Vertretern der Gemeinde Wien einerseits und Vertretern der Firma Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft stattgefunden, und das Resultat dieser Besprechungen, beziehungsweise Verhandlungen finden die Herren hier im beiliegenden Protokoll. Die Firma Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft trägt nämlich der Gemeinde an, die schon in den ersten Anträgen, welche beim Baue der Straßenbahnen gemacht worden sind, enthaltene Linie in der Strecke von der Verbindung Favoritens mit Simmering über die Geiselbergstraße auszubauen, und zwar in einer Ausdehnung von 3200 m. Der Rest dieser Strecke bis zur Simmeringer Hauptstraße mit zirka 640 und einigen Metern soll in eigener Regie ausgebaut werden. Es wird nunmehr beantragt, dieses Anbot zu genehmigen und den Ausbau der Straßenbahnlinie Geiselbergstraße, angefangen von der bestehenden Geleiseanlage am Gellertplatz, bis auf eine Länge von 3200 m unter den im zitierten Protokoll angeführten Bedingungen zu übertragen. Nur die restliche Teilstrecke kommt in eigener Regie auszubauen.

Ich bitte um die Zustimmung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Zifferer kontra!

Gem.-Rat Zifferer: Wenn ich kontra wäre, dann müßte ich überhaupt beantragen, den Gegenstand zu vertagen, bis wir gehörig instruiert sind. Das geht aber nicht, weil es hier ausdrücklich heißt: „Die Gesellschaft ist bis 30. September gebunden“. Sie ist also, glaube ich, nicht einmal mehr vier Stunden gebunden. Wenn wir eine Obstruktions-Debatte machen wollten, so wäre es vielleicht doch leicht möglich, über die Sache hinwegzukommen. Das wollen wir nicht. Aber tadeln müssen wir das wenigstens und der Herr Bürgermeister muß sich diesem Tadel anschließen, wenn er darauf hält, daß die Verhandlungen des Gemeinderates irgend einen Ernst haben sollen, da es sich um so wichtige Sachen handelt, nämlich um 3200 m Bahnlänge, dann um einen Ausgleich über verschiedene andere Dinge, von denen wir gar nichts wissen; es werden Paragraphen bezogen; wir müßten eine Bibliothek haben, um das in Evidenz zu führen. Unsere Kollegen, welche erst im heurigen Jahre in den Gemeinderat eingetreten sind, könnten sich den Akt überhaupt nicht verschaffen, und uns wird zugemutet, daß wir am 30. September um 1/4 9 Uhr in die Beratung eines Gegenstandes eingehen sollen, um einen Vergleich zu schließen, welcher seine Wirksamkeit verlieren würde, wenn die Debatte nicht bis 12 Uhr nachts geschlossen würde. Ich habe die dringendste Bitte, daß so wichtige Gegenstände nicht im allerletzten Moment vorgebracht werden, wenn sie uns aber notwendigerweise im letzten Moment gebracht werden müssen, dann sollen uns wenigstens die Behelfe und Mittel zur Prüfung vorgelegt werden. Hier heißt es: „Ausgenommen die unter §§ 54 und 56 der erwähnten Beilage“ —

wo wir weder eine Beilage, noch sonst etwas haben — „angeführten Ergänzungen . . .“ und so weiter. Wie soll ich das berechnen, wer weiß hier im Saale von Ihnen, der nicht im Stadtrate anwesend war, welche Arbeiten die Firma Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft nicht gemacht hat und welche sie zu machen verpflichtet war? Man weiß nur, daß sie die Verpflichtung hat, 3200 m neue Bahnlinien bis 1905 zu bauen.

Ich kann nur meine Verwunderung darüber aussprechen, daß man das als Beratung einer wichtigen Vorlage überhaupt zu bezeichnen Gelegenheit finden sollte. Ich bitte, uns in Zukunft wenigstens mit solchen Dingen zu verschonen. Ich weiß tatsächlich nicht, ob die Gemeinde wirklich in ihren Interessen verletzt würde, wenn wir dieses in letzter Stunde vorgetragene Übereinkommen nicht annehmen würden; es könnte ja auch das Gegenteil der Fall sein. Somit kann ich in der Frage nicht abstimmen und auch meine Kollegen sind, wie ich glaube, nicht in der Lage, darüber abzustimmen. Jene Herren, welche das größte Vertrauen zum Stadtrat haben, diejenigen, die die Sache sorgfältiger geprüft haben, als wir in der Lage sind, mögen dafür stimmen; wir können das nicht tun.

Bürgermeister: Ich anerkenne die Berechtigung der vorgebrachten Bedenken, ich bedaure deswegen selbst, daß die Sache zu einer Zeit kommt, wo eine eingehende Prüfung nicht mehr möglich ist. Ich glaube wiederholt bewiesen zu haben, daß ich alles daransetze, damit solche Dinge nicht vorkommen und ich werde auch fernerhin sorgen, daß dergleichen rechtzeitig dem Gemeinderate vorgelegt werde. (Zu Gem.-Rat Zifferer gewendet, der einen Zwischenruf macht.) Je besser Sie informiert sind, desto schneller wird hier gesprochen und desto schneller wird die Sache erledigt. Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Ich finde es begreiflich, wenn es bekräftelt wird, daß der Termin heute endet und das Stück erst heute zum Referate gelangt, das ist aber nicht die Schuld des Referenten im Stadtrate. Sie finden hier am Akte das Präsentationsdatum vom 16. September, Sie wissen, wann die letzte Gemeinderats-Sitzung war, es war also nicht möglich früher zu referieren. Die Äußerung, daß das Interesse der Gemeinde Wien verletzt wird, ist nicht zutreffend, Sie können darüber beruhigt sein. Der Herr Magistratsrat Dr. Weiß, welcher die Straßenbahn-Abteilung leitet, hat mit dem Direktor der Straßenbahnen die Sache geprüft; das sind gewiß Männer, welche die Gewähr dafür bieten, daß die Verhandlungen, welche hier stattfinden, im Interesse der Gemeinde Wien geführt werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Das von der Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft im nachstehenden Protokolle vom 14. September 1904, Z. 1937/04, gestellte Anbot, betreffend die Entschädigung für Minderleistungen an Oberleitungsgeleiseanlagen wird genehmigt. Im Sinne dieses Protokolles wird der Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft der Ausbau der Straßenbahnlinie Geiselbergstraße, angefangen von der bestehenden Geleiseanlage am Gellertplatz bis auf eine Länge von 3200 m unter den im zitierten Protokolle angeführten Bedingungen übertragen.

Die restliche Teilstrecke im Ausmaße von zirka 642 m ist durch die Direktion der städtischen Straßenbahnen in eigener Regie auszubauen.

Die auflaufenden Kosten per 69.000 K sind in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. April 1903, Pr.-Z. 4445, bewilligten Kredite von 140.000 K zu bedecken.

M.-Abt. V, Z. 1937.

Protokoll

am 14. September 1904

aufgenommen vor dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung V.

Gegenwärtige: Die Gefertigten.

Gegenstand ist die Verhandlung über die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 17. August 1904, Präf.-Z. 10876 (Magistrats-Abteilung V, Z. 1937), von der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ an die Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft gestellte Forderung auf Entschädigung für Minderleistungen an Oberleitungsgeleisen.

Die Vertreter der Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft erklären auf die mit dem obigen Stadtrats-Beschlusse gestellten Forderungen nicht eingehen zu können, weil sie sowohl einige der in Anrechnung gebrachten Minderleistungen bestreiten, als auch ihrerseits Mehrleistungen in Anrechnung zu stellen haben, welche die Gemeinde nicht in Anschlag gebracht hat.

Nach eingehender Erörterung des Gegenstandes stellt die Siemens & Halske Aktien-Gesellschaft — im folgenden kurz die Gesellschaft genannt — im Vergleichswege folgendes Anbot:

1. Die Gesellschaft ist bereit, der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ als Entschädigung für die Minderleistungen an Geleiseanlagen mit Oberleitung 3200 m, d. i. dreitausend zweihundert Meter, Geleiseanlagen mit Oberleitung samt vollständiger elektrischer Ausrüstung ohne Entgelt herzustellen. Hierunter sind jedoch etwaige Speiseleitungen nicht mit inbegriffen.

Auf den Bau dieser Geleiseanlagen haben die Bestimmungen des Bauübereinkommens vom 14. April 1902 sinngemäße Anwendung zu finden.

2. Die Ausführung der nach Punkt 1 zu erbauenden Geleiselänge hat auf der Linie Nr. 57 der alten Konzeption von der Himbergerstraße durch die Quellengasse, Absberggasse, Simmeringerstraße und Geiselbergstraße bis zur Simmeringer Hauptstraße, und zwar derart zu geschehen, daß die Baustraße auf dem Gellertplatze im Anschlusse an die dort bestehende Geleiseanlage beginnt und sich soweit erstreckt, bis die vereinbarte Geleiselänge von 3200 m erreicht ist.

Hiebei wird die der Gesellschaft bereits übertragene Teilstrecke von der Absberggasse bis zur Geiereckgasse in die auszuführende Geleiselänge eingerechnet.

Der Bauausführung ist das von der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorgelegte Projekt A, welches diesem Protokolle angeschlossen und unterfertigt wird, zugrunde zu legen.

Bei der Berechnung der von der Gesellschaft herzustellenden Geleisefänge ist folgendes zu beobachten:

- a) Die beim Beginne der Linie erforderlichen Geleiseauswechslungen sind als kurrentes Geleise zu zählen;
- b) die Ausweichgeleise werden — ohne jeden Aufschlag für die Weichen — in der Weise in Anschlag gebracht, daß das durchlaufende Geleise in der Strecke zwischen den beiden Weichenspitzen doppelt gerechnet wird.

3. Unter der Voraussetzung, daß die erforderlichen behördlichen Bewilligungen noch im Jahre 1904 erfließen, wird die Gesellschaft den Bau der nach Punkt 2 auszuführenden Geleisestrecke bis Ende Juni 1905 vollenden.

4. Durch die von der Gesellschaft nach diesem Übereinkommen auszuführenden Bauarbeiten sind einerseits die Ansprüche, welche die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 17. August 1904, Präf.-Z. 10876, geltend gemacht hat, andererseits aber auch alle jene Forderungen befriedigt, welche die Gesellschaft aus den von ihr behaupteten Mehrleistungen an Geleiseanlagen mit Oberleitung samt elektrischer Ausrüstung erheben könnte.

5. Durch den vorstehenden Vergleich werden jene Forderungen, welche beide Teile etwa hinsichtlich der übrigen, der Gesellschaft mit dem Bauübereinkommen vom 14. April 1902 übertragenen, aber nicht die Geleiseanlagen mit Oberleitung betreffenden Bauarbeiten, sowie hinsichtlich der gemäß Beilage 3 des Bauübereinkommens vom 14. April 1902 auszuführenden Ergänzungsarbeiten an einander stellen zu können glauben, nicht berührt.

Ausgenommen hievon sind die unter Nr. 54 und 56 der erwähnten Beilage 3 angeführten Ergänzungsarbeiten an den Linien „Obere Augartenstraße von der Unteren Augartenstraße durch die Klosterneuburgerstraße bis zur Wenzelgasse“ (Nr. 54 der alten Konzession) und „Sechshausenstraße von der Gumpendorferlinie den Wienfluß entlang bis zur Schönbrunnerbrücke“ (Nr. 65 der alten Konzession), hinsichtlich welcher Arbeiten, insoweit sie Geleiseanlagen mit Oberleitung betreffen, die Abrechnung in den vorstehenden Vereinbarungen inbegriffen ist.

6. Beide Teile verzichten auf die Anfechtung dieses Übereinkommens wegen Verkürzung über die Hälfte.

7. Mit diesem Anbote bleibt die Gesellschaft bis 30. September 1904 im Worte.

*

Die Vertreter der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ erklären sich mit den vorgeschlagenen Vereinbarungen einverstanden, behalten aber für dieselbe die Genehmigung des Stadtrates beziehungsweise Gemeinderates, welche ohne Verzug eingeholt werden wird, vor.

66. Referent Gem.-Rat Rissaweg: Zahl 11982, Post 25. Bewilligung eines Zuschußkredites von 15.800 K zur Ausgabe-Kubrik XXVI 1 c pro 1904 für die Einfriedung des Rohrdepots am Laaerberge im X. Bezirke.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Es wird keine Einwendung erhoben. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 15.800 K zur Ausgabe-Kubrik XXVI 1 c pro 1904 für die Einfriedung des Rohrdepots am Laaerberge im X. Bezirke.

67. Referent Gem.-Rat Rissaweg: Zahl 12175, Post 38, betrifft das Ansuchen der Erbenmachhaber nach Anton und Theresia Kothbauer um Fristverlängerung zur Beibringung der mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. Mai 1904, Z. 5800, anlässlich des Ankaufes der Kothbauer'schen Gründe durch den Wiener Bürgerhospitalfond geforderten Löschungsquittungen der Hypothekargläubiger.

Der Termin zur Vorweisung der geforderten Löschungsquittung war der 25. September. Nachdem es nun den Erben nicht möglich war, die geforderten Belege zu erbringen, so ersuchen sie um eine Fristverlängerung bis zum 5. Oktober. Es wird beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben.

Ich bitte um die Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall und ich ersuche diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: In Stattgebung des Ansuchens der Erbenmachhaber nach Anton und Theresia Kothbauer um Fristverlängerung zur Beibringung der mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. Mai 1904, Z. 5800, anlässlich des Ankaufes der Kothbauer'schen Gründe durch den Wiener Bürgerhospitalfond geforderten Löschungsquittungen der Hypothekargläubiger wird eine Frist bis 5. Oktober 1904 zur Beibringung der noch fehlenden Löschungsquittungen bewilligt.

Bürgermeister: Ich habe Veranlassung getroffen, weil die Sitzung noch einige Zeit dauern wird, daß der Rathauskellerwirt ein kleines kaltes Büfett aufstellt. (Bravo!) Ich bitte aber die Herren, nicht alle auf einmal hinauszugehen. (Heiterkeit.)

Jetzt kommt der Herr Gem.-Rat Schreiner.

68. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zahl 12178, Post 31. Hier handelt es sich um die Tarifbestimmungen für die Straßenbahnlinie nach Ragran. Nachdem wir in Kürze diese Linie übernehmen, so ist es notwendig, daß wir die Tarifbestimmungen vornehmen, respektive die Zonengrenze bestimmen. Die Zone III soll am rechten Donauufer liegen, die IV. Zone soll bis zur Gemeindegrenze gehen. Es wird folgender Antrag gestellt (liest):

„Als Grenze zwischen Zone III und IV wird das rechte Ufer des Donaustromes, als Ende der IV. Zone die Gemeindegrenze“

grenze bestimmt. Für jene Fahrten, die im Ragraner Gemeindegebiete angetreten oder beendet werden, wird ein Zuschlag von 10 h zu den tarifmäßigen Preisen genehmigt. Der Tarif von 10 h hat auch für Fahrten im Ragraner Gemeindegebiete zu gelten.“

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Rückichtlich der Straßenbahnlinie nach Ragran wird als Grenze zwischen Zone III und IV das rechte Ufer des Donaufstromes und als Ende der IV. Zone die Gemeindegrenze bestimmt. Für jene Fahrten, die im Ragraner Gemeindegebiete angetreten oder beendet werden, wird ein Zuschlag von 10 h zu den tarifmäßigen Preisen genehmigt. Der Tarif von 10 h hat auch für Fahrten im Ragraner Gemeindegebiete zu gelten.

69. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zahl 1294, Post 30. Vorzeitige Auflassung des Früh- und Nachtanschlußverkehrs zu den Zügen der Vollbahnen. Wir haben seinerzeit beschlossen, zu den Früh- und Abendzügen der Vollbahnen direkte Wägen einzuführen. Diese Maßregel hat sich gar nicht bewährt, so daß wir sehr viel daraufgezahlt haben, es wird daher beantragt, jetzt schon davon abzusehen und nicht erst, wenn die Winter-Fahrordnung in Kraft tritt. Es wolle daher genehmigt werden, daß dieser Verkehr jetzt schon aufgelassen wird und nur an Sonn- und Feiertagen verbleibt.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Der in der Sommer-Fahrordnung 1904 der städtischen Straßenbahnen enthaltene Früh- und Nachtanschlußverkehr zu den Zügen der Vollbahnen wird mit Rücksicht auf die geringe Benützung desselben seitens des fahrenden Publikums und zur Gewinnung der für die Durchführung dringender Geleiserekonstruktionsarbeiten nötigen längeren Nachtpause im Betriebe schon jetzt, mit Ausnahme an Sonn- und Feiertagen früh und nachts und an den diesen Tagen unmittelbar folgenden Werktagen früh, aufgelassen.

70. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zahl 11372, Post 3. Es handelt sich um die Maßnahmen für den Allerheiligenverkehr zum Zentral-Friedhof.

Es ist notwendig, daß wir teilweise den Verkehr nach Schwechat einstellen, wenn der Allerheiligenverkehr beginnt und solange derselbe dauert. Es ist notwendig, daß wir auf dieser Strecke Wägen ansammeln, damit, wenn der Hauptverkehr zur Zurückfahrt beginnt, wir diese Wägen sofort in Verwendung bringen können. Dazu brauchen wir das dritte Geleise beim dritten Tor, welches nach Schwechat führt. Die Anträge befinden sich in Ihren Händen, ich bitte um deren Annahme.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet und ich ersuche die Herren, welche den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Es ist beim k. k. Eisenbahnministerium zu beantragen:

1. Die Einstellung des Betriebes auf der Linie Zentral-Friedhof – Schwechat über die Zeit der Wägen-aufstapelung an den Tagen: Sonntag 30. Oktober, Dienstag 1., Mittwoch 2. und Sonntag 6. November 1904.

2. Die zeitweilige Auflassung der Haltestellen beim Tore I und bei der Maschinenfabrik Friedrich & H a a g a an den genannten Tagen.

Die hiemit verbundene Verlegung der Zonen-grenze zum Bahnhofe Simmering ist dem k. k. Eisenbahnministerium rechtzeitig anzuzeigen.

71. Referent Gem.-Rat Schreiner: Zahl 10458, Post 39, Es handelt sich um die Beschaffung von Reservebestandteilen für die Motor- und Beiwägen der städtischen Straßenbahnen. Es ist notwendig, die Wägen zu gewissen Zeiten immer einer Revision zu unterziehen, weil die Wägen durch den Betrieb schlecht werden und da kommen sie dann in die sogenannte Hoch-hebe, wo sie herausgehoben und an den Achsen, dem Motor u. untersucht werden. Das dauert dann immer einige Tage und infolgedessen werden sehr viele Wägen dem Verkehr entzogen und es ist deshalb notwendig, um diese Zeit zu verkürzen, daß wir sofort Reservebestandteile haben, die man für mangelhaft befundene austauschen kann. Der Antrag lautet (liest):

„Die Beschaffung der Reservebestandteile mit einem Kostenerfordernisse von 159.514 K 80 h wird genehmigt. Da das Investitionsanlehen keine Deckung bietet, ist die Auslage voranschüssweise aus den Betriebseinnahmen zu bestreiten und seinerzeit bei Vorlage des Investitions-Präliminares der städtischen Straßenbahnen über die Bedeckung Beschluß zu fassen.“

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Die Beschaffung von Reservebestandteilen für die Motor- und Beiwägen der städtischen Straßenbahnen mit einem Kostenerfordernisse von 159.514 K 80 h wird genehmigt. Da das Investitionsanlehen keine Deckung bietet, ist die Auslage voranschüssweise aus den Betriebseinnahmen zu bestreiten und seinerzeit bei Vorlage des Investitions-Präliminares der städtischen Straßenbahnen über die Bedeckung Beschluß zu fassen.

Bürgermeister: Zum Referate kommt nun Herr Gem.-Rat Dr. D e u t s c h m a n n.

72. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 11704, Nr. 11. Es handelt sich hier um die Betretung des Beschwerdeweges beim Verwaltungsgerichtshof. Die Sache verhält sich folgendermaßen:

Die Gemeinde Wien hat gegen die provisorische Belassung von Stegen im Wienfluß im Gemeindegebiete von Hadersdorf und Weidlingau Protest eingelegt mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit im Falle von Hochwässern. Nun haben die unteren Instanzen diesen Protest nicht berücksichtigt, und wir wollen an den Verwaltungsgerichtshof gehen, weil wir der Meinung sind, daß die Interessen der Stadt Wien durch die Entscheidung des Ackerbau-ministeriums nicht gewahrt sind.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, die mit dem Referenten-Antrag einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 6. August 1904, Z. 25466, betreffend die provisorische Belassung von Stegen im Gemeindegebiete von Hadersdorf-Weidlingau wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

73. Referent Gem.-Rat Dr. Dentschmann: Post 13, Zahl 11501. Das Finanzministerium hat bezüglich der von uns angestrebten Grundsteuerbefreiung für den Eßterhazypark und den Arenbergpark eine negative, also uns nicht genehme Entscheidung getroffen. Es wurde darauf hingewiesen, daß in diesen Gärten Milchtrinkhallen, somit mietzinstragende Objekte sind, dann daß ein großer Teil des Arenbergplatzes für die Bewohner städtischer Häuser reserviert ist. Es ist heute keine Aussicht vorhanden, die Grundsteuerbefreiung im Rechtswege zu erreichen. Es wird Ihnen aber der Antrag zur Genehmigung vorgelegt, versuchsweise wenigstens im Gnadenwege diese Begünstigung anzustreben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Mender kontra!

Gem.-Rat Mender: Der Bureaokratismus hat in unserer Vaterlande Österreich schon sonderbare Blüten gezeitigt und die Stadt Wien und ihre Vertreter haben in diesem Saale schon oft Gelegenheit gehabt, gegenüber sehr eigentümlichen Anschauungen und Forderungen der staatlichen Organe Stellung nehmen zu müssen. Aber was durch die heutige Vorlage den Gemeinderäten zur Kenntnis gebracht wird — speziell ich habe von der Sache früher nichts gewußt — das ist von so prinzipieller Bedeutung und so gegen das Interesse der Gemeinde, daß es meiner Anschauung nach gegen die Auffassung der Pflichten eines Gemeinderates wäre, wenn man darüber mit Stillschweigen hinweggehen wollte. Es wundert mich nur, daß der verehrliche Stadtrat diese Anträge uns zur Annahme empfiehlt.

Die Gründe, die von den staatlichen Behörden, vom Finanzministerium hier angeführt werden, daß z. B. Milchtrinkhallen in diesen Parkanlagen liegen, sind so kleinlich, so an den Haaren herbeigezogen, daß es sich nicht der Mühe lohnt, weiter darauf einzugehen. Ich glaube, der Hinweis darauf, daß mehr Anlagen öffentlich sind und der Gemeinde nichts einbringen, im Gegenteil ihre Errichtung und Erhaltung ungeheure Kosten verursacht, der Hinweis darauf, daß diese Anlagen der Allgemeinheit gehören und besonders der Erholung der armen Bevölkerung dienen, der Hinweis darauf, daß diese Parkanlagen als das natürlichste Luftreservoir auch in gesundheitlicher Hinsicht von unschätzbarem Nutzen sind, sollte dazu führen, daß dieses Fleckchen Erde von jeder Steuer befreit werde.

Nun, meine verehrten Anwesenden, die Herren, welche das ausgeklügelt haben, die brauchen natürlich die Wiener Anlagen nicht. Während die arme Bevölkerung besonders im Hochsommer in diese Parks strömt und sich dort wenige Stunden wohl fühlt, sitzen diese Herren vielleicht irgendwo im Salzammergut an einem fühlen See und lassen es sich gut gehen. Noch eines, meine Herren, es ist heute schon davon gesprochen worden, daß die Stadt Wien als Melkkuh seitens des Staates benützt wird. Das ist wirklich wahr. Es ist eine Unsumme die jährlich im übertragenen Wirkungskreise von der Gemeinde an den Staat gezahlt wird. Es ist nicht genug damit, daß die gemeinnützigen Anstalten,

welche von der Gemeinde errichtet werden, besteuert werden, man will auch noch hier von der Gemeinde etwas herunterschinden. Ich glaube, daß es noch einmal so weit kommen wird, daß auch von den Straßen Wiens eine Grundsteuer eingehoben werden wird, indem man darauf hinweist, daß ja in den Straßen Wiens die Rohre der städtischen Gaswerke, die Kabel der städtischen Elektrizitätswerke liegen und die Straßen indirekt dadurch zum Gewinn bei diesen Anstalten beitragen.

Wenn diese Herren schon darauf bedacht sind, die Grundsteuer zu erhöhen, das heißt mehr Grundsteuer einzuhoben, dann sollen sie sich einmal an die Bodenwucherer heranmachen, jene Vampire, die die Wohnungsnot immer mehr und mehr vergrößern.

Bürgermeister: An die werden wir uns auch einmal daran machen.

Gem.-Rat Menda: Das wird sehr gut sein und Sie werden gewiß die größte Unterstützung an uns finden. Die Herren drücken gegenüber diesen Leuten nicht nur ein, sondern wirklich beide Augen zu. Jetzt wird ja wieder ein Raubzug gegen die Wiener Bevölkerung organisiert. Es wird ein Naturereignis, nämlich, weil es einige Monate trocken war, dazu benützt, die Korn- und in weiterer Folge die Mehlpreise in die Höhe zu treiben, trotzdem das städtische Lagerhaus und alle anderen Lagerhäuser überfüllt sind und noch viele Räume benötigt werden, um das ganze Getreide unterzubringen. Da sollen die staatlichen Behörden eingreifen und die Bevölkerung vor Ausbeutung und Betrug schützen. (Gem.-Rat Bielohlawek: Da sind wieder die Hebräer da!)

Sie werden es daher begreiflich finden, daß ich folgenden Antrag stelle (liest):

„Gegen die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 29. Mai 1904, betreffend die Grundsteuerbefreiung der städtischen Gartenanlagen, wird, insoweit selbe auf die Grundsteuerbefreiung für den Arenbergpark und Eßterhazypark Bezug hat, die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.“

Ich hoffe, daß dieser Antrag angenommen wird.

Wenn man aber trotzdem nicht wagt, diesen Antrag anzunehmen, stelle ich folgenden Eventual-Antrag (liest):

„Der Gemeinderat nimmt die abweisliche Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 29. Mai 1904, betreffend die Grundsteuerbefreiung für den Arenbergpark und Eßterhazypark mit tiefstem Bedauern zur Kenntnis.“

Ich glaube aber, der erste Antrag kann angenommen werden. Wenn man vielleicht sagt: das kostet wieder Geld und wir müssen eventuell doch wieder die Steuer zahlen, so verweise ich darauf daß schon in minder wichtigen Angelegenheiten die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen worden ist. Und wenn wirklich eine so sonderbare Entscheidung von der obersten Stelle gefällt werden sollte, daß wir die Steuer zahlen müssen, dann machen wir es so, wie wir es einmal bei der Durchführung der Pfeilgasse gemacht haben, wo ein Hauseigentümer unerhörte Forderungen an die Gemeinde gestellt hat, wir bringen in diesen Parks Tafeln an, auf welchen darauf hingewiesen wird, daß diese der Erholung der Wiener Bevölkerung dienenden Plätze von Seite des Staates besteuert werden, damit die Bevölkerung wisse, in welcher Weise der Staat gegenüber der Gemeinde vorgeht. (Beifall.)

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen und ich erteile dem Herrn Referenten das Schlusswort.

Referent: Ich kann den Ausführungen des Herrn Vorredners nur beistimmen. Ich bin ja, wie viele andere praktischen Juristen hier, auch sehr versiert und weiß, was das Finanzärar nicht nur von der Kommune Wien, sondern auch aus jedem einzelnen herauszupressen versteht. Was nun die vorliegende Angelegenheit betrifft, muß ich Ihnen eine Mitteilung machen über etwas, was ich jetzt aus dem Referate ersehen habe. Es ist auf dem Referate gestanden: „Letzter Termin für die Überreichung der Beschwerde 27. September 1904“. Nun habe ich aus dem Intimationsdekrete ersehen, daß die Entscheidung tatsächlich am 29. Juli zugestellt wurde. Also sind die 60 Tage leider schon vorüber. Wir sind also, selbst wenn wir heute die Beschwerde beschließen, präkludiert. Ich bedauere sehr, daß nicht ad hoc eine Gemeinderats-Sitzung einberufen wurde. . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Das hätte ich ja selbst gemacht und erledigt.

Referent: Ich kann da meine Hände in Unschuld waschen. Aber unter den gegebenen Verhältnissen bleibt nichts anderes übrig. (Rufe: Aber das Bedauern können wir aussprechen und die Tafeln aufstellen!)

Bürgermeister: Das ist höchst unangenehm, ich sage das aufrichtig. Ich bedaure sehr, daß das nicht mehr geht. (Ruf: Wir können es ja nächstes Jahr wieder probieren!) Ich werde es so machen lassen: Über den Antrag 1 lasse ich nicht abstimmen, damit es nicht heißt, von der Ergreifung der Beschwerde wird abgesehen, sondern wir sagen: „Der Magistrat wird beauftragt, in geeigneter Weise für den Arenberg- und den Eßterhazypark die Grundsteuerfreiheit erwirken zu wollen.“

Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich kann nur sagen, daß es mir höchst unangenehm ist, daß der Termin versäumt worden ist. Man muß mich auf derlei aufmerksam machen, ich bin ja nicht in allen Stadtrats-Sitzungen anwesend. (Gem.-Rat Menner: Aber mein zweiter Eventual-Antrag, daß das Bedauern ausgesprochen wird?) Das können wir schon machen.

Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Eventual-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Der Gemeinderat nimmt die abweisliche Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 29. Mai 1904, Z. 36017, betreffend die Grundsteuerbefreiung für den Arenbergpark und Eßterhazypark mit tiefstem Bedauern zur Kenntnis.

2. Der Magistrat wird beauftragt, in geeigneter Weise für den Arenberg- und den Eßterhazypark die Grundsteuerfreiheit erwirken zu wollen.

74. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 12177 Post 42. Hier haben wir wieder eine Niederlage zu verzeichnen, die wirklich sehr bedauerlich ist. Es ist den Herren die Mißere bekannt, welche am Meidlinger Bahnhofe herrscht. Dort ist die gewisse Brücke, wo man eine Art Schneebergpartie machen muß, um von einem Geleise zum anderen zu kommen. Die Gemeinde Wien, hat schon mehrmals um Abhilfe angefragt; leider haben wir vom Eisenbahnministerium stets eine negative Antwort bekommen.

In dem Erlaß wird gesagt, daß nach den Erhebungen, welche die Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen gepflogen hat, man zu der Überzeugung gekommen sei, daß diese Überbrückung, die ganz unzureichenden Wartesäle und so weiter auch für den jetzt gesteigerten Verkehr vollkommen ausreichen und das Ministerium daher nicht in der Lage ist, der Südbahn-Gesellschaft den Auftrag zu erteilen, das abzuändern. Meine sehr geehrten Herren! Es ist geradezu skandalös, daß wir uns so etwas gefallen lassen müssen. Ich weise einfach darauf hin, daß die Station Liesing einen unterirdischen Tunnel hat, die Stationen Mödling und Baden ebenfalls. Und da wird noch nebenbei in dem Erlasse gesagt: Die Gemeinde Wien könnte sich vielleicht da mit einer Beitragsleistung beteiligen. (Rufe: Großartig!) Wir sollen einer Erwerbsgesellschaft Geld geben oder andere Kompensationsobjekte! Ich bin überzeugt, daß weder Liesing, noch Mödling, noch Baden für ihre unterirdischen Tunnel etwas hergegeben haben. Aber die Stadt Wien, die soll wieder gemolken werden. Das ist sehr bedauerlich. Da wir hier einen Rechtszug nicht offen haben, indem es dem freien Ermessen der Behörden anheimgegeben ist, ob sie einen solchen Auftrag an die Gesellschaft zu erteilen hat oder nicht, so müssen wir wenigstens diesen Erlaß mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zur Kenntnis nehmen, wollen aber trotzdem eine neuerliche Petition an das Ministerium richten wegen tunlichster Behebung der in Frage stehenden Übelstände.

Ich glaube, die Südbahn ist gewiß in der Lage, diese Übelstände zu beheben, sie hat die teuersten Fahrpreise, sie hat einen miserablen Wagenpark, die Sicherheit ist auch nicht groß. Ich will Sie nicht länger aufhalten, aber ich möchte Ihnen hier doch ein Stückel erzählen, das mir heuer passiert ist und sehr charakteristisch ist, mit was für einer Leichtsinngigkeit auf der elektrischen Bahn Mödling-Hinterbrühl gefahren wird. Eines schönen Tages sage ich zu meinen Kindern in der Frühe: Fahren wir in die Hinterbrühl. Wir steigen bei der Neufiedlergasse ein, da gibt mir der Kondukteur eine falsche Karte, da sage ich ihm: Sie, ich fahre nicht nach Mödling, sondern in die Hinterbrühl, da sagt er: Gnädiger Herr, wir haben alle den Kopf verloren, wir haben eine Entgleisung gehabt. Entgleisung! Da ist mir ordentlich kalt über den Rücken gelaufen, aber weil ich schon drin gefessen bin, habe ich mir gedacht, fahren wir weiter; bei der Klausen, der nächsten Station, bleibt der Zug langmüchtig stehen, da sage ich: Sie, ich will doch in die Hinterbrühl fahren, wenn hier solange Aufenthalt ist, da steige ich lieber aus, ich komme ja schneller, wenn ich gehe, dorthin; da sagt der Kondukteur: Ich bitte, wir werden gleich fahren. Richtig, wir fahren, aber wir waren noch nicht bei der nächsten Haltestelle, da kommt auf demselben Geleise der Gegenzug; die Motorführer haben zu bremsen angefangen und wenn das Geleise nicht eben gewesen wäre — es sind dort viele Krümmungen — so liegen wir alle im Bach drinn. (Heiterkeit.) Ich habe, weil am nächsten Tag in der Zeitung nichts gestanden ist, gleich an die General-Direktion der Südbahn geschrieben, damit nichts vertuscht werde, und habe die Erwartung ausgesprochen, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet wird.

Die General-Direktion hat sich natürlich gleich sehr entschuldigt und meinte, es sei auf ihrer Elektrischen doch nicht so gefährlich, denn erstens werde langsam gefahren und dann seien

die Bremsen sehr gut. Also, wenn Sie in die Hinterbrühl fahren, denken Sie an die Bremsen! (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Der Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 10. Juli 1904, Z. 22205, in Angelegenheit der Herstellung von Warteräumen und eines unterirdischen Durchganges unter dem Bahnkörper auf dem Meidlinger Südbahnhofe wird mit dem Ausdrucke größten Bedauerns zur Kenntnis genommen und ist eine neuerliche Petition an dasselbe wegen ehestmüßigster Behebung der in Frage stehenden Übelstände zu richten.

75. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 11763, Nr. 12. Da wird beantragt, daß wie alljährlich der Diehl'schen Stiftungsschule in Margareten eine Subvention, und zwar heuer in einer Höhe von 1600 K bewilligt werde, da das Budget für das laufende Schuljahr mit diesem Betrage notleidend ist.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Es wird der von der Leitung der Karl Diehl'schen Stiftungsschule vorgelegte Voranschlag über die Bedürfnisse dieser Schule im Verwaltungsjahre 1904/05 im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 1. Oktober 1880, Z. 4986, genehmigt und der genannten Stiftung zur Deckung der voraussichtlichen Abgänge eine Subvention im Betrage von 1600 K gewährt.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rat Wessely.

76. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 11968, Post 22, betreffend die Aufteilung der Kosten für die Kanal- und Senkgrubenräumung in den Jahren 1905/06. Es wird der Antrag gestellt, die Tabelle, die sich in Ihren Händen befindet und welche dieselbe ist, wie sie früher im Gebrauch war, wieder zu genehmigen.

Ich ersuche um die Annahme.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Die nachstehende Skala, in welcher die Kosten für die Kanal- und Senkgrubenräumung in den Jahren 1905 und 1906 auf die einzelnen Häuser aufgeteilt erscheinen, wird genehmigt.

Zinsertrag		Ver- gütungs- betrag		Zinsertrag		Ver- gütungs- betrag	
über	bis	K	h	über	bis	K	h
Kronen		Kronen		Kronen		Kronen	
A. Gemanerte Kanäle							
—	200	1	80	15.000	16.000	51	40
200	400	1	90	16.000	17.000	54	60
400	600	2	10	17.000	18.000	57	90
600	800	2	40	18.000	19.000	61	30
800	1.000	2	80	19.000	20.000	64	80
1.000	1.200	3	30	20.000	22.000	68	40
1.200	1.400	3	90	22.000	24.000	72	10
1.400	1.600	4	60	24.000	26.000	75	90
1.600	1.800	5	40	26.000	28.000	79	80
1.800	2.000	6	30	28.000	30.000	83	80
2.000	2.400	7	30	30.000	32.000	87	90
2.400	2.800	8	40	32.000	34.000	92	10
2.800	3.200	9	60	34.000	36.000	96	40

Zinsertrag		Ver- gütungs- betrag		Zinsertrag		Ver- gütungs- betrag	
über	bis	K	h	über	bis	K	h
Kronen		Kronen		Kronen		Kronen	
3.200	3.600	10	90	36.000	38.000	100	80
3.600	4.000	12	30	38.000	40.000	105	30
4.000	4.600	13	80	40.000	44.000	109	90
4.600	5.200	15	40	44.000	48.000	114	60
5.200	5.800	17	10	48.000	52.000	119	40
5.800	6.400	18	90	52.000	56.000	124	30
6.400	7.000	20	80	56.000	60.000	129	30
7.000	7.600	22	80	60.000	70.000	134	80
7.600	8.200	24	90	70.000	80.000	140	80
8.200	8.800	27	10	80.000	90.000	147	30
8.800	9.400	29	40	90.000	100.000	154	30
9.400	10.000	31	80	100.000	120.000	163	30
10.000	10.800	34	30	120.000	140.000	174	30
10.800	11.600	36	90	140.000	160.000	187	30
11.600	12.400	39	60	160.000	180.000	202	30
12.400	13.200	42	40	180.000	200.000	219	30
13.200	14.000	45	30	200.000	240.000	244	30
14.000	15.000	48	30	240.000	280.000	277	30

B. Rohrkanäle

—	200	1	20	15.000	16.000	34	20
200	400	1	30	16.000	17.000	36	40
400	600	1	40	17.000	18.000	38	60
600	800	1	60	18.000	19.000	40	80
800	1.000	1	80	19.000	20.000	43	20
1.000	1.200	2	20	20.000	22.000	45	60
1.200	1.400	2	60	22.000	24.000	48	—
1.400	1.600	3	—	24.000	26.000	50	60
1.600	1.800	3	60	26.000	28.000	53	20
1.800	2.000	4	20	28.000	30.000	55	80
2.000	2.400	4	80	30.000	32.000	58	60
2.400	2.800	5	60	32.000	34.000	61	40
2.800	3.200	6	40	34.000	36.000	64	20
3.200	3.600	7	20	36.000	38.000	67	20
3.600	4.000	8	20	38.000	40.000	70	20
4.000	4.600	9	20	40.000	44.000	73	20
4.600	5.200	10	20	44.000	48.000	76	40
5.200	5.800	11	40	48.000	52.000	79	60
5.800	6.400	12	60	52.000	56.000	82	80
6.400	7.000	13	80	56.000	60.000	86	20
7.000	7.600	15	20	60.000	70.000	89	80
7.600	8.200	16	60	70.000	80.000	93	80
8.200	8.800	18	—	80.000	90.000	98	20
8.800	9.400	19	60	90.000	100.000	102	80
9.400	10.000	21	20	100.000	120.000	108	80
10.000	10.800	22	80	120.000	140.000	116	20
10.800	11.600	24	60	140.000	160.000	124	80
11.600	12.400	26	40	160.000	180.000	134	80
12.400	13.200	28	20	180.000	200.000	146	20
13.200	14.000	30	20	200.000	240.000	162	80
14.000	15.000	32	20	240.000	280.000	184	80

77. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 11345, Post 15 betrifft die Erweiterung der nächtlichen maschinellen Straßenfäuberung. Durch die Resultate, welche in den Bezirken, wo die nächtliche Straßenfäuberung besteht, erzielt wurden, sah sich der Stadtrat veranlaßt, zu beschließen, daß im ganzen Gemeindegebiete von Wien die nächtliche Straßenfäuberung eingeführt werden soll.

Es werden nun die Anträge gestellt, die Sie in Händen haben und ich bitte um Annahme derselben.

Bürgermeister: Es gelangt zum Worte Herr Gem.-Rat Neumann kontra.

Gem.-Rat Neumann: Ich will nur einen Zusatz-Antrag stellen, dahin gehend, daß für das bei der nächtlichen Straßenfäuberung verwendete Personale per Nachtschicht ein Mindestlohn von 3 K festgesetzt wird. Der Mindestlohn beträgt gegenwärtig 2 K 60 h. Au und für sich ist durch die gegenwärtige Teuerung geboten, daß endlich einmal das Personal, welches bei der

Straßenreinigung verwendet wird, einen höheren Lohn erhält, als es gegenwärtig der Fall ist. Man hat allerdings früher weniger bezahlt, aber dafür haben die Straßenkehrer eine Menge von Benefizien gehabt, die ihnen entzogen wurden. Man hat nämlich Straßenkehrer angestellt, die Prüfen, Unterstützungen und so weiter bekamen. Diese sind ihnen nun entzogen worden, und dafür wurden ihnen 20 oder 30 h mehr gegeben. Bezüglich der Nacharbeiten ist mein Antrag um so gerechtfertigter, weil es ja bekannt ist, daß nicht nur die physische Anstrengung bei der Straßenreinigung sehr ins Gewicht fällt, sondern auch der Verlust der Nachtruhe.

Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Ich muß den Herrn Gem.-Rat Neumann darauf hinweisen, daß ohnehin in Aussicht genommen ist, den Partieführern eine Aufbesserung von 70 h und den gewöhnlichen Straßenarbeitern eine Aufbesserung von 40 h zu gewähren.

Gem.-Rat Neumann: Das stimmt ja mit meinem Antrage.

Referent: Nun also!

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich werde bezüglich des Antrages Neumann die Unterstützungsfrage stellen.

Diejenigen Herren, welche den Antrag Neumann unterstützen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist genügend unterstützt, geht daher an den Stadtrat.

Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Die Einbeziehung der gepflasterten Straßen im Wiener Gemeindegebiete in die nächtliche maschinelle Reinigung wird in dem vom Magistrat im Einvernehmen mit den Herren Bezirksvorstehern festzusetzenden Ausmaße bewilligt.

2. Die Investitionsanlagen (ohne Kosten für die Adaptierung von Depots) im berechneten Betrage von 370.000 K und die jährlichen Betriebsauslagen im berechneten Betrage von 394.000 K sind im Budget pro 1905 sicherzustellen.

3. Der Magistrat wird beauftragt, ein entsprechendes Organisationsstatut des städtischen Fuhrwerksbetriebes für die Straßenpflege ehestens in Vorlage zu bringen und alle Vorarbeiten dem Stadtrate so zu unterbreiten, daß mit der Durchführung der genehmigten Straßenreinigung im vollen Umfange längstens im Frühjahr 1905 begonnen werden kann.

Bürgermeister: Jetzt kommt Herr Gem.-Rat Hörmann.

78. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 10850, Post 23, betrifft die Rekonstruktionsarbeiten an den ungarischen Szallafen am Zentral-Viehmarke. Alle Jahre wird ein Teil dieser Szallafengruppe gemacht. Ein Teil ist nun fertig; die früheren waren aus Holz; nachdem diese aber alle Jahre große Reparaturen brauchten, so werden bei den jetzigen die Ständer aus Eisen und die Wände aus Beton gemacht. Die Kosten betragen 40.000 K, dieselben sind bedeckt.

Ich bitte um die Zustimmung.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Die Vornahme von Rekonstruktionsarbeiten im zweiten Teile der Szallafengruppe II, dann in den Szallafengruppen I, IV und V wird nach dem vorgelegten Projekte mit dem Erfordernisse von 40.051 K 18 h genehmigt.

2. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung wird die Baubewilligung gemäß § 105, Punkt 6 B.-D. erteilt.

79. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 1161, Post 24, betrifft das Projekt für die Regulierung des Stadtteiles beim Invalidenhaus und Umgebung im III. Bezirke, respektive die Baulinienbestimmung in der Invalidenstraße und Landstraße Hauptstraße, und zwar soll auf der geraden Nummernseite die Baulinie von der Elisabethkirche festgehalten werden und soll die Hauptstraße bis zur Beatriggasse eine Breite von 23 m erhalten; die Invalidenstraße soll auf 24 m erweitert und auf der einen Seite mit einer Baumreihe bepflanzt werden.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Für den Stadtteil beim k. u. k. Invalidenhause im III. Bezirke wird der aus den Plänen I bis III bestehende Regulierungsplan St.-B.-Z. 1655, XIII ex 1903 genehmigt und haben für die Invalidenstraße, für die Landstraße Hauptstraße und die Marzergasse die in den Originalplänen I und II rot gezogenen und schraffierten Linien a b — f l — b c d e — f g h i k und l m, beziehungsweise die Abrundung n n' als Baulinien zu gelten. Die Breite der Invalidenstraße wird mit 24 m, die der Landstraße Hauptstraße mit einer mittleren Breite von 23 m und an der Ausmündung gegen die Invalidenstraße mit 25 m festgesetzt.

Als Straßenhöhen haben die in den Lageplänen I und II und in dem Längenprofilplane III rot eingeschriebenen Noten zu gelten.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Sebastian Grünbeck.

80. Referent Gem.-Rat Sebastian Grünbeck: Zahl 11468, Post 6, Beilage 234. Laurenz Dobek um Baubewilligung für einen Zubau zum Hause XVII., Braungasse 15.

Bürgermeister: Ist Herr Gem.-Rat Dobek anwesend? (Pause.) Ich bitte zu protokollieren, daß Herr Gem.-Rat Dobek sich entfernt hat.

Referent: Es handelt sich um die Verbauung des restlichen Grundes. Der Abstand beträgt vorne 4,35 m, rückwärts 2,80 m; es ist auch ein Vorgarten von 12,5 m Breite vorgesehen. Wir haben das in derselben Gasse schon jemandem bewilligt und da es im Interesse des Gebäudes gelegen ist, so ersuche ich um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Von dem Gemeinderats-Beschlusse vom 11. Juni 1901, Z. 10604, wird insofern Umgang genommen,

als dem Bauwerber Laurenz D o b e l gestattet wird, das auf seiner Realität XVII., Braungasse 15, befindlich: Gebäude nach der ganzen Frontlänge auszubauen.

81. Referent Gem.-Rat Sebastian Grünbeck: Zahl 11934, Post 7. Komitee der II. Gewerbe-Ausstellung christlicher Gewerbetreibender in Hernals um eine Subvention. Diesbezüglich hat sich der Stadtrat bewogen gefunden, eine Subvention von 600 K zu beantragen. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Dem Komitee der II. Gewerbe-Ausstellung christlicher Gewerbetreibender in Hernals wird für die am 11. bis 26. September 1904 stattfindende Ausstellung eine Subvention von 600 K bewilligt. Diese Auslage wird auf den Reservefond verwiesen.

Bürgermeister: Zum Referate kommt Herr Gem.-Rat H ö l z l.

82. Referent Gem.-Rat H ö l z l: Zahl 11137, Post 8. Rudolf, Ludwig und Theodor Albrecht um Auflassung einer über die Liegenschaft Einl.-Z. 181 in Ober-Döbling geplanten Gasse. Nachdem in diesem Falle das Stadtbauamt, der Magistrat und insbesondere die Bezirksvertretung sich dahin erklären, daß diese geplante Straße keine unbedingte Notwendigkeit bildet, durch welche aber der Gemeinde durch Schadloshaltung zc. sehr namhafte Kosten erwachsen würden, so wird beantragt, von dieser neuen Straße abzusehen.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Die über die Liegenschaft Einl.-Z. 181 des Grundbuches Ober-Döbling geplante Gasse wird aufgelassen und die Baulinie der Hofzeile nach der im Lageplane A, St.-B.-Z. 6/XIII ex 1904 mit A B (rot) bezeichneten Linie ergänzt; die Baulinien der Pyrkergasse werden nach den in diesem Plane mit C D D (rot) und F E (rot) bezeichneten Linien abgeändert beziehungsweise ergänzt.

Diese Baulinien treten jedoch nur unter folgenden Bedingungen in Kraft:

1. daß der nach Maßgabe der neuen Baulinien zur Verbreiterung der Hofzeile und Pyrkergasse entfallende Grund der Liegenschaft Einl.-Z. 181 des Grundbuches Ober-Döbling im Falle einer Abteilung dieser Liegenschaft auf Baustellen, beziehungsweise im Falle des Umbaues der dort bestehenden Gebäude oder der Ausführung eines Neubaaues daselbst (wenn keine Abteilung stattfinden sollte) unentgeltlich, gebühren- und lastenfrei in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen und im richtigen Niveau in den physischen Besitz der Gemeinde Wien übergeben werde;

2. daß die genannte Liegenschaft, beziehungsweise die durch deren Abteilung entstehenden Baustellen nur in einer Tiefe bis 35 m, von der Baulinie gemessen, im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 2. September 1902, Z. 9262, mit Wohnhäusern

in geschlossenen Fronten verbaut werden. Die außer einem bewohnbaren Erdgeschoße nicht mehr als zwei Stockwerke enthalten, wobei ein Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist und wobei mindestens 20 Prozent des verbaubaren Grundstreifens auf Hofräume zu entfallen haben. Die ungefähr 80 m tiefe Restfläche ist als Garten zu erhalten. In der Gartenfläche ist jedoch die Erbauung von ebenerdigen Wirtschafts- und Nebengebäuden, die nicht selbständige Vermietungsobjekte, sondern vielmehr Bestandteile von Wohnungen der auf der gassenseitigen Grundfläche erbauten Häuser sind (Glashäuser, Stallungen, Equipagen-Remisen, Gärtnerwohnungen) insoweit zulässig, als die Grundfläche dieser Baulichkeiten nicht mehr als 15 Prozent der Gartenfläche beträgt.

3. Die obige Baulinienbestimmung wird ferner erst rechtskräftig, wenn die unter 1 und 2 angeführten Verbindlichkeiten zugunsten der Gemeinde Wien grundbüchlerlich einverleibt sind oder die vom Stadtrate genehmigte Grundabteilung unter den für sie aufgestellten Bedingungen im Grundbuche durchgeführt wird.

Bürgermeister: Jetzt kommt Herr Gem.-Rat H r a b a.

83. Referent Gem.-Rat Graba: Ich habe die Ehre, zu referieren über Post 9. „Tilgungsplan mehrerer aus dem Investitionsanlehen vorschußweise bezahlter Satzposten.“

Der Tilgungsplan beruht auf einer 5jährigen Tilgungsfrist und einer 4 1/2prozentigen Verzinsung. Ich bemerke noch, daß sich in die Vorlage ein Fehler eingeschlichen hat. Auf der zweiten Seite haben Sie auch die Restkapitalien summiert, es ist ein Irrtum, der wahrscheinlich dem Schreiber passiert ist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Z i f f e r e r!

Gem.-Rat Zifferer: Ich bin mit dem Antrage einverstanden. Ich glaube, daß Gemeinderats-Beschlüsse über einzelne dieser Anlehen bestanden, wo nur von einer 3prozentigen Verzinsung die Rede war. Ich habe damals dagegen gesprochen und begrüße es, daß jetzt eine 4prozentige Verzinsung angenommen wird, weil das tatsächlich der Preis ist, den uns das Geld kostet. In der Sache selbst ist es ganz gleichgültig, es geht aus einem Sacke in den andern, aber die Rechnung ist nur so eine richtige. Es ist mir jedoch aufgefallen, daß die Annuitätenzahlungen für ein Darlehen, welches bereits im Dezember 1903 oder früher begeben wurde, erst im Mai 1905 beginnen. Dadurch entsteht eine vielleicht gar nicht beabsichtigte Entlastung des Budgets pro 1904 zu Lasten der späteren Budgets, wo natürlich die Annuitätenzahlungen größer sein müssen.

Wenn ich ein Kapital gegen Annuitäten aufnehme, beginnen die Annuitäten spätestens ein halbes Jahr nach der Aufnahme.

Referent: Die Zahlung der Zinsen beginnt am 15. November 1904.

Gem.-Rat Zifferer: Der Zinsen, aber nicht der Annuitäten. Als wir das Investitionsanlehen aufgenommen haben, waren wir von der Annahme geleitet, daß damit die außerordentlichen Kapitalsbedürfnisse der Gemeinde bis zum Jahre 1907 gedeckt sein sollen, während, was nach dem Jahre 1907 zu investieren ist, nicht mehr in dem Investitionsanlehen bedeckt ist. Wenn ich also aus dem Investitionsanlehen Geld entnehme, so muß ich es bis zu jenem Zeitpunkte ersetzen, für welchen in dem Investitions-

anlehen vorgedacht ist. Es hätte also gewissermaßen bis zum Jahre 1907 ersetzt sein müssen. Ich bin ja auch nicht der Ansicht, daß es so ganz genau zusammen stimmen wird. Ich glaube aber nur das Eine — ich stelle keinen diesbezüglichen Antrag — daß es sich empfohlen haben würde, die Annuitätenzahlung in der gleichen Höhe zu belassen, sie aber schon 1904 eintreten und bis 1908 auslaufen zu lassen. Denn das ist ein Novum, daß, wenn ich ein Kapital aufnehme und es in Annuitäten zurückzahle, die erste Annuität in anderthalb Jahren fällig ist. Das ist sonst nicht der Fall. Denn für die Darlehen, die wir damit getilgt haben, hätte ja auch im Jahre 1904 eine bestimmte Amortisationsquote eingesezt werden müssen. Diese Quote entfällt nun für das Jahr 1904 vollständig, wird aber in den späteren Jahren in erhöhtem Maße eintreten. Haben wir also das Investitionsanlehen bis 1907 vorgeesehen, so müßte die Rückzahlung bis 1908 erfolgen, was um so leichter geschehen könnte, wenn nicht das Jahr 1904 von der Amortisationsquote befreit wäre.

Ich empfehle dies zur Berücksichtigung.

Unser Herr Finanzminister muß es besser wissen, ob man das Geld nicht schon früher brauchen wird, und ob wir mit dem Investitionsanlehen bis zum Jahre 1909 auskommen werden und ob es also angeht, das bis dahin offen zu lassen.

Bürgermeister: Ein Abänderungs-Antrag wird nicht gestellt?

Gem.-Rat Bifferer: Ich empfehle nur meine Bemerkungen zur Berücksichtigung.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Genehmigung des nachstehenden Tilgungsplanes für die Verzinsung und Tilgung des aus dem Investitionsanlehen zur Konvertierung von Gemeinde-Darlehen per 767.517 K 26 h vorgestreckten Betrages.

Tilgungsplan:

Fälligkeit		Restschuld		Annuität		4 1/2 % Zinsen		Tilgung	
Datum	Jahr	K	h	K	h	K	h	K	h
		237.581	99			5.141	01 1)		
		150.000	.			2.750	41 2)		
		140.000	.			2.455	44 3)		
		58.396	06			977	65 4)		
		170.920	77			2.588	97 5)		
		10.618	44			100	37 6)		
15. Nov.	1904	767.517	26			14.013	85		
15. Mai	1905	767.517	26	85.668	20	15.734	10	69.934	10
15. Nov.	"	697.583	16	85.668	20	14.300	45	71.367	75
15. Mai	1906	626.215	41	85.668	20	12.837	42	72.830	78
15. Nov.	"	553.384	63	85.668	20	11.344	38	74.323	82
15. Mai	1907	479.060	81	85.668	20	9.820	75	75.847	45
15. Nov.	1907	403.213	36	85.668	20	8.265	87	77.402	33
15. Mai	1908	325.811	03	85.668	20	6.679	13	78.989	07
15. Nov.	"	246.821	96	85.668	20	5.059	85	80.608	35
15. Mai	1909	166.213	61	85.668	20	3.407	38	82.260	82
15. Nov.	"	83.952	79	85.673	82	1.721	03	83.952	79
Summe				856.687	62	89.170	36	767.517	26

NB. Die Annuität ist an den einzelnen Terminen bei den eigenen Geldern in Ausgabe, der ausgewiesene Zinsbetrag bei den eigenen Geldern und die Kapitalrate beim Investitionsanlehen (Geldjournal) in Empfang zu stellen.

1) Zinsen vom 6. Mai bis 15. November 1904 190 Tage.
 2) Zinsen vom 4. Juni bis 15. November 1904 161 Tage.
 3) Zinsen vom 11. Juni bis 15. November 1904 154 Tage.
 4) Zinsen vom 18. Juni bis 15. November 1904 147 Tage.
 5) Zinsen vom 2. Juli bis 15. November 1904 133 Tage.
 6) Zinsen vom 22. August bis 15. November 1904 83 Tage.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rat Weimann.

S4. Referent Gem.-Rat Weimann: Zahl 11989, Post 10, Beilage 229. Hier handelt es sich um eine Grundtransaktion. Es sucht nämlich die Frau Marie Weber um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität VII., Neubaugasse 13, abzutretenden Grund an. Dieselbe hat ursprünglich für diesen abzutretenden Grund per Quadratmeter 150 K verlangt, dann hat sie ihr Anbot auf 130 K reduziert. Ich habe im Stadtrate den Antrag gestellt, wegen dieser hohen Forderung dieses Anbot abzulehnen, was auch geschehen ist.

Frau Weber hat dann ihre Forderung nochmals reduziert, und zwar auf 115 K per Quadratmeter. Dieser Preis ist ein entsprechender, weil die Zurückrückung eine ziemlich empfindliche ist.

Bürgermeister: Sie ist keine gar so empfindliche.

Referent: Sie hat ja doch einen Frontverlust in der Dreilaufergasse und in der Neubaugasse zu erleiden. Die Vorlage befindet sich in Ihren Händen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Unbeschadet einer etwa notwendig werdenden gerichtlichen Bestimmung wird unter unentgeltlicher Zugestehung von Erkern im Ausmaße von 540 m² die Schadloshaltung für den von der Realität VII., Neubaugasse 13, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 19972 m² mit dem Betrage von rund 22.000 K bestimmt, und zwar unter der Bedingung, daß seitens der Partei nicht nur die unter der Straße befindlichen Keller auf eigene Kosten derselben zugeschüttet und eingeschlagen werden, sondern auch, daß die Partei ausdrücklich auf jede Entschädigung für die Auflassung der Keller verzichtet.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Ferdinand Gräf!

S5. Referent Gem.-Rat Gräf: Zahl 11954, Post 14, betrifft die Bewilligung eines Zuschußkredites von 2025 K zur Ausgabs-Rubrik XXII I d pro 1904 für Straßenarbeiten anlässlich der Vollendung des Schulbaues in der Wilhelminenstraße im XVI. Bezirke. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 2025 K zur Ausgabs-Rubrik XXII I d pro 1904 für Straßenarbeiten anlässlich der Vollendung des Schulbaues in der Wilhelminenstraße im XVI. Bezirke.

Bürgermeister: Herr St.-Rat Zajka ist leider nicht anwesend, es kann das Referat Post 4 nicht erstattet werden.

Im übrigen ist die Tagesordnung erschöpft und die öffentliche Sitzung geschlossen; es findet aber noch eine kurze vertrauliche Sitzung statt.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 9 Uhr abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **30. September 1904.**

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Lueger.**

1. (9570.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** beantragt, den Konzepts-Praktikanten Johann Kraft und Dr. Adolf Faber wird der fehlende Zeitraum von zwei, beziehungsweise drei Monaten zu der mit Gemeinderats-Beschluß vom 4. Jänner 1901, Z. 13538 ex 1900, festgesetzten sechsmonatlichen Wartezeit nachgesehen. (Angenommen.)

2. (11647.) **Gem.-Rat Gsottbauer** beantragt, es wird dem Georg Klein, Telegraphist der städtischen Feuerwehr, unter teilweiser Anrechnung seiner Dienstzeit als Druckmann der Bezug des normalmäßigen Quartiergeldes von jährlich 300 K gnadenweise ab 1. August 1904 bewilligt. (Angenommen.)

3. (11935.) **Gem.-Rat Dr. Wesselsky** beantragt, es wird dem Bürgerschul-Direktor Hans Lauer für sein mehr als 30jähriges erprießliches Wirken auf pädagogischem und humanitärem Gebiete das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Rücksicht der Taxen verliehen. (Angenommen.)

4. (4279.) **Gem.-Rat Braun** beantragt, es wird dem Dr. Karl Linke in Anerkennung seiner Tätigkeit auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Rücksicht der Taxen verliehen. (Angenommen.)

5. (12254.) **Gem.-Rat Zieloslawek** beantragt: 1. Dem Wigo Zeller-Schömiß, Pächter des Kurjalons und der Milchtrinkhalle, wird der jährliche Pachtzins vom 1. November 1904 an von 42.000 K auf 30.000 K herabgesetzt.

2. Den für die Zeit vom 1. Februar bis 1. November 1904 rückständigen Pachtzins von 29.000 K hat Zeller-Schömiß in monatlichen ununterbrochenen Raten à 2900 K zu erlegen. Die erste Rate ist am 1. Oktober 1904 einzuzahlen. Bei Nichteinhaltung dieser Ratenzahlungen ist der Vertrag mit Zeller-Schömiß als aufgelöst zu betrachten und wegen Neuverpachtung des Kurjalons und der Milchtrinkhalle eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben und ist Zeller-Schömiß wegen des Pachtzinsrückstandes sofort einzuklagen. Mit der Durchführung der Klage wird ein vom Stadtrate zu bestimmender Advokat betraut. (Angenommen.)

6. (11797.) **Gem.-Rat Graba** beantragt: Der Primararzt in Liesing Dr. Johann Möller wird ad personam in die IV. Rangklasse versetzt und wird demselben außer dem Gehalte der IV. Rangklasse eine Ergänzungszulage von 600 K bewilligt, welche nach Maßgabe der Vorrückung in höhere Bezüge einzustellen ist. (Angenommen.)

7. (11478.) **Derselbe** beantragt, es wird dem Josef Lang, städtischen Wasserreservoir-Aufscher, eine Gnadengabe von jährlich 1460 K vom 1. Oktober 1904 auf Lebensdauer, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

8. (11714.) **Derselbe** beantragt für Helene Wagner, Kanzlei-Offizialswaise, den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 100 K vom 4. Oktober 1904 bis 31. Dezember 1905, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung. (Angenommen.)

9. (11382.) **Derselbe** beantragt, es wird dem Josef Böllner, Straßeneinräumer, vom Tage der Einstellung der bisherigen Bezüge auf die Dauer von drei Jahren, beziehungsweise bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung eine Gnadengabe von jährlich 240 K bewilligt und monatlich im Nachhinein in der üblichen Weise erfolgt. (Angenommen.)

10. (11823.) **Derselbe** beantragt für Paul Hecht, städtischen Ober-Ingenieur, die gnadenweise Erhöhung der normalen Ruhebezüge von zusammen 1960 K auf 2400 K. (Angenommen.)

11. (11969.) **Derselbe** beantragt für Leopold Fuchs, städtischen Kanalaufscher, die gnadenweise Anrechnung einer Dienstzeit von 20 Jahren, beziehungsweise Bemessung der Provision mit 1095 K jährlich. (Angenommen.)

12. (12026.) **Derselbe** referiert über einen Gehaltsvorschuß. (Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

30-Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1900 (Elektrizitäts-Anlehen).

Verzeichnis der am 1. Oktober 1904 ausgelosten und am 1. April 1905 zur Einlösung kommenden Obligationen des 30-Millionen-Kronen-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1900:

Serie 369 } Nr. 1 à 10.000 K.

" 379 } "

" 1506 Nr. 1 bis 5 à 2000 K.

" 2718 Nr. 1 bis 10 à 1000 K.

Die nächste Ziehung findet am 2. Oktober 1905 statt.

Verzeichnis jener gezogenen Obligationen, welche bisher noch nicht zur Einlösung beigebracht worden sind:

Serie 1682 } Nr. 4 und 5.

" 1809 } "

Wien, am 1. Oktober 1904.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 25. September bis 1. Oktober 1904.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	307.554 kg	Und zwar aus:
		Wien 220.423 kg
		dem sonst. Niederösterreich 23.703 "
		Oberösterreich 1.051 "
		Steiermark 596 "
		Böhmen 188 "
		Mähren 6.611 "
		Galizien 47.248 "
		Ungarn 6.121 "
		Bulowina 1.457 "
		Kroatien 156 "
Kalbfleisch	12.131 "	Und zwar aus:
		Wien 3.804 kg
		dem sonst. Niederösterreich 30 "
		Oberösterreich 8 "
		Mähren 290 "
		Galizien 7.924 "
		Ungarn 75 "
Schafffleisch	37.689 "	Und zwar aus:
		Wien 32 kg
		Mähren 29 "
		Galizien 27.511 "
		Ungarn 2.864 "
		Bulowina 7.170 "

Schweinsfleisch	154.975 kg	Und zwar aus:	
		Wien	73.127 kg
		dem sonst. Niederösterreich	1.455 "
		Böhmen	656 "
		Mähren	5.616 "
		Galizien	44.546 "
		Ungarn	27.439 "
Kälber	2.510 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	781 St.
		dem sonst. Niederösterreich	19 "
		Oberösterreich	2 "
		Mähren	96 "
		Galizien	1.587 "
		Ungarn	25 "
Schafe	265 "	Und zwar aus:	
		Wien	159 St.
		dem sonst. Niederösterreich	20 "
		Mähren	3 "
		Galizien	75 "
Schweine	560 "	Und zwar aus:	
		Wien	159 St.
		dem sonst. Niederösterreich	4 "
		Oberösterreich	2 "
		Mähren	10 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K — 56 bis	1.52 per Kg.
	Rostbraten u. Nieden	1.20 "	2. — " "
Kalbfleisch	" " — 68 "	1.40 "	" "
Schafffleisch	" " — 56 "	1.12 "	" "
Schweinsfleisch	" " 1. — "	1.60 "	" "
Kälber	" " — 80 "	1.20 "	" "
Schafe	" " — 64 "	1. — "	" "
Schweine	" " — 88 "	1.28 "	" "

Die Zufuhr an Fleischwaren war stärker, der Marktverkehr erst gegen Wochenschluß lebhaft. Rindfleisch war um 4 bis 8 h per Kilogramm, Kälber, Kalbfleisch, Schweine und Schweinsfleisch um 8 h per Kilogramm billiger. Die übrigen Fleischwaren tendierten vorwöchentlich.

* * *

Pferdemarkt vom 30. September 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 764 Pferde
(481 Schlachtpferde, 283 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde 120—900 K per Stück
" Schlachtpferde 52—168 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 3. Oktober 1904.

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 1. Oktober 1904).

1. Gesamtauftrieb: 6270 Stück, und zwar:

Maßvieh	4094 Stück
Weidevieh	883 "
Beinvieh	1293 "
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte 39 "	

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	4921 Stück	Rühe	418 Stück
Stiere	718 "	Büffel	213 "

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	5136 Stück
" Galizien und der Bukowina	451 "
" dem sonstigen Österreich	683 "
" dem Auslande	— "

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von 69 bis 88 K (extrem bis 90 K)
" II. "	60 " 77 "
" III. "	50 " 63 "

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 72 bis 76 K (extrem bis 78 K)
" II. "	60 " 71 "
" III. "	" " 55 "

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 78 bis 88 K (extrem bis 90 K)
" II. "	66 " 77 "
" III. "	62 " 63 "

Stiere	von 58 bis 72 K (extrem bis 77 K)
Rühe	54 " 72 " (extrem bis — K)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von 44 bis 60 K (extrem bis — K)
---------------------	----------------------------------

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von 46 bis 60 K (extrem bis — K)
Büffel	32 " 48 " (extrem bis 49 K)
Beinvieh	30 " 58 "

b) Preis per Stück.

Beinvieh	von 51 bis 190 K (extrem bis — K)
--------------------	-----------------------------------

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	4347 Stück
" " " auswärts	1456 "
Unverkauft blieben	467 "

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden vom 25. September bis 1. Oktober 1904 für Wien angekauft 774 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 1180 Stück mehr aufgetrieben.

Der Marktverkehr war schwerfällig und blieb auch reichlicher Überstand. Prima-Stallochsen waren um 2 K, gute Mittelsorten bis 3 K, leichte Stallochsen bis 4 K per Meterzentner billiger, Weide- und Beinvieh notierte um 6 bis 8 K niedriger. Auch die Preise der Stiere verloren 2 bis 3 K per Meterzentner.

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 25. September bis 1. Oktober 1904.

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Weizengrieß	1 kg	32	48		
Auszugmehl	"	34	44		
Mundmehl	"	30	36		
Semmelmehl	"	28	34		
Pohlmehl	"	20	28		
Kaiserfemmel à 4 h 1 St.	3-8 bis 6-9 dkg	—	—	—	—
Mundfemmel " 4 " "	5 bis 9-8 dkg	—	—	—	—
" " 2 " "	2-3 bis 6 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	—	—	—	—
Weißgemischtes Brot	"	21-2	36-7		
Schwarzgemischtes Brot	"	18-3	33-8		
Schwarzes Brot	"	19-0	29-7		
Erbsen, ganz	1 kg	32	50		
" gespalten	"	36	64		
Linjen	"	40	80		
Bohnen	"	32	48		
Hirse	"	30	40		
Rollgerste	"	40	88		
Reis	"	32	80		
Kaffee, roh	"	2 20	4 80		
" gebrannt	"	2 60	5 20		
Kakao	"	5 20	10 40		
Schokolade	"	2 80	10		
Tee	"	5	20		
Zucker	"	76	88		
Honig	"	1 60	3		
Bohnen, grün	1 kg	60	1 60		
Erbsen, grün, in Schoten	"	1 20	1 40		
Paradiesäpfel	"	30	50		
Kohl, grün	30 " St.	80	2 40		
" " " "	1 "	6	16		
Kohlrüben	30 "	80	1 60		
" " " "	1 "	4	12		
Kraut, weißes	30 "	1 20	6		
" " " "	1 "	10	30		
Salat, in "Häupteln"	30 "	60	2 40		
" " " "	1 "	10	20		
Spinat	1 kg	1	1 20		
Rüben, weiß	1 St.	4	10		
" gelb	"	2	3		
" rot	"	4	10		
Sauerkraut	1 kg	24	32		
Sauere Rüben	"				
Knoblauch	"	30	64		
Zwiebel	"	14	20		
Erdbäpfel, vorjährige	100 kg				
" " " "	1 "				
" heurige	100 "	10	12		
" " " "	1 "	12	16		
" Stipfel, vorjährige	100 "				
" " " "	1 "				
" " " " "	100 "	14	18		
" " " " "	1 "	16	24		
Rindsfilz	1 kg	70	1 30		
Rindschmalz	"	2 20	2 80		
Schweinfilz	"	1 44	1 72		
Schweinschmalz	"	1 40	1 68		
Schweinspeck	"	1 28	1 72		

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Unschlitt, geschmolzen	1 kg	90	1 20		
Milch	1 l	16	32		
Rahm	"	60	1 12		
Topfen	1 kg	44	64		
Butter	"	1 80	3 60		
Margarine	"	1 20	2		
Eier, frische um 2 K	25-34 St.	—	—	—	—
" eingelegte um 2 K	36-40 "	—	—	—	—
Barben	1 kg	1 40	1 60		
Brachsen	"		1 40		
Forellen	"	9	11		
Hechte, lebend	"				
" tot	"				
Karpfen, lebend	"	1 60	2 40		
" tot	"	1 40	1 60		
Lachse	"				
Schaiden	"	2	3 60		
Schille	"	1 50	3 60		
Sterlete	"	2	3 60		
Stocffische	"				
Schellfische	"	60	1 30		
Weißfische	"	40	1		
Krebse	1 St.	12	70		
Huhn, junges, gepuht	1 St.	80	1 30		
Wasthuhn, gepuht	"	1 40	2		
Boulard	"	1 60	2 80		
" steir.	"	3	5		
Kapaun	"	4	5		
" steir.	"				
Ente	"	2 40	4		
Gans	"	4	7		
Indian	"	5	8		
Taube	"	40	1		
Fasan	1 St.	3	6		
Rebhuhn	"	60	2		
Wildente	"	1 20	2 60		
Wildgans	"	2	4		
Haje	"	2	4		
Hirschfleisch	1 kg	60	1 60		
Rehfleisch	"	80	1 60		
Schwarzwild	"				

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuzwage)					
	Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleisch		In den Markthallen		In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer	
	von	bis	von	bis	von	bis
Fleischgattungen						
Rindfleisch, { vorderes	100	140	100	150	100	160
{ hinteres	120	170	140	190	120	190
Kalbfleisch	100	180	120	200	100	220
Schafffleisch	80	160	80	200	80	200
Schweinfleisch	120	180	120	200	120	200
Pferdefleisch, { vorderes					48	72
{ hinteres					56	80

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. Oktober 1904.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 75—82 kg) von 10 K 15 h bis 11 K 20 h	
Roggen (" " 1 " 71—76 ") " 7 " 55 " " 8 " 05 "	
Gerste (nur Futter-, Brenner und Rollgerste) . " 7 " 20 " " 10 " — "	
Mais " 7 " 55 " " 8 " 55 "	
Hafer " 6 " 95 " " 8 " — "	
(per 50 Kilogramm).	

b) Mählprodukte.

Grieß von 16 K 30 h bis 17 K 10 "	
Weizenmehl, Wiener Type " 9 " 70 " " 17 " 10 "	
Futtermehl " 6 " 80 " " 7 " 30 "	
Roggenmehl " 8 " 20 " " 13 " 40 "	
Weizenkleie " 5 " 60 " " 6 " — "	
Roggenkleie " 5 " 60 " " 5 " 70 "	
(per 50 Kilogramm).	

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 25. September bis 1. Oktober 1904.

Niederösterreich. Bergheu . . von K 3-40 bis 9-80 per 100 kg	
" Wiesenheu " 4— " 8-40 " " "	
Slowakisches Heu " 6— " 7-50 " " "	
Ungarisches Heu " 5-80 " 6-60 " " "	
Klee " 6— " 10— " " "	
Rüttlstroh " 3— " 3-60 " " "	
Schaubstroh " 4-20 " 4-80 " " "	
" " 15— " 20— per Schober.	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 22. bis 29. September 1904.

Waren eingelagert 55.142 Meterzentner
" ausgelagert 37.329 "

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 15.412 Meterzentner.

Lagerstand vom 29. September 1904: 400.675 Meterzentner, und zwar:

20.112 Meterzentner Weizen,	30.777 Meterzentner Roggen
10.840 " Gerste,	147.834 " Hafer,
115.927 " Mais,	12,024 " Dsaaten,
24.984 " Mehl u. Kleie,	619 " Pinjen,
520 " Zucker,	5 305 " Wein,
3.287 Hektoliter à 100% Spiritus.	

Der Affeuanzwert dieser Waren stellte sich auf 7,526.830 K.

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

XV., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Überficht über die Vermittlungstätigkeit des Amtes vom 23. bis 29. September 1904.

Vorgemerkt wurden:

Arbeitsuchende 1778
Dienstsuchende 2948
Lehrstellenuchende 37

Zusammen . 4763

Angemeldet wurden:

Arbeitsposten 1483
Dienstplätze 2252
Lehrstellen 94

Zusammen . 3829

Vermittelt wurden:

Arbeitsuchende 1386
Dienstsuchende 2370
Lehrlinge 28

Zusammen . 3784

Gesucht werden im städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamt XV., Neubaugürtel 38, Arbeiter und Arbeiterinnen in nachfolgenden Berufsarten:

Für Männerarbeit:

Hammerfchmied auf Hacken (auswärts), Schleifer auf Rasiermesser, Messerschmiede, Lusterbürtler, Silberarbeiter auf Tula Silber, Elektromonteur, 25 Binder (auswärts), mehrere Tischler für Buchenbetten und gefehlte politierte Arbeit. Mehrere Tapezierer (Wien und auswärts), Tischner auf Holzkofter, Leder-galanteriearbeiter, Zuschneider (Schuhmacher), Sattler, der auch lackieren kann (Bosnien), Schafwollfärber (Ungarn), mehrere Kürschner, Posamentierer (Borten und Ligen), 4 Kappenmacher, 2 tüchtige Schieferdecker (Rumänien), 40 Glaser (Wien und auswärts), 20 Spengler (Wien und auswärts), 2 Glasfchleifer, 2 Metallackierer, Hafner, Ofenfezer und Former (auswärts).

Für Frauenarbeit:

Buchbindermäddchen, Kartonagearbeiterinnen, Emailleurin, Silberpolirerin.

Baubewegung

vom 29. September bis 3. Oktober 1904.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenfchilde im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

- I. Bezirk: Haus, Schwarzenbergplatz, Einl.-Z. 3198, Baustelle III, von Rob. v. Morpurgo, IV., Karolinenplatz 5, Bauführer Karl Probst (6678).
- II. Bezirk: Haus, Valeriestraße 21, von Oskar Marmorel, IX., Maximilianstraße 4/5 (6685).
- X. Bezirk: Haus, Gürtelstraße, Bordere Südbahnstraße, von Singer & Kraus, IX., Schladgasse 2 (62278).
- " " Haus, Südbahnstraße 20, von Adolf Baron Pittel, IV., Margaretensstraße 5, Bauführer Albert Pittel (62682).
- " " Haus, Davidgasse, Einl.-Z. 1342, von Franz Herrmann, V., Stolberggasse 51a, Bauführer Johann Seidl (62250).
- " " Haus, Kolumbusgasse, Trostgasse, Einl.-Z. 593, von S. Leopold Borg, XX., Bäuerlegasse 26 (62989).
- XVI. Bezirk: Haus, Heigerleinstraße 15, Einl.-Z. 2251, von Franz und Katharina Mitschik, Bauführer Julius Victoria (11843).

Zubauten.

- IV. Bezirk: Veranda, Biedener Hauptstraße 10, von Rudolf Wieninger, ebenda, Bauführer Müd & Eiler (6731).
- XIV. Bezirk: Hofstratzubau, Braunhirschgasse 41, von Julius Kobler, Bauführer Heinrich Stand (38697).

Adaptierungen.

- I. Bezirk: Postgasse 11, von der Wiener Baugesellschaft (6676).
- " " Planengasse 4, von Julius Zerlowitz, Baumeister (6693).
- " " Auersperggasse 2, von Josef Helmreich, Maurermeister (6729).

- II. Bezirk: Fischergasse 1, von J. Gewitsch, Bauführer J. Protesch (6672).
- " " Prater 93, von Marie Petz, Bauführer Jos. Kreuzer (6713).
- III. " Schreingasse 14, von Ant. Fromm (6740).
- III. Bezirk: Dianagasse 7, von Apollonia Lindner (6672).
- VIII. Bezirk: Strozsigasse 17, von Dr. Leopold Adler noe. Kühle & Milsche (6677).
- IX. Bezirk: Fahngasse 24, von Alphons Feldmann, Bauführer Allgemeine österr. Baugesellschaft (6718).
- X. Bezirk: Herzgasse 38, noe. Marie Zlat, Franz v. Diwal, V., Margaretenplatz 8, Bauführer F. Sumerauer (62733).
- " " Waldgasse 30, von Lubmilla Henke, Bauführer W. Stadler (62359).
- " " Kolumbusgasse 79, von Johann Wanura, Bauführer Joh. Schweiger (63143).
- XI. Bezirk: Kaiser-Ebersdorf, Kaiser-Ebersdorferstraße 82, von Leopold Schachermayer, Bauführer Anton Heindl, Baumeister (19383).

Diverse (geringere) Bauten.

- I. Bezirk: Kanal, Fleischmarkt 8, von Franz Decker, Bauführer Josef Hartl (6725).
- III. Bezirk: Atelier, Reissnerstraße 61, von Ludwig und Josef Viro, Bauführer Heinz Gerl (6687).
- " " Rohrkanal, Erdbergstraße 151, von Jgnaz und Anna Schmied, Bauführer J. Warich (6707).
- V. Bezirk: Rohrkanal, Schönbrunnerstraße 81, von Josef Muß, Bauführer A. Hein (6701).
- IX. Bezirk: Atelier, Servitengasse 4a, von Albert Frank, VI., Raßgasse 1, Bauführer Adolf Ambor (6734).
- XII. Bezirk: Wagenremise, Burschenzimmer mit Unterkellerung, Hegendorf, Hegendorferstraße 99, von Adolf Wüßinger, Bauführer Franz Proßner (35684).
- XIII. Bezirk: Hauskanal, Ober-St. Veit, Tillgasse 11, von Veit Erdnia, Bauführer Franz Krasny (36089).
- " " Hauskanal, Rainz, Saurangasse 12, von Gustav Edlen v. Herr-Wilfried, Bauführer H. und F. Glaser (36100).
- XIV. Bezirk: Portalaufstellung, Reindorfgasse 37 und 39, von Emil Reitmann (35767, 38768).
- " " Portalaufstellung, Reindorfgasse 24, von Eduard Berger, Bauführer Leopold Robicsek (39205).
- XX. Bezirk: Rohrkanal, Kaufnerstraße 31, von Gustav Ulrich, Bauführer Johann Nowat (6666).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Ausstreckung der Baulinien wurden überreicht:

- VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 83, von Josef Wiesbauer (6705).
- X. Bezirk: Unbenannte Gasse, Einl.-Z. 2714 nächst der Sonnwendgasse, von August Komarek, IV., Nadelgasse 2 (62987).
- " " Unbenannte Gasse, Einl.-Z. 2714 nächst der Sonnwendgasse, von August Komarek, IV., Nadelgasse 2 (62988).
- XII. Bezirk: Unter-Weidling, Einl.-Z. 1190, Ahmayergasse 66, von Karl Kruß (35214).
- " " Altmannsdorf, Einl.-Z. 426, Konstr.-Nr. 2331, Oswaldgasse 9, von Franz Priesler (35507).
- " " Hegendorf, Kat.-Parz. 455/1, 446/1, Baufl. 19, 5, 20, 7, 4, 9, 6, 10, 11, 12, 13, 18, 17, 14, 16, 15, 8, vom Ersten Wiener Beamten-Bauverein (35764 bis 35780).
- XIII. Bezirk: Hieging, Einl.-Z. 100, von Benz & Leiter (35912).
- " " Unter-Baumgarten, Einl.-Z. 424, 425, von Adolf Materu (35955).
- " " Unter-Baumgarten, Einl.-Z. 422, 423, von Louise Werner (35956).
- " " Breitensee, Einl.-Z. 332, von Franz und Julius Huber (36121).
- XVI. Bezirk: Hasnerstraße 242, von Matthias und Anna Celeba (61584).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. X, Z. 3240.

26. September 1904.

Lieferung und Verlegung von Grustgewänden und Grustbedeln aus Granit in den städtischen Friedhöfen mit Anschluß des Zentral-Friedhofes für die Jahre 1905, 1906 und 1907.

- Poß Wendelin — Für einfache resp. Mittelgruft 290 K. Für Doppelgrüfte 460 K. Bei Teilübertragung Aufzählung 3%.
- Hausner Eduard — Für einfache resp. Mittelgruft 290 K. Für Doppelgrüfte 460 K.

- Aufhauser Franz jun. — Für einfache resp. Mittelgruft 290 K. Für Doppelgrüfte 460 K für den Weidlinger, Altmannsdorfer und Hegendorfer Friedhof.
- Aufhauser Franz sen. — Für einfache resp. Mittelgrüfte 288 K für die städtischen Friedhöfe im XII., XIII., XVI. und XVII. Bezirke. Für die übrigen mit Ausnahme des Zentral-Friedhofes 290 K. Doppelgrüfte für sämtliche Friedhöfe mit Ausnahme des Zentral-Friedhofes 460 K.
- Schäffner Leopold — Für einfache resp. Mittelgrüfte 275 K für den Friedhof in Simmering. Doppelgrüfte 440 K. Für einfache resp. Mittelgrüfte für die Friedhöfe in Weidling, Ottakring, Hernals, Döbling und Gersthof 280 K. Für Doppelgrüfte für die vorstehend bezeichneten Friedhöfe 450 K. Einfache resp. Mittelgrüfte für die Friedhöfe in Hieging, Dornbach, Heiligenstadt, Kaiser-Ebersdorf, Altmannsdorf, Hegendorf, Krinzing, Hütteldorf, Baumgarten, Böhleinsdorf, Sievering, Rainz, Ober-St. Veit und Neustift 285 K. Für Doppelgrüfte für die vorerwähnten Friedhöfe 455 K. Für sämtliche Friedhöfe mit Ausschluß des Zentral-Friedhofes einfache resp. Mittelgrüfte 280 K. Für Doppelgrüfte 450 K.
- Richtenecker Johann — Einfache resp. Mittelgrüfte für die Friedhöfe im XVI., XVIII. und XIX. Bezirke 288 K. Für Doppelgrüfte für obige Friedhöfe 458 K.

II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Vermehrung der Feuerhydranten im Schlachthaus und am Zentral-Viehmarkte zu St. Marx.

Wasserleitungsinstallation.

Horcich Josef — Nachlaß 192%.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

29. September 1904.

(Fortsetzung.)

- Gneiss Josef — Zimmermannsgewerbe — XVI., Guttengasse 39.
- Göban Marie, geb. Bayer — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Jppenplatz (Markt).
- Gradmüller Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XI., Fuchsröhrengasse 11.
- Hodamofsky Anton — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Friedrich Kaiserstraße 33.
- Hafnan Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XX., Petraschgasse 8.
- Halavitsch Josef — Erzeugung von Honigmilch — IX., Rußdorferstraße 20.
- Hlabnicka Johann — Wagenlackierergewerbe — XVI., Ottakringerstraße 140.
- Jordan Cäcilie — Fiakerlizenz Nr. 890 — IX., Marktstraße 29.
- Kell Amalia — Ansichtskarten- und Papierwaren-Verschleiß — IX., Rußdorferstraße 73/75.
- Kirchmayer Matthäus — Übernahme zum chemischen Putzen, Färben und Vorhänge-Appretur — IX., Servitengasse 16.
- Kocabel Marie, geb. Tacha — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XIX., Döblinger Hauptstraße 43.
- Koch Magdalena, geb. Bauer — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
- Kofron Gottlieb — Fleischhauer — IX., Sobiestigasse 25.
- Kraus Rudolf — Kapellmeister — XIX., Brigittagasse 2.
- Kunor Katharina — Viktualien- und Kanditen-Verschleiß — IX., Pramer-gasse 14.
- Lajos Johann — Deichgräber — XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 18.
- Legat Emma — Pächter der Badeanstalt — IX., Klusiusgasse 12.
- Löschner Charlotte — Modistengewerbe — IX., Grüne Torgasse 34.
- Lutsch Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 101.
- Miehl Barbara — Feindruckerei, chemische Putzerei, Vorhänge-Appretur und Färberei-Übernahme — XVIII., Martinsstraße 66.
- Michael Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Riefelberggasse 32.
- Mödlage Theresie — Viktualien-Verschleiß — XVI., Gausterergasse 9.
- Obermann Georg — Zahntechniker — IX., Pöfergasse 1.
- Pesta Marie — Gastgewerbe gemäß § 16, lit. b G.-D. (Pferdesteisch) — XVI., Watzgasse 59.

- Schall Sophie, rekte Kaufmann — Gemischtwaren-Verschleiß — IX.,
Rufsdorferstraße 33.
- Scharf Anna — Fragnerei — XVI., Herbststraße 12.
- Schilling Fanni, geb. Buciel — Pfeiderei — XVI., Deinhartstein-
gasse 9.
- Schneider Betti — Chemische Puzerei — XVI., Brunnengasse 21.
- Schneider Franz — Gastwirts-Kantine mit der Berechtigung zur Verab-
reichung von Speisen, Ausschank von Wein und Bier — XI., Bau auf der
katholischen Abteilung des Wiener Zentral-Friedhofes.
- Schwaiger Alois & Komp. (Kommandit-Gesellschaft; verantwortlicher
Gesellschafter: Alois Schlestinger; Kommanditistin: I. I. priv. österr. Kredit-
anstalt für Handel und Gewerbe) — Export- und Importhandel mit Waren,
deren Vertrieb nicht an eine besondere Konzession gebunden ist — IX., Berg-
gasse 7.
- Siebenstein Josef — Herstellung von Damengürteln aus Stoff, Samt
und Gummibändern — XVI., Lindauerstraße 5.
- Tejtal Karl — Schuhmacher — XVI., Enekelstraße 39.
- Uy Vinzenz — Verkauf von heißen Würsteln — XVIII., Rutschergasse,
Markt, Stand 120.
- Wachta Josef — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c und g
G.-D. — XVI., Blumberggasse 6.
- Wahl Josef — Fiafer-Lizenz Nr. 426 — XX., Brigattaplatz 4.
- Wojnar Adolf — Kleinhandel mit Brennmaterial — IX., Löblichgasse 4.

* * *

30. September 1904.

- Albrecht Adalbert — Buchbindergewerbe — X., Raaberbahngasse 11.
- Ashauer Florian — Fiafer-Lizenz Nr. 45 — X., Rndlgasse 8.
- Wachner Anton — Fiafer-Lizenz Nr. 343 — X., Fuzersdorferstraße 71.
- Vassarutti Adolf — Deichgräber — X., Favoritenstraße 156.
- Vierampel Rosa, geb. Kolbinger — Modistengewerbe — X., Eugen-
platz 12.
- Wistrich Aloisia — Wäscher- und Wäschepuzereigewerbe — X., Thavonat-
gasse 2.
- Wöckel Marie, geb. Knoll — Wäscher- und Wäschepuzereigewerbe — X.,
Kolumbusgasse 80.
- Böhm Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X.,
Favoritenstraße 150.
- Buresch Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X.,
Sennfelfergasse 61/63.
- Daubrava Edmund — Ausbesserung von Stiegeulufen, Mauerecken
u. dgl. in Zement und Kunststein — X., Siccardsburggasse 12.
- Droßler Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Dampfgasse 31.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:
**Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Ge-
meinderates vom 30. September 1904.**

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räte Eßlbauer, Wimberger,
Horal und Ritter v. Findenigg wegen Fernbleibens . . . 1853
2. Beurlaubung des Gem.-Rats Jandra . . . 1853
3. Einladung zum feierlichen Hochamte in der Stephanskirche anlässlich
des Namensfestes Seiner Majestät des Kaisers . . . 1853
4. Spende des Bürgermeisters . . . 1853
5. Legat nach Frau Johanna Gräfin Aichelsburg . . . 1853
6. Spenden aus dem Reingewinne der Wiener Kommunalparlassa
im Bezirke Rudolfsheim pro 1903 . . . 1853
7. Legat nach Herrn Karl Prehsing . . . 1854
8. Spende des Herrn Hugo Ringelheim . . . 1854
9. Legat nach Herrn Albert Janowitzer . . . 1854
10. Spende unter der Chiffre „Dr. D. W.“ . . . 1854
11. Spende des Bruders des Komponisten und Kapellmeisters Karl
Krahl . . . 1855
12. Zuweisung von Originalskizzen des Heraldikers Hugo Ströhl
an die städtischen Sammlungen . . . 1855
13. Spende des Herrn Kommerzialrates Franz Essinger für die
städtischen Sammlungen . . . 1855
14. Dank des Kreuzer-Vereines zur Unterföhung von Wiener
Gewerksleuten für die gewährte Subvention . . . 1855
15. Desgleichen seitens des Schul-Ausschusses der Gremialschule für
Buchdrucker- und Schriftgießerschüler . . . 1855
16. Dank des I. I. Landes-Präsidiums in Salzburg für die Über-
sendung des Ergebnisses der von der Stadt Wien eingeleiteten
Sammlung zugunsten der vom Hochwasser 1904 im Herzogtume
Salzburg betroffenen Bevölkerung . . . 1855
17. Dank des Ersten österreichisch-ungarischen Geflügelzuchtvereines
für die gewährte Unterföhung . . . 1855
18. Desgleichen seitens der Genossenschaft der Wäschwaren-Erzenger 1855
19. Einladung seitens der Direktion der Wiener Lehrlingsarbeiten-
Ausstellung zum Besuche derselben durch den Wiener Gemeinderat 1855

Seite

20. Zuschrift der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft, betreffend Vor-
kommnisse in der Gemeinderats-Sitzung vom 9. September 1904 1855
21. Einladung zur Besichtigung des im Auftrage der Stadt Wien
von A. H. Schram hergestellten Gemäldes „Der Kinder-
föhzug“ . . . 1856
22. Bericht des Magistrates, betreffend die Ergänzung und Richtig-
stellung seines in der Gemeinderats-Sitzung vom 9. September
1904 zur Verlesung gelangten Berichtes über die von einigen
Fleischhauern vorgenommene Erhöhung der Fleischpreise . . . 1856
23. Ablegung einiger Referate von der Tagesordnung . . . 1857

Interpellationen:

24. Gem.-Rat Seiler, betreffend den Zustand der Gchwege ent-
lang der Ufermauern des Donaukanales . . . 1857
25. Gem.-Rat Klebinder, betreffend die Wiedereinföhrung des
Rechtes auf Einbringung von Dringlichkeits-Anträgen im
Wiener Gemeinderate . . . 1858
26. Gem.-Rat Dr. Hein, betreffend den Text der Ausschreibung
für die Stelle eines Leiters der städtischen Großschlächtereie . . . 1859
27. Gem.-Rat Alimeder, betreffend die Vergebung einer Arbeit
an die Union-Baugesellschaft . . . 1859
28. Gem.-Rat Reumann, betreffend die Art der Zuweisung von
Arbeitsplätzen im städtischen Arbeitsvermittlungsamte, beziehungs-
weise die Geltungsfrist der Vormerkkarten . . . 1860
29. Derselbe, betreffend die Erhöhung des Lohnes der im
Tagelohne stehenden Arbeiter im städtischen Lagerhause . . . 1861
30. Gem.-Rat Drößler, betreffend die Einwödung des Kroten-
bades . . . 1861
31. Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn, betreffend die Einleitung des
Disziplinarverfahrens gegen den Magistrats-Sekretär Heinrich
Demel . . . 1861
32. Derselbe, betreffend die Sammlung von Beiträgen für die
anlässlich der Feier des 60. Geburtstages des Bürgermeisters
zu freirende „Dr. Karl Lueger-Stiftung“ . . . 1862
33. Gem.-Rat Kinast, betreffend die Straßenbahnlinie in der
Schlachthandgasse . . . 1862

Anträge:

34. Gem.-Rat Leitner, betreffend die Errichtung einer Straßen-
bahn-Haltestelle nach Bedarf beim Hause XVII., Rosenflein-
gasse 43 . . . 1863
35. Gem.-Rat Zifferer, betreffend die Bewilligung von Teuerungszu-
lagen an Beamte und Lehrpersonen, beziehungsweise die Be-
schleunigung der Regelung der Lehrgelhalte seitens des Nieder-
österreichischen Landtages . . . 1863
36. Gem.-Rat Dr. Krenn, betreffend die Herstellung von Antiffen-
schlägen in den städtischen Forsten des Hochquellengebietes zur
Verringerung der Gefahr von Waldbränden . . . 1863
37. Gem.-Rat Hohenfinner, betreffend Stellungnahme gegen
die Errichtung slavischer Parallellassen an den deutschen
Lehrerbildungsanstalten in Schlesien . . . 1863
38. Gem.-Rat Franz Graf, betreffend die Vereinfachung des
Straßenreinigungsverfahrens durch Zuhilfenahme der städtischen
Straßenbahnen . . . 1864
39. Gem.-Rat Eigner, betreffend die Einführung einer Ver-
besserung in der Kenntlichmachung der Fahrtrichtung bei den
städtischen Straßenbahnwägen . . . 1864
40. Gem.-Rat Hansl, betreffend die Errichtung eines Volksbades
im XII. Gemeindebezirke . . . 1864
41. Ablegung des Referates, betreffend des Kaufoffert des Doktor
Wilhelm und Julius Rosenfeld auf einen Teil der Kat.-
Parz. 441/1 im IX. Bezirke von der Tagesordnung . . . 1864
42. und 43. Siehe unter Wahlen.

Referate:

44. Gem.-Rat Dr. Deutschmann, betreffend den Verkauf eines
Teiles der Kat.-Parz. 592 und 593, Einl.-Z. 6 IV. Bezirk an
Kupka & Orglmeister . . . 1865
45. Derselbe, betreffend den Verkauf der an der Ecke der Gumpen-
dorferstraße und des Mariahilfsergürtels im VI. Bezirke gelegenen
Baustelle des Wiener Bürgerhospitalfondes an Heinrich Schu-
mann . . . 1866
46. Gem.-Rat Oppenberger, betreffend den Verkauf der
städtischen Baustelle II., Lilienbrunnengasse 2 an Heinrich und
Wilhelm Wohlmayer . . . 1867
47. Derselbe, betreffend die Erwirkung eines Landtags-Beschlusses
für den Verkauf der städtischen Baustelle II., Lilienbrunnengasse 2 . 1868
48. Derselbe, betreffend das Detailprojekt für den Bau der
Mädchen-Volkschule und eines Volksbades im II. Bezirke,
Bereinsgasse . . . 1868
49. Gem.-Rat Wessely, betreffend den Verkauf der an der Ecke
des Mariahilfsergürtels und der verlängerten Linienngasse im
VI. Bezirke gelegenen Baustelle des Wiener Bürgerhospitalfondes
an Heinrich Schumann . . . 1869
50. Gem.-Rat Weimann, betreffend den Verkauf eines Teiles
der Kat.-Parz. 1632, V. Bezirk, Schönbrunnerstraße an Gustav
Chwilla . . . 1869

	Seite
51. Gem.-Rat Gsottbauer, betreffend die Bestimmung des Übernahmepreises und der Schadloshaltung für den beim Hause IX., Althangasse 9, des Franz Schmid und der Emilie Banitzky einzubeziehenden, beziehungsweise abzutretenden Grund	1870
52. Gem.-Rat Diehlohlawek, betreffend die Bestimmung der Schadloshaltung für den beim Umbau des Hauses L., Bäderstraße 24 und 26 zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund	1870
53. Derselbe, betreffend die Überlassung des Sitzungsraumes im Alten Rathaus an die Wiener Singakademie	1870
54. Gem.-Rat Dr. Krenn, betreffend die Bewilligung von Subventionen an die Verschönerungsvereine Hacking, Hütteldorf, Pöhlendorf, Salmannsdorf und Sievering	1870
55. Derselbe, betreffend die Neusystemisierung der Dienstellen für das städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsammt	1871
56. Derselbe, betreffend die Vornahme von Reparaturarbeiten im Innern der Aquadukte der I. Hochquellenleitung in Speising, Mauer, Piesing und Baden (Zuschußkredit)	1871
57. Derselbe, betreffend die Bewilligung von Subventionen für sanitäre Zwecke an verschiedene Korporationen pro 1904	1871
58. Siehe unter Wahlen.	
59. Gem.-Rat Dr. Porzer, betreffend Kenntnisnahme der Verwaltungsgerichtshof-Entscheidung vom 26. März 1904, Nr. 3151, in Angelegenheit der Erwerbsteuerbemessung für die städtischen Gaswerke pro 1899 bis (inklusive) 1901	1873
60. Derselbe, betreffend die Systemisierung der Stelle eines Gebäude-Zuspektors und Platzweikers im städtischen Gaswerke	1874
61. Derselbe, betreffend die Subventionierung der Bezirksstrafenkassa Admont	1874
62. Derselbe, betreffend die Subventionierung der Freiwilligen Feuerwehr in Wildalpen	1875
63. Derselbe, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Ackerbauministeriums in Angelegenheit der Wasserentnahme aus dem Quellengebiet der Salza für die zweite Hochquellenleitung	1875
64. Gem.-Rat Nagler, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Ministeriums des Innern in der Heimatsrechtsache des Persch Wexler	1875
65. Gem.-Rat Rissaweg, betreffend ein Übereinkommen mit der Firma Siemens & Halske A.-G. wegen Ausban der Straßenbahnlinie in der Geiselbergstraße als Entschädigung für Minderleistungen an Oberleitungsanlagen	1876
66. Derselbe, betreffend die Herstellung eines Einfriedungsgitters beim Mohrdepot am Laerberge im X. Bezirke (Zuschußkredit)	1878
67. Derselbe, betreffend die Verlängerung der Frist zur Vebbringung der mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. Mai 1904, Z. 5800, anlässlich des Ankaufs der Kothbauer'schen Gründe durch den Wiener Bürgerhospitalfond geforderten Wschungsquittungen der Hypothekargläubiger	1878
68. Gem.-Rat Schreiner, betreffend Festsetzung der Tarifbestimmungen für die Straßenbahnlinie nach Ragran nach deren Verstädtlichung	1878
69. Derselbe, betreffend die Genehmigung der vorzeitigen Anfassung des Früh- und Nachmittagsverkehrs der städtischen Straßenbahnen zu den Zügen der Volkbahnen	1879
70. Derselbe, betreffend Maßnahmen für den Allerheiligen-Verkehr zum Zentral-Friedhofe	1879
71. Derselbe, betreffend die Anschaffung von Reservebestandteilen für die Motor- und Beiwägen der städtischen Straßenbahnen	1879
72. Gem.-Rat Dr. Deutschmann, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Ackerbauministeriums in Angelegenheit der provisorischen Verfassung von Stegen im Gemeindegebiete von Hadersdorf-Weidlingau	1879
73. Derselbe, betreffend Stellungnahme zur Entscheidung des k. k. Finanzministeriums über die Grundsteuerbefreiung der städtischen Gartenanlagen	1880
74. Derselbe, betreffend Einbringung einer neuerlichen Petition an das Eisenbahnministerium um Herstellung von Barteräumen und eines unterirdischen Durchganges unter dem Bahnhöfper auf dem Weidlinger Südbahnhofe	1881
75. Derselbe, betreffend den Voranschlag der Karl Diehl'schen Stiftungsschule pro 1904/05; Gewährung einer Subvention für diese Anstalt	1882
76. Gem.-Rat Wessely, betreffend die Aufteilung der Kosten für die Kanals- und Senkgrubenräumung in den Jahren 1905 und 1906	1882
77. Derselbe, betreffend die prinzipielle Genehmigung der Ausdehnung der nächtlichen maschinellen Straßenfäuberung auf alle gepflasterten Straßen Wiens	1882

	Seite
78. Gem.-Rat Hörmann, betreffend die Vornahmen von Rekonstruktionsarbeiten an den ungarischen Szallafengruppen I, II, IV und V am Zentral-Bichmarke	1883
79. Derselbe, betreffend den Requisitionssplan für den Stadtteil beim L. u. I. Invalidenhause im III. Bezirke	1883
80. Gem.-Rat Sebastian Grünbed, betreffend die Banbewilligung für einen Zubau zum Hause XVII., Braungasse 15, des Laurenz Dobe!	1883
81. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Komitees der II. Gewerbe-Ausstellung christlicher Gewerbetreibender in Hernals	1884
82. Gem.-Rat Bözl, betreffend die Anfassung einer über die Piegenschaft der Gebrüder Albrecht, Einl.-Z. 181 des Grundbuches Ober-Döbling, geplante Gasse	1884
83. Gem.-Rat Graba, betreffend die Aufstellung eines Tilgungsplans für mehrere aus dem Investitionsanlehen vorschußweise bezahlte Sagposten	1884
84. Gem.-Rat Weimann, betreffend Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität VII., Neubaugasse 13, abzutretenden Grund	1885
85. Gem.-Rat Ferdinand Gräf, betreffend die Vornahme von Straßenarbeiten anlässlich der Vollendung des Schulbanes in der Wilhelmnenstraße im XVI. Bezirke (Zuschußkredit)	1885
Wahlen:	
42. Vornahme der Wahl eines Mitgliedes in den Gemeinderats-Ausschuß für die Verleihung des Heimats- und des Bürgerrechtes der Stadt Wien	1864
43. Vornahme der Wahl eines Mitgliedes in die Kommission zur Kontrolle des gesamten in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds im XIX. Bezirke und der Wahl eines Delegierten in den Zentral-Ausschuß der Wiener Urania	1864
58. Ergebnis der sub 43 vorgenommenen Wahlen	1873
Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 30. September 1904.	
1. Bize-Bürgermeister Dr. Reumayer, betreffend Nachsicht der Wartezeit für die Konzeptsprattanten Johann Kraft und Dr. Adolf Faber	1886
2. Gem.-Rat Gsottbauer, betreffend gnadenweise Dienstzeit-Anrechnung für Georg Klein, Feuerwehr-Telegraphist	1886
3. Gem.-Rat Dr. Wesselsky, betreffend Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxen an Hans Laner, Bürgerchul-Direktor	1886
4. Gem.-Rat Braun, betreffend Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxen an Dr. Karl Linke	1886
5. Gem.-Rat Diehlohlawek, betreffend Nachzins-Verabfolgung und Ratensbewilligung an Wigo Zeller-Schömig, Pächter des Kurfalons und der Michttrinkhalle	1886
6. Gem.-Rat Graba, betreffend Verleihung in die IV. Rangklasse und Zulage für Dr. Johann Wöller, Primararzt in Piesing	1886
7., 8., 9. Derselbe, betreffend Gnadengaben an:	
Lang Josef, Aufseher	1886
Wagner Helene, Offizialswitwe	1886
Pöllner Josef, Straßeneinräumer	1886
10. Derselbe, betreffend gnadenweise Erhöhung der Ruhebezüge für Paul Hecht, städtischer Ober-Ingenieur	1886
11. Derselbe, betreffend gnadenweise Dienstzeitanrechnung für Leopold Fuchs, städtischer Kanalaufseher	1886
12. Derselbe, betreffend einen Gehaltsvorschuß	1886
Allgemeine Nachrichten:	
30 Millionen-Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1900 (Elektrizitäts-Anlehen)	1886
Approvisionnement:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 25. September bis 1. Oktober 1904	1886
Pferdemarkt vom 30. September 1904	1887
Schlachtwiehmart vom 3. Oktober 1904	1887
Detailpreise für Lebensmittel vom 25. September bis 1. Oktober 1904	1888
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. Oktober 1904	1889
Heu- und Strohmarkt vom 25. September bis 1. Oktober 1904	1889
Städtisches Lagerhaus	1889
Arbeits- und Dienstvermittlungsammt der Stadt Wien:	
Überficht über die Vermittlungstätigkeit vom 23. bis 29. September 1904	1889
Baubewegung:	
Besuche um Baubewilligungen vom 29. September bis 3. Oktober 1904	1889
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	1890
II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen	1890
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	1890
Landmachungen.	

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingungen u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veraufschlagte Kosten
8. Oktober 11 Uhr	Abteilung II (Mag. = Sekr. Dr. August Mayr, VI. Stiege, 1. Stock)	6303	—	Vergebung der Lieferung von 46.000 Stück Hundesteuermarken für das Jahr 1905.	— Borbemerkung: Die allge- meinen und besonderen Be- dingungen können in der Magistrats-Abteilung II während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden. 2-3
6. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag. = Rat Groll V. Stiege, 2. Stock)	5037	Gehwege in den städtischen Garten- anlagen.	Lieferung von 2030 m ³ Sand, und zwar Steinfelder-, Maschinen- Quarzsand oder Gebirgsand.	20.300 K Bedingungen sc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 3-3
8. Oktober 11 Uhr	detto	5105	Baumpflanzung in der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke.	Lieferung von 882 m ³ Ackererde Lieferung von 540 m ³ Garten- erde Verführung von 1152 m ³ Aus- hubmaterialie	2646 K 2160 K 2304 K Bedingungen sc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 2-3
11. Oktober 11 Uhr	detto	3866	—	(Neuerliche Offert-Ausschreibung) Demolierung zweier auf der Eigenschaft C. u. L. Z. 1878 Her- nals, Wattgasse 92 stehender Baulichkeiten.	— 1-2

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	O b j e k t	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
5. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag. = Sekr. Schausler, VI. Stiege, Mezzanin)	281 ex 1903	Regulierung der Straße längs der Wiener Verbindungsbahn, zwischen Aspangbahnhof und Ar- senal im III. und X. Bezirke.	Deichgräber- und Pflasterungs- arbeiten.	15.368 K 11 h und 600 K Pauschale. 2-2
6. Oktober 10 Uhr	detto	2765	—	Beistellung des Kabelfuhrwerkes zur Schneefuhr im I. Bezirke für die Winterperiode 1904/05.	— 3-3
20. Oktober 10 Uhr	detto	2021	—	Bergebung der Lieferung des Ge- birgsschlügel- und Riefelschotters für den XIII. Bezirk, des Schlacken- schotters und Schlackenriefels für den XI. Bezirk und für den Zentral-Friedhof; ferner Ber- gebung der Lieferung des Sandes für den IV., V., VI., VII., VIII., X. und XI. Bezirk und für den Zentral-Friedhof während der Dauer des Jahres 1905.	— 2-3
15. Oktober 10 Uhr	detto	2763	—	Bespannung für die Schnee- pflüge des I. Bezirkes während der Winterperiode 1904/05, in- soweit dieselbe nicht durch das Regiefuhrwerk der Gemeinde be- werkstelligt werden kann.	— 1-3
6. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag. = Rat Dr. Nüchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1140	Neubau eines Hauptunratskanales in der Würzlerstraße zwischen der Erdbergstraße und der Mark- hofgasse im III. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	4601 K 35 h 2-2
10. Oktober 10 Uhr	detto	1202	Neubau eines Hauptunratskanales in der Höhnegasse, zwischen Meßer- schmidt- und Erndtgasse im XVIII. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	2484 K 50 h 2-3
11. Oktober 10 Uhr	detto	637	Neubau eines Hauptunratskanales in der Anergasse zwischen der Wallishausferrgasse und Dr.-Nr. 66 Anergasse im XVII. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	12.437 K 88 h 1-2

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Dr. Müchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1046	—	Besorgung der Lieferung gußeiserner Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel im voraussehbaren Jahresbedarfe von 5000 q, sowie von Sandtassen aus Eisenblech zu den Kanaleinsteigschächten im voraussehbaren Jahresbedarfe von 500 Garnituren (die Bestandteile einer Garnitur Sandtassen sind in den Bedingungen aufgezählt) für sämtliche Bezirke der Gemeinde Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1907.	— Borbemerkung: Die Rastergitter und -Deckel sowie die Muster-Sandtassen, die Pläne, Ausweise und Bedingungen können im Stadtbauamt während der gewöhnlichen Amtsstunden besichtigt, beziehungsweise eingesehen werden. — Exemplare der Bedingungen können um den Betrag von 20 h, die Pläne um den Betrag von 80 h bei der städtischen Hauptkassa bezogen werden.
17. Oktober 10 Uhr	Volkshalle im Neuen Rathause	7277	Bau einer Mädchen-Volksschule und eines städtischen Volksbades im II. Bezirke, Vereinsgasse.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erd- und Baumeisterarbeiten 2. Hydraulische Bindemittel . . . 3. Herstellung der Betongewölbe 4. Lieferung der Traversen . . . 5. Stukaturerarbeiten 6. Steinmearbeiten 7. Herstellung der Kollolithfußböden und Hohlkehlen . . . 8. Zimmermannsarbeiten 9. Spenglerarbeiten 10. Bantischlerarbeiten 11. Bauschlosserarbeiten 12. Anstreicherarbeiten 13. Glaserarbeiten 14. Asphaltierarbeit und Holzzement-Eindeckung 15. Terrazzopflasterung 16. Tonwarenlieferung 17. Niederdruckdampfheizung für die Schule 18. Niederdruckdampfheizung für das Volksbad inklusive Badeeinrichtung 19. Wasserleitungs- und Klosett-einrichtung 20. Schöpfwerksanlage u. Hausbrunnen 21. Elektrische Beleuchtungseinrichtung 22. Möbeltischlerarbeiten 23. Lieferung der Schulbänke . . . 24. Lieferung der Badewäsche . . . 	<p>168.100 K — h</p> <p>5.400 " — "</p> <p>10.140 " 50 "</p> <p>21.150 " — "</p> <p>2.800 " — "</p> <p>12.600 " — "</p> <p>2.830 " — "</p> <p>16.000 " — "</p> <p>4.800 " — "</p> <p>28.000 " — "</p> <p>24.800 " — "</p> <p>4.800 " — "</p> <p>4.500 " — "</p> <p>6.100 " — "</p> <p>3.135 " — "</p> <p>17.400 " — "</p> <p>11.000 " — "</p> <p>27.000 " — "</p> <p>6.856 " 59 "</p> <p>4.600 " — "</p> <p>4.931 " 70 "</p> <p>8.650 " — "</p> <p>7.203 " — "</p> <p>6.684 " 50 "</p>

1-3

1-3

**

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veraufschlagte Kosten
bei Offertverhandlung					
10. Oktober 10 Uhr	Abteilung XV (Mag.-Rat Karožny Neues Rathaus VII. Stiege, 2. Stock)	5522	Schulbau III., Dietrichgasse.	Stukkaturarbeiten.	6992 K
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag.-Sekr. Dr. Spaeth, Parterre, Eingang v. der Lichten- felsgasse)	1733	—	Sicherstellung des Amtsfuhrwerkes zu Kommissionen der städtischen Organe und der Dienstequipage für die Direktion des Stadtbau- amtes in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1907.	—

3-3

2-3

D.-Z. 17458/12, 7.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Für den Verkauf der alten, unbrauchbaren Dienstkleider, welche sich in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1909 ansammeln, wird für **Donnerstag den 20. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9, ausgeschrieben.

Im Laufe eines Jahres sammeln sich ungefähr an:

- zirka 5500 kg Tuchmäntel,
- " 2800 " Tuchblusen,
- " 3000 " Tuchhosen,
- " 1600 " mit Leder besetzte Filzstiefel,
- " 100 " mit Leder besetzte Fäustlinge,
- " 1000 " Tuchfappen, beschirmt,
- " 1000 " Regenmäntel,
- " 170 " Kondukteurtaschen aus Leder,
- " 700 " Zwilchhosen,
- " 75 " Kittel aus grünem Zwilch,
- " 50 " Schürzen aus grünem Zwilch.

1. Der Erstehrer übernimmt die Verpflichtung, die Dienstkleider so wie sie fallen, ohne auszusuchen, zu übernehmen.

2. Kein Stück der Kleider und auch kein Bestandteil derselben darf auf hiesigem Platze an wen immer verkauft werden.

3. Die Dienstkleider sind binnen acht Tagen vom Tage der Aufforderung gegen bare Bezahlung abzuführen, widrigenfalls uns das Recht zusteht, die Ware auf Rechnung des Erstehers an wen immer und zu welchem Preise immer zu veräußern.

4. Ein Abzug im Gewichte für allenfalls anhaftenden Schmutz u. dgl. wird nicht gewährt.

5. Zur Einhaltung der Bedingungen ist ein Pfandgeld im Betrage von 5 Prozent des Wertes obangeführter Mengen bei unserer Hauptkassa zu erlegen.

6. Die Kleider werden von uns in Teilmengen abgegeben.

Nähere Auskünfte erteilt die Lager-Verwaltung XIV., Schwendergasse 5.

Die Angebote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Anbot auf alte Dienstkleider“ bei der Straßenbahn-Direktion längstens bis vor Eröffnung der Offertverhandlung einzubringen. Das Pfandgeld ist in barem Gelde, welches jedoch nicht verzinst wird, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in inländischen pupillar-sicheren Wertpapieren zum Nominalwerte längstens bis eine halbe Stunde vor Eröffnung der Offertverhandlung bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen zu erlegen und hat sich der Offerent über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Im Anbote hat sich der Offerent ausdrücklich auf diese Kundmachung zu beziehen und zu erklären, daß er sich allen Bedingungen derselben unterwerfe.

Anbote, welche nicht dieser Vorschrift entsprechend eingebracht werden, werden unberücksichtigt gelassen.

Der Offerent bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bis zur Verständigung der Entschliebung derselben im Worte.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Bewerbern, die Vergebung in Teilmengen, aber auch die Ablehnung aller Angebote vorbehalten.

Für den Streitfall werden die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung I., Neues Rathaus, als ausschließlich zuständig erklärt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 24. September 1904.

Der Direktor:

Spängler.

2—3

D. Z. 17682/55, 11.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Bei der Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ gelangen 200 Stück Motorwagenachsen zur Vergebung.

Die öffentliche schriftliche Offertverhandlung findet am **Mittwoch den 12. Oktober, 12 Uhr mittags**, im Sitzungssaale der Straßenbahn-Direktion IV., Favoritenstraße Nr. 9, 1. Stock, statt.

Die Achsen sind aus bestem bairischen Siemens-Martin-Flußstahl von 50 bis 55 kg Festigkeit und mindestens 15 Prozent Dehnung genau nach Zeichnung, vollständig bearbeitet und einbaufertig zur Ablieferung zu bringen.

Die Stummel und jene Teile des Schaftes, auf welchen die Traglager des Motors sitzen, sind poliert.

Die Nabenitze sind ebenfalls poliert und mit 0.5 mm Anzug zu liefern, so daß vorhandene Radsterne nach den Achsen ausgebohrt und sofort aufgepreßt werden können.

Alle anderen Teile der Achsen sind auf das genaue Maß zu egalisieren.

Die Keilnut muß mit Kopfräsern gefräst werden und müssen sämtliche Hohlkehlen mit dem Schlichtmesser nach vorgeschriebenen Abmessungen ausgeführt sein.

Für die Ausführung in Bezug auf die Form und Abmessungen sind vom Lieferanten Schablonen anzufertigen, welche, sofern sie den Zeichnungen entsprechen, bei der Abnahme benützt werden.

Für die Art der Materialerprobung, Haftung und der anderen Bestimmungen sind die „besonderen Bedingungen für die Lieferung von Achsen für Motor- und Beiwagen“ maßgebend.

Das Gewicht der Achse beträgt ungefähr 110 kg.

Die besonderen Bedingungen und Zeichnungen können in der Hauptwerkstätte Rudolfsheim der städtischen Straßenbahnen in Wien, XIV., Anshützgasse 15, eingesehen und auch zum Preise von 1 Krone daselbst bezogen werden.

Die Offerten haben ihre nach Tarif-Post 44 aa und 5 a, Punkt 4 stempelfreien Offerte in Form eines Geschäftsbriefes und in geschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Offerte auf 200 Stück Motorwagenachsen“ versehen, längstens bis 12. Oktober 1904, vormittags 12 Uhr, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen einzubringen. Dem Angebote darf ein Badium

nicht angeschlossen werden; es ist vielmehr daselbe und zwar im Betrage von 10 Prozent des Wertes der angebotenen Lieferung spätestens einen Tag vor dem Offertverhandlungs-Termin bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße Nr. 9 zu erlegen, und hat sich der Offertent über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen. Das Badium kann in barem, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in pupillar-sicheren inländischen Wertpapieren zum Nominalwerte erlegt werden.

Für Badium, welche dem Offerte angeschlossen werden, wird keine Haftung übernommen.

Im Offerte muß sich der Offertent ausdrücklich auf diese Kundmachung beziehen und die Erklärung abgeben, daß er die allgemeinen und besonderen Bedingungen eingesehen habe und sich denselben unterwirft. Weiters hat der Offertent im Angebote anzugeben, binnen welcher kürzesten Frist er liefern kann.

Denjenigen Offertenten, deren Angebote nicht angenommen werden, wird das Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Offertenten, aber auch die Ablehnung aller Angebote wie auch die Vergebung in Teilmengen vorbehalten.

Für den Streitfall werden die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung I., Neues Rathaus zuständig erklärt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 3. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

1—3

Z. 16912/17, 1.

Kundmachung.

(Auschreibung des Glasbedarfes der städtischen Straßenbahnen pro 1905.)

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bringt hiemit ihren voraussichtlichen Bedarf an Tafelglas und Glaswaren für die Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1905 zur Ausschreibung.

Die öffentliche schriftliche Offertverhandlung findet **Donnerstag den 13. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9 statt.

Zur Vergebung gelangen:

3000 m² Solinglas, beiläufig 31 mm stark;

220 „ Spiegelgußglas, 4 bis 5 mm stark, bis zu 1 m² Flächeninhalt;

50 „ Spiegelgußglas, 4 bis 5 mm stark, über 1 m² Flächeninhalt;

- 20 m² Spiegelgußglas, 6 bis 7 mm stark, bis zu 1 m² Flächeninhalt;
 350 „ Spiegelgußglas, 6 bis 7 mm stark, über 1 m² Flächeninhalt;
 750 Stück rote Signalgläser, freisrund geschnitten, 2 mm stark, 210 mm Durchmesser;
 150 „ rote Signalgläser, freisrund geschnitten, 2 mm stark, 230 mm Durchmesser;
 45 „ gelbe Signalgläser, freisrund geschnitten, 2 mm stark, 235 mm Durchmesser;
 750 „ Mattglas = Signalgläser, freisrund geschnitten, 2 mm stark, 210 mm Durchmesser;
 1500 „ Beinglas = Signalgläser, freisrund geschnitten, 2 mm stark, 210 mm Durchmesser;
 2000 „ Solingläser, freisrund geschnitten, 2 mm stark, 230 mm Durchmesser;
 1200 „ Solingläser, freisrund geschnitten, 2 mm stark, 251 mm Durchmesser;
 60 „ Spiegelgußglas, freisrund geschnitten, 7 mm stark, 184 mm Durchmesser, mit schräg abgeschliffenen Rändern;
 750 „ Lampenzylinder, 5“ lang;
 3000 „ Lampenzylinder, 8“ lang.

Nachstehende Bedingungen sind einzuhalten:

Die Tafelgläser sind nach den von der Direktion der städtischen Straßenbahnen bestimmten Größen, die Scheiben aus Tafel-, Matt- und Beinglas sind nur geschnitten — nicht geraucht — zu liefern.

Die Bestellungen erfolgen je nach Bedarf in Teilmengen. Dem Anbote sind Muster über die Tafelglasforten beizuschließen, widrigenfalls das Anbot unberücksichtigt bleibt.

Die Preise haben sich frei dem jeweilig von der Direktion bezeichneten Ablieferungsorte einschließlich Verpackung zu verstehen und erfolgt die Begleichung der Rechnung binnen 30 Tagen nach Legung, nach Abzug vom Kassa-Skonto, allenfalls drei Monate Ziel.

Die Direktion behält sich vor, die ausgeschriebene Menge allenfalls je nach Bedarf um 25 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen. Ferner behält sich die Direktion die vollständig freie Wahl unter den einzelnen Offerenten, die Vergebung in beliebigen Teilmengen, wie auch die Ablehnung aller Offerte vor.

Der Anbieter bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ so lange im Worte, bis er eine Verständigung über die Annahme oder Ablehnung seines Offertes erhält.

Die Anbote sind in Form eines nach L.-B. 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu Händen der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße Nr. 9 zu stellen.

Im Anbote muß sich der Offerent den gestellten Bedingungen vorbehaltlos unterwerfen.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle, welche als „Anbot für die Lieferung von Glas pro 1905“ zu bezeichnen sind, im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder bei der Offertverhandlung zu überreichen.

Die Offerte können auf das ganze ausgeschriebene Quantum oder auch bloß auf einen Teil desselben lauten.

Jeder Offerent hat vor Überreichung des Angebotes, also bis längstens 13. Oktober 1904, 1/2 10 Uhr vormittags, bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße Nr. 9, IV. Stiege, Erdgeschoß, ein Badium in der Höhe von 5 Prozent der Offertsumme zu erlegen und sich über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Denjenigen Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird dieses Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Das Badium des Erstherrn bleibt hingegen bis zum Ablauf des Vertrages als Pfand zur Sicherstellung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ erliegen.

Badium- oder Kautionsbeträge in barem werden nicht verzinst. Das Badium kann außer in barem auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagebüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen Sparkassa oder der Neuen Wiener Sparkassa bestehen. Der erfolgte Erlag des Badiums ist entweder im Offerte zu vermerken oder ist der betreffende Erlagschein der Offertverhandlungs-Kommission vorzuweisen. Offerte, welche nach Eröffnung der Offertverhandlung überreicht werden, bleiben unberücksichtigt.

Nähere Auskünfte erteilt die Lagerverwaltung XIV., Schwendergasse Nr. 5, woselbst auch sämtliche angeführten Glaswaren besichtigt werden können.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 22. September 1904.

3—3

Z. 17595, 32, 2.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Mit Gemeinderats-Beschluß vom 8. Juni 1904 wurde das Projekt für die Erbauung einer Wagenhalle, eines Verwaltungsgebäudes und Anbauten im Bahnhofe Breitensee der städtischen Straßenbahnen genehmigt.

Die nachstehenden, noch nicht vergebenen Arbeiten werden im Offertwege vergeben und findet zur Erlangung von Angeboten die öffentliche schriftliche Offertverhandlung am **Mittwoch den 12. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags**, im Sitzungsjaale der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangen:

Gruppe 14. Wasserleitungseinrichtung, Kostenvoranschlag: 14.800 K.

Gruppe 15. Elektrische Beleuchtungsanlage, Kostenvoranschlag: 7600 K.

Die einschlägigen Pläne, Kostenvoranschläge und Bedingungen liegen zur Einsicht bei der Bauleitung der städtischen Straßenbahnen, Abteilung für Hochbau, IV., Favoritenstraße 9 auf; ebendasselbst werden auch Auskünfte erteilt.

Die Offerenten haben ihre nach Tarifpost 44 aa und 6 a, Punkt 4 stempelfreien Offerte in Form eines Geschäftsbriefes und in geschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Offerte für den Bau einer Wagenhalle, eines Verwaltungsgebäudes und Anbauten im Bahnhofe Breitensee Gruppe . . .“ versehen, längstens bis Mittwoch den 12. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen einzubringen. Dem Anbote darf ein Badium nicht angeschlossen werden; es ist vielmehr das in den Bedingungen vorgeschriebene Badium spätestens einen Tag vor dem Offertverhandlungstermine bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9 zu erlegen und hat sich Offerent über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen. Das Badium kann in barem, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunalsparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in pupillarsicheren inländischen Wertpapieren zum Nominalwerte erlegt werden.

Für Badien, welche dem Offerte angeschlossen werden, wird keine Haftung übernommen.

Im Offert muß sich der Offerent ausdrücklich auf diese Kundmachung beziehen und die Erklärung abgeben, daß er die allgemeinen und besonderen Bedingungen eingesehen habe und sich denselben unterwirft.

Denjenigen Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird das Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Offerenten, aber auch die Ablehnung aller Anbote vorbehalten.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.
Wien, am 28. September 1904.

Der Direktor:
Spängler. 1—3

Kurrende

(für die Herren städtischen Ärzte für Armenbehandlung und Totenbesuch und die Herren Physikats-Assistenten II. Klasse).

Durch die Dienstesentsagung des städtischen Oberarztes im X. Bezirke, Dr. Ludwig We in h a r d t, welche mit Stadtrats-Beschluß vom 23. September 1904, Z. 12087, zur Kenntnis genommen wurde, ist im Status des Stadtphykates eine Oberarztsstelle in der VI. Rangklasse mit den systemmäßigen Bezügen erledigt worden.

Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche bis **längstens Samstag den 8. Oktober 1904, nachmittags 2 Uhr**, im Dienstwege einzubringen.

Auf verspätet einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 28. September 1904.

Der Abteilungsvorstand:
Sulka,
Magistratsrat. 1—1

M.-Abt. XV, Z. 7217 ex 1904.

Kurrende.

(Besetzung von Schuldiennerstellen.)

Im Stande der städtischen definitiven Schuldienner gelangen zur Besetzung:

1. Eine Stelle I. Bezugsklasse mit dem Grundgehälte von jährlich 1400 K, dem Quartiergehälte von 500 K jährlich (eventuell dem Genusse einer Dienstwohnung), dem Ansprüche auf die vorgeschriebene Dienstkleidung, das Stiefelpauschale von jährlich 16 K und die für die betreffende Schule bestimmten Zulagen.

2. Sieben (7) Stellen II. Bezugsklasse mit dem Grundgehälte von jährlich 1100 K, dem jährlichen Quartiergehälte von 450 K (eventuell dem Genusse einer Dienstwohnung), dem Ansprüche auf die vorgeschriebene Dienstkleidung, auf das Stiefelpauschale von 16 K jährlich und die für die betreffende Schule bestimmten Zulagen.

Bewerber um eine dieser erledigten Stellen haben ihre diesbezüglichen Gesuche mit dem Tauf- beziehungsweise Geburtscheine, dem Heimatscheine und den Nachweisen der Dienstzeit zu belegen und im Dienstwege durch die vorgeordnete Schulleitung **bis Samstag den 15. Oktober 1904** bei der Einreichsstelle der Magistrats-Abteilung XV zu überreichen.

Auf verspätet einlangende Gesuche, sowie auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Bemerkt wird, daß als maßgebende Verlautbarung dieser Ausschreibung die Kundmachung im Amtsblatte der Stadt Wien anzusehen ist.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 27. September 1904.

Der Abteilungsvorstand:
Harozny,
Magistratsrat. 1—3

Kundmachung.

(Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.)

Die Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien widmet im Sinne des § 2, lit. c der Statuten zur Ermöglichung des gemeinsamen Wohnens von verarmten Bürgerhepaaren außerhalb der Bürgerverjorgungsanstalt den Betrag von 4000 K. Hievon werden 20 Bürgerhepaare mit je 200 K beteiligt.

Die Verteilung des genannten Betrages erfolgt in zwei Zeitabschnitten, und zwar am 2. Dezember 1904 und am 1. Juli 1905 im Betrage von je 100 K.

Anspruch auf Beteiligung haben nur jene Mitglieder der Bürgervereinigung, welche dem Vereine bereits durch zwei Jahre angehören.

Gesuche um Zuwendung je eines Betrages von 200 K sind bei der Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, I., Lichtenfelsgasse 2, bis 1. November 1904 mit folgenden Beilagen einzubringen:

- a) Tauffchein und Trauungsschein des Bürgerehepaares;
- b) Mitgliederbuch der Bürgervereinigung;
- c) Mittellofigkeitszeugnis.

Wien, am 26. September 1904.

Der Schriftführer: **Franz Josef Schadel** m. p.
 Der Präsident: **Josef Schwarz** m. p.
 1—3

Z. 5397 ex 1904.
 XIII.

Kundmachung.

(Franz Xaver Muthsam'sche Stipendienstiftung.)

Aus dem Franz Xaver Muthsam'schen Stiftungsfonde gelangt vom Beginne des Studienjahres 1904/05 angefangen ein Stipendium jährlicher 540 K zur Verleihung.

Anspruch auf dieses Stipendium haben dürftige und sittsame Schüler an einer Mittelschule (Gymnasium oder Realschule), die im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Weinhaus geboren oder wohnhaft sind.

Der Bezug des Stipendiums dauert für die Zeit des öffentlichen Studiums an einer Mittelschule in Wien oder anderswo insolange, als sich der Stipendist jährlich zweimal mit einem Zeugnisse über seinen guten Studienfortgang ausweist.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, einem Armuts- oder Mittellofigkeitszeugnisse, sowie den letzten zwei Semestralstudienzeugnissen, eventuell den Zeugnissen über die mit gutem Erfolge absolvierte Volks- oder Bürgerschule belegten Gesuche bis längstens 31. Oktober 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistratsabteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutszeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. September 1904. 2—3

Z. 5071 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Polak-Parreyß'sche Stiftung.)

Am 12. Februar 1905 gelangen aus den Jahreseinnahmen des Stiftungshauses der Johanna Polak-Parreyß'schen Stiftung für Wiener Gewerbetreibende mehrere Stipendien zu je 200 beziehungsweise 400 K zur Verleihung.

Anspruch auf die Stipendien à 200 K haben in Wien wohnhafte unbescholtene Personen beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Konfession und Nationalität, welche früher in Wien ein Kleingewerbe selbständig betrieben haben, jedoch ohne ihr Verschulden verarmt sind und derzeit ein Kleingewerbe nicht selbständig betreiben.

Anspruch auf die Stipendien à 400 K haben in Wien wohnhafte unbescholtene Personen beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Konfession und Nationalität, welche zur Zeit der Bewerbung ein Kleingewerbe in Wien betreiben, sich jedoch ohne ihr Verschulden in einer bedrängten ökonomischen Lage befinden.

Ein Vorzugsrecht in beiden Kategorien kommt jenen anspruchsberechtigten Personen zu, welche eheliche Kinder unter 14 Jahren zu erhalten haben.

Bewerber um obige Stipendien haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburts)schein, den Trauungsschein und die Tauf(Geburts)zettel der Kinder, ferner den Gewerbeschein, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer oder den Ratschlag über die erfolgte Gewerbezurücklegung, den Heimatschein, ein von der k. k. Polizei-Direktion in Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis und ein legales Armutszeugnis, Witwen aber noch außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 16. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistratsabteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Wiener Magistrate,

am 22. September 1904. 3—3

Baukauttionen

Vadien

bestellt zu kulantem Bedingungen

4-16

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

Zur kulantem Besorgung
 aller im

Kursblatte
 notierten

Effekten und Valuten
 bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,

Stephansplatz
 Nr. 11

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 81.

Freitag den 7. Oktober 1904.

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.
Für den Buchhandel in Kommission bei **W. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50.** — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Nachnahme bei Haase & Vogler (Otto Maack), I., Walfischgasse 10.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 11. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.

Mittwoch den 12. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.

Freitag den 14. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **21. September 1904.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Bielowlawek, Dr. Krenn,
Braun, Oppenberger,
Brauneiß, Kauer,
Dr. Deutschmann, Rissaweg,
Gräf Ferdinand, Schreiner,
Grünbeck Sebastian, Straßer,
Gottbauer, Weitmann,
Hözl, Dr. Wesselsky,
Hörmann, Wessely,
Hraba,

Beurlaubt: St.-R. Büsch, Tomola, Zalka.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär Künz L.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

1. Der österreichische Orientverein I., Dorotheergasse 12, ladet die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates zu dem am 22. September

1904, 1/8 Uhr abends, im Festsaale des Hauses der Kaufmannschaft I., Schwarzenbergplatz 7, stattfindenden dritten Vortragsabend ein.

(Zur Kenntnis.)

2. Antrag des **St.-R. Gottbauer:**

Der Magistrat wird beauftragt, über die Auflassung des städtischen Bades nächst der Kronprinz-Rudolfsbrücke und über die anderweitige Verwertung desselben zu berichten.

(Wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

(11861.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über den vom Bildhauer Edmund v. Hofmann vorgelegten Denkmal-Entwurf für das Ehrengrab des Historienmalers Julius B. Berger auf dem Central-Friedhofe und beantragt, den vorgelegten Entwurf unter der Bedingung zu genehmigen, daß die angegebenen größten Ausmaße des Denkmals mit 1.46 m × 0.78 m im Grundrisse und mit 3 m in der Höhe nicht überschritten werden dürfen, daß die Inangriffnahme der Aufstellungsarbeiten rechtzeitig vorher bei der Friedhofsverwaltung anzuzeigen ist und daß mindestens acht Tage früher für die Herstellung der Untermauerung im Ausmaße von 1.46 m × 0.78 m mit zehn Ziegelscharen der Betrag von 49 K 25 h an der Kassa des Central-Friedhofes zu erlegen ist, ferner zur Kenntnis zu nehmen, daß die Grabchrift nebst dem Namen des Verstorbenen das Wort „Historienmaler“ und die Geburts- sowie die Sterbedaten des Künstlers enthält.

(Angenommen.)

(11795.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des Bildhauers Georg Leisek um eine Aufzahlung von 600 K für die Herstellung von neun Porträtköpfen für die Fassade der Versorgungsheimkirche und beantragt, das Ansuchen gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen.

(Angenommen.)

(11866.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen der Firma Sans & Peschka um Preiserhöhung einiger Verbandmittel

und Verbandstoffe, welche diese Firma als städtische Kontrahentin für die offene und geschlossene Armenpflege zu liefern hat, und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(11776.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Magistratsbericht, betreffend die eventuelle Teilnahme der Gemeinde Wien an dem im Oktober 1904 in Paris stattfindenden Ersten internationalen Kongress für Assanierung und Hygiene der Wohnungen, und beantragt, von einer Teilnahme der Gemeinde Wien an diesem Kongress abzusehen.

(Angenommen.)

(11827.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Bericht der Forstverwaltung des Fondgutes Ebersdorf a. d. Donau zu Mannswörth, betreffend die Neuverpachtung derjenigen Grundstücke, bezüglich deren die Pachtbauer mit 31. Oktober 1904 endet, und beantragt:

1. Die im vorgelegten Verzeichnisse B zu den Berichten der Forstverwaltung Mannswörth vom 8. und 26. August 1904, Z. 217 und 226 ersichtlichen Grundstücke, mit Ausnahme der Posten Nr. 17, 20, 23, 24, 26, 30, 30 a, 34, 35 a und 39, sind ab 1. November 1904 bis 31. Oktober 1910 an die unterfertigten Parteien um die im genannten Verzeichnisse ersichtlichen Pachtzinsen und zu den bisherigen speziellen Bedingungen — soweit selbe aber nicht bestehen — zu den allgemeinen Bestandsbedingungen aus freier Hand zu verpachten.

Der sub Post Nr. 37 der Verzeichnisse A und B ersichtliche Thurnmühlacker ist an den derzeitigen Pächter Josef Rohböck nur dann aus freier Hand wieder zu verpachten, wenn die Partei das Pachtobjekt ohne Bedingung, beziehungsweise Vorbehalt bezüglich der Zufahrtsrampe zu pachten sich entschließt. Im gegenteiligen Falle ist der Acker ebenfalls im öffentlichen Versteigerungswege zu verpachten.

2. Die in den Verzeichnissen C und D ersichtlichen Grundstücke, und zwar Post Nr. 17, 20, 23, 24, 26, 30, 30 a, 34, 35 a und 39, sind ab 1. November 1904 bis 31. Oktober 1910 im öffentlichen Versteigerungswege unter gleichzeitiger Genehmigung der Ausrufspreise zu verpachten.

3. Dem Ansuchen des Johann Urban, Pächters der Abteilungen XI und XII Fuchsboden, um einverständliche Lösung des Pachtverhältnisses ab 1. November 1904 wird stattgegeben. Diese Grundstücke sind gleichfalls (vide Punkt 2 des Antrages) im öffentlichen Versteigerungswege ab 1. November 1904 bis 31. Oktober 1910 zu verpachten.

(Angenommen.)

(11862.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die von Klara Müller vorgelegte Denkmalskizze für das Ehrengrab des verstorbenen Komponisten Adolf Müller sen. auf dem Zentral-Friedhofe und beantragt, die vorgelegte Skizze unter der Bedingung zu genehmigen, daß die angegebenen größten Ausmaße des Denkmals, und zwar 1.15×0.60 m im Grundrisse und 2.83 m in der Höhe, nicht überschritten werden dürfen, daß mindestens acht Tage vor der beabsichtigten Aufstellung des Denkmals für die Untermuerung desselben mit acht Ziegelscharen im Ausmaße von $1.15 \text{ m} \times 0.60 \text{ m}$ der Betrag von 25 K 40 h an der Kassa des Zentral-Friedhofes zu erlegen ist, ferner den Wortlaut des Textes der auf dem Denkmale anzubringenden Inschrift zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(11799.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Julius Kaposi um Baubewilligung für ein Wohn- und Geschäftshaus auf der Baustelle III, Einl.-Z. 1777, IX. Bezirk (Alferbachstraße, Ecke der Elisabethpromenade) und beantragt:

1. Der zur Herstellung der Abrundung an der Ecke erforderliche Straßengrundteil im Ausmaße von 5.74 m^2 wird um den dem Ankaufspreise der Baustelle von 160 K per Quadratmeter entsprechenden

Betrag von 918 K 40 h überlassen, wobei der Bauwerber die Kosten der grundbücherlichen Durchführung zu tragen hat.

2. Die Zustimmung zur Herstellung der drei Erker mit einer Ausladefläche von 10.08 m^2 wird unter der Bedingung erteilt, daß für deren Ausladefläche von 10.08 m^2 eine dem gleichen Einheitspreise per Quadratmeter entsprechende Entschädigung von zusammen 1612 K 80 h vor Ausfertigung der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa zu den eigenen Geldern erlegt werde.

Von einer Entschädigung für die geplanten offenen Balkone wird wie immer üblich abgesehen.

3. Die Baubewilligung für den Neubau wird gemäß §§ 97 und 105 B.-D. bestätigt.

(Angenommen.)

(11472.) St.-R. Gsottbauer referiert über den Rekurs des Anton Pirstner wider die mit dem Bezirksamts-Dekrete vom 19. August 1904 erfolgte Abweisung seines Ansuchens um Aufstellung eines Kastanienbratofens Ecke der Alferstraße und Spitalgasse, IX. Bezirk, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(11800.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Wilhelm Flor um Bewilligung zur Herstellung eines Tonrohrkanales im Straßengrunde der Pfeilgasse für das Haus Konfr.-Nr. 96 Pfeilgasse, VIII. Bezirk, mit der Einmündung in den Hauptkanal in der Blindengasse und beantragt die Gesuchgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages, sowie gegen grundbücherliche Einverleibung der Verpflichtung zur Einmündung des Hauskanales in den künftigen Hauptunratskanal in der Pfeilgasse.

(Angenommen.)

(11647.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Telegraphisten II. Klasse der städtischen Feuerwehr Georg Klein um Anrechnung der Druckmanndienstzeit und beantragt, dem Gesuchsteller unter teilweiser Anrechnung seiner Dienstzeit als Druckmann den Bezug des normalmäßigen Quartiergeldes von jährlich 300 K vom 1. August 1904 quadenweise zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11867.) St.-R. Gsottbauer referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 6. September 1904, Z. VI-4859, betreffend den vom Niederösterreichischen Landesauschuß beabsichtigten Aufbau auf dem sogenannten Kinderanstaltstrakt der Niederösterreichischen Landes-Kindelanstalt VIII., Alferstraße 23, und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, bei dem am 23. September 1904 stattfindenden Lokalaugenschein die Zustimmung der Gemeinde zur Durchführung zum Ausdruck zu bringen, jedoch auf der Ausstellung eines Demolierungsreverses zu bestehen.

(Angenommen.)

(11703.) St.-R. Oppenberger referiert über die Verlegung von Parallelwegen in km $1\frac{5}{6}$ und $1\frac{1}{2}$ 1 der Nordwestbahn im XX. Bezirke anlässlich der Herstellung eines zweiten Geleises und beantragt:

Es wären die Vertreter der Gemeinde Wien bei der politischen Begehung, betreffend die Verlegung von Parallelwegen längs der Nordwestbahn zur Abgabe folgender nach Bedarf zu ergänzenden Erklärung zu ermächtigen:

Die Gemeinde Wien stimmt dem Projekte für die Verlegung der Parallelwege in km $1\frac{5}{6}$ und $1\frac{1}{2}$ 1 der Nordwestbahn unter der Bedingung zu, daß die neuen Parallelwege in gleicher Weise hergestellt werden, wie die an diesen Stellen derzeit bestehenden Parallelwege und daß die für die Verbreiterung der bestehenden Parallelwege zur Einlösung gelangenden Privatgrundflächen in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen werden.

Was die Enteignung eines Teiles der Parz. 3705/2 betrifft, so verweigert die Gemeinde Wien die Zustimmung zu dieser Enteignung weil diese Parzelle sich im Verzeichnisse über öffentliches Gut befindet, und als solche ohneweiters dem öffentlichen Verkehre gewidmet werden kann, eine Enteignung demnach nicht erforderlich ist.

(Angenommen.)

(11982.) **St.-R. Rissaweg** referiert über die Herstellung einer Einfriedung des Rohrdepots am Laaerberg, X. Bezirk, und beantragt:

1. Die mit 15.800 K bezifferten Kosten für die bereits genehmigte Einfriedung des städtischen Rohrdepots am Laaerberge im X. Bezirke an der Gudrunstraße und der Leimädergasse mit einem Eisengitter auf gemauertem Sockel werden bewilligt und wird zur Ausgabe-Kubrit XXVI 1 o ein Zuschußkredit in der Höhe dieses Erfordernisses genehmigt.

2. Für die Herstellung des Gitters wird, falls sich bei der Bau-Kommission keine Anstände ergeben, der Baukonsens erteilt.

3. Die Lieferung des Eisengitters wird im Wege einer allgemeinen, öffentlichen, schriftlichen Offertverhandlung auf Grund der vom Stadtbauamte verfaßten Bedingungen vergeben.

(Angenommen; punkto Zuschußkredit an den Gemeinderat.)

(11775.) **St.-R. Rissaweg** referiert über die Vermehrung des Standes der Sanitätspferde, sowie den Verkauf von Ausmusterern und Ankauf von Ersatz- und Reservepferden und beantragt:

1. Der Ankauf der noch fehlenden 3 Ersatz- und 4 Reservepferde für die städtischen Sanitätsstationen hat gleichzeitig mit den für die zu aktivierende Sanitätsstation XVII erforderlichen 14 Pferden und zwar in der zweiten Hälfte des Monats Oktober 1904 durch die Pferdeankauf-Kommission zu erfolgen.

2. Die mit Stadtrats-Beschluß vom 7. d. M. genehmigte Lizitation hat sich auf sämtliche Ausmusterer zu erstrecken.

3. Der Magistrat wird ermächtigt, bis zur Ergänzung des Pferdebestandes der Sanitätsstationen ein zweites, eventuell drittes Pferdepaar im Mietwege durch den Kontrahenten für die Sanitätsstation XX beistellen zu lassen.

4. Behufs Bedeckung der Mehrauslagen von 11.000 K wird ein Zuschußkredit zur Ausgabe-Kubrit XXXII 12 genehmigt.

(Angenommen.)

(11839.) **St.-R. Schreiner** referiert über die Lieferung von Mühl für die Betriebszwecke der städtischen Straßenbahnen für das Jahr 1905 und beantragt, zu genehmigen, daß das bisher mit der Firma Felten, Kohl & Komp. in Wien geschlossene Übereinkommen auf Lieferung dieses Mühl unter den bisherigen Bedingungen auf das Jahr 1905 ausgedehnt werde.

(Angenommen.)

(11944.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen des Niederösterreichischen Landes-Ausschusses um Überlassung von Pflanzen zur Ausschmückung des Festplatzes anlässlich der am 27. September 1904 stattfindenden feierlichen Grundsteinlegung für den Bau der neuen Wiener Irrenanstalt, und beantragt, dieses Ansuchen unter der Bedingung zu genehmigen, daß die auflaufenden Kosten vom Niederösterreichischen Landes-Ausschuß getragen werden.

(Angenommen.)

(11838.) **St.-R. Schreiner** referiert über die Verschiebung der Straßenregulierungsarbeiten in der Schönbrunnerstraße bei der ehemaligen Hundstürmerlinie für das Jahr 1905 und beantragt:

1. Die Regulierung der Schönbrunnerstraße bei der ehemaligen Hundstürmerlinie inklusive der Geleisenlegung wird erst im Jahre 1905 ausgeführt. Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird

beauftragt, für die Bedeckung der Kosten dieser Geleisenlegung im Hauptvoranschlage für das Jahr 1905 Vorsorge zu treffen.

2. Die Auswechslung der Geleise in der Gudrunstraße zwischen Karmarschgasse und Bahnhof Favoriten wird mit einem Kostenaufwande von 38.452 K genehmigt und sind diese Kosten aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen für das Jahr 1904 aufzubringen.

3. Die Arbeiten sind von der Direktion der städtischen Straßenbahnen in eigener Regie durchzuführen.

(Angenommen.)

(11803.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen der Karoline Häring um eine Straßenbahn-Freikarte für ihre blinde Tochter und beantragt:

Der Stadtrat wolle genehmigen, daß der Karoline Häring, Frequentantin der Privat-Lehrerinnen-Bildungsanstalt der Schwestern vom armen Kinde Jesu, Wien, XIX., Döblinger Hauptstraße 83, für sich und eine Begleitperson eine Freikarte zur Benützung der städtischen Straßenbahnstrecke Ottakringerstraße—Döblinger Hauptstraße auf die Dauer des Schuljahres 1904/05 ausgestellt werde.

(Angenommen.)

(11879.) **St.-R. Schreiner** referiert über zwei Gesuche von Parteien des XV. Bezirkes um Nachsicht der Hundsteuer für das Jahr 1904 und beantragt die Genehmigung im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XV. Bezirk.

(Angenommen.)

(11805.) **St.-R. Braun** referiert über die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Erweiterung des Wagenaufstellungsplatzes beim Zentral-Friedhofe und beantragt, zu genehmigen, daß die anlässlich der Vergrößerung des Wagenaufstellungsplatzes beim Zentral-Friedhofe notwendigen Arbeiten und Lieferungen an Theodor Fiala auf Grund des Offertes vom 31. August 1904 und des Protokolles vom 5. September 1904 vergeben werde.

(Angenommen.)

(11875.) **St.-R. Braun** referiert über die Verlegung, beziehungsweise Neuaufstellung von Verkaufshütten gegenüber dem Haupttore des Zentral-Friedhofes und beantragt:

Es sei zu genehmigen, daß die zwölf hölzernen, transportablen Verkaufshütten, deren bisheriger Standort auf straßenärarischem Grunde gegenüber dem Haupttore des Zentral-Friedhofes im Hinblick auf die Vorkehrungen zur Regelung des Verkehrs zu Allerheiligen verlegt werden muß, in der Ecke des neuen städtischen Wagenaufstellungsplatzes, und zwar in einer Länge von je 15 m neben dem Gehwege entlang der Simmeringer Hauptstraße und neben dem zum Neugebäude führenden Feldwege in der im bezüglichen Lokalaugenscheins-Protokolle vom 9. d. M. angegebenen Reihenfolge auf unbestimmte Zeit gegen Entrichtung eines Platzzinses von je 50 K und unter der weiteren Bedingung zur Aufstellung gelangen dürfen, daß diese Hütten, deren Frontlänge für jede einzelne höchstens 2 m betragen darf, von den Eigentümern derselben auf jedesmaliges Verlangen der Gemeinde auf eigene Kosten ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung entfernt werden.

(Angenommen.)

(11764.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Josef Schmelzer um neuerliche Verpachtung der städtischen Kat.-Parz. 1836 und 1980 im XI. Bezirke (Meichelstraße) und beantragt, die bestandsweise Überlassung der im beiliegenden Situationsplane rot lasierten Teilstücke der städtischen Kat.-Parz. 1836 und 1980 in Simmering im Gesamtmaß von 26.36 m² um den bisherigen Jahrespachtzins von 15 K 82 h (gleich 60 h per Quadratmeter) unter den allgemeinen Bestandsbedingungen zu gärtnerischen Zwecken an Josef Schmelzer auf weitere sechs Jahre vom 16. November 1904 angefangen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11992.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Totengräbers Karl Bauer um käufliche Überlassung von alten Dippelbäumen und beantragt, dem Karl Bauer, Totengräber am Neustifter Friedhofe, zirka 20 Stück daselbst lagernde, alte, zum Teil angefaulte Dippelbäume, welche von Rekonstruktionsarbeiten an der Totenkammer dieses Friedhofes herrühren, um den Betrag von 10 K käuflich zu überlassen.

Dieser Betrag ist von Bauer sofort nach Verständigung von der Annahme seines Angebotes bei der städtischen Hauptkassen-Abteilung für den XVIII. Bezirk einzubezahlen. (Angenommen.)

(11825.) St.-R. Hölzl referiert über das Anerbieten des Johann Brunner zur käuflichen Erwerbung eines Teiles der städtischen Realität Kat.-Parz. 665/4, Einl.-Z. 848 und Kat.-Parz. 963 Grundbuch Ober-Döbling (Ecke der verlängerten Arbesbachstraße und Leibesdorfgasse) per 282.46 m² um 10.000 K und beantragt, das Offert wegen zu geringen Angebotes im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen. (Angenommen.)

(11831.) St.-R. Hölzl referiert über die Abänderung der Baulinie für die Ecke der Sieveringerstraße und Grinzinger-Allee und beantragt:

Damit der eingewölbte Erbsenbach in der Sieveringerstraße an der Ecke der Grinzinger-Allee nicht unterhalb des künftig anzulegenden 5 m tiefen Vorgartens fällt, wird die Baulinie für die Ecke an der Abzweigung der Sieveringerstraße von der Grinzinger-Allee nach der im Plane St.-B.-Z. 1404/XIII ex 1904 rot gezogenen und schraffierten Linie a b c d e f g abgeändert.

Der Vorgarten längs der Linie b c d e f ist mit einer Tiefe von mindestens 4 m anzulegen. (Angenommen.)

(11794.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen der Marie Schindler um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe XI, Reihe 5, Nummer 6, im Grinzinger Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(11864.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen der Katharina Schögl um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe V, Reihe 4, Nummer 10, im Grinzinger Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(11994.) St.-R. Hölzl referiert über den Magistratsbericht, betreffend die offizielle Bezeichnung des neuen städtischen Waisenhauses auf der Hohen Warte im XIX. Bezirke, und beantragt, die offizielle Bezeichnung dieses Waisenhauses folgendermaßen festzustellen: „Gräfin Franziska Andrasch'sches christliches Mädchen-Waisenhaus“, darunter: („I. städtisches Waisenhaus“). (Angenommen.)

(11978.) St.-R. Hölzl referiert über die Überwinterung des städtischen Kahlenbergerdorfer Floßbades im Kuchelauer Hafen und beantragt:

1. Von der Abtragung des Floßbades nächst Kahlenbergerdorf wird auch im heurigen Herbst abgesehen und die Überwinterung in km 8 des Kuchelauer Hafens, diesmal unter Belassung des Oberbaues in der vom Stadtbauamte beantragten Art und unter Annahme der seitens der Donauregulierungs-Kommission und der k. k. Donaumkanal-Inspektion in den Augenscheins-Protokollen vom 7. September 1904, beziehungsweise vom 2. November 1903 gestellten Bedingungen genehmigt.

2. Mit der permanenten Überwachung dieses Bades wird der bisherige Bademeister Leopold Lenz gegen einen Taglohn von 3 K und ein Heizpauschale von monatlich 12 K, letzteres für die Zeit vom

15. Oktober 1904 bis 15. April 1905, gegen jederzeitige achttägige Kündigung betraut.

3. Die Gesamtkosten per 1800 K (auf Ausgabe-Rubrik XXXIV 6 bedeckt) werden genehmigt. (Angenommen.)

(11767.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über zehn Gesuche von Parteien des XVI. Bezirkes um Nachsicht beziehungsweise Herabsetzung der Hundesteuer für das Jahr 1903 beziehungsweise 1904 und beantragt die Genehmigung im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk. (Angenommen.)

(11766.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ansuchen des Johann und der Marie Bauer um Bestimmung der Schadloshaltung für den vom Hause Dr.-Nr. 9 Wurlitzergasse im XVI. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 60.38 m² und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Bezirksamts-Antrages mit 22 K per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(11971.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ansuchen der Verwaltung des k. k. Wilhelminenspitals um Ermäßigung der für den Wassermehrverbrauch im IV. Quartal 1903 sowie im I. Quartal 1904 vorgeschriebenen Gebühr per 996 K 24 h und beantragt die Ermäßigung der Gebühr auf den Betrag von 622 K 65 h gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(11966.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Neubau des Hauptunratskanales in der Seeböckgasse von Dr.-Nr. 41 bis zur Heigerleinstraße und in der Heigerleinstraße von Dr.-Nr. 42 bis 44 im XVI. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 5212 K 11 h, und beantragt, das Offert des C. Spitzer (6 Prozent Aufzahlung) zu genehmigen. (Angenommen.)

(11958.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung, betreffend die Vergebung der Erd- und Pflasterarbeiten für die Neupflasterung des inneren Lerchensfeldergürtels von der Lerchensfeldstraße bis zur Bernadgasse im XVI. Bezirke, und beantragt, diese Arbeiten an Alois Firnstein gegen eine Aufzahlung von 5 Prozent auf die Kostenanschlagspreise zu vergeben. (Angenommen.)

(11954.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über Straßenarbeiten anlässlich der Vollendung des Schulbaues in der Wilhelminenstrasse im XVI. Bezirke und beantragt:

Der Stadtrat wolle den für die notwendigen Straßenarbeiten anlässlich der Vollendung des Schulbaues in der Wilhelminenstrasse im XVI. Bezirke vom Stadtbauamte beanspruchten Kredit von 3000 K gegen nachträgliche Detailverrechnung genehmigen und behufs Bedeckung des im Präliminare nicht voll bedeckten Betrages einen Zuschußkredit per 2025 K zur Rubrik XXII 1 d beim Gemeinderate erwirken. (Angenommen.)

(11964.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Entziehung der dem Josef Daniel übertragenen Kanalbauten in der Hormayr-, Antoni- und Schumanngasse im XVII. Bezirke und beantragt:

Die Gemeinde Wien geht von dem mit dem Maurermeister Josef Daniel zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 24. März 1904, Z. 3744, abgeschlossenen Vertrage, betreffend die Übernahme der Erd- und Baumeisterarbeiten samt Lieferung der hydraulischen Bindemittel für die Kanalumbauten in der Hormayr-, Antoni- und Schumanngasse im XVII. Bezirke, insoweit diese Arbeiten und Lieferungen noch nicht durchgeführt sind, im Sinne des § 25, Alinea 4, I. Abschnitt der

Vertragsbedingungen ab und überträgt diese Arbeiten und Lieferungen der Bauunternehmung **E. Spitzer, I.**, Getreidemarkt 16, nach ihrem diesbezüglichen Offerte vom 15. September 1904 gegen einen Nachlaß von 14 Prozent von den Kostenanschlagspreisen.

(Angenommen.)

(11738.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ergebnis der von der Bezirksvertretung des XVII. Bezirkes am 4. Juni 1904 vorgenommenen Wahl von Armenräten.

Gewählt wurden für die Funktionsperiode bis Ende 1907:

Josef Baumann, Gastwirt;

Robert Rieß, Selchwaren-Verschleißer.

Referent beantragt, die Wahlen zu bestätigen.

(Angenommen.)

(11768.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ansuchen des **Josef Zauner**, Pächters der der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft gehörigen Parzellen 446/1 und 446/2, Einl.-Z. 1395 in Hernals, XVII., Schumanngasse, Ecke der Rosensteingasse, um Bewilligung, an das auf dieser Realität stehende Wächterhaus einen ungefähr 11·54 m langen und 4·82 m breiten Kiegelwandbau (für Kanäle) anbauen zu dürfen und beantragt, dem Gesuchsteller im Sinne des § 86 B.-O. die Bauerleichterung bezüglich der Anwendung von Kiegelwänden zuzugestehen. (Angenommen.)

(11934.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ansuchen des Komitees der II. Gewerbe-Ausstellung christlicher Gewerbetreibender in Hernals um Bewilligung einer Subvention für die am 11. bis 26. September 1904 stattfindende Ausstellung und beantragt, die Bewilligung einer Subvention von 600 K und Verweisung dieser Auslage auf den Reservefond.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12000.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ansuchen des **Bernhard Mandelbaum** um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität Einl.-Z. 283 Hernals, XVII. Bezirk, Dr.-Nr. 6 Telemangasse und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 2·47 m² den Betrag von 100 K per Quadratmeter, d. i. zusammen den Betrag von 247 K vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegt.

(Angenommen.)

(11989.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen der **Marie Weber** um Bestimmung der Schadloshaltung für den abzutretenden Straßengrund, Bewilligung zur Herstellung von Erkern und Genehmigung eines Hofausmaßes unter 15 Prozent beim Neubau VII., Neubangasse 13, und beantragt, der Partei unbeschadet einer etwa notwendig werdenden gerichtlichen Bestimmung, als Schadloshaltung den Betrag von rund 22.000 K nebst unentgeltlicher Zugestehung von Erkern im Ausmaße von 540 m² zu bieten, und zwar unter der Bedingung, daß seitens der Partei nicht nur die unter der Straße befindlichen Keller auf eigene Kosten derselben zugeschnitten und daß die Partei ausdrücklich auf jede Entschädigung für die Auflassung der Keller verzichtet. Das angesuchte Hofausmaß von 14·04 Prozent wäre zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11480.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Kaufoffert des **Gustav Chwalla** auf einen Teil der Kat.-Parz. 1632 im V. Bezirke, Schönbrunnerstraße und beantragt:

1. Die für die Liegenschaft Einl.-Z. 493 Grundbuch Margareten dormalen nach der Linie a' b' genehmigte Baulinie wird nach der Linie a b abgeändert und die Baulinie b b' neu bestimmt.

2. Die Gemeinde Wien verkauft an **Gustav Chwalla** behufs Einbeziehung zu der Liegenschaft V., Schönbrunnerstraße 80, Einl.-Z. 493 Grundbuch Margareten einen Teil der im Verzeichnisse für das öffentliche Gut inne liegenden Kat.-Parz. 1632 V. Bezirk, Figur b c c' d e b per zirka 80·50 m² um den Pauschalbetrag von 22.000 K im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11837.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Veräußerung von Altmaterialien und beantragt:

1. Die mit der Offertverhandlung vom 5. September 1904 zur Ausschreibung gelangten Altmaterialien werden auf Grund der eingelangten Offert vergeben wie folgt:

An **S. Schwarz**, XVI., Yppenplatz 3:

10.000 kg Haltestellentafeln zum Preise von 7 K 50 h per 100 kg.

300 kg Bröckeleisen zum Preise von 5 K 30 h per 100 kg.

3.000 kg Eisenblech zum Preise von 4 K 5 h per 100 kg.

8.000 kg Bröckeleisen zum Preise von 5 K 36 h per 100 kg.

10.000 kg Eisenblech zum Preise von 4 K 7 h per 100 kg.

An **B. Weininger & Sohn**, XX., Kaiserplatz 10:

30.000 kg Schienenabfälle zu 5 K 41 h per 100 kg.

An **L. Schröder**, II., Marinelligasse 7:

200.000 kg Kilianschienen mit 5 K 57 h per 100 kg.

An **J. Bruckner & Söhne**, II., Novaragasse 42:

400.000 kg Kilianschienen mit 6 K 26 h per 100 kg.

400.000 kg Kilianschienen mit 5 K 72 h per 100 kg.

2. Die Angebote auf Krätze werden als zu niedrig abgelehnt.

(Angenommen.)

(12024.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ansuchen des Komitees der II. Gewerbe-Ausstellung christlicher Gewerbetreibender in Hernals um Genehmigung der Affizierung der bezüglichen Plakate in den nach Hernals verkehrenden Wagen der städtischen Straßenbahnen und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(11938.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des Gem.-Rates **Leopold Seiler** um Überlassung von Klischees mit Ansichten von Wien für den von der „Hamburg—American-Line“ herausgegebenen „Guide Thrauph Europe“ und beantragt, die Anschaffung einiger Messingprägungen mit Klischees der Ansichten von Wien im Kostenbetrage von 100 K zu genehmigen und dieselben dem Gem.-Rate **Leopold Seiler** für den angegebenen Zweck unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. (Angenommen.)

(11908.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Verabreichung von Tee, heißen Würsteln zc. an die Pflinglinge des Wiener Versorgungsheims und beantragt, die Verwaltung des Versorgungsheims zu ermächtigen, den Pflinglingen abends Tee, heiße Würsteln, Würstwaren, Käse zc. zum Einkaufspreise abzugeben und den Magistrat zu ermächtigen, diese Einrichtung, falls sie sich bewährt, auch in den andern Versorgungshäusern einzuführen, wenn sich ein Bedürfnis darnach geltend macht. (Angenommen.)

(11907.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Verwertung des Skartpapieres im städtischen Versorgungshause in Mauerbach und beantragt, die im städtischen Versorgungshause zu Mauerbach startierten Akten, Bücher zc. um den Preis von 2 K 60 h per 100 kg der Firma **Rupert Scheußler**, XII., Raschklygasse 16, zu überlassen. (Angenommen.)

(11943.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über den Fällungsantrag des **k. k. Forstmeisters Ferdinand Söllner**, betreffend den

Bürgerhospital, Wurzbach-, Notwasser- und St. Marzer Wald und beantragt, den Fällungs-Antrag des k. k. Forstmeisters Ferdinand Söllner pro 1905 zu genehmigen. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten.

(11797.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Besetzung von Stellen im Status der Ärzte in den Humanitätsanstalten und beantragt:

1. Zu Sekundärärzten II. Klasse mit den Bezügen der VII. Rangklasse werden ernannt: Dr. Franz Ritter des Loges, Dr. Josef Kowarschik und Dr. Franz Kus. Die Ernennung erfolgt nur provisorisch und findet die definitive Anstellung nach einer einjährigen zufriedenstellenden Dienstleistung statt.

2. Zu Primärärzten I. Klasse mit den Bezügen der IV. Rangklasse rücken vor die Primärärzte II. Klasse Dr. Belf (Ybbs) und Dr. Moritz (Versorgungsheim); der Primärarzt von Liesing, Doktor Möller rückt ad personam in die IV. Rangklasse vor, derselbe hat außer dem Gehalte der IV. Rangklasse eine Ergänzungszulage von 600 K zu beziehen, welche nach Maßgabe der Vorrückung in höhere Bezüge einzustellen wäre.

3. Zum Primärarzte II. Klasse mit den Bezügen der V. Rangklasse rückt vor der Sekundärarzt I. Klasse Dr. Zaffron (Versorgungsheim).

4. Zu Sekundärärzten I. Klasse mit den Bezügen der VI. Rangklasse rücken vor die Sekundärärzte II. Klasse Dr. Binder, Doktor Zeller Eder v. Zellenberg, Dr. Siding (Versorgungsheim) und Dr. Piringer (Ybbs).

(Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(11622.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Besetzung von Stellen im Status des Stadtphysikates.

Es wird bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten beschlossen, zu ernennen:

Zum städtischen Oberarzte in der VI. Rangklasse Dr. Lothar Förster.

Zu provisorischen Ärzten in der VII. Rangklasse für Armenbehandlung und Totenbeschau für die Dauer eines Jahres: Doktor Albert Preis, Dr. Anton Ferzabek, Dr. Karl Engel, Doktor Friedrich Eder v. Gecz.

(11947.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Vergebung von Bildhauerarbeiten für die architektonische Ausgestaltung der Wienflußregulierung und beantragt:

1. Die figurativen Bildhauerarbeiten (Post 1 und 2 des Kostenschlages) werden dem Bildhauer Franz Klug zu dem offerierten Gesamtpreise von 8850 K übertragen.

2. Die ornamentalen Bildhauerarbeiten (Post 3 bis 8 des Kostenschlages) werden dem Bildhauer Heinrich Hausleitner um den offerierten Betrag von 3690 K übertragen. (Angenommen.)

(11937.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über das Ansuchen der Wiener Singakademie um Überlassung des Sitzungs-saales im alten Rathause und beantragt, die Überlassung des Sitzungs-saales im alten Rathause an jedem Freitage in der Zeit vom 1. Oktober 1904 bis 15. Mai 1905 von 1/2 7 Uhr bis 9 Uhr abends gegen Entrichtung eines Jahrespanschaales von 600 K für Reinigung, Beheizung und Beleuchtung und unter der Voraussetzung, daß der Saal nicht für Amtszwecke benötigt wird.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11952.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über die Sicherstellung des Kabelfuhrwerkes zur Schneefuhr im I. Bezirke für den

Winter 1904/05 und beantragt, die Sicherstellung des Kabelfuhrwerkes im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung auf Grund der beigeflossenen, neu redigierten Bedingungen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11972.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über das Ansuchen der Administrations-Kommission der k. und k. Kriegsgebäude um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause Dr.-Nr. 14 Am Hof, I. Bezirk, im III. und IV. Quartal 1903 vorgeschriebene Gebühr pr 232 K 4 h und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(11942.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über das Anerbieten der Marie Marek zur käuflichen Überlassung des Hauses I., Tiefer Graben 20, und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen.

(Angenommen.)

(11900.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über Renovierungsarbeiten im Bürgerhospitalfondshause I., Gonzagagasse 7 und beantragt:

Die mit 3922 K 92 h veranschlagten Kosten der Renovierung der Gassenfassade und der Lichthöfe sowie der Instandsetzung der Gesimsabdeckungen des Bürgerhospitalfondshauses I., Gonzagagasse 7, werden genehmigt und wird das Stadtbauamt beauftragt, diese Herstellungen unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Zur Deckung dieser Kosten wird zur Präliminarposition der Ausgabe-Kubrik II 1 a der Bürgerhospitalfondsgelder ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses per 3922 K 92 h bewilligt.

(Angenommen.)

(11761.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über den Rekurs des Julius Koskosh wider das Bezirksamtsdekret vom 24. August 1904, Z. 37209/I, betreffend die Kosten per 44 K für die Verpflegung der Köchin Josefa Ferschtz in der Niederösterreichischen Landes-Irrenanstalt, und beantragt, dem Rekurse Folge zu geben.

(Angenommen.)

(11832.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über das Ansuchen der k. k. Diasterialgebäude-Direktion um unentgeltliche Überlassung des für die Schilderhäuschen vor dem Bankgebäude in der Singerstraße und Grünangergasse erforderlichen Grundes und beantragt:

Die Überlassung des Grundes per 0.51 m² in der Grünangergasse und per 0.48 m² in der Singerstraße für die Vorsprünge der beiden vom k. k. Ärar beim Bankgebäude projektierten Steinschilderhäuschen werde ohne Leistung des mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 24. Februar 1904, Z. 2463, festgesetzten Einlösungspreises, also unentgeltlich, unter der Bedingung genehmigt, daß der Gemeinde Wien aus Anlaß dieser Grundüberlassung keinerlei Kosten oder Gebühren erwachsen, und daß das k. k. Ärar die in der Note der k. k. Diasterialgebäude-Direktion vom 30. Juni 1904, Z. 1692, und 13. Juli 1904, Z. 7669, aus dem früheren Bestande der Barrierezäune samt Eisenketten beim Bankgebäude, beziehungsweise aus dem Bestande der hölzernen Schilderhäuschen daselbst abgeleiteten Eigentumsbeziehungsweise Erbschaftsansprüche unbedingt und vollständig aufgibt.

(Angenommen.)

(11903.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über die Herstellung eines Schutzgeländers für den Fischmarkt entlang des Donaufanales und beantragt:

1. Die Herstellung eines Schutzgeländers entlang dem Territorium des Fischmarktes gegen den Donaufanal wird nach dem bauämlichen Projekte mit dem Erfordernisse von 5280 K genehmigt.

2. Die Ausführung desselben wird der Firma Johann Meerkatz auf Grund des Kostenschlages gegen Ertrag einer fünfprozentigen Kautions, Einhaltung eines zehnwöchentlichen Vollendungstermines,

Übernahme einer zweijährigen Haftungsfrist und Zahlung eines Pönales von täglich 40 K im Falle der Terminüberschreitung übertragen.

3. Die Kosten per 5280 K, welche aus dem für die Ausgestaltung des Marktwesens bestimmten Kredite des Investitionsanlehens zu bestreiten sind, sind auf der materiell Deckung bietenden Rubrik XXVIII 14 zu verrechnen.

4. Die von der Kommission für Verkehrsanlagen gestellten Bedingungen werden angenommen.

St.-R. Dppenberger beantragt, für jedes Fischgeschirr einen Hastring herzustellen.

Es wird der Referenten-Antrag zum Beschlusse erhoben.

Der Antrag des St.-R. Dppenberger wird an den Magistrat geleitet zur Berichterstattung.

(11872.) St.-R. Bielowlawek referiert über den Rekurs des Max Edlen v. Leber wider das Bezirksamts-Dekret, betreffend baupolizeiliche Übelstände in den Häusern I., Schreyvogelgasse 12 und 14 und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(11870.) St.-R. Bielowlawek referiert über die Abschreibung des Platzinsrückstandes für Lichteinfallöffnungen vor dem Hause I., Tiefer Graben 30, und beantragt:

Es werde der mit der Magistrats-Erledigung vom 16. Oktober 1901, M.-Z. 80721, vorgeschriebene Platzins für Lichteinfallöffnungen beim Hause Nr. 30 Tiefer Graben, I. Bezirk, im ausstehenden Betrage von 240 K abgeschrieben und Dr. S. Weiner, als Vertreter der derzeitigen Eigentümer des genannten Hauses beauftragt, die Kaffierung der vorhandenen vier Lichteinfallöffnungen sofort zu veranlassen.

(Angenommen.)

(11869.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Leopold Fuchs um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 1656 I. Bezirk (Viberstraße, Ecke der Viszistraße), beziehungsweise zur Herstellung balkonartiger Vorsprünge, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages zu bestätigen.

(Angenommen.)

(11871.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Vereines „Kinderschuttsstationen“ um Überlassung der Volkshalle am 4. Oktober 1904 zur Abhaltung einer Losziehung und um Überlassung des Ziehungsrades und beantragt:

Dem obigen Verein wird die Volkshalle am 4. Oktober 1904 von 7 Uhr abends an zum Zwecke der Vornahme der öffentlichen Ziehung, ferner das Ziehungsrad der städtischen Armenlotterie unter der Bedingung unentgeltlich überlassen, daß die dem Ziehungsrade entnommenen Nummern bei dem Lieferanten der Losnummern, Buchbinder Franz Heiderer, auf Kosten des Vereines nachgeschafft und der Ziehung zwei Beamte der städtischen Armenlotterie behufs ordnungsmäßiger Überwachung beigezogen werden.

(Angenommen.)

(11830.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen der Minna Kott um Bewilligung zur Herstellung eines Wetterschutzdaches vor dem Geschäftseingange I., Ballgasse 6, und beantragt, die Zustimmung zur Herstellung des Wetterschutzdaches unter der Bedingung zu erteilen, daß für dieses Vordach ein jährlicher Platzins von 66 K vom Tage der Ausfertigung der Baubewilligung angefangen, jährlich im vorhinein seitens der Hausadministration entrichtet und ein intabulationsfähiger Revers auf Kosten des Hauseigentümer ausgestellt und einverleibt werde.

Die Baubewilligung hiefür wird nach § 97 der Bauordnung bestätigt.

(Angenommen.)

(11834.) St.-R. Bielowlawek referiert über die Instandsetzung der Dienstwohnung des Direktors der k. k. Staats-Realschule im I. Bezirke, Schottenbastei 5/7, und beantragt:

Die Instandsetzung der Direktorswohnung in der k. k. Staats-Realschule I., Schottenbastei 5/7, hat durch den neu ernannten Direktor Dr. Johann Pitsch selbst zu erfolgen, wogegen die Gemeinde Wien dem Direktor eine Abfindungssumme von 800 K bezahlt.

(Angenommen.)

(11649.) St.-R. Bauer referiert über die Neupflasterung von Säumen, Rinnsalen und Straßenübergängen im XIII. Bezirke und beantragt, den vorliegenden Kostenanschlag für die Neupflasterung von Säumen, Rinnsalen und Straßenübergängen im XIII. Bezirke mit dem bedeckten Erfordernisse von 28.178 K 22 h zu genehmigen.

Die Pflasterungsarbeiten sind im kurrenten Wege auszuführen.

(Angenommen.)

(11946.) St.-R. Bauer referiert über die Beleuchtung von Straßen im XIII. Bezirke und beantragt, das Projekt für die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung in der Habitzgasse, Braunschweig- und Ameisgasse, sowie in der Penzinger- und Cumberlansstraße, ferner in einer noch nicht benannten Quergasse zwischen den beiden vorgenannten Straßen im XIII. Bezirke zu genehmigen. In den genannten Straßen sind 31 halbnächtliche und 13 ganznächtliche Gasflammen an den im Plane mit 1 bis 31, beziehungsweise I bis XIII bezeichneten Stellen neu aufzustellen; ferner sind die im Plane ersichtlich gemachten Flammenwechsel plangemäß durchzuführen.

Für die sämtlichen Arbeiten wird ein Betrag von 2160 K bewilligt.

(Angenommen.)

(11709.) St.-R. Bauer referiert über die Verpachtung des Mauerbachbassin der Wienflußregulierung und beantragt, das Mauerbachbassin der Wienflußregulierung zur Eisgewinnung und Grasfischung in der Zeit vom 1. Oktober 1904 bis 1. Oktober 1907 an die Hütteldorfer Bierbrauerei-Aktiengesellschaft zu dem offerierten Gesamtpachtschillinge von 3055 K jährlich zu verpachten.

(Angenommen.)

(11865.) St.-R. Bauer referiert über die Herstellung von Gräften im Hiezinger Friedhofe und beantragt:

Die Erbauung der im beiliegenden Plane rot bezeichneten sieben einfachen und vier Doppelgräfte in der Gruppe XVII und XVIII des Hiezinger Friedhofes mit einem Kostenbetrage von zirka 8000 K zu genehmigen.

Die Arbeiten sind im kurrenten Wege durch die Ersterer der betreffenden Arbeiten auszuführen.

(Angenommen.)

(11658.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen des Robert Bößner um käufliche Überlassung einer Erdgrabstelle im Baumgartener Friedhofe und beantragt, dem Gesuchsteller das eigene Grab Gruppe G, Nr. 169 im Baumgartener Friedhofe zum Zwecke der Wiederbeerdigung der aus dem eigenen Grabe Gruppe G, Nr. 36 im selben Friedhofe zu exhumierenden Leiche der Frau Amalia Bößner unter der Bedingung zu überlassen, daß hiefür die Grabstellgebühr im Betrage von 125 K beim magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk spätestens innerhalb vier Wochen nach Verständigung von dem Stadtrats-Beschlusse erlegt wird, widrigenfalls die Gemeinde über dieses Grab anderweitig verfügen wird.

(Angenommen.)

(10797.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen der Wilhelmine Horak um Bestimmung des Preises für drei eigene Gräber im Hiezinger Friedhofe und beantragt:

Der Frau Wilhelmine Horak werden die drei eigenen Gräber Gruppe XVIII, Reihe 6, Nr. 158 bis 160 im Hiezinger Friedhofe

für die Dauer des Bestandes des Friedhofes, beziehungsweise des betreffenden Friedhofsteiles um den Preis von 2000 K überlassen und die Bewilligung zur Zusammenziehung derselben zu einer gemeinsamen Grabstelle erteilt. Dieser Preis bleibt auch für den Fall aufrecht, als die erste dort beerdigte Leiche dem Friedhofe nicht zugewiesen ist. In den Gräbern dürfen nicht mehr als zusammen neun Leichen beerdigt werden und sind von der zweiten Leiche an die durch die jeweilig geltende Friedhofsordnung vorgeschriebenen Beilege- und sonstigen Gebühren zu entrichten.

Für die Einzahlung des Preises für die drei Gräber wird eine Frist von sechs Wochen, gerechnet von dem Tage nach der Mitteilung des Beschlusses, bestimmt, widrigensfalls dieses Anbot erlischt.

(Angenommen.)

(10814.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Eduard Zeisel, Besitzer des Hauses XIII., Breitenfurterstraße 51, um Belassung eines Teiles der ehemaligen Feuermauer des Hauses XIII., Breitenfurterstraße 49, und beantragt, die bestandweise Benützung der in der angefertigten Planskizze rot bezeichneten Teile der Breitenfurterstraße im XIII. Bezirke, Kat.-Parz. 458/1 Breitenfurter im Ausmaße von ungefähr 1.9 m² durch Eduard Zeisel, sowie die Belassung der Feuermauer des Hauses XIII., Breitenfurterstraße 51 auf diesem Grundstreifen unter den im Augenscheins-Protokolle enthaltenen Bedingungen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11996.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Gem.-Rates Johann Pichler um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses Einl.-Z. 146 Grundbuch Oberbaumgarten, Dr.-Nr. 25 Hochsatzengasse, XIII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen, sowie die Baulerleichterung hinsichtlich der Dachbodenwohnung zuzugestehen.

(Angenommen.)

(11998.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Rudolf und der Karoline Müller um Baubewilligung für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität Einl.-Z. 344 Grundbuch Oberbaumgarten, Helmesberggasse, XIII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen.

(Angenommen.)

(11995.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen der Marie Pauber um Baubewilligung für einen Zubau zur Realität Dr.-Nr. 426 Linzerstraße, XIII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen.

(Angenommen.)

(11765.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Vereines für die evangelische Diakonissenfiche um Bewilligung von Raten zur Zahlung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realitäten XIII., Hießinger Hauptstraße 145/147 und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. Das Ansuchen um Nachlaß der Verzugszinsen wird abgelehnt.

(Angenommen.)

(11876.) St.-R. Nauer referiert über den Bezirksamtsbericht, betreffend die erfolgte Einzahlung der Kanaleinmündungsgebühr per 730 K für das Haus Dr.-Nr. 11/13 Hochsatzengasse, XIII. Bezirk, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(11904.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Franz Liszkay um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab, Gruppe II, Nr. 65 im Baumgartener Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(11974.) St.-R. Nauer referiert über die Zuschrift des Stadtvorstandes Mödling vom 12. September 1904, betreffend das Ansuchen

des Peter und der Josefina Reiterer um Baubewilligung für ein Wohnhaus auf Parzelle Nr. 1483 in der Priebnitzgasse in Mödling und beantragt, den Magistratsbericht und die Äußerung der Vertreter der Gemeinde Wien genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(11975.) St.-R. Nauer referiert über die Anbringung von Wassermessern im städtischen Versorgungshause in Liesing und beantragt:

Bhufs Kontrolle der Hochquellenwasserabgabe an die städtische Versorgungsanstalt in Liesing ist die 80mmige Zuleitung in dieselbe in zwei Leitungen kleineren Kalibers zu gabeln und ist in jede derselben ein Wassermesser einzubauen. Die Arbeiten sind durch das städtische Personale und nur während einer Aquäduktabspernung auszuführen und wird den hiebei verwendeten Personen für den betreffenden Tag eine Arbeitszulage von 2 K per Mann bewilligt.

Die Gesamtkosten per 350 K sind auf Rubrik II 1 a bedekt.

(Angenommen.)

(11628.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des städtischen Amtsdieners Thomas Schimmel um Belassung seines Kabinettes im städtischen Hause XIII., Diesterweggasse 23, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten.

(11969.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Leopold Fuchs, Kanalaufsichters I. Klasse, um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt:

1. Auf Grund des Punktes 2 des Gemeinderats-Beschlusses vom 20. November 1903, Z. 279, betreffend die Regulierung der Bezüge des städtischen Kanalaufsichters- und Betriebspersonales, Versetzung in den bleibenden Ruhestand über Ansuchen.

2. Bemessung der Provision unter Zugrundelegung der nach dem obigen Gemeinderats-Beschlusse anrechenbaren Dienstzeit von 19 Jahren 9 Monaten, 10 Tagen und gnadenweiser Anrechnung von 2 Monaten und 20 Tagen (so daß das noch nicht ganz vollstreckte 20. Dienstjahr voll angerechnet wird) mit 60 Prozent des letzten Lohnbezuges, d. i. mit 1095 K jährlich, vom Tage der Versetzung in den Ruhestand an.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(11796.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des gewesenen Gärtnergehilfen im städtischen Versorgungshause in Wien Franz Schmeykal um Provisionierung und beantragt:

1. Dem gewissen Gärtner des städtischen Versorgungshauses Franz Schmeykal wird in analoger Anwendung des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. November 1902, Z. 6102, bei einer anrechenbaren ununterbrochenen Dienstzeit vom 14. März 1889 bis 31. Juli 1904, das ist von 15 Jahren, 4 Monaten, und 17 Tagen eine Provision von 50 Prozent seines Lohnbezuges von jährlich 1248 K, d. i. von jährlich 624 K vom 1. August 1904 an bewilligt.

2. Die gnadenweise Anrechnung der Dienstzeit aus den Jahren 1884, 1885 und 1886 wird abgelehnt.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(11788.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Rosa Kubert, Witwe des Kanzlei-Assistenten Hans Kubert, um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 800 K, sowie für ihre Kinder Rosa und

Johann einen Erziehungsbeitrag von jährlich je 100 K im Sinne des Magistrats-Antrages zuerkennen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(11823.) St.-R. Fraba referiert über das Ansuchen des Ober-Ingenieurs Paul Hecht um Pensionierung und beantragt die Gesuchsgewährung.

Der Ruhegehalt per 1800 K wird gemäß dem Magistrats-Antrage quadenweise auf 2400 K erhöht.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(An den Gemeinderat.)

(11824.) St.-R. Fraba referiert über das Ansuchen des Magistrats-Kommissärs Theodor Suchanek um Urlaub, eventuell Versetzung in den zeitlichen Ruhestand und beantragt:

1. Abweisung des Gesuches um Urlaubsverlängerung.

2. Bemessung des Quieszenteingehaltes unter Zugrundelegung der anrechenbaren Dienstzeit von 15 Jahren, 11 Monaten, 13 Tagen mit 52,5 Prozent des letzten Aktivitätsgehaltes, d. i. mit 1575 K vom 1. des auf die Versetzung in den Ruhestand nächstfolgenden Monats an und des Mietzinsbeitrages mit 52,5 Prozent des zuletzt bezogenen Jahresquartiergehaltes, d. i. mit 525 K vom 1. Februar 1905 an, also zusammen mit 2100 K.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(11804.) St.-R. Fraba referiert über das Ansuchen der Beamtin der städtischen Straßenbahnen Anna Czermak um Beförderung und beantragt, die Beförderung der Obgenannten in die Kategorie I Klasse 2 des Gehaltsregulativs für die weiblichen Angestellten der städtischen Straßenbahnen mit 1. Oktober 1904 zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11807, 11963.) St.-R. Fraba referiert über die Ansuchen des Franz Huppmann und des Engelbert Paulitschke um Erteilung der Altersnachfrist behufs eventueller Erlangung von städtischen Anstellungen und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(11883.) St.-R. Fraba referiert über die Ansuchen der Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke Hugo Salzbauer, Josef Prateršofsky, Raimund Lutz, Stanislaus Dalecky, Christoph Schramm und Erwin Schobel um Bewilligung zum Fortbezug des Wochenlohnes während ihrer diesjährigen Waffenübungen und beantragt die Genehmigung der Ansuchen mit Ausnahme des Ansuchens des Christoph Schramm. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten.

(11789.) St.-R. Fraba referiert über das Ansuchen der Theresie Schuda, Witwe des Kanzlei-Oberoffizials Anton Schuda, um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 1200 K im Sinne des Magistrats-Antrages zuerkennen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(11863.) St.-R. Fraba referiert über die Skizze für das Grabdenkmal des Generals der Kavallerie und Ritters des Maria Theresienordens Hannibal Marquis Sommariva im Zentral-Friedhofe und beantragt, die vom 1. und 1. 2. Korpskommando vorgelegte Skizze im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen und den Wortlaut der Grabschrift zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(11933.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Leopold Sturm um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität Dr.-Nr. 19 Große Spertlgasse, II. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne

des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage die Ausladefläche von 2,30 m² im dreifachen Ausmaße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund in Abzug gebracht wird.

(Angenommen.)

(11910.) St.-R. Oppenberger referiert über die Beschwerden des Dr. Anton Steiner, betreffend die Vermietung der Wohnung Nr. 4 im Stiftungshause II., Untere Augartenstraße 3, und beantragt, die Beschwerde abzuweisen. (Angenommen.)

(11826.) St.-R. Oppenberger referiert über das Anerbieten des Anton Hein zur käuflichen Erwerbung eines Teiles der städtischen Realität II., Laborstraße 42, per 120 m² um 24.000 K und beantragt, das Offert abzulehnen. (Angenommen.)

(10912.) St.-R. Oppenberger referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Asphaltierarbeiten für die Asphaltierung der Großen Mohrengasse im II. Bezirke zwischen Dr.-Nr. 11 und 15 mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 8350 K, und beantragt, das Offert der Österreichischen Asphalt-Aktiengesellschaft (28 Prozent Nachlaß) zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11993.) St.-R. Oppenberger referiert über die Erwirkung der Bewilligung zur Benützung der Rotunde für die Einlagerung von Getreide und beantragt:

Der Magistrat wird beauftragt, sich an das k. k. Handelsministerium mit der Bitte zu wenden, einen Teil der Rotundräumlichkeiten zur Einlagerung von Getreide und im Bedarfsfalle auch von anderen Waren für einige Monate der Gemeinde unter denselben Bedingungen zu überlassen, unter welchen dies zuletzt im Jahre 1899 der Fall war. (Angenommen.)

(11909.) St.-R. Wessely referiert über die Befegung von drei Stiftpätzen aus der Anton und Josefa Rittenberger'schen Heiratsausstattungsstiftung im Betrage von je 400 K und beantragt, je einen Stiftpatz an Marie Blaha, Marie Schöfßbänker und Rosa Prager zu verleihen. (Angenommen.)

(11779.) St.-R. Wessely referiert über die Befegung von zwei Freiplätzen an der Privathandelschule des Karl Porger I., Neutorgasse 15, für das Schuljahr 1904/05 und beantragt, den Zöglingen des II. städtischen Waisenhauses Johann Konecny und Leopold Marešch je einen Freiplatz zu verleihen.

(Angenommen.)

(11829.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Josef Zelniczek um Verlängerung der Frist zur Demolierung der städtischen Häuser 22 bis 28 Theobaldgasse (altes Polizeigefangenhaus) im VI. Bezirke und beantragt die Gewährung der erbetenen Frist von 40 Arbeitstagen. (Angenommen.)

(11941.) St.-R. Wessely referiert über das Anerbieten der Rosalia Rand zur käuflichen Überlassung des Hauses VI., Theobaldgasse 28, um 45.000 K und beantragt, mit der Dfferentin durch ein Komitee zu verhandeln. (Angenommen.)

(9187.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Rudolf Schumann, Eigentümers des Hauses VI., Mariahilferstraße 13, um Vergütung des durch die Verschmalerung der Königs-Klostergasse seinem Hause zugegangenen Schadens durch Licht und Luft und auf käufliche Übernahme dieses Hauses durch die Gemeinde Wien um den Betrag von 614.000 K oder Leistung eines Schadenersatzes von 120.000 K und beantragt, dieses Ansuchen sowie die Einleitung von Verhandlungen in dieser Richtung überhaupt im Sinne des Magistrats-Antrages abzuweisen. (Angenommen.)

(11335.) St.-R. Wessely referiert über die Verwertung des alten Gitters der Gartenanlage am Einsteblerplatz, V. Bezirk, und beantragt:

In Abänderung des Punktes 4 des Stadtrats-Beschlusses vom 11. März 1904, Z. 3089, ist das entbehrlich werdende hölzerne Stacketengitter der Gartenanlage auf dem Einsteblerplatz im V. Bezirke nicht zu verkaufen, sondern vom Stadtgarten-Inspektor zur provisorischen Ergänzung der Einfriedung der städtischen Reserviegartens zu verwenden. (Angenommen.)

(11745.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Verbreiterung der Kamperstorffergasse im V. Bezirk zwischen der Bachergasse und Siebenbrunnengasse, und beantragt, von einer Verbreiterung abzusehen, und die im Jahre 1869 genehmigten Paulinien bei einer Straßenbreite von 13·27 m aufrecht zu erhalten. (Angenommen.)

(11939, 11773.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Zuweisung der auf die Gemeinde Wien entfallenden Hälfte des Reinerträgnisses des Ersten Niederösterreichischen Weinmarktes, und beantragt von diesem Reinerträgnisse per 3100 K 10 h:

dem Vereine „Kinderschützstationen“ $\frac{4}{7}$ = 1771 K 48 h,

dem Vereine „Mater admirabilis“ $\frac{2}{7}$ = 885 K 74 h und

dem Vereine „Maria Josephinum“ $\frac{1}{7}$ = 442 K 88 h

zuzuweisen. (Angenommen.)

(11932.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Alexander und Emil Meyer um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 67, VI. Bezirk, Dr.-Nr. 8 a Brückengasse, und beantragt:

1. Die Planwechslungsbewilligung wird unter der Bedingung bestätigt, daß für die Lichteinfallöffnungen und die Vorlegstufen ein intabulationsfähiger Revers ausgestellt und die darin enthaltenen Verpflichtungen erfüllt, insbesondere für die ersteren ein jährlicher Platzzins von 14 K 78 h, beziehungsweise 22 K 16 h und für die letzteren ein jährlicher Anerkennungsziens von 3 K, beziehungsweise 2 K vom Tage der ersten Benützungsbewilligung entrichtet werde.

2. Die Schadloshaltung für den abzutretenden Grund wird mit 25 K per Quadratmeter bestimmt. (Angenommen.)

(10885.) St.-R. Wessely referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung, betreffend die Vergebung der Neupflasterung von Straßen auf dem Zentral-Viehmarke, und beantragt, die Pflasterungsarbeiten an Franz Kraft zum angebotenen Nachlasse von 8 Prozent von den Kostenanschlagspreisen zu übertragen. (Angenommen.)

(11656.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der „Apollo“-Aktiengesellschaft um Bewilligung zur Anbringung von Hydranten neuer Type im Hause VI., Gumpendorferstraße 63, und beantragt:

Der Baugesellschaft „Apollo“ wird abweichend vom Regulativ gestattet, im Zuschauerraume des Apollo-Theaters anstatt der vorgeschriebenen Normalhydranten solche kleinster Type nach dem dem Stadtbauamte vorgelegten Muster und zwar mit nach abwärts getragenen Auslauffstutzen, welcher die neue Feuerwehrruppelung trägt und am Hydrantenobertheil mit einer angegossenen Nase zum plombieren versehen ist, anzubringen.

Die Zurücknahme der bereits bezogenen sechs Stück Normalhydranten hat unter den vom Stadtbauamt und der Stadtbuchhaltung vorgeschlagenen Bedingungen zu erfolgen. (Angenommen.)

(10880.) St.-R. Wessely referiert über die Sicherstellung der Schotter- und Sandlieferung für das Jahr 1905 und beantragt, unter Zugrundelegung der vorgelegten Bedingungen und der Bedarfstabelle die Ausschreibung einer öffentlichen Offertverhandlung behufs Vergebung der Lieferung des Gebirgsschlögel-Niefelschotter für den XIII. Bezirk, des Schlackenschotter und Schlackensiefs für den XI. Bezirk und den Zentral-Friedhof, ferner behufs Vergebung der Lieferung des Sandes für den IV., V., VI., VII., VIII., X. und XI. Bezirk und für den Zentral-Friedhof während der Dauer des Jahres 1905 anzuordnen. (Angenommen.)

(10900.) St.-R. Wessely referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Installationsarbeiten für die elektrische Beleuchtung der Viktualienhalle mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 22.615 K und beantragt, das Offert der Firma Salzer & Thie (Gesamtkosten 13.953 K 95 h) zu genehmigen. (Angenommen.)

(11968.) St.-R. Wessely referiert über die Aufteilung der Kosten für die Kanal- und Senkgrubenträumung in den Jahren 1905/06 und beantragt:

1. Die Aufteilung der Kosten für die Kanal- und Senkgrubenträumung in den Jahren 1905 und 1906 auf die einzelnen Häuser nach der vorliegenden Tabelle wird genehmigt.

2. Diese Verfügung ist durch eine Kundmachung des Magistrates nach dem vorliegenden Entwurfe zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11345.) St.-R. Wessely referiert über die Erweiterung der nächtlichen maschinellen Straßensäuberung und beantragt:

1. Die Einbeziehung der gepflasterten Straßen im Wiener Gemeindegebiete in die nächtliche maschinelle Reinigung wird in dem vom Magistrat im Einvernehmen mit den Herren Bezirksvorstehern festzusetzenden Ausmaße bewilligt.

2. Die Investitionsanlagen (ohne Kosten für die Adaptierung von Depots) im berechneten Betrage von 370.000 K und die jährlichen Betriebsauslagen im berechneten Betrage von 394.000 K sind im Budget pro 1905 sicherzustellen.

3. Der Magistrat wird beauftragt, ein entsprechendes Organisationsstatut des städtischen Fuhrwerksbetriebes für die Straßenpflege ehestens in Vorlage zu bringen und alle Vorarbeiten dem Stadtrate so zu unterbreiten, daß mit der Durchführung der genehmigten Straßenreinigung im vollen Umfange längstens im Frühjahr 1905 begonnen werden kann.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(10846.) St.-R. Wessely referiert über das Anbot des Georg Bum auf Ausführung einer neuen Straßenkehrmaschine und beantragt, das Anbot dankend abzulehnen. (Angenommen.)

(11739.) St.-R. Wessely referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VI. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(11676.) St.-R. Wessely referiert über den Bezirksamts-Antrag auf Abschreibung der nach Theresia Prohaska aushaftenden Gebühr von zusammen 333 K 92 h für den Wassermehrverbrauch im Hause VI., Rollardgasse 81, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(10832.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des für die Fleischlieferung an das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg bestellten Kontrahenten, des Fleischhauers Rudolf Nagelschmid, um Herabsetzung des bisherigen von ihm gewährten Nachlasses per 16 Heller auf 10 Heller für ein Kilogramm Rindfleisch und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(11777, 11778.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Bestellung eines Vertreters der Gemeinde Wien für die vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshof am 13. Oktober d. J. stattfindende Verhandlung, betreffend die Heimatsrechtsache des Anton Koch und Alois Schmidt, und beantragt, mit der Vertretung der Gemeinde Wien den Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Robert Swoboda zu betrauen. (Angenommen.)

(12021.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über den Entwurf der Gegenschrist wider die von Robert Baron an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffene Beschwerde, betreffend die Zuerkennung des Sterbequartals nach seiner Gattin Auguste Baron, pensionierten Volksschullehrerin, und beantragt, den vom Magistrate vorgelegten Entwurf der Gegenschrist zu genehmigen. (Angenommen.)

(11965.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Neubau eines Hauptunratskanales in der verlängerten Pfeilgasse, zwischen der Tigergasse und der Realität Einl.-Z. 288 Grundbuch Josefstadt im VIII. Bezirke, mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 7606 K 47 h, und beantragt, das Offert des Leopold Mehrwald mit dem angebotenen Nachlasse von 9.5 Prozent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages zu genehmigen. (Angenommen.)

(11762.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Note der k. k. Steueradministration Brunn vom 13. August 1904, Z. 11-V, betreffend die Erwerbsteuerausteilung bei der ersten Brünner Aktienbrauerei und Malzfabrik für den Betrieb der Bierniederlage XX., Dammstraße 31, und beantragt, von der Ergreifung eines Rekurses gegen diese Erwerbsteuer-Aufteilung Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(11784.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Ausstellung eines Reverses an die k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft anlässlich der Legung einer Drehstrom-Niederspannungsleitung über das Brückenobjekt der Wien-Pottendorfer Bahn im Zuge der Ziehrergasse, XII. Bezirk, und beantragt, die Ausstellung des von der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft im Entwurfe eingefeldeten Reverses zu genehmigen. (Angenommen.)

(11704.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Entscheidung des k. k. Ackerbaumministeriums vom 6. August 1904, Z. 25466, betreffend die provisorische Belassung von Stegen im Gemeindegebiete von Hadersdorf-Weidlingau, und beantragt, es wird gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 23. September 1904.

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Biellohlawek,	Dr. Krenn,
Braun,	Oppenberger,
Brauneiß,	Rauer,
Dr. Deutschmann,	Rissaweg,
Gräff Ferdinand,	Schreiner,
Grünbeck Sebastian,	Straßer,
Gsottbauer,	Weitmann,
Hölzl,	Dr. Wesselsky,
Hörmann,	Wessely.
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.	

Entschuldigt: St.-R. Graba.

Beurlaubt: St.-R. Büsch, Tomola, Zafka.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Dr. Bibl.

Vize - Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(11836.) St.-R. Wessely referiert über die Personierung der J. L. Meyer'schen Stiftung für drei bedürftige Gewerbsleute im Jahre 1904 und beantragt, den Nachbenannten je einen Betrag von 90 K als Unterstützung zu bewilligen, und zwar:

Johann Blatnik, Wäschepuher;

Alois Frischenschlager, Drechsler;

Karl Schmidt, Gemischtwaren-Verschleißer.

(Angenommen.)

(10850.) St.-R. Hörmann referiert über die Vornahme von Rekonstruktionen an den ungarischen Szallafen am Zentral-Biehmarke und beantragt:

1. die Vornahme von Rekonstruktionsarbeiten im zweiten Teile der Szallafengruppe II, dann in den Szallafengruppen I, IV und V nach dem bauamtlichen Projekte mit dem Erfordernisse von 40.051 K 18 h zu genehmigen;

2. vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung die Baubewilligung zu erteilen;

3. wegen Sicherstellung der Baumeisterarbeiten, der Schlosserarbeiten, der Betonarbeiten und der Dachpapparbeiten einen öffentlichen Wettbewerb anzuordnen und

4. dem mit der ständigen Überwachung der Ausführungsarbeiten zu betrauenen Bauamtsbeamten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von 8 K täglich zu bewilligen.

(Angenommen; Punkte 1 und 2 an den Gemeinderat.)

(11967.) St.-R. Hörmann referiert über das Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Würplerstraße zwischen der Erdbergstraße und der Markhofgasse im III. Bezirke und beantragt, das vorliegende Projekt mit dem Kostenfordernisse von 6000 K zu genehmigen.

Zur Bedeckung dieses Erfordernisses wird zur Präl.-Rubr. XXVII 1 b ein Zuschußkredit in der Erfordernishöhe, d. i. von 6000 K bewilligt. (Angenommen.)

(11991.) St.-R. Hörmann referiert über den Statthaltereis-Erlass vom 5. September 1904, Z. VI-4680, betreffend die Erteilung der Baubewilligung zur Vornahme von Adaptierungen im Ararialgebäude III., Schlachthausgasse 52, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(11960.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des Hermann Schnabel um Baubewilligung für ein Wohn- und Geschäftshaus III., Schlachthausgasse 44, und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß für die Zustimmung der Gemeinde zur Erkeranlage ein Betrag von 70 K per Quadratmeter der Auslabefläche von 7·60 m², daher im ganzen ein Betrag von 532 K vor Ausfertigung der Baubewilligung zu den eigenen Geldern der Gemeinde erlegt werde. (Angenommen.)

(11802.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des Michael Pfeiffer jun. um Bewilligung zur Herstellung eines Einwurfschachtes vor dem Hause III., Hintere Zollamtsstraße 5, und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß für den Bestand dieses Schachtes ein jährlicher Pachtzins von 20 K vom Tage der Konsensausfertigung angefangen, an die Gemeinde entrichtet und der übliche auf Kosten der Partei einzuverleibende Revers ausgestellt und einverleibt werde. (Angenommen.)

(11791.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen der Witwe nach dem Schlachthaus-Ober-Aufscher Viktor Kapler, Barbara Kapler, um Belassung der Dienstwohnung ihres verstorbenen Gatten im Gumpendorfer Schlachthause bis November-Termin 1904 unentgeltlich und von da ab gegen Entrichtung eines niedrigen Mietzinses und beantragt, dieses Ansuchen abzuweisen. (Angenommen.)

(11959.) St.-R. **Brauneiß** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Straßenherstellung nächst der k. u. k. Trainkaserne im XII. Bezirke, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Pietro Calderato (Kostenanschlagspreise). (Angenommen.)

(11976.) St.-R. **Brauneiß** referiert über die Rohrlegung der Hochquellenleitung in der Oswaldgasse im XII. Bezirke und beantragt:

Die Rohrlegung der Hochquellenleitung in der Oswaldgasse im XII. Bezirke, sowie die Unterfahrung der Donauländebahn im Zuge dieser Straße durch einen Rohrkanaal der Hochquellenleitung wird mit dem bedeckten Gesamtkostenbetrage von 16.500 K genehmigt. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem Borräte zu entnehmen und die Arbeiten durch die ständigen Ersthelfer auszuführen.

Der Magistrat wird ermächtigt, den üblichen Revers für die k. k. Staatsbahn-Direktion auszustellen und wird die Zahlung eines Anerkennungs-zinses von 2 K jährlich an diese Behörde genehmigt.

Diese Arbeiten werden jedoch nur unter der Voraussetzung ausgeführt, daß seitens der Kabelfabriks-Aktiengesellschaft in Gemäßheit des Protokolles vom 7. September 1904 ein Betrag von 2000 K und seitens der Firma Johann Weiß & Sohn gemäß dem Protokolle vom 14. September 1904 ein solcher von 1000 K zu den Kosten der Rohrlegung geleistet wird. (Angenommen.)

(11973.) St.-R. **Brauneiß** referiert über das Ansuchen der k. und k. Schloßhauptmannschaft Schönbrunn um Abschreibung eines Teilbetrages von den für das I. Quartal 1904 vorgeschriebenen Wassermehrerbrauchsgebühren infolge Rohrgebrechens und beantragt, die Abschreibung des Teilbetrages von 100 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(11798.) St.-R. **Brauneiß** referiert über die Errichtung des Stiftbriefnachtrages, betreffend die Zustiftung der Karoline Lang zur Josef Lang'schen Stiftung für die Beteiligung von Armen des XIV. Bezirkes, und beantragt, den im Entwurfe vorliegenden Stiftbriefnachtrag zu genehmigen. (Angenommen.)

(11793.) St.-R. **Brauneiß** referiert über das Ansuchen der Henriette Artacker um Bewilligung zur nachträglichen Einzahlung der Renovationsgebühr per 40 K für das seit 10. September 1902 verfallene eigene Grab des Karl Artacker im Weidlinger Friedhofe und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(11960.) St.-R. **Brauneiß** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Fahrbahnherstellung in der Pängenseldgasse im XII. Bezirke und beantragt die Ablehnung des eingelangten Offertes Pietro Calderato. Der Magistrat wäre mit Rücksicht auf die Dringlichkeit zu ermächtigen, mit einzelnen bekannten Kontrahenten wegen Übernahme der Arbeiten im kurzen Wege zu verhandeln und wäre das Ergebnis dem Stadtrate zur Genehmigung vorzulegen. (Angenommen.)

(11983.) St.-R. **Brauneiß** referiert über die Abgabe von Hochquellen- und Bientalwasser für die neue Trainkaserne in Weidling und beantragt, die Einbeziehung dieser Kaserne in das Wasserbezugsrevirement der k. und k. militär-äranischen Objekte zu genehmigen, die Entscheidung dagegen, ob und in welchem Umfange Hochquellenwasser zum außergewöhnlichen Bedarfe abgegeben werden könnte, der im Zuge befindlichen Neuregelung der Wasserabgabe für sämtliche Wiener Kasernen vorzubehalten. (Angenommen.)

(11977.) St.-R. **Brauneiß** referiert über die Legung von Rohren der Hochquellenleitung in der Schöglgasse, Tiergartenstraße und Rosenhügelstraße im XII. Bezirke und beantragt, die Legung eines 80 mm-Rohrstranges gemäß der vorgelegten Planstizze mit dem bedeckten Kostenbetrage von 6000 K zu genehmigen. Rohre und Maschinenbestandteile wären dem Borräte zu entnehmen, die Arbeiten durch die ständigen Kontrahenten auszuführen. (Angenommen.)

(11878.) St.-R. **Brauneiß** referiert über das Ansuchen der Geschwister Eder um leihweise Überlassung der Granitsteine des vor dem Hause XIV., Storchengasse 14, bestehenden alten Trottoirs und beantragt, die leihweise Überlassung der erwähnten Steine bis 1. Juni 1905 gegen vorherigen Erlag einer Kaution von 600 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(12070.) St.-R. **Brauneiß** referiert über das Ansuchen des Heinrich Stiedl, Fiakers, XII., Wilhelmstraße 54, um Abgabe von 3 hl Hochquellenwasser täglich zum industriellen Bedarfe und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12069.) St.-R. **Brauneiß** referiert über das Ansuchen der Firma Karl F. Schuller, Blechschlosserei, XII., Wilhelmstraße 56, um Abgabe von 3 hl Hochquellenwasser täglich zum industriellen Bedarfe und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12071.) St.-R. **Bieloslawek** referiert über das Ansuchen des G. Singer, Inhaber der Firma „Au Mikado“, um Bewilligung zur Umstellung seiner Reklamelaterne vor dem Hause I., Stephansplatz 7, und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(11987.) St.-R. **Gottbauer** referiert über das Ansuchen der Anna Gräfin Goluchowska noe. der Stiftung „Maison Sainte Geneviève“ (Erzieherinnenheim) um Baubewilligung für ein Wohnhaus auf der Baustelle 8, Gruppe IV (ehemalige Reiterkaserne) Einl.-B. 997 VIII. Bezirk, und beantragt:

1. Den für die Herstellung des Torportales erforderlichen Grund per 0·60 m² der Partei um den Einheitspreis von 115 K per Quadratmeter, also um den Betrag von 69 K zu überlassen, wobei die Partei die Kosten der Grundabschreibung zu tragen hat.

2. Die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß für die Torportalfäche zu leistende Betrag per 69 K, sowie für die Zustimmung der Gemeinde zur Herstellung der Erker per 4·42 m² der Betrag von 115 K per Quadratmeter, d. i. 508 K 30 h, somit im ganzen der Betrag von 577 K 30 h vor Ausfertigung der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa erlegt werde.

(Angenommen.)

(12057.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Max und der Klara Pöbl um Baubewilligung für die Realität VIII., Florianigasse 62, und beantragt:

1. Die Schadloshaltung für den abzutretenden Grund per zirka 63·06 m² mit 60 K per Quadratmeter zu bestimmen, wobei die Partei die Kosten der Plananfertiigung und der Durchführung des Rechtsgeschäftes zu tragen hat.

2. Die Baubewilligung hinsichtlich der Erker unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Erkeranladefläche per 4·44 m² bei Berechnung der Schadloshaltung im dreifachen Ausmaße von der schadloszuhaltenden Fläche abgezogen werde.

(Angenommen.)

(11957.) St.-R. Gsottbauer referiert über die Asphaltierung der Garnisonsgasse von der Beethovengasse bis zur Van Swietengasse im IX. Bezirke, sowie über das Ergebnis der diesbezüglich abgehaltenen Offertverhandlung, und beantragt:

1. Das vorgelegte Detailprojekt wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 19.456 K 93 h genehmigt.

2. Für die Asphaltierarbeiten ist eine neuerliche Offertverhandlung mit kurzem Termin auszuschreiben.

3. Für die Erd- und Pflasterarbeiten wird das Offert des Eduard Berger (Kostenanschlagspreise und 20 Tage Arbeitsstermin) angenommen.

(Angenommen.)

(11940.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen der Allgemeinen Kredit- und Spargesellschaft „Mercur“ um eine weitere Ermäßigung eines Wassergebührenrückstandes per 552 K 92 h für das Haus VIII., Florianigasse 50 a, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(11961.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Canisius-Kirchenbauvereines um kostenlose Lieferung des Stromes für die elektrisch anzutreibende Sakristeiuhr in der Canisius-Kirche und beantragt, diesem Ansuchen gegen jederzeit möglichen Widerruf und unter der Bedingung Folge zu geben, daß an der Konstruktion und Schaltung der in derselben Sakristei untergebrachten Normaluhr keinerlei Änderung vorgenommen wird.

(Angenommen.)

(11962.) St.-R. Gsottbauer referiert über die Anschaffung einer Normaluhr mit elektrischem Aufzug für die Canisius-Kirche im IX. Bezirke und beantragt, der von der Firma Emil Schauer angebotene Austausch der derzeitigen Normaluhr in der Canisius-Kirche gegen eine solche mit elektrischem Aufzuge wäre zu genehmigen und wäre der Aufzählungspreis per 450 K gegen Übernahme einer fünfjährigen Garantie vom Tage der erfolgten Auswechslung und gegen Herabminderung des jährlichen Pauschales für die Instandhaltung und Bedienung dieser Uhr von 80 K auf 40 K zu bewilligen.

Mangels budgetmäßiger Deckung wäre der Betrag von 450 K auf den Reservefond zu überweisen.

Der Gang der neuen Normaluhr ist vom Bauamte zu überwachen und hierüber wie bisher dem Magistratsbericht zu erstatten.

(Angenommen.)

(11780.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Magistratsbericht wegen Verlängerung des Termines für die Vollendung der inneren Einrichtung des neuen Turnsaales im V. Bezirke, Grün-

gasse 14, und beantragt, den Termin bis 15. Oktober 1904 zu erstrecken.

(Angenommen.)

(11901.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 29. Mai 1904, Z. 36017, betreffend die Grundsteuerbefreiung der städtischen Gartenanlagen und beantragt:

1. Die vorliegende Entscheidung wird zur Kenntnis genommen.

2. Insofern in dieser Entscheidung der Rekurs der Gemeinde Wien, betreffend die Grundsteuerbefreiung für den Arenbergpark und Echterhazypark abgewiesen wurde, wird von einer Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof abgesehen.

3. Der Magistrat wird beauftragt, an das k. k. Finanzministerium das Ersuchen zu stellen, für den Arenbergpark und für den Echterhazypark ausnahmsweise im Gnadenwege die Grundsteuerfreiheit bewilligen zu wollen, und zwar unter Hinweis auf die bedeutenden Auslagen, welche die Erhaltung und Pflege dieser Anlagen verursachen.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(11986, 12076.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über das Ansuchen des Josef und der Johanna Red um Bewilligung zur Parzellierung der Realität Einl.-Z. 8 Weinhaus, XVIII. Bezirk, beziehungsweise um Schadloshaltung und beantragt, die angeforderte Parzellierung unter den vom Magistratsrat vorgeschlagenen Bedingungen zu bewilligen und gleichzeitig den Verzicht auf eine Schadloshaltung für die Grundabtretung zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(12090.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Entscheidung des Wiener Bezirkschulrates, mit welcher dem Volksschullehrer Leopold Schuster die 3. Dienstalterszulage jährlicher 200 K mit 1. Oktober 1904 zuerkannt wurde, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(11935.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Anregung wegen Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bürgerschul-Direktor Hans Lauer und beantragt, dem Genannten für sein mehr als 30jähriges erspriessliches Wirken auf pädagogischem und humanitärem Gebiete das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsticht der Taxen zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11988.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über das Ansuchen der Eheleute Josef und Marie Schrems um Bewilligung zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 70 Pöckleinsdorf im XVIII. Bezirke und beantragt, die beabsichtigte Abtrennung der im Plane mit den Buchstaben m i h g q o n (m) bezeichneten Fläche von der Realität Einl.-Z. 70 als Baustelle, welche im Grundbuche bereits durchgeführt erscheint und sich als Unter-Abteilung gemäß § 3, lit. b der Bauordnung darstellt, nachträglich zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11801.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über den Bericht des Magistratsrates Dr. Karl Schreiber über seine Teilnahme an der am 9. September 1904 zu Innsbruck stattgehabten Konferenz für Landesstatistik und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(11956.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Fahrbahnherstellung in der Eckergasse im XVIII. Bezirke von Dr.-Nr. 1 bis 21, einschließlich eines Teiles der Wallrißstraße und beantragt, den vorgelegten Kostenschlag mit dem bedeckten Erfordernisse von 9202 K 92 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(10288.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über das Ansuchen des Leopold Schreiber um Bewilligung zur nachträglichen Einzahlung der Renovationsgebühr per 40 K für das seit 27. Februar

1900 verfallene eigene Grab der Katharina Schreiber im Neustifter Friedhofe und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(11774.) **St.-R. Rissaweg** referiert über das Anbot der Siemens & Halske Aktiengesellschaft, betreffend die Entschädigung für Minderleistungen an Oberleitungsgeleiseanlagen, und beantragt:

Das von der Siemens & Halske Aktiengesellschaft im nachstehenden Protokolle vom 14. September 1904, Z. 1937, gestellte Anbot, betreffend die Entschädigung für Minderleistungen an Oberleitungsgeleiseanlagen wird genehmigt.

Im Sinne dieses Protokolles wird der Siemens & Halske Aktiengesellschaft der Ausbau der Straßenbahnlinie „Geißelbergstraße“ angefangen von der bestehenden Geleiseanlage am Gellertplatz bis auf eine Länge von 3200 m unter den im zitierten Protokolle angeführten Bedingungen übertragen.

Die restliche Teilstrecke im Ausmaße von zirka 642 m ist durch die Direktion der städtischen Straßenbahnen in eigener Regie auszubauen.

Die auflaufenden Kosten per 69.000 K sind in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. April 1903, Pr.-Z. 4445, bewilligten Kredite von 140.000 K zu bedecken.

Mag.-Abt. V, 1937 ex 1904.

Protokoll

am 14. September 1904

ausgenommen vor dem Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung V.

Gegenwärtige: Die Gefertigten.

Gegenstand ist die Verhandlung über die zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 17. August 1904, Pr.-Z. 10876 (Magistrats-Abteilung V, 1937), von der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ an die Siemens & Halske Aktiengesellschaft gestellte Forderung auf Entschädigung für Minderleistungen an Oberleitungsgeleisen.

Die Vertreter der Siemens & Halske Aktiengesellschaft erklären, auf die mit dem obigen Stadtrats-Beschlusse gestellten Forderungen nicht eingehen zu können, weil sie sowohl einige der in Anrechnung gebrachten Minderleistungen bestreiten, als auch ihrerseits Mehrleistungen in Anrechnung zu stellen haben, welche die Gemeinde nicht in Anschlag gebracht hat.

Nach eingehender Erörterung des Gegenstandes stellt die Siemens & Halske Aktiengesellschaft — im folgenden kurz die Gesellschaft genannt — im Vergleichswege folgendes Anbot:

1. Die Gesellschaft ist bereit, der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ als Entschädigung für die Minderleistungen an Geleiseanlagen mit Oberleitung 3200 m, d. i. dreitausend zweihundert Meter Geleiseanlagen mit Oberleitung samt vollständiger elektrischer Ausrüstung ohne Entgelt herzustellen. Hierunter sind jedoch etwaige Speiseleitungen nicht mit inbegriffen.

Auf den Bau dieser Geleiseanlagen haben die Bestimmungen des Bauübereinkommens vom 14. April 1902 sinngemäße Anwendung zu finden.

2. Die Ausführung der nach Punkt 1 zu erbauenden Geleise-länge hat auf der Linie Nr. 57 der alten Konzession „von der Himbergerstraße durch die Quellengasse, Absberggasse, Simmeringerstraße und Geißelbergstraße bis zur Simmeringer Hauptstraße“, und zwar derart zu geschehen, daß die Baustraße auf dem Gellertplatze im

Anschlusse an die dort bestehende Geleiseanlage beginnt und sich soweit erstreckt, bis die vereinbarte Geleiselänge von 3200 m erreicht ist.

Hierbei wird die der Gesellschaft bereits übertragene Teilstrecke von der Absberggasse bis zur Geiereckgasse in die auszuführende Geleise-länge eingerechnet.

Der Bauausführung ist das von der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorgelegte Projekt A, welches diesem Protokolle ange-schlossen und unterfertigt wird, zugrunde zu legen.

Bei der Berechnung der von der Gesellschaft herzustellenden Geleiselänge ist folgendes zu beobachten:

- a) Die beim Beginne der Linie erforderlichen Geleiseauswechslungen sind als kurrentes Geleise zu zählen;
- b) die Ausweichegeleise werden — ohne jeden Aufschlag für die Weichen — in der Weise in Anschlag gebracht, daß das durchlaufende Geleise in der Strecke zwischen den beiden Weichenenden doppelt gerechnet wird.

3. Unter der Voraussetzung, daß die erforderlichen behördlichen Bewilligungen noch im Jahre 1904 erfließen, wird die Gesellschaft den Bau der nach Punkt 2 auszuführenden Geleisestrecke bis Ende Juni 1905 vollenden.

4. Durch die von der Gesellschaft nach diesem Übereinkommen auszuführenden Bauarbeiten sind einerseits die Ansprüche, welche die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 17. August 1904, Pr.-Z. 10876, geltend gemacht hat, andererseits aber auch alle jene Forderungen befriedigt, welche die Gesellschaft aus den von ihr behaupteten Mehrleistungen an Geleiseanlagen mit Oberleitung samt elektrischer Ausrüstung erheben könnte.

5. Durch den vorstehenden Vergleich werden jene Forderungen, welche beide Teile etwa hinsichtlich der übrigen, der Gesellschaft mit dem Bauübereinkommen vom 14. April 1902 übertragenen, aber nicht die Geleiseanlagen mit Oberleitung betreffenden Bauarbeiten, sowie hinsichtlich der gemäß Beilage 3 des Bauübereinkommens vom 14. April 1902 auszuführenden Ergänzungsarbeiten aneinander stellen zu können glauben, nicht berührt.

Ausgenommen hievon sind die unter Nr. 54 und 56 der erwähnten Beilage 3 angeführten Ergänzungsarbeiten an den Linien „Obere Augartenstraße von der Unteren Augartenstraße durch die Klosterneuburgerstraße bis zur Wenzelgasse“ (Nr. 54 der alten Konzession) und „Sachshausenstraße von der Gumpendorferlinie den Wienfluß entlang bis zur Schönbrunnerbrücke“ (Nr. 65 der alten Konzession), hinsichtlich welcher Arbeiten, insoweit sie Geleiseanlagen mit Oberleitung betreffen, die Abrechnung in den vorstehenden Vereinbarungen inbegriffen ist.

6. Beide Teile verzichten auf die Anfechtung dieses Übereinkommens wegen Verkürzung über die Hälfte.

7. Mit diesem Anbote bleibt die Gesellschaft bis 30. September dieses Jahres im Worte.

Die Vertreter der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ erklären sich mit den vorgeschlagenen Vereinbarungen einverstanden, behalten aber für dieselben die Genehmigung des Stadtrates, beziehungsweise Gemeinderates, welche ohne Verzug eingeholt werden wird, vor.

Geschlossen und gefertigt:

Folgen Unterschriften.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(9135.) **St.-R. Rissaweg** referiert über die Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Favoritenstraße bis zur Grenzacker-gasse und beantragt:

Die Straßenbahnlinie Oper—Altes Landgut in der Strecke von der Schleiergasse bis zur Grenzacker-gasse ist im Jahre 1905 fertig-zustellen.

Das Detailprojekt ist rechtzeitig vorzulegen.

Behufs Deckung der hiefür auflaufenden Kosten per zirka 73.000 K ist im Präliminäre pro 1905 Vorsorge zu treffen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12050.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Magistrats-bericht, betreffend Entschädigung anlässlich der heurigen Wassermehrentnahme durch die Gemeinde Wien aus dem Quellengebiete oberhalb Kaiserbrunn, und beantragt: Die vom Vertreter der Gemeinde Wien vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtrates abgeschlossenen Vergleiche, betreffend die Entschädigung der Wiesenbewässerungsberechtigten (Flusselbister) in den Gemeinden Feisching, Breitenau, Schwarza, Wr.-Neustadt (einschließlich der I. und I. Theresianischen Militärakademie) endlich der Stadtgemeinde Wr.-Neustadt als Besitzerin des städtischen Bades daselbst, anlässlich der heurigen Wassermehrentnahme durch die Gemeinde Wien werden genehmigt und die bedeckten Entschädigungsbeträge von zusammen 1000 K zur ehesten Auszahlung bewilligt.

Dem Magistrats-Kommissär Dr. Sagmeister, welcher bei den Verhandlungen intervenierte, wird die volle Anerkennung des Stadtrates ausgesprochen.

(Angenommen.)

(9323.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Festsetzung der Amtskleider für die städtischen Bediensteten im Wiener Versorgungsheim und beantragt:

Die vorgelegten Uniformmuster werden genehmigt und der Magistrat ermächtigt, auf Grund dieser Muster eine Uniformierungsvorschrift auszuarbeiten, bei der jedoch folgende Änderungen platzzugreifen hätten:

Die Aufschläge sind für sämtliche Beamten aus Samt herzustellen, für jeden Status eine eigene Farbe zu wählen, und zwar wird für das Konzept rot, für die Ärzte schwarz, für die Buchhaltung grün, für die Verwaltung und die Kanzlei braun bestimmt.

Das Passépoile für die dunkelgrauen Uniformhosen hat zu entfallen. Statt gelber blanker Knöpfe werden gelbe matte Knöpfe mit dem in Hochrelief ausgeführten städtischen Adler vorgeschrieben.

(Angenommen.)

(11750.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Anbot der Anna Hofer auf Verkauf des Porträts des Volksdichters Johann Nepomuk Vogl von Maler Krepp an die Gemeinde Wien und beantragt die Ablehnung des Angebotes.

(Angenommen.)

(11806.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Anbot des Ignaz Pich auf Verkauf des Ölgemäldes „Abschied des Handwerksburschen“ von Eduard Ritter an die Gemeinde Wien und beantragt die Ablehnung des Angebotes.

(Angenommen.)

(11980.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Magistratsbericht, betreffend Einstellung der außerordentlichen Wasserentnahme für Wien aus dem Quellengebiete oberhalb des Kaiserbrunnens, und beantragt, die diesbezüglich vom Magistrate getroffenen Verfügungen zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(12083.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Erlaß der I. k. n.-ö. Statthalterei vom 13. August 1904, Z. VI-4292, betreffend die Baubewilligung für den Neubau eines Teiles des I. k. Allgemeinen Krankenhauses in Wien, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(12064.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Schlussrechnung, betreffend die Herblieferung für das Wiener Versorgungsheim, und

beantragt, die eingetretene Kostenüberschreitung von 11.293 K 54 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12062.) St.-R. Dr. Krenn referiert über Besuche um Abschreibung beziehungsweise Reduzierung von Wassergebühren für den Mehrverbrauch in Häusern des XVIII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge.

(Angenommen.)

(12087.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Dienstesentsagung des städtischen Oberarztes Dr. Ludwig Weinhardt und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(12055.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Einführung der Eigenregie im Bürgerversorgungshause und beantragt, für die ersten Tage des Oktobers, solange bis die Bestellung der betreffenden Kontrahenten erfolgt sein wird, die Verwaltung des Bürgerversorgungshauses zu ermächtigen, die Virtualien im Handeinkaufe zu besorgen.

(Angenommen.)

(11792.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bewilligung von Subventionen für sanitäre Zwecke pro 1904 und beantragt:

1. Den nachbenannten Vereinen für sanitäre Zwecke werden die beigefügten Beträge als Subvention pro 1904 bewilligt, und zwar:

- a) Kloster-Spital zum heiligen Franz von Assisi, V., Hartmann-gasse 7, 2000 K.
- b) Erstes öffentliches Kinder-Kranken-Institut, 600 K.
- c) Rettungs-Abteilung der Freiwilligen Turner-Feuerwehr und Rettungs-Abteilung Meidling, 1400 K.
- d) Rudolfiner-Verein 900 K.
- e) Freiwillige Feuerwehr und Rettungs-Korps, XVI., Neulerchenfeld, 400 K.
- f) Freiwillige Turner-Feuerwehr und Rettungs-Abteilung Simmering, 3600 K.
- g) Freiwillige Feuerwehr Rudolfsbügel, 1200 K (pro 1903).
- h) Freiwillige Feuerwehr Hütteldorf, XIII. Bezirk, 300 K.
- i) Verein zur Pflege des Jugendspieles im III. Wiener Gemeindebezirke, 1000 K.
- k) Ausschuß des Leopoldstädter Kinderhospital-Vereines, 2000 K.
- l) Konvent der Barmherzigen Brüder, Leopoldstadt, 2000 K.
- m) Direktion des I. allgemeinen St. Anna-Kinderhospitals, 8000 K.
- n) Maria Theresia-Frauen-Hospital, 2000 K.
- o) Kaiser Franz Josef-Ambulatorium, 800 K.
- p) Kronprinz Rudolf-Kinderhospital, 2500 K.
- q) Karoline Niede'sches Kinderhospital, 5000 K.
- r) Konvent St. Elisabeth, Wien, Landstraße, 2000 K.
- s) Österreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege, 400 K.
- t) Allgemeine Poliklinik, III., Mariannengasse 10, 2000 K.
- u) Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung in Wien, XII., Rosaliagasse 16, 100 K.
- v) Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen St. Josef-Kinderhospitals IV., Kolschitzkygasse 9, 4000 K.
- w) Rekonvaleszentenheim für arme Frauen, XIII., Rosenthalgasse 11, 600 K.

2. Unter einem wird ein Zuschußkredit (ad f) per 1200 K zur Ausgabe-Kubrik XXXVI 4 d genehmigt und ein Betrag von 1900 K (ad e, g und h) auf den Reservefond verwiesen:

3. Die Bewilligung erfolgt bei den unter Post c o f g h genannten Feuerwehrvereinen unter der Bedingung, daß der Subventionsbetrag ausschließlich für den Krankentransport und Rettungsdienst, bei dem unter Post g genannten Vereine also unter der Bedingung, daß die Subvention lediglich zur Bestreitung der Kosten für die Reparatur des Rettungswagens verwendet werden dürfe und

verrechnet werde, bezüglich der Freiwilligen Turnerfeuerwehr (Post f) übrigens noch gegen Einhaltung der an die Gewährung der Subvention pro 1901 geknüpften Bedingungen, welche sich auf die Berechnung der Subvention beziehen.

4. Die Ansuchen des „Vereines wohlthätiger Herzen“ und des „Vereines für Distriktskrankenpflege“ um Subvention, sowie das Ansuchen des Freiwilligen Feuerwehr- und Rettungskorps Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, um einen Beitrag von 1600 K zur Anschaffung eines Rettungswagens werden abgewiesen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11877.) **St.-R. Hößl** referiert über das Ansuchen der Anna Röttner um Enthebung von der Zahlung einer Kanaleinmündungsgebühr für den bei der Realität XIX., Grinzingerstraße Nr. 17 herzustellenden Hauskanal und beantragt, die Gesuchstellerin anlässlich der erfolgenden Einmündung des Hauskanales in den Straßenkanal derzeit von der Entrichtung einer Kanaleinmündungsgebühr zu entheben.

(Angenommen.)

(11874.) **St.-R. Oppenberger** referiert über das Ansuchen des Gemischtwaren-Verschleißers Johann Künstlinger um Bewilligung zur Aufstellung einer Warenstellage vor seinem Geschäftslokale II., Taborstraße 60 und beantragt die Abweisung aus Verkehrsrücksichten.

(Angenommen.)

(11906.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Vergrößerung der Lokale der Dienstvermittlungsstelle II., Kleine Sperlgasse 2 b und beantragt:

1. Zu den derzeit für Zwecke der städtischen Dienstvermittlung verwendeten Lokalen des städtischen Hauses II., Kleine Sperlgasse 2 b wird das im vorgelegten Plane mit D E F G H bezeichnete Ecklokale mit dem Zinswerte von jährlich 2200 K zugemietet beziehungsweise gewidmet.

2. Die Adaptierungskosten im Höchstbetrage von 520 K werden genehmigt und zur Ausgabrubrik LII 9 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses (520 K) bewilligt. (Angenommen.)

(12045.) **St.-R. Oppenberger** referiert über das neuerliche Offert des Wilhelm Wohlmayer, betreffend den Baugrund II., Pilsenbrunnengasse 2 und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungskomitees. (Angenommen.)

(12095.) **St.-R. Straßer** referiert über das Ansuchen des Gastwirthes Wenzel Sackel um Reduzierung des Platzzinses für die Tischaufstellung vor seinem Geschäftslokale XX, Wintergasse 16, und beantragt, die Herabsetzung des für die Zeit vom 1. Mai 1904 bis 1. Mai 1905 aushaftenden Platzzinses von 32 K auf 16 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(11769.) **St.-R. Straßer** referiert über den Rekurs der Mathilde Spitzer, Eigentümerin des Hauses XX., Gerhardsgasse 22, gegen den feuerpolizeilichen Auftrag des Bezirksamtes für den XX. Bezirk zur Entfernung des hausfälligen und eigenmächtig errichteten Schupfens im Hofe an der Nachbargrenze des Hauses XX., Klosterneuburgerstraße 54, und beantragt die Abweisung des Rekurses.

(Angenommen.)

(12093.) **St.-R. Straßer** referiert über die Sicherstellung der Dfenlieferung für das städtische Amtshaus im XX. Bezirke und beantragt, den Kostenanschlag über die Dfenherstellung mit dem veranschlagten Erfordernisse von 9510 K unter dem Beifügen zu genehmigen, daß in den Amtslokalen des Bezirksvorstehers, des Bezirksvorsteher-Stellvertreters und des Bezirksamtleiters Kachelöfen herzustellen sind und daß die Füllöfen für die Kotsfeuerung geeignet sein müssen.

Die Vergebung der Lieferung der Füllöfen habe auf Grund einer öffentlichen Offertverhandlung stattzufinden. (Angenommen.)

(9841, 9842.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Beschwerde des Wenzel Leitner wegen verweigerter Bewilligung zur Exhumierung seines am 3. August 1903 verstorbenen Sohnes Josef Leitner aus dem eigenen Grabe Gruppe IX, Nr. 108 am Hernalser Friedhose und Wiederbeerdigung desselben in dem Grabe Gruppe I, Nr. 72 im selben Friedhose und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12053.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Renovierung der Arkaden am Hernalser Friedhose und beantragt:

1. die Malerei sämtlicher Gesimse und Eisenen in den 130 Arkaden des Hernalser Friedhofes nach dem von der Kommission ausgewählten Muster in Steingrün durch den städtischen Kontrahenten für den XVII. Bezirk, und zwar zu dem Einheitspreise von 10 K per Arkadenfeld ausführen zu lassen;

2. nach demselben Muster und auf gleiche Art Malerei der Abschlußwände (zirka 60) zum Preise von 10 K per Wand ausführen zu lassen;

3. das Stadtbauamt zu beauftragen, die Bedachung sämtlicher Arkaden im kurrenten Wege instandzusetzen und hierfür den Höchstlostenbetrag von 1100 K zu genehmigen;

4. wegen Ausmalung der rückwärtigen Arkadengruftwände mit den Gruftbesitzern dahin zu verhandeln, daß die rückwärtigen Arkadenwände auf Kosten der Gemeinde nach obigem Muster ausgemalt werden, wogegen seitens der Gruftbesitzer ein für allemal ein Betrag von je 40 K per Gruft als Beitrag zu den Herstellungen und zur Erneuerung der Malerei geleistet wird;

5. die Malerei dieser rückwärtigen Arkadenwände gleichfalls durch den städtischen Kontrahenten für den XVII. Bezirk zum Einheitspreise von 10 K per Feld herstellen zu lassen.

(Angenommen.)

(12074.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über den Rekurs des Friedrich Ehrenfest wegen verweigerter Bewilligung zur Warenausstellung IX., Alserbachstraße 26, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(11979.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Festsetzung von einheitlichen Zahlungssterminen für die Wassermesser-Instandhaltungsgebühren und beantragt:

Es wird genehmigt, daß die Abrechnung der halbjährig nachhinein zu zahlenden Gebühren für die Instandhaltung der Wassermesser ohne Ausnahme mit 30. Juni und 31. Dezember jedes Jahres zu erfolgen hat und ist hierauf auch bei den künftig zu schließenden Verträgen über die Instandhaltung von Wassermessern Bedacht zu nehmen.

Bezüglich der bereits bestehenden Verträge wird der Magistrat ermächtigt, im kurzen Wege und unter Zuziehung der Stadtbuchhaltung mit den betreffenden Kontrahenten eine bezügliche Vereinbarung zu treffen. (Angenommen.)

(11868.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen des Albert Frankl um Genehmigung einer Planauswechslung, betreffend den Neubau Dr.-Nr. 44 Neubaugasse, und beantragt:

1. die Auswechslungsbewilligung zu bestätigen;

2. von der Bedingung der lichten Färbelung der Hofassade und der Einverleibung der Verpflichtung, diese Färbelung dauernd zu erhalten, abzusehen, und zwar unter der Bedingung, daß die Fassadenflächen des an die Schule anstoßenden Lichthofes mit dem vorgelegten Muster gleichen Klinkerplatten belegt und dauernd so erhalten werden

und daß diese Bedingung lediglich in die Baubewilligung aufgenommen wird. (Angenommen.)

(11931.) St.-R. Weitmann referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei, betreffend die Erbauung eines Pavillons und eines Prospektgebäudes beim Sophienspitale, und beantragt, der von den Vertretern der Gemeinde bei der Verhandlung am 17. September 1904 vorbehaltlich der Beschlußfassung des Stadtrates ausgesprochenen Zustimmung die Genehmigung zu erteilen. (Angenommen.)

(12043.) St.-R. Bauer referiert über das Kaufangebot des Michael Rühmayer auf die Baustellen der städtischen Liegenschaft XIII., Pinzerstraße 241 und beantragt die Ablehnung wegen weitläufig zu geringen Angebotes. (Angenommen.)

(11661.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen des Verschönerungsvereines Hadersdorf-Weidlingau und Mariabrunn um die Bewilligung zur Aufstellung von fünf Holzbänken im Bürgerhospital-Notwasserwalde, und zwar auf dem vom Mühlberge durch den genannten Forst, Abteilung 9 und 10, nach Baunzen führenden Weg und beantragt, diesem Ansuchen unter der Bedingung stattzugeben, daß sich der Verein mittels Reverses verpflichtet, die Objekte über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien auf seine Kosten und ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung zu entfernen. (Angenommen.)

(11948.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen des Verschönerungsvereines Hadersdorf-Weidlingau und Mariabrunn um Bewilligung zur Anpflanzung von Bäumen auf dem linksseitigen Wienflußdamme entlang des Wienfluß-Einlaufgerinnes in Hadersdorf-Weidlingau in den Strecken zwischen den Realitäten Niebauer bis einschließlich Kurz, und Mählredler bis einschließlich Pech und beantragt, diesem Ansuchen unter den vom Magistrat vorgeschlagenen Bedingungen Folge zu geben. (Angenommen.)

(11740.) St.-R. Bauer referiert über fünf Gesuche aus dem XIII. Bezirke um Abschreibung beziehungsweise Herabsetzung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung der falls vom Bezirksamte gestellten Anträge. (Angenommen.)

(12048.) St.-R. Schreiner referiert über die Verpachtung von Grundstücken und Objekten des Fondgutes Spitz a. d. Donau und beantragt:

1. Das vom Forstamte Spitz a. d. Donau vorgelegte Grundverpachtungs-Elaborat über jene Grundstücke, deren Pachtzeit mit 1. November 1904 endigt, sowie die im Berichte des Forstamtes vom 1. Juni 1904, Z. 85, sub Punkt 1 bis 11 gestellten Anträge werden genehmigt. Die bezeichneten Gründe sowie der Keller beim Schlosse sind, mit Ausnahme jener Objekte, deren Verpachtung aus freier Hand auf weitere sechs Jahre beantragt erscheint, unter gleichzeitiger Genehmigung der Aukufspreise, im öffentlichen Versteigerungswege zu verpachten. Die Pächter haben sich nicht nur den vom Forstamte in den speziellen Fällen beantragten besonderen Bedingungen, sondern auch den allgemeinen Bestandsbedingungen zu unterwerfen.

2. Die Personen- und Wagenüberfuhr über die Donau zwischen Spitz und Ritter-Arnsdorf mit zwei Waidzillen und einer Rutze ist ab 1. November 1904 bis 1. November 1908, also auf die Dauer von vier Jahren, unter gleichzeitiger Genehmigung des Aukufspreises von 100 K pro Jahr im öffentlichen Versteigerungswege zu verpachten.

Der vom Stadtrate genehmigte Ersleher hat sich sowohl den speziellen (F.-N.-Z. 129 ex 1898) Bedingungen als auch den im Erlasse der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 19. Dezember 1903, Z. 94925, vorgeschriebenen Bedingungen und dem von der k. k. n.-ö. Statthalterei zur Z. VI-850 am 1. März 1904 genehmigten Tarif zu

unterwerfen, sowie eine Kaution in der Höhe des einjährigen Pachtzinses beim Forstamte Spitz zu erlegen. (Angenommen.)

(12047.) St.-R. Schreiner referiert über den vom Wiener Bürgerhospitalforstamte Spitz a. d. Donau vorgelegten Holzfallungsausweis über die Fällungsperiode 1903/04 und beantragt:

Der vorgelegte Holzfallungsausweis wird genehmigend zur Kenntnis genommen. Die infolge von Elementarschäden (Eis- und Schneeanhang) notwendig gewordene Mehrfällung per 922-33 rm beziehungsweise 645:686 fm ist auf zwei Jahre aufzuteilen. (Angenommen.)

(11783.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Aufstellung von Reversen anlässlich Kreuzungen der Wiener Stadtbahn mit Kabelleitungen der städtischen Elektrizitätswerke und beantragt, der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke die Ermächtigung zu erteilen, bei Kabellegungen ober- oder unterhalb von Stadtbahnlinien die von der Kommission für Verkehrsanlagen gewünschten Reverse ohne Einholung eines besonderen Stadtrats-Beschlusses auszufertigen, insofern durch solche Reverse der Gemeinde keine neuen Verbindlichkeiten gegenüber dem Stadtbahnunternehmen auferlegt werden sollen, sondern bloß der unveränderte Fortbestand bereits bestehender Verpflichtungen anerkannt wird. (Angenommen.)

(11787.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der k. k. Finanz-Prokuratur um Lösungserklärung bezüglich der auf der Liegenschaft Einl.-Z. 330 Grundbuch des VII. Bezirkes haftenden Realkasten und beantragt, die Ausstellung der Lösungserklärung im Sinne des Magistrats-Antrages gegen Kostenersatz zu bewilligen. (Angenommen.)

(11828.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das neuerliche Ansuchen des Niederösterreichischen Bauvereines um Übertragung eines Teiles der Kat.-Parz. 657/1, V. Bezirk, in das öffentliche Gut und beantragt:

Die Gemeinde Wien überträgt den mit den Buchstaben b e d f a b umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 657/1, Einl.-Z. 818 V. Bezirk, per zirka 20-84 m² unter der Bedingung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut, daß der Niederösterreichische Bauverein der Gemeinde Wien hiefür eine Entschädigung im Betrage von 22 K per Quadratmeter bezahlt und sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte verbundenen Kosten und Gebühren trägt.

Die Entschädigungssumme ist binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes fällig. (Angenommen.)

(11984.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Bericht des Stadtbauamtes wegen Aufhebung der noch bestehenden Einschränkungen der Wasserentnahme aus der Hochquellen- und Wientalwasserleitung und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(11763.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Karl Diehl'schen Stiftungsschule um Bewilligung einer Subvention und beantragt, der von der Leitung der Karl Diehl'schen Stiftungsschule vorgelegte Voranschlag über die Bedürfnisse dieser Schule im Verwaltungsjahre 1904/05 wird im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 1. Oktober 1880, Z. 4986, genehmigt und der genannten Stiftung zur Deckung der voraussichtlichen Abgänge eine Subvention im Betrage von 1600 K gewährt. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12022.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den von der k. k. n.-ö. Statthalterei übermittelten Entwurf eines Stiftbriefsnachtrages zum Stiftbrieffe über die Heinrich Losch v. Losenausche

Stiftung für arme Handwerker und beantragt, dem Entwurfe mit dem Beifügen zuzustimmen, daß in denselben

1. noch die Bestimmung aufgenommen werde, daß bei jeder Verleihung in erster Linie solche Individuen zu berücksichtigen sind, welche außerdem, daß sie die stiftsbriefliche Eignung besitzen, auch noch in Wien heimatsberechtigt sind oder wenigstens ihren ordentlichen Wohnsitz haben;

2. die im Magistrats-Referate weiters vorgeschlagenen Abänderungen aufgenommen werden. (Angenommen.)

(12073.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Rosa Holy wegen verweigerter Anweisung eines Verkaufsstandes auf dem Kärntnermarkte und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12061.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über fünf Gesuche aus dem V. Bezirke um Abschreibung, beziehungsweise Herabsetzung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Abschreibung, beziehungsweise Reduzierung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

* * *

(Richtigstellungen.) Im Amtsblatte Nr. 76 ex 1904 hat es auf Seite 1794, zweite Spalte, Zeile 23 von oben, anstatt 457.42 m², richtig zu heißen: 45.742 m².

Ferner hat es auf Seite 1795, 1. Spalte, Zeile 11 von oben anstatt: Kanzlistenstellen, richtig zu heißen: Konzipistenstellen.

Bezirksvertretungen.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Währing vom 9. September 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Anton Baumann.

Mitteilungen.

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß dem Einspänner-Inhaber Anton Scherzer die Umstellung seiner Einspänner-Lizenz Nr. 1172 von I., Wipplingerstraße nach Währingerstraße 126/128 bewilligt wurde. Da durch diese Bewilligung der wohlwogene, eingehendst und durchaus sachlich motivierte abweisliche Beschluß der Bezirksvertretung keine Beachtung gefunden habe, werde er namens der Bezirksvertretung in Verfolgung dieser Angelegenheit in seiner Eigenschaft als Landtags-Abgeordneter eventuell beim Herrn Statthalter hierüber Beschwerde führen. (Lebhafte Zustimmung.)

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VII vom 26. August 1904, Z. 92, betreffend Kanalisierung der verlängerten Herbedstraße und der verlängerten Wallrißstraße im XVIII. Bezirke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII vom 28. Juli 1904, Z. 2017, betreffend Warnung vor ausländischen Losratern und Serienlos-Unternehmungen.

Zur Kenntnis.

Anträge.

B.-B.-St. Argauer beantragt, anlässlich der im nächsten Jahre unbedingt notwendigen Umpflasterung der Kutschergasse die

Ausgießung des Pflasters mit Asphalt, Errichtung einiger Hydranten, sowie einiger elektrischer Vogenlampen in der Art, wie diese am Kohlmarkt angebracht sind.

Angenommen.

B.-B. Lohr beantragt die Herstellung eines gepflasterten Überganges in der Semperstraße beim Hause Nr. 34.

Angenommen.

Referate.

B.-B. Dr. Hofer referiert über den Antrag der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes Hiezing, die Gemeinde möge eine Art historischen Kalender oder Chronik über die Entwicklung der Stadt Wien in den verschiedenen Zeitperioden herausgeben, die namentlich auch die Biographie derjenigen Personen zu enthalten hätte, nach welchen Straßen, Plätze, Brücken u. dgl. benannt sind, und beantragt Anschluß.

Angenommen.

B.-B. Dr. Janistym referiert über das Ansuchen des Vereines zur Bekleidung armer Schulkinder von Lichtental und Himmelpfortgrund um Gewährung einer Subvention und beantragt Abtretung an die Bezirksvorsteherung des IX. Bezirkes, da hierorts der Bedarf und die Höhe einer zu gewährenden Subvention nicht beurteilt werden kann.

Angenommen.

Derselbe referiert über den Antrag des X. Bezirkes Favoriten, es sei mit Rücksicht auf die letzter Zeit sich mehrenden Kaufpreisse mit tödlichem Ausgange in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angezeigt wäre, gegen die nicht nach Wien zuständigen Messerhelden mit der polizeilichen Abschaffung aus Wien vorzugehen, und beantragt Anschluß nach der Richtung, daß im Gesetzeswege die Möglichkeit der Abschaffung bei Verurteilung wegen durch Messer und andere derartige Instrumente zugefügten Verletzungen geschaffen werde.

Angenommen.

Derselbe referiert über eine Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk, worin mit Bezug auf den Zirkular-Erlaß der k. k. n.-ö. Statthaltereie vom 30. Juni 1904, Z. XIII-871, betreffend Einführung des Wetterprognosendienstes, um Abgabe einer Äußerung darüber ersucht wird, ob, eventuell welche Veranlassungen im Interesse der Landwirte des XVIII. Bezirkes zu treffen wären, und beantragt, die den Kurstelegrammen angehängten Wetterprognosen durch ein dazu bestelltes Organ der Gemeinde sofort dechiffrieren zu lassen, das dechiffrierte Telegramm der Feuerwehr Währing zu übergeben, die es durch Anschlag an der Kundmachungstafel zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und unverzüglich an die Feuerwehren Gersthof, Fögleinsdorf und Neustift am Walde zu gleichem Zwecke telegraphisch weiterzuleiten hätte. Ein zweites Exemplar desselben wäre am Amtshause an geeigneter, deutlich sichtbarer Stelle zu affigieren.

Angenommen.

B.-B. Kulhanek referiert über das Ansuchen des christlichen Vereines „Nächstenliebe“, XVIII., Martinsstraße 86, um Bewilligung einer Subvention und beantragt, die Gewährung einer Subvention im Betrage von 200 K auch für das Jahr 1904 zu befürworten.

Angenommen.

B.-B. Littauer referiert über das Ansuchen des Vereines „Kinderhort“ um Gewährung einer Weihnachts-Subvention und beantragt, die Bewilligung einer Subvention in der Höhe des vorjährigen Betrages, d. i. von 100 K zu befürworten.

Angenommen.

Derselbe referiert über das weitere Ansuchen des Vereines „Kinderhort“ um Bewilligung einer Subvention für das Jahr 1904

und beantragt, die Gewährung einer solchen im Betrage von 1200 K wie im Vorjahre zu befürworten.

Angenommen.

B.-R. Lohr referiert über das Ansuchen der Leitung der Unterrichts-Abteilung für schwachstünige Kinder, XVIII., Anastasius Grüngasse 10, um Bewilligung einer Subvention für das Jahr 1904 und beantragt, die Gewährung einer solchen im Betrage von 500 K auch pro 1904 zu befürworten.

Angenommen.

Derselbe referiert über das weitere Ansuchen der Unterrichts-Abteilung für schwachstünige Kinder um Bewilligung einer Subvention zur Weihnachtsbescherung und beantragt, die Gewährung einer solchen im Betrage von 200 K wie im Vorjahre zu befürworten.

Angenommen.

B.-R. Nowak referiert über den Antrag der Bezirksvertretung Favoriten, es sei den Bazaren und Papierhandlungen der Verkauf von „Schleudergummi“ und „Knallbomben“ an Kinder polizeilich zu verbieten, und beantragt Anschluß mit dem Zusätze, es sei dieses Verbot hinsichtlich der Knallbomben auch auf die Erzeugung fürs Inland, sowie den Import und Verkauf überhaupt auszudehnen.

Angenommen.

B.-R. Köhl referiert über den Antrag der Direktion der städtischen Sammlungen, den im Regulierungsplane mit II. bezeichneten Straßenteil, da sich derselbe als eine Verlängerung der Herbeckstraße darstelle, in diese Benennung einzubeziehen und beantragt Zustimmung.

Angenommen.

B.-R. Scheidl referiert über den Antrag der Bezirksvertretung des XII. Bezirkes Meidling, neu zu errichtende Straßenzüge in ihrer ganzen Breite tunneltieren und in die so geschaffenen Tunnels alle im Straßenkörper liegenden Objekte wie Gas-, Wasser-, Telegraphenleitungen, Kanäle u. s. w. verlegen zu lassen, von wo aus alle Neuherstellungen und Reparaturen oberwählter Unterbauten vorgenommen werden könnten, ohne die Straßenflächen zu beschädigen und den allgemeinen Verkehr zu behindern, und beantragt Anschluß.

Angenommen.

B.-R. Trumler referiert über das Ansuchen des humanitären Vereines „Die Pilger“ um Bewilligung einer Subvention für das Jahr 1904 und beantragt, dieses Ansuchen für heuer nicht zu befürworten.

Angenommen.

Derselbe referiert über das Ansuchen des Vereines hilfsbedürftiger Schulkinder um Bewilligung einer Weihnachtssubvention und beantragt, die Gewährung einer solchen im Betrage von 400 K wie im Vorjahre auch pro 1904 zu befürworten.

Angenommen.

Derselbe referiert über den Antrag der Bezirksvertretung des XV. Bezirkes Fünfhaus, betreffend Anbringung der Haltestellentafeln auf Gasandabern und Leitungsmasten der städtischen Straßenbahn und beantragt Anschluß.

Angenommen.

Derselbe referiert über eine Eingabe des Hausbesizers Hans Pachter, XVIII., Achamergasse 3, betreffend Säuberung des Hauses Nr. 2 Achamergasse von den daselbst wohnenden öffentlichen Dirnen und Einstellung des lärmenden Treibens in den umliegenden drei Nachtkaffeehäusern, und beantragt Abtretung dieser Eingabe an die k. k. Polizei-Direktion mit dem dringenden Ersuchen um eheste Abstellung der gerügten Übelstände.

Angenommen.

B.-R. Wildfeuer referiert über das Ansuchen der humanitären Tischgesellschaft „Gemütliche Währinger“ um Bewilligung einer Weihnachtssubvention und beantragt, dieses Ansuchen mit Rücksicht auf das derzeit noch zu unbedeutende Wirken desselben nicht zu befürworten.

Angenommen.

Derselbe referiert über den Antrag der Bezirksvertretung des X. Bezirkes Favoriten, betreffend Verbot des offenen Ausstellens von zum Genusse bestimmten Artikeln, und beantragt Anschluß.

Angenommen.

B.-R. Willersdorfer referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul, XVIII., Antonigasse 72, um Bewilligung einer Subvention zur Weihnachtsbescherung für das Jahr 1904 für die von ihr erhaltene Mädchen-Volksschule, den Kindergarten und die Kinderbewahrschule und beantragt, die Gewährung einer Subvention im Betrage von 500 K auch für das Jahr 1904 zu befürworten.

Angenommen.

Wahlen.

Zum Armenrate des XVIII. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis Ende 1907 wurde Herr Mansuet Strauß, Gemischtwaren-Verfleißer, Ahrenhoffgasse 10, gewählt.

Die auf der Tagesordnung stehende Wahl von drei Mitgliedern und einem Ersatzmann in den Ortsschulrat für den XVIII. Bezirk Währing wird von derselben abgesetzt.

(XV. Gemeindebezirk, Fünfhaus.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom 17. September 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Dr. Josef Mattis**.

Wahlen.

(1327, 1334, 1420 und 1741, M.-Abt. XI.) Zu Armenräten des XV. Bezirkes werden gewählt die Herren:

Anton Appel, k. k. Depositen-Verwahrer, Zindgasse 13, mit 16 Stimmen (an Stelle des zurückgetretenen Armenrates Anton Hausladen).

Eduard Reitmann, k. k. Professor, Klementinengasse 11, mit 15 Stimmen (an Stelle des verstorbenen Armenrates Wilhelm Lang).

August Grimm, Gastwirt, Grangasse 6, mit 16 Stimmen (an Stelle des ausgeschiedenen Armenrates Ignaz Girardelli).

Ferdinand Gottlob, Bürger und Cafétier, Mariahilfergürtel 25, mit 16 Stimmen (an Stelle des verstorbenen Armenrates Robert Döler).

Sämtliche mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1907.

(1398, Bez.-Sch.-R.) Zum II. Ersatzmann des Ortsschulrates des XV. Bezirkes wird Herr Heinrich Bernd, Bezirksrat, Bürger und Hausbesitzer, Herkloggasse 28, mit 15 Stimmen gewählt.

Einkauf.

(1307.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend die Ausgestaltung der Gartenanlage am Henriettenplatze.

Zur Kenntnis.

(1397.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend die Ausgestaltung der Baumpflanzung in der Felberstraße und Aufstellung von eisernen Baumschützern bei sämtlichen Bäumen daselbst.

Zur Kenntnis.

(1424.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVII, betreffend Ausdehnung der Konzessionen von Kaffeeshenkern auf Verabreichung von Rum und Kognak als Beigabe zum Kaffee.

Zur Kenntnis.

(1751.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend Absehung von der Errichtung einer Wartehalle der städtischen Straßenbahn im XV. Bezirke, Ecke des Mariahilfergürtels und der Mariahilferstraße.

Zur Kenntnis.

(1752.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend Errichtung einer Wartehalle der städtischen Straßenbahn Ecke der Friedhofstraße und Hütteldorferstraße im XIII. Bezirke.

Zur Kenntnis.

(1470.) Beschluß der Bezirksvertretung des XII. Bezirkes wegen Tunnellierung der Straßenzüge behufs Unterbringung der Leitungen und Kanäle daselbst.

Zustimmung.

(1658.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Bezirkes wegen Erlasses eines Verbotes des Verkaufes von Schleudergummi und Knallbomben.

Zustimmung.

(1659.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Bezirkes auf Erlassung eines Verbotes des sanitätswidrigen Ausräumens von Nahrungsmitteln.

Erscheint gegenstandslos, da ein solches Verbot bereits besteht.

(1670.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Bezirkes wegen polizeilicher Abschaffung der nicht zuständigen Personen, welche sich an Kaufzessen und Messerstechereien beteiligen.

Zustimmung.

(1766.) Beschluß der Bezirksvertretung des III. Bezirkes wegen Abrechnung der für Kadabweiser und Einwurfsöffnungen an die Gemeinde zu entrichtenden Anerkennungszinse bei Bemessung der Hauszinssteuer als Passivpost vom Bruttozins.

Zustimmung.

Anträge.

B.-R. Kraus beantragt, es sei auf die Pflasterung der Friedhofstraße im XIII. Bezirke zu dringen, da jetzt der Kanal etc. daselbst hergestellt und ein Aufreißen der Straße nicht mehr zu gewärtigen sei.

Angenommen.

B.-R. Kraus beantragt, es sei das Polizei-Kommissariat Rudolfsheim zu ersuchen, daß der Friedrichsplatz vor den beiden Bürgerschulen öfters untertags von der Sicherheitswache begangen und strenge beaufsichtigt werde, am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag abends von 5 bis 8 Uhr und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr vormittags ein Wachposten daselbst aufgestellt werde, da vor den Schulen häufig großer Lärm herrsche, wodurch der Unterricht gestört wird, an den letztgenannten Tagen jedoch zahlreiche Burschen auf die aus der Fortbildungsschule kommenden Mädchen warten und allerlei Unfug getrieben wird.

Angenommen.

B.-R. Pakesch und **Schwab** beantragen, es sei die Herstellung der bereits genehmigten zehn Bogenlampen bei der ehemaligen Mariahilferlinie zu betreiben.

Angenommen.

B.-R. Kraus beantragt hierzu, es sei die elektrische Beleuchtung der ganzen Mariahilferstraße zu verlangen.

Angenommen.

B.-R. Holubek beantragt, daß die Fischverkaufshalle am Neubaugürtel gegenüber der Goldschlagstraße, welche derzeit parallel zum Neubaugürtel steht, derart aufgestellt werde, daß die Rückwand an den Park angrenzt und die Halle senkrecht zum Gürtel zu liegen kommt, da derzeit die Halle den Ausblick auf die Straßenbahn hindert und leicht Unglücksfälle entstehen können.

Angenommen.

B.-R. Holubek beantragt, für den Sitzungssaal der Bezirksvertretung eine Tafel anzuschaffen, um bei Anträgen die Situation erforderlichenfalls skizzieren zu können.

Angenommen.

B.-R. Lintner beantragt, es sei dahin zu wirken, daß der der Gemeinde Wien gehörige Platz an der Ecke der Goldschlagstraße und Zindgasse, welcher derzeit vermietet ist, seitens des Mieters abgesperrt und die Einpflanzung ordentlich hergestellt werde.

Angenommen.

B.-R. Fleischhacker beantragt, es sei zu veranlassen, daß der dem Bürgerspitalsfond gehörige Platz hinter den Zirkusstellungen, Aufmarschstraße 3, eingepflanzt werde und es sei diesbezüglich mit einer Platanenfirmen in Verhandlung zu treten, damit diese den Platz einpflanzt, um das Schuttableeren daselbst zu verhindern.

Angenommen.

Schluß der Sitzung.

(XII. Gemeindebezirk, Meidling.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom **21. September 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Josef Raxson.**

Der **Vorsitzende** widmet dem am 9. September 1904 verstorbenen Armen- und Bezirksrate **Anton Link** einen tiefempfundnen Nachruf, wobei sich die Versammelten zum Zeichen der Trauer von den Sigen erheben.

Einlauf.

Über Zuschrift des Ortschaftsrates des XII. Bezirkes wird beschlossen, daß die Bezirksvertretung des XII. Bezirkes dem Ansuchen des Ortschaftsrates des XII. Bezirkes um Wiedererrichtung der bis 1897 hierbezirks bestandenen Kinderbewahranstalt beitrifft und maßgebenden Ortes das gleiche Ansuchen stellt.

Dem Antrage der Bezirksvertretung des XV. Bezirkes auf Anbringung der Straßenbahn-Haltestellentafeln an Gaslandelabern und Leitungsmasten und Auflassung der selbständigen Säuler wird zugestimmt.

Betreffs des Antrages der Bezirksvorsteherung des X. Bezirkes auf Erlassung eines Verbotes des Warenausräumens ohne Verwendung von Staub-Schutzhüllen wird Übergang zur Tagesordnung beschlossen.

Dem Antrage derselben Bezirksvertretung auf Erwirkung eines Verbotes des Verkaufes von „Schleudergummi“ und „Knallbomben“ wird beigetreten.

Dem Antrage der Bezirksvertretung des III. Bezirkes auf Erwirkung der Abzugsfähigkeit der Anerkennungszinse als Passivpost bei Feststellung des richtiggestellten Zinses bei Häusern wird zugestimmt.

Anträge.

Über Antrag des **B.-R. Polz** wird beschlossen, Schritte zu unternehmen, damit das Hausieren mit Schuhen nicht überhandnehme, vielmehr verboten werde.

B.-R. Polz stellt weiters den Antrag, daß die Gemeinde Wien keine Pensionisten in Zukunft mehr anstelle oder verwende, da diese nur anderen Erwerbslosen das Brot wegnehmen, ohne anderseits Bollwertiges leisten zu können.

Es gelangt dieser Antrag zur Annahme und er wird sämtlichen Bezirksvertretungen zur Stellungnahme übermittelt.

B.-B.-St. Donner übernimmt den Vorsitz.

B.-B. Kasson stellt folgenden Antrag:

Es sei im Einvernehmen mit den anderen Bezirksvertretungen Wiens dahinzuwirken, damit aus Staatsmitteln Anstalten für Kinder, deren Eltern oder Angehörige an Tuberkulose leiden, errichtet werden und daß diejenigen Personen, welche aus öffentlichen Rücksichten wegen Verschleppungsgefahr von ansteckenden Krankheiten an der Ausübung ihres Berufes gehindert sind, vom Staate entschädigt und eventuell mit ihren in ihrer Versorgung stehenden Angehörigen versorgt werden.

Dieser Antrag gelangt zur einstimmigen Annahme.

B.-B. Kasson übernimmt wieder den Vorsitz.

Dem Antrage des **B.-B.-St. Donner** auf Einführung eines direkten Straßenbahnverkehrs von Hagenendorf nach dem Neuen Markte wird zugestimmt.

Dem Antrage desselben auf Verlegung des Auslaufbrunnens der Hochquellenleitung bei der Endstation der Straßenbahnlinie Hagenendorf wird aus Verkehrs Rücksichten zugestimmt.

Der Antrag desselben auf Kenntlichmachung der Endstation der Straßenbahnlinie Hagenendorf durch Anbringung einer elektrischen Vogenlampe und Errichtung einer Wartehalle wird angenommen.

Dem Antrage der Bezirksvorstehung Favoriten auf Feststellung des Prozentfahes heimatzuständiger Wiener Messerhelden und Abschaffung auswärtiger Kaufbolde wird zugestimmt.

Wahl.

Über Ersuchen der Magistrats-Abteilung XI wird unter Beobachtung der Vorschriften über die Armenpflege in Wien zur Ergänzungswahl von Armenräten geschritten und es erscheinen mit 20 abgegebenen Stimmen folgende Herren einstimmig gewählt (Funktionsdauer bis Ende 1907):

- Karl Deschauer, Tierarzt und Hausbesitzer, Grieshofgasse 8;
- Emil Franz Fischer, Gemischtwarenhändler, Mandlgasse 17;
- Wilhelm Schreyer, Drogist, Bonhngasse 28;
- Karl Staller, Geschäftsführer, Zeleborgasse 22.

Interpellationen zc.

B.-R. Schausler bittet um Beschleunigung der Arbeiten bei den Regenwasserkanälen in Hagenendorf, damit diese Arbeiten, welche die gewerbereibende Bevölkerung durch ihre Verzögerung schwer schädigen, nicht noch über den Winter andauern.

Einstimmiger Beschluß einer Betreibung.

B.-R. Adlersflügel ersucht wegen Errichtung einer neuen Schule in Meidling maßgebenden Ortes dringend vorstellig zu werden.
Angenommen.

B.-R. Schmußer fragt an, ob denn doch noch heuer mit dem Baue des schon längst bewilligten Schulhauszubaues begonnen wird. Da der **Vorsitzende** diesbezüglich keine Zusage machen kann, wird eine Betreibung beschlossen.

B.-R. Adkerl ersucht, an das k. k. Polizei-Kommissariat Meidling heranzutreten, damit auf dem Meidlinger Marktplatze wegen der Bedrohung der körperlichen Sicherheit zur Nachtzeit ein Wachposten aufgestellt werde.

Angenommen.

B.-R. Mandl ersucht, ein Schreiben an die städtischen Straßenbahnen zu beschließen, daß zur Ausbesserung des Pflasters von Meidlinger Hauptstraße 1/2 bis 13/14 zwischen den Schienen nur mehr neue Steine verwendet werden, damit endlich dieser Straßenteil in Ordnung komme.

Angenommen.

B.-R. Pensch fragt an, wie lange noch die Bevölkerung des XII. Bezirkes auf die Errichtung der Telephon-Neben-Zentrale warten müsse.

Der **Vorsitzende** erklärt, daß die Errichtung der Zentrale gleich nach der Übersiedlung der Freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling vom Amtshause in das neue Depot in der Ruckergasse zu erwarten sei, da das Depot bereits fertig, stehe die Frage vor ihrer unmittelbaren Lösung.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim.

September 1904.

Eingelegt von 4487 Parteien	1,900.379 K 35 h
Rückgezahlt an 3312 Parteien	1,455.396 " 31 "
Im abgelaufenen III. Quartal 1904.	
Eingelegt von 14.385 Parteien	5,737.717 K 29 h
Rückgezahlt an 12.176 Parteien	5,073.516 " 95 "
Stand am 30. September 1904.	
Gesamt-Einlagen auf 42.754 Konti	48,731.406 K 52 h
Hypothekendarlehen	35,517.964 " 95 "
Das Kassavirement belief sich im III. Quartale	
1904 auf	17,286.195 " 39 "

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals.

September 1904.

Einlagen im Monat September 1904 von	
4644 Parteien	1,664.532 K — h
Rückzahlungen an 3705 Parteien	1,803.849 " — "
Im abgelaufenen III. Quartal 1904.	
Eingelegt von 14.733 Parteien	6,152.090 K — h
Rückgezahlt an 12.889 Parteien	5,954.869 " — "
Stand am 30. September 1904.	
Gesamteinlagen auf 34.340 Konti	35,249.939 K — h
Hypothekar-Einlagen	25,543.064 " — "
Hieron entfallen auf Hernals 378 Posten	
mit	9,251.200 " — "
und auf Ottakring 395 Posten mit	9,899.200 " — "
Das Kassavirement belief sich im III. Quartal	
1904 auf	16,558.470 " — "

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing.

September 1904.

Eingelegt von 2316 Parteien 779.249 K 97 h
Rückgezahlt an 2005 Parteien 704.907 " 17 "

Mit 30. September 1904 betrug der Stand:

Gesamteinlagen auf 21.726 Konto 21.211.339 K 95 h
Hypothekendarlehen 13.877.191 " 75 "

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling.

September 1904.

Eingelegt von 678 Parteien 179.517 K 26 h
Behoben von 532 Parteien 219.457 " 69 "

Es ergibt sich daher ein Plus von 39.940 K 43 h
Dieses abgerechnet vom Stande mit Ende

August 1904 per 5.687.552 " 39 "

gibt mit Ende September 1904 bei 7209
offenen Konti einen Einlagenstand von 5,647.611 K 96 h

Der Stand der Hypothekendarlehen beträgt
mit Ende September 1904 3,711.476 " 96 "

Approvisionnement.

Vorstenviehmärkte vom 4. und 6. Oktober 1904.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Jungschweine (Fleischschweine) 7881 Stück
Fetttschweine 6377 "

Summe . 14258 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 1334 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien 11513 Stück
für das Land 786 "
unverkauft blieben 1959 "

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität von 82 bis 94 h (extrem bis 104 h)
II. " " 72 " 80 "
III. " " 62 " 70 "

Fetttschweine:

I. Qualität von 102 bis 106 h (extrem bis 108 h)
II. " " 97 " 101 "
III. " " 94 " 96 "

Auf den dieswöchentlichen Vorstenviehmärkten wurden im
Vergleiche zur Vorwoche um 544 Stück Fleisch- und um 98 Stück
Fetttschweine mehr aufgetrieben. Bei sehr schleppendem Geschäfts-
verkehre waren Fetttschweine um 3 bis 4 h, Fleischschweine um
4 bis 6 h per Kilogramm billiger.

* * *

Pferdemarkt vom 4. Oktober 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 645 Pferde
(408 Schlachtpferde, 237 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde 120—900 K per Stück
" Schlachtpferde 50—158 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 6. Oktober 1904.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend 745	Schafe lebend —
Kälber ausgeweidet . . . 2728	Schafe ausgeweidet . . . 713
Lämmer lebend 50	Schweine ausgeweidet . 1651
Lämmer ausgeweidet . . . 130	

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität von 92 bis 104 h (extrem bis 118 h)
II. " " 80 " 90 "
III. " " 72 " 78 "

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 100 bis 124 h (extrem bis 136 h)
II. " " 86 " 98 "
III. " " 76 " 84 "

Lämmer lebend (per Paar):

I. Qualität von 20 bis 26 K (extrem bis — K)
Lämmer ausgeweidet (per Paar):

I. Qualität von 20 bis 26 K (extrem bis — K)
II. " " 14 " 18 "

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 70 bis 84 h (extrem bis 104 h)
II. " " 62 " 68 "
III. " " 40 " 60 "

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 98 bis 116 h (extrem bis 128 h)
II. " " 90 " 96 "
III. " " 80 " 88 "

Schafe lebend (per Paar):

I. Qualität von — bis 40 K (extrem bis — K)
II. " " 24 " 32 "
III. " " 23 " 30 "

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität von 48 bis 53 h (extrem bis — h)
II. " " 43 " 47 "
III. " " 38 " 42 "

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 383 Stück Kälber
weniger zugeführt. Bei ruhigem Geschäftsverkehre hatten schwere
Kälber unveränderte Preise, leichtere Kälber waren bis 4 h
höher bezahlt als in der Vorwoche. Weidner Schafe waren
um 2 h per Kilogramm billiger, Weidnerschweine notierten um
4 h per Kilogramm niedriger.

Auf dem Schafmarkte wurden um 5858 Stück Schafe weniger
aufgetrieben. Es war der Verkehr wenig lebhaft und neigte die

- XII. Bezirk: Parterre-Bohnhans, Bauft. VI, Hekendorf, Einl.-Z. 599/600, vom Ersten Wiener Beamten-Bauverein, Bauführer Karl Holzmann (35943).
 " " Parterre-Bohnhans, Bauft. IV, Hekendorf, Einl.-Z. 599/600, vom Ersten Wiener Beamten-Bauverein, Bauführer Karl Holzmann (35944).
 " " Parterre-Bohnhans, Bauft. II, Hekendorf, Einl.-Z. 599/600, vom Ersten Wiener Beamten-Bauverein, Bauführer Karl Holzmann (35945).
 " " Parterre-Bohnhans, Bauft. III, Hekendorf, Einl.-Z. 599/600, vom Ersten Wiener Beamten-Bauverein, Bauführer Karl Holzmann (35946).
 XVI. Bezirk: Hasnerstraße 142, von Matthias und Anna Teseda, Bauführer Franz Lehninger (62425).
 " " Grundsteingasse 14, von Anna Freiberg, Bauführer Karl J. Schmidt (62884).
 XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Kalvarienberggasse 46, von Leopold Goldschmid, IX., Wasenhausgasse 17, Bauführer Franz Waas (44607).

Adaptierungen.

- III. Bezirk: Salmgasse 3, von Marie Ptaszek, Bauführer R. Kirchem (6783).
 IV. Bezirk: Hengasse 70, von Siegmund Faray, Bauführer W. Stadler (6823).
 V. Bezirk: Koblgasse 37, vom Verband der Eisen- und Metallarbeiter, Bauführer Th. Binder (6744).
 " " Flurschützstraße 6, Schallergasse 45/47, von Mathilde Czerny, Bauführer J. Meidl (6765).
 VI. Bezirk: Mariabilderstraße 89, von Josef Rausch, Maurermeister (6821).
 " " Schmalzhofgasse 18, von Mathilde Swoboda, Bauführer Ferd. Stagl (6825).
 " " Kajernengasse 23, von Johann Leitner, Maurermeister (6801).
 VII. Bezirk: Kaudlgasse 23, von Ignaz Steiner, Bauführer J. Bauer (6745).
 XII. Bezirk: Schöllgasse 3, von Johannes v. Wartpatrifoff, Bauführer Alois Schausfer (36171).
 XVI. Bezirk: Ottakringerstraße 106, von Josef und Lucia Schießling, Bauführer Ferd. Valdia (62521).

Diverse (geringere) Bant.

- V. Bezirk: Mohrkanal, Wimmergasse 16, von E. Rzehazek, Baumeister (6752).
 " " Schupfe, Marx-Meidlingerstraße, Einl.-Z. 2211 und 2213, von Rudolf Auspitz, Bauführer J. Ptaszek (6777).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

- IX. Bezirk: Schult-Strafnigthgasse 11, 13, 15, von Heinz Gerl, Baumeister (6804).
 X. Bezirk: Akerparzellen 1084/2 und 1084/5 Oberlaa, von Franz Wieselthaler, Oberlaa 79 (63817).
 " " Salvatorianerplatz, Einl.-Z. 133, Parz. 848/6, von Giacchino Marelli, Mührengasse 55 (63828).
 " " Salvatorianerplatz, Einl.-Z. 133, Parz. 849/6, von Giacchino Marelli, Mührengasse 55 (63829).
 " " Unbenannte Gasse zur Braunspergengasse, Einl.-Z. 22 Inzersdorf-Stadt, von Matscheko & Schrödl (64003).
 " " Unbenannte Gasse zur Braunspergengasse, Einl.-Z. 21 Inzersdorf-Stadt, von Matscheko & Schrödl (64004).
 " " Unbenannte Gasse zur Braunspergengasse, Einl.-Z. 23 Inzersdorf-Stadt, von Matscheko & Schrödl (64005).
 " " Unbenannte Gasse, Einl.-Z. 27 Inzersdorf-Stadt, von Matscheko & Schrödl (64006).
 " " Unbenannte Gasse, Einl.-Z. 26 Inzersdorf-Stadt, von Matscheko & Schrödl (64007).
 " " Unbenannte Gasse, Einl.-Z. 24 Inzersdorf-Stadt, von Matscheko & Schrödl (64008).
 " " Unbenannte Gasse, Einl.-Z. 23 Inzersdorf-Stadt, von Matscheko & Schrödl (64009).
 XI. Bezirk: Haus, Simmering, Fabiganstraße, Einl.-Z. 676, Parz. 837/15, von der Simmeringer Spar- und Heimstätten-Gesellschaft (19431).
 XII. Bezirk: Einl.-Z. 593/600, Kat.-Parz. 3, 22, 12, 2, 24 und 32 Hekendorf, vom Ersten Wiener Beamten-Bauverein (35947 bis 35952).
 " " Einl.-Z. 17/18 Altmannsdorf, von Anna Rott (35948).
 " " Kat.-Parz. 132/47 Hekendorf, Berthenburggasse 3, von Josef Wülfner (36059).

- XII. Bezirk: Einl.-Z. 570 Hekendorf, Neue Wasserleitungsstraße, von Max Ott (36119).
 Einl.-Z. 413, Gatterholzgasse 10, von Karl Tafchner (36201).
 XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Rokitanstygasse, Einl.-Z. 1518, von Oskar Eisenbarth (44396).
 XVIII. Bezirk: Ludwiggasse 4, von Hubert Brem, ebenda (35204).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. V, Z. 2037.

30. September 1904.

Vergebung der Erd-, Mauerungs- und Zimmermannsarbeiten, sowie der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für die Sicherung der Wienstufsohle unterhalb der Marzerbrücke mit der Anrufsumme von 167.410 K 29 h nebst einem Pauschale von 62.632 K 52 h.

Stajil Eduard & Josef Pafel

- Aufzahlung 35%.
- Die Betonunterlage zu 28 K 90 h per Kubikmeter (ohne weitere Aufzahlung).
- Herstellung des Arbeits-Senklastens gegen seinerzeitige Ablösung zum Selbstkostenpreise, Verwendung desselben gegen Vergütung der Tagsschichten zu den Offertpreisen nebst 10% Regieaufschlag (ohne weitere Aufzahlung).

Arnoldi Leo

- Aufzahlung 37%.
- Betonunterlage 35 K netto per Kubikmeter.
- Offert bezüglich des Arbeits-Senklastens vorbehalten.

Nella R. & Neff

- Aufzahlung 42%, beziehungsweise 31,5% bei Vergütung der Hochwasserschäden durch die Gemeinde.
- Betonunterlage 37 K netto per Kubikmeter.
- Herstellung des Arbeits-Senklastens gegen Ablösung von netto 2200 K, für jeden Fall der Verwendung eine Vergütung von 70 K.

Union-Baugesellschaft

- Aufzahlung 32,8%.
- Betonunterlage 25 K 80 h per Kubikmeter.
- Herstellung des Arbeits-Senklastens gegen Ablösung um 60 K; im Falle der Verwendung Vergütung der Tagsschichten zu den Offertpreisen.
- Alle Preise unterliegen der Aufzahlung.

Gärtner E.

- Aufzahlung 33%.
- Betonunterlage 32 K per Kubikmeter.
- Herstellung des Arbeits-Senklastens übernommen, im Falle der Verwendung Vergütung der Lohnbeträge nebst 25% Zuschlag.

Marinelli F. & L. Jaccaroni

- Aufzahlung 31,1%.
- Betonunterlage 25 K per Kubikmeter.
- Herstellung des Arbeits-Senklastens gegen Ablösung von 2000 K, für jeden Fall der Verwendung Vergütung der Tagsschichten nach den Offertpreisen.
- Alle Preise unterliegen der Aufzahlung.

Faß sämtliche Offerte enthalten noch verschiedene Nebenbestimmungen.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 929.

30. September 1904.

Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Felberstraße zwischen Selzer- und Wurmsergasse im XIV. Bezirke. Anrufsumme 7780 K 60 h, Pauschale 400 K.

Kreitner Franz

- Aufzahlung 5%.

Chrasel Karl

- Aufzahlung 4%.

Brausewetter Benno

- Aufzahlung 3,5%.

* * *

Mag.-Abt. XXII, Z. 650

30. September 1904.

Buchbinderarbeiten für die Wiener Stadtbibliothek.

Rautter's Georg Witwe & Sohn

- Nach dem Preistarife ohne Nachlaß.

Eichberger Franz

- Nach dem Preistarife ohne Nachlaß.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 2545.

3. Oktober 1904.

Erdb- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung des Wiedener- und Margaretenergürtels vom Favoritenplatz bis zur ehemaligen Maskeinsdorferlinie. Aufrufsumme 37.502 K 32 h und 3000 K Pauschale.

- Böck Franz — Nachlaß 5·6%.
- Kaufmann Josef & Sohn — Nachlaß 5·5%.
- Brenzl Franz — Zu den Kostenanschlagspreisen.
- Brausewetter Benno — Aufzahlung 2·7%.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 3470.

3. Oktober 1904.

Herstellung eines Asphaltpflasters in der Garnisonsgasse im IX. Bezirke von Beethovengasse bis Van Swietengasse. Aufrufsumme 11.760 K.

- Österreichische Asphalt-Aktien-Gesellschaft — Nachlaß 21%.
- Cooper & Komp. — Nachlaß 28·6%.
- Günther Karl — Nachlaß 26%.
- Neuchâtel Asphalt-Company — Nachlaß 24·5%.
- 14 K für Asphalt-Komprimier-Platten.
- Nachlaß 5% per Quadratmeter.

* * *

Mag.-Abt. VI, Z. 281.

5. Oktober 1904.

Deich- und Pflasterungsarbeiten für die Regulierung der Straße längs der Verbindungsbahn vom Abgangsbahnhof bis zum Arsenal (X. und III. Bezirk). Aufrufsumme 15.368 K 11 h, Pauschale 600 K.

- Fehm Eduard & Paul Spiller — Nachlaß 8%.
- Calderato Pietro — Aufzahlung 5%.
- Brausewetter Benno — Aufzahlung 2·5%.
- Filistein Leop. — Aufzahlung 3·7%.
- Pellegrini Antonio — Aufzahlung 8%.

* * *

Mag.-Abt. XV, Z. 6885.

5. Oktober 1904.

Arbeiten und Lieferung für den Bau und die Einrichtung einer Mädchen-Volksschule im XI. Bezirke, Braunhubergasse 3.

Erdb- und Baumeisterarbeiten.

- Roth Georg — Nachlaß 9·25%.
- Schneider Johann — Nachlaß 6·5%.
- Union-Baugesellschaft — Nachlaß 12·4%.
- Heindl Anton — Nachlaß 6%.
- Kamenicky Emanuel — Nachlaß 6·2%.
- Gießhammer & Komp. — Nachlaß 5%.
- Sauer Felix — Nachlaß 3·7%.
- Löwitsch Georg — Nachlaß 6%.

Hydraulische Bindemittel.

- Kaltenleutgebener Kalk- und Zementfabrik — Nachlaß 18% für Romanzement in Fässern.
- Nachlaß 4% für Portlandzement in Fässern.
- 10 h für Romanzement in Säcken.
- 30 h für Portlandzement in Säcken.
- Roman- und Portlandzementwerke „Walzmühle“ — Nachlaß 20% für Romanzement.
- Nachlaß 4% für Portlandzement.

- Berlmooser Aktien-Gesellschaft — Nachlaß 20% für Prima Ober-Piesinger Romanzement in Fässern per 100 kg.
- Kostenanschlagspreise für Prima Scheibmüller Portlandzement.

Stukaturerarbeiten.

- Hauschulz Ludwig — Nachlaß 15%.
- Aufzahlung 20% für Regiearbeiten.
- Wapenit Franz — Nachlaß 12%.

Steinmetzarbeiten.

- Boy Wendelin — Kostenanschlagspreise.
- Hausler Eduard — Einheitspreise.
- Schäftner Leopold — Nachlaß 27% für die Posten 1 und 27.
- Kostenanschlagspreise für die anderen Posten.
- Nachlaß 5% für Motalotiner Granit, mit Ausnahme der Posten 1 und 27 Nachlaß 7%.
- Aufhäuser Franz sen. — Einheitspreise.
- Union-Baugesellschaft — Nachlaß 34% für Posten 1 und 3.
- Nachlaß 7% für alle anderen Posten.

Traversenlieferung.

- Wagner H. Ph. — 22 K 80 h für gewalzte Träger per 100 kg.
- 23 K 80 h für 18.800 kg per 100 kg.
- Zuhos Julius & Komp. — 22 K 80 h für gewalzte Träger per 100 kg.
- 23 K 80 h für 1800 kg gewalzte Träger per 100 kg.
- Chinger & Fernau — 22 K 80 h für 38.500 kg gewalzte Traversen per 100 kg.
- 23 K 80 h für 18.800 kg gewalzte Traversen per 100 kg.

Zimmermannsarbeiten.

- Tauber Anton — Nachlaß 25·3%.
- Zanisch Wenzel — Nachlaß 21%.
- Renner Josef — Nachlaß 25%.
- Zagisch' Johann Witwe — Nachlaß 18%.

Spenglerarbeiten.

- Schuhmann Karl — Nachlaß 13%.
- Beintopf Josef — Nachlaß 5%.
- Katlein Fr. — Nachlaß 12·5%.
- Eigner's Franz Witwe — Nachlaß 12%.

Bautischlerarbeiten.

- Steinhäuser W. — Nachlaß 33%.
- Kühnel W. — Nachlaß 12%.
- Oltmanns Andreas — Nachlaß 6%.
- Niesicz Gustav — Nachlaß 13%.
- Walter's Karl Witwe — Nachlaß 10%.
- Küttag Johann — Nachlaß 16·5% von der stehenden Arbeit.
- Nachlaß 5% von der liegenden Arbeit.
- Stepanel Karl — Nachlaß 16% mit Ausschluß der Posten 3, 4 und 5.
- Nachlaß 5% für die Posten 3, 4 und 5.

Schlosserarbeiten.

- Sasse Heinrich — Nachlaß 20·25%.
- Siroly Matthias — Nachlaß 20%.
- Switel Josef — Nachlaß 15%.
- Zanisch Johann — Nachlaß 18·5%.
- Beran Johann — Nachlaß 12%.
- Kotisch Josef jun. — Ventilationsapparate „Zeus“ à 13 K.
- Nachlaß 30% für Türschließer „Zeus“.

Anstreicherarbeiten.

- Strengsmann Georg — Nachlaß 25%.
- Grün Ignaz & Wilhelm Widmann — Nachlaß 15%.
- Weidel Karl — Nachlaß 28%.
- Hahnel Heinrich — Nachlaß 36%.

Glaserarbeiten.

- Windisch Gottlieb — Nachlaß 25%.
- Ellend Bernhard — Nachlaß 23%.
- Walter Josef — Nachlaß 15%.

Tonwarenlieferung.

- Unter-Themenauer Tonwarenfabrik, Fürst Liechtenstein — Nachlaß 20·6%.
- Wienerberger Ziegelfabrik- und Baugesellschaft — Nachlaß 24%.
- Habenicht Karl — Nachlaß 22·8%.
- Geb Brüder Andreae — Nachlaß 16·6%.
- Lederer & Reszenti — Nachlaß 18%.
- Erste Schattauer Tonwarenfabrik A. G. — Nachlaß 19%.

Niederdruck-Dampfheizung.

- Körting A. G. — 13.002 K 10 h.
- Alternativoffert 2020 K mehr.
- Kurz, Mitschel & Henneberg — 12.551 K 51 h.
- Haag Johannes — 14.480 K 86 h.
- 1. Alternativoffert 16.440 K 86 h.
- 2. Alternativoffert 16.320 K. 86 h.
- Kasfl & Wenzle — 13.325 K 35 h.
- Alternativoffert 14.725 K 35 h.
- Zentral-Heizungswerke A. G. — 14.646 K 76 h.
- Alternative 14.196 K 76 h.

Möbeltischlerarbeiten.

- Stepanel Karl — Nachlaß 15%.
- Oltmanns Andreas — Nachlaß 10%.
- Sifora Adalbert — Nachlaß 16%.
- Niesicz Gustav — Nachlaß 16%.
- Scheiber Robert — Nachlaß 17·5%.
- Mazuch Franz — Nachlaß 18%.

Lieferung der Schulbänke.

Stepanek Karl	— Nachlaß 14%.
Ostmanns Andreas	— Nachlaß 8%.
Scheiber Robert	— Nachlaß 15 5/8%.

Wasserleitungs- und Klosett-einrichtung.

Gradezny Friedrich	— Nachlaß 25 2/3%.
Maluschel & Komp.	— Nachlaß 25 3/8%.
Horický Josef	— Nachlaß 27 5/8%.

Herstellung der Brunnenpumpenanlage.

Rabl Anton	— Nachlaß 12%.
------------	----------------

Elektrische Beleuchtung.

Grien Heinrich	— Nachlaß 1398 K 90 h, zusammen 5559 K 45 h
Osterreichische Siemens-Schuckertwerke	— 6100 K 56 h.
Deckert & Homolka	— 6262 K 51 h.
Krizik Fr. & Komp.	— Nachlaß 20%:

Installationsapparate Gruppe I.
Installationsarbeiten Gruppe III.

Sturm & Komp.	— 6129 K 50 h.
Salzer & Thie	— 3316 K 99 h.
Dutka F.	— 4600 K Pauschalpreis.

Altiengesellschaft „Danubia“	— Post 12 bis 26 1326 K 42 h für Beleuchtungsobjekte.
------------------------------	---

* * *

Mag.-Abt. III, Z. 5087.

6. Oktober 1904.

Lieferung des Sandes für die Gehwege in den städtischen Gartenanlagen.

Westböhmisches Kaolin- und Schamottewerke, Oberbries bei Pilsen	— 20 m ³ Quarzsand zu Versuchszwecken 9 K per Kubikmeter.
---	--

Bebetgraber's Leopold Söhne

— Für die Bezirke IV, V, XII, XIV und XV, Steinfeldersand 15 K per 1 1/2 m ³ (10 K per Kubikmeter).
— Für die Bezirke I, III und X 16 K per 1 1/2 m ³ (10 K 67 h per Kubikmeter).

Eck Johann, Felsdorf	— Für die Bezirke I, III und XIII, Steinfeldersand 15 K per 1 1/2 m ³ (10 K per Kubikmeter).
— Für den XVII. Bezirk 17 K per 1 1/2 m ³ (11 K 33 h per Kubikmeter).	

Wanko Michael	— Steinfeldersand 9 K 80 h per Kubikmeter.
---------------	--

Gruber Rudolf, Sollenau	— Für die Bezirke I, III, IV, V, VI, X und XII, Steinfeldersand 10 K 50 h per Kubikmeter.
-------------------------	---

Wanko Alois	— Für die Bezirke III und IV, Quarzsand 7 K 50 h per Kubikmeter.
-------------	--

Boya Adolf	— Für die Bezirke XIII, XIV, XV und XVI, Gebirgs-sand 9 K 80 h per Kubikmeter.
------------	--

Reißgeyer & Komp., Mgersdorf	— Für den I. Bezirk 9 K per Kubikmeter.
— Für den II. Bezirk 10 K per Kubikmeter.	
— Für den X. Bezirk 9 K per Kubikmeter.	
— Für den XII. Bezirk 7 K 50 h per Kubikmeter.	
— Für den XVIII. Bezirk 10 K per Kubikmeter.	
— Für den XIX. Bezirk 12 K per Kubikmeter.	

* * *

Mag.-Abt. VII, Z. 1140.

6. Oktober 1904.

Neubau eines Hauptkanals in der Würzlerstraße von der Erdbergstraße bis Markthofgasse im III. Bezirke.

Erdb- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 4601 K 35 h.

Sifora Adolf	— Nachlaß 4 5/8% gegen Verwendung von Romanzement der Marke Steinschall in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 78 kg per Hektoliter und von Schlackenzement der Marke Königshof in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
--------------	--

Spiger C.	— Nachlaß 1 5/8% gegen Verwendung von Romanzement der Marke Waldbühle in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 74 kg per Hektoliter und von Schlackenzement der Marke Witkowitz in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
-----------	--

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

30. September 1904.

(Fortsetzung.)

Ebernigg Amalia	— Christbaumhandel — X., Südbahngrund Kat.-Parz. 0.355.
Engl Gustav	— Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 103.
Englein Karl	— Gemischtwaren-Verschleiß — X., Favoritenstraße 73.
Fellner Rudolf	— Friseur- und Rasiergewerbe — X., Waldgasse 47.
Fittel Josef Franz	— Brennmaterialien-Verschleiß — X., Senefelder-gasse 6.
Flaschner Anna	— Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — X., Favoritenstraße 114.
Fogel Johann	— Verschleiß von Essig, Ölen, gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — X., Eitenreichgasse 15.
Fuchs Ernst	— Fleischerhandwerk (Filiale) — X., K. L. Arsenal, Objekt XIV.
Geier Josefina, geb. Berthelmer	— Gemischtwaren-Verschleiß — X., Gellertplatz 3.
Graf Katharina, geb. Edel	— Gemischtwaren-Verschleiß — X., Siccardsburggasse 1.
Hadl Theresia	— Friseur- und Rasiergewerbe — X., Laaerstraße 4.
Hirschfeld Jakob	— Handel mit Lustern und Badezimmer-einrichtungen — X., Inzersdorferstraße 57.
Hodny Adalbert	— Herrenkleidmachersgewerbe — X., Rotenhofgasse 20.
Hois Johann	— Marktwarenhandel — X., Kolombusplatz (Markt).
Jungmann Matthias	— Fleischerhandwerk — X., Goethegasse 15.
Jurčik Ferdinand	— Pachtbetrieb der Einspänner-Lizenz Nr. 410 — X., Quellengasse 244.
Kacell Franz	— Kleidermachersgewerbe — X., Buchengasse 86.
Kandella Johann	— Marktferantie — X., Favoritenstraße 116.
Kinauer Josef	— Fuß- und Wagenschmied (Filiale) — X., Absberggasse 35.
Körber Alois	— Buntschlössergewerbe — X., Leebgasse 3.
Konzal Ernestine	— Zuckerbäckergewerbe — X., Favoritenstraße 61.
Konzal Josef	— Kleinfuhrwerks-gewerbe — X., Quellengasse 175.
Koubel Josef	— Schuhmachersgewerbe — X., Buchengasse 102.
Lechner Johann	— Rantieren- und Zuckerbäckergewerbe-Verschleiß — X., Eitenreichgasse 22.
Löwinger Josefina, geb. Mandl	— Gemischtwaren-Verschleiß ohne Lebensmittel — X., Quellengasse 131.
Lovat August	— Zuckerbäckergewerbe (Filiale) — X., Gndrunstraße 180.
Mestroj Marie	— Fiaker-Lizenz Nr. 196 — X., Bürgerplatz 16.
Müller Apollonia	— Verschleiß von Papier, Schreibwaren und Zeichenrequisiten — X., Schröttergasse 22.
Muthsam Marie	— Spirituosen-Verschleiß — Laaerstraße 8.
Oliver Faustino	— Zuckerbäckergewerbe (Filiale) — X., Keplergasse 9.
Otto Pauline	— Zeitungsverkauf-Lizenz und Lizenz zum Verkaufe von Schul- und Gebetsbüchern und Kalendern — X., Laxenburgerstraße 60.
Pannusta Albert	— Schuhmacher — X., Buchsbaumgasse 41.
Pechart Ignaz	— Kürschner — X., Siccardsburggasse 37.
Pellischek Josefina	— Mechanische Strickerei — X., Arthaberplatz 7.
Pribil Franz	— Brennmaterialien-Verschleiß — X., Jagdgasse 30.
Prosch Ignaz	— Handel mit Habern und alten Metallen — X., Thavonatgasse 4.
Raba Anna	— Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Waldgasse 24.
Reindl Franz	— Marktferantie — X., Mzingergasse 27.
Reinert Franz	— Photographengewerbe — X., Favoritenstraße 112.
Reiterer Antonia	— Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Absberggasse 31.
Rohleitner Karl	— Ein- und Verkauf von altem Eisen, Habern und Knochen — X., Quellengasse 104.
Schmalzbauer Klara	— Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Eugengasse 49.
Schneider Johann	— Milchhandel — X., Eugengasse 3.
Stepanek Johann	— Schuhmacher — X., Buchengasse 66 a.
Szabovits Beata	— Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Bürgerplatz 12.
Tomasek Anton	— Klein-Verschleiß von Brennmaterialien — X., Quellengasse 106.
Wichmann Adolf	— Schuhmacher — X., Buchengasse 164.
Wollner Alois	— X., Quellengasse 65.

* * *

1. Oktober 1904.

Arleth Karl	— Friseur- und Rasiergewerbe — XVI., Speckbacher-gasse 11.
Firma: Beer & Pichardt; Inhaber: Siegmund Beer	— Bettfedernhandel und Bettfedernreinigung — V., Bräuhausgasse 37.
Bensch Friedrich	— Kartonagewaren-Erzeugung — XVI., Gauwacker-gasse 37.
Berger Katharina	— Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Kullmgasse 2.

Brumberg Schloma — Tischlergewerbe — XIV., Rauchsanalchergasse 20.
 Burdis Henriette, geb. Heidl — Weißnähereigewerbe — XII., Singriener-
 gasse 30.
 Denat Franziska, geb. Vyrovaj — Handel mit altem Eisen — XII.,
 Klährergasse 18.
 Dunkel Franz — Gastwirt — XVII., Antinggasse 25.
 Dwořal Otomar — Kleinfuhrwerksgerbe — XVII., Sandleitengasse 68.
 Edelmann Elisabeth, geb. Erna — Marktferantie — XII., Rauchgasse 34.
 Fischer Franz — Gemüsegärtnerei — XI., 5. Haidequerstraße 235.
 Frank Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 58.
 Gartner Heinrich — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XII.,
 Zeleborggasse 8.
 Hagen Karoline Eleonore, geb. Tepper — Kanditen- und Zuckerbäcker-
 waren-Verschleiß — XVI., Lerchenfeldergrütel 31.
 Hamburger Frieda — Schuhwaren-Verschleiß — XIV., Schwendergasse 35.
 Heißig Kornelius — Gastwirt — XVII., Urbangasse 3.
 Hemcker Wilhelm Maximilian — Handelsagentie — V., Margareten-
 straße 86.
 Kronberger Josef Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Zimmer-
 mannplatz 5.
 Kregau Ferdinand — Musiker — XII., Kernstraße 5.
 Laimer Anton — Tischlergewerbe — XVII., Beheimgasse 40.
 Perich Josef, Dr. — Schriftsteller — I., Barrensteingasse 4.
 Pneucl Josef jun. — Wiederbetrieb der Einspänner-Dogameter-Lizenzen
 Nr. 1781 und 1782 — XIV., Reindorfstraße 17.
 Reismann Geza — Pferdehandel — XII., Reischgasse 27.
 Ribbacher Friedrich — Pachweise Betrieb des Gast- und Schank-
 gewerbes — XVI., Ottakringerstraße 39.
 Rupprecht Josef — Aufnahmestelle für Kleinfuhrwert — XVIII., Antschler-
 gasse 8.
 Ruß Rudolf — Bildhauer — XVI., Gaußlachergasse 9.
 Salas Franz — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Währinger-
 straße 99.
 Schaffer Josef — Musiker — XVI., Gablenzgasse 32.
 Schlehner & Köhler (Gesellschafter: Hugo Schlehner, Oswald Köhler) —
 Handel mit Maschinen- und technischen Artikeln — XVIII., Ladnergasse 86.
 Schleritzo Elisabeth — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI.,
 Gaußlachergasse 44.
 Schwed Marie — Blumen-Verschleiß im Umherziehen im Gemeinde-
 gebiete von Wien — XVI., Speckbacherstraße 1.
 Seitz Marie — Modiziertes Gast- und Schankgewerbe (Nichtbetrieb) —
 XVI., Grundsteingasse 38.
 Stala Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Steinbauergasse 28.
 Stojnar Josef — Tischlergewerbe — V., Fochgasse 29.
 Stifft Johann — Biergärtnerei — XI., Dorfstraße 59.
 Summer Marie — Kunstblumen-Erzeugung — XVII., Römergasse 83.
 Viel Karl — Tischlergewerbe — V., Margaretenstraße 136.
 Zimmermann Johann Martin (prot. Firma: G. Topham & Komp.) —
 Maschinenfabrik und Eisgießerei — X., Sudrunstraße 159.

3. Oktober 1904.

Barth Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier (Filiale) —
 VIII., Lerchenfelderstraße 146.
 Bauer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — VIII.,
 Lerchenfelderstraße 92.
 Binder Ludwig — Kommissionswaren-Verschleiß — VIII., Floriani-
 gasse 3.
 Buchsbaum Eise — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequi-
 siten, Druckarten und Kurzwaren — VIII., Florianigasse 20.
 Büchler Marie, geb. Achtel — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern
 — VIII., Josefsstädterstraße 14.
 Casta Johann — Kleidermacher — VIII., Lenaugasse 8.
 Charans Ladislav — Kunstmaler — XVIII., Pflanzergasse 18.
 Christian Alois — Konzession zur gewerbmäßigen Herstellung und zum
 Betriebe von Anlagen zur Erzeugung und Leitung von Elektrizität zu Zwecken
 der Beleuchtung, der Kraftübertragung und sonstiger gewerblicher und häus-
 licher Anwendung jedoch nur im Anschlusse an bestehende Zentralen — IX.,
 Lackierergasse 3.
 Cooper Edwin — Bureau der chemisch-technischen Produktfabrik —
 VIII., Langegasse 25.
 Cooper & Komp. (Gesellschafter: Edwin Cooper, Friedrich Schlepzig) —
 Teerprodukten und Asphalt-Unternehmung — VIII., Langegasse 25.
 Damm Franz Josef — Herausgabe der „Österr.-ungar. Eisenbahn-
 Zeitung“ — VIII., Strozzi-gasse 41.
 Felber Karl — Hühneraugenoperateur — IV., Floragasse 7.
 Fatka Marie, geb. Banek — Feilbieten von Obst und Gemüse im Umher-
 ziehen im Gemeindegebiete von Wien ohne f. l. Prater — V., Hofgasse 4.
 Funder Friedrich, Dr. — Herausgabe der „Reichspost“ — VIII., Strozzi-
 gasse 41.
 Glöckner Karl Anton — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — IX.,
 Währingerstraße 57.
 Gruebler Walter — Metallwarenhandel — VIII., Lerchenfelderstraße 66/68.
 Heinemann Franz — Fleischschlächtergewerbe — VIII., Josefsstädterstraße 52.

Heller & Herrmann, Österr. Kellame-Unternehmung (Gesellschafter:
 Julius Herrmann) — Verkauf von Kellameartikeln — IX., Althanplatz 5.
 Kirchner v. Neukirchen Heinrich — Patentverwertung — VIII., Floriani-
 gasse 58.
 Kreuz Karl — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VIII., Baristen-
 gasse 46.
 Kulhanel Leopold — Musilergewerbe — VIII., Josefsstädterstraße 77.
 Lenobel Josef — Verlagsbuchhandel — IX., Akerbachstraße 10a.
 Lienthal Esther — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelder-
 straße 44.
 Lienthal Esther — Wildpret- und Geflügelhandel — VIII., Lerchen-
 felderstraße 44.
 Lufaschil Josefa — Schuhmachergewerbe (Witwenfortbetrieb) — VIII.,
 Schöffelgasse 19.
 Lutz Gottlob Gotthold — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lamm-
 gasse 5.
 Mang Celestine — Selchwaren-Verschleiß — IV., Rainergasse 34.
 May Karl — Handel mit Ansichtskarten — VIII., Akerstraße 7.
 Mayerhofer Anna — Damenkleidermachergewerbe — V., Spenger-
 gasse 38.
 Mendl Heinrich & Fritz — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — VIII.,
 Landunggasse 8.
 Mesojede Florian — Kastanien-, Apfel- und Erdäpfelbratergewerbe —
 V., Siebenbrunnengasse beim Hause Dr.-Nr. 43, Ecke der Reipredtsdorfer-
 straße nächst dem Gastandlhaber 920.
 Mouchk Abolf — Handelsagentie — VIII., Langegasse 16.
 Nowotny Gustav — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern
 und Heiligenbildern — VIII., Florianigasse 38.
 Dunderla Rudolf — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — IV., Favoriten-
 straße 47.
 Papest Johann — Kastanien-, Apfel- und Erdäpfelbratergewerbe —
 V., Margaretenstraße bei dem Hause Nr. 125, Ecke der Reipredtsdorferstraße.
 Purbaum Stephan — Buchbinder — VIII., Lerchenfelderstraße 124/126.
 Reineimer Wilhelm — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — VIII.,
 Josefsstädterstraße 11.
 Schäfer Hermine — Damenkleidermachergewerbe — VIII., Blinden-
 gasse 28.
 Schein Meier Abraham — Photographengewerbe — VIII., Skodagasse 6.
 Schiller Franz — Vertilgung von Ungeziefer mit einer Köstampe —
 VIII., Langegasse 14.
 Schillerwein Sabine — Strohhut-Erzeugung und Modistengewerbe —
 IV., Hauptstraße 16.
 Schwarz Fanni — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Hauslab-
 gasse 37.
 Sedlak Friedrich — Uhrmachergewerbe (Nichtbetrieb) — VIII., Josefs-
 städterstraße 91.
 Stefanik Gottlieb — Uhrmachergewerbe (Filiale) — VIII., Akerstraße 43.
 Sotal Perich, falsche Feiwesch rekte Heinrich — Kommissionshandel —
 IX., Müllnergasse 22.
 Solga Alexander — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Flaschenbier — XX.,
 Bäuerlegasse 20.
 Somariva Mariano — Zuckerbäckergerbe (Filiale) — VIII., Lerchen-
 felderstraße 24.
 Sommer Louise — Konzession zum Ausschank und Kleinverschleiß von
 gebrannten geistigen Getränken und Teeschank — IX., Ruzsdorferstraße 76.
 Starzinger Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Schleiß-
 mühlengasse 6.
 Stein Moriz — Pfeidlergerbe — IX., Glasergasse 15.
 Warbucht Thomas — Metallwaren-Lackierer — VIII., Pfeilgasse 3.
 Zehetmayer Rosina — Fiaker-Lizenz Nr. 874 — IX., Luftandlgasse 46.
 Zeman Josef — Damenkleidermachergewerbe — VIII., Florianigasse 38.
 Zöchling Friedrich — Naturblumenhandel — IX., Pechtensteinstraße 36.

4. Oktober 1904.

Offene Handelsgesellschaft: Aker & Gerlach (vertreten durch Karl Aker)
 — Handel mit orthopädischen Artikeln — I., Krugerstraße 5.
 Anders Anton — Tapezierer — I., Schönlaterngasse 6.
 Balassa & Grün (öffentliche Gesellschaft: Emanuel Balassa, Julius
 Grün) — Handelsagentie mit chemischen Produkten — II., Castellgasse 14.
 Bechtold Karl — Kleidermacher — II., Blumauergasse 3.
 Beidl Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — I., Kramer-
 gasse 12.
 Bernkhan Nathan, rekte Glattstein — Verschleiß von alten Fahrrädern
 — II., Körnergasse 7.
 Bertisch Wina, rekte Mündel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Castell-
 gasse 10.
 Biermann Kalman — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Darwingasse 13.
 Bloch Leopold — Konzession zur Haltung von drei Schnellpressen zur
 Herstellung von Merkantildruckarten — II., Große Rohrengasse 14.
 Bondi Siegmund — Gastwirt — I., Rotenturmstraße 21.
 Braza Anna, geb. Schogto — Pfeidlergerbe — II., Vorgarten-
 straße 207.
 Deuter Wenzel — Gastgewerbe (Zwangspächter) — I., Albrechtplatz 2.

Eslein Anna — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern, Heiligenbilder, Zeitungs- und Briefmarken-Verschleiß — II., Pazmaniten-gasse 16.
 Eichfelder Franz — Häuseradministration — II., Körnergasse 6.
 Eirisch Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — I., Blutgasse 9.
 Eisenberg Franziska, geb. Goldberg — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier (Filiale) — II., Ragraner Reichstraße 359.
 Eisler Leopold — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
 Eremiasch Johann — Friseur — XV., Riemmayergasse 47.
 Fabian Johann — Marktvirtualienhandel (Tagmarkt) — I., Am Hof.
 Fuchs Norbert — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich ver-schlossenen Gefäßen — II., Handelskai 420.
 Götz Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Johannesgasse 14.
 Goldstein Moriz Josef — Verschleiß von Tapziererartikeln — II., Stuwertstraße 37.
 Greger Alfred — Herausgabe der periodischen Druckchrift „Handels-Anzeiger“ — I., Petersplatz 9.
 Groß Johann — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichen-requisiten — III., Radetzkystraße 13.
 Gußwicz Rosa — Fleischschmelzwaren-Verschleiß, Verschleiß von Schweine-fleisch, Sech- und Würstzeug — XVIII., Leitnermayergasse 40.
 Haberskeller Friedrich — Bäckergerber — XVIII., Labenburggasse 35.
 Härtl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Wälischgasse 89.
 Haider Franz — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — I., Kärntnerstraße 6.
 Herberth Elisabeth — Handel mit Holz und Kohlen und Kleinfuhrwerks-gerbe — XIII., Bahnhofsstraße 7.
 Herzfeld Jakob — Kommissionswaren-Verschleiß — II., Aloisgasse 1.
 Hirschler Ignaz — Fleischhauergewerbe (temp.) — XV., Mariahilfer-straße 146.
 Hochbauer Lea — Verkauf von Escrozim und Lulim, Virtualien-Verschleiß (Filiale) — I., Seitenstettengasse 1.
 Firma Hochberg & Komp. (Gesellschafter: Julius Hochberg, Josef Morgen-ster) — Gemischtwarenhandel (Filiale) — III., Hauptstraße 12.
 Hofdemel Karl — Friseur- und Rasiergerber (Filiale) — II., Engert-straße 155.
 John Rosa — Damenkleidmachersgerber — XVIII., Martinsstraße 56.
 Juber Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Kreuzgasse 36.
 Karer Angela — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Pöytsleinsdorfer-straße 78.
 Kelety Philipp — Handelsagentie — II., Zirkusgasse 1.
 Kizales Elisabeth — Übernahme von Wäsche zum Putzen — II., Landel-marktgasse 1.
 Klein Julie — Verschleiß von Kandidaten und Zuckerbäckerwaren — II., Stuwertstraße 25.
 Krizmanits Vittoria — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Flaschenbier — XVIII., Dittesgasse 2.
 Kuhn Ferdinand — Mechanikergewerbe (Filiale) — III., Marzer-gasse 23.
 Kutschera Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — III., Untere Weißgärberstraße 30.
 Lachner Johann — Vermittlung von Wohnungen — I., Schulerstraße 12.
 Laweczky Ignaz — Kommissions-Verschleiß von Schokoladen und Kandidaten — I., Klowrattung 9.
 Leitner Philipp, Inhaber der Firma: Speditionsbureau Brüder Wittels — Filiale der Speditionsbureaus vorm. Brüder Wittels — II., Ferdinands-straße 31.
 Lichtensfeld David — Verschleiß von optischen Waren — II., Darwin-gasse 9.
 Madaczek Fanni — Verschleiß von Kandidaten — II., Sternedplatz 18.
 Manz Anna und Stephanie: Firma: Karl Gerold's Sohn; verantwort-licher Geschäftsführer: Robert Heim — Verläufliches Buchdruckergerber — I., Barbaragasse 2.
 Marek Adalbert — Kleidermachersgerber — II., Engertstraße 196.
 Marko Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Riemmayergasse 4.
 Marobics Silvester — Friseur- und Rasiergerber (Filiale) — II., Kronprinz Rudolfstraße 17.
 Matys Marie — Damenkleidmachersgerber — XIII., Linzerstraße 247.
 Mautner Philippine, geb. Bauer — Verschleiß von neuen Kinderkleidern — II., Praterstraße 52.
 Meisl Nathan Adolf — Friseur- und Rasiergerber — II., Große Mohrengasse 40.
 Moder Alois — Wirtsgewerbe (Wiederbetrieb) — XIII., Miffindorf-straße 27.
 Münzberger Gustav — Architekt — XVIII., Bastiengasse 61.
 Rusli Franz — Kleidermachersgerber — II., Darwinstraße 13.
 Rachmias Moise Benjamin — Handelsagentie — II., Rotensterngasse 25.
 Raprawnik Bernhard — Tischlergerber — XV., Hertlokgasse 10.
 Olaztrali, geb. Altolay Klara — Pfeidlergerber — II., Aspernstraße 2.
 Perjahly Eleonore — Kastanienbratergerber — I., Franz Josefskai, Ecke der Rotenturmstraße zwischen dem Kandelaber und Hydranten.
 Petruzela Josef — Friseurgerber — I., Börsegasse 1.

Bötsch Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier und Petroleum — I., Am Gestade 8.
 Bollazek Johann — Friseur (Filiale) — XV., Neubaugürtel 47.
 Bopp Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Neubaugürtel 48.
 Borde's Julius — Fleischhauer — XVIII., Schulgasse 7.
 Quirin Josef — Pachtbetrieb der Kaffeehaus-Konzession — IV., Starhem-berggasse 26.
 Rabbiner Kamilla, geb. Glaser — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Große Sperlgasse 28.
 Redlich Max — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß von Lebens-mitteln — XIV., Rustengasse 16.
 Reichmann-Vogel Philipp, Alleinhaber der Firma Ph. Reichmann — Gemischtwarenhandel — II., Obere Donaustraße 101.
 Reiß Louise — Übernahme von Wäsche zum Putzen — II., Herminen-gasse 18.
 Reiß Rosalia vulgo Emma — Verabreichung von Speisen — II., Roten-sterngasse 25.
 Riegler Julius — Privatdetektiv-Unternehmung — I., Giselstraße 4.
 Rieger Anton — Pachtbetrieb des der Aktiengesellschaft „Hotel goldenes Lamm“ gehörigen Gast- und Schankgerber — II., Praterstraße 7.
 Rosenfel Mosch Schaniel — Marktfahrgewerbe — II., Laborstraße 57.
 Rezabel Marie, geb. Schrida — Kastanienbratergerber — II., Scherzer-gasse, Ecke Nordwestbahnstraße.
 Schifferes M. & Bruder, öffentliche Gesellschafter: Markus Schifferes, Artur Schifferes — Handel mit chemischen Produkten — II., Rembrandt-straße 23.
 Schimit Karoline — Chemische Puzerei (Filiale) — III., Kollergasse 10.
 Schönstein Hermann — Friseur- und Rasiergerber (Filiale) — II., Nordwestbahnstraße 33.
 Schoosberger Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — I., Weib-burggasse 9.
 Sidka Karl — Fleischhauergewerbe — III., Hainburgerstraße 66.
 Österreichische Siemens-Schuckertwerke Aktiengesellschaft; Geschäftsführer Louis Vollmann — Verkauf der eigenen Fabrik-Erzeugnisse (Maschinen und Apparate für die Erzeugung und Leitung von Elektrizität, sowie Beleuchtungs-lämpern — I., Augustinerstraße 8.
 Sudech Marie — Virtualienhandel — II., Am Volkertplatz.
 Stephan Paul — Friseur- und Rasiergerber (Filiale) — I., Franz Josefskai 43.
 Sterk Sidonie — Verschleiß des Haarfärbemittels „Durand“ und von Parfümeriewaren — I., Wollzeile 14.
 Stritar Anton — Kastanienbratergerber (Filiale) — II., Ausstellungs-straße, Ecke Wolfgang Schmälzlgasse.
 Tichy Josef — Herrenkleidmachersgerber — I., Glückgasse 1.
 Tödling Henriette — Zeitungs-Verschleiß — VII., Seibengasse 45.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Sadtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	1893
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 21. September 1904	1893
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 23. September 1904	1903
Richtigstellungen	1910
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 9. September 1904	1910
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom 17. September 1904	1911
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 21. September 1904	1912
Allgemeine Nachrichten:	
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim	1913
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals	1913
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing	1914
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling	1914
Approvisionnement:	
Borstenviehmärkte vom 4. und 6. Oktober 1904	1914
Pferdemarkt vom 4. Oktober 1904	1914
Zug- und Stechviehmarkt vom 6. Oktober 1904	1914
Bierpreise in den Monaten August und September 1904	1915
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Besuch der städtischen Bäder im Monate September 1904	1915
Baubewegung:	
Gefuge um Baubewilligungen vom 4. bis 6. Oktober 1904	1915
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
Offertverhandlungs-Ergebnisse	1916
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	1918
Rundmachungen.	

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
8. Oktober 11 Uhr	Abteilung II (Mag. = Sekr. Dr. August Mayr, VI. Stiege, 1. Stock)	6303	—	Bergabung der Lieferung von 46.000 Stück Hundesteuermarken für das Jahr 1905.	— Borbemerkung: Die allg. meinen und besonderen Be- dingungen können in der Magistrats-Abteilung II während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden. 3-3
8. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag. = Rat Gross V. Stiege, 2. Stock)	5105	Baumpflanzung in der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke.	Lieferung von 882 m ³ Ackererde Lieferung von 540 m ³ Garten- erde Verführung von 1152 m ³ Aus- hubmateriale	2646 K 2160 K 2304 K Bedingnisse etc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 3-3
11. Oktober 11 Uhr	detto	3866	—	(Neuerliche Offert-Ausschreibung) Demolierung zweier auf der Liegenschaft Einl.-Z. 1878 Her- nals, Wattgasse 92 stehender Baulichkeiten.	— 2-2
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag. = Sekr. Schausler, VI. Stiege, Mezzanin)	2763	—	Bespannung für die Schnee- pflüge des I. Bezirkes während der Winterperiode 1904/05, in- soweit dieselbe nicht durch das Regiekehrwerk der Gemeinde be- wertfestellt werden kann.	— 2-3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-B.	O b j e k t	G e g e n s t a n d der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
20. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mg.-Schr. Schanzler, VI. Stiege, Mezzanin)	2021	—	Vergabung der Lieferung des Gebirgsschlägel- und Nieselschotters für den XIII. Bezirk, des Schlackenschotters und Schlackensiefels für den XI. Bezirk und für den Zentral-Friedhof; ferner Vergabung der Lieferung des Sandes für den IV., V., VI., VII., VIII., X. und XI. Bezirk und für den Zentral-Friedhof während der Dauer des Jahres 1905.	—
17. Oktober 10 Uhr	Volkshalle im Neuen Rathause	7277	Bau einer Mädchen-Volksschule und eines städtischen Volksbades im II. Bezirke, Vereinsgasse.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erd- und Banmeisterarbeiten 2. Hydraulische Bindemittel . . . 3. Herstellung der Betongewölbe 4. Lieferung der Traversen . . . 5. Stukkaturarbeiten 6. Steinmetzarbeiten 7. Herstellung der Kylolithfußböden und Hohlkehlen . . . 8. Zimmermannsarbeiten . . . 9. Spenglerarbeiten 10. Bantischlerarbeiten 11. Ban Schlosserarbeiten 12. Anstreicherarbeiten 13. Glaserarbeiten 14. Asphaltiererarbeit und Holzzement-Eindeckung 15. Terrazzopflasterung 16. Tonwarenlieferung 17. Niederdruckdampfheizung für die Schule 18. Niederdruckdampfheizung für das Volksbad inklusive Badeeinrichtung 19. Wasserleitungs- und Klosett-einrichtung 20. Schöpfwerksanlage n. Hausbrunnen 21. Elektrische Beleuchtungseinrichtung 22. Möbeltischlerarbeiten 23. Lieferung der Schulbänke 24. Lieferung der Badewäsche 	<p>168.100 K — li</p> <p>5.400 " — "</p> <p>10.140 " 50 "</p> <p>21.150 " — "</p> <p>2.800 " — "</p> <p>12.600 " — "</p> <p>2.830 " — "</p> <p>16.000 " — "</p> <p>4.800 " — "</p> <p>28.000 " — "</p> <p>24.800 " — "</p> <p>4.800 " — "</p> <p>4.500 " — "</p> <p>6.100 " — "</p> <p>3.135 " — "</p> <p>17.400 " — "</p> <p>11.000 " — "</p> <p>27.000 " — "</p> <p>6.856 " 59 "</p> <p>4.600 " — "</p> <p>4.931 " 70 "</p> <p>8.650 " — "</p> <p>7.203 " — "</p> <p>6.684 " 50 "</p>

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	O b j e k t	G e g e n s t a n d der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
10. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag. = Rat Dr. Nüchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1202	Neubau eines Hauptmratskanales in der Hühnegasse, zwischen Messer- schmidt- und Erndtgasse im XVIII. Bezirke.	Erd- und Banmeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	2484 K 50 h 3—3
11. Oktober 10 Uhr	detto	637	Neubau eines Hauptmratskanales in der Anergasse zwischen der Wallishausferrgasse und Dr.-Nr. 66 Anergasse im XVII. Bezirke.	Erd- und Banmeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	12.437 K 88 h 2—2
15. Oktober 10 Uhr	detto	1046	—	Besorgung der Lieferung guß- eiserener Kanalschacht- und Wasser- laufgitter und Schachtdeckel im voraussichtlichen Jahresbedarfe von 5000 q, sowie von Sand- tassen aus Eisenblech zu den Kanaleinsteigschächten im voraus- sichtlichen Jahresbedarfe von 500 Garnituren (die Bestand- teile einer Garnitur Sandtassen sind in den Bedingungen auf- gezählt) für sämtliche Bezirke der Gemeinde Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezem- ber 1907.	— Borbemerkung: Die Mustergitter und -Deckel sowie die Muster-Sandtassen, die Pläne, Ausweise und Bedingungen können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden besichtigt, beziehungsweise eingesehen werden. — Exem- plare der Bedingungen können um den Betrag von 20 h, die Pläne um den Betrag von 80 h bei der städtischen Hauptkassa bezogen werden. 2—3
25. Oktober 10 Uhr	Abteilung IX (Mag. = Rat Dr. Konst. Mayer, V. Stiege, 2. Stock)	2456	Rekonstruktion der ungarischen Szallafen am Zentral-Viehmarkte zu St. Marx.	Banmeisterarbeiten Schlosserarbeiten Betonarbeiten Dachpappearbeiten	11.164 K 18 h 7.925 " — " 14.210 " — " 2.952 " — " 1—3
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung XXII (Mag. = Secr. Dr. Spaeth, Parterre, Eingang v. der Lichten- felsgasse)	1733	—	Sicherstellung des Amtsfuhrwerkes zu Kommissionen der städtischen Organe und der Dienstsequipe für die Direktion des Stadtbau- amtes in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1907.	— 3—3

D.-Z. 17682/55, 11.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Bei der Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ gelangen 200 Stück Motorwagenachsen zur Vergebung.

Die öffentliche schriftliche Offertverhandlung findet am **Mittwoch den 12. Oktober, 12 Uhr mittags**, im Sitzungssaale der Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße Nr. 9, 1. Stock, statt.

Die Achsen sind aus bestem basischen Siemens-Martin-Flußstahl von 50 bis 55 kg Festigkeit und mindestens 15 Prozent Dehnung genau nach Zeichnung, vollständig bearbeitet und einbaufertig zur Ablieferung zu bringen.

Die Stummel und jene Teile des Schaftes, auf welchen die Traglager des Motors sitzen, sind poliert.

Die Nabenitze sind ebenfalls poliert und mit 0.5 mm Anzug zu liefern, so daß vorhandene Radsterne nach den Achsen ausgebohrt und sofort aufgedreht werden können.

Alle anderen Teile der Achsen sind auf das genaue Maß zu egalisieren.

Die Keilnut muß mit Kopfräfern gefräst werden und müssen sämtliche Hohlkehlen mit dem Schlichtmesser nach vorgeschriebenen Abmessungen ausgeführt sein.

Für die Ausführung in Bezug auf die Form und Abmessungen sind vom Lieferanten Schablonen anzufertigen, welche, sofern sie den Zeichnungen entsprechen, bei der Abnahme benützt werden.

Für die Art der Materialerprobung, Haftung und der anderen Bestimmungen sind die „besonderen Bedingungen für die Lieferung von Achsen für Motor- und Beinwagen“ maßgebend.

Das Gewicht der Achse beträgt ungefähr 110 kg.

Die besonderen Bedingungen und Zeichnungen können in der Hauptwerkstätte Rudolfsheim der städtischen Straßenbahnen in Wien, XIV., Anshützgasse 15, eingesehen und auch zum Preise von 1 Krone daselbst bezogen werden.

Die Offerten haben ihre nach Tarif-Post 44 aa und 5 a, Punkt 4 stempelfreien Offerte in Form eines Geschäftsbriefes und in geschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Offerte auf 200 Stück Motorwagenachsen“ versehen, längstens bis 12. Oktober 1904, vormittags 12 Uhr, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen einzubringen. Dem Anbote darf ein Badium nicht angeschlossen werden; es ist vielmehr dasselbe und zwar im Betrage von 10 Prozent des Wertes der angebotenen Lieferung spätestens einen Tag vor dem Offertverhandlungs-Termin bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße Nr. 9 zu erlegen, und hat sich der Offertant über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen. Das Badium kann in barem, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in pupillarischen inländischen Wertpapieren zum Nominalwerte erlegt werden.

Für Badien, welche dem Offerte angeschlossen werden, wird keine Haftung übernommen.

Im Offerte muß sich der Offertant ausdrücklich auf diese Kundmachung beziehen und die Erklärung abgeben, daß er die

allgemeinen und besonderen Bedingungen eingesehen habe und sich denselben unterwirft. Weiters hat der Offertant im Anbote anzugeben, binnen welcher kürzesten Frist er liefern kann.

Denjenigen Offertanten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird das Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Auf verspätet eintreffende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Offertanten, aber auch die Ablehnung aller Anbote wie auch die Vergebung in Teilmengen vorbehalten.

Für den Streitfall werden die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung I., Neues Rathaus zuständig erklärt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 3. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

2-3

D.-Z. 17458/12, 7.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Für den Verkauf der alten, unbrauchbaren Dienstkleider, welche sich in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1909 ansammeln, wird für **Donnerstag den 20. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags**, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, ausgeschrieben.

Im Laufe eines Jahres sammeln sich ungefähr an:

zirka	5500 kg	Tuchmäntel,
"	2800	" Tuchblusen,
"	3000	" Tuchhosen,
"	1600	" mit Leder besetzte Filzstiefel,
"	100	" mit Leder besetzte Fäustlinge,
"	1000	" Tuchkappen, beschirmt,
"	1000	" Regenmäntel,
"	170	" Kondukteurtaschen aus Leder,
"	700	" Zwilchhosen,
"	75	" Kittel aus grünem Zwilch,
"	50	" Schürzen aus grünem Zwilch.

1. Der Erstehrer übernimmt die Verpflichtung, die Dienstkleider so wie sie fallen, ohne auszusuchen, zu übernehmen.

2. Kein Stück der Kleider und auch kein Bestandteil derselben darf auf hiesigem Platze an wen immer verkauft werden.

3. Die Dienstkleider sind binnen acht Tagen vom Tage der Aufforderung gegen bare Bezahlung abzuführen, widrigenfalls uns das Recht zusteht, die Ware auf Rechnung des Erstehers an wen immer und zu welchem Preise immer zu veräußern.

4. Ein Abzug im Gewichte für allenfalls anhaftenden Schmutz u. dgl. wird nicht gewährt.

5. Zur Einhaltung der Bedingungen ist ein Pfandgeld im Betrage von 5 Prozent des Wertes obangeführter Mengen bei unserer Hauptkassa zu erlegen.

6. Die Kleider werden von uns in Teilmengen abgegeben.

Nähere Auskünfte erteilt die Lager-Verwaltung XIV., Schwendberggasse 5.

Die Angebote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Anbot auf alte Dienstkleider“ bei der Straßenbahn-Direktion längstens bis vor Eröffnung der Offertverhandlung einzubringen. Das Pfandgeld ist in barem Gelde, welches jedoch nicht verzinst wird, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in inländischen pupillarischeren Wertpapieren zum Nominalwerte längstens bis eine halbe Stunde vor Eröffnung der Offertverhandlung bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen zu erlegen und hat sich der Offerent über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen.

Im Anbote hat sich der Offerent ausdrücklich auf diese Kundmachung zu beziehen und zu erklären, daß er sich allen Bedingungen derselben unterwerfe.

Anbote, welche nicht dieser Vorschrift entsprechend eingebracht werden, werden unberücksichtigt gelassen.

Der Offerent bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bis zur Verständigung der Entschließung derselben im Worte.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Bewerbern, die Vergebung in Teilmengen, aber auch die Ablehnung aller Angebote vorbehalten.

Für den Streitfall werden die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung I., Neues Rathaus, als ausschließlich zuständig erklärt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 24. September 1904.

Der Direktor:

Spängler.

3-3

3. 17595/32, 2.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Mit Gemeinderats-Beschluß vom 8. Juni 1904 wurde das Projekt für die Erbauung einer Wagenhalle, eines Verwaltungsgebäudes und Anbauten im Bahnhofe Breitensee der städtischen Straßenbahnen genehmigt.

Die nachstehenden, noch nicht vergebenen Arbeiten werden im Offertwege vergeben und findet zur Erlangung von Angeboten die öffentliche schriftliche Offertverhandlung am **Mittwoch den 12. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangen:

Gruppe 14. Wasserleitungseinrichtung, Kostenvoranschlag: 14.800 K.

Gruppe 15. Elektrische Beleuchtungsanlage, Kostenvoranschlag: 7600 K.

Die einschlägigen Pläne, Kostenvoranschläge und Bedingungen liegen zur Einsicht bei der Bauleitung der städtischen Straßenbahnen, Abteilung für Hochbau, IV., Favoritenstraße 9 auf; ebendasselbst werden auch Auskünfte erteilt.

Die Offerenten haben ihre nach Tarifpost 44 aa und 6 a, Punkt 4 stempelfreien Offerte in Form eines Geschäftsbriefes und in geschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Offerte für den Bau einer Wagenhalle, eines Verwaltungsgebäudes und Anbauten im Bahnhofe Breitensee Gruppe . . .“ versehen, längstens bis **Mittwoch den 12. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr**, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen einzubringen. Dem Anbote darf ein Badium nicht angeschlossen werden; es ist vielmehr das in den Bedingungen vorgeschriebene Badium spätestens einen Tag vor dem Offertverhandlungstermine bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9 zu erlegen und hat sich Offerent über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen. Das Badium kann in barem, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in pupillarischeren inländischen Wertpapieren zum Nominalwerte erlegt werden.

Für Badien, welche dem Offerte angeschlossen werden, wird keine Haftung übernommen.

Im Offert muß sich der Offerent ausdrücklich auf diese Kundmachung beziehen und die Erklärung abgeben, daß er die allgemeinen und besonderen Bedingungen eingesehen habe und sich denselben unterwirft.

Denjenigen Offerenten, deren Angebote nicht angenommen werden, wird das Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Offerenten, aber auch die Ablehnung aller Angebote vorbehalten.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 28. September 1904.

Der Direktor:

Spängler.

2-3

M.-3. 636 ex 1904.

XI b.

Kundmachung.

(Sicherstellung der Viktualien ausschließlich der Grünwaren für das Bürgerverorgungshaus.)

Wegen Vergebung der Viktualien ausschließlich der Grünwaren für das Bürgerverorgungshaus bis zum 1. Oktober 1905 findet zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 14. September 1904, Pr.-3. 11535, am **Mittwoch den 12. Oktober 1904, um 10 Uhr vormittags**, in der Verwaltungskanzlei eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung statt.

Zur Vergebung gelangen die im nachstehenden bezeichneten Viktualien und wird hinsichtlich des angegebenen Bedarfes be-

merkt, daß die Gebrauchsmengen nur schätzungsweise angegeben werden, die Gemeinde daher den tatsächlichen Bezug nicht zusichert, die Anbotsteller jedoch verpflichtet sind, Mehrlieferungen zu den zugestandenen Preisen zu leisten.

Zur Vergebung gelangen:

1. Fleischwaren.

Etwa 9000 kg Rindfleisch,	Etwa 400 Paar fl. Würstel,
" 2000 " Kalbfleisch,	" 500 " Frankfurter,
" 300 " Schweinernes,	" 230 Stück Knackwürste,
" 130 " Leber,	" 250 " Augsbürger,
" 300 " Selschfleisch,	" 60 " Beuschel.
" 30 " Schinken,	

2. Milch.

Etwa 32.000 Liter süße Milch,
" 250 " saure Milch,
" 155 " Rahm.

3. Bäckerwaren.

Etwa 37.000 kg Brot,	Etwa 140 kg Bröseln,
" 94.000 Stück Semmeln,	" 30 " Mürbes.
" 750 kg alte "	

4. Eier, Schmalz etc.

Etwa 14.000 Stück Eier,	Etwa 20 kg Topfen,
" 1600 kg Schmalz,	" 3 " Primjen.
" 23 " Butter,	

5. Mehl und Hülsenfrüchte, Gemüse etc.

Etwa 800 kg Mehl Nr. 4,	Etwa 4000 kg Erdäpfel,
" 10 bis 1200 kg Mehl Nr. 0,	" 10 " Kren,
" 800 kg Grieß,	" 600 " Sauerkraut,
" 200 " Kollgerste,	" 80 " rote Rüben,
" 300 " Erbsen,	" 600 " saure "
" 200 " Linjen,	" 100 " Dörrgemüse,
" 700 " Reis,	" 300 " Zwiebel.

6. Kaffee, Zucker, Gewürze etc.

Etwa 5 bis 600 kg Kaffee,	Etwa 13 kg Schokolade,
" 5 " 600 " Feigenkaffee,	" 1500 " Zucker,
	" 100 " Zuckermehl,
ferner Zimt, Zitronen, Kapern, Kümmel, Mandeln, Mohn, Muskatnüsse, Marmeladen, Pfeffer, gedörrte Zwetschen, Rosinen, Rum, Eßig, Safran, Senf, Öl, Tee, Vanille etc. je nach Bedarf.	

7. Getränke.

Etwa 80 hl Abzugbier,	Etwa 8 hl Rotwein,
" 50 " Weißwein,	" 1000 Siphons.

Die vorstehende Zusammenfassung in Gruppen hat keinerlei bindende Wirkung, das heißt es können die in einer Gruppe zusammengefaßten Artikel verschieden vergeben werden, andernfalls sind die Anbotsteller nicht gebunden, für alle Artikel ein Anbot zu stellen. Wird für sämtliche Artikel einer Gruppe offeriert, so beträgt das vor der Offertverhandlung bei der Verwaltung zu erlegende Angeld für Gruppe 1 400 K, Gruppe 2 200 K, Gruppe 3 300 K, Gruppe 4 300 K, Gruppe 5 300 K, Gruppe 6 400 K, Gruppe 7 300 K.

Die Vergebung der Viktualien erfolgt auf Grund der speziellen Bedingnisse, die bei der Verwaltung eingesehen werden können. Die mit Stadtrats-Beschluß vom 24. Oktober 1900, Z. 12000, und vom 6. März 1901, Z. 2225, genehmigte Vorschrift, betreffend die Lieferung der Viktualien für die Waisenhäuser, hat hiebei sinngemäße Anwendung zu finden. Diese Vorschrift ist bei der städtischen Hauptkassa erhältlich. Die Anbote sind auf einem Briefpapierbogen, in Form eines an den Wiener Magistrat gerichteten, nach den Tarifposten 44.aa und 60, P. 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes zu stellen, dessen Form in den Bedingnissen näher angegeben ist. Dieser Geschäftsbrief hat zu enthalten: Die Angabe des Artikels, den angesprochenen Preis in Ziffern und Buchstaben, Beruf und Wohnort des Anbotstellers und dessen Unterschrift. Die Anbote sind in verschlossenem Umschlage, auf welchem der offerierte Artikel ersichtlich zu machen ist, zu überreichen. Von den in den Gruppen Nr. 3, 4, 5, 6 und 7 enthaltenen Artikeln sind mit Ausnahme jener, die gleich dem Verderben unterliegen, 2 Muster beizulegen. Die Muster sind mit dem Namen oder der Firma des Offerenten zu versehen; eines derselben muß mit dem Siegel des Offerenten geschlossen sein.

Es ist nicht gestattet, die Angelder den Anboten selbst beizuschließen; bei Außerachtlassung dieses Verbotes übernimmt die Gemeinde Wien keinerlei Haftung. Auf die Anbote von Gewerbetreibenden, die nicht gewerbebehördlich berechtigt sind, dann auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Die Gemeinde behält sich die freie Auswahl unter den Bewerbern, ebenso die Ablehnung aller Anbote vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
im selbständigen Wirkungskreise,
Wien, im Oktober 1904.

1-2

Z. 2462 ex 1904.

V.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Laut Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 30. September 1904, Z. VI-5353, findet über das Projekt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ für die Umlegung der Geleise in der Favoritenstraße von der Gußhausstraße bis zur Mayerhofgasse die politische Begehung am **Mittwoch den 12. Oktober 1904** unter der Leitung des Herrn k. k. Bezirkskommissärs Dr. Ludwig v. Schneller statt.

Die Kommissionsmitglieder versammeln sich am obbezeichneten Tage um 9 1/2 Uhr vormittags vor dem Hause Favoritenstraße Nr. 1 im IV. Bezirke.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Projektsbegehle vom 3. Oktober 1904 bis zum Kommissionstage im Stadtbauamte (Neues Rathaus, Mezzanin, Bureau des Baurates Wilhelm) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen dieses Projekt oder etwaige Bemerkungen können während der vorbezeichneten Zeit im Bureau des Magi-

stratsrates Dr. Weiß (Neues Rathaus, Mezzanin, Stiege IV) oder bei der Lokalverhandlung schriftlich oder mündlich eingebracht werden.

Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 3. Oktober 1904.

1—1

Z. 5454 ex 1904.

Konkursausschreibung.

Im städtischen Gaswerke in Wien kommt die Stelle des Gebäude-Inspektors und Platzmeisters zur Besetzung.

Mit dieser provisorischen Beamtenstelle ist ein Jahresgehalt von 4000 K, ferner ein Quartiergeld von 1000 K und der Anspruch auf 2 Quinquennialzulagen von je 500 K verbunden.

Bewerber müssen österreichische Staatsangehörige sein (nach Wien Zuständige haben den Vorzug), die Baumeisterprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben und eine längere Praxis im Baufache nachweisen können.

Die Bewerber müssen sich verpflichten, über Verlangen der Direktion unter Einstellung des Quartiergeldes eine entsprechende, mit freier Beleuchtung und Beheizung verbundene Naturalwohnung zu beziehen.

Die Gesuche sind mit dem Tauf- beziehungsweise Geburts-scheine, Heimatscheine, eventuell Trauungs-scheine, den Studien- und Verwendungszeugnissen und einem amtsärztlichen Zeugnisse über den Gesundheitszustand des Bewerbers zu belegen und bis längstens 20. Oktober 1904 bei der Verwaltungs-Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ Wien, I., Doblhoffgasse Nr. 6, mit der Angabe, wann der Bewerber den Dienst antreten kann, einzubringen.

„Gemeinde Wien — städtische Gaswerke.“

Wien, im Oktober 1904.

Der Verwaltungs-Direktor:

H. Hofner m. p.

1—3

M.-Abt. XV, Z. 7217 ex 1904.

Kurrende.

(Besetzung von Schuldiennerstellen.)

Im Stande der städtischen definitiven Schuldienner gelangen zur Besetzung:

1. Eine Stelle I. Bezugsklasse mit dem Grundgehalt von jährlich 1400 K, dem Quartiergelde von 500 K jährlich (eventuell dem Genusse einer Dienstwohnung), dem Anspruche auf die vorgeschriebene Dienstkleidung, das Stiefelpauschale von jährlich 16 K und die für die betreffende Schule bestimmten Zulagen.

2. Sieben (7) Stellen II. Bezugsklasse mit dem Grundgehalt von jährlich 1100 K, dem jährlichen Quartiergelde von

450 K (eventuell dem Genusse einer Dienstwohnung), dem Anspruche auf die vorgeschriebene Dienstkleidung, auf das Stiefelpauschale von 16 K jährlich und die für die betreffende Schule bestimmten Zulagen.

Bewerber um eine dieser erledigten Stellen haben ihre diesbezüglichen Gesuche mit dem Tauf- beziehungsweise Geburts-scheine, dem Heimatscheine und den Nachweisen der Dienstzeit zu belegen und im Dienstwege durch die vorgesetzte Schulleitung bis Samstag den 15. Oktober 1904 bei der Einreichsstelle der Magistrats-Abteilung XV zu überreichen.

Auf verspätet einlangende Gesuche, sowie auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Bemerkt wird, daß als maßgebende Verlautbarung dieser Ausschreibung die Kundmachung im Amtsblatte der Stadt Wien anzusehen ist.

Vom Wiener Magistrate,

im selbständigen Wirkungsbereiche,
am 27. September 1904.

Der Abteilungsvorstand:

Harozny,
Magistratsrat.

2—3

Kundmachung.

(Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.)

Die Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien widmet im Sinne des § 2, lit. c der Statuten zur Ermöglichung des gemeinsamen Wohnens von verarmten Bürger-ehepaaren außerhalb der Bürgerverforgungsanstalt den Betrag von 4000 K. Davon werden 20 Bürger-ehepaare mit je 200 K beteiligt.

Die Verteilung des genannten Betrages erfolgt in zwei Zeitabschnitten, und zwar am 2. Dezember 1904 und am 1. Juli 1905 im Betrage von je 100 K.

Anspruch auf Beteiligung haben nur jene Mitglieder der Bürgervereinigung, welche dem Vereine bereits durch zwei Jahre angehören.

Gesuche um Zuwendung je eines Betrages von 200 K sind bei der Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, I., Lichtenfelsgasse 2, bis 1. November 1904 mit folgenden Beilagen einzubringen:

- Taufschein und Trauungs-schein des Bürger-ehepaares;
- Mitgliederbuch der Bürgervereinigung;
- Mittellofigkeitszeugnis.

Wien, am 26. September 1904.

Der Schriftführer:

Franz Josef Schadek m. p.

Der Präsident:

Josef Schwarz m. p.

2—3

Pr.-Z. 12686 ex 1904.

Kundmachung.

(Aufliegen des Hauptrechnungsabschlusses der Stadt Wien pro 1903 zur öffentlichen Einsicht.)

Der Hauptrechnungsabschluß der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1903, sowie die Rechnungsabschlüsse über die sämtlichen unter Gemeindeverwaltung stehenden Fonde und Anstalten liegen durch 14 Tage, und zwar vom 11. bis einschließlich 24. Oktober 1904, täglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Lichtenselsgasse 2, Stiege V, 1. Stock, zur öffentlichen Einsicht auf.

Es wird dies hiemit in Gemäßheit des § 58 des Wiener Gemeindestatutes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Erinnerungen der Gemeindeglieder im genannten Präsidialbureau zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 5. Oktober 1904.

Der Bürgermeister:
Dr. Karl Lueger.

1-3

M.-Z. 7452 ex 1904.

XVI.

Kundmachung.

(Meldung der zum Erscheinen bei der Hauptstellung im Jahre 1905 berufenen Stellungspflichtigen aus den beiden Staatsgebieten der österr.-ung. Monarchie, sowie die Einbringung der Ansuchen um Abstellung im Aufenthaltsbezirke oder um eine der Begünstigungen in der Erfüllung der Dienstpflicht.)

Nach § 35 des Wehrgesetzes vom 11. April 1889 hat sich jeder Stellungspflichtige der zur nächsten Stellung berufenen Altersklassen im Monate November des vorangehenden Jahres bei dem Gemeindevorstande seines Heimats- oder ständigen Aufenthaltsortes zur Verzeichnung schriftlich oder mündlich zu melden.

Wer diese Meldung, ohne hievon durch ein für ihn unüberwindliches Hindernis abgehalten worden zu sein, unterläßt, verfällt einer Geldstrafe von 10 bis zu 200 K.

Demgemäß werden die in den Jahren 1882, 1883 und 1884 geborenen, in den Bezirken I bis inklusive XX, wohnenden einheimischen und fremden Stellungspflichtigen aufgefordert, sich vom 1. bis 30. November 1904 an den Wochentagen während der gewöhnlichen Amtsstunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags bei dem magistratischen Bezirksamte ihres Aufenthaltsortes zu melden und haben fremde Stellungspflichtige ihre Tauf- oder Geburtscheine, Heimatscheine, Pässe oder Legitimationskarten Arbeitsbücher etc. mitzubringen.

Die im I. und VIII. Bezirke wohnhaften Stellungspflichtigen haben die Meldung im Konfiskationsamte des Magistrates, I., Rathausstraße 12, ebener Erde links, zu erstatten.

Für Stellungspflichtige, welche hierorts ihren ständigen Aufenthalt haben, jedoch im Monate November zeitlich abwesend

und hiedurch oder durch Krankheit verhindert sind, sich mündlich oder schriftlich zu melden, kann die Meldung durch deren Eltern, Vormünder oder sonst Bevollmächtigte geschehen.

Die sich hierorts meldenden fremden Stellungspflichtigen sind zwar zur Erfüllung der Dienstpflicht in ihrem zuständigen Stellungsbezirke verpflichtet, jedoch kann nach § 27 der Wehrvorschriften, I. Teil,

- a) den in einem anderen Bezirke Ansässigen oder im öffentlichen Dienste Angestellten,
 - b) den zum Zwecke von Arbeit oder Erwerb dauernd abwesenden oder außerhalb des zuständigen Stellungsbezirkes in einer bleibenden Dienststellung befindlichen Stellungspflichtigen, welche glaubwürdig nachweisen, daß sie die Kosten der Reise in den Heimatsbezirk infolge der großen Entfernung aus eigenen Mitteln nicht bestreiten können,
 - c) den ordentlich und öffentlich Studierenden
- die Bewilligung zur Abstellung im Aufenthaltsbezirke (Wien) von der politischen Bezirksbehörde ihrer Heimatsgemeinde erteilt werden.

Die sich hier aufhaltenden fremden Stellungspflichtigen, welche das Ansuchen um Vorführung vor die Stellungs-Kommission in Wien eubringen wollen, haben dieses bei der vorerwähnten Anmeldung ausdrücklich anzugeben.

Gesuche um Bewilligung zur Abstellung im Aufenthaltsbezirke, welche nach Ablauf der Anmeldefrist (das ist nach dem 30. November) eingebracht werden, sind nach § 27 der Wehrvorschriften I. Teil abzuweisen; nur wenn nachgewiesen wird, daß die das Ansuchen begründenden Verhältnisse erst nach diesem Zeitpunkte eingetreten sind, kann die Bewilligung nachträglich erteilt werden.

Jene Stellungspflichtigen, welche als Kandidaten des geistlichen Standes, als Lehrer, Unterlehrer und Lehramtszöglinge, als Besitzer ererbter Landwirtschaften oder als Familienerhalter Anspruch auf eine der in den §§ 31, 32, 33 und 34 des Wehrgesetzes bezeichneten Begünstigungen in der Erfüllung der Dienstpflicht erheben, haben ihre gehörig dokumentierten Gesuche in den Monaten Jänner und Februar 1905 bei der politischen Bezirksbehörde der Heimatsgemeinde, spätestens aber am Tage der Hauptstellung bei der Stellungs-Kommission des Heimatsbezirkes einzubringen.

Nur jene fremden Stellungspflichtigen, welche um die hierortige Abstellung ansuchen, können etwaige Ansprüche auf eine der in den vorangeführten Paragraphen bezeichneten Begünstigungen gleichzeitig bei der Meldung im Monate November 1904 geltend machen und nachweisen.

Wehrpflichtige, welche die Zuerkennung der Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes bei der Stellung im Jahre 1905 anstreben, haben ihr vollkommen dokumentiertes Gesuch entweder bis Ende Februar 1905 bei der Bezirksbehörde der Heimatsgemeinde oder gelegentlich ihrer Vorführung zur Hauptstellung im zuständigen Bezirke, und zwar noch vor ihrer ärztlichen Untersuchung, bei der Stellungs-Kommission des Heimatsbezirkes einzubringen.

Stellungspflichtige, welche als „offenkundig untauglich“ vom persönlichen Erscheinen vor der Stellungs-Kommission enthoben werden wollen, haben ihre mündlichen oder schriftlichen Ansuchen während der Anmeldefrist (November 1904) bei dem magistratischen Bezirksamte ihres ständigen Wohnortes einzubringen.

Diese Ansuchen sind nicht stempelflichtig. Ebenso kommt dem Ansuchen um eine Begünstigung in der Erfüllung der Dienstpflicht oder um Zuerkennung der Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes die Stempelfreiheit zu, während die Gesuche um Abstellung im Aufenthaltsbezirke der Stempelpflicht unterliegen.

Die Nichtbeachtung der Anmeldepflicht, sowie überhaupt der aus dem Wehrgesetze entspringenden Pflichten kann durch Unkenntnis dieser Kundmachung oder der aus dem Wehrgesetze hervorgehenden Obliegenheiten nicht entschuldigt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im übertragenen Wirkungskreise,
am 1. Oktober 1904. 1—1

M. Z. 2856.

XIII.

Kundmachung.

(Ludovika Saal'sche Stiftung.)

Entsprechend den Bestimmungen des Ludovika Saal'schen Stiftbriefes wird hiemit öffentlich verlautbart, daß der Herr Bürgermeister im Jahre 1904 aus den Erträgen des Stiftungsfondes 54 Stipendien à 200 K an nachbenannte Personen verliehen hat, und zwar:

1. Pikart Barbara, Pfeidlerin, X., Antonplatz 25.
2. Cernusak Wenzel, Tischler, V., Stolberggasse 32.
3. Großmann Johann, Schuhmacher, XII., Zeleborgasse 30.
4. Huber Anton, Schuhmacher, IX., Clusiusgasse 5.
5. Paul Kofalia, Tischnergewerbe, VI., Kasernengasse 25.
6. Schüler Julius, Friseur, XX., Kasaelgasse 10.
7. Hampejis Anton, Schuhmacher, XIV., Wieningerplatz 6.
8. Greil August, Anstreicher, XII., Rauchgasse 26.
9. Filipp Barbara, Stärkpappe-Verschleiß, XII., Zeleborgasse 26.
10. Haberl Anton, Drechsler, XII., Draschegasse 7.
11. Ranzer Marie, Kleinfuhrwerks-Besitzerin, XI., Grillgasse 33.
12. Fidler Josef, Schuhmacher, I., Ledererhof 2.
13. Kotrba Johann, Schuhmacher, IV., Rubensgasse 13.
14. Pospisil Johann, Tischler, XII., Erlgasse 24.
15. Almann Thomas, Schlosser, XVIII., Blumengasse 16.
16. Klusaček Josef, Schneider, XX., Jägerstraße 41.
17. Dwořak Adolf, Drechsler, XIV., Rauchfangkehrergasse 3.
18. Göbl Josef, Schuhmacher, III., Rübeckgasse 4.
19. Litera Josef, Schuhmacher, XVI., Herbststraße 27.
20. Weigel Eduard, Schneider, V., Schallergasse 8.
21. Wender Theresia, Einspännergewerbe, XVII., Elterleinplatz 12.
22. Schröder Johann, Schuhmacher, XI., Felsgasse 9.
23. Tuma Wenzel, Schuhmacher, XVI., Neumayrgasse 6.
24. Wittmann Leopold, Photograph, XIII., Hauptstraße 3.
25. Körber Georg, Schneider, X., Ettenreichgasse 6.
26. Schmidtgruber Franz, Glaser, II., Wehlstraße 153.
27. Svoboda Eberhard, Tischler, XIII., Kucfsteingasse 8.
28. Schneider Ludwig, Drechsler, XVI., Koppstraße 129.

29. Byterna Karl, Schneider, II., Obere Donaustraße 51.
30. Wolf Josef, Holz- und Kohlengeschäft, VI., Magdalencenstraße 32.
31. Chrastek Martin, Stuhmacher, VI., Hornbostelgasse 5.
32. Haslinger Karl, Photograph, X., Absberggasse 11.
33. Selg Karl, Friseur, XI., Hauptstraße 128.
34. Kaufalius Karl, Tischler, XII., Ignazgasse 42.
35. Lamminger Michael, Schuhmacher, XVII., Rosensteingasse 29.
36. Belcovsky Ignaz, Schuhmacher, XVIII., Antonigasse 62.
37. Geßner Ignaz, Schneider, XII., Hezendorferstraße 53.
38. Gödel Josef, Drechsler, VI., Gumpendorferstraße 109.
39. Löw Alois, Peitschenmacher, XV., Geyschlägergasse 18.
40. Weber Anton, Binder, XII., Biedermannngasse 2.
41. Boudik Wenzel, Schuhmacher, XVII., Rokitsanngasse 49.
42. Ferara Stephan, Schuhmacher, XV., Heidmannsgasse 3.
43. Hudec Johann, Schuhmacher, XVII., Közergasse 40.
44. Mašek Franz, Schuhmacher, XVII., Rosensteingasse 68.
45. Moran Alois, Schuhmacher, XV., Herkloßgasse 10.
46. Pokorny Wenzel, Schuhmacher, II., Pazmanitengasse 14.
47. Bukovsky Josef, Schuhmacher, IX., Biriotgasse 7.
48. Hanuška Jakob, Drechsler, XIV., Sueßgasse 14.
49. Zirafek Matthias, Schuhmacher, XII., Schönbrunnerstraße 229.
50. Klügel Gustav, Papierhandlung, XII., Tivoligasse 15.
51. Martinovsky Ferdinand, Bildhauer, XII., Widenotgasse 67.
52. Pucher Johann, Schuhmacher, IV., Freundgasse 8.
53. Stohwasser Ignaz, Instrumentenmacher, VIII., Lerchengasse 13.
54. Zahradnik Franz, Schuhmacher, XIV., Märzstraße 60.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 29. September 1904. 1—1

Z. 5677 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner von Markhof'sche Stiftung.)

Am 6. Februar 1905 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4750 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatsberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 593 K 75 h an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu ver-

leihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. R. oder H. R. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verleihung festgesetzten Weise.

Ferner gelangt der infolge Ablebens eines Stiftlings frei gewordene Betrag von 620 K samt den mittlerweile aufgelaufenen Interessen an ein evangelisches Waisenmädchen und der im Vorjahre mangels eines geeigneten Bewerbers nicht verliehene Betrag von 610 K an einen mosaischen Waisenknaben in analoger Weise zur Verleihung.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verheirathung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obpflege stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeugnisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulausweis) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit einem legalen Armutzeugnisse zu belegen und bis längstens 15. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte, sowie auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. September 1904.

2-3

Z. 5666 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Bernhard'sche Armen- und Waisenstiftung.)

Am 23. Dezember 1904 gelangen aus den Interessen der Bernhard'schen Armen- und Waisenstiftung 336 K in Teilbeträgen à 24 K an Waisenkinder zur Verteilung.

Anspruch auf einen solchen Stiftungsbetrag haben bedürftige Waisenkinder von im Gebiete der bestandenene Gemeinde Gaudenzdorf anässig und nach Wien zuständig gewesenen armen Personen.

Diejenigen Waisenkinder, deren Vorfahren vor dem Jahre 1891 in der bestandenene Gemeinde Gaudenzdorf die Zuständigkeit bezeugen haben, haben den Vorzug.

In zweiter Linie können auch arme Waisenkinder von solchen Personen bedacht werden, welche im XII. Wiener Gemeindebezirke Meidling überhaupt anässig und nach Wien zuständig waren.

Mütter, Vormünder und Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obpflege befindlichen Waisen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Totenscheine des einen oder beider Elternteile der Waisen, mit dem Tauf(Geburts)scheine, mit dem Heimatsausweise und mit den Schulfortgangszeugnissen der Waisen, eventuell mit dem Nachweise des geltend gemachten Vorzugsrechtes zu belegen und bis längstens 31. Oktober 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1904.

1-3

Z. 6031 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Mois Drasche'sche Armenstipendien pro 1905.)

Aus den Erträgnissen des Mois Drasche'schen Armenstiftungsfondes gelangen im Jahre 1905 fünfzig (50) Stipendien à 400 K und fünfzig (50) Stipendien à 200 K an arme Personen zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stipendien haben nach den Bestimmungen des Testaments des Stifter, des gewesenen Fabrikanten Mois Drasche aus Brunn, solche verarmte Personen, welche unverschuldet in Not und Elend geraten, wenn auch nur zeitweilig, ganz erwerbsunfähig sind oder zur Erhaltung der Familie, wenn auch nur zeitweilig, nicht genügenden Erwerb besitzen, welche ferner christlicher (einschließlich evangelischer) Religion und österreichischer Nationalität sind.

Dieselben müssen ihr festes Domizil in Wien, und zwar entweder in der Inneren Stadt oder in den früher bestandenen 33 Vorstädten, also in den jetzigen Gemeindebezirken I bis IX, X (unter Ausschluß der von Inzersdorf und Oberlaa einbezogenen Gebietsteile) und XX haben, müssen einen moralischen Lebenswandel führen und ein derart unbescholtenes Vorleben haben, daß sie niemals wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung, wozu aber auch jene der leichtsinnigen Krifa gehört, verurteilt wurden.

Hiebei macht die frühere oder gegenwärtige Bedienstung, Stellung oder Beschäftigung, der ledige, verheiratete oder Witwenstand keinen Unterschied, so daß auch öffentliche oder Privatbeamte zum Stiftungsgenuße berufen sind.

Unter den Bewerbern sind des Stifter Verwandte oder Abstammlinge derselben vor allen, dann aber Personen aus dem Gewerbe-, Fabriks- oder Handelsstande, unter diesen, sowie unter allen Bewerbern, welche die festgesetzten allgemeinen Eigenschaften haben, vorzugsweise jene Bewerber mit dem Stiftungsgenuße zu betheiligen, denen die Ernährung einer größeren Anzahl unmündiger Kinder obliegt, diese Bewerber mögen verheiratet oder verwitwet, männlichen oder weiblichen Geschlechtes sein.

Ledige Personen können bloß mit Stipendien zu 200 K bedacht werden.

Die Verleihung der Stipendien geschieht bloß für ein Jahr, doch können diese wiederholt an dieselben Personen verliehen werden; die betreffenden Bewerber sind aber den neuen Bewerbern gleich zu betrachten und haben demnach neuerlich ihre Würdigkeit auszuweisen.

Bewerber um ein solches Stipendium haben in ihren einzubringenden Gesuchen ihre persönlichen und materiellen Verhältnisse wahrheitsgetreu darzustellen und die Erklärung aufzunehmen, daß sie nie wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung oder wegen leichtsinniger Krida verurteilt worden sind.

Außerdem haben dieselben ihren Gesuchen:

1. ein von der k. k. Polizei-Direktion Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis,
2. ein legales Armutzeugnis,
3. ihren Taufschein,
4. ihren Heimatschein,
5. ihren Trauschein und eventuell auch den Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, dann
6. die Taufscheine aller ihrer Kinder beizulegen.

Wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit berufen, haben sie auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die unter 1 und 2 angeführten Zeugnisse müssen neu, das heißt nach dem 28. September 1904 ausgestellt sein.

Endlich haben sie den Nachweis über ihre derzeitige Beschäftigung und über den Umstand, daß sie in Wien in einem der Gemeindebezirke I bis IX, X (unter Ausschluß der von Inzersdorf und Oberlaa einbezogenen Gebietsteile) oder XX ihren festen Wohnsitz haben und daß sie deutsch-österreichischer Nationalität sind, zu erbringen.

Die in solcher Weise belegten und mit der geforderten Erklärung versehenen Gesuche sind **längstens bis 30. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Die Namen der mit einem Stipendium beteiligten Personen werden nach Anordnung der testamentarischen Bestimmungen des Stifters seinerzeit veröffentlicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. September 1904. 1-3

3. 5840 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Therese Köck'sche Stiftung für eine arme blinde Frau zu Hernals.)

Am 13. Jänner 1905 gelangt aus den Interessen der Therese Köck'schen Stiftung ein Betrag von 80 K zur Verleihung.

Anspruch auf diesen Stiftungsbetrag haben arme blinde, nach Wien zuständige und im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals anässige Frauen.

Bewerberinnen haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, eventuell den Trauschein und die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, den Heimatschein, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Erblindung und ein legales Armutzeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 31. Oktober 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1904. 2-3

3. 5684 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Katharina Resch'sche Stiftung.)

Aus den verfügbaren Interessen der Katharina Resch'schen Stiftung kommt im Jahre 1905 der Betrag von 403 K 20 h an vier schuldblos verarmte Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 100 K 80 h, und zwar am 10. Februar 1905 und am 10. August 1905 in Teilbeträgen von je 50 K 40 h zur Verteilung.

Bewerber um dieselben haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburts)schein, den Trauschein, eventuell den Totenschein der Gattin, die Tauf(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Bürgerrechtsausweis und ein legales Armutzeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 19. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. September 1904. 1-3

3. 5683 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1905 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1904 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungs(scheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutzeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit, eventuell mit dem letzten Zahlungsauftrage über die allgemeine Erwerbsteuer und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 25. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1904. 1-3

3. 5878 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Josefine Figdor'sches Stipendium.)

Vom Beginne des Studienjahres 1904/05 an ist das Josefine Figdor'sche Stipendium jährlicher 200 K zu vergeben.

Anspruchsberechtigt sind arme, in Wien geborene Mädchen, welche sich dem Lehrfache widmen und an der k. k. Staats-Lehrerinnenbildungsanstalt bei St. Anna, Wien, I., Hegelgasse 14, ihre Ausbildung erhalten.

Bewerberinnen um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfscheine, einem Armutszugnisse, sowie den beiden letzten Schulzeugnissen belegten Gesuche bis 30. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutszugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. September 1904.

2-3

3. 5668 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Erntenu'sche Stiftung.)

Am 1. März 1905 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Erntenu'schen Stiftungskapitales im Betrage von 168 K zur Verteilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, dürftige krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Konfessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Dokumente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Jänner 1905 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1904.

1-3

3. 5398 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Max Freiherr v. Springer'sche Stiftung.)

Am 2. Dezember 1904 gelangen die Zinsen der Max Freiherr v. Springer'schen Stiftung im Betrage von 389 K an verarmte Angehörige des Kleingewerbestandes zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben in erster Linie solche Bittsteller, die nach Wien zuständig, unschuldig verarmt, im ehemaligen Gemeindegebiete von Rudolfsheim anässig sind und dem Kleingewerbe angehören, in zweiter Linie aber solche Kleingewerbetreibende, die im XIV. Gemeindebezirke Rudolfsheim überhaupt anässig und nach Wien zuständig sind.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein, den Trauschein, den Gewerbe- und den Steuerschein, und die Tauf(Geburt)scheine der Gattin und der Kinder, dann ein legales Armutszugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 10. Oktober 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII oder bei der Bezirksvorstehung Rudolfsheim zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. August 1904.

3. 5397 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Franz Xaver Muthsam'sche Stipendienstiftung.)

Aus dem Franz Xaver Muthsam'schen Stiftungsfonde gelangt vom Beginne des Studienjahres 1904/05 angefangen ein Stipendium jährlicher 540 K zur Verleihung.

Anspruch auf dieses Stipendium haben dürftige und sittsame Schüler an einer Mittelschule (Gymnasium oder Realschule), die im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Weinhaus geboren oder wohnhaft sind.

Der Bezug des Stipendiums dauert für die Zeit des öffentlichen Studiums an einer Mittelschule in Wien oder anderswo insolange, als sich der Stipendist jährlich zweimal mit einem Zeugnisse über seinen guten Studienfortgang ausweist.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, einem Armutszugnis oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie den letzten zwei Semestralstudien-

zeugnissen, eventuell den Zeugnissen über die mit gutem Erfolge absolvierte Volks- oder Bürgerschule belegten Gesuche bis längstens 31. Oktober 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 21. September 1904. 3-3

ROHR-KANALISIRUNGEN
TELEPHON **BRÜDER SCHWADRON** TELEPHON
N^o 13236 N^o 16201
WIEN, I. WOLLZEILE 24.
Taschenschild Leinwand für Wäcker u. Leinwandmalereien
PFLASTERUNG MIT KLINER u. MOSAIKPLATTEN u. WANDVERKLEIDUNG
Lohnung und Verpflegung von Gebäuden aller Art

Andreas Oltmanns
Möbel-, Türen- und Fensterfabrik.
WIEN, VI., Mariahilf, Aegidigasse 6.
Telephon 4395.

Einrichtung von
Dampfwäschereien.
Ingenieur,
MAX TEMME, Wien, VI., Gumpendorferstraße 34.
Hilfsapparate für Wäschereien und Putzereien, Bügelmaschinen, Dampfmgeln,
Waschmaschinen nach den neuesten Erfindungen.
Lieferung auch einzelner Maschinen und Bestandteile nach allen Orten.
Lieferant der Kommune Wien.

Das
k. k. Versteigerungs-Amt
WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17
übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art, wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wagen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren
zur Versteigerung.
Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

ASPHALT-WERK · HOLZSTÖCKEL
THEERPRODUCTEN · DACH-
PAPPEN · U. STEINHOLZ-
XENON FABRIK
WIEN · COOPER & CO. · KAGRAN.
FABRIKS-TELEFON:
FLORIDSDORF 69.
CONTRAHENTEN
DER
K. K. REICHSHAUPT- u. RESIDENZSTADT
WIEN.
BUREAU- TELEFON: 18953 · BUREAU:
VIII/1 LANGE GASSE 25.

Martin Neubauer
Stadt-Zimmermeister
WIEN, XX., Stromstrasse 50.
Kontrahent
der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, sowie der k. k. n.-ö. Stat. halterei.
Telephon 14550.

„The Gregham“
Lebensversicherungs-Gesellschaft
unter der Controle der österreichischen und englischen Regierung stehend.
Das Depot der Gesellschaft bei der k. k. Staats-Central-Cassa in Wien zur Sicherstellung der in Österreich Versicherten betrug am 1. Februar 1902:
Kr. 23,037.438-10
Prospecte und neue Tarife liefert gratis die
Filiale für Österreich: **Wien, I., Giselstraße 1**
(Eigenthum der Gesellschaft).
Die Gesellschaft wird gerne gegen gute Provisionen mit solchen Personen in Verbindung treten, die sich zu Acquisiteuren von Lebens-Assicurancen eignen.

Weiches und hartes Bundholz!
Bestes und billigstes Unterzundmaterial, empfiehlt für Amter, Schulen, Bureaux, gewerbliche Zwecke und Haushalt
ANTON JOHN
WIEN, XV., Goldschlagstrasse 12
Telephon 5565. Telephon 5565.
I. Wiener Bundholzhandlung.
Kontrahent der Kommune Wien.

Karl Chrastek
Stadtpflasterermeister
IV., Wieden, Wallergasse Nr. 8
Telephon 6982
empfiehlt sich zur soliden Anlage von Straßen-, Hof- und Trottoir-Neupflasterungen, Ausbesserungsarbeiten, Makadamisierung etc.
Lager von allen Gattungen Pflastersteinen.

Grösste Österreichische Dampf-Glasschleiferei und Spiegelfabrik
ULLWER & BEDNAR · Telephon 16646.
Spezialität: Glasbiegerei. Fabrik und Kontor: Wien, XVI./1, Flötzersteig 55. — Übernahmlokal: Wien, VII./4, Stiflgasse 33.
Erzeugt sämtliche Kunstverglasungen für Schaufenster, Portale etc. in allen Ausführungen und Stilarten.

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten **Effekten und Valuten** bestens empfohlen
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832
WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Königshofer Cement-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Wien, I., Bauernmarkt 13, offeriert

Telephon
Nr. 16112.

Königshofer Cement

Telephon
Nr. 16132.

in stets gleichmäßiger, insbesondere auch bei den **Wiener Communalbauten (Wienflussregulierung, Sammelkanälen, städtischen Gaswerken etc.)** im weitesten Umfange erprobter Qualität, zu billigsten Preisen. — Anfragen und Bestellungen erledigt umgehend die Direction der **Königshofer Cement-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Wien, I., Bauernmarkt 13.**

Julius Stribel

k. u. k. Hof- und bürgerl. Stadtpflasterermeister
Kontrahent der Kommune Wien.

TELEPHON NR. 13948.

WIEN

XVII., BRHEIMGASSE 34.

Bau-, Kunsttischlerei u. Fussbodenfabrik

Telephon 14576. **JOH. KÜTTAG** Telephon 14576.

Wien, XX., Wallensteinstraße 57.

Empfehlte sich zur Übernahme von Bau- und Dekorationstischlerarbeiten, Portalherstellungen, Eichen- und Buchenfriesbrettelböden, ferner weichen und lärchenen Schiffböden.

Stets grosser Vorrat am Lager.

Feldbahnmaterial.

Ungarische

Waggon- und Maschinenfabrik

Actien-Gesellschaft

Wien I., b7
Bartensteingasse 8 f.



Miete
oder
Kauf

John B. Blythe

Holzimprägnierung in Jedlese, gegr. 1876.

Holzstöckel-Pflasterungen

für Straßen, Brücken, Höfe, Stallungen, Magazine etc. — Seit 23 Jahren umfangreiche Ausführungen

Karbolinum.

Niederster Preis bei Primaqualität. — Probekollo (5 Kilo) franko gegen K 2.60.
Wien, I., Elisabethstrasse 22.

August Kohl Schlauch- & Seilerwarenfabrik.

K. u. k. Hoflieferant

I., Singerstrasse Nr. 20. — Gegründet 1828.

Großes Lager von Bauseilen, Dichtungsstricken, weiß und geteert, Hanfschläuchen, roh und gummiert, Aufzuggurten, Feuerlöschelmer, Pferde-tränkeimer, Spagete und alle anderen Seilerwaren.

LEO ARNOLDI

Bauunternehmung

WIEN, III., Ungargasse 9.

Telephon 3053 (interurban).

Postsparkassenkonto 827.700.

Beton-, Strassenbauten, Städte-Kanalisationen, Tief- und Wasserbauarbeiten, Gas- und Wasserleitungsbauten, Eisenbahnbau, Projektsverfassungen, Bau elektrischer Strassenbahnen, Betriebsführungen und Begutachtungen.



Vermessungs-Instrumente
samt allem Zubehör

= fabrizieren in anerkannter Güte =

RUDOLF & AUGUST ROST

Lieferanten des k. u. k. militär-geograph. Instituts.
Wien, XV., Märzstrasse 7. Telephon 894.

Glasmalerei

Karl Geyling's Erben

ausgezeichnet von Sr. H. P. Leo XIII. mit dem Ritterkreuze des St. Gregor-Ordens.

Wien, VI., Windmühlgasse 22.



Möbel-Etablissement

August Knobloch's Nachfolger

k. u. k. Hoflieferanten und Schätzungs-Kommissär

Wien, VII., Breitegasse 10-12.

Asphalt-Unternehmung und Trockenlegung feuchter Mauern.

Dachpappen- und Holzzement-Eindeckung. — Isolierplatten.

C. HAUMANN'S Witve & Söhne, Wien, IX., Fluchtgasse 3.

Muster und Prospekte gratis und franko.

Telephon 12370.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 82.

Dienstag den 11. Oktober 1904.

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den Buchhandel in Kommission bei W. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Aannahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), I., Walfischgasse 10.

Stadtrat.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 28. September 1904.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Bielowlawek, Dr. Krenn,
Braun, Oppenberger,
Brauneiß, Rauer,
Dr. Deutschmann, Rissaweg,
Grünbeck Sebastian, Schreiner,
Gstottbauer, Straßer,
Hölzl, Weitmann,
Hörmann, Dr. Wesselsky,
Graba, Wessely

Entschuldigt: St.-R. Ferdinand Gräf.
Beurlaubt: St.-R. Büsch, Tomola, Zajka.
Schriftführer: Magistrats-Kommissär Dr. Delwein.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(12186.) St.-R. Brauneiß referiert über die Aufstellung eines Expeditionshäuschens der städtischen Straßenbahnen in Meidling beim Weigl-Dreherpark und beantragt:

1. Die Aufstellung eines auf Mauerwerk fundierten eisernen Expeditionshäuschens auf der dem Anton Dreher gehörigen Gartenparzelle Kat.-Z. 42 in Ober-Meidling wird auf Grund des mit dem Vertreter desselben und mit dem Restaurateur Johann Weigl auf-

genommenen Protokolles vom 3. Mai 1904 genehmigt und für dieses Provisorium der Baukonsens erteilt.

2. Die Kosten werden aus dem Hauptvoranschlage pro 1904 bedeckt. (Angenommen.)

(12143.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Thomas und der Marie Schwarz um Bewilligung zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 184 Grundbuch Rudolfsheim, Dr.-Nr. 29 Dreihausgasse, XIV. Bezirk, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(11728.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen der Marie Wagner um Baubewilligung für ein Wächterhaus und eine auf der Realität Einl.-Z. 403 Hengendorf, nächst dem Hause Nr. 15 Schönbrunner Allee, XII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen. (Angenommen.)

(12183.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Mehrkosten der Installation der elektrischen Beleuchtung im städtischen Versorgungshause und im neuen Isolierhause zu St. Andrä a. d. Traisen und beantragt:

1. Das bedeckte Mehrerfordernis von 2745 K 25 h wird genehmigt.

2. Die Betriebskosten für fünf Lampen zum Jahrespauschalpreis von je 20 K und für 23 Lampen zum Jahrespauschalpreis von je 5 K, daher die jährlichen Betriebsmehrkosten von 215 K werden genehmigt. (Angenommen.)

(12204.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Offert des Kunsthändlers Albert Kende wegen Ankaufes des von A. Decker gemalten Porträts des Komponisten Karl Fuchs für die städtischen Sammlungen und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12193.) St.-R. Gstottbauer referiert über die Verlegung des Bezirks-Wahlkatasters des IX. Bezirkes in das Gemeindehaus des IX. Bezirkes und beantragt, den Bezirks-Wahlkataster für den IX. Bezirk

in das Gemeinbehau des IX. Bezirkes, Währingerstraße 43, zu verlegen und daselbst im 1. Stock im Bureau des Kanzleileiters unterzubringen, welchem das angrenzende Zimmer zugewiesen wird.

(Angenommen.)

(12180.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Ansuchen des Vereines des Kaiserjubiläums-Stadttheaters um Nachlaß der Feuerhydrantengebühren für das Dekorationsmagazin des Theaters im XVIII. Bezirke und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(12142.) St.-R. Kauer referiert über das Ansuchen des Martin und der Marie Pözl um Bewilligung zur Unterteilung der Realität Einl.-Z. 39 in Unter-Baumgarten im XIII. Bezirke und beantragt, diese als Unterabteilung nach § 3, lit. b der Bauordnung sich darstellende Grundabteilung zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11997.) St.-R. Kauer referiert über das Ansuchen des Arnold Heymann um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 98 Hiezing, Dr.-Nr. 7 Wattmanngasse, XIII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen, beziehungsweise die Baulinienabweichung und die Herstellung von Atelierräumen am Dachboden im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bewilligen.

(Angenommen.)

(12075.) St.-R. Kauer referiert über das Ansuchen des Josef Pöwitsch um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 283 in Unter-Baumgarten, Hernstorferstraße, XIII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen, beziehungsweise die projektierten Atelierräume unter der in den Baukonsens aufzunehmenden Bedingung zuzugestehen, daß dieselben nicht zu Wohnzwecken benützt werden.

(Angenommen.)

(12200.) St.-R. Kauer referiert über das Ansuchen des Siegmund Brunner um Baubewilligung für eine Villa auf der Realität Einl.-Z. 291 in Unter-St. Veit, Auhoisstraße, XIII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen.

(Angenommen.)

(10550.) St.-R. Kauer referiert über den Rekurs der Stephanie Schnurpfeil wider das Bezirksamts-Dekret, betreffend sanitäts-polizeiliche Übelstände im Milch-Verschleißtotal im Hause XIII., Linzerstraße 61, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(10747.) St.-R. Kauer referiert über den Rekurs des Sebastian Leisner, wider das Bezirksamts-Dekret, betreffend sanitäts-polizeiliche Übelstände im Hause XIII., Linzerstraße 264, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(12133.) St.-R. Zieloslawek referiert über die Bestellung eines Generalagenten zur Beschaffung privater Ankündigungen auf Straßenbahn-Fahrscheinen und beantragt, auf Grund des Ergebnisses der am 31. August 1904 abgehaltenen öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung das bei dieser Verhandlung überreichte Offert des Wiener Ankündigungsinstitutes Th. Soini anzunehmen, wonach dasselbe als Generalagent für die Akquisition von Inseraten privater Personen und Gesellschaften auf rund 100 Millionen Fahrkarten der städtischen Straßenbahnen eine Provision von $33\frac{1}{3}$ Prozent vom Bruttoertrage der Inserate beansprucht.

Das Übereinkommen wird auf Grund der für die Offertverhandlung aufgestellten Bedingungen mit der Abänderung geschlossen, daß die dreijährige Vertragsdauer am 1. Oktober 1904 zu beginnen hat.

Alle übrigen bei und nach der Offertverhandlung eingelangten Offerte werden abgelehnt.

(Angenommen.)

(12135.) St.-R. Gsottbauer referiert über das Kaufoffert des Dr. Wilhelm und Julius Rosenfeld auf einen Teil der Kat.-Parz. 414/1, Einl.-Z. 52 im IX. Bezirke und beantragt:

Die Gemeinde Wien verkauft an Dr. Wilhelm Rosenfeld und Julius Rosenfeld zur Arrondierung des von ihnen laut Vertrages vom 20. und 30. August 1904 käuflich erworbenen Teiles der Liegenschaft Einl.-Z. 1475 in Währing einen Teil der Kat.-Parz. 414/1, Einl.-Z. 52 im IX. Bezirke, Figur a b c d a per zirka 140 m² um den Pauschalbetrag von 16.000 K, welcher binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes fällig ist.

Die Käufer verpflichten sich, binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes die Erwerbung der Kat.-Parz. 414/63, Einl.-Z. 1570 im IX. Bezirke nachzuweisen und diesen Grund in das Verzeichnis für öffentliches Gut zu übertragen, widrigenfalls das vorliegende Rechtsgeschäft als nicht abgeschlossen gilt.

Die Gemeinde Wien erteilt ihre Einwilligung zur grundbücherlichen Löschung der auf Einl.-Z. 1570 im IX. Bezirke zu ihren Gunsten intabulierten Verbindlichkeit der Abtretung der Kat.-Parz. 414/63 als Straßengrund, sowie ferner zur grundbücherlichen Löschung des auf der Einl.-Z. 1475 in Währing zu ihren Gunsten intabulierten Bauverbotes.

Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und dessen grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer.

Die bezüglich des Kaufobjektes bestehenden Bestandverhältnisse wird die Gemeinde sofort kündigen und die mit den Buchstaben b g h b umschriebene Teilfläche der Kat.-Parz. 414/1, Einl.-Z. 52 im IX. Bezirke per zirka 20 m² in das öffentliche Gut übertragen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11955.) St.-R. Högl referiert über das Projekt für die Herstellung einer Zufahrtsstraße zum neu erbauten Studentenheim der Hochschule für Bodenkultur in der Hardtgasse im XIX. Bezirke und beantragt, das Projekt an den Magistrat zurückzuleiten und denselben zu beauftragen, schleunigst mit dem Eigentümer der Schreiber'schen Sandgruben wegen einer Beitragsleistung zu dieser Straßenherstellung zu verhandeln.

St.-R. Dr. Krenn stellt den Zusatz-Antrag, für den Fall, als der Eigentümer der Schreiber'schen Sandgruben eine Beitragsleistung verweigern sollte, diese Zufahrtsstraße für schweres Fuhrwerk abzusperren.

Referent schließt sich diesem Antrage an.

Der so modifizierte Referenten-Antrag wird angenommen.

(12176.) St.-R. Pözl referiert über die Instandsetzung der Glashäuser auf der städtischen Realität XIX., Hohe Warte 5 und beantragt, die Instandsetzung der Glashäuser im Sinne des Magistrats-Antrages um den bedeckten Kostenbetrag von 1200 K zu genehmigen.

Die Arbeiten sind im kurrenten Wege auszuführen.

(Angenommen.)

(12201.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Pater Josef Lebea, Provinzials der Oblaten des heil. Franz von Sales und Kirchen-Direktor zu St. Anna, um Ausstellung einer Freikarte auf allen Linien der städtischen Straßenbahnen pro 1904 und 1905 und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12189.) St.-R. Schreiner referiert über das Anerbieten des Unternehmens für Zeitungsausschnitte „Observer“ zur Lieferung von Zeitungsausschnitten in- und ausländischer Zeitschriften, betreffend das Straßenbahnwesen, und beantragt, zu genehmigen, daß die Direktion der städtischen Straßenbahnen die von dem Unternehmen für Zeitungs-

ausschnitte „Observer“ mit dem Protokoll vom 22. Juli angebotene Lieferung von Zeitungsausschnitten für ein Jahr vom 1. Oktober 1904 an um den aus den Betriebseinnahmen zu deckenden Betrag von 400 K bestellt. (Angenommen.)

(12188.) St.-R. Schreiner referiert über den Verkauf von 500 kg bei den städtischen Straßenbahnen lagernden alten, abgenützten Aluminiumbügeln und beantragt die Abgabe derselben an die Firma M. Mahn zum Preise von 220 K per 100 Kilogramm. (Angenommen.)

(12094.) St.-R. Schreiner referiert über die vorzeitige Auflassung des Früh- und Nachtauschlußverkehrs der städtischen Straßenbahnen zu den Zügen der Vollbahnen und beantragt:

Der in der Sommer-Fahrordnung 1904 der städtischen Straßenbahnen enthaltene Früh- und Nachtauschlußverkehr zu den Zügen der Vollbahnen wird mit Rücksicht auf die geringe Benützung desselben seitens des fahrenden Publikums und zur Gewinnung der für die Durchführung dringender Geleiserekonstruktionsarbeiten nötigen längeren Nachtpause im Betriebe schon jetzt, mit Ausnahme an Sonn- und Feiertagen früh und nachts und an den diesen Tagen unmittelbar folgenden Werktagen früh, aufgelassen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12023.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen von mehreren Straßenbahnbediensteten um Freikarten auf den städtischen Straßenbahnen für ihre Familienangehörigen und beantragt, es wolle die Ausstellung von Freikarten auf die Dauer des Schuljahres 1904/05 für:

1. Barbara Waiz, auf der Strecke Borgartenstraße—Karolinenplatz,

2. Edmund Zwicker, zur Fahrt auf der Strecke Erdbergstraße—Währingerstraße und

3. Karl Nekovar, zur Benützung der Straßenbahnstrecke Borgartenstraße—Währingerstraße, genehmigt werden. (Angenommen.)

(12178.) St.-R. Schreiner referiert über die Tarifbestimmung für die Straßenbahnlinie nach Ragran und beantragt:

Als Grenze zwischen Zone III und IV wird das rechte Ufer des Donaustromes, als Ende der IV. Zone die Gemeindegrenze, und für jene Fahrten, die im Ragraner Gemeindegebiete angetreten oder beendet werden, ein Zuschlag von 10 h zu den tarifmäßigen Preisen genehmigt. Der Tarif von 10 h hat auch für Fahrten im Ragraner Gemeindegebiete zu gelten.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11950.) St.-R. Schreiner referiert über die Noten der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Österreich unter der Enns vom 15. Dezember 1903, Z. 142240-X und vom 16. April 1904, Z. 42181-X, betreffend die Anbringung von Erdschienen und Erdschlingen an den staatlichen Schwachstromleitungen im Bereiche der Oberleitung der städtischen Straßenbahnen, und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß insolgedessen neuerdings der Betrag von 29.531 K 87 h beziehungsweise 8195 K 5 h von dem seitens der Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien erlegten Bauvorschuße in Anspruch genommen worden ist und daß von diesem Bauvorschuße noch ein Restbetrag von 33.602 K 29 h verfügbar bleibt. (Angenommen.)

(12185.) St.-R. Schreiner referiert über die Renovierung des Verwaltungsgebäudes im Betriebsbahnhofe Währingergürtel der städtischen Straßenbahnen und beantragt, zu genehmigen, daß der von dem mit Stadtrats-Beschluß vom 3. Mai 1904, Z. 5820, für die baulichen Herstellungen des Verwaltungsgebäudes im Betriebsbahnhofe

Währingergürtel genehmigten Kostenbetrage von 14.000 K noch nicht aufgebrauchte Betrag von zirka 2400 K zu weiteren baulichen Herstellungen dieses Gebäudes verwendet werden kann, der Direktion der städtischen Straßenbahnen jedoch bekanntzugeben, daß die Notwendigkeit dieser Renovierungsarbeiten doch schon seinerzeit bekannt sein mußte. (Angenommen.)

(12030.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen der Firma Gustav & Wilhelm Heller um Bewilligung zur Herstellung von Lichteinfallöffnungen vor dem Hause Dr.-Nr. 3 Belgradplatz, X. Bezirk, und beantragt die Besuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12091.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen der Frau Ida Sassy um Adaptierungsbewilligung für die Realität Dr.-Nr. 11 Schwindgasse, IV. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Gesuchstellerin als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 4.29 m² den Betrag von 230 K per Quadratmeter vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegt. (Angenommen.)

(12175.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen der Erbenmachthaber nach Anton und Theresie Rothbauer um Fristverlängerung zur kostenfreien Übergabe ihrer von der Gemeinde Wien für den Bürgerhospitalfond zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 17. Mai 1904, Z. 5800, gekauften sogenannten Rothbauer'schen Gründe Einl.-Z. 1684, 1691 und 1692 in Favoriten und Einl.-Z. 545 in Simmering und beantragt, den Rothbauer'schen Erben die erbetene Frist bis 5. Oktober 1904 zur Beibringung der noch fehlenden Lösungsquittung zu gewähren.

St.-R. Hörmann stellt den Zusatz-Antrag, der Magistrat sei zu beauftragen, darüber zu wachen, daß von den genannten Gründen kein Sand weggeführt werde.

Der Referenten-Antrag und der obige Zusatz-Antrag werden angenommen.

Das Ansuchen wegen Fristverlängerung an den Gemeinderat.

(12137.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Vergebung der Erd- und Pflasterarbeiten für die Neupflasterung der Bahnunterfahrtsstraße von der Absberggasse bis zum Gräßlplatz, in der Geißelbergstraße vom Gräßlplatz bis zur Geiereckgasse und zur Regulierung der Gubrunstraße zwischen der Absberg- und Laimädergasse im X. und XI. Bezirke und beantragt, diese Arbeiten an Franz Böck mit 7.7 Prozent Nachlaß von den Kostenanschlagspreisen zu übertragen. (Angenommen.)

(12148, 12149.) St.-R. Rissaweg referiert über Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des IV. Bezirkes und beantragt die Genehmigung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(12136.) St.-R. Wessely referiert über die Sicherstellung der Schneepflugbespannung im I. Bezirke während des Winters 1904/05 und beantragt, dieselbe im Wege einer allgemeinen öffentlichen Offertverhandlung sicherzustellen, welcher die vorgelegten Bedingungen zugrunde zu legen sind. (Angenommen.)

(12184.) St.-R. Wessely referiert über die Anbringung von Erhöhungen der nachbarlichen Rauchfänge an den Feuermauern der neu zu erbauenden Doppel-Bürgererschule VI., Hirschengasse 18, und beantragt:

1. Die allenfalls notwendig werdende Anbringung der Erhöhungen dieser Rauchfänge zu gestatten.

2. Die für diesen Fall erwachsenden Baumeisterkosten für die Ausführung der Rauchfänge mit Ausschluß der Materialkosten aus Gemeindemitteln zu tragen. (Angenommen.)

(12181.) St.-R. Wessely referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Vergebung der Lieferung von Einsammelungs- und Rückstellwagen für den Desinfektionsbetrieb in den städtischen Sanitätsstationen auf die Dauer von drei Jahren und beantragt, von der definitiven Vergebung der Lieferung abzusehen und vorläufig die Lieferung je eines Wagens Nr. 1 und 2 (kleinerer und größerer Einsammelwagen) zum Preise von 940 K, beziehungsweise 1050 K dem Klemens Vlaha, die Lieferung je eines Wagens Nr. 3 und 4 (kleinerer und größerer Rückstellwagen) zum Preise von 930 K, beziehungsweise 1150 K der Firma S. Rohrbacher, und zwar in beiden Fällen unter der Bedingung einer fünfwöchentlichen Lieferfrist und gegen den Erlag einer fünfprozentigen Kaution zu übertragen. (Angenommen.)

(11949.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des gewesenen Hilfsarbeiters der städtischen Straßenbahnen Ignaz Pampert um Ausfolgung der von der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft für ihn erlegten Abfertigung von 1850 K und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(11897, 11898, 11899.) St.-R. Graba referiert über Gesuche städtischer Angestellter um Gehaltsvorzuschüsse und beantragt die Bewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(11951.) St.-R. Graba referiert über den Magistratsbericht über die in den letzten zehn Jahren auf den Linien der Dampft tramway-Gesellschaft vormals Krauß & Komp. vorgekommenen Unfälle und beantragt, den Akt an den Magistrat mit dem Auftrag zurückzuleiten, vorerst noch weitere Erhebungen bei der Polizei (Exposituren) und bei den Bezirksvertretungen zu pflegen, da das vorgelegte Verzeichnis offenbar unvollständig ist und dies aus dem Akte selbst hervorgeht. (Angenommen.)

St.-R. Graba referiert über Gesuche um Belassung der Bezüge für die Dauer der Waffenübung und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage für:

(11981.) Leopold Döbl, Badediener im städtischen Volksbade im XVI. Bezirke;

(12080.) Hugo Mayerhofer, provisorischer Amtsdienner.

(Angenommen.)

(11902.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Verbandes österreichischer Interessenten für Handel und Export in landwirtschaftlichen Produkten um Herabsetzung der Einlagerungsgebühren im städtischen Lagerhause der Stadt Wien und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(11873.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Kaufmannsgattin Frau Betti Neuwelt um Verichtigung der Kosten per 59 K 40 h für die Verpflegung ihrer Dienstmagd Katharina Widlo in der niederösterreichischen Landes-Irrenanstalt aus der Dienstbotenkrankenkassa und beantragt, das Ansuchen gemäß dem Bezirksamts-Antrage abzulehnen. (Angenommen.)

(10687.) St.-R. Graba referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Erwirkung eines Zuschußkredites von 600.000 K zur Präliminar-Ausgabs-Rubrik XXVII 1 a „Kurrente Erhaltung des Pflasters“ und beantragt die Ablehnung und den Magistrat anzuweisen, zu trachten, mit den präliminarmäßigen Beträgen das Auskommen zu finden. (Angenommen.)

(12179.) St.-R. Graba referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Einzahlung des Anteiles der Gemeinde Wien an dem

Betriebsdefizite der Wiener Stadtbahn, und beantragt, den Stadtrats-Beschluß vom 24. Juni 1904, Z. 7046, aufrecht zu erhalten und dies in entsprechender Weise der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien und dem k. k. Eisenbahnministerium mitzuteilen.

(Angenommen.)

(12110.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des städtischen Rechnungspraktikanten Josef Petter um Belassung des halben Adjutums während der gesetzlichen Präsenzdienstzeit als Einjährig-Freiwilliger und beantragt:

1. Dem auf eigene Kosten zur Ableistung des Freiwilligenjahres mit 1. Oktober 1904 einberufenen Gesuchsteller werde die Belassung des halben Adjutums im Betrage von 500 K bewilligt und habe die mit obigem Zeitpunkte beginnende Ausfolgung dieses Betrages in vorhinein verfallenen Monatsraten gegen skalarmäßig gestempelte, vom unmittelbaren Militär vorgesetzten vidierte Quittung durch die städtische Hauptkassa zu geschehen. Nach Ableistung des Präsenzdienstes, gegebenenfalls bei früher eintretender Entlassung aus demselben hat sich der Betreffende unverweilt wieder zum Dienstantritte zu melden.

2. Als Ersatz für den Abgang dieses Rechnungspraktikanten werde die Aufnahme eines Diurnisten mit dem Taggelde von 2 K 60 h bewilligt. (Angenommen.)

(12194.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der k. u. k. Infanterie-Kadettenschule Wien um leihweise Überlassung von Fahnen und Mästen für die am 4. Oktober 1904 stattfindende Enthüllungsfest eines Standbildes Seiner Majestät und beantragt die Genehmigung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(9519, 11042.) St.-R. Graba referiert über die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorgelegten Personalstandesausweise der Beamten der städtischen Straßenbahnen und beantragt:

1. Die Statusausweise der Beamten, Beamtinnen, Funktionäre und Chargen, welche letzteren noch die Kondukteure und Wagenführer anzugliedern sind, sind in Druck zu legen, und zwar geordnet nach Gehaltsklassen. Die Reihung in den Klassen erfolgt nach der Dienstzeit. Die Zuständigen sind mit einem Sterne zu bezeichnen. Betriebs-, Personenzulagen- und Schwundgelber sind in der Anmerkung anzuführen. Im Status sind folgende Rubriken auszuführen: 1. Name, 2. Charge, 3. Geburtsort und Datum, 4. Konfession, 5. Familienstand, 6. Eintrittstag mit Angabe, ob Wiener Tramway, Neue Wiener Tramway oder Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen, 7. Tag der Beeidigung, 8. Tag des letzten Avancements, 9. Gegenwärtige Dienstverrichtung, 10. Gehört der Pensions-(Invaliditäts-)Kassa an seit . . ., 11. Anmerkung. Die Auflage soll 100 Stück betragen. Für die entsprechenden leeren Seiten ist vorzuzufügen; die Seiten sind zu paginieren.

2. Die Personalstandesausweise sind nach den Original-Dokumenten, Studien- und Arbeitszeugnissen zu ergänzen und ist die Richtigkeit der Eintragungen unter persönlicher Verantwortung des Personalreferenten von demselben auf den Ausweisen selbst zu bestätigen. Die gegenwärtig fehlenden Dokumente sind dem Stadtrate bis 31. Dezember 1904 vorzulegen.

3. Die Dienstesobliegenheiten der einzelnen Kategorien der Funktionäre und Chargen sind dem Stadtrate bekanntzugeben. (Angenommen.)

(12190.) St.-R. Braun referiert über die Vergebung der Arbeiten für die Eindeckung der Stiegenabgänge der Personentunnels vor dem Zentral-Friedhofe und beantragt, die Eindeckung der Stiegenabgänge mit Wellblech der Firma L. & J. Biro & A. Kurz auf Grund des Offertes vom 25. August 1904 und des Nachtragschreibens

vom 16. September 1904 mit dem veranschlagten Kostenverordnungen von 4880 K 55 h zu übertragen.

Dieses Erfordernis und die Kosten der erforderlichen Nebenarbeiten sind im Hauptvoranschlage pro 1905 sicherzustellen.

(A n g e n o m m e n.)

(12089.) St.-R. Braun referiert über die Ansuchen des Ludwig Kraus um Überlassung eines Doppelgruftplatzes und der Karoline Krammer um Überlassung eines einfachen Gruftplatzes in der Gruppe 31 B des Zentral-Friedhofes (Kapellenstraße) und beantragt:

1. Der Preis für den Doppelgruftplatz Nr. 12 in der Gruppe 31 B des Zentral-Friedhofes wird mit 9000 K, für den Doppelgruftplatz Nr. 8 in derselben Gruppe mit 10.000 K und für die beiden einfachen Gruftplätze Nr. 9 und 11 in derselben Gruppe mit je 7000 K bestimmt.

2. Die Überlassung eines der vorbezeichneten Gruftplätze wird an die mit Stadtrats-Beschluß vom 19. September 1902, Z. 11339, festgesetzten Bedingungen geknüpft und weiters bestimmt, daß bei Beilegungen, Exhumierungen u. d. die normalmäßigen Gebühren zu entrichten sind.

3. Den Gesuchstellern sind vorstehende Verkaufsbedingungen mit dem Bedeuten bekanntzugeben, daß der Preis für den gewählten Platz binnen vier Wochen nach Verständigung von dem Stadtrats-Beschlusse einzuzahlen ist, widrigenfalls dieses Angebot erlischt.

(A n g e n o m m e n.)

(12042.) St.-R. Braun referiert über das neuerliche Anbot des Josef Stammer auf Verkauf der Kat.-Parz. 999, 1608 und 1609 in Simmering an die Gemeinde Wien und beantragt die Ablehnung wegen der noch immer zu hohen Forderung.

(A n g e n o m m e n.)

(12253.) St.-R. Braun referiert über die Anschüttung der in der Baumschule in Albern einbezogenen Wiese Kat.-Parz. 122 und 124 und beantragt:

1. Für die Abgrabung und Verführung von 4650 m³ guter Humuserde von den Bürgerspitalfondsgründen in der Grillgasse und den für Kanalbauten benötigten Gründen in der verlängerten Hauffgasse und am Weißschlittenweg im XI. Bezirke zur Anschüttung der zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 12. Dezember 1903, Z. 13708, in die städtische Baumschule in Albern einbezogenen Wiese von 10.265 m² und die Planierung daselbst gemäß den Anträgen der Lokalaugenschein-Kommission vom 5. und 23. September 1904 wird um den Betrag von 16.290 K bewilligt, welcher zur Deckung auf den Reservefond verwiesen wird.

2. Die Abgrabung und Verführung dieser Erde ist von dem mit Stadtrats-Beschluß vom 20. Mai 1903, Z. 6538, bestellten Kontrahenten Michael Wanke zu den genehmigten Einheitspreisen (4 K 40 h für eine Fuhre zu 1½ m³ und 9 K für eine Fuhre zu 3 m³) auszuführen.

Die Planierung der Erde ist vom Stadtgarten-Inspektor in eigener Regie auszuführen.

(A n g e n o m m e n.)

(12134.) St.-R. Oppenberger referiert über die Instandsetzung und Ausgestaltung der Baumpflanzungen in der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke und beantragt:

1. Das Projekt für die Ausgestaltung der Baumpflanzung in der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenschein-Kommission vom 23. Juni 1904 mit einem Kostenbetrage von 13.262 K 47 h genehmigt. Die in das Jahr 1904 fallenden Auslagen von zirka 5000 K werden zur Deckung auf den

Reservefond verwiesen. Für die restlichen Zahlungen ist der erforderliche Betrag im Präliminare pro 1905 sicherzustellen.

2. Wegen Vergebung der Lieferung und Abfuhr des Erdmaterials ist eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben und wird der Magistrat ermächtigt, bei glattem Verlaufe derselben die Lieferung an den Bestbieter zu vergeben.

3. Die gärtnerischen Arbeiten sind vom Stadtgarten-Inspektor in eigener Regie vorzunehmen; mit den Arbeiten ist sofort zu beginnen, die Fertigstellung hat im Frühjahr 1905 zu erfolgen.

4. Die vorhandenen Spritzhydranten werden für die Bewässerung der Baumpflanzung während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von zusammen 98 hl aus der Hochquellenleitung dotiert.

(A n g e n o m m e n.)

(12199.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Spenglers Josef Krumbein um Bewilligung zur Warenaufstellung am Trottoir vor seinem Geschäftlokale im Hause II., Laborstraße 74, und beantragt die Ablehnung im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(A n g e n o m m e n.)

(12198.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Geschirrhändlers Georg Silbiger um Genehmigung zur Aufstellung einer Warenstallage bei dem Hause II., Schmelzgasse 7 und beantragt die Ablehnung im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(A n g e n o m m e n.)

(12045.) St.-R. Oppenberger referiert über das Kaufoffert des Heinrich und Wilhelm Wohlmeyer auf den Baugrund II., Lilienbrunnengasse 2 und beantragt:

Die Gemeinde Wien verkauft an Heinrich und Wilhelm Wohlmeyer den ihr gehörigen, aus einem Teile der Kat.-Parz. 22, Einl.-Z. 978 Leopoldstadt und der Straßenparzelle 3915 Leopoldstadt bestehenden mit den Buchstaben a b c k a umschriebenen Baugrund per zirka 522·27 m², ferner im Vollmachtsnamen der Firma Schöller & Komp. den mit den Buchstaben c i k c umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 21/1, Einl.-Z. 386 Leopoldstadt per zirka 11·26 m² um den Einheitspreis von 420 K per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Von dem auf die Gemeinde entfallenden Kaufschillinge ist ein Betrag von 50.000 K binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes fällig.

Der sonach verbleibende Kaufschillingsrest ist in zwei gleichen Raten zu berichtigen, von welchen die erste Rate binnen 18 Monaten nach Verzählung des ob erwähnten Betrages von 50.000 K, die zweite Rate binnen weiterer sechs Monate fällig ist.

Der an die Firma Schöller & Komp. zu bezahlende Kaufschilling ist gleichfalls binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes fällig.

2. Der Kaufschillingsrest für den städtischen Grund ist vom Tage der Fälligkeit der ersten Rate an mit 4·5 Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen und auf dem Kaufobjekte an erster Stelle pfandrechtl. zugunsten der Gemeinde sicherzustellen.

3. Sämtliche mit diesem Kaufgeschäfte und der seinerzeitigen Löschung des Pfandrechtes verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer.

4. Dieselben nehmen zur Kenntnis, daß die Rechtswirksamkeit dieses Rechtsgeschäftes von der Genehmigung des Niederösterreichischen Landtages abhängig ist.

5. Die Gemeinde wird die mit den Buchstaben a o f g a und c d h e umschriebenen Teile der Einl.-Z. 978 Leopoldstadt per zirka

29·34 m² und 53 m² ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen.

6. Den Käufern wird für die Dauer der Ausführung des auf dem überwähnten Baugrunde geplanten Neubaus ein Teil des vorliegenden Straßengrundes für Zwecke der Materiallagerung unentgeltlich zur Benützung überlassen; diese Benützung kann jedoch nur insoweit statthaben, als hiedurch die Arbeiten für den projektierten Bau der Brücke über den Donaukanal im Zuge der Rotenturmstraße, sowie die Arbeiten durch die Straßenregulierung nicht gehindert werden.

Die Gemeinde ist übrigens berechtigt, diese Benützung jederzeit 14tägig zu kündigen.

7. Für die Inanspruchnahme von Risikogründen an dem geplanten Neubau, sowie als Entschädigung für die Herstellung von Erkern ist, falls diese Anlagen die baubehördliche Genehmigung erhalten, ein Betrag von 420 K per Quadratmeter zu bezahlen.

8. Die Einfriedung, sowie eventuelle unter dem zu verkaufenden Straßengrunde befindliche Objekte bleiben vom Verkaufe ausgeschlossen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12150.) St.-R. Dppenberger referiert über Gesuche um Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des II. Bezirkes und beantragt die Ermäßigung der Gebühren per zusammen 2873 K 44 h auf den Betrag von zusammen 1796 K im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12333.) St.-R. Dppenberger referiert über das Detailprojekt für den Bau einer Mädchen-Volksschule und eines Volksbades im II. Bezirke, Vereinsgasse und beantragt:

1. Das Detailprojekt für den Bau und die Einrichtung einer Mädchen-Volksschule und eines Volksbades auf den Baustellen Einl.-Z. 4982 Nr. 3 und Einl.-Z. 4983 Nr. 4 im II. Bezirke, Vereinsgasse, mit dem Kostenbetrage von 451.126 K 17 h, d. i. mit 252.091 K 67 h für den Schulbau und mit 199.034 K 50 h für das Bad wird genehmigt.

2. Mit dem Baue ist im Herbst 1904 zu beginnen und derselbe womöglich noch heuer im Rohbaue fertigzustellen und unter Dach zu bringen. Das Schulhaus ist bis Mitte August 1905, das Bad bis Mitte September 1905 fertigzustellen; vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bau-Kommission wird der Baukonsens erteilt.

3. Zur Deckung der im Jahre 1904 erwachsenden Baukosten für das Volksbad wird zur Ausgabe-Kubrik XXXIV 10 „Errichtung von Volksbädern“ ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bis zum Höchstbetrage von 100.000 K bewilligt; die im Jahre 1904 für den Schulbau auflaufenden Kosten per zirka 120.000 K werden auf den Reservefond verwiesen.

4. Die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sind gemeinsam für Schule und Volksbad in der aus der vorgelegten Kostenzusammenstellung ersichtlichen Weise zu vergeben. Die Offertverhandlung für die im Offertwege zu vergebenden Arbeiten ist auf einen Termin von 14 Tagen auszuschreiben.

5. Die Einleitung des Hochquellenwassers zu Genußzwecken, zur Spülung der Aborte und zur Versorgung der Bäder wird genehmigt; für die Schule wird ein Hochquellenwasserquantum von täglich 90 hl, für das Volksbad ein solches von 200 hl im Winter und von 400 hl im Sommer genehmigt.

6. Für das Volksbad, sowie für die Schule ist je eine Niederdruck-Dampfheizanlage mit örtlichen Heizkörpern einzurichten. Die zur Dampfheizung dienenden Kessel sind für Kofsheizung einzurichten; die Nebenräume der Schule und des Bades sind mittels Regulierfüllöfen für Kofsheizung zu beheizen.

7. Die Installation des elektrischen Stromes in sämtlichen Schul- und Babelokaltitäten, und zwar der Beleuchtung der Lehrzimmer mittels Öknumlampen, der Nebenräume der Schule und sämtlicher Räume des Volksbades mit Kohlenglühlampen, endlich jene des Turnsaales mit Bogenlampen, wird genehmigt; die Betriebskosten für die elektrische Beleuchtung der Schule werden mit dem jährlichen Betrage von 1000 K, jene für die elektrische Beleuchtung des Volksbades ebenfalls mit 1000 K genehmigt.

8. Es wird genehmigend zur Kenntnis genommen, daß dem mit der ständigen Überwachung der Bauausführung zu betrauernden Beamten des Stadtbauamtes der normale Zehrungsbeitrag von täglich 5 K angewiesen werden wird.

(Angenommen; Punkte 1 bis 3 an den Gemeinderat.)

(9268.) St.-R. Dppenberger referiert über den Rekurs der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft gegen die Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk, mit welcher der obigen Gesellschaft die angeforderte Bewilligung, auf der ihr eigentümlichen Realität Einl.-Z. 2897 im Grundbuch Leopoldstadt für Betriebszwecke Kohlen lagern zu dürfen, versagt wurde, und beantragt die Abweisung des Rekurses im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(12051.) St.-R. Hörmann referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergabe der Installationsarbeiten für die Vermehrung der Hydranten im Schlachthause und am Zentral-Viehmarke St. Marx mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1729 K 84 h, und beantragt, das Offert des Josef Hofitzky (19·2 Prozent Nachlaß) zu genehmigen. (Angenommen.)

(12196.) St.-R. Hörmann referiert über den Statthaltereierlaß vom 18. August 1904, Z. 1082, betreffend die Flüssigmachung der Hand- und Zugkosten per 473 K 89 h für Herstellungen an der Kirche und dem Pfarrhof St. Rochus im III. Bezirke und beantragt die Kenntnisaufnahme. (Angenommen.)

(12147.) St.-R. Hörmann referiert über Gesuche um Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes und beantragt die Ermäßigung der Gebühren per zusammen 610 K 56 h auf den Betrag von zusammen 381 K 61 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(10127.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des Franz Ziegler und Konsorten um Bestimmung der Schadloshaltung für den anlässlich des Neubaus des Hauses III., Sophienbrückengasse 32, abzutretenden Straßengrund und beantragt, da diese Angelegenheit dem § 19 der Bauordnung entspricht und eine Parzellierung ist, den Grundeigentümer zu verpflichten, die halbe Straße und den zur bestehenden Straße entfallenden Grund unentgeltlich abzutreten. (Angenommen.)

(12231.) St.-R. Wessely referiert über das Kaufoffert des Heinrich Schumann auf die Baustelle an der Ecke des Mariahilfergürtels und der verlängerten Liniengasse, Teil der Einl.-Z. 1196 im VI. Bezirke und beantragt:

Die Gemeinde Wien nos. des Wiener Bürgerospitalsfonds überläßt dem Heinrich Schumann einen Teil der Kat.-Parz. 1179/2 und 1427/6, Einl.-Z. 1196 im VI. Bezirke, Figur f g h M' D f im Ausmaße von zirka 398 m² um den Einheitspreis von 112 K 50 h per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

1. Ein Teilbetrag des Kaufschillings per 8000 K ist bei Übergabe des Baugrundes in den physischen Besitz des Käufers, der Rest binnen eines weiteren Jahres fällig und letzterer vom Tage der Be-

zahlung der ersten Rate an mit 4½ Prozent halbjährig im vorhinein zu verzinsen.

2. Zur Sicherstellung des Kauffälligenrestes samt Nebengebühren ist das Pfandrecht an erster Stelle auf dem Kaufobjekte zugunsten des Verkäufers einzuberleiben.

3. Die Übergabe des Kaufobjektes in den physischen Besitz des Käufers kann erst stattfinden, wenn der Fond selbst in den physischen Besitz desselben getreten ist.

4. Der Käufer übernimmt die auf dem Kaufobjekte an zweiter Stelle als Realkast zugunsten des Fondes zu intabulierende Verpflichtung, die mit c N F IV a IV M M' h g f c umschriebene Fläche per zirka 780 m² bei Verbauung des Kaufobjektes auf seine Kosten in das richtige Niveau zu bringen.

5. Sämtliche mit diesem Rechtsgefächte verbundenen Kosten und Gebühren, die Kosten der seinerzeitigen Löschung des Pfandrechtes und der Realkast trägt der Käufer.

6. Der Wiener Bürgerhospitalfond wird den mit den Buchstaben c N F O M M' h g f c umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1427/6 und 1179/2, Einl.-Z. 1196 und 1427/4, Einl.-Z. 1050 im VI. Bezirke, per zirka 813 m² in das Verzeichnis für öffentliches Gut übertragen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12187.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Lieferung von Regenmänteln für die Motorfahrer der städtischen Straßenbahnen und beantragt, zu genehmigen, daß die Lieferung der derzeit benötigten 1000 Stück Regenmäntel aus Ölzeug zum Preise von 13 K 75 h per Stück an die Firma M. S. Elfinger & Söhne zu vergeben und der hiefür entfallende Betrag aus den Betriebs-Einnahmen zu decken sei. (Angenommen.)

(12049.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Anfrage des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht, betreffend die Tragung der Kosten für Reparaturen von Bauschäden im Innern des städtischen Gebäudes VII., Westbahnstraße 25, und beantragt:

Dem k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht ist in Beantwortung der Zuschrift vom 1. Februar 1904, Z. 2207, mitzuteilen, daß die Gemeinde Wien im Hinblick auf die Bestimmung des § 5 des bezüglich der unentgeltlichen Überlassung des städtischen Gebäudes VII., Westbahnstraße 25, für Zwecke der Unterbringung der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt bestehenden Vertrages fernerhin nicht in der Lage ist, andere als die die äußere Instandhaltung des Gebäudes betreffenden Auslagen zu tragen und daß die Gemeinde demnach auch die Haftung für die bauliche Sicherheit dieses Hauses, insofern hiebei die Innenräume in Betracht kommen, ablehnen müsse.

Wenn die Gemeinde, welche bei der unentgeltlichen Überlassung dieses Gebäudes für staatliche Unterrichtszwecke so namhafte finanzielle Opfer brachte, bisher auch teilweise die Konstruktionsteile des Hauses betreffenden inneren Herstellungen aus eigenen Mitteln besorgte, so geschah dies nur mit Rücksicht auf die in dieser Zeit noch stattgehabte teilweise anderweitige Vermietung von Räumen dieses Hauses, beziehungsweise im Hinblick auf die Verwendung einzelner Abteilungen für städtische Zwecke.

Nachdem jedoch gegenwärtig sämtliche Räume ohne Ausnahme in Benützung der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt stehen, muß die Gemeinde für die Zukunft die Vornahme der notwendigen Reparaturen von Bauschäden im Innern des Gebäudes der Unterrichtsverwaltung überlassen. Hierbei wird bemerkt, daß diese inneren Herstellungen als pro Jahr durchschnittlich 1000 K Kosten verursachend angenommen werden können, für welchen Betrag daher nunmehr im dortigen Präliminare Vorsorge zu treffen wäre. (Angenommen.)

(12146.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen des Ignaz Granička um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren per 119 K 50 h für das Haus VII., Spittelberggasse 33, und beantragt die Genehmigung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12259.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Detailprojekt für die Ausgestaltung der Gartenanlage auf dem Kardinal Kaufherplatz im XIV. Bezirke und beantragt:

1. Das Detailprojekt für die gärtnerische Ausgestaltung des Kardinal Kaufherplatzes im XIV. Bezirke wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 30. September 1903 mit einem Kostenbetrage von 11.122 K 45 h, wovon 4848 K 71 h auf die gärtnerischen Arbeiten, 5873 K 74 h auf die Einfriedung und Entwässerung und 400 K auf die Aufstellung der Spritzhydranten entfallen, genehmigt.

2. Wegen Vergebung der Steinmearbeiten und der Gitterlieferung ist eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben.

3. Die gärtnerischen Arbeiten sind vom Stadtgarten-Inspektorat in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege vorzunehmen. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem städtischen Vorrat zu entnehmen. Die Spritzhydranten werden während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von 6 m³ aus der Bientalwasserleitung dotiert.

4. Alle Arbeiten sind im Frühjahr 1905 durchzuführen und ist der erforderliche Betrag im Präliminare pro 1905 einzustellen. (Angenommen.)

(12244.) **St.-R. Brauneiß** referiert über die Abgabe von Hochquellenwasser für das städtische Amtsgebäude XII., Hufelands-gasse 2, und beantragt, für das obige Amtsgebäude den Bezug eines Wasserquantums von täglich 9 hl zu bewilligen. (Angenommen.)

(12258.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Demolierung der Stallgebäude auf der Realität Einl.-Z. 1878 Hernals, Dr.-Nr. 92 Wattgasse, XVII. Bezirk, und beantragt die Ausschreibung einer neuerlichen Offertverhandlung. (Angenommen.)

(12195.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Reparatur des Glockenstuhles der Hernals Pfarckirche und beantragt: Die Auswechslung des hölzernen Glockenstuhles und dreier Glockenhelme des Pfarrkirchturms in Hernals wird genehmigt.

Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung wird der Baukonsens erteilt.

Die Lieferung und Aufstellung des schmiedeeisernen Glockenstuhles wird auf Grund einer öffentlichen Offertverhandlung vergeben. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(4279.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Karl Linke und beantragt, demselben in Anerkennung seiner Tätigkeit auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens das Bürgerrecht mit Rücksicht der Taxen zu verleihen. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11479.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über das Kauf-offert des Heinrich Schumann auf die an der Ecke der Gumpendorferstraße und des Mariahilfergürtels im VI. Bezirke gelegene Baustelle und beantragt:

Die Gemeinde Wien noe. des Wiener Bürgerhospitalfondes überläßt dem Heinrich Schumann die an der Ecke der Gumpendorferstraße und des Mariahilfergürtels, VI. Bezirk, gelegene, aus einem

Teile der Kat.-Parz. 1179/2 und 1427/6, Einl.-Z. 1196 VI. Bezirk, und einem Teile der Straßenparzelle 1547, VI. Bezirk, bestehende Baustelle, mit den Buchstaben b d e B A c b umschrieben, im Ausmaße von zirka 367 m² um den Einheitspreis von 202 K per Quadratmeter, wogegen Heinrich Schumann an den Wiener Bürgerspitalfond das Haus I., Tiefer Graben 35, Einl.-Z. 1311 Grundbuch Innere Stadt, im Katastralausmaße von 64.74 m², wie es liegt und steht, um den Pauschalpreis von 30.000 K überträgt.

Dieses Rechtsgeschäft wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Heinrich Schumann ist verpflichtet, binnen vier Wochen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes bei sonstiger Rechtswirkungslosigkeit desselben die grundbücherliche Löschung der auf der Einlage 1311 Innere Stadt zugunsten der Ersten österreichischen Sparkassa haftende Satzpost auf seine Kosten zu veranlassen, so daß diese Liegenschaft mit Ausnahme der auf derselben an erster Stelle intabulierten Dienstbarkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten lastenfrei in das Eigentum des Fondes übergeht.

2. Die zugunsten des Wiener Bürgerspitalfondes sich ergebende Aufzahlung, deren genauer Betrag von dem Ergebnisse der Vermessung des eingangs erwähnten Baugrundes abhängig ist, ist bei Übergabe der Tauschobjekte, welche zu gleicher Zeit stattzufinden hat, fällig.

Die Übergabe des an Heinrich Schumann zu überlassenden Baugrundes kann erst stattfinden, sobald der Wiener Bürgerspitalfond selbst in den physischen Besitz dieses Grundes getreten ist.

3. Der genannte Fond wird den mit den Buchstaben a d e C m G H a umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1179/2 und 1427/6, Einlage 1196 VI. Bezirk, per zirka 430 m² ohne weitere Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen.

4. Heinrich Schumann übernimmt die auf dem an ihn zu übertragenden Baugrunde an erster Stelle zugunsten des Wiener Bürgerspitalfondes als Reallast zu intabulierende Verpflichtung, die sub 3 erwähnte Grundfläche bei Verbauung des Bauplatzes auf seine Kosten in das richtige Niveau zu bringen; hiebei ist in der Linie c C eine entsprechende Verme zur Sicherung der Nachbarobjekte zu belassen.

5. Das Pflastermaterial auf dem an Heinrich Schumann zu überlassenden Straßengrunde, sowie die an der Gumpendorferstraß und am Mariahilfsgürtel stehende Einfriedung sind von der Veräußerung ausgeschlossen.

6. Die mit der Vertragsausfertigung und der Anfertigung der Vertragspläne verbundenen Kosten tragen beide Vertragsteile je zur Hälfte, die Übertragungsgebühren samt Zuschlägen jeder Vertragsteil für die von ihm zu erwerbende Liegenschaft.

7. Heinrich Schumann verpflichtet sich, über Aufforderung des Wiener Bürgerspitalfondes binnen acht Tagen die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung bei der Grundb.-Einl. 1311 Innere Stadt auf seine Kosten zu erwirken, widrigenfalls das Rechtsgeschäft als nicht abgeschlossen gilt.

8. Der Genannte nimmt zur Kenntnis, daß die in sein Eigentum übergehende Baustelle fünfgeschoszig verbaut werden kann.

9. Der Fond übernimmt keine Gewähr für eine bestimmte Beschaffenheit des an Heinrich Schumann zu überlassenden Grundes.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(11355.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Kaufoffert der Firma Kupka & Drglmeister auf einen Teil der Kat.-Parz. 592 und 593, Einl.-Z. 6 im IV. Bezirke und beantragt:

Die Gemeinde Wien verkauft an die Firma Kupka & Drglmeister behufs Arrondierung der Liegenschaft Einl.-Z. 586 im

IV. Bezirke den mit den Buchstaben e h i e umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 592 und 593, Einl.-Z. 6 IV. Bezirk, per zirka 233 m² um den Pauschalbetrag von 80.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Rechtswirkungslosigkeit dieses Kaufgeschäftes wird davon abhängig gemacht, daß die Käuferin binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Genehmigung desselben seitens der Gemeinde die Erwerbung des Hauses IV., Allee-gasse 8, Panigl-gasse 1, nachweist.

2. Der Kauffchilling ist bei Einbringung des sub 1 erwähnten Nachweises zu berichtigten.

3. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin.

4. Letztere übernimmt die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 586 IV. Bezirk, beziehungsweise auf der durch Abteilung derselben an der Ecke der Allee- und Panigl-gasse entstehenden Baustelle als Reallast zugunsten der Gemeinde Wien im Range nach den bestehenden Eintragungen zu intabulierende Verpflichtung, den von der genannten Liegenschaft zu Straßenzwecken entfallenden Grund, Figur a b c d a per zirka 125 m² nach vollzogenem Umbau des Hauses IV., Panigl-gasse 1, unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten.

5. Die Käuferin erteilt ihre Einwilligung zur grundbücherlichen Löschung der auf der Einl.-Z. 6 Grundbuch Wieden zugunsten des Hauses Panigl-gasse 1 einverleibten Verbindlichkeit in Betreff der Errichtung und Erhaltung einer Mauer und Nichteröffnung von Fenstern oder Öffnungen.

6. Die Gemeinde Wien überträgt ohne weitere Entschädigung die mit den Buchstaben e k l h e umschriebenen Teilflächen der Kat.-Parz. 592 und 593, Einl.-Z. 6 IV. Bezirk, per zirka 958 m² in das Verzeichnis für das öffentliche Gut.

7. Die Einfriedung aus dem Verlaufe ausgeschlossen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(10458.) St.-R. Schreiner referiert über die Beschaffung von Reservebestandteilen für die Motor- und Beiwägen der städtischen Straßenbahnen und beantragt:

1. Die Beschaffung der Reservebestandteile mit einem Kosten-erfordernisse von 159.514 K 80 h wird genehmigt. Da das Investitionsanlehen keine Deckung bietet, ist die Auslage vorschußweise aus den Betriebseinnahmen zu bestreiten und seinerzeit bei Vorlage des Investitionspräliminäres der städtischen Straßenbahnen über die Bedeckung Beschluß zu fassen.

2. Es wollen die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorgeschlagenen Bestellungen im Gesamtwerte von 108.972 K 80 h genehmigt werden.

3. Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird beauftragt, für nachstehende Materialien im vorausichtlichen Kostenbetrage von 50.542 K Angebote im Offertwege einzuholen und darüber zu berichten:

- 200 Achsen für D- und G-Wägen.
- 100 Ankerlager für Motor D 17/22 Koll. Seite.
- 50 Ankerlager für Motor D 17/22 Fahrrad-Seite.
- 10 Ankerlager für Motor B 17/30 mit Schweiß.
- 10 Ankerlager für Motor B 17/30 ohne Schweiß.
- 10 Ankerlager für Motor GE 800 Koll. Seite.
- 10 Ankerlager für Motor GE 800 Fahrrad-Seite.
- 100 Motortraglagerschalen für Motor D 17/22.
- 10 Motortraglagerschalen für Motor D 17/30.
- 50 Fahrradlasten für Motor D 17/22.
- 50 Fahrradlasten-Unterteile für Motor D 17/22.
- 20 Handauschalter.

9 Untergestellrahmen samt Armatur für D-Wägen.
 36 Kastentragfedern für Lenkachsenwägen.
 300 Widerstandsrollen aus Nidelinband.
 (Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderat.)
 (Bei der Beratung und Beschlußfassung waren Ober-Stadtbuchhalter Hönig und Direktor Spängler anwesend.)
 (Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 29. September 1904.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
 Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.
 Anwesende: Bielowlawek, Dr. Krenn,
 Braun, Oppenberger,
 Brauneiß, Kauer,
 Dr. Deutschmann, Rissaweg,
 Graf Ferdinand, Schreiner,
 Grünbeck Sebastian, Straßer,
 Gottbauer, Weitmann,
 Bözl, Dr. Wesselsky,
 Hörmann, Wessely.
 Graba,
 Vize-Bürgermeister Josef Strobach.

Beurlaubt: St.-R. Büsch, Tomola, Zafka.
 Schriftführer: Magistrats-Kommissär Hans Böttger.

Bürgermeister Dr. Lueger eröffnet die Sitzung.

(12256) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen der Gemeinde Leopoldau um Überlassung von alten Gartenbänken und beantragt, der genannten Gemeinde acht alte Gartenbänke um den Betrag von 48 K zu überlassen. Den Transport der Bänke hat die Gemeinde Leopoldau auf ihre Kosten zu besorgen. (Angenommen.)

(10974.) **St.-R. Kauer** referiert über das Ansuchen des Emil Reitmann um Abänderung der Baulinien für Dr.-Nr. 3 und 5 Lainzerstraße, XIII. Bezirk, und beantragt die Ablehnung.

Es hat bei der mit Gemeinderats-Beschluß vom 5. Februar 1904 genehmigten Baulinie zu verbleiben. (Angenommen.)

(12063, 12064, 12065.) **St.-R. Kauer** referiert über die Ansuchen der Barbara Kümmerle und des Hermann Ritter v. Mitschka um Herabsetzung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realitäten Konstr.-Nr. 349, Einl.-Z. 278 und Konstr.-Nr. 135, Einl.-Z. 190 Ober-St. Vit, Dr.-Nr. 118 Kuhofstraße beziehungsweise Konstr.-Nr. 71, Einl.-Z. 127 Hütteldorf, Dr.-Nr. 440 Linzerstraße, XIII. Bezirk, und beantragt, diese Ansuchen abzuweisen. (Angenommen.)

(11164.) **St.-R. Kauer** referiert über die Benennung von Gassen im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Die von der Hütteldorferstraße gegenüber der Magingerstraße abzweigende, zur Vorortelinie der Wiener Stadtbahn führende Gasse „Sebastian Kelchgasse“ nach Sebastian Kelch (1802—1870), welcher zur Zeit der Revolution im Jahre 1848 Richter der Gemeinde Penzing war und sich in dieser Stellung in hervorragendem Maße die Sympathie der Bevölkerung erwarb;

2. die an der Westseite der Vorortelinie gelegene Gasse zwischen der verlängerten Dreyhausengasse und Märzstraße „Amortgasse“ nach Johann Amort (1826—1903), welcher durch 12 Jahre Bürger-

meister der Gemeinde Breitensee war und sich in dieser Eigenschaft besondere Verdienste erworben hat; endlich

3. die Straße in der Verlängerung der Dreyhausenstraße bis zur Vorortelinie der Stadtbahn ebenfalls „Dreyhausenstraße“ zu benennen. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)
 (7707.) **St.-R. Kauer** referiert über die Benennung der Parkanlage zwischen März- und Goldschlagstraße, Reinf- und Gurkgasse im XIII. Bezirke, und beantragt, von einer Benennung dieser Parkanlage Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(11330 ex 1901.) **St.-R. Kauer** referiert über die eventuelle Benennung des im XIII. Bezirke neu entstandenen Platzes an der Reinfgasse und beantragt, es werde von einer Benennung dieses Platzes Umgang genommen und habe die bisherige Benennung der den Platz begrenzenden Straßen beziehungsweise Gassen aufrecht zu bleiben. (Angenommen.)

(12174.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über die Zuschrift des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, laut welcher die Gemeinde Wien zu der am 14. Oktober 1904 stattfindenden Verhandlung über die Beschwerde der Stadtgemeinde Tarnów wegen verweigerter Aufnahme des Herrsch Leib Spiegel in den Wiener Heimatsverband als Mitbeteiligte geladen wurde, und beantragt, es sei zu dieser Verhandlung namens der Gemeinde Wien ein Vertreter nicht zu entsenden. (Angenommen.)

(12247.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Regelung des gewerblichen Fortbildungsunterrichtes in Wien.

Über Anregung des **St.-R. Dr. Krenn** verfügt der Vorsitzende die Drucklegung des bezüglichen Magistratsberichtes.

(12145.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über das Ansuchen der Handels- und Gewerbekammer für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns um Bekanntgabe der Baulinie für die Realitäten Einl.-Z. 1649, 1659, 1648, 1652, 1660, 1651 I. Bezirk, Rüststraße-Stubenring, und beantragt, die Hinausgabe der Baulinien für die bezeichneten Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(2144.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über das Ansuchen des Georg Demski nos. Mathilde Gotthard um Bestimmung der Schadloshaltung für den beim Umbau des Hauses I., Bäckerstraße 24/26, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund und beantragt:

1. Die Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues des Hauses I., Bäckerstraße 24/26, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 286,28 m² wird mit dem Betrage von 200 K per Quadratmeter, d. i. zusammen mit dem Betrage von 57.256 K bestimmt.

2. Die Gemeinde Wien gestattet die Herstellung der beiden für den Neubau projektierten Erker per 6,08 m² Ausladefläche unter der Bedingung, daß die zum Hause gehörigen, in die Straße reichenden Keller ohne weiteren Entschädigungsanspruch an die Gemeinde aufgelassen und zugeschüttet werden. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12254.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über das Ansuchen des Wigo Zeller-Schömlig, Pächter des Kurjalons und der Milchtrinkhalle, um Pachtinsermäßigung und beantragt:

1. Dem Pächter des Kurjalons und der Milchtrinkhalle im Kinderparke Wigo Zeller-Schömlig wird der jährliche Pachtzins vom 1. November 1904 an von 42.000 K auf 30.000 K herabgesetzt.

2. Den für die Zeit vom 1. Februar bis 1. November 1904 rückständigen Pachtzins von 29.000 K hat Zeller-Schömig in monatlichen ununterbrochenen Raten à 2900 K zu erlegen. Die erste Rate ist am 1. Oktober 1904 einzuzahlen. Bei Nichteinhaltung dieser Ratenzahlungen ist der Vertrag mit Zeller-Schömig als aufgelöst zu betrachten und wegen Neuverpachtung des Kursalon's und der Milchtrinkhalle eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben und ist Zeller-Schömig wegen des Pachtzinsrückstandes sofort einzuklagen. Mit der Durchführung der Klage wird ein vom Stadtrate zu bestimmender Advokat betraut.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12273.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Julius Goldschläger um Bewilligung zur Planauswechslung bezüglich des Hauses I., Stubenring 12, und beantragt:

1. Es wird der zur Herstellung des Vorbaues an der Ecke erforderliche Grund im Ausmaße von 3·22 m² unter der Bedingung überlassen, daß derselbe um den Einheitspreis von 680 K per Quadratmeter, somit um den Betrag von 2189 K 60 h eingelöst und die grundbücherliche Durchführung dieser Grundzuschreibung auf Kosten des Bauwerbers veranlaßt werde.

2. Es wird die Zustimmung zur Herstellung des 5·125 m² großen Ablasschachtes unter der Bedingung erteilt, daß für denselben ein den 5prozertigen Zinsen des Grundwertes von 680 K per Quadratmeter entsprechender jährlicher Platzzins von 174 K 25 h, vom Tage der Erteilung des Benützungskonsenses für den Neubau angefangen, jährlich im vorhinein an die städtische Hauptkassa entrichtet und der übliche Revers grundbücherlich einverleibt werde.

3. Die Zustimmung zur Herstellung der offenen Balkone wird ohne Anspruch auf eine besondere Entschädigung hiefür erteilt.

4. Die vom Magistrate zu erteilende Baubewilligung für die Planauswechslung wird gemäß § 97 B.-D. bestätigt.

(Angenommen.)

(12277.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Direktors des Apollo-Theaters um Bewilligung zur Aufstellung von Reklamekandelabern im I. Bezirke und beantragt, die Aufstellung eines Kandelabers bei Dr.-Nr. 2 Eschenbachgasse nach dem Bezirksamts-Antrage zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12278.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Gastwirthes Martin Hiller, I., Tiefer Graben 33, um Nachsicht eines Kommissionsgebühren- und Kanzleitarzentrückstandes per 14 K 20 h und beantragt, die Ermäßigung auf die Hälfte zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12349.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Verkauf von Startpapier aus dem städtischen Versorgungshause zu Ybbs und beantragt, das Startpapier dem Ignaz Ehbner in Ybbs um den Preis von 3 K per 100 kg zu überlassen.

(Angenommen.)

(12274.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den neuerlichen Bericht des Magistrates, betreffend die Entsendung von Vertretern der Gemeinde Wien zu dem in Paris anfangs November 1904 stattfindenden I. Internationalen Kongreß für Affanierung und Hygiene und beantragt, den Stadtrats-Beschluß vom 21. September 1904, Z. 11776, aufrecht zu erhalten.

(Angenommen.)

(12228.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bestellung eines Vertreters für den erkrankten Primararzt des Bürgerversorgungshauses Dr. Ludwig Pflieger und beantragt:

1. Während der Beurlaubung des genannten Primararztes wird die Vertretung dem Dr. Karl Tizze bis zum 24. September 1904

und dem Dr. Otto Sperk bis zum 19. Oktober 1904 übertragen und hiefür ein tägliches Honorar von 10 K und die Beistellung eines Naturalquartiers genehmigt.

2. Zur Bedeckung der Auslage wird zur Ausgabe-Rubrik X 2 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses per 350 K bewilligt.

(Angenommen.)

(12232.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Neusystemisierung der Dienerstellen für das städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsammt und beantragt:

An Stelle der bisherigen neun provisorischen Dienerstellen des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes mit je 1000 K Gehalt werden neu systemisiert:

1. Vier Dienerstellen mit den Bezügen der städtischen Diener II. Klasse, ohne daß dieselben jedoch in diese Bezugsklasse eingereicht werden.

2. Fünf Dienerstellen mit einem Anfangstaglohne von 2 K 60 h, nach zurückgelegtem dritten Dienstjahre mit einem Taglohne von 3 K und gegen dreimonatliche Kündigung.

Die derzeit bestellten zwei provisorischen Diener, welche seit Februar 1903, beziehungsweise März 1904, also noch nicht drei Jahre dienen, behalten ihren bisherigen Bezug von jährlich 1000 K.

3. Für die durch diese Neuorganisierung erwachsenden Mehrauslagen (zirka 500 K im Jahre 1904) wird zur Ausg.-Rubr. LII q ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses pro 1904 bewilligt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12260.) St.-R. Dr. Krenn referiert über Ansuchen von Verschönerungsvereinen um Bewilligung von Subventionen pro 1904 und beantragt:

1. Dem Hütteldorfer Verschönerungsvereine, dem Verschönerungsverein „Hading“, dem Verschönerungsvereine in Pöchlinsdorf, dem Salmannsdorfer Verschönerungsvereine und dem Sieveringer Wohltätigkeits- und Verschönerungsvereine wird pro 1904 eine Subvention von je 600 K bewilligt.

2. Das Ansuchen des Verschönerungsvereines „Ober-St. Veit“ wird abgewiesen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12251.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Bericht der Direktion der städtischen Sammlungen, betreffend die Ablieferung der von Karl Rhuen geschaffenen Marmorbüste Abraham a Sancta Clara's und vorläufige Aufstellung derselben in der II. Abteilung des historischen Museums und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(12335.) St.-R. Bielowlawek referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Benützung des Turnsaales der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen, I., Werbertorgasse 6, durch den Wiener Schützenverein zu Schießübungen, und beantragt, in Stattgebung des Antrages des Ortschulrates des I. Bezirkes die dem Wiener Schützenverein seinerzeit erteilte Benützungsbewilligung zu widerrufen.

(Angenommen.)

(12367.) St.-R. Bielowlawek referiert über die elektrische Beleuchtung des Getreidemarktes im I. Bezirke und beantragt:

Es wird die elektrische Beleuchtung des Getreidemarktes im I. Bezirke im Principe genehmigt und sind noch im heurigen Jahre gleichzeitig mit den Kabellegungsarbeiten der städtischen Elektrizitätswerke die erforderlichen Kabellegungen für die elektrische Beleuchtung durch die städtischen Werke für Rechnung der Gemeinde in jener Strecke vorzunehmen, in welcher Kabel seitens der städtischen Elektrizitätswerke verlegt werden.

Für die Legung der Beleuchtungskabel wird ein Betrag von 1800 K genehmigt und mangels Deckung zugleich ein Zuschußkredit in derselben Höhe zur Rubrik XXV 3 bewilligt. (Angenommen.)

(12238.) **St.-R. Oppenberger** referiert über das Ansuchen des Josef Elmer um Bewilligung zur Planauswechslung für den Hausbau II., Untere Augartenstraße 24/26, und beantragt:

1. Die Schadloshaltung für den bei dem Hause II., Untere Augartenstraße 24/26, Einl.-Z. 3786, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund per 6·80 m² wird mit 50 K per Quadratmeter, das ist zusammen mit 360 K bestimmt, wobei die Partei die Kosten der Plananfertigung und der grundbücherlichen Durchführung zu tragen hat.

2. Die Zustimmung zur Erker- und Balkonherstellung wird unter der Bedingung erteilt, daß für die Erker mit einer Gesamtaußensfläche von 8 m² eine Entschädigung von 150 K per Quadratmeter, das ist zusammen von 1200 K noch vor Hinausgabe des Baukonsenses an die Gemeinde Wien entrichtet wird, sohin der Baukonsens bestätigt. (Angenommen.)

(12292.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Erbauung einer Schalt- und Transformatorenstation der städtischen Elektrizitätswerke II., Schüttelstraße, und beantragt, die Erbauung einer Schalt- und Transformatorenstation in der Schüttelstraße unterhalb der Donaukanalbrücke der Wiener Verbindungsbahn (Kat.-Parz. 3993 und 3996) auf Grund des vorgelegten Projektes zu genehmigen, die zu diesem Projekte von der Donauregulierungs-Kommission mit Schreiben vom 14. August 1904, Z. 968, gestellten Bedingungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und für dieses Projekt im Sinne des § 105 der Bauordnung für Wien vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses des Lokalaugenscheines die Baubewilligung zu erteilen. (Angenommen.)

(12240.) **St.-R. Oppenberger** referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthaltereie vom 19. September 1904, VI-5039, womit für die anlässlich der Anlage einer Galoppier- und Hindernisbahn auf dem im Allerhöchsten Privatbesitz befindlichen Territorium der Kriecau des k. k. Praters zu errichtenden Hochbauobjekte die Baubewilligung erteilt wird, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12237.) **St.-R. Dr. Arenn** referiert über die Besetzung der für das städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsamte neu systemisierten Vorstand-, Vorstand-Stellvertreter- und 12 Vermittlungs-Beamtenstellen und beantragt:

1. Die neu systemisierte Vorstandsstelle in der IV. Rangklasse wird dem bisherigen Vorstand Julius Prochazka;

2. die neu systemisierte Vorstand-Stellvertreterstelle in der V. Rangklasse dem bisherigen Vorstand-Stellvertreter Josef Bardorf — verliehen.

3. Die neu systemisierten Vermittlungs-Beamtenstellen mit den Bezügen der VIII. Rangklasse werden den bisherigen Vermittlungs-Beamten Adolf Gehrke, Hans Hofmann, Karl Holaubel, Paul Roth, Gregor Weidlinger, Adolf Rost, Jakob Rudorfer, Michael Schedl, Augustin Tuma, Johann Steinbach, Karl Albert Friße und Edmund Söfinger verliehen. (Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(12359.) **St.-R. Braun** referiert über die Richtigstellung der Grundbuchsmappe von Kaiser-Ebersdorf durch Löschung eines Teiles der Kat.-Parz. 1954/1, Einl.-Z. 256 und Ausfolgung einer von den Ehegatten Krottendorfer erlegten Kaution per 800 K und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien gibt ihre Zustimmung zur Löschung des in der Grundbuchsmappe von Kaiser-Ebersdorf zwischen den Parzellen 993 und 1074/2 einerseits, dann 924 und 1074/3 andererseits eingezeichneten Teiles der Wegparzelle 1954/1, beziehungsweise Richtigstellung der Grenze zwischen den angeführten Parzellen nach der vom k. k. Ober-Geometer vorgelegten Skizze.

2. Das magistratische Bezirksamt für den XI. Bezirk wird zur Ausfolgung der von Anton und Anna Krottendorfer anlässlich des Baukonsenses vom Jahre 1903 für die Realität Einl.-Z. 297 in Kaiser-Ebersdorf erlegten Kaution von 800 K ermächtigt. (Angenommen.)

(12230.) **St.-R. Braun** referiert über die Holzfällungsaußweise pro 1903/04 der Forstverwaltungen des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf an der Donau zu Groß-Enzersdorf und Mannswörth, sowie über die Holzfällungs-, Preis- und Lohntarifs-Anträge der genannten Forstverwaltungen für die Fällungsperiode 1904/05 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12267.) **St.-R. Braun** referiert über den Bericht der Forstverwaltung Mannswörth, betreffend die Weiterverpachtung des von den Erben des bisherigen Pächters gekündigten Großen Kanzelgartens Abteilung I und beantragt, dem Ansuchen des Josef Weiß, XI., Hauptstraße 111, um Verpachtung des gedachten Grundes ab 1. November 1904 auf die restliche Pachtzeit, d. i. bis 31. Oktober 1909, um den jährlichen Pachtzins von 303 K und zu den bisherigen Bedingungen statzugeben, dagegen das Offert des Rudolf Ferstl abzulehnen. (Angenommen.)

(12242.) **St.-R. Braun** referiert über die Demolierung der alten Stallungen im Bahnhofe Simmering der städtischen Straßenbahnen und beantragt, zu genehmigen, daß die erwähnten Stallungen abgebrochen werden. (Angenommen.)

(12229.) **St.-R. Braun** referiert über den Bericht des k. k. Forstmeisters Emil Klier vom 7. Juli 1904, Nr. 99 ex 1904, betreffend die Nummerbücher 5, 6 und 7, die im Ottakringer Walde pro 1904 aufbereiteten Brennholz, das Summarverzeichnis zugleich Holzhauerlohnverzeichnis und den Verwendungs-Antrag pro 1904, und beantragt:

1. Die vom k. k. Forstmeister Emil Klier vorgelegten Ausweise über die im Ottakringer Walde pro 1904 gewonnenen Brennholz werden genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Von dem aufbereiteten Holze per 407 m³ sind an die k. k. Sicherheitswache im Steinbruche 14 rm³ hartes Prägelfholz, an die beiden Kleinkinderbewahranstalten in Ottakring 40 rm³ abzugeben.

3. Ein Quantum von 27 rm³ ist an die im Verwendungs-Antrage ersichtlichen Parteien aus freier Hand und zu den bestmöglichen Preisen zu verkaufen.

4. Die verbleibenden 326 rm³ Brennholz sind den Vorstehern des XVI. und XVII. Gemeindebezirkes zum Zwecke der Armenbeteiligung zur Verfügung zu stellen, und zwar dem Vorsteher des XVI. Bezirkes zu zwei Dritteln und dem Vorsteher des XVII. Bezirkes zu einem Drittel (analog dem Stadtrats-Beschlusse vom 12. August 1903, Pr.-Z. 10134).

5. An die Geistlichkeit des Pfarraortes Ottakring ist — statt des derselben gebührenden Deputatholzes per 32 rm³ — der unter Zugrundelegung des Einheitspreises von 8 K 60 h entfallende Geldbetrag von 275 K 20 h gegen Empfangsbestätigung und entsprechende Verrechnung auszufolgen (analog dem Stadtrats-Beschlusse vom 12. August 1903, Pr.-Z. 10134).

6. Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft der Holzverkauf schon zu einem früheren Zeitpunkte

vorgenommen werden kann, um die während der langen Lagerung des Holzes vorkommenden Diebstähle hintanzuhalten. Weiters sind Vorschläge zu erstatten, ob nicht 1. das Melutum an das Stift Schotten künftighin in Holz geleistet werden soll und 2. die Armen des XVI. und XVII. Bezirkes anstatt mit Holz mit Koks zu beteilen wären; das ganze übrige Holz aber zum Verkaufe zu bringen wäre.

St.-R. Dr. Krenn beantragt, den Magistrat anzuweisen, die beim k. k. Ackerbauministerium längst anhängige Angelegenheit wegen Arrondierung des städtischen Forstbesitzes im Tauschwege mit ärarischen Forstbesitz zu betreiben.

Referenten-Antrag mit dem Zusatz-Antrage des St.-R. Dr. Krenn angenommen.

(12271) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Fabrikantenswitwe Eleonore Klöpfer um Herabsetzung des zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 24. August 1904, P.-Z. 11061, mit 5500 K festgesetzten Preises für den Doppelgrustplatz Gruppe 59 D, Nr. 1 im Zentral-Friedhofe auf 4000 K und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12192.) St.-R. Weitmann referiert über die Neuvergebung der Kohlenverfrachtung für das V. städtische Waisenhaus in Klosterneuburg und beantragt, die Verfrachtung der für das bezeichnete Waisenhaus benötigten Kohlen, welche zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 5. August 1903, Z. 9566, für die Zeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904 an den Bauunternehmer Franz Konradt in Klosterneuburg vergeben war, demselben wieder auf Grund seines Offertes für ein weiteres Jahr, d. i. bis 30. Juni 1905 zu den bisherigen Bedingungen, nämlich Entlohnung von 28 h per 1 q Kohle für die Verfrachtung vom Bahnhofe in Klosterneuburg-Weidling bis zum Waisenhause einschließlich des Auf- und Abladens der Kohlen, zu übertragen. (Angenommen.)

(12177.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 10. Juli 1904, Z. 22205, in Angelegenheit der Herstellung von Warteräumen und eines unterirdischen Durchganges unter dem Bahnhöper auf dem Weidlinger Südbahnhofe und beantragt: Der Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums wird mit dem Ausdrucke größten Bedauerns zur Kenntnis genommen und wird eine neuerliche Petition an dasselbe wegen ehetunlichster Behebung der in Frage stehenden Übelstände gerichtet.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12141.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über eine Abänderung des Projektes, betreffend die Kreuzung des Hochquellenkanales durch die Mödlinger Wasserleitung im Zuge der Priefknitzstraße in Mödling, und beantragt, die von den Vertretern der Gemeinde Wien bei der Kollaudierung der Mödlinger Wasserleitung am 19. September 1904 abgegebene zustimmende Erklärung nachträglich zu genehmigen. (Angenommen.)

(12236.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Anerkennung der zur Verlassenschaft nach Marie Klimesch angemeldeten Forderungen und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, die zur Verlassenschaft nach Marie Klimesch angemeldeten Forderungen mit folgenden Beträgen als liquid anzuerkennen, und zwar die Forderung des Dr. Skorpil mit 138 K, der Marie Brey mit 410 K, des Dr. Wiesenthal mit 1500 K, der Mathilde Kornik mit 234 K, des Dr. Wettendorfer mit 128 K, der Anna Pomm mit 216 K und des Ignaz Dürr mit 530 K 80 h. (Angenommen.)

(12340.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Herbeibringung von rückständigen Wassermehrverbrauchsgebühren nach Leopold Pollak und beantragt, die nach dem gewesenen Eigentümer des

Hauses IV, Frankenberggasse 8, Leopold Pollak, rückständigen Wassermehrverbrauchsgebühren für das III. und IV. Quartal 1892 und für das I. bis IV. Quartal des Jahres 1893 per zusammen 1355 K 34 h als uneinbringlich in Abschreibung zu bringen.

(Angenommen.)

(12266.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Neversausstellung an das Militärärar wegen Verzichtleistung auf-Ersatzansprüche infolge von Explosionschäden durch das Neugebäude anlässlich des Portalbaues und der Umgestaltung der Fassaden bei den Verwaltungsgebäuden im Zentral-Friedhofe und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12337.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Hausbesitzer Josef Taborj, Karl und Josefa Fahn um Zustimmung zur Löschung der auf den Realitäten Einl.-Z. 959 und 3164 Grundbuch Landstraße hastenden, nunmehr gegenstandslosen Verbindlichkeit zur Adaptierung und zur Einleitung von Hochquellenwasser, und beantragt, die Ausstellung der bezüglichen Löscherklärung auf Kosten der Partei zu genehmigen. (Angenommen.)

(12249.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Alois Schumacher um Bestimmung der Schadloshaltung für die beim Umbaue des Hauses Dr.-Nr. 40 Favoritenstraße, IV. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abzutretende Grundfläche im Ausmaße von 56.40 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 60 K per Quadratmeter festzusetzen, wobei die Partei die Kosten der Plananfertiigung, des Rechtsgeschäftes und seiner Durchführung zu tragen hat. (Angenommen.)

(11970.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Projekt, betreffend den Neubau eines Hauptunrtekanales in der Anergasse zwischen der Wallischauffergasse und Dr.-Nr. 66 Anergasse im XVII. Bezirke, beziehungsweise über das Anbot der Grundbesitzer Heinrich und Franz Glaser zur Beitragsleistung zu den Kosten der eventuell definitiven Umlegung des eingewölbten Halter- oder Dornbaches aus ihren Gründen in die Mitte der Anergasse, und beantragt:

1. Das Anbot der Grundbesitzer Heinrich und Franz Glaser, Stadtbaumeister, XVII., Dornbacherstraße 72, auf eine Beitragsleistung von 10.000 K zu den Kosten der eventuell definitiven Umlegung des eingewölbten Halter- oder Dornbaches aus ihren Gründen Kat.-Parz. 1206/5, 1206/6, 1206/7, 1206/9, 1210/14, 1210/15 und 1210/16 Dornbach in die Mitte der Anergasse wird abgelehnt und von der Ausführung der Bachumlegung in der gedachten Strecke demalen abgesehen.

2. Das vorgelegte Projekt für den Neubau eines Hauptunrtekanales in der Anergasse zwischen der Wallischauffergasse und Dr.-Nr. 66 Anergasse im XVII. Bezirke mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenfordernisse von 19.000 K wird genehmigt.

3. Das Anerbieten des Sekretariates Seiner k. u. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Rainer von Österreich auf eine freiwillige Beitragsleistung von 14.000 K, sowie der Eigentümer der Realitäten Dr.-Nr. 44, 46, 60, 62 und 64 Anergasse, XVII. Bezirk, auf eine solche von zusammen 280 K zu den Kosten dieses Kanalbaues, wird angenommen. (Angenommen.)

(6935.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Offert des Johann Heindl auf einen Teil der Straßenparzellen Einl.-Z. 1224/1 und 1225 Dornbach, XVII. Bezirk, behufs Arrondierung der Liegenschaft Einl.-Z. 207 Dornbach, und beantragt die Ablehnung des Offertes wegen zu geringen Angebotes. (Angenommen.)

(11880.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Refurs der Anna Sisolak wegen verweigerter Warenausräumung

vor ihrem Geschäftslokale XVII., Hernalser Hauptstraße 141, und beantragt die Abweisung des Rekurses. (Angenommen.)

(13058 ex 1900.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Rekurs des Franz Mahler, Administrator des Hauses Dr.-Nr. 12 Dornierplatz, XVII. Bezirk, gegen den sanitätspolizeilichen Auftrag des Bezirksamtes vom 11. Oktober 1900, Z. 24559, und beantragt, den Gegenstand mit Rücksicht auf die mittlerweile eingetretenen geänderten Verhältnisse als gegenstandslos anzusehen.

(Angenommen.)

(12032.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Hereinbringung des nach dem Einspänner-Eigentümer Eduard Zechmayer ausstehenden Lizenzgebührenrückstandes per 16 K 80 h und beantragt die Abschreibung des Rückstandes aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(11905.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen der Josefine Rainz um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das Einzelgrab Gruppe M, Nr. 112, im Hernalser Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(9606.) „Auflassung der Schachtgräber im Dornbacher Friedhofe und Zuweisung der Schachtleichen an den Hernalser Friedhof.“

Referent St.-R. Sebastian Grünbeck beantragt die Reassumierung des Stadtrats-Beschlusses vom 27. Juni 1904, Z. 8429.

(Angenommen.)

Der selbe beantragt, in sanitärer Hinsicht anzuordnen, daß die Leichen in den Schachtgräbern mit Erde genügend beschüttet werden.

(Angenommen.)

(12369.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Vorstehers des XIV. Bezirkes um Bewilligung der Mehrauslage für die Straßenerhaltung und beantragt, zur Deckung der Mehrauslagen für die Straßenerhaltung pro 1904 einen nicht zu überschreitenden Kredit von 600 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(12336.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Emil Gaifer um Bestimmung der Schadloshaltung für den beim Hause Dr.-Nr. 18 Gartengasse, V. Bezirk, abzutretenden Grund per zirka 48·23 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 25 K per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(12354.) St.-R. Brauneiß referiert über den Ersatz des vor dem Hause XII., Niederhofstraße 11, befindlichen Auslaufbrunnens durch einen frostfreien Brunnen System „Hilpert“ und beantragt, die Aufstellung eines frostfreien Auslaufbrunnens System „Hilpert“ auf der im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung des XII. Bezirkes ermittelten Stelle nur dann zu gestatten, wenn der Patentinhaber denselben auf eigene Kosten zur Erprobung aufstellt und im Falle der Nichtbewährung auf seine Kosten wieder entfernt. (Angenommen.)

(12353.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Verlauf des Rindermarktes am 19. und 20. September 1904 und beantragt die Kenntnisaufnahme. (Angenommen.)

(12365.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend das Zirkular der Genossenschaft der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer Wiens wegen Erhöhung der Fuhrwerkpreise und beantragt die Kenntnisaufnahme. (Angenommen.)

(12377.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Firma Herrberger & Homberg um Erhöhung des Preises für Körper- und Armeifutter zu Monturzwecken für städtische Bedienstete und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12351.) St.-R. Wessely referiert über die Schlußrechnung, betreffend die Herstellung von 20 eisernen Fleischriemen in der Groß-

markthalle im III. Bezirke und beantragt, die vorliegende Schlußrechnung zur Kenntnis zu nehmen.

Das Mehrerfordernis per 149 K 99 h wird genehmigt.

(Angenommen.)

(12235.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des provisorischen Marktgebühreneinhebers Anton Beschka, um definitive Anstellung und beantragt, das Ansuchen dormalen abzuweisen.

(Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(12246.) St.-R. Straßer referiert über das Ansuchen der städtischen Amtsärzte des XX. Bezirkes um Herstellung eines Badezimmers im neuen Amtshause des XX. Bezirkes und beantragt, von der Herstellung eines Badezimmers im neuen Amtshause des XX. Bezirkes Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(12077.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über das Ansuchen der Paula Mikulits um Bestimmung der Schadloshaltung für die von der Realität Einl.-Z. 765 XVIII., Schopenhauerstraße 37, zur Straßenverbreiterung abzutretende Grundfläche und um Bewilligung zur Herstellung von Erfern und beantragt:

Die Schadloshaltung für die abzutretende Straßengrundfläche im Ausmaße von 4·65 m² wird mit der von der Bauwerberin anlässlich der Anbringung von Erfern mit einer Ausladefläche von 1·04 m² zu leistenden Entschädigung kompensiert.

Der Bauwerberin wird die Bewilligung erteilt, an dem projektierten Neubau im I. und II. Stockwerke je zwei Erfer mit einem Vorsprung von 0·20 m und einer Länge von 2·60 m in der aus dem Plane ersichtlichen Entfernung von den Nachbarrealitäten (1 m) anzubringen.

Die vom Bezirksamte für den XVIII. Bezirk zu erteilende Baubewilligung wird im Sinne des § 97 der Bauordnung bestätigt.

(Angenommen.)

(12197.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Benennung der Verlängerung der Herbeckstraße über die Scheibenbergstraße im XVIII. Bezirke und beantragt, die in der Verlängerung der Herbeckstraße über die Scheibenbergstraße neu entstandene Straße ebenfalls „Herbeckstraße“ zu benennen. (Angenommen.)

(12046.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über das Offert des Ernst Kriszt auf Ankauf der Kat.-Parz. 554/141, 554/148, 554/150 und 554/157 Pöckleinsdorf, XVIII. Bezirk, und beantragt, die Ablehnung des Offertes mit Rücksicht auf das zu geringe Anbot.

(Angenommen.)

(12379.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Gesuche von zwei Parteien aus dem XVIII. Bezirke um Herabsetzung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt die Genehmigung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(12033.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über das Ansuchen der Eheleute Alois und Hilde Felner um Bestimmung der Schadloshaltung für die von der Realität Einl.-Z. 627, Kat.-Parz. 102/20 Gersthofer im XVIII. Bezirke, Ecke der Gersthoferstraße und Pöckleinsdorf zur Straße abzutretende Grundfläche im Ausmaße von 183·75 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 60 K per Quadratmeter zu bestimmen.

Die Auszahlung der Schadloshaltungssumme hat ausnahmsweise noch vor der tatsächlichen Verbauung, jedoch erst nach erfolgter lasten- und gebührenfreier grundbücherlicher Übertragung des abzutretenden Grundteiles in das öffentliche Gut und Übergabe desselben im richtigen Niveau in den physischen Besitz der Gemeinde Wien zu erfolgen. Die Kosten der Planausfertigung und der grundbücherlichen Durchsührung haben die Gesuchsteller zu tragen.

Im Falle der Verbauung wird die unentgeltliche Anbringung eines Risalites mit dem Vorsprunge von höchstens 0.80 m und der Länge von höchstens 11.60 m an der mittleren, abgekappten Front gestattet.

Die Gültigkeit dieser Schadloshaltungsbestimmung wird auf die Dauer von zwei Jahren, vom Tage der Intimation an gerechnet, bestimmt.

St.-R. Weitmänn beantragt die Ablehnung.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(12272.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen des Alfred Wildhaack um Baubewilligung für ein Wohn- und Geschäftshaus auf der durch Abtheilung der Liegenschaft Einl.-Z. 291 im IV. Bezirke, Kolschitzkygasse 16, Ecke der Schönburgstraße entstehenden Mittelbaustelle und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß seitens des Magistrates die Baubewilligung nach Maßgabe der Augenscheinsaufnahme erteilt wird, da gegen die geplante Errichtung eines Mittelhauses kein Anstand obwaltet und noch ein vollkommen entsprechender Bauplatz für die Herstellung eines Eckhauses erübrigt.

(Angenommen.)

(12338.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen der Firma J. W. Müller um Baubewilligung für einen Schuppen V., Margaretenstraße 72, und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß der neue Schuppen, insofern er auf künftigen Straßengrund zu stehen kommt, über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung abgetragen und daß zur Sicherstellung dieser Verbindlichkeit ein entsprechender Revers ausgefertigt und auf Kosten der Partei grundbücherlich einverleibt werde.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XX. Gemeindebezirk, Brigittenau.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Brigittenau vom **21. September 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Lorenz Müller.**

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der am 13. Mai 1904 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(1559.) Note der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Niederösterreich vom 12. Juli 1904, Z. 66714, daß dem Ansuchen der Bezirksvertretung Brigittenau vom 27. Mai 1904 um Errichtung eines Briefeinwurfkastens in der Burghardtstraße an der Ecke des Leipzigerplatzes dermalen nicht entsprochen werden könne.

Zur Kenntnis.

(1723.) Zuschrift des k. u. k. Obersthofmeisteramtes vom 29. Juli 1904, Z. 5941, derzufolge dasselbe aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage ist, dem Wunsche der Bezirksvertretung Brigittenau nach Eröffnung eines neuen Einganges in den k. k. Augarten im Zuge der Unterberggasse zu eröffnen.

Zur Kenntnis.

(1566.) Note der Magistrats-Abteilung VII vom 13. Juli 1904, Z. 714, betreffend den Neubau des Hauptunratekanales in der Vorgartenstraße zwischen der Traisen- und Pöchlarnstraße.

Zur Kenntnis.

(1776.) Note der Magistrats-Abteilung IX vom 11. August 1904, Z. 1147, betreffend Errichtung einer Brückenwage im XX. Bezirke auf dem Sachsenplatze im Jahre 1905.

Zur Kenntnis.

(1829.) Note der Magistrats-Abteilung III vom 20. August 1904, Z. 4250, betreffend die Errichtung einer Gartenanlage auf dem Mortaraplatze.

Zur Kenntnis.

(1394, 1631.) Noten der Magistrats-Abteilung XVII vom 24. Mai 1904, beziehungsweise 18. Juli 1904, Z. 2206, denen zufolge Ansuchen um Erteilung der Konzession zur Verabreichung von Rum und Kognak als Beigabe zu Tee oder Kaffee bei klaglos geführten Kaffeeschenken aufrecht zu erledigen wären.

Zur Kenntnis.

(1246.) Beschluß der Bezirksvertretung Innere Stadt vom 25. Mai 1904, Z. 1612, betreffend Einführung von Sicherheitsmaßregeln für die die Straße überschreitenden Passanten.

Zur Kenntnis.

(1149.) Beschluß der Bezirksvertretung Wieden vom 28. April 1904, Z. 905, wegen Uniformierung der Straßenarbeiter.

Zur Kenntnis.

(1441.) Beschluß der Bezirksvertretung Josefstadt vom 17. Juni 1904, Z. 1000, betreffend Kenntlichmachung der Straßenarbeiter durch eine Kappe.

Anschluß.

(1236.) Beschluß der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 1. Juni 1904, Z. 2478, betreffend Herabsetzung des Fahrpreises auf der Strecke Wien-Stadtbahn—Klosterneuburg-Kierling.

Anschluß.

(1354.) Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten vom 8. Juni 1904, Z. 2661, betreffend die Asphaltierung der öffentlichen Hydrantenstandplätze.

Anschluß.

(1506.) Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten vom 5. Juli 1904, Z. 3035, wegen Erlasses eines Verbotes hinsichtlich des Herumläufens von Hunden auf Marktplätzen.

Anschluß.

(1513.) Beschluß der Bezirksvertretung Neubau vom 7. Juli 1904, Z. 1564, wegen Ausstattung der Kondukteure der städtischen Straßenbahnen mit Straßenverzeichnissen.

Anschluß.

(1514.) Beschluß der Bezirksvertretung Siebing vom 30. Juni 1904, Z. 2609, wegen Herausgabe eines historischen Kalenders durch die Gemeinde.

Zur Kenntnis.

(1575.) Beschluß der Bezirksvertretung Fünfhaus vom 11. Juli 1904, Z. 1348, wegen Anbringung von Haltestelltafeln auf Gasfandelabern und den Leitungsmasten der städtischen Straßenbahnen.

Anschluß.

(1672.) Beschluß der Bezirksvertretung Meidling vom 28. Juli 1904, Z. 3337, wegen Tunnellierung der neu zu errichtenden Straßenzüge behufs praktischer Anbringung der Gas- und elektrischen Leitungen zc.

Anschluß.

(1837.) Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten vom 16. August 1904, Z. 3620, wegen Erlassung eines Verbotes hinsichtlich sanitätswidriger Ausstellung von Lebensmitteln.

Anschluß mit dem Zusatz, daß das Ausräumen von Lebensmitteln auf der Straße, außer in gänzlich geschlossenen Glaskästen, überhaupt zu verbieten wäre.

(1838.) Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten vom 16. August 1904, Z. 3619, wegen Verbotes des Verkaufes von Schleudergummi und Knallbomben an Kinder.

Anschluß.

(1854.) Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten vom 16. August 1904, Z. 3621, wegen Abschaffung der Messerhelden aus Wien.

Anschluß.

Anträge.

B.-R. Sadilek führt darüber Klage, daß während der Morgen- und Abendstunden auf der Straßenbahnlinie Südbahn—Augartenbrücke—Klosterneuburgerstraße nicht alle Motorwagen mit Beiwagen verkehren, so daß man bei der starken Frequenz dieser Straßenbahnlinie in den genannten Tagesstunden, insbesondere bei schlechtem Wetter, oft längere Zeit auf einen nicht komplett besetzten Wagen warten muß. Er beantragt daher, die Direktion der städtischen Straßenbahnen zu ersuchen, in der Zeit von 6 bis 8 Uhr früh und von 5 bis 7 Uhr abends alle Motorwagen auf der genannten Linie mit Beiwagen verkehren zu lassen.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Lang beantragt, neuerlich wegen Schaffung eines selbständigen k. k. Bezirksgerichtes im XX. Bezirke die geeigneten Schritte zu unternehmen, da das kompetente Bezirksgericht Leopoldstadt I vom Bezirke sehr weit entfernt ist und außerdem wegen Überbürdung dieses Gerichtes die vorgeladenen Personen oft stundenlang auf den Aufruf warten müssen.

Einstimmig angenommen.

Derselbe beantragt, den Bau der beiden Zinshäuser, welche das bereits zur Vollendung gehende neue städtische Amtsgebäude auf dem Brigittaplatz flankieren sollen, neuerlich zu betreiben.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Sarkl beantragt, die geeigneten Schritte zur Errichtung einer Wachstube in der Dresdenerstraße in der Nähe des Myles für Obdachlose, ferner eines Stehpostens an der Abzweigung der Innstraße von der Dresdenerstraße mit Rücksicht auf den bedeutenden Verkehr daselbst zu unternehmen.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Behnert beantragt, die Errichtung einer Wachstube bei den sogenannten „sieben Häusern“ mit Rücksicht auf die zunehmende Unsicherheit daselbst und die sich wiederholenden Kaufexzesse zu betreiben.

Einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung.

(XVII. Gemeindebezirk, Hernals.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 22. September 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Franz Helbling**.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet und bittet das Plenum der Bezirksvertretung, sowie den anwesenden Vertreter der christlichen Presse um tatkräftige

Förderung der gesamten Unternehmungen, welche zu Ehren des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger anlässlich des 60. Wiegenfestes geplant sind.

Einlauf.

(2480.) Antrag der Bezirksvertretung Meidling auf Tunnelierung sämtlicher in einem Straßenkörper liegenden Objekte bei Errichtung neuer Straßenzüge.

Zur Kenntnis.

(2555.) Abweisung der Kanalisierung der Klampfelberggasse.

Wird zur Kenntnis genommen, jedoch neuerlich das Ansuchen um Herstellung eines Schotterfanges beschlossen.

Über Mitteilung des **Vorsitzenden** gelangen im Bezirke zirka 36.000 Stück verschiedene aus den alten Remisen zur Verfügung stehende Pflastersteine zunächst in der Bergsteig-, Rosenstein-, Lobenhauern- und Klopstockgasse zur kurrenten Verwendung.

Über Mitteilung des **B.-R. Jretschek** wird die dringend notwendige Beistellung der noch immer fehlenden Einrichtung für die Freiwillige Feuerwehr in Dornbach beim Magistrate anzufuchen, beschlossen.

Desgleichen wird die Umgestaltung des Pissoirs auf der Dornbacherstraße als notwendig anerkannt und dementsprechend beim Magistrate angefordert.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 26. September 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler**.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der am 1. September 1904 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der **Vorsitzende** gibt Aufklärungen über den Stand der Angelegenheit, betreffend die Übernahme von zur Rosental-Realität gehörigen Straßengründen in das Eigentum der Gemeinde. Diese, sowie die Mitteilung darüber, daß das Übereinkommen der Gemeinde mit der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft seitens des Eisenbahnministeriums noch immer nicht erledigt sei, wird zur Kenntnis genommen; desgleichen die Aufklärungen über den Stand der Angelegenheit, betreffend die Eröffnung der verlängerten Oberzellergasse.

Einlauf.

Note der Magistrats-Abteilung XVII über die Errichtung eines Einspanner-Standplatzes am Heumarkte, vor den Häusern III., Lagergasse 2 und 4.

Zur Kenntnis.

Mitteilung der Magistrats-Abteilung V, daß der Gemeinderat von der Herstellung einer Geleiseanlage entlang dem Bahnhofe Hauptzollamt unter gleichzeitiger Herstellung von stadtfertigen Einbindungen abgesehen und verfügt hat, daß die Straßenbahnwagen der Lastenstraßenlinie von der Hinteren Zollamtstraße über die Invalidenstraße in die Marxergasse einzuleiten und sodann über die Ringstraße und Landstraße Hauptstraße in die ursprüngliche Richtung überzuführen seien.

Zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** knüpft an die Verlesung die Mitteilung, daß durch die Stattgebung der von der Bezirksvertretung ausgegangenen diesbezüglichen Anregung der Gemeinde Kosten in der Höhe von ungefähr 60.000 K erspart worden sind.

B.-B. Spitaler berichtet sodann über das Ergebnis einer am 17. September 1904 im niederösterreichischen Landhause über die Frage der Erbauung einer dritten, für den Wagenverkehr bestimmten Brücke über die Donau stattgefundenen Besprechung, an welcher Vertreter des Staates, des Landes, der Stadt Wien und der jenseits der Donau gelegenen, an dem Projekte interessierten Gemeinden teilgenommen haben.

Die Mitteilung des Redners, daß sämtliche Teilnehmer einstimmig die Notwendigkeit der Erbauung einer dritten Brücke über die Donau betont haben, wird mit Beifall zur Kenntnis genommen.

Der **Vorsitzende** gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr die Verwirklichung dieses Projektes, welches nicht nur für die beteiligten Gemeinden des Marchfeldes, sondern auch für die Stadt Wien und insbesondere für die Bezirke Landstraße, Simmering und Favoriten unschätzbare Vorteile im Gefolge haben werde, in absehbarer Zeit zu erwarten sei.

Zahl 3908 betrifft das Ersuchen der Magistrats-Abteilung XIX aus der in der Zeit vom 23. bis 30. September zur Einsicht auf liegenden Urliste der Geschwornen 350 Personen namhaft zu machen, welche für das Amt eines Geschwornen vorzüglich geeignet erscheinen.

Der **Vorsitzende** ersucht die Bezirksräte, ihm bei der Durchführung dieser Angelegenheit behilflich zu sein.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

(IX. Gemeindebezirk, Alsergrund.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom **30. September 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Josef Stary.**

Zu Beginn der Sitzung widmet der **Vorsitzende** dem verstorbenen **V.-R. Franz König** einen warm empfundenen Nachruf, welcher von den Versammelten zum Zeichen der Teilnahme stehend angehört wird.

Einlauf.

(1583.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten wegen Erlassung eines Verbotes des Herumlauftens von Hunden auf Marktplätzen.

Zustimmung.

(1716.) Antrag der Bezirksvertretung Meidling wegen Anlagen von Tunnels in neuen Straßenzügen behufs Unterbringung der im Straßenkörper liegenden Leitungen und anderen Objekte.

Übergang zur Tagesordnung.

(1877.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten wegen Vorkehrungen gegen Messerhelden.

Zustimmung.

(1941.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten wegen Einschränkung des Warenausträumens.

Zustimmung.

(1942.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten wegen Erlassung eines Verbotes, betreffend den Verkauf von Schleudergummi und Knallpräparaten an Kinder.

Angenommen mit der Erweiterung, daß der Verkauf dieser Artikel nicht nur an Kinder, sondern überhaupt zu verbieten sei.

(1943.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße wegen Abrechnung von Platzzinsen als Passposten bei Bemessung der Hauszinssteuer.

Zustimmung.

Anträge.

Antrag des **B.-B. Siller**, es möge der Baukonzess für Neubauten nur dann erteilt werden, wenn für genügend große und allen hygienischen Anforderungen entsprechende Hausbesorger- und Dienstbotenwohnungen vorgesorgt und dieselben auch in den Plänen ersichtlich sind.

Angenommen.

Antrag des **B.-B. Fürtlinger**, betreffend die Pflasterung der Seitengasse zwischen Rußdorferstraße und Sobieskigasse.

Die Einstellung der hierfür erforderlichen Summe in das Präliminare pro 1905 wird seitens des **Vorsitzenden** zugesagt.

Antrag des **B.-B. Kreiser** und Genossen, es möge veranlaßt werden, daß auch bei den Weimägen der städtischen Straßenbahnen wie bei den Motorwägen die Signallaternen nicht wie jetzt üblich am unteren Rande des Wagendaches, sondern oberhalb desselben angebracht werden.

Angenommen.

Anfragen und Wünsche.

B.-B. Pelzer ersucht um Anbringung von Orientierungsnummern im neu errichteten Teile der Michelbeurgasse.

B.-B. Melcher ersucht den Vorsteher, zu veranlassen, daß die Einladungen zu Kommissionen, insbesondere zu Bau-Kommissionen, stets derart rechtzeitig erfolgen sollen, daß die Zustellung derselben an die Mitglieder der Bezirksvertretung längstens 24 Stunden vor der Kommission noch möglich ist.

Der **Vorsitzende** sagt dies zu.

Schluß der Sitzung.

(V. Gemeindebezirk, Margareten.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom **3. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Josef Schwarz.**

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit eröffnet der **Vorsitzende** die Sitzung.

Schriftführer Kanzleiter **Dr. Karl Friedrich Büsch** verliest das Protokoll der letzten Sitzung.

Mitteilungen.

(3492.) Magistrats-Abteilung XIII 5119/04, ddo. 26. September 1904. Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat die Auflassung des bisher von Pfründnern bewohnten Teiles des **Susanna Bachmann'schen** Stiftungshauses im V. Bezirke, Pilgramgasse 3, als Grundarmenhaus und die ausschließliche Benützung desselben als Zinshaus stiftungsbehördlich genehmigt.

Zur Kenntnis.

(3208.) Magistrats-Abteilung III 4577/04, ddo. 10. September 1904. Der Stadtrat hat mit Beschluß vom 24. August 1904, **Z. 10872**, das Detailprojekt für die Herstellung eines eisernen Einfriedungsgitters auf Granitsockeln für die Gartenanlage auf dem Hundsturmplatz genehmigt.

Zur Kenntnis.

(3496.) Mehrere Hauseigentümer und Gewerbetreibende in der Bahngasse ersuchen um endliche Regulierung und Eröffnung der in drei Teile geteilten Bahngasse.

Diese Petition wird einstimmig befürwortet und an den Magistrat zur Amtshandlung gewiesen.

(3261.) Magistrats-Abteilung VI 734/04, ddo. 16. September 1904. Der Stadtrat hat über Ersuchen der Bezirksvorstehung Margareten mit Beschluß vom 3. Juni 1904, Z. 7051, die Asphaltierung des Siebenbrunnenplatzes genehmigt.

Zur Kenntnis.

(3215.) Magistrats-Abteilung VI 2887/04, ddo. 14. September 1904. Zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 9. September 1904, Z. 11101, wurde für den V. Bezirk pro 1904 ausnahmsweise die Anschaffung von 2500 m³ Gebirgsschotter über das pro 1904 präliminierte Quantum bewilligt und zugleich für die hiedurch erwachsenden Kosten ein Zuschußkredit von 19.000 K genehmigt.

Zur Kenntnis.

(3438.) Zuschrift der Genossenschaft der Spirituosenschenker in Wien, worin ersucht wird, Gesuche von Kaffeeschenkern um Konzessions-erweiterung auf die Verabreichung von Rum und Kognak als Beigabe zu Tee und Kaffee wegen des zu befürchtenden unbefugten Ausschankes von Spirituosen nicht zu befürworten.

Zur Kenntnis.

B.-F. Schwarz teilt mit, daß der Ball des V. Bezirkes am 26. Jänner 1905 in Weigl's Katharinen-Festhalle abgehalten wird

Zur Kenntnis.

Anträge.

(3178.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße vom 1. September 1904, Z. 3801 es sei zu erwirken, daß die für die Anbringung von Radabweisern und Herstellung von Einwurfsöffnungen an die Gemeinde zu entrichtenden Anerkennungsgebühren bei Bemessung der Hauszinssteuer als eine Passivpost von dem Bruttozins in Abrechnung gebracht werden.

Anschluß einstimmig beschlossen.

(3489.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten vom 26. September 1904, Z. 4112, die Straßenaufseher mit Regenmänteln zu versehen.

Einstimmig zugestimmt.

(3497.) **B.-F.-St. Porzer** stellt den Dringlichkeits-Antrag, zur Erzielung einer gleichmäßigen Herstellung und Pflege der ungepflasterten Straßen Wiens ein Zentral-Straßenbau-Inspektorat zu schaffen.

Einstimmig angenommen.

(3498.) **Derselbe** stellt den Dringlichkeits-Antrag, zu erwirken, daß in dem höchst sanitätswidrigen und haufälligen Hause Nr. 80 der Schönbrunnerstraße der Handel mit Lebensmitteln aus sanitätspolizeilichen Gründen sofort eingestellt werde.

Einstimmig angenommen.

(3499.) **Derselbe** stellt den Antrag, den Heu- und Strohmarkt im V. Bezirke (derzeit bei der ehemaligen Magleinsdorferlinie), entweder ganz aufzulassen oder doch an einen geeigneteren Platz zu verlegen.

Einstimmig angenommen.

(3590.) **Derselbe** beantragt die Entfernung des Pissoirs Ecke Margareten- und Reinprechtsdorferstraße aus sanitären Gründen und überreicht eine diesbezügliche Petition von Einwohnern dieser Gegend mit 80 Unterschriften.

Angenommen.

(3379.) Magistratisches Bezirksamt V, 30036/04, betreffend Neunummerierung des Siebenbrunnenplatzes und Ummummerierung des oberen Teiles der Siebenbrunnengasse.

Nach längerer Debatte wird folgender Antrag des **B.-F. Schwarz** einstimmig angenommen:

„Die Bezirksvertretung erklärt sich mit der Neunummerierung des Siebenbrunnenplatzes einverstanden, spricht sich jedoch ganz entschieden gegen die beabsichtigte Ummummerierung des oberen Teiles der Siebenbrunnengasse aus und beantragt, die Nummerierung der Häuser dieser Gasse von Dr.-Nr. 55 bis 75 und Dr.-Nr. 54 bis 74 unverändert zu belassen, nur die Dr.-Nr. 47, 49, 51 und 53 zu entfernen und durch die neue Bezeichnung Dr.-Nr. 1, 2, 3 und 4 zu ersetzen. Gegen die Ummummerierung der Brandmahergasse ist nichts einzuwenden, da ja nur die Häuser Dr.-Nr. 4 und 4a in Betracht kommen. Das Gleiche gilt vom Hause Dr.-Nr. 25 Kohlgaße.“

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 2. bis 8. Oktober 1904.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	276.784 kg	Und zwar aus:	
		Wien	223.937 kg
		dem sonst. Niederösterreich	12.304 "
		Oberösterreich	306 "
		Steiermark	3.226 "
		Mähren	3.972 "
		Galizien	27.346 "
		Ungarn	1.363 "
		Bukowina	619 "
		Kroatien	60 "
		Serbien	3.651 "
Kalbfleisch	9.313 "	Und zwar aus:	
		Wien	3.647 kg
		dem sonst. Niederösterreich	109 "
		Mähren	183 "
		Galizien	5.246 "
		Ungarn	16 "
		Bukowina	112 "
Schafffleisch	27.329 "	Und zwar aus:	
		Wien	70 kg
		dem sonst. Niederösterreich	30 "
		Mähren	88 "
		Galizien	21.942 "
		Ungarn	85 "
		Bukowina	5.114 "
Schweinefleisch	148.801 "	Und zwar aus:	
		Wien	71.235 kg
		dem sonst. Niederösterreich	4.575 "
		Oberösterreich	94 "
		Böhmen	318 "
		Mähren	6.407 "
		Galizien	55.074 "
		Ungarn	9.267 "
		Bukowina	214 "
		Kroatien	1.617 "

Rälber	1.677 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	456 St.
		dem sonst. Niederösterreich	19 "
		Oberösterreich	1 "
		Mähren	112 "
		Galizien	1.075 "
		Ungarn	14 "
Schafe	348 "	Und zwar aus:	
		Wien	154 St.
		dem sonst. Niederösterreich	40 "
		Mähren	3 "
		Galizien	74 "
		Ungarn	77 "
Schweine	480 "	Und zwar aus:	
		Wien	165 St.
		dem sonst. Niederösterreich	11 "
		Mähren	28 "
		Galizien	263 "
		Ungarn	13 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	} Siedfleisch von K —54 bis 1·32 per Kg. Kostbraten u. Nieren " " 1·20 " 2— " "
Kalbfleisch	
Schafffleisch	" " —50 " 1·12 " "
Schweinefleisch	" " 1— " 1·70 " "
Rälber	" " —76 " 1·28 " "
Schafe	" " —60 " 1— " "
Schweine	" " —92 " 1·28 " "

Die Zufuhr an Fleischwaren war schwächer. Rindfleisch war um 4 bis 12 h per Kilogramm billiger. Schweine und Schweinefleisch gingen um 4 bis 8 h per Kilogramm zurück. Sämtliche übrigen Fleischwaren blieben unverändert.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 10. Oktober 1904.

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 8. Oktober 1904).

1. Gesamtauftrieb: 4374 Stück, und zwar:

Mastvieh	2667 Stück
Weidevieh	644 "
Beinvieh	1063 "
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarke	126 "

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	3099 Stück	Rühe	533 Stück
Stiere	525 "	Büffel	217 "

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3312 Stück
" Galizien und der Bukowina	441 "
" dem sonstigen Österreich	621 "
" dem Auslande	— "

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von 72 bis 88 K (extrem bis 91 K)
" II. "	64 " 79 "
" III. "	54 " 68 "

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 74 bis 80 K (extrem bis 85 K)
" II. "	66 " 73 "
" III. "	60 " 65 "

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 80 bis 88 K (extrem bis 91 K)
" II. "	69 " 79 "
" III. "	60 " 68 "

Stiere von 60 bis 74 K (extrem bis 76 K)

Rühe " 60 " 74 " (extrem bis 84 K)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh von 48 bis 62 K (extrem bis — K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh von 48 bis 62 K (extrem bis — K)

Büffel " 36 " 50 " (extrem bis — K)

Beinvieh " 30 " 60 "

b) Preis per Stück.

Beinvieh von 50 bis 240 K (extrem bis — K)

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien 3389 Stück

" " " auswärts 959 "

Unverkauft blieben 26 "

Außer dem Marke, jedoch mit Berührung desselben, wurden vom 2. bis 8. Oktober 1904 für Wien angekauft 838 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 1896 Stück weniger aufgetrieben. Bei ziemlich lebhaftem Geschäftsverkehre stiegen die Preise der Primastallochsen um 2 K, die der übrigen Mastsorten um 3 bis 4 K per Meterzentner. Auch Stiere waren um 2 bis 3 K per Meterzentner teurer und nur mindeste Sorten und Beinvieh konnten die bedeutenden Preiseinbußen der Vorwoche nicht voll erreichen und betrug hier die Preissteigerung durchschnittlich nur 2 bis 3 K per Meterzentner.

* * *

Pferdemarkt vom 7. Oktober 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 541 Pferde (305 Schlachtpferde, 236 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde 120—1000 K per Stück

" Schlachtpferde 40—230 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 2. bis 8. Oktober 1904.

Niederöstr. Bergheu	von K 3·60 bis 10— per 100 kg
" Wiesenheu	6— " 8·40 " " "
Slovakisches Heu	6— " 8— " " "
Ungarisches Heu	6— " 7·60 " " "
Klee	5·80 " 10·40 " " "
Schaubstroh	4·20 " 5— " " "
"	14— " 22— per Schober.

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 2. bis 8. Oktober 1904.

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Weizengrieß	1 kg	36	48		
Nuszugmehl	"	34	48		
Mundmehl	"	32	38		
Semmelmehl	"	28	34		
Polmehl	"	22	28		
Kaiserjommel à 4 h 1 St.	3-8 bis 6-9 dkg	—	—	—	—
Mundjommel " 4 " "	5 bis 9-8 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot " 2 " "	2-3 bis 6 dkg	—	—	—	—
Weißgemischtes Brot	1 kg	21.2	36.7		
Schwarzgemischtes Brot	"	18.3	35.8		
Schwarzes Brot	"	19.0	29.7		
Erbſen, ganz	1 kg	32	50		
" gespalten	"	36	64		
Linſen	"	40	80		
Bohnen	"	32	48		
Hirſe	"	30	42		
Rollgerſte	"	40	88		
Reis	"	32	80		
Kaffee, roh	"	2.20	5.20		
" gebrannt	"	2.60	6		
Kakao	"	5.20	10.40		
Schokolade	"	2.80	10		
Tee	"	5	20		
Zucker	"	76	88		
Honig	"	1.60	3		
Bohnen, grün	1 kg	60	1.60		
Erbſen, grün, in Schoten	"	1.20	1.60		
Paradiesäpfel	"	12	40		
Kohl, grün	30 St.	80	2.40		
" 1 "	1	4	20		
Kohlrüben	30 "	80	1.60		
" 1 "	1	2	16		
Kraut, weißes	30 "	1	8		
" 1 "	1	6	30		
Salat, in Häupteln	30 "	60	3.20		
" 1 "	1	4	20		
Spinat " "	1 kg	1	1.20		
Rüben, weiß	1 St.	4	12		
" gelb	"	2	6		
" rot	"	4	12		
Sauerkraut	1 kg	24	32		
Sauere Rüben	"	20	26		
Knoblauch	"	40	68		
Zwiebel	"	14	24		
Erdäpfel, vorjährige	100 kg				
" " "	1 "				
" heurige	100 "	9	12		
" " "	1 "	10	16		
" Rippel, vorjährige	100 "				
" " " "	1 "				
" " heurige"	100 "	14	18		
" " " "	1 "	16	24		
Rindsſilz	1 kg	70	1.30		
Rindsſchmalz	"	2.20	2.80		
Schweinsſilz	"	1.44	1.72		
Schweinsſchmalz	"	1.44	1.76		
Schweinsſpeck	"	1.32	1.72		

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Unſchlitt, geſchmolzen	1 kg	90	1.20		
Milch, Voll- und Mager-	1 l	14	32		
Rahm	"	60	1.60		
Topfen	1 kg	28	68		
Butter	"	1.80	5		
Margarine	"	1.20	2		
Eier, friſche um 2 K	28-33 St.	—	—	—	—
" eingelegte um 2 K	33-40 "	—	—	—	—
Barben	1 kg		1.60		
Brachſen	"	1.20	1.60		
Forellen	"	6	11		
Hechte, lebend	"	2.40	2.80		
" tot	"	2	2.20		
Karpfen, lebend	"	1.60	2.20		
" tot	"				
Lachſe	"		12		
Schaiden	"	2.60	4		
Schille	"	1.50	3.20		
Sterlete	"	2.40	3.60		
Stoekfiſche	"				
Schellfiſche	"	60	1.30		
Weißfiſche	"	60	1.40		
Krebſe	1 St.				
Huhn, junges, gepuht	1 St.	80	1.40		
Maſthuhn, gepuht	"	1.40	2.40		
Boulevard	"	1.80	3		
" ſteir.	"	3	5		
Kapaun	"	5	6		
" ſteir.	"				
Ente	"	2.20	5		
Gans	"	4	8		
Indian	"	5	8		
Taube	"	40	80		
Faſan	1 St.	2.80	5		
Rebhuhn	"	70	2		
Wildente	"	2	2.60		
Wildgans	"	2	4		
Hase	"	2.40	4		
Hirſchfleisch	1 kg	60	1.60		
Rehfleisch	"	1	1.80		
Schwarzwild	"				

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuzug)						
	Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleisch		In den Markthallen		In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverschleißer		
	von	bis	von	bis	von	bis	
Fleischgattungen							
Rindfleisch,	vorderes	100	140	100	150	100	160
	hinteres	120	170	140	190	120	190
Kalbſchmalz		100	180	120	200	100	220
Schafffleisch		80	160	80	200	80	200
Schweinsfleisch		120	180	120	200	120	200
Pferdefleisch,	vorderes					48	72
	hinteres					56	80

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 8. Oktober 1904.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 75—82 kg) von 10 K 20 h bis 11 K 15 h			
Roggen (" " 1 " 71—76 ") " 7 " 55 " " 8 " 05 "			
Gerste (nur Futter-, Brenner und Röllgerste) . " 7 " 10 " " 9 " 75 "			
Mais " 7 " 65 " " 8 " 60 "			
Hafers " 7 " 05 " " 8 " — "			

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Griess von 16 K 30 h bis 17 K 10 h			
Weizenmehl, Wiener Type " 9 " 70 " " 17 " 10 "			
Futtermehl " 6 " 80 " " 7 " 30 "			
Roggenmehl " 8 " 20 " " 13 " 40 "			
Weizenkleie " 5 " 45 " " 5 " 90 "			
Roggenkleie " 5 " 40 " " 5 " 60 "			

(per 50 Kilogramm).

Städtisches Lagerhaus.

Vom 29. September bis 6. Oktober 1904.

Waren eingelagert	57.432	Meterzentner
" ausgelagert	49.229	"

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 17.776 Meterzentner.

Lagerstand vom 6. Oktober 1904: 408.878 Meterzentner, und zwar:

23.002 Meterzentner Weizen,	33.489 Meterzentner Roggen
9.269 " Gerste,	167.027 " Hafer,
103.157 " Mais,	11.255 " Erbsen,
23.213 " Mehl u. Kleie,	894 " Linsen,
614 " Zucker,	5.610 " Wein,
2.704 Hektoliter à 100% Spiritus.	

Der Versicherungswert dieser Waren stellte sich auf 7.705.490 K.

* * *

Vom 1. bis 30. September 1904.

Waren eingelagert	266.366	Meterzentner
" ausgelagert	176.737	"

Der Lagerstand betrug am 30. September 1904:

399.197 Meterzentner im Versicherungswerte von 7.509.730 K gegen 216.118 " " " " 3.750.830 " in der gleichen Zeit des Vorjahres. Darunter waren:

20.226 Meterzentner Weizen	gegen 15.369
34.399 " Roggen	51.223
10.224 " Gerste	17.079
146.831 " Hafer	53.348
114.112 " Mais	30.206
619 " Linsen	—
12.028 " Erbsen	7.035
24.003 " Mehl und Kleie	8.224
5.317 " Wein	2.864
516 " Zucker	28 und
2.968 Hektoliter à 100% Spiritus	1.466 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monats September 1904 bezifferte sich auf 17.724 q; es wurden 32 Lager Scheine ausgegeben und keine Lombardierung in die Lagerbücher vorgemerkt.

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

XV., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Übersicht über die Vermittlungstätigkeit des Amtes vom 30. September bis 6. Oktober 1904.

Vorgemerkt wurden:

Arbeitsuchende	2037
Dienstuchende	2851
Lehrstellenuchende	46

Zusammen . 4934

Angemeldet wurden:

Arbeitsposten	1642
Dienstplätze	2234
Lehrstellen	98

Zusammen . 3974

Vermittelt wurden:

Arbeitsuchende	1561
Dienstuchende	2292
Lehrlinge	37

Zusammen . 3890

Gefucht werden im städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamte XV., Neubaugürtel 38, Arbeiter und Arbeiterinnen in nachfolgenden Berufsarten:

Für Männerarbeit:

Hammer Schmied auf Hacken (auswärts), Messerschmiede, Aufstergürtler, Elektromonteur, Silberarbeiter auf Tulaarbeit, junger Gold- und Silberarbeiter (auswärts), 20 Binder (auswärts), mehrere Tischler für Buchenbetten und gefehlte polierte Möbel, mehrere Tischler für Bau und Möbel (auswärts), Tischler für photographische Apparate, Billard, Sessel und Sitzmöbel (auswärts), Posamentierer (auswärts), 2 Kürschner (Kappenmacher), 2 Wagenlackierer (Wien und auswärts), 20 Bau- und Galanterie- spengler (Wien und auswärts), 30 Glaser (Wien und auswärts), 4 Glaschleifer (Wien und auswärts), 4 Marmorchleifer (Wien und auswärts), 1 Hafner, Ofensetzer und Former (auswärts), 1 Blechlackierer.

Für Frauenarbeit:

Kartonagearbeiterinnen, Buchbinderinnen, 1 Goldketten- schleiferin, Goldprägerinnen, Maschinstrickerinnen, 1 Silberpoliererin.

Baubewegung

vom 6. bis 10. Oktober 1904.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

XII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Wienerbergstraße 6, von Josef Münster no. Josef Seemann, Bauführer J. Münster (36424).

XIII. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Penzing, Einl.-Z. 1194, 1197, von Moritz Groß, Bauführer Wilh. Klingenberg (37121).

Zubauten.

- II. Bezirk: Niegelwandbau, Am großen Bruchhaußen, Parzelle 2705, von Johann Seidl, Bauführer F. Schumayer (6853).
- VII. Bezirk: Kaiserstraße 79, von Heinrich Weiß, Bauführer F. Müller (6839).
- " " Eisgrube, Kirchengasse 18/20, von Josef Köckes, Bauführer J. Krašny (6854).
- X. Bezirk: Siccardsburggasse 83, von Moriz und Emilie Hafner, Bauführer Johann Kernast (61768).
- XIII. Bezirk: Glashaus, Hütteldorf, Einl.-Z. 127, von Hermann Ritter v. Meischka, Bauführer Johann Wolf (36578).
- " " Glashaus, Ober-St. Veit, Konstr.-Nr. 175, von Josef Brozka, Bauführer Anton Triltsam (36579).
- " " Gassentratt, Penzing, Einl.-Z. 574, von Sophie Staud, Bauführer Heinrich Staud (36708).

Adaptierungen.

- I. Bezirk: Seilergasse 16, von Adalbert Fehrl, Maurermeister (6842).
- " " Franziskanerplatz 6, von J. Helmreich, Baumeister (6892).
- IV. Bezirk: Brahmplatz 7, von E. Gödrich, Baumeister (6855).
- " " Schwindgasse 5/7, von Em. Kamenicky, Baumeister (6800).
- VI. Bezirk: Stumpergasse 52, von F. Nowatschek, Maurermeister (6859).
- VII. Bezirk: Neubaugasse 72, von Salomon Perex, Bauführer A. Schwarz (6847).
- " " Zieglergasse 25, von Joh. Meindl, Maurermeister (6857).
- VIII. Bezirk: Trautjohngasse 2, von Eugen Richter, Bauführer Th. Kazda (6838).
- X. Bezirk: Duellengasse 111, von Johann Dastl, ebenda, Bauführer Johann Schweiger (64608).
- " " Waldgasse 28, von Ignaz Leisner, ebenda, Bauführer Josef Hable (65230).
- " " Stendelgasse 17, von Ed. Wagner, ebenda, Bauführer Josef Hable (65842).
- XI. Bezirk: Pfarrkirche, Simmering, Kobelgasse, vom Pfarramt Simmering, Bauführer Johann Schneider's Witwe (19620).
- XII. Bezirk: Murlingergasse 53, von Karl Granner, Bauführer Josef Hartl (36333).
- XIII. Bezirk: Breitensee, Riemayergasse 6, von Barbara Bozat, Bauführer Barak & Cjada (36723).
- " " Fiebing, Einl.-Z. 361, 363, von Johann Palm, Bauführer Fröhlich & Schrott (37087).
- XIV. Bezirk: Kellinggasse 2, von J. Berger (40224).
- " " Märzstraße 87, von Franz Sidler, Bauführer Josef Seichert (39226).
- XVI. Bezirk: Friedrich Kaiserergasse 22, von Moriz Kuffner, Bauführer Otmav Nowak (63942).
- " " Hasnerstraße 127, vom Ersten Wiener Konsumvereine, Bauführer Adolf Jwerina (63281).
- XIX. Bezirk: Siebingerstraße 87, von Eduard Steiner (22116).
- XX. Bezirk: Karajangasse 21, von Albert Schoppf, Bauführer A. Simona (6863).
- " " Jägerstraße 111, von Gustav Ludwig, Bauführer Kliment & Krašny (6890).

Diverse (geringere) Bauten.

- III. Bezirk: Rauchfang, Schützengasse 9, von Charlotte Weiß, Bauführer Andreas Gishammer (6829).
- VII. Bezirk: Trockenanlage, Kaiserstraße 79, von Heinrich Weiß, Bauführer F. Müller (6840).
- " " Waschküche, Mariahilferstraße 46, von Laske & Fiala, Baumeister (6849).
- IX. Bezirk: Kanal, Pramergasse 4, von A. Jakobi, ebenda (6850).
- X. Bezirk: Leibnitzgasse 3, von Franz Filip, ebenda, Bauführer Franz Summerauer (65841).
- XII. Bezirk: Anbringung zweier Erker, Werthenburggasse 3, von Anton Mahner, Bauführer Josef Münster (36425).
- " " Ebenerdiger Hoftrakt, Ställe zc., Gatterholzgasse 10, Einl.-Z. 413, von Karl Taschner, Bauführer Johann Renwirth (36496).
- XIII. Bezirk: Steingrohrkanal, Ober-St. Veit, Titlgasse 6, von Samuel und Eugenie Hoffmann, Bauführer Franz Nowotny (36549).
- " " Steingrohrkanal, Ober-St. Veit, Titlgasse 4, von Rudolf Riedel, Bauführer Franz Nowotny (36550).
- XIV. Bezirk: Hammerlegasse 54, von A. Greger, Bauführer Ludwig Gussenbauer (63185).
- XIX. Bezirk: Einfriedigungsmauer und Hauskavalisation, Scheibengasse 19, von Edgar und Marie Lewis (21893).
- " " Stallzubau samt Schuppen, Krotenbachstraße 31, von Eduard Jamisch (22090).

Stoßwerkaufschungen.

- II. Bezirk: Handelskai 92, von Silberstern & Söhne, Bauführer A. Simona (6827).
- XIV. Bezirk: Vereiragasse 14, von Johann und Regina Fröhlich, Bauführer Johann Stättermayer (39368).

Renovierungen mittelst Hängegerüsten, Leitern zc.

- XIV. Bezirk: Suezgasse 10, von Alois Rabas (3422).
- Dreihangasse 14, von Leopold Ettmayer (3444).
- XV. Bezirk: Tellgasse 13, von F. Bachhaus (3027).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

- II. Bezirk: Engerthstraße 13/14, Einl.-Z. 2648, von Schuchart & Schütte, VII., Breitegasse 17 (6844).
- " " Eitenbrunnengasse 2, von Wilhelm Wohlmeier, IX., Althangasse 17 (6858).
- " " Engerthstraße, Ecke des Santa Luciaplatzes, Einl.-Z. 4380/81 und 4399, von Klebinder & Deizner, I., Fleischmarkt 12 (6898).
- VIII. Bezirk: Venuogasse 15, Landongasse 56, von Nikolaus Rieß (6866).
- X. Bezirk: Vorderer Südbahnstraße 21/22, von Adolf Freiherrn v. Pittel (64981).
- " " Vorderer Südbahnstraße 16, von Singer & Krauß (65063).
- XII. Bezirk: Einl.-Z. 403, 404, 405, Kat.-Parz. 232/31, 232/32, 232/33, Altmannsdorf, Oswaldgasse, von Marie Söchtig (36426).
- " " Einl.-Z. 1276, Unter-Meidling, Schwentlgasse 25, von Alois Pichler und Johann Lischka (36455).
- XIII. Bezirk: Ober-St. Veit, Einl.-Z. 741, von Ludwig Hartmann (37086).
- XVI. Bezirk: Einl.-Z. 3063, Kat.-Parz. 2975, Ottafiring, von Julius Frankl, I., Opernring 3 (63943).

Demolierungsanzeigen.

- VI. Bezirk: Weggasse 4, von E. Gödrich, Baumeister (6856).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

- Mag.-Abt. VI, Z. 2765.
6. Oktober 1904.
- Beistellung des Rabsfuhrwerkes zur Schneefahrt für die Winterperiode 1904/05.
- 2. und 3. Sektion.
Kraja Franz, Dračka Florian, Schill Karl und Fiala Theodor — Nachlaß 2%.
 - 3. Sektion.
Sterchele Therese — Maximalpreise.
 - 8. Sektion.
Spiller Paul und Valente Domenico — Nachlaß 6%.
 - Polese Angelo, Panozzo Albino, Frigo Angelo und Panozzo Johann — Nachlaß 5%.
 - 4. Sektion.
Polese Angelo, Panozzo Albino, Frigo Angelo und Panozzo Johann — Nachlaß 1%.
 - 8. Sektion.
Polese Angelo — Nachlaß 4%.
 - 6. Sektion.
Frigo Jakob — Maximalpreise.
 - 7. Sektion.
Panozzo Jakob — Maximalpreise.
 - 1. Sektion.
Lovato Pietro & Josef — Maximalpreise.

* * *

Mag.-Abt. III, Z. 5105.

8. Oktober 1904.

Erdlieferungen für die Baumpflanzung in der Kaiser Josefstraße im II. Bezirke.

Wanko Michael	— Gartenerde 3 K 10 h per Kubikmeter. Ackererde 2 K 55 h per Kubikmeter. Aushubmateriale 1 K 60 h per Kubikmeter.
Reuther Hermann	— Gartenerde 4 K 80 h per 1.5 m ³ . Ackererde 3 K 90 h per 1.5 m ³ . Aushubmateriale 2 K 80 h per 1.5 m ³ .

* * *

Mag.-Abt. XV, Z. 5522.

10. Oktober 1904.

Bergebung der Stukaturarbeiten für den Schulbau III., Dietrichgasse.

Hauschulz Ludwig	— Nachlaß 14%.
Wapenit Franz	— Nachlaß 15%.

Regiearbeiten zu den Einheitspreisen.

* * *

Mag.-Abt. VII, Z. 1202.

10. Oktober 1904.

Neubau eines Hauptkanals in der Hühnergasse von der Messerschmid- bis zur Grundgasse im XVIII. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 2484 K 50 h.

Sikora Adolf	— Aufzahlung 9.5% gegen Verwendung von Romanzement der Marke Steinschall in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 78 kg per Hektoliter und von Schlackenzement der Marke Königshof in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
--------------	---

* * *

II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen.**Neubau eines Hauptkanals in der Hühnergasse zwischen Messerschmid- und Grundgasse im XVIII. Bezirke.**

Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.

Sikora Adolf	— Aufzahlung 9.5% gegen Verwendung von Romanzement der Marke Steinschall in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 78 kg per Hektoliter und von Schlackenzement der Marke Königshof in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
--------------	---

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

4. Oktober 1904.

(Fortsetzung.)

Weichenheim Karl	— Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIII, Baumgartenstraße 9.
Weinstock Elias	— Gemischtwaren-Verschleiß — I, Judengasse 14.
Wildner Wenzel	— Pachtweiser Betrieb der dem Anton Augustin gehörigen Gast- und Schankgerechtigkeit (§ 16, lit. b, c und g G.-D.) — XV, Burggasse 121.
Wittmayer Sime Meisel, geb. Baumgarten	— Übernahme von Wäsche zum Putzen — II, Kleine Schiffgasse 30.
Wymlatil Leopoldine, geb. Lunshorny	— Gemischtwaren-Verschleiß — II, Große Schiffgasse 21.
Zdura Johann	— Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G.-D.) — XV, Kranzgasse 24.

* * *

5. Oktober 1904.

Andoßel Johann — Kaffianenbratergewerbe — II, Kronprinz Rudolfstraße 54, Ecke Erzherzog Karlplatz.

Balan Abraham — Naturblumen-Verschleiß — VI, Gumpendorferstraße 63.

Bauer Raimund — Gastwirts-gewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Speisen, zum Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und zur Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — III, Hainburgerstraße 56.

Bley Josef — Fleisch-Verschleiß — VI, Stumpergasse 50.

Brozda Bohuslav — Beherbergung von Fremden, Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen — VI, Mariahilferstraße 15.

Brod Giuseppe — Fabrikmäßige Erzeugung von geleimten Bändern — XIV, Nobilgasse 23.

Cetinshy Matthias — Braten von Kaffianen, Äpfeln und Erdäpfeln — II, Untere Augartenstraße 10, Ecke Kleine Schiffgasse.

Cintl Eduard — Kleinhandel mit Brennmaterialien — II, Untere Augartenstraße 25.

Dailey Karl — Privatlehranstalt für Maschinenschreiben — VI, Mariahilferstraße 1 c.

Davidel Anton — Schuhmachergewerbe (Filiale) — XIV, Prechtinggasse 34.

Elmer Josef Bernhard — Tapezierergewerbe — II, Adamberggasse 8.

Fiala Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — II, Hammer-Burggasse 1.

Fischer Karl — Friseur- und Rasierergewerbe — III, Hegergasse 13.

Florian Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV, Heindlegasse 2.

Franz Marie — Kleidermachergewerbe — VI, Windmühlgasse 49.

Friedmann Jacques — Zahntechniker-gewerbe — VI, Stumpergasse 1.

Firma: Friedmann & Komp.; Otto Ezedik, Freiherr v. Brünksberg und Ehenberg, Artur Friedmann — Handel mit Webwaren und einschlägigen Artikeln, sowie mit den bezüglichen Rohmaterialien — VI, Magdalenenstraße 24.

Geißler Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV, Herklotzgasse 12.

Grenat Julie — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VI, Müllbäckergasse 2.

Graß Arnold — Schlossergewerbe — VI, Bürgerhospitalgasse 30.

Haider Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — II, Czerningasse 6.

Hertöla Josef — Schlossergewerbe — XIV, Kardinal Rauscherplatz 6.

Hirsch Josef — Leder-Verschleiß — II, Untere Donaustraße 9.

Hirth Pauline — Bittualien-Verschleiß — VI, Schmalzhofgasse 21.

Hochmeister Antonia — Privatlehranstalt für Weißnäherei — III, Hauptstraße 81.

Hoyer Marie — Randiten-Verschleiß — XIV, Hütteldorferstraße 99.

Hütter August — Schuhmacher — II, Leopoldsgasse 9.

Janik Johann — Schuhmacher (Filiale) — II, Schmelzgasse 14.

Kugler Josefa — Modistengewerbe — VI, Gumpendorferstraße 14.

Kretel Otto — Kleidermachergewerbe — XIV, Karmeliterhofgasse 7.

Kinkowitsch Franz — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — VI, Kollergasse 6.

Kodritsch Rudolf Franz — Übernahme zum chemischen Putzen — VI, Millergasse 15.

Klinker Paul — Friseur- und Rasierergewerbe — XIV, Brauhirschengasse 24.

Neumann Sandor — Glaschleifergewerbe — II, Große Pfarrgasse 21.

Pischinger L. & Sohn Nachfolger, Alleininhaber Bertold Alina — Fabrikmäßige Erzeugung von Schokolade und Zuckerwaren — VI, Stiegen-gasse 8/10.

Plott Josef — Pachtung der der Theresia Janisch gehörigen Gast- und Schankgewerbe-Konzession — VI, Windmühlgasse 23/27.

Lesak Gabriel — Tischlergewerbe (Filiale) — XV, Herklotzgasse 14.

Prchlik Adolf — Ausübung des Patentes Nr. 14996 — X, Gubrunstraße 171.

Privitza Vinzenz — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — Hütteldorferstraße 109.

Recherl Rosalia — Photographengewerbe (Filiale) — II, Praterstraße 52.

Reisz Theresia Rosa, geb. Oblatt — Gemischtwaren-Verschleiß — II, Taborstraße 45.

Schachenhofer Karl — Fleischhauergewerbe — VI, Markthallen, Zelle Nr. 105/106.

Schaffer Regine — Chemische Putzerei und Färberei — II, Kleine Pfarrgasse 4.

Scheba Karl — Kleidermachergewerbe — XIV, Stättermayergasse 15.

Schönwald Salomon — Gewerbmäßige Herstellung von Anlagen für Zwecke der elektrischen Beleuchtung und Kraftübertragung — II, Praterstraße 9.

Schwaiger Elisabeth — Marktviertel-Verschleiß — II, Markt Zum Werb.

Silberling Karl — Konzession zur gewerbmäßigen Herstellung und zum Betriebe von Anlagen zur Erzeugung und Leitung von Elektrizität zu Zwecken der Beleuchtung, der Kraftübertragung und sonstiger gewerblicher und häuslicher Anwendung — VI, Bürgerhospitalgasse 13.

Singer Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — II, Praterstraße 52.

Stoma Gerson — Handelsagent — II, Casellezgasse 14.

Stier Gisela — Privatschule für Klavierspiel — X., Erlachplatz 1.
 Eugendlam Ferdinand — Trödler-Konzeßion — XV., Neubaugürtel 2.
 Wolland Karl — Vereinskassier — XIV., Sechshauerstraße 47.
 Bytopol Franz — Drechslergewerbe — XIV., Pouthongasse 5.
 Weinzeßel Paul — Schuhmacher — II., Ruppiggasse 10.
 Wlezel Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß von Lebensmitteln — XIV., Felberstraße 104 a.
 Zita Anton — Kleidermachergewerbe — XIV., Benedikt Schellinger-gasse 10.

* * *

6. Oktober 1904.

Baumgartner Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIV., Ullmannstraße 45.
 Baumgartner Karl — Uhrmachergewerbe (Filiale) — XII., Weidlinger Hauptstraße 72.
 Brunner Moritz — Pantoffel-Erzeugung — XVI., Friedrich Kaiser-gasse 37.
 Cintula Marie — Heilbieten von Obst, Gemüse und Blumen im Umher-ziehen im Gemeindegebiete von Wien exklusive t. t. Prater — V., Nagleins-dorferstraße 38.
 Dubinský Adelheid, geb. Jantsky — Pferdefleisch- und Pferdefleisch-fisch-waren-Verschleiß — XVI., Habergasse 37.
 Egger R. v. Nollwald Rudolf Friedrich — Erzeugung von Isolier-material — XVI., Rosseggergasse 16.
 Felsleitner Michael — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Wurlitzergasse 28.
 Fleck Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Kopp-straße 62.
 Füssel Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Habergasse 10.
 Gregorió Matthias — Kastanien-, Apfel- und Erdäpfelbratergewerbe — V., Arbeitergasse, vor der Ecke des Hauses Nr. 32.
 Grüneis Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Weidlinger Haupt-straße 66.
 Hartmann Gustav — Rasier- und Friseurgewerbe (Filiale) — XII., Pohlstraße 34.
 Heine Hedwig Elisabeth — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b, c und f G. D. — XII., Eichenstraße 36.
 Herzog Pauline — Marktvirtualien-Verschleiß (Filiale) — XVI., Oppen-platz, Markt.
 Hirschschläger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Thaliastraße 96.
 Hoffmann Aloisia — Wäschepuderei — XVI., Habergasse 45.
 Hofmann Viktor — Tuchhandel — XVI., Ottatringersstraße 32.
 Horina Marie, geb. Plavec — Fragnergewerbe — XVI., Gaußacher-gasse 39.
 Jkovicz Marie — Geflügelhandel (Filiale) — XII., Schönbrunner-straße 282.
 Kleiber Hermine, geb. Kirchofer — Pachtweiser Betrieb des Gast- und Schankgewerbes gemäß § 16, lit. b und c G. D. — XVI., Liebhartsal 353.
 Mezler & Komarek (Alleininhaber: Josef Komarek) — Fabrikmäßige Erzeugung von Nähmaschinen — V., Lustgasse 3.
 Koppitz Moritz — Fleischschlächtergewerbe — XVI., Kirchnersterngasse 34.
 Kofina Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVI., Veronita-gasse 3.
 Krai Wenzel — Schuhmacher — XVI., Neumayrgasse 12.
 Lavatsch Josefa — Wäschepuderei — V., Dichtelgasse 15.
 Leitner Auguste, geb. Augustin — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Niederhofstraße 16.
 Lipien Marie — Damenkleidermachergewerbe — XII., Ehrenfelsgasse 16.
 Magd Josef — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XII., Schön-brunnerstraße 230.
 Marek Vinzenz — Kleidermachergewerbe — XVI., Liebhartsgasse 15.
 Maschek Johann — Ziegel- und Schieferdeckergerbe — V., Dieht-gasse 43.
 Masopust Franz — Gold- und Silberarbeitergewerbe — XVI., Kopp-straße 54.
 Migl Hedwig — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Gablengasse 42.
 Möller Arnold — Handelsagentie — XVI., Beyergasse 25.
 Moritz Susanne, geb. Gödermisch — Handel mit Honig, Himbeersaft, Sirup, Eiern und Marmeladen — XII., Storchengasse 14.
 Nisterkef Karl — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XII., Raifchulgasse 31.
 Padaurek Theresia, geb. Mayer — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschen-bier — XII., Rämayergasse 20.
 Pajonnes Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Michholzgasse 5.
 Palla Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Premlechnergasse 22.
 Perlo Ignaz — Vermittlung von Wechsel-Eskomptegeßäften — XIV., Ullmannstraße 2.
 Preubinger Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchen-felderstraße 29.
 Prohazka Auguste — Damenkleidermachergewerbe — XII., Ruder-gasse 32.
 Roggenhofer Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Haymerle-gasse 22.
 Remsberger Karoline, geb. Stanel — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Breitenfurterstraße 34.

Rösch Josefa — Schuhmaschinen-Erzeugung — XVI., Bernardgasse 40.
 Schranz Anna — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XII., Breiten-furterstraße 25.
 Schuster Leopold — Konzeßion zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Likören aller Art und zur Haltung von erlaubten Spielen — VI., Millergasse 27.
 Schwarz Marie — Wäschwaren-Erzeugung — XVI., Speckbacher-gasse 27.
 Seiborski Rudolf — Photographengewerbe — XVI., Deinhartsteingasse 4.
 Seehofer Josef — Fleischschlächtergewerbe — XVI., Hasnerstraße 44.
 Strivan Hermine (Firma „Terza“, Lichtfabrik S. Strivan) — Fabriks-mäßige Erzeugung von Glühkörpern — XII., Fabriksgasse 17.
 Stein Leo — Wäschwaren-Erzeugung — XII., Schönbrunnerstraße 249.
 Stepanek Theresie, geb. Paßl — Zuckwaren- und Kanditen-Verschleiß — XVI., Festgasse 6.
 Streit Karl — Tapezierergewerbe — V., Leitgebasse 15.
 Wagner Rudolf — Schuhmachergewerbe — XII., Röhrgasse 24.
 Wazlawik Antonia — Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten-Verschleiß — XVI., Liebhartsgasse 23.
 Weichart Adolf — Pachtbetrieb des auf dem unten bezeichneten Hause rabizierten Gast- und Schankgewerbes — V., Nagleinsdorferstraße 18.
 Zatondel Josef — Tischlergewerbe — XII., Michholzgasse 30.

* * *

7. Oktober 1904.

Amon Leopold — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. i und g G. D.) und Ausschank von Flaschenbier — X., Laxenburgerstraße 24.
 Atlas Moses — Tischlergewerbe — VII., Bernardgasse 26.
 Bachmann Hugo — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Kreuzgasse 5.
 Bamberger Moritz — Einspänner-Lizenz Nr. 950 — Betriebsort: X., Kolumbusplatz; Wohnort: X., Walbgasse 4.
 Beer Johann — Buchbinderwarenfabrikant — VII., Neustiftgasse 108.
 Bergmann Ferdinand — Schnittwaren-Verschleiß — XX., Damm-straße 15.
 Blaumoser Michael — Betrieb einer Radfahrtschule — VII., Lindengasse 35.
 Bloch Karl — Handelsagentie — VII., Kirchengasse 41.
 Blum Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — VII., Kaiser-straße 117.
 Bodenstein Viktoria — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichen-requisiten — VII., Kaiserstraße 69.
 Börner Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Flaschenbier — XI., Simmeringer Hauptstraße 50.
 Brauneis Anton — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — VII., Lerchenfelderstraße, vis-a-vis von Nr. 120 am Trottoir.
 Burgmeister Josef — Traubenhandel — IV., Kärntnerortmarkt.
 Protokollierte Firma Cornel Burkart (Leiter: Cornel Burkart) — Gemischt-waren-Verschleiß — IV., Kollschitzgasse 7.
 Ciprian Paolo — Zuckerbäckergerbe (Filiale) — VII., Siebenstern-gasse 33.
 Ciprian Paolo — Zuckerbäckergerbe (Filiale) — VII., Westbahn-straße 18.
 Coulen Friederike — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Türkenstanz-straße 13.
 Heimbacher Anton — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Arbeiter-gasse 19.
 Demel Marie — Zuckerbäckergerbe (Filiale) — VII., Mariahilfer-straße, im Warenhause A. Gerngroß.
 Doller Peter — Kohlen-Kleinverschleiß — VII., Zieglergasse 88.
 Duschek Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Seidengasse 26.
 Ehrlich Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Antonspatz 25.
 Eisenberg Samuel — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — VII., Maria-hilferstraße 22.
 Eisenecker Stephan — Kunstblumen-Erzeuger — VII., Wimberggasse 8.
 Eigenberger Marie — Obsthandel — IV., Kärntnerortmarkt.
 Ellenbogen Haim (Heinrich) — Erzeugung von Schuhwische — X., Quellengasse 121.
 Epler Anna — Fialer-Lizenz Nr. 62 — XVIII., Hildebrandgasse 23.
 Gywo Marie, v. — Pseiderei — VII., Neubaugasse 51.
 Fecht Florian, van der — Bildhauergerbe — XVIII., Hildebrand-gasse 20.
 Feischl Franziska Minna — Wäschwaren-Erzeugung — X., Laxenburger-straße 95.
 Ferenczi Leo Martin — Erzeugung von plastischer Zimmerdecoration aus Papier — IV., Klagbaumgasse 12.
 Fidla Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Grimm-gasse 3.
 Fischbach Otho, rekte Weißmann — Marktferantie — XX., Hannover-gasse 10.
 Franz Josef — Gastwirtsgerbe (temp.) — VII., Neubaugasse 69.
 Friedl Marie — Holz- und Kohlenhandel — X., Landgutgasse 45.
 Friisch Franz — Fleischhauergerbe — VII., Neustiftgasse 139.
 Frommer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Pouthongasse 12.

Gerngroß Alfred — Konzession zur Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, Haltung erlaubter Spiele ohne Billard — VII., Fündengasse 15.
 Groß Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Wiedener Hauptstraße 78.
 Groß Hans, Chef der Firma F. Kraus & Roth; Gesellschafter: Groß Hans, Profig Olga, Herbe Mirza — Handel mit Edelsteinen, Halbedelsteinen und Glassteinen — VII., Siebensterngasse 71.
 Groß Hans, Chef der Firma F. Kraus & Roth; Gesellschafter: Groß Hans, Profig Olga, Herbe Mirza — Handel mit Kunststücken — VII., Siebensterngasse 71.
 Groß Hans, Chef der Firma F. Kraus & Roth; Gesellschafter: Groß Hans, Profig Olga, Herbe Mirza — Schleiferei von Halbedelsteinen — VII., Siebensterngasse 71.
 Grün Bernhard — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Breitenfurterstraße 95.
 Grün Johanna — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — Breitenfurterstraße 95.
 Hahn Alfred — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Zieglergasse 2.
 Hedenberger Christian Leopold — Handel mit Bodertn und Tannenzapfen — X., Wielandplatz 11.
 Heider Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 64.
 Heller Adolf — Bäckereigeschäft — Betriebsort: I., Böse; Wohnort: II, Rembrandtstraße 33.
 Herzog Hermine — Zwirn- und Woll-Verschleiß — VII., Neubaugasse 26.
 Hiesberger Engelbert — Fleischaugewerbe (Filiale) — VII., Markthalle.
 Hirschler Siegmund (Firma Ferdinand Höberth's Nachfolger) — Fabriksmäßiger Betrieb des Posamentierergewerbes — VII., Burggasse 98.
 Hönzwa Franz — Wäschepulvergewerbe — XVIII., Antonigasse 11.
 Jäger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Goethegasse 3.
 Janovský Rosa — Mädchenbeherbergung — VII., Spittelberggasse 13.
 Jurša Anna — Weißnähergewerbe — VII., Stollgasse 3.
 Kamenický Adolfinie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Bandgasse 3.
 Kahl Josefina — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — VII., Ulrichsplatz 6.
 Kaffner Josef — Anführung von Gasrohr- und Wassereinleitungen — X., Jagersdorferstraße 33.
 Kae Martin — Wäschepulvergewerbe — XVIII., Theresienngasse 73.
 Kneibelsberger Wilhelm — Gastwirtsgewerbe — IV., Wehringergasse 11.
 König Konrad — Fleisch- und Sechwaren-Verschleiß — X., Triesterstraße 7.
 Kordon Leopoldine — Pseidlergewerbe — XV., Neubaugürtel 37.
 Kormos Josef — Traubenhandel — IV., Kärntnertormarkt.
 Koudelka Alfred — Herrenkleidmacher — VII., Bandgasse 33.
 Kristel Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Halbgasse 3.
 Kugel Ernestine — Gasgewerbe (Branntwein- und Zechant) — X., Favoritenstraße 125.
 Kunze Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthoferstraße 43.
 Lang Emmerich — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Lerchenfelderstraße 21.
 Lawińska Karl — Kleidmacher — XV., Henriettenplatz 7.
 Leimer Franz — Einpänner-Lizenz Nr. 749 — X., Waldgasse 4.
 Lerchl Aloisia — Fragnergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 37.
 Ludwig Richard — Maschinenbauergewerbe (Motorenfabrik) — X., Gubrunstraße 21.
 Malovec Josef — Kastanienbratergewerbe — X., Favoritenstraße, Ecke der Landgutgasse.
 Mazarek Ludwig — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, Ausschank von Flaschenbier und Haltung erlaubter Kartenspiele — XX, Dresdenerstraße 126.
 Matouschel Marie — Wäscherei und Wäschepulvererei — XI., Doppelgasse 10.
 Matoušek Franziska — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Lustlandgasse 45.
 Medak Emil — Konzession zum Ausschank gebrannter geistiger Getränke und Verabreichung von Tee — VII., Neubaugasse 15.
 Megner Adolf — Handelsagentie — XX., Wasnergasse 15.
 Menches Karl — Friseur und Rasier — X., Gubrunstraße 187.
 Mehl Moriz — Handelsagentie — VII., Stiftgasse 18.
 Mladic Melchior — Tischlermeister — X., Buchengasse 136.
 Monago Giovanni Maria — Zuderbäder — X., Lagenburgerstraße 113.
 Mrva Anton — Messerschiedgewerbe — XV., Klementinengasse 14.
 Musil Rosa — Fortbetrieb des Schuhmachergewerbes — VII., Neustiftgasse 105.
 Nettel Salomon — Kürschner — XX., Klosterneuburgerstraße 10.
 Neutinger Georg — Realitätenhandel — X., Antonplatz 3.
 Nežbeda alias Resbeda Adolf Julius — Musikergewerbe — IV., Wehringergasse 3.
 Ondraček Konrad — Schuhmachergewerbe — VII., Neustiftgasse.
 Ortenburg Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Blumen-gasse 23.
 Pammer Anna — Reproduktion von Photographien — VII., Neustiftgasse 116.

Payer Karl — Konzession zur Verabreichung von Speisen, zum Ausschank von Bier, Wein, Obstwein, Haltung erlaubter Spiele ohne Billard — VII., Landgutgasse 28.
 Petricek Paul — Fleisch-Verschleiß — XVIII., Schopenhauerstraße 34.
 Pörtl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Antonigasse 14.
 Pohnert Josefina — Damenkleidmachergewerbe — XVII., Währingergürtel 126.
 Poisk Hermine — Kanditen- und Zuderbäckerwaren-Verschleiß — XVIII., Gutzgasse 77.
 Buchowen Johann — Traubenhandel — IV., Kärntnertormarkt.
 Reida Rudolf — Tischler — XII., Grieshofgasse 6.
 Reiner Regine — Gast- und Schantgewerbe — X., Landgutgasse 41.
 Rittner Paula — Pseidlerei — XVIII., Schopenhauerstraße 50.
 Roman Michael — Schuhmacher — X., Hajengasse 5.
 Rosenthal Ludwig & Komp. (Ludwig Rosenthal, Leo Rosenthal) — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Seidengasse 15.
 Wills & Rotter (Inhaberin: Wilhelmine Rotter) — Schloßerei (fabriksmäßiger Betrieb) — X., Knollgasse 37.
 Schalovsky Franz — Fleisch-Verschleiß — VII., Markthalle, Stand 73.
 Schlager Laurenz — Konzession zur Aufstellung und Verwendung einer Ziegeldruckpresse und zweier Lithdruckschneidpressen mit der Beschränkung auf die Erzeugung von Adress- und Merkantildrucksorten, inbegriffen Preislisten und Fokturen — VII., Neustiftgasse 40.
 Schlesiinger Marika — Mechanische Strickerei mit Handbetrieb — VII., Mariahilferstraße 94.
 Dominik Schönbaumsfeld's Sohn (Alleinhaber: Johann Schönbaumsfeld) — Fabriksniederlage samt Kontor zum Hauptbetrieb der Metall- und Zwirntopf-Erzeugung in Deutsch-Benešau — VII., Kaiserstraße 68.
 Schulz Anton — Musikergewerbe — VII., Bernadgasse 31.
 Seidel Hermann (Firma: Reimer & Seidel) — Fabriksmäßige Erzeugung von Elektrizitätszählern — XVIII., Riegelgasse 4.
 Setti Alexander (Arnold Berg) — Herausgabe der periodischen Druckschrift: „Österreichische Nähmaschinen- und Fahrrad-Zeitung“ — V., Ziegelofengasse 5.
 Singer Karoline — Verkauf von Schul-, Gebetbüchern und Kalendern — VII., Burggasse 46.
 Skala Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Favoritenstraße 139.
 Solak David — Goldarbeitergewerbe — III., Untere Viaduktgasse 3.
 Stalger Peter — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVIII., Semperstraße 15, Ecke der Währingerstraße.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadttrat :	
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 28. September 1904 . . .	1921
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 29. September 1904 . . .	1929
Bezirksvertretungen:	
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom 21. September 1904	1934
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 22. September 1904	1935
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 26. September 1904	1935
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom 30. September 1904	1936
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom 3. Oktober 1904	1936
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionnement:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 2. bis 8. Oktober 1904 .	1937
Schlachtwiechmarkt vom 10. Oktober 1904	1938
Pferdemarkt vom 7. Oktober 1904	1938
Heu- und Strohmarkt vom 2. bis 8. Oktober 1904	1938
Detailpreise für Lebensmittel vom 2. bis 8. Oktober 1904	1939
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 8. Oktober 1904	1940
Städtisches Lagerhaus	1940
Arbeits- und Dienstvermittlungsamts der Stadt Wien:	
Übersicht über die Vermittlungstätigkeit vom 30. September bis 6. Oktober 1904	1940
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 6. bis 10. Oktober 1904	1940
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	1941
II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen	1942
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	1942
Kundmachungen.	
Beilage:	
Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrates pro August 1904.	

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingungen u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	O b j e k t	G e g e n s t a n d der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
17. Oktober 10 Uhr	Volkshalle im Neuen Rathause	7277	Bau einer Mädchen-Volksschule und eines städtischen Volksbades im II. Bezirke, Vereinsgasse.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Erd- und Banmeisterarbeiten 2. Hydraulische Bindemittel . . . 3. Herstellung der Beton- gewölbe 4. Lieferung der Traversen . . . 5. Stukaturerarbeiten 6. Steinmearbeiten 7. Herstellung der Khlolithfuß- böden und Hohlkehlen 8. Zimmermannsarbeiten 9. Spenglerarbeiten 10. Bautischlerarbeiten 11. Bauschlosserarbeiten 12. Anstreicherarbeiten 13. Glaserarbeiten 14. Asphaltierarbeit und Holz- zement-Eindeckung 15. Terrazzopflasterung 16. Tonwarenlieferung 17. Niederdruckdampfheizung für die Schule 18. Niederdruckdampfheizung für das Volksbad inklusive Bade- einrichtung 19. Wasserleitungs- und Klosett- einrichtung 20. Schöpfwerksanlage u. Haus- brunnen 21. Elektrische Beleuchtungsein- richtung 22. Möbeltischlerarbeiten 23. Lieferung der Schulbänke . . . 24. Lieferung der Badewäsche . . . 	<p>168.100 K — h</p> <p>5.400 " — "</p> <p>10.140 " 50 "</p> <p>21.150 " — "</p> <p>2.800 " — "</p> <p>12.600 " — "</p> <p>2.830 " — "</p> <p>16.000 " — "</p> <p>4.800 " — "</p> <p>28.000 " — "</p> <p>24.800 " — "</p> <p>4.800 " — "</p> <p>4.500 " — "</p> <p>6.100 " — "</p> <p>3.135 " — "</p> <p>17.400 " — "</p> <p>11.000 " — "</p> <p>27.000 " — "</p> <p>6.856 " 59 "</p> <p>4.600 " — "</p> <p>4.931 " 70 "</p> <p>8.650 " — "</p> <p>7.203 " — "</p> <p>6.684 " 50 "</p>

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	O b j e k t	G e g e n s t a n d der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung VI (Mag. = Sekr. Schausler, VI. Stiege, Mezzanin)	2763	—	Bespannung für die Schneepflüge des I. Bezirkes während der Winterperiode 1904/05, in soweit dieselbe nicht durch das Regiefuhrwerk der Gemeinde bewerkstelligt werden kann.	— 3—3
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag. = Rat Dr. Nüchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1046	—	Besorgung der Lieferung gußeiserner Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachdeckel im voranschätzlichen Jahresbedarfe von 5000 q, sowie von Sandtassen aus Eisenblech zu den Kanaleinsteigschächten im voranschätzlichen Jahresbedarfe von 500 Garnituren (die Bestandteile einer Garnitur Sandtassen sind in den Bedingungen aufgezählt) für sämtliche Bezirke der Gemeinde Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1907.	— Vorbemerkung: Die Mustergitter und -Deckel sowie die Muster-Sandtassen, die Pläne, Ausweise und Bedingungen können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden besichtigt, beziehungsweise eingesehen werden. — Exemplare der Bedingungen können um den Betrag von 20 h, die Pläne um den Betrag von 80 h bei der städtischen Hauptkassa bezogen werden. 3—3
17. Oktober 10 Uhr	detto	1193	Neubau eines Hauptunratskanales in der Kreithnergasse zwischen der Thalia- und Hasnerstraße im XVI. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	4076 K 13 h 1—2
18. Oktober 10 Uhr	detto	1080	Neubau eines Hauptunratskanales in der Sturzgasse zwischen der Fenzlgasse und Linzerstraße im XIII. Bezirke.	(Neuerliche Offertverhandlung) Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	3174 K 90 h 1—2
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag. = Rat Schmid- bauer, I., Wipplingerstr. 8, II. Stiege, 2. Stock)	3073	Hochquellenwasserleitung, städtisches Rohrdepot am Laaerberg im X. Bezirke.	Lieferung und Montierung eines schmiedeeisernen Einfriedungsgitters für das städtische Rohrdepot am Laaerberge.	7200 K Vorbemerkung: Bedingungen, Pläne und Kostenanschläge können in der Stadtbauamts-Abteilung VII a, I., Wipplingerstraße 8, II. Stiege, 3. Stock eingesehen werden. 1—2
20. Oktober 10 Uhr	detto	2794	Städtische Wasserleitungen.	Lieferung der Öl- und Seifensiederwaren für den Bedarf der städtischen Wasserleitungen in den Jahren 1905 bis 1907.	— Vorbemerkung: Die Bedingungen können in der Stadtbauamts-Abteilung VII a, I., Wipplingerstraße 8, II. Stiege, 3. Stock, während der Amtsstunden von 8 bis 2 Uhr eingesehen werden. 1—3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
25. Oktober 10 Uhr	Abteilung IX (Mag. = Rat Dr. Konst. Mayer, V. Stiege, 2. Stock)	2456	Rekonstruktion der ungarischen Ezallassen am Zentral-Viehmarkte zu St. Marx.	Baumeisterarbeiten Schlosserarbeiten Betonarbeiten Dachpapparbeiten	11.164 K 18 h 7.925 " — " 14.210 " — " 2.952 " — "
					2-3
7. Nov. 10 Uhr	Großer Saal im II. Admini- strations- gebäude des Zentral- Friedhofes	M. Nr. X 5832	Zentral-Friedhof.	Lieferung von ungefähr 40.000 Stück Violon und 120.000 Stück Pelargonien für die Gräberaus- schmückung im Wiener Zentral- Friedhofe im Jahre 1905.	— Bemerkung. Die Bedingungen können in der Verwaltungs-Kanzlei des Wiener Zentral-Fried- hofes eingesehen und behoben werden.
					1-3

Baukautionen

Vadien

bestellt zu kulanten Bedingungen 4-16

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

D. Z. 17682/55, 11.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Bei der Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ gelangen 200 Stück Motorwagenachsen zur Vergebung.

Die öffentliche schriftliche Offertverhandlung findet am **Mittwoch den 12. Oktober, 12 Uhr mittags**, im Sitzungssaale der Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße Nr. 9, 1. Stock, statt.

Die Achsen sind aus bestem basischen Siemens-Martin-Flußstahl von 50 bis 55 kg Festigkeit und mindestens 15 Prozent Dehnung genau nach Zeichnung, vollständig bearbeitet und einbaufertig zur Ablieferung zu bringen.

Die Stummel und jene Teile des Schaftes, auf welchen die Traglager des Motors sitzen, sind poliert.

Die Nabenringe sind ebenfalls poliert und mit 0,5 mm Anzug zu liefern, so daß vorhandene Radsterne nach den Achsen ausgebohrt und sofort aufgezogen werden können.

Alle anderen Teile der Achsen sind auf das genaue Maß zu egalisieren.

Die Keilnut muß mit Kopffräsern gefräst werden und müssen sämtliche Hohlkehlen mit dem Schlichtmesser nach vorgeschriebenen Abmessungen ausgeführt sein.

Für die Ausführung in Bezug auf die Form und Abmessungen sind vom Lieferanten Schablonen anzufertigen, welche, sofern sie den Zeichnungen entsprechen, bei der Abnahme benützt werden.

Für die Art der Materialerprobung, Haftung und der anderen Bestimmungen sind die „besonderen Bedingungen für die Lieferung von Achsen für Motor- und Beiwägen“ maßgebend.

Das Gewicht der Achse beträgt ungefähr 110 kg.

**

Die besonderen Bedingnisse und Zeichnungen können in der Hauptwerkstätte Rudolfsheim der städtischen Straßenbahnen in Wien, XIV., Anshützgasse 15, eingesehen und auch zum Preise von 1 Krone daselbst bezogen werden.

Die Offerenten haben ihre nach Tarif-Post 44 aa und 5 a, Punkt 4 stempelfreien Offerte in Form eines Geschäftsbriefes und in geschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Offerte auf 200 Stück Motorwagenachsen“ versehen, längstens bis 12. Oktober 1904, vormittags 12 Uhr, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen einzubringen. Dem Anbote darf ein Badium nicht angeschlossen werden; es ist vielmehr daselbe und zwar im Betrage von 10 Prozent des Wertes der angebotenen Lieferung spätestens einen Tag vor dem Offertverhandlungs-Termin bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße Nr. 9 zu erlegen, und hat sich der Offerent über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen. Das Badium kann in barem, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in pupillar-sicheren inländischen Wertpapieren zum Nominalwerte erlegt werden.

Für Badien, welche dem Offerte angeschlossen werden, wird keine Haftung übernommen.

Im Offerte muß sich der Offerent ausdrücklich auf diese Kundmachung beziehen und die Erklärung abgeben, daß er die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen habe und sich denselben unterwirft. Weiters hat der Offerent im Anbote anzugeben, binnen welcher kürzesten Frist er liefern kann.

Denjenigen Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird das Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Offerenten, aber auch die Ablehnung aller Anbote wie auch die Vergebung in Teilmengen vorbehalten.

Für den Streitfall werden die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung I., Neues Rathaus zuständig erklärt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 3. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

3-3

Z. 17595/32, 2.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Mit Gemeinderats-Beschluß vom 8. Juni 1904 wurde das Projekt für die Erbauung einer Wagenhalle, eines Verwaltungsgebäudes und Anbauten im Bahnhofs Breitensee der städtischen Straßenbahnen genehmigt.

Die nachstehenden, noch nicht vergebenen Arbeiten werden im Offertwege vergeben und findet zur Erlangung von Anboten die öffentliche schriftliche Offertverhandlung am **Mittwoch den**

12. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags, im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Straßenbahnen, IV., Favoritenstraße 9, 1. Stock, statt.

Zur Vergebung gelangen:

Gruppe 14. Wasserleitungseinrichtung, Kostenvoranschlag: 14.800 K.

Gruppe 15. Elektrische Beleuchtungsanlage, Kostenvoranschlag: 7600 K.

Die einschlägigen Pläne, Kostenvoranschläge und Bedingnisse liegen zur Einsicht bei der Bauleitung der städtischen Straßenbahnen, Abteilung für Hochbau, IV., Favoritenstraße 9 auf; ebendasselbe werden auch Auskünfte erteilt.

Die Offerenten haben ihre nach Tarifpost 44 aa und 6 a, Punkt 4 stempelfreien Offerte in Form eines Geschäftsbriefes und in geschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Offerte für den Bau einer Wagenhalle, eines Verwaltungsgebäudes und Anbauten im Bahnhofs Breitensee Gruppe . . .“ versehen, längstens bis Mittwoch den 12. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen einzubringen. Dem Anbote darf ein Badium nicht angeschlossen werden; es ist vielmehr das in den Bedingnissen vorgeschriebene Badium spätestens einen Tag vor dem Offertverhandlungs-Termin bei der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen IV., Favoritenstraße 9 zu erlegen und hat sich der Offerent über den Erlag bei der Offertverhandlung auszuweisen. Das Badium kann in barem, in einem Sparkassabuche einer Wiener Kommunal-Sparkassa, der Ersten österreichischen oder der Neuen Wiener Sparkassa oder in pupillar-sicheren inländischen Wertpapieren zum Nominalwerte erlegt werden.

Für Badien, welche dem Offerte angeschlossen werden, wird keine Haftung übernommen.

Im Offerte muß sich der Offerent ausdrücklich auf diese Kundmachung beziehen und die Erklärung abgeben, daß er die allgemeinen und besonderen Bedingnisse eingesehen habe und sich denselben unterwirft.

Denjenigen Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird das Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ bleibt die uneingeschränkte Wahl unter den Offerenten, aber auch die Ablehnung aller Anbote vorbehalten.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 28. September 1904.

Der Direktor:

Spängler.

3-3

M. Z. 636 ex 1904.

XI b.

Kundmachung.

(Sicherstellung der Viktualien ausschließlich der Grünwaren für das Bürgerversorgungshaus.)

Wegen Vergebung der Viktualien ausschließlich der Grünwaren für das Bürgerversorgungshaus bis zum 1. Oktober 1905 findet zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 14. September 1904,

Pr. 3. 11535, am **Mittwoch den 12. Oktober 1904, um 10 Uhr vormittags**, in der Verwaltungskanzlei eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung statt.

Zur Vergebung gelangen die im nachstehenden bezeichneten Viktualien und wird hinsichtlich des angegebenen Bedarfes bemerkt, daß die Gebrauchsmengen nur schätzungsweise angegeben werden, die Gemeinde daher den tatsächlichen Bezug nicht zusichert, die Anbotsteller jedoch verpflichtet sind, Mehrlieferungen zu den zugestandenen Preisen zu leisten.

Zur Vergebung gelangen:

1. Fleischwaren.

Etwa 9000 kg Rindfleisch,	Etwa 400 Paar kl. Würstel,
" 2000 " Kalbfleisch,	" 500 " Frankfurter,
" 300 " Schweinernes,	" 230 Stück Knackwürste,
" 130 " Leber,	" 250 " Augsburger,
" 300 " Selchfleisch,	" 60 " Beuschel.
" 30 " Schinken,	

2. Milch.

Etwa 32.000 Liter süße Milch,
" 250 " saure Milch,
" 155 " Rahm.

3. Bäckerwaren.

Etwa 37.000 kg Brot,	Etwa 140 kg Bröseln,
" 94.000 Stück Semmeln,	" 30 " Würbes.
" 750 kg alte "	

4. Eier, Schmalz zc.

Etwa 14.000 Stück Eier,	Etwa 20 kg Topfen,
" 1600 kg Schmalz,	" 3 " Primjen.
" 23 " Butter,	

5. Mehl und Hülsenfrüchte, Gemüse zc.

Etwa 800 kg Mehl Nr. 4,	Etwa 4000 kg Erdäpfel,
" 10 bis 1200 kg Mehl Nr. 0,	" 10 " Aren,
" 800 kg Grieß,	" 600 " Sauertraut,
" 200 " Kollgerste,	" 80 " rote Rüben,
" 300 " Erbsen,	" 600 " saure "
" 200 " Linjen,	" 100 " Dörrgemüse,
" 700 " Reis,	" 300 " Zwiebel.

6. Kaffee, Zucker, Gewürze zc.

Etwa 5 bis 600 kg Kaffee,	Etwa 13 kg Schokolade,
" 5 " 600 " Feigenkaffee,	" 1500 " Zucker,
	" 100 " Zuckermehl,

ferner Zimt, Zitronen, Kapern, Kümmel, Mandeln, Mohn, Muskatnüsse, Marmeladen, Pfeffer, gedörrte Zwetschen, Rosinen, Rum, Essig, Safran, Senf, Öl, Tee, Vanille zc. je nach Bedarf.

7. Getränke.

Etwa 80 hl Abzugbier,	Etwa 8 hl Rotwein,
" 50 " Weißwein,	" 1000 Siphons.

Die vorstehende Zusammenfassung in Gruppen hat keinerlei bindende Wirkung, das heißt es können die in einer Gruppe zusammengefaßten Artikel verschieden vergeben werden, andernfalls sind die Anbotsteller nicht gebunden, für alle Artikel ein

Anbot zu stellen. Wird für sämtliche Artikel einer Gruppe offeriert, so beträgt das vor der Offertverhandlung bei der Verwaltung zu erlegende Angeld für Gruppe 1 400 K, Gruppe 2 200 K, Gruppe 3 300 K, Gruppe 4 300 K, Gruppe 5 300 K, Gruppe 6 400 K, Gruppe 7 300 K.

Die Vergebung der Viktualien erfolgt auf Grund der speziellen Bedingungen, die bei der Verwaltung eingesehen werden können. Die mit Stadtrats-Beschluß vom 24. Oktober 1900, Z. 12000, und vom 6. März 1901, Z. 2225, genehmigte Vorschrift, betreffend die Lieferung der Viktualien für die Waisenhäuser, hat hiebei sinngemäße Anwendung zu finden. Diese Vorschrift ist bei der städtischen Hauptkassa erhältlich. Die Angebote sind auf einem Briespapierbogen, in Form eines an den Wiener Magistrat gerichteten, nach den Tarifposten 44^{aa} und 60, P. 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes zu stellen, dessen Form in den Bedingungen näher angegeben ist. Dieser Geschäftsbrief hat zu enthalten: Die Angabe des Artikels, den angesprochenen Preis in Ziffern und Buchstaben, Beruf und Wohnort des Anbotstellers und dessen Unterschrift. Die Angebote sind in verschlossenem Umschlage, auf welchem der offerierte Artikel ersichtlich zu machen ist, zu überreichen. Von den in den Gruppen Nr. 3, 4, 5, 6 und 7 enthaltenen Artikeln sind mit Ausnahme jener, die gleich dem Verderben unterliegen, 2 Muster beizulegen. Die Muster sind mit dem Namen oder der Firma des Offerenten zu versehen; eines derselben muß mit dem Siegel des Offerenten geschlossen sein.

Es ist nicht gestattet, die Angelder den Angeboten selbst beizuschließen; bei Außerachtlassung dieses Verbotes übernimmt die Gemeinde Wien keinerlei Haftung. Auf die Angebote von Gewerbetreibenden, die nicht gewerbebehördlich berechtigt sind, dann auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Die Gemeinde behält sich die freie Auswahl unter den Bewerbern, ebenso die Ablehnung aller Angebote vor.

Vom Magistrate der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt

im selbständigen Wirkungskreise,

Wien, im Oktober 1904.

2-2

D. 3. 18025/32, 0.

Kundmachung.

(Offertverhandlung.)

Bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen werden einige alte Maschinen und Reservoirs im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung an den Bestbieter vergeben.

Die Offertverhandlung findet am **Freitag den 21. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der städtischen Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, 1. Stock, statt.

Abgegeben werden:

1 liegende Dampfmaschine 2 HP, 120 bis 130 Touren per Minute, Hublänge 300 mm (wurde alt gekauft) und 1 alter Lokomotivkessel mit Bedachung.

1 Wasserreinigungsapparat, komplett, Patent Dervaux, für eine stündliche Leistung von 35 m³, sowie sämtliche zum Apparat gehörigen Armaturen und Rohrleitungen innerhalb desselben.

1 Original = Vorthington, vierfach wirkende Dampfpumpe Modell „Zachariah“, Größen: Dampfzylinder 133 mm Durchmesser, Pumpenkolben 89 mm Durchmesser, gemeinschaftlicher Hub 127 mm.

2 rechteckige, eiserne Reservoir: 1.25 m hoch, 2 m breit, 3 m lang, je 7.5 m³ Fassungsraum, und

1 rechteckiges, eisernes Reservoir: 1.7 m hoch, 1.6 m breit, 3.40 m lang, Fassungsraum 9.2 m³.

1 Pulsometer für Reinwasser, 6 Atmosphären, komplett.

Diese Gegenstände lagern im Depot XIII., Hadikgasse, und können daselbst nach vorheriger Anmeldung bei der Lagerverwaltung XIV., Schwendergasse 51, besichtigt werden.

Das Aufladen und die Abfuhr gehen auf Kosten des Erstehers.

Die Gegenstände werden auch einzeln abgegeben und behält sich die Direktion die unbeschränkte Wahl unter den Anboten, wie auch die Ablehnung aller vor.

Jeder Gegenstand ist vor der Abfuhr bei der Lagerverwaltung bar zu bezahlen. Die Abfuhr hat längstens acht Tage nach erhaltener Verständigung zu erfolgen.

Die Anbote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu Händen der Direktion der städtischen Straßenbahnen zu stellen.

Im Anbote muß sich der Offerent auf diese Kundmachung beziehen und sich deren Bedingungen unterwerfen.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle, welche als „Anbot auf Maschinen im Depot Hadikgasse“ zu bezeichnen sind, im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder bei der Offertverhandlung persönlich zu überreichen.

Jeder Offerent hat vor Überreichung des Angebotes, also bis längstens 21. Oktober 1904, 1/2 10 Uhr vormittags, in der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, IV. Stiege, Erdgeschoß, ein Badium zu erlegen, welches 5 Prozent der Anbotsumme beträgt.

Denjenigen Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird dieses Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Das Badium des Erstehers bleibt hingegen bis zum Ablauf des Vertrages als Pfand zur Sicherstellung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ erliegen.

Badien oder Kautionsbeträge im baren werden nicht verzinst.

Das Badium kann außer im baren auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagebüchern einer Wiener Kommunalsparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Neuen Wiener Sparkassa bestehen. Der erfolgte Erlag des Badiums ist entweder im Offerte zu vermerken oder es ist der betreffende Erlagschein der Offertverhandlungs-Kommission vorzuweisen. Offerte, welche nach Eröffnung der Offertverhandlung überreicht werden, bleiben unberücksichtigt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 10. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

1-3

3. 5454 ex 1904.

Konkursausschreibung.

Im städtischen Gaswerke in Wien kommt die Stelle des Gebäude-Inspektors und Platzmeisters zur Besetzung.

Mit dieser provisorischen Beamtenstelle ist ein Jahresgehalt von 4000 K, ferner ein Quartiergehalt von 1000 K und der Anspruch auf 2 Quinquennalzulagen von je 500 K verbunden.

Bewerber müssen österreichische Staatsangehörige sein (nach Wien Zuständige haben den Vorzug), die Baumeisterprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben und eine längere Praxis im Baufache nachweisen können.

Die Bewerber müssen sich verpflichten, über Verlangen der Direktion unter Einstellung des Quartiergehaltes eine entsprechende, mit freier Beleuchtung und Beheizung verbundene Naturalwohnung zu beziehen.

Die Gesuche sind mit dem Tauf- beziehungsweise Geburts-scheine, Heimatscheine, eventuell Trauungs-scheine, den Studien und Verwendungszeugnissen und einem amtsärztlichen Zeugnisse über den Gesundheitszustand des Bewerbers zu belegen und bis längstens 20. Oktober 1904 bei der Verwaltungs-Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ Wien, I., Doblhoffgasse Nr. 6, mit der Angabe, wann der Bewerber den Dienst antreten kann, einzubringen.

„Gemeinde Wien — städtische Gaswerke.“

Wien, im Oktober 1904.

Der Verwaltungs-Direktor:

S. Hofner m. p.

2-3

Pr.-3. 12686 ex 1904.

Kundmachung.

(Anliegen des Hauptrechnungsabschlusses der Stadt Wien pro 1903 zur öffentlichen Einsicht.)

Der Hauptrechnungsabschluß der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1903, sowie die Rechnungsabschlüsse über die sämtlichen unter Gemeindeverwaltung stehenden Fonde und Anstalten liegen durch 14 Tage, und zwar vom 11. bis einschließlich 24. Oktober 1904, täglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Lichtenfelsgasse 2, Stiege V, 1. Stock, zur öffentlichen Einsicht auf.

Es wird dies hiemit in Gemäßheit des § 58 des Wiener Gemeindestatutes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Erinnerungen der Gemeindeglieder im genannten Präsidialbureau zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 5. Oktober 1904.

Der Bürgermeister:

Dr. Karl Lueger.

2-3

M.-Abt. XV, Z. 7217 ex 1904.

Kurrende.

(Besetzung von Schuldienereinstellen.)

Im Stande der städtischen definitiven Schuldienereinstellen gelangen zur Besetzung:

1. Eine Stelle I. Bezugsklasse mit dem Grundgehälter von jährlich 1400 K, dem Quartiergelde von 500 K jährlich (eventuell dem Genusse einer Dienstwohnung), dem Anspruche auf die vorgeschriebene Dienstkleidung, das Stiefelpauschale von jährlich 16 K und die für die betreffende Schule bestimmten Zulagen.

2. Sieben (7) Stellen II. Bezugsklasse mit dem Grundgehälter von jährlich 1100 K, dem jährlichen Quartiergelde von 450 K (eventuell dem Genusse einer Dienstwohnung), dem Anspruche auf die vorgeschriebene Dienstkleidung, auf das Stiefelpauschale von 16 K jährlich und die für die betreffende Schule bestimmten Zulagen.

Bewerber um eine dieser erledigten Stellen haben ihre diesbezüglichen Gesuche mit dem Tauf- beziehungsweise Geburtscheine, dem Heimatscheine und den Nachweisen der Dienstzeit zu belegen und im Dienstwege durch die vorgesetzte Schulleitung bis Samstag den 15. Oktober 1904 bei der Einreichsstelle der Magistrats-Abteilung XV zu überreichen.

Auf verspätet einlangende Gesuche, sowie auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Bemerkt wird, daß als maßgebende Verlautbarung dieser Ausschreibung die Kundmachung im Amtsblatte der Stadt Wien anzusehen ist.

Vom Wiener Magistrate,

im selbständigen Wirkungskreise,

am 27. September 1904.

Der Abteilungsvorstand:

Harozny,

Magistratsrat.

3-3

M.-Z. 5410.

X.

Kundmachung.

Aus Anlaß des vom 29. bis 31. Oktober, dann am 1. und 2. November 1904 zu gewärtigenden Gräberbesuches im Zentral-Friedhofe der Stadt Wien wird zur Regelung des Verkehrs und Aufrechterhaltung der Ordnung im Einvernehmen mit der k. k. Polizeibehörde in Wien folgendes angeordnet:

1. Die Zufahrt in Privatequipagen, Fiakern, Einspannern und dergleichen, beziehungsweise das Absteigen aus diesen Wägen hat an der linken Straßenseite gegenüber dem zweiten Friedhofstore, und zwar auf dem hierzu eigens hergerichteten neuen Wagenaufstellungsplatze zu erfolgen, von wo auch die Rückfahrt stattfindet. Der Personenverkehr vom Aufstellungsplatze zum Friedhofseingange und umgekehrt erfolgt durch den hiefür bestimmten Tunnel.

2. Für die Zu- und Rückfahrt mittels der städtischen Straßenbahnen ist dadurch Vorkehrung getroffen, daß vom 23. Oktober bis einschließlich 6. November Wägen in verstärkter Zahl über den Schwarzenbergplatz und über Landstraße Hauptstraße zum Zentral-Friedhofe verkehren. Im übrigen wird bezüglich des Verkehrs auf den städtischen Straßenbahnen an diesen Tagen auf die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen diesfalls speziell erlassene Verlautbarung hingewiesen.

3. Die Endstation der städtischen Straßenbahnen bei der Einfahrt zum Zentral-Friedhofe befindet sich in der Zeit vom 30. Oktober bis einschließlich 2. November vor dem zweiten Friedhofstore, von wo der Zugang zum Zentral-Friedhofe durch die dort befindlichen beiden Tunnel zu erfolgen hat. Das Einsteigen in die Züge der Straßenbahn zur Rückfahrt findet nur beim zweiten Tore des Zentral-Friedhofes statt.

4. Vom 30. Oktober bis einschließlich 2. November ist das Überschreiten der Geleise der städtischen Straßenbahnen in der Strecke vom Betriebsbahnhof Simmering bis zum 3. (Schwechater) Tore des Zentral-Friedhofes nicht gestattet.

5. Am 30. Oktober, am 1. und 2. November fahren Omnibusse aus allen Bezirken der Stadt Wien zum Zentral-Friedhofe und zurück. Das Aussteigen aus diesen Wägen hat unmittelbar vor dem Eingange in den auf der rechten Seite der Straße befindlichen Tunnel zu erfolgen, der Zugang für die Rückfahrt findet nach Möglichkeit bei diesem, sonst beim zweiten Tunnel statt.

6. Die Leichenwägen samt Begleitung haben am 29., 30. und 31. Oktober, dann am 1. und 2. November die Simmeringer Hauptstraße bis zu der gegen Schwechat befindlichen Friedhofsmauer zu passieren, sodann den Fahrweg längs dieser Mauer zu benutzen, bei dem zu diesem Behufe provisorisch hergestellten Tore einzufahren und auf demselben Wege zurückzufahren. Am 30. und 31. Oktober, dann am 1. und 2. November dürfen zur Vermeidung von Störungen andere Wägen überhaupt nicht in das Innere des Friedhofes einfahren.

7. Den Fußgängern wird zur Entlastung der Tunnel beim 2. Friedhofstore dringendst empfohlen, nach Möglichkeit den Tunnel beim 1. Friedhofstore zu benutzen.

8. Das Verlassen des Friedhofes durch das 3. (Schwechater) Tor ist nicht gestattet.

9. Die Aufstellung von Verkaufsständen jeder Art im Innern des Friedhofes ist nicht gestattet und wird außerhalb desselben auf Friedhofsgründen nur für den Verkauf von Blumen, Kränzen und Kerzen nach Maßgabe des hierzu geeigneten Raumes auf besonderes Ansuchen bei der Friedhofsverwaltung bewilligt, wenn die Betreffenden auch die gewerksbehördliche Bewilligung hiezu nachweisen.

10. Zur Vermeidung einer Verwechslung der Grablaternen ist die Einrichtung getroffen, daß jene Personen, welche Grablaternen in den Friedhof bringen, beim Eingange eine Marke unentgeltlich erhalten, welche ihnen, wenn sie mit der Laterne den Friedhof verlassen, abgenommen wird; die Grablaterne selbst wird mit einer der Marke korrespondierenden Nummer versehen.

11. Auskünfte über Grabstellen werden vom 29. Oktober bis einschließlich 2. November in dem gegen Schwechat gelegenen zweiten Administrationsgebäude unentgeltlich erteilt.

12. Das Publikum wird um 1/2 6 Uhr abends durch Glockenzeichen zum Verlassen des Friedhofes aufgefordert und wird derselbe um 6 Uhr geschlossen.

13. Direkte Sonderzüge bis zum Zentral-Friedhofe werden eingeleitet:

I. Auf den Linien der k. k. österreichischen Staatsbahnen und der Stadtbahn am 1. November:

- a) von der Station Heiligenstadt über die Vorortelinie via Penzing, Ober-Hezendorf und Ober-Laa;
- b) von der Station Praterstern via Hauptzollamt und Eisenbahn Wien—Aspang.

II. Vom Zentral-Bahnhofe der Österr.-ungar. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft im X. Bezirke am 1. und 2. November.

III. Vom Bahnhofe der Eisenbahn Wien—Aspang im III. Bezirke werden die unter I b genannten Sonderzüge am 1. November, weiters am 30. Oktober und 2. November Sonderzüge, jedoch nur nach Bedarf, eingeleitet werden.

Die Verkehrszeiten aller dieser Züge sind aus den bezüglichen Kundmachungen der betreffenden Bahnen zu entnehmen.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 23. September 1904.

1—3

Kundmachung.

(Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.)

Die Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien widmet im Sinne des § 2, lit. c der Statuten zur Ermöglichung des gemeinsamen Wohnens von verarmten Bürgerhepaaren außerhalb der Bürgerverforgungsanstalt den Betrag von 4000 K. Hievon werden 20 Bürgerhepaare mit je 200 K beiteilt.

Die Verteilung des genannten Betrages erfolgt in zwei Zeitabschnitten, und zwar am 2. Dezember 1904 und am 1. Juli 1905 im Betrage von je 100 K.

Anspruch auf Beteiligung haben nur jene Mitglieder der Bürgervereinigung, welche dem Vereine bereits durch zwei Jahre angehören.

Gesuche um Zuwendung je eines Betrages von 200 K sind bei der Bürgervereinigung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, I., Lichtenfelsgasse 2, bis 1. November 1904 mit folgenden Beilagen einzubringen:

- a) Taufschein und Trauungsschein des Bürgerhepaares;
- b) Mitgliederbuch der Bürgervereinigung;
- c) Mittellosigkeitszeugnis.

Wien, am 26. September 1904.

Der Schriftführer:

Franz Josef Schadek m. p.

Der Präsident:

Josef Schwarz m. p.

3—3

Z. 5840 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Therese Köck'sche Stiftung für eine arme blinde Frau zu Hernals.)

Am 13. Jänner 1905 gelangt aus den Interessen der Therese Köck'schen Stiftung ein Betrag von 80 K zur Verleihung. Anspruch auf diesen Stiftungsbetrag haben arme blinde, nach Wien zuständige und im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Hernals ansässige Frauen.

Bewerberinnen haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, eventuell den Trauschein und die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, den Heimatschein, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Erblindung und ein legales Armutzeugnis beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 31. Oktober 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 22. September 1904.

3—3

Z. 5666 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Bernhard'sche Armen- und Waisenstiftung.)

Am 23. Dezember 1904 gelangen aus den Interessen der Bernhard'schen Armen- und Waisenstiftung 336 K in Teilbeträgen à 24 K an Waisenkinder zur Verteilung.

Anspruch auf einen solchen Stiftungsbetrag haben bedürftige Waisenkinder von im Gebiete der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf ansässig und nach Wien zuständig gewesenen armen Personen.

Diejenigen Waisenkinder, deren Vorfahren vor dem Jahre 1891 in der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf die Zuständigkeit besessen haben, haben den Vorzug.

In zweiter Linie können auch arme Waisenkinder von solchen Personen bedacht werden, welche im XII. Wiener Gemeindebezirke Meidling überhaupt ansässig und nach Wien zuständig waren.

Mütter, Vormünder und Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obforge befindlichen Waisen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Totenscheine des einen oder beider Elternteile der Waisen, mit dem Tauf(Geburts)scheine, mit dem Heimatsausweise und mit den Schulfortgangszeugnissen der Waisen, eventuell mit dem Nachweise des geltend gemachten Vorzugsrechtes zu belegen und bis längstens 31. Oktober 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. September 1904.

2—3

3. 5677 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner von Markhof'sche Stiftung.)

Am 6. Februar 1905 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4750 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatsberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 593 K 75 h an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. K. oder H. K. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Ferner gelangt der infolge Ablebens eines Stiftlings frei gewordene Betrag von 620 K samt den mittlerweile aufgelaufenen Interessen an ein evangelisches Waisenmädchen und der im Vorjahre mangels eines geeigneten Bewerbers nicht verliehene Betrag von 610 K an einen mosaischen Waisenknaben in analoger Weise zur Verleihung.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verheiratung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obforge stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenscheine der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeugnisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulausweis) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit einem legalen Armutzeugnisse zu belegen und bis längstens 15. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte, sowie auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. September 1904.

3—3

3. 5668 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Erntenu'sche Stiftung.)

Am 1. März 1905 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Erntenu'schen Stiftungskapitales im Betrage von 168 K zur Verteilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, dürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Konfessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutzeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Tausschein und ihre sonstigen Dokumente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Jänner 1905 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1904.

2—3

3. 6031 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Alois Drasche'sche Armenstipendien pro 1905.)

Aus den Erträgen des Alois Drasche'schen Armenstiftungsfondes gelangen im Jahre 1905 fünfzig (50) Stipendien à 400 K und fünfzig (50) Stipendien à 200 K an arme Personen zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stipendien haben nach den Bestimmungen des Testamentes des Stifters, des gewesenen Fabrikanten Alois Drasche aus Brünn, solche verarmte Personen, welche unverschuldet in Not und Elend geraten, wenn auch nur zeitweilig, ganz erwerbsunfähig sind oder zur Erhaltung der Familie, wenn auch nur zeitweilig, nicht genügenden Erwerb besitzen, welche ferner christlicher (einschließlich evangelischer) Religion und deutsch-österreichischer Nationalität sind.

Dieselben müssen ihr festes Domizil in Wien, und zwar entweder in der Inneren Stadt oder in den früher bestandenen 33 Vorstädten, also in den jetzigen Gemeindebezirken I bis IX, X (unter Ausschluß der von Inzersdorf und Oberlaa einbezogenen Gebietsteile) und XX haben, müssen einen moralischen Lebenswandel führen und ein derart unbescholtenes Vorleben haben, daß sie niemals wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung, wozu aber auch jene der leichtsinnigen Krida gehört, verurteilt wurden.

Hiebei macht die frühere oder gegenwärtige Bedienstung, Stellung oder Beschäftigung, der ledige, verheiratete oder Witwenstand keinen Unterschied, so daß auch öffentliche oder Privatbeamte zum Stiftungsgenusse berufen sind.

Unter den Bewerbern sind des Stifters Verwandte oder Abstammlinge derselben vor allen, dann aber Personen aus dem Gewerbe-, Fabrik- oder Handelsstande, unter diesen, sowie unter allen Bewerbern, welche die festgesetzten allgemeinen Eigenschaften haben, vorzugsweise jene Bewerber mit dem Stiftungsgenusse zu betheiligen, denen die Ernährung einer größeren Anzahl unmündiger Kinder obliegt, diese Bewerber mögen verheiratet oder verwitwet, männlichen oder weiblichen Geschlechtes sein.

Ledige Personen können bloß mit Stipendien zu 200 K bedacht werden.

Die Verleihung der Stipendien geschieht bloß für ein Jahr, doch können diese wiederholt an dieselben Personen verliehen werden; die betreffenden Bewerber sind aber den neuen Bewerbern gleich zu betrachten und haben demnach neuerlich ihre Würdigkeit auszuweisen.

Bewerber um ein solches Stipendium haben in ihren einzubringenden Gesuchen ihre persönlichen und materiellen Verhältnisse wahrheitsgetreu darzustellen und die Erklärung aufzunehmen, daß sie nie wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung oder wegen leichtsinniger Krida verurteilt worden sind.

Außerdem haben dieselben ihren Gesuchen:

1. ein von der k. k. Polizei-Direktion Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis,
2. ein legales Armutzeugnis,
3. ihren Taufschein,
4. ihren Heimatschein,
5. ihren Trauschein und eventuell auch den Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, dann
6. die Taufscheine aller ihrer Kinder beizulegen.

Wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit berufen, haben sie auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die unter 1 und 2 angeführten Zeugnisse müssen neu, das heißt nach dem 28. September 1904 ausgestellt sein.

Endlich haben sie den Nachweis über ihre derzeitige Beschäftigung und über den Umstand, daß sie in Wien in einem der Gemeindebezirke I bis IX, X (unter Ausschluß der von Inzersdorf und Oberlaa einbezogenen Gebietsteile) oder XX ihren festen Wohnsitz haben und daß sie deutsch-österreichischer Nationalität sind, zu erbringen.

Die in solcher Weise belegten und mit der geforderten Erklärung versehenen Gesuche sind **längstens bis 30. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Die Namen der mit einem Stipendium betheilten Personen werden nach Anordnung der testamentarischen Bestimmungen des Stifters seinerzeit veröffentlicht.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. September 1904.

2-3

Telephon 16995.

Telephon 16995.

Elektrische Automobile

2 und 4-sitzig, offen oder geschlossen.

Andreas Engel jun.

Lohnwagen-Unternehmung.

Elegante
Wägen
jeder Art u. Anzahl
mit eleganten Ge-
spannen für
Hochzeiten.
Auf Verlangen
eigener Brautwagen
mit Pneumatik und
Voll-Gummiräder,

sowie für
alle anderen Anlässe.



Übernahme
von
TAGES-
und
Einzelfahren.
Elegante
Monatswagen
mit
eleganten Gespannen
f. Jahresfahren.

Wien, XIX. Bez., Fyrkergasse 36.

Auch stehen Kutscherwägen, Schlitten, elegante Gesellschafts-Breaks für 8, 10, 12 und 14 Personen, sowie elegante Viererzüge zu jeder Wagentype, Wagen mit Pneumatik und Gummirädern in jeder Type und Anzahl den hohen Herrschaften und P. T. Publikum stets zur Verfügung.

Pietro Calderato

Fuhrwerksbesitzer und Deichgräber.

Kontrahent der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, XVII., Sautergasse 13 (im eigenen Hause).

Empfiehlt sich zur Übernahme aller großen Kommunal-, Straßen-, Erd- und Deichgräberarbeiten.

Kais. königl.

ausschl. priv.

Unterzünder - Briketts -  Fabrik für Holz und Kohlen

JOSEF SCHÄFER

Wien, XVII., Hernals, Mayssengasse Nr. 21,
im eigenen Hause.

Kontrahent der Kommune Wien, Lieferant des Militär-geographischen Instituts und vieler öffentlicher Anstalten.

Robert Scheiber

Kunst- und Möbeltischlerei

WIEN, V./1., Margaretenstrasse 112.

Telephon 1191.

Kontrahent der Kommune Wien, der k. k. Statthaltereie, der k. k. österr. Staatsbahnen, k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn, Österr. Gesellschaft vom Roten Kreuze und mehrerer Vereine.

Robert Kern,

Vertretung des Witkowitz Röhrenwalzwerkes,
WIEN, I., Walfischgasse 12,

liefert **schmiedeeiserne Gasröhren** und Verbindungsstücke, Siede-, Locomotiv-, Locomobil-, Blech- und Flanschenröhren aller Art etc. etc. **Gusseiserne Röhren** nach deutschem Normale, nach Normale der Wiener Commune nebst dazugehörigen Verbindungsstücken, Abflussröhren, Messing- und Kupferrohre, gusseiserne Rippenröhren, Bleiröhren, Armaturen für alle Zwecke, Radiatoren etc.

Preis-Courante gratis und franco.

Zur kulanten Besorgung

aller im

Kursblatte

notierten

Effekten und Valuten

bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832

WIEN

I. Bezirk,

Stephansplatz

Nr. 11

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 83.

Freitag den 14. Oktober 1904

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.
Für den Buchhandel in Kommission bei M. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Nachnahme bei Haase & Vogler (Otto Maas), I., Wallfischgasse 10.

Gemeinderat.

Sitzung des Gemeinderates.

Dienstag den 18. Oktober 1904, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 18. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.
Mittwoch den 19. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 20. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 30. September 1904.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Bielowlawek, Dr. Krenn,
Braun, Oppenberger,
Brauneiß, Rauer,
Dr. Deutschmann, Rissaweg,
Gräf Ferdinand, Schreiner,
Grünbeck Sebastian, Straßer,
Gjottbauer, Weitmann,
Hölzl, Dr. Wesselsky,
Hörmann, Wessely,
Graba,

Beurlaubt: St.-R. Büsch, Tomola, Zajka.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär Rünzl.

Bürgermeister Dr. Lueger eröffnet die Sitzung.

(12280.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Johann Wenweger um Adaptierungsbewilligung für die Realität Dr.-Nr. 3 Langasergasse, XIX. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen. (Angenommen.)

(12243.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Adalbert Cerwenka um Bewilligung von Raten zur Zahlung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Dr.-Nr. 82 Sieveringerstraße, XIX. Bezirk, und beantragt, vorerst zu erheben, ob es nicht notwendig ist, eine Sicherstellung zu begehren. (Angenommen.)

(12270.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Johann Döbler um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe III, Nr. 13 im Sieveringer Friedhofe und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(12372.) St.-R. Rauer referiert über die versuchsweise Verwendung härterer Schottergattungen zur Instandsetzung der Schönbrunner Schlossstraße, XIII. Bezirk, und beantragt, die Instandsetzung der Schönbrunner Schlossstraße im XIII. Bezirke unter Verwendung von Diorit- und Basaltschotter mit dem bedeckten Erfordernisse von 10.000 K zu genehmigen und die Lieferung des Dioritschotters und Dioritsandes zum Preise von 14 K 70 h, beziehungsweise von 14 K 20 h Herrn Karl Habenicht und die Lieferung des Basaltschotters Herrn Dr. Emanuel Milner zum Preise von 18 K per Kubikmeter loco Franz Josefsbahnhof zu übertragen. (Angenommen.)

(12416.) St.-R. Oppenberger referiert über die Entscheidung der Baudeputation, betreffend die Erteilung des Baukonsenses für Hermann Otte zur Herstellung eines hölzernen Magazin Gebäudes auf dem der Donauregulierungs-Kommission gehörigen Grunde am Handelskai, II. Bezirk (Teil der Kat.-Parz. 5087/1, und beantragt, den Rekurs an das k. k. Ministerium des Innern zu ergreifen.

(Einstimmig angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

(12355.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Reparatur der Aquädukte der Ersten Hochquellenleitung in Speising, Mauer, Liesing und Baden und beantragt:

1. Die in dem bauamtlichen Kostenvoranschläge vom 16. September 1904 angeführten, mit dem Gesamtbetrage von 10.000 K bezifferten Reparaturarbeiten im Innern der Aquädukte der Ersten Hochquellenleitung in Speising, Mauer, Liesing und Baden werden zur Ausführung im Herbst 1904 genehmigt und wird gleichzeitig ein Zuschußkredit von 10.000 K zur Position der Rubrik XXVI 1 c bewilligt.

2. Die erforderlichen Asphaltierarbeiten werden dem Asphaltiermeister Joh. Bosch, welcher eine Kaution per 300 K zu erlegen und eine Haftzeit bis 31. Dezember 1905 anzuerkennen hat, die übrigen (Maurer- und Handlanger-) Arbeiten dem Baumeister Franz X. Schmidt in Baden und Josef Schrankell in Liesing, ebenfalls gegen Anerkennung einer Haftzeit bis 31. Dezember 1905 übertragen. Diese Haftzeit ist bei den von den genannten Baumeistern bereits erlegten Kautionen für die Aquäduktreparaturen in Baden und Liesing vorzumerken.

(Angenommen; punkto Zuschußkredit an den Gemeinderat.)

(12358.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des Anton Schönberger um Erteilung der Zustimmung zur Herstellung eines Zubaus in Baden, Mozartstraße 14, in der Nähe des städtischen Aquäduktes und beantragt:

In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 14. März 1901, Z. 2922, wird genehmigt, daß bei der Bauausführung in Baden, Mozartstraße 14, an Stelle des mit diesem Stadtrats-Beschlusse bestimmten Abstandes von der Hochquellenleitung per 3,18 m ein solcher von nur 3 m eingehalten wird; jedoch wird bedungen, daß die übrigen Bestimmungen des obigen Stadtrats-Beschlusses genau beobachtet werden und daß wegen der Nähe des Aquäduktkanales mit aller Vorsicht vorgegangen wird. (Angenommen.)

(12374.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des provisorischen Straßenausschereis Franz Walla um Verlängerung des Bezuges des Krankengeldes und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages und die Verweisung des Gesuchstellers auf den Weg der öffentlichen Armenpflege. (Angenommen.)

(12350.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die vorgelegten Offerte des Weeser-Krell in Schloß Haus und des Architekten Robert Kaschke auf Anfertigung eines Bildes des neuen städtischen Versorgungshauses in Lainz aus der Vogelschau und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12382.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen des Karl Mautner um Ausstellung einer Freikarte für den Schüler der Unterrichts-Abteilung für schwachsinige Kinder, XVIII., Anastasius Grängasse 16/18, Deklar Mautner samt Begleitperson zur Benützung der Straßenbahnstrecke Klosterneuburgerstraße—Sternwartestrasse auf die Dauer des Schuljahres 1904/05 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12364.) **St.-R. Schreiner** referiert über die vom Niederösterreichischen Landes-Ausschuß für das städtische Gartenpersonale übermittelte Remuneration im Betrage von 100 K und beantragt, zu genehmigen, daß diese Remuneration vom Stadtgarten-Inspektorate angenommen und von demselben an das städtische Gartenpersonale verteilt werden dürfe. (Angenommen.)

(12381.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen der kommerziellen Leitung des k. k. Zentral-Spigenkarfes um Ausstellung einer Freikarte auf der Strecke der städtischen Straßenbahnen Hohe Warte—Kolowratring für die Frequentantinnen dieses Karfes und beantragt die Ablehnung im Sinne des Antrages der Direktion der städtischen Straßenbahnen. (Angenommen.)

(12380.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen der Ober-Vorsichterin des k. und k. Offizierswittwen-Institutes um Fahrpreismäßigung für die Pensionärinnen auf der Strecke Neuwaldegg—Prater und beantragt, das Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(12394.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen der vereinigten Margarin- und Buttersabriken Blaimschlein, Rhuner, Wolf und Julius Granichstädten um Erhöhung des bisher angemeldeten Bezuges von Hochquellenwasser zum industriellen Betriebe von 40 hl pro Tag auf 120 hl täglich für das I. Viertel jedes Jahres und 250 hl täglich für das II., III. und IV. Viertel jedes Jahres und beantragt die Bewilligung unter den bisherigen Bedingungen und gegen jederzeitige dreitägige Kündigung. (Angenommen.)

(12399.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen des christlichen Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Weber in Wien um Überlassung eines Lehrzimmers der städtischen Knaben-Bürgererschule XIV., Heinickegasse 3, und beantragt die Ablehnung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12392.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Josef und der Karoline Haslinger um Baubewilligung für den Bau eines Gärtnerhauses auf der Realität Einl.-Z. 752 Kaiser-Ebersdorf (Kleeberggasse), XI. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen. (Angenommen.)

(12393.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Rudolf Fegerl um Baubewilligung für den Bau eines Gärtnerhauses auf der Realität Einl.-Z. 28 Grundbuch Kaiser-Ebersdorf (Hainblgasse), XI. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen und die angeführten Bauerleichterungen zuzugestehen. (Angenommen.)

(12413.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen des städtischen Badedieners Engelbert Lukas um Fortbezug seines Tagelohnes während der Dauer seiner 13tägigen Waffenübung und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12419.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen des Johann Schüller um Bewilligung einer Hundesfreimarkte für das Jahr 1904 und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12414, 12415.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des Franz Schmid und der Emilie Panitzky um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Dr.-Nr. 9 Althangasse, IX. Bezirk, und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen und die Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(12400.) **St.-R. Hößl** referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrerverbrauch in Häusern des XIX. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12269.) **St.-R. Ferdinand Gräf** referiert über das Ansuchen der Veronika Perny um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe II, Reihe 9, Nummer 1 im Ottakringer Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(11721.) St.-R. Ferdinand Graf referiert über den Regulierungsplan für die Umgebung der neuen Irrenanstalt im XIII. und XVI. Bezirke und beantragt:

I. Für die Teile des XVI. und XIII. Bezirkes zwischen der Steinhofstraße, dem Ameisenbach, dem Flößersteige und dem in der Fortsetzung der Rosenthalgasse liegenden Wege, wird der mit der St.-B.-N. Z. 1219-XIII bezeichnete, aus den Plänen 1 bis 6 bestehende Regulierungsplan genehmigt.

1. Auf Grund desselben haben für die Straßen I bis V, für den Hügeling und den an demselben gelegenen Gartenplatz vor dem Haupteingange zur neuen Irrenanstalt, für die Steinhofstraße und deren Verbindung mit der Savoyenstraße, für die Ameisenbachzeile, dann für die Gassen 1 bis 16 die im Lageplan 1 rot gezogenen und schraffierten Linien als Baulinien unter Annahme der rot eingeschriebenen Straßenbreiten zu gelten.

2. Die Höhenlagen der neuen Straßen werden nach den im Plane 1 und in den Längensprofilen in den Plänen 2 bis 5 rot eingeschriebenen Notizen, welche die neuen Straßenhöhen in m über dem Nullpunkte des Pegels an der Ferdinandsbrücke angeben, festgesetzt.

3. Längs sämtlicher neuen Straßenzüge sind Vorgärten anzulegen und dauernd zu erhalten. Als Mindestbreite dieser Vorgärten haben die im Plane 1 eingeschriebenen Maße zu gelten. Dieselben sind so ausgemittelt, daß die Baufluchten der Häuser in allen Straßenzügen mindestens 24 m voneinander abstehen. Gegen die Aufstellung einzelner Gebäude der Irrenanstalt (Pfortnerhaus, Beamtenwohnhäuser) unmittelbar an die Baulinie ohne Vorgarten wird kein Anstand erhoben.

4. Der Abschluß der Vorgärten gegen die Straße und untereinander hat mit eisernen, die Durchsicht nicht behindernden Gittern zu erfolgen, welche auf Ziegel- oder Steinsokeln von höchstens 1,5 m aufgesetzt sind. Größere Niveauunterschiede zwischen dem Bauplatz und der Straße sind durch Böschung des Vorgartens zu überwinden.

5. Bezüglich der Verbauung wird festgesetzt, daß dieselbe mit Bezug auf den Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893, M.-Z. 333027 ex 1891 auf Grundlage des § 82 der Bauordnung mit einzeln stehenden oder höchstens zu zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen hat, welche längs der östlichen und südlichen Baulinie der Hügelfstraße zwischen der Steinhofstraße und dem Flößersteige zur Erzielung eines besseren Ausblickes außer dem Parterre oder Tiefparterre nur noch ein Obergeschoß, im übrigen Gebiete jedoch zwei Obergeschoße enthalten dürfen. Ein Mezzanin gilt als Obergeschoß; höher ragende Türme, Giebel etc. sind gestattet.

6. Die Größen der zwischen den einzelnen Häusern einzuhaltenen Seitenabstände sind durch den Gemeinderats-Beschluß vom 11. Juni 1901, M.-Z. 164766 ex 1899, festgesetzt. Gekuppelte Wohnhäuser sind zur Vermeidung des unschönen Anblickes ungedeckter Feuermauern in einheitlicher Flucht herzustellen.

7. Die Ausgestaltung der Straßen hat nach den auf dem Plane 6 dargestellten Querprofilen zu erfolgen.

8. Dieser Regulierungsplan ist in seinen Hauptpunkten in natura festzusetzen.

II. Der das Territorium der projektierten Landes-Irrenanstalt durchschneidende Weg Kat.-Parz. 867 und 868 Hütteldorf ist an die westliche Einfassung der Anstalt von Seite des Landes-Ausschusses nach Angabe der Gemeinde Wien zu verlegen. Der Gemeinde Wien dürfen hieraus keine Kosten erwachsen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XI. Gemeindebezirk, Simmering.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Simmering vom 21. September 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ignaz Weigl.

Einlauf.

(2193.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Errichtung einer Warthalle beim dritten Tore des Zentral-Friedhofes.

(2310.) Zuschrift der Direktion der städtischen Straßenbahnen in derselben Angelegenheit, jedoch mit dem Beifügen, daß die Warthalle vor Vollendung der Arbeiten zur Herstellung des neuen protestantischen Friedhofes kaum wird aufgestellt werden können, daß jedoch bis dahin für die wartenden Fahrgäste zwei Wagen aufgestellt werden.

Zur Kenntnis.

(2424.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend die Erbauung einer Schleusenbrücke über den Seefischgraben im Zuge der Zinnergasse im XI. Bezirke.

Zur Kenntnis.

(2568.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Benennung mehrerer Straßen und Gassen im XI. Bezirke, so der Hasenleitengasse, Schemmelstraße und Fabiganstraße.

Zur Kenntnis.

(2344.) Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den IX. Bezirk, betreffend die Schaffung eines ins Freie führenden Stiegenausganges vom Chore der Simmeringer Pfarrkirche, sowie sonstiger Sicherheitsvorkehrungen.

Zur Kenntnis.

(2572.) Zuschrift der Bezirksvorstehung Landstraße, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung Landstraße, daß die an die Gemeinde Wien zu zahlenden Anerkennungszinse für Kadastreifer und Einwurfsöffnungen bei der Bemessung der Hauszinssteuer als Passivpost von dem Bruttozinse in Abrechnung gebracht werden.

Zugestimmt.

(2474.) Zuschrift der Bezirksvorstehung des X. Bezirkes, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten, es sei der Verkauf von Schleudergummi und Knallbomben an Kinder den Wazaren und Papierhandlungen polizeilich zu verbieten.

Zugestimmt mit dem Beifügen, daß der Verkauf derartiger Artikel überhaupt verboten werden möge.

(2475.) Zuschrift der Bezirksvorstehung des X. Bezirkes, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten auf Erlassung eines Verbotes des offenen Ausstellens von zum Genuße bestimmten Artikeln.

Zur Kenntnis.

(2484.) Zuschrift der Bezirksvorstehung des X. Bezirkes, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung Favoriten wegen polizeilicher Abschaffung jener Individuen, die wegen schwerer Körperverletzung im Kaufhandel verurteilt worden und nicht nach Wien zuständig sind.

Zugestimmt.

(2286.) Zuschrift der Bezirksvorstehung des XII. Bezirkes, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung Meidling wegen Tunnellierung der neu anzulegenden Straßen behufs Unterbringung der sonst im

Straßenkörper liegenden Objekte, wie Gas-, Wasser-, Telegraphen-, Telephonleitungen zc.

Zur Kenntnis.

(2208.) Zuschrift der Bezirksvorstehung des XV. Bezirkes, betreffend den Beschluß der Bezirksvertretung Fünfhaus auf Anbringung der Haltestellentafeln der städtischen Straßenbahnen an den Gas- und Leitungsmaßen.

Zugestimmt.

(2608.) Es gelangt nun eine Zuschrift von den Bewohnern jenes Teiles des XI. Bezirkes, der um die städtischen Gaswerke und um das städtische Elektrizitätswerk liegt, sowie der Bewohner der Freudenau und des unteren Praters an den B.-B.-St. Weigl zur Berlesung, worin um den Ausbau der städtischen Straßenbahnen bis zum städtischen Elektrizitätswerke gebeten wird.

Wird einstimmig befürwortet.

Endlich wird noch ein Dankschreiben des k. k. Polizei-Bezirksarztes Dr. Josef Schmitt an die Bezirksvertretung wegen Beantragung der demselben verliehenen Auszeichnung verlesen und von der von demselben für die Dr. Karl Lueger-Stiftung gemachten Spende im Betrage von 200 K Mitteilung gemacht, wofür die Bezirksvertretung durch Erheben von den Sitzen den Dank ausspricht.

Anfragen und Anträge.

B.-R. Piranko ersucht um Betreibung der seinerzeitigen Eingabe wegen Einlösung des vorspringenden Traktes vom Hause XI., Braunhubergasse 2, und begründet die Dringlichkeit damit, daß das Passieren dieses Engpasses bei dem starken Fuhrwerksverkehre lebensgefährlich ist, zumal diese Enge von dem größten Teile der Schulkinder, die die Braunhuberschule besuchen, passiert werden muß.

B.-R. Heutschl stellt den Antrag auf Beleuchtung der Turmuhr der Simmeringer Pfarrkirche.

Angenommen.

B.-R. Golda stellt den Antrag auf Umwandlung der halb-nächtigen Gasflamme in dem eine Sadgasse bildenden Teile der Minnböckstraße, der rechts von der Kopalgasse liegt, in eine ganz-nächtige.

Angenommen.

Der selbe beantragt die Umwandlung der „Haltestelle nach Bedarf“ der städtischen Straßenbahnen bei der Eisenbahnhaltestelle „Simmeringer Hauptstraße“ in eine ständige.

Angenommen.

Der selbe ersucht um Betreibung der seinerzeitigen Eingaben wegen Beleuchtung des Mitterweges und wegen Errichtung eines Pissoirs in der Hauffgasse.

B.-R. Wenzl ersucht um Betreibung der seinerzeitigen Eingabe wegen Einlösung des Hauses Kopalgasse 32.

Der selbe stellt den Antrag auf Aufstellung einer ganz-nächtigen Flamme in der Mitte der Dampfmühlgasse.

Angenommen.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Festlicher Empfang im Rathaus.

Sonntag den 9. Oktober 1904, um 1/25 Uhr nachmittags fand in den Festräumen des Rathauses ein Empfang der Teilnehmer an der Niederösterreichischen Zentral-Ausstellung prämiierter Lehrlingsarbeiten statt, bei welchem Bürgermeister Dr. Lueger die Honneurs machte.

* * *

Wetterprognosendienst.

Über Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. Oktober 1904, Z. XIII-1028/1 (Mag.-Abt. XXII, 4594 04), wird im Nachhange zu dem Statthalterei-Erlasse Z. XIII-1028 vom 22. August 1904 (Siehe Amtsbzl. Nr. 76 ex 1904, S. 1797) mitgeteilt, daß bei der Firma Braumüller, k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhandlung in Wien, I., Graben Nr. 21, ein Aufsatz von Dr. J. M. Perntner „Die tägliche telegraphische Wetterprognose in Österreich“ im Erscheinen begriffen ist. Das Werkchen, dessen Verbreitung im Interesse des Ackerbaues wünschenswert ist, kostet 60 h.

Approvisionnement-Angelegenheiten.

Vorstenviehmärkte vom 11. und 13. Oktober 1904.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Jungschweine (Fleischschweine)	6298 Stück
Fettschweine	6505 "
Summe .	12803 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 1959 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	11236 Stück
für das Land	822 "
unverkauft geblieben	745 "

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität	von 82 bis 94 h (extrem bis 102 h)
II. "	74 " 80 "
III. "	66 " 72 "

Fettschweine:

I. Qualität	von 100 bis 104 h (extrem bis 108 h)
II. "	96 " 99 "
III. "	90 " 95 "

Auf den dieswöchentlichen Vorstenviehmärkten wurden im Vergleiche zur Vorwoche um 1583 Stück Fleischschweine weniger und um 128 Stück Fettschweine mehr aufgetrieben. Bei sehr schwerfälligem Verkehre waren Fettschweine um 2 h per Kilogramm billiger. Fleischschweine konnten trotz verminderter Zufuhr nur die vorwöchentlichen Preise behaupten und zeigte sich auch hier eine Neigung zur Preisabschwächung.

* * *

Pferde-Exposition der k. k. II. Traindivision am 10. Oktober 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 115 Pferde.

Preis für Gebrauchspferde von 80 K bis 250 K per Stück.

* * *

Pferdemarkt vom 11. Oktober 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 487 Pferde

(359 Schlachtpferde, 128 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde 120— 900 K per Stück

„ Schlachtpferde 37—140 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 13. Oktober 1904.

1. Antrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	282	Schafe lebend	5813
Kälber ausgeweidet	3461	Schafe ausgeweidet	734
Lämmer lebend	50	Schweine ausgeweidet	1691
Lämmer ausgeweidet	133		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität von 96 bis 108 h (extrem bis 110 h)

II. „ „ 82 „ 94 „

III. „ „ 68 „ 80 „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 100 bis 124 h (extrem bis 140 h)

II. „ „ 86 „ 98 „

III. „ „ 76 „ 84 „

Lämmer lebend (per Paar):

I. Qualität von 24 bis 28 K (extrem bis — K)

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

I. Qualität von 20 bis 26 K (extrem bis 33 K)

II. „ „ 16 „ 18 „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 70 bis 80 h (extrem bis 100 h)

II. „ „ 62 „ 68 „

III. „ „ 50 „ 60 „

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 98 bis 116 h (extrem bis 128 h)

II. „ „ 90 „ 96 „

III. „ „ 80 „ 88 „

Schafe lebend (per Paar):

I. Qualität von 36 bis 40 K (extrem bis — K)

II. „ „ 23 „ 30 „

III. „ „ 14 „ 22 „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität von 47 bis 50 h (extrem bis 52 h)

II. „ „ 42 „ 45 „

III. „ „ 38 „ 40 „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 270 Stück Kälber mehr zugeführt. Der Geschäftverkehr war ruhig und blieben die Preise aller Marktartikel unverändert, nur Weidner Schweine waren zumeist um 2 bis 4 h per Kilogramm billiger.

Auf dem Schafmarkte wurden um 957 Stück Schafe mehr aufgetrieben und war die Tendenz angesichts der konstant gestiegenen Zufuhr flau. Die Preise gingen neuerlich um 2 bis 3 h per Kilogramm und um 2 bis 4 K per Paar zurück.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 13. Oktober 1904 30 Stück Mast-, 54 Stück Weide- und 62 Stück Weidvieh aufgetrieben.

* * *

Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 23. September 1904, Z. XII-39/9, betreffend den Verkehr mit Klauentieren aus Galizien nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 4388/04.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 24. September 1904, Nr. 219.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 29. September 1904, Z. XII-36, 85, betreffend die Einfuhr von Klauentieren (Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen) aus Ungarn nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 4478/04.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 30. September 1904, Nr. 224.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 4. Oktober 1904, Z. XII-3495/15, betreffend den für das IV. Quartal 1904 festgestellten Werttarif für lebende Ruzschweine und den für den Monat Oktober 1904 geltenden Entschädigungspreis für Schlachtschweine. (M.-Abt. IX, 4523/04.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 5. Oktober 1904, Nr. 228.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 8. Oktober 1904, Z. XII-39/10, betreffend den Verkehr mit Klauentieren aus Galizien nach Niederösterreich. (M.-Abt. IX, 4599/04.) Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 9. Oktober 1904, Nr. 232.

Baubewegung

vom 10. bis 13. Oktober 1904.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

III. Bezirk: Haus, Nottendorfergasse, Einl.-Z. 2117, von Franziska Seidler, VIII., Lerchenfelderstraße 73 (6938).

„ „ Haus, Würzlerstraße, Einl.-Z. 3111, von Heinrich Vogl, Bauführer F. Oberhauser (6965).

IX. Bezirk: Haus, Pfluggasse 9, von Adolf Matern durch F. Köhl, IV., Raimundgasse 6, Bauführer Fröhlich & Schrott (6910).

X. Bezirk: Guderstraße 159, von G. Thoppan & Komp, ebenda, Bauführer Ferd. Schindler (66576).

XIII. Bezirk: Dreifüßiges Wohnhaus, Breitensee, Einl.-Z. 381, von Josef Löwitich, Bauführer derselbe (37468).

„ „ Einfüßiges Wohnhaus, Breitensee, Einl.-Z. 104, von Anton und Marie Gerstorfer, Bauführer Hausenbichl & Wolf (37608).

„ „ Zweifüßiges Wohnhaus, Hütteldorf, Einl.-Z. 694, von Franz Walek, Bauführer derselbe (37609).

„ „ Zweifüßiges Wohnhaus, Ober-Baumgarten, Einl.-Z. 138, von Johann und Barbara Neunteufel, Bauführer Martl & Müller (37674).

XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Gersthoferstraße 162, von Ludwig Riedl, Bauführer Alois Robl (35929).

Subanten.

- VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 20/22, von Karl Hartl, Bauführer Friedrich Zeiler (6928).
- XIII. Bezirk: Einfriedigte Beranda, Ober-St. Veit, Kat.-Parz. 189, von Hofrat Professor Hipper, Bauführer Martin Leopold (37679).
- " " Schupfen, Spreising, Spreisingerstraße 19, von Josef Wimmer, Bauführer Gabriel Kröpfel (37714).
- XVIII. Bezirk: Gärtnerwohnung, Pöbleinsdorferstraße 159, von Rudolf Ulrich, Pöbleinsdorfer Höhe, Bauführer A. Wimmer (86574).
- " " Wohnhaus, Pöbleinsdorferstraße 42, von Ernst Kuhn, I., Landhausgasse 2 (37310).

Adaptierungen.

- I. Bezirk: Franz Josefskai 13, von J. Bittner, Baumeister (6927).
- " " Werbertorgasse Ecke der Gonzagagasse 14, von Dr. K. Eisenstätter, Bauführer J. Dobias (6964).
- " " Hansengasse 4/6, von Dr. Pittschmann, Bauführer Donat Zifferer (6980).
- II. Bezirk: Rotensterngasse 16, von Heinrich Reufeld, Bauführer A. Hofmann (6944).
- III. Bezirk: Landstraße Hauptstraße 51, von Heim & Hermann, Baumeister (6907).
- V. Bezirk: Margaretenstraße 139, von J. D. Müller, Bauführer H. Schütz (6952).
- " " Ramperstorffergasse 18, Webgasse 28, von Karl Krepp, Maurermeister (6961).
- VI. Bezirk: Gfornergasse 4, von Franz Luidenus, Baumeister (6902).
- VII. Bezirk: Kaiserstraße 30, von Jg. Beer, Bauführer Robl & Löwitsch (6916).
- X. Bezirk: Senefeldergasse 4, von S. Hoffmann, II., R. I. Prater 50, Bauführer Franz Summerauer (66564).
- " " Antonplatz 22, von Thomas Maschl, ebenda, Bauführer Franz Freiber v. Schönsfeld (66363).
- " " Brunnenwegstraße 4, von Anna Bratal, ebenda, Bauführer Anton Niederdorfer (66365).
- XI. Bezirk: Simmering, Simmeringer Hauptstraße 40, von der Maschinen- und Waggonbauabrits - Aktiengesellschaft in Simmering vormals H. D. Schmid, Bauführer Anton Kurz, Baumeister (20066).
- " " Simmering, Simmeringer Hauptstraße 40, von der Maschinen- und Waggonbauabrits - Aktiengesellschaft in Simmering vormals H. D. Schmid, Bauführer Anton Kurz, Baumeister (20067).
- XIII. Bezirk: Penzing, Einl.-Z. 161, von der Diskonto-Gesellschaft, Bauführer Laste & Fiala (37607).
- " " Hütteldorf, Einl.-Z. 440, Linzerstraße, von Hermann Ritter v. Mitscha, Bauführer Hausenbichl & Wolf (37859).
- XVIII. Bezirk: Währing, Köbtergasse 17, von Pauline Wagenseil, ebenda, Bauführer Franz Nagler (36716).
- XX. Bezirk: Karajiangasse 21, von A. Schöppel, Bauführer A. Simona (6901).
- " " Klosterneuburgerstraße 4, von Bernhard Schid, Bauführer J. Dobias (6902).
- " " Burghardtstraße 10, von Joh. Kolarik, Bauführer F. Klement (6945).

Diverse (geringere) Bantou.

- II. Bezirk: Tramauswechslung, Am Labor 28, von Berta Kohn, Bauführer J. Hauf (6906).
- " " Kanal, Untere Augartenstraße 5, von Charlotte v. Foregger, Hermine Kraus und E. Nied, Bauführer M. Kaiser (6906).
- " " Feuermauer, Kronprinz Rudolfstraße 18, von Franz Jahudla (6947).
- " " Schupfe, Dammsstraße 93, von der Dampfwascherei-Aktiengesellschaft, Bauführer Em. Kamenichy (6978).
- VI. Bezirk: Hofeindeckung, Mittelgasse 29, von Hugo Engelhardt, Bauführer M. Sturany (6981).
- VII. Bezirk: Waschlüche, Seidengasse 30, von Hermann Kruger, Bauführer F. Wanke (6925).
- " " Rohrkanal, Mariahilfsstraße 120, von J. Budil, Bauführer M. Draxelmeyer (6984).
- IX. Bezirk: Tramauswechslung, Müllnergasse 14, von Johann Horak, Administrator, Bauführer A. Brizzi (6918).
- " " Hofeindeckung, Garnisonsgasse 7, von Arnold Fröhlich, Frantgasse 1, Bauführer D. Zifferer (6986).
- " " Rohrkanal, Wiesengasse 5, von Andreas Grund, Bauführer A. Schwertmann (6993).
- X. Bezirk: Triesterstraße 1h, von Karl Hoffmann, ebenda, Bauführer Johann Ludwig (66364).
- " " Staatsbahngasse 7, von August Schißl, ebenda, Bauführer W. Stadler (66175).

- XIII. Bezirk: Sägewerkschütte, Breitensee, Einl.-Z. 502, von Simon Tröster, Bauführer derselbe (37994).
- " " Kanzlei und Requisitionshütte, Breitensee, Einl.-Z. 502, von Robert Schonstein (37995).
- " " Steinzugrohrkanal, Ober-St. Veit, Titlgasse 10, von Josef Spitzer, Bauführer Franz Nowotny (38156).
- " " Steinzugrohrkanal, Ober-St. Veit, Titlgasse 6, von J. Ristic, Bauführer Franz Nowotny (38157).
- " " Steinzugrohrkanal, Ober-St. Veit, Titlgasse 14, von D. M. Frankl, Bauführer Franz Nowotny (38158).
- " " Steinzugrohrkanal, Ober-St. Veit, Titlgasse 14, von A. Witasek, Bauführer Franz Nowotny (38159).
- XX. Bezirk: Stall, Klosterneuburgerstraße 47, von Bernhard Schid, Bauführer J. Dobias (6903).
- " " Backofen, Klosterneuburgerstraße 45, von Franz Eittel, Bauführer A. Stejtal (6943).
- " " Schornstein, Hochstättplatz 5, von der Niederösterreichischen Molkerei, Bauführer E. Gussenbauer (6930).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Ausstreckung der Baulinien wurden überreicht:

- III. Bezirk: Rechte Bahngasse, Einl.-Z. 1258, von Johann Leitner, Maurermeister (6988).
- IX. Bezirk: Roßauerlände, Seergasse, Einl.-Z. 900, von Al. Schuhmacher, IV., Paniglasse 17a (6994).
- " " Roßauerlände, Einl.-Z. 1453, Paniglasse 17a (6995).
- " " Roßauerlände, Einl.-Z. 1454, Paniglasse 17a (6996).
- X. Bezirk: Siccardsburggasse 83, von Moriz und Emitte Hafner (66367).
- XI. Bezirk: Simmering, Einl.-Z. 1824, Parzelle 1786/13, Baustelle 20, von Moriz Böhl (20201).
- XIII. Bezirk: Lainz, Einl.-Z. 244, von Wenzel und Gabriele König (37444).
- " " Hütteldorf, Einl.-Z. 99, von Franz und Theresie Sigmund (37857).
- " " Breitensee, Einl.-Z. 571, von Josef Auger (37991).
- XVIII. Bezirk: Gersthofersstraße 109, von Josef Szonda (36629).
- " " Rittersberggasse 11, von Franz Simlinger (36759).
- " " Gersthofersstraße 48, von Schreiber's Erben (37291).

Demolierungsanzeigen.

- VIII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 42, Strozsigasse 1, von A. & J. Sturany, Baumeister (6982).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. VII, Z. 637.

11. Oktober 1904.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Adergasse zwischen der Wallis-haussergasse und Dr.-Nr. 66 Adergasse im XVII. Bezirke.

Erde- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im vorausgeschlagenen Kostenbetrage von 12.437 K 88 h.

Arnoldi Leo — Nachlag 5% gegen Verwendung von Romanzement der Marke Waldmühle in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 74 kg per Hektoliter und von Schlackenzement der Marke Wittkowitz in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.

* * *

Mag.-Dept. III, Z. 3866.

11. Oktober 1904.

Vergebung der Demolierung zweier auf der Liegenschaft Einl.-Z. 1878 Gernals, Wattgasse 92 stehenden Baulichkeiten.

Schärf Johann, Mödling — 2600 K an die Gemeinde.
 Zelnitzel Josef — 4500 K an die Gemeinde.
 Steinmetz Johann jun. — 4000 K an die Gemeinde.
 Bisgrill Josef — 1250 K an die Gemeinde.
 Haupt Max — 1100 K an die Gemeinde.
 Wanko Michael — 3100 K an die Gemeinde.

* * *

II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Lieferung von Desinfektionsmitteln für das Jahr 1905.

- Neuber Wilhelm — 50.000 kg rohe flüssige Karbolsäure, 15 bis 20% Gehalt, 10 K per 100 kg netto, Barrel frei.
 Rückvergütung für leere Barrels 1 K 60 h per Stück.
 3000 kg reine kristallisierte Karbolsäure:
 in Zinkblechen zu je 5 kg 191 K,
 in Zinkblechen zu je 2,5 kg 201 K,
 in Zinkblechen zu je 1 kg 211 K,
 per 100 kg netto einschließlich Blech ohne Kiste.
 Rückvergütung per Stück:
 Büchse à 5 kg Inhalt 20 h,
 Büchse à 2,5 kg Inhalt 14 h,
 Büchse à 1 kg Inhalt 10 h,
 4000 kg flüssiges Formaldehyd:
 in 5 kg Flaschen 149 K,
 in 1 kg Flaschen 159 K
 per 100 kg netto samt Flasche.
 — 5000 kg Ammoniakflüssigkeit:
 Handelsware Gehalt 25% Ammoniakgeist per 100 kg netto, ohne Ballon 36 K.
 Für Ballon à 50 kg Inhalt 3 K.
 Rückvergütung für Ballon à 50 kg Inhalt 3 K.
- Schülle & Mayr's Nachfolger Dr. Raupenfranz
 — 3000 kg reines Eysol:
 in Flaschen à 1 kg netto 170 K,
 in Flaschen à 5 kg netto 160 K,
 in Flaschen à 50 kg netto 150 K
 per 100 kg netto einschließlich Packung.
 Rückvergütung:
 für Flaschen à 1 kg 12 h per Stück,
 für Flaschen à 5 kg 50 h per Stück,
 für Flaschen à 50 kg 2 K per Stück.

Sintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

7. Oktober 1904.

(Fortsetzung.)

- Eucharel Marie — Handel mit Obst und Blumen im Umherziehen — X., Kolombusgasse 22.
 Tausch Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Staudgasse 71.
 Lesaf Ernst — Verschleiß von Fleisch- und Selchwaren — X., Quellen-gasse 4.
 Tögel Leopold — Betrieb eines Karrussells und einer Schießstätte in Niederösterreich mit Ausschluß des Wiener Polizeirayons — X., Jnzerdorfer-straße 26.
 Trnka Karl — Photographengewerbe — X., Favoritenstraße 80.
 Tropper Cäcilie, geb. Oberhauser — Fleisch-Verschleißgewerbe — V., Siebenbrunnengasse 16.
 Bil Wenzel — Fleischnhauer — X., Ettenreichgasse 18.
 Bukovic Johann — Expeditions-gewerbe — VII., Zoller-gasse 12.
 Walla Georg — Wildbret- und Geflügelhandel — IV., Weyringer-gasse 28.
 Weber Anna — Naturblumenhandel — VII., Burggasse 103.
 Weber Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — VII., Kirchberggasse 12.
 Walter Ludwig — Klein-Verschleiß von Brennmaterialien — XV., Pefz-gasse 19.
 Weber Robert — Bäcker-gewerbe — XVIII., Schumann-gasse 28.
 Wehrhans Theresie — Selchwaren-Verschleiß — XV., Sperrgasse 8.
 Weiß Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XX., Jägerstraße 18.
 Weiß Salomon — Bäcker — XX., Jägerstraße 18.
 Wilhelm Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Andreasgasse 5.
 Wimmer Josef — Kommissionshandel in Leder und Lederwaren — VII., Kaiserstraße 1.
 Winter Berta — Spirituosenhandel in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluß jeden Ausschankes und Klein-Verschleißes von gebrannten geistigen Getränken — XX., Bäuerlegasse 13.
 Wollner Wilma — Tröbder-gewerbe — VII., Neubaugasse 26.
 Wurm Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neusiftgasse 36.

8. Oktober 1904.

- Abraham Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Wilbenmangasse 8.
 Berger Johann — Spengler-gewerbe — V., Castelligasse 10.
 Bergmann Ladislaus — Stroh- und Damenfilz-hut-Erzeugung — II., Leopoldsgasse 30.
 Bergmann Ladislaus — Modistengewerbe — II., Leopoldsgasse 30.
 Birjak Johann — Markt-virtualienhandel — IV., Rärntner-tormarkt.
 Bohacs Ulrich — Schneider-gewerbe (temp.) — III., Fasangasse 2.
 Bruckmüller Marie — Zwangspächterin der Einspänner-Lizenz Nr. 182 — XII., Eichenstraße 44.
 Cechmanel Raimund — Schuhmacher-gewerbe — XIV., Goldschlag-straße 31.
 Czuta Anton — Kastanienbratergewerbe — II., Aspernbrücke, am linken Brückenkopf beim Gas-kandelaber 1477.
 Czaudi Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIV., Grenz-gasse 1.
 Dörfel Rudolf — Ziergärtner-gewerbe — II., Freudenau 68.
 Dytrichs Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Felsbergstraße 62.
 Eiser Franziska — Damenkleidermacher-gewerbe — IV., Margareten-straße 44.
 Engel Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidlinger Haupt-straße 13.
 Fiedtner Johanna — Verschleiß von Würsteln und Brot mit dem fixen Standorte — XIV., Sparkassaplatz.
 Freund Aloisia, geb. Venesch — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Wilhelmstraße 43.
 Friedrich Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Belvedere-gasse 37.
 Frisch Andreas — Brunnenmacher-gewerbe — XII., Schönbrunner-straße 178.
 Fröhlich Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe-Lizenz Nr. 740 — V., Mary-Meidlingerstraße 26.
 Fröhlich Marie — Grundieren von Malleinwand und Malbrettern — V., Mitterteig 10.
 Fröhlich Rosa, geb. Wassermann — Modistengewerbe — II., Schmelz-gasse 7.
 Fürst Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIV., Goldschlagstraße 88.
 Gahner Andreas — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Schönbrunner-straße 280.
 Gatschur Barbara — Wäscheputzerei — II., Sturverstraße 37.
 Gelb Alois — Kürschner-gewerbe — II., Praterstraße 66.
 Hafelost Friedrich — Einmacher — V., Reinprechtsdorferstraße 33.
 Hawlicek Alois — Tapezierergewerbe — IV., Kolschitzgasse 6.
 Huth Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Castelligasse 10.
 Jellinet Emma — Modistengewerbe — II., Birtusgasse 35.
 Jonke Franz — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erbäpfeln — IV., Favoritenplatz, Laterne Nr. 268.
 Kahone Ferich, rekte Czernek — Veranstaltung von musikalischen Produktionen — II., Pazmanitengasse 28.
 Karlas Ludwig — Flaschenbierfüllergewerbe — XII., Spittelbreiten-gasse 16.
 Kienast Johanna — Mechanische Strickerei — XIV., Piller-gasse 1.
 Kiesel Heinrich — Pachtweiser Betrieb des Gewerbes der Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein — XIV., Benedikt Schellingergasse 13.
 Kohn Josef — Selchwaren-Verschleiß — IV., Rärntner-tormarkt.
 Kohn Josef — Markt-virtualienhandel — IV., Rärntner-tormarkt.
 Lederer Hugo — Zigarettenhilfen-Erzeugung — XIV., Ullmannstraße 45.
 Leeb Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIV., Märzstraße 109.
 Malit Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Preßgasse 22.
 Mobjagl Rosa — Kunstficker-, Modevordruckerei- und Tamburierergewerbe — V., Grüngasse 31.
 Müller Leopold — Gastwirts-gewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Speisen, zum Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele ohne Billardspiel — III., Pragerstraße 12.
 Neuhanser Robert — Hülsenfrüchtenhandel — XIV., Prinz Karl-gasse 14.
 Nickerl Julius — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XII., Meidlinger Hauptstraße 62.
 Obriker Marie, rekte Linder — Fragner-gewerbe — V., Siebenbrunnen-gasse 26.
 Paß Anna — Fragner-gewerbe — IV., Schönburgstraße 36.
 Pohanka Josefa — Markt-virtualienhandel — XV., Markt in der Schwendergasse.
 Rappel Albertine — Fabrikmäßige Erzeugung von Postkartons und Kartonagewaren aller Art — XII., Fabrik-gasse 4/8.
 Ritter Karl — Ausführung von Gasrohrleitungen, Beleuchtungs-Einrichtungen und Wassereinleitungen — XII., Breitenfurterstraße 68.
 Rosenzweig Franziska — Pseidler-gewerbe — II., Schreigasse 19.
 Schefczig Franz — Zuckerbäcker-gewerbe — XIV., Selzergasse 29.
 Schlebinger Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Schönbrunnerstraße 139.
 Schmidt Konrad — Fleischselchergewerbe — IV., Wiedener Haupt-straße 26.

Schwarz Samuel — Schuhoberteil-Erzeugung — IV., Kettenbrückengasse 6.
 Sebladel Josef — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Odbornik“ — XIV., Weibelgasse 9.
 Schar Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 36.
 Starl Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Ullmannstraße 47.
 Strader Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IV., Fleischmannsgasse 1.
 Strafal Franz — Herrenkleidermachergewerbe — IV., Heumühlgasse 14.
 Swoboda Josef — Wagnergewerbe — XVII., Breitenfurterstraße 18.
 Tragholz Retti — Marksfahrgewerbe — II., Novaragasse 4.
 Wefely Anton — Kleidermacher — II., Novaragasse 19.
 Wargason Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Tichelgasse 28.
 Wittmann Katharina, geb. Pollak — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Arbeitergasse 37.
 Wurzer Katharina, geb. Pfeifer — Viktualien-Verschleiß — XII., Rotenmühlgasse 17.
 Ziegler Anton — Handschuhmacher — III., Landstraße Hauptstraße 90.
 Ziegler Anton — Handel mit neuen Kleidern (Filiale) — III., Landstraße Hauptstraße 90.
 Zubarsic Anton — Kasanien-, Äpfel- und Erdäpfelbratergewerbe — V., Bei der Pilgrambrücke rechts gegenüber dem Hause Wienstraße 83.

10. Oktober 1904.

Abert Anton — Verschleiß von Kaffee und Feigenkaffee — XIII., Bartolomäusgasse 5.
 Altshul Hugo — Sammeln von Pränumeranten — IX., Porzellangasse 58.
 Andis Karl — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und d G.-D. beschränkt auf kalte Speisen, Bier und Wein in Flaschen und Lökke, ferner f und g) — XV., Goldschlagstraße 1.
 Apelbaum Geza — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alferstraße 40.
 Aurnhaumer Matthias — Damenfriseurgewerbe — I., Neuer Markt 8.
 Babuder Josef Franz — Gipsfiguren-Erzeugung — XV., Staggasse 15.
 Barton Franziska — Kaffeesiedergewerbe — XVII., Ottakringerstraße 98.
 Offene Handelsgesellschaft Benesch & Feigl; verantwortlicher Stellvertreter: Alfred Benesch — Gemischtwarenhandel — I., Bauernmarkt 14.
 Benesi Moritz — Versicherungsagent — IX., Berggasse 3.
 Billa Anna — Viktualien-Verschleiß — IX., Glasergasse 15.
 Bis Max — Ausführung von Gasrohrleitungen, Beleuchtungseinrichtungen und Wassereinleitungen — IX., Fahngasse 32.
 Bient Josefine — Wäschewaren-Erzeugung — XVII., Ottakringerstraße 20.
 Böhm Josef — Schlossergewerbe — XVII., Hornmeyrgasse 5.
 Bolzo Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitenfurterstraße 49.
 Brizel Rudolf — Drechslergewerbe — V., Furchhührgasse 8.
 Buhina Ferdinand — Holzbildhauergewerbe — XV., Neubaugürtel 33.
 Capel Johann — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Beheimgasse 48.
 Celoff Josef — Kasanienbratergewerbe — I., Schottenring vor Nr. 2 neben der Annonzenlaterne.
 Firma Dangl F.; verantwortlicher Leiter: Anton Schramm — Speditionsgewerbe — IX., Spitalgasse 27.
 Dely Josefine — Kaffeesiedergewerbe — XVII., Kalvarienberggasse 21.
 Deutsch Gottfried — Handelsagentur — I., Rotenturmstraße 1.
 Dörtl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Hernalser Hauptstraße 66.
 Du Rieux de Fayau Johanna — Galvanisierergewerbe — XVII., Pezlgasse 52.
 Ehn Johann — Gastwirt — XVII., Ottakringerstraße 50.
 Ehrenstein Julius — Handschuhmachergewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 79.
 Ehrlich Johann, Firma: Wilhelm Pohl — Gemischtwarenhandel (Filiale) — I., Kärntnerstraße 39.
 Enzle Eva — Pfeidberggewerbe — I., Rosenbursengasse 8.
 Offene Handelsgesellschaft: Feldscharel, Löwinger & Weiner; Stellvertreter: Maximilian Weiner, Julius Löwinger, Karl Weiner — Handel mit Manufakturwaren — I., Werdertorgasse 17.
 Fischer Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Antonigasse 79.
 Fischer Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Klopstockgasse 35.
 Fluß Jakob — Gewerbsmäßige Darlehensgewährung aus eigenem Gelde — IX., Hebragasse 4.
 Friesz Adolf — Mitleiter und Mitinhaber der Militärvorbereitungsschule Arnold Friesz — I., Helfferstorferstraße 3.
 Fröhlich Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., B. Uzeile 4.
 Fruchs Ludwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Peststraße 131.
 Göbl Anton — Pfeidberggewerbe — XVII., Geblergasse 86.
 Grill Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß des Flaschenbierhandels — XI., Simmeringer Hauptstraße 115.

Grim Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Geblergasse 22.
 Grobauer Apollonia — Widbröt-Verschleiß — I., Hoher Markt (Stand).
 Haas Samuel — Agent — IX., Eisengasse 25.
 Habiger Franz — Fleischschlächtergewerbe — IX., Fahngasse 33.
 Hafner Anton — Friseurgewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 167.
 Hahnauer Hugo — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Beheimgasse 40.
 Haiberger Theresie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Eisenstraße 2.
 Haubl Josef — Masseurgewerbe mit Ausschluß der Anwendung der Massage zu Heilzwecken — XX., Wallensteinstraße 13.
 Haubl Marie — Masseurgewerbe mit Ausschluß der Anwendung der Massage zu Heilzwecken — XX., Wallensteinstraße 13.
 Hartl Peter — Milchmeiergewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 104.
 Herrnsfeld Moritz — Herstellung und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität — I., Fischersteige 8.
 Hinterwögerer Franz — Fleisch-Verschleiß — XIII., Anschlaggasse 20.
 Hochreiter Lina — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., St. Veitgasse 63.
 Hörmann Rudolf Heinrich — Marktviktualien-Verschleiß — I., Am Hof.
 Hofbauer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitenfurterstraße 56.
 Hofmann Katharina — Möbel-Verschleiß — XVII., Ottakringerstraße 46.
 Jby Hermine — Gast- und Schankgewerbe nach § 16, lit. b, c, d, f und g G.-D. — XIII., Gallgasse 16.
 Jelschka Karl — Fleischhauergewerbe — XVII., Lobenhauerergasse 2.
 John Franz — Kaffeesiedergewerbe — X., Lorenzburgerstraße 9.
 Kaffner Rosa — Pferdefleisch- und Pferdefleischschlächtergewerbe — XIII., Reintgasse 58.
 Keznick Franz — Schlossergewerbe — XVII., Rattergasse 13.
 Kirchweber Agnes — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Lustandlgasse 30.
 Klein Albert (Alleininhaber der Firma Albert Klein) — Holz-Kommissionshandel — I., Elisabethstraße 10.
 Knoch Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Brigittenauerlande 18.
 Knöpfelmacher Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Flaschenbier — XX., Rauscherstraße 7.
 Koch Ferdinand — Sonn- und Regenschirmmachergewerbe — XVII., Pezlgasse 42.
 Kollmann Berta — Pfeidberggewerbe — XX., Feinzelmannungasse 3.
 Kraus Anna — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele exklusive Billardspiel — XX., Wallensteinstraße 6.
 Kreitmayer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Dtmargasse 42.
 Kul Anna — Privatschule für Klavierspiel und Gesang — IX., Prechtgasse 1.
 Paula Theresie — Tabak-Traffik — X., Südbahnhof, Ankunftsseite.
 Leber Thomas — Kasanienbratergewerbe — I., Bellariastraße, Ecke Museumspark (K. 1347).
 Lhotsky Franziska — Damenfriseurin — I., Lazenhof 2.
 Mader Moritz — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — X., Favoritenstraße 139.
 Malchler Sarah Anna — Gewerbsmäßiger An- und Verkauf von Baugründen und Realitäten mit Ausnahme jedes diesbezüglichen Vermittlungsgeschäftes — IX., Berggasse 8.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderat:	
Sitzung des Gemeinderates	1945
Sabtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	1945
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 30. September 1904	1945
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 21. September 1904	1947
Allgemeine Nachrichten:	
Festlicher Empfang im Rathause	1948
Wetterprognosendienst	1948
Approvisionierungs-Angelegenheiten:	
Borstenviehmärkte vom 11. und 13. Oktober 1904	1948
Pferde-Vizitation der I. II. Traindivision am 10. Oktober 1904	1949
Pferdemarkt vom 11. Oktober 1904	1949
Zug- und Stechviehmarkt vom 13. Oktober 1904	1949
Rundmachungen, betreffend den Viehverkehr	1949
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 10. bis 13. Oktober 1904	1949
städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offerverhandlungs-Ergebnisse	1950
II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen	1951
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	1951
Rundmachungen.	

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingungen u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	O b j e k t	G e g e n s t a n d der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
24. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag. = Rat Groll V. Stiege, 2. Stock)	5338	Baumpflanzung in der Hain- burgerstraße im III. Bezirke.	Lieferung von 1450 m ³ Ackererde Verführung von 1450 m ³ Aus- hubmateriale	4250 K 2900 K Bedingungen etc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 1-3
25. Oktober 11 Uhr	detto	5271	—	Bergebung der Demolierung der auf der Liegenschaft XVII., Bürger- straße 48 stehenden Baulichkeiten.	— 1-3
17. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag. = Rat Dr. Nüchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1193	Neubau eines Hauptunratskanales in der Kreithnergasse zwischen der Thalia- und Hasnerstraße im XVI. Bezirke.	Erdb- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	4076 K 13 h 2-2
18. Oktober 10 Uhr	detto	1080	Neubau eines Hauptunratskanales in der Sturzgasse zwischen der Fenzlgasse und Linzerstraße im XIII. Bezirke.	(Neuerliche Offertverhandlung) Erdb- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	3174 K 90 h 2-2
15. Oktober 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag. = Rat Schmid- bauer, I., Wipp- lingerstr. 8, II. Stiege, 2. Stock)	3073	Hochquellenwasserleitung, städtisches Rohrdepot am Laaer- berg im X. Bezirke.	Lieferung und Montierung eines schmiedeeisernen Einfriedungs- gitters für das städtische Rohr- depot am Laaerberge.	7200 K Vorbemerkung: Bedingungen, Pläne und Kostenanschläge können in der Stadtbauamts-Abtei- lung VII a, I., Wipplinger- straße 8, II. Stiege, 3. Stock eingesehen werden. 2-2

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
24. Oktober 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag. = Rat Schmid- bauer, I., Wipp- lingerstr. 8, II. Stiege, 2. Stock)	2794	Städtische Wasserleitungen.	Lieferung der Öl- und Seifensieder- waren für den Bedarf der städtischen Wasserleitungen in den Jahren 1905 bis 1907.	— Borbemerkung: Die Bedingungen können in der Stadtbauamts-Abtei- lung VII a, I., Wipplinger- straße 8, II. Stiege, 3. Stock, während der Amtsstunden von 8 bis 2 Uhr eingesehen werden. 2-3
25. Oktober 10 Uhr	Abteilung IX (Mag. = Rat Dr. Konst. Mayer, V. Stiege, 2. Stock)	2456	Rekonstruktion der ungarischen Szallajen am Zentral-Viehmarkte zu St. Marg.	Baumeisterarbeiten Schlosserarbeiten Betonarbeiten Dachpapparbeiten	11.164 K 18 h 7.925 " — " 14.210 " — " 2.952 " — " 3-3
7. Nov. 10 Uhr	Großer Saal im II. Admini- strations- gebäude des Zentral- Friedhofes	M. Nr. X 5832	Zentral-Friedhof.	Lieferung von ungefähr 40.000 Stück Violett und 120.000 Stück Pelargonien für die Gräberaus- schmückung im Wiener Zentral- Friedhofe im Jahre 1905.	— Borbemerkung: Die Bedingungen können in der Verwaltungs-Kanzlei des Wiener Zentral-Fried- hofes eingesehen und behoben werden. 2-3

D.-Z. 18025/32, 0.

Kundmachung.

(Offertverhandlung.)

Bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen werden einige alte Maschinen und Reservoirs im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung an den Bestbieter vergeben.

Die Offertverhandlung findet am Freitag den 21. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags, im Sitzungssaale der städtischen Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, 1. Stock, statt.

Abgegeben werden:

1 liegende Dampfmaschine 2 HP, 120 bis 130 Touren per Minute, Hublänge 300 mm (wurde alt gekauft) und 1 alter Lokomotivfessel mit Bedachung.

1 Wasserreinigungsapparat, komplett, Patent Dervaux, für eine stündliche Leistung von 3·5 m³, sowie sämtliche zum Apparate gehörigen Armaturen und Rohrleitungen innerhalb desselben.

1 Original-Borthington, vierfach wirkende Dampfpumpe Modell „Zachariah“, Größen: Dampfzylinder 133 mm Durchmesser, Pumpenkolben 89 mm Durchmesser, gemeinschaftlicher Hub 127 mm.

2 rechteckige, eiserne Reservoirs: 1·25 m hoch, 2 m breit, 3 m lang, je 7·5 m³ Fassungsraum, und

1 rechteckiges, eisernes Reservoir: 1·7 m hoch, 1·6 m breit, 3·40 m lang, Fassungsraum 9·2 m³.

1 Pulsometer für Reinwasser, 6 Atmosphären, komplett.

Diese Gegenstände lagern im Depot XIII., Habitzgasse, und können daselbst nach vorheriger Anmeldung bei der Lagerverwaltung XIV., Schwendergasse 51, besichtigt werden.

Das Aufladen und die Abfuhr gehen auf Kosten des Erstherrn.

Die Gegenstände werden auch einzeln abgegeben und behält sich die Direktion die unbeschränkte Wahl unter den Anboten, wie auch die Ablehnung aller vor.

Jeder Gegenstand ist vor der Abfuhr bei der Lagerverwaltung bar zu bezahlen. Die Abfuhr hat längstens acht Tage nach erhaltener Verständigung zu erfolgen.

Die Anbote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu Händen der Direktion der städtischen Straßenbahnen zu stellen.

Im Anbote muß sich der Offerent auf diese Kundmachung beziehen und sich deren Bedingungen unterwerfen.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle, welche als „Anbot auf Maschinen im Depot Hadikgasse“ zu bezeichnen sind, im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder bei der Offertverhandlung persönlich zu überreichen.

Jeder Offerent hat vor Überreichung des Angebotes, also bis längstens 21. Oktober 1904, 1/2 10 Uhr vormittags, in der Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, IV. Stiege, Erdgeschoß, ein Badium zu erlegen, welches 5 Prozent der Anbotsumme beträgt.

Denjenigen Offerenten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird dieses Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Das Badium des Erstherrn bleibt hingegen bis zum Ablauf des Vertrages als Pfand zur Sicherstellung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ erliegen.

Badien oder Kautionbeträge im baren werden nicht verzinst.

Das Badium kann außer im baren auch in inländischen pupillarischeren Wertpapieren oder in Einlagebüchern einer Wiener Kommunalsparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Neuen Wiener Sparkassa bestehen. Der erfolgte Erlag des Badiums ist entweder im Offerte zu vermerken oder es ist der betreffende Erlagschein der Offertverhandlungs-Kommission vorzuweisen. Offerte, welche nach Eröffnung der Offertverhandlung überreicht werden, bleiben unberücksichtigt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 10. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

2-3

3. 5454 ex 1904.

Konkursausschreibung.

Im städtischen Gaswerke in Wien kommt die Stelle des Gebäude-Inspektors und Platzmeisters zur Besetzung.

Mit dieser provisorischen Beamtenstelle ist ein Jahresgehalt von 4000 K, ferner ein Quartiergeld von 1000 K und der Anspruch auf 2 Quinquennalzulagen von je 500 K verbunden.

Bewerber müssen österreichische Staatsangehörige sein (nach Wien Zuständige haben den Vorzug), die Baumeisterprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben und eine längere Praxis im Baufache nachweisen können.

Die Bewerber müssen sich verpflichten, über Verlangen der Direktion unter Einstellung des Quartiergeldes eine entsprechende, mit freier Beleuchtung und Beheizung verbundene Naturalwohnung zu beziehen.

Die Gesuche sind mit dem Tauf- beziehungsweise Geburts-scheine, Heimatscheine, eventuell Trauungs-scheine, den Studien und Verwendungszeugnissen und einem amtsärztlichen Zeugnisse über den Gesundheitszustand des Bewerbers zu belegen und bis längstens 20. Oktober 1904 bei der Verwaltungs-Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ Wien, I., Doblhoffgasse Nr. 6, mit der Angabe, wann der Bewerber den Dienst antreten kann, einzubringen.

„Gemeinde Wien — städtische Gaswerke.“

Wien, im Oktober 1904.

Der Verwaltungs-Direktor:

S. Hofner m. p.

3-3

M.-D. 2925 ex 1904.

Kurrende

(für die Herren Magistrats-Sekretäre, Magistrats-Ober-Kommissäre, Magistrats-Kommissäre, Magistrats-Konzipisten und Magistrats-Konzept-Praktikanten).

Infolge des Ablebens des Magistratsrates Dr. Viktor Plajon, sowie der Quieszierung des Magistrats-Kommissärs Theodor Suchanek gelangen im Status der rechtskundigen Beamten:

- 1 Magistratsratsstelle in der III. Rangklasse,
- 1 Magistrats-Sekretärsstelle in der IV. Rangklasse,
- 1 Magistrats-Ober-Kommissärsstelle in der V. Rangklasse,
- 2 Magistrats-Kommissärsstellen in der VI. Rangklasse,
- 2 Magistrats-Konzipistenstellen in der VII. Rangklasse,

und zwar sämtliche Stellen mit den systemisierten Bezügen zur Befetzung.

Diejenigen der obbezeichneten Herren rechtskundigen Beamten und Praktikanten, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre Kompetenzgesuche im Dienstwege längstens bis einschließlich Mittwoch den 26. Oktober 1904, mittags 12 Uhr, im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Direktion zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 9. Oktober 1904.

Der Magistrats-Direktor:

Dr. Weiskirchner.

1-1

Pr. Z. 12686 ex 1904.

Kundmachung.

(Anliegen des Hauptrechnungsabschlusses der Stadt Wien pro 1903 zur öffentlichen Einsicht.)

Der Hauptrechnungsabschluß der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1903, sowie die Rechnungsabschlüsse über die sämtlichen unter Gemeindeverwaltung stehenden Fonde und Anstalten liegen durch 14 Tage, und zwar vom 11. bis einschließlich 24. Oktober 1904, täglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Lichtenfelsgasse 2, Stiege V, 1. Stock, zur öffentlichen Einsicht auf.

Es wird dies hiemit in Gemäßheit des § 58 des Wiener Gemeindestatutes mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Erinnerungen der Gemeindeglieder im genannten Präsidialbureau zu Protokoll genommen werden.

Wien, am 5. Oktober 1904.

Der Bürgermeister:

Dr. Karl Suerger.

3-3

M. Z. 5410.

X.

Kundmachung.

Aus Anlaß des vom 29. bis 31. Oktober, dann am 1. und 2. November 1904 zu gewärtigenden Gräberbesuches im Zentral-Friedhofe der Stadt Wien wird zur Regelung des Verkehrs und Aufrechterhaltung der Ordnung im Einvernehmen mit der k. k. Polizeibehörde in Wien folgendes angeordnet:

1. Die Zufahrt in Privatequipagen, Fiakern, Einspännern und dergleichen, beziehungsweise das Absteigen aus diesen Wägen hat an der linken Straßenseite gegenüber dem zweiten Friedhofstore, und zwar auf dem hiezu eigens hergerichteten neuen Wagenaufstellungsplatze zu erfolgen, von wo auch die Rückfahrt stattfindet. Der Personenverkehr vom Aufstellungsplatze zum Friedhofseingange und umgekehrt erfolgt durch den hiefür bestimmten Tunnel.

2. Für die Zu- und Rückfahrt mittels der städtischen Straßenbahnen ist dadurch Vorkehrung getroffen, daß vom 23. Oktober bis einschließlich 6. November Wägen in verstärkter Zahl über den Schwarzenbergplatz und über Landstraße Hauptstraße zum Zentral-Friedhofe verkehren. Im übrigen wird bezüglich des Verkehrs auf den städtischen Straßenbahnen an diesen Tagen auf die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen diesfalls speziell erlassene Verlautbarung hingewiesen.

3. Die Endstation der städtischen Straßenbahnen bei der Hinfahrt zum Zentral-Friedhofe befindet sich in der Zeit vom 30. Oktober bis einschließlich 2. November vor dem zweiten Friedhofstore, von wo der Zugang zum Zentral-Friedhofe durch die dort befindlichen beiden Tunnel zu erfolgen hat. Das Einsteigen in die Züge der Straßenbahn zur Rückfahrt findet nur beim zweiten Tore des Zentral-Friedhofes statt.

4. Vom 30. Oktober bis einschließlich 2. November ist das Überschreiten der Geleise der städtischen Straßenbahnen in der Strecke vom Betriebsbahnhofe Simmering bis zum 3. (Schwechater) Tore des Zentral-Friedhofes nicht gestattet.

5. Am 30. Oktober, am 1. und 2. November fahren Omnibusse aus allen Bezirken der Stadt Wien zum Zentral-Friedhofe und zurück. Das Aussteigen aus diesen Wägen hat unmittelbar vor dem Eingange in den auf der rechten Seite der Straße befindlichen Tunnel zu erfolgen, der Zugang für die Rückfahrt findet nach Möglichkeit bei diesem, sonst beim zweiten Tunnel statt.

6. Die Leichenwägen samt Begleitung haben am 29., 30. und 31. Oktober, dann am 1. und 2. November die Simmeringer Hauptstraße bis zu der gegen Schwechat befindlichen Friedhofsmauer zu passieren, sodann den Fahrweg längs dieser Mauer zu benützen, bei dem zu diesem Behufe provisorisch hergestellten Tore einzufahren und auf demselben Wege zurückzufahren. Am 30. und 31. Oktober, dann am 1. und 2. November dürfen zur Vermeidung von Störungen andere Wägen überhaupt nicht in das Innere des Friedhofes einfahren.

7. Den Fußgängern wird zur Entlastung der Tunnel beim 2. Friedhofstore dringendst empfohlen, nach Möglichkeit den Tunnel beim 1. Friedhofstore zu benützen.

8. Das Verlassen des Friedhofes durch das 3. (Schwechater) Tor ist nicht gestattet.

9. Die Aufstellung von Verkaufsständen jeder Art im Innern des Friedhofes ist nicht gestattet und wird außerhalb desselben auf Friedhofsgründen nur für den Verkauf von Blumen, Kränzen und Kerzen nach Maßgabe des hiezu geeigneten Raumes auf besonderes Ansuchen bei der Friedhofsverwaltung bewilligt, wenn die Betreffenden auch die gewerksbehördliche Bewilligung hiezu nachweisen.

10. Zur Vermeidung einer Verwechslung der Grablaternen ist die Einrichtung getroffen, daß jene Personen, welche Grablaternen in den Friedhof bringen, beim Eingange eine Marke unentgeltlich erhalten, welche ihnen, wenn sie mit der Laterne den Friedhof verlassen, abgenommen wird; die Grablaterne selbst wird mit einer der Marke korrespondierenden Nummer versehen.

11. Auskünfte über Grabstellen werden vom 29. Oktober bis einschließlich 2. November in dem gegen Schwechat gelegenen zweiten Administrationsgebäude unentgeltlich erteilt.

12. Das Publikum wird um 1/2 6 Uhr abends durch Glockenzeichen zum Verlassen des Friedhofes aufgefordert und wird derselbe um 6 Uhr geschlossen.

13. Direkte Sonderzüge bis zum Zentral-Friedhofe werden eingeleitet:

I. Auf den Linien der k. k. österreichischen Staatsbahnen und der Stadtbahn am 1. November:

- a) von der Station Heiligenstadt über die Vorortelinie via Penzing, Ober-Hezendorf und Ober-Laa;
- b) von der Station Praterstern via Hauptzollamt und Eisenbahn Wien-Aspang.

II. Vom Zentral-Bahnhofe der Österr.-ungar. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft im X. Bezirke am 1. und 2. November.

III. Vom Bahnhofe der Eisenbahn Wien-Aspang im III. Bezirke werden die unter I b genannten Sonderzüge am

1. November, weiters am 30. Oktober und 2. November Sonderzüge, jedoch nur nach Bedarf, eingeleitet werden.

Die Verkehrszeiten aller dieser Züge sind aus den bezüglichen Kundmachungen der betreffenden Bahnen zu entnehmen.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 23. September 1904.

2-3

Z. 5684 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Katharina Resch'sche Stiftung.)

Aus den verfügbaren Interessen der Katharina Resch'schen Stiftung kommt im Jahre 1905 der Betrag von 403 K 20 h an vier schullos verarmte Wiener Bürger in Teilbeträgen von je 100 K 80 h, und zwar am 10. Februar 1905 und am 10. August 1905 in Teilbeträgen von je 50 K 40 h zur Verteilung.

Bewerber um dieselben haben ihren Gesuchen den Tauf-(Geburts)schein, den Trauschein, eventuell den Totenschein der Gattin, die Tauf-(Geburts)scheine der Gattin und der Kinder, den Bürgerrechtsausweis und ein legales Armutzeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 19. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. September 1904.

3-3

Z. 6031 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Moiß Drasche'sche Armenstipendien pro 1905.)

Aus den Erträgnissen des Moiß Drasche'schen Armenstiftungsfondes gelangen im Jahre 1905 fünfzig (50) Stipendien à 400 K und fünfzig (50) Stipendien à 200 K an arme Personen zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stipendien haben nach den Bestimmungen des Testaments des Stifters, des gewesenen Fabrikanten Moiß Drasche aus Brünn, solche verarmte Personen, welche unverschuldet in Not und Elend geraten, wenn auch nur zeitweilig, ganz erwerbsunfähig sind oder zur Erhaltung der Familie, wenn auch nur zeitweilig, nicht genügenden Erwerb besitzen, welche ferner christlicher (einschließlich evangelischer) Religion und deutsch-österreichischer Nationalität sind.

Dieselben müssen ihr festes Domizil in Wien, und zwar entweder in der Inneren Stadt oder in den früher bestanden 33 Vorstädten, also in den jetztigen Gemeindebezirken I bis IX, X

(unter Ausschluß der von Inzersdorf und Oberlaa einbezogenen Gebietsteile) und XX haben, müssen einen moralischen Lebenswandel führen und ein derart unbescholtenes Vorleben haben, daß sie niemals wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung, wozu aber auch jene der leichtsinnigen Krifa gehört, verurteilt wurden.

Hiebei macht die frühere oder gegenwärtige Bedienstung, Stellung oder Beschäftigung, der ledige, verheiratete oder Witwenstand keinen Unterschied, so daß auch öffentliche oder Privatbeamte zum Stiftungsgenuße berufen sind.

Unter den Bewerbern sind des Stifters Verwandte oder Abstammlinge derselben vor allen, dann aber Personen aus dem Gewerbe-, Fabrik- oder Handelsstande, unter diesen, sowie unter allen Bewerbern, welche die festgesetzten allgemeinen Eigenschaften haben, vorzugsweise jene Bewerber mit dem Stiftungsgenuße zu betheiligen, denen die Ernährung einer größeren Anzahl unmündiger Kinder obliegt, diese Bewerber mögen verheiratet oder verwitwet, männlichen oder weiblichen Geschlechtes sein.

Ledige Personen können bloß mit Stipendien zu 200 K bedacht werden.

Die Verleihung der Stipendien geschieht bloß für ein Jahr, doch können diese wiederholt an dieselben Personen verliehen werden; die betreffenden Bewerber sind aber den neuen Bewerbern gleich zu betrachten und haben demnach neuerlich ihre Würdigkeit auszuweisen.

Bewerber um ein solches Stipendium haben in ihren einzubringenden Gesuchen ihre persönlichen und materiellen Verhältnisse wahrheitsgetreu darzustellen und die Erklärung aufzunehmen, daß sie nie wegen einer entehrenden Gesetzesübertretung oder wegen leichtsinniger Krifa verurteilt worden sind.

Außerdem haben dieselben ihren Gesuchen:

1. ein von der k. k. Polizei-Direktion Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis,
2. ein legales Armutzeugnis,
3. ihren Taufschein,
4. ihren Heimatschein,
5. ihren Trauschein und eventuell auch den Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, dann
6. die Taufscheine aller ihrer Kinder beizulegen.

Wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit berufen, haben sie auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die unter 1 und 2 angeführten Zeugnisse müssen neu, das heißt nach dem 28. September 1904 ausgestellt sein.

Endlich haben sie den Nachweis über ihre derzeitige Beschäftigung und über den Umstand, daß sie in Wien in einem der Gemeindebezirke I bis IX, X (unter Ausschluß der von Inzersdorf und Oberlaa einbezogenen Gebietsteile) oder XX ihren festen Wohnsitz haben und daß sie deutsch-österreichischer Nationalität sind, zu erbringen.

Die in solcher Weise belegten und mit der geforderten Erklärung versehenen Gesuche sind längstens bis 30. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Die Namen der mit einem Stipendium beteiligten Personen werden nach Anordnung der testamentarischen Bestimmungen des Stifters feinerzeit veröffentlicht.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 28. September 1904. 3-3

1781 Geschäfts-Gründung 1781
Kais- u. königl. Hof-Steinmetzmeister
EDUARD HAUSER
WIEN · IX · SPITALGASSE · 19 ·
DIE SCHÖNSTEN
GRAB-MONUMENTE
EIGENER ERZEUGUNG
VON FL 15 AUFWÄRTS
Ausführung jeglicher Steinmetz-Arbeiten

Asphalt-, Gipsdielen-, Korkstein-, Xyolith-
und Teerprodukten-Fabriken
OTTO GRAFE'S NACHFOLGER
Kontrahenten der k. k.
Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.
BUREAU: Wien, II/7, Tabarstrasse 64. Telefon Nr. 13.374.
FABRIKEN: Wien, XX. Handelsquai 42 — Greifensteinstrasse 1. Telefon Nr. 19.053.

TURM-UHREN

für Kirchen, Rathäuser, Schlösser, Schulen etc. etc., in neuester, bester Konstruktion und solider Ausführung erzeugt unter Garantie zu billigsten Preisen

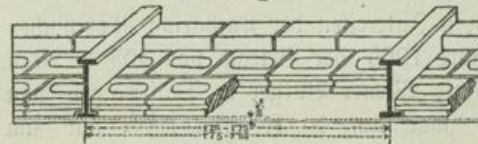
Richard Liebig,

beedeter Sachverständiger und Schätzmeister des k. k. Handelsgerichtes Wien und des k. k. städt. deleg. Bezirksgerichtes Wien, XIII. Bezirk

WIEN, XIII./10, Speisingerstrasse 66.

Pfarrämtern und Kirchengemeinden liefere ich auch auf Teilzahlungen. Kostenvoranschläge kostenlos.
Reparaturen von Turmuhren werden übernommen und bestens ausgeführt.

K. k. priv. Falzziegeldecke.



Älteste,
tragfähigste, feuersichere
u. billigste Flachgewölbe-
Konstruktion.
Prospekte gratis u. franko.

Eduard Schneider, Stadtbaumeister
Wien, XV. Bezirk, Grangasse 5.

AUFZÜGE und KRAHNE

aus der k. u. k.

Hof-Maschinen- und Aufzüge-Fabrik

Wien, X., Erlachplatz 4. **A. FREISSLER, Ingenieur.** Budapest, VI., Davidgasse 2.

Befasst sich seit 35 Jahren ausschließlich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen und Krahnern nach eigener, bewährter Construction.

Das
k. k. Versteigerungs-Amt
WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17
übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art, wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wagen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren
zur Versteigerung.
Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

Josef Schallhofer
Holzhändler
Lieferant der Kommune Wien.
WIEN,
III., Weissgärberlande 9
nächst der Sophienbrücke.
Grosses Lager von hartem und weichem Brennholz.



Weiches und hartes
Bundholz!

Bestes und billigstes Unterzündmaterial, empfiehlt für Ämter, Schulen, Bureaux, gewerbliche Zwecke und Haushalt

ANTON JOHN
WIEN, XV., Goldschlagstrasse 12.

Telephon 5565. Kontrahent der Kommune Wien.

I. Wiener Bundholzhandlung.

Baubildhauer-Arbeiten

innere und äußere Dekorationsarbeiten, Plafonds, Vestibüls, Saaldekorationen, Restaurierungen, Kunstmarmor etc. Atelier für Bildhauer- und Architektur-Arbeiten. Inkrustation ganzer Fassaden, Vestibüls, Portale, Säulen etc. Bearbeitung wie Naturstein — rau oder geschliffen. Renovierung alter Steindenkmäler. Herstellung aller Bildhauer-Arbeiten und Bauornamente, außer in Kunst- und Zementstein auch in jedem andern Material.
Heinrich Hausleitner, Wien, XII./2, Meidling, Bendlgasse 13.

Die Firma hat für viele öffentliche Gebäude, Kommunal- und Staatsbauten hervorragende Arbeiten geliefert.

Zur kulantesten Besorgung
aller im
Kursblatte
notierten
Effekten und Valuten
bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832

WIEN

I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 84.

Dienstag den 18. Oktober 1904.

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.
Für den Buchhandel in Kommission bei W. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50. — Ganzjährig 20 K.

Insertaten-Aannahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), I., Walfischgasse 10.

Stadtrat.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 5. Oktober 1904.

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende:	Bielohlawek,	Graba,
	Braun,	Dr. Krenn,
	Brauneiß,	Rauer,
	Büsch,	Schreiner,
	Dr. Deutschmann,	Straßer,
	Gräf Ferdinand,	Dr. Wesselsky,
	Gstottbauer,	Wessely,
	Hörmann,	Zajka.

Entschuldigt: St.-R. Sebastian Grünbeck, Hölzl, Oppenberger, Rissaweg, Tomola, Weitmann.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär Rünzl.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

1. Der Verein zur Schaffung und Erhaltung eines Studentenheims an der Hochschule für Bodenkultur ladet den Gemeinderat zu der am Freitag den 7. Oktober 1904 stattfindenden Sitzung des Vereins-Ausschusses ein. (Zur Kenntnis.)

2. Die Stadt Cilli ladet den Gemeinderat zu der am 9. Oktober 1905 in Cilli stattfindenden Johann Gabriel-Gedenkfeier ein. (Zur Kenntnis.)

(12497.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Peter Westrovič v. Arly um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 31 B, Reihe 5,

Nummer 12 im Zentral-Friedhofe und beantragt die Gefuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12496.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Ludovika Geis; um Rückvergütung des am 29. Februar 1904 sub J.-N. 3251 erlegten Renovationsgebührenbetrages von 40 K für das eigene Grab Gruppe 24 a, Reihe 1, Nr. 16 auf dem Zentral-Friedhofe und beantragt die Genehmigung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12523.) St.-R. Braun referiert über die Entscheidung des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 4. Juli 1904, J. 5714, betreffend die Aufbringung eines Teiles der Hand- und Zugkosten für bauliche Herstellungen an der Pfarrkirche zu Kaiser-Ebersdorf und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12357.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Sicherstellung der Lieferung von Öl- und Seifensiederwaren für den Bedarf der städtischen Wasserleitungen in den Jahren 1905 bis 1907 und beantragt, zu diesem Zwecke auf Grund der vom Stadtbauamte verfaßten Bedingungen eine allgemeine, öffentliche schriftliche Offerterhandlung einzuleiten. (Angenommen.)

(12356.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Anschaffung von Wäschegentrifugen für die städtischen Volksbäder im III., X., XIII. und XX. Bezirke, und beantragt, die Anschaffung und Aufstellung je einer Wäschegentrifuge für die obigen Volksbäder mit dem bedeckten Kostenverfordernisse von zusammen 1600 K zu genehmigen und zu bewilligen, daß die vier Apparate samt vier Sägen Fundamentalschrauben zum Gesamtpreise von 1418 K von der Firma Gärdtner & Knopp gegen einjährige Haftung bezogen werden. (Angenommen.)

(12493.) St.-R. Dr. Krenn referiert über Ansuchen von Vereinen um Bewilligung von Subventionen pro 1904 und beantragt

die Gewährung von Subventionen in der nachstehend ersichtlichen Höhe, welche den Vereinen 1, 2 und 3 bar auszufolgen sind.

Bezüglich der übrigen Beträge werden die betreffenden Bezirksvorsteher ermächtigt, aus den Verlagsgebern die von den Obmännern dieser Vereine vorgewiesenen Rechnungen, wenn sie Auslagen betreffen, welche nur für Zwecke der Weinkultur gemacht erscheinen, bis zur Höhe der bewilligten Subvention auszubehalten.

Nach Ablauf des Jahres haben die Bezirksvorsteher über die Gebarung des Vereines und die Verwendung der bewilligten Subvention zu berichten.

1. Österreichischer Reichsbund für Vogelfunde und Vogelschutz in Wien, 200 K.
2. Zentralverein für Bienenzucht in Österreich 500 K.
3. Verein zum Schutze des österreichischen Weinbaues in Krems, 200 K.
4. Weinbauverein im XVII. Bezirke, 800 K.
5. Brieftauben-Sektion des Ersten österreichischen Geflügelzuchtvereines, Abweisung.
6. Weinbauverein Grinzing, 1600 K.
7. Österreichischer Tierschutz- und Tierasylverein in Wien, Abweisung.
8. Weinbauverein im XVIII. Bezirke, 600 K.
9. Weinbauverein im XIX. Bezirke Unter- und Ober-Sievering, 600 K.
10. Landwirtschaftliches Kasino zu Heiligenstadt, Abweisung.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12485.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Einstellung der exekutiven Feilbietung der Liegenschaft IX., Fächtergasse 3 und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(12527.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen der Taubstummenschule IX., Canisiusgasse 2 um Straßenbahn-Freikarten für Zöglinge und beantragt:

Der Stadtrat wolle die Ausstellung von Freikarten auf die Dauer des Schuljahres 1904/1905 genehmigen für:

1. Kratky Adele, zur Fahrt auf der Strecke Ladorstraße—Rufsdorferstraße;
2. Forky Franz, für die Strecke Praterstraße—Rufsdorferstraße;
3. Firla Anna, für die Strecke Simmering—Rufsdorferstraße.
4. Rückert Johann samt Begleitperson, für die Strecke Alserstraße—Rufsdorferstraße;
5. Mayer Rosa samt Begleitperson, für die Strecke Simmering—Rufsdorferstraße, und
6. Mayer Franz, für die Strecke Simmering—Rufsdorferstraße.

(Angenommen.)

(12373.) **St.-R. Rauer** referiert über die Beleuchtung der Turmuhr an der Pfarrkirche in Breitensee im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Die Transparentmachung und Beleuchtung von drei Zifferblättern der Turmuhr auf der Breitenseer Pfarrkirche im XIII. Bezirke mit einem Gesamtkostenbetrage von 5130 K wird genehmigt.
2. Die Uhrmacherarbeiten werden dem **R. Liebing** mit dem Betrage von 1950 K, die Baumeisterarbeiten dem **Emanuel Ramenich** mit dem Betrage von 2603 K auf Grund ihrer diesbezüglichen Offerte übertragen.

Die elektrische Installation ist mit einem Kostenbetrage von 403 K 20 h vom Bauamte im Regiewege durchzuführen; für Unvorhergesehenes wird die Summe von 183 K 20 h genehmigt.

3. Die jährlichen Betriebskosten werden mit 753 K bewilligt.

4. Dem Kirchenbauvereine Breitensee ist befanntzugeben, daß die Gemeinde Wien bereit sei, für etwaige Schäden, die der Kirche anlässlich der in Rede stehenden Herstellungen widerfahren sollten, aufzukommen.

5. Die vorstehend bewilligten Herstellungen sind erst im Frühjahr 1905 durchzuführen und ist für deren Bedeckung im Budget 1905 Vorkehrung zu treffen. (Angenommen.)

(11999.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen der **Marie Schmidt** um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Dr.-Nr. 6 Am Platz, Ecke der Hiezingergasse, XIII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage die Ausladefläche von 7.93 m² von der zu entschädigenden Grundfläche im dreifachen Ausmaße in Abzug gebracht und die Schadloshaltung für den Grund per circa 31.5 m² mit 25 K per Quadratmeter bestimmt wird. Die angeführten Baulerleichterungen werden bewilligt. (Angenommen.)

(12495.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen des Bezirksvorsteher-Stellvertreters des XIII. Bezirkes **Karl Bayer** um Überlassung der zwei eigenen Gräber Gruppe XVIII, Reihe III, Nummer 64 und 65 im Hiezingergasse Friedhofe und beantragt, die vom Magistrat erfolgte Überlassung genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(12525.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen des Direktors der Knaben-Bürgerschule XIII., Reinsgasse 19, um Überlassung des Turnsaales der Schule für den 9. Oktober, 4. Dezember 1904 und einen Tag im April 1905 zwischen 3 und 5 Uhr nachmittags zur Abhaltung der Elternkonferenzen und beantragt die Gefuchsgewährung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12257.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen des Verschönerungsvereines „Hacking“ um Überlassung von Bäumen und Gesträuchern aus den städtischen Borräten behufs weiterer Anpflanzung in der Hackingergasse und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12403.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen des **Ferdinand Meißner** um Zustimmung zur Löschung der auf der Realität Einl.-B. 1103 und 1104 Grundbuch Penzing (Hütteldorferstraße, Ecke der Gurlgasse) im XIII. Bezirke zugunsten der Gemeinde Wien haftenden Realkosten, betreffend die Abtretung von Straßengrund beziehungsweise Bauverbot bis zur Arrondierung durch Nachbargründe und beantragt die Gefuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(13678 ex 1903.) **St.-R. Rauer** referiert über das Anerbieten der Wiener Baugesellschaft und des Wiener Bauvereines zur tauschweisen Überlassung der Realität Einl.-B. 1048 Ober-St. Veit (Bernbrunnengasse) im Ausmaße von 1050.24 m² gegen einen Teil der städtischen Realität Einl.-B. 1055 (Stadlerstraße) Ober-St. Veit im Ausmaße von 627.41 m² und beantragt, das Offert abzulehnen. (Angenommen.)

(2062.) **St.-R. Rauer** referiert über das Anerbieten der Österreichischen Heimstätten-Gesellschaft zur tauschweisen Überlassung der Realitäten Kat.-Parz. 1269/3 und 1297/2, Einl.-B. 1194 und Kat.-Parz. 1575/3, Einl.-B. 1199 Ober-St. Veit (Stadlerstraße, Ecke der verlängerten Leopold Müllergasse) gegen einen Teil der städtischen Realität Kat.-Parz. 1576/1 Ober-St. Veit (Reichgasse) und beantragt, das Offert abzulehnen. (Angenommen.)

(12397.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über die Erstattung der Gegenschrist wider die Beschwerde der Firma **P. Hagy Risto & Komp.**, betreffend die Vorschreibung des Armenprozentos vom Meistbote der versteigerten Liegenschaft Einl.-Z. 399 Unter-Weidling (Zengasse) und beantragt, mit der Ausarbeitung der Gegenschrist das Bezirksamt zu betrauen und deren Signierung und etwaige Vertretung dem Herrn Vize-Bürgermeister **Dr. Neumayer** zu übertragen.

(Angenommen.)

(12467.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über das Ansuchen des **Karl** und der **Julie Edinger** um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 8 Grundbuch Währing (Währingerstraße 94) im XVIII. Bezirke und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages unter der Bedingung zu befristigen, daß die Gesuchsteller als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage mit einer Ausladefläche von 6·16 m² den Betrag von 130 K per Quadratmeter vor Ausfertigung der Baubewilligung erlegen.

(Angenommen.)

(12339.) **St.-R. Fraba** referiert über die Kostenüberschreitung bei Anschaffung der Kirchenwäsche und Kirchenkleider für das Wiener Versorgungsheim, für welche 3000 K genehmigt wurden und beantragt, die Überschreitung im bedeckten Betrage von 269 K 10 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12366.) **St.-R. Fraba** referiert über das Mehrerfordernis bei Herstellung der Bewässerungsanlage für den Park auf dem Franz Josefekai und beantragt, das bedeckte Mehrerfordernis von 432 K 31 h, welches sich infolge der Mehraufstellung eines Spritzhydranten ergeben hat, zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12371, 12408.) **St.-R. Fraba** referiert über das Ansuchen der städtischen Straßenarbeiter **Georg Schuller** und **Johann Stodinger** um Belassung des Taglohnes für die Dauer der Waffenübung und beantragt, die Gesuchsteller im Sinne des Magistrats-Antrages gnadenweise im Bezuge des halben Taglohnes zu belassen.

(Angenommen.)

(12182.) **St.-R. Fraba** referiert über das Ansuchen des Leichenvereines der Pflöglinge des städtischen Versorgungshauses in Mauerbach um Bewilligung einer Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 200 K.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12375.) **St.-R. Fraba** referiert über die Bewilligung eines Zuschußkredits von 10.000 K zur Ausgabe-Mubrik XXIII 3 pro 1904 für die Rekonstruktion der Kaiser Josefbrücke und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12468.) **St.-R. Fraba** referiert über das Ansuchen des ehemaligen Pferdewärterers der **Siemens & Halske A.-G.**, Betriebs-Abteilung für städtische Straßenbahnen, um eine Unterstützung und beantragt die Bewilligung einer einmaligen außerordentlichen Unterstützung im Betrage von 600 K nach dem Antrage der Straßenbahn-Direktion.

(Angenommen.)

(12656.) **St.-R. Brauneiß** referiert über die Demolierung des Gassentraktes des städtischen Hauses Dr.-Nr. 10 Friesgasse, XV. Bezirk, und beantragt, die Demolierung des ebenerdigen bauwürdigen Gassentraktes samt Anhang zu genehmigen. Der linksseitige ebenerdige Hoftrakt wird belassen und eventuell zu einer Waschküche adaptiert.

Der nach Demolierung des fraglichen Traktes verbleibende Baugrund ist mit einer in die neue Baulinie zu stellenden Holzplanke abzuschließen.

(Angenommen.)

(12602.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Pflasterungs-

arbeiten für die Neupflasterung der Felberstraße zwischen der Selzer- und Wurmsergasse, XIV. Bezirk, und beantragt, das Offert des **Benno Brausewetter** (3·5 Prozent Aufzählung) zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11060.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Lieferung der Desinfektionsstoffe für das Jahr 1905 und beantragt, zu vergeben:

I. Die Lieferung von zirka 50.000 kg roher flüssiger Karbolsäure mit einem Gehalt von 15 bis 20 Prozent an reiner Karbolsäure der Firma **Wilhelm Neuber**, VI./2 Brückengasse 1, und zwar zum Preise von 10 K per 100 kg franko Bedarfstelle Wien, Rückvergütung von 1 K 60 h pro leeres Gefäß.

II. 1. Die Lieferung von zirka 3000 kg reiner kristallisierter Karbolsäure in Zinkblechen zu

je 5 kg 191 K per 100 kg,
je 2½ kg 201 K per 100 kg,
je 1 kg 211 K per 100 kg,

einschließlich Blech, ausschließlich Riste.

Rückvergütung per leere Büchse:

à 5 kg Inhalt 20 h,
à 2½ kg Inhalt 14 h,
à 1 kg Inhalt 10 h;

2. die Lieferung von 4000 kg flüssiges Formaldehyd

in 5 kg-Flaschen 149 K,
in 1 kg-Flaschen 259 K

per 100 kg netto samt Flasche, frei aller Wiener Gebrauchsstellen.

3. Die Lieferung von zirka 5000 kg Ammonialflüssigkeit (Handelsware) mit einem Gehalt von 25 Prozent Ammoniakgeist zum Preise von 36 K per 100 kg netto Ballons à 50 kg Inhalt, 3 K per Stück, Rückvergütung für einen Ballon 3 K — der Firma **Wilhelm Neuber** in Wien, VI. Bezirk, Brückengasse 1, als Bestbieterin.

III. Die Lieferung von zirka 3000 kg reinem Lysol der Firma **Schülke & Mayr** Nachfolger **Dr. Raupenstrauch**, Wien, II., Dürnkrutplatz 15, als Bestbieterin, und zwar:

Lysol in Flaschen à 1 kg per 100 kg Netto-Inhalt 170 K,
Lysol in Flaschen à 5 kg per 100 kg Netto-Inhalt 160 K,
Lysol in Glasballons à 50 kg per 100 kg Netto-Inhalt 150 K.
Alle Größen einschließlich Packung.

Vergütung für zurückgestellte leere Gefäße:

à 1 kg 12 h,
à 5 kg 50 h,

Glasballons à 50 kg Inhalt 2 K. (Angenommen.)

(12574.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen der Künstlergruppe „Jungbund“ um Bewilligung einer Subvention pro 1904 und beantragt die Abweisung.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12454.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des **Karl v. Abrahamberg** um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Dr.-Nr. 16 Schloßgasse, V. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 13·12 m² und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Magistrats-Antrages mit 30 K per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(12396.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des **Karl Ziegler** um Adaptierungsbewilligung für die Realität Dr.-Nr. 9 Korbergasse, XII. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen.

(Angenommen.)

(12398.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen der **Adele Schretter** um Erteilung des Benützungskonfenses für das Haus,

XII., Belgohosergasse 8, und beantragt, gegen Erlag einer Kaution von 5000 K von der derzeitigen Erfüllung der Konsensbedingung (Löschung des Bauverbotes) abzusehen. (Angenommen.)

(12494.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Ignaz Pfaller um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe IIIa, Reihe I, Nr. 7, im Meidlinger Friedhofe und beantragt die Gefuchszewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12395.) St.-R. Büsch referiert über den Rekurs der Firma Schrom & Stach wider das Bezirksamts-Dekret, betreffend feuerpolizeiliche Übelstände im Hause XII., Diefenbachgasse 47, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(12584.) St.-R. Büsch referiert über die Verlängerung der Signalleitungen der Freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling und beantragt:

Für die Verlängerung der Kabel- und Luftleitungen der Freiwilligen Feuerwehr Unter-Meidling im XII. Bezirke vom alten Depot in der Hufelandgasse bis zum neuen Depot in der Ruckergasse wird ein Betrag von 6380 K bewilligt und sind die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen durch die städtischen Kontrahenten auszuführen zu lassen, hingegen jene Gegenstände, für welche Kontrahenten nicht bestehen, im Handeinkaufe zu besorgen.

Die Installationen für Telegraphenzimmer sowie die Luftleitungen sind vom Telegraphenbaupersonale der städtischen Feuerwehr auszuführen. (Angenommen.)

(12491.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Überlassung von Plätzen an die k. k. priv. österr. Länderbank zur Errichtung von Koksverkaufsstellen und beantragt die Überlassung von Plätzen zur Errichtung von Koksverkaufsstellen gegen Entrichtung eines jährlichen Anerkennungsziuses von 20 K im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12604.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Beschwerde des E. Brantner wider die Ablehnung seines Ansuchens um Abänderung des Niveaus der Hütteldorferstraße vor seinem Hause Dr.-Nr. 33 Schweglerstraße Ecke der Hütteldorferstraße, XIV. Bezirk, und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen und mit der Vertretung der Gemeinde Wien Hof- und Gerichtsadvokaten Stadtanwalt Dr. Robert Swoboda zu betrauen. (Angenommen.)

(12681.) St.-R. Braun referiert über das Projekt für die Pflasterung des Wiedener- und Margaretenergürtels und beantragt, das vorliegende Projekt für die Pflasterung des Wiedener- und Margaretenergürtels vom Favoritenplatz bis zur Mandl'schen Realität nächst der ehemaligen Magleinsdorferlinie mit dem bedeckten Erfordernisse von 255.195 K 76 h zu genehmigen und die Erd- und Pflasterungsarbeiten dem Franz Böck (5,6 Prozent Nachlaß) zu übertragen. (Angenommen.)

(12450.) St.-R. Braun referiert über die Herstellung eines eisernen Gittertores in der gegen Schwachat gelegenen Mauer des Zentral-Friedhofes und beantragt:

1. Die Herstellung eines eisernen Gittertores in der gegen Schwachat gelegenen Mauer des Zentral-Friedhofes an Stelle der daselbst befindlichen provisorischen Toröffnung im veranschlagten und bedeckten Kostenbetrage von 2993 K 9 h wird genehmigt.

2. Die erforderlichen Schlosserarbeiten werden der Firma Jg. Gridl auf Grund des von dieser Firma vorgelegten Kostenanschlages um den Betrag von 950 K und für Montierung per 54 K übertragen.

3. Die übrigen Arbeiten sind in eigener Regie oder durch bestellte städtische Kontrahenten auszuführen. (Angenommen.)

(12566.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Marie Bachmann um Zustimmung zur Löschung der auf den Liegenschaften Einl.-Z. 1794 und 1797 in Simmering, Schneidergasse, haftenden Reallast wegen Übergabe des Straßengrundes und Herstellung des Niveaus und beantragt, den Akt an den Magistrat zurückzuleiten, da die Gefuchstellerin inzwischen gestorben ist. (Angenommen.)

(12614.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf vom 26. September 1904, Z. 34606, betreffend die Aufbringung eines Teiles der Hand- und Zugkosten für den Neubau der Floridsdorfer Pfarrkirche, und beantragt, den Rekurs an die k. k. n.-ö. Statthalterei zu ergreifen. (Angenommen.)

(12646.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, betreffend die Beschwerde des Johann Weinzinger wider den Auftrag zur Herstellung eines Hauptkanales für die Realität XIX., Heiligenstädterlände 31, mit der Einmündung in den Sammelkanal der Heiligenstädterlände, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12411.) St.-R. Hörmann referiert über Mehrkosten für den Umbau des Hauptunratskanales in der Beatriggasse zwischen der Ungar- und Pinken Bahngasse im III. Bezirke und beantragt, die gegenüber dem bewilligten Kostenbetrage von 9159 K 5 h eingetretene Kostenüberschreitung per 441 K 88 h nachträglich zu genehmigen. (Angenommen.)

(12610.) St.-R. Hörmann referiert über die Bewilligung einer Remuneration für die k. k. Sicherheitswache beim städtischen Strombad Sophienbrücke im III. Bezirke und beantragt, den mit der Aufrechterhaltung der Ordnung bei diesem Strombad betraut gewesenen Organen der k. k. Sicherheitswache eine Remuneration von zusammen 60 K für die Saison 1904 zu gewähren. (Angenommen.)

(12524.) St.-R. Hörmann referiert über den Bezirksamts-Antrag auf Abschreibung von Gebühren per zusammen 989 K 21 h für den Wassermehrerbrauch in Häusern des III. Bezirkes und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12368.) St.-R. Hörmann referiert über die Vergebung der Hauskehrtabfuhr aus der Krimsky-Kaserne im III. Bezirke und beantragt, diese Abfuhr in der bisherigen Weise unter Einhaltung der für die Hauskehrtsammlung im III. Bezirke geltenden Bedingungen dem Michael Wanke ab 1. Juli 1904 um den Jahrespauschalbetrag von 700 K auf die Dauer seines Vertrages, betreffend die Hauskehrtsammlung und Abfuhr für den III. Bezirk zu übertragen. (Angenommen.)

(12529.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des humanitären Spar- und Kinderbekleidungsvereines „Die blechernen Schmiede“ um Preisermäßigung für einen Sonderzug der städtischen Straßenbahn nach Schwachat und beantragt die Ablehnung im Sinne des Antrages der Direktion der städtischen Straßenbahnen. (Angenommen.)

(12404.) St.-R. Hörmann referiert über die Überschreitung des dem Bildhauer Franz Klug vorgeschriebenen Arbeitstermines für die Herstellung des Modells für den Schlußstein an den Pavillons-Unterbauten bei der architektonischen Ausgestaltung der Wienflußregulierung um 51 Tage und beantragt, diese Terminüberschreitung nachzusehen. (Angenommen.)

(12449.) St.-R. Hörmann referiert über Herstellungen am Zentral-Viehmarke St. Marx und beantragt, die Herstellung einer Stützmauer beim Rinderstalle IX gegen die Döblerhofstraße sowie die Ausbesserung der Rampenstützmauer vor den Stallungen IX und XI gegen die Viehmarktgasse auf Grund des bauamtlichen Projektes um das auf Ausgabe-Nubrik XXVIII 2 b β bedeckte Erfordernis von 9732 K zu genehmigen und zur Ausführung der herzustellenden Stützmauer vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bauverhandlung die Baubewilligung gemäß § 105 B.-D. zu erteilen.

(Angenommen.)

(12605.) St.-R. Hörmann referiert über die Ausstellung eines Reverses, der aus Anlaß der Verbreiterung der Verbindungslahneinwölbung im Zuge des Rennweges bei der Kreuzung Rennweg-Fosangasse im III. Bezirke der k. k. Staatsbahnverwaltung seitens der Gemeinde Wien auszustellen ist, und beantragt die Ausstellung des vom Magistrate im Entwurfe vorgelegten Reverses.

(Angenommen.)

(11548.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Heinrich Hausleitner um Ausfolgung eines Badiums ohne Beibringung des in Verlust geratenen Erlagscheines und beantragt, die Rückstellung des Badiums gegen gestempelte Quittung ohne Beibringung des Erlagscheines gegen den üblichen Revers zu bewilligen.

(Angenommen.)

(11667.) St.-R. Zatzka referiert über den Bezug von Ruffloks aus den städtischen Gaswerken für die städtischen Anstalten und beantragt, die Beschränkung des Bezuges von Ruffloks auf die Zeit vom 1. Mai bis 1. September aufzuheben und zu gestatten, den für eigene Heizwecke benötigten Ruffloks während des ganzen Jahres aus den städtischen Gaswerken zu beziehen.

(Angenommen.)

(11485.) St.-R. Zatzka referiert über das Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales in der verlängerten Sturzgasse zwischen der Fenzlgasse und Linzerstraße im XIII. Bezirke und beantragt, das vorliegende Projekt mit dem veranschlagten bedeckten Kostenbetrage von 4400 K zu genehmigen.

Das Anbot der Bauunternehmung St. Spitzer, I., Getreidemarkt, die Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel gegen eine Aufzahlung von 23 Prozent zu den Kostenschlagpreisen auszuführen, wird abgelehnt und ist behufs Sicherstellung dieser Arbeiten und Lieferungen eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben.

(Angenommen.)

(11378.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Bildhauers Josef Parschall um Bewilligung einer Aufzahlung für die Ausführung der Bildhauerarbeit an den vier geschwungenen Wangen der großen Freitreppe bei der architektonischen Ausgestaltung der Wienflußregulierung und beantragt, dem Obgenannten aus Billigkeitsgründen eine Aufzahlung von 200 K auf den von ihm offerierten Preis von 720 K zu gewähren.

(Angenommen.)

(11363.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Bezirksstrafenausschusses Parkersdorf um Beitritt der Gemeinde Wien in die zu bildende Straßenkonkurrenz in Mauerbach und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(11400.) St.-R. Zatzka referiert über das Anerbieten des Anton und der Elisabeth Worengl zur käuflichen Erwerbung eines Teiles der städtischen Realität Parzelle 1598/1 Ober-St. Veit (Einsiedeleigasse) im Ausmaße von 242.30 m² um 5 K per Quadratmeter und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen.

(Angenommen.)

(11409.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des hauptstädtischen Baurates der Stadt Ofen-Pest um Überfendung eines Exemplares des Entwurfes der neuen Bauordnung und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(11393.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Emilie Krasser um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Dr.-Nr. 15 Glasauergasse im XIII. Bezirke, und beantragt die Ermäßigung der Gebühr per 1731 K 15 h auf den Betrag von 1211 K 80 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(12394.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Johann Ernst um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Dr.-Nr. 206 Hütteldorferstraße, Einl.-Z. 225 in Oberbaumgarten und beantragt die Ablehnung im Sinne des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(11408.) St.-R. Zatzka referiert über die Erweiterung des Hiesinger Friedhofes und beantragt:

1. Die Erweiterung des Hiesinger Friedhofes durch Einbeziehung des im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a d e f g a bezeichneten Teiles der Kat.-Parz. 619/1 an beiläufigem Ausmaße von 4340 m² wird grundsätzlich genehmigt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, mit dem Stifte Klosterneuburg wegen Ankaufes der ganzen Kat.-Parz. 619/1 im Ausmaße von 21.211 m² in Verhandlung zu treten.

(Angenommen.)

(12607.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Stadtbaumeisters E. Nzechaczek um vorzeitige Ausfolgung von Kauttionen für Kanalbauten und beantragt, die Ausfolgung der in der beiliegenden Zusammenstellung sub 1 bis 27 verzeichneten Kauttionen im Gesamtbetrage von 15.805 K für die vom Gesuchsteller ausgeführten Kanalbauten im Sinne des Magistrats-Antrages ausnahmsweise zu bewilligen.

(Angenommen.)

(11486.) St.-R. Zatzka referiert über das Kostenmehrerfordernis bei der mit dem Kostenaufwand von 3000 K genehmigten Sprizhydranten-Aufstellung im III. Bezirke, Linke Bahngasse, und beantragt, das motivierte Mehrererfordernis von 568 K 35 h nachträglich zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12611.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über die Kaffierung des Auslaufbrunnens beim Hause Dr.-Nr. 5 Richard Wagnerplatz im XVI. Bezirke und beantragt, die im kurrenten Wege durchzuführende Kaffierung dieses Brunnens zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12606.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Kreithnergasse zwischen der Thalia- und Hasnerstraße im XVI. Bezirke und beantragt, das vorliegende Projekt mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 5800 K zu genehmigen, und zur Rubrik XXVII 1 b einen Zuschußkredit in gleicher Höhe zu bewilligen.

(Angenommen.)

(12570.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Moritz und Bertold Ausländer um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Dr.-Nr. 11 Eßterhazygasse, VI. Bezirk zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von zirka 27.96 m² und beantragt, die Schadloshaltung im Sinne des Magistrats-Antrages mit 70 K per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(12460.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Firma Pliške & Söhne um Preiserhöhung für die Lieferung der kippblauen Leinwand für die Monturen der städtischen Bediensteten und beantragt, für diese Lieferung, sofern dieser Stoff für das Jahr 1905

noch benötigt wird, den Preis von 65 h auf 69 h per Meter zu erhöhen. (Angenommen.)

(12600.) St.-R. Wessely referiert über das Anbot eines Hauskehrichthammel- und Abfuhrsystems durch Dekar Wunsch und beantragt, demselben bekanntzugeben, daß die Gemeinde Wien nicht in der Lage ist, den angebotenen Systemen näher zu treten.

(Angenommen.)

(12598.) St.-R. Wessely referiert über die den Unternehmern für die Kanalräumung zu leistende Vergütung für die über Verlangen der Bezirksvorsteher beizustellenden Kanalräumergehilfen zu den Schneeabfuhrarbeiten bei den Kanalschächten in der Winterperiode 1904/05 und beantragt, die in dem vorliegenden Verzeichnisse angeführten Preise für die Bezirke I bis IX und XX gemäß dem Magistrats-Antrage zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12682.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Friedrich Schöber um Preisbestimmung für eine Gruft im Baumgartener Friedhofe und beantragt:

Über Ansuchen des Friedrich Schöber, k. k. Ober-Landesgerichtsrat des Ruhestandes, wird der Preis für die Erwerbung einer im neuen Teil des Baumgartener Friedhofes an der Friedhofsmauer im Winkel der Friedhofstraße und des Flößersteiges herzustellenden einfachen Gruft mit 1100 K festgesetzt.

Dieser Betrag ist binnen vier Wochen vom Tage der Verständigung des Gesuchstellers bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung für den XIII. Bezirk zu erlegen, widrigenfalls das vorliegende Anbot als erloschen anzusehen ist. Nach Ertrag dieses Betrages wird die Herstellung der Gruft durch die Gemeinde auf deren Kosten erfolgen.

(Angenommen.)

(12451.) St.-R. Wessely referiert über Ansuchen von Korporationen und Anstalten um unentgeltliche Abgabe von Koks und beantragt:

Den nachstehend verzeichneten Korporationen und Anstalten werden die angeführten Quantitäten Koks aus den städtischen Gaswerken unentgeltlich überlassen:

1. „Kinderschützstationen“, charitativer Verein für arme Kinder, I., Wipplingerstraße 8, 200 q.
2. Leopoldstädter Kinderspitalverein, II., Obere Augartenstraße 28, 150 q.
3. Kleinkinderbewahranstalt an den Kaisermühlen, II., Wendelslohngasse, 30 q.
4. St. Josef-Knaben-Asylverein, III., Rennweg 81, 40 q.
5. Gesellschaft der Töchter der göttlichen Liebe, III., Jacquingasse 14, 50 q.
6. Verein zur Errichtung einer Kinderbewahranstalt Unter den Weißgärbern, III., Untere Weißgärberstraße 12, 50 q.
7. Kongregation der Dienerinnen des heiligsten Herzens Jesu, III., Keinergasse 37, 40 q.
8. Kloster der Schulschwestern, III., Apostelgasse 7, 80 q.
9. Marien-Anstalt, III., Fasangasse 2, 60 q.
10. Margaretener Kindergartenverein, V., Schönbrunnerstraße 30/32, 50 q.
11. Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes in Wien, VII., Kaiserstraße 25, 100 q.
12. St. Antonius-Verein, VII., Bernardgasse 27, 25 q.
13. Marien-Knaben-Asyl, VII., Bernardgasse 27, 50 q.
14. Mädchen-Asyl der katholischen Arbeiterinnen, IX., Pramer-gasse 9, 80 q.

15. Kleinkinder-Bewahranstalt im Pfarrbezirke Lichtental, IX., Augasse 3, 50 q.

16. Asylverein der Wiener Universität, I., Stephansplatz (Asyl: IX., Porzellangasse 30), 50 q.

17. Verein zur Beschäftigung armer Mädchen, IX., Rußdorferstraße 72, 50 q.

18. Kongregation der Töchter des göttl. Heilandes in Wien (Filiale; X., Waldgasse 25), 50 q.

19. St. Leopoldskloster der Franziskanerinnen-Missionarinnen Mariens, X., Laaerstraße 154, 50 q.

20. Wohltätigkeitsverein „Mater admirabilis“, X., Buchengasse 108, 60 q.

21. Aloisia Reinekt, XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 292, 40 q.

22. Kongregation der Barmherzigen Schwestern von der schmerzhaften Mutter, XI., Simmeringer Hauptstraße 175, 50 q.

23. Verein der Kinderfreunde, XIII., Höglinggasse 11, 50 q.

24. Exekutiv-Komitee des Kaiser Franz Josef I.-Jubiläumskongregationsheimes für arme Frauen, XIII., Rosentalgasse 11, 100 q.

25. Kongregation der Dienerinnen des heil. Herzens Jesu in Wien, Filiale XIII., St. Veitgasse 41/43, 50 q.

26. Kleinkinder-Wartanstalt zu Penzing, XIII., Cumberlandstraße 15, 50 q.

27. Wiener Schutzverein zur Rettung verwaarloster Kinder, XIII., St. Veitgasse 25, 100 q.

28. Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul (Antonius-Asyl), XV., Pouchongasse 18, 100 q.

29. Verein zur Erhaltung des Maria-Josephinums, XVI., Hyrtl-gasse 28, 100 q.

30. Kinderbewahr- und Knabenbeschäftigungsanstalt, XVI., Seitenberggasse 2, 100 q.

31. Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Karl Borromäus, XVIII., Genzngasse 106 (Greifenasyl), 50 q.

32. Katholischer Schulverein für Österreich (Lehrerseminar), XVIII., Michaelerstraße 10/12, 50 q.

33. Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul, XVIII., Antonigasse 72, 30 q.

34. Verein „Heim für obdachlose Familien“, XX., Universumstraße 62, 200 q. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12418.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Hildegard Römer, Vize-Präsidentin des Vereines der Industrielehrerinnen und Lehrerinnen der französischen Sprache, um Überlassung eines Unterrichtslokales in der Mädchen-Bürgerschule VI., Gumpendorferstraße 2, für jeden Donnerstag-Abend zur Abhaltung eines Fortbildungskurses gegen Vergütung der Beheizungs- und Beleuchtungskosten und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(12572.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Wilhelm und der Franziska Behal um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohnhauses auf der Realität Dr.-Nr. 9 und 11 Kainitzgasse im VI. Bezirke und beantragt, die Baubewilligung für die Herstellung eines Kohleneinwurfschachtes im Sinne des Magistrats-Antrages zu bestätigen. (Angenommen.)

(12612.) St.-R. Wessely referiert über die Rohrlegung der Wientalwasserleitung in der Gumpendorferstraße, Worellgasse und auf dem Loquaiplatze im VI. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieser Rohrlegung laut des vorgelegten Planes mit dem bedeckten Kostenbetrage von 5200 K. Die Rohre und Maschinenbestandteile sind aus dem Vorrat zu entnehmen, die Arbeiten durch die städtischen Kontrahenten auszuführen. (Angenommen.)

(12488.) St.-R. Wessely referiert über das Anerbieten des Johann Förster zur käuflichen Überlassung der Realität Dr.-Nr. 32 Mollardgasse im VI. Bezirke und beantragt, das Offert im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen. (Angenommen.)

(12492.) St.-R. Wessely referiert über die Bewilligung von Remunerationen anlässlich der Internationalen Ausstellung für Spiritusverwertung und Gährungsgewerbe und beantragt:

1. Dem Markt-Direktor Karl Rainz wird für seine Tätigkeit anlässlich der Beteiligung des städtischen Marktamtes an der Internationalen Ausstellung für Spiritusverwertung und Gährungsgewerbe im Jahre 1904 die Anerkennung ausgesprochen.

2. Aus dem gleichen Anlasse werden Remunerationen zuerkannt: dem Markt-Inspektor Mejsrik im Betrage von . . . 200 K dem Marktamts-Akzessisten Pellischek im Betrage von 100 „ dem Marktamts-Akzessisten Kramer im Betrage von . 100 „ dem Marktamts-Diener Prechtl im Betrage von . . 30 „
zusammen . 430 K.

3. Dem Haus- und Bahn-Inspektor Melchiebl des Lagerhauses der Stadt Wien wird für seine Tätigkeit anlässlich der Beteiligung des städtischen Lagerhauses an der obbezeichneten Ausstellung eine aus der Lagerhauskassa zu bestreitende Remuneration von 100 K zuerkannt. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 6. Oktober 1904.

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Biellohlawek, Dr. Krenn,
Braun, Rauer,
Brauneiß, Straßer,
Büsch, Tomola,
Dr. Deutschmann, Weitmann,
Grünbeck Sebastian, Dr. Wesselsky,
Gjottbauer, Wessely,
Hörmann, Zajka,
Graba,
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Ferdinand Gräf.

Beurlaubt: St.-R. Hölzl, Oppenberger, Kissaweg, Schreiner.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Dr. Bibl.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

Antrag des St.-R. Gjottbauer:

Es seien sofort Schritte einzuleiten, welche geeignet sind, die Errichtung von Zementwerken für die Gemeinde Wien zu ermöglichen und in kürzester Zeit zur Vollendung zu bringen.

(Wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugeführt.)

(12781.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Offert der Buchhandlung A. Hartleben auf käufliche Überlassung eines Aquarells von Erwin Pendl „Wien im Jahre 1904“ um 5000 K und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12205.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Anbot des Malers Erwin Pendl auf käufliche Überlassung seines Bildes „Wiener Neugebäude“ und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12613.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Pierre Ardelliano um Bewilligung zur Überfahung der Hochquellenleitungs-Parzelle 880/1 in Mödling mit einem Wasserleitungsrohr und beantragt, diese Bewilligung gegen Entrichtung eines jährlichen Anerkennungsziuses von 1 K, welcher für das Ausführungsjahr sofort und in Zukunft am 2. Jänner eines jeden Jahres an die städtische Hauptkassa zu entrichten ist, sowie unter den übrigen vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen zu erteilen. (Angenommen.)

(12459.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Abänderung der Monturvorschriften für die städtischen Sanitätsdiener und beantragt: Den städtischen Sanitätsdienern (inklusive provisorischen) wird der Bezug von 3 Dienerkappen in zwei Jahren statt wie bisher von 1 Dienerkappe pro Jahr zuerkannt. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12453.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Perfolvierung der Karl Enzinger'schen Zustiftung für ein Mädchen des I. städtischen Waisenhauses im Jahre 1904 und beantragt, die Interessen dieser Zustiftung im Betrage von 33 K 60 h dem Zöglinge des I. städtischen Waisenhauses Marie Nawratil zu verleihen. (Angenommen.)

(12452.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Perfolvierung der Franziska Seis'schen Widmung für städtische Waisenhäuser und beantragt:

1. Von dem Zinsenertragnisse der Franziska Seis'schen Widmung pro 1904 sind nachbenannte gewesene Waisenhäuszöglinge mit den folgenden Beträgen zu betheiligen und die betreffenden Beträge in Sparkassabüchern einer Wiener Kommunal-Sparkassa fruchtbringend anzulegen:

mit je 80 K die gewesenen Zöglinge des I. städtischen Waisenhauses Albine Wollmarkler und Anna Swoboda;

mit je 40 K die gewesenen Zöglinge des II. städtischen Waisenhauses Wilhelm Doma, Karl Kopka, Rupert Syrowatka und Josef Wurm;

die gewesenen Zöglinge des III. städtischen Waisenhauses Emil Braunofsky, Eduard Weber und Richard Cizek;

die gewesenen Zöglinge des IV. städtischen Waisenhauses Anton Schauburger, Andreas Felder, Franz Bummer, Leopold Länger, Anton Weyrer, Wilhelm Reindl, Leopold Schmadra, Adalbert Hoffenreich und Franz Henkel (zusammen 800 K).

2. Der Rest des obigen Zinsenertragnisses ist den kurrenten Einnahmen des allgemeinen Versorgungsfondes zuzuführen. (Angenommen.)

(12601.) St.-R. Büsch referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Straßenherstellung bei der Trinkaferne im Gatterhölzl im XII. Bezirke, und beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und der vorgeschlagenen nachträglichen Abänderung des betreffenden Projektes, darin bestehend, daß die Rucker-, Nischholz- und Hohenberggasse bis beziehungsweise längs der Kaserne statt des Makadams eine Pflasterung erhalten sollen, während die provisorische Pflasterung der „Wasserleitungsstraße“ derzeit entfällt, zuzustimmen. (Angenommen.)

(11365.) St.-R. Büsch referiert über das Detailprojekt für den Bau eines Volksschultraktes in Altmannsdorf, XII., Hengendorferstraße 11, und beantragt:

1. Den vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Abänderungen der mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. Mai 1904, Z. 6143, für den Bau eines Volksschultraktes im XII. Bezirke, Heßendorferstraße 11, genehmigten Projektskizze wird zugestimmt und wird sohin das Detailprojekt für diesen Schulbau mit dem buchhalterisch abjustierten Kostenbetrage 300.145 K 38 h genehmigt und ist die Ausführung derart einzurichten, daß der Schultrakt womöglich noch im heurigen Jahre im Rohbau fertiggestellt und unter Dach gebracht wird und längstens bis 15. September 1905 der Benützung zugeführt werden kann.

2. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Baukommission wird für diese Schule der Baukonsens erteilt.

3. Die für diesen Schulbau nötigen Arbeiten und Lieferungen sind in der von der Stadtbuchhaltung beantragten Weise zu vergeben und sind die Bedingungen für die Offertverhandlung nach dem Magistrats-Antrage zu stilisieren.

4. Die Einführung des Hochquellenwassers in das neue Schulgebäude behufs Deckung des Trinkwasserbedarfes daselbst sowie die Einführung der elektrischen Beleuchtung in demselben werden genehmigt und wird für den Trinkwasserbedarf ein tägliches Quantum von 15 hl Hochquellenwasser und für die elektrische Beleuchtung ein jährlicher Betriebskostenbetrag von 850 K bewilligt.

5. Es wird genehmigend zur Kenntnis genommen, daß dem mit der permanenten Beaufsichtigung der Bauarbeiten zu betrauenden Bauamtsbeamten der normalmäßige Zehrungsbeitrag von 5 K täglich angewiesen werden wird.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12685.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen des Theodor Pierron als Adolf Holzmann'scher Erbe um Baulinienabänderung für die Fortsetzung der Starhembergstraße von der Mayerhofgasse bis zur Wiedener Hauptstraße und beantragt, die Abänderung der genehmigten Baulinien nach den im vorgelegten Plane eingezeichneten Linien a b und c' c d' zu genehmigen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12657.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des derzeitigen Volontärs der Feuerwehr in Hannover Eberhard Schoepplenberg um Zulassung zum Studium der Löschleinrichtungen der städtischen Feuerwehr in Wien und beantragt, die Zulassung des Genannten auf die Dauer von vier Wochen zu genehmigen. (Angenommen.)

(12571.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ansuchen des Wilhelm und der Marie Klor um Bewilligung zur Planauswechslung für den Neubau Einl.-Z. 96 VIII. Bezirk, Ecke der Pfeil- und Blindengasse und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Bauwerber für die Zustimmung der Gemeinde Wien zur Erkerherstellung den Betrag von 90 K per Quadratmeter der Ausladefläche, d. i. für 1.69 m² den Betrag von rund 152 K vor Ausfertigung der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa erlegen. (Angenommen.)

(12583.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des Feuerwehrmannes Josef Blazek um Verlängerung seines Krankheitsurlaubes über 20 Wochen und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12455.) **St.-R. Straßer** referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrates, betreffend die Errichtung einer fünfklassigen allgemeinen Knochen-Volksschule in Wien, XX., Leipzigerplatz 1, mit selbständiger Leitung, sowie die Bestellung eines provisorischen Leiters und von fünf provisorischen Lehrkräften daselbst und beantragt, diesen Verfügungen die Zustimmung zu erteilen. (Angenommen.)

(12666.) **St.-R. Straßer** referiert über das Ansuchen des Vereines „Werk des heil. Philipp Neri“ um Überlassung dreier Schulzimmer und Turnsaales an der Mädchen-Volksschule XX., Kasafgasse 13, an den schulfreien Nachmittagen (Mittwoch und Samstag) von 2 bis 6 Uhr nachmittags zum Zwecke der Beschäftigung armer aufsichtsloser Schulmädchen und beantragt die widerrufswise Genehmigung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(12652.) **St.-R. Straßer** referiert über die Ausgestaltung der Baumpflanzungen in der Pappenheimgasse, XX. Bezirk, und beantragt:

1. Die Aufstellung eines Spritzhydranten zur Bewässerung der bestehenden Baumpflanzung in der Pappenheimgasse im XX. Bezirke zwischen Jägerstraße und Pappenheimgasse wird mit einem Kostenbetrage von 300 K genehmigt. Der Hydrant wird während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von 9 hl aus der Hochquellenleitung dotiert. Die Arbeiten sind vom Stadtbauamte im Frühjahr 1905 im kurrenten Wege vorzunehmen. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem städtischen Vorrate zu entnehmen.

2. Von der Herstellung einer Baumpflanzung in der Pappenheimgasse in der Strecke von der Klosterneuburgerstraße bis zur Treustraße ist gemäß den Anträgen der Lokalangelegenheits-Kommission vom 17. Juni 1904 vorläufig abzusehen. (Angenommen.)

(12671.) **St.-R. Graba** referiert über den Rekurs der Marie Maschitz gegen das Erkenntnis des magistratischen Bezirksamtes für den I. Bezirk, mit welchem die Übernahme der für die Dienstmagd Apollonia Tichota in der n.-ö. Landes-Irrenanstalt aufgelaufenen Verpflegungskosten per 39 K 60 h auf die städtische Dienstboten-Krankenkassa verweigert wurde, und beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Deutschmann beantragt, dem Rekurse stattzugeben. Letzterer Antrag angenommen.

(12668.) **St.-R. Graba** referiert über die Bewilligung eines Zuschußkredites von 2000 K zur Ausgabe-Kubrik XLVII 2 für die Herstellung von Gassenaufschrifttafeln und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(12615.) **St.-R. Graba** referiert über den Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend die bis auf weiteres beabsichtigte Übertragung der gesamten Geldgebarung des Pensionsinstitutes der Beamten und deren Witwen und Waisen, sowie der weiblichen Angestellten der städtischen Straßenbahnen in Wien und die Lösung der diesfälligen Geschäftsverbindung mit der Oesterr.-ungar. Bank und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12710.) **St.-R. Graba** referiert über die Aufnahme von Ankündigungen in den in Druck zu legenden Winter-Fahrplan der städtischen Straßenbahnen für das Jahr 1904/05, und beantragt die Aufnahme der von der Buchdruckerei „Reichspost“ A. Dpitz mit Schreiben vom 1. Oktober 1904, D.-Z. 17622/07, 20 vorgelegten Inserate zu genehmigen. (Angenommen.)

(12086.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über die Neuverpachtung einer der Gemeinde Wien gehörigen veräußerlichen Schankgerechtigkeit und beantragt:

1. Die in Rede stehende Schankgerechtigkeit, welche bisher an Rudolf Panz mit dem Betriebsorte XVIII., Gutzgasse 96 verpachtet war, wird im Einverständnis mit demselben sofort an Anna Medosch für den Betriebsort XVI., Brunnengasse 52, gegen vierteljährliche, beziehungsweise bei nicht rechtzeitiger Zinszahlung gegen 30tägige Kündigung um den Jahreszins von 1000 K und gegen Erlag einer Kaution von 500 K pachtweise übertragen.

2. Das Ansuchen des Johann Holoubek um pachtweise Überlassung dieser Konzession für den Betriebsort VIII., Josefstädterstraße Ecke Gürtel wird abgewiesen. (Angenommen.)

(12688.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über das über die Beschwerde des Friedrich Groß, Franz Wolf und Eduard A. Slowik erlassene Erkenntnis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 4. Juli 1904, Z. 6553, betreffend die Gemeinderats-Ergänzungswahl aus dem 4. Wahlkörper des II. Gemeindebezirkes, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12421.) St.-R. Dr. Wesselsky referiert über die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 26. Mai 1904, Nr. 5619, betreffend die von der Gemeinde Wien angefochtene Erteilung des Baukonzesses für Zubauten in der Realität XIX., Billrothstraße 73 an Dr. Adolf Boesch, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(12082.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Dr. Karl Kuzicka nos. der Joh. Schieder'schen Erben um Schadloshaltung für den beim Hause Dr.-Nr. 17 Mariahilferstraße und Dr.-Nr. 4 Pfauengasse, Einl.-Z. 661 zur Straße abgetretenen Grund und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungskomitees.

St.-R. Nauer beantragt, die Forderung der Partei per 400 K per Quadratmeter als zu hoch abzulehnen.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(12654.) St.-R. Braun referiert über das im Einverständnisse mit Eduard Jeniček gestellte Ansuchen der Firma Gebrüder Past um Übertragung des Bestandverhältnisses bezüglich des Bürgerhospitalfondsgrundes Abteilung III, Rat.-Parz. 102/3 im XI. Bezirke, Kopalgasse zu den bisherigen Bestandsbedingungen an Eduard Jeniček und beantragt, diesem Ansuchen stattzugeben. (Angenommen.)

(12655.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Karl Finsterbusch um Pachtverlängerung bezüglich mehrerer Gründe in der Lobau und beantragt, die Verpachtung der betreffenden Gründe auf weitere sechs Jahre vom 1. November 1904 an um den Pachtzins von jährlich 112 K und unter den übrigen bisherigen Bedingungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(12699.) St.-R. Braun referiert über die Instandsetzung des vergrößerten Vorplatzes beim Schwedler Tor des Wiener Zentralfriedhofes und beantragt, das Offert des Giovanni Valestrin anzunehmen und demselben die im Voranschlage näher bezeichneten Arbeiten zum Pauschalpreis von 2400 K zu übertragen. Hierbei wäre zu bedingen, daß diese Arbeiten spätestens am 25. Oktober 1904 fertiggestellt sein müssen und wäre für jeden Tag der Überschreitung des festgesetzten Termines eine Konventionalstrafe von 100 K festzusetzen. (Angenommen.)

(12650.) St.-R. Gsottbauer referiert über die Neuverpachtung der Restauration im Türkenschanzparke im XIX. Bezirke und beantragt: Die vorgelegten Bedingungen für die Verpachtung der Restauration im Türkenschanzparke im XIX. Bezirke werden genehmigt.

Wegen Verpachtung dieser Restauration vom 1. Februar 1905 bis 31. Jänner 1910 ist sofort eine öffentliche Offertverhandlung auszuschreiben. (Angenommen.)

(12577.) St.-R. Gsottbauer referiert über die Herstellung einer Geleisefchleife durch die Valeriestraße und Thugutstraße und beantragt:

1. Das in der Valeriestraße vorhandene Geleise nebst Abzweigungen zur Mittelbachstraße wird aufgelassen und an dessen Stelle

ein Schleifengeleise in der Valeriestraße und Thugutstraße nach dem vorgelegten Projekte hergestellt.

2. Die Kosten im Betrage von 33.200 K werden genehmigt und sind aus dem für Geleiseneubauten im Hauptvoranschlage pro 1904 vorgesehenen Betrag zu bedecken.

3. Die Arbeiten sind von der Direktion der städtischen Straßenbahnen in eigener Regie auszuführen. (Angenommen.)

(12644.) St.-R. Nauer referiert über die Ausgestaltung der Baumpflanzung in der Windelmannstraße im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Die Ausgestaltung der Baumpflanzungen in der Windelmannstraße wird gemäß den Anträgen der Lokalaugenscheins-Kommission vom 22. Juni 1904 mit einem Kostenbetrage von 4604 K 24 h, wovon 3804 K 24 h auf die gärtnerischen Herstellungen und 800 K auf die Aufstellung von fünf Spritzhydranten entfallen, genehmigt.

2. Die gärtnerischen Arbeiten sind vom Stadtgarten-Inspektorat in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege vorzunehmen. Rohre und Maschinenbestandteile sind dem städtischen Vorrat zu entnehmen.

Die Spritzhydranten werden während der Sommermonate mit einer täglichen Wassermenge von zusammen 3 m³ aus der Wientalwasserleitung dotiert.

3. Alle Arbeiten sind im Frühjahr 1905 vorzunehmen und sind die faktischer Auslagen zu Lasten der einzelnen Teilpositionen der Rubrik XXIV 1 zu verrechnen.

4. Die fertiggestellte Baumpflanzung ist vom Stadtgarten-Inspektorat in Stand zu halten. (Angenommen.)

(12406.) St.-R. Nauer referiert über die Belassung des Material-Depots XIII. Bezirk, Breitensee, und beantragt, es sei die fernere Benützung des an der Ecke der Breitenseerstraße und der verlängerten Huttengasse gelegenen Grundes Einl.-Z. 649 im XIII. Bezirke als Materiallagerplatz für diesen Bezirk zu genehmigen. (Angenommen.)

(12677.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen der Franziska Kirnbauer um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Dr.-Nr. 282 Linzerstraße, XIII. Bezirk, und beantragt die Abweisung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(12679.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Anton Waldbogel um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität Dr.-Nr. 36 Bernbrunnengasse, XIII. Bezirk, und beantragt die Abweisung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(12448.) St.-R. Bielohlawek referiert über die Schlußrechnung für den Bau der Milchtrinkhalle im III. Bezirke und beantragt:

Die vorgelegte Schlußrechnung, nach welcher sich die tatsächlichen Ausgaben auf 90.735 K 83 h belaufen, wird genehmigend zur Kenntnis genommen. Das ausgewiesene Mehrerfordernis von 10.738 K 74 h wird nachträglich genehmigt; die in das heurige Jahr fallenden Restzahlungen von 28.822 K 19 h werden zur Deckung auf den Reservefond verwiesen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12483.) St.-R. Bielohlawek referiert über die Errichtung eines Gemeinde-Vermittlungsamtes für den I. Bezirk und beantragt:

Das mit Beschluß vom 15. März 1904, Z. 872, im Prinzipie genehmigte Vermittlungsamt zum Vergleichsversuche zwischen streitenden Parteien im I. Wiener Gemeindebezirke hat aus acht Vertrauens-

männern und vier Ersatzmännern zu bestehen und mit 1. Jänner 1905 seine Tätigkeit zu beginnen.

Die erforderliche Wahl der acht Veruensmänner und der vier Ersatzmänner für die erste dreijährige Funktionsperiode (1905 bis 1907) ist auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu stellen.

Der Bürgermeister wolle bestimmen, daß die Konzepts-, Kanzlei- und Manipulationsarbeiten für das Vermittlungsamt von den der Bezirksvertretung zugewiesenen Beamten und Dienern zu besorgen sind.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12376.) St.-R. **Bielohlawek** referiert über die Auswechslung des schadhaften Brunnens am Neuen Markte gegenüber dem Hotel „Kranz“ und beantragt, die bezügliche Herstellung mit dem bedeckten Kostenfordernisse von 290 K zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12326.) St.-R. **Dr. Deutschmann** referiert über die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 8. August 1904, Z. 52445, betreffend die Verweigerung der objektiven Steuerfreiheit der Schaltstation der städtischen Elektrizitätswerke X., Kolombusplatz, Kat.-Parz. 218/X, und beantragt, gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12714.) St.-R. **Dr. Deutschmann** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Förderung und Erhaltung der der Privat-Handels- und Fortbildungsschule für katholische Mädchen, IV., Karolinenplatz 7, um Überlassung von Schulbänken und beantragt:

Es werden dem genannten Vereine für ein Lehrzimmer im städtischen Mädchen-Volksschulgebäude, IV., Karolinenplatz 7, anstatt der 9 Zeichentische, 20 alte dreißtändige Schulbänke im Werte von zirka 80 K unentgeltlich unter der Bedingung überlassen, daß der Verein die Kosten des Transportes der Zeichentische von der Schule in das städtische Depot und der Bänke vom Depot in die Schule trägt.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12327.) St.-R. **Dr. Deutschmann** referiert über die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 8. August 1904, Z. 54286, betreffend die Verweigerung der objektiven Steuerfreiheit für die Unterstation Landstraße Konstr.-Nr. 3069-III, für das Betriebsgebäude der Lichtzentrale Konstr.-Nr. 700 h-XI und für den Zubau zur großen Zubringestation Konstr.-Nr. 700 f-XI, sowie, betreffend die Zurücknahme der bereits anerkannten objektiven Steuerfreiheit des Betriebsgebäudes der Bahnzentrale Konstr.-Nr. 700 d-XI und der großen Zubringestation Konstr.-Nr. 700 f-XI, und beantragt, gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12670.) St.-R. **Dr. Deutschmann** referiert über die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 9. August 1904, Z. 55454, betreffend die Verweigerung der Steuerfreiheit für das Objekt Konstr.-Nr. 1806 (Wagenhalle der städtischen Straßenbahnen) im XVI. Bezirke, Ottakring, und beantragt, von der Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof abzusehen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12585.) St.-R. **Dr. Deutschmann** referiert über die Einrichtung der öffentlichen Beleuchtung des Verbindungsweges über den Maßleinsdorfer Friedhof im X. Bezirke und beantragt:

Die Herstellung der öffentlichen Beleuchtung des gedachten Weges wird unter Anerkennung der Eigentumsrechte des St. Philomenen-Kirchenbauvereines an den für die Gasrohrlegung und Kandelaber-aufstellung benötigten Grundflächen genehmigt und sind auf diesem Wege sechs ganznächtlige Gasflammen und eine halbnächtlige Gas-

flamme plangemäß derart aufzustellen, daß eine Inanspruchnahme von Bahngrund vermieden wird.

(Angenommen.)

(12672.) St.-R. **Straßer** referiert über den Rekurs der Direktion des k. k. Erzherzog Rainer-Gymnasiums, betreffend die Vorschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren für das genannte Gymnasium, und beantragt, den Rekurs abzuweisen.

(Angenommen.)

(12667.) St.-R. **Straßer** referiert über das Ansuchen des Raimund Karl Tärnis, VI., Getreidemarkt 13, um Genehmigung einer Planauswechslung im Hause II., Wolfgang Schwälzlgasse, Einl.-Z. 5112, und beantragt, die Zustimmung zur Herstellung der zwei projektierten Puzschachte unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen zu erteilen und den Baukonsens zu bestätigen.

(Angenommen.)

(12663.) St.-R. **Straßer** referiert über das Ansuchen des Alexander Brauner um Erhöhung der Fuhrwerkspreise für die Rehricht- und Kotabfuhr im XX. Bezirke um je 40 h per Fuhr, das ist von 2 K 60 h beziehungsweise 2 K 20 h auf 3 K beziehungsweise 2 K 60 h und beantragt die Genehmigung.

(Abgelehnt.)

(12334.) St.-R. **Weitmann** referiert über das Ansuchen der Privat-Mädchen-Volksschule und Bürgerschule der Töchter des göttlichen Heilandes, VII., Kenyongasse 6/8, um unentgeltliche Überlassung von Schuldrucksorten und beantragt die unentgeltliche Überlassung der angeforderten Schuldrucksorten im Werte von 15 K.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12674.) St.-R. **Wessely** referiert über das Ansuchen des Josef Holly um Reduzierung beziehungsweise Rückvergütung von Wassermehrverbrauchsgebühren für das Haus VI., Theobaldgasse 23, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 7. Oktober 1904.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun,	Dr. Krenn,
Brauneiß,	Kauer,
Büsch,	Straßer,
Dr. Deutschmann,	Weitmann,
Grünbeck Sebastian,	Dr. Wesselsky,
Gottbauer,	Wessely,
Hörmann,	Paška,
Graba,	

Entschuldigt: St.-R. Bielohlawek, Ferdinand Gräf.

Beurlaubt: St.-R. Hölzl, Dypenberger, Rissaweg, Schreiner, Tomola.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär Dr. Delwein.

Vize-Bürgermeister **Dr. Neumayer** eröffnet die Sitzung.

(12247.) St.-R. **Dr. Wesselsky** referiert über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Regelung des gewerblichen Fortbildungsunterrichtes im Gemeindegebiete der Stadt Wien, und beantragt, der Stadt beziehungsweise Gemeinderat wolle beschließen:

Der Wiener Gemeinderat stimmt dem vom Niederösterreichischen Landes-Ausschusse unterm 27. Juli 1904, Z. 14362, übermittelten

Entwürfe eines Gesetzes zur Regelung des gewerblichen Fortbildungsunterrichtes im Gemeindegebiete der Stadt Wien, da derselbe einen Fortschritt in der Ausgestaltung des Gewerbeschulwesens und dadurch eine Kräftigung des gewerblichen Mittelstandes, der Hauptstütze jedes Gemeinwesens, herbeizuführen geeignet ist, zu, beantragt jedoch nachstehende Abänderungen:

1. Zwischen dem 2. und 3. Absatz des § 15 wäre einzuschalten:

„Die Unterrichtsstunden sind unter Berücksichtigung des Stundenplanes der Bürger-, Volks- oder sonstigen Schule, für deren Unterbringung das Schulgebäude in erster Linie bestimmt ist, und derart festzusetzen, daß die vorgeschriebene Lüftung und Reinigung der Schulräume ohne größeren Gelddaufwand als in den Schulen gleicher Art, in welchen keine Gewerbeschulen untergebracht sind, vorgenommen werden kann.“ (Angenommen.)

2. Im § 21 wäre nach dem 2. Absätze einzufügen:

„Alle erwiefenermaßen infolge der Benützung für Gewerbeschulzwecke oder durch die Lehrlinge absichtlich verursachten Schäden an den Lehrmitteln sind aus dem Gewerbeschulsfonde zu ersetzen.“ (Abgelehnt.)

3. An Stelle des ersten Absatzes des § 38 hätten folgende Bestimmungen zu treten:

„Die gewerblichen Fortbildungsschulen samt Vorbereitungsclassen sind, solange eigene Gebäude für diese Schulen nicht bestehen, in den der Verwaltung des Staates unterstehenden öffentlichen Schulen und in den der Verwaltung der Gemeinde Wien unterstehenden öffentlichen Bürgerschulen unterzubringen, jedoch nur insofern als dadurch die Erfüllung jener Schulzwecke, für welche die Schulgebäude in erster Linie zu dienen haben, in keiner Weise behindert und die Vornahme der vorgeschriebenen Lüftung und Reinigung der Schulräume ohne größeren Gelddaufwand als in solchen Schulen gleicher Art, in welchen keine gewerblichen Fortbildungsschulen untergebracht sind, nicht ausgeschlossen ist.“

In Schulen, die von Mädchen besucht werden, dürfen gewerbliche Schulen für Lehrlinge nicht untergebracht werden.

Volksschulen können nur mit Zustimmung der Gemeinde Wien und unter Einhaltung der von derselben vorgeschriebenen Bedingungen zur Unterbringung gewerblicher Fortbildungsschulen samt Vorbereitungsclassen verwendet werden.

Gewerbliche Fortbildungsschulen, welche sich bei Beobachtung der angeführten Bestimmungen in den bestehenden Schulgebäuden des Staates oder der Gemeinde Wien nicht unterbringen lassen, sind auf Kosten des Gewerbeschulsfondes entweder einzumieten oder es sind eigene Schulgebäude hiefür zu errichten.

Die Auflassung oder Verlegung einer öffentlichen Volks- oder Bürgerschule darf wegen einer in deren Gebäude untergebrachten gewerblichen Fortbildungsschule nicht behindert werden.

Alle erwiefenermaßen infolge der Benützung für Gewerbeschulzwecke, insbesondere auch die durch die Schüler der gewerblichen Schulen im Schulgebäude und an der Einrichtung verursachten Schäden sind vom Gewerbeschulsfonde zu ersetzen.“ (Abgelehnt.)

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer beantragt, in den §§ 22 und 23 anstatt „fachliche Fortbildungsschulen“ nur „Fortbildungsschulen“ zu setzen.

Der Referent schließt sich diesem Antrage an und wird der so modifizierte Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderat.)

(12687.) **St.-R. Graba** referiert über den Empfang der Teilnehmer an der Zentral-Ausstellung prämiierter Lehrlingsarbeiten

in Niederösterreich im Rathause und beantragt, den Empfang am Sonntag den 9. Oktober 1904 nachmittags im Rathause zu veranstalten und aus diesem Anlasse den nötigen Kredit gegen nachträgliche Verrechnung und Verweisung der Auslage auf den Reservefond zu bewilligen. (Angenommen.)

(12722.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über die Klage der Hermine Freudenberger auf Schadenersatz für einen anlässlich der Kabellegerung in der Kottagegasse, XVIII. Bezirk, erlittenen Unfall und beantragt, mit der Vertretung der Gemeinde Wien Hof- und Gerichtsadvokaten Stadtanwalt Dr. Robert Swoboda zu betrauen. (Angenommen.)

(12486.) **St.-R. Braun** referiert über das Ergebnis der mit Agnes Koberinger gepflogenen Verhandlungen, betreffend die Erwerbung des Hauses XI., Kopalgasse 32, und beantragt die Ablehnung wegen der zu hohen Forderung. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(12599.) **St.-R. Weitmann** referiert über das neuerliche Verkaufsoffert des Adalbert Poch, betreffend den Verkauf eines Schotterbruches in Warch bei Scheiblingskirchen an die Gemeinde Wien, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12720.) **St.-R. Weitmann** referiert über den Rekurs der Pauline Senfelder gegen den feuerpolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den VI. Bezirk zur Herstellung einer Notstiege im Hofe ihres Hauses VII., Zieglergasse 11 aus den Fabrikräumen im 2. Stocke und beantragt die Abweisung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12711 bis 12713) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über die Entscheidungen des Bezirkschulrates, betreffend die Zuerkennung der dritten Dienstalterszulage an die Volksschullehrer Karl Höffinger, Rupert Brandenburger und Johann Dsinger, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 22. September 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Franz Josef Schadek.

Der Vorsitzende begrüßt die Versammelten und erklärt die Sitzung nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und verifiziert.

B.-R. Frankberger spricht der Bezirksvertretung für die warme Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens seines Vaters, sowie für die so ehrenvolle zahlreiche Beteiligung beim Leichenbegängnisse seinen aufrichtigen Dank aus.

Sodann wird, nachdem eine Armenratsstelle vakant erscheint, zur Wahl eines Armenrates geschritten.

Zahl der abgegebenen Stimmzetteln: 16.

Davon entfallen auf Eduard Hartenbach, Volksschullehrer, VI., Gumpendorferstraße 126, 16 Stimmen.

Derselbe erscheint somit einstimmig zum Armenrate gewählt.

Einlauf.

(1734.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Gemeindebezirkes, betreffend die Notwendigkeit der Asphaltierung von öffentlichen Hydrantenplätzen.

Angeschlossen.

(1819.) Beschluß der Bezirksvertretung des VIII. Bezirkes punkto Uniformierung der städtischen Straßenarbeiter.

Zur Kenntnis.

(1481.) Rücknote des k. k. Polizei-Kommissariates Mariahilf vom 24. Juni 1904, Z. 15234, betreffend die Überwachung des Eßterhahyparkes.

Zur Kenntnis.

(1923.) Beschluß der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes vom 9. Juli 1904, Z. 2609, punkto Herausgabe eines historischen Kalenders oder einer Chronik der Stadt Wien.

Der **Vorsitzende** erinnert diesfalls an die in kurzen Intervallen erscheinenden Berichte des Bürgermeisters über die Gemeindeverwaltung und an das alljährlich erscheinende statistische Jahrbuch.

B.-R. Jettel bemerkt, daß auch das Namenbuch der Stadt Wien nach historischer Richtung Aufschluß gebe und beantragt, mit Rücksicht auf die großen Kosten der Herausgabe eines solchen Werkes, die Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Kenntnis.

(1924.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Gemeindebezirkes vom 5. Juli 1904, betreffend die Erlassung eines Verbotes des Herumlaufens der Hunde auf Marktplätzen.

Der **Vorsitzende** bemerkt, daß der Antrag wohl Berechtigung habe, eine diesfällige Überwachung, beziehungsweise Durchführung jedoch nur schwer möglich sei. Vor ungefähr zehn Jahren sei das Verbot des Mitnehmens von Hunden in Gast- und Kaffeehäuser erlassen worden, aber gegenwärtig herrschen auch nach dieser Richtung Übelstände.

B.-R. Nowak stimmt diesen Ausführungen bei und beantragt die Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Kenntnis.

(2003.) Note der Magistrats-Abteilung XV vom 16. Juli 1904, Z. 5709, betreffend das Detailprojekt für den Bau einer Doppel-Bürgerschule VI., Hirschengasse 18.

Zur Kenntnis.

(2010.) Beschluß der Bezirksvertretung des XV. Bezirkes vom 11. Juli 1904, Z. 1340, betreffend die Anbringung der Haltestellentafeln der städtischen Straßenbahnen auf Gasandelabern und Leitungsmasten der städtischen Straßenbahn.

B.-R. Nowak findet die jetzt bestehende Einrichtung für völlig zweckmäßig und beantragt, die Zuschrift zur Kenntnis zu nehmen.

Der **Vorsitzende** weist auf die großen Kosten solcher Änderungen hin, für welche auch erst die ministerielle Bewilligung eingeholt werden müßte; auch würde sich dann die Einführung neuer Kandelaber als notwendig erweisen.

B.-R. Schelz tritt ebenfalls lediglich für die Kenntnisnahme ein.

Zur Kenntnis.

(2584.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Bezirkes punkto energisches Vorgehen gegen das Überhandnehmen von Kaufszessen.

Angeschlossen.

(2335.) Beschluß der Bezirksvertretung des III. Bezirkes, betreffend die Behandlung von Anerkennungsziinsen bei der Bemessung der Hauszinssteuer.

Angeschlossen.

(2232.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Bezirkes, betreffend Maßnahmen gegen den Gebrauch des sogenannten Schleudergummis seitens der Schuljugend.

(2232.) Beschluß der Bezirksvertretung des X. Bezirkes punkto Maßnahmen gegen die Überschreitungen bei Warenausräumungen der Gemischtwaren-Verschleißer.

B.-R. Schelz bemerkt, daß sich diese Ausführungen mit den bereits von hieramtlicher Seite gestellten Anträgen decken.

B.-R. Schrötter beantragt, sich dem vorliegenden Beschlusse anzuschließen.

Angeschlossen.

(2092.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VII vom 28. Juli 1904, Z. 833, betreffend die Nichtbewilligung des Umbaues des Hauptunratskanales in der Bürgerspitalgasse.

Zur Kenntnis.

(2079.) Beschluß der Bezirksvertretung des XII. Bezirkes, betreffend die Anlegung von Tunnels im Straßenkörper zur Einlagerung von Gas- und Wasserleitungsrohren, Leitungsdrähten u. s. w.

B.-R. Nowak stimmt diesem Antrage bei für die neu entstehenden Straßen, da sich die erwachsenden Auslagen doch amortisieren würden.

Der **Vorsitzende** glaubt, daß diese Einführung, wenn sie nur für die neuen Straßenzüge gelten sollte, nur geringen Wert besäße, da die bedeutendsten Veränderungen im Straßenkörper in den inneren Bezirken stattfinden; auch in anderen Weltstädten, zum Beispiel Paris, habe man solche Tunnels nur in die großen Boulevards eingebaut.

Angeschlossen.

B.-R. Schelz kommt neuerlich auf das herrschende Hausflerunwesen zu sprechen. Während Ungarn selbst keinen Hausflerhandel zuläßt, sendet es viele Hausflerer nach Österreich, wodurch den Geschäftsleuten viel Schaden erwächst. Besonders in der Mariahilferstraße sei dies bemerkbar. Diesem Unfuge würde am kräftigsten abgeholfen, wenn die Hausflerpässe von Seite des Magistrates nur für kurze Zeit vidiert würden.

Ein bezüglicher Antrag wurde sodann zum Beschlusse erhoben.

Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, wird die Sitzung vom **Vorsitzenden** für geschlossen erklärt.

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom **26. September 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Leopold Gruga.**

Als Gäste sind erschienen die Herren: St.-R. Rissaweg, Gem.-Räte Netrich und Nieder.

Nach Begrüßung der Versammelten eröffnet der **Vorsitzende** die Sitzung.

Der Schriftführer Magistrats-Kommissär Pirch verliest das Protokoll der letzten Sitzung.

Dasselbe wird genehmigt.

Der **Vorsitzende** erstattet den Kommissionsbericht.

Infolge der heftigen Regengüsse der letzten Zeit werden die Arbeiten bei der Unterfahmung zur Geiselbergstraße nicht rechtzeitig fertiggestellt werden, weshalb von einer Eröffnung der Unterfahrstraße zu Allerheiligen nicht die Rede sein könne.

St.-R. Rissaweg ergreift das Wort zu einer erfreulichen Mitteilung: er hoffe, daß die Verlängerung der Straßenbahnlinie Favoritenstraße bis zur Gradner-Kapelle und die Strecke Duellengasse—Geiselbergstraße bis zur Simmeringer Hauptstraße demnächst im Gemeinderate bewilligt werde.

Der **Vorsitzende** dankt dem St.-R. Rissaweg für die Vertretung der Bezirksinteressen im Stadt- und Gemeinderate.

Einlauf.

(3847.) Die in die Sonnwendgasse einmündende neue Gasse auf den ehemaligen Komarek'schen Gründen soll laut einstimmigen Beschlusses nach dem zu Graz im Jahre 1790 geborenen und 1875 zu Wien verstorbenen Eisenbahntechniker Franz Kiepl, dem intellektuellen Urheber der ersten österreichischen Eisenbahn, benannt werden.

Interpellationen und Anträge.

(3785.) Petition mehrerer im unteren Teile der Favoritenstraße im X. Bezirke ansässiger Parteien, bezüglich Verlegung des Teiles der städtischen Straßenbahnlinie Kolombusplatz—Laxenburgerstraße—Südbahnviadukt in die Favoritenstraße.

Beschluß: Ist der Direktion der städtischen Straßenbahnen zur weiteren Amtshandlung abzutreten.

(4099.) **B.-B.-St. Wippel** beantragt, daß bei Gewerbeanmeldungen auf die Inhaber von sogenannten Partiewarengeschäften, welche sich in letzter Zeit in unliebsamer Weise bemerkbar machen, ein besonderes Augenmerk gerichtet werde.

Es wird einstimmig beschloffen, der Magistrat sei zu ersuchen, daß die magistratischen Bezirksämter den Auftrag erhalten, anlässlich der Gewerbeanmeldungen von Gemischtwarenhändlern, Schnittwarenhändlern u. a. durch Anfrage zu erheben, ob die Anmeldenden ein Partiewarengeschäft betreiben wollen. Gegebenenfalls sei dies im Gewerbescheine anzumerken und behufs Überwachung das Marktamt und die Bezirksvertretung zu verständigen.

Derselbe beschwert sich über die verspätete Zustellung von in Prag der Post zur Beförderung übergebenen Brieffächern. Briefe, welche in Prag abends aufgegeben werden und erwiesenermaßen bereits um 8 Uhr früh in Wien eintreffen, werden den Adressaten in Favoriten erst nach 12 Uhr mittags zugestellt.

Es wird beschloffen, sich diesbezüglich an die Post- und Telegraphen-Direktion zu wenden.

B.-B. Spanner beantragt die Anschaffung von Regenmänteln für die allen Wetterunbilden ausgesetzten städtischen Straßenaufseher.

Dieser Antrag wird zum Beschlusse erhoben.

B.-B. Seiser urgiert die Errichtung der Dees'schen Bedürfnisanstalt am Eugenplatz.

Den seinerzeit zum Beschlusse erhobenen Anträgen:

B.-R. Spanner, Verbot des Herumlaufens von Hunden auf Marktplätzen;

B.-R. Wippel, Verbot des Verkaufes von Knallbomben und Schleudergummi; Verbot des Ausräumens von Waren vor den Geschäftslokalen; Asphaltierung von Hydrantenstandplätzen;

wurde auch von den Bezirksvertretungen II, V, VII, VIII, XV und XVIII zugestimmt.

(XIX. Gemeindebezirk, Döbling.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Döbling vom 4. Oktober 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **W. Juhn**.

Einlauf.

(2464.) Der **Bezirksvorsteher** verliest das Schreiben des B.-R. Manhart, laut welchem derselbe sein Mandat zurücklegt, und gibt dem Bedauern der Bezirksvertretung über diesen Mandatsverzicht Ausdruck.

(2106.) Antrag der Bezirksvertretung Meidling auf Herstellung von Tunnels in neuen Straßenzügen zur Aufnahme aller im Straßenkörper liegenden Objekte.

Zur Kenntnis.

(2281.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten auf Erlassung eines Verbotes des Verkaufes von Schleudergummi und Knallbomben.
Zustimmung.

(2282.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten auf Erlassung eines Verbotes des offenen Ausstellens der zum Genusse bestimmten Artikel.
Zustimmung.

(2291.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten auf polizeiliche Abschaffung aller wegen sogenannter Messerstechereien bestrafte Personen.
Zustimmung.

(2393.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, es sei die Behandlung aller für Radabweiser und Einwurfsöffnungen an die Gemeinde zu entrichtenden Anerkennungszinse bei der Bemessung der Hauszinssteuer als vom Bruttozinse abzurechnende Passivposten zu erwirken.
Zustimmung.

(2507.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, es seien die Straßenaufseher mit Regenmänteln zu versehen.
Zustimmung.

(2488.) Über Zuschrift der Magistrats-Abteilung XVI wird die Benennung der zwischen der Billrothstraße und dem projektierten Kirchenplatz gelegenen Gasse mit „Arbesbachgasse“ beschloffen.

(2529.) Über eine Zuschrift mehrerer Hauseigentümer der Rahlbergerstraße, des Springstebelweges und der Amalgergasse wird die Herstellung des oberen Teiles der Rahlbergerstraße und des Springstebelweges mit Rücksicht auf die dringende Notwendigkeit einstimmig beschloffen.

Anträge.

(2506.) **B.-B. Weiß** beantragt die geschlossene Verbauung im Gebiete zwischen der Hartäcker- und Krottenbachstraße mit Beibehaltung der Vorgärten.
Angenommen.

(2536.) **B.-B. Lehner** beantragt die Umpflasterung des Trottoirs beim Hause XIX., Kobenzlgasse 42.
Angenommen.

(2537.) **Derselbe** beantragt die Herstellung einer Nutzwasserleitung in Grinzing vom Spülbassin am Ende der Kobenzlgasse bis ungefähr zum Hause Nr. 15.
Angenommen.

(2538.) **Derselbe** beantragt die Herstellung des zwischen den Häusern Kobenzlgasse 2 und Langackerergasse 1 führenden Promenadeweges und Beleuchtung desselben.

Angenommen.

(2545.) **B.-R. Dr. Duschnik** beantragt die Errichtung einer Haltestelle bei der Hofzeile auf der Döblinger Hauptstraße.

Wird mit dem Zusatz-Antrage des **Bezirksvorstehers** angenommen, daß überhaupt durch eine Kommission die Regulierung der Haltestellen in der Döblinger Hauptstraße erfolgen soll.

(2546.) **B.-R. Schiesel** beantragt die Umpflasterung der Rinnfalle und Errichtung von Abflussschächten in der Rudolfinergasse.

Angenommen.

Wahl.

(2387.) Über Zuschrift der Wiener Kommunal-Sparkassa Döbling wird mit 9 von 13 abgegebenen Stimmen **B.-R. Michael Müller** in den Ausschuß gewählt.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 9. bis 15. Oktober 1904.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 309.283 kg	Und zwar aus:	
	Wien	249.640 kg
	dem sonst. Niederösterreich	17.614 "
	Oberösterreich	658 "
	Steiermark	286 "
	Mähren	7.506 "
	Galizien	31.191 "
	Ungarn	1.593 "
	Bukowina	649 "
	Kroatien	146 "
Kalbfleisch . . . 11.246 "	Und zwar aus:	
	Wien	3.419 kg
	Mähren	265 "
	Galizien	7.498 "
	Ungarn	64 "
Schafffleisch . . . 29.661 "	Und zwar aus:	
	Wien	361 kg
	dem sonst. Niederösterreich	48 "
	Mähren	35 "
	Galizien	19.163 "
	Ungarn	165 "
	Bukowina	9.889 "
Schweinfleisch 129.506 "	Und zwar aus:	
	Wien	59.249 kg
	dem sonst. Niederösterreich	1.972 "
	Oberösterreich	100 "
	Böhmen	140 "
	Mähren	8.973 "
	Galizien	44.278 "
	Ungarn	13.184 "
	Kroatien	1.610 "

Kälber	1.792 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	513 St.
		dem sonst. Niederösterreich	27 "
		Oberösterreich	1 "
		Mähren	84 "
		Galizien	1.152 "
		Ungarn	11 "
		Bukowina	4 "
Schafe	391 "	Und zwar aus:	
		Wien	259 St.
		dem sonst. Niederösterreich	40 "
		Mähren	3 "
		Galizien	89 "
Schweine	308 "	Und zwar aus:	
		Wien	78 St.
		dem sonst. Niederösterreich	5 "
		Mähren	18 "
		Galizien	185 "
		Ungarn	22 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	{ Siedfleisch . . . von K — 56 bis	1·52 per Kg.
	{ Roftbraten u. Nieren " " 1·20 "	1·90 " "
Kalbfleisch	" " — 80 "	1·40 " "
Schafffleisch	" " — 50 "	1·12 " "
Schweinfleisch	" " — 90 "	1·60 " "
Kälber	" " — 90 "	1·24 " "
Schafe	" " — 64 "	1— " "
Schweine	" " — 92 "	1·30 " "

Die Zufuhr an Fleischwaren war stärker, trotzdem war Rindfleisch matter begehrt. Kälber und Kalbfleisch waren um 2 bis 4 h per Kilogramm besser bezahlt, Schweine und Schweinfleisch waren um 4 bis 8 h per Kilogramm teurer. Die übrigen Fleischwaren tendierten wie in der Vorwoche.

* * *

Pferdemarkt vom 14. Oktober 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 784 Pferde (418 Schlachtpferde, 366 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde 120—1000 K per Stück
" Schlachtpferde 34—220 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. Oktober 1904.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 75—82 kg)	von 10 K 35 h bis 11 K 40 h
Roggen (" " 1 " 71—76 ")	" 7 " 80 " " 8 " 25 "
Gerste (nur Futter-, Brenner und Rollgerste)	" 7 " 10 " " 9 " 50 "
Mais	" 7 " 75 " " 8 " 75 "
Hafer	" 7 " 20 " " 8 " 10 "

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Griß	von 16 K 40 h bis 17 K 20 h
Weizenmehl, Wiener Type	" 10 " — " " 17 " 20 "
Futtermehl	" 7 " — " " 7 " 50 "
Roggenmehl	" 8 " 50 " " 13 " 60 "
Weizenkleie	" 5 " 65 " " 6 " — "
Roggenkleie	" 5 " 60 " " 5 " 80 "

(per 50 Kilogramm).

* * *

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 9. bis 15. Oktober 1904.

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Weizengrieß	1 kg	36	48		
Auszugmehl	"	34	48		
Mundmehl	"	32	38		
Semmelmehl	"	28	34		
Pohlmehl	"	22	28		
Kaisersjommel à 4 h 1 St.	3-8 bis 6-9 dkg	—	—	—	—
Mundsjommel " 4 " "	3 bis 9-8 dkg	—	—	—	—
" " 2 " "	2-3 bis 6 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	—	—	—	—
Weißgemischtes Brot	"	21·2	36·7		
Schwarzgemischtes Brot	"	18·3	35·8		
Schwarzes Brot	"	19·0	29·7		
Erbfen, ganz	1 kg	32	50		
" gespalten	"	36	64		
Linfen	"	40	80		
Bohnen	"	32	48		
Hirse	"	30	42		
Hollgerste	"	40	88		
Reis	"	32	80		
Kaffee, roh	"	2 20	5 20		
" gebrannt	"	2 60	6		
Kakao	"	5 20	10 40		
Schokolade	"	2 80	10		
Tee	"	5	20		
Zucker	"	76	88		
Honig	"	1 60	3		
Bohnen, grün	1 kg	30	1 60		
Erbfen, grün, in Schoten	"	80	1 20		
Paradiesäpfel	" St.	16	40		
Kohl, grün	30 " St.	60	2		
" Kohlrüben	1 " "	4	12		
" " " " " " " " " " " "	30 " "	40	1 60		
" " " " " " " " " " " "	1 " "	2	12		
Kraut, weißes	30 " "	1	6		
" " " " " " " " " " " "	1 " "	6	20		
Salat, in " Häupteln	30 " "	1	2		
" " " " " " " " " " " "	1 " "	4	20		
Spinat	1 kg	1	1 20		
Rüben, weiß	1 St.	6	10		
" gelb	"	2	6		
" rot	"	2	10		
Sauerkraut	1 kg	24	28		
Sauere Rüben	"	20	26		
Knoblauch	"	36	68		
Zwiebel	"	12	20		
Erdäpfel, vorjährige	100 kg				
" " heurige	100 " "	10	12		
" " " " " " " " " " " "	100 " "	12	16		
" " " " " " " " " " " "	100 " "	14	18		
" " " " " " " " " " " "	1 " "	16	24		
Rindsfilz	1 kg	70	1 30		
Rindschmalz	"	2 20	2 80		
Schweinfilz	"	1 44	1 72		
Schweinschmalz	"	1 44	1 76		
Schweinspeck	"	1 32	1 72		

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Unschlitt, geschmolzen	1 kg	90	1 20		
Milch, Voll- und Mager-	1 l	14	32		
Rahm	"	60	1 60		
Topfen	1 " kg	28	68		
Butter	"	1 80	5		
Margarine	"	1 20	2		
Eier, frische um 2 K	22-32 St.	—	—	—	—
" eingelegte um 2 K	32-40 " "	—	—	—	—
Barben	1 kg	1 20	1 40		
Brachsen	"	10	11		
Forellen	"	10	11		
Hechte, lebend	"	2 80	3 20		
" tot	"	1 80	2 40		
Karpfen, lebend	"	1 70	2 40		
" tot	"	1 60	2		
Lachse	"		12		
Schaiden	"	3 20	4		
Schille	"	1 40	3 20		
Sterlete	"	3 20	3 60		
Stockfische	"				
Schellfische	"	60	1 30		
Weißfische	"	60	1		
Krebse	1 " St.				
Huhn, junges, gepuht	1 St.	1	1 40		
Masthuhn, gepuht	"	1 40	2 40		
Boulard	"	2	3		
" steir.	"	3	5		
Kapaun	"	4	6		
" steir.	"				
Ente	"	2 60	5 60		
Gans	"	4	8		
Indian	"	5	7		
Taube	"	50	1		
Fasan	1 St.	2 80	5		
Rebhuhn	"	1	2		
Wildente	"	1 80	2 40		
Wildgans	"		3		
Gase	"	2	3 60		
Hirschfleisch	1 " kg	60	1 80		
Rehfleisch	"	80	1 80		
Schwarzwild	"				

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hellern	Detailpreise (mit Zuwage)					
	Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleisch		In den Markthallen		In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverscheißer	
	von	bis	von	bis	von	bis
Fleischgattungen	von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch	vorderes	100 140	100 150	100 160		
	hinteres	120 170	140 190	120 190		
Kalb- und Schaffleisch		100 180	120 200	100 220		
Schweinefleisch		80 160	80 200	80 200		
Pferdefleisch	vorderes	120 180	120 200	120 200	48 72	
	hinteres				56 80	

Schlachtviehmarkt vom 17. Oktober 1904.

(einschließlich des Kontumazmarktes vom 15. Oktober 1904).

1. Gesamtauftrieb: 5070 Stück, und zwar:

Mastvieh	3208	Stück
Weidevieh	542	"
Weinlvieh	1320	"
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen		
Donnerstagmarke	46	"

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	3706	Stück	Rühe	598	Stück
Stiere	574	"	Büffel	192	"

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3888	Stück
" Galizien und der Bukowina	479	"
" dem sonstigen Österreich	703	"
" dem Auslande	—	"

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht.

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von 74 bis 88 K	(extrem bis 90 K)
" II. "	66 " 80 "	
" III. "	56 " 71 "	

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 76 bis 80 K	(extrem bis — K)
" II. "	68 " 75 "	
" III. "	60 " 67 "	

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 81 bis 88 K	(extrem bis 91 K)
" II. "	72 " 80 "	
" III. "	66 " 71 "	
Stiere	von 62 bis 76 K	(extrem bis 79 K)
Rühe	60 " 71 "	(extrem bis 73 K)

Aus und über Ungarn:

Weidevieh	von 50 bis 64 K	(extrem bis — K)
---------------------	-----------------	------------------

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von 50 bis 60 K	(extrem bis — K)
Büffel	36 " 52 "	(extrem bis — K)
Weinlvieh	34 " 60 "	

b) Preis per Stück.

Weinlvieh	von 71 bis 210 K	(extrem bis — K)
---------------------	------------------	------------------

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3983	Stück
" " " auswärts	1061	"
Unverkauft blieben	26	"

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden vom 9. bis 15. Oktober 1904 für Wien angekauft 513 "

Der Geschäftsverkehr war ziemlich lebhaft. Prima-Stallochsen waren um 1 bis 2 K, Mittelware durchschnittlich um 2 K per Meterzentner teurer; mindere Ware blieb vernach-

lässigt; doch waren auch hier Preisaufbesserungen von 1 bis 2 K per Meterzentner zu verzeichnen. Stiere und Weinlvieh waren um 2 bis 3 K per Meterzentner teurer.

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 696 Stück mehr aufgetrieben.

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 9. bis 15. Oktober 1904.

Niederöstr. Bergheu	von K 3·40 bis 10·—	per 100 kg
" Wiesenheu	6·— " 9·60	" " "
Slovakisches Heu	— " 6·20	" " "
Ungarisches Heu	6·80 " 7·40	" " "
Klee	6·— " 10·60	" " "
Schaubstroh	4·20 " 5·10	" " "
Rüttstroh	— " 3·60	" " "
"	15·— " 20·—	per Schober.

Städtisches Lagerhaus.

Vom 6. bis 13. Oktober 1904.

Waren eingelagert	43.179	Meterzentner
" ausgelagert	42.836	"

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 14.335 Meterzentner.

Lagerstand vom 13. Oktober 1904: 409.221 Meterzentner, und zwar:

22.916 Meterzentner Weizen,	30.177 Meterzentner Roggen
9.377 " Gerste,	184.500 " Hafer,
93.693 " Mais,	11.002 " Dlsaaten,
19.253 " Mehl u. Kleie,	1.189 " Linsen,
607 " Zucker,	5.346 " Wein,
2.440 Hektoliter à 100% Spiritus.	

Der Affekuranzwert dieser Waren stellte sich auf 7.648.240 K.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Ausweis über die im Monate September 1904 durch die städtischen Sanitäts-Stationen und Depots ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.

Station oder Depot	Zahl der Transporte von			Zusammen
	gewöhnlichen	Infektions-	Leichen	
Station, V., Untere Bräuhausgasse 61	452	85	46	583
Station, XIV., Pillergasse 21	242	57	44	343
Depot, XVI., Thaliastraße 113	112	24	92	228
Depot, XVII., Rößergasse 31	56	17	20	93
Depot, XVIII., Sommarugasse 4	33	11	14	58
Station, XX., Gerhardusgasse 3/5	239	87	73	399
Zusammen	1134	281	289	1704

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate September 1904 betrug die Zahl der:

Abgeschobenen (Konfigurierten)	387
Zugeschobenen (Einheimischen)	78
Durchschüblinge	229
Gesamtzahl	694

Arbeits- und Dienstvermittlungsamt der Stadt Wien.

XV., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimperger).

Übersicht über die Vermittlungstätigkeit des Amtes vom 7. bis
13. Oktober 1904.

Vorgemerkt wurden:

Arbeitssuchende	1949
Dienstsuchende	2341
Lehrstellen-suchende	40
Zusammen	4330

Angemeldet wurden:

Arbeitsposten	1634
Dienstplätze	1716
Lehrstellen	83
Zusammen	3433

Vermittelt wurden:

Arbeitssuchende	1567
Dienstsuchende	1876
Lehrlinge	31
Zusammen	3474

Gesucht werden im städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungs-
amte XV., Neubaugürtel 38, Arbeiter und Arbeiterinnen in
nachfolgenden Berufsarten:

Für Männerarbeit:

Feilenhauer (auswärts), Hammerschmied auf Hacken (aus-
wärts), Schlosser für Sparherde, Großuhrmacher auf Pendel-
uhren, mehrere Binder (auswärts), Tischler für photographische
Apparate (Wien und auswärts), 2 Kürschnergehilfen, Schafvöll-
färber (Ungarn), 2 Klappenmacher, Appreteur, 30 Glaser (Wien
und auswärts), 2 Glasschleifer, 15 Spengler (Wien und aus-
wärts), 2 Wagenlackierer, die beschneiden können, 1 Steingraveur,
4 Ziegel- und Schieferdecker.

Für Frauenarbeit:

Kartonagearbeiterinnen, Goldprägerinnen, Maschinstrick-
erinnen, Silberpoliererinnen.

Baubewegung

vom 13. bis 17. Oktober 1904.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der
Altenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. und
XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten
Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Altszeile 19, von Josef Zuckin, Alts-
gasse 12, Bauführer Josef Gaufer (46119).

Zubauten.

III. Bezirk: Ungargasse 53, von Portois & Fir, Bauführer Max Kaiser
(7041).

Adaptierungen.

- I. Bezirk: Bäckerstraße 14, von Guido Petri (7060).
VII. Bezirk: Kaiserstraße 32, von Karl Weniger, Bauführer die Allgem.
östr. Baugesellschaft (7025).
IX. Bezirk: Alferstraße 26, von Josef Falter, Baumeister (7005).
" " Porzellangasse 2, von Jakob Pöhner, Bauführer Adolf
Tichy (7031).
XIV. Bezirk: Sechshausenstraße 37, von Gebrüder Geiringer, II., Mohren-
gasse 3, Bauführer Josef Soicka (41628).
XVII. Bezirk: Hernals, Hernals Hauptstraße 122, von Josef Unger &
Söhne, ebenda, Bauführer Karl Haas (45783).
XX. Bezirk: Wallensteinstraße 24, von Leopold Spira, Bauführer J.
Dobias (7070).

Diverse (geringere) Bauten.

- IV. Bezirk: Schnupf, Wiedener Hauptstraße 78, Phorusgasse 2, von
Guttermann & Komp., Bauführer J. Ludwig (7054).
VII. Bezirk: Rauchfang, Bernhardsgasse 6, von Josef Schönbeck, Bau-
führer Arnold Frieß (7009).
" " Hofeindeckung, Schottenfeldgasse 88, von Method Rahon,
ebenda (7055).
XIV. Bezirk: Braunhirschengasse 11, von Marie Batz, Bauführer Johann
Kloiber (41220).
" " Parterrepeiler-Kassierung, Mariahilferstraße 199, von Saloman
Tasler, IX., Türkenstraße 25, Bauführer Karl Mayer
(40927).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern zc.

XVI. Bezirk: Grundsteingasse 29, von Exner's Erben (65042).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

- II. Bezirk: Am Bruchhausen 344, von Johann Seidl (7013).
XIV. Bezirk: Nobilgasse 54, von Wilhelm Abmann (41264).
XVI. Bezirk: Wattgasse 55, Einl.-Z. 2772, von Franz und Marie Has-
linger (65324).
XX. Bezirk: Pehstraße 6, von Auguste Ruzicka, ebenda (7035).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. VIII, Z. 3073 ex 1903.

15. Oktober 1904.

Bergebung der Lieferung und Montierung eines schmiedeeisernen Ein-
friednungsgitters für das städtische Rohrdepot am Laacberg im ver-
anschlagten Kostenbetrage von 7200 K.

Janiš Johann	— 5520 K im Bauhale.
Gutter & Schrantz	— 36 K per 100 kg Gitter. 65 K per 100 kg Tore.
Meerkath Johann	— 38 K per 100 kg Gitter. 70 K per 100 kg Tore.

* * *

Mag.-Abt. VII, Z. 1046.
15. Oktober 1904.

Lieferung gußeiserner Kanalschacht- und Wasserlaufgitter, sowie Sandtassen für sämtliche Bezirke der Gemeinde Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1907.

- Maschinen- und Waggonbauwerks-Aktiengesellschaft (vorm. H. D. Schmid)
— Gußeiserne Wasserlaufgitter von 30 und 40 cm i. l. (Gitter oder Längsschlitze) 16 K 50 h per 100 kg Ware.
Kanalschachtgitter und -Deckel von 60 cm i. l. 18 K 50 h per 100 kg Ware.
Sandtassen 6 K 70 h per Garnitur.
- Böptauer & Stephauer Bergbau- und Eisenhütten-Aktiengesellschaft in Böptau
— Gußeiserne Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel 15 K 75 h per 100 kg Ware.
Sandtassen 6 K per Garnitur.
- Zentral-Verkaufsbureau Wien der Prager Eisenindustrie-Aktiengesellschaft und Bömischen Montangesellschaft
— Gußeiserne Wasserlaufgitter 300 mm l. w. 17 K 60 h per 100 kg.
Gußeiserne Wasserlaufgitter mit Längsschlitzen 450 mm l. w. 17 K 30 h per 100 kg.
Gußeiserne Wasserlaufgitter 450 mm l. w. 17 K 30 h per 100 kg.
Gußeiserne Kanalgitter 600 mm l. w. inklusive Ösen und Bolzen (Vesfemer Stahl) 352 kg, 18 K 20 h per 100 kg.
- Aktiengesellschaft N. Ph. Waagner
— Gußeiserne Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel 15 K 10 h per 100 kg Ware.
Sandtassen 5 K 85 h per Garnitur.
- Maschinenbau-Aktiengesellschaft (vorm. Breitfeld, Danek & Komp.), Blausko
— Gußeiserne Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel 15 K 96 h per 100 kg Ware.
Sandtassen nicht.
- Tendler C. & Th. Dittrich, Maschinenfabriks-Aktiengesellschaft
— Gußeiserne Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel 20 K 25 h per 100 kg Ware.
Sandtassen 8 K 60 h per Garnitur.

* * *

Mag.-Dept. XXII, Z. 1733.
15. Oktober 1904.

Sicherstellung des Amtsfuhrwerkes zu Kommissionen der städtischen Organe und der Dienstsequipe für die Direktion des Stadtbauamtes in der Zeit vom 1. Jänner 1905 bis 31. Dezember 1907.

- Ruzicka Theresia
— Für die Bezirke I bis IX und XX für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 3 K 90 h.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 1 K 90 h.
Über 5 Stunden für jede Stunde 1 K 40 h.
Dienstsequipe für den Stadtbau-Direktor monatlich 480 K.
Für den XIX. Bezirk für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu zwei Stunden 5 K.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
Kahlenberg und Kobenzl 12 K.
Über 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
- Reuter Eduard
— Für die Bezirke I bis IX und XX, X und XVI für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 3 K 40 h.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 1 K 70 h.
Über 5 Stunden für jede Stunde 1 K 50 h.
Dienstsequipe für den Stadtbau-Direktor monatlich 400 K.
- Kronimus Anton
— Für den XI. Bezirk für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 6 K.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
Über 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
- Zsenghi Karl
— Für den XII. Bezirk für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 5 K.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
Über 5 Stunden für jede Stunde 1 K 40 h.
- Sager Wilhelm
— Für den XIII. Bezirk für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 4 K 50 h.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 1 K 80 h.
Über 5 Stunden für jede Stunde 1 K 50 h.

- Kupflinger Anton
— Für die Bezirke XIV und XV für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 3 K 80 h.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
Über 5 Stunden für jede Stunde 1 K 30 h.
Dienstsequipe für den Stadtbau-Direktor monatlich 460 K.
- Seidl Franz
— Für den XVII. Bezirk für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 4 K 80 h.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
Über 5 Stunden für jede Stunde 1 K 80 h.
Dienstsequipe für den Stadtbau-Direktor monatlich 430 K.
- Böck Josef
— Für den XVIII. Bezirk für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 4 K.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 1 K 80 h.
Über 5 Stunden für jede Stunde 1 K 40 h.
- Neudorfer Josefina
— Für den XIX. Bezirk für einen zweispännigen Wagen:
Bis zu 2 Stunden 5 K.
Von 2 bis zu 5 Stunden für jede Stunde 2 K.
Kahlenberg und Kobenzl 12 K.
- Kupflinger Karl
— Dienstsequipe für den Stadtbau-Direktor monatlich 480 K.
- Himmelmayer Franz
— Dienstsequipe für den Stadtbau-Direktor monatlich 440 K.

* * *

III. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Neubau eines Hauptkanals in der Würzberggasse zwischen der Erdbergstraße und Markthofgasse im III. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.

- Sikora Adolf
— Nachlaß 4,5% gegen Verwendung von Romanzement der Marke Steinschall in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 78 kg per Hektoliter und von Schlacken zement der Marke Königshof in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.

Sintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

10. Oktober 1904.

(Fortsetzung.)

- Maurer Susanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Roterberggasse 4.
Mikil Ignoz — Schuhmachergewerbe — XVII., Klopstockgasse 55.
Möblagl Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — I., Weiburggasse 14.
Molnár Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Ottatringerstraße 14.
Mosor Theresia — Pfeidberggewerbe — XVII., Rokitsanngasse 12.
Napravit Friedrich — Agentur in Zucker — I., Walfischgasse 5.
Neubauer Anna, geb. Ziala — Wäsche- und Feinputzergewerbe — V., Ziegelofengasse 20.
Neumann Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Pezlgasse 6.
Neumann Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Hernalser Hauptstraße 200.
Novotny Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Ladnergasse 25.
Obradovisch Karoline (verantwortlicher Geschäftsführer: Sandor Michajewicz) — Glasergewerbe — I., Bräunerstraße 4/6.
Ofner Robert — Gasthauspächter — XVII., Jörgerstraße 28.
Olexa Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Hütteldorferstraße 162.
Ortner August — Wiederbetrieb der Fiaker-Lizenz Nr. 367 — XV., Herkloggasse 12.
Ossinger Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Bäckerstraße 7.
Ossinger Karl — Erzeugung von Glühlichtkörpern — I., Bäckerstraße 7.
Palatin Justine — Marktvirtualienhandel — XI., Simmeringer Hauptstraße 8.
Pefikan Benzel — Damenkleidernachergewerbe — IX., Hahngasse 31.
Pichart Emil — Herausgabe der periodischen Druckschrift: „Maschinenrevue“ — I., Köllnerhofgasse 6.
Poritz Louise — Wohnungsvermittlung — I., Himmelfortgasse 14.

Reidler Johann — Friseur- und Rasiergewerbe (Filiale) — X., Herzgasse 3.
 Reinhardt Ignaz — Friseur- und Rasiergewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 59.
 Offene Handelsgesellschaft „Rejane“ (Stellvertreterin: Josefa Pašt, Gesellschafterin: Gisela Zwonet) — Modistengewerbe — I., Spiegelgasse 3.
 Rossmann Martha — Naturblumenhandel — I., Opernring 23.
 Schidl Karl — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVII., Pezsgasse 51 Ecke der Hormayrgasse 13.
 Schlemel Karoline — Konditoreiwaren- und Konditen-Verschleiß — XX., Rauscherstraße 8.
 Schönstein Robert & Komp. (verantwortlicher Geschäftsführer: R. Schönstein) — Sand- und Schottergewinnung — XIII., Kendlersstraße 262.
 Schreyer Johann jun. — Baumeister — XIV., Zllergasse 17.
 Segal Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rabensteig 3.
 Siegert Hedwig — Wäschepflegergewerbe — XVI., Thaliastraße 81.
 Sittic Nikolina — Damenkleidmacher — I., Stephansplatz 7.
 Skorepa Norbert — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — I., Bauernmarkt 9.
 Steininger Ferdinand — Gas- und Wasserleitungsinstallateur — I., Hafnersteig 5.
 Steiniger Georg — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke der Firma Josef Rubinstein VII., Siegmundsgasse 11, im Kronlande Niederösterreich bis 9. August 1905 — XI., Nappachgasse 12.
 Stieber Lazar — Marktlerantie — XVII., Kalvarienberggasse 51.
 Süß Irene — (Firma: J. Süß) — Tuchhandel — I., Michlgasse 1.
 Szekacs Anna — Marktvirtualienhandel — XX., Dresdeneustraße 66 auf dem Trottoir.
 Täuberer Franziska — Trüblergewerbe — XV., Neubaugürtel 5.
 Tschögl Johann — Fleischhanergergewerbe — XIII., Zheringgasse 21.
 Unger Theresia — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — XVII., Hernalscher Hauptstraße 40.
 Veseli Johann — Kürschnergewerbe — X., Favoritenstraße 132.
 Waagner Karl — Betrieb von Borsegeschäften — I., Wiener Effektenbörse.
 Wechuda Rudolf — Tapezierer — I., Bäderstraße 7.
 Jacques Wallis & Komp. (Offene Handelsgesellschaft; verantwortlicher Vertreter: Ludwig Feiglstock) — Gemischtwarenhandel — I., Singerstraße 2/4.
 Weisselberger Rachel — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Ruppdorferstraße 42/44.
 Witel Emilie — Weißnäherei — XVI., Neulerchensfelderstraße 27.
 Wolf Josef — Buchbindergewerbe — IX., Währingerstraße 20.
 Wozouf Mathilde — Virtualien-Verschleiß — IX., Alserstraße 14.
 Wykowitz Johann — Kleidermacher — XX., Karajangasse 27.
 Zarecky Anton — Naturblumenhandel — XVII., Hernalscher Hauptstraße 36.
 Zinober Josef — Zimmer- und Dekorationsmalergewerbe — XIII., Nisselgasse 3.
 Ziffer Karl — Hafnergewerbe — V., Schloßgasse 20.

11. Oktober 1904.

Althaler Gustav — Fleischselchwaren-Verschleiß — III., Großmarkthalle.
 Altman Rosa, geb. Bauer — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidlinger Hauptstraße 32.
 Balla Elise — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Langegasse 49.
 Ferdinand Beck (Alleininhaber: Ferdinand Beck) — Schuhwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 85.
 Berouschel Karoline — Drechslergewerbe — VI., Marchettigasse 6.
 Blandetti Alfred Viktor — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele exklusive Billardspiel — VI., Stumpfergasse 19/21.
 Boda Marie — Verschleiß von Konditen, Milch, Gebäck und Obst — VIII., Josefstädterstraße 48.
 Böhm Johanna — Kerzenverkauf während der Allerheiligenzeit — XI., Stand beim Zentral-Friedhof.
 Böhm J. & Komp. (Gesellschafter: Leopold Böhm, Stephan Franz v. Sawranek) — Handelsagentur und Anstufstei — IX., Währingerstraße 16.
 Breier Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Koks — III., Arsenalweg 9.
 Brousel Antonia — Naturblumenbinden und Handel mit denselben — VI., Gumpendorferstraße 107.
 Bruckschweiger Josefa — Pfeidlergewerbe — III., Steingasse 33.
 Dolihal Johann — Kleidermacher — V., Wimmergasse 34.
 Donath Salomon — Privatlehranstalt für Maschinensreiben — III., Heumarkt 9.
 Drapal Rudolf — Kleinhandel mit Brennmaterialien — III., Parkgasse 6.
 Dubesowski Gustav — Mäslergewerbe — III., Marzergasse 27.
 Dworschak Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rochusgasse 17.
 Eisenmenger Josefina — Eierhandel — VIII., Schlüsselgasse 18.
 Fein Agathe — Herstellung von Hand- und Kreidezeichnungen nach Photographien — III., Obere Weißgärberstraße 15.
 Fuld Fanni — Verschleiß von Telephonen, Schellen und sonstigen elektrischen Bedarfsartikeln, sowie mietweise Abgabe von Haus-telegraphen — VIII., Perchenfeldnerstraße 78/80.

Gauf Marie — Pfeidlergewerbe — III., Krieglergasse 4.
 Geier Leopold — Holzbiegerei (für Zurichtung von rohen Holzstöcken für die Erzeugung von Stöcken und Schirmen) — VI., Wallgasse 17.
 Gerstberger Emma — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Müllengasse 14.
 Häbler Marie — Kaffeehausbesitzerin gemäß § 16, lit. f und g G. O. Lifschtank — V., Spengergasse 11.
 Haude Wilhelm — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Koks — III., Schlachthausgasse 8.
 Hein Gustav — Kleinhandel mit Brennholz — III., Steingasse 38.
 Hermann Olga, geb. Dubel — Damenkleidmachergewerbe — VI., Gumpendorferstraße 88.
 Höll Johann — Goldarbeiter und Juwelier — VI., Mariahilferstraße 45.
 Holluber Franz — Zeitungs-Verschleiß — XIX., Heiligenstädterstraße 49.
 Jabloner Antonia — Fleischselchwaren-Verschleiß — III., Marzergasse 7.
 Jelinek Marie — Fragnergewerbe — VI., Wienengasse 1.
 Kendl Anna — Marktvirtualienhandel — XI., Markt auf dem Euplage.
 Kosta Barbara — Milch- und Gebäck-Verschleiß — III., Erdbergstraße 83.
 Korndörfer Sophie — Fabrikmäßiger Betrieb der Färberei und Wäscherei — XIX., Mühlgasse 56.
 Kraus Marie — Pfeidlergewerbe — VI., Stumpfergasse 27.
 Krampf Louise — Zuchpapier- und Etiketten-Erzeugung — XIV., Jenzlgasse 6.
 Krbanischek Josef — Christbaum-Verschleiß — XIX., Döblinger Hauptstraße 76 (Garten).
 Ruck Adolf — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Barnabiten-gasse 13.
 Kimmel Josefina — Verschleiß von Schulbüchern — V., Kliebergasse 7.
 Künzel Anna — Naturblumenhandel — VI., Gumpendorferstraße 47.
 Lecknsh Jakob — Virtualienhandel — XIV., Goldschlagstraße 52.
 Lichtner Julius — Buchhandel — VIII., Strozsigasse 41.
 Lichtner Julius — Buchdruckerei — VIII., Strozsigasse 41.
 Machatit Rosa, geb. Storlan — Übernahme von Wäsche zum Putzen — II., Zirkusgasse 20.
 Malik Emmerich — Zimmermeister-Konzeffion — XIX., Grinzinger-Allee 38.
 Mayer Josef — Kantine — VIII., beim Ban des k. t. militär-geographischen Institutes in der Josefstädterstraße; Wohnort: VIII., Perchengasse 18.
 Meider Charlotte, geb. Eltbogen — Weichselholz-Zurichterei — VI., Morizgasse 8.
 Firma: J. Mayer & Komp.; Offene Gesellschafter: Felix A. Mayer, August Wiedenbach — Gemischtwarenhandel gegen Bezahlung oder gegen Rabattmarken — VI., Millergasse 15.
 Mogorosky Marie — Wildbretthandel — VIII., Strozsigasse 47.
 Neuborfer Josefa, geb. Engl — Kleinfuhrwerksgewerbe Nr. 738 — XIX., Pyrergasse 9.
 Paar Franz — Stadtkohnfuhrwerk — III., Dietrichgasse 22.
 Bayer Josef — Konzeffion zur Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier — III., Rabeklystraße 4.
 Perlmann Robert — Periodische Druckschrift: „Christliche pädagogische Blätter“ — XIX., Vormolergasse 3.
 Pernitsch Wilhelm — Stadtkohnfuhrwerk — III., Dietrichgasse 32.
 Wilhelm Pohl (Alleininhaber: Johann Ehrlich) — Gemischtwarenhandel — VI., Mariahilferstraße 5.
 Pointner Ferdinand — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein, Haltung erlaubter Spiele ohne Billard — VI., Eggertgasse 10.
 Pollak Hugo — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Matrosengasse 8.
 Prinz Johann — Kaffeehanergergewerbe, Konzeffion zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen sowie von Rum und Kognak als Beigabe zum Kaffee und Tee — III., Rennweg 62.
 Provaznil Franz — Friseur- und Rasiergewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 23.
 Rirxinger Susanna — Fragnergewerbe — VI., Kasernengasse 5.
 Rille Leopoldine — Modistengewerbe — VI., Hofmühlgasse 27.
 Robin Karl — Kognak-Verschleiß in Flaschen ohne jeden Ausschank — III., Landstraße Hauptstraße 75.
 Robitschek & Hofmann (öffentliche Gesellschafter: Max Robitschek, richtig Roubidok, Adolf Hofmann) — Glas- und Spiegelhandlung — VI., Raßgasse 5.
 Rosner & Frischmann (öffentliche Gesellschafter: Siegmund rekte Alive Samuel Rosner, rekte Einfeld, Karl Frischmann) — Gemischtwarenhandel — II., Große Mohren-gasse 14.
 Rudis Josef — Pferdefleisch Verschleiß — XIX., Pantergasse 18.
 Rumpel Moriz — Friseur- und Rasiergewerbe — VIII., Müllengasse 1.
 Salac Anna — Selchwaren-Verschleiß — XIX., Sonnenbergplatz 6.
 Schanda Marie — Kunstblumen-Erzeugung — V., Schönbrunnerstraße 53.
 Schapira Ernestine — Pfeidlergewerbe — VIII., Zeltgasse 3.
 Schanhuber Katharina — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VI., Riniengasse 35.
 Schiedaus Marie — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — V., Fochgasse 29.
 Schläger Josef — Futtermacher — VI., Mariahilferstraße 51.
 Schneider Friedrich — Drechslergewerbe — V., Luftgasse 3.
 Schödl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — III., Trubelgasse 6.

Schrott Josef — Bäckergewerbe — XII., Weidlinger Hauptstraße 19.
 Schwarz Johann — Viktualien-Verschleiß — III., Erdbergstraße 84.
 Schwarz Viktor, Alleinhhaber der handelsgerichtlich protokollierten Firma
 Michaelis & Eckhardt — Handel mit Gas- und Wasserleitungsartikeln — I.,
 Akademiestraße 2 b.
 Schwebler Anna, geb. Wambacher — Marktviktualien-Verschleiß —
 XIX., Friedlgasse 61, im Vorgarten des Hauses.
 Schweinsant Josef Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Maria-
 hilfstraße 53.
 Seidel Alois — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier (Filiale) —
 VIII., Florianigasse 31.
 Steinbach Amalia — Gastwirts-gewerbe, Konzession zur Verabreichung
 von Speisen, zum Ausschank von Bier, Wein, Obstwein, Haltung erlaubter
 Spiele ohne Billard — III., Erdbergstraße 81.
 Stowasser Rudolf — Bäckergewerbe — XI., Dopplergasse 7.
 Strobl Franz — Schuhmacher — III., Fasungasse 11.
 Tschöninger Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks —
 III., Erdbergstraße 120.
 Vorhöfel Hermine — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — V.,
 Siebenbrunnengasse 69.
 Waldel Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Grünberggasse 12.
 Walter Leopoldine, geb. Koczir — Pseidler-gewerbe — XIX., Döblinger
 Hauptstraße 38.
 Wiehart & Schöpferling, öffentliche Gesellschafter: Georg Wiehart, Karl
 Schöpferling, verantwortlicher Stellvertreter Karl Schöpferling — Viktualien-
 handel — V., Einsiedlerplatz 6 a.
 Windpassinger Karl — Realitäten-Vermittlung — VI., Hornbofelg. 4.
 Wismann Johanna — Viktualien-Verschleiß — III., Rohsgasse 29.
 Zednitsch Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Steingasse 11.
 Zahradnik Vinzenz — Fleischtöcher-gewerbe — V., Bachergasse 10.

12. Oktober 1904.

Baumhorn Jhdor — Eier- und Geflügelhandel — II., Komödieng. 1.
 Blas Jsaak Awadje — Zahntechnikergewerbe als freies Gewerbe — II.,
 Birkusgasse 26.
 Bräntigam Anna Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschen-
 bierhandel — XVIII., Klostergasse 3.
 Brünner Eduard — Kleinfuhrwerks-gewerbe — V., Kogl-gasse 18.
 Brunner Marie — Gastwirts-gewerbe — XVIII., Gersthoferstraße 103.
 Deimel Johann — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen
 warmen Getränken und von Erfrischungen — XIV., Reindorsgasse 7.
 Dirntisch Rosa — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln —
 XVIII., Währingerstraße, Ecke der Argauer-gasse.
 Fahn Wilhelm Johannes — Erzeugung von Lötlwasser und Mattir-
 flüssigkeit — II., Vaterstraße 44.
 Fall Helene — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten,
 mercantilen Drucksorten und Kurzwaren — II., Fugbadgasse 10.
 Fuchs Anna, geb. Dnsiedl — Viktualien-Verschleiß — II., Engerth-
 straße 201.
 Gahleitner Johann — Herstellung von Seifensand und Seifenpulver
 ohne Feuerung — XIV., Kröllgasse 19.
 Grabner Karl — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier,
 Wein und Obstwein — XIV., Rauchsanglehrergasse 14.
 Haslinger Anna — Kleinhandel mit Brennmaterialien — II., Vereins-
 gasse 2.
 Herzog Hermann — Erzeugung eines Puzmittels — II., Im Werb,
 Stand 9.
 Keiner Hermann — Fleischtöcher-gewerbe — II., Hgplatz 6.
 Klaus Michael — Tischler-gewerbe — XVIII., Stadtbahn-Biadukt 135.
 Kögler Johanna — Verschleiß von Kanditen und Zunderbäderwaren —
 V., Matzleinsdorferstraße 17.
 Krämer Antonia — Verschleiß von frischem und geflechtem Schwein-
 fleisch — XVIII., Gerk-gasse 6.
 Landau Jenny — Privatschule für französische Sprache — II., Schwar-
 zingergasse 1.
 Morawetz Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V.,
 Arbeitergasse 17.
 Oblogil Peter — Feinpuzerei — XIV., Märzstraße 124.
 Piša Franz — Anstreicher-gewerbe — V., Matzleinsdorferstraße 56.
 Quallowitzer Karl — Kastanienbrater-gewerbe — II., Ecke Pazmaniten-
 gasse 23, und Lessing-gasse 23.
 Rauch Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Schul-gasse 74.
 Reinold Emma — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Kreuzgasse 65.
 Schaman Ottolar — Handels-agentie — V., Rüdiger-gasse 23.
 Steiner Franz — Tannen- und Föhrenzapfen-Verschleiß — V., Matz-
 leinsdorfer Frachtenbahnhof, Rutsche 8.
 Trentin Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIV.,
 Grimm-gasse 33.
 Urban Josef — Fleisch-Verschleiß — XVIII., Kreuzgasse 70.

Bitasel Franz — Schuhmachergewerbe — XIV., Dreihausgasse 26.
 Wolfram Robert — Kommissionshandel und Agentie mit Leder — II.,
 Czerningasse 7.

13. Oktober 1904.

Audolsfel Ludwig — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln —
 II., Erdbergstraße, Ecke Sophienbrückengasse.
 Beck Leopold — Bahntechnikergewerbe — VII., Bernardgasse 15.
 Brandt Leo — Pseidler-gewerbe (Filiale) — VII., Mariahilferstraße 98.
 Perutović Michael — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln —
 VII., Ecke Stiftgasse und Siebenstern-gasse.
 Dinst Aloisia — Pachtbetrieb des Wirtsgewerbes — XI., Hauptstraße 91.
 Dorsch Ludwig — Verschleiß von Hüten — VII., Leckensfelderstraße 51.
 Eichler Hermine (Inhaberin der Einzel-firma: Josef Salzer Nach-
 folger) — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 1.
 Feilendorf Robert — Handels-agentur — VII., Schottenfeldgasse 76.
 Frühlich Agnes — Pseidlerei — VII., Lindengasse 32.
 Hanal Aloisia — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VII., Schotten-
 feldgasse 49.
 Hore Edward — Gewerbsmäßige Anstellung von automatischen Präge-
 pressen und Verkauf von automatisch geprägten Metalläpfeln durch eben
 diese Automaten — VII., Mondscheingasse 3.
 Horn Kaspar — Gürtler-gewerbe — VII., Seidengasse 25.
 Hruza Johann — Herrentleidermachergewerbe — XX., Karajungasse 7.
 Janda Amalia — Damentleidermacherin — VII., Siebenstern-gasse 30.
 Jany Julius — Wäschepu-zerei — VII., Badhausgasse 7.
 Jenicel Eduard — Erzeuger chemischer Produkte — II., Kopalgasse 4.
 Keller Siegmund — Federnschmücker — VII., Zieglergasse 18.
 Klaučar Josef — Anbraten von Kastanien, Äpfeln und Kartoffeln —
 VII., beim Hause Mariahilferstraße 10.
 Klein Wilhelmine — Marktviktualienhandel — VII., Burggasse Markt-
 halle Zelle 64/65.
 Krier Michael — Friseur- und Rasen-gewerbe (Wiederbetrieb) — III.,
 Klein-schngasse 3.
 Margold Emanuel — Privathandelschule für Mädchen — VII., Neu-
 listgasse 100.
 Muzen Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Dreusstraße 6.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Sadtrat:	
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 5. Oktober 1904	1953
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 6. Oktober 1904	1959
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 7. Oktober 1904	1962
Bezirksvertretungen:	
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 22. September 1904	1963
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 26. September 1904	1964
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom 4. Oktober 1904	1965
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionnement:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 9. bis 15. Oktober 1904	1966
Pferdemarkt vom 14. Oktober 1904	1966
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. Oktober 1904	1966
Detailpreise für Lebensmittel vom 9. bis 15. Oktober 1904	1967
Schlachtviehmarkt vom 17. Oktober 1904	1968
Heu- und Strohmarkt vom 9. bis 15. Oktober 1904	1968
Städtisches Lagerhaus	1968
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Ausweis über die im Monate September 1904 durch die städtischen Sanitäts-Stationen und Depots ausgeführten Kranken- und Leichen- transporte	1968
Öffentliche Sicherheit	1969
Arbeits- und Dienstvermittlungsammt der Stadt Wien:	
Überficht über die Vermittlungstätigkeit vom 7. bis 13. Oktober 1904	1969
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 13. bis 17. Oktober 1904	1969
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	1969
II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen	1970
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	1970
Kundmachungen.	

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
24. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag. = Nat Gross V. Stiege, 2. Stock)	5338	Baumpflanzung in der Hainburgerstraße im III. Bezirke.	Lieferung von 1450 m ³ Ackererde Verführung von 1450 m ³ Aushubmaterialie	4350 K 2900 K Bedingnisse ac. erliegen zur Einsicht in der Magistrats-Abteilung III. 2-3
25. Oktober 11 Uhr	detto	5271	—	Bergebung der Demolierung der auf der Liegenschaft XVII., Förgerstraße 48 stehenden Baulichkeiten.	— 2-3
26. Oktober 11 Uhr	detto	3863	—	Demolierung des städtischen Hauses XIX., Greinergasse 32.	— 1-3
7. Novemb. 11 Uhr	detto	4314	Restauration im Türkenschanzparke im XIX. Bezirke.	Verpachtung für die Zeit vom 1. Februar 1905 bis 31. Jänner 1910.	— Bedingnisse ac. erliegen zur Einsicht in der Magistrats-Abteilung III. 1-5
24. Oktober 10 Uhr	Abteilung VIII (Mag. = Nat Schmidbauer, I., Wipplingerstr. 8, II. Stiege, 2. Stock)	2794	Städtische Wasserleitungen.	Lieferung der Öl- und Seifensiederwaren für den Bedarf der städtischen Wasserleitungen in den Jahren 1905 bis 1907.	— Borbemerkung: Die Bedingnisse können in der Stadtbauamts-Abteilung VII a, I., Wipplingerstraße 8, II. Stiege, 3. Stock, während der Amtsstunden von 8 bis 2 Uhr eingesehen werden. 3-3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	M.-B.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veraufschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
7. Nov. 10 Uhr	Großer Saal im II. Admini- strations- gebäude des Zentral- Friedhofes	M.-Abt. X 5832	Zentral-Friedhof.	Lieferung von ungefähr 40.000 Stück Viole und 120.000 Stück Pelargonien für die Gräberaus- schmückung im Wiener Zentral- Friedhofe im Jahre 1905.	— Borbemerkung: Die Bedingungen können in der Verwaltungs-Kanzlei des Wiener Zentral-Fried- hofes eingesehen und behoben werden.

3-3

Baukauttionen

Vadien

bestellt zu kulanten Bedingungen

6-16

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

D.-Z. 18025/32, 0.

Kundmachung.

(Offertverhandlung.)

Bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen werden einige alte Maschinen und Reservoirs im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung an den Bestbieter vergeben.

Die Offertverhandlung findet am Freitag den 21. Oktober 1904, 10 Uhr vormittags, im Sitzungssaale der städtischen Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, 1. Stock, statt.

Abgegeben werden:

1 liegende Dampfmaschine 2 HP, 120 bis 130 Touren per Minute, Hublänge 300 mm (wurde alt gekauft) und 1 alter Lokomotivkessel mit Bedachung.

1 Wasserreinigungsapparat, komplett, Patent Devaux, für eine stündliche Leistung von 3·5 m³, sowie sämtliche zum Apparate gehörigen Armaturen und Rohrleitungen innerhalb desselben.

1 Original-Borhington, vierfach wirkende Dampfmaschine Modell „Zachariah“, Größen: Dampfzylinder 133 mm Durchmesser, Pumpenkolben 89 mm Durchmesser, gemeinschaftlicher Hub 127 mm.

2 rechteckige, eiserne Reservoirs: 1·25 m hoch, 2 m breit, 3 m lang, je 7·5 m³ Fassungsraum, und

1 rechteckiges, eisernes Reservoir: 1·7 m hoch, 1·6 m breit 3·40 m lang, Fassungsraum 9·2 m³.

1 Pulsometer für Reinwasser, 6 Atmosphären, komplett.

Diese Gegenstände lagern im Depot XIII., Hadikgasse, und können daselbst nach vorheriger Anmeldung bei der Lagerverwaltung XIV., Schwendberggasse 51, besichtigt werden.

Das Ausladen und die Abfuhr gehen auf Kosten des Ersteher's.

Die Gegenstände werden auch einzeln abgegeben und behält sich die Direktion die unbefristete Wahl unter den Anboten, wie auch die Ablehnung aller vor.

Jeder Gegenstand ist vor der Abfuhr bei der Lagerverwaltung bar zu bezahlen. Die Abfuhr hat längstens acht Tage nach erhaltener Verständigung zu erfolgen.

Die Anbote sind in Form eines nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfreien Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu Händen der Direktion der städtischen Straßenbahnen zu stellen.

Im Anbote muß sich der Offerent auf diese Kundmachung beziehen und sich deren Bedingungen unterwerfen.

Die Offerte sind in geschlossener Briefhülle, welche als „Anbot auf Maschinen im Depot Hadikgasse“ zu bezeichnen sind, im Kanzlei-Sekretariate der städtischen Straßenbahn-Direktion oder bei der Offertverhandlung persönlich zu überreichen.

Jeder Offerent hat vor Überreichung des Angebotes, also bis längstens 21. Oktober 1904, 1/2 10 Uhr vormittags, in der

Hauptkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße 9, IV. Stiege, Erdgeschoß, ein Badium zu erlegen, welches 5 Prozent der Anbotsumme beträgt.

Denjenigen Offerten, deren Anbote nicht angenommen werden, wird dieses Badium sogleich nach Intimation der bezüglichen Entscheidung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zurückgestellt werden.

Das Badium des Erstehers bleibt hingegen bis zum Ablauf des Vertrages als Pfand zur Sicherstellung der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ erliegen.

Badien oder Kautionsbeträge im baren werden nicht verzinst.

Das Badium kann außer im baren auch in inländischen pupillarsicheren Wertpapieren oder in Einlagebüchern einer Wiener Kommunalsparkassa, der Österreichischen Sparkassa oder der Neuen Wiener Sparkassa bestehen. Der erfolgte Erlag des Badiums ist entweder im Offerte zu vermerken oder es ist der betreffende Erlagschein der Offertverhandlungs-Kommission vorzuweisen. Offerte, welche nach Eröffnung der Offertverhandlung überreicht werden, bleiben unberücksichtigt.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 10. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

3-3

M.-Z. 5410.

X.

Kundmachung.

Aus Anlaß des vom 29. bis 31. Oktober, dann am 1. und 2. November 1904 zu gewärtigenden Gräberbesuches im Zentral-Friedhofe der Stadt Wien wird zur Regelung des Verkehrs und Aufrechterhaltung der Ordnung im Einvernehmen mit der k. k. Polizeibehörde in Wien folgendes angeordnet:

1. Die Zufahrt in Privatequipagen, Fiakern, Einspannern und dergleichen, beziehungsweise das Absteigen aus diesen Wägen hat an der linken Straßenseite gegenüber dem zweiten Friedhofstore, und zwar auf dem hiezu eigens hergerichteten neuen Wagenaufstellungsplatze zu erfolgen, von wo auch die Rückfahrt stattfindet. Der Personenverkehr vom Aufstellungsplatze zum Friedhofseingange und umgekehrt erfolgt durch den hiefür bestimmten Tunnel.

2. Für die Zu- und Rückfahrt mittels der städtischen Straßenbahnen ist dadurch Vorkehrung getroffen, daß vom 23. Oktober bis einschließlich 6. November Wägen in verstärkter Zahl über den Schwarzenbergplatz und über Landstraße Hauptstraße zum Zentral-Friedhofe verkehren. Im übrigen wird bezüglich des Verkehrs auf den städtischen Straßenbahnen an diesen Tagen auf die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen diesfalls speziell erlassene Verlautbarung hingewiesen.

3. Die Endstation der städtischen Straßenbahnen bei der Einfahrt zum Zentral-Friedhofe befindet sich in der Zeit vom 30. Oktober bis einschließlich 2. November vor dem zweiten Friedhofstore, von wo der Zugang zum Zentral-Friedhofe durch die dort befindlichen beiden Tunneln zu erfolgen hat. Das Einsteigen in die Züge der Straßenbahn zur Rückfahrt findet nur beim zweiten Tore des Zentral-Friedhofes statt.

4. Vom 30. Oktober bis einschließlich 2. November ist das Überschreiten der Geleise der städtischen Straßenbahnen in der Strecke vom Betriebsbahnhofe Simmering bis zum 3. (Schwechater) Tore des Zentral-Friedhofes nicht gestattet.

5. Am 30. Oktober, am 1. und 2. November fahren Omnibusse aus allen Bezirken der Stadt Wien zum Zentral-Friedhofe und zurück. Das Aussteigen aus diesen Wägen hat unmittelbar vor dem Eingange in den auf der rechten Seite der Straße befindlichen Tunnel zu erfolgen, der Zugang für die Rückfahrt findet nach Möglichkeit bei diesem, sonst beim zweiten Tunnel statt.

6. Die Leichenwägen samt Begleitung haben am 29., 30. und 31. Oktober, dann am 1. und 2. November die Simmeringer Hauptstraße bis zu der gegen Schwechat befindlichen Friedhofsmauer zu passieren, sodann den Fahrweg längs dieser Mauer zu benutzen, bei dem zu diesem Behufe provisorisch hergestellten Tore einzufahren und auf demselben Wege zurückzufahren. Am 30. und 31. Oktober, dann am 1. und 2. November dürfen zur Vermeidung von Störungen andere Wägen überhaupt nicht in das Innere des Friedhofes einfahren.

7. Den Fußgängern wird zur Entlastung der Tunneln beim 2. Friedhofstore dringendst empfohlen, nach Möglichkeit den Tunnel beim 1. Friedhofstore zu benutzen.

8. Das Verlassen des Friedhofes durch das 3. (Schwechater) Tor ist nicht gestattet.

9. Die Aufstellung von Verkaufsständen jeder Art im Innern des Friedhofes ist nicht gestattet und wird außerhalb desselben auf Friedhofsgründen nur für den Verkauf von Blumen, Kränzen und Kerzen nach Maßgabe des hiezu geeigneten Raumes auf besonderes Ansuchen bei der Friedhofsverwaltung bewilligt, wenn die Betreffenden auch die gewerksbehördliche Bewilligung hiezu nachweisen.

10. Zur Vermeidung einer Verwechslung der Grablaternen ist die Einrichtung getroffen, daß jene Personen, welche Grablaternen in den Friedhof bringen, beim Eingange eine Marke unentgeltlich erhalten, welche ihnen, wenn sie mit der Laterne den Friedhof verlassen, abgenommen wird; die Grablaterne selbst wird mit einer der Marke korrespondierenden Nummer versehen.

11. Auskünfte über Grabstellen werden vom 29. Oktober bis einschließlich 2. November in dem gegen Schwechat gelegenen zweiten Administrationsgebäude unentgeltlich erteilt.

12. Das Publikum wird um 1/2 6 Uhr abends durch Glockenzeichen zum Verlassen des Friedhofes aufgefordert und wird derselbe um 6 Uhr geschlossen.

13. Direkte Sonderzüge bis zum Zentral-Friedhofe werden eingeleitet:

I. Auf den Linien der k. k. österreichischen Staatsbahnen und der Stadtbahn am 1. November:

- a) von der Station Heiligenstadt über die Vorortelinie via Penzing, Ober-Hegendorf und Ober-Baa;
- b) von der Station Praterstern via Hauptzollamt und Eisenbahn Wien—Aspang.

II. Vom Zentral-Bahnhofe der Österr.-ungar. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft im X. Bezirke am 1. und 2. November.

III. Vom Bahnhofe der Eisenbahn Wien—Aspang im III. Bezirke werden die unter 1 b genannten Sonderzüge am

1. November, weiters am 30. Oktober und 2. November Sonderzüge, jedoch nur nach Bedarf, eingeleitet werden.

Die Verkehrszeiten aller dieser Züge sind aus den bezüglichen Kundmachungen der betreffenden Bahnen zu entnehmen.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 23. September 1904. 3-3

Z. 5683 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1905 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1904 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungs(scheine), dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutzeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit, eventuell mit dem letzten Zahlungsauftrage über die allgemeine Erwerbsteuer und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 25. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 22. September 1904. 2-3

Z. 5878 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Josefine Figdor'sches Stipendium.)

Vom Beginne des Studienjahres 1904/05 an ist das Josefine Figdor'sche Stipendium jährlicher 200 K zu vergeben.

Anspruchsberechtigt sind arme, in Wien geborene Mädchen, welche sich dem Lehrfache widmen und an der k. k. Staats-Lehrerinnenbildungsanstalt bei St. Anna, Wien, I., Hegelgasse 14, ihre Ausbildung erhalten.

Bewerberinnen um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimats(scheine), dem Impfscheine, einem Armutzeugnisse, sowie den beiden letzten Schulzeugnissen belegten

Gesuche bis 30. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 27. September 1904. 3-3

Z. 5666 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Bernhard'sche Armen- und Waisenstiftung.)

Am 23. Dezember 1904 gelangen aus den Interessen der Bernhard'schen Armen- und Waisenstiftung 336 K in Teilbeträgen à 24 K an Waisenkinder zur Verteilung.

Anspruch auf einen solchen Stiftungsbetrag haben bedürftige Waisenkinder von im Gebiete der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf ansässig und nach Wien zuständig gewesenen armen Personen.

Diejenigen Waisenkinder, deren Vorfahren vor dem Jahre 1891 in der bestandenen Gemeinde Gaudenzdorf die Zuständigkeit besessen haben, haben den Vorzug.

In zweiter Linie können auch arme Waisenkinder von solchen Personen bedacht werden, welche im XII. Wiener Gemeindebezirke Meidling überhaupt ansässig und nach Wien zuständig waren.

Mütter, Vormünder und Pflegeparteien, welche für die in ihrer Obforge befindlichen Waisen um eine Unterstützung aus dieser Stiftung ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Totenscheine des einen oder beider Elternteile der Waisen, mit dem Tauf(Geburts)scheine, mit dem Heimatsausweise und mit den Schulfortgangszeugnissen der Waisen, eventuell mit dem Nachweise des geltend gemachten Vorzugsrechtes zu belegen und bis längstens 31. Oktober 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. September 1904. 3-3

Lacke u. Farben

liefern in tadellos verlässlichen Qualitäten

Beck, Koller & Co. — Etabliert 1868.

Wien, I., Schellinggasse 16.

Lieferanten mehrerer Eisenbahnwerkstätten, Kommune Wien etc. etc.

Zur kulanten Besorgung
aller im
Kursblatte
notierten
Effekten und Valuten
bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 85.

Freitag den 21. Oktober 1904.

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K. | Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathaus.
Für den Buchhandel in Kommission bei M. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Nachnahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), I., Walfischgasse 10.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **18. Oktober 1904** unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung haben entschuldigt die Herren Gem.-Räte Dr. Ritter v. Fürth, wegen Teilnahme am Wohnungs-Kongreß in Frankfurt, ferner Dürbeck, Rissaweg und Obrist.

2. Ich erhalte folgende Zuschrift (liest):

„Im Allerhöchsten Auftrage beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren für die mit der geschätzten Zuschrift vom 7. d. M., Pr.-Z. 12765, aus Anlaß der Entbindung Ihrer k. und k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Marie Valerie Seiner k. und k. Apostolischen Majestät namens der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien unterbreiteten Glückwünsche den Allerhöchsten Dank bekanntzugeben.“

3. Weiters ist in derselben Sache folgendes Telegramm eingelangt (liest):

„Ihre k. und k. Hoheiten der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Salvator und die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Marie Valerie danken Euer Hochwohlgeboren für die im Namen der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien dargebrachten Glückwünsche wärmstens.

Kammer-Vorsteher Baron Lederer.“

4. Meine sehr geehrten Herren! Samstag den 15. Oktober 1904 morgens ist Seine Majestät König Georg von Sachsen (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen) sanft und ruhig entschlafen. Vom unerbittlichen Tode dahingerafft, ist der von seinem Volke geliebte Herrscher seinem verewigten Bruder, weiland Seiner Majestät König Albert von Sachsen, nachgefolgt. Nur kurze Zeit war dem Verewigten vergönnt, sein Land und Volk mit milder und gerechter Hand zu lenken und während dieser kurzen Zeit hat er, der für das Landeswohl rastlos tätig war, auch manches Bitternis des Lebens erfahren. Schon lange, bevor er den Thron seines Vaters bestieg, war er seinem Volke als ein edler und weiser Fürst und als ruhmvoller Kriegsheld vertraut. Im Feldzuge des Jahres 1866 stand er an der Seite seines verewigten Bruders und im deutsch-französischen Kriege der Jahre 1870 und 1871 hat er einen großen Teil der siegreichen Armee unter seinem Befehl vereinigt und in der späteren Friedenszeit als kommandierender General für die Ausbildung der unter Sachsens Fahnen stehenden Truppen gesorgt.

König Georg von Sachsen war mit unserem allergnädigsten Monarchen durch das Band treuer Freundschaft verbunden und stand uns Österreichern sowohl durch die Ereignisse des Jahres 1866, als auch als Vater der von uns hochverehrten durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Maria Josefa nahe, deren Schmerz um den Verewigten wir teilen. Ich habe daher namens der Stadt Wien der schwer geprüften durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Maria Josefa das innigste Mitgefühl und das Beileid der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zum Ausdruck gebracht und habe ferner in Erinnerung an die treue Freundschaft, die der verstorbene König unserem Vaterlande Österreich immer bewahrt hat, dem sächsischen Staatsminister v. Meißner-Reichenbach telegraphisch das Beileid der Stadt Wien ausgesprochen.

5. Herr Gem.-Rat **Zoder** schreibt mir (liest):

„Infolge andauernder Unpäßlichkeit bin ich bemüßigt, meine Stelle als Mitglied des Heimats- und Bürgerrechts-Ausschusses, sowie die Stelle als Gemeinderats-Ausschuß für die städtische Gasbeleuchtung niederzulegen. Indem ich Euer Hochwohlgebornen bitte, hievon Kenntnis zu nehmen, zeichne ich mit vorzüglichster Hochachtung
Zoder.“

Ich werde die Neuwahl für die erledigten Stellen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen.

6. Ich habe folgende Zuschrift erhalten (liest):

„Anlässlich des am 20. September 1904 erfolgten Ablebens meines Gatten des Herrn kaiserl. Rates Jacques Ritter v. **Leon** ist es mir ein Herzensbedürfnis, meine Trauer durch einen Akt der Wohltätigkeit Ausdruck zu geben.

Ich erlaube mir daher, Ihnen, hochverehrter Herr Bürgermeister, mitfolgend den Betrag von 2000 K zur Verteilung an Wiener Arme ohne Unterschied der Konfession zu überreichen.

Indem ich bitte, diese Spende gütigst entgegennehmen zu wollen, zeichne ich mit dem Ausdrucke meiner Ergebenheit
Therese v. **Leon**.“

Die Versammlung spricht für diese hochherzige Spende den Dank aus.

7. Herr Ingenieur **Karl Stigler** schreibt mir (liest):

„Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Anlässlich des Ablebens meines mir unvergeßlichen Vaters, Ingenieur **Alexander Stigler**, beehre ich mich, 1000 K zu übermitteln, mit der Bitte, diesen Betrag an Hilfsbedürftige ohne Unterschied, jedoch mit besonderer Berücksichtigung von armen Bauarbeitern, deren Wittven oder Waisen, zur ehebaldigen Verteilung bringen zu lassen.“

Die Versammlung spricht auch für diese hochherzige Spende den wärmsten Dank aus.

8. Der Bezirksvorsteher des V. Bezirkes, **Josef Schwarz**, schreibt mir (liest):

„Herr **Josef Polke**, Maschinenfabrikant in Wien, V., Kohlgaße 24/28, hat anlässlich der ihm zuteil gewordenen Auszeichnung (Verleihung des Rechtes, den kaiserl. Adler in Siegel und Firma zu führen) für wohlthätige Zwecke einen Betrag von 200 K gespendet.

Behufs Verwendung dieses Betrages im Sinne des Spenders folgen angeschlossen 200 K mit der Bitte, hievon dem löblichen Gemeinderate Mitteilung zu machen.

Herr **Polke** wurde von hieramts schriftlich der Dank ausgesprochen.“

Der Gemeinderat schließt sich dem Dank des Herrn Bezirksvorstehers an.

9. Weiters schreibt mir der nämliche Bezirksvorsteher Herr **Josef Schwarz** (liest):

„Herr **Josef Eßlbauer**, Gemeinderat der Stadt Wien, V., Grüngasse 21, erlegte anlässlich seiner silbernen Hochzeit und seines 25jährigen Geschäftsjubiläums zu meinen Händen einen Betrag von 200 K mit der Widmung für verarmte Geschäftsleute des V. Bezirkes.

Hievon beehre ich mich, Euer Hochwohlgebornen mit dem Bemerkten in Kenntnis zu setzen, daß dieser Betrag in der Stiftungs- und Fondverlagsrechnung des V. Bezirkes als

Empfang gebucht wurde und zu Weihnachten 1904 seiner Bestimmung zugeführt werden wird.“

Die Versammlung spricht auch hiefür ihren Dank aus.

10. Die Magistrats-Abteilung XII berichtet mir (liest):

„Am 1. Oktober 1904 wurde von einer ungenannten Wohltäterin zugunsten des Waisenknaben, welcher am 1. Juli 1904 den Haupttreffer der Wiener Kommunallose gezogen hat, der Betrag von 1000 K erlegt und vorläufig bei den ephemeren Depositen in Empfang verrechnet. Wegen weiterer Verfügung und Auftrag zur endgültigen Verrechnung wird hiemit die Anzeige erstattet.“

Die Versammlung spricht auch hiefür ihren Dank aus.

Dabei ist es interessant zu bemerken, daß man nicht konstatieren kann, welcher von den beiden Waisenknaben eigentlich den Haupttreffer gezogen hat und so wird nichts anderes übrigbleiben, als diese Spende zu gleichen Teilen den beiden Waisenknaben zukommen zu lassen, was ja auch kein Unglück ist. (Zustimmung.)

11. Herr **Wassmann** schreibt mir (liest):

„Gefertigter erlaubt sich mitfolgende Plaquette dem Museum der Stadt Wien zu widmen und ersucht einen hochlöblichen Gemeinderat der Stadt Wien, dieses Objekt in geeigneter Form zu verwenden.

Hochachtungsvollst

Wassmann.“

Die Plaquette wurde anlässlich der Eröffnung der Fischmarkthalle gespendet. Wir sprechen dem Künstler den Dank aus und wir werden diese Plaquette dem Museum der Stadt Wien zuweisen.

12. Der Herr Bezirksvorsteher **Josef Schwarz** schreibt mir (liest):

„Aus Anlaß des 60. Geburtstages unseres hochverehrten Herrn **Dr. Karl Lueger**, Bürgermeister ic. der k. k. Haupt- und Residenzstadt Wien, spendet eine ungenannt sein wollende Person 200 K, sage zweihundert Kronen zum Kirchenbau in Neu-Margareten.“

Die Versammlung spricht auch hiefür ihren Dank aus.

13. Magistratsrat **Asperger** berichtet mir (liest):

„Frau **Marie Boček**, Schauspielschul-Inhaberin, I., Bartensteingasse 13, hat das Reinerträgnis einer Theatervorstellung, und zwar 38 (achtunddreißig) Kronen zugunsten der Armen Wiens erlegt.

Hievon wird zum Behufe der Verlautbarung in der nächsten Sitzung des Gemeinderates Bericht erstattet.“

Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

14. Die Leitung des II. städtischen Waisenhauses berichtet mir (liest):

„Gefertigte Leitung berichtet, daß Frau **Emma Schmidt**, IV., Kolschitzkygasse 24 wohnhaft, aus Anlaß ihrer Wiedergenesung einen Betrag von 20 K für die Zöglinge des II. städtischen Waisenhauses spendete, und zwar, wie sie ausdrücklich betonte, zum Ankaufe von Obst.

Die Waisenhausleitung drückte der edlen Spenderin im Namen der Zöglinge den Dank aus.

Im Sinne der Spenderin wird der Betrag zum Ankaufe von Obst (Weintrauben) verwendet werden, und findet die Berechnung im Depositen-Journale (Oktober, I. Verlagsperiode) statt.“

Die Versammlung spricht auch hiefür ihren Dank aus.

15. Der Magistrat berichtet mir (liest):

„Der Stadtbaumeister Ferdinand Henneberg jun., VII., Raudlgasse 4, und der Ober-Kommissär der Südbahn Rudolf Bölsdorf haben für die städtischen Gartenanlagen je drei Störche gespendet. Diese sechs Störche wurden vom Stadtgarten-Inspektorat bereits übernommen; drei Störche werden zur Vermehrung des Geflügelstandes beim Stadtparkteiche, die anderen drei beim Teiche im Maria Josephapark verwendet werden.

Den Spendern wäre der Dank der Gemeinde auszusprechen.“

Das geschieht hiemit.

16. (Liest):

„Der Stadtbaumeister Anton Hein hat für die städtischen Gartenanlagen zwei Musen (eine Bananenart) im Werte von 60 K unentgeltlich überlassen.

Dem Spender wäre der Dank der Gemeinde auszusprechen.“

Es geschieht dies hiemit.

17. Der Direktor Albert Leitch schreibt mir (liest):

„Der ergebenst Gefertigte beehrt sich, im Sinne der geltenden Vorschriften davon die geziemende Anzeige zu erstatten, daß Fräulein Marie Rippel, Tochter des Hausbesizers Sebastian Rippel, VI., Stumpergasse 53/55 wohnhaft, der Bürgerschule für Knaben der Stadt Wien, VI., Stumpergasse 56, eine mit dem kaiserlichen Adler gezierte, mit einer Schleife versehene, aus kostbarem Stoffe hergestellte schwarzgelbe Fahne am 3. Oktober 1904 zum Geschenke gemacht hat.“

Die Versammlung spricht auch hiefür ihren Dank aus.

18. Der k. k. Notar Karl Leißer schreibt mir (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Der am 21. Juli 1904 verstorbene, in Wien, VI., Mariahilferstraße 55, wohnhaft gewesene Private Herr Friedrich Pietzschmann hat in seinem Testamente ddo. Wien, 14. Jänner 1889 unter anderem nachstehende Verfügung getroffen:

„5. Vermache ich:

c) ö. W. fl. 5000 (Gulden fünftausend ö. W.) den Armen Wiens zu Händen des jeweiligen Bürgermeisters.“

Als beim k. k. Bezirksgerichte Neubau ausgewiesener Erbenmachhaber nach Herrn Friedrich Pietzschmann beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren von dieser letztwilligen Anordnung vorläufig Mitteilung zu machen und bemerke, daß ich seinerzeit dieses Legat, von welchem allerdings die Gebühren in Abzug zu bringen sein werden, zu Ihren Händen zur Abfuhr bringen werde.

Genehmigen Euer Hochwohlgeboren . . .“ w.

Die Versammlung nimmt dies ebenfalls mit größtem Danke zur Kenntnis.

19. Für die städtischen Sammlungen haben gespendet (liest):

„1. Frau Robert Weigl, XVIII. Bezirk, Anton Frankgasse 17, Totenmaske und Abguß der Hände ihres Gemals Robert Weigl.

2. Herr Georg Holly, Schriftsetzer, XV. Bezirk, Geytschlägergasse 14, III/17, Original-Handschrift eines Gedichtes von Ludwig Anzengruber.

3. Herr Gustav Gugitz, III. Bezirk, Traungasse 4, ein handschriftliches Gedicht aus dem Jahre 1848.“

Die Versammlung spricht auch für diese Spenden den Dank aus.

20. Der Vorsteher des III. Bezirkes, Paul Spitaler, schreibt mir:

„Der löbliche Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 30. September 1904 dem Kronprinz Rudolf-Kinderospitale im III. Bezirke eine Subvention von 2500 K für das Jahr 1904 verliehen.

Ich erlaube mir an Euer Hochwohlgeboren die Bitte zu richten, dem löblichen Gemeinderate für die Gewährung dieser Subvention und die hiedurch betätigte Fürsorge für das genannte Kinderospital den ergebensten und wärmsten Dank des Verwaltungskomitees dieses Kinderospitales zum Ausdrucke bringen zu wollen.“

21. Die Kinderschutstation „Charitativer Verein für arme Kinder“ schreibt mir (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Die ergebenst gefertigte Leitung des Vereines „Kinderschutstationen“ beehrt sich für die aus dem Reinertragnisse des I. niederösterreichischen Weinmarktes zugunsten des Vereines gütigst überwiesene Spende von 1771 K 48 h namens der Kinder des Vereines den allerbesten Dank zum Ausdruck zu bringen, und erlaubt sich gleichzeitig, Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, um das fernere hochgeschätzte Wohlwollen ergebenst zu bitten.“

Wird zur Kenntnis genommen.

22. Das Deutschmeister-Schützenkorps unter dem hohen Protektorate des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Eugen schreibt mir (liest):

„Für die uns aus Anlaß des Allerhöchsten Geburtstages Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät Kaiser Franz Josef I. abgehaltenen Kaiser-Festschießens gütigst bewilligte Ehrengabe per 200 K, beehren wir uns unseren besten Dank zum Ausdrucke zu bringen und bitten, hievon Kenntnis nehmen zu wollen.“

23. Das Spital der Allgemeinen Poliklinik schreibt dem Gemeinderate (liest):

„Die gefertigte Direktion beehrt sich den Empfang von 2000 K als Subvention für das Kinderospital der Allgemeinen Poliklinik in Wien für das Jahr 1904 zu bestätigen.

Gleichzeitig erlaubt sich die gefertigte Direktion für diesen Wohltätigkeitsakt den wärmsten Dank zum Ausdrucke zu bringen.“

24. Die Österreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege bedankt sich mit Schreiben vom 8. Oktober 1904 für die ihr mit Beschluß des Gemeinderates bewilligte Subvention im Betrage von 400 K.

25. Die Genossenschaft der Tapezierer spricht mit Schreiben vom 8. Oktober 1904 den verbindlichsten Dank für die Subvention im Betrage von 1200 K aus.

26. Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat mit Beschluß vom heutigen Tage die sub präs. 15. Juni 1904 hiergerichts eingebrachte Beschwerde des Friedrich Groß in Wien einverständlich mit Franz Wolf und Eduard A. Slowik in Wien gegen die Entscheidung des Stadtrates in Wien vom 15. April, beziehungsweise 16. April 1904, Z. 203, und weiters, betreffend Reklamation gegen die Wählerliste und weiters gegen den Beschluß des Gemeinderates Wien vom 17. Mai 1904, Z. 6667, betreffend die

Genehmigung der Wahl in den Wiener Gemeinderat gemäß der §§ 2, 18 und 21 des Gesetzes vom 22. Oktober 1875, N.-G.-Bl. Nr. 36 ex 1876, ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen, weil es, insoweit die Beschwerde gegen die verweigerte Eintragung des Josef A s c h e n b r e n n e r und Konsorten in die Wählerliste gerichtet ist, hiebei ein Recht der Beschwerdeführer nicht in Frage kommt, es sich vielmehr um die Wahlberechtigung dritter Parteien handelt, zu deren Vertretung die Beschwerdeführer nicht ermächtigt sind, und weil, insoweit die Beschwerde unter der Behauptung, daß die am 27. April 1904 vorgenommene Wahl auf Grund verschiedener Mängel, insbesondere auch auf Grund der erwähnten Verweigerung der Eintragung des Josef A s c h e n b r e n n e r und Konsorten angefochten worden sei, die Genehmigung dieser Wahl anfocht — abgesehen von dem letzterwähnten die Wahlvorbereitung betreffenden Punkte, hinsichtlich dessen den Beschwerdeführern die Legitimation ermangelt, in der Beschwerde einzelne Beschwerdepunkte nicht genau verzeichnet sind.

27. Am Montag den 31. Oktober 1904, findet um 6 Uhr abends, im Festsaale des Rathauses seitens der Kommission der Internationalen wissenschaftlichen und gewerblichen Ausstellung „Die Kinderwelt“ in St. Petersburg 1903/1904 die feierliche Verteilung der von der Jury den österreichischen Ausstellern zuerkannten Auszeichnung statt.

Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich dem Präsidenten der Kommission Sr. Excellenz dem Herrn Staatsrat und kaiserlich russischen General-Konsul Alexijs von K o n d r i a v k e w zu dieser Feier den Festsaal des Rathauses zur Verfügung gestellt habe.

Den Herrn Gemeinderäten wird in den nächsten Tagen die Einladung zu dieser Feierlichkeit von der Kommission zugehen, und bitte ich die Herren, an der Feier möglichst vollzählig teilzunehmen.

28. Die Österreichische Gesellschaft für Arbeiterschutz hat dem Gemeinderate eine Anzahl der von ihr herausgegebenen Schrift „Wohnungsämter und Wohnungsinspektion“ von Dr. Emil Ritter v. Fürth zur Verfügung gestellt.

Diejenigen Herren Gemeinderäte, welche sich für diese Schrift interessieren, wollen dies dem Herrn Präsidialvorstand bekanntgeben.

Ich ersuche nunmehr um die Verlesung der eingelangten Interpellationen.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

29. Anfrage des Gem.-Rates Mareš:

Die kleine Gartenanlage auf dem westlichen Teil des Yppenplatzes im XVI. Bezirke zeichnet sich zwar nicht durch besonders sorgsame Pflege aus, wird aber von den Bewohnern der benachbarten dicht bebauten Seite des XVI. und XVII. Bezirkes trotzdem stark besucht, weil sie in der Nähe keine andere Gartenanlage finden. Besonders zahlreich findet man dort den ganzen Tag hindurch spielende Kinder. An Markttagen kann man auf dem Yppenplatz und in den angrenzenden Gassen ein Menschengewühl beobachten, wie es nicht leicht anderswo zu finden ist.

Für diesen ungewöhnlichen Verkehr muß immer noch die mehr als primitive Bedürfnisanstalt genügen, die noch in den Zeiten der Gemeinde Ottakring dort aufgestellt wurde. Ebenso alt ist aber die Klage, daß diese Anstalt für den Verkehr nicht ausreicht und überdies so mangelhaft eingerichtet ist, daß schwerwiegende Bedenken in sittlicher Beziehung von jeher erhoben wurden.

Abgesehen von diesen sittlichen Bedenken genügt aber diese Bedürfnisanstalt bei weitem nicht für den Verkehr und bildet zudem in sanitärer Hinsicht eine wirkliche Gefahr. Es ist Tatsache, daß Gastwirte, die wegen sanitärer Mängel ihrer Pissoiranlage amtlich belangt wurden, darauf hinweisen, daß die Bedürfnisanstalt auf dem Yppenplatz noch viel schlimmer bestellt sei. Wie kann unter solchen Umständen die Sanitätskontrolle mit Nachdruck gehandhabt werden?

Die Vertretung des XVI. Bezirkes hat deshalb schon seit Jahren die Erbauung einer B e e t z'schen Bedürfnisanstalt auf dem Yppenplatz beantragt und wiederholt urgiert, aber immer ohne Erfolg. Wenn der Unternehmer vor

Verlegung des Marktes auf den Yppenplatz vielleicht noch mit Grund eingewendet hat, daß sich an dieser Stelle eine B e e t z'sche Bedürfnisanstalt nicht rentieren würde, so kann diese Einwendung jetzt wahrhaftig nicht mehr gelten. Und selbst wenn sie noch erhoben würde, so fordern die sanitären und moralischen Übelstände gebieterisch, daß endlich einmal, und zwar mit möglichster Beschleunigung, Abhilfe geschaffen wird.

Von zahlreichen Anrainern gedrängt, halte ich für meine Pflicht, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ist ihm der in jeder Hinsicht bedenkliche Zustand der Bedürfnisanstalt bekannt und hält er den Weiterbestand der augenfälligen Übelstände für zulässig?

Ist er geneigt, dem Antrage der Vertretung des XVI. Bezirkes wegen Erbauung einer B e e t z'schen Bedürfnisanstalt auf dem Yppenplatz entgegenzukommen und gegebenenfalls den Unternehmer zur Erbauung einer solchen Anstalt auf Grund des Vertrages zu verhalten?

Bürgermeister: Der Magistrat erstattet mir hierüber folgenden Bericht (liest):

„Schon seit Jahren wird seitens der Bezirksvertretung für den XVI. Bezirk die Entfernung des gegenwärtigen Pissoirs auf dem Yppenplatz und die Errichtung einer sogenannten B e e t z'schen Bedürfnisanstalt daselbst angestrebt.“

Da die Erbauung einer solchen Anstalt jedoch auf zirka 13.000 K zu stehen kommt und das Erträgnis der in den Vororten befindlichen Anstalten dieser Art erfahrungsgemäß sehr gering ist, so hat der Magistrat aus Gründen der Sparsamkeit bisher geögert, beim Stadtrate den Antrag auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Yppenplatz und Kassierung des jetzigen Pissoirs einzubringen. Zudem erschien es nicht vorteilhaft, daß die Gemeinde mit eigenen Mitteln eine Anstalt errichten solle, wo doch der mit dem Unternehmer B e e t z abgeschlossene Vertrag die Möglichkeit bietet, unter gewissen Voraussetzungen ihn zur Erbauung einer Anstalt auf seine Kosten zu verhalten.

Diese Voraussetzungen werden nun demnächst eintreffen, sobald nämlich die unterirdische Bedürfnisanstalt am Graben fertiggestellt und in Benützung genommen ist, was in einigen Wochen geschehen wird.

B e e t z hat sich überdies bereit erklärt, noch vor der Inbetriebsetzung der unterirdischen Anstalt am Graben die neue Anstalt am Yppenplatz zu errichten.

Der Magistrat wird die hierzu notwendigen Vorverhandlungen schon in der allernächsten Zeit in Angriff nehmen, um zu ermöglichen, daß, sobald die Witterungsverhältnisse es erlauben, im kommenden Frühjahr die Anstalt errichtet und der Benützung übergeben werden kann.“

Ich habe aber bei der Gelegenheit noch einen Wunsch, den ich öffentlich zum Ausdruck bringe, nämlich daß die Arbeiten am Graben behufs Errichtung dieses unterirdischen Pissoirs, beziehungsweise der unterirdischen Bedürfnisanstalt ein bißchen schneller vor sich gehen möchten.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

30. Interpellation des Gem.-Rates Dr. Ritter v. Fürth:

Zu der letzten Gemeinderats-Sitzung hat es sich wieder gezeigt, welche Nachteile für die Stadt Wien mit der heutigen Praxis, den Gemeinderat so selten als möglich einzuberufen, verbunden sind.

Zu einem Falle wurde die Frist zur Ergründung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof veräumt, in einem anderen erfolgte die Berichterstattung über einen wichtigen und wätrragenden Vergleichs-Antrag der Firma S i e m e n s & H a l s k e so spät, daß nicht einmal die notwendige Prüfung des Antrages möglich war.

Dadurch, daß die Gemeinderats-Sitzungen immer nur in sehr großen Zwischenräumen stattfinden, wird auch bewirkt, daß auf der Tagesordnung einer jeden Sitzung eine solche Anzahl von Gegenständen steht, daß von einer Beratung derselben überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann, so daß der Gemeinderat die ihm nach dem Gemeindestatut zukommende wichtige Stellung ganz verliert und zu einer einfachen Abstimmungsmaschine herabgedrückt wird. Diesem Übelstande könnte leicht abgeholfen werden, wenn der Gemeinderat regelmäßig wenigstens einmal in der Woche zusammentreten würde.

Der Gefertigte erlaubt sich daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

1. Gedenkt der Herr Bürgermeister in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß dem Gemeinderate die ihm zukommende Stellung gewahrt bleibe?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Gemeinderat regelmäßig wenigstens einmal in der Woche zu einer Sitzung einzuberufen?

Bürgermeister: Meine Herren! Vor Allem schicke ich voraus, daß unter meinen Vorgängern eine ganz andere Praxis bezüglich der Referate wegen Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof geübt worden ist, als diejenige, welche ich zur Durchführung bringe. In früherer Zeit ist dann, wenn seitens des Stadtrates beschlossen wurde, eine Beschwerde nicht zu ergreifen, überhaupt nicht dem Plenum des Gemeinderates Bericht erstattet worden, das ist erst durch mich eingeführt worden, weil ich glaube, daß, wenn der Gemeinderat das Recht hat, zu beschließen, daß die Beschwerde ergriffen werde, er auch das Recht haben muß zu beschließen, daß die Beschwerde nicht ergriffen werde. Also soviel bezüglich der historischen Entwicklung dieser Angelegenheit.

Meine Herren! Es ist ja wahr, daß in einer der letzten Sitzungen von mir bekanntgegeben werden mußte, daß die Frist zur Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof bereits verstrichen ist.

Ich kann nur wiederholen, was ich damals schon gesagt habe, daß ich persönlich diesen Fall sehr bedauere; aber daraus, daß ein solches, sagen wir Übersehen einmal stattgefunden hat, folgert wohl nicht, daß ich den Gemeinderat einberufe, um eine verhältnismäßig geringe Zahl von Referaten zu erledigen, das wäre ja wirklich Zeitverschwendung, und die Herren selbst werden mir zugeben, es ist besser, Sie haben einmal eine lange Sitzung, als daß Sie zu wiederholtemmale eingeladen werden, hier zu erscheinen, um nach verhältnismäßig kurzer Zeit, wieder nach Schluß der Sitzung das Haus zu verlassen.

Ich habe Auftrag gegeben, daß mir über solche Fälle immer Bericht erstattet werden muß, da ich ja nicht fortwährend im Stadtrate anwesend sein kann. Wenn mir der Fall vorgelegt worden wäre, so hätte ich vorsichtsweise gegen Einholung der nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergreifen lassen. Hätte dann der Gemeinderat beschlossen, die Beschwerde nicht zu ergreifen, so hätte man ja dieselbe einfach wieder zurückziehen können. Das ist ja kein Unglück, und so will ich auch in Zukunft vorgehen. Ich berufe die Sitzungen des Gemeinderates ein, sobald eine genügende Anzahl von Referaten für den Gemeinderat vorhanden ist. (Zustimmung). Ich denke, Sie können mit meiner Praxis sehr zufrieden sein, welcher Partei immer Sie angehören mögen, weil ich glaube, daß ja durch mein Vorgehen die Herren Gemeinderäte nicht allzusehr angestrengt werden, und weil ich auch glaube, daß es dadurch wenigstens möglich sein kann, daß sehr Viele,

welche sonst gar nicht in der Lage wären, ein Mandat für den Gemeinderat anzunehmen, sich um ein solches zu bewerben in der Lage sind. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. (Zustimmung).

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

31. Anfrage der Gem.-Räte Helbig und Mayer:

Im Amtsblatte Nr. 81 vom 7. Oktober d. J. erscheint folgender Bericht der Stadtrats-Sitzung vom 21. September, 11826: St.-Rat Oppenberger referiert über das Anerbieten des Anton Hein zur käuflichen Erwerbung eines Teiles der städtischen Realität II., Laborstraße 42 per 120 m² um 24.000 K und beantragt, das Offert abzulehnen. (Angenommen).

Die Veräußerung von unbeweglichem Gemeindevermögen im Werte von mehr als 6000 K gehört nach § 59 des Statutes zu den der Entscheidung des Gemeinderats vorbehaltenen Angelegenheiten. Nach unserer Auffassung müßte daher der Stadtrat nicht nur im Falle er solchen Offerten zustimmt, dieselben, wie dies geschieht, dem Gemeinderate zur Genehmigung vorlegen, sondern auch bei ablehnendem Votum nicht allein die Entscheidung treffen, sondern auch in diesem Falle mit den Gründen der Ablehnung dem Gemeinderate vorlegen.

Die Gefertigten erlauben sich daher an den Herrn Bürgermeister, der ja stets die Kompetenz des Gemeinderates hochhält, die Anfrage:

Ob er nicht geneigt ist, den Stadtrat zu veranlassen, solche Fälle in Zukunft dem Gemeinderate zu referieren?

Bürgermeister: Das ist so eine ähnliche Geschichte wie mit der Frage, die ich gerade vorher erörtert habe. Ich bin dort der Anschauung, daß auch, wenn eine Beschwerde nicht ergriffen werden soll, an den Gemeinderat referiert werden soll; ebenso bin ich persönlich hier der Anschauung, daß über solche Sachen, wie sie hier in Frage kommen, auch an den Gemeinderat referiert werden soll. Bisher ist es allerdings nicht geschehen. Auch seit Bestand des früheren Statutes ist es nie der Fall gewesen. Nun hat es wohl in diesem Falle einen gewissen Haken, nämlich daß, wenn über solche Abweisungen hier im Plenum referiert wird, Dinge in die Öffentlichkeit kommen, welche vielleicht denn doch mehr oder weniger geheim gehalten werden sollen. Es hat also die bisherige Praxis einen gewissen Grund für sich.

Sie werden mir daher vielleicht erlauben, daß ich im einzelnen Falle entscheide, ob ich im Plenum des Gemeinderates referieren lassen kann oder nicht. So viel Vertrauen müssen die Herren mir zukommen lassen, daß ich Sie nicht unnötig molestiere und jeden wichtigeren Gegenstand hier vortragen lasse. Das ist der einzig richtige Ausweg, ich bitte also, mich nicht zu zwingen, über alle Offerte, die abgelehnt werden, hier referieren zu lassen, weil dies absolut nicht notwendig wäre.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

32. Anfrage des Gem.-Rates Zifferer:

Die Nummer 41 der Wochenchrift „Der Bautechniker“ vom 7. Oktober 1904, Seite 910, berichtet unter der Spitzmarke „Verfehlt Offert-Ausschreibung der Stadt Wien“ über eine im Amtsblatte der Stadt Wien vom 1. Oktober 1904 veröffentlichte Offert-Ausschreibung für Erd- und Pflasterarbeiten im Gesamtbetrage von 40.502 K 32 h, in welcher der 3. Oktober, 10 Uhr vormittags, als Endtermin zur Abgabe der geforderten Offerte angesetzt erscheint.

Im Falle der Nichtigkeit dieser Angaben steht es außer Frage, daß derartige Offert-Ausschreibungen auch ohne Rücksicht auf den Umstand, daß der 2. Oktober ein Sonntag war, an welchem weder eine Einsichtnahme der Bedingungen, noch eine Kalkulation der Offertlustigen möglich war, geeignet sind, einem großen Teile jener Gewerbetreibenden, welche auf die Wiener Kommunalarbeiten reflektieren, diese Arbeitsgelegenheit entweder ganz zu entziehen oder ohne jeden Grund wesentlich zu erschweren; gewiß aber ist ein solcher Modus nicht geeignet, als Gewerbetreibendlichkeit angesehen zu werden. Ein derartiges Verfahren erweckt aber auch leicht bei vielen Beteiligten den Verdacht, daß eine solch überhastete Ausschreibung den Zwecken einzelner bevorzugter Eingeweihter zum Schaden der Kommune Wien diene, ein Verdacht, welcher unter allen Umständen vermieden werden müßte.

Aber auch für den Fall, als dieser Verdacht sich als völlig grundlos erweisen sollte, steht es außer Frage, daß derart inszenierte Offert-Ausschreibungen eine schwere Schädigung der finanziellen Interessen der Gemeinde in sich tragen, weil durch die selbstverschuldete Beschränkung der Zahl der Offertenten die Gemeinde in den Zwang versetzt werden kann, weit höhere als erforderliche Preise zu bewilligen.

Ich erlaube mir sodann die nachfolgenden Anfragen zu stellen:

1. Entspricht die angezogene Darstellung im „Bautechniker“ den tatsächlichen Verhältnissen und wodurch vermag dieselbe gebilligt oder gerechtfertigt zu werden?

2. Erscheint es dem Herrn Bürgermeister nicht opportun, im Falle der Richtigkeit der Angabe des „Bautechniker“, das Ergebnis dieser Offert-Ausschreibung zu annullieren und dadurch die Ausschreibung selbst als ungültig zu erklären? endlich

3. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Magistrat anzuweisen, in Zukunft derartige das Interesse der Gemeinde wie die der Gewerbetreibenden schwer schädigenden Vorkommnisse unbedingt zu vermeiden?

Bürgermeister: Der Magistrat erstattet mir hierüber folgenden Bericht (liest):

„Die Mitteilung in Nr. 41 des „Bautechniker“ vom 7. Oktober 1904 ist nur richtig, was den Zeitpunkt der Publikation im Amtsblatte betrifft. Alle daraus gezogenen Schlüsse aber, und vor allem jener, daß die Offertverhandlung „erfolglos“ war, sind gänzlich falsch.“

Die Publikation im Amtsblatte erfolgte allerdings erst in der Nummer vom 30. September d. J. Die Verständigung von der Ausschreibung erging an das Amtsblatt bereits am 26. September, doch brachte die Nummer vom 27. die Verlautbarung nicht, jedenfalls aus dem Grunde, da sie bereits druckreif gewesen war. Daß die Ausschreibung mit einem kurzen, achttägigen Termin erfolgte, geschah ausnahmsweise, da sonst immer zwei- bis dreiwöchentliche, ja auch längere Termine gegeben werden. Der kurze Termin rechtfertigt sich mit der großen Dringlichkeit der fraglichen Arbeit, welche im Rahmen des mit der Südbahn vereinbarten Arbeitsprogrammes naturgemäß erst jetzt zur Ausführung gelangen und deren Ausschreibung nicht früher erfolgen konnte, als bis über die Führung einer Straßenbahnlinie auf der bezüglichen Gürtelstrecke eine Entscheidung getroffen war.

Was die Behauptungen der Interpellation anbelangt, so ist es zunächst unrichtig, daß ein großer Teil der Gewerbetreibenden übergangen wurde; denn jene Unternehmer, welche jahraus jahrein auf Pflasterungsarbeiten — namentlich größeren Umfanges — zu offerieren pflegen, haben sich auch an der fraglichen Verhandlung beteiligt. Der in der Interpellation wie auch in der oberwähnten Zeitschrift ausgesprochene Verdacht, daß ein solcher Vorgang „den Zwecken einzelner bevorzugter Eingeweihter zum Schaden der Gemeinde dienen soll“, ist vollständig ungerechtfertigt und grundlos, muß daher mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Behauptung, daß eine schwere Schädigung der Interessen der Gemeinde vorliege, ist vollkommen unrichtig, da gerade diese Offertverhandlung eines der günstigsten Resultate des heurigen Jahres lieferte.

Eine Annullierung des Ergebnisses, die übrigens infolge Abschlußes des mit Stadtrats-Beschluß vom 5. Oktober 1904 genehmigten Bauvertrages unmöglich ist, würde daher nur den Interessen der Gemeinde zuwiderlaufen.

Ich persönlich bemerke, daß ich mit dem Vorgehen, wie es hier seitens des Magistrates eingehalten wurde, nicht einverstanden bin. (Zustimmung.) Ich bin nämlich wirklich der Meinung, daß die Ausschreibungen in einer solchen Zeit erfolgen müssen, daß den Geschäftsleuten halbwegs Zeit zur Verfügung steht, um ihre Berechnungen anstellen zu können, während welcher sie in der

Lage sind, ihre Offerte fertigzustellen. Ich werde auch dafür Sorge tragen, daß ein solcher Fall wenn möglich nicht mehr vorkommt.

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

33. Interpellation des Gem.-Rates Dr. Hein: (Ruf: O jeh!)

Über Ansuchen der Herren Gem.-Rat Anton Nagler, Reichsrats-Abgeordneter und Magistrats-Sekretär Dr. Alois Heilinger und Bankier Franz Kapann, als Proponenten wurde eine Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft mit beschränkter Haftung unter dem schwingvollen Titel: „Gewerbliche Zentral-Kreditanstalt und Sparkassa Wien“ in das Genossenschafts-Register des k. k. Handelsgerichtes Wien eingetragen.

Als Präsident fungiert derzeit Herr Gem.-Rat Nagler und als Vorstandsmitglied Herr Gem.-Rat Eszenberger.

Nach Zeitungsberichten haben sämtliche Sparkassen gegen die nach ihrer Anschauung unbefugte Führung des Sparkassatitels Einsprache erhoben, welche jedoch ohne Erfolg blieb, weil die bestehenden Gesetze auch in solchen Fällen keinen Schutz gewähren, in welchen eine Bezeichnung der Unternehmung unzweifelhaft geeignet ist, im Publikum unrichtige Vorstellungen über die Art und Natur derselben hervorzurufen.

Die Gemeinde Wien ist nicht nur mit Rücksicht auf die bestehenden städtischen Sparkassen, sondern auch mit Rücksicht auf die immerhin mögliche und von dem Herrn Bürgermeister wiederholt in Aussicht genommene Gründung einer Zentralen-Kommunal-Sparkassa in der Angelegenheit interessiert.

Umsomehr ist es zu verwundern daß dem Vorstände der Gewerblichen Zentral-Kreditanstalt und Sparkassa zwei Mitglieder des Gemeinderates angehören und daß als Proponent ein Magistrats-Sekretär fungierte, welcher in der österreichischen Gewerbepolitik eine hervorragende Rolle spielt und bisher in Bezug auf Abgrenzung von Titeln und Befugnissen die strengste Auffassung vertreten hat.

Mit Bezug auf diese Vorkommnisse erlaube ich mir, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Ist der Herr Bürgermeister im Hinblick auf die in der Leitung der Gewerblichen Zentral-Kreditanstalt und Sparkassa befindlichen Persönlichkeiten geneigt und in der Lage, seinen Einfluß dahin auszuüben, daß der zu Mißverständnissen Anlaß gebende Titel: „Sparkassa“ von der Firma enifernt werde.

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Anordnung zu treffen, daß sich die Herren Gemeindebeamten von der Gründung von Unternehmungen fernhalten sollen, welche schon durch ihren Titel Anstoß zu erregen und bestehende städtische Institute zu schädigen geeignet.

Bürgermeister: Über diese Interpellation wird folgendes berichtet (liest):

„Die Direktion der Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim hat mit Eingabe vom 25. Mai 1904 dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis gebracht, daß sämtliche Wiener Kommunal-Sparkassen bei der k. k. n.-ö. Statthaltereie vom 20. Mai 1904 eine Eingabe überreicht haben, in welcher sie gegen die Führung der Bezeichnung „Sparkassen“ durch mehrere Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Beschwerde erheben und um Abhilfe bitten.“

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, diese Aktion der Kommunal-Sparkassen zu unterstützen.

In dem vom Magistrate hierüber erstatteten Bericht vom 8. Juni 1904, Abteilung II, Z. 4485, wurde darauf hingewiesen, daß die Bezeichnung „Sparkassa“ tatsächlich von sehr vielen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften geführt wird, und daß durch die Führung dieser Bezeichnung allerdings Mißverständnisse über die rechtliche Natur solcher Unternehmungen hervorgerufen werden können.

Der Herr Bürgermeister hat infolgedessen am 30. Juni 1904 in Begleitung mehrerer Ausschußmitglieder der Kommunal-Sparkassa bei Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit vorgesprochen. Derselbe erklärte sich jedoch derzeit außer Stande, gegen die Führung der Bezeichnung „Spar-

kassa“ durch Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften einzuschreiben, da die bestehenden gesetzlichen Vorschriften hiezu keine Handhabe bieten.

Nachdem somit die Führung der Bezeichnung „Sparfassa“ durch Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften derzeit gesetzlich zulässig erscheint, kann auch in der Beteiligung von Gemeindebeamten an solchen Unternehmungen ein Vergehen gegen die Dienstpragmatik nicht erblickt werden.“

Mir teilt Herr Gem.-Rat Nagler soeben mit, daß eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes erlassen sei, durch welche Entscheidung das Recht der betreffenden Unternehmung, den Titel zu führen, anerkannt wird.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

34. Antrag des Gem.-Rates Goltbauer und Genossen:

Der jährliche Bedarf an hydraulischen Bindemitteln, welcher seitens der Kommune Wien für Kanal-, Straßen- und Fundamentbauten zur Verwendung gelangt, ist in gewaltiger Zunahme begriffen, so daß es zweifellos gerechtfertigt erscheint, eigene Zementwerke zu errichten.

Die Erzeugungskosten für hydraulische Bindemittel sind durch den bedeutenden Fortschritt auf diesem Gebiete äußerst geringe und die Kosten für Investierung unbedeutend; das Erträgnis wird für die Kommune Wien ein namhaftes werden und gleichzeitig vermieden werden können, daß die Kommune unter Kartellierungen zu leiden hat.

Im Gebiete, welches die Zweite Hochquellenleitung durchzieht, ist geeignetes Rohmaterial zu finden und sind eventuell geeignete Wasserkräfte dienstbar zu machen.

Im Hinblick darauf, daß die neue (Zweite) Hochquellenleitung jedenfalls bedeutende Quantitäten an Zement benötigen wird, stellen die Gefertigten den Antrag:

Es seien sofort Schritte einzuleiten, welche geeignet sind, die Errichtung von Zementwerken für die Kommune Wien zu ermöglichen und in kürzester Zeit zur Vollendung zu bringen.

Bürgermeister: An den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

35. Antrag des Gem.-Rates Schedifka und Genossen:

Der an der Wienerbergstraße bzw. Pottendorfer Bahn gelegene Teil des XII. Bezirkes, in dem sich in den letzten Jahren eine außerordentliche Bautätigkeit entwickelt hat und der den Schlüssel zur Eröffnung der einzigen, für die Entwicklung des Bezirkes äußerst wichtigen Verbindung zwischen dem XII. und X. Bezirke bildet, wird in seiner weiteren Entwicklung durch den Umstand gehemmt, daß trotz aller Bemühungen der beteiligten Faktoren bis heute daselbst kein Unratskanal besteht.

Derzeit sind dortselbst bereits eine größere Anzahl 3 Stock hoher Wohn- und Geschäftshäuser sowie Fabriketablissemments errichtet und wird dieser Bezirksteil demnächst vollständig zur Verbaunng gelangen.

Abgesehen von den sanitären Übelständen, den dieser Mangel für die zahlreichen Bewohner dieser Objekte mit sich bringt — bei Regenwetter werden z. B. durch Austreten der Senkgruben die Souterrain-Parterrelokalitäten mit dem Inhalt derselben überschwemmt, auch kann eine ordnungsmäßige Bepflanzung der Aborte und Pissoirs nicht stattfinden, da das Spülwasser nicht abfließen kann — wird dem Bezirke auch dadurch ein großer Schaden zugefügt, daß natürlich vor Herstellung des Hauptunratskanales auch nicht an eine geordnete Herstellung der dortselbst verlassenen, sehr wichtigen Hauptverkehrswege gedacht werden kann.

Nachdem technische Schwierigkeiten sich der Herstellung des Kanales nicht entgegenstellen — zumal derselbe leicht an den schon bestehenden Kanal in der Breitenfurterstraße angeschlossen werden kann und auch die Kosten des Projektes sich nicht besonders hoch stellen — ein großer Teil der Kosten wird durch die sofort zu erledigenden Kanaleinmündungsgebühren hereingebracht — ist es unerklärlich, warum die Bewohner dieses Bezirksteiles sich nicht desselben Wohlwollens erfreuen, wie es den anderen Gemeindeangehörigen zuteil wird, und ich erlaube mir den Antrag zu stellen:

Daß das Projekt zur Herstellung dieses Unratskanales ehestens vorgelegt und der budgetmäßigen Behandlung zugeführt werde.

Bürgermeister: Was ist denn das für ein Kanal? — (Gem.-Rat Schedifka: Der Unratskanal im XII. Bezirke, Wienerbergstraße!) Stehen dort schon so viele Häuser? (Auf: Ja!) Ja, eines wahrscheinlich oder höchstens zwei oder drei.

Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Leitner (liest):

36. Antrag des Gem.-Rates Herold:

In kürzester Zeit sollen die Verhandlungen für den Verkauf der Baugründe beginnen, um ein „Landsträßer Theater“ zu kreieren.

Unterzeichneter hält es für höchst wünschenswert, daß der löbliche Gemeinderat folgende Bedingungen bei den Verhandlungen feststellt und beantragt:

1. Bei Abfassung des Verkaufs-Kontraktes stellt der löbliche Gemeinderat das Verlangen, daß das neue Kunstinstitut außer dem Genre der komischen Oper vorzüglich die Wiener Operette pflege, von einheimischen Künstlern komponiert. —

2. Der Leiter oder Unternehmer des Landsträßer Theaters soll sich verpflichten, die Wiener Operetten in den Sommermonaten Juni, Juli, August in schönster Ausstattung und von ersten Kunstkräften aufzuführen, folglich das Theater im Sommer nicht geschlossen sein darf, um der Eintönigkeit des Stadtlebens im Hochsommer Abbruch zu bieten.

3. Der Beginn der Vorstellung ist auf 8 Uhr abends festzustellen, da der Anfang um 7 Uhr, besonders im Sommer, als eine unbequeme Stunde zu verzeichnen ist, sowohl für Einheimische wie für Fremde.

4. Bei Ausführung des Baues soll darauf Bedacht genommen werden, daß Festspiele aufgeführt werden, etwa nach dem Vorbild des Prinz Regent-Theaters in München, welches bekanntlich eine ungemeine Anziehungskraft auf das internationale Publikum ausübt, somit fruchtbringend auf viele Gewerbs- und Geschäftszweige aufs Günstigste einwirkt und den Besuch der Stadt fördert!

Bürgermeister: An den Stadtrat.

37. Antrag des Gem.-Rates Klebinder und Genossen:

Die Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 19. Juni 1900 bedarf nach den mit ihr gemachten Erfahrungen in verschiedenen Richtungen einer Korrektur. Dringlich und unabweisbar erscheint insbesondere eine Änderung des § 20 der Geschäftsordnung. Die Gemeinderäte haben wohl das Recht, Anträge zu stellen, doch müssen dieselben dem Stadtrate zugewiesen werden, der sie entweder im eigenen Wirkungskreise zu erledigen oder für die Entscheidung des Gemeinderates vorzubereiten hat. Es ist also ganz dem Belieben des Stadtrates anheimgegeben, ob, wann und wie er diese Anträge erledigen will. Tatsächlich erfährt der Gemeinderat von den meisten dieser Anträge nichts mehr. Sie verschwinden im Dunkel der stadträtlichen Registratur und kommen nicht mehr ans Tageslicht.

Dieser Vorgang ist geeignet, das Ansehen der Mitglieder des Gemeinderates vor der Bevölkerung auf das Empfindlichste zu schädigen, ihre Initiative lahm zu legen und in ihnen die Freundlichkeit, Gutes und Nützliches für die Stadt und das Gemeinwohl anzuregen, zu ersticken. Soll das Recht der Gemeinderäte zur Stellung von Anträgen nicht ein fiktives sein, dann muß der Stadtrat verpflichtet werden, über dieselben dem Plenum des Gemeinderates Bericht zu erstatten.

Es ist aber auch notwendig, den Mitgliedern des Gemeinderates, das Recht, Dringlichkeits-Anträge zu stellen, wieder einzuräumen, um den Gemeinderat in die Lage zu versetzen, sich angelegentlich dringender Fragen und wichtiger Ereignisse unter dem unmittelbaren Eindrucke derselben auszusprechen. Zur Wahrung der Gemeindeinteressen soll vor der Beschlußfassung über solche Anträge die schleunige Vorberatung durch den Stadtrat platzgreifen.

Die Gefertigten stellen sodann den Antrag:

Der § 20 der Geschäftsordnung ist im letzten Abjate folgendermaßen abzuändern:

„Die von den Mitgliedern des Gemeinderates gestellten Anträge sind dem Stadtrate zur Vorberatung und Berichtserstattung zuzuweisen. Der Beratung im Stadtrate ist der Antragsteller beizuziehen.“

Bei Dringlichkeits-Anträgen ist in derselben Sitzung, in welcher sie gestellt werden, vor dem Eingehen in die Tagesordnung über die Frage der Dringlichkeit zu beraten und zu beschließen.

Wird die Dringlichkeit votiert, so hat der Stadtrat über den meritorischen Inhalt des Antrages zu dem vom Gemeinde-

rate etwa festgesetzten Termin, sonst aber mit der größten Beschleunigung dem Plenum zu berichten, welches sodann in der Sache seinen Beschluß faßt.

Im Falle der Ablehnung der Dringlichkeit wird der Antrag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dem Stadtrate zugewiesen."

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung.

Ich ersuche Herrn Gem.-Rat Graf zum Referate.

38. Referent Gem.-Rat Ferdinand Graf: Zahl 24, Beilage Nr. 270 betrifft den Regulierungsplan für die Umgebung der neuen Irrenanstalt im XIII. und XVI. Bezirke. Dort an den zwei Tafeln haben die geehrten Herren die Situationspläne angeheftet; aus denselben geht hervor, daß es mit Rücksicht auf die jetzt abgeänderte Situation bezüglich der Erbauung der Anstaltsgebäude notwendig ist, eine kleine Verschiebung in der geplanten Baulinie vorzunehmen und die Baulinie so zu legen, daß auch die Symmetrie der Anlage nicht durch die Straßenzüge beeinträchtigt werde. Geplant ist in der östlichen und südlichen Richtung an der Grenze der Anstalt selbst ein Hügelring mit einer Breite von 20 m und der Flößersteig selbst soll auch 20 m Breite bekommen. Anschließend werden an das Terrain mit mäßiger Steigung 16 neue Straßen geführt, welche 12 bis 16 m Breite und 6 m breite Vorgärten bekommen.

Es ist auch notwendig, um den Ausblick, beziehungsweise Ausblick der Anstalt selbst nicht zu beeinträchtigen, daß um den Hügelring herum eine nur einen Stock hohe Verbauung bewilligt wird. Dies ist umso leichter möglich, weil die Grundstücke dort noch keinen so bedeutenden Wert haben, und man kann daher nicht sagen, daß die Grundbesitzer dort bedeutende Opfer zu bringen haben.

Die Verbauung selbst soll nach dem Gemeinderats-Beschlusse entweder freistehend oder je zwei Objekte gekuppelt vorgenommen werden, so daß nach der Frontlänge der Gebäude selbst der Abstand progressiv steigt, so daß von allen Straßenzügen ein Überblick und Durchblick gewahrt wird. Ich bitte die Herren um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Ich bemerke dazu, ich hätte gerne die Pläne der Vorlage beigelegt, aber sie wären erst nach acht Tagen fertig geworden. Die Sache wird jedoch vom Landes-Ausschusse sehr urgiert. Die Pläne bekommen Sie später. Es ist übrigens gar nichts bedenkliches dabei.

Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.)
A n g e n o m m e n.

Beschluß: I. Für die Teile des XVI. und XIII. Bezirkes zwischen der Steinhofstraße, dem Ameisbache, dem Flößersteige und dem in der Fortsetzung der Rosentalgasse liegenden Wege wird der mit der St.-B.-N.-Z. 1219-XIII, bezeichnete, aus den Plänen 1 bis 6 bestehende Regulierungsplan genehmigt.

1. Auf Grund desselben haben für die Straßen I bis V, für den Hügelring und den an demselben gelegenen Gartenplatz vor dem Haupteingange zur neuen Irrenanstalt, für die Steinhofstraße und deren Verbindung mit der Savoyenstraße, für die Ameisbachzeile, dann für die Gassen 1 bis 16 die im Lage-

pläne 1 rot gezogenen und schraffierten Linien als Baulinien unter Annahme der rot eingeschriebenen Straßenbreiten zu gelten.

2. Die Höhenlagen der neuen Straßen werden nach den im Plane 1 und in den Längenprofilen in den Plänen 2 bis 5 rot eingeschriebenen Notizen, welche die neuen Straßenhöhen in Meter über dem Nullpunkte des Pegels an der Ferdinandsbrücke angeben, festgesetzt.

3. Längs sämtlicher neuer Straßenzüge sind Vorgärten anzulegen und dauernd zu erhalten. Als Mindestbreite dieser Vorgärten haben die im Plane 1 eingeschriebenen Maße zu gelten. Dieselben sind so ausgemittelt, daß die Baufluchten der Häuser in allen Straßenzügen mindestens 24 m von einander ab-
stehen.

Gegen die Aufstellung einzelner Gebäude der Irrenanstalt (Pförtnerhaus, Beamtenwohnhäuser) unmittelbar an die Baulinie ohne Vorgarten wird kein Anstand erhoben.

4. Der Abschluß der Vorgärten gegen die Straße und untereinander hat mit eisernen, die Durchsicht nicht hindernden Gittern zu erfolgen, welche auf Ziegel- oder Steinsockeln von höchstens 1.5 m Höhe aufgesetzt sind. Größere Niveauunterschiede zwischen dem Bauplatz und der Straße sind durch Böschung des Vorgartens zu überwinden.

5. Bezüglich der Verbauung wird festgesetzt, daß dieselbe mit Bezug auf den Gemeinderats-Beschluß vom 24. März 1893, M.-Z. 333027 ex 1891, auf Grundlage des § 82 der Bauordnung mit einzelnstehenden oder höchstens zu zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen hat, welche längs der östlichen und südlichen Baulinie der Hügelstraße zwischen der Steinhofstraße und dem Flößersteige zur Erzielung eines besseren Ausblickes außer dem Parterre oder Tiefparterre nur noch ein Obergeschoß, im übrigen Gebiete jedoch zwei Obergeschoße enthalten dürfen. Ein Mezzanin gilt als Obergeschoß. Höher ragende Türme, Giebel etc. sind gestattet.

6. Die Größe der zwischen den einzelnen Häusern einzuhaltenden Seitenabstände sind durch den Gemeinderats-Beschluß vom 11. Juni 1901, M.-Z. 164766 ex 1899, festgesetzt. Gekuppelte Wohnhäuser sind zur Vermeidung des unschönen Anblickes ungedeckter Feuermauern in einheitlicher Flucht herzustellen.

7. Die Ausgestaltung der Straßen hat nach den auf Plan 6 dargestellten Querprofilen zu erfolgen.

8. Dieser Regulierungsplan ist in seinen Hauptpunkten in natura festzulegen.

II. Der das Territorium der projektierten Landes-Irrenanstalt durchschneidende Weg Kat.-Parz. 867 und 868 Hütteldorf ist an die westliche Einfassung der Anstalt von Seite des Landes-Ausschusses nach Angabe der Gemeinde Wien zu verlegen. Der Gemeinde Wien dürfen hieraus keine Kosten erwachsen.

Bürgermeister: Wir schreiten jetzt zur Erledigung der sogenannten Hunderterstücke, weil 125 Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind.

Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rat Braun.

39. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 9824, Beilage Nr. 263, Post 23. „Ratifizierung des Beschlusses der ehemaligen Gemeinde Simmering vom 15. Jänner 1886 durch den niederösterreichischen Landes-Ausschuß, betreffend die Widmung eines Platzes für die Erbauung einer Kirche.“

Im Jahre 1865 wurde von Grundbesitzern der Gemeinde Simmering ein großes Grundstück, welches den heutigen Entplatz bildet, um 1 K 38 h per Quadratmeter oder 2 fl. 50 kr. per Quadratlast zu dem Zwecke übergeben, um auf diesem Platze einst eine Kirche zu erbauen.

Die Gemeinde Simmering ist auch dieser Bedingung nachgekommen, indem sie in der Sitzung vom 15. Jänner 1886 folgenden Beschluß gefaßt hat (liest):

„Der Ausschuß widmet dem Kirchenbaufonds zur Erbauung der projektierten Kirche den erforderlichen Platz am Marktplatze, jedoch hat das Komitee des Kirchenbaufonds der Gemeindevertretung die Baupläne und Kostenvoranschläge zur Einsicht und Genehmigung vorzulegen und darf mit dem Baue der Kirche nicht eher begonnen werden, bis nicht zwei Drittel der präliminierten Kosten als vorhanden ausgewiesen sind. Die physische Übergabe des Platzes hat ebenfalls erst an diesem Zeitpunkt zu erfolgen.“

Dieser Zeitpunkt ist nun sehr nahe gerückt, indem bereits über 360.000 K vorhanden sind, und ich bitte, Ihre Zustimmung zu erteilen, daß die nachträgliche Genehmigung des niederösterreichischen Landes-Ausschusses zu diesem Beschlusse der ehemaligen Gemeinde Simmering, der nun auch von der Gemeinde Wien akzeptiert wird, eingeholt wird.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist mit überwiegender Majorität angenommen, und zwar mit weit mehr als 80 Stimmen.

Ich werde den Beschluß erst dann zur Ausführung bringen, wenn die Frist von 60 Tagen verstrichen ist und innerhalb dieser Frist nicht die Beschwerde von einem nicht dem katholischen Glauben angehörigen Gemeindegliede ergriffen worden ist.

Beschluß: Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung, daß für den nachfolgenden Beschluß der Gemeinde Simmering vom 15. Jänner 1886 die Genehmigung des niederösterreichischen Landes-Ausschusses im Sinne des § 91 der Gemeinde-Ordnung vom 31. März 1864, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 5, eingeholt werde.

„Der Ausschuß widmet dem Kirchenbaufonds zur Erbauung der projektierten Kirche den erforderlichen Platz am Marktplatze, jedoch hat das Komitee des Kirchenbaufonds der Gemeindevertretung die Baupläne und Kostenvoranschläge zur Einsicht und Genehmigung vorzulegen und darf mit dem Baue der Kirche nicht eher begonnen werden, bis nicht zwei Drittel der präliminierten Kosten als vorhanden ausgewiesen sind. Die physische Übergabe des Platzes hat ebenfalls erst an diesem Zeitpunkt zu erfolgen.“

40. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 12523, Post 6. Entscheidung des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 4. Juli 1904, Z. 5714, betreffend die Aufbringung eines Teiles der Hand- und Zugkosten für bauliche Herstellungen an der Pfarrkirche zu Kaiser-Ebersdorf.

Als II. Instanz hat das Ministerium für Kultus und Unterricht unseren Rekurs abgewiesen. Die Beschwerde würde, wie bei allen analogen Fällen, auch von Seite des Verwaltungsgerichtshofes abgewiesen werden. Es wird daher beantragt, in diesem Falle keine Beschwerde einzubringen. Ich muß bemerken, daß das Stück am 21. September eingelangt ist, also noch Zeit genug wäre, die Beschwerde zu ergreifen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, die mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Die Entscheidung des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 4. Juli 1904, Z. 5714, betreffend die Aufbringung eines Teiles der Hand- und Zugkosten für bauliche Herstellungen an der Pfarrkirche zu Kaiser-Ebersdorf wird zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Kauer zum Referate.

41. Referent Gem.-Rat Kauer: Zahl 12940, Post 25. Bewilligung eines Zuschußkredites von 4700 K zur Ausgabe-Rubrik XXVII 1 b pro 1904 für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Neuen Weltgasse zwischen Eitelberger- und Wenzgasse im XIII. Bezirke.

Ich bitte um die Bewilligung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 4700 K zur Ausgabe-Rubrik XXVII 1 b pro 1904 für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Neuen Weltgasse zwischen der Eitelberger- und Wenzgasse im XIII. Bezirke.

42. Referent Gem.-Rat Kauer: Zahl 12031, Post 26. Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 17. August 1904, Zahl 33979, betreffend die Verleihung der Konzession zum Betriebe eines Hotels samt Restauration auf der Himmelhof-Realität im XIII. Bezirke an Max Blich.

Max Blich hat voriges Jahr um Verleihung einer Konzession für ein Hotel samt Restauration angesucht. Er wurde vom Magistrate und der Polizei wegen erschwerter Überwachung, als auch von der Bezirksvertretung und dem magistratischen Bezirksamte abgewiesen. Darauf hat er den Rekurs an die Statthalterei ergriffen und wurde dort auch abgewiesen. Max Blich hat nun neuerdings eingereicht, die Organe sprachen sich abermals gegen die Verleihung aus und diesmal hat ihm die Statthalterei Recht gegeben und die Konzession verliehen. (Hört! Hört!)

Der Stadtrat hat beschlossen, es sei gegen diese Entscheidung der Rekurs an das Ministerium des Innern zu ergreifen, aber auch vom Ministerium des Innern wurde die Gemeinde abgewiesen, und es ist daher dem Herrn die Konzession verliehen worden.

Es liegt Ihnen, meine Herren, nun ein Antrag vor, es sei gegen diese Entscheidung des Ministeriums des Innern die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 17. August 1904, Z. 33979, betreffend die Verleihung der Konzession zum Betriebe eines Hotels auf der Himmelhof-Realiität im XIII. Bezirke an Max Blich wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

43. Referent Gem.-Rat Bauer: Zahl 11746, Post 27, betrifft das Detailprojekt für die Herstellung eines Vorgartens und Sommerturnplatzes beim Schulhause XIII., Hiezingner Hauptstraße 166.

Es wird beantragt, den Sommerturnplatz und Vorgarten bei dem Schulhaus zu bewilligen und auch die Kosten im Betrage von 2169 K 50 h inklusive des Wertes der Gehölze und Gesträucher zu genehmigen.

Ich bitte um Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: 1. Die Herstellung eines Sommerturnplatzes und eines Vorgartens beim Schulhause XIII., Hiezingner Hauptstraße 166, wird auf Grund des vom Stadtgarten-Inspektorate vorgelegten Detailprojektes mit dem Betrage von 2169 K 50 h (inklusive des Wertes der aus der städtischen Baumschule zu entnehmenden Gehölze) genehmigt.

2. Die Erhöhung der genehmigten Baukosten-summe per 197.100 K auf den Betrag von 199.075 K 50 h wird genehmigt.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rat Büsch.

44. Referent Gem.-Rat Büsch: Zahl 12914, Post 28 betrifft die Abänderung der Baulinien der von der Hohenbergstraße in südlicher Richtung abzweigenden ersten Parallelstraße zur Zenogasse im XII. Bezirke.

Wie die geehrten Herren aus der vorliegenden Skizze entnehmen, hat der Eigentümer des Baublockes 399 ersucht, man möge die Straße mehr auf seinen Grund verschieben, so daß die halbe Straßenbreite auf seinen Grund zu stehen kommt.

Nachdem diese Verschiebung auch der dortigen Parzellierung entspricht, wird beantragt, die Verschiebung unter der Bedingung, daß die Straße, welche mit 10 m Breite bestimmt war, eine Verbreiterung auf 12 m erfahre, zu genehmigen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Die Baulinien der von der Hohenbergstraße in südlicher Richtung abzweigenden ersten Parallelstraße zur Zenogasse werden unter Verschiebung um 10 m

in westlicher Richtung nach den im Plane Z. 1200-XIII rot schraffierten Linien a b beziehungsweise c' e d d' e' e f i' unter der Bedingung abgeändert, daß die Straßenverbreiterung auf 12 m statt 10 m (wie bisher) durchgeführt wird.

45. Referent Gem.-Rat Büsch: Zur Zahl 11365, Post 19 liegt das Detailprojekt für den Bau eines Volksschultraktes in Altmannsdorf, XII., Hiezingnerstraße 11 vor.

Der Gemeinderat hat bereits das Projekt im Prinzip genehmigt, jetzt sollte nur das Detailprojekt vorgelegt werden; daselbe hat aber eine Abänderung erfahren.

In dem ersten Projekte war nämlich der Turnsaal gegen die Hiezingnerstraße gelegen gedacht, nun soll der Turnsaal aber gegen eine neu zu eröffnende Seitengasse verlegt werden.

Der Stadtrat beantragt, dieses abgeänderte Detailprojekt mit dem Kostenbetrage von 300.145 K 38 h zu genehmigen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Mayer kontra!

Gem.-Rat Mayer: Meine Herren! Ich muß offen gestehen, man ist überrascht, wenn man hört, daß dieser Zubau 300.000 K kosten soll. Ich möchte doch bitten, daß etwas eingehender darüber referiert werde. Ein Zubau, quasi nur eine Vergrößerung, die so viel kostet, während in der Inneren Stadt ein Schulbau, der schon großartig ist, in der Regel 425.000 K kostet, das kommt mir ein bißchen überschwänglich vor. (Bürgermeister: Wir auch!) Dem Herrn Bürgermeister auch.

Referent: Das ist eine neue Schule, ein Schultrakt!

Gem.-Rat Mayer: Dann hat der Herr Referent nicht richtig referiert.

Referent: Das ist ein neuer Trakt und der Antrag des Stadtrates liegt ja den Herren Kollegen ohnedies vor. Der Gemeinderat hat das Projekt bereits genehmigt und jetzt kommen wir nur mit einer Abänderung. Ich habe bereits erwähnt, daß der Turnsaal gegen die Hiezingnerstraße gelegen gedacht war. Nachdem aber der Turnsaal nicht dorthin paßt, ist er gegen eine Seitengasse verlegt worden, da auch auf diese Art die Raumeinteilung leichter ist. Außerdem ist in der ganzen Altmannsdorferstraße ein hoher Grundwasserstand, es muß also infolgedessen höher hinaufgebaut werden. Im früheren Schulhause mußte ein Pumpwerk Tag und Nacht arbeiten, damit das Grundwasser entfernt werde. Dann ist das Niveau in ganz Altmannsdorf um 1 m zu heben. Infolgedessen ist der Bau teurer, als im Anfang genehmigt war.

Bürgermeister: Unverschämte teuer ist es doch. (Gem.-Rat Mayer: Nächstens wird eine Schule 600.000 K kosten!) Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben (Geschicht). Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Den vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Abänderungen der mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. Mai 1904, Z. 6143, für den Bau eines Volksschultraktes im XII. Bezirke, Hiezingnerstraße 11, genehmigten Projekt-Skizze wird zugestimmt und somit das Detailprojekt für diesen Schulbau mit dem Kostenbetrage von 300.145 K 38 h genehmigt.

Die Bauführung ist derart einzurichten, daß der Schultrakt womöglich noch im heurigen Jahre im Rohbaue fertiggestellt und unter Dach gebracht wird

und längstens bis 15. September 1905 der Benützung zugeführt werden kann.

2. Vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Bau-Kommission wird für diese Schule der Baukonsens erteilt.

Bürgermeister: Jetzt kommt Herr Kollege Brauneiß!

46. Referent Gem.-Rat Brauneiß: Post Nr. 29, Zahl 12964, Komitee zur Errichtung und Erhaltung der Mädchen-Fortbildungsschule für den XIV. und XV. Bezirk um Überlassung von Lehrzimmern der Mädchen-Bürgerschule XIV. Bezirk, Heinickegasse 5. Vom Stadtrate wird beantragt: Unentgeltliche Überlassung zweier Lehrzimmer, wobei die Gemeinde die Kosten der Beheizung und Beleuchtung trägt.

Bürgermeister: Meine Herren! Der Herr Referent befürwortet den Antrag. Die Schulen kosten uns aber soviel und da sollen wir diese Klassen überlassen. Wo geben wir da unsere Kinder hin?

Referent: Es ist ja außerhalb der Schulzeit.

Bürgermeister: Was beantragt der Magistrat?

Referent: Der Magistrat beantragt die Überlassung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist abgelehnt.

Begehrt der Verein Schulgeld oder unterrichtet er unentgeltlich? (Referent: Ja, es ist Schulgeld!) Dann sollen sie zahlen.

Der Verein bekommt Schulgeld und verlangt von uns außer dem Raum noch Beleuchtung und Beheizung. Das ist ungläublich.

Beschluß: Das Ansuchen des Komitees zur Errichtung und Erhaltung der Mädchen-Fortbildungsschule für den XIV. und XV. Bezirk um unentgeltliche Überlassung von Lehrzimmern der Mädchen-Bürgerschule XIV., Heinickegasse 5, samt freier Beleuchtung und Beheizung wird abgelehnt.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Hörmann zum Referate.

47. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 12974, Post 30 des Nachtrages betrifft das Übereinkommen mit dem k. k. Arar bezüglich der Linienwall-Realität St. Marx. Es ist bereits mit dem Arar ein Übereinkommen getroffen worden, daß es uns die Linienhäuser in Erdberg, Gumpendorf und St. Marx überläßt. Diese Punktationen sind vom Gemeinderate bereits genehmigt. Es handelt sich nun um einen Teil des Grundes, welchen wir dem Arar übergeben haben, als Baugrund. Es ist dies der im Plane braun lasierte Teil im Ausmaße von 445-24 m². Nun wird aber eine Baulinie genehmigt, wodurch diese 445-24 m² als Straßengrund abzutreten sind. Das macht einen Betrag von zirka 7000 K., welchen die Gemeinde nun an das Arar zu zahlen hätte. Nachdem nun der Grund seinerzeit so verkauft worden ist, und die Transaktionen so bestimmt worden sind, sind wir verpflichtet, diesen Grund abzulösen. Ich ersuche daher um die Genehmigung des Stadtrats-Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Zifferer kontra!

Gem.-Rat Zifferer: Nicht kontra! Ich möchte mir nur folgende Bemerkung erlauben: Im Protokolle heißt es auf Seite 2 (liest):

„Werden zwischen den gefertigten Vertretern der k. k. Dikasterialgebäude = Direktion und der Gemeinde Wien vorbehaltlich der Genehmigung des k. k. Finanzministeriums und des Wiener Stadtrates die nachfolgenden Vereinbarungen getroffen.“

Entweder hat die Gemeinde Wien die Genehmigung zu erteilen gehabt, und das kann nur durch den Gemeinderat der Stadt Wien geschehen. Ich muß mich aber dagegen verwahren, daß in diesem Protokolle vom Stadtrate die Rede ist, respektive daß für die Zukunft ein Präjudiz geschaffen werde; nachdem das ganze protokollarische Einvernehmen uns zur Genehmigung vorgelegt wird und wir zu beschließen haben, durfte es nicht heißen: „vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtrates“, sondern es mußte heißen: „vorbehaltlich der Genehmigung des Gemeinderates“. Das wollte ich richtigstellen für künftige Fälle. (Zustimmung.)

Referent: Der Bericht ist dem Stadtrate vorgelegen, und der hat ihn genehmigt und der Herr Bürgermeister hat beschlossen, daß er dem Gemeinderate vorgelegt werde.

Bürgermeister: Eigentlich wäre der Stadtrat berechtigt, diese Angelegenheit im eigenen Wirkungskreise zu erledigen, ich habe aber das ganze Geschäft für so wichtig gehalten, daß es auch dem Plenum des Gemeinderates zur Kenntnis gebracht werden soll. So erklärt sich dieser Passus in dem Protokolle.

Gem.-Rat Zifferer: Verzeihen Herr Bürgermeister, daß ich fortfahre.

Bürgermeister: Ich bitte.

Gem.-Rat Zifferer: Wenn dem so wäre, wie der Herr Bürgermeister sagt, und ich kann das nicht bezweifeln, so könnte gerade aus diesem protokollarischen Übereinkommen ein Präjudiz der gefährlichsten Sorte geschaffen werden; denn wenn heute der Gemeinderat den Antrag ablehnen würde, hätte die Regierung das Recht zu sagen: es muß durchgeführt werden, weil es nur vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtrates war und der Stadtrat hat es genehmigt. Folglich hätten wir also nichts mehr dreinzureden gehabt. Gerade deshalb, weil der Herr Bürgermeister der Ansicht ist, daß wir das Übereinkommen genehmigen müssen, dürfte es nicht abhängig gemacht werden von der Genehmigung des Stadtrates, sondern von der Genehmigung des Gemeinderates.

Bürgermeister: Ich habe nichts dagegen, daß statt der Worte „Wiener Stadtrat“ im abzuschließenden Vertrage gesetzt werde „Wiener Gemeinderat“.

Die Herren, welche in dieser Weise einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen. (Rufe: Bravo!)

Beschluß: Das im Nachstehenden Protokolle enthaltene Übereinkommen wird genehmigt.

Protokoll

am 30. September 1904 aufgenommen vor dem Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung III.

Gegenwärtige: Die Gefertigten.

In Angelegenheit der auf Grund der Punktationen vom 24. Februar 1893 bezüglich der Linien-

amtsrealität St. Marx durchzuführenden Transaktion fand heute zwischen den gefertigten Vertretern der k. k. Diasterialgebäude-Direktion und der Gemeinde Wien eine Verhandlung statt, welche zu folgendem Resultate führte:

Durch die im Jahre 1895 erfolgte Änderung der Baulinien für den rechtsseitigen Teil des Linienamtes St. Marx, beziehungsweise durch die Bestimmung der Baulinie für eine längs des Wiener-Neustädterkanals führende Straße wird eine Änderung der zitierten Punktationen notwendig.

Während nämlich nach den Punktationen eine Grundabtretung von dem rechtsseitig gelegenen Teile des erwähnten Linienamtes nicht in Aussicht genommen war, muß nunmehr die braun angelegte Fläche der Kat.-Parz. 1280/1, 1281, 1282/2, 1283, 1284 und 3011/7, Einl.-Z. 1373 III. Bezirk, im Ausmaße von 442.14 m² zu Straßenzwecken an die Gemeinde abgetreten werden.

Für diese Grundabtretung wird seitens des Herrn Vertreters der k. k. Diasterialgebäude-Direktion ein Preis von 31 K 50 h per Quadratmeter begehrt und betont, daß dieser Betrag bereits von Viktor Mautner Ritter v. Markhof für den fraglichen Grund dem k. k. Ärar angeboten worden ist.

Eine weitere Änderung gegenüber den Bestimmungen der Punktationen tritt dadurch ein, daß von der Parz. 1280.1 III. Bezirk, die Figur a² b² c¹ a² per 3.10 m² zur Verbreiterung der Simmeringer Hauptstraße abzutreten, andererseits von der Straßenzparzelle 3155 III. Bezirk, die Figur a₁ b₁ c₁ a₁ per zirka 1.44 m² zur Area des Linienamtes einzubeziehen ist.

Diese kleinen Teilflächen wurden offenbar bei der Vereinbarung der Punktationen übersehen.

Die unentgeltliche Abtretung der dunkelgelb angelegten Teilflächen der Kat.-Parz. 1445/2 und 1449.1 per 98.75 m² und 74.38 m², welche zur Straßenverbreiterung erforderlich sind, seitens der Firma Ad. Jg. Mautner & Sohn an die Gemeinde Wien ist bereits laut Note der k. k. Diasterialgebäude-Direktion vom 11. Mai 1904, Z. 6768, sichergestellt.

Indem im übrigen die Bestimmungen der Punktationen vom 24. Februar 1893 bezüglich des Linienamtes St. Marx aufrecht bleiben, werden zwischen den gefertigten Vertretern der k. k. Diasterialgebäude-Direktion und der Gemeinde Wien vorbehaltlich der Genehmigung des k. k. Finanzministeriums und des Wiener Gemeinderates die nachfolgenden Vereinbarungen getroffen, wobei auf den einen integrierenden Bestandteil dieses Protokolles bildenden, vom Stadtbauamte ad Magistrats-Abteilung III 2744/04 im September 1904 verfaßten Plan Bezug genommen wird:

1. Die Gemeinde Wien leistet dem k. k. Ärar für die Abtretung des braun angelegten Teiles der Kat.-Parz. 1280/1, 1281, 1282/2, 1183, 1284, 3011/7, Einl.-Z. 1373 Grundbuch Landstraße, im

Ausmaße von 442.14 m² eine Entschädigung im Betrage von 31 K 50 h per Quadratmeter.

Von dieser Schadloshaltung im Gesamtbetrage von 13.927 K 41 h ist die Summe per 6.750 „ — „

welche der Gemeinde Wien nach dem Übereinkommen über die Durchführung der Punktationen bezüglich des ehemaligen Linienamtes Magleinsdorf als Entschädigung gebührt (Gemeinderats-Beschluß vom 12. Juli 1904, Z. 7275) in Abrechnung zu bringen;

der sonach verbleibende Betrag von . 7.177 K 41 h ist bei Vertragsausfertigung von der Gemeinde Wien an das k. k. Ärar zu bezahlen.

2. Das k. k. Ärar tritt die mit den Buchstaben a² b² c₁ a² umschriebene Teilfläche der Kat.-Parz. 1280/1 Einl.-Z. 1373 Grundbuch Landstraße per 3.10 m² unentgeltlich an die Gemeinde Wien ab, wogegen letztere dem k. k. Ärar den mit den Buchstaben a₁ b₁ c₁ a₁ umschriebenen Teil der im Verzeichnisse für das öffentliche Gut des III. Bezirkes imliegenden Kat.-Parz. 3155 per 1.44 m² gleichfalls ohne Entschädigung überläßt.

3. Das k. k. Ärar leistet Gewähr dafür, daß die Firma Ad. Jg. Mautner & Sohn die nach der genehmigten Baulinie von der Kat.-Parz. 1445/2, Landt.-Einl. 119 und der Kat.-Parz. 1449/1, Grdb.-Einl. 2474 Landstraße zur Straßenverbreiterung entfallenden Grundflächen Figur a b c d e f a per 98.75 m² und m n o p m per 74.38 m² ohne Entschädigung in das Verzeichnis für das öffentliche Gut überträgt und längstens binnen vier Wochen nach Genehmigung dieser Vereinbarung durch das k. k. Finanzministerium im richtigen Niveau in den physischen Besitz der Gemeinde übergibt.

4. Im Sinne des Artikels VIII der Punktationen vom 24. Februar 1893 wird die Gemeinde Wien den mit den Buchstaben a¹ b¹ c¹ d¹ a¹ umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 1286, Einl.-Z. 1371 Grundbuch Landstraße, per 14.76 m², ohne hiefür eine Entschädigung zu beanspruchen, in das Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen.

5. Die Übergabe und Übernahme der auf Grund der zitierten Punktationen gegenseitig abzutretenden Grundflächen, sowie ferner die Übergabe und Übernahme der sub Punkte 1 und 2 abzutretenden Grundflächen hat sofort nach Genehmigung dieses Übereinkommens durch das k. k. Finanzministerium stattzufinden.

Nur die Übergabe der rot angelegten Teilfläche der Kat.-Parz. 3011/1, III. Bezirk, wird im Sinne der Punktationen erst stattfinden, wenn die Demolierung der auf dem linksseitigen Teile der Linienamtsrealität St. Marx stehenden Baulichkeiten, sowie die Straßenregulierung bei diesem Linienamte vollzogen ist. Diese Straßenregulierung wird die Gemeinde längstens im Frühjahr 1905 durchführen.

Die Grundübergabe und Übernahme hat frei von allen Bestandverhältnissen zu erfolgen.

6. Die Gemeinde Wien erteilt ihre Einwilligung zur grundbücherlichen Löschung der zu ihren Gunsten auf der Liegenschaft Einl.-Z. 1373 Grundbuch Landstraße intabulierten Dienstbarkeit des öffentlichen Weges und der Reallast des Inhaltes, daß die Kat.-Parz. 3011/6, 3011/7 und 1280/2, soweit sie zur Regulierung der öffentlichen Straße oder einem anderen kommunalen Zwecke benötigt werden sollten, ohne Entgelt an die Gemeinde abzutreten seien mit der Beschränkung, daß sie in einem solchen Falle solange die derzeitigen Linienämter bestehen, ohne Zustimmung der Regierung ihrer derzeitigen Verwendung nicht entzogen werden dürfen.

7. Die Demolierung jener Baulichkeiten, welche auf der gelb angelegten Teilfläche der Kat.-Parz. 1448 I, III. Bezirk, stehen, wird die Gemeinde bewerkstelligen und erteilt das k. k. Ärar seine Einwilligung, daß diese Demolierung sich auch auf jene Gebäudeteile erstrecke, welche auf den dem k. k. Ärar verbleibenden Grunde stehen.

Das k. k. Ärar fordert keinerlei Entschädigung für den Fall, als die Gemeinde bei Vergebung der Demolierungsarbeiten eine Aufzahlung erhält, bezahlt aber auch keine Vergütung für den Fall, als die Gemeinde an den betreffenden Unternehmer eine Aufzahlung zu leisten hat.

8. Die Gemeinde erklärt ihr Einverständnis damit, daß sämtliche im Besitze des k. k. Ärars verbleibenden, nach den genehmigten Baulinien arrondierten Grundflächen der Einl. 1373 Landstraße im Grundbuche als Baugrund ausgezeichnet werden.

9. Das Pflastermateriale auf den in das Eigentum des k. k. Ärars zu übergabenden Teilen der Straßen-Parzellen 3011/1 und 3155, III. Bezirk, bleibt in Gemäßheit des Artikels VII der Punktationen vom 24. Februar 1893 Eigentum der Gemeinde.

10. Das vorliegende Übereinkommen ist im Sinne des Punktes XI der zitierten Punktationen stempel- und gebührenfrei.

Die gefertigten Vertreter des k. k. Ärars und der Gemeinde Wien erklären schließlich, daß die in dem obzitierten Plane ersichtlich gemachten Grenzen der Linienamts-Realität St. Marx beiderseits als richtig anerkannt werden.

Vorgelesen, geschlossen und gefertigt.

Für die k. k. Dikasterial- Gebäude-Direktion: Für die Gemeinde Wien:
 Josef Reddi m. p., Dr. Ehrenberg m. p.,
 t. t. Baurat Magistral-Sekretär.
 t. t. Baurat Brabeč m. p.,
 Bau-Inspektor.

48. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 11093, Post 2 betrifft die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Schulbau III. Bezirk, Dietrichgasse-Leonhardgasse. Herr Gem.-Rat Altmeder hat an den Bürgermeister in der vorletzten Sitzung eine Interpellation, betreffend die Vergebung dieses Schulbaues

an die Union-Baugesellschaft, gerichtet, weil ein Mitglied d. s. Gemeinderates hier eine Stellung habe. Nun, die Offertverhandlung ist eine öffentliche gewesen und die Union-Baugesellschaft hat einen Nachlaß von 11 Prozent gewährt, während die anderen nur 6 Prozent gewährt haben.

Ein Baumeister Josef Lewisch, welcher die Konzession erst kürzlich erhalten hat, gewährte einen Nachlaß von 11,3 Prozent. Der Magistrat hat den Vorschlag gemacht, diese Arbeiten der Union-Baugesellschaft zu übertragen, und das ist von Seite des Stadtrates auch geschehen. Hier liegt vor die Offertauschreibung. Sie hat am 18. Juli stattgefunden. Die Ernennung des Gem.-Rates Mayröder ist am 30. Juli erfolgt; also die Ausschreibung war vor der Ernennung. Ich habe es nicht gewußt und der Magistrat auch nicht. Er hat seine Stelle erst am 1. September angetreten. Ich bitte um die nachträgliche Genehmigung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Altmeder kontra!

Gem.-Rat Altmeder: Nein, nicht kontra! Man kann sich mit dieser oder jener Abänderung befreunden und ihr zustimmen, aber folgendem kann man nicht beipflichten. Der Herr Bürgermeister hat in seiner diesbezüglichen Interpellations-Beantwortung gesagt: Wie mir der Magistrat berichtet u. u., ist dieser Baumeister erst ganz kurze Zeit selbständig. Er ist aber in Wirklichkeit schon das fünfte Jahr selbständiger Baumeister; es lag also ein irriger Bericht vor. Demselben Baumeister ist es ferner passiert, daß er bei einer Offertauschreibung der billigste Offerent war, den Bau aber nicht bekam, mit der Motivierung, daß den Bau ein Offerent bekommen müsse, der für die Kommune Wien größere Arbeiten durchgeführt hat, und dieser daran einen großen Verlust hat. Wenn Sie ein solches Prinzip aufstellen, dann machen Sie es jedem gewissenhaften Geschäftsmann unmöglich, in eine Konkurrenz für kommunale Arbeiten einzutreten. Jeder, der ein bißchen Hirn im Kopfe hat, der gewissenhaft denkende und rechnende Geschäftsmann, kann nicht rechnen, daß er verliert, er muß rechnen, daß er einen bürgerlichen Gewinn hat. Ich könnte die Serie fortsetzen, befürchte aber, daß mir das Wort entzogen wird, und bitte daher den Herrn Bürgermeister, dafür zu sorgen, daß hier Remedur geschaffen wird.

Bürgermeister: Sie sehen, daß ich durch Erstattung des Referates im Plenum jedweder bösen Meinung oder Nachrede vorzubeugen versucht habe. Mehr können Sie doch nicht von mir verlangen.

Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe bereits gesagt, daß dem Magistrat seine Ernennung nicht bekannt war, sie ist am 30. Juli erfolgt und am 18. Juli war schon die Offertverhandlung. Dieser Baumeister war bei seinem Bruder beschäftigt und hat sein Gewerbe nicht ausgeübt. Der Magistrat hat berichtet, daß er die Gewerbeanmeldung erst gemacht hat. Als Referent und Baumeister muß ich aber wissen, daß man eine Arbeit, welche bei 600.000 K ausmacht und noch heuer unter Dach muß, nur einem Unternehmer geben kann, der auch die nötigen Arbeitskräfte und Materialien hat. Nun glaube ich aber, daß dies bei einem Baumeister, der seine Konzession erst erlangt hat, nicht der Fall ist. (Sehr richtig!) Ich habe mich daher dem Antrage des Magistrates, die Arbeit der Union-Baugesellschaft zu übergeben, angeschlossen. Man hätte sie ja einem anderen Baumeister übergeben können, nachdem aber 6 und 12 Prozent Nachlaß geboten waren,

haben wir uns entschlossen, die Arbeit der Union-Baugesellschaft zuzuschlagen.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Zur Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Schulbau III., Dietrichgasse-Leonhardgasse an die Union-Baugesellschaft mit einem Nachlasse von 11 Prozent von den Kostenanschlagspreisen wird die nachträgliche Zustimmung erteilt.

49. Referent Gem.-Rat Hörmann: Zahl 12685, Post 3, betrifft die Abänderung der Baulinie für die Fortsetzung der Starhembergasse von der Mayerhofgasse bis zur Wiedener Hauptstraße.

Es wurde die Baulinie bestimmt und nun ist der Betreffende um eine Änderung eingeschritten, weil, wenn die Durchfahrt nach der alten Baulinie bestimmt wird, die Straße nicht so breit ist, daß die halbe Straße eröffnet werden könnte.

Es wird daher vom Hause Nr. 47 die halbe Straße abgetreten und beim anderen Hause Nr. 49 die Baulinie um 3 m verschoben; weil der Bauplatz ohnehin sehr klein ist, so ist es geboten, daß die Baulinie auf der Wiedener Hauptstraße mehr nach links geschoben wird, so daß dann, wenn der Eigentümer von Nr. 47 die halbe Straße abtritt, die Durchfahrt schon möglich ist.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Die genehmigten Baulinien für die Fortsetzung der Starhembergasse von der Mayerhofgasse bis zur Wiedener Hauptstraße werden zur leichteren Durchführung dieses Straßenstückes nach den im Originalplane Z. 1465-XIII rot gezogenen und schraffierten Linien a b und c' c d' abgeändert.

Die genehmigte Straßenbreite von 15 m wird beibehalten.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Zayka!

50. Referent Gem.-Rat Zayka: Zahl 286, Post Nr. 1. Hier handelt es sich um die Baulinienabänderung bei Nr. 9 Eßterhazygasse im VI. Bezirke.

Der Gemeinderat hat im Jahre 1877 beschlossen, daß die Münzwardeingasse über die Realität Nr. 9 Eßterhazygasse durchgeführt werde. Der Eigentümer Bernhard Ludwig hat nun angejucht, man möge die Fortsetzung der Münzwardeingasse über seine Realität fallen lassen; außerdem war dies auch eine Bedingung anlässlich eines Ausgleiches in einem Prozesse, den die Gemeinde geführt hat.

Ich beantrage also die Baulinie so zu genehmigen, wie vom Stadtrate vorgeschlagen wird.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: 1. Die vom Stadtbauamte im Plane 891-X R (X 1899 dargestellte Baulinienänderung an der Kreuzung der 12 m beziehungsweise 15-17 m breiten

Magdalenenstraße mit der 15-17 m breiten Eßterhazygasse und Mollardgasse nach den Linien A B C D E — F G H I J' K N Q R S T U V wird genehmigt, wobei jedoch auf die Verlängerung der Münzwardeingasse zur Magdalenenstraße nicht Bedacht genommen wird.

2. Die im Originalplane blau eingetragenen Niveaus werden genehmigt.

Bürgermeister: Ich ersuche Herrn Gem.-Rat Wessely zum Referate.

51. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 12451, Post 4, Beilage 258. Es handelt sich um das Ansuchen von Korporationen und Anstalten um unentgeltliche Überlassung von Kots. Die Herren haben die Tabelle bekommen. Es werden diese Korporationen und Anstalten in derselben Weise beteiligt wie im Vorjahre. Nur drei oder vier sind dabei, die im vergangenen Jahre nichts bekommen haben, nachdem wir aber ihre Tätigkeit gesehen haben, ist beschlossen worden, auch diesen Korporationen eine Quantität Kots zuzuweisen.

Ich ersuche um Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluß: Den nachstehend verzeichneten Korporationen und Anstalten werden die angeführten Quantitäten Kots aus den städtischen Gaswerken unentgeltlich überlassen:

1. „Kinderschutz-Stationen“, Charitativer Verein für arme Kinder, I., Wipplingerstraße 8, 200 q.
2. Leopoldstädter Kinderhospitalverein, II., Obere Augartenstraße 28, 150 q.
3. Kleinkinderbewahranstalt an den Kaisermühlen, II., Mendelsjohngasse, 30 q.
4. St. Josef-Knabenasylverein, III., Rennweg 81, 40 q.
5. Gesellschaft der Töchter der göttlichen Liebe, III., Jacquingasse 14, 50 q.
6. Verein zur Errichtung einer Kinderbewahranstalt Unter den Weißgärbern, III., Untere Weißgärberstraße 12, 50 q.
7. Kongregation der Dienerinnen des heil. Herzens Jesu, III., Keinergasse 37, 40 q.
8. Kloster der Schulschwestern, III., Apostelgasse 7, 80 q.
9. Marien-Anstalt, III., Fasangasse 2, 60 q.
10. Margaretener Kindergartenverein, V., Schönbrunnerstraße 30/32, 50 q.
11. Kongregation der Töchter des göttl. Heilandes in Wien, VII., Kaiserstraße 25, 100 q.
12. St. Antonius-Verein, VII., Bernardgasse 27, 25 q.
13. Marien-Knabenasyl, VII., Bernardgasse 27, 50 q.
14. Mädchenasyl der katholischen Arbeiterinnen, IX., Pramergasse 9, 80 q.
15. Kleinkinderbewahranstalt im Pfarrbezirke Lichtental, IX., Augasse 3, 50 q.

16. Asylverein der Wiener Universität I., Stephansplatz (Asyl: IX., Porzellangasse 30), 50 q.
17. Verein zur Beschäftigung armer Mädchen, IX., Nußdorferstraße 72, 50 q.
18. Kongregation der Töchter des göttl. Heilandes in Wien (X., Waldgasse 25, 50 q.
19. St. Leopolds-Kloster der Franziskanerinnen-Missionärinnen Mariens, X., Laaerstraße 154, 50 q.
20. Wohltätigkeitsvereines „Mater admirabilis“, X., Buchengasse 108, 60 q.
21. Aloisia Reinelt, XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 292, 40 q.
22. Kongregation der Barmherzigen Schwestern von der schmerzhaften Mutter, XI., Simmeringer Hauptstraße 175, 50 q.
23. Verein der Kinderfreunde, XIII., Hügelingasse 11, 50 q.
24. Exekutiv-Komitee des Kaiser Franz Josef I.-Subiläums-Rekonvaleszentenheims für arme Frauen, XIII., Rosentalgasse 11, 100 q.
25. Kongregation der Dienerrinnen des heil. Herzen Jesu in Wien, Filiale XIII., St. Veitgasse 41/43, 50 q.
26. Kleinkindererwartanstalt zu Penzing, XIII., Cumberlandstraße 15, 50 q.
27. Wiener Schutzverein zur Rettung verwaister Kinder, XIII., St. Veitgasse 25, 100 q.
28. Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul (Antonius-Asyl), XV., Pouthongasse 18, 100 q.
29. Verein zur Erhaltung des Maria-Josephinums, XVI., Hyrtlgasse 28, 100 q.
30. Kinderbewahr- und Knabenbeschäftigungsanstalt, XVI., Seitenberggasse 2, 100 q.
31. Kongregation der barmherzigen Schwestern vom heil. Karl Borromäus, XVIII., Gutzgasse 106 (Greifenasyl), 50 q.
32. Katholischer Schulverein für Österreich (Lehrerseminar), XVIII., Michaelerstraße 10/12, 50 q.
33. Kongregation der barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul, XVIII., Antonigasse 72, 30 q.
34. Verein „Heim für obdachlose Familien“, XX., Universitätsstraße 62, 200 q.

52. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 11941, Post 5, Beilage 264. Hier handelt es sich um den Ankauf des Hauses VI., Theobaldgasse 28 a. Das ist das sogenannte Tuschl-Hotel. Das Haus steht auf einer von der Demolierung des Polizeigefangenhauses gewonnenen Parzelle und es hat sich die Notwendigkeit des Ankaufes ergeben, weil das Haus erstens wie ein Rauchfang dasteht und zweitens wie eine Ruine aussieht, die ganze Gegend verschandelt und vielleicht den Verkauf der dort gewonnenen Baustellen und Parzellen hemmt.

Ich bitte um Annahme der in Ihren Händen befindlichen Anträge.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche die

Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien erwirbt das der Kojalia Kand gehörige Haus VI., Theobaldgasse 28 a, Eml.-Z. 1012 Grundbuch Mariahilf, wie es liegt und steht, im Katastral-Ausmaße von 104 m² zum Zwecke der Arrondierung des angrenzenden städtischen Besitzes um den Pauschalbetrag von 44.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die auf obiger Liegenschaft haftenden Satzposten im Betrage von zirka 24.000 K übernimmt die Gemeinde auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Zahlung; die sonach verbleibende restliche Kaufsumme ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig.

2. Die Vertragskosten und Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde, die Kosten der Löschung der Satzposten die Verkäuferin.

3. Letztere verpflichtet sich, den Parteien des Hauses, deren Bestandverhältnisse gegen 14tägige Kündigung auflösbar sind, über Aufforderung der Gemeinde sofort zu kündigen.

4. Die Verkäuferin wird binnen fünf Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Kaufgeschäftes die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung bei der Grundb.-Eml.-Z. 1012 VI. Bezirk, auf ihre Kosten erwirken, widrigenfalls das Kaufgeschäft als nicht abgeschlossen gilt.

II. Zur Deckung der durch obige Erwerbung erwachsenden Auslagen wird zur Ausg.-Rubr. XII/11 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses pro 1904 bewilligt.

III. Das Haus VI., Theobaldgasse 28 a ist sofort nach Übernahme desselben in den physischen Besitz der Gemeinde Wien zu demolieren.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Graba.

53. Referent Gem.-Rat Graba: Post 7. Bewilligung eines Zuschußkredites von 10.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXIII 3 pro 1904 für die Rekonstruktion der Kaiser Josefsbrücke.

Ich bitte um die Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 10.000 K zur Ausgabs-Rubrik XXIII 3 pro 1904 für die Rekonstruktion der Kaiser Josefsbrücke.

54. Referent Gem.-Rat Graba: Post 8. Ansuchen des Leichenvereines der Pflöglinge des städtischen Versorgungshauses in Mauerbach um Bewilligung einer Subvention. Es wird die Bewilligung einer Subvention von 200 K beantragt.

Ich bitte um die Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen

Beschluß: Dem Leichenvereine der Pflöglinge des städtischen Versorgungshauses in Mauerbach wird eine Subvention von 200 K bewilligt.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Dr. Krenn.

55. Referent Gem.-Rat Dr. Krenn: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 12459, Post 11. Es handelt sich um

die Zuerkennung des Bezuges von drei Dienerkappen für die städtischen Sanitätsdiener mit einer zweijährigen Tragdauer anstatt einer Dienerkappe im Jahr.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluß: Den städtischen Sanitätsdienern (inklusive provisorischen) wird der Bezug von drei Dienerkappen in zwei Jahren statt wie bisher von einer Dienerkappe pro Jahr zuerkannt.

56. Referent Gem.-Rat Dr. Arenn: Zahl 12574, Post 9. Ansuchen der Künstlergruppe „Jugendbund“ um Bewilligung einer Subvention pro 1904.

Bürgermeister: Ich werde diesen Gegenstand von der Tagesordnung absetzen, damit weitere Erhebungen gepflogen werden können.

Referent: Es sind gar keine Beilagen dabei.

57. Referent Gem.-Rat Dr. Arenn: Zahl 12493. Ansuchen mehrerer Weinbau- und anderer Vereine um Subventionen. Es werden nach der Tabelle, die Sie in Händen haben, mit Ausnahme des Heiligenstädter Vereines, der zu spät eingereicht hat, Subventionen in dem Ausmaße beantragt, wie Sie das gedruckt vorliegen haben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Hölzl kontra!

Gem.-Rat Hölzl: Nach dem Antrage soll der Heiligenstädter Verein abgewiesen werden. Nachdem dieser Verein gerade zu einer Zeit, wo die Weinbautreibende Bevölkerung nicht nur mit den bekannten geheimen Feinden einen Kampf zu führen hat, außerordentlich gut und fördernd wirkt, so bitte ich, das kleine Versehen der verspäteten Einreichung zu entschuldigen, und beantrage, ihm eine Subvention von 200 K, wie in den Vorjahren zu bewilligen.

Bürgermeister: Es muß Ordnung in die Subventionsgeschichte hineinkommen. Wenn vergessen worden ist, so ist das ein Beweis, daß der Verein die Subvention nicht braucht. (Zustimmung.)

Herr Kollege Dr. Reich!

Gem.-Rat Dr. Reich: Ich kann nur den Ausführungen meines sehr geehrten Herrn Vorredners beipflichten, daß doch einem so nützlichen Vereine, wie dieses Landwirtschaftliche Kasino, aus diesem formalen Grunde die Subvention nicht verweigert, sondern in dem Betrage von 200 K, wie es von Herrn St.-Rat Hölzl beantragt worden ist, bewilligt werden sollte. Das ist doch gar kein Grund, daß er sich um ein paar Tage verspätet hat.

Bürgermeister: Herr Dr. Reich, das ist immer so, da muß Ordnung hineinkommen.

Gem.-Rat Dr. Reich: Dann ist noch ein Punkt, den der Herr Referent nicht aufgeklärt hat, der Punkt 7 „Österreichischer Tierschutz- und Tier-Hylverein“. Hier wird die Abweisung beantragt, ohne daß vernehmbar gewesen wäre, warum. Es ist das ein Verein, der unter dem Protektorate Seiner kaiserlichen Hoheit Erzherzog Kainer steht und sich der allgemeinsten Sympathien erfreut, und es ist nichts anderes als ein Sympathiezeichen, welches wir ihm geben, wenn wir diesem Vereine, welcher doch gewiß sehr segensreich und zu unser aller Freude wirkt, auch eine Unterstützung seitens der Gemeinde bewilligen.

Ich beantrage daher, diesem Vereine eine Subvention von 500 K zu bewilligen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr vorgemerkt, ich erkläre die Debatte für geschlossen.

Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent: Auf die Anfrage des Herrn Kollegen Doktor Reich möchte ich folgendes erwidern. Ich sage es nicht gerne in öffentlicher Sitzung, aber man muß es sagen, nachdem gefragt wird. Dieser Verein ist nämlich von irgend jemandem, der wahrscheinlich einen Einblick in die Geschäftsgebarung des Vereines gehabt hat, denunziert worden, daß er diejenigen Hundemarken, welche ihm die Gemeinde alle Jahre gegeben hat, an ganz unwürdige Personen ausgeteilt hat. (Hört! Hört!) Sie werden sich erinnern können, daß wir schon einmal darüber gesprochen haben. Es sind Leute mit Hundemarken beteuert worden, die sehr in der Lage waren, sich — nicht eine, sondern zehn Marken zu kaufen (Hört!), und es ist eigentlich der Zweck des Vereines, die Verteilung der Hundemarken an Arme, nicht erfüllt worden. Daher haben wir diese Verteilung von Hundemarken dem Vereine entzogen. Auf die Aufforderung des Magistrates, war der Verein auch nicht imstande, einen Ausweis zu liefern, an wen und wie viel Hundemarken er abgegeben hat. (Hört!) Es ist also unmöglich.

Der andere Verein reicht im September ein! Durch drei Jahre wird an alle Vereine das gedruckte Formular, wie es hier vorliegt, hinausgegeben, so daß die Vereine wissen, daß sie längstens bis zum 30. März einzureichen haben. Der Verein hat das Blankett auch jahrelang in der Hand gehabt. Ich kann also nicht umhin, auf der Abweisung zu beharren.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die Anträge des Referenten zu 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8 und 9 ist eine Einwendung nicht erhoben worden.

Ich ersuche jene Herren, die mit denselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bezüglich des Punktes 7 „Österreichischer Tierschutz- und Tier-Hylverein in Wien“, beantragt Herr Gem.-Rat Doktor Reich eine Subvention von 500 K.

Diejenigen Herren, die damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag hat nicht die Majorität erlangt, derselbe erscheint daher abgelehnt.

Bezüglich des Punktes 10 „Landwirtschaftliches Kasino in Heiligenstadt“ beantragt Herr Gem.-Rat Hölzl eine Subvention von 200 K.

Diejenigen Herren, welche einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist auch die Minorität, der Antrag erscheint daher abgelehnt. (Zwischenrufe.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Da enthalten sich sehr viele der Abstimmung, die weder pro noch kontra stimmen.

Nach dem, was ich gesehen habe, muß ich den Antrag des Herrn Gem.-Rates Hölzl als angenommen erklären.

Ich bitte aber, meine Herren, daß beigefügt werde: „zum letztenmale“, denn ich muß Ihnen sagen, es muß in die Subventionierungs-Angelegenheiten Ordnung kommen, auch wenn sie Weinbauern betreffen.

Es geht diesen Bauern ohnehin nicht schlecht. Sie verkaufen den sauersten Wein, den es überhaupt nur gibt, um zwanzig Kreuzer. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.)

Beschluß: Gewährung von Subventionen in nachstehend ersichtlicher Höhe, welche den Vereinen 1, 2 und 3 bar auszufolgen sind.

Bezüglich der übrigen Beträge werden die betreffenden Bezirksvorsteher ermächtigt, aus den Verlagsgeldern die von den Obmännern dieser Vereine vorgewiesenen Rechnungen, wenn sie Auslagen betreffen, welche nur für Zwecke der Weinkultur gemacht erscheinen, bis zur Höhe der bewilligten Subvention auszubehalten.

Nach Ablauf des Jahres haben die Bezirksvorsteher über die Gebarung des Vereines und die Verwendung der bewilligten Subvention zu berichten.

1. Österreichischer Reichsbund für Vogelfunde und Vogelschutz in Wien, 200 K.
2. Zentralverein für Bienenzucht in Österreich, 500 K.¹⁾
3. Verein zum Schutze des österreichischen Weinbaues in Krems, 200 K.
4. Weinbauverein im XVI. Bezirke, 800 K.
5. Briestauben-Sektion des Ersten österreichischen Geflügelzuchtvereines, Abweisung.
6. Weinbauverein Grinzing, 1600 K.
7. Österreichischer Tierschutz- und Tierasylverein in Wien, Abweisung.
8. Weinbauverein im XVII. Bezirke, 600 K.
9. Weinbauverein im XIX. Bezirke, Unter- und Ober-Sievering, 600 K.
10. Landwirtschaftliches Kasino zu Heiligenstadt, 200 K.²⁾

¹⁾ Berechnung auf einer neu zu eröffnenden Post zur Ausgabe-Nubrit XXXI^{1/2} und Verweisung auf den Reservefond.

²⁾ Die verspätete Vorlage des Gesuches wird zum letztenmale nachgesehen.

Bürgermeister: Zum Referate Gem.-Rat Dr. Deutschmann.

58. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 12670, Post 12, betrifft die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 9. August 1904, Z. 55454, betreffend die Verweigerung der Steuerfreiheit für das Objekt Konstr.-Nr. 1806 (Wagenhalle der städtischen Straßenbahnen) im XVI. Bezirke, Ottakring.

Es handelt sich nun darum, ob gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen werden soll oder nicht.

Der Stadtrat hat in diesem Falle und auch schon in einem früheren analogen Falle den Beschluß gefaßt, eine Beschwerde nicht zu ergreifen, nachdem die Steuerbehörde auf dem Standpunkt steht, daß eine solche Wagenhalle auch auf eine andere Weise vermietet werden kann.

Ich bitte daher, den Antrag des Stadtrates anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluß: Rücksichtlich der Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 9. August 1904, Z. 55454, betreffend die Verweigerung der Steuerfreiheit für das Objekt Konstr.-Nr. 1806 (Wagenhalle der städtischen

Straßenbahnen) im XVI. Bezirke, Ottakring, wird von der Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof abgesehen.

59. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 12714, Post 13.

Es sucht der Verein zur Förderung und Erhaltung der Privat-Handels- und Fortbildungsschule für katholische Mädchen, IV., Karolinenplatz 7, um Überlassung von Schulbänken an.

Es sollen nämlich 9 Zeichentische umgetauscht werden gegen 20 Stück alte Schulbänke.

Ich bitte, das zu genehmigen.

Gem.-Rat Mayer: Haben wir das so vorrätig?

Referent: Ja freilich!

Bürgermeister: Die werden irgendwo in einem Schuppen liegen.

Referent: Der Transport wird auch von dem Verein bezahlt.

Bürgermeister: Wir haben so viel alten Plunder, daß einem graut.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Ich werde diesen Beschluß des Gemeinderates erst nach Verlauf von 60 Tagen und nur dann zur Ausführung bringen, wenn nicht innerhalb dieser Frist seitens eines dem katholischen Glauben nicht angehörigen Mitgliedes der Gemeinde die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen wird. (Geiterkeit. — Ruf: Dann können sie nicht unterrichten! — Gem.-Rat Wolny: Ich stehe gut dafür!) Wenn der Herr Gem.-Rat Wolny mir für den entsprechenden Betrag gutsteht, so tue ich es.

Beschluß: Dem Verein zur Förderung und Erhaltung der Privat-Handels- und Fortbildungsschule für katholische Mädchen, IV., Karolinenplatz 7, werden für ein Lehrzimmer im städtischen Mädchen-Volksschulgebäude IV., Karolinenplatz 7, anstatt der 9 Zeichentische, 20 alte dreißigige Schulbänke im Werte von zirka 80 K unentgeltlich unter der Bedingung überlassen, daß der Verein die Kosten des Transportes der Zeichentische von der Schule in das städtische Depot und der Bänke vom Depot in die Schule trägt.

60 und 61. Referent Gem.-Rat Dr. Deutschmann: Zahl 11327, Post 14 und Zahl 12326, Post 15, betreffen ganz analoge Fälle. In diesen beiden Fällen wird die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof befürwortet, respektive die Ergreifung derselben beantragt, und zwar deshalb, weil es sich hier um sogenannte elektrische Zentralstationen handelt und wir auf dem Standpunkte stehen, daß diese einer Vermietung nicht zugeführt werden können, daher die objektive Steuerfreiheit im Gesetze begründet ist, welche aber vom Finanzministerium abgeschlagen wurde.

Es wird daher die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof beantragt.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist **angenommen.**

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 8. August 1904, Z. 54286, betreffend die Verweigerung der objektiven Steuerfreiheit für die Unterstation Landstraße Konstr.-Nr. 3069/III, für das Betriebsgebäude der Lichtzentrale Konstr.-Nr. 700h/XI und für den Zubau zur großen Zubringestation Konstr.-Nr. 700 f/XI, sowie betreffend die Zurücknahme der bereits anerkannten objektiven Steuerfreiheit des Betriebsgebäudes der Bahnzentrale Konstr.-Nr. 700 d/XI und der großen Zubringestation Konstr.-Nr. 700 f/XI, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen. Auch wird gegen die Entscheidung des k. k. Finanzministeriums vom 8. August 1904, Z. 52445, betreffend die Verweigerung der objektiven Steuerfreiheit der Schaltstation der städtischen Elektrizitätswerke X., Kolombusplatz, Rat.-Parz. 218/X wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat **Vieloßlawek!**

62. Referent Gem.-Rat Vieloslawek: Zahl 12483, Post Nr. 16, betrifft die Aktivierung des mit Gemeinderats-Beschluß vom 15. März 1904 genehmigten Gemeinde-Vermittlungsamtes für den I. Bezirk.

Meine Herren! Sie haben den Antrag in Händen, wonach dieses Amt aus acht Vertrauensmännern und vier Ersatzmännern zu bestehen und mit 1. Jänner 1905 seine Tätigkeit zu beginnen hat.

Die erforderliche Wahl der acht Vertrauensmänner und der vier Ersatzmänner für die erste dreijährige Funktionsperiode (1905—1907) ist auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu stellen.

Der Herr Bürgermeister wolle bestimmen, daß die Konzepts-, Kanzlei- und Manipulationsarbeiten für das Vermittlungsamt von den der Bezirksvertretung zugewiesenen Beamten und Dienern zu besorgen sind.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Das mit Beschluß vom 15. März 1904, Z. 872, im Prinzip genehmigte Vermittlungsamt zum Vergleichsversuche zwischen streitenden Parteien im I. Wiener Gemeindebezirke hat aus acht Vertrauensmännern und vier Ersatzmännern zu bestehen und mit 1. Jänner 1905 seine Tätigkeit zu beginnen.

Die erforderliche Wahl der acht Vertrauensmänner und der vier Ersatzmänner für die erste dreijährige Funktionsperiode (1905—1907) ist auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu stellen.

Der Herr Bürgermeister wolle bestimmen, daß die Konzepts-, Kanzlei- und Manipulationsarbeiten für das Vermittlungsamt von den der Bezirksvertretung zugewiesenen Beamten und Dienern zu besorgen sind.

63. Referent Gem.-Rat Vieloslawek: Zahl 12448, Post 17, Schlußrechnung für den Bau der Milchtrinkhalle im III. Bezirke. Es wird folgender Antrag gestellt: Die vorgelegte Schlußrechnung, nach welcher sich die tatsächlichen Ausgaben auf 90.735 K 83 h belaufen, wird genehmigend zur Kenntnis

genommen. Das ausgewiesene Mehrerfordernis von 10.738 K 74 h wird nachträglich genehmigt; die in das heurige Jahr fallenden Restzahlungen von 28.822 K 19 h werden zur Deckung auf den Reservefond verwiesen.

Ich bitte um die Genehmigung. (Rufe: Das ist sehr teuer!)

Bürgermeister: Das sage ich auch. Herr Gem.-Rat Helbig kontra!

Gem.-Rat Helbig: Es handelt sich hier um die Schlußrechnung für die Milchtrinkhalle im Kinderpark. Es ist ein recht hübsches Gebäude im sezeptionistischen Stile. Es gibt Leute, denen das gefällt, aber auch solche, denen das nicht gefällt. Aber über das eine sind alle einig: dem Zweck einer Milchtrinkhalle im Kinderpark entspricht es nicht. Es ist dort auch eine Tafel angebracht: „Dependence des Kurjalons“. Für die Gemeinde wird das so ein Gemeindevermögen sein, von dem der Finanzreferent des Stadtrates sagt, es sei ein zehrendes. Ich glaube, daß eine entsprechende Verzinsung aus diesem Gebäude nie herauskommen wird. Sehen Sie! Auch der Pächter findet dort seine Rechnung nicht, so daß erst in einer der letzten Sitzungen ihm der Pachtzins herabgesetzt werden mußte. Und in der „Milchtrinkhalle im Kinderpark“ finden die Kinder am wenigsten ihre Rechnung. Das ist höchstens ein Restaurationslokale. Soviel ich weiß, sind dort Konzerte gegeben worden. Neben diesem Gebäude steht ein ganz kleines, nichts weniger als schönes und ästhetisches Hüttchen und dort kriegen die Kinder um 6 kr. ein Glas Milch. Und das müssen sie stehend trinken. Ich habe mir gedacht, wie der Bau referiert wurde, daß man eine Milchtrinkhalle für Kinder baut. Das ist hier nicht erfüllt. Man kann vielleicht sagen, daß ist sehr gut für den Eisport. Wir haben im Vorjahre große Plakate gesehen mit Eisdarstellungen, wonach man dort Gletscherpartien machen könnte. In Wirklichkeit hat man aber mit viel Geld den Boden dort abgehobelt und, wie das Wasser gekommen ist, hat es das Eis fortgetragen. Das war auch nicht für die Bevölkerung. Ich glaube, wenn Sie damals meinem bescheidenen Räte gefolgt hätten und ein billiges hübsches Schweizerhaus hingestellt hätten, hätten Sie erreicht, was Sie jetzt nicht erreicht haben, nämlich eine wirklich billige Milchtrinkhalle im Kinderparke, wie es sich gehört. Sie haben es anders gemacht, jetzt müssen Sie die Geschichte tragen.

Aber ich möchte an den Referenten eine Bitte noch richten. Eines begreife ich nicht. Ursprünglich waren pro 1902 für den Bau 75.000 K bewilligt worden, im Jänner 1903 hat der Stadtrat 5383 K 53 h bewilligt, das war in Summa 80.382 K 53 h. Heute sagen Sie, die Schlußrechnungen machen aus 90.735 K 83 h, es ergibt sich also eine Differenz von 10.353 K 30 h. Die Bewilligungen waren von 1902 und vom Jänner 1903, ergo mußte im Budget für 1903 und für 1904 für diese Ausgaben vorgesorgt werden. Wie Sie jetzt mit den 28.000 K kommen, die dem Reservefond zugewiesen werden, das verstehe ich nicht, und ich würde dem Herrn Referenten sehr verbindlich sein, wenn er darüber eine Aufklärung gäbe, denn diese 80.000 K waren schon 2 Jahre bewilligt und wahrscheinlich sind sie auch ausgegeben worden (Ruf: Sie sind nicht ausbezahlt worden!), und jetzt kostet der ganze Bau 90.000 K und es sollen 28.000 K auf den Reservefond verwiesen werden. (Ruf: Sie sind nicht ausbezahlt worden!) Sie mußten im Budget für das Jahr 1903 und 1904 vorgesorgt werden.

Bürgermeister: Das ist schon möglich. Im vorigen Jahre wurde dieser Betrag nicht ausgegeben, sondern erst im heurigen Jahre. Die Überschreitung gefällt mir ja auch nicht.

Der Herr Referent!

Referent: Herr Gem.-Rat Helbig hat eigentlich ganz recht, daß die Überschreitung eine ganz bedeutende ist und daß sie wohl wert ist, daß sie im Gemeinderate erwähnt werde; das mögen auch diejenigen zur Kenntnis nehmen, die die Ursache davon sind, das sind unsere berühmten Ausnahms-Architekten, die fortwährend herumkünsteln. Zuerst hat der Architekt den Bau fertiggestellt, dann hat ihm etwas nicht gepaßt und er hat wieder daran geändert und durch diese Künstlerei sind 10.000 K Mehrkosten herausgekommen. Was die Bemerkung anlangt, daß der Gemeinderat damals ein so teures Objekt erbaut hat, so war die Ursache hievon wiederum, weil die Absicht bestanden hat, eine Rahnschiffahrt und eine Volks-Eislaufbahn zu etablieren. Die Idee ist an und für sich keineswegs eine schlechte.

Aber wieder sind die Künstler gekommen und da hat der eine eine Patentwehr gebracht, eine Wehr, wie man sie nicht bauen soll. Es war eine automatische Umfallwehr, sie ist aber immer zur unrechten Zeit umgefallen. (Heiterkeit.) Infolgedessen konnte weder eine Eislaufbahn noch die Rahnschiffahrt etabliert werden. Diese Angelegenheit wird übrigens noch den Gegenstand weiterer Erhebungen im Magistrate und im Stadtbauamte bilden, um diesem Übelstande abzuwehren, so daß dann der Bau zu jener Bedeutung gelangt, die ihm zugehört war. Und dann wird es auch möglich sein, dem Pächter den Zins zu erhöhen, wenn er in der Lage ist, im Winter den Platz zu verwerten. (Ruf: Das kostet dann wieder 10.000 K! — Heiterkeit.) Meine Herren! So verhält sich die Sache. Die Milch-Trinkhalle steht; ich bitte um Ihre Genehmigung. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Die vorgelegte Schlußrechnung für den Bau der Milchtrinkhalle im Kinderparke, nach welcher sich die tatsächlichen Ausgaben auf 90.735 K 83 h belaufen, wird genehmigend zur Kenntnis genommen. Das ausgewiesene Mehrerfordernis von 10.738 K 74 h wird nachträglich genehmigt; die in das heurige Jahr fallenden Restzahlungen von 28.822 K 19 h werden zur Deckung auf den Reservefond verwiesen.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rat Weitmann.

64. Referent Gem.-Rat Weitmann: Zahl 12334, Post 18. Die Privat-Mädchen-Volks- und Bürgerschule der Töchter des göttlichen Heilandes VIII., Kenyongasse 6/8, um unentgeltliche Überlassung von Schuldruckorten.

Bürgermeister: Das ist eine Schmutzerei!

Referent: Diese Anstalt unterrichtet 33 Kinder zu einem mäßigen Preise und 120 Kinder ganz unentgeltlich. Es liegt doch im Interesse der Kommune, wenn eine derartige Anzahl von Kindern Schulunterricht erhält. Die Druckorten machen im ganzen 15 K aus.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Gem.-Rat Mayer: Herr Bürgermeister, muß da auch 60 Tage gewartet werden?

Bürgermeister: Nein, das ist eine Schule, da haben Sie schon verloren beim Verwaltungsgerichtshofe.

Beschluß: Dem Ansuchen der Privat-Mädchen-Volks- und Bürgerschule der Töchter des göttlichen Heilandes, VII., Kenyongasse 6/8, um unentgeltliche Überlassung von Schuldruckorten im Werte von 15 K wird Folge gegeben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Hölzl zum Referate.

65. Referent Gem.-Rat Hölzl: Zahl 12839, Post 21. R. f. landwirtschaftlicher Bezirksverein Amstetten um Bewilligung eines Ehrenpreises für die Nutz- und Zuchtviehchau.

Da die Hebung der Viehzucht in Niederösterreich im Interesse der Approvisionierung Wiens liegt, so bitte ich, dem Vereine die 100 K, welche beantragt sind, zu bewilligen.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Pause.) Es ist dies nicht der Fall und ersuche ich jene Herren, welche für den Antrag des Stadtrates sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag des Stadtrates ist angenommen.

Dieser Beschluß wird erst nach Verlauf von 60 Tagen und nur dann ausgeführt, wenn nicht innerhalb dieser Frist eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof von einem beliebigen Mitgliede der Gemeinde ergriffen wird.

Gem.-Rat Mayer: Ohne Rücksicht auf die Konfession?

Bürgermeister: Jawohl, ohne Rücksicht auf die Konfession.

Beschluß: Bewilligung eines Ehrenpreises von 100 K an den R. f. landwirtschaftlichen Bezirksverein Amstetten für die Nutz- und Zuchtviehchau und Verweisung dieser Auslage auf den Reservefond.

Bürgermeister: Jetzt kommt Herr Gem.-Rat Dr. Wesselsky.

66. Referent Gem.-Rat Dr. Wesselsky: Zahl 12247, Post 20. Der niederösterreichische Landes-Ausschuß hat an mehrere Körperschaften, darunter auch an die Wiener Gemeindevertretung einen Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des gewerblichen Fortbildungsunterrichtes zur Begutachtung und rechtzeitigen Beantwortung herabgegeben.

Der Entwurf und das vom Stadtrate zum Teile angenommene Magistrats-Referat befindet sich schon seit einiger Zeit in den Händen der Herren. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß ich mich ganz kurz fassen darf. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die jüngst stattgefundene und noch immer stattfindende erfolgreiche Lehrlingsarbeiten-Ausstellung beweist, wie wichtig neben der Lehre beim Meister der gewerbliche Fachunterricht ist.

Vom Standpunkte der Gewerbefreundlichkeit und vom Standpunkte der Gemeinde Wien können wir die Tendenzen dieses Entwurfes nur begrüßen und wir waren im Stadtrate der Ansicht, daß wir das Zustandekommen dieses Gesetzes nicht durch kleinliche und unwesentliche Abänderungen erschweren sollen und haben im großen und ganzen mit den wenigen Abänderungen, die sich in Ihren Händen befinden, zugestimmt.

Ich bitte Sie, die Anträge des Stadtrates anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. Dorn Ritter v. Marwald kontra!

Gem.-Rat Dr. Ritter v. Dorn: Eigentlich kann ich nicht sagen, daß ich kontra sprechen will; ich mußte mich aber kontra melden, weil ich zwei Abänderungs-Anträge zu stellen

habe. Im ganzen kann ich diesen Gesetzentwurf nur als Fortschritt zur Hebung des Gewerbes begrüßen, weil die fachliche Bildung des Gewerbestandes bei den einzelnen Personen des Gewerbestandes das einzige Mittel ist, um ihn einer besseren Zukunft zuzuführen.

Ich habe nur gegen zwei Ausführungsbestimmungen ein Bedenken und möchte Sie bitten, dieses Bedenken vielleicht auch selbst zu akzeptieren. Es ist das § 41, welcher sich mit der Verteilung der Kosten beschäftigt. Die Verteilung der Kosten ist hier so in Aussicht genommen, daß vom Gesamtbedarfe der Staat 15 Prozent, der Landesfond 15 Prozent, die Gemeinde 15 Prozent, die Handels- und Gewerbekammer 18 Prozent und die Wiener Handels- und Gewerbetreibenden 45 Prozent bezahlen sollen.

Ich glaube, daß man hier eine ungerechte Verteilung der Kosten vorgenommen hat, indem man zu viel auf die Gewerbetreibenden gelegt hat und den Staat für diese Sache, die von allgemeinem öffentlichen Interesse ist, zu wenig in Anspruch nimmt.

Es hat im Jahre 1883 ein Unterrichts-Ministerial-Erlaß das Prinzip festgesetzt, daß der Staat zu den Kosten der Gewerbeschulen ein Drittel beitragen soll; das ist damals ausgesprochen worden und jetzt kommt man dahin, daß der Staat nicht einmal mit der Hälfte dieses Drittels in Anspruch genommen wird. Andererseits wird es für die Gewerbetreibenden, welche ohnehin mit Steuern, und zwar mit Spezialsteuern für die Handelskammern und ihre Spezialbetriebe wirklich überlastet sind, eine neue schwere Belastung, wenn sie für diesen Zweck, der allerdings ihnen selbst in erster Linie zugute kommt, einen so großen Beitrag zahlen sollen.

Ich bin daher der Meinung, man soll beantragen, daß der Staat etwas mehr und die Gewerbetreibenden etwas weniger in Anspruch genommen werden, so daß man diese 60 Prozent auf beide Faktoren zur Hälfte aufteilt, so zwar, daß 30 Prozent auf den Staat und die anderen 30 Prozent auf die Gewerbetreibenden repartiert werden. Es ist dies nicht nur für die Gewerbetreibenden, sondern auch ein ganz spezielles Interesse der Gemeinde Wien. Bekanntlich muß die Gemeinde Wien mit ihren gewerblichen Unternehmungen gleichfalls dazu beitragen, und zwar entfällt für die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen die Hälfte von der Gesamtsumme, welche von den Gewerbetreibenden gezahlt werden muß. Es wird also auf die Einzelnen ein relativ großer Teil kommen, daher wird die Gemeinde für ihre Unternehmungen, besonders wenn sie aus der Periode der Steuerfreiheit herauskommen, sehr bedeutend in Mitleidenschaft gezogen werden, und zwar zugunsten des Staates, welcher in erster Linie verpflichtet wäre, größere Beiträge zu leisten.

Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, daß in diesem § 41 hineingenommen werden soll: „Die Wiener Handels- und Gewerbetreibenden mit 30 Prozent und der Staat mit 30 Prozent.“

Meine zweite Anfrage bezieht sich auf den § 44. Derselbe befaßt sich mit der Zukunft der gegenwärtig bestehenden genossenschaftlichen und Gremial-Fachschulen. Es heißt hier (liest):

„Die bereits bestehenden, bisher von den Genossenschaften erhaltenen fachlichen Fortbildungsschulen werden mit ihrem

Inventar und allen Zuwendungen und Zuflüssen in die Verwaltung des Gewerbeschulrates übernommen,“ das heißt mit anderen Worten, wenn eine Genossenschaft eine gute Schule hat, wird sie ihr einfach konfisziert, man fragt sie nicht, ob sie will, ob es ihr recht ist und man verfügt über eine Institution, die von einer Körperschaft geschaffen worden ist, ganz willkürlich, als ob niemand ein Recht daran hätte. Es ist dabei nur zu bedenken, daß eine große Gefahr für die guten genossenschaftlichen Schulen, die wir haben, daraus hervorgeht. Wir haben wirklich eine Anzahl ganz hervorragender Schulen, so die der Buchbinder, Buchdrucker, Gastwirte, Kleidermacher, die großartigen Gremial-Handelschule, wie ich höre, das großartigste Institut dieser Art in Europa, ich kann ja nicht alle Schulen hier einzeln aufzählen. Thatsache ist, daß wir eine Menge ganz ausgezeichnete genossenschaftlicher Schulen haben, welche wohl als Muster gelten, nicht nur in Wien, sondern auch außerhalb Wiens, in ganz Europa. Wenn die in den großen Topf hineinkommen, so wird es sich herausstellen, daß eines schönen Tages der Gewerbeschulrat über sein Budget beraten wird und es wird eine Menge kleiner Schulen geben, welche sehr wenig Schulgeld einbringen und große Opfer kosten, man wird auch einmal sparen müssen und man wird sagen: das ist eine Schule, für die so viel Geld ausgegeben wird, hier können wir etwas abknappen. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß ein solcher Gewerbe-Zentral-Schulrat unmöglich ein so intensives spezifisches Interesse an einer solchen Schule haben kann und dieses Verständnis dafür aufbringen kann wie die Genossenschaft derjenigen Gewerbetreibenden, welche eigentlich diese Schulen für sich und in ihrem Interesse erhalten. Gerade jetzt, draußen in der Lehrlingsarbeiten-Ausstellung haben wir aus der Bronzewarengenossenschaft prachtvolle Sachen gesehen. Ich weiß nicht, ob eine Übernahme in eine staatliche Verwaltung in der Beziehung einen Fortschritt hervorbringen wird oder ob nicht die Gefahr vorliegt, daß man das Niveau dieser Schule herabdrückt. Da gibt es freiwillige Lehrer, welche wegfallen, sobald der Staat oder eine ähnliche Institution eintritt.

Es wäre doch zu erwägen, ob nicht die Möglichkeit gegeben werden soll, daß man ausgezeichnete Schulen, welche bisher bestehen und welche von der eigenen Genossenschaft selbst weiter erhalten werden wollen, auch außerhalb dieser Zwangsjacke läßt.

Ich glaube, es ist zu weit gegangen und eine Vergewaltigung der bestehenden guten Einrichtung, wenn es weiter heißt: „diese bisher erhaltenen Fortbildungsschulen werden mit ihrem Inventare und allen Zuwendungen in die Verwaltung des Gewerbeschulrates übernommen werden.“ Allerdings ist es richtig, daß ein gewisses Interesse vorhanden ist, wieder unter eine einheitliche Leitung zu kommen, da muß man aber gewisse Vorbedingungen schaffen. Ich bin der Meinung, man soll die Übernahme der Gewerbeschulen in die Verwaltung des Gewerbeschulrates dem Übereinkommen zwischen dem Gewerbeschulrate und den Genossenschaften überlassen, welche diese Schulen erhalten. Auf Grund eines solchen Übereinkommens werden schon gewisse Bedingungen gemacht und Sicherstellungen festgesetzt werden, damit die Schulen nicht verschlechtert, nicht heruntergesetzt werden. Gleichzeitig möchte ich bemerken: einige von diesen Schulen haben auch Zuflüsse, diejenigen Genossenschaften, welche aus eigenen Mitteln Genossenschaftsschulen erhalten, bekommen von den Gewerbeschulbeiträgen, welche von ihnen geleistet werden, soweit sie zur Erhaltung notwendig sind, 75 Prozent zurück.

Einige von diesen Schulen brauchen überhaupt keine Zuschüsse, sie verzichten gänzlich darauf. Aber es müßte doch dafür gesorgt werden, daß das weiterhin erhalten werden kann. Folglich bin ich der Meinung: wenn solche Schulen als selbständige fortbestehen, sollen die Zuschüsse, die etwa notwendig sind, weiter auf der bisherigen Basis zufließen.

Ein dritter Grund ist die Stellung der Lehrer, welche gegenwärtig an diesen genossenschaftlichen Fachschulen angestellt sind. Hier wird über dieselben sonderbar — cavalieremont hinweggegangen. Es heißt (liest):

„Lehrpersonen, welche am 1. Oktober 1904 als Lehrer der genossenschaftlichen Fortbildungsschulen fünf Dienstjahre vollendet haben und auch nach Übernahme dieser Schulen in die Verwaltung des Gewerbeschulrates weiter verwendet werden, können die Bemessung ihrer Bezüge nach den am 1. Oktober 1904 geltenden Bestimmungen verlangen.“

Hier steht aber gar nicht, daß diese Lehrer auch übernommen werden müssen. Wir wissen sehr gut, daß manchmal doch bei der Behandlung von Lehrern, Übernahme oder Beförderung, gewisse Rücksichten beobachtet werden, die mit der persönlichen Qualifikation des Lehrers gar nichts zu tun haben.

Das wäre in diesen Fällen noch schlimmer, weil es sich um speziell fachliche Eignungen handelt. Wenn solche Lehrer, welche die fachliche Eignung haben, aus nicht pädagogischen, nicht fachlichen Gründen auf die Straße gesetzt werden, wird es vielleicht schwer sein, gleich gute, ausgebildete und geübte Lehrer wieder zu bekommen.

Wenn nun der Übergang der Schule in die Verwaltung des Gewerbeschulrates nur infolge eines vorhergegangenen Einverständnisses geschehen kann, dann werden die Genossenschaften, welche diese Lehrer angestellt, und die Schulen bisher erhalten haben, in dem Übereinkommen den Weg finden, um einerseits die Lehrer vor einer Vergewaltigung zu schützen, und andererseits sich selbst diejenigen Lehrer zu erhalten, mit denen sie im Interesse ihrer Schulen gute Erfahrungen gemacht haben. Das sind die Gründe, welche ich Ihnen wirklich ohne Parteizwecken zu dienen zur Erwägung anempfehle, und ich glaube, daß dieselben wohl eine reifliche Überlegung verdienen, insbesondere vom Standpunkte der Qualität der Schulen, da wir ja jene guten und ausgezeichneten Schulen, welche wir bereits haben, doch auch fernerhin zu erhalten das größte Interesse haben. Ich stelle daher folgenden Antrag: § 41 lit. a ist in der Weise abzuändern, daß die Beitragsquote der Handels- und Gewerbetreibenden auf 30 Prozent herabgesetzt, und jene des Staates (lit. b) auf 30 Prozent hinaufzusetzen ist. § 44, erstes und zweites Alinea soll lauten: Die bereits bestehenden bisher von den Genossenschaften oder Gremien erhaltenen fachlichen Fortbildungsschulen können im Einvernehmen mit den betreffenden Genossenschaften oder Gremien mit ihrem Inventar und ihren Zuwendungen und Zuflüssen in die Verwaltung des Gewerbeschulrates übernommen werden. In dieses Einvernehmen ist auch die Übernahme beziehungsweise spätere Stellung der bereits in Verwendung stehenden Lehrpersonen einzubeziehen; sollte ein Einvernehmen nicht erzielt werden, und eine solche genossenschaftliche Schule weiterhin in der Verwaltung der betreffenden Körperschaft bleiben und von ihr erhalten werden, so sind die etwa notwendigen Zuschüsse vom Gewerbeschulrat nach Maßgabe des bisher üblichen Modus zu leisten.

Ich empfehle Ihnen die Annahme dieser Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. Hein pro!

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich habe mich pro gemeldet, weil ich mit den Grundprinzipien der Vorlage einverstanden bin. Ich kann mich aber den Bedenken, die Herr Dr. v. Dorn hier geltend gemacht hat, nur anschließen. In erster Linie wende ich mich gleichfalls gegen die Verteilung der Leistungen.

Es hat bereits Dr. v. Dorn angeführt, daß eine Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 24. Februar 1883 besteht, in welcher sich das Unterrichtsministerium bereit erklärt hat, zu dem Fachschulwesen ein Drittel beizutragen. Es ist allerdings hier eine ganz interessante Bemerkung zu machen. Diese Verordnung erließ nämlich an alle Landesstellen mit Ausnahme Niederösterreichs. Das ist sehr bezeichnend. Die aktive Provinz Niederösterreich mit Wien war von dieser Verordnung ausgenommen. Das ist bezeichnend dafür, wie Niederösterreich und Wien schon in Bezug auf die Verteilung dieser Lasten behandelt werden. Gerade dieser Umstand sollte uns veranlassen, über die Sache nicht so leicht hinwegzugehen, wie es meines Erachtens in dem Referate hier geschieht. Es wird in dem Referate gesagt: In finanzieller Hinsicht kann sonach die Gemeinde Wien gegen den Entwurf keine Einwendung erheben. Es lassen sich ja die Lasten, die aus diesem Gesetze entstehen werden, sehr schwer voraussehen. Es ist allerdings richtig, daß man nicht gleich annehmen kann, daß jede Genossenschaft eine Fachschule errichten werde; es ist ja in dem Gesetze selbst nach mancher Richtung dem ein Kiegel vorgeschoben. Es heißt nämlich in dem Gesetze, daß eine Fachschule nur dann zu errichten ist, wenn mindestens 120 Lehrlinge in der betreffenden Genossenschaft sind und mindestens 80 in der Lage sind, die betreffende Schule zu besuchen. Nun haben von den 131 Genossenschaften nur 57 mehr als 120 Lehrlinge — man möchte das nicht glauben — so daß dies die Maximalzahl der Fachschulen ist, welche überhaupt errichtet werden können.

Selbstverständlich wird diese Maximalzahl nicht erreicht werden. Die territoriale Ausdehnung Wiens bringt es mit sich, daß die zweite Bedingung, daß 80 Lehrlinge die betreffende Schule besuchen müssen, bei manchen Genossenschaften nicht so leicht erfüllt werden kann. Aber immerhin läßt sich die finanzielle Last, die da entsteht, sehr schwer voraussehen und da halte ich es für sehr gefährlich, für alle Zukunft ein solches Präjudiz zu schaffen; denn, meine Herren, eine Änderung der Quote zu Ungunsten des Staates wird sehr schwer erreicht werden in aller Zukunft. Sie, meine Herren, sind eine große, mächtige Partei (Ironische Bravo-Rufe), versuchen Sie daher, für die Finanzen Wiens etwas herauszuschlagen vermöge Ihrer Macht, nicht immer nur Wahlordnungen. (Ruf: Oh je, das gehört ja nicht her!)

Meine Herren! Wenn hier gesagt wird, daß die Gemeinde Wien günstig gestellt ist, so müssen wir ja immer in Betracht ziehen, daß die Gemeinde Wien doch im Wesen identisch ist mit den Handels- und Gewerbetreibenden Wiens. Wenn also diese erheblich belastet werden, so ist es auch die Gemeinde Wien. Ich glaube demnach, daß Sie ein gefährliches Präjudiz nicht schaffen, sondern mit aller Entschiedenheit auf eine Erhöhung des Beitrages im Sinne der zitierten Ministerial-Verordnung hinwirken sollen. So sehr ich dem Prinzip des Gesetz-Entwurfes zustimme, glaube ich doch, daß selbst ein Aufschub der Geltung des letzteren riskiert werden sollte, um, wenn möglich, eine bessere finanzielle Verteilung der Lasten zu erzielen. (Gem.-Rat Dr. Geßmann:

Zwischen Staat und Gemeinde?) Nein, zwischen Staat und Kategorie A. Denn, meine Herren, es wäre gewiß von unserem Standpunkte aus besser, eine bessere Verteilung zwischen Staat und Gemeinde zu erzielen. Aber, wenn hier gesagt wird, daß in finanzieller Hinsicht die Gemeinde Wien gegen den Entwurf keinen Einwand erheben kann, so glaube ich, daß wir uns wenigstens in dieser Hinsicht bereits präjudiziert haben. Da ist es dann schwer zu sagen, jetzt werden wir für die Gemeinde Wien eine finanzielle Entlastung anstreben. Es bleibt daher nichts übrig, als eine Veränderung der Beitragsleistung nach derjenigen Richtung anzustreben, die Herr Dr. v. Dorn beantragt.

In zweiter Linie habe ich an dem Gesetz-Entwurfe etwas zu bemängeln, was unter den Handelsgenossenschaften Wiens eine große Aufregung hervorgerufen hat. Die hier einzusetzende Körperschaft heißt Gewerbeschulrat. Die Handelsgenossenschaften Wiens, und zwar ohne Unterschied der Parteistellung, sind der Ansicht, daß durch die Verquickung mit den schon so hoch stehenden Handelsfachschulen eine Schädigung der letzteren entstehen könnte.

Die Fachschule des Gremiums besteht zum Beispiel seit 56 Jahren und beschäftigt mehr als 100 Fachlehrer. Sie hat bisher ohne Subvention diese Resultate erzielt. Die Handelsgenossenschaften fürchten nun, daß die hochentwickelten Fachschulen viel schlechter fahren werden, weil man naturgemäß die Sorge des Gewerbeschulrates zunächst auf diejenigen Kategorien verwenden muß, welche bisher noch nicht beigezogen waren; also von diesem Standpunkte aus streben die Handelsgenossenschaften ohne Unterschied der Parteistellung eine Eximierung von diesem Gesetzentwurfe an, sie möchten von diesem Gesetzentwurfe ausgenommen werden, zumal es von Anfang an heißt: Gewerbeschulrat und nicht Handels- und Gewerbeschulrat. Es heißt hier Gewerbeschulrat. Schon darin erblicken sie die Tendenz, daß die Handelsgenossenschaften nicht so berücksichtigt werden würden, wie sie es ihrer Bedeutung nach berechtigt zu sein glauben. Ich stelle demnach den Antrag, daß die Bestimmung aufzunehmen sei, daß die Fachschulen des Wiener Handelsstandes in das Geltungsgebiet des Gesetzes nicht einbezogen werden. (Bravo! rechts. — Gem.-Rat Dr. G e s s m a n n: Da sind wir ja ohneweiters einverstanden, wenn Sie auch die finanziellen Konsequenzen tragen, aber nicht nur 75 Prozent!)

Bürgermeister (gibt das Glockenzeichen): Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rat Dr. Hein: Ein Eventual-Antrag, welcher gleichfalls im Gutachten der Handels- und Gewerbekammer gestellt wurde, geht dahin, daß der Gewerbeschulrat in zwei autonome Sektionen zu teilen sei, die Gewerbeschul-Sektion und die Handelsfachschul-Sektion mit getrennter Wahl und mit getrennter finanzieller Verwaltung. Ich glaube, daß diese Forderung berechtigt ist und daß sie auch dem Standpunkte entspricht, welchen Sie immer einnehmen. Sie streben immer die Trennung der Handels- und Gewerbekammer an. Sie müßten daher folgerichtig einer solchen Trennung in zwei autonome Sektionen zustimmen. (Zwischenruf: Mit Vergnügen!)

Noch nach einer anderen Richtung habe ich den vorliegenden Gesetzentwurf zu beanstünden. Im § 44, den bereits Herr Dr. von Dorn angeführt hat, heißt es (liest):

„Lehrpersonen, welche am 1. Oktober 1904 als Lehrer der genossenschaftlichen Fortbildungsschulen fünf Dienstjahre vollendet haben und auch nach Übernahme dieser Schulen in die Verwaltung des Gewerbeschulrates weiter verwendet werden, können die

Bemessung ihrer Bezüge nach den am 1. Oktober 1904 geltenden Bestimmungen verlangen.“

Ich glaube, daß man sagen soll: „Lehrpersonen, welche am 1. Oktober 1904 als Lehrer der genossenschaftlichen Fortbildungsschulen fünf Dienstjahre vollendet haben, werden nach Übernahme dieser Schule in die Verwaltung des Gewerbeschulrates weiter verwendet.“

Wenn die Betreffenden bereits fünf Dienstjahre an den bezüglichen Fachschulen tabellos zugebracht haben, dann ist es wohl berechtigt, daß sie auch in die Verwaltung des Staates übernommen werden. Ich stelle einen diesbezüglichen Antrag.

Noch nach einer anderen Richtung möchte ich den Gesetzentwurf beanstünden. Im § 25 des Gesetzentwurfes heißt es: „Die näheren Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Lehrkräfte enthält die Dienstordnung, welche vom Gewerbeschulrat verfaßt wird und der Genehmigung des k. k. Landesschulrates unterliegt. Ich glaube, meine Herren, man sollte doch etwas Näheres über die Art der Entlassung sagen. Es haben, und nicht bloß in fortschrittlichen Kreisen, gerade diese Massenentlassungen der Gewerbeschullehrer oft sehr böses Blut gemacht. Ich brauche nur an einen gewissen Prozeß zu erinnern, welcher sich anfangs dieses Jahres abgespielt hat, und in welchem konstatiert wurde, daß Entlassungen von Lehrern ohne irgend ein geregeltes Verfahren auf Grund von Bleistiftnotizen, sogenannten kollegialischen Besprechungen stattgefunden haben. Ich glaube, das ist nicht in Ordnung. Es haben sich auch die Folgen dieser unregelmäßigen Massenentlassungen in dem betreffenden Prozeß gezeigt. Es ist naturgemäß, daß daraus Liebedienerei entsteht und daß das Denunziantentum großgezogen wird. Und das ist meines Erachtens — und wie ich glaube, auch Ihres Erachtens — für das Gedeihen der Schule nicht vorteilhaft. Es hat sich damals die Bezirksvertretung FünfhauS, welche vollständig Ihrer Partei angehört, einstimmig für die Entlassung des betreffenden Direktors eingesetzt und die Vorgänge, welche Gegenstand dieses Prozesses waren, mißbilligt. Es handelt sich hier nicht um einen Einzelfall, denn es wäre nicht möglich, daß diese Denunziationen so leicht stattfinden, wenn man ihnen nicht so willig Gehör schenken würde. Ich möchte das dringende Ersuchen — nicht im Interesse einer Partei, sondern im Interesse der gesamten Bevölkerung, welche an der Schule lebhaft interessiert ist — an die Gewerbeschul-Kommission und den zu bildenden Gewerbeschulrat richten, daß mit der Entlassung von Lehrpersonen nicht so leicht vorgegangen werde, wie in jenen Prozessen sogar von Seite des Richters konstatiert wurde, weil dadurch jede geregelte Beschwerdeführung unmöglich gemacht wird. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, beantrage ich zu § 25 eine Abänderung am Schlusse, in welcher es heißt: In die Dienstordnung ist für sämtliche Lehrpersonen eine dreimonatliche Kündigungsfrist festzusetzen, und in die Dienstordnung aufzunehmen, daß die Lehrer nach fünfjähriger, tabelloser Tätigkeit definitiv werden.“

Ich möchte noch weiter die Bestimmung aufnehmen, daß den betreffenden Lehrpersonen gegen eine Entlassung der Rekurs an den Landesschulrat zusteht.

Diese Anträge, welche, wie ich glaube, nicht vom Parteistandpunkte diktiert sind, sondern von einem ernstlichen Interesse an der Sache, erlaube ich mir, Ihrer geneigten Erwägung zu unterbreiten. (Beifall.)

Bürgermeister: Es ist an mich das Ersuchen gerichtet worden, das Rauchen zu gestatten; ich gebe dem Ersuchen Folge.
Herr Gem.-Rat Ströbl zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rat Ströbl: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Diejenigen Herren, welche Schluß der Debatte annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte sind vorgemerkt: Kontra die Herren Gem.-Räte Neumann, Schlechter und Zifferer. Pro sind vorgemerkt die Herren Professor Schmid, Hohensinner (Bravo!), Dr. Neumayer, Dr. Geßmann, Armann, Josef Grünbeck, Nykl, Schwarz und Steiner.

Herr Gem.-Rat Laßmann hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rat Laßmann: Ich beantrage die Wahl von Generalrednern.

Bürgermeister: Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt; die Herren, welche diesen Antrag annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rat Schlechter: Ah, da hört sich alles auf; es ist noch kein Gewerbetreibender zum Worte gekommen und da kommt schon einer und beantragt die Wahl von Generalrednern.

Bürgermeister: Ich muß heute mit dem Lehrer Gehalts-gesetz fertig werden!

Gem.-Rat Schlechter: So verschieben wir die Beratung dieser Vorlage. (Unruhe.)

Bürgermeister: Ich ersuche die Herren Gem.-Räte Neumann, Schlechter und Zifferer, einen Generalredner kontra zu wählen und ich ersuche die Herren Gem.-Räte Schmid, Hohensinner, Dr. Neumayer, Dr. Geßmann, Armann, Josef Grünbeck, Nykl, Schwarz und Steiner, einen Generalredner pro zu wählen. (Nach einer Pause:) Also was ist mit den Herren? Haben die Herren sich schon geeinigt? — Herr Gem.-Rat Zifferer!

Gem.-Rat Zifferer: Ja, Gem.-Rat Neumann.

Bürgermeister: Also Generalredner kontra ist Herr Gem.-Rat Neumann. — Nachdem jetzt ein Redner pro gesprochen hat, kommt jetzt der Generalredner kontra.

Ich erteile das Wort Herrn Gem.-Rat Neumann.

Gem.-Rat Neumann: Sehr geehrte Herren! Der vorliegende Antrag des Stadtrates ist ungemein oberflächlich, weil er sich gerade über eine Reihe der wichtigsten Punkte nicht ausläßt. Er findet eine Reform des gewerblichen Fortbildungs-Unterrichtes notwendig, er spricht davon, daß der Gesetzentwurf, der dem Landtage vorgelegt wird, sehr weitgehend sei und daß das eine sehr durchgreifende Reform bedeute; er sagt, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen eine ganz besondere Aufgabe haben, nämlich dasjenige zu ersetzen, was in der Meisterlehre nicht geboten wird. Durch die Teilung der Gewerbe an und für sich kommt es dahin, daß der Lehrling wohl in einzelnen Teilen des Gewerbes unterrichtet wird und die gewerbliche Fortbildungsschule soll der Ersatz dafür sein, daß der Lehrling instande ist, das ganze Gewerbe vollständig zu erlernen. Dann freut sich der Antrag des Stadtrates, daß ungefähr 55.000 K bei dieser ganzen Reform erspart werden und schließlich sagt er, es möge festgelegt werden, daß die Gemeinde als solche die Lokalitäten

beizustellen habe, denn man kann nicht wissen, es kann einmal eine Gemeindevertretung kommen, welche die gewerblichen Fortbildungsschulen ganz einfach aus diesen Schullokalitäten hinausweist. Um also die gewerblichen Fortbildungsschulen vor Willkürakten zu schützen, sei festgelegt, daß die Gemeinde die Verpflichtung zu übernehmen hätte, den gewerblichen Fortbildungsschulen ihre Schulräume zur Verfügung zu stellen. Das Referat schließt mit dem Antrage, der Gemeinderat möge den Entwurf annehmen, aber die Unterrichtsstunden seien so einzurichten, daß rechtzeitig die vorgeschriebene Lüftung und Reinigung der Lokalitäten vorgenommen werden kann, ohne daß der Gemeinde eine größere Belastung oder ein größerer Aufwand zufällt.

Wenn man diesen Antrag liest, glaubt man, daß dieses Gesetz keine Mängel aufzuweisen hat, und daß in diesem Gesetzentwurf alles enthalten ist, welches den Wünschen, die auch der Referent ausgesprochen hat, entspricht, daß mit einem Worte die Meisterlehre ergänzt wird durch den gewerblichen Fortbildungsunterricht, und zwar ergänzt wird schon, wenn das, was in dem Gesetzentwurf niedergelegt worden ist, zum Gesetz werden wird.

Wenn man anerkennt, daß die Meisterlehre vermöge der Teilung im Gewerbe eine unvollständige geworden ist, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen in dieser Richtung viel zu tun haben, daß sie einen Teil der Meisterlehre ersetzen sollen, müssen die gewerblichen Fortbildungsschulen vor allem auch die Möglichkeit haben, daß alle diejenigen, welche ausgebildet werden sollen, den Zutritt zu diesen gewerblichen Fortbildungsschulen haben. Da ist beispielsweise § 12 des Gesetzes, welcher besagt, daß für jeden zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschulen verpflichteten Lehrling ein Schulgeld von jährlich höchstens 20 K eingehoben werden kann. Wenn Sie glauben, daß die Gewerbetreibenden in der Lage sind, für die Lehrlinge Schulgeld zu zahlen, dann täuschen Sie sich, die Gewerbetreibenden sind heute nicht in der Lage, Auslagen für ihre Lehrlinge in Bezug auf den gewerblichen Fortbildungsunterricht zu machen. Und wenn ein Schulgeld verlangt wird, dann werden Sie herbeiführen, daß die Lehrlinge in zahlreichen Fällen verhindert werden, die gewerblichen Fortbildungsschulen zu besuchen. Schon heute entspinnt sich zwischen den Lehrlingen und den Meistern ein ganzer Kampf um den Besuch der Schule und Sie wissen, daß von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen Meister steigt, von denen bekannt wird, daß sie ihre Lehrlinge nicht in die Schule schicken. Im Jahre 1894 waren 439 solcher Meister bekannt, im Jahre 1899 548, im Jahre 1900 808, 1904 949 Meister (Rufe: Hört! Hört!), welche es verschulden, daß die Lehrlinge den Unterricht versäumen. Nun sagen Sie aber, die Meister sollen 20 K Schulgeld zahlen, allerdings soll darüber erst der Gewerbebeschulrat sein Votum abgeben. Die Zusammensetzung des Gewerbebeschulrates aber bürgt durchaus nicht dafür, daß in vollkommen objektiver Weise beschlossen wird, in welchen Fachschulen Schulgeld zu bezahlen ist, in welchen nicht. Wenn das angenommen wird, was in dem Gesetze enthalten ist, dann haben Sie neuerlich ein Instrument in der Hand, um diejenigen Gewerbetreibenden, welche nicht Ihrer Partei angehören, mit Hilfe dieses Gesetzes zu schürigeln, und eine solche Handhabe muß Ihnen entzogen werden.

Es muß in das Gesetz aufgenommen werden, daß der Besuch der Fortbildungsschulen an keinerlei Schulgeld gebunden ist. Wenn Sie wirklich so bildungsfreundlich sind, wie Sie angeben — und wir haben ja einen Vize-Bürgermeister, der sogar

Präsident der gegenwärtigen Lehrlingsarbeiten-Ausstellung ist (Rufe: Bravo!) — ich freue mich sehr darüber, aber wenn der Mann wirklich etwas für die Schule tun will, muß er für meinen Antrag eintreten: kein Schulgeld, keine Beschränkung des Unterrichtes. (Zwischenruf.) Sie sind ein Genossenschafts-Vorsteher. Fragen Sie Ihre Meister, ob sie 20 K Schulgeld bezahlen können. Was werden sie machen? Den armen Lehrlingen werden sie diese 20 K auf den Rücken hinaufschweißen. Die werden das zu bezahlen haben. Und es ist durchaus nicht schulfreundlich, daß Sie diesen Punkt im Gesetze unter allen Umständen aufrecht zu erhalten wünschen. Ich werde den Antrag stellen, daß kein Schulgeld einzuheben ist, und es wird sich ja Ihre Schulfreundlichkeit anläßlich der Abstimmung zeigen. (Zwischenrufe.)

Es ist ja das auch schon etwas verdächtig, daß Sie den Vorbereitungsunterricht in einer solchen bedeutenden Weise beschränken wollen. Der Landes-Ausschuß sagt es in dem Entwurfe schon an und für sich, daß diese Vorbereitungsschulen ihm zuviel Geld kosten, da zirka 6054 nicht deutsche Schüler in die Vorbereitungsschule gehen müssen, von denen 5080 der tschechischen Sprache angehören.

Meine Herren! Wenn Sie wirklich für die weitestgehende Ausbildung der Lehrlinge sorgen wollen, dann dürfen Sie nicht die Absicht haben, diesen Vorbereitungsunterricht zu beschränken, dann müssen Sie es möglich machen, daß diese Kinder, die einer anderen Muttersprache angehören, den Lehrstoff in sich aufnehmen können.

Dann gibt es keine Beschränkung des Vorbereitungsunterrichtes so wie sie es, meine Herren, planen. (Zwischenrufe.)

Lesen Sie nur den Motivenbericht vom Vorjahre, da sind Ihre geheimsten Wünsche zum Ausdruck gekommen, und wenn Sie sich jetzt die Prerogative eingeräumt haben, daß gerade die von Ihrer Seite gewählten Leute darüber zu entscheiden haben, ob eine Vorbereitungs-klasse notwendig sei oder nicht, so wissen wir ja sehr genau, was Sie wollen, nämlich die Beschränkung des Vorbereitungsunterrichtes mit der Ausrede, das kostet zuviel, indem Sie sagen, daß diejenigen, welche nicht deutsch können, erst deutsch sprechen lernen sollen.

Indem Sie das in dem Motivenbericht, den Sie dem Landtag vorlegen wollen, gesagt haben, zeigt sich, so glaube ich, in dieser Richtung Ihre Schulfreundlichkeit durchaus nicht. Weiters habe ich noch den § 15 zu bemängeln. Dieser Paragraph sagt: „Der gewerbliche Unterricht wird durch 6 bis 10 Monate, und zwar an mindestens zwei Tagen in der Woche erteilt.“

Es ist gewiß eine Merkwürdigkeit, daß in diesem ganzen Gesetzentwurf kein Wort über den Lehrstoff enthalten ist. (Gem.-Rat Dr. Geßmann: Das gehört doch in die Kompetenz der Staatsaufsichtsbehörde!)

Hätten Sie uns dies als Beilage gegeben, Herr Dr. Geßmann, damit wir doch wenigstens wissen, was Sie wollen. (Gem.-Rat Dr. Geßmann: Das können wir ja nicht machen!)

Wir haben auch daran ein Interesse, und Sie hätten dies auch im Gesetze zum Ausdruck bringen können, welche Gegenstände zumindest gelehrt werden müssen. Da gibt es keine Ausreden. Dann sagen Sie, der gewerbliche Unterricht wird durch 6 bis 10 Monate, und zwar mindestens zwei Tage in der Woche erteilt, und weiter heißt es: Der Unterricht an Wochentagen darf nicht über $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends ausgedehnt werden. Die

Ferialtage an den gewerblichen Schulen werden durch die Schulordnung festgesetzt.

Meine Herren! Die gegenwärtige Lehrlings-Ausstellung hat zur Genüge den Beweis dafür erbracht, daß die Fortbildung der Lehrlinge eine dringende Notwendigkeit ist. Es ist ein Kapital, welches für die Gewerbetreibenden angelegt wird, wenn dafür gesorgt wird, daß wir tüchtige Arbeiter heranbilden. (Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Die aber arbeiten!) Ich verstehe Sie nicht, Herr Dr. Neumayer, Sie müssen etwas deutlicher reden, damit ich Sie höre. Ich höre nicht gar so gut; insolgedessen verstehe ich Sie nicht.

Wenn aber in irgend einer Weise die kleinen Gewerbetreibenden konkurrenzfähig erhalten werden sollen, wenn sie nicht unter der großen Industrie unplötzlich zugrunde gehen sollen, dann müssen sie... (Gem.-Rat Dppenberger macht einen Zwischenruf.) Ich warte schon, Herr Dppenberger, bis Sie ausgerebet haben. Also, sind Sie schon fertig? (Gem.-Rat Dppenberger: Ja!) Also gut — dann müssen die Gewerbetreibenden über solche Arbeitskräfte verfügen, daß sie Spezialisten in ihrem Fache werden. Schauen Sie, zum Beispiel, der Kleinschneidermeister, er ist heute nur existenzfähig, wenn er ein Spezialist in seinem Fache ist. Ebenso der kleine Schuhmacher, der Drechslermeister, der Goldarbeiter oder wer immer von den Gewerbetreibenden.

Meine Herren! Wenn also wirklich etwas für die Gewerbetreibenden gewonnen werden soll, dann müssen Sie ohne Rücksicht auf die momentanen Wünsche der betreffenden Gewerbetreibenden einzig das Ziel der tüchtigen Ausbildung der Lehrlinge im Auge haben. Dann dürfen Sie aber auch nicht sagen, wir bleiben beim Abendunterrichte, und zwar nur deshalb, weil wir die Lokalitäten nicht lüften können. Wenn irgend etwas eine unstichhältige Ausrede ist, dann ist es diese. (Rufe: Weil sonst die Lehrlinge zu den Versammlungen des Herrn Neumann nicht gehen können! — Lebhaftige Unruhe. — Gem.-Rat Bielowek macht wiederholt Zwischenrufe.) Ich weiß nicht, haben Sie das Wort, Herr Bielowek, oder ich. Der Vorsitzende hört gar nichts.

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Herrn Redner sprechen zu lassen.

Gem.-Rat Neumann (fortfahrend): Wenn die Herren wünschen, so fahre ich dann fort. (Heiterkeit und Unruhe.) Ich warte, bis Sie ausgesprochen haben. Fortfahren werden wir nicht von hier, so angenehm es Ihnen auch wäre. (Gem.-Rat Dppenberger: Fahren Sie nach Zion!) Der Referent hat in seinem Bericht gesagt, es sei notwendig, die Meisterlehre durch die fachlichen Fortbildungsschulen zu ergänzen und empfiehlt uns schließlich den Abendunterricht. Wenn Sie wünschen, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen wirklich eine Ergänzung für die Meisterlehre sein sollten, dann müßten Sie unbedingt für den Tagesunterricht eintreten. Und wenn Sie heuer eine Lehrlings-Ausstellung veranlaßt haben, dann muß Ihnen dieselbe klar und deutlich das eine gesagt haben, daß die Ergänzung der Meisterlehre durch Einführung des Tagesunterrichtes notwendig ist.

Meine Herren! Sie werden sagen, momentan sei dies nicht möglich. Ich glaube auch, daß ein gewisses Übergangsstadium für den Tagesunterricht gewährt werden muß. Aber es müßte unbedingt bereits im Gesetze ausgesprochen werden, daß vorläufig allerdings Abendunterricht beibehalten wird, aber daß in einem

gewissen Zeitraum — etwa in einem Zeitraum von zwei Jahren — der Tagesunterricht eingeführt wird, und zwar zweimal in der Woche je einen halben Tag. Im Motivenbericht wird allerdings gesagt, daß wir dies nicht können, weil wir die nötigen Unterrichtsräume nicht haben.

Meine Herren! Sie sagen, daß den Genossenschaften der fachliche Unterricht entzogen wird und daß nunmehr diese gewerblichen Fortbildungsschulen errichtet werden. Die Genossenschaften haben mit ihren fachlichen Fortbildungsschulen ein ganz nettes Geschäftchen gemacht; die Genossenschaften haben Subventionen erhalten, sie begehren Aufding- und Freisprechungsgebühren von den Lehrlingen, sie begehren weiter, wenn ein Gehilfe ein Gewerbe anfängt, eine Einverleibungsgebühr und während die gewerblichen Fortbildungsschulen den Genossenschaften zirka 285.338 K im Jahre 1901 gekostet haben, finden Sie, daß für Einverleibungsgebühren, für Aufding- und Freisprechungsgebühren die Genossenschaften einen Betrag von 590.600 K eingenommen haben. Den Genossenschaften wird Stück für Stück der Fürsorge für die Gehilfen und Lehrlinge genommen. So hat zum Beispiel die Stadt Wien die Arbeitsvermittlung übernommen und aus den Geldern der Stadt Wien wird die genossenschaftliche Arbeitsvermittlung besorgt. Allerdings haben die Genossenschaften erklärt, daß sie einen Teil der Kosten bezahlen, aber die Genossenschaften bezahlen nichts, sondern bleiben die Beträge schuldig und nachdem sie Ihre Parteifreunde sind, so nehmen Sie ja sehr weitgehende Rücksichten, Sie treiben diese schuldigen Beträge nicht ein und die Genossenschaften haben ein gutes Geschäft dabei gemacht. Jetzt nehmen Sie ihnen die Schulen weg, Sie sagen, die Schulen werden übernommen werden, die Aufding- und Freisprechungsgebühren, die verbleiben den Genossenschaften. Wenn Sie hier wünschen, daß etwas für die Fortbildungsschulen geschehe, wenn Sie sagen, der Mangel an Lokalitäten zwingt uns, einen unvollständigen Unterricht einzuführen, dann wäre es für Sie von hohem Interesse, wenn Sie Ihren Einfluß, welchen Sie auf die Genossenschaften ausüben vermögen, ebenso auf die Gesetzgebung dahin ausüben würden, daß Sie sagen: Nachdem eine Menge von Aufgaben, die den Genossenschaften zugefallen sind, nunmehr der Kommune und dem Lande zufallen, müssen die Genossenschaften einen Teil dieser Gebühren, die sie einziehen, teils der Kommune, teils dem Lande zuführen, damit sie für jene Aufgaben, die sie von den Genossenschaften übernommen haben, ein Äquivalent haben. Ich sage das nur deshalb, weil Sie, meine Herren, sagen, es sei nicht möglich, den Tagesunterricht früher einzuführen, als nicht etwa die nötigen Schulen gebaut werden können, damit dieser Tagesunterricht wirklich durchgeführt werde. Aber schon heute bei dem Umstande, daß die einzelnen fachlichen Fortbildungsschulen in den Volks- und Bürger Schulen Unterkunft finden sollen, wäre es möglich, daß Sie den Tagesunterricht einführen, und ich beantrage daher zu § 15 folgendes:

„Der gewerbliche Unterricht wird durch 6 bis 10 Monate, solange noch der Abendunterricht eingeführt ist, zweimal wöchentlich erteilt, spätestens zwei Jahre nach Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes wird zum Tagesunterricht übergegangen, der wöchentlich zweimal in der Zeit von 2 bis 6 Uhr abends zu erteilen ist.“ (Zwischenrufe: Wo denn?) Sie haben doch in den Volks- und Bürger Schulen zwei halbe Tage frei. Tun Sie weniger katholische Jungfrauen hinein. (Widerpruch.) Lassen Sie abends Ihre

Lokalitäten frei! (Lärm.) Diese verschiedenen frommen Vereine und Kongregationen sollen ihre Exerzitien wo anders machen, nicht in den Volksschulen. (Widerpruch.) Sie haben auch den Volksbildungsverein aus den Volksschulen hinausgeworfen. Tun Sie halt die frommen Vereine hinaus und dann können Sie den fachlichen Tagesunterricht wirklich durchführen. Ferner soll es heißen: „Der bis zu dieser Zeit eingeführte Abendunterricht an Wochentagen darf nicht über $\frac{1}{2}$ 8 Uhr ausgedehnt werden; der Sonntagsunterricht entfällt.“ (Gem.-Rat Vielohlawek macht Zwischenrufe.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Gem.-Rat Reumann (fortfahrend): Das haben Sie selbst in den Ausstellungen gesagt. Sehen Sie, was Sie in den Ausstellungen für Klampel sind; da sind Sie so lehrlingsfreundlich wie nur was; da triefen Sie vor Lehrlingsfreundlichkeit, da wissen Sie sehr genau, daß es für das Gewerbe von Nutzen und Frommen ist, wenn die Lehrlinge eine gute Ausbildung haben; dazu gehört aber, daß die Lehrlinge in einem Zustand sind, in welchem sie den Lehrstoff aufnehmen können. Wenn sie von 7 bis 8 oder $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends in der Schule sitzen, da sind sie sehr wenig aufnahmefähig. Wenn Sie für den Gewerbeunterricht 900.000 K hier auswerfen, so sage ich Ihnen, daß Sie bei 50 Prozent verlieren, weil Sie den Unterricht zu einer Zeit durchführen, wo die Lehrlinge nicht mehr genug aufnahmefähig sind. Wenn Sie hinausgehen zu einem Gewerbetreibenden und ihm sagen, welchen ungeheuren Wert der gewerbliche Fortbildungsunterricht hat, so wird der verbohrteste Kleingewerbetreibende finden, daß es so ist. Sie haben keine Ursache, die niedrigsten Instinkte in den Kleingewerbetreibenden groß zu ziehen. Die Kleingewerbetreibenden, die ihre Existenz auf der Ausbeutung ihrer Lehrlinge aufbauen, die sind nicht würdig zu existieren, die sind nicht existenzfähig. (Unruhe und Zwischenrufe: Sehr gut, nicht würdig zu existieren! — Erneuerte Unruhe.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rat Reumann: Diejenigen, die von der Ausbeutung ihrer Lehrlinge leben, sind nicht würdig, Gewerbetreibende zu sein und sie haben keine Ursache, solche Existenzen zu stützen und zu fördern.

Meine Herren! Diejenigen, welche ihr Gewerbe auf einer soliden Grundbasis aufgebaut haben, alle diese werden mir recht geben, denn alle diejenigen leiden unter der äußerst schmutzigen Konkurrenz derer, welche ihre Existenz auf der Ausbeutung jugendlicher Arbeiter aufgebaut haben.

Ich habe noch einen Wunsch. Im gewerblichen Schulrat ist alles vertreten, das Ministerium für Kultus und Unterricht, der niederösterreichische Landes-Ausschuß, der Landes-Schulrat, die Handels- und Gewerbekammer — da hat man schon geschaut, daß nicht zu viele hineinrutschen — der Wiener Gemeinderat, der Magistrat und die Gewerbetreibenden. Ich glaube, meine Herren, daß die Gerechtigkeit erfordert, daß der Lehrkörper, der in dieser Schule zu wirken hat, auch vertreten ist, wenn auch nur durch drei Vertreter.

Ich glaube, daß der Lehrkörper, der hier wirkt, für den Gewerbeschulrat von größter Bedeutung ist, daß er sehr dankenswerte Ratschläge geben können wird, und Sie haben keine Ursache, daß Sie diesen Antrag ablehnen.

Ich habe noch einen weiteren Antrag und der geht dahin, daß in den Gewerbebeschulrat auch drei Vertreter aus dem Stande der Gehilfen gewählt werden. Das wird Ihnen natürlich als ein unbescheidenes Verlangen vorkommen. Aber die Gehilfen haben auch ein Interesse an der Ausbildung, an dem gewerblichen Fortbildungsunterrichte.

Für die Gehilfen ist nichts gefährlicher, als ein schlecht ausgebildeter jugendlicher Arbeiter und Gehilfe. Die gefährlichste Konkurrenz erwächst dem tüchtigen Arbeiter durch den minder ausgebildeten Arbeiter und nicht allein diesen Arbeitern erwächst die Konkurrenz, sondern auch den Gewerbetreibenden.

Infolgedessen wünsche ich, daß auch den Gehilfen ein Einfluß eingeräumt werde, und zwar in der Weise, daß man ihnen drei Mandate einräumt. Drei Mandate, meine Herren, daß sind so wenige! Sie haben allein 33 drinnen, die ganz geeichte tüchtige Parteigenossen sind. (Gem.-Rat Dr. Geßmann: Wieso?) Sehen wir den Landes-Ausschuß mit seinen drei Mandaten, das sind nur geeichte Parteigenossen; der Gemeinderat mit drei Mandaten sind nur geeichte Parteigenossen; der Magistrat mit einem Mandat. — Ein Beamter, meine Herren! Was beim Magistrate für eine Stimmung herrscht, das wissen wir; die Luegerei hat im weitestgehenden Maße platzgegriffen. (Lebhafte Rufe: Hoch Lueger!) Endlich einmal können Sie ihm die gewünschte Ovation bringen. Der Magistrat wird Ihnen gewiß keine Oppositionellen schicken, sondern jemanden, der vollständig auf Ihrer Seite ist. Und dann noch 14 Gewerbetreibende von Genossenschaften. Also, was wollen Sie mehr, Herr Dr. Geßmann? Da haben Sie doch eine so hübsche Majorität, daß Sie wirklich der tonangebende Mann sowohl im gewerblichen, als auch im Schulunterrichte sind und bleiben. Heute tanzt ja doch schon alles nach der Pfeife des Herrn Dr. Geßmann, sei es im gewerblichen, sei es im Unterrichtswejen! (Gem.-Rat Schuhmeier: Hoch Geßmann!)

Meine Herren! Wenn ich diese Wünsche vorgebracht habe, so war es aus diesem Grunde, um zu zeigen, daß diese Vorlage eines eingehenderen Studiums würdig gewesen wäre. Ich würde übrigens sagen, man möge diese Vorlage zurückziehen, sie nochmals beraten und uns vielleicht doch ein anderes Elaborat geben. Herr Dr. Wesselsky hat es verschmäht, seine sonst übliche lange Rede zu halten, er hat es sogar ganz kurz gemacht und gemeint, diese Vorlage enthalte so viel, daß nicht weiter darüber zu sprechen wäre, er hat nur gesagt, daß die Gemeinde Wien 55.000 K profitiere, aber die einzelnen Paragraphen dieser Vorlage sind an und für sich so änderungsbedürftig, daß es Zeit wäre, die Wünsche derjenigen zu berücksichtigen, die ein wirkliches Interesse daran haben, ein ernstes Interesse, nicht ein aufgetragenes Interesse — ein ernstes Interesse für die gewerbliche Ausbildung und den gewerblichen Unterricht.

Von Ihnen, meine Herren, erwarten wir nicht jenes Maß von Arbeiterfreundlichkeit welches diesen Anträgen etwa Anklang verschaffen würde. Eine Partei, die im Gemeinderate in der Majorität ist, deren Bürgermeister im Landtage die Arbeiterschaft in unqualifizierbarer Weise beschimpft hat (Stürmische Rufe: Lüge! — Er hat die Wahrheit gesagt! — Großer Lärm.)

Bürgermeister (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Herr Gem.-Rat Neumann, ich bitte . . .

Gem.-Rat Neumann: Einem Gemeinderat, der duldet, daß sein Bürgermeister in so würdeloser Weise in einer öffent-

lichen Körperschaft spricht, einem solchen Gemeinderat . . . (Andauernder großer Lärm.)

Bürgermeister (neuerlich das Glockenzeichen gebend): Herr Gem.-Rat Neumann, wollen Sie doch . . .

Gem.-Rat Neumann (spricht weiter, die Worte sind im Lärm unverständlich).

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Neumann, wenn ich spreche, haben Sie zu schweigen.

Gem.-Rat Neumann (spricht weiter — Großer Lärm).

Bürgermeister: Es wird der Disziplinar-Ausschuß zusammentreten, nachdem Herr Gem.-Rat Neumann meinen wiederholten Ermahnungen, zu schweigen, nicht Folge leistet.

Ich unterbreche die Sitzung. (Lebhafte Beifall.)

(Die Sitzung wird um 8 Uhr 10 Minuten abends unterbrochen.)

* * *

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 8 Uhr 25 Minuten:)

Bürgermeister: Die Sitzung ist wieder eröffnet. (Gem.-Rat Dr. Mittler: Jetzt kommt das Todesurteil!)

Herr Dr. Mittler, ich rufe Sie zur Ordnung! Sie haben hier solche Bemerkungen nicht zu machen. (Beifall und Händeklatschen.)

Ich erlaube mir nun das Protokoll der Sitzung des Disziplinar-Ausschusses zu verlesen (liest):

„Protokoll

aufgenommen in der Disziplinar-Ausschuß-Sitzung des Gemeinderates am 18. Oktober 1904.

Vorsitzender: Gem.-Rat Wessely.

Rechtskundiger Beamter: Ober-Magistratsrat Appel.

Anwesende: Die Gem.-Räte Axmann, Hörmann, Graba, Panosch, Stehlik, Tomola, Grundler, Müller, Nettrich und Pacher.

Gegenstand: Der Ausschuß konstatiert, daß Gem.-Rat Neumann den Bestimmungen des § 67 des Gemeindestatutes entgegen der dreimaligen Aufforderung des Vorsitzenden, ruhig zu sein, nicht nachgekommen ist und den gesamten Gemeinderat und den Bürgermeister aufs Tiefste beleidigt hat.

Weiters wird festgestellt, daß Gem.-Rat Neumann dem Ersuchen, vor dem Ausschusse zu erscheinen, mit dem Bemerkten nicht nachgekommen sei: er gehe nicht, er mache die Komödie nicht mit.

Der Ausschuß beschließt, Gem.-Rat Neumann von dieser und den drei nächstfolgenden Sitzungen auszuschließen.

W. Wessely,
Obmann.“

Ich erjuche nun Herrn Gem.-Rat Neumann, den Saal zu verlassen und keine Bemerkungen zu machen, ich würde sonst die strengsten Konsequenzen ziehen. (Gem.-Rat Schuhmeier macht einen Zwischenruf. — Zwischenrufe.)

Herr Gem.-Rat Schuhmeier, Sie haben auch solche Bemerkungen nicht zu machen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Rufe: Der Hohenfinner hat auch Zwischenrufe gemacht!)

Herr Gem.-Rat Hohenfinner hat das Nämlische gesagt? Was haben Sie gesagt? Wenn Sie den Mut haben, wiederholen Sie es. (Gem.-Rat Hohenfinner: Mut? Ich bitte sehr, meinen Mut nicht anzuzweifeln!)

Ich bemerke, daß Sie den Mut nicht haben, Ihre Worte zu wiederholen und ignoriere sie daher, das wird das gescheiteste sein.

Herr Gem.-Rat Dr. Geßmann! (Gem.-Rat Hohenjinner macht einen Zwischenruf.)

Sind Sie ruhig; wenn ich spreche, haben Sie gar nichts zu reden.

Herr Gem.-Rat Dr. Geßmann als Generalredner pro hat das Wort.

Gem.-Rat Dr. Geßmann: Meine Herren! Statt daß eine so wichtige und durchaus nicht parteipolitische Angelegenheit ruhig und sachlich behandelt wird, haben wir gerade das traurige Schauspiel erlebt, wie in einer bei den Haaren herbeigezogenen geradezu gehässigen Weise eine Angelegenheit, welche den größten Ernst und die größte Sachlichkeit verdienen würde, geradezu zum Gegenstand einer absichtlichen Heze von dem Herrn Vorredner gemacht wurde. Es ist ja gar nicht notwendig, daß man sich bezüglich dieses Gesetzesentwurfes besonders schauffiert. Ich kann Ihnen schon heute sagen, daß aus dem ganzen Gesetzesentwurf nichts werden wird.

Nicht deshalb, weil dieser Gesetzesentwurf nicht an und für sich vollständig berechtigt wäre, nicht deshalb, weil es nicht ein dringender Wunsch der Gewerbetreibenden ist, daß dieses Gesetz zur Tat werde, sondern deshalb, weil man seitens gewisser Kreise, als deren Wortführer sich ja auch Herr Dr. Hein ganz offen erklärt hat, das Zustandekommen dieses Gesetzes absolut verhindern will. (Hört! Hört!) Ich kenne die Leidensgeschichte dieses Gesetzesentwurfes sehr genau. Es sind bereits acht Jahre her, daß fort und fort über eine Änderung des Gewerbebeschulgesetzes verhandelt wird. Der Landtag hat sich wiederholt mit dieser Materie befaßt, es ist die Sanktion für die feinerzeitige Novelle nicht zu erlangen gewesen, weil eine ganze Reihe von Kreisen, die jetzt nach diesem Gesetze und mit Recht beisteuern, um jeden Preis eine Änderung, die mit einer Entlastung der betreffenden Kreise verbunden gewesen wäre, anstreben.

Meine Herren! Es hat einer der geehrten Vorredner plötzlich sein Herz für die Gewerbetreibenden entdeckt und hat gemeint: Alles recht gut und schön, aber es muß die Beitragsleistung der Gewerbetreibenden herabgesetzt werden. Es war dies Herr Dr. v. Dorn, der ja den recht hübschen Antrag gestellt hat, es soll der Staat nicht zu 15 Prozent, wie es im Gesetzesentwurf vorgeesehen ist, sondern zu 30 Prozent der Beitragsleistung herangezogen werden, und hat dies mit feiner Besorgnis für die Interessen der Gewerbetreibenden, insbesondere der Kleingewerbetreibenden begründet. Bis zu einem gewissen Grade hat auch der unmittelbare Herr Vorredner zu Beginn seiner Rede einen ähnlichen Ton angeschlagen, indem er plötzlich von Gewerbefreundlichkeit, von Rücksicht auf die Meister anlässlich der Besprechung der Schulgeldfrage geradezu übergestossen ist, während dann zum Schlusse seiner Rede seine wahrhaftige Stellung — die der größten Feindseligkeit gegenüber den Gewerbetreibenden — ans Tageslicht gekommen ist.

Meine Herren! Was wollen die Herren, in deren Auftrage die Herren Doktoren v. Dorn und Hein gesprochen haben? Sie wollen, daß insbesondere die großen Handels-Unternehmungen zu den Gewerbebeschulen künftighin nichts beitragen sollen; das ist, meine Herren, der langen Rede kurzer Sinn; das sind die Tendenzen, die ich ja anlässlich der Verhandlungen mit der

Regierung und in den Verhandlungen der Gewerbebeschul-Kommission aufs deutlichste erkannt habe; übrigens sind das Bestrebungen, die ja in einer Reihe von offiziellen Eingaben seitens der betreffenden Interessenten an die Regierungen wiederholt vorgelegt worden sind.

Nun, meine Herren, welchen Weg wählt man, um eine Institution, die so segensreich wirken könnte, wie die im Gesetze geplanten sachlichen Gewerbebeschulen, umzubringen? Der eine sagt, 15 Prozent, die der Staat zu leisten hat, sind viel zu wenig. Der Staat müsse 30 Prozent zahlen. Wir, das heißt der Herr Obmann der Gewerbebeschul-Kommission, Herr Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer und ich, rennen uns seit Monaten die Füße aus; wir waren in allen Ministerien, haben im Unterrichtsministerium langwierige Verhandlungen gehabt, im Finanzministerium u. s. w. Überall haben wir die Auskunft erhalten, der Staat zahle überhaupt nichts. Das, meine Herren, ist schon der erste Grund, um dieses Gesetz zu Fall zu bringen, weil der Staat nicht einmal die 15 Prozent zahlen will, wie ausdrücklich erklärt wurde. Die Herren Kontraredner wissen das auch sehr genau. Es ist ein sehr billiges Mittel, für die Gewerbetreibenden einzutreten, indem man sagt, wir dekretieren dem Staat 30 Prozent, obwohl die Herren sehr genau wissen, daß der Staat leider — es ist im höchsten Grade betrüblich und nicht genug zu verurteilen — nicht einmal diese 15 Prozent zu zahlen bereit ist.

Die Unterrichts-Ministerial-Verordnung, auf die sich der Herr Dr. v. Dorn berufen hat, kennen wir sehr genau. Wir haben sie unzähligemale bei den Verhandlungen zitiert. Es ist aber damit nichts anzufangen, weil sie keinen obligatorischen Charakter trägt. Es ist richtig, daß in anderen Kronländern der Staat bis zu 33 Prozent der Kosten trägt, aber es ist auch richtig, daß gesetzlich bisher der Staat nirgends verpflichtet ist und jede diesbezügliche Verpflichtung abgewiesen hat. Man hat uns rundweg gesagt, auf eine gesetzliche Verpflichtung gehen wir überhaupt nicht ein. Wir wollen etwas zahlen, aber uns in keiner Weise verpflichten. Was das für einen Wert hat, das überlasse ich Ihnen selbst. (Ruf: Sie zahlen nicht einmal nach dem Gesetze etwas!) Ein Jahr, meine Herren, kriegt man es und das andere nicht.

Nun, meine Herren, gehen wir auf die Wünsche ein, die auch aus den Kreisen dieser Herren und insbesondere auch des Herrn Dr. Hein, der etwas offener gesprochen hat als der Gem.-Rat Dr. v. Dorn, erhoben worden sind. Was wollen die Herren? Sagen Sie es offen heraus! Sie haben es angedeutet, Herr Gem.-Rat Dr. Hein, Sie wollen, daß vollständig getrennt werde die Leitung der Handelsschulen von der Leitung der Gewerbebeschulen. Wir werden uns einer solchen Abänderung durchaus nicht entziehen, aber tragen Sie auch auf anderen Gebieten die Konsequenzen! (Zustimmung.) Der zweite Vorredner hat selbst auf die Bestimmung hingewiesen und gesagt: Wir wollen die Trennung der Gewerbebeschulen von den Handelsschulen. Mit größtem Vergnügen! Wir geben Ihnen ohneweiters die Handelsschulen, aber zuerst müssen Sie auf dem Boden, wo hauptsächlich diese Frage entschieden wird, auf dem Gebiete der Handels- und Gewerbetammer die Trennung vornehmen. Aber so geht es nicht. Bei den Wahlen, die die Handels- und Gewerbetammer als politischer Wahlkörper zu vollziehen hat, da wollen die Herren von einer Trennung vom Gewerbe nichts wissen. (Heiterkeit.) Bei den Schulen aber fühlen sie plötzlich die Not-

wendigkeit einer ganz separaten Behandlung. So geht das nicht, wenn man in dem einen Fall das als recht und billig anerkennt — und wir sind ohneweiters bereit, das zu tun — dann muß man das auch in dem anderen Fall tun, aber man darf nicht dort, wo es einem paßt, wo man politischen Einfluß hat, die alte Form beibehalten und dort, wo man glaubt, nicht mehr einen politischen Einfluß ausüben zu können, für die Trennung eintreten. Wir haben keine Absicht in dieser Hinsicht, nur die Herren von dort, die wollen eine Änderung vornehmen.

Nun, meine Herren, die einzelnen Einwürfe, die gegen die Gewerbeschulen vorgebracht wurden, sind mitunter nur Verdächtigungen gegen die Gewerbeschul-Kommission, doch darauf will ich gar nicht eingehen. Es wird im Wege der tatsächlichen Berichtigung der Obmann dieser Kommission selbst die Gelegenheit nehmen, diese Dinge und ihre ganze Haltlosigkeit und Unwahrheit zu charakterisieren; aber, meine Herren, es ist charakteristisch, wie der Herr Gem.-Rat Reumann plötzlich sein gewerbefreundliches Herz und insbesondere seine Liebe zu den Meistern entdeckt hat, indem er gesagt hat: „Gebt's Acht, Ihr Meister, die Gewerbeschul-Kommission wird Euch mit den Schulgeldern zwickeln!“ Er hat aber ganz verschwiegen, daß diese Bestimmung in dem heutigen Gesetz auch enthalten ist und daß gewiß keine Genossenschaft bisher Ursache gehabt hat, sich über irgend eine ungerechtfertigte Belastung durch die Gewerbeschul-Kommission auch nur im geringsten aufzuhalten. Daß es gerecht ist, wenn große Geschäftshäuser, und da handelt es sich meist nur um Handelsjuden, die mit riesigen Kapitalien arbeiten, die sehr bedeutende Gewinne abwerfen, das Schulgeld bisher gezahlt haben, und wenn das auch fernerhin bezahlt werden soll, muß doch jeder zugeben. Denn warum sollen die Leistungsfähigen entlastet werden gerade auf Kosten der Allgemeinheit, für die sonst Herr Gem.-Rat Reumann in seinen Ausführungen so Partei genommen hat.

Was die Frage des Tagesunterrichtes anlangt, so ist das auch ein reines Agitationsmittel (Zustimmung). Sagen Sie es offen, wie einmal einer Ihrer Führer gesagt hat: Wir wollen die selbständigen Gewerbetreibenden zugrunde richten! Einer Ihrer Führer hat gesagt: Nur über die Leichen der Gewerbetreibenden können wir unser Ziel erreichen! (Beifall.) Sagen Sie es offen heraus! Es ist ein Punkt Ihres Parteiprogrammes, wir werden uns schon dagegen wehren, nur sollten Sie die Offenheit haben, das, was Sie in dieser Beziehung beabsichtigen, auszusprechen.

Aber, meine Herren, warum es unmöglich sein soll, in den Abendstunden auch gedeihlichen Unterricht zu besorgen, das weiß ich nicht. Die Herren Sozialdemokraten halten selbst eine Reihe von Unterrichtskursen, die sie veranstalten, in den Abendstunden ab; aber wo es sich um die Gewerbetreibenden handelt, welche mit des Tages Räten ohnehin zu kämpfen haben und deren Existenz vielfach in Frage gestellt ist, da soll es unmöglich sein, einen gedeihlichen Unterricht am Abend durchzuführen, und auf meine direkte Frage, wo denn der Unterricht am Tage erteilt werden soll, da hat keiner der Herren etwas geantwortet, nur der Herr Reumann hat gesagt: „Ihr habt ja an zw. i Nachmittagen frei“. Wer weiß, wie sehr die Schullokalitäten überlastet sind und wie ganz unwahr die Behauptung ist, daß diese Überlastung eine Folge der Benützung durch die verschiedenen Jungfrauenvereine

und durch die Exerzitien der katholischen Vereine ist, sondern einzig und allein durch den Schulbetrieb an sich und durch die Gewerbeschul-Kommission bedingt ist, der weiß, daß es die größten Schwierigkeiten kostet, um auch nur die notdürftigste Reinigung und Lüftung der Schullokalitäten durchzuführen.

Haben die Herren den Mut, das, was sie in den Lehrbubenversammlungen sagen, hier offen zu wiederholen?

Sie sagen, wir müssen die Gemeinde zwingen, eigene Gebäude für diese Gewerbeschulen zu errichten. Nehmen Sie aber auch dann die Verantwortung für die Kosten, die das bedingen müßte, auf sich, namentlich im Zusammenhange mit den rapid und ins Ungemessene wachsenden Kosten des Schulwesens überhaupt?

Meine Herren! Es ist ganz charakteristisch, daß Herr Gem.-Rat Reumann in seinen Anfangsausführungen geradezu nur für die Gewerbetreibenden geschwärmt hat, während er uns den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht hat, daß der Gemeinderat nicht um jeden Preis die Beitragskosten zur Arbeitsvermittlung von diesen Genossenschaften in rücksichtsloser Weise eintreibt. Das charakterisiert ganz die Art und Weise der Gebarung. Ich glaube, daß die Herren, die es so fein eingefädelt haben, diese wertvolle Schöpfung — das wäre das Gesetz — unmöglich zu machen, teils aus politischen Gründen, teils weil sie nicht zahlen wollen, bei der Sache nicht auf ihre Rechnung kommen werden. Ich sage ihnen eines: der niederösterreichische Landtag wird, wenn aus dem Gesetze nichts wird, die entsprechenden Konsequenzen nach dem Stande der Gesetzgebung ziehen.

Es ist dormalen ganz ohne gesetzliche Grundlage, auf Grund, ich weiß nicht eigentlich welcher Bestimmungen, die Verteilung zwischen den Gewerbetreibenden, also denjenigen, welche die allgemeine Erwerbsteuer zahlen, und den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen normiert worden. Wenn ein Gewerbetreibender zum Verwaltungsgerichtshof gegangen wäre, wie zum Beispiel es seinerzeit Luzian Brunner getan hat, so wäre diese Sache schon längst abgeschafft worden. Das Verhältnis ist nämlich so, daß die Gewerbetreibenden zehnmal mehr zahlen, als die zur Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen. Mit dieser Geschichte wird ein Ende gemacht werden und da werden dann jene Entlastungen der Gewerbetreibenden, nämlich derjenigen, die zur allgemeinen Erwerbsteuer beitragen, herbeigeführt werden und die Herren können dann ihre Freundlichkeit für den Gewerbestand und für die Meister entsprechend betätigen.

Zum Schlusse möchte ich gegenüber den Ausführungen des Gem.-Rates Reumann nur folgendes sagen. Sie beschweren sich hier und ziehen die Gelegenheit bei den Haaren herbei, um eine solche Sache zu zerstören nur zu dem Zwecke der Agitation, indem Sie auf die Ausführungen, die in einer anderen Körperschaft gefallen sind, reagieren. Wissen Sie, wie Sie über uns urteilen? In einem Ihrer Blätter steht wörtlich folgendes: „Die christlich-soziale Partei, ein Zusammenschluß von Lumpenproletariern, Zuhältern, Fürsten und Grafen.“ (Lebhafte Hörfufe.) Das stelle ich Ihnen zur Verfügung, das steht im „Holzarbeiter“ vom 10. November 1902. Dann heißt es weiter: „Die Lebensmittelwucherer müssen durch den schleichenden Boykott terrorisiert werden. Alle jene, die im Verdacht stehen, der Räuberbande Dienste zu leisten, müssen ihre Arbeiterkundschaft verlieren. Der wirtschaftliche Schrecken muß den bornierten Spießern

in die Glieder fahren, anders wird der dumme Kerl von Wien von seiner Luegerei nicht zu kurieren sein. Jene Arbeiter, die in ihrer Unerfahrenheit sich von den christlich-sozialen Gaunern betören lassen, müssen aufgeklärt werden, gelingt dies wegen ihrer Verbohrtheit nicht, dann müssen auch gegen sie andere Mittel angewendet werden. Wer nicht hört, der soll zu fühlen bekommen.“ (Stürmische Rufe: Hört! Hört!) Das ist der Ton, mit dem Sie von einer Bevölkerung reden, die, wie die Wahlen ergeben haben, in der überwiegendsten Mehrzahl die Bevölkerung von Wien repräsentiert. Und Sie haben den Mut, sich über eine Beleidigung aufzuhalten und auf die Gefrankten sich hinauszuspielen?

Ich sage nur Eines: Die Geduld aller Kreise, die außerhalb der sozialdemokratischen Partei stehen, hat weite Grenzen, aber sie hat eine Grenze und die ist dormalen erreicht. (Lebhafte andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Gestatten Sie mir als Referent, daß ich zum Schlusse ganz kurz auf einiges zu sprechen komme. Ich muß da vor allem hervorheben, wie eigentümlich es ist, daß sowohl die Liberalen, als die Sozialdemokraten an dem Gesetze nichts anderes auszufügen hatten, als daß es zu wenig gewerbefreundlich ist. Die richtige Erklärung für diese Merkwürdigkeit ist die, daß die Liberalen nichts besseres zu tun wußten, als einen der Sozialdemokraten, die doch die ärgsten Feinde des Gewerbestandes sind, zum Generalredner zu wählen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Wenn man das bedenkt, so sind schon die Zusatz-Anträge, die Ausbesserungen an diesem Gesetzentwurfe, der einen vorläufigen Abschluß eines Leidensweges von acht Jahren bedeutet, auf das richtige Niveau zurückgeführt. Wie wenig sachlich die Argumente eigentlich sind, geht daraus hervor, daß der eine Herr Kontraredner, eigentlich Proredner mit Kontrafimm, an dem Gesetze gefunden hat, daß es eigentlich leichtin gemacht wird, daß die Geschichte zu wenig durchdacht ist und daß wir nur Wahlordnungen machen können. Ich erlaube mir zu sagen wir sind eine Partei der Arbeit, wir sind die Partei der Gaswerke, der Elektrizitätswerke, der Wasserleitung, der sozialen Reform (Zwischenrufe), ja, auch der Straßenbahn und schließlich auch die Partei der Gewerbefreundlichkeit, die Partei, die es versucht, den Mittelstand überall zu heben, der die Säule und die Grundlage des Staates ist. (Beifall.)

Wenn ich darauf hinweise, so kann ich mich damit auch begnügen. Jeder Vertagungs-Antrag, der da kommt, jede Sucht, die Sache angeblich besser zu machen, will nur, daß diese Sache statt acht Jahre noch länger warten soll. Ich kann diese Versuche, das immer wieder hinauszuschieben, nur auf die nicht eingestandene Absicht zurückführen, daß man den Gewerbestand nicht aufkommen lassen will. Man sollte der patriotischen, der zu Österreich haltenden Bevölkerung helfen, und sich vor den Österreichfeinden nicht fürchten. Wenn dies geschieht, ist es verhängnisvoll und sehr bedauerlich. Diese teilweise eingestandene und oft nicht eingestandene Furcht wird aber uns nicht hindern. Darum bitte ich Sie, und zwar sehe ich Ihrem Beschlusse mit Beruhigung entgegen, geben Sie den Vertagungs-Anträgen keine Folge, nehmen Sie das Gesetz an. Wir im Stadtrate haben uns auch gesagt: Es ist hier und da eine Möglichkeit, eine Änderung zu machen, aber das Bessere ist hier der Feind des Guten, und wenn jemanden eine Schuld trifft, daß nicht geholfen wird, so soll uns wenigstens die Schuld daran nicht

treffen. Darum bitte ich Sie nochmals um Annahme. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. Hein hat das Wort zur tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich berichtige zuerst tatsächlich die Angabe des Herrn Dr. G e s m a n n, daß ich als Sachwalter gewisser Kreise gesprochen habe. Ich habe ausdrücklich betont, daß ich für einen Wunsch spreche, den die Handeltreibenden aller Parteien hier einstimmig angenommen haben. Ich betone weiters, daß ich ausdrücklich gesagt habe: Es wäre mir lieber, wenn die Quote, um welche der Staat mehr zahlt, der Gemeinde Wien zugewiesen werde. Ich habe das ausdrücklich betont und ich bedauere, daß der Herr Referent in seinem Berichte sich so in dieser Richtung präjudiziert hat, daß ein Antrag in dieser Richtung schwer möglich ist.

Ich bemerke übrigens, daß die Kategorie, auf welche Herr Dr. G e s m a n n hier angespielt hat, die Gemeinde Wien auch zu ihren Mitgliedern zählt. Auch die Gemeinde Wien hat sehr große Unternehmungen, und es ist ja in dem Berichte ausgerechnet, um wie viel eine Entlastung der großen Unternehmungen auch der Gemeinde Wien zugute käme.

Ich habe auch nicht gesagt, daß wir die Trennung der Handels- und Gewerbekammer wollen, sondern ich habe — und ich berichtige das tatsächlich — gesagt, daß Sie die Trennung der Handels- und Gewerbekammer wollen, und daß daher von Ihrem Standpunkte die Annahme meines Antrages folgerichtig wäre.

Was die Bemerkungen des Herrn Dr. W e s s e l s k y betrifft, so berichtige ich tatsächlich, daß wir zum Generalredner Herrn R e u m a n n gewählt haben, weil es selbstverständlich ist, daß auch ein Vertreter einer großen Partei, Herr R e u m a n n, hier zu Worte kommt. (Gelächter und Rufe: Zwei Mann hoch!)

Ich berichtige weiter tatsächlich, daß es nicht wahr ist, daß ich gesagt hätte: Sie haben nur die Wahlordnung geschaffen. Ich habe gesagt, daß Sie Ihren großen Einfluß nicht bloß dazu benützen sollen, um Parteivorteile herauszuschlagen, sondern auch dazu, um für die Stadt Wien finanzielle Vorteile gegenüber der Regierung herauszuschlagen. (Lebhafte Widerspruch und Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Herr Kollege, das ist keine tatsächliche Berichtigung mehr.

Herr Vize-Bürgermeister Dr. R e u m a n n zur tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich habe noch eine tatsächliche Berichtigung.

Bürgermeister: Also, ich bitte! Ich bitte aber, nicht Ihre ganze Rede zu wiederholen.

Gem.-Rat Dr. Hein: Wenn sie unrichtig dargestellt wird, muß ich sie wiederholen. Ich bedauere, daß Herr Dr. G e s m a n n meine Rede unrichtig dargestellt hat.

Bürgermeister: Ich bitte nicht zu polemisieren.

Gem.-Rat Dr. Hein: Ich muß da eben meine Rede wiederholen.

Ich berichtige zum Schlusse tatsächlich gegenüber dem Herrn Dr. W e s s e l s k y, daß es unrichtig ist, daß wir das Gesetz zu Fall bringen wollen. Ich werde sogar, und ich glaube auch meine Parteifreunde werden, wenn unsere Verbesserungs-Anträge fallen, für dieses Gesetz stante concluso stimmen.

Damit ist wohl dargetan, daß wir das Gesetz keineswegs zu Fall bringen wollen.

Bürgermeister: Herr Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer!

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer: Ich berichtige tatsächlich folgendes. Herr Dr. Hein hat bei Besprechung des § 25 gemeint, daß die Gewerbebeschul-Kommission hie und da Lehrpersonen in unverdienter Weise gemäßigelt und entlassen hat. Demgegenüber berichtige ich tatsächlich, daß der Disziplinar-Ausschuß der Gewerbebeschul-Kommission, welcher aus verschiedenen Mitgliedern der Gewerbebeschul-Kommission, unter anderen auch einem Mitglied des Landesschulrates und einem Schul-Inspektor zusammengesetzt ist, niemals leichtthin, sondern nur über gewisse grobe Ausschreitungen derartige Enthebungen vollführt hat. (Zwischenrufe.)

Der Herr Redner hat eine Anspielung gemacht auf den Fall *Prochaska*. Ich bemerke nun als tatsächliche Berichtigung, daß in diesem Fall die Enthebung einstimmig erfolgt ist. (Hört! Hört!) Was ferner die Bemerkungen des Herrn Gem.-Rates Neumann betrifft, welcher bei der Besprechung des Schulgeldes ausdrücklich gesagt hat, wir wollen wieder eine Handhabe, um die Gewerbetreibenden zu schurigeln, so bemerke ich, daß dies tatsächlich niemals der Fall war. Es gibt keinen Gewerbetreibenden der, so lange wir in der Gewerbebeschul-Kommission sind, uns in dieser Richtung den geringsten Vorwurf gemacht hätte, und es ist nur dem Gem.-Rat Neumann, welcher übrigens bekanntlich kein Gewerbetreibender ist, beschieden gewesen, uns einen solchen Vorwurf zu machen.

Bürgermeister: Zur tatsächlichen Berichtigung Herr Gem.-Rat Schuhmeier.

Gem.-Rat Schuhmeier: Ihnen die Wahrheit predigen zu wollen wäre vergebliche Mühe. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, mir die Aufrechthaltung der Ordnung zu überlassen und nicht immer hinein zu sprechen. Herr Gem.-Rat Schuhmeier, das ist keine tatsächliche Berichtigung. Wenn Sie noch einmal die Majorität beleidigen, so werde ich nochmals den Disziplinar-Ausschuß zusammenrufen.

Gem.-Rat Schuhmeier: Herr Bürgermeister, ich gehe nicht darauf aus, Ihnen diese schwere Arbeit zu bereiten, aber irgendwie muß ich doch meine Rede beginnen und ich habe sie mit dem Sage begonnen, den ich zu sagen für notwendig befunden habe.

Bürgermeister: Kommen Sie zur tatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rat Schuhmeier: Zwei Punkte muß ich doch richtigstellen, nämlich zwei Bemerkungen, die von Herrn Dr. Geßmann in seiner Polemik gegen Herrn Gem.-Rat Neumann gefallen sind. Er hat hier vorgelesen, daß Widholz in einer Rede bei einer Versammlung gesagt hat. . . (Ruf: In der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat er es geschrieben!) Herr Dr. Geßmann hat erklärt, daß Widholz gesagt hat. . . (Rufe: Nein!), daß nur über die Leichen der Gewerbetreibenden unser Weg geht, und Herr Dr. Geßmann hat daran die Behauptung geknüpft, daß das ein Programmpunkt unserer Partei sei. (Rufe: So ist es!) Meine Herren! Sie bestätigen das. Ich berichtige das aber tatsächlich, indem ich sage, daß Sie nirgends einen solchen Punkt in unserem Programme finden werden. (Zwischenrufe.) Ich berichtige tatsächlich, daß Sie für eine einzelne Rede, wie zum Beispiel für die, in welcher Herr Widholz das gesagt hat, die Partei nicht verantwortlich machen können, gerade so wenig, wie

man Ihre Partei verantwortlich machen kann dafür, was einzelne Redner Ihrer Partei hier oder dort sagen. Der beste Beweis dafür ist Ihr Herr Bürgermeister selbst. (Lärm und Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Schuhmeier, ich warne Sie und rufe Sie nochmals zur Ordnung, weil Sie behauptet haben, daß ich irgend in einer Weise hier vorgehe, die nicht recht ist.

Gem.-Rat Schuhmeier: Das habe ich nicht behauptet, Herr Bürgermeister, jetzt haben Sie falsch gehört. (Bürgermeister: O nein, ich höre sehr gut!) Sie scheinen unnötigerweise aufgeregt zu sein. Der Wahrheit die Ehre. So steht die Sache. Herr Dr. Geßmann hat weiters behauptet, daß Ihre Partei die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Wiens darstellt. Ich konstatiere demgegenüber tatsächlich und berichtige, daß bei den Reichsratswahlen des Jahres 1901 unsere Partei 96.000 Stimmen für sich gehabt hat, die Ihrige 103.000. (Rufe: Na also!) Ich berichtige tatsächlich, daß bei den Gemeinderatswahlen vom 31. Mai 1900 Sie rund 77.000 und wir 56.000 Stimmen aufzuweisen hatten. Sie sehen also, daß wir keiner kleinen Partei angehören und daß auch unsere Partei in Wien etwas zählt. Ich berichtige tatsächlich, daß, wenn hier nur zwei Sozialdemokraten sitzen, also für 77.000 Wähler 135 Vertreter hier sitzen und für 56.000 nur zwei, die Schuld daran nicht bei uns und auch nicht an der Fehlerhaftigkeit unseres Programmes liegen kann, sondern nur an Ihrer Wahlreform. (Unruhe und Zwischenrufe.)

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist keine tatsächliche Berichtigung, das ist eine Polemik. Ich bitte Sie nochmals, sich nur an eine tatsächliche Berichtigung zu halten.

Gem.-Rat Schuhmeier: Es ist schwer, Herr Bürgermeister, wenn man der Minorität angehört, so zu handeln, wie es dem Vorsitzenden der Majorität angenehm ist.

Bürgermeister: Es geht schon, ich war auch einmal in der Minorität. Aber wissen Sie, Zustände wie im Parlamente lasse ich hier nicht einreißen, das sage ich ganz offen.

Gem.-Rat Schuhmeier: Da haben Sie ganz recht, Herr Bürgermeister, aber da müssen Sie zunächst auf Ihre eigenen Parteigänger hinsehen. Über uns haben Sie sich nicht zu beklagen. Wir sitzen hier im Saale, hören Ihre Reden an, haben noch niemanden von Ihrer Partei in diesem Saale lächerlich gemacht, wie es von Ihrer Seite geschieht. — Herr Dr. Geßmann, ich komme nochmals auf Ihre Behauptung über Widholz zurück. Wer könnte, wenn er die Reden und Blätter unserer Partei verfolgt, finden, daß solche Behauptungen, wie die, die Ihnen nicht passen und von unserer Seite gemacht worden sein sollen, nicht auch bei Ihren Parteigängern zu finden sind? Ich berichtige tatsächlich. . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderat! Ich bitte, das ist doch keine tatsächliche Berichtigung. Wenn Sie sich nochmals ermahnen lassen, so entziehe ich Ihnen das Wort.

Gem.-Rat Schuhmeier: Widholz wurde deshalb gerügt. Im Jahre 1897 war es aber Ihr Kandidat Jenik, der die Arbeiterklasse den Bodensatz der menschlichen Gesellschaft nannte.

Bürgermeister: Das ist keine tatsächliche Berichtigung. Da hört sich doch alles auf. Ich kenne den Jenik gar nicht, das ist offenbar eine Erfindung Ihrer Partei.

Gem.-Rat Schuhmeier: Ja, Herr Bürgermeister! Ich erzähle eben nur, was ich von Ihren Parteigängern gelesen habe, sowie Ihre Herren erzählen, was Sie von uns gelesen haben.

Bürgermeister: Das ist keine tatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rat Schuhmeier: Wenn schließlich Herr Doktor Geßmann erklärt, daß bei Ihnen die Geduld eine Grenze erreicht hat, so erkläre ich, daß auch bei den sozialdemokratischen Arbeitern Wiens eine Grenze ist. (Große Unruhe.)

Bürgermeister: Wir kommen jetzt zum Gesetze, und zwar § 1. Herr Gem.-Rat Schlechter!

Gem.-Rat Schlechter: Meine Herren! Erlauben Sie mir zunächst, daß ich als Gewerbetreibender dem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck gebe, daß in der heutigen Gemeinderats-Sitzung zu diesem Gegenstande viel mehr über andere Sachen, als über das, was den Gewerbetreibenden dringend nötig ist, gesprochen wurde.

Ich glaube, wenn ich zu § 1 spreche, jene Einwürfe gegen die Gewerbetreibenden zurückweisen zu dürfen, welche darin gipfeln, daß unter anderem gesagt wurde, die Genossenschaften haben in ihren Fachschulen bisher nichts geleistet.

Ein solches Wort, hinausgeschleudert, müßte die Bevölkerung geradezu irre machen, ich meine vielmehr das Gegenteil sei die Wahrheit, daß namentlich die Genossenschaften große Opfer gebracht haben, nicht nur an Zeit, sondern auch an Mühe und an Geld, um den Lehrlingen eine tüchtige fachliche Bildung in den fachlichen Fortbildungsschulen zu bieten. Ich glaube, das soll so ruhig gesagt werden, daß endlich einmal der Wert einer fachlichen Debatte wieder in diesem Saale anerkannt werde. Unter anderem kommt das ewige Schlagwort von der Ausbeutung der Lehrlinge.

Meine Herren! Ich habe noch niemand von den Gewerbetreibenden gesehen, der durch die Ausbeutung der Lehrlinge reich geworden wäre, ich glaube, ein solches Beispiel müßte wirklich einmal vorgeführt werden, dann könnte man es glauben; so lange es nicht tatsächlich vorgeführt wird, ist das nichts anderes als eine nichtswürdige Phrase, dazu geeignet, den Gewerbebestand in der Bevölkerung herabzusetzen. (Bravo-Rufe.)

Aber ganz merkwürdig ist folgendes: Beispielsweise wird allgemein anerkannt, daß die Lehrlingsarbeiten-Ausstellung in der letzten Zeit und noch gegenwärtig unverkennbar zeigt, wie die praktische Ausbildung der Gewerbe in Wien beschaffen ist; ich glaube, es ist von dem Herrn Referenten auch betont worden, daß wir darauf Wert legen, die Fortbildungsschulen umsomehr auszugestalten, weil wir gesehen haben, was für einen Einfluß die Schulbildung, nämlich die fachliche Bildung, auf die gesamte Ausbildung der Lehrlinge hat; wenn das richtig ist, so glaube ich, hätten gerade jene Herren, welche dagegen gesprochen haben, am allerersten, ich möchte sagen, dafür eintreten müssen, daß eine vernünftige und zweckmäßige Ausbildung des Gesetzes stattfindet, weil es ihnen nicht um ein Nachjagen nach Schlagwörtern, um ein Aufheizen der Massen zu tun sein soll.

Meine Herren! Bei den schlechten Zeiten, wo ohnehin jeder Sorge tragen muß für die Erhaltung seiner Familie, muß er auch Sorge tragen, daß die Gewerbetreibenden und die Arbeiterschaft ehrlich und rechtschaffen ihr Fortkommen finden. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Warum ich in der Spezial-Debatte das Wort ergriffen habe, ist auch der Umstand, daß beispielsweise Juristen

gesprochen haben, ein volkswirtschaftlicher Schriftsteller, einer, der zwar einmal dem Arbeiterstande angehört hat, aber jetzt mit der Feder arbeitet und in gewerblichen Beziehungen uns immer Vorschriften machen will. Ich hätte geglaubt, daß man heute lediglich dem Gewerbebestande und den Vertretern des Gewerbebestandes in diesem Saale das Wort leiht, um wenigstens ihre Wünsche, die sie aus praktischen Erfahrungen haben, zur Kenntnis zu bringen. Wir bedanken uns recht sehr für alle die Weisheit, die vielleicht gut gemeint sein kann, aber auf gar keiner praktischen Erfahrung beruht. (Rufe: So ist es!) Ich beispielsweise, habe die Ehre, über 20 Jahre Vorsteher einer Genossenschaft zu sein. Wir haben eine Fachschule gegründet, die jetzt im 19. Jahre des Bestandes ist. Da hat man doch ein bisschen Erfahrung im Schulwesen, und daher sollte man solche Leute reden lassen, statt daß man erst im Wege der Spezial-Debatte dazukommt und erst früher die Lehrmeinungen der Herren Juristen und der Herren Doktoren anhören muß. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Kein Moment hat mich je so geschmerzt, als wie es heute dazu gekommen ist, daß es sich um die Wahl des Generalredner gehandelt hat, ich als Kontraredner, weil ich ja gegen einzelne Bestimmungen bin, umgangen werden mußte und nicht gewählt werden konnte, weil ich zufälligerweise in eine Kombination mit einem Sozialdemokraten und einem Vertreter des Baugewerbes gekommen bin. Sie werden daher verzeihen, daß ich die Spezial-Debatte nicht auslasse, um wenigstens meine fachlichen Wünsche anzubringen. Ich hoffe, daß der Herr Bürgermeister es erlauben wird, daß ich mich nicht speziell auf § 1 beschränke, sondern daß, nachdem auch schon früher verschiedene einzelne Anträge gestellt sind, ich auch sagen darf, was ich am Herzen habe. Vor allem liegt mir am Herzen, daß ich den Herrn Dr. Geßmann, der Referent im Landes-Ausschusse ist, bitte, den § 12 zurückzunehmen. Dieser spricht aus, daß für jeden zum Besuche der gewerblichen Schulen verpflichteten Lehrling ein Schulgeldbetrag von höchstens jährlich 20 K eingehoben werden kann.

Er hat beigelegt, das steht im jetzigen Gesetze auch darinnen, aber es ist nicht gehandhabt worden. Wenn das so ist, so ist der Beitrag überflüssig und dann hat es keinen Sinn, diesen Paragraphen in das neue Gesetz hineinzunehmen. Diejenigen, die übrigens die Verhältnisse in der Gewerbewelt und in den Genossenschaften und im Lehrlingswesen kennen, werden begreifen, was das heißt, wenn das einmal zur Anwendung kommen würde, daß jeder Lehrherr oder jede Lehrfrau für den einzelnen Lehrling bis jährlich 20 K zahlen sollte. Das wäre eine Steuer, die horrend wäre, und wir haben keine Ursache zu wünschen, daß das ein Gesetz bleibt, und ich würde daher bitten, daß der § 12 vollständig eliminiert wird.

Schauen Sie, eine Kleinigkeit ist auch folgendes: Es heißt, der Unterricht an Wochentagen darf nicht über $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends ausgedehnt werden. Wozu das Wort „Wochentagen“? Man könnte dann meinen, daß es auch Sonntagsunterricht gibt.

Man sage klar und deutlich: Der Unterricht darf nicht über $\frac{1}{2}$ 9 Uhr ausgedehnt werden. Was brauche ich das Wort „an Wochentagen“?

Dann kommt § 16. Die Herren, die praktische Erfahrungen haben, werden mir zugeben: Es gibt keinen Stand, der so sekkert ist durch die Gesetzgebung, als der Gewerbebestand durch die Gewerbegesetzgebung. Das Krankenversicherungsgesetz gebietet

uns die Anzeigepflicht. Tritt ein Lehrling bei einem Meister ein, so hat er die Pflicht, ihn bei der Krankenkassa zu melden, wird ein Gehilfe aufgenommen, so muß er bei der Bezirks-Krankenkassa und bei der Genossenschaft gemeldet werden.

Jetzt kommt wieder so etwas bürokratisches. Wenn ein Lehrling in der Zukunft, wenn dieses Gesetz in Wirksamkeit ist, aufgenommen wird, muß ihn der Meister auch noch dem Gewerbe-schulrate anzeigen, damit ihn dieser in Evidenz führt. Wenn er das nicht tut, so kann er mit 20 K gestraft werden. Das ist überflüssig, es genügt, wenn es heißt, daß die Anlegung des Verzeichnisses durch den Gewerbe-schulrat geschieht und daß, wenn die Lehrlinge aufgedungen werden, die Genossenschaft dies dem Gewerbe-schulrate zur Anzeige bringt. Wenn ich zum Beispiel einen Lehrling kurz nach seiner Ausnahme entlassen muß, weil er mir nicht paßt, so müßte ich anzeigen, daß er bei mir aufgenommen ist und gleich wiederum, daß ich ihn entlassen habe. Das ist doch überflüssig und ich bitte, daß dieser Punkt eliminiert werde.

Wir kommen nun zu dem nächsten Paragraphen. Ich finde es ja begreiflich, daß man auf guten Schulbesuch dringt. Es wird vorgeschrieben, daß jeder Lehrherr und jede Lehrfrau darauf zu sehen hat, daß die Lehrlinge ordentlich in die Schule gehen, daß sie bei den nötigen Kontrollmaßnahmen mitzuwirken haben und die Verantwortung tragen, wenn der Lehrling die Schule nicht ordentlich besucht.

Unser Lehrlingswesen ist darauf aufgebaut, daß der Lehrling nicht mehr in der Hausgenossenschaft des Lehrherrn wohnt, sondern daß er bei seinen Eltern oder sonstigen Angehörigen wohnt. Wir sind unzählige Klagen vorgekommen, daß die Herren gesagt haben, daß ihre Lehrlinge ordentlich in die Schule geschickt worden sind und sie nichtsdestoweniger gestraft wurden, weil die Buben nicht ordentlich in die Schule gegangen sind. Die Ausrede oder die Verantwortung, daß sie gar nicht bei ihnen wohnen, hat ihnen gar nichts genützt, sie sind gestraft worden. Nun können wir so etwas nicht darinnen lassen, das Gesetz soll doch vorsehen, daß die Verantwortung für den Schulbesuch derjenige hat, in dessen Hausgemeinschaft der betreffende Lehrling wohnt. Ich glaube, das wird jeder sofort begreifen und nicht beanstanden können.

Ich hätte noch einen Punkt zu besprechen, und zwar die Beitragsleistung. Ich will nicht untersuchen, ob von irgend einer Seite vom parteipolitischen Standpunkte gesprochen wurde. Ich will dem Herrn Dr. v. Dorn und Gem.-Rat Hein nicht zumuten, daß sie im Interesse des kaufmännischen Standes oder eines anderen Standes gesprochen haben. Aber eines muß ich sagen: ich bin ein aufrichtiger Freund davon, daß die Lasten verhältnismäßig verteilt werden und diese Verteilung, die hier plaggreifen soll, scheint mir verhältnismäßig zu sein. Es ist gar kein Unrecht, wenn die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen mit einem größeren Prozentsatz herangezogen werden, als die kleinen Geschäftsleute. Wir bilden die Lehrlinge zu Gehilfen aus; diese können nur herangebildet werden durch den kleineren und mittleren Gewerbebestand, aber die Großindustrie nimmt uns die gut ausgebildeten Lehrlinge, die besseren Gehilfen und Hilfsarbeiter weg; dafür haben wir den größten Teil der Kosten tragen müssen, damit sie für die Zwecke der Großindustrie präpariert werden.

Ich bin der Meinung, daß es nicht ungerecht ist, wenn wir verlangen, daß von den großen Unternehmungen ein verhältnismäßiger Teil beigetragen werde.

Was die Beitragsleistung des Staates anbelangt, so muß ich aufrichtig sagen, das wäre bei unserer Finanzverwaltung nicht zu verwundern, wenn sie sich wehrt, 15 Prozent beizutragen; wir haben auf anderen Gebieten unsere Erfahrungen diesbezüglich gemacht. Das Verlangen einer größeren Quote wäre nicht ungerechtfertigt, das gebe ich zu; aber man darf nicht vergessen, daß der Staat immerhin mindestens alle fachlichen Fortbildungsschulen, welche von den Genossenschaften gegründet und erhalten worden sind, ziemlich bedeutend subventioniert und daß, wenn die Fortbildungsschulen in den Gewerbe-schulratsfond übergehen, selbstverständlich der Staat die Subvention nicht mehr geben würde. Es müßte aber doch ein Ersatz geschaffen werden, welcher in die Kassa des Fondes fließen würde. Er würde dann auf die 15 Prozent nicht viel daraufgeben als das, was er ohnehin hergibt und daher könnte man allerdings verlangen, daß da etwas mehr geschieht. Daß der Staat Vorsorge trifft, daß die Schulen noch immer unter der Oberhoheit des Staates bleiben, finde ich begreiflich. Am Ende hat das Handels- und Unterrichtsministerium doch ein Interesse an den gewerblichen Fortbildungsschulen und es wird daher nicht vermieden werden können, daß er die Schuloberaufsicht auch durchführt.

Nun erlauben Sie mir zu § 44 noch einige Worte. In der Beziehung gestehe ich offen, daß mich die Worte, die Herr Kollege Dorn gesprochen hat bezüglich der gewerblichen Fortbildungsschulen sehr gefreut haben. Es ist richtig, daß das Verdienst, die gewerblichen Fortbildungsschulen in Wien begründet zu haben, ein Verdienst einzelner Genossenschaften ist und daß die Männer, welche mitgewirkt haben, die mit ihrer Zeit, ihrer Mühe und mit Geld Opfer gebracht haben, die vollste Anerkennung der gesamten Bevölkerung verdienen. Darum muß man sorgen, wir müssen vorsichtig sein, weil man dadurch, daß wenn diese Fachschulen zusammengezogen werden und man sie der Oberleitung des Gewerbe-schulrates unterstellen will, man vielleicht manche Kreise abstoßen wird, die bisher sich sehr an der Führung der Geschäfte beteiligten. Es ist ein großer Unterschied, wenn jemand eine Autonomie besitzt und wenn diese Autonomie zusammengeknüttelt wird. Wenn sie zusammengeknüttelt wird, bringt es ein Erlahmen der Tätigkeit jener, welche sich früher beteiligt haben, mit sich und es wäre daher gewiß nicht zum Nutzen der ganzen Sache.

Ich will daher glauben, daß der Paragraph sehr weise überlegt werden soll, wo es einfach heißt, daß die fachlichen Fortbildungsschulen in die Verwaltung des neuen Gewerbe-schulrates übernommen werden sollen, und zwar mit allem Inventar, mit allen Zuflüssen, Widmungen und dergleichen. Das ist eine Konfiskation, die man sich — wie ich glaube — nicht so geschwind gefallen lassen kann. Ich brauche nicht die einzelnen Genossenschaften zu nennen, es wäre viel zu viel pro domo gesprochen, aber wir haben Fachschulen in Wien, eine will ich nennen, zum Beispiel die der Bronzearbeiter, diese hat einen Weltruf und von allen Seiten kommen Leute her aus dem Lehrstande, Professoren von den Gewerbe-schulen und dergleichen und sehen sich den mustergültigen Unterricht an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen an. Es wäre bedauerlich, wenn durch eine Zusammenfassung und eine einheitliche, vielleicht diktatorische Leitung die Resultate, die

bisher erzielt worden sind, in Frage gestellt würden. Wenn es nach meinem Gefühle ginge — ich habe Ihnen Gründe angeführt — so wäre ich nicht dafür, das Gesetz, wie es vorliegt, einfach anzunehmen und zu sagen: Du, Landtag, mache das Gesetz, wir sind damit zufrieden. Ich sage, ich bin mit einer Anzahl Detailbestimmungen doch nicht zufrieden. Und nachdem der Herr Landes-Ausschuß-Referent selbst erklärt hat, er glaube nicht, daß das Gesetz in dieser Session zustandekommen wird, so meine ich, es wäre des Gemeinderates, welcher so viele Beweise den Gewerbetreibenden gegeben hat, daß ihm das Wohl derselben ernst ist, am würdigsten, wenn er ersucht, der Landes-Ausschuß möge dieses Gesetz in dieser Session in dieser Form noch nicht vorlegen, sondern der Gemeinderat setze aus seiner Mitte eine Kommission ein, welche nicht bloß aus lauter Gewerbetreibenden bestehen wird — es werden schon ein paar Juristen auch darinnen sein, sie müssen ja dabei sein, wenn es sich um ein Gesetz handelt — aber lassen wir den Gewerbetreibenden einmal in ihrem eigenen Wirkungskreise, in ihrer eigenen Sphäre ihre Wünsche ausdrücken. Und es wird keine Beleidigung für den Referenten und den Stadtrat sein, in welchem doch auch nicht lauter Gewerbetreibende sitzen, wenn wir versuchen, das Gesetz von unserer Seite und aus unserer Mitte soviel als möglich den Verhältnissen anzupassen.

Gehen Sie auf meinen Antrag ein. Ein Unglück kann nicht geschehen. Geht der Landtag, trotzdem wir kein endgültiges Botum abzugeben haben, in die Beratung ein, so hat er wenigstens gehört oder kann es im stenographischen Protokolle lesen, was heute gesprochen worden ist. Mag er beschließen. Aber daß wir sagen: Landtag, beschließe das, wir sind damit einverstanden, das können Sie mit gutem Gewissen nicht tun. Darum bitte ich Sie, folgenden Antrag anzunehmen (liest):

„Der Gemeinderat ersucht den hohen niederösterreichischen Landes-Ausschuß, mit der Einbringung des Gesetzentwurfes, betreffend die Regelung des gewerblichen Fortbildungs-Unterrichtes in Wien noch zuzuwarten und beschließt gleichzeitig die Einsetzung einer aus sieben“ — oder wenn Sie es wollen, aus neun — „Mitgliedern des Gemeinderates bestehenden und von demselben zu wählenden Kommission, welche beauftragt wird, den vorliegenden Entwurf zu begutachten und das Resultat seiner Begutachtung dem Gemeinderate schleunigst vorzulegen.“

Wir haben heute — ich möchte beinahe den Ausdruck gebrauchen — ein bißchen wüste Szenen gehabt, aber ich glaube, es wird der Sache einen würdigen Abschluß geben, wenn Sie durch Annahme dieses Antrages zeigen, daß es dem Gemeinderate ernst darum zu tun ist, das Gewerbeschulwesen auf die möglichst schönste Weise sicherzustellen. (Bravo! Bravo!)

Bürgermeister: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent: Ich muß mich leider auch gegen den letzten Antrag aussprechen. Erstens einmal ist es nicht wahr, daß die Fachleute nicht vernommen worden sind, sondern, daß gerade bei Beratung des Entwurfes die einzelnen Genossenschaften vor allem zugezogen worden sind. Und sie sind in der Lage gewesen — und haben es auch getan — beratend mitzuwirken. (Widerspruch). O ja, es ist so.

Im übrigen möchte ich Sie aber darauf aufmerksam machen, daß der Antrag, der zuletzt gestellt worden ist, nämlich der Antrag auf Vertagung, und daß wir den Landtag sogar bitten sollen, er soll nichts einbringen, nichts anderes bewirkt, als die Anträge Reumann, v. Dorn und Dr. Hein bewirkt hätten. (Rufe: Aber

in anderer Tendenz!). Das mag schon sein, aber die Tatsache bleibt und da kann ich mich als Referent leider nicht dafür aussprechen. Ich möchte nicht, daß wir Schuld daran sind, daß die Gewerbetreibenden noch weiter warten müssen und bitte um Annahme der Stadtrats-Anträge.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Sie haben den Antrag des Herrn Kollegen Schlechter gehört, derselbe geht dahin (liest):

„Der Gemeinderat ersucht den hohen niederösterreichischen Landes-Ausschuß, mit der Einbringung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Regelung des gewerblichen Fortbildungs-Unterrichtes in Wien noch zuzuwarten und beschließt gleichzeitig die Einsetzung einer aus sieben Mitgliedern des Gemeinderates bestehenden und von demselben zu wählenden Kommission, welche beauftragt wird, den vorliegenden Entwurf zu begutachten und das Resultat seiner Begutachtung dem Gemeinderate schleunigst vorzulegen.“

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität, der Antrag erscheint abgelehnt.

Diejenigen Herren, welche mit dem § 1 einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Diejenigen Herren, welche mit § 2 bis inkl. § 11 einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bei § 12 hat Gem.-Rat Herr Reumann den Antrag gestellt, daß es heißen soll (liest):

„Für die zum Besuche der gewerblichen Schulen verpflichteten Lehrlinge ist kein Schulgeld einzuheben.“

Diejenigen Herren, welche für den Antrag des Gem.-Rates Reumann sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Diejenigen Herren, welche für die §§ 12, 13, 14 sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieselben sind angenommen.

Zu § 15 hat Herr Gem.-Rat Reumann den Antrag gestellt (liest):

„Der gewerbliche Unterricht wird durch sechs bis zehn Monate, solange noch der Abendunterricht eingeführt ist, mindestens zweimal wöchentlich erteilt. Spätestens zwei Jahre nach Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes wird zum Tagesunterricht übergegangen, der wöchentlich zweimal in der Zeit von 2 bis 6 Uhr abends zu erteilen ist.“

Der bis zu dieser Zeit eingeführte Abendunterricht an Wochentagen darf nicht über $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends ausgedehnt werden.

Der Sonntagsunterricht entfällt.“

Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Gem.-Rat Schlechter: Ich bitte zur Abstimmung. Ich habe in meiner Rede beantragt, daß § 12 vollständig eliminiert werden soll. Ich habe es nur nicht schriftlich gegeben.

Bürgermeister: Das kann ich überhaupt nicht zur Abstimmung bringen, weil es negativ ist. Ich kann nur über § 12 abstimmen.

Aber zu Ihrer Beruhigung will ich noch einmal über § 12 abstimmen lassen.

Diejenigen Herren, welche für den § 12 sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte nun diejenigen Herren, welche § 15 annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rat Schlechter: Bei § 16 habe ich auch einen Änderungs-Antrag gestellt, dahingehend, daß der erste Satz des zweiten Absatzes, welcher die Verpflichtung für den Lehrherrn statuiert, jeden Lehrling bei dem Ortschulrate anzumelden, entfallen soll.

Bürgermeister: Bei welchen Paragraphen haben Sie noch Anträge gestellt, Herr Gem.-Rat Schlechter?

Gem.-Rat Schlechter: Bei § 18 und bei § 44.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche für den Antrag des Herrn Kollegen Schlechter bei § 16 sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Minorität, der Antrag erscheint abgelehnt.

Diejenigen Herren, welche für die §§ 16 und 17 sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dieselben sind angenommen.

Welchen Antrag haben Sie, Herr Gem.-Rat Schlechter, zu § 18 gestellt?

Gem.-Rat Schlechter: Daß nicht bloß der Lehrherr und die Lehrfrau strafbar sein sollen, wenn sie den Lehrling nicht zum Schulbesuche anhalten, sondern auch derjenige, bei dem der Lehrling wohnt.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Kollegen Schlechter, vorbehaltlich der Formulierung, einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe ist angenommen.

Diejenigen Herren, welche mit dem übrigen Inhalte des § 18 einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe ist angenommen.

Diejenigen Herren, welche mit den §§ 19 bis 24 einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dieselben sind angenommen.

Wir kommen jetzt zu § 25. Da liegt ein Antrag des Herrn Dr. Hein vor, welcher lautet (liest):

„In der Dienstordnung ist für sämtliche Lehrpersonen eine dreimonatliche Kündigung festzusetzen; weiters ist in dieselbe die Bestimmung aufzunehmen, daß Lehrer nach dreijähriger tadelloser Tätigkeit definitiv werden. Gegen die Entlassung steht den Lehrpersonen der Rekurs an den Landeschulrat zu.“

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit den §§ 25 bis 32 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dieselben sind angenommen.

Zu § 33 hat Herr Gem.-Rat Neumann den Antrag gestellt, daß die Worte: „Aus drei Vertretern des Lehrkörpers der Gewerbeschulen, ferner aus drei Vertretern der Arbeiter, die aus den Gehilfenbeisitzern der Gewerbegerichte durch diese selbst gewählt werden“ in der vierten Zeile eingeschaltet werden.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe erscheint abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit den §§ 33 bis einschließlich 40 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dieselben sind angenommen.

Bei § 41 hat Herr Kollege Dr. v. Dorn den Antrag gestellt, daß es heißen soll: „Die Beitragsquoten sind dahin abzuändern, daß die Quote der Handels- und Gewerbetreibenden

(lit. a) auf 30 Prozent herab und jene des Staates (lit. b) auf 30 Prozent hinaufzusetzen ist.“

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe erscheint abgelehnt.

Ich bitte jene Herren, welche mit den §§ 41 und 42 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dieselben sind angenommen.

Zu § 43 hat Herr Kollege Zifferer mir einen Antrag dahin gehend übergeben, daß es heißen soll: „Insbesondere die Errichtung neuer oder die Erweiterung bereits bestehender fachlicher Fortbildungsschulen ist an die Zustimmung des Landes-Ausschusses, der Gemeinde Wien und der Handels- und Gewerkekammer gebunden.“

Gem.-Rat Zifferer: Ich glaube, daß eine solche Errichtung, respektive Erweiterung nur mit Zustimmung der drei Kurien erfolgen soll und daß dies im allgemeinen Interesse, insbesondere in demjenigen der Stadt Wien liegt.

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe erscheint abgelehnt.

Ich bitte nun jene Herren, welche mit § 43 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe ist angenommen.

Bei § 44 kommen die Anträge des Herrn Dr. v. Dorn zur Abstimmung. Dieselben lauten: „Die bereits bestehenden, bisher von den Genossenschaften der Gremien erhaltenen fachlichen Fortbildungsschulen können im Einvernehmen mit den betreffenden Genossenschaften oder Gremien mit ihrem Inventar und allen Zuwendungen und Zuflüssen in die Verwaltung des Gewerbe-Schulrates übernommen werden. In dieses Einvernehmen ist auch die Übernahme, beziehungsweise spätere Stellung der bereits in Verwendung stehenden Lehrpersonen einzubeziehen.“

Sollte ein Einvernehmen nicht erzielt werden und eine solche genossenschaftliche Schule weiterhin in der Verwaltung der betreffenden Körperschaft bleiben und von ihr erhalten werden, so sind eben notwendige Zuflüsse von dem Gewerbe-Schulrate nach Maßgabe des bisher üblichen Modus zu leisten.“

Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe erscheint abgelehnt.

Jetzt kommt noch ein Antrag des Herrn Dr. Hein, welcher lautet: „Lehrpersonen, welche mit 1. Oktober 1904 als Lehrer der genossenschaftlichen Fortbildungsschulen fünf Dienstjahre vollendet haben, werden nach Übernahme dieser Schulen unter Aufrechthaltung der bestehenden Dienstverträge in die Verwaltung des Gewerbe-Schulrates übernommen.“

Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe erscheint abgelehnt.

Diejenigen Herren, welche mit §§ 44 bis inklusive 50, dann mit Eingang und Titel des Gesetzes einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Sie erscheinen angenommen.

Ich bitte jetzt diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Die Beratung des Gegenstandes ist zu Ende.

Beschluß: Der Wiener Gemeinderat stimmt dem nachstehenden vom niederösterreichischen Landes-Ausschusse unterm 27. Juli 1904, Z. 14362, übermittelten Entwurfe eines Gesetzes zur Regelung des gewerblichen Fortbildungsunterrichtes im Gemeindegebiete der Stadt Wien, da derselbe einen Fortschritt in der Ausgestaltung des Gewerbeschulwesens und dadurch eine Kräftigung des gewerblichen Mittelstandes, der Hauptstütze jedes Gemeinwesens, herbeizuführen geeignet ist, zu, beantragt jedoch nachstehende Abänderungen:

1. Zwischen dem 2. und 3. Absatz des § 15 ist einzuschalten:

„Die Unterrichtsstunden sind unter Berücksichtigung des Stundenplanes der Bürger-, Volks- oder sonstigen Schule, für deren Unterbringung das Schulgebäude in erster Linie bestimmt ist, und derart festzusetzen, daß die vorgeschriebene Lüftung und Reinigung der Schulräume ohne größeren Gelbaufwand als in den Schulen gleicher Art, in welchen keine Gewerbeschulen untergebracht sind, vorgenommen werden kann.“

2. Im §. 18 ist zum Ausdruck zu bringen, daß nicht bloß der Lehrherr und die Lehrfrau strafbar sein sollen, wenn sie den Lehrling nicht zum Schulbesuche anhalten, sondern auch derjenige, bei dem der Lehrling wohnt.

3. In den §§ 22 und 23 wäre anstatt „fachlichen Fortbildungsschulen“ nur „Fortbildungsschulen“ zu setzen.

* * *

G e s e t z,

betreffend die

Regelung des gewerblichen Fortbildungsunterrichtes im Gemeindegebiete der Stadt Wien.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Erzherzogtumes Österreich unter der Enns finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Um den Lehrlingen (§ 97 Gewerbeordnung) in den zur Ausübung ihres Berufes nötigen Kenntnissen und Kunstfertigkeiten einen theoretischen und praktischen Unterricht zu gewähren, sind fachliche Fortbildungsschulen, nach Bedarf mit allgemeinen gewerblichen Vorbereitungsclassen zu errichten.

Lehrlinge, für deren Gewerbe noch keine eigene oder verwandte fachliche Fortbildungsschule besteht, ferner Lehrlinge, deren Arbeitsort, beziehungsweise Wohnort von der zugehörigen fachlichen Schule weit entfernt ist, werden in allgemeine gewerbliche Fortbildungsschulen eingereiht, welche nach Bedarf errichtet werden und womöglich als allgemein gewerbliche Schulabteilungen mit einzelnen fachlichen Fortbildungsschulen zu verbinden sind. Im letzteren Falle steht die Schulabteilung unter der Leitung der fachlichen Fortbildungsschule.

Den allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen können ebenfalls Vorbereitungsclassen angegliedert werden.

§ 2.

Fachliche Fortbildungsschulen können für jedes Gewerbe errichtet werden, dessen Lehrlingsstand nach dem Durchschnitte der letzten drei Jahre die Zahl 120 erreicht, sobald die Bedingungen zur Zuweisung von mindestens 80 Schülern an die neu zu errichtende Schule vorhanden sind.

Unter gleichen Bedingungen können für verwandte Gewerbe gemeinsame fachliche Fortbildungsschulen errichtet werden. Einer fachlichen Fortbildungsschule können auch Lehrlinge verwandter Gewerbe zugewiesen werden, für welche eine eigene fachliche Fortbildungsschule noch nicht besteht.

Jede fachliche Fortbildungsschule besteht je nach Bedarf aus zwei oder drei Jahrgängen, in welchen theoretischer und praktischer Fachunterricht erteilt wird.

§ 3.

Der Lehrstoff in den allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen, beziehungsweise Schulabteilungen umfaßt zwei Jahrgänge und ist derart zu wählen, daß er für Lehrlinge aller Gewerbe von Nutzen ist; bei Vorhandensein größerer Gruppen von Lehrlingen ein und desselben Gewerbes oder nahe verwandter Gewerbe ist nach Tunlichkeit Fachunterricht zu erteilen.

§ 4.

Gewerbliche Vorbereitungsclassen werden nach Bedarf für Lehrlinge errichtet, welche das Ziel der Volksschule nach § 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 62, nicht erreicht haben oder der deutschen Sprache zur Aufnahme in eine allgemeine oder fachliche Fortbildungsschule nicht hinreichend mächtig sind.

Die gewerblichen Vorbereitungsclassen haben den Lehrlingen insbesondere jene allgemeinen Kenntnisse in der deutschen Sprache, im Rechnen und Zeichnen zu vermitteln, welche sie in den Stand setzen, dem Unterrichte an einer Fortbildungsschule mit Verständnis und Nutzen folgen zu können.

Der Unterricht in der Vorbereitungsclassen dauert ein Jahr; bei ungenügendem Erfolge hat der Schüler die Vorbereitungsclassen zu wiederholen.

§ 5.

Zur Aufnahme in eine Fortbildungsschule wird mindestens das Entlassungszeugnis der Volksschule oder das Jahreszeugnis einer mit genügendem Erfolge zurückgelegten gewerblichen Vorbereitungsclassen erfordert. In zweifelhaften Fällen ist der Lehrling einer Aufnahmeprüfung zu unterziehen.

§ 6.

Neben dem lehrplanmäßigen Unterrichte kann der Gewerbeschulrat mit Genehmigung des k. k. nieder-

österreichischen Landeschulrates auch Sonderkurse einrichten, deren Besuch den Lehrlingen freigestellt ist.

Ob und in welcher Höhe an den Sonderkursen ein Schulgeld zu entrichten ist, bestimmt von Fall zu Fall der Gewerbebeschulrat.

§ 7.

Über die Errichtung der gewerblichen Schulen gemäß §§ 1, 2, 3 und 4 des Gesetzes (notwendige Schulen) entscheidet der Landeschulrat über Antrag des Gewerbebeschulrates und der betreffenden gewerblichen Genossenschaften.

Bei Vorhandensein besonderer Gründe der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit können mit Zustimmung des niederösterreichischen Landes-Ausschusses, der Gemeinde Wien und der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer auch für Gewerbe, die rücksichtlich ihres Lehrlingsstandes den im § 2, Absatz 1 im Gesetze gestellten Voraussetzungen nicht entsprechen, fachliche Fortbildungsschulen errichtet werden (Zweckmäßigkeitsschulen).

Bei Überfüllung von einzelnen Klassen kann der Landeschulrat über Antrag des Gewerbebeschulrates die notwendigen Parallelklassen provisorisch eröffnen; wenn eine solche provisorische Parallelklasse durch drei aufeinanderfolgende Jahre notwendig war, so ist sie über Antrag des Gewerbebeschulrates in eine dauernde Klasse zu verwandeln.

Über die Auflassung einer dauernden Klasse entscheidet der niederösterreichische Landeschulrat nach Antrag des Gewerbebeschulrates und nach Einvernehmung der beteiligten Genossenschaften.

§ 8.

Die im § 1 des Gesetzes genannten Schulen sind Pflichtschulen für alle Lehrlinge während der Dauer der Lehrzeit, falls sie das durch den Lehrplan festgesetzte Lehrziel nicht schon früher erreicht haben.

§ 9.

Lehrlinge, welche durch eine Prüfung oder durch gültige Schulzeugnisse ein Maß von Wissen und praktischer Berufstüchtigkeit nachweisen, welches dem Lehrziele der fachlichen Fortbildungsschule ihres Gewerbes entspricht, sowie Lehrlinge, welche eine den fachlichen Fortbildungsschulen mindestens gleichwertige Lehranstalt regelmäßig besuchen, können durch den Gewerbebeschulrat vom Besuche der gewerblichen Schulen befreit werden.

Das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht bestimmt im Einvernehmen mit dem k. k. Handelsministerium jene Unterrichtsanstalten, deren Besuch von der Verpflichtung befreit, die im § 1 des Gesetzes bezeichneten Schulen zu besuchen.

Im Falle der Verweigerung der Befreiung kann die Beschwerde an den niederösterreichischen Landeschulrat ergriffen werden.

§ 10.

Nach Maßgabe des verfügbaren Raumes und mit besonderer Bewilligung des Gewerbebeschulrates können ehemalige Lehrlinge auch nach erfolgter Freisprechung (Gehilfen), sowie auch die aus irgend einem anderem Grunde vom Schulbesuche befreiten Lehrlinge zum Unterrichte an einer Fortbildungsschule zugelassen werden. Diese freiwilligen Schüler haben jedoch ein Schulgeld bis zum Höchstbetrage von 50 K jährlich zu entrichten.

Der Gewerbebeschulrat ist berechtigt, vom Schulgelde ganz oder zum Teile zu befreien. Gegen die Verweigerung dieser Befreiung steht die Beschwerde an den Landeschulrat offen.

§ 11.

Unter denselben Bedingungen wie die Gehilfen (§ 10, 1. Abs. i. G.) können auch andere gewerbliche Hilfsarbeiter (Fabrikarbeiter) bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zum Besuche der gewerblichen Schulen zugelassen werden; bezüglich Entrichtung eines Schulgeldes werden die Hilfsarbeiter wie die Lehrlinge behandelt.

§ 12.

Für jeden zum Besuche der gewerblichen Schulen verpflichteten Lehrling kann ein Schulbeitrag von jährlich höchstens 20 K eingehoben werden. Der Gewerbebeschulrat bestimmt von Jahr zu Jahr, ob und in welcher Höhe ein Schulbeitrag zu leisten ist.

Der Schulbeitrag ist halbjährig im vorhinein vom Lehrherrn (von der Lehrfrau) zu entrichten. Der Gewerbebeschulrat kann in rücksichtswürdigen Fällen den Schulbeitrag für ein Jahr ermäßigen oder ganz erlassen.

Gegen die bezügliche Entscheidung des Gewerbebeschulrates steht die Beschwerde an den k. k. niederösterreichischen Landeschulrat offen.

§ 13.

Der Nachweis über die Erfüllung der gesetzlich festgesetzten gewerblichen Schulpflicht ist zur Freisprechung eines Lehrlings erforderlich.

Von der Erbringung dieses Nachweises kann der Gewerbebeschulrat im Einvernehmen mit der betreffenden Genossenschaft in berücksichtigungswürdigen Fällen befreien.

Gegen die Verweigerung der Befreiung geht die Beschwerde an den k. k. niederösterreichischen Landeschulrat.

§ 14.

Lehrlingen, welche den Unterricht wiederholt aus eigenem Verschulden vernachlässigen, beziehungsweise durch ihr Verhalten den Zweck des Unterrichtes vereiteln, kann seitens der Gewerbebehörde auf Grund der von dem Gewerbebeschulrate erstatteten Anzeige die statuten- oder vertragsmäßig festgesetzte regelmäßige Dauer der Lehrzeit verlängert werden.

Gegen Schüler, deren Verhalten den Unterricht stört oder gegen die Schulordnung verstößt, sind die Bestimmungen der von dem Gewerbebeschulrate festzusetzenden und vom Landesbeschulrate zu genehmigenden Disziplinarordnung anzuwenden.

§ 15.

Der gewerbliche Unterricht wird durch 6 bis 10 Monate, und zwar an mindestens zwei Tagen in der Woche erteilt.

Der Unterricht an Wochentagen darf nicht über $\frac{1}{2}$ Uhr abends ausgedehnt werden.

Die Ferientage an den gewerblichen Schulen werden in der Schulordnung festgesetzt.

§ 16.

Die Anfertigung des Verzeichnisses der schulpflichtigen Lehrlinge wird durch die Ortschulräte besorgt.

Behufs Ermöglichung der Anfertigung des Verzeichnisses ist jeder Lehrherr (Lehrfrau) verpflichtet, jeden bei ihm eintretenden Lehrling mit dem Tage des Eintrittes bei der zuständigen Ortsschulbehörde anzumelden. Ebenso haben die Gewerbege nossenschaften allmonatlich die aufgedungenen Lehrlinge dem Gewerbebeschulrate anzuzeigen. Weiters haben die magistratischen Bezirksämter bei Abschluß von Lehrverträgen die Lehrlinge dem Gewerbebeschulrate bekanntzugeben.

Der Gewerbebeschulrat ist berechtigt, gegen säumige Lehrherren (Lehrfrauen) mit Ordnungsstrafen bis zu 20 K vorzugehen.

§ 17.

Die Zuweisung der Schüler in die einzelnen gewerblichen Schulen erfolgt nach den Gewerben unter Rücksichtnahme auf den Arbeitsort beziehungsweise Wohnort der Lehrlinge durch den Gewerbebeschulrat.

§ 18.

Jeder Lehrherr (Lehrfrau) ist verpflichtet, seinen schulpflichtigen Lehrlingen die zum Besuche der gewerblichen Schulen nötige Zeit einzuräumen, die Lehrlinge zum Schulbesuche anzuhalten und bei etwaigen Kontrollmaßregeln mitzuwirken.

Lehrherren oder Lehrfrauen, welche diesen Bestimmungen nicht entsprechen, unterliegen den in der Gewerbeordnung enthaltenen Strafbestimmungen.

Dem Gewerbebeschulrate steht das Recht zu, vor Anwendung dieser Strafbestimmungen im eigenen Wirkungskreise Geldstrafen bis zum Höchstbetrage von 20 K zu verhängen.

§ 19.

Rekurse gegen die von dem Gewerbebeschulrate verhängten Strafen gehen an den Landesbeschulrat und müssen binnen 14 Tagen nach erfolgter Zustellung des Strafdekretes bei dem Gewerbebeschulrate eingebracht werden.

Die rechtzeitige Einbringung des Rekurses hat aufschiebende Wirkung.

Gegen ein in zweiter Instanz bestätigtes oder gemildertes Straferkenntnis findet ein weiterer Rechtszug nicht statt.

§ 20.

Die Einhebung der Straf gelder geschieht durch die politische Behörde, welche im Nichteinbringlichkeitsfalle die Geldstrafe in Arreststrafe umwandelt, wobei für je 20 K Geldstrafe 24 Stunden Arrest zu bemessen sind.

Die Straf gelder fließen in den Wiener Gewerbe schulfond.

§ 21.

Die gewerblichen Schulen sind entweder selbstständig oder mit anderen öffentlichen Schulen in Verbindung.

Die Lehrmittel der Schulen, in welchen gewerbliche Schulen untergebracht sind, dürfen auch für den Unterricht in den gewerblichen Schulen benützt werden.

Die Schuldien er solcher Schulen haben sich gegen eine von dem Gewerbebeschulrate zu bestimmende Entlohnung auch für Zwecke der gewerblichen Schulen verwenden zu lassen.

§ 22.

Zur Leitung von fachlichen Fortbildungsschulen sowie zur Unterrichtserteilung an denselben können vom Gewerbebeschulrate Lehrpersonen, welche bereits an öffentlichen oder privaten Schulen wirken, und mindestens die Lehrbefähigung für allgemeine Volksschulen besitzen, aber auch sonst geeignete Fachmänner bestellt werden.

§ 23.

Die Leiter der fachlichen Fortbildungsschulen führen den Titel „Direktor“.

§ 24.

Wenn für ein Gewerbe oder für mehrere verwandte Gewerbe mit Rücksicht auf die große Zahl der Lehrlinge mehrere örtlich getrennte Schulen beziehungsweise Schulabteilungen errichtet werden müssen, so wird die Leitung aller dieser zusammengehörigen Schulabteilungen einem einzigen Direktor anvertraut, dem die einzelnen Abteilungs vorstände unmittelbar unterstehen.

§ 25.

Das Ausmaß der Bezüge der mit der Leitung der fachlichen Fortbildungsschulen betrauten sowie der zur Unterrichtserteilung an denselben bestellten Lehrpersonen wird vom Gewerbebeschulrate festgesetzt; die näheren Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Lehrkräfte enthält die Dienstordnung welche vom Gewerbebeschulrate verfaßt wird und der Genehmigung des k. k. Landesbeschulrates unterliegt.

§ 26.

Zur Heranbildung geeigneter Gewerbeschul-lehrer sollen alljährlich nach Bedarf Lehrkurse abgehalten werden. Diese Kurse haben den Zweck:

- a) Pädagogisch bereits vorgebildete Personen (Volksschullehrer, Bürgerschullehrer) mit den Besonderheiten des gewerblichen Unterrichtes in technischer Beziehung vertraut zu machen;
- b) die fachlich bereits geschulten Personen (Maler, Werkmeister, Ingenieure, Architekten) mit den notwendigen Grundsätzen der Pädagogik bekanntzumachen und zu befähigen, ihr Wissen und Können in geeigneter Weise den Schülern zu vermitteln.

Der Besuch der Lehrkurse ist unentgeltlich.

Personen, welche einen solchen Kurs mit gutem Erfolge beendet haben, sollen bei der Besetzung von Lehrstellen an den gewerblichen Schulen in erster Linie berücksichtigt werden.

§ 27.

Die Kosten der Bildungskurse für Gewerbeschul-lehrer trägt der Staat.

Die Lehrkräfte für diese Kurse werden über Vorschlag des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem k. k. Handelsministerium ernannt.

§ 28.

Zur Beaufsichtigung der gewerblichen Schulen sind berufen: Der k. k. n.-ö. Landesschulrat, der Gewerbeschulrat, die k. k. Bezirkschulinspektoren, die Schulausschüsse und die Gewerbeschulinspektoren.

§ 29.

Der Unterricht in den gewerblichen Vorbereitungs-klassen steht unter der Aufsicht der k. k. Bezirkschul-inspektoren.

Die Berichte dieser Aufsichtsorgane gehen an den Gewerbeschulrat.

§ 30.

Zur fachmännischen Beaufsichtigung der fachlichen Fortbildungsschulen und der allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen, beziehungsweise Schulabteilungen werden vom k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem k. k. Handelsministerium nach Bedarf Gewerbeschulinspektoren und Stellvertreter in gleicher Zahl auf die Dauer von sechs Jahren bestellt.

§ 31.

Den Gewerbeschulinspektoren kommt zunächst die Beurteilung des Unterrichtsstoffes, der Lehrmittel und des Vorganges beim Unterrichte rücksichtlich der Zweckmäßigkeit für die fachliche Ausbildung der Schulen zu; sie haben die ihnen zugewiesenen Schulen periodisch zu besuchen, können dem Unterrichte beiwohnen, dürfen sich jedoch in die Führung des

Unterrichtes und in die Handhabung der Disziplin nicht einmengen.

Über ihre Wahrnehmungen haben sie dem Gewerbeschulrate Bericht zu erstatten. Diese Berichte sind, falls sie wichtige Angelegenheiten betreffen, samt den etwa darüber gefaßten Beschlüssen des Gewerbeschulrates dem k. k. Landesschulrate vorzulegen. Die Gewerbeschulinspektoren sind berechtigt, innerhalb ihres Wirkungsbereiches beim Gewerbeschulrate Anträge zu stellen; auf Verlangen desselben haben sie über Fragen des gewerblichen Schulwesens Gutachten zu erstatten. Gewerbeschulinspektoren, welche ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sind über Antrag des Gewerbeschulrates vom Unterrichtsministerium ihres Amtes zu entheben.

§ 32.

Als fachmännischer Beirat des Gewerbeschulrates in der Schulverwaltung besteht bei jeder fachlichen Fortbildungsschule, beziehungsweise für mehrere gleichartige fachliche Fortbildungsschulen ein Schulausschuß, welcher sich aus mindestens 4 Mitgliedern zusammensetzt und von den betreffenden Genossenschaftsvorstellungen auf die Dauer von 6 Jahren gewählt wird. Der Gewerbeschulinspektor und der Direktor der fachlichen Fortbildungsschulen sind den Sitzungen des Schulausschusses mit beschließender Stimme beizuziehen.

Dem Schulausschusse obliegt die unmittelbare Beaufsichtigung der fachlichen Fortbildungsschule, er hat insbesondere die Durchführung und Handhabung der Schulordnung und der Disziplinarordnung zu überwachen und dem Schulbesuche, wie dem äußeren Zustande der fachlichen Fortbildungsschule seine Aufmerksamkeit zuzuwenden; der Schulausschuß hat im Einvernehmen mit dem Gewerbeschulinspektor auch für eine dem Lehrplane entsprechende Ausstattung der Anstalt mit Lehrmitteln und Lehrbehelfen durch geeignete Anträge beim Gewerbeschulrate Sorge zu tragen.

Bei Besetzung von Lehrstellen an den fachlichen Fortbildungsschulen hat der betreffende Schulausschuß über Aufforderung des Gewerbeschulrates Anträge zu stellen.

§ 33.

Für den Gewerbeschulbezirk Wien wird ein Gewerbeschulrat aufgestellt, welchem alle auf Grund dieses Gesetzes errichteten gewerblichen Schulen unterstehen.

Der Gewerbeschulrat setzt sich zusammen: aus je drei vom k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, dem k. k. n.-ö. Landesschulrate, dem n.-ö. Landes-Ausschusse, der n.-ö. Handels- und Gewerkekammer, dem Gemeinderate der Stadt Wien entsendeten Vertretern, aus einem vom Wiener Magistrate entsendeten Vertreter, ferner aus 17 Vertretern der Gewerbetreibenden des Wiener Gewerbeschulbezirkes.

Von diesen 17 Vertretern des Gewerbe- und Handelsstandes werden 14 durch die Genossenschafts-

und Gremialvorsteher, die übrigen 3 Mitglieder aber aus der Gruppe der außerhalb eines Genossenschaftsverbandes stehenden Gewerbetreibenden und der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen durch die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer gewählt.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Gewerbe-schulrates beträgt sechs Jahre.

§ 34.

Der Landesschulrat veranlaßt die Neubildung, beziehungsweise die Ergänzung des Gewerbe-schulrates.

Die Leitung und Durchführung der Wahlen der Vertreter des Gewerbebestandes obliegt zum erstenmale dem Wiener Magistrat, fernerhin dem Gewerbe-schulrate.

§ 35.

Der Gewerbe-schulrat hat die Führung der ökonomischen und administrativen Geschäfte dieser Schulen, verwaltet den Gewerbe-schulfond und stellt Anträge in Angelegenheiten des Unterrichtes. Der Gewerbe-schulrat hat jährlich den Voranschlag des Wiener Gewerbe-schulfondes und den Rechnungs-Abschluß zu verfassen und dem Landesschulrate zur Begutachtung und Weiterleitung an den Landtag vorzulegen.

Er gibt sich eine Geschäftsordnung und verfaßt eine Schul-Ordnung, welche der Genehmigung des Landesschulrates unterliegen.

Über jedes abgelaufene Schuljahr hat der Gewerbe-schulrat einen Bericht herauszugeben.

§ 36.

Die Mitglieder des Gewerbe-schulrates und die Schul-Ausschüsse der fachlichen Fortbildungsschulen üben ihr Amt unentgeltlich aus.

§ 37.

Der Landesschulrat überwacht die Amtsführung des Gewerbe-schulrates und die Tätigkeit der untergeordneten Schulaufsichtsorgane.

Der Landesschulrat entwirft den Lehrplan für die gewerblichen Vorbereitungs-klassen und für die allgemein gewerblichen Fortbildungsschulen beziehungsweise Schulabteilungen, genehmigt die Lehrpläne der einzelnen fachlichen Fortbildungsschulen, erläßt Anordnungen zur Durchführung der Lehrpläne, bestimmt über Antrag des Gewerbe-schulrates die beim Unterrichte zu verwendenden Lehrbücher und sonstigen Lehrmittel und genehmigt die von dem Gewerbe-schulrate bestimmten Bezüge der Lehrkräfte.

§ 38.

Die gewerblichen Fortbildungsschulen samt Vorbereitungs-klassen sind, solange eigene Gebäude für diese Schulen nicht bestehen, in den der Verwaltung des Staates und der Gemeinde Wien unterstehenden öffentlichen Schulen unterzubringen.

Die Lehranstalten, mit denen gewerbliche Schulen in Verbindung stehen, tragen die Kosten der Beleuchtung und Beheizung der für den Unterricht erforderlichen Räumlichkeiten. Alle übrigen Auslagen für die gewerblichen Schulen, soweit sie nicht von anderen Faktoren (Genossenschaften) getragen werden, werden aus dem Wiener Gewerbe-schul-fonde bestritten.

Über die Errichtung von Lehrwerkstätten für ein einzelnes Gewerbe oder für verwandte Gewerbe entscheidet der Gewerbe-schulrat nach Einholung des Gutachtens der betreffenden Genossenschaftsvorstellungen. Die Kosten der Errichtung und Erhaltung von Lehrwerkstätten haben die beteiligten Genossenschaften zu tragen.

§ 39.

Mit Genehmigung des Landesschulrates können Einrichtungen oder Veranstaltungen zur sittlichen und wirtschaftlichen Förderung der Lehrlinge (zum Beispiel Lehrlingshorte, Lehrlingsbibliotheken) aus dem Gewerbe-schul-fonde errichtet oder unterstützt werden.

§ 40.

Der Wiener Gewerbe-schul-fond wird gebildet:

- a) Durch Schulgelde;
- b) durch prozentuell festgesetzte Beiträge der Wiener Gewerbetreibenden, des Staates, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien und der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer;
- c) durch Straf-gelder;
- d) durch Subventionen, Spenden, Legate, u. s. w.

§ 41.

Zu dem im Jahresvoranschlage ausgewiesenen, nicht anderweitig bedeckten Gesamterfordernisse der gewerblichen Schulen des Wiener Gewerbe-schulbezirkes haben beizutragen:

- a) Die Wiener Handels- und Gewerbetreibenden, welche zur niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer beizusteuern haben, nach Maßgabe ihrer Erwerbsteuer mit . . . 45 Prozent
- b) der Staat mit 15 "
- c) der niederösterreichische Landesfond mit 15 "
- d) die Gemeinde Wien mit 15 "
- e) die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer mit 10 "

Der gemäß Punkt a dieses Paragraphen von den Wiener Handels- und Gewerbetreibenden zu leistende Beitrag wird auf die Erwerbsteuer derselben umgelegt und mit derselben eingehoben. Die Hälfte dieses 45prozentigen Beitrages, d. i. 22.5 Prozent des Gesamterfordernisses, ist durch eine Umlage auf die allgemeine Erwerbsteuer und der gleiche Betrag durch eine Umlage auf die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen aufzubringen. Ergeben sich bei der Ermittlung des Umlageprozentbes Bruchteile, so sind dieselben auf 1/4 Prozent aufzurunden.

Der Gewerbebeschulrat bestimmt alljährlich das nach dem Voranschlag des Gewerbebeschulrates sich ergebende Umlageprozent.

§ 42.

Der Rechnungsabschluß und der Voranschlag des Wiener Gewerbebeschulrates sind von dem Gewerbebeschulrate dem Landesbeschulrate zur Vorlage an den Landtag zu übermitteln.

Der Landesbeschulrat hat dem niederösterreichischen Landes-Ausschuß, die Gemeinde Wien und die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer über den Voranschlag einzuzurufen.

Die vom Landtage genehmigten Voranschläge und Rechnungsabschlüsse sind den beteiligten Kurien mitzuteilen.

§ 43.

Beschlüsse des Gewerbebeschulrates, welche eine Überschreitung des vom Landtage genehmigten Voranschlages des Wiener Gewerbebeschulrates bedingen, können erst nach eingeholter Zustimmung des niederösterreichischen Landes-Ausschusses, der Gemeinde Wien und der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer ausgeführt werden.

§ 44.

Die bereits bestehenden, bisher von den Genossenschaften erhaltenen fachlichen Fortbildungsschulen werden mit ihrem Inventar und allen Zuwendungen und Zuflüssen in die Verwaltung des Gewerbebeschulrates übernommen.

Lehrpersonen, welche am 1. Oktober 1904 als Lehrer der genossenschaftlichen Fortbildungsschulen fünf Dienstjahre vollendet haben und auch nach Übernahme dieser Schulen in die Verwaltung des Gewerbebeschulrates weiter verwendet werden, können die Bemessung ihrer Bezüge nach den am 1. Oktober 1904 geltenden Bestimmungen verlangen. Ein nach dieser Bemessung sich ergebender Mehrbetrag im Vergleiche zu den vom Gewerbebeschulrate festzusetzenden Bezügen wird ihnen als eine Personalzulage weiter bewilligt.

Soweit dieses Gesetz keine entgegenstehenden Bestimmungen enthält, bleiben Verpflichtungen und Rechte der Genossenschaften, welche in dem Verhältnisse derselben zu den fachlichen Fortbildungsschulen begründet waren, aufrecht.

§ 45.

Bestand an einer fachlichen Fortbildungsschule oder an den zugehörigen Vorbereitungsclassen ein Schulgeld, so wird dasselbe auch nach Übernahme dieser Schulen in die Verwaltung des Gewerbebeschulrates im bisherigen Umfange bis auf weiteres eingehoben.

Über die künftige Regelung des Schulgeldes an diesen Schulen entscheidet der Landesbeschulrat über Antrag des Gewerbebeschulrates und nach Zustimmung des niederösterreichischen Landes-Ausschusses, der Ge-

meinde Wien und der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer.

§ 46.

Für die in einem gewerblichen Lohnverhältnisse stehenden Mädchen (Lehrmädchen) können unter den gleichen Bedingungen und in derselben Weise wie für Lehrlinge auf Verlangen der betreffenden Genossenschaft fachliche Fortbildungsschulen (§ 1 d. G.) errichtet werden.

Nichtlehrmädchen können in diese Schulen nur nach Maßgabe des verfügbaren Raumes und mit besonderer Bewilligung des Gewerbebeschulrates sowie gegen Zahlung eines Schulgeldes bis zum Höchstbetrage von 50 K jährlich aufgenommen werden.

§ 47.

Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes hat dieses Gesetz auf gewerbliche Privatschulen im Wiener Gewerbebeschulbezirke keine Anwendung.

Dem Landesbeschulrate bleibt es vorbehalten, zu bestimmen, ob und inwieweit diese Privatschulen den nach diesem Gesetze bestehenden Schulen gleichzustellen sind.

§ 48.

Dieses Gesetz tritt mit Beginn des auf die Kundmachung folgenden zweitnächsten Schuljahres in Kraft.

§ 49.

Mit Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes treten alle anderen auf den Gegenstand desselben bezug habenden Bestimmungen außer Kraft.

§ 50.

Der Unterrichtsminister ist mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt.

Bürgermeister: Ich unterbreche die Sitzung auf eine halbe Stunde. Aber ich bitte, nicht fortzugehen; ich führe die Lehrersache unter jeder Bedingung zu Ende. (Beifall.)

(Unterbrechung der Sitzung um 9 Uhr 35 Minuten abends.)

* * *

(Wiederaufnahme der Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten abends.)

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

Herr Gem.-Rat Tomola zum Referate.

67. Referent Gem.-Rat Tomola: Post 22, Zahl 1321. Der niederösterreichische Landes-Ausschuß hat der Gemeinde Wien einen Gesetzentwurf übermittelt, durch welchen die Regelung der Bezüge der Lehrkräfte an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Wiens durchgeführt werden soll. Meine Herren, in den Blättern wurde vielfach ich als der Verfasser dieses Entwurfes bezeichnet. Ich muß diese Waterschaft entschieden ablehnen, denn, wie ich schon erwähnt habe, wurde der Entwurf des Landes-Ausschusses uns vor zirka acht Tagen zugemittelt und ich stehe lediglich als Referent vor Ihnen, um diesen Entwurf zu ver-

treten, die Vorteile welche er hat, und zwar für einen großen Teil der Lehrerschaft, billigerweise ins rechte Licht zu setzen, und Sie zu bitten, ihm Ihre Zustimmung zu geben.

Meinen persönlichen Entwurf habe ich vor Jahren in einer Versammlung mitgeteilt, er ist aber ebensowenig Gegenstand der Beratung wie der Entwurf des gewesenen Magistrats-Direktors Freyer, welchen dieser seinerzeit dem Bezirksschulrate vorgelegt hat. Ich bin der Meinung, daß in Dingen, welche eine so gewaltige Änderung hervorrufen, auf das Urheberrecht ein besonderes Gewicht nicht gelegt werden soll, umjomehr, als die Sache, um die es sich hier handelt, die Regulierung der Lehrergehalte, endlich doch vom Flecke gebracht werden muß. Der Gemeinde Wien mußte es sich vor allem darum handeln, eine Bedeckung für die Erhöhung der Bezüge zu finden und zu suchen. Diese Bedeckung wurde, sowie in anderen Kronländern gefunden, indem eine Umlage auf das Bier eingehoben werden soll, und zwar soll dies so geschehen, daß alles Bier, welches in Wien konsumiert wird, auch zugunsten des Wiener Bezirksschulfonds versteuert wird. Die voraussichtliche Einnahme, welche aus dieser Biersteuer fließt, dürfte den Betrag von 2 Millionen Kronen übersteigen. Innerhalb dieses Betrages nun müßte sich die geplante Regelung halten.

Meine Herren! Ich glaube, es wird niemanden hier geben, der einer weiteren intensiveren Besteuerung der Bevölkerung das Wort reden könnte.

Es war nun Sache derjenigen, die das Gesetz entworfen haben, mit diesem Betrage das Auskommen zu finden und da haben die Gesetzgeber zu allererst Rücksicht auf die Besserstellung der männlichen Lehrerschaft genommen.

Diejenigen Herren, welche die Entwürfe, die Ihnen zugesandt wurden, studiert haben, werden entnommen haben, daß die männliche Lehrerschaft im großen und ganzen um 400 bis 600 K in ihren Bezügen steigt, eine Erhöhung, welche, wenn sie auch nicht allen gehegten Wünschen entspricht — das tut ja eine Gehaltsregulierung gar niemals — doch als eine solche bezeichnet werden muß, welche mit den Leistungen der Bevölkerung in Einklang gebracht werden kann.

Es betragen beispielsweise die Gehaltsansätze der Bürgerschul-Direktoren in ihren Endbezügen früher 3400 K Gehalt und 600 K Quartiergeld, zusammen 4000 K, jetzt 4600 K. Die Gehaltsbezüge der Volksschul-Oberlehrer sind 3000 K Gehalt, und hier ist eine Änderung eingetreten, denn der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, Ihnen zu empfehlen, das Quartiergeld der Oberlehrer auf 1100 K zu fixieren, damit dasselbe wie bei den Direktoren und Bürgerschullehrern um 200 K steigt. Bei den Bürgerschullehrern 2600 K Endgehalt und 1000 K Quartiergeld, also ebenfalls um 600 K mehr gegen früher. Bei den Volksschullehrern 2200 K Gehalt und 800 K Quartiergeld, wieder um 400 K mehr als früher. Bei den Volksschullehrern II. Klasse, der gewesenen Unterlehrer — der Titel Unterlehrer soll dominiert werden — 1600 K Gehalt und 400 K Quartiergeld, zusammen 360 K mehr als früher. Sie sehen, daß die männliche Lehrerschaft in allen Kategorien um recht namhafte Beträge erhöht wurde.

Eine vielfach empfundene Klage — und darüber ist in den Zeitungen viel geschrieben worden — ist, daß die Lehrerinnen in diesem Gesetzentwurf viel zu wenig berücksichtigt worden sind, und daß den Lehrerinnen überdies das Zölibat auferlegt wurde, beziehungsweise daß sie, wenn sie heiraten, den Dienstverzicht einzugehen haben.

Meine Herren! Der Gesetzgeber oder derjenige, der das Gesetz entworfen hat, ließ sich dabei von folgenden Erwägungen leiten. Es heißt in den Briefen und Besprechungen in den Zeitungen immer: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten. Ich glaube aber, es muß heißen: Gleiche Erfüllung in den Pflichten. (Rufe: So ist es!) In dieser Hinsicht zeigt uns die Zusammenstellung und zwar seit vielen Jahren, folgendes Ergebnis. (Hört! Hört!)

Auf die weiblichen Lehrpersonen entfallen 38 Urlaubstage im Durchschnitte (Hört! Hört!), auf die männlichen Lehrpersonen aber 14 Urlaubstage im Durchschnitte, bei den männlichen Lehrpersonen sind aber in diesen 14 Urlaubstagen auch die Urlaube der Bezirksschul-Inspektoren enthalten, auch die Urlaube jener, welche zu Studienzwecken für ein ganzes Jahr oder noch länger beurlaubt waren.

Es waren das im vorigen Jahre 26 ganzjährige Urlaube, welche gewiß anders beurteilt werden müssen als die Krankheitsurlaube der Lehrerinnen, schon aus dem Grunde, weil sie der Gemeinde Schaden nicht verursachen, nachdem für diese Urlaube die Substitutionskosten bezahlt werden. Bringt man diese in Abrechnung, so kommen auf eine männliche Lehrkraft nicht ganz 10 Tage Urlaub jährlich. Und nun merken Sie wohl auf.

Es sind im ganzen zirka 220 Schultage. Nachdem eine männliche Lehrkraft 10 Schultage im Durchschnitte versäumt, so erfüllt sie an 210 Schultagen ihre Arbeitspflicht, während die weibliche Lehrkraft 38 Schultage ihre Pflicht nicht erfüllt, sohin nur an zirka 180 Schultagen ihrer Pflicht nachkommt.

Das Verhältnis ist also 210 zu 180 oder in ein niedrigeres Verhältnis gebracht, 7 zu 6 oder mit anderen Worten: die Arbeitsleistung des Mannes ist um $\frac{1}{7}$ höher als die der Frau.

Mit Rücksicht auf diese tatsächlichen Verhältnisse sind, wie mir mitgeteilt wurde, vom Landesauschusse die Ansätze getroffen worden, die Ihnen vorliegen. Sie werden nirgends finden, daß um mehr als $\frac{1}{7}$ der Gehalt ja an Quartiergeld der Frau hinter denjenigen des Mannes zurücksteht. Es können also auch die Lehrerinnen billigerweise nicht behaupten, daß sie hinter dem Manne an Entlohnung zurückstehen, sondern es wird ihre Arbeit eben genau so behandelt wie die des Mannes. Ich hätte es als Referent vielleicht ganz gerne gesehen, wenn eine vollständige Gleichstellung platzgegriffen hätte, denn dann wäre eben der Mann die billigere Arbeitskraft gewesen, und man hätte dann an vielen Stellen männliche Lehrkräfte berufen, an welche jetzt Frauen berufen werden. Es war bei dem knapp zur Verfügung stehenden Betrag von etwas mehr als zwei Millionen Kronen nicht möglich, und es wird uns daher niemand den Vorwurf machen können, daß wir in erster Linie die Gehalte der männlichen Lehrer aufgebessert haben. Ich bitte Sie, in dieser Hinsicht der Vorlage Ihre Zustimmung erteilen zu wollen. (Beifall).

Es ist noch eine kleine stilistische Änderung, die ich beantrage habe.

Ich bemerke nur vorerst, daß der vorgelegte Gesetzentwurf über die Aufbesserung der Lehrergehalte in ein Funktim gebracht werden soll mit einer Reihe anderer Gesetzentwürfe, das sind Gesetzentwürfe über die Regelung der Schulaufsicht, die Regelung der Pensionsverhältnisse und der Schulerhaltung und daß weiter die Mehrheit beschlossen hat, auch den Punkt in den Gesetzentwurf aufzunehmen, daß die Verehelichung der Lehrerinnen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens — hier hat sich ein recht unschönes Wort in die Anträge eingeschlichen; es heißt da: „Inkrafttretung des

Gesetzes“, ich beantrage also hier zu sagen: vom Zeitpunkte des Inkrafttretens“ des Gesetzes — als freiwilliger Dienstverzicht angesehen werde. Selbstverständlich ist diese Bestimmung nicht rückwirkend, sondern sie soll sich nur auf diejenigen beziehen, welche von nun an in den Dienst der Gemeinde Wien eintreten.

Ich bin, meine hochgeehrten Herren, der Meinung, daß, wenn das, was Ihnen vorliegt, zum Gesetze erhoben wird, die materielle Lage eines großen Teiles der Lehrerschaft, des überwiegenden Teiles, erheblich gebessert werde, so daß die vielen Klagen, welche seit Jahren in dieser Hinsicht erhoben worden sind, denn doch verstummen werden, insbesondere bei jenen einsichtigen Elementen der Lehrerschaft, welche sich der Wahrnehmung wohl nicht verschließen können, daß eine größere Mehrbelastung, als sie es durch dieses Gesetz bedingt, seitens der Wiener Bevölkerung nicht getragen werden könnte. (Zwischenrufe.)

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, bitte ich Sie, in die Debatte einzugehen. Ich bitte Sie, dieselbe in wohlwollender Weise zu pflegen, und zum Schlusse Ihre Zustimmung zu den vorliegenden Gesetzentwürfen auszusprechen.

Ich bemerke nur, das weitgehende weltverbessernde Änderungen in diesem Gesetzentwürfe nicht möglich sind, weil eben die Mittel dazu nicht aufzutreiben sind. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Doktor Reisch.

Gem.-Rat Dr. Reisch: Wenn ich mich auch gegen den Antrag des Stadtrates zum Worte gemeldet habe, so können Sie doch angesichts meiner ganzen früheren Tätigkeit als Ortschulrat beziehungsweise Schulrat, als Vorsitzender-Stellvertreter des Wiener Bezirkschulrates, überzeugt sein, daß meine Stellungnahme gewiß nicht dahin gerichtet ist, gegen die Verbesserung der Lehrerbezüge hier Stellung nehmen zu wollen, sondern, daß meine Wortmeldung kontra sich nur darauf beziehen kann, daß ich mich mit diesen Anträgen insofern nicht einverstanden erklären kann, als sie die Erwartungen, welche seit langen Jahren die Lehrerschaft daran geknüpft hat, wenn eine Gehaltsregulierung erfolgen werde, daß sie eine vollständige, befriedigende sein werde (Zwischenrufe) und eine der hohen Stellung, welche die Volkserzieher einnehmen, auch in materieller Beziehung entsprechende sein werde, als sie, wie gesagt, diese Anforderungen und Erwartungen in vielfacher Beziehung nicht erfüllen.

Ich erinnere daran, daß hier in der Sitzung vom 30. September 1904 Herr Gem.-Rat Zifferer den Antrag gestellt hat, daß eine entsprechende Berücksichtigung der abnormen Teuerungsverhältnisse, welche in Wien eingetreten sind, als Grundlage genommen werde zur Bewilligung einer Teuerungszulage sowohl für die gesamte städtische Beamtenschaft als auch für die Lehrer, bis eine entsprechende Regulierung der Lehrergehälter möglich sein wird. Dabei wurde allerdings nicht angenommen, daß mit einer solchen riesigen Eile jetzt in der heutigen Nachtitzung diese Angelegenheit zur Durchsprache gelangen soll. Insbesondere konnte nicht angenommen werden, daß uns vom Referententische zugemutet wird, wir sollen diese vorgeschlagene Gehaltsregulierung als ein Punkt mit dem Komplex der dem niederösterreichischen Landtage vorgelegten Gesetzentwürfe annehmen. Es sind dies Entwürfe, von denen wir keine Ahnung haben. Es ist allerdings in den heutigen Abendblättern aus dem niederösterreichischen Landtage berichtet worden, daß dort Gesetzentwürfe vorgelegt worden seien, bezüglich welcher die dringlichste

Behandlung verlangt wurde, so daß sie ohne schriftlichen Bericht lediglich über mündlichen Bericht des Landes-Ausschusses zur Beratung kommen sollen. Wir sind aber in vollständiger Unkenntnis dessen, was diese Entwürfe enthalten und es ist daher wohl als ungeschöblich zu betrachten, daß wir hier den Antrag des Stadtrates annehmen sollen, der ein untrennbares Ganzes mit diesen Gesetzentwürfen bildet. Wir sollen also eigentlich, wie es im Volksmunde heißt, die Kat' im Sack kaufen.

Wir wissen nicht, was diese Gesetzentwürfe enthalten und sollen dennoch beschließen, daß wir diesen uns unbekanntem Entwürfen zustimmen, die ein untrennbares Ganzes mit der Gehaltsregulierung bilden. Das ist eine Zumutung, gegen die ich mich mit vollem Jure und Recht verwahren kann. Die Herren, welche das Statut kennen, müssen mir doch zustimmen, daß uns damit eine vollständige Unmöglichkeit zugemutet wird. Es können ja in diesem Gesetzentwürfe solche Bestimmungen in Vorschlag gebracht werden, welche uns ja nicht konvenieren. Das ist der eine Punkt, der dazu führen würde, diese Angelegenheit zu vertagen, bis wir in Kenntnis der Gesetzentwürfe kommen, über welche wir heute unter einem abstimmen sollen, ohne sie zu kennen. Daher ist der Antrag wohl berechtigt, den ich zunächst stelle, diese Angelegenheit zu vertagen, bis die ganzen im niederösterreichischen Landtage vorgelegten Gesetzentwürfe uns vorgelegt sind. (Rufe: Wo sind die Lehrer? Also vertagen wir!)

Also, wenn die Herren darüber hinweggehen und dies auf ihr Gewissen nehmen wollen, so muß ich erklären, daß ich einer unbekanntem Sache niemals meine Zustimmung geben kann. (Gem.-Rat Bielowka: Das beschließt der Landtag, nicht wir!) Ich anerkenne ja vollständig, daß die Erhöhung um zirka 2 Millionen Kronen, welche hier zur Verbesserung der Lehrergehälter in Antrag gebracht wird, eine sehr ansehnliche ist. Ich verkenne auch gar nicht, daß die vom Referenten vorgeschlagene Bedeckung eine ganz annehmbare ist, insofern als eine Mehrbelastung der Stadt Wien dadurch nicht herbeigeführt wird, indem dieselbe vollkommen aus der Bevölkerung herausgetragen wird, in dem einzuführenden Bierkreuzer, respektive in dem Anteil, welchen die Gemeinde Wien an diesem Bierkreuzer haben wird. Es kann dabei nicht übersehen werden, daß dieser Bierkreuzer von der ganzen Bevölkerung getragen wird, und im Verhältnis jedenfalls mehr fühlbar von der breiten Schichte der Bevölkerung, welche diesen Bierkreuzer schwer tragen wird, als die höheren Schichten der Gesellschaft, welche ja an dem kleinen Anteil, um welchen dieser Bierkreuzer sie belastet, keine besondere Bedrückung findet; es ist eben dasselbe Prinzip, welches bei allen solchen Steuern stattfindet, daß die Masse der Bevölkerung diesen Bierkreuzer aufbringen wird. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß das eine Bedeckung ist, welche eine neue Belastung der breiten Massen der Bevölkerung verursacht.

Wir haben in dieser Zusammenstellung der Erhöhungen der Lehrergehälter den hervorragenden Punkt, den schon der Herr Referent ja selbstverständlich nicht umgehen konnte, nämlich, daß die Erhöhung der Bezüge für die männlichen Lehrkräfte eine unverhältnismäßig höhere ist als die Erhöhung der Bezüge der weiblichen Lehrkräfte. Ich stehe nun allerdings dem gegenüber auf dem Standpunkte, daß die Leistung der weiblichen Lehrkräfte nicht unterschätzt werden darf.

Wenn diese mehreren Behinderungen bei der Leistung und Erfüllung der Pflichten im Lehramt bei dem weiblichen Geschlechte

eintreten, so ist doch im allgemeinen der weitergehende Gesichtspunkt der, daß die weibliche Kraft nicht unterschätzt werden kann gegenüber der männlichen Lehrkraft.

Wir haben gewiß keine Ursache, in Wien, wo wir so hervorragende Leistungen der Lehrerinnen überall zu verzeichnen haben, eine Zurückstellung der weiblichen Lehrkräfte in den Bezügen hier zum Prinzip zu erheben. (Gem.-Rat Schmid: Sie haben keine Familie zu erhalten!) „Sie haben keine Familie zu erhalten“, wird mir hier von einer Seite zugerufen. Aber das ist ja ein Umstand, der gar nicht in Betracht gezogen werden darf (Widerspruch), weil doch zugegeben werden muß, daß die weibliche Lehrkraft sich ganz außerordentlich in Wien betätigt hat (Gem.-Rat Schmid: Das leugnet niemand!) und daher dieselben Bezüge verdient wie die männliche Lehrkraft. Ich glaube aber insbesondere auf einen Umstand hinweisen zu müssen, daß nämlich in dieser Zusammenstellung der Erhöhung der Bezüge die provisorischen Lehrer und Lehrerinnen in einer geradezu unglaublichen Weise vernachlässigt erscheinen. Diese provisorischen Lehrer und Lehrerinnen werden in einer Kategorie überhaupt mit einer Erhöhung nicht bedacht. Die provisorischen Lehrer und Lehrerinnen aber erhalten wie bisher 1200 K und haben einen Nettomehrbezug von Null. Bloß in der zweiten Kategorie derselben bei 800 K Bezug tritt eine Erhöhung von 200 K ein, welche sich auf so wenig Personen verteilt, daß dieses ganze Mehrerfordernis, die ganze Erhöhung dieser provisorischen Lehrer und Lehrerinnen, einen Gesamtbetrag von 16.000 K erfährt, ein Minimalbetrag, der umso bedauernswerter ist, wenn man in Erwägung zieht, wie lange solche provisorische Lehrer und Unterlehrer in ihren Stellungen belassen werden, nach dem jetzigen System, welches gar keine geregelte Erhöhung in den Definitivstand kennt. Ich habe hier eine ganze Liste von provisorischen Unterlehrern und Unterlehrerinnen Wiens vorliegen, wonach solche unglückliche Geschöpfe 13, 14, 15, ja 16 Jahre in dieser provisorischen Stellung mit diesen geringen Bezügen verbleiben. (Rufe: Aber so was!)

Das ist eine authentische Liste. (Ruf: Bitte die Namen zu verlesen!)

Ja, bitte, das kann ich. Bitte, meine Herren, was für Pflichten haben diese Lehrkräfte zu erfüllen! Sie haben unsere Jugend zu erziehen. (Zwischenruf: Das wissen wir!)

Von ihnen hängt das Wohl und Wehe unserer Kinder ab. (Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe.)

Bürgermeister (das Glockenzeichen gebend): Aber ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rat Dr. Reisch: Diese Lehrkräfte haben die Verantwortung gegenüber der Stadt Wien, diese Kinder zu tüchtigen und brauchbaren Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen zu erziehen, und diese provisorischen Lehrer und Lehrerinnen sind mit diesen Bezügen durch Dezennien, ohne daß sie die Gewähr haben, in eine höhere Position zu kommen, und diese ärmsten dieser Parias belassen Sie in diesen niedrigen Gehältern — ich kann eigentlich von Gehalt gar nicht sprechen, nachdem das eine Entlohnung ist, die gar nicht als Gehalt bezeichnet werden kann, Sie beruhigen Ihr Gewissen, indem Sie sagen, daß das ganz in Ordnung sei; sie beantragen auch keine Zusicherung der Erhöhung und daher werde ich in erster Linie einen Antrag stellen, welcher in anderen Kronländern in den betreffenden Landesgesetzen festgesetzt ist. Derselbe lautet: „Als definitiver Lehrer und Lehrerin wird jeder Lehrer und jede Lehrerin nach dem dritten nach der Lehrbefähigungs-

prüfung zurückgelegten Dienstjahre betrachtet und hat als solcher Anspruch auf den Bezug eines definitiven Lehrers II. Klasse.“ Das ist ein Gesetz, welches in den verschiedenen Kronländern angenommen ist und welches für die Förderung unserer Lehrverhältnisse gewiß dienlich wäre und angenommen zu werden verdient. In dieser Weise wird keine außerordentliche Vermehrung eintreten, aber es werden diese schlechtest gestellten provisorischen Lehrer und Lehrerinnen die Aussicht haben, daß sie in menschlicher Weise avancieren. (Rufe: Aber nur bei zufriedenstellender Dienstleistung!)

Es ist ein zweiter Punkt, den ich hervorheben will, das ist die Stellung der Bürgerschullehrer und -Lehrerinnen. Diese werden gleichgestellt mit den andern Volksschullehrern in der Beziehung, daß die Lehrpersonen eine in die Pension einrechenbare Dienstalterszulage von 200 K nach je fünf Jahren erreichen, von denen jedoch nur sechs zuerkannt werden.

Ich beantrage bezüglich dieser Dienstalterszulage, daß für die Bürgerschullehrer und -Lehrerinnen, wie das in verschiedenen anderen Landesgesetzen normiert ist, Dienstalterszulagen in der Höhe von 250 K festgesetzt werden.

Dann habe ich bezüglich dieser neuen Bestimmung, welche in Niederösterreich eingeführt werden soll, daß nämlich die Verheiratung der Lehrerin vom Zeitpunkte der Inkrafttretung dieses Gesetzes als freiwilliger Dienstverzicht angesehen wird, einen Antrag vorbereitet, der nach den Referentenausführungen allerdings überflüssig wird, nachdem seitens des Referenten erklärt wurde, was aus dem Antrage nicht deutlich zu entnehmen war, daß die bereits gegenwärtig im Schuldienste befindlichen Lehrerinnen von dieser drakonischen Bestimmung nicht getroffen werden, daß dieses Zölibat, welches den Lehrerinnen aufgedrängt wird, erst beginnen soll für Lehrerinnen, welche nach dem Inkrafttreten des vorgeschlagenen Gesetzes Ausnahme finden. Ich habe das zur Kenntnis genommen, ich habe also den Zusatz-Antrag nicht mehr zurückziehen, obwohl ich es sehr wünschen würde, nachdem das aus der Textierung nicht zu entnehmen ist, daß das in den Antrag hineingefügt werde und daher es nicht als ein eigentlicher Antrag, sondern nur als Interpretation zu gelten hat: Diese Bestimmung hat für die derzeit im Schuldienste befindlichen Lehrerinnen, ob provisorisch oder definitiv angestellt, keine Anwendung zu finden, gilt vielmehr nur für die nach Veröffentlichung des neuen Gesetzes in den Schuldienst tretenden Lehrerinnen.

Ich würde dies nicht als eigentlichen Gegen-Antrag stellen, sondern als aufklärenden Zusatz beantragen. Ich stehe allerdings nicht auf dem Standpunkte dieses Antrages, weil ich der Meinung bin, daß die Freiheit des menschlichen Willens nicht dadurch gebunden werden soll, daß es einer Lehrerin bei Strafe der Entlassung verboten werden soll, zu heiraten. Ich stehe auf dem Standpunkte der Freiheit des menschlichen Willens und bin daher ein prinzipieller Gegner des Antrages, welcher hier formuliert ist, daß die Verheiratung gleichbedeutend sei mit einer freiwilligen Verzichtleistung. Für den Fall aber, als dieser Antrag angenommen wird. (Rufe: Wird angenommen!) Ich weiß es, aber darum darf ich doch meine gegenteilige Ansicht aussprechen und nachdem ich auch annehme, daß der Antrag angenommen werden wird, daß die Lehrerinnen, wenn sie heiraten, als ausgetreten zu betrachten seien, will ich Ihnen den Antrag empfehlen, wie er auch in dem schlesischen und anderen Landesgesetzen enthalten ist (liest):

„Eine Lehrerin, ob provisorisch oder definitiv angestellt, welche zufolge dieser Bestimmung durch ihre Verehelichung als aus dem Schuldienste ausgetreten zu betrachten ist, hat bei ihrem Austritte eine Abfertigung zu erhalten, deren Höhe unter Berücksichtigung der Dienstzeit festzusetzen ist.“

Das ist die Bestimmung, die in dem schlesischen Landesgesetz enthalten ist, welche vollkommen den Ansichten über den Verdienst entspricht, welchen sie, wenn sie ausscheidet, als für sich erworben in Anspruch nehmen kann.

Ich empfehle in erster Linie die Zurückweisung des Antrages und die Vertagung bis wir in der Lage sind, die als Funktion bezeichneten Gesetzesentwürfe kennen zu lernen, welche erst heute an den niederösterreichischen Landtag verteilt wurden, die aber noch nicht einmal in den Zeitungen bekanntgegeben werden konnten. Dann empfehle ich bezüglich der provisorischen Lehrer die Bestimmung, daß nach dreijähriger Dienstzeit, nach Erlangung des Lehrbefähigungszugewinnes, die provisorischen Lehrer als definitive angesehen und deren Anspruch als definitive Lehrer II. Klasse anerkannt wird; dann den Zusatz-Antrag, daß die Dienstaltersbezüge der Bürgerschullehrer und Lehrerinnen mit 250 K festgesetzt werden und den Eventual-Antrag, daß die Lehrerinnen, wenn sie zufolge Verehelichung ausscheiden, eine entsprechende Abfertigung unter Berücksichtigung ihrer Dienstzeit erhalten.

Diese Anträge empfehle ich sukzessive zur Annahme.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Kunzschak pro!

Gem.-Rat Kunzschak: Meine sehr geehrten Herren! Ich hätte erwartet, daß die Vorlage, die uns gegenwärtig beschäftigt, eigentlich die widerspruchslöse Zustimmung des Wiener Gemeinderates, und zwar auch jener Herren finden werde, welche an dem Zustandekommen dieses Entwurfes als Oppositionspartei vollkommen unschuldig sind. Ich hätte das umso mehr erwartet, als ich glaube, daß jeder einzelne Herr der Gegenrichtung in dem Augenblicke als er sich anschickt, das Wort zu ergreifen und an dieser Vorlage zu kritisieren, eigentlich das Empfinden haben müßte, daß ihm die Schamröte über die Ohren steigt (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!), das aus dem einfachen Grunde, weil das, was heute hier geschieht, gar nichts ist, als die Gutmachung eines Jahrzehnte alten Verbrechens, das an der Lehrerschaft, und nicht nur an der Lehrerschaft, sondern eines Verbrechens, das von Seite der früher herrschenden Partei an den Kindern des christlichen Volkes in Wien begangen wurde. (Lebhafte Beifall und Rufe: Sehr richtig!) Die Lehrergehaltsregulierungsfrage ist keine solche neuen Datums, sie ist sehr alt und sie reicht sehr weit zurück, in jene Zeiten, wo wir, die wir uns heute hier in der Mehrheit befinden, in diesem Saale nichts zu reden hatten. Damals war das Interesse der Lehrer an ihrer Existenz genau so groß, wie es heute ist. Damals waren die wirtschaftlichen Verhältnisse um nicht viel besser als sie heute sind. Aber eines ist sicher: daß auch damals die Lehrer der Gemeinde Wien und dem Volke gegenüber verantwortlich waren für die Art und Weise, in der sie die Kinder des Volkes erzogen haben. Und ich bedauere und finde es geradezu unfassbar, daß ein akademisch gebildeter Mann, der doch über ein schärferes und andauernderes Gedächtnis verfügen sollte, heute erst, nach langjähriger öffentlicher Tätigkeit darauf kommt, daß die Lehrer eine hohe Verantwortung haben und daher anständig entlohnt werden müssen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen. — Beifall auf der Galerie.)

Bürgermeister: Ich ermahne die Galerie, sich jedes Zeichens des Beifalls oder Mißfallens zu enthalten.

Gem.-Rat Kunzschak: Ich bin mir auch dessen bewußt, und das hat ja auch der Herr Referent zugestanden, daß die Vorlage nicht allen Erwartungen, die in sie gesetzt worden sind, entspricht. Aber ich frage Sie: wo auf der Welt hat überhaupt eine Vorlage, namentlich eine Gehaltsaufbesserung, jemals den gehegten Erwartungen entsprochen? Uns handelt es sich auch nicht darum, alle zu befriedigen, sondern in gerechter Abwägung aller Für- und Wider, Gerechtigkeit gegenüber Jenen walten zu lassen, die auf Gerechtigkeit Anspruch erheben dürfen.

Meine Herren! Bei der Lehrergehaltsregulierung kommt ja doch schließlich auch ein anderer Faktor in Betracht; die Lehrer sind ja nicht unseretwegen, und wir sind nicht der Lehrer wegen hier; das soll durchaus keine, wie soll ich sagen, Mindereinschätzung des Lehrerstandes bedeuten, im Gegenteil, ich darf für mich im Anspruch nehmen, daß ich jederzeit für die Lehrer eingetreten bin, wo mir hiezu die Möglichkeit geboten war, aber schließlich und endlich muß denn auch — und ich bin überzeugt, daß dies auch bei der Mehrheit der Lehrerschaft der Fall ist — der Gedanke Zustimmung finden, daß, wenn die Not der Lehrer behoben werden soll, auch Rücksicht genommen werden muß auf die Not Derer, die die Not der Lehrer mit ihrem Geld beheben müssen. (Zustimmung.) Und die Verhältnisse, unter denen die Aufgabe, die Lage der Lehrer zu verbessern, an uns herantritt, sind wahrhaftig keine günstigen.

Hier zeigt sich wieder das Verbrechen der früheren Zeit. Sie hätten Zeiten gehabt, Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges und Wohlstandes, wo mit Leichtigkeit so viele Dinge hätten durchgeführt werden können. (So ist es!)

Heute, meine Herren, wo alles schreit und mit Recht schreit, nach Verbesserung seiner eigenen Lage, ist es eine ziemlich starke Zumutung, den Leuten zu sagen, sperrt euren Hunger und euer Elend ins innerste Kämmerlein und denkt an die Lehrer.

Es ist dies eine harte Aufgabe und wenn das Volk diese Aufgabe widerspruchslös auf sich nimmt, dann hochverehrte Herren, verdient diese Tatsache auch in der Weise gewürdigt zu werden, daß man nicht, wie soll ich sagen, unüberlegte und unrechtmäßige Kritik an etwas übt, was schließlich auch tief in die Taschen des Volkes hineingreift. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bedeckung der Lehrergehaltsregulierung kann in den laufenden Einnahmen nicht mehr gefunden werden. Es muß daher eine Biersteuer ausgeschrieben werden. (Gem.-Rat Seiler: Warum gerade eine Biersteuer?)

Herr Kollege, ich könnte Ihnen schon manches andere sagen, was sich durchführen lassen würde, um die Lehrergehaltsregulierung zu bedecken.

Ich verweise dabei auf den Ausweg, der vor einiger Zeit versucht wurde, nämlich auf den Ausweg, jene Kreise zur Steuerleistung heranzuziehen, die zahlen können. Jene Kreise, die kürzlich Seine Excellenz, unser Herr Ministerpräsident in der Versammlung der Industriellen gekennzeichnet hat, jene Kreise, die in der Öffentlichkeit klagen und lamentieren, daß sie nichts verdienen, daß jedes Arbeiterchutzgesetz sie zugrunde richtet und die dann am Jahreschluß 38 Prozent Dividenden bekommen. (Lebhafte Beifall.)

Aber, meine Herren, ich erinnere Sie daran, daß gerade aus Ihrem Lager, im niederösterreichischen Landtage die Oppo-

sition gegen einen solchen Versuch unternommen wurde und daß gerade Ihre Kreise es waren, die den Widerstand der Regierung gegen eine solche angeblich ungerechtfertigte Heranziehung anderer Leute, die dem Grundsatz der Gleichheit widerspreche, daß gerade Ihre Leute im Landtage die Stellungnahme der Regierung dagegen mit dem größten Jubel begrüßten und Ihre Presse ist es bis auf den heutigen Tag, die eine solche Aktion als Attentat gegen die Industrie und die Großunternehmungen bezeichnet. (Zustimmung.)

Wenn Sie, Herr Kollege Seiler, irgend welche Garantie dafür bieten können, daß Sie mit uns Schulter an Schulter arbeiten und den Einfluß, den Sie haben, und der zwar nicht in den Massen des Volkes, aber im Türklindendrücker bei den höchsten Herrschaften bis in die höchsten Salons geübt wird (Lebhafter Beifall), auch dazu benützen, um uns zu unterstützen, dann werden wir sehr gerne auf die Biersteuer Verzicht leisten. Ich als Arbeiter-Berträter würde es mit um so größerem Vergnügen tun, weil gerade die Arbeiter im weiten Maße zur Tragung dieser Kraft herangezogen werden, und zwar im weiten Maße nicht nur wegen der effektiven Summe, sondern wegen jener Summe, die herauskommen wird, wenn die kleine Biersteuer lawinenartig über den Berg herab durch die Brauhausbureau und die Wirtschaftsanstalten auf das Volk stürzt.

Die Biersteuer nehmen wir aber mit Vergnügen auf uns. Ich habe allen diesbezüglichen Anfragen gegenüber erklärt, ich werde es unter den Arbeitern zu verteidigen wissen, daß sie bei den von ihnen getrunkenen Bierkrugeln um ein paar Heller mehr bezahlen müssen, weil sie damit ein Opfer bringen scheinbar für die Lehrer, in Wirklichkeit aber für ihre Kinder, die nur bei einem materiell sichergestellten Lehrstande ordentlich erzogen werden können. (Lebhafter Beifall.)

Es wird Kritik geübt daran, daß man die Lehrerinnen stiefmütterlich bedacht habe. Der Herr Referent hat ziffermäßig nachgewiesen, daß das gar nicht der Fall ist, daß im Gegenteil die Lehrerinnen hinsichtlich ihrer Arbeitsleistung genau so bewertet werden wie die Lehrer und daß, wenn dies nicht geschehen wäre und durch die Gehalts- oder Quartiergeldbemessung seinen Ausdruck finden würde, gerade die Lehrer Ursache hätten, sich über die stiefmütterliche Bewertung ihrer Arbeitsleistung zu beschweren.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß man die Lehrerinnen, die sich verheiraten wollen, zwingt, aus dem Dienste auszutreten, so entspricht dies vollständig meiner Überzeugung. Ich verwahre mich dagegen, daß dies als Einschränkung der Willensfreiheit bezeichnet wird. Die Freiheit des Heiratens nehmen wir den Lehrerinnen nicht. Aber wir lassen uns auch nicht die Freiheit nehmen, daß eine Lehrerin ihren Beruf voll und ganz erfülle (So ist es!), und zwar nicht nur ihren Beruf als Lehrerin in der Schule, sondern auch ihren Beruf — um mich trivial auszudrücken, dem sie sich selbst und freiwillig zugewendet hat, indem sie freite oder sich freien ließ. Wer den Bund der Ehe eingegangen ist, tut dies, um einen Hausstand zu gründen, um den eventuellen Kindern eine treue, fürsorgliche Mutter zu sein. Wenn da entgegnet wird, daß sich die Konkubinate unter den Lehrerinnen mehren werden, dann erkläre ich, im Namen der Lehrerinnen und bei ihrer Ehre, daß sie moralisch zu hoch stehen, um wegen des Austrittes aus dem Lehrdienst Konkubinate einzugehen, wenigstens in der Mehrzahl der Fälle. Wir können die Dinge drehen wie immer,

Wünsche werden immer bleiben, und ich selbst komme am Schlusse meiner Ausführungen mit einem solchen. Aber das eine dürfen wir nicht verkennen, daß die Vorlage alles bietet, was gerechter und vernünftigerweise unter objektiver Würdigung und Rücksichtnahme auf die Bevölkerungsschichten gegenwärtig geleistet werden kann.

Meine Herren! Ich erkläre, mehr könnte nicht geleistet werden, ohne daß nicht gleichzeitig auch der Neid und dadurch der bitterste Stachel in der Bevölkerung heraufgekittelt wird. Es hat mir eine ganze Reihe von Staatsbeamten erklärt, daß hier einzelne Gehaltsansätze sind, wo ein Staatsbeamter mit akademischer Bildung oft lange zu tun hat, bis er dieselbe Gehaltsstufe erreicht.

Das mag vielleicht etwas wie Neid ausschauen, ich rechtfertige dies auch nicht, aber wahr ist es — und das muß auch gerechterweise hier bekanntgegeben werden — wahr ist es, daß eine ganze Reihe von Gewerbetreibenden oft sagen: Ja, mit unserem Geld sollen wir Aufbesserungen vornehmen, wo uns jeder Kreuzer eigentlich zur Aufrechthaltung unserer Existenz fehlt und abgeht. Und ich verhehle mir auch nicht, daß es selbst unter den Arbeitern sehr viele allerdings Kurzsichtige gibt, die da sagen, daß auch sie in keinem Verhältnis zu dem stehen, was hier geboten wird, daß sie in keiner Weise auch nur annäherungsweise eine solche Aufbesserung erfahren haben, sondern sich in der letzten Zeit leider Gottes noch eine Verschlechterung ihrer finanziellen Einkünfte gefallen lassen müssen. Ich, wie gesagt, heiße das alles nicht gut, sondern ich stehe auf einem Standpunkt, der ganz unabhängig von der Liebe oder Nichtliebe zu den Lehrern ist, auf dem Standpunkt, daß die Lehrergehaltsregulierung vorgenommen werden mußte in Rücksichtnahme auf die Aufrechthaltung eines geordneten Fortbestandes unserer Schulen und in Rücksichtnahme darauf, daß unsere Kinder auch anständig und rechtlich erzogen werden können, was bisher nicht aus Nachlässigkeit des Lehrers, sondern aus seiner gedrückten Stimmung heraus nicht der Fall war und vielfach auch nicht der Fall sein konnte. Ich werde also mit voller Beruhigung für die Anträge stimmen; nicht nur mit voller Beruhigung, sondern mit dem vollen Bewußtsein, eine Pflicht und eine gute Tat erfüllt zu haben, werde ich für die vorliegenden Anträge stimmen.

Ich erlaube mir, noch einen Zusatz-Antrag zu stellen, und zwar betrifft er die provisorischen Lehrkräfte. Er betrifft zwar nicht jene provisorischen Lehrkräfte, die die größere Anzahl ausmachen, aber er betrifft jene provisorischen Lehrkräfte, aus deren elender Lage heraus sich fortpflanzend immer weiter das Elend selbst bis in die höchste Gehaltsstufe hinauf entwickelt.

Der junge Lehrer, der aus der Lehrerbildungsanstalt kommt, ist in der Regel ein armer Teufel, wir wissen ja, daß die reichen Leute ihre Kinder selten mehr dem Lehrberufe zuführen. Der junge Lehrer ist ein armer Teufel und im Augenblicke, wo er aus der Lehrerbildungsanstalt herauskommt, treten mit einemmale eine ganze Reihe Verpflichtungen an ihn heran; er muß sich equipieren, Bargeld hat er nicht und die nötigen Einkünfte hat er auch nicht, die Folge davon ist, daß er Schulden macht, und die Schulden drücken ihn infolge der Verzinsung außerordentlich; da glaube ich, wäre es vielleicht denn doch möglich, und ich hoffe auch bestimmt, daß mein Antrag angenommen werden wird, daß man die Lehrer, die in den Beruf eintreten, auch wenn sie noch keine Lehrbefähigung haben, deswegen nicht geringer entlohnt, daß man diese Gehaltskategorie der provisorischen Lehrer ohne Lehrbefähigungsprüfung ausschalten und daß man

dem Lehrer sofort, im Augenblicke, wo er in den Dienst eintritt, mit jenem Gehalt entlohnen soll, der wirklich als Existenzminimum bezeichnet werden muß, das ist der Gehalt von 1200 K.

Ich beantrage daher folgendes:

Die Gehaltscategorien der provisorischen Lehrer und Lehrerinnen ohne Lehrbefähigung werden aufgelassen und sie erhalten den mit 1200 K bemessenen Gehalt der provisorischen Lehrer und Lehrerinnen mit Lehrbefähigung.

Ich bitte Sie, meine Herren, diesem Antrage zuzustimmen.

Er wird vielleicht auch noch eine Erweiterung der Endsumme bedeuten, aber er wird sich sicherlich als eine Wohltat, und zwar als eine gerechte Wohltat gegenüber den Lehrern und Lehrerinnen erweisen.

Indem ich Sie bitte, diesen Antrag anzunehmen, bitte ich Sie auch, den Antrag des Referenten anzunehmen, im Bewußtsein, den Lehrern gegenüber einen Akt der Gerechtigkeit und den Kindern des Volkes gegenüber einen Akt der Klugheit und weiser Voraussicht begangen zu haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Klebinder.

Gem.-Rat Klebinder: Ich habe mich als Redner für die Vorlage einschreiben lassen, weil ich die Verbesserung der Lage der Lehrer auf das wärmste und herzlichste begrüße; aus diesem Grunde bin ich nicht in der Lage, dem Antrage meines verehrten Freundes und Gesinnungsgenossen, Dr. Reich, auf Vertagung dieser Angelegenheit zuzustimmen. (Beifall. — Ruf: So ist es!) Die Lehrerschaft kann nicht länger warten. Aus demselben Grunde aber, meine Herren, aus welchem ich den Vertagungs-Antrag für meine Person ablehne, kann ich auch meine Zustimmung dazu nicht geben, daß die Verbesserung der Lage der Lehrerschaft an eine Bedingung geknüpft werde (So ist es!), die Sie nicht in der Hand haben, von der Sie nicht wissen, ob sie auch erfüllt wird.

Sie knüpfen diese Vorlage an die Bedingung eines Junktims, an die Bedingung, daß eine Reihe von Schulgesetzen im Landtage beschlossen und zugleich mit dieser Vorlage der kaiserlichen Sanktion unterbreitet und teilhaftig werden. Wenn Sie anerkennen, daß die Verbesserung der Lage der Lehrerschaft eine unaufschiebbare ist, dann dürfen Sie diese Vorlage nicht an eine solche Bedingung knüpfen. (Ruf: Ja, wo sollen wir das Geld hernehmen?) Nun handelt es sich, hochwürdigster Herr, nicht um die Bedeckung, sondern um eine andere Frage, ich bitte schön. An die Vorlage des Landtages soll eine Bedingung geknüpft werden, welche Sie gar nicht zugesichert bekommen können. Sie sollen aussprechen, daß Sie dieses Lehrergehaltsverbesserungsgesetz nur votieren, wenn der niederösterreichische Landtag eine Reihe von Schulgesetzen auch wirklich der Sanktion unterbreitet und dieselben der Sanktion teilhaftig werden. Da wiederhole ich, dafür haben Sie keine Bürgschaft; es will mir scheinen, daß man die begründete Besorgnis hat, es könnte gewiß das vom niederösterreichischen Landtage votierte Schulgesetz die Genehmigung der Regierung nicht erhalten und man glaubte, weil man weiß, daß die Regierung auf die Verbesserung der Lage der Lehrerschaft einen großen Wert legt, die Regierung zu zwingen, die Sanktion dieser Gesetze zu veranlassen, wenn Sie die Zustimmung des Wiener Gemeinderates zu dieser Vorlage des Landtages bezüglich der Aufbesserung der Lehrergehälter erhalten will.

Da ich von diesem Junktim spreche, so sage ich gleich, daß ich insbesondere zwei Dinge verhorreschiere; das eine ist ein Gesetz, welches der niederösterreichische Landtag beschließen soll. Ich habe das Gesetz nicht vollständig gelesen, denn ich hatte es nur der Güte des Herrn Regierungsrates Dr. Geßmann zu verdanken, der mich vor der Sitzung einen Blick in die Vorlage werfen ließ; aber für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Gesetzesänderung eine entschieden reaktionäre Tendenz hat. Ich behaupte überdies, daß diese Vorlagen des niederösterreichischen Landesauschusses nicht reiflich erwogen sind, und daß die Gesetze den Eindruck machen, als würden die Herren die Verhältnisse auf der untersten Stufe der Schulverwaltung nicht genau kennen. Ich berufe mich auf Herren, welche an der Spitze von Ortsschulräten stehen, und welche in solchen Körperschaften als Mitglieder zu wirken berufen sind.

In dem zur Vorlage gelangenden Gesetze, betreffend die Verbesserung der Lehrergehälter, wird bestimmt, daß der Ortsschulrat die Schulaufsicht, die er kraft des Gesetzes jetzt selbst durch seine Mitglieder besorgt hat, in Zukunft durch sogenannte Ortsschulinspektoren ausüben soll, welche nicht er bestellt, sondern welche der Bezirksschulrat bestellt, und zwar nicht aus der Mitte der Ortsschulräte, sondern aus den Reihen der wahlberechtigten Bevölkerung aus diesem Orte. (Zwischenrufe.) Ich bin bereit, mich belehren zu lassen, wenn Sie in der Lage sind, mich zu belehren; ich bitte jedoch, mich aussprechen zu lassen!

In dieser Beziehung wird auch gesagt, daß solche Ortsschulinspektoren der Bezirksschulrat nach Anhörung des Ortsschulrates bestellen soll. Wir wissen, was das heißt: man kann jemanden anhören, braucht aber darauf nichts zu geben! Die Ortsschulinspektoren, auf deren Ernennung der Ortsschulrat keinen Einfluß hat, werden ex officio Mitglieder des Ortsschulrates. Ich bitte recht schön, nehmen wir einen Bezirk von Wien, zum Beispiel Landstraße; die Landstraße hat 20 Ortsschulräte und 26 Schulen. Wenn nun der Bezirksschulrat für jede Schule einen Ortsschulinspektor bestellt, der ex officio Mitglied des Ortsschulrates wird, dann stehen 20 von der Bezirksvertretung gewählten Ortsschulräten 26 vom Bezirksschulrate ernannte Ortsschulräte gegenüber und ich frage jeden, der die Schulverwaltung kennt, ob man das machen kann? Ich halte es für ganz unglaublich, daß man es wagt, mit einer solchen Vorlage vor den niederösterreichischen Landtag und vor gesetzgebende Körperschaften zu treten; allerdings heißt es in einer späteren Bestimmung, in Wien kann von der Ernennung solcher Ortsschulinspektoren Umgang genommen werden. Wenn man aber einmal ein solches Recht hat, dann übt man es auch aus, umsomehr, als es im Interesse derjenigen Partei gelegen ist, welche die Ernennung in der Hand hat, daß der Ortsschulrat in einer bestimmten Weise zusammengesetzt wird. Ich habe hier nur eine Stichprobe aus diesem Gesetze genommen. Wie wollen Sie carte blanche geben, wer von Ihnen hat diese Entwürfe gelesen, geprüft und studiert, wie wollen Sie dieses Gehaltsgesetz, das Ihnen wie mir am Herzen liegt, an Bedingungen knüpfen, die mit den vom niederösterreichischen Landtage zu votierenden neuen Schulgesetzen zur Sanktion gebracht werden sollen?

Ich glaube, es entspricht nicht der Gewissenhaftigkeit, von welcher sich der Gemeinderat bei seinen Beschlüssen leiten lassen soll, wenn er das ohne weiteres annimmt. Wer hat den Stadtrat gehindert, wer hat die Verwaltung gehindert, den Mitgliedern

des Gemeinderates die Vorlagen gleichzeitig zu jener Zeit zuzusenden, zu welcher sie die Stadträte in die Hand bekommen haben, damit sie in der Lage sind, sich ein Urteil zu bilden für das Votum, welches sie kraft ihres Gewissens abgegeben haben? Aus diesem Grunde muß ich den Antrag perhorreszieren und aus dem zweiten Grunde, der Verehelichung der Lehrerinnen. Das ist ein ganz eigenes Kapitel. Ich bin der letzte, welcher es verkennt, daß für die Schulverwaltung gewisse Schwierigkeiten durch die notwendig werdende Beurteilung der Lehrerinnen entstehen.

Und, meine Herren, wenn Sie Lehrerinnen anstellen, dann müssen Sie im vorhinein mit der Tatsache rechnen, daß die Frauen physikalischen Gesetzen unterworfen sind (Lebhafte Heiterkeit), zu gewissen Zeiten die Schule einfach nicht besuchen können (Heiterkeit), Sie müssen weiters mit der Tatsache rechnen, daß Sie die Lehrerinnen brauchen. Die Bevölkerung verlangt zum überwiegendsten Teile, daß die Kinder an Mädchenschulen von Frauen unterrichtet werden. Es ist ja die Frage kontrovers, man kann darüber auch anderer Meinung sein, Männer aber, die auf der untersten Stufe der Schulverwaltung stehen und in diese Dinge tieferen Einblick haben, müssen sagen, an Mädchenschulen sollen nur Frauen unterrichten, an Knaben-Volks- und Bürgerschulen nur männliche Kräfte verwendet werden, es soll keine Frau an eine Knabenschule kommen. Mit Rücksicht auf diese Forderung möchte ich eigentlich das Gesetz nennen ein Gesetz wider die Natur. (Heiterkeit.) Wenn der verehrte Herr Vorredner davon gesprochen hat, daß die Konkubinate sich nicht vermehren werden und die Lehrerinnen viel zu hoch stehen, so muß ich entgegenen, daß die Stimme des Blutes und eines heftig pulsierenden Blutes sich oft nicht unterdrücken läßt. (Gelächter.) Nach den bestehenden Gesetzen wird eine Lehrerin, welche einer solchen Stimme ihres leidenschaftlichen Blutes Gehör schenkt, eine Lehrerin, welcher Konsequenzen daraus erwachsen, die sie ins Unglück bringt, kraft der bestehenden Disziplinalgesetze vom Lehrfache entfernt. Von einem gemeinsamen Haushalte ist ja gar keine Rede, da wird sie ebenfalls sofort entlassen und jetzt wollen Sie es den Lehrerinnen noch unmöglich machen, zu heiraten? (Widerspruch.) Sie sagen, wir verbieten ihnen nicht das Heiraten, aber erwägen wir doch die realen Verhältnisse. Derjenige, der eine Lehrerin heiratet, rechnet, wenn er nicht vom Feuer der Liebe getrieben wird, darauf, daß die Lehrerin in den Haushalt ein gewisses Einkommen mitbringt. Das ist die Mitgift, die sie ihm zubringt. Und wenn Sie sagen: Die Lehrerin hat keine Familie zu erhalten, nur der Mann hat dies zu tun, dann sage ich Ihnen: Unzählige Lehrerinnen bilden fast die einzige Stütze einer armen Familie, sie müssen die Mutter, die Geschwister erhalten! So allgemein kann man von der Sache nicht sprechen. Und ich sage Ihnen weiters auf Grund meiner Erfahrung — und auch da appelliere ich an die anwesenden Mitglieder der Ortschulräte von Wien — daß die Lehrerinnen voll und ganz ihre Pflicht erfüllen, mit jenen Ausnahmen, wie sie auch unter den männlichen Lehrkräften vorkommen. Ausnahmen kommen immer vor. Aber im großen und ganzen benehmen sich die Lehrerinnen musterhaft, mit großer Hingebung und Aufopferung walten sie ihres Amtes. Das beweist uns gar nichts, wenn der Herr Referent gesagt hat, daß bei den Frauen ein größerer Prozentsatz an Urlauben ist. Das bringt die Natur der Sache mit sich. (Heiterkeit.) Sonst dürfen Sie eben keine anstellen. Wenn Sie

aber von den Lehrerinnen verlangen, daß sie mit gleichem Eifer, mit gleicher Hingebung und Liebe im Interesse der Schule wirken, dürfen Sie sie nicht schlechter stellen, als die Lehrer und ihnen nicht Dinge zumuten, welche wider die Natur sind.

Der geehrte unmittelbare Vorsprecher hat ein altes Thema angeschlagen, indem er auf die frühere kommunale Regierung geschimpft hat. (Rufe: Sehr richtig!) Mein Gott, das ist so billig und jetzt wirds auch schon fad. (Heiterkeit.) Nehmen Sie sich ein Beispiel an dem Herrn Bürgermeister. Der Herr Bürgermeister schimpft heute auf die frühere Verwaltung nicht mehr. (Rufe: O ja!) Ich bin in der Lage, Ihnen zahlreiche Emanationen unseres Herrn Bürgermeisters bekanntzugeben, in welchen er die Tätigkeit der früheren Verwaltung auf verschiedenen Gebieten der Administration gerühmt hat. . . . (Rufe: Weil er ein edler Mensch ist!) — das hat mit dem Adel des Menschen gar nichts zu tun — sondern weil er einsieht, jetzt, wo er selbst am Webstuhl der kommunalen Geschichte steht, daß es sehr leicht ist, in der Opposition zu reden. (Lebhafte Heiterkeit und ironischer Beifall.) Wenn man aber die Verwaltung zu führen hat und von der Verantwortlichkeit für dieselbe getragen ist, dann steht die Sache anders, und da muß der Herr Bürgermeister selbst zugeben, daß seine Vorgänger je nach ihren Kräften nach Möglichkeit das Beste für die Stadt Wien getan haben, viele Werke ins Leben gerufen haben, welche noch auf Generationen hinaus zum Segen für die Bevölkerung sein werden. Der Herr Bürgermeister hat bei einer Gelegenheit — ich glaube, es war in der geologischen Reichsanstalt — gesagt: Die Wiener werden nie vergessen, was sie dem Professor Sueß schuldig sind. Meine Herren! Durch Jahre hindurch haben Sie diesen Mann bei jeder Gelegenheit so heftig angegriffen und jetzt werden Sie durch den autorisierten Mund Ihres eigenen Bürgermeisters desavouiert. Wenn der geehrte Herr Vorsprecher darauf hingewiesen hat, daß die fortschrittliche Partei zur Zeit ihres Regimes für die Lehrer das alles hätte tun können, wenn er das sagt, so kann ich nur annehmen, daß er in voller Unkenntnis der Geschichte der letzten Jahrzehnte des Wiener Gemeinderates ist. Denn die große Gehaltsregulierung — fragen Sie den Herrn Bürgermeister, er war dabei — hat die fortschrittliche Partei durchgeführt. (Rufe: Wann?) Wie Wien mit den Vororten vereinigt wurde, wurden die in den Vororten wirkenden Lehrer in ihren Bezügen mit den Wiener Lehrern völlig gleichgestellt. Das sind Tatsachen, über die Sie nicht hinwegkommen. (Rufe: Schulden!) Sie sagen: Schulden. Schulden sind nicht das Ärgste. Schauen Sie an! Der Gemeinderat der Fünfzigerjahre hat gar nichts getan. Da war es keine Kunst, daß er am Abschlusse dieses Jahrzehnts einen Haufen Geld in den Kasten hat liegen lassen. Bedenken Sie aber, was für Zustände die fortschrittliche Partei angetroffen hat. Die fortschrittliche Partei mußte alles, was der Gemeinderat der Fünfzigerjahre unterlassen hat, herstellen. . . . (Zwischenrufe.) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. Herr Bürgermeister, ich bitte um Ihren Schutz!

Bürgermeister: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rat Alekinder: Ich lasse jeden reden und höre aufmerksam zu, auch wenn die Rede manchmal noch so fad ist. Der Gemeinderat der Sechzigerjahre hatte die Stadterweiterung durchzuführen; was für unendliche Summen hat die Verbreiterung der Straßen in der Inneren Stadt u. s. w. gekostet, die Hochquellenleitung hat er durchgeführt, hunderte Schulpaläste hat er

gebaut, die Donauregulierung hat er mitgemacht, er hat den Viehmarkt gebaut und ich könnte Ihnen Hunderte von solchen Werken aufzählen, welche ein rühmendes Denkmal der fortschrittlichen Gemeindeverwaltung Wiens sind. Ich habe durch den Herrn Vorredner mich von meinem Thema abbringen lassen und habe gefürchtet, daß mich der Herr Bürgermeister unterbrechen wird. Ich danke ihm, daß er mich das hat aussprechen lassen.

Meine Herren! Ich werde mich auf einzelne Positionen in dem Entwurfe nicht einlassen. Ich anerkenne dankbar, daß man endlich (Ruf: Na also!) eine Gehaltsregulierung macht. Ich weiß sehr gut, wie schwer es ist, aus einem solchen Ziffernkomplexe etwas herauszureißen. Wir wollen, daß die Geschichte Tatsache wird. Da müssen wir sie annehmen, ob nun einer einzelnen Kategorie ein bißchen Unrecht geschieht oder eine andere zu viel bevorzugt wird; das müssen wir in den Kauf nehmen. Ich hätte gewünscht, daß die Lehrerinnen mit den Lehrern vollkommen gleichgestellt werden. (Widerspruch.) Sie sagen, es geht nicht. Wir werden es nicht ändern, und, wenn ich den Gegen-Antrag stelle, bin ich vollständig überzeugt, daß er mit erdrückender Majorität abgelehnt wird. Da ich Phantomen nicht nachzujagen gewohnt bin und gewöhnlich den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trage, so unterlasse ich es, positive Abänderungs-Anträge zu stellen.

Jedoch mache ich Sie auf folgendes aufmerksam: Die Lage der Lehrerschaft hängt nicht nur von ihren Bezügen ab, sondern auch von anderen Dingen. Ich bin übrigens überzeugt, daß selbst durch diese erhöhten Bezüge, welche zum größten Teile durch die enorme Teuerung aller Lebensmittel fiktiv geworden sind, der Lehrerschaft nicht viel geboten wird. Sie steht eigentlich auch dann auf dem alten Standpunkte. Diese Gehaltsregulierung hätte früher erfolgen müssen. (Ironischer Beifall und Rufe: Warum haben Sie es nicht gemacht? 30 Jahre war keine Erhöhung!)

Meine Herren! Ich danke Ihnen sehr für Ihren Beifall; denn Sie stimmen mir zu, daß die gegenwärtige kommunale Verwaltung im Laufe nahezu eines Jahrzehntes längst die Gelegenheit gehabt hätte, diese Gehaltsregulierung durchzuführen.

Aber, meine Herren, mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit werde ich mich sehr kurz fassen. Die Lage der Lehrerschaft ist nicht nur von den Bezügen abhängig, sondern auch von anderen Dingen. Die materielle und moralische Situation der Lehrerschaft kommt in Betracht. Vor allem muß die Lehrerschaft wissen, daß bei Ernennungen und Beförderungen mit Objektivität und Gerechtigkeit vorgegangen wird. (Rufe: Geschieht so!) Ich bitte, das ist eine persönliche Meinung; ich erlaube mir, der entgegengesetzten zu sein. Ich berufe mich hier auf die anwesenden Ortschulräte und Vorsitzenden von Ortschulräten. In überaus zahlreichen Fällen ist der Stadtrat bei Ernennungen und Beförderungen nicht mit jener gebotenen Gerechtigkeit vorgegangen. (Widerspruch. — Ruf: Das gehört nicht hieher!) Ich bitte, ja, denn bei Ernennungen und Beförderungen der Lehrer erfahren auch seine Bezüge eine Änderung, folglich gehört das hieher. In zahlreichen Fällen hat der Stadtrat bei Ernennungen und Beförderungen nicht immer der Gerechtigkeit stattgegeben, nicht nach den Akten die Präsentation vorgenommen, sondern nach parteimäßigen Grundrätzen.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, vorsichtig zu sein mit einer Kritik des Stadtrates. Er hat auch ein Recht, respektiert

zu werden, und daß man ihm nicht Gefinnungen zumutet, die er gewiß nicht gehabt hat.

Gem.-Rat Alebinder (fortfahrend): Verehrter Herr Bürgermeister! Ich habe nicht von Gefinnungen des Stadtrates, sondern von seinen Taten gesprochen (Heiterkeit) und über diese Taten muß einem Mitgliede des Gemeinderates die Kritik offen stehen, denn er ist ein vom Gemeinderat gewählter Ausschuß, und ich bedauere, daß eine Verantwortlichkeit des Stadtrates gegenüber dem Gemeinderate im Besetze nicht aufgestellt und präzisiert ist.

Meine Herren! Ich glaube, der Stadtrat hat überhaupt kein System bei den Ernennungen und Beförderungen (Heiterkeit). Wenn ich darüber nachdenke, so muß ich sagen: Was ist System? Bei gleicher Qualifikation hat der Dienstältere den Vorzug; das ist überall so, in jeder Verwaltung. Wenn so und so viele Bewerber da sind, zum Beispiel 30, und 12 sind vorzüglich qualifizierte, dann hat eben der Ältere gewiß den Vorzug. Wir haben es aber erlebt, daß in einer Reihe von Fällen — ich rede nicht von Juden oder Liberalen oder Sozialdemokraten — Ihre Leute, ganz unzweifelhaft treue Anhänger Ihrer Partei, es beklagen, daß der Stadtrat bei den Ernennungen nicht so vorgeht, wie er vorgehen sollte. Es ist bei uns in der Leopoldstadt (Heiterkeit) vorgekommen — Sie werden doch gewiß nicht behaupten wollen, daß im Prater oder in den Kaisermühlen Judenschulen sind — bei uns ist es vorgekommen, daß unter einer großen Anzahl von Bewerbern, unter welchen christlichsoziale Lehrer mit einer 25-, ja 30jährigen Praxis und darüber sind, einer herangezogen wurde, der nicht einmal die Hälfte der Dienstzeit anderer hatte. (Gem.-Rat Zifferer: Aber ein Agitator!) Nein, kein Agitator, ich muß es ehrlich sagen, mir ist kein Fall bekannt, daß ein Lehrer sich einer Stimmwerbung, einer Agitation schuldig gemacht hätte, ich bitte, das muß ich ganz offen erklären. Aber es machen sich auf dem Gebiete der Schulverwaltung, dort, wo es sich um die Besetzung von Stellen handelt, Einflüsse ganz kolossaler Art geltend; Kreise, von denen man es gar nicht für möglich halten sollte, daß sie sich um die Besetzung einer Schulleiterstelle, sei es in Kaisermühlen, sei es wo anders, interessieren, setzen alle Hebel in Bewegung in einer Weise, daß selbst der Bürgermeister dem nicht widerstehen kann, und es wird nun einer der allerjüngsten ernannt, und die anderen müssen mit bitterem Groll in ihrem Gemüt und mit Erbitterung über die widerfahrene Unbill zurücktreten. Es besteht auf dem Gebiete, wo es sich um die Otkupierung von Stellen handelt, geradezu eine Nebenregierung, gebildet aus den höchsten Kreisen der Monarchie; da ist es allerdings schwer, aber der Stadtrat sollte doch einen steifen Nacken haben und gerecht, streng nach den Akten, nach Verdienst und Gebühr vorgehen. Ich habe mein Gewissen förmlich entlastet, indem ich das vor Ihnen ausgesprochen habe und ich bin überzeugt, kein Stadtrat, auch nicht Herr St.-Rat Bielowlawek (Heiterkeit) wird mir in der Sache selbst widersprechen können.

Ich habe die Überzeugung, daß Sie oft selbst in voller Erkenntnis dessen, daß Sie ein Unrecht begehen, doch für jemand stimmen, obwohl sie sich sagen, daß dieser oder jener mehr Dienstjahre hat, noch besser qualifiziert ist, noch eine bessere Vorbildung hat — aber Sie können nicht. (Heiterkeit.)

Zum Schlusse gestatten Sie mir noch einen Appell an Ihre Gerechtigkeit und der betrifft die provisorischen Lehrer und Lehrerinnen.

Wenn man diese armen Geschöpfe kennt, die fast nichts zu leben haben und Tag für Tag arbeitsfreudig in die Schule gehen, wenn man sieht, daß solche Lehrpersonen durch 16 bis 18 Jahre tätig sind und noch immer provisorisch und in Gefahr sind, im Falle einer Erkrankung oder dauernden Verhinderung am Schuldienste auf das Pflaster geworfen zu werden, dann kann man es keine Mürseligkeit nennen, wenn man sagt, daß eine Änderung eintreten müsse; das ist dann nur der Ausschrei eines männlichen Gewissens; das ist eine Unbill die niemand von Ihnen gutheißen kann und derjenige, der oben sitzt, am allerwenigsten; denn er bekommt ja die Klagen, die Beschwerden und die Jammerrufe zu hören. Es geht nicht weiter, es geht nicht länger, daß man Lehrkräfte durch Jahrzehnte, durch fast zwei Jahrzehnte provisorisch wirken läßt und ihnen nicht einmal die armelige Beruhigung gewährt, daß sie, wenn sie krank oder dienstunfähig werden, die jämmerliche Pension von, sagen wir 1000 K bekommen. In dieser Richtung appelliere ich an Ihre Gerechtigkeit. Kein Mensch, mag er ein noch so fanatischer Parteimann sein, kein fühlender Mensch kann das Gefühl des Mitleids von sich weisen, wenn er sieht, daß Leute ohne ihr Verschulden so lange warten müssen, bis sie endlich definitiv werden, daß man ihnen den letzten Schimmer von Hoffnung beinahe schwinden läßt, daß sie es jemals erleben, definitiv zu werden. Ich appelliere an das Gerechtigkeitsgefühl aller, an das Gerechtigkeitsgefühl, das auch dem fanatichsten Parteimanne innewohnen muß. Ich habe gesprochen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Dr. G e s m a n n hat das Wort.

Gem.-Rat Dr. G e s m a n n: Ich will mich auf das kürzeste beschränken, nachdem noch eine Anzahl von anderen Rednern vorgemerkt ist und die Frage auch noch in anderen Körperschaften eingehend behandelt werden wird. Ich möchte, was das Gehaltschema anbelangt, folgendes sagen: Es ist nach langen Beratungen endlich jener Schlüssel gefunden worden, der in dem vorliegenden Gesetzentwurfe nunmehr niedergelegt erscheint. Wenn sie damit anfangen an einer Stelle etwas herauszureißen, fällt naturgemäß der ganze Bau zusammen. Es ist alles so genau erwogen, daß wenn in irgend einer Position eine Änderung plaggreift, dies eine Verschiebung in anderen Positionen nach sich zieht, so daß der ganze Gesetzentwurf einer vollständigen Umarbeitung unterzogen werden muß.

Ich habe nach den Ausführungen des Herrn Kollegen K u n s c h a k über die Einwürfe, welche von Seite des Herrn Gem.-Rates Dr. K e i s c h gemacht worden sind, weiter nichts hinzuzufügen. Ich möchte die Herren von jener Seite und auch den unmittelbaren Herrn Vorredner erinnern, daß die eigentlichen Verbesserungen der Bezüge der Lehrerschaft gerade in den entscheidenden Punkten von der seinerzeitigen Opposition, selbst zu einer Zeit, wo sie noch eine sehr schwache Opposition war, angeregt und sogar durchgesetzt worden ist. Das Entscheidendste war die Erhöhung der Quinquennialzulagen auf das Doppelte, von 50 auf 100 fl. Diejenigen, welche mit mir vor 20 Jahren in diesem, beziehungsweise im alten Gemeinderatssaale gesessen sind, werden wissen, daß es nur dem Drängen unserer Partei, unserem energischen Eingreifen und nur im Wege einer Überrumpelung der damaligen Partei gelungen ist, daß eine durchgreifende Verbesserung der Bezüge der Lehrerschaft plaggegriffen hat.

Was die Einwürfe des Herrn Vorredners betrifft, bezüglich der Unkenntnis, in der der Gemeinderat betreffs der Details dieser Gesetzesvorlage gelassen wurde, möchte ich nur folgendes erwidern: Wir müssen eben die Kompetenz einhalten. Die Verwaltungskompetenz schreibt vor, daß solche Gesetze vom Landtag beschlossen werden. Nichtsdestoweniger hat sich der Landes-Ausschuß für verpflichtet erachtet, in ämtlicher Weise der Gemeindevverwaltung der Stadt Wien von der Angelegenheit Kenntnis zu geben und ich glaube, es kann nicht als eine Überrumpelung ausgelegt werden, wenn diese Kompetenz auch anerkannt wird. Es ist Sache des Gemeinderates, vorerst die Frage der Bedeckung zu studieren und diesbezügliche Anträge zu stellen und das geschieht im vorliegenden Referate. Sie können aber auch unmöglich begehren, daß der ganze Gesetzentwurf hier durchberaten werden soll, weil eine ganze Reihe von Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes die Stadt Wien gar nichts angeht; der weitaus größere Teil enthält Bestimmungen über die Einrichtung der Schulen am flachen Lande und es ist schon aus diesem Grunde die paragraphenweise Durchberatung des ganzen Gesetzes hier ausgeschlossen.

Wenn ich auch sonst an den Ausführungen des Herrn Vorredners keine Kritik üben will, muß ich doch das Eine sagen: Gerade bezüglich seines Hauptappells, mit dem er sich an den Gemeinderat gewendet und betont hat, das sind Bestimmungen, welche darauf hindeuten, daß der Verfasser dieses Gesetzes die Verhältnisse gar nicht gekannt hat, über die er sich ausspricht, muß ich sagen, gerade ihn persönlich habe ich ausdrücklich auf jene Bestimmungen hingewiesen, die er hier kritisiert. Es steht ausdrücklich im Gesetze, und der Herr Vorredner hat es auch ausdrücklich gelesen, daß die Bestimmungen bezüglich der Ortschulaufsicht für Wien keine Anwendung erfahren sollen. Es ist genau jene Textierung hier zur Anwendung gekommen, wie sie im alten Gesetze vom 12. Oktober 1870, für dessen Urhebererschaft der verehrte Herr Vorredner und seine Partei die Verantwortung nicht ablehnen werden, im § 16 des Schulaufsichtsgesetzes vorkommt und ich betone gleich, es fällt niemandem ein, die Ortschulaufsicht des Ortschulrates zurückzunehmen. Es wird genau so beim alten bleiben, wie es bisher gewesen ist. Die Wiener Ortschulräte sollen die Ortschulaufsicht in dem ihnen zugewiesenen Sprengel auch in der Zukunft beibehalten.

Ich möchte zum Schlusse nur dem Antrage des Kollegen K u n s c h a k zustimmen und ich bitte, denselben anzunehmen.

Was die Frage der Verehelichung der Lehrerinnen anbelangt, so ist es charakteristisch, daß die geehrten Redner von jener (rechten) Seite sich bei verschiedenen Gelegenheiten auf andere Landesgesetze bezogen haben, aber bei dieser Bestimmung, die in einer ganzen Reihe von Gesetzen in anderen Ländern bereits plaggegriffen hat, haben sie nichts davon erwähnt. Wir sind ohnedies viel konzilianter gewesen; bei uns wird die Sache so aufgefaßt werden, daß diese Bestimmung keine rückwirkende Kraft hat. Bei der Gelegenheit haben Sie es, wie gesagt, unterlassen, davon Erwähnung zu tun, daß sich diese Bestimmung bereits in einer ganzen Reihe von Landesgesetzen befindet, und zwar auch von solchen, die ausschließlich von den Liberalen oder denselben nahestehenden Parteien gemacht worden sind; darunter Gesetze, wie das mährische, das erst in jüngster Zeit ins Leben gerufen wurde, wo Sie gewiß nicht behaupten werden können, daß ein christlichsozialer oder reaktionärer Einfluß plaggreifen konnte. Ich möchte aber den Herrn Vorredner bitten, wenn er hier den Vorwurf erhebt

daß eine Reihe von reaktionären Bestimmungen in diesem Gesetze vorkommt, uns gefälligst zu sagen, worin diese Bestimmungen bestehen. Er wird nicht imstande sein, einen einzigen Punkt zu finden, wo es der Fall wäre, denn es ist ganz genau auf Grund der Bestimmungen des Reichs-Volksschulgesetzes vorgegangen worden und nicht ein einziger neuer Paragraph wäre zu finden, der nicht den Forderungen des von Ihnen stets gepriesenen Reichs-Volksschulgesetzes entspricht.

Wenn der Herr Vorredner sich gegen das Inkritim erklärt, so werden Sie es wohl begreiflich finden, daß eine gewissenhafte Gemeindeverwaltung auch vor allem auf die Bedeckung sieht. Wir wollen es nicht so machen, wie es in Böhmen die Herren Liberalen — auf tschechischer und auf deutscher Seite — gemacht haben, daß sie ein Landesschulgesetz beschließen mit einer bedeutenden Erhöhung der Bezüge der Lehrerschaft, wo sie dann gezwungen waren, selbst beim Unterrichtsministerium die Sanktionierung desselben frustrieren zu lassen, weil sie in die aller- ärgste Verlegenheit gekommen wären, wenn wirklich das Gesetz ohne Bedeckung zur Sanktion gelangt wäre. Das Inkritim bezieht sich vor allem auf die Bedeckung, es bezieht sich aber auch auf die anderen Teile des ganzen Komplexes des Gesetzes. Sie werden gut tun, wenn Sie dieses Inkritim voll und ganz annehmen. Was dem löblichen Gemeinderate von Seite des Landes-Ausschusses zukommt, ist gewiß in genauester und gewissenhaftester Weise geprüft worden und im übrigen möchte ich Sie warnen, ein Gesetz zu beschließen, das über 4½ Millionen Mehrausgaben dem Lande inklusive der Stadt Wien auferlegt, ohne auf der anderen Seite die nötigen Mittel in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise festzulegen. Es möge sich übrigens der Herr Vorredner beruhigen, er braucht sich nicht der Sorge hinzugeben, daß das Gesetz aus diesem Titel der Sanktion nicht unterzogen wird. Wir haben, wenn wir so etwas machen, auch die Pflicht erkannt, dafür zu sorgen, soweit dies in den Grenzen einer vernünftigen Möglichkeit liegt, daß die Sanktion erfolgt. Ich kann die Herren beruhigen. Wenn die Gesetze angenommen werden, werden sie gewiß auch der Sanktion unterbreitet werden. Wir haben uns die nötigen Garantien seitens der berufenen staatlichen Behörden vorher verschafft, sowohl bezüglich der Gesetze, die das Schulwesen betreffen, wie jenes Gesetzes, welches die notwendige Bedeckung mit sich bringt. Aber das eine muß ich sagen: Wenn die Anregung des Herrn Gem.-Rates Dr. Reisch, die auch im Landtage bereits einen gewissen Anklang gefunden hat oder vielmehr, ich möchte sagen, ganz parallel gegeben worden ist, wenn diese Bewegung wirklich ernster würde, dann ist wirklich Gefahr vorhanden, daß die Frage der Gehaltsregulierung, an der wir seit — ohne Übertreibung sage ich es — fünf Jahren ununterbrochen arbeiten, neuerdings frustriert wird. Und hier muß ich auch offen sagen, warum wir von dem Bestreben durchdrungen waren, die Sache möglichst rasch zu machen. Nicht um eine Überrumpelung irgendeiner Partei handelt es sich, sondern darum, daß die Sache Tatsache wird. Ziehen Sie die Geschichte durch Wochen oder Monate hinaus, so hat dies nur den Effekt, daß von einer ganzen Reihe von Seiten Einwendungen kommen. Seit zwei Tagen sind die Ansätze bezüglich der Lehrergehaltsregulierung in die Öffentlichkeit getreten und wir wissen uns im Landes-Ausschusse wie die Herren im Stadtrate kaum der verschiedenen Anforderungen zu erwehren, die wegen Abänderung einzelner Bestimmungen an uns gestellt werden, und Sie dürfen

nicht vergessen, daß Hunderttausende von Leuten außerhalb dieses Saales und außerhalb des Landtages mit sehr gemischten Gefühlen die Belastung betrachten, die ihnen jetzt auferlegt wird (Zustimmung) und es war beinahe von unserem Standpunkt aus — das darf ich wohl sagen — eine Tat, daß wir es dahin gebracht haben, alle diese Schwierigkeiten, welche sich mitunter turmhoch uns entgegengestellt haben, zu beseitigen, und es dahin zu bringen, daß wir überhaupt in der Sache endlich etwas zustandebringen. Ich lehne jede Verantwortung, wenn solche Tendenzen sich weiter geltend machen würden, für das Zustandekommen der Gesetze ab, und die Verantwortung, wenn die Sache scheitern sollte, trifft dann jene, die unter verschiedenen Vorwänden eine Frustration, eine Hinausschiebung, eine Verzögerung der ganzen Aktion herbeiführen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rat Gebhart zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rat Gebhart: In Rücksicht darauf, daß von vielen Seiten bereits das Für und Wider eingehend erörtert worden ist, erlaube ich mir den Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen.

Bürgermeister: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden.

Diejenigen Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte sind vorgemerkt pro die Herren Gem.-Räte Müller, Stangelberger, Bielowlawek, Dolezal, Brenta, Mender, Dröbfler, Ritter v. Findenigg, Urban; kontra die Herren Gem.-Räte Schumeyer, Kienast, Laßmann, Seitz, Seiler, Schlechter, Hierhammer, Wessely, Graba, Hohenjinner.

Herr Gem.-Rat Terzabek zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rat Terzabek: Ich beantrage die Wahl von Generalrednern.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage auf Wahl von Generalrednern einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich ersuche also die bereits pro, beziehungsweise kontra eingetragenen Herren Gemeinderäte, sich je einen Generalredner zu wählen. — (Nach einer Pause:)

Als Generalredner pro wurde Herr Gem.-Rat Bielowlawek, als Kontraredner wurde Herr St.-Rat Graba gewählt.

Nachdem jetzt ein Proredner gesprochen hat, gebe ich dem Herrn Kontraredner das Wort.

Gem.-Rat Graba: Meine Herren! Ich bin aus doppeltem Grunde gegen die Vorlage. Der erste Grund ist der, daß ich der Anschauung bin, daß die weiblichen Lehrkräfte von der Regulierung ausgeschlossen sein sollen, und zwar aus dem Grunde, weil alle anderen weiblichen Arbeitskräfte, mögen sie dem Staate, den Eisenbahnen, der Post oder dem Telegraphen oder auch der Privat-Industrie angehören, keine so hohe Bezahlung haben, als wie heute unsere Lehrerinnen.

Es ist auch noch ein sozialer Grund, der mich zu dieser Anschauung bringt und das ist folgender: Es sollen die Ersparnisse, die die Nichterhöhung der weiblichen Lehrergehälter ausmachen würden, dazu verwendet werden, die unteren Kategorien

der männlichen Lehrkräfte aufzubessern. Denn dann würden sich mehr Männer dem Lehrstande widmen und es wäre den geehrten Damen mehr Gelegenheit geboten, sich in den heiligen Stand der Ehe zu begeben, weil dann mehr Männer in der Lage wären, Frauen zu erhalten.

Es sind auch fiskalische Gründe, die mich veranlassen, nicht mit der Vorlage einverstanden zu sein. Mir gefällt die Steuerpolitik des Landes nicht. Meine Herren! Wir hier in der Gemeinde sparen und kümmern uns jeden Kreuzer ab, nur um mit den vorhandenen Mitteln auszukommen und um jede Erhöhung irgend einer Umlage zu vermeiden. Ich kann mir gar nicht vorstellen, welche furchtbare Wirkung eigentlich eine Erhöhung der Umlagen nach sich ziehen wird. Ich würde mich gar nicht trauen, vor meine Wähler hinzutreten und sie zu bitten, daß sie mir das nachsehen. Ich bin durch Jahre hindurch in den Wahlkampf gezogen und habe dort immer den Wählern erklärt, es werden die Steuern nie und nimmer erhöht werden. (Auf: Das tut man nicht, sich selbst so eine Suppe einzubrocken!) Die Wähler wollen das von uns.

Das sind die Gründe, die mich veranlassen, gegen die Vorlage zu sprechen.

Aber ich bin durch die heutige Debatte etwas belehrt worden. Wir haben wieder die alte liberale Schalmei und die alten liberalen Gefänge gehört. Sie haben heute wieder angefangen, den Lehrern das Godeler zu fragen. Es ist möglich, daß Sie es heute so machen wollen, wie es seinerzeit Dr. Pritz mit der schönen Rangklasseneinteilung gemacht hat. Die Herren wissen, daß die Frage der Rangklasseneinteilung nur dann hervorgezogen wurde, wenn die Wahlen vor der Tür waren, insbesondere die Wahlen des 2. Wahlkörpers. Da haben Sie in den Zeitungen eine Notiz gelesen: „Bürgermeister Dr. Pritz hat sich den Akt über die Rangklasseneinteilung vorlegen lassen.“ (Heiterkeit.) Also naturgemäß große Freude unter der Beamtenerschaft, und es haben sich sehr viele Gimpel gefunden, die auf den Leim gegangen sind und durch Jahre hindurch immer noch für die liberale Partei im 2. Wahlkörper gestimmt haben. Und genau so, wie es den Beamten damals gegangen ist, ebenso wurden die Lehrer behandelt. Wenn man nur das Eine hervorzieht, daß Sie den Substituten monatlich 33 fl. 33 kr. gegeben haben, aber nur durch zehn Monate im Jahre! Zwei Monate hat der Mann ehrlich hungern können; da haben Sie ihm gar nichts gegeben. Wie wir daran gegangen sind, auch diese zwei Monate zu zahlen, damit der Mann auch während der Ferien zu leben hat, da waren es wieder liberale Parteigenossen, die alles Mögliche angeboten haben, um diese Angelegenheit zu Fall zu bringen.

Was die Behandlung der Lehrerschaft selbst anlangt, wie sie in früheren Zeiten vor sich gegangen ist, so könnte ich Ihnen darüber sehr viel erzählen. Wenn heute Vorwürfe gemacht worden sind, daß der Stadtrat nicht mit der entsprechenden Gerechtigkeit vorgehe, so verweise ich darauf, daß es Zeiten gegeben hat, wo man zu der Frau des damaligen Stadtrats-Referenten gehen, ihr die Hand küssen, als Lehrer, ihr Elogen machen mußte, um überhaupt zu einem Avancement zu kommen. (Hört!) Der einzelne Fall, den Herr Klebinder hervorgehoben hat, daß in der Leopoldstadt ein junger Lehrer ernannt worden ist, ist vollständig richtig.

Aber was wollen Sie denn, wenn eine kolossale Anzahl der Bevölkerung sich zusammensindet, wenn sie sich auf eine be-

stimmte Lehrperson kapriziert, wenn sie mit einer Petition an Sie herantreten, auf welcher 3- bis 4000 Unterschriften angeführt sind? Da müssen Sie doch der Bevölkerung die betreffende Lehrkraft zuweisen. Wir sind froh, wenn Haus und Schule harmonisieren und wenn sie zusammenwirken. Das ist nicht eine Verletzung der Gerechtigkeit, sondern eine Notwendigkeit und ein praktisches Vorgehen. (Beifall.)

Wir haben auch in späterer Zeit fortwährend für die Lehrer gewirkt, wir haben das neue Pensionsgesetz gemacht; Herr Klebinder, das ist auch unser Werk gewesen und das ist gewiß zur vollsten Befriedigung der Lehrerschaft geschaffen. (Zustimmung.)

Der Appell meines Kontra-Kollegen bezüglich des Gerechtigkeitsgefühles, daß Lehrkräfte vorhanden seien, die 20 Jahre provisorisch dienen, das macht auf mich einen sonderbaren Eindruck; wenn die Herren etwas verlangen, sollen wir immer Gentlemen sein, wir sollen Gerechtigkeitsgefühl entwickeln, und wenn sich die Verhältnisse halbwegs wieder ändern, sind wir ein Lumpen-Proletariat, dann sind wir Reaktionäre und weiß Gott was uns für schöne Vorwürfe gemacht wurden. Gerade der Vorwurf, daß man uns immer die Schwarzen nennt, hat mich veranlaßt, meine Ideen zu ändern und für die Vorlage zu stimmen. (Heiterkeit, Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Das Wort hat Generalkredner pro Herr Gem.-Rat Bielohlawek.

Gem.-Rat Bielohlawek: Sehr verehrte Herren! Es fällt mir als Generalkredner pro nicht mehr viel zu sprechen zu, denn diese Angelegenheit wurde gewiß in erschöpfender Weise behandelt.

Meine Herren! Wie der Herr Gem.-Rat Dr. Reich das Wort ergriff, fiel mir natürlich sofort wieder ein, wie es denn komme, daß er so plötzlich so humane Anwendungen bekommen, da er doch durch 30 Jahre Gelegenheit hatte, diese humane Anwendung zu betätigen. Meine Herren! Was den Vorwurf bezüglich Ihrer Untätigkeit anlangt, sage ich: Wenn Sie nicht einiges, wenn Sie nicht die Kanäle und die Wasserleitung gemacht hätten, hätten Sie ja gar nichts gemacht. Etwas mußten Sie doch während dieser langen Periode machen. Wenn Sie aber jetzt damit kommen, daß wir die Lehrergehalte nicht genügend aufbessern, daß wir ein Junctim daran knüpfen, daß wir gewisse Barbaren bezüglich der Lehrerinnen sind u. u., so bemerke ich folgendes: Sie haben viel öfter Gelegenheit gehabt, insbesondere deshalb, weil Sie sich zur fortschrittlichen Intelligenzpartei rechnen, den Forderungen dieses hochintelligenten Standes, dessen Bestrebungen gewiß anerkannt werden müssen, Rechnung zu tragen. Das haben Sie aber nicht getan und so werden Sie gestatten, daß wir dies in diesem Saale oder wo wir sonst immer Gelegenheit haben, mit der liberalen Minorität zusammenzukommen — denn eine Minorität ist sie überall und jedenfalls — immer wieder vorbringen. (Auf: Wenn es auch sad ist!)

Denen es unangenehm ist, denen wird es sad sein, uns ist es nicht sad. Wir werden das immer wiederholen, weil wir überzeugt sind, daß es richtig und wahr ist.

Unsere Ansicht über den Lehrerstand wurde in der verschiedenartigsten Weise beurteilt und eines muß zugegeben werden, ein Teil der Lehrerschaft hat gerade was unsere Partei anbelangt, sich nicht jene Sympathien erworben, welche geeignet erscheinen, um mit Begeisterung für eine Lehrergehaltserhöhung zu stimmen. Die Lehrerschaft weiß, daß gegen unsere Partei und gegen

unseren Bürgermeister alles mögliche geschehen ist, ohne daß der Lehrerschaft im mindesten nahe getreten wurde.

Es haben in Wien drei bis fünf Maßregelungen stattgefunden. Sie dürfen aber eines nicht vergessen, unter den 5000 Lehrpersonen Wiens würden solche Maßregelungen vorkommen, selbst wenn keine politische Partei existieren würde. Wenn aber ein Parteikampf so tobt, wie er hier in Wien im letzten Dezennium getobt hat, wenn man die Lehrerschaft benützt, um unsere Partei herunterzukriegen und die Lehrerschaft sich dazu hergegeben hat, so muß es anerkannt werden, wenn gerade diese Partei, welche von einem Teile der Lehrerschaft in der brutalsten Weise bekämpft wurde, daran geht, die Sünden jener Partei gut zu machen, die 30 Jahre Zeit gehabt hat — zucken Sie nicht, Herr Klebinder, Sie haben nichts gemacht, fragen Sie die Lehrer, ob Sie was gemacht haben — es ist sehr bequem zu lizitieren, in der Opposition ist das sehr angenehm, wenn man nämlich einen mehr gibt, so hat er natürlich eine Freude damit, es handelt sich aber darum, wo es herkommt. Herr Klebinder ist wenigstens so objektiv gewesen und hat gesagt, daß er für die Vorlage stimmt. Der Herr Dr. Reisch aber hat eine Masse Wenn und Aber gehabt, hat eine Menge Verbesserungen vorgebracht, hat aber nicht gesagt, wo er die Mittel hernehmen will.

Als Mitglied des niederösterreichischen Landtages, als welches ich über das Junktim informiert bin, sage ich Ihnen folgendes: In diesem Entwurfe ist nichts enthalten, was die Lehrerschaft im mindesten tangieren würde. Ich erkläre Ihnen auch, daß in unserer Ansicht über die Lehrerschaft durch die Vorfälle in früheren Jahren sich nichts geändert hat. Der Stand ist ja zu trennen vom Individuum, und der Lehrerstand ist ein höchst achtbarer und wird von uns immer hoch gehalten werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn sich aber ein Individuum erhebt (Rufe: Seiß!) und sich in Versammlungen in den gemeinsten Beschimpfungen gegen den Chef der Schulbehörde ergeht — sehen wir vom jetzigen Bürgermeister Dr. Lueger ab, der jeweilige Chef ist immer der Bürgermeister, aber diesmal hat es den Dr. Lueger getroffen — er ist in einer solchen erbärmlichen Weise beschimpft worden, und dann sollen wir so objektiv sein und ein solches Individuum — nicht dessen Stand — nicht maßregeln oder gar noch befördern. Das wäre mehr verlangt, als von uns zu erwarten ist! Maßregelungen, daß Lehrern Unrecht geschehen wäre, sind nicht im geringsten zu verzeichnen und in einzelnen Fällen habe ich nachgewiesen, daß diese Maßregelungen schon längst notwendig gewesen wären, und wenn diese gewissen Herren sich nicht der Sympathien der Regierungskreise erfreut hätten, wäre diese Maßregelung schon lange erfolgt.

Die Verhältnisse der Lehrer in Österreich gegenüber dem Auslande müssen auch bei dieser Gelegenheit besprochen werden. Man wirft uns — oder ein kleiner Teil hat uns — Lehrereindlichkeit vorgeworfen. Vergleichen Sie die Verhältnisse der österreichischen Lehrer mit den anderen. Wenn Sie nach Deutschland oder Frankreich kommen, dort besitzen die Lehrer nicht die politischen Rechte wie hier. Der freisinnige Präsident Waldeck-Roussau hat sogar einen Extra-Befehl hinausgegeben, daß die Lehrer sich einer jeden politischen Betätigung bei sofortiger Entlassung enthalten müssen. (Ruf: Ein Universitäts-Professor!)

In der freiheitlichen Republik Frankreich, mit dem freisinnigen Präsidenten an der Spitze! Solche Sachen werden in

den Zeilen der jüdischen Presse Österreichs nicht registriert! Wenn Sie nach Deutschland hingehen, dort sind dieselben Verhältnisse.

Der Mann, der hier am Bürgermeisterstuhle sitzt, der derzeitige Bürgermeister von Wien, war derjenige, der den Lehrern das passive Wahlrecht erkämpft hat, der es dahin gebracht hat, daß die Lehrer hier sitzen können, es ist der Mann, der von einem Teile der Lehrer — ich wiederhole: von einem Teile, damit nicht wieder alle gemeint sind — in erbitterter Weise bekämpft und beschimpft wird! Das hat alles, wie es sich heute hier und im Landtag zeigt — unsere Partei nicht im mindesten gehindert — der Lehrerschaft das zu geben, was ihr gebührt. Ich gebe zu, vielleicht gebührt ihr mehr, aber wie die Finanzverhältnisse der Stadt und des Landes stehen — Sie wissen, welche Steuern herangezogen werden müssen — wird die Einsicht bei der Lehrerschaft nicht fehlen, daß das Möglichste auf diesem Gebiete getan ist und ich füge noch hinzu, mit vollem Herzen geschehen ist und wenn wir in der Lage wären, mehr zu tun, würde es gewiß auch geschehen. Nun hat Herr Klebinder auch die Objektivität bei den Lehrerernennungen angeführt. Das hätte er nicht tun sollen, speziell Herr Klebinder nicht. Vor allem muß ich es als Mitglied des Stadtrates zurückweisen und ich könnte sagen, daß bei den Lehrerernennungen es schon so weit gekommen ist, daß einzelne Mitglieder mit verschränkten Armen nur den Referenten das Wort lassen, es bringt es niemand über das Herz, jemand nur für die geringste Zeit zurückzusetzen, aber es kommt ja schließlich doch auch auf die Qualifikation an, insbesondere bei leitenden Persönlichkeiten und es kann nicht bloß nach der Anziennität zum Direktor oder Oberlehrer befördert werden. Das werden die Lehrer und diejenigen, die das Recht, zu ernennen haben, einsehen und diesbezüglich kann ich Sie versichern, herrscht die größte Objektivität. Es mag einen Teil der Lehrer geben, die in so rührender Weise Herr Klebinder schließlich angeführt hat, wo er förmlich die Nerven gepackt hat, daß wir zugeben sollen, ob es gerecht sein soll, 20 Jahre dienende Lehrer am Hungertuche nagen zu lassen und daß sie auf die Straße geworfen werden sollen. Der Stadtrat als solcher tut das nicht; was ich als einzelner tue, ist meine Sache, daß ich aber als Antisemit keinen Juden befördern kann, ist eine feststehende Sache, das tue ich, da nützt nichts. Jetzt kommt etwas, da werden Sie schauen, wie objektiv der Gemeinderat und der Stadtrat ist.

Es gibt einzelne jüdische Schulen, wo wir gezwungen sind, jüdische Oberlehrer oder Lehrerinnen zu ernennen. Und siehe da, dieser objektive Ortschulrat hat uns immer Vorschläge gemacht, von ganz jungen Lehrkräften bei Besetzung der Oberlehrerstellen, und ein verdienter Mann, ein ausgezeichnet qualifizierter, der rangälteste — ich nenne seinen Namen: Kapplmacher — wurde nicht vorgeschlagen, und der Stadtrat war so objektiv und hat den Dienstältesten und Bestqualifizierten genommen. So schaut Ihre Objektivität aus, Herr Klebinder. (Lebhafte Heiterkeit und Hört-Rufe.) Jawohl, das ist so, das werden Sie nicht anders machen. Wenn Sie bezüglich der Juden ein forciertes Vorrücken oder eine bessere Lebensstellung verlangen, dann gebe ich Ihnen den guten Rat: wirken Sie bei Ihren Glaubengenossen dahin, daß sie nicht mehr gegen die konfessionelle Schule seien; mit Vergnügen befördern wir Ihre Juden und setzen die Judenbuben dazu. Wir wollen unsere christlichen Kinder unter uns haben. Da wird für die jüdischen

Lehrer ein ganz ausgezeichnetes Avancement herauskommen und wir werden gleichzeitig erreichen, was wir wollen, wir wollen die konfessionelle Schule nicht aus religiösen Gründen, fällt uns nicht ein. Eine solche Scheidung wird die Juden nicht genieren, bei ihrer geistigen Begabung, sie sind uns ja soweit über; ich weiß nicht, was sie bei uns wollen, sie sind so geschickter, da werden sie noch geschickter unter sich und die unseren werden vielleicht nicht soviel von der Geschicklichkeit anziehen. Es wäre ausgezeichnet, wenn Sie in Ihren Kreisen dahin wirken würden, dann werden Sie Ihren jüdischen Lehrern ein gutes Präsent bei der Gelegenheit bringen können.

Was das Junktim anbelangt, sage ich: Das Vertrauen unserer Gemeinderats-Majorität zu dem niederösterreichischen Landtage, der aus derselben Partei besteht, ist schon ein so großes, daß dort nichts beschlossen wird, was gegen die Interessen des Wiener Gemeinderates gerichtet wäre. In diesem Sinne können also die Herrn Kollegen im Gemeinderate ruhig dafür stimmen.

Jetzt komme ich zu dem Punkte der Verehelichung der Lehrerinnen. Wenn man mit der Humanität flunkert (Zwischenruf: Flunkert?), also nicht flunkert, sondern paradiert, so ist es sehr schön. Die Humanität ist eine angenehme Geschichte, man kann alles interpretieren.

Sie wissen ja, daß der Machiavell gesagt hat: „Schreib mir drei Worte auf einen Zettel, und ich bringe dich an den Galgen.“ Sie wissen, wenn Sie für die Verehelichung der Lehrerinnen eintreten, werden Sie sich erstens die Sympathien der Lehrerinnen erwerben, die das betrifft, und aller derjenigen, die unsere politischen Gegner eo ipso sind. Es ist immer praktisch und angenehm, etwas zu vertreten, was humaner ausschaut, als das Gegenteil. Der Kollege Klebinder hat da so eine Art geflügeltes Wort gebraucht und damit einen der Hauptgründe, für die vielen Urlaubstage genannt: Die sogenannte physikalische Veränderung der Lehrerinnen. (Lebhafte Heiterkeit.) Es paßt nicht gut in die Schule. Es werden Bemerkungen gemacht, bei aller Hochachtung. Es ist natürlich. Aber mein Gott, warum fragen sie bei der Post und beim Telephon nicht darum? (Lebhafte Beifall.) Da werden sie nicht so gut bezahlt wie die Lehrerinnen und dürfen dort auch nicht heiraten. Da hätte Herr Kollege Klebinder sich schon längst ein Verdienst um Tausende oder Hunderte von Telephonstimmen erwerben können, die auch schon Lust zu der physikalischen Veränderung haben. (Schallende Heiterkeit.)

Ich glaube, aus allen dem, was Sie hier gehört haben, nicht nur von mir, sondern auch aus den Reden des Herrn Dr. G e s m a n n und des anderen Proredners, können Sie entnommen haben, daß es uns voll und ganz Ernst mit der Sache ist. Und gerade der vielgehasste Referent Dr. G e s m a n n — ich kann es nichts unterlassen, jetzt in diesem Saale auch eine Lanze für ihn zu brechen, obwohl er es nicht notwendig hat. Was dieser Mann von Lehrern und den ihnen nahestehenden Kreisen verunglimpft und verhöhnt wurde! Und merkwürdigerweise hat gerade dieser Mann gekämpft; wie gesagt, seit fünf bis sechs Jahren martert er uns schon mit der Lehrervorlage und wenn es nach ihm ginge, würde das Erfordernis das Doppelte ausmachen. So ungerecht wurde noch nie ein Mann beschimpft, noch nie verunglimpft als Herr Dr. G e s m a n n.

Es mag in den Verhältnissen begründet sein, daß derjenige, welcher an jener Stelle steht, der das Schulreferat hat, es nicht allen recht machen kann, das ist ja immer so. Er kann es wirklich nicht allen Leuten recht machen; aber das eine kann ich sagen, einen größeren Lehrerfreund, als Herr Dr. G e s m a n n ist, wird es so bald nicht geben, das kann ich öffentlich und feierlich hier in diesem Saale erklären. (Beifall und Händeklatschen.) Natürlich, wenn es gewisse Mittelschulprofessoren und Lehrer gegeben hat, die bei seiner Ankunft in seiner Eigenschaft als Landes-Ausschuß in den Provinzstädten die Bildung soweit getrieben haben, eine lange Nase auf ihn zu machen, und wenn er darüber nicht entzückt war und seiner Entrüstung Ausdruck gegeben hat, das werden Sie wohl dem Herrn Dr. G e s m a n n verzeihen. So aber ist Dr. G e s m a n n in jeder Beziehung ein wahrer Lehrerfreund. Bezüglich des Herrn Kollegen H r a b a, welcher als Kontrarechner angetreten ist, will ich nur eines bemerken, ich glaube nämlich nicht einmal selbst, daß er seinen Wählern gesagt hat, daß er nimmer für eine Steuererhöhung sein werde. (Gem.-Rat H r a b a: Ja, Ja!) Ich habe das nie gesagt, weil es einfach unmöglich ist, daß irgend eine Verwaltung, sei es nun einer Stadt, eines Landes oder des Reiches immer und immer ohne irgend einer Erhöhung der Steuer auskommen kann, das wäre ein Kunststück das auf dieser Erde überhaupt noch keine Verwaltung zusammengebracht hat. Das werden auch wir nicht zusammenbringen.

Wir haben also das beste Mittel, welches uns zur Verfügung steht, deswegen ergriffen, weil, wenn wir die Biersteuer nicht einführen, dann jemand anderer da wäre, der dies täte. Dann würde nämlich der Staat die Biersteuer einstecken und wir kriegen eventuell von der Biersteuer gar nichts. Das könnte uns bei dieser Gelegenheit passieren, das wollen wir aber natürlich auch vermeiden. Wir würden uns allerdings schon gegen solche Absichten wehren, aber bei dem unerfättlichen Mache des Staates, der in dieser Richtung nicht sehr wählerisch ist, könnte uns das auch noch geschehen.

Ich glaube also, daß Sie im Sinne des Referenten-Antrages ruhig und ohne Ihr Gewissen zu belasten, für diese Vorlage stimmen können, und ich bitte Sie nur, das Amendement des Kollegen K u n s c h a k, welches auch der Herr Kollege Dr. G e s m a n n beantragt hat, mit in die Referenten-Anträge hinein-zunehmen und im übrigen die Anträge des Referenten unverändert anzunehmen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Gem.-Rat Klebinder das Wort.

Gem.-Rat Klebinder: Nur einige ganz kurze persönliche Bemerkungen und tatsächliche Berichtigungen möchte ich mir zu machen erlauben.

Dem Herrn Regierungsrat Dr. G e s m a n n gegenüber muß ich folgendes richtigstellen. Er hat nämlich gesagt, daß vor 20 Jahren es die Opposition war, welche damals die Gehaltsregulierung durchgesetzt hat. Sehen Sie, meine Herren, das waren ganz eigentümliche Verhältnisse. Die Lehrer, die große, erdrückende Mehrzahl der Lehrerschaft, war damals gegen die Majorität, gegen die gemäßigte liberale Majorität des Wiener Gemeinderates und war voll Begeisterung für die Opposition unter Führung des Dr. S c h r a n k. Damals, meine Herren, war es tatsächlich — das ist vollkommen richtig — die Opposition, welche diese Lehrergehaltsregulierung angeregt und warm befür-

wortet hat; aber ohne die große Majorität des Gemeinderates hätte die Opposition lange vorschlagen können, wenn die gemäßigt Liberalen, welche damals in der Majorität waren, diese Gehaltsregulierung nicht votiert hätten.

Das ist das Eine. Zweitens berichte ich folgendes tatsächlich. Herr Regierungsrat Dr. G e s z m a n n hat so gesprochen, als ob mir eine Illoyalität vorgeworfen werden könnte. Ich appelliere an die geehrten Mitglieder des Gemeinderates: Ich habe wohl betont, was in dem Gesetze bezüglich der Bestellung und Ernennung von Ortschulinspektoren für Wien steht, ich habe aber dann ausdrücklich betont, daß eine weitere Bestimmung es den Schulbehörden anheimstellt, von der Bestellung solcher Ortschulinspektoren in Wien abzugehen. Also ich bitte, es kann mir eine Illoyalität nicht zum Vorwurfe gemacht werden.

Nun komme ich zum verehrten Herrn St.-Rat G r a b a und da berichte ich tatsächlich folgendes: Er hat gesagt, daß wir für die Lehrerschaft sprechen und ihr das Goderl fragen wollen. Ich bitte, was haben wir heute für eine Veranlassung, den Lehrern das Goderl zu fragen? Im dritten und zweiten Wahlkörper bilden die Lehrer nur einen Splitter der Wählerschaft. Sie zählen heute gar nicht mehr. Die Unterlehrer haben Sie in die allgemeine Wählerklasse hinuntergeworfen, wo sie mit den Schuldienern zusammen wählen.

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist keine tatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rat Klebinder: Es gehört aber dazu. Also ich berichte tatsächlich, daß wir bei unserem Vorgehen lediglich von Billigkeit und Gerechtigkeit geleitet sind und gar keinen Vorteil für uns und unsere Stellungnahme in dieser Angelegenheit zu erwarten haben.

Jetzt komme ich zum geehrten Herrn Vorredner Bielowek. Ohne Juden geht es bei ihm nun einmal nicht. Aus seiner Darstellung könnte der löbliche Gemeinderat entnehmen, daß wir bei der Erstattung eines Besetzungsvorschlages für eine Oberlehrerstelle seitens des Ortschulrates des II. Bezirkes ungerecht vorgegangen sind. Ich erkläre, daß das nicht richtig ist. (Gem.-Rat Bielowek: Der Referent wird es schon bestätigen!) Ich berufe mich hier auf die anwesenden Mitglieder des Ortschulrates des II. Bezirkes. (Widerspruch.)

Ich bitte, ich erkläre bei meinem Ehrenworte und bei meiner amtlichen Stellung als Vorsitzender des Ortschulrates, daß das, was ich hier sage, die lautere, aktenmäßig zu erweisende Tatsache ist. Es handelte sich um die Besetzung einer Schulleiterstelle in der Schule II., Kleine Spertlgasse 2. Dort war früher ein anderer Oberlehrer, der abgesetzt wurde. Ich will nichts davon reden, weil ihm das sehr unangenehm werden könnte, mit Rücksicht auf das Vorgehen seitens eines Herrn, der nicht mehr Mitglied des Gemeinderates ist. Und da hatten wir folgende Alternative: Wir hatten einen Mann, der bereits zwei- oder viermal eine Schule eingerichtet hat, und auch als provisorischer Leiter an dieser Stelle fungiert hat, der die wärmsten Anerkennungszeugnisse vom Bezirkschulrate und Landeschulrate gehabt hat, der die sehr zerfahrenen, vom früheren Schulleiter noch herrührenden Zustände der Schule geregelt und sich dabei sehr geplagt hat. Er ist, wie es notorisch ist, auch bei seinen Gegnern als tüchtiger Pädagoge bekannt. (Gem.-Rat Bielowek: Der andere auch!) Der andere hat um 1½ Jahre mehr Dienstzeit gehabt und da stand die Frage für uns so: Sind die 1½ Jahre des anderen so sehr

ins Gewicht fallend, daß wir den anderen, der sich als Schulleiter bereits drei- oder viermal erprobt hat und die in Frage kommende Stelle bereits zur vollsten Zufriedenheit bekleidete, fallen lassen sollen? Wir sagten: Es spielt keine Rolle, denn der andere kommt wenn auch etwas später, gewiß aber ebenfalls daran. (Gem.-Rat Bielowek: Sehen S', das ist so auch bei uns! — (Lebhafte Heiterkeit.) Bei Ihnen sind gleich Differenzen von 15 und 20 Jahren.

Ich komme schon zum Schluß. Der geehrte Herr Stadtrat Bielowek hat wieder von den Juden gesprochen und ich kann ihm, dem Antisemiten, nicht zumuten, Juden zu ernennen. Meine Herren! Ich anerkenne es vollkommen, wenn Sie — ich perhorresziere den Standpunkt, aber ich kann es begreiflich finden — als Antisemiten nach Ihrem Programm keine Juden in den Dienst aufnehmen, aber daß Sie Leuten, die schon im Dienste sind, die ihren Eid geleistet haben und eine vorzügliche und belobte Tätigkeit hinter sich haben, welche auf Grund der von ihnen geübten Pflichten auch Rechte erworben haben, daß Sie diese Leute moralisch und materiell kränken, das kann selbst ein Antisemit vor seinem Gewissen und Gerechtigkeitsgefühl nicht verantworten. Damit will ich schließen. (Bravo-Rufe rechts.)

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlußwort.

Referent: Ich danke außerordentlich für die ruhige und sachliche Debatte, welche in dieser Angelegenheit durchgeführt wurde. Es ist seit vielen Jahren wahrhaftig die erste Schuldebatte bei welchen sich Alle eines ruhigen, sachlichen Tones befleißigt haben; das Resultat wird — ich hoffe es zuversichtlich — für die beteiligten Kreise auch ein zufriedenstellendes sein.

Herr Dr. Reisch hat die Anfangsgehälter bemängelt; darauf hat Herr Kollege Kunschak den Antrag gestellt, bei den provisorischen Unterlehrern die Gehaltsstufe von 1000 K zu streichen. Ich habe dagegen keine Einwendung, sondern bitte den Gemeinderat, diesem Antrage seine Zustimmung zu erteilen. (Bravo-Rufe.) Meine Herren! Wenn wir die heutige Vorlage zum Beschluß erhoben haben, so wird der Wunsch, welchem die Lehrerschaft wiederholt in Versammlungen Ausdruck gegeben hat, in den vier unteren Rangklassen den Staatsbeamten gleichgestellt zu werden, mehr als erfüllt, eine Gleichstellung mit den vier unteren Rangklassen der Staatsbeamten tritt tatsächlich ein, ja die oberste Stufe übersteigt noch die oberste Stufe der achten Rangklasse der Staatsbeamten. (Rufe: So ist es!)

Herr Gem.-Rat Klebinder hat sich auf eine angebliche große Regulierung nach der Einverleibung der Vororte berufen. Um Ihnen zu zeigen, was für eine Regulierung dies war, genügt es wohl, wenn ich darauf hinweise, daß der Aufwand dieser Regulierung einen Betrag von 240.000 fl. erfordert hat. Die Regulierung hat tatsächlich darin bestanden, daß die Lehrer der neuen Bezirke mit jenen der alten Bezirke gleichgestellt wurden.

Ja, wenn Sie sich recht erinnern, der Fall ist wiederholt eingetreten, daß Lehrpersonen der alten Bezirke durch das damals beschlossene Gesetz in ihren wohl erworbenen Rechten verkürzt worden sind. Es war also keine große Regulierung, sondern überhaupt keine Regulierung gegenüber der heutigen Regulierung, welche einen Aufwand von über 2 Millionen Kronen erfordert und daher eine noch nie dagewesene große Regulierung zu nennen ist.

Ich muß die Ausführungen des geehrten Vorredners bestätigen, daß das größte Verdienst an dem Zustandekommen

dieser Vorlage dem Herrn Landes-Ausschuß Dr. G e s m a n n zukommt. (Bravo!) Es ist selten ein Mann in so unverdienter Weise angegriffen worden, wie Herr Landes-Ausschuß Doktor G e s m a n n. Es gehört eine Überwindung dazu, nach alledem, was in so vielen Versammlungen und so vielen Blättern gesprochen und ausgeführt wurde, trotzdem rastlos und beharrlich an dem Wohle der Schule weiterzuarbeiten, wie es Herr Landes-Ausschuß Dr. G e s m a n n getan hat. Und noch einen zweiten Mann muß ich hier erwähnen und das ist unser Herr Bürgermeister. Meine Herren! Auch der Herr Bürgermeister gehört zu jenen, die von einem Teil der Lehrerschaft in unbeschreiblicher Weise angegriffen wurden. Ich kenne unseren Bürgermeister und weiß, daß aus den Erinnerungen seiner Jugendzeit vor allen andern die Bilder seiner Lehrer unvergänglich vor seiner Seele schweben. Ich habe es selbst gehört, wie er bei der Verleihung der Salvator-Medaille an den Bezirksschul-Inspektor H o f e r gesprochen hat: Kein guter Mensch wird seine Lehrer jemals vergessen, ich niemals. Wenn nun ein Mann, dessen Jugendlehrer als so hehres Bild vor seinem Geiste steht, in seinen späteren Jahren so traurige Erfahrungen mit den Angehörigen des Lehrerstandes machen muß, so können Sie es dem Mann nicht verargen, daß er mit einer gewissen Bitternis über die Angehörigen dieses Standes denkt.

Wenn der Herr Bürgermeister trotzdem die Genehmigung gegeben hat, daß diese Vorlage hier verhandelt wird, so gebührt ihm der Dank aller einsichtsvollen Lehrkräfte, und ich hoffe, daß dieser Dank nie ausbleiben wird.

Ich bitte Sie, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich muß die Anträge des Dr. R e i s c h als Gegen-Anträge und kann sie nicht als Zusatz-Anträge auffassen, denn der Antrag des Stadtrates ist ein Ganzes und es kann nicht ein Teil herausgerissen werden.

Ich werde daher in der Weise vorgehen, daß ich über die Anträge des Dr. R e i s c h jetzt abstimmen lasse.

Sie lauten (liest):

„Zu Punkt 2. Diese Bestimmung hat für die derzeit bereits im Schuldienste befindlichen Lehrerinnen, ob provisorisch oder definitiv angestellt, keine Anwendung zu finden, gilt vielmehr nur für die nach Veröffentlichung des neuen Gesetzes über Regelung der Lehrpersonenbezüge in den Schuldienst tretenden Lehrerinnen.“

Diejenigen Herren, die mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) A b g e l e h n t.

(Liest):

„Eventual-Antrag B.

Eine Lehrerin, ob provisorisch oder definitiv angestellt, welche zufolge dieser Bestimmung durch ihre Verehelichung als aus dem Schuldienste ausgeschieden zu betrachten ist, hat bei ihrem Austritte eine Abfertigung zu erhalten, deren Höhe unter Berücksichtigung der Dienstzeit festzusetzen ist.“

Diejenigen Herren, welche diesen Antrag annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) E r s c h e i n t a b g e l e h n t.

(Liest):

„Als definitiver Lehrer wird jeder Lehrer nach seinem dritten nach der Lehrbefähigungsprüfung zurückgelegten Dienstjahre be-

trachtet und hat als solcher Anspruch auf die Bezüge eines definitiven Lehrers II. Klasse.“

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) A b g e l e h n t.

(Liest):

„Die Dienstalterszulage der Bürgerschullehrer, beziehungsweise Lehrerinnen wird mit 250 K festgesetzt.“

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) A b g e l e h n t.

Ich bringe die Anträge des Stadtrates, und zwar mit der vom Kollegen K u n s c h a k beantragten Abänderung, ferner mit der stilistischen Abänderung, daß es heißt „Inkrafttretens“ anstatt „Inkraftsetzung“ zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche für die Anträge des Stadtrates in dieser Fassung sind, bitte ich, die Hand erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß die Anträge e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n sind. (Beifall.)

Beschluß: Der Gemeinderat gibt der in der folgenden Tabelle enthaltenen Regelung der Bezüge der Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Wien die Zustimmung unter folgenden Klauseln:

1. Daß die Biersteuer so eingeführt werde, daß der auf den Konsum der Gemeinde Wien entfallende Anteil auch für die Gemeinde Wien eingehoben werde;

2. daß die Verehelichung einer Lehrerin vom Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes an als ein freiwilliger Dienstverzicht angesehen wird;

3. daß alle in Schul-Angelegenheiten vorgelegten Gesetzentwürfe ein untrennbares Ganzes bilden und für dieselben, somit auch für den oben vorgeschlagenen Gesetzentwurf gleichzeitig die kaiserliche Sanktion erteilt werde.

Vergleichende Zusammenstellung

der gegenwärtigen und künftigen Bezüge des Lehrpersonales des Wiener Schulbezirkes nach dem vorliegenden Gesetzentwurfe.

Lehrerkategorie	Gegenwärtiger Bezug an			Künftiger Bezug an			Netto-Mehrbezug
	Gehalt	Quartier-geld	Zusammen	Gehalt	Quartier-geld	Zusammen	
I. Bürgerschul-Direktoren	3000		4000	3400		4600	600
	2800	1000	3800	3000	1200	4200	400
II. Bürgerschul-Direktorinnen	3000		4000	3200		4200	200
	2800	1000	3800	2800	1000	3800	0
III. Volksschul-Oberlehrer	2600		3500	3000		4100	600
	2400	900	3300	2800	1100	3900	400
IV. Volksschul-Oberlehrerinnen	2600		3500	2800		3700	200
	2400	900	3300	2600	900	3500	100

Lehrerkategorie	Gegenwärtiger Bezug an			Künftiger Bezug an			Netto-Mehrbezug
	Gehalt	Quartier-geld	Zusammen	Gehalt	Quartier-geld	Zusammen	
V. Bürgerschul-Lehrer I. Kl.	2200	800	3000	2600		3600	600
	2000	600	2600	2200	1000	3200	600
VI. Bürgerschul-Lehrerinnen I. Kl.	2200	500	2700	2400		2900	200
	2000	400	2400	2000	500	2500	100
VII. Volksschul-Lehrer I. Kl.	1800	800	2600	2200		3000	400
	1600	600	2200	1800	800	2600	400
VIII. Volksschul-Lehrerinnen I. Kl.	1800	500	2300	2000		2500	200
	1600	400	2000	1800	500	2300	300
IX. Bürgerschul-Lehrer und Bürgerschul-Lehrerinnen II. Kl.	1400	240	1640	1800	400	2200	560
			1580			2040	
	1200	180	1380	1600	240	1840	460
X. Volksschul-Lehrer und Volksschul-Lehrerinnen II. Klasse	1400	240	1640	1600	400	2000	360
			1580			1840	
	1200	180	1380	1400	240	1640	260
Provisorische Lehrer und Lehrerinnen	1200	.	1200	1200	.	1200	0
	800	.	800	1200	.	1200	400

Außer diesen Gehaltsbezügen erhalten die Lehrpersonen der Kategorien I bis einschließlich X nach je fünf Jahren eine in die Pension einrechenbare Dienstalterszulage von je 200 K und können höchstens sechs solcher Dienstalterszulagen zuerkannt werden.

Bürgermeister: Die Sitzung ist geschlossen.
(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 40 Minuten nachts.)

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Dienstag den 25. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.
Mittwoch den 26. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 27. Oktober 1904, vormittags 10 Uhr.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Vorstenviehmärkte vom 18. und 20. Oktober 1904.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Jungschweine (Fleischschweine) 6674 Stück
Fettschweine 6238 "

Summe . 12912 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 745 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien 11695 Stück
für das Land 408 "
unverkauft blieben 809 "

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität von 82 bis 94 h (extrem bis 100 h)
II. " " 74 " 81 "
III. " " 68 " 73 "

Fettschweine:

I. Qualität von 100 bis 104 h (extrem bis 106 h)
II. " " 95 " 99 "
III. " " 90 " 94 "

Auf den dieswöchentlichen Vorstenviehmärkten wurden im Vergleich zur Vorwoche um 109 Stück Schweine mehr zugeführt. Bei schwerfälligem Geschäftsverkehr notierten die Preise der Fett- schweine zumeist um 1 h per Kilogramm niedriger, die der Fleischschweine jedoch unverändert wie in der Vorwoche.

* * *

Pferdemarkt vom 18. Oktober 1904.

Zum Verkauft wurden gebracht: 732 Pferde

(447 Schlachtpferde, 285 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde 120—1000 K per Stück
" Schlachtpferde 34—160 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 20. Oktober 1904.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend 154	Schafe lebend 2749
Kälber ausgeweidet 3394	Schafe ausgeweidet 776
Lämmer lebend —	Schweine ausgeweidet 1937
Lämmer ausgeweidet 110	

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität von 100 bis 108 h (extrem bis — h)
II. " " 88 " 98 "
III. " " 78 " 86 "

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 108 bis 128 h (extrem bis 142 h)
II. " " 92 " 106 "
III. " " 80 " 90 "

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

I. Qualität von 20 bis 30 K (extrem bis 32 K)
II. " " — " 16 "

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität von 72 bis 88 h (extrem bis 104 h)
II. " " 62 " 70 "
III. " " 50 " 60 "

Schweine ausgetödtet (per 1 kg):

- I. Qualität von 96 bis 120 h (extrem bis 124 h)
- II. " " 88 " 94 "
- III. " " 80 " 88 "

Schafe lebend (per Paar):

- I. Qualität von — bis 36 K (extrem bis — K)
- II. " " — " 26 "
- III. " " 16 " 20 "

Schafe lebend (per 1 kg):

- I. Qualität von 46 bis 50 h (extrem bis 52 h)
- II. " " 42 " 44 "
- III. " " — " 40 "

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 195 Stück Kälber weniger zugeführt. Der Abverkauf gestaltete sich etwas leichter als in der Vorwoche und konnten namentlich leichtere Sorten Preisaufbesserungen von 4 bis 6 h per Kilogramm erzielen. Lämmer und Weidner Schafe notierten unverändert; Weidner Schweine tendierten flau und waren um 4 h per Kilogramm billiger.

Auf dem Schafmarkte wurden um 3064 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Der Geschäftsverkehr war ruhig und blieben die vorwöchentlichen Preise durchaus behauptet.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 20. Oktober 1904 106 Stück Weide-, 99 Stück Mast- und 52 Stück Weidvieh aufgetrieben.

Baubewegung

vom 17. bis 20. Oktober 1904.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

- II. Bezirk: Magazin, Vorgartenstraße - Innstraße - Engerthstraße, Einl.-Z. 5278, von S. Reich & Komp., IV., Margaretenstraße 23, Bauführer Franz Breitenegger (7110).
- " " Fabrik, Engerthstraße, Einl.-Z. 2648/2658, von Ernst Krause, VII., Breitegasse 17, Bauführer G. Parthilla (7155).
- IV. Bezirk: Haus, Starhembergstraße 29, von Richard Modern, VIII., Feldgasse 10, Bauführer Laste & Ziala (7890).
- " " Haus, Schönbrunnerstraße 19, Kollschitzgasse 16, von Alfred Wildhach, IV., Klagbaumgasse 9 (7118).
- XII. Bezirk: Dreiflüchiges Wohnhaus, Konstr.-Nr. 1018 Unter-Meidling, Spittelbreitengasse 26, von Ferdinand Kellner, Bauführer derselbe (37203).
- " " Hochparterrehaus, Einl.-Z. 570, Neue Wasserleitungsstraße, von Moritz Frankl, Bauführer Max Ott (37597).
- XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Pöstelsdorferstraße 87, von Friedrich Faulhaber, IV., Theresianumgasse 11, von Karl Rieß (38351).
- XIX. Bezirk: Realität (Sanatorium), Einl.-Z. 66, 18, 254, 256, 61 Unter-Döbling, Parz. 373/2, 374, 375, 376/1, 370/2, 370/3, 371, Unter-Döbling, von Dr. med. Leo Bradsky, IX., Dittrichsteingasse 10 (22571).
- XX. Bezirk: Haus, Romanogasse 11, von Heinrich Winkler, Baumeister (7154).

Zubauten.

- V. Bezirk: Mittersteig 18, von Michael Christallnigg, ebenda, Bauführer F. Henneberg (7169).
- XVIII. Bezirk: Scheidstraße 28, von Franz Händrich, ebenda, Bauführer Franz Gräf (37975).
- " " Gerthoferstraße 33, von L. Riedl, Stephansplatz (37457).

Adaptierungen.

- I. Bezirk: Graben 8, von der Versicherungs-Gesellschaft „New-York“, Bauführer C. Misserowsky (7133).
- " " Zebbligasse 7, von R. Franz, III., Ungargasse 61, Bauführer R. Kirchem (7158).
- " " Rotenturmstraße 19, von Heim & Hermann, Baumeister (7161).
- III. Bezirk: Apostelgasse 25/27, von G. W. Boschan (7112).
- " " Landstraße Hauptstraße 51, von der Witwen- und Waisen-Societät des Med. Doktoren-Kollegiums, Bauführer Heim & Hermann (7135).
- IV. Bezirk: Brahmplatz 7, von Karl Gödrich, Baumeister (7195).
- V. Bezirk: Einfielsplatz 9, von Anton Jpfer (7190).
- VIII. Bezirk: Stofzthalergasse 19, von Siegmund Sedlaczek, Bauführer F. Prolesch (7088).
- XII. Bezirk: Fehendorf, Einl.-Z. 244, Fehendorferstraße 67, von Karl und Marie Klügel, Bauführer Alois Schaufler (37453).
- XVIII. Bezirk: Antonogasse 13, von Leitner & Ullmann, Bauführer Franz Wein (37534).
- " " Staudgasse 13, von der Aktiengesellschaft der Wiener Sodawasserfabrik, Bauführer Johann Schreyfer (37951).
- " " Julienstraße 40, von Otto Scharfetter, Bauführer Friedrich Eisner (38230).
- XIX. Bezirk: Krottenbachstraße 46, von Franz Krejci (22812).
- XX. Bezirk: Bergartenstraße 105, von Josef Horicky, Bauführer Jose Sogotner (7181).

Diverse (geringere) Bauten.

- III. Bezirk: Borsach, Biaduktgasse 37, von Paul Dumont, III., Neulinggasse (7144).
- V. Bezirk: Holzschuppe, Mary-Meidlingerstraße, Einl.-Z. 2213, von Rudolf Auspitz, V., Fochgasse 36 (7179).
- XII. Bezirk: Herstellung eines Aufganges und einer eisernen Stiege von der Galerie der Katharinenhalle in den Wirtschaftshof, Ober-Meidling, „Dreherpark“, Schönbrunnerstraße 802, von Anton Dreher, Bauführer Johann Mitsch (36887).
- " " Kanal für Abwässer, Beihlgasse 7, von Alois Rudross, Bauführer Alois Schaufler (37301).
- XIX. Bezirk: Einfriedungsmauer, Karl Ludwigstraße 70, von Hermine Wallach-Waschmann, Bauführer Wiener Kottageverein (23058).
- XX. Bezirk: Mauerherstellung, Greiseneggergasse 12, von J. Wenzel's Witwe, Bauführer Karl Michna (7145).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

- III. Bezirk: Nottendorfergasse, Erbbergermais, Einl.-Z. 2117, von Franziska Seidler durch Fröhlich & Schrott (7102).
- " " Erbbergermais, Einl.-Z. 2820, von Franziska Seidler durch Fröhlich & Schrott (7104).
- IX. Bezirk: Pfluggasse 9, von Fröhlich & Schrott, Baumeister (7100).
- " " Pichtensteinstraße, Ecke der Thurgasse, Einl.-Z. 1022/23, von Gabriel Manhart, IX., Berggasse 13 (7087).
- XII. Bezirk: Unter-Meidling, Spittelbreitengasse 26, Konstr.-Nr. 1018, von Ferdinand und Katharina Kellner (36847).
- " " Rotenmühlgasse 4, von Leopoldine Moser (36972).
- XXVII. Bezirk: Salmannsdorf 76, von Aloisia und Leopold Lehner (38049).
- " " Julienstraße 54, von Friedrich Eisner (38231).
- XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Friedlgasse 40, Einl.-Z. 51, von Rudolf D. Weil, I., Rotenturmstraße 23 (22520).
- XX. Bezirk: Gerhardusgasse, Klosterneuburgerstraße, Einl.-Z. 857, von Mathilde Spitzer, IX., Schwarzspanierstraße 16 (7111).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. VI, Z. 2763.

15. Oktober 1904.

Spannung der Schneepflüge des I. Bezirkes während des Winters 1904/05, insoweit dieselbe nicht durch das eigene Fuhrwerk besorgt werden kann.

- Rouffseau Karl — Für 8 Schneepflüge:
 Preis für ein Pferdepaar:
 17 K für den ganzen Tag.
 13 K für den halben Tag.
 20 K für die ganze Nacht.
 15 K für die halbe Nacht.

- Preis für ein zweites Pferdepaar:
 16 K für den ganzen Tag.
 12 K für den halben Tag.
 19 K für die ganze Nacht.
 15 K für die halbe Nacht.
- Radisch Eduard — Für 4 Schneepflüge:
 Preis für ein Pferdepaar:
 17 K für den ganzen Tag.
 13 K für den halben Tag.
 22 K für die ganze Nacht.
 18 K für die halbe Nacht.
- Preis für ein zweites Pferdepaar:
 16 K für den ganzen Tag.
 12 K für den halben Tag.
 21 K für die ganze Nacht.
 17 K für die halbe Nacht.
- Vom Depot Augartenstraße aus.
- Reuther Hermann — Für 10 Schneepflüge:
 Preis für ein Pferdepaar:
 16 K für den ganzen Tag.
 10 K für den halben Tag.
 20 K für die ganze Nacht.
 15 K für die halbe Nacht.
- Preis für ein zweites Pferdepaar:
 14 K für den ganzen Tag.
 8 K für den halben Tag.
 19 K für die ganze Nacht.
 13 K für die halbe Nacht.
- Vom Depot Augartenstraße aus.

Mag.-Abt. VII, Z. 1193.

17. Oktober 1904.

Neubau eines Hauptkanals in der Kreithnergasse zwischen Thalia- und Hasnerstraße im XVI. Bezirke.

Erdb- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 4076 K 13 h.

Spitzer C. — Nachlaß 1/2 gegen Verwendung von Romanzement der Marke Waldmühle in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 74 kg per Hektoliter und von Schlackenzement der Marke Wittowitz in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.

II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Bau der Doppel-Bürgerchule, VI., Kirchengasse 18, Loquatplatz.

Einrichtung der elektrischen Beleuchtung.

Salzer & Ebie — 7252 K 90 h.

Vergabung der Buchbinderarbeiten für die Wiener Stadtbibliothek bis 31. Dezember 1906.

Rautter's Georg Witwe & Sohn — Zu den im städtischen Preistarife angeführten Preisen ohne Nachlaß.

Sintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.

13. Oktober 1904.

(Fortsetzung.)

- Reuber Leopoldine — Modistengewerbe — VII., Seibengasse 41.
 Ryfodum Stephan — Kleinfuhrwerker — XI., Mühlhangergasse 84.
 Palla Juliana — Viktualien-Verschleiß — III., Wällischgasse 33.
 Rejchal Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — III., Gürtelstraße 11.
 Rehsel Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 48.
 Billau Max — Photographengewerbe — VII., Mariahilferstraße 76.
 Billau Max — Rahmen- und Passepartout-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 76.
 Pilsinger Franz — Tierhandel- und Tierpräparatorgewerbe — XX., Wintergasse 21.
 Prohaska Franz — Fialer-Lizenz Nr. 409 — VII., Apollgasse 11.
 Reihes Max Dr. — Advokat — III., Landstraße Hauptstraße 95.
 Roller Josef & Laa Josef (Inhaber), Georg Laa (verantwortlicher Geschäftsführer) — Ledergalanteriewaren-Erzeugung (Filiale) — VII., Dreilautergasse 15.
 Roth Moritz — Handelsagentur — VII., Mariahilferstraße 48.

- Schmitt Johann — Wäscheputzer — VII., Stiflgasse 27.
 Schrimpf Marie — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Kirchengasse 5.
 Wallh Friedrich — Zunderbäckergewerbe (Filiale) — XII., Schönbrunnerstraße 232.
 Weinsteiner Otfas, reite Fingerhut — Hutmachergewerbe — VII., Kaiserstraße 115.
 Wobal Anna — Fragnergewerbe — VII., Neuniftgasse 102.
 Wörger Aloisia — Wäscheputzer — III., Rusumofstygasse 10.
 Zimer Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß der Lebensmittel — VII., Apollgasse 18.

14. Oktober 1904.

- Bachschner Ignaz — Wiederbetrieb der Einspänner-Lizenz Nr. 436 — XVI., Ottalringerstraße 223.
 Baber Anna — Massagiegewerbe — IX., Pramergasse 13.
 Barten Stephan — Friseur- und Rasierergewerbe — XX., Dampfgasse 16.
 Bartisal Adelheid, geb. Alexiewicz — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Neulerchenfelderstraße 18.
 Bedl Schmal (Simon) — Damenkleidernachergewerbe — XVI., Schellhammergasse 23.
 Beihilf Elsa, geb. Beihilf — Übernahme von Wäsche zum Putzen — II., Stephanierstraße 16.
 Beimler Robert — Akademischer Maler — XV., Felslerstraße 24.
 Berger Adolf — Stereotypplatten-Erzeugung — IX., Rotenhausgasse 8.
 Bernhard Franz — Sauertraut- und Rüben-Verschleiß — XVI., Brunnengasse, Markt.
 Bettinger Theresia — Gast- und Schankgewerbe — X., Rudolphgasse 38.
 Beyporich Marie, geb. Kauba — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — II., Ragraner Reichstraße 392.
 Billig Otfas Leib — Schuhmacher (Filiale) — II., Taborstraße 8.
 Bisinger Franz — Drechstergewerbe — XVI., Friedmannungasse 56.
 Blimil Adolf — Gepäcksausträger — II., Kluggasse 7.
 Böhm Jda — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — IX., Sechschimmelgasse 3.
 Cintl Eduard — Kleinhandel mit Brennmaterialien (Filiale) — II., Novaragasse 9.
 Carl Richard — Ausbraten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Rudi Waagnerplatz, Ecke der Haymerlegasse bei Nr. 37.
 Deutsch Pauline — Damenkleidernachergewerbe — IX., Alferstraße 10.
 Döberl Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Haymerlegasse 8.
 Dotzer Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Thaliastraße 85.
 Dudych vulgo Formanica Josef — Kleidernachergewerbe — XVI., Grundsteingasse 41.
 Ehrenreich Paul — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. d, f G.-D.) — XVI., Koppstraße 141.
 Eichenbaum Isidor — Zunderbäckergewerbe (Filiale) — IX., Porzellangasse 8.
 Esinger Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rotensterngasse 5.
 Eder Johann — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — XIV., Suezgasse 9.
 Elias Samuel Martin — Zahntechnikergewerbe — IX., Bleichergasse 18.
 Engelmänn Karl — Kaffeesieder — X., Lazengburgerstraße 42.
 Folger Rudolf — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — XIV., Mariahilferstraße 211.
 Fischer Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIV., Kellinggasse 4.
 Förstl Johann — Viktualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstr. 60.
 Freudenberger Marie — Wäscheputzergewerbe — XIV., Braunnährschengasse 29.
 Frey Ferdinand — Anstreichergewerbe — XVI., Friedrich Kaiserergasse 73.
 Friedenberg Hermann — Provisionsagent — IX., Türkenstraße 9.
 Friedmann David — Kaffeeschank — X., Sudrunstraße 107.
 Fuchs Ignaz — Eröbler — XVI., Neulerchenfelderstraße 57.
 Gangitsch Johann — Milch-Verschleiß — IX., Mariannengasse 7.
 Gottwald Josef — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Herbststraße 43.
 Grader Leopold — Konzession § 16, lit. b, c und g G.-D. mit Ausnahme des Billardspieles — IX., Rägergasse 32.
 Greif Jsaak — Flaschenbier-Verschleiß — II., Im Berg 5.
 Grün Moritz — Provisionsagent — IX., Rotenlöwengasse 16.
 Hajel Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IX., Viechtensteinstraße 65.
 Hajel Richard — Musikergewerbe — XVI., Kirchstetterergasse 7/9.
 Hatson Karl — Verschleiß von rohem Schweinefleisch und Selchwaren — IX., Berggasse 22.
 Heidl Konrad — Modellstichter — XVI., Kreitzerergasse 16.
 Heidl Pauline — Verschleiß von Schulbüchern und Heiligenbildern — II., Am Labor 18.
 Höller Franz — Kunststein-Erzeugung — XVI., Wilhelminenstrasse 34.
 Holik Rosa — Selchwaren-Verschleiß — V., Wolfganggasse 29.
 Hornischer Johann — Pferdefleischhandlung — X., Rindhartingerergasse 15.
 Horowitz Ottilie — Klavierunterricht — II., Castellergasse 21.

Hübner Karl — Schuhmachergewerbe — XIV., Goldschlagstraße 65.
 Kardos Karl — Annoncensammeln für eine Zeitung — IX., Elisabethpromenade 19.
 Kawan Johann — Schuhmachergewerbe — IX., Grünertorgasse 19.
 Kessler Friedrich — Agentie — II., Laborstraße 11.
 Kirchdorfer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IX., Simondengasse 11.
 Klasna Josef — Futtermittelmachergewerbe — IX., Marktgasse 8.
 Klepp Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 72.
 Klement Ignaz — Schlossergewerbe — IX., Kotingasse 3.
 Koch Friedrich Sergius — Agent (für eine Firma) — IX., Schubertgasse 14.
 Koch Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Herbststraße 62.
 Köhlerhoyer Berta — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Friedrich Kaiserstraße 2.
 Kohn Max — Provisionsagent für eine Firma — IX., Liechtensteinstraße 75.
 Kohn Paula — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Laborstraße 11 b.
 Kostalek Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Brunnbadgasse 3.
 Kraus Leopold — Verschleiß von Galanteriewaren im Ausschreiben — IX., Stroheckgasse 2.
 Kreidel Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IX., Porzellangasse 50.
 Kerschhaber Alexander — Allgemeine Handelsagentie — IX., Grünertorgasse 8.
 Lehmann Anton — Kastanienbratergewerbe (Filiale) — II., Nordbahnstraße 34, Ede Am Labor bei Gasfaulhaber 744.
 Leidingher Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IX., Luftlandgasse 18.
 Firma Wilhelm Löwy & B. Weiß (öffentliche Gesellschafter: Wilhelm Löwy, Benedikt Bernard Weiß) — Kommissionshandel mit Getreide — II., Negetelgasse 3.
 Maierhoffer Karl — Gold- und Silberarbeitergewerbe — IX., Universitätsstraße 4.
 Majetič Damian — Ausbraten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Dittakringerstraße 37, Ede der Weyprechtgasse.
 Marisch Franziska, geb. Babunel — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Koppstraße 67.
 Mayer Johann Heinrich — Goldschmiedergewerbe (Filiale) — XV., Goldschlagstraße 28.
 Meyer Max — Handelsagent — II., Kaiser Josefstraße 27.
 Mitulic Wilhelmine — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 129.
 Morgenstern Jakob — Provisionsagentie — IX., Pramergasse 13.
 Morisch Alice — Pseidlergewerbe — IX., Senfengasse 8.
 Moszister Jzbor — Provisionsagentie — II., Laborstraße 59.
 Mudra Elise, geb. Manina — Gast- und Schankgewerbe — X., Hafengasse 50.
 Neuberger Moritz — Handelsagentie — II., Castellgasse 22.
 Neumann Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Dittakringerstraße 122.
 Neumann Alexander — Glasergewerbe — II., Große Pfarrgasse 21.
 Neuman Wilman — Privatschule für englische Sprache — IX., Mariannengasse 25.
 Neumeister Emma — Damenkleidermachergewerbe — IX., Marktgasse 1.
 Niedler Anton — Pachtbetrieb der Einspänner-Lizenz Nr. 565 — XVI., Koppstraße 152.
 Ofner Josef — Maurergewerbe — XVI., Gauklachergasse 16.
 Pankl Regina — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
 Panzer Franz — Kartonagewaren-Erzeuger — XVI., Grundsteingasse 21.
 Paul Friedrich Leo — Fleischhauergewerbe — XVI., Friedrich Kaiserstraße 64.
 Benzenstädler Ludwig — Musik-Automat — II., Novaragasse 7.
 Petiohy Johann — Messerschmied — X., Quellenplatz 2.
 Pilcik Karl — Kleidermacher — X., Lorenzburgerstraße 59.
 Pilpel Bernhard — Provisionsagentie — II., Große Mohrengasse 29.
 Pleier Magdalena — Viktualien-Verschleiß — IX., Sobieskigasse 25.
 Prach Anton — Marktviktualienhandel — X., Eugenplatz, Stand 35.
 Prochazka Hedwig — Fragnergewerbe — V., Stolberggasse 23.
 Prudner Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIV., Grimmigasse 33.
 Prudner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Brunnengasse 37.
 Rach Franz — Fleischhauergewerbe — X., Lorenzburgerstraße 83.
 Raimann Marie (Alleininhaber der Firma: R. J. Raimann) — Verschleiß der in der Ministerial-Verordnung vom 3. August 1880, R.-G.-Bl. Nr. 160, angeführten Merantildruckorten und Waren — II., Große Sperlgasse 2.
 Reistopf Marie — Verschleiß von Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen und Gebinden mit Anschließ des Anschankes — X., Erlachgasse 139.
 Robischek Laura, geb. Mautner — Zuckerwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 110.
 Röbner Albert — Allgemeine Handelsagentie — IX., Liechtensteinstraße 109.
 Romano Berta — Zuckerbäckergewerbe (Filiale) — IX., Porzellangasse 54.
 Rosenthal Moritz — Porträtmalerei — II., Castellgasse 25.
 Rosenzweig Adolf — Gewerksmäßige Abgabe von Gutachten über die Qualität von Seide und Seidenwaren — IX., Seberingasse 19.

Szafar Rudmilla — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Siccardsburggasse 43.
 Sauer Wilhelm — Tierhandel — V., Wolfganggasse 38.
 Schamal Rosina, verwitw. Schiefer, geb. Lehner — Wäscher- und Wäschepuhergewerbe — XVI., Richard Wagnerplatz 12.
 Schiesinger Alois — Klavierunterricht — II., Nordbahnstraße 44.
 Schmid Marie — Plüßiergewerbe — II., Karmelitergasse 8.
 Schmidt Franz — Schuhmachergewerbe — XVI., Herbststraße 12.
 Scholz Karl — Bronze- und Metallwaren-Erzeugung — XVI., Johannastraße 43.
 Schreier Aron — Handelsagent — II., Pichenuergasse 5.
 Schütz Karl — Marktviktualienhandel — XVI., Jppenplatz, Stand 392.
 Schub Marie — Pachtbetrieb der Einspänner-Lizenz Nr. 822 — XVI., Redtenbacherstraße 21.
 Schweiger Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XV., Ponthongasse 21.
 Schweiger Rudolf — Tischler — X., Angeltgasse 54.
 Seibold Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XV., Sechshauerstraße 24.
 Sebec Ernestine — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Reithofferplatz 6.
 Singer Klara — Damenkleidermachergewerbe — IX., Harmoniegasse 9.
 Stoll Karl — Herrenkleidermachergewerbe — XV., Wurzbachgasse 14.
 Strafa Stephan — Kleidermacher — X., Schröttergasse 35.
 Süß Ernestine — Kleinhandel mit Brennmaterial — IX., Pramergasse 18.
 Supparitsch Anna, geb. Hirsch — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Hasnerstraße 20.
 Svoboda Josef — Kleidermacher — II., Rotensterngasse 25.
 Tirsit Eüler, geb. Ehrenreich — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. d, f G.-D.) — XVI., Stumberggasse 1.
 Taster Klara — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — II., Pichenuergasse 5.
 Totter Stephan — Photographengewerbe — XV., Mariasifergürtel 7.
 Trieger Pntas — Provisionsagentie — II., Castellgasse 22.
 Trenner Theresia — Verschleiß von Zuckerwaren — X., Erlachgasse 3.
 Tschirner Friederike, geb. Bastien — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVI., Euentelstraße 38.
 Weißmann Chaim Jiene — Luster-Verschleiß — IX., Berggasse 18.
 Wanis Marie — Fleisch-Verschleiß — XV., Grangasse 8.
 Wessely Katharina — Wirsgewerbe — II., Pfeffergasse 3.
 Winter Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Koppstraße 148.
 Zuber Johann — Marktferantie — IX., Lazarettgasse 7.

15. Oktober 1905.

Arneth Franz jun. (Alleininhaber der Firma Franz Arneth, gegenüber der Gewerbebehörde durch den Gewerbeinhaber vertreten) — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Andreasgasse 7.
 Baier Eduard — (Inhaber und Leiter: Eduard Bauer) — Gemischtwarenhandel — IV., Favoritenstraße 40.
 Bauer Ambros — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Arbeitergasse 23.
 Begrlich Karl — Kaffeebäckergewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Pflören aller Art und zur Haltung von erlaubten Spielen — III., Landstraße Hauptstraße 32.
 Behnisch Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wehrgasse 3.
 Belthofer Theresie, verwitw. Matl — Viktualien-Verschleiß — II., Schreigasse 21.
 Bierer Rebekka, geb. Pflhäus vel Lusthaus — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Laborstraße 55

(Das Weitere folgt.)

Z u s a t z.

Seite

Gemeinderat:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 18. Oktober 1904.

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räte Dr. Ritter v. Fürth, Dürbeck, Rissaweg und Obrist wegen Fernbleibens 1973
2. Dank Seiner Majestät des Kaisers für die Glückwünsche der Stadt Wien anlässlich der glücklichen Entbindung der Erzherzogin Marie Valerie 1973
3. Dank des Erzherzogs Franz Salvator und der Erzherzogin Marie Valerie für die Glückwünsche der Stadt Wien aus demselben Anlasse 1973
4. Beileidskundgebung anlässlich des Ablebens Seiner Majestät des Königs Georg von Sachsen 1973
5. Zurücklegung der Stelle eines Mitgliedes des Heimats- und Bürgerrechts-Ausschusses, sowie des Gemeinderats-Ausschusses für die städtische Gasbeleuchtung seitens des Gem.-Rates Zoder 1974
6. Spende der Frau Theresie v. Leon 1974

	Seite		Seite
7. Spende des Herrn Ingenieur Karl Stigler	1974	45. Der selbe, betreffend das Detailprojekt für den Bau eines	
8. Spende des Herrn Josef Balke	1974	Vollschultraktes in Altmannsdorf, XII., Hengendorferstraße 11	1982
9. Spende des Gem.-Rates Josef Eslbauer	1974	46. Gem.-Rat Brauneis, betreffend das Ansuchen des Komitees	
10. Spende der Gewinnerin des Hauptpreises bei Wiener Kom-		zur Errichtung und Erhaltung der Mädchen-Fortbildungsschule	
munal-Lose 1904 für den die Lose ziehenden Waisenknaaben . . .	1974	im XIV. und XV. Bezirke um Lehzimmerüberlassung in der	
11. Spende des Medailleurs Karl Waschmann	1974	Schule XIV., Heindlgasse 5 (Ablehnung)	1983
12. Spende einer ungenannt sein wollenden Person zum Kirchenbau		47. Gem.-Rat Hörmann, betreffend Abänderung des Überein-	
in Neu-Margareten	1974	kommens mit der Staatsverwaltung rüchichtlich der Übergabe	
13. Spende der Frau Marie Boczel	1974	von Teilflächen der Linienamtsrealität St. Marx an die Ge-	
14. Spende der Frau Emma Schmidt	1974	meinde	1983
15. Spenden der Herren Ferdinand Henneberg und Rudolf		48. Der selbe, betreffend die Vergebung der Erd- und Baumeister-	
Gölsdorf (Stürche für die städtischen Gartenanlagen)	1975	arbeiten für den Schulbau III., Dietrichgasse-Leonhardgasse an	
16. Spende des Herrn Anton Hein (Gewächse für die städtischen		die Union-Vaugesellschaft	1935
Gartenanlagen)	1975	49. Der selbe, betreffend die Abänderung der Baulinie für die	
17. Spende des Fräulein Marie Rippel (eine Schulfahne)	1975	Fortsetzung der Starhembergasse von der Mayerhofgasse bis	
18. Legat nach Herrn Friedrich Pietschmann	1975	zur Wiedener Hauptstraße	1936
19. Spenden der Frau Robert Weigl und der Herren Georg		50. Gem.-Rat Zajka, betreffend das Ansuchen des Bernhard	
Holly und Gustav Gugitz für die städtischen Sammlungen	1975	Ludwig um Baulinienabänderung für VI., Eöterhazygasse 9	
20. bis 25. Dankschreiben verschiedener Korporationen für gewäherte		(Ablehnung)	1986
Subventionen	1975	51. Gem.-Rat Wessely, betreffend die unentgeltliche Abgabe von	
26. Beschluß des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, betreffend die Zurück-		Roks an verschiedene Korporationen und Anstalten	1986
weisung von Beschwerden gegen verweigerte Eintragungen in		52. Der selbe, betreffend Kauf des Hauses VI., Theobaldgasse 28 a	1987
die Wählerliste	1975	53. Gem.-Rat Graba, betreffend Rekonstruktion der Kaiser Josefs-	
27. Überlassung des Festsaales im Rathaus an die Kommission der		brücke	1987
Internationalen wissenschaftlichen und gewerblichen Ausstellung		54. Der selbe, betreffend die Subventionierung des Leichenvereines	
„Die Kinderwelt“, St. Petersburg 1903/04, zur Verteilung der		der Pflöglinge des städtischen Versorgungshauses in Mauerbach	1987
Auszeichnungen	1976	55. Gem.-Rat Dr. Krenn, betreffend die Abänderung der Montur-	
28. Spende der Österreichischen Gesellschaft für Arbeiterkury (Wert:		vorschriften für die städtischen Sanitätsdiener	1987
Wohnungsämter und Wohnungs-Inspektion von Dr. E. Ritter v.		56. Der selbe, betreffend das Ansuchen der Künstlergruppe „Jugend-	
Fürth)	1976	bund“ um Subvention. (Absetzung des Referates von der Tages-	
Interpellationen:		ordnung)	1988
29. Gem.-Rat Mareš, betreffend den mangelhaften Zustand der		57. Der selbe, betreffend die Subventionierung mehrerer land-	
Bedürfnisanstalt am Pppenplatz im XVI. Bezirke	1976	wirtschaftlicher Vereine und Korporationen	1988
30. Gem.-Rat Dr. Ritter v. Fürth, betreffend die Einberufung der		58. Gem.-Rat Dr. Deutichmann, betreffend die Kenntnisnahme	
Gemeinderats-Sitzungen	1976	der Finanzministerial-Entscheidung rüchichtlich der Verweigerung	
31. Gem.-Räte Helbig und Mayer, betreffend die Kompetenz		der Steuerfreiheit für die Wagenhalle der städtischen Straßen-	
des Gemeinderates bezüglich der Ablehnung von Kauf-Offerten		bahnen in Ottakring	1989
rüchichtlich städtischer Realitäten	1977	59. Der selbe, betreffend die Überlassung von Schulbänken an	
32. Gem.-Rat Zifferer, betreffend die Ansetzung zu kurzer		den Verein zur Förderung und Erhaltung der Privat-Handels-	
Termine bei Offertauschreibungen für städtische Arbeiten und		und Fortbildungsschule für katholische Mädchen, IV., Karolinen-	
Lieferungen	1977	platz 7	1989
33. Gem.-Rat Dr. Hein, betreffend die Führung der Bezeichnung		60 und 61. Der selbe, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an	
„Spartofsa“ seitens der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaft		den Verwaltungsgerichtshof gegen die Finanzministerial-Entschei-	
m. b. S. „Gewerbliche Zentral-Kreditanstalt und Spartofsa		dungen rüchichtlich der Verweigerung der objektiven Steuer-	
Wien“	1978	freiheit für die Unterstation Landstraße, für das Betriebsgebäude	
Anträge:		der Licht-Zentrale u. s. w., den Zubau zur großen Zubringe-	
34. Gem.-Rat Gsottbauer, betreffend die Errichtung städtischer		station, sowie betreffend die Zurücknahme der Steuerfreiheit des	
Zementwerke	1979	Betriebsgebäudes der Bahn-Zentrale, beziehungsweise rüchichtlich	
35. Gem.-Rat Schedifka, betreffend die Kanalisierung der		der Verweigerung der objektiven Steuerfreiheit für die Schalt-	
Wienerbergstraße im XII. Bezirke	1979	station der städtischen Elektrizitätswerke X., Kolombusplatz . . .	1989
36. Gem.-Rat Herold, betreffend die Ausgestaltung des „Land-		62. Gem.-Rat Vielohlawek, betreffend die Errichtung eines Ge-	
straßer Theaters“	1979	meindevermittlungsamtes für den I. Bezirke	1990
37. Gem.-Rat Klebinder, betreffend die Abänderung des § 20		63. Der selbe, betreffend die Schlußrechnung für den Bau der	
der Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates	1979	Müchtrinkhalle im Runderpark im III. Bezirke	1990
Referate:		64. Gem.-Rat Weimann, betreffend die Überlassung von Schul-	
38. Gem.-Rat Ferdinand Gräf, betreffend den Regulierungsplan		drucksorten an die Privat-Mädchen-Volks- und Bürgerschule der	
für die Umgebung der neuen Irrenanstalt im XIII. und		Töchter des göttlichen Heilandes VII., Kenyongasse 6/8	1991
XVI. Bezirke	1980	65. Gem.-Rat Hözl, betreffend die Bewilligung eines Ehren-	
39. Gem.-Rat Braun, betreffend die Ratifizierung des Beschlusses		preises für die Zug- und Zuchtviehchau des k. k. landwirtschaft-	
der ehemaligen Gemeinde Simmering vom 15. Jänner 1886		lichen Bezirksvereines Amstetten	1991
durch den niederösterreichischen Landes-Ausschuß in Angelegenheit		66. Gem.-Rat Dr. Wesselsky, betreffend die Erstattung eines	
der Widmung eines Platzes für die Erbauung einer Kirche	1981	Gutachtes über den Gesekentwurf zur Regelung des gewerblichen	
40. Der selbe, betreffend Kenntnisnahme der Entscheidung des		Fortbildungsunterrichtes in Wien	1991
k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht über die Auf-		67. Gem.-Rat Tomola, betreffend Stellungnahme zu der vom	
bringung eines Teiles der Hand- und Zugkosten für bauliche		niederösterreichischen Landes-Ausschuße vorgeschlagenen Regelung	
Herstellungen an der Pfarrkirche zu Kaisers-Ebersdorf	1981	der Bezüge der Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und	
41. Gem.-Rat Kauer, betreffend den Neubau eines Haupturats-		Bürgerschulen in Wien	2012
kanales in der Neuen Weltgasse zwischen Eitelberger- und Wenz-		Sadtrat:	
gasse im XIII. Bezirke (Zuschußkredit)	1981	Sitzungen des Stadtrates	2028
42. Der selbe, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den		Allgemeine Nachrichten:	
Verwaltungsgerichtshof gegen die Ministerial-Entscheidung in		Approvisionnement:	
Angelegenheit der Verleihung der Konzession zum Betriebe eines		Borsenwiewmärkte vom 18. und 20. Oktober 1904	2028
Hotels samt Restauration auf der Himmelhofrealität im XIII. Be-		Pferdemarkt vom 18. Oktober 1904	2028
zirke an Max Vliy	1981	Zug- und Stechviehmarkt vom 20. Oktober 1904	2028
43. Der selbe, betreffend das Detailprojekt für die Herstellung		Baubewegung:	
eines Vorgartens und Sommerturnplatzes beim Schulhause XIII,		Gesuche um Baubewilligungen vom 17. bis 20. Oktober 1904 . . .	2029
Höginger Hauptstraße 166	1982	Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
44. Gem.-Rat Büsch, betreffend die Abänderung der Baulinien		I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	2029
der von der Hohenbergstraße in südlicher Richtung abzweigenden		II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen	2030
ersten Parallelstraße zur Zenogasse im XII. Bezirke	1982	Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	2030
		Rundmachungen.	

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingungen u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	N.-Z.	O b j e k t	G e g e n s t a n d der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
24. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag. = Rat Gross V. Stiege, 2. Stock)	5338	Baumpflanzung in der Hain- burgerstraße im III. Bezirke.	Lieferung von 1450 m ³ Ackererde Verführung von 1450 m ³ Aus- hubmateriale	4250 K 2900 K Bedingnisse etc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 3-3
25. Oktober 11 Uhr	detto	5271	—	Bergebung der Demolierung der auf der Liegenschaft XVII., Förger- straße 48 stehenden Baulichkeiten.	— 3-3
26. Oktober 11 Uhr	detto	3863	—	Demolierung des städtischen Hauses XIX., Greinergasse 32.	— 2-3
7. Nov. 11 Uhr	detto	4314	Restauration im Türkenschanz- parke im XIX. Bezirke.	Verpachtung für die Zeit vom 1. Februar 1905 bis 31. Jänner 1910.	— Bedingnisse etc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 2-5
31. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag. = Rat Dr. Nüchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1192	Neubau eines Hauptkanals in der Neuen Weltgasse, zwischen der Eitelberger- und Wenzgasse im XIII. Bezirke.	Erdb- und Banmeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	3388 K 42 h 1-3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
10. Nov. 10 Uhr	Abteilung XV (Mag. = Rat Narožny Neues Rathaus VII. Stiege, 2. Stock)	8405	Doppel-Bürgerschule VI., Hirschen- gasse 18 bis Loquaiplatz.	Stukkaturarbeiten.	6240 K

1-3

Kundmachung.

(Erledigte Lehrstellen im Wiener Schulbezirke).

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Lehrstellen zur Besetzung:

2 Bürgereschullehrerstellen für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe an der Bürgerschule für Knaben: XVII., Kalvarienberggasse 33.

*

Je 1 Bürgereschullehrerstelle für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben: II., Schwarzingergasse 4, III., Sechstrügelgasse 11, V., Bachergasse 14, VIII., Zeltgasse 7, XIV., Sechshauerstraße 71, XVII., Geblergasse 31.

*

Je 1 Bürgereschullehrerstelle für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben: II., Schwarzingergasse 4, III., Sechstrügelgasse 11, X., Eugengasse 30/32, XX., Jägerstraße 54.

*

Je 1 Bürgereschullehrerstelle für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben: V., Embelgasse 46, XVII., Kalvarienberggasse 33, XVIII., Cottagegasse 17, XX., Jägerstraße 54.

*

Je 1 Bürgereschullehrerinstelle für die Lehrgegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen: V., Embelgasse 48, VIII., Zeltgasse 7.

*

Je 1 Bürgereschullehrerinstelle für die Lehrgegenstände der naturwissenschaftlichen Fachgruppe an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen: VIII., Zeltgasse 7, IX., Glasergasse 8, XIV., Meißelstraße 47, XV., Zindgasse 12/14.

*

2 Bürgereschullehrerinstellen für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe an der Bürgerschule für Mädchen: XX., Staudingergasse 6.

*

Je 1 Bürgereschullehrerinstelle für die Lehrgegenstände der mathematisch-technischen Fachgruppe an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen: XVIII., Schopenhauerstraße 79, XVIII., Ferrogasse 28/30.

*

8 Volksschullehrerstellen an der Allgemeinen Volksschule für Knaben: XVI., Wilhelminenstraße 94.

*

2 Volksschullehrerstellen an der Allgemeinen Volksschule für Knaben: XIII., Linzerstraße 232.

*

2 Volksschullehrerstellen an der II. Allgemeinen Volksschule für Knaben: XVII., Kastnergasse 29.

*

Je 1 Volksschullehrerstelle an den nachbenannten Allgemeinen Volksschulen für Knaben: II., Schüttaustraße 42, IV., Neumanngasse 6, Allee-gasse 44, VI., Stumpergasse 10, Sonnenuhr-gasse 3, IX., Grunetorgasse 9, XI., Entplatz 4, XIII., Siebenschengasse 17*), XIV., Stättermayergasse 29, Kauer-gasse 3, XVI., Mildeplatz 3, XVII., Hernalser Hauptstraße 100, Wichtel-gasse 67**), XX., Treustraße 9, Böchlarnstraße 14, Raphael-gasse 11.

*

1 Volksschullehrerinstelle an der Allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen: XIX., Mannagetttagasse 1.

*

7 Volksschullehrerinstellen an der Allgemeinen Volksschule für Mädchen: XVI., Roterbstraße 1.

*

3 Volksschullehrerinstellen an der Allgemeinen Volksschule für Mädchen: XX., Raphaelgasse 13.

*

2 Volksschullehrerinstellen an der Allgemeinen Volksschule für Mädchen: XVIII., Leitnermayergasse 47.

*

*) Gehört in den Sprengel des Districtrates des XIV. Bezirkes.

**) Mit dem besonderen Erfordernisse der Lehrbefähigung für Turnen.

1 Volksschullehrerinstelle an der II. Allgemeinen Volksschule für Mädchen: XVI., Stephanieplatz 1.

*

Je 1 Volksschullehrerinstelle an den nachbenannten Allgemeinen Volksschulen für Mädchen: V., Malfattgasse 1, VI., Stumpergasse 10, XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 65, XII., Nymhengasse 7, XIV., Goldschlagstraße 108, Kellinggasse 7, XVI., Wurlitzer-gasse 59, XVII., Kindermanngasse 1, Wichtelgasse 67, XX., Pöchlarnstraße 12.

*

3 Unterlehrerstellen an der Allgemeinen Volksschule für Knaben, XVI., Wilhelminenstraße 94.

*

1 Unterlehrerstelle an der Allgemeinen Kaiser Franz Josef-Volksschule der Stadt Wien für Knaben: XVI., Liebhartsgasse 21.

*

1 Unterlehrerstelle an der II. Allgemeinen Volksschule für Knaben: XVII., Kastnergasse 29.

*

Je 1 Unterlehrerstelle an den nachbenannten Allgemeinen Volksschulen für Knaben: III., Pfarrhofgasse 1, Hörnesgasse 12*), Eslerngasse 23, Eslerngasse 23**), Hainburgerstraße 40**), IV., Allee-gasse 44, Phorugasse 10, V., Magleinsdorferstraße 23, Hundsturmplatz 14, Fochgasse 20, VI., Windmühlgasse 45, VII., Zoller-gasse 41, IX., Canisiusgasse 2, X., Umlandgasse 1, Buchs-baumgasse 55, Leibnizgasse 33, Laimäckergasse 17, XI., Brehm-sträße 5, Kaiser-Ebersdorferstraße 65, XIII., Linzerstraße 232, XV., Hackengasse 11, Talgasse 2, XVI., Speckbachergasse 48, XVII., Hernalscher Hauptstraße 100, XIX., Vormosergasse 8, XX., Wintergasse 34, Wintergasse 14.

*

Je 1 Unterlehrerstelle an den nachbenannten Allgemeinen Volksschulen für Knaben und Mädchen: XVIII., Pögleinsdorfer-straße 105, XIX., Wigandgasse 29, Mannagetagasse 1.

*

3 Unterlehrerinstellen an der Allgemeinen Volksschule für Mädchen: XVI., Roterbstraße 1.

*

Je 2 Unterlehrerinstellen an den nachbenannten Allgemeinen Volksschulen für Mädchen: III., Erdbergstraße 76, Löwengasse 12b, VII., Neustiftgasse 100, IX., Viriotgasse 8, XVI., Seitenberg-gasse 10, XVII., Kindermanngasse 1.

*

Je 1 Unterlehrerinstelle an den nachbenannten Allgemeinen Volksschulen für Mädchen: II., Czerninplatz 3, Pazmaniten-gasse 22, Pazmanitengasse 26, III., Eslerngasse 23, Paulus-platz 4, Hainburgerstraße 40***), VI., Gumpendorferstraße 44, VII., Kandlergasse 30, VIII., Lerchengasse 19, IX., Markt-gasse 2, Bahngasse 35, X., Umlandgasse 1, Herzgasse 27, Herzgasse 87, XI., Molitorgasse 11, XII., Bischoffgasse 10, Migazzipplatz 9, Bierthalergasse 13, XIII., Siebeneichengasse 17 †), XIV., Dabler-

*) Mit dem besonderen Erfordernisse der Lehrbefähigung für Turnen.

**) Ohne das besondere Erfordernis der Lehrbefähigung für Turnen und Gesang.

***) Mit dem besonderen Erfordernisse der Lehrbefähigung für Gesang.

†) Gehört in den Sprengel des Ortschulrates des XIV. Bezirkes.

gasse 16, Goldschlagstraße 108, Kröllgasse 20, XV., Zind-gasse 12/14, XVI., Akelegasse 29, Neumayrgasse 25, Kreitner-gasse 18, Grubergasse 4, XVII., Rupertusplatz 1, Leopold Ernst-gasse 37, XVIII., Schopenhauerstraße 79, Antonigasse 4, Michaeler-straße 30, XIX., Silbergasse 2, XX., Raphaelgasse 13, Winter-gasse 14.

*

1 Unterlehrerinstelle an der Allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen:

XIII., Lainzerstraße 148.

*

Je 1 Bezirks-Ans Hilfsunterlehrerstelle für den Wiener Schulbezirk mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

II., Schwarzinger-gasse 4 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

II., Weintraubengasse 13 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

III., Kleistgasse 12 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

III., Sechskrügelgasse 11 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

V., Bachergasse 14 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

VII., Neubaugasse 42 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

IX., Lazarettgasse 27 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

X., Eugengasse 30/32 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

X., Antonplatz 12 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XI., Entplatz 4 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

XIII., Reintlgasse 19 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XIII., Anhofstraße 49 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

XIV., Märzstraße 70 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XVI., Habsburgplatz 2 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XVI., Grundsteingasse 65 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

XVII., Kalvarienberggasse 33 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

XVII., Geblergasse 31 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XVIII., Kottagegasse 17 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XVIII., Klettenhofergasse 3 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XIX., Panzergasse 25 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XX., Staudingergasse 6 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XX., Jägerstraße 54 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

*

Je 1 Bezirks-Aushilfsunterlehrer- oder Bezirks-Aushilfsunterlehrerinstelle für den Wiener Schulbezirk mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

VI., Stumpetgasse 56 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

VIII., Zeltgasse 7 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

X., Herzgasse 27 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XIV., Heindegasse 5 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XV., Friedrichsplatz 5 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der sprachlich-historischen Fachgruppe).

XVI., Wurliergasse 59 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der mathematisch-technischen Fachgruppe).

XVIII., Schopenhauerstraße 79 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der naturwissenschaftlichen Fachgruppe).

*

Je 1 Bezirks-Aushilfsunterlehrerinstelle für den Wiener Schulbezirk mit dem Standorte an den nachbenannten Allgemeinen Volksschulen für Knaben:

VI., Sonnenuhrergasse 3, XVI., Mildeplatz 3, XIX., Heiligenstädterstraße 129.

*

1 Bezirks-Aushilfsunterlehrerinstelle für den Wiener Schulbezirk mit dem Standorte an der Allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen:

XIII., Lainzerstraße 148.

*

1 Bezirks-Aushilfsunterlehrerinstelle für den Wiener Schulbezirk mit dem Standorte an der Allgemeinen Volksschule für Mädchen:

I., Johannesgasse 4 a.

*

Bezirks-Aushilfsunterlehrer und Bezirks-Aushilfsunterlehrerinnen sind verpflichtet, im ganzen Wiener Schulbezirke zu supplieren und jeder Weisung des Bezirkschulrates oder der zuständigen Bezirkssektion ohne Rücksicht auf die Entfernung der Schule, für welche sie erforderlich sind, von ihrem Standorte oder ihrer Wohnung nachzukommen.

Mit jeder der ausgeschriebenen Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsklasse für Bürgereschullehrer und Bürgereschullehrerinnen von 2000 K, für Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen von 1600 K, für Unterlehrer, Unterlehrerinnen, Bezirks-Aushilfsunterlehrer und Bezirks-Aushilfsunterlehrerinnen von 1200 K und das Quartiergeld für Bürgereschullehrer und Volksschullehrer von jährlich 600 K, für Bürgereschullehrerinnen und Volksschullehrerinnen von jährlich 400 K, für Unterlehrer und Bezirks-Aushilfsunterlehrer von jährlich 240 K, für Unterlehrerinnen und Bezirks-Aushilfsunterlehrerinnen von jährlich 180 K, beziehungsweise nach 15jähriger Dienstleistung in definitiver Anstellung an öffentlichen Volksschulen für Bürgereschullehrer und Volksschullehrer von jährlich 800 K, für Bürgereschullehrerinnen und Volksschullehrerinnen von jährlich 500 K, ferner für Bürgereschullehrer und Bürgereschullehrerinnen, sowie für Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 200 K nach einer Dienstzeit von je 5 Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bezirks-Aushilfsunterlehrer und Bezirks-Aushilfsunterlehrerinnen mit dem Standorte an Bürgerschulen haben überdies laut Erlasses des k. k. n.-ö. Landeschulrates vom 25. Juni 1904, Z. 2994/11 Anspruch auf die im § 8 des Substitutionsnormales (Verordnung des k. k. n.-ö. Landeschulrates vom 30. November 1895, L.-G.-Bl. Nr. 54) beziehungsweise im § 6, lit. e des n.-ö. Landesgesetzes vom 27. Dezember 1891, L.-G.-Bl. Nr. 67, festgesetzte Remuneration jährlicher 200 K.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten.

Die Gesuche auswärtiger Bewerber müssen längstens bis einschließlic 11. November 1904 im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortsschulräten eingelangt sein, in deren Sprengel die betreffenden Lehrstellen erledigt, beziehungsweise bei Bezirks-Aushilfs-Unterlehrer- und Bezirks-Aushilfs-Unterlehrerinstellen die bezüglichen Standorte gelegen sind, und zwar sind bei jedem Ortsschulrate so viele Gesuche zu überreichen, als Kategorien von Lehrstellen in Betracht kommen.

Die im Sprengel eines Ortsschulrates angestrebten Lehrstellen derselben Kategorie sind im Gesuche einzeln anzuführen.

Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke bereits angestellten Lehrpersonen sind bis zu dem genannten Tage bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssektion des Bezirkschulrates zu überreichen.

Solchen Lehrpersonen ist es gestattet, für sämtliche in dieser Konkursverlautbarung enthaltenen Stellen nur ein mit allen Beilagen belegtes Gesuch durch die Schulleitung bei der betreffenden Bezirkssektion zu überreichen. In diesem Gesuche sind sämtliche angestrebten Lehrstellen nach Kategorien und Bezirken geordnet anzuführen.

Dem Gesuche sind so viele Dienstabellen mit den erforderlichen amtlichen Auszügen aus dem Gesuche anzuschließen, daß für jede Kategorie der vom Bewerber angestrebten Lehrstellen jedem der betreffenden Ortsschulräte eine Dienstabelle zugestellt werden und noch eine Dienstabelle beim Gesuche verbleiben kann.

In jeder Dienstabelle, erforderlichen Falles auf deren Rückseite, sind sämtliche im Wiener Schulbezirke angestrebten Lehrstellen derselben Kategorie, nach Bezirken geordnet, anzuführen.

Die Dienstabellen müssen mit dem Vermerk: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen“ versehen sein.

Jedes Gesuch ist weiter zu belegen: mit dem Heimatscheine von solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, von weiblichen in jedem Falle; mit dem Tauf- beziehungsweise Geburtscheine; mit dem Trauungscheine von verheirateten und verwitweten Bewerberinnen; mit dem Nachweise über die Erfüllung der Stellungspflicht von männlichen Bewerbern; mit dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder dem Dispense von der Ablegung der Reifeprüfung; mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürger-, beziehungsweise allgemeine Volksschulen, von Bewerbern um eine Bezirks-Aushilfs-Unterrichtsstelle mit dem Standorte an Bürgerschulen aber sowohl mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen, als auch mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für allgemeine Volksschulen; ferner mit den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Zuweisungs-, Enthebungsdokumente u.); endlich mit dem gesetzlichen Nachweise (Lehrbefähigungszeugnisse) über die besondere Befähigung für Turnen und Gesang für sämtliche ausgeschriebenen Lehrstellen mit Ausnahme der im vorstehenden Verzeichnisse besonders (1, 2, 3) angeführten Lehrstellen.

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Bezirksschulrate der Stadt Wien,
am 10. Oktober 1904.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Gugler.

1—1

M.-Z. 880 ex 1904.

XIX.

Kundmachung.

(Steuernachlässe.)

Es wird hiemit bekanntgegeben, daß die individuelle Berechnung der für das Jahr 1904 an der staatlichen Grundsteuer mit 15 Prozent und an der staatlichen Hauszinssteuer mit 12½ Prozent entfallenden Steuernachlässe nunmehr für das ganze

Gemeindegebiet durchgeführt wurde und daß sohin die Eintragung der Nachlaßbeträge in die Zahlungsaufträge stattfinden kann.

Behufs Eintragung des Nachlasses können die Zahlungsaufträge bei der zuständigen städtischen Steueramts-Abteilung überreicht werden.

Vom Wiener Magistrate,
im übertragenen Wirkungskreise,
am 20. Oktober 1904.

1—3

Z. 5683 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Karoline Prugberger'sche Stiftung.)

Am 14. Februar 1905 gelangen die Interessen der Karoline Prugberger'schen Stiftung aus dem Jahre 1904 im Betrage von 800 K an zwei arme erwerbsunfähige Wiener Bürger in Teilbeträgen von 400 K zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Trauungscheine, dem Bürgerrechtsdiplome, einem legalen Armutzeugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über ihre Erwerbsunfähigkeit, eventuell mit dem letzten Zahlungsauftrage über die allgemeine Erwerbsteuer und den Tauf(Geburts)scheinen der Kinder zu belegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 25. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 22. September 1904.

3—3

Z. 5071 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Polak-Parreyß'sche Stiftung.)

Am 12. Februar 1905 gelangen aus den Jahreseinnahmen des Stiftungshauses der Johanna Polak-Parreyß'schen Stiftung für Wiener Gewerbetreibende mehrere Stipendien zu je 200 beziehungsweise 400 K zur Verleihung.

Anspruch auf die Stipendien à 200 K haben in Wien wohnhafte unbescholtene Personen beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Konfession und Nationalität, welche früher in Wien ein Kleingewerbe selbständig betrieben haben, jedoch ohne ihr Verschulden verarmt sind und derzeit ein Kleingewerbe nicht selbständig betreiben.

Anspruch auf die Stipendien à 400 K haben in Wien wohnhafte unbescholtene Personen beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Konfession und Nationalität, welche zur Zeit der Bewerbung ein Kleingewerbe in Wien betreiben, sich jedoch ohne ihr Verschulden in einer bedrängten ökonomischen Lage befinden.

Ein Vorzugsrecht in beiden Kategorien kommt jenen anspruchsberechtigten Personen zu, welche eheliche Kinder unter 14 Jahren zu erhalten haben.

Bewerber um obige Stipendien haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburts)schein, den Trauungsschein und die Tauf(Geburts)zettel der Kinder, ferner den Gewerbeschein, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer oder den Ratschlag über die erfolgte Gewerbezurücklegung, den Heimatschein, ein von der k. k. Polizei-Direktion in Wien ausgestelltes Moralitätszeugnis und ein legales Armutzeugnis, Witwen aber noch außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 16. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Wiener Magistrate,
am 22. September 1904.

Z. 5677 ex 1904.
XIII.

Kundmachung.

(Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner von Markhof'sche Stiftung.)

Am 6. Februar 1905 gelangen die Interessen der Adolf Ignaz Mautner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marzelline Mautner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Betrage von je 4750 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren, beziehungsweise arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren berufen, welche in Wien heimatsberechtigt sind, sie mögen sich in einer Waisenanstalt befinden oder nicht.

Die vorhandenen Stiftungsinteressen sind zu gleichen Teilen, somit mit je 593 K 75 h an je acht die stiftbriefliche Eignung besitzende Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen zu verleihen; hievon haben vier Waisenknaben und vier Waisenmädchen der katholischen Religion, zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der evangelischen Religion A. R. oder S. R. und zwei Waisenknaben und zwei Waisenmädchen der israelitischen Religion anzugehören.

Die Bestimmung jener acht Waisenknaben und jener acht Waisenmädchen, welchen ein Stiftungsbetrag zuzuwenden ist, erfolgt durch das Los in der durch die Stiftbriefe für die Verlosung festgesetzten Weise.

Ferner gelangt der infolge Ablebens eines Stifflings freigewordene Betrag von 620 K samt den mittlerweile aufgelaufenen Interessen an ein evangelisches Waisenmädchen und der im

Vorjahre mangels eines geeigneten Bewerbers nicht verliehene Betrag von 610 K an einen mosaischen Waisenknaben in analoger Weise zur Verleihung.

Der zugefallene Stiftungsbetrag wird nicht sofort ausbezahlt, sondern fruktifiziert und nach Maßgabe der Bestimmungen der Stiftbriefe zum Beginne eines Gewerbes oder als Stipendium zur Fortsetzung der Studien, den Mädchen bei Verheiratung, jedoch erst nach zurückgelegtem 18., eventuell nach vollendetem 24. Lebensjahre ausgefolgt.

Mütter, Vormünder oder Pflegeparteien, welche um Verleihung eines solchen Stiftbetrages an die in ihrer Obpflege stehenden Waisen ansuchen wollen, haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)schein, Impfungszeugnisse und dem Nachweise über die Wiener Heimatsangehörigkeit ihrer Pfleglinge, sowie dem Totenschein der Eltern oder des Vaters der Waisen, endlich mit dem Zeugnisse über den Schulfortgang (Jahreszeugnis, Schulausweis) oder dem Zeugnisse über den Fortgang einer Berufsbildung und mit einem legalen Armutzeugnisse zu belegen und bis längstens 15. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte, sowie auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. September 1904.

Z. 5878 ex 1904.
XIII.

Kundmachung.

(Josefine Figdor'sches Stipendium.)

Vom Beginne des Studienjahres 1904/05 an ist das Josefine Figdor'sche Stipendium jährlicher 200 K zu vergeben.

Anspruchsberechtigt sind arme, in Wien geborene Mädchen, welche sich dem Lehrfache widmen und an der k. k. Staats-Lehrerinnenbildungsanstalt bei St. Anna, Wien, I., Hegelgasse 14, ihre Ausbildung erhalten.

Bewerberinnen um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf(Geburt)schein, dem Heimatschein, dem Impfschein, einem Armutzeugnisse, sowie den beiden letzten Schulzeugnissen belegten Gesuche **bis 30. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf nicht gehörig belegte oder verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 27. September 1904.

B. 5668 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Erntstenu'sche Stiftung.)

Am 1. März 1905 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Erntstenu'schen Stiftungskapitales im Betrage von 168 K zur Verteilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, dürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Konfessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Dokumente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Jänner 1905 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 22. September 1904.

3-3

Bau-, Kunsttischlerei u. Fussbodenfabrik

Telephon 14576. **JOH. KÜTTAG** Telephon 14576.

Wien, XX., Wallensteinstraße 57.

Empfiehlt sich zur Übernahme von Bau- und Dekorationstischlerarbeiten, Portalherstellungen, Eichen- und Buchenfriesbrettelböden, ferner weichen und lärchenen Schiffböden.
Stets grosser Vorrat am Lager.

ROHR-KANALISIRUNGEN
BRÜDER SCHWADRON
 TELEPHON N°13236 WIEN I. WOLLZEILE 24. TELEPHON N°16201
Spezialfabrik für Wasser- u. Gasrohrkanalisirungen
PFLASTERUNG MIT KLINKER u. MOSAIKPLATTEN u. WANDVERKLEIDUNG
Leitung und Verfassung von Gebäuden aller Art

Andreas Oltmanns
 Möbel-, Türen- und Fensterfabrik.
WIEN, VI., Mariahilf, Aegidigasse 6.
 Telephon 4395.

Das
k. k. Versteigerungs-Amt
 WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17
 übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art, wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wägen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren
zur Versteigerung.
 Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

Weiches und hartes
Bundholz!
 Bestes und billigstes Unterzündmaterial, empfiehlt für Ämter, Schulen, Bureaux, gewerbliche Zwecke und Haushalt
ANTON JOHN
 WIEN, XV., Goldschlagstrasse 12.
 Telephon 5565. Telephon 5565.
I. Wiener Bundholzhandlung.
 Kontrahent der Kommune Wien.

Grösste Österreichische Dampf-Glasschleiferei und Spiegelfabrik
ULLWER & BEDNAR Telephon 16646.
 Spezialität: Glasbiegerei. Fabrik und Kontor: Wien, XVI., Flötzersteig 55. — Übernahmslokal: Wien, VII., Stiftgasse 33.
 Erzeugt sämtliche Kunstverglasungen für Schaufenster, Portale etc. in allen Ausführungen und Stilarten.

Königshofer Cement-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Wien, I., Bauernmarkt 13, offeriert
 Telephon Nr. 16112. **Königshofer Cement** Telephon Nr. 16132.
 in stets gleichmäßiger, insbesondere auch bei den Wiener Communalbauten (Wienflussregulierung, Sammelcanälen, städtischen Gaswerken etc.) im weitesten Umfange erprobter Qualität, zu billigsten Preisen. — Anfragen und Bestellungen erledigt umgehend die Direction der Königshofer Cement-Fabrik, Actien-Gesellschaft, Wien, I., Bauernmarkt 13.

Zur kulanten Besorgung aller im **Kursblatte** notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
 Gegründet 1832

WIEN
 I. Bezirk, Stephansplatz Nr. 11
 Parterre.

HOLZIMPRÄGNIRUNG

Guido Rütgers
WIEN, I.

Maria Theresienstrasse 8

HOLZPFLASTERUNG

August Kohl  Schlauch- & Seilerwarenfabrik.

K. u. k. Hoflieferant
I., Singerstrasse Nr. 20. — Gegründet 1823.
Großes Lager von Bausseifen, Dichtungsstricken, weiß und geteert, Hanf-
schläuchen, roh und gummiert, Aufzuggurten, Feuerlöschern, Pferde-
tränkeimer, Spagare und alle anderen Seilerwaren.

John B. Blythe
Holzprägnierung in Jodlesee, gegr. 1876.

Holzstöckel-Pflasterungen
für Straßen, Brücken, Höfe, Stallungen, Magazine etc. — Seit 23 Jahren umfangreiche Ausführungen
Karbolinum.
Niederster Preis bei Primaqualität. — Probekollo (5 Kilo) franko gegen K 2.60.
Wien, I., Elisabethstrasse 22.



Vermessungs-Instrumente
samt allem Zubehör
= fabrizieren in anerkannter Güte =
RUDOLF & AUGUST ROST
Lieferanten des k. u. k. militär-geograph. Instituts.
Wien, XV., Märzstrasse 7. Telephon 894.

Einrichtung von
Dampfwäschereien.
Ingenieur,
MAX TEMME, Wien, VI., Gumpendorferstraße 34.
Hilfsapparate für Wäschereien und Putzereien, Bügelmaschinen, Dampfmangeln,
Waschmaschinen nach den neuesten Erfindungen.
Lieferung auch einzelner Maschinen und Bestandteile nach allen Orten.
Lieferant der Kommune Wien.

LEO ARNOLDI

Bauunternehmung

WIEN, III., Ungargasse 9.

Telephon 3053 (interurban). Postsparkassenkonto 827.700.

Beton-, Strassenbauten, Städte-Kanalisationen, Tief-
und Wasserbauarbeiten, Gas- und Wasserleitungs-
bauten, Eisenbahnbau, Projektsverfassungen, Bau
elektrischer Strassenbahnen, Betriebsführungen und
Begutachtungen.

Martin Neubauer

Stadt-Zimmermeister

WIEN, XX., Stromstrasse 50.

Kontrahent

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, sowie der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Telephon 14550.



Möbel-Etablissement

August Knobloch's Nachfolger

k. u. k. Hoflieferanten und Schätzungs-Kommissär

Wien, VII., Breitegasse 10-12.

Karl Chrastek

Stadtpflasterermeister

IV., Wieden, Waltergasse Nr. 8

Telephon 6982

empfeht sich zur soliden Anlage von Straßen-, Hof- und Trottoir-
Neupflasterungen, Ausbesserungsarbeiten, Makadamisierung etc.
Lager von allen Gattungen Pflastersteinen.



Glasmalerei

Karl Geyling's Erben

ausgezeichnet von Sr. H. P. Leo XIII. mit
dem Ritterkreuze des St. Gregor-Ordens.

Wien, VI., Windmühlgasse 22.

Asphalt-Unternehmung und Trockenlegung feuchter Mauern.

Dachpappen- und Holzzement-Eindeckung. — Isolierplatten.

C. HAUMANN'S Witwe & Söhne, Wien, IX., Fluchtgasse 3.

Muster und Prospekte gratis und franko.

Telephon 12370.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 86.

Dienstag den 25. Oktober 1904.

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.
Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.
Für den Buchhandel in Kommission bei **W. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50.** — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Aannahme bei **Haasestein & Vogler (Otto Maas), I., Walfischgasse 10.**

Stadtrat.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **11. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Bielowlawek, Graba,
Braun, Dr. Krenn,
Brauneiß, Oppenberger,
Büsch, Rauer,
Dr. Deutschmann, Straßer,
Grünbeck Sebastian, Weitmann,
Gottbauer, Dr. Wesselstj,
Hözl, Wessely.
Hörmann,
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Zafka.

Beurlaubt: St.-R. Kissaweg, Schreiner, Tomola.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär Hans Böttger.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilung:

Die Genossenschaft der Strohut-Erzeuger in Wien dankt für die unentgeltliche Überlassung eines Lehrsaales im städtischen Schulgebäude VI., Marchettigasse 3, in den Monaten August und September jedes Jahres zur Abhaltung eines Fachkurses. (Zur Kenntnis.)

(12731.) **St.-R. Rauer** referiert über die Beistellung der Sakristeieinrichtung und der Einrichtung für das Schanklokal im Wiener Versorgungsheim und beantragt:

1. Die Sakristeieinrichtung und die Einrichtung des Schanklokales im Wiener Versorgungsheim wird genehmigt.

2. Die Lieferung dieser Einrichtungsstücke wird der Genossenschaft der Tischler in Wien auf Grund ihres Offertes vom 28. Juli 1904 übertragen. (Angenommen.)

(12793.) **St.-R. Rauer** referiert über die Zuerkennung einer außergewöhnlichen Entlohnung für die mit der ständigen Überwachung der Rekonstruktionsarbeiten am Marienbachkanal zwischen dem Hiezingertal und der Vitusgasse im XIII. Bezirke betrauten Kanalausschichtsorgane und beantragt, denselben auf die Dauer dieser Dienstleistung eine außergewöhnliche Entlohnung von 2 K pro Tag zuzuerkennen. (Angenommen.)

(12776.) **St.-R. Rauer** referiert über die Note des l. u. l. Oberhofmeisteramtes vom 29. September 1904, Z. 9217, betreffend die tauschweise Überlassung der Kat.-Parz. 148, Einl.-Z. 1 Schönbrunn, an die Gemeinde Wien, und beantragt, die Zustimmung zu erteilen, daß die Verpflichtung der Gemeinde Wien, die erwähnte hofvariarische Parzelle nur zur Vergrößerung des Mazingerparkes zu verwenden, durch Einverleibung im Grundbuche sichergestellt werde. (Angenommen.)

(12774.) **St.-R. Rauer** referiert über das Offert des Georg und der Karoline Kiepl, betreffend die Baustelle Nr. 69 der Schloßparkrealität in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk, und beantragt die Abweisung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12787.) **St.-R. Gottbauer** referiert über das Ansuchen der Bauunternehmung H. Kella & Komp. um Nachsicht der Terminüberschreitung bei Herstellung der Kanalspülkammer in der Porzellangasse, IX. Bezirk, und beantragt, die eingetretene Terminüberschreitung um zehn Arbeitstage nachzusehen. (Angenommen.)

(12755.) **St.-R. Gottbauer** referiert über das Ansuchen des Ludwig Schlu um Bewilligung zur Löschung des auf dem Hause IX., Kolingasse 19, zugunsten der Gemeinde Wien haftenden Pfand-

rechtes und der Realkosten und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(12700.) St.-R. **Sottbauer** referiert über das Ansuchen des Dr. Rudolf Profsch um Bewilligung zur nachträglichen Einzahlung der Renovationsgebühr für das Einzelgrab Gruppe V, Reihe 3, Nr. 6, im Grinzinger Friedhofs und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(12740.) St.-R. **Sottbauer** referiert über die Anschaffung von Wagenwinden für die freiwilligen Feuerwehren und beantragt:

1. Die Anschaffung von je zwei Zahnstangenwinden mit Patent-Sicherheitskurbeln und je 5000 kg Tragkraft für die freiwilligen Feuerwehren Unter-Meidling, Gaudenzdorf, Altmannsdorf, Penzing, Hütteldorf, Baumgarten, Breitensee, Rudolfsheim, Ottakring, Neulerchensfeld, Hernals, Dornbach, Währing, Gersthof, Ober-Döbling, Unter-Döbling, Unter-Sievering, Heiligenstadt, Grinzing und Rußdorf im Kostenbetrage von 6200 K wird genehmigt und mangels Deckung für einen Teil des Kostenfordernisses zur Ausgabe-Rubrik XX 5 b ein Zuschußkredit von 1080 K bewilligt.

2. Die Lieferung ist im Wege einer schriftlichen Offertverhandlung auf Grund der vorliegenden Bedingungen zu vergeben.

(Angenommen.)

(12569.) St.-R. **Sebastian Gründel** referiert über den Statthaltereierlaß vom 20. September 1904, Z. 5155, betreffend die Erteilung der Baubewilligung, für die Herstellung einer neuen Abschlußmauer beim ärarischen Hause XVII., Hernals Hauptstraße 63, und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(12975.) **Bürgermeister Dr. Lueger** referiert über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Leichenfeier der Gräfin Franziska Andrássy in Krasna-Horka-Baralja und beantragt, die Entsendung einer Deputation, bestehend aus einem Mitgliede des Stadtrates und dem Magistrats-Direktor nach Krasna-Horka-Baralja, zur Niederlegung eines Kranzes am Sarge der Berewigten.

(Angenommen.)

(12709.) St.-R. **Sottbauer** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Aufbau auf dem Kinderanstaltenterrain in der n.-ö. Landes-Findelanstalt im VIII. Bezirke und beantragt, von der Ausstellung eines Demolierungsreverses in der von den Vertretern des Magistrates beim Augenschein verlangten Fassung abzusehen und sich mit einer schriftlichen rechtsverbindlichen Erklärung des Landes-Ausschusses zu begnügen, in welcher derselbe sich verpflichtet, das projektierte Aufbauobjekt samt zugehörigem Erdgeschloß sofort ohne Anspruch auf irgendeine Entschädigung zu demolieren, sobald es die Durchführung der projektierten Verlängerung der Langegasse erheischen wird; im Falle sich jedoch der Landes-Ausschuß weigern sollte, diese rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, die Zustimmung zur geplanten Bauführung auf Grund des § 97 der Bauordnung zu versagen.

(Angenommen.)

(12769.) St.-R. **Sottbauer** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Asphaltierungsarbeiten in der Garnisonsgasse zwischen Beethoven- und Van Swieten-gasse im IX. Bezirke, und beantragt die Genehmigung des Bestoffes der Firma Cooper & Komp. mit 28.6 Prozent Nachlaß vom Kostenanschlage.

(Angenommen.)

(12771.) St.-R. **Hölzl** referiert über die Beförderung der Schulkinder vom Kahlenberg nach Rußdorf mittels Zahnradbahn während der Winterszeit und beantragt:

1. Die auf dem Kahlenberge wohnhaften schulpflichtigen Kinder sind in der Zeit vom 1. November 1904 bis einschließlich 15. März

1905 an allen nicht schulfreien Tagen mittels Sonderzuges der Kahlenbergbahn-Gesellschaft um 7 Uhr 15 Minuten früh von der Station Kahlenberg nach Rußdorf zu befördern, wofür die Gemeinde Wien der genannten Gesellschaft eine Vergütung von 13 K 33 h pro Tag und Sonderzug, welche spätestens am 31. März 1905 auszuführen ist, entrichtet.

2. Das Anerbieten der Kahlenbergbahn-Gesellschaft, die auf dem Kahlenberge wohnhaften schulpflichtigen Kinder in der Zeit vom 1. November 1904 bis einschließlich 15. März 1905 an allen Schultagen — der Fall der Betriebseinstellung infolge von Elementar-Ereignissen ausgenommen — mittels Sonderzuges ab Kahlenberg um 7 Uhr 15 Minuten gegen eine Vergütung von 13 K 33 h per Zug und Schultag, sowie mit den fahrplanmäßigen Zügen auf der Strecke Rußdorf—Kahlenberg unentgeltlich zu befördern, wird angenommen.

3. Die Kahlenbergbahn-Gesellschaft ist zu ersuchen, im Falle der Betriebseinstellung infolge der Witterungsverhältnisse die Leitungen der Schulen, XIX., Hammerschmidtgasse 26, und XIX., Grinzingerstraße 59/61, rechtzeitig in Kenntnis zu setzen; desgleichen sind die Leitungen der genannten Schulen anzuweisen, die Station Rußdorf der Kahlenbergbahn-Gesellschaft von schulfreien Tagen am vorhergehenden Tage zu verständigen.

(Angenommen.)

(12791.) St.-R. **Hölzl** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rates Dröbfler auf Regulierung des Pfarrplatzes und der Kesselbachgasse im XIX. Bezirke, und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(12839.) St.-R. **Hölzl** referiert über das Ansuchen des l. l. landwirtschaftlichen Bezirksvereines Amstetten um Bewilligung eines Ehrenpreises für die Rug- und Zuchtviehschau und beantragt die Bewilligung eines Ehrenpreises von 100 K und Verweisung dieser Auslage auf den Reservefond.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12799.) St.-R. **Hölzl** referiert über das Ansuchen der Kelly Brtel, Badhausbesitzerin, XIX., Sieveringerstraße 116, um Herabsetzung der Wassermehrverbrauchsgebühren für das Jahr 1904 auf den tatsächlichen Verbrauch und beantragt, die Wassermehrverbrauchsgebühren per 81 K 80 h auf 51 K 13 h zu reduzieren.

(Angenommen.)

(12798.) St.-R. **Hölzl** referiert über die Veretzung des Auslaufbrunnens der Hochquellenleitung vor dem Hause Dr.-Nr. 4 Pfarrwiesengasse, XIX. Bezirk, und beantragt, die Veretzung des Auslaufbrunnens gegen die Silbergasse zu, und zwar zwischen den ersten und zweiten Baum an der rechten Seite der Pfarrwiesengasse mit dem bedeckten, detailliert zu verrechnenden Kostenbetrag von 250 K zu genehmigen.

Das Anbot des Josef Oberzeller auf Leistung eines Beitrages von 100 K zu den Kosten dieser Veretzung wird angenommen.

(Angenommen.)

(12708.) St.-R. **Sottbauer** referiert über das Ansuchen des städtischen Arztes Dr. Leopold Ehrenhaft um Übertragung des Benützungrechtes an dem ihm gehörigen eigenen Grabe Gruppe IV, Reihe 1, Nummer 1 der israelitischen Abteilung im Döblinger Friedhofs an Adolf Straßmann und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(12807.) St.-R. **Hölzl** referiert über das Ansuchen des Adalbert Koch um Bewilligung zur nachträglichen Einzahlung der Renovationsgebühr für das Einzelgrab Gruppe V, Reihe 6, Nummer 2 im Grinzinger Friedhofs und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(12915.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über die Note der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer vom 27. September 1904, Z. 23685, betreffend Abfindung der Beitragsleistung der Gemeinde Wien für die Miete der Lokalitäten der Handels- und Gewerbekammer und beantragt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, daß das k. k. Handelsministerium mit Erlaß vom 22. Juli 1904, Z. 3750, den mit dem Gemeinderats-Beschlüssen vom 23. Juni 1904, Z. 7979, Punkt I und II, gleichlautenden Beschlüssen der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer vom 1. beziehungsweise 27. Juni 1904 die Genehmigung erteilt hat.

2. Die Zuschrift der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer vom 27. September 1904, Z. 23685, wird als Erklärung im Sinne der Punkte 2, 4 und 5 des obigen Gemeinderats-Beschlusses angenommen und die Hinterlegung der Originalzuschrift im Archive der Stadt Wien genehmigt.

3. Es wird sonach die Erfolgslaffung des Abfindungsbetrages von 475.000 K bewilligt. (Angenommen.)

(12695.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über das Ansuchen des Hilbert Großmann um bestandweise Überlassung der Wohnung Nr. 11 im 1. Stock des Hauses I., Bäckerstraße 9 und beantragt, dem Gesuchsteller die bezeichnete Wohnung ab 15. Oktober 1904 gegen gesetzliche vierteljährliche Kündigung zu einem in vierteljährlichen Antizipativraten fälligen Jahreszins von 2200 K einschließlich aller Nebengebühren zu vermieten und die auf Rubrik XII 4 a bedeckten Kosten der bedingenen Herstellungen im veranschlagten Betrage von 450 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(12463.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über das Ansuchen des Kaffeesieders Heinrich Witrofsky um Ermäßigung des Platzzinses für die Tischausstellung vor seinem Geschäftlokale I., Schottenring 18 und beantragt, den für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1904 vorgeschriebenen Platzzins per 113 K 4 h auf 56 K 52 h zu ermäßigen. (Angenommen.)

(12788.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über das Ansuchen der Firma E. Spitzer, Bauunternehmung, um Nachsicht der Terminüberschreitung beim Kanalbau I., Wollzeile von Dr.-Nr. 4 bis 24 und beantragt, die Terminüberschreitung (13 Arbeitstage) nachzusehen. (Angenommen.)

(12840.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über die Schlußrechnung, betreffend die Renovierung des städtischen Hauses II., Obere Augartenstraße 16 und beantragt, das eingetretene (bedeckte) Mehrerfordernis per 424 K 70 h zu genehmigen. (Angenommen.)

(12417.) **St.-R. Bielowlawek** referiert über den Rekurs des Dr. Karl Stiaßny und Konsorten gegen die Verfügung des Bezirksamtes für den I. Bezirk vom 2. August 1904, Z. 3803 ex 1903, mit welcher dem Kohlenhändler Johann Preclik, I., Färbergasse 3, die Aufstellung der zur Entladung gelangenden Kohlenwägen vor dem Hause I., Färbergasse 10 aufgetragen wurde, und beantragt, dem Rekurse stattzugeben. (Angenommen.)

(12843.) **St.-R. Braun** referiert über die Räumung der Sickergruben im Wiener Zentral-Friedhofe und beantragt:

1. Die Räumung von 40 Stück Sickergruben am Wiener Zentral-Friedhofe im Jahre 1904 wird dem Adalbert Padarek, XI., Hugogasse 1, zum Preise von 25 K per Stück, zusammen um den Betrag von 1000 K übertragen.

2. Die Vertiefung von 4 Stück Sickergruben um ungefähr je 4 m im veranschlagten und bedeckten Gesamtkostenbetrage von 518 K 40 h ist demselben im kurrenten Wege zu übertragen.

(Angenommen.)

(12857.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen der Theresia Fiala um Baubewilligung für ein Wohnhaus auf der Realität Einl.-Z. 1920, Kat.-Parz. 1151 Simmering, XI. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung unter den im Bezirksamtsberichte enthaltenen Bestimmungen zu bestätigen. (Angenommen.)

(12746.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Alois und der Bertha Forstner um Baubewilligung für einen einstöckigen Hofstrakt auf der Realität Einl.-Z. 352, Kat.-Parz. 360 Simmering, XI. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße 183, und beantragt, die Baubewilligung unter den im Bezirksamtsberichte enthaltenen Bedingungen zu bestätigen. (Angenommen.)

(9824.) **St.-R. Braun** referiert über die Ratifizierung des Beschlusses der ehemaligen Gemeinde Simmering vom 15. Jänner 1886, durch den n.-ö. Landes-Ausschuß, betreffend die Widmung eines Platzes für die Erbauung einer Kirche und beantragt:

Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung, daß für den nachfolgenden Beschluß der Gemeinde Simmering vom 15. Jänner 1886 die Genehmigung des n.-ö. Landes-Ausschusses im Sinne des § 91 der Gemeinde-Ordnung vom 31. März 1864, L.-G. und B.-Bl. Nr. 5, eingeholt werde:

„Der Ausschuß widmet dem Kirchenbauфонде zur Erbauung der projektierten Kirche den erforderlichen Platz am Marktplatz, jedoch hat das Komitee des Kirchenbauфонdes der Gemeindevertretung die Baupläne und Kostenvoranschläge zur Einsicht und Genehmigung vorzulegen und darf mit dem Bau der Kirche nicht eher begonnen werden, bis nicht zwei Drittel der präliminierten Kosten als vorhanden ausgewiesen sind. Die physische Übergabe des Platzes hat ebenfalls erst an diesem Zeitpunkte zu erfolgen.“

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12808.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen der Gemeinde Weiten um Nachsicht der für das dahin zuständige Kind Peter Schindler aufgelaufenen Verpflegskosten per 77 K 82 h und beantragt die Abweisung des Ansuchens. Der Gemeinde Weiten werden jedoch Ratenzahlungen von 10 K pro Monat ab 1. Jänner 1905 bewilligt. (Angenommen.)

(12770.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen der Gemeinde Weikersdorf um neuerliche Bewilligung zum Bezuge von Hochquellenwasser und beantragt:

Der Gemeinde Weikersdorf wird neuerlich die Abgabe von täglich 50 m³ Hochquellenwasser für die Zeit vom 1. März bis 30. September eines jeden Jahres auf jederzeitigen, auch während der Hochsaison durchaus nicht ausgeschlossenen Widerruf und unter den sonstigen mit dem Stadtrats-Beschlüssen vom 24. Februar 1904, Z. 2354 (Mag.-Abt. VIII-1263 ex 1903), festgesetzten Bedingungen bewilligt. (Angenommen.)

(12729.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des provisorischen städtischen Arztes Dr. Karl Edlen v. Gecz um Aufschub des Dienstantrittes bis 21. November 1904 behufs Ablegung der Physikatprüfung und beantragt, dem Ansuchen Folge zu geben und zu genehmigen, daß dem städtischen Arzte Dr. Josef Hammerl vom 5. Oktober 1904 an für die Zeit, in welcher derselbe auch in dem Rayon des Dr. v. Gecz im XII. Bezirke den Dienst versteht und dadurch gezwungen ist, sich eines Wagens zu bedienen, das Supplierungshonorar von 5 K pro Tag angewiesen wird. (Angenommen.)

(12727.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Abhaltung einer Mission durch die PP. Jesuiten in der Kirche des Wiener Versorgungsheims und beantragt, die Abhaltung der Mission zu gestatten.

(Angenommen.)

St.-R. Brauneis und Genossen stellen folgenden Antrag:

„Es sei der Verkehr der städtischen Straßenbahn auf der Strecke Hütteldorf—Bellaria in den ersten Vormittagsstunden so einzurichten, daß von Breitensee an die Motorzüge mit Beiwagen verkehren.“

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.)

St.-R. Gsottbauer und Genossen stellen folgenden Antrag:

„Die Ausschreibung von Offertverhandlungen hat in solcher Weise zu erfolgen, daß die Einsichtnahme in die Offertbefehle mindestens an zwei hintereinanderfolgenden Wochentagen möglich ist.“

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.)

(12742.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen der Firma Bruckner & Söhne um käufliche Überlassung von alten Straßenbahnwagen und beantragt, der genannten Firma drei Stück alte Personenwagen zum Preise von je 350 K, einen geschlossenen Lastwagen um 250 K und einen offenen Lastwagen zum Preise von 150 K zu überlassen.

Wegen Verwendung und Verrechnung des Erlöses hat die Stadtbuchhaltung zu verfügen.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird beauftragt, zu veranlassen, daß zwei Personenwagen alter Type (je ein amerikanischer und ein kleiner Personenwagen) als Museumsstücke an einem geeigneten Platze aufbewahrt werden; hierüber ist dem Stadtrate zu berichten.

(Angenommen.)

(12888.) **St.-R. Büsch** referiert über die Schlußrechnung, betreffend die im Jahre 1903 erfolgten Herstellungen im Schulhause XII., Rosagasse 8, Nymphengasse 7, und beantragt, das sich ergebende (bedeckte) Mehrerfordernis von 484 K 24 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12795.) **St.-R. Büsch** referiert über das Anbot der Firma E. Teudloff & Th. Dittrich, betreffend die Auswechslung von drei Auslaufbrunnen im III., IX. und XVI. Bezirke und beantragt:

1. Das Anbot der Firma E. Teudloff & Th. Dittrich, an Stelle der von derselben der Gemeinde für ein Jahr probeweise überlassenen und am Lerchensfeldergürtel (XVI. Bezirk), in der Lazarettgasse (IX. Bezirk) und in der Apostelgasse (III. Bezirk) aufgestellten Auslaufbrunnen solche anderen Systems behufs einjähriger unentgeltlicher Erprobung aufzustellen, wird unter der Bedingung angenommen, daß die Firma auch die Kosten der hiebei notwendigen Erarbeiten ganz übernimmt.

2. Nach Ablauf des Probejahres ist über die Verwendbarkeit dieser Brunnen zu berichten, und wird sodann über deren definitiven Ankauf zu dem von der Firma gestellten Preise entschieden werden.

(Angenommen.)

(12854.) **St.-R. Büsch** referiert über den Rekurs der Obst- und Gemüsehändlerin Anna Bauer gegen die abweisliche Erledigung ihres Ansuchens um Bewilligung zur Warenausträumung vor ihrem Geschäftslokale XII., Storchengasse 12, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12887.) **St.-R. Büsch** referiert über die Wasserabgabe für das Schulgebäude XII., Hengendorferstraße 66, und beantragt, für das erwähnte Schulgebäude die Entnahme eines Wasserquantums von täglich 5 hl im Winter und 10 hl im Sommer (einschließlich des

Bedarfes für das Sprengventil) aus der Hochquellen-Wasserleitung vom 15. September 1898 angefangen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12849.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Franz Strazanek, Oberlehrer der Knaben-Volksschule V., Magleindorferstraße 23, um gnadenweise Bewilligung des Quartiergeldes für das August-Quartal 1904 und beantragt, zu genehmigen, daß dem Gesuchsteller der für die Wohnung im V. Bezirke, Ziegelofengasse 11, entrichtete Mietzins im Betrage von 110 K für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1904 aus Gemeindemitteln im Sinne des Magistratsberichtes gnadenweise rückersetzt werde.

(Angenommen.)

(12846.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Ignaz Gruber um Herstellung einer Gang-Abteilung im dritten Stockwerke der Mädchen-Volksschule V., Nikolsdorfergasse 18, durch Aufstellung einer Glaswand vor der Schulleiterwohnung und beantragt, die Aufstellung der Glaswand mit dem Kostenerefordernisse von zirka 50 K zu bewilligen und die Überlassung des so geschaffenen Raumes an den Schulleiter gegen jederzeitigen Widerruf zu genehmigen.

(Angenommen.)

(12806.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen der Theresia Pascher um Bewilligung zur nachträglichen Einzahlung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe X d, Reihe 1, Nummer 5 im Meidlinger Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(12804.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Josef Diefenbach um Bewilligung zur nachträglichen Einzahlung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 21, Reihe 2, Nummer 26 im Meidlinger Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(12676.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Friedrich Linder um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 220 Gaudenzdorf, Ecke der Harthausers- und Dunklergasse im XII. Bezirke, zur Straße abzutretenden Grund und beantragt die Wahl eines Verhandlungskomitees.

(Angenommen.)

Es werden in das Komitee gewählt die St.-R. Büsch, Braun und Hörmann.

(12666.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Sandor Faray um Baubewilligung für Adaptierungen und für die Herstellung von Lichteinfallöffnungen beim Hause Dr.-Nr. 5 Bräuhausgasse, V. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung unter der Bedingung zu bestätigen, daß für die Lichteinfallöffnungen der übliche intabulationsfähige Revers ausgestellt und hiefür ein jährlicher Platzzins von 50 K vom Tage der Baubewilligung an entrichtet werde.

(Angenommen.)

(12675.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen der Anna Schätz um Wasserabgabe für den Betrieb des Wäschergewerbes XII., Eichengasse 10, und beantragt, der Gesuchstellerin den Wasserbezug von 5 hl täglich gemäß dem Bezirksamts-Antrage zu bewilligen.

(Angenommen.)

(12465.) **St.-R. Büsch** referiert über den Rekurs des Johann Schneider gegen die sanitätspolizeilichen Aufträge des Bezirksamtes für den V. Bezirk, betreffend den von ihm gemieteten Platz gegenüber Dr.-Nr. 19 Stolberggasse, V. Bezirk, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12844.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Josef Götz und Franz Schwarzinger um Abänderung der Baulinien für die Häuser Dr.-Nr. 1 und 3 Robingergasse, V. Bezirk, in der Art, daß die Straßenbreite von 15·17 m auf 13·28 m restringiert wird,

eventuell um Einlösung der beiden Häuser durch die Gemeinde und beantragt, die Abänderung der Baulinien gemäß dem Ansuchen zu genehmigen.

St.-R. Sebastian Grünbeck beantragt die Aufrechterhaltung der bereits genehmigten Baulinien sowie die Ablehnung des Ansuchens um Einlösung der beiden Häuser durch die Gemeinde.

Es wird der Antrag des St.-R. Sebastian Grünbeck zum Beschlusse erhoben.

(12845.) St.-R. Wessely referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Herstellung der elektrischen Beleuchtungsanlage nebst Lieferung der Beleuchtungskörper für die zu erbauende Doppel-Bürgerschule, VI. Bezirk, Hirschengasse 18, und beantragt die Genehmigung des Offertes der Firma Salzer & Thie mit dem angebotenen Kostenfordernisse von 7252 K 90 h gegen Einhaltung ihrer Einzelpreise. (Angenommen.)

(11941.) St.-R. Wessely referiert über das Offert der Rosalia Rand auf Verkauf des Hauses VI., Theobaldgasse 28 a an die Gemeinde und beantragt:

I. Die Gemeinde Wien erwirbt das der Rosalia Rand gehörige Haus VI., Theobaldgasse 28 a, Einl.-B. 1012 Grundbuch Mariahilf, wie es liegt und steht, im Ausmaße von 104 m² zum Zwecke der Arrondierung des angrenzenden städtischen Bestandes um den Pauschalbetrag von 44.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die auf obiger Liegenschaft haftenden Sackposten im Betrage von zirka 24.000 K übernimmt die Gemeinde auf Abschlag vom Kaufschillinge zur Zahlung; die sonach verbleibende restliche Kaufsumme ist bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig.

2. Die Vertragskosten und Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde, die Kosten der Löschung der Sackposten die Verkäuferin.

3. Letztere verpflichtet sich, den Parteien des Hauses, deren Bestandsverhältnisse gegen 14tägige Kündigung auflösbar sind, über Aufforderung der Gemeinde sofort zu kündigen.

4. Die Verkäuferin wird binnen fünf Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Kaufgeschäftes die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung bei der Grundb.-Einl.-B. 1012, VI. Bezirk auf ihre Kosten erwirken, widrigenfalls das Kaufgeschäft als nicht abgeschlossen gilt.

II. Zur Deckung der durch obige Erwerbung erwachsenden Auslagen wird zur Ausgabe-Kubrik XII 11 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses pro 1904 bewilligt.

III. Das Haus VI., Theobaldgasse 28 a ist sofort nach Übernahme desselben in den physischen Besitz der Gemeinde Wien zu demolieren. (Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12698.) St.-R. Wessely referiert über die Einhebung einer Gebühr zur Deckung der Kosten für die Märkung der Schlächterpferde am Pferdemarkte im V. Bezirke und beantragt, zur Deckung der Kosten welche aus der Märkung der Schlächterpferde auf dem städtischen Pferdemarkte der Gemeinde erwachsen, die Einhebung einer Gebühr zu genehmigen, welche mit 6 h für das Märken eines Pferdes festgesetzt wird. (Angenommen.)

(12780.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Fuhrwerksbesitzer Johann und Heinrich Märkl, Kontrahenten für die Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrichts im XIV. Bezirke, um Abschluß eines mehrjährigen Vertrages behufs Einsammlung des Kehrichts mit Wägen nach dem System des Jakob Hofmeister und beantragt die Abweisung des Ansuchens im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(Während der Beratung und Beschlußfassung über den Gegenstand war St.-R. Brauneiß, welcher mit dem Patentinhaber Hofmeister verschwägert ist, vom Saale abwesend.)

(12352.) St.-R. Wessely referiert über die Abänderung der Markthallenordnung für die Detailmarkthallen hinsichtlich der Zellengebühren im neuen Trakte der Detailmarkthalle im VI. Bezirke und beantragt, den Magistrat anzuweisen, vorerst zu berichten, ob nicht durch Erhöhung der verhältnismäßig niedrig bemessenen Gebühren für den alten Trakt der durch Herabsetzung der Gebühren im neuen Trakte eintretende Ausfall wettgemacht werden könnte, beziehungsweise eine Gleichstellung der Gebühren in der ganzen Halle in Antrag zu bringen. (Angenommen.)

(12747.) St.-R. Wessely referiert über den Refus der Katharina Pories, verehelichte Singer, gegen die abweisliche Erledigung ihres Ansuchens um Bewilligung zur Warenausträumung vor dem Geschäftslokale VI., Eggenhazygasse 29, und beantragt die Abweisung des Refuses.

St.-R. Weitmann beantragt folgenden Zusatz:

„Es seien die Bezirksämter anzuweisen, in Einkunft bei Erteilung von Bewilligungen zur Warenausträumung in rigoroser Weise vorzugehen.“

Referenten-Antrag mit dem Zusatz-Antrage des St.-R. Weitmann angenommen.

(12881.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen des Rudolf Schönach um kaufliche Überlassung eines Doppelgruftplatzes im Hiezingec Friedhofs und beantragt:

Dem Rudolf Schönach, Industriemaler, VII., Bernardgasse 12, wird der Doppelgruftplatz Gruppe XVIII, Reihe 1, Nummer 202 im Hiezingec Friedhofs mit dem normalen Ausmaße von 3.60 m Länge, 2.52 m Tiefe und 2.53 m Breite, behufs Erbauung eines Doppelgruftplatzes mit einfachem Gruftbelage um den Preis von 6000 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag binnen vier Wochen vom Tage der Verständigung von dem Stadtrats-Beschlusse an gerechnet, bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung für den XIII. Bezirk erlegt wird, widrigenfalls obiges Anbot erlischt.

Vor Beginn der Arbeiten ist der Baukonsens seitens des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk zu erwirken.

(Angenommen.)

(12750.) St.-R. Weitmann referiert über die Sicherstellung der Lieferungen von Kleidungs- und Wäschegegenständen für die städtischen Asyl- und Kostkinder pro 1905 und beantragt:

1. Die Anschaffung der im Jahre 1905 benötigten Kleidungs- und Wäschegegenstände für die Bekleidung der städtischen Asyl- und Kostkinder mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 36.128 K 58 h wird genehmigt.

2. Die im Ausweise II angeführten Stoffe sind von einer Kommission, in welcher sachverständige Mitglieder des Gemeinderates vertreten sind, im Handeinkaufe bei den im Ausweise genannten Firmen zu beschaffen.

3. Die Anfertigung der Kleider, die Lieferung von Schuhen und die im Ausweise III enthaltenen anderen Lieferungen sind auf Grund der vorliegenden Bedingungen im Wege einer allgemeinen öffentlichen Offertverhandlung unter Zuziehung der beteiligten gewerblichen Genossenschaften zu vergeben. (Angenommen.)

(12815.) St.-R. Weitmann referiert über die Vergebung der Lieferung von Dienstkleidern für die städtischen Straßenbahnbediensteten pro 1905 und beantragt, die Beschaffung der von der Straßenbahndirektion benötigten Dienstkleider für das Jahr 1905 an die Ge-

noffenschaft der Kleidermacher unter denselben Modalitäten zu vergeben wie für das Jahr 1904. Die Kosten sind im Präliminare pro 1905 einzustellen. (Angenommen.)

(12889.) St.-R. Weitzmann referiert über das Ansuchen der Firma Herminghaus & Komp. um Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 12. Juni 1903, Z. 7350, betreffend die Preiserhöhung für die Lieferung von Serge zu den Dienermonturen, und beantragt:

Die der genannten Firma mit obigem Stadtrats-Beschlusse für die Lieferung von schwarzem und doppelfärbigem Serge gewährte Preiserhöhung bezieht sich auf die vom 1. Jänner 1904 bis 31. Dezember 1904 gelieferten Stoffe. (Angenommen.)

(11401.) St.-R. Weitzmann referiert über das Offert der Wilhelmine Hohenberger auf Verkauf der Realität Kat.-Parz. 1275/2 und 1275/3, Einl.-Z. 336 VII. Bezirk, Kaiserstraße, und beantragt:

Die Gemeinde Wien erwirbt die der Wilhelmine Hohenberger gehörige Kat.-Parz. 1275/2 und 1275/3, Einl.-Z. 336 VII. Bezirk, im Ausmaße von circa 165.03 m² und 30.90 m² lastenfrei um den Pauschalbeitrag von 16.000 K, welcher bei Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde fällig ist.

Die Vertragskosten inklusive jener der Verlagspläne tragen beide Teile je zur Hälfte, die Übertragungsgebühren die Gemeinde.

Die Gründe sind lasten- und bestandsfrei an die Gemeinde zu übergeben.

Die Verkäuferin hat binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Rechtsgeschäftes die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung obiger Parzellen auf der Grundb.-Einl. 336 VII. Bezirk auf ihre Kosten zu erwirken.

Die Gemeinde erteilt ihre Zustimmung zur grundbücherlichen Löschung des auf der Einl.-Z. 336 VII. Bezirk, bezüglich der Parzelle 1275/2 intabulierten Bauverbotes, ferner der daselbst zugunsten der Einl.-Z. 332 VII. Bezirk intabulierten Verbindlichkeit wegen Vermauerung dreier Fenster und einer Tür, dann wegen Ableitung zur Dachtraufe.

Die Lösungskosten trägt die Verkäuferin. (Angenommen.)

(12728.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Diurnisten Karl Pischek um Belassung des Taggeldes während seiner achtwöchentlichen militärischen Ausbildung und beantragt die Abweisung des Ansuchens. (Angenommen.)

(21692.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Diurnisten Dekar Staller um Bewilligung eines einjährigenurlaubes gegen Karenz der Bezüge behufs Ausbildung in der Musik und beantragt die Abweisung des Ansuchens. (Angenommen.)

(12690.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Diurnisten Josef Weiß um Gewährung eines achtwöchentlichenurlaubes gegen Karenz der Bezüge behufs der militärischen Ausbildung (3. Oktober bis einschließlich 28. November 1904) und beantragt die Gefuchsgewährung. (Angenommen.)

(12797.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der I. und I. Militär-Bau-Abteilung des II. Korps um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren für militär-äranische Gebäude und beantragt, über das diesbezügliche Einschreiten der I. und I. Militär-Bau-Abteilung des II. Korps aufnahmeweise und aus Billigkeitsgründen die Abschreibung der im Medikamenten-Depot und im Garnisons-Spital Nr. 1 im II. Quartal 1904 infolge von Rohrbrüchen erwachsenen Mehrverbrauchsgebühren per zusammen 438 K 4 h zu

genehmigen, wogegen der restliche Teil des Ansuchens vom 12. August 1904 abgewiesen wird. (Angenommen.)

(12748.) St.-R. Graba referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Sicherstellung der Buchbinderarbeiten für die Stadt-Bibliothek, und beantragt, die Ausführung der Buchbinderarbeiten für die Stadt-Bibliothek in der Zeit bis 31. Dezember 1906 der Firma Georg Nautter's Witwe & Sohn zu den Preisen des städtischen Preistarifes zu übertragen. (Angenommen.)

(12842.) St.-R. Graba referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Bewilligung eines Mietzinsbeitrages für je einen zweiten Wasserleitungs-Ausseher im X. und XII. Bezirke, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12777.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Freiwilligen Feuerwehr Hütteldorf um Beistellung von neuen Druckschläuchen und beantragt, die Anschaffung von 17 Stück Druckschläuchen Nr. 6 und 7 Knauß'scher Kuppelungen für die Freiwillige Feuerwehr Hütteldorf im Kostenbetrage von 801 K 60 h zu genehmigen und mangels Deckung für dieses Erfordernis zur Ausgabe-Kubrik XX 5 b einen gleich hohen Zuschußkredit zu bewilligen. (Angenommen.)

(12778.) St.-R. Graba referiert über die Ergänzung des Schlauchvorrates mehrerer freiwilliger Feuerwehren und beantragt, zur Ergänzung des Schlauchvorrates der freiwilligen Feuerwehren Unter-Weidling, Gaudenzdorf, Rudolfsheim, Ottakring, Neulerchenfeld, Hernals, Währing und Ober-Döbling die Beschaffung von 18 Stück Druckschläuchen Nr. 6 im Kostenbetrage von 777 K 60 h zu genehmigen und mangels Deckung zur Ausgabe-Kubrik XX 5 b einen gleich hohen Zuschußkredit zu bewilligen. (Angenommen.)

(12741.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Johann Werner, definitiver Kondukteur I. Klasse der städtischen Straßenbahnen, um Nachsicht der dreimonatlichen Kündigungsfrist anlässlich seines Austrittes und beantragt, dem Gesuchsteller die bis 14. Dezember 1904 laufende Kündigungsfrist gegen Einstellung der hierfür entfallenden Bezüge nachzusehen. (Angenommen.)

(12754.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Firma F. W. Adler & Komp. um nachträgliche Gewährung einer Aufzahlung für die für das Wiener Versorgungsheim gelieferten zwei Schalttafeln der elektrischen Anlage und beantragt die Abweisung des Ansuchens. (Angenommen.)

(12749.) St.-R. Hörmann referiert über die Änderung der Bedingnisse für die Übertragung und Besorgung der Lieferung des Papierses für den städtischen Bedarf und beantragt, nachstehende Änderungen der bezeichneten Lieferungsbedingnisse zu genehmigen:

1. Das unter Post Nr. X bezeichnete Klein-Kanzleipapier (fein) ist mit dem Wasserzeichen zu versehen, welches in den wiederholten Worten „Gemeinde Wien“ zu bestehen hat.

2. Die Papiersorten Post Nr. IV a, VI, VIII und IX werden nur in den Größen des Doppelformates 600×940 beziehungsweise 450×680, 527×830 und 500×800 angeschafft.

3. Für den Gebrauch der Schreibmaschine sind die Papiergattungen Post Nr. XX, XXI und XXII nach vorzulegenden Mustern zu liefern.

4. Insofern die Papiergattungen laut der beigeflossenen Zusammenstellung der Muster zu liefern sind, hat der Different seinem Anbote die Muster anzuschließen. (Angenommen.)

(12673.) St.-R. Hörmann referiert über den Rekurs des Baruch Krieger gegen die abweisliche Erledigung seines Ansuchens

um Bewilligung zur Aufstellung eines Verkaufstandes für Zuckerwaren in der Viehmarktgasse, III. Bezirk, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12775.) St.-R. Hörmann referiert über den Magistratsbericht, betreffend die relative Feilbietung der der Rosalia Seidl gehörigen Hälfte der Liegenschaft Einl.-Z. 2312 III. Bezirk und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(12697.) St.-R. Hörmann referiert über die Durchführung der Baumpflanzungen in der Hainburgerstraße im III. Bezirke und beantragt:

In Abänderung des Punktes 4 des Stadtrats-Beschlusses vom 8. April 1904, Z. 4454, ist mit den Arbeiten für die Baumpflanzung in der Hainburgerstraße im III. Bezirke sofort zu beginnen und wird zur Deckung der in das heurige Jahr fallenden Auslagen zur Rubrik XXIV 19 ein Zuschußkredit von 6000 K bewilligt. Der Magistrat wird ermächtigt, die Lieferung und Abfuhr des Erdmaterials bei glattem Verlaufe der Offertverhandlung an den Bestbieter zu vergeben.

(Angenommen.)

(12768.) St.-R. Hörmann referiert über die Maßnahmen zur Erhaltung der alten Platane und der alten Akazie vor dem neuen Botanischen Institut am Rennweg im III. Bezirke und beantragt:

1. Die von der Lokalaugenscheins-Kommission vom 17. September 1904 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhaltung der im Trottoir zu stehen kommenden zwei alten Bäume (eine Platane und eine Akazie) vor dem neuen Botanischen Institut am Rennweg im III. Bezirke werden genehmigt und wird hierfür ein bedeckter Kostenbetrag von 700 K, wovon 600 K auf die Herstellung der Einfriedung, 100 K auf die gärtnerischen Arbeiten entfallen, bewilligt.

2. Die mit 129 K 80 h veranschlagte Gitterlieferung wird der Firma Johann Meerkatz, VII., Neubaugasse 68, zu folgenden Einheitspreisen übertragen:

- a) Gußeiserne Säulen per Stück zu 5 K 50 h;
- b) Gitterfelder per Kurrentmeter zu 5 K 40 h. Diese Preise verstehen sich inklusive Minifurung und zweimaligem Anstrich.

3. Die gärtnerischen Arbeiten sind vom Stadtgarten-Inspektorat in eigener Regie, die technischen Herstellungen vom Stadtbauamte im kurrenten Wege unverzüglich durchzuführen. Der bestehende Spritzhydrant wird für die Bewässerung der Bäume mit einer täglichen Wassermenge von 1 hl aus der Hochquellenleitung während der Sommermonate dotiert.

(Angenommen.)

(12521.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen des Lehrkörpers der Bürgerschule für Knaben XVII., Kalvarienberggasse 33, um Bewilligung zur Veranstaltung von Elternabenden im Turnsaale der erwähnten Schule und beantragt:

1. Dem Lehrkörper der Bürgerschule für Knaben XVII., Kalvarienberggasse 33, wird die Abhaltung von vier Skoptikon-Vorstellungen für die erwachsenen Angehörigen der die genannte Schule besuchenden Kinder bis auf weiteres gegen jederzeitigen Widerruf gestattet.

2. Die Benützung des elektrischen Stromes zu dem angeführten Zwecke auf Kosten der Gemeinde Wien wird genehmigt.

3. Für die voraussichtlichen Stromverbrauchs-Mehrkosten wird ein Betrag von jährlich 16 K bewilligt.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Gemeinderats - Ausschuß

für die

Verleihung des Heimatsrechtes und des Bürgerrechtes.

Bericht

über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Verleihung des Heimatsrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 28. September 1904.

Vorsitzende: Obmann G.-R. Josef Rauer.

Obmann-Stellvertreter G.-R. Ferdinand Graf.

Anwesende: Biellohlawek,	Magler,
Breuer,	Nettrich,
Dechant,	Oppenberger,
Dürbeck,	Pichler,
Fickels,	Poyer,
Göb,	Rain,
Hallmann,	Ryfl,
Hölzl,	Sturm,
Hütter,	Wessely,
Selinek,	

Entschuldigt: G.-R. Wimberger, Zoder.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär Hans Böttger.

Obmann G.-R. Rauer eröffnet die Sitzung.

(10776.) G.-R. Sturm referiert über das Gesuch des Franz Göb, Waschsoda-Erzeuger, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11565.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Ignaz Kirshenhofer, Milch-Verschleißer;

Karl Figl, Friseur. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10774.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Ludwig Simanovsky, Schuhmachermeister;

Johann Lukešch, Gastwirt. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10787.) G.-R. Sturm referiert über das Gesuch des Franz Fischer, Markthelfer, um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11844.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch des Vinzenz Wittenberger, Stadträger, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11845.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch des Karl Proksch, Tapezierer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11563.) G.-R. Breuer referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Daniel Belits, Friseur;

Ferdinand Behr, Elektrotechniker;

Johann Krájic, Schneidermeister;
Wilhelm Matowiza, Zitherschulnhaber. (IV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8951.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch des Johann Maahr, Holz- und Kohlenhändler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12151.) G.-R. Hallmann referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Wenzel Kolač, Schneidermeister;

Martin Wurzer, Einspänner-Eigentümer. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11564.) G.-R. Hallmann referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Vasilius Lyp, Gemischtwaren-Verschleißer;

Josef Leitl, Privatbeamter. (V. Bezirk.) (Angenommen.)

(10775.) G.-R. Hallmann referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Ludwig Andoš, Gemischtwarenhändler;

Hermann Reudek, Prokurist. (V. Bezirk.) (Angenommen.)

(10960.) G.-R. Hallmann referiert über das Gesuch des Karl Haudek, k. und k. Hof-Streichinstrumentenmacher, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10981.) G.-R. Hallmann referiert über das Gesuch des Hugo Rößl, Lederhändler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (V. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12102.) G.-R. Nagler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Johann Klesel, Schuhmachermeister;

Johann Schultes, Gastwirt;

Leopold Emsenhuber, Holz- und Kohlen-Verschleißer.

(III. Bezirk.) (Angenommen.)

(11156.) G.-R. Nagler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Gustav Bartsch, Pfeidler;

Franz Balann, Holz- und Kohlen-Verschleißer;

Johann Trpšovský, Schneidermeister. (III. Bezirk.)

(Angenommen.)

(9924.) G.-R. Nagler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an Rudolf Kiffling, Lusterfabrikant. (III. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12289.) G.-R. Nagler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Anton Moretti, Gemischtwaren-Verschleißer;

Wenzel Schinko, Drechslermeister. (III. Bezirk.)

(Angenommen.)

(9925.) G.-R. Nagler (für G.-R. Wimberger) referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Ignaz Fehlnner, Anstreichermeister;

Georg Pöckl, Baupolier;

Josef Appel-Djolsobe, Fleischhauermeister;

Eduard Zagic, Tischlermeister. (XV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(9832.) G.-R. Wessely referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Hermann Zalaudek, Tischlermeister;

Friedrich Arenz, Goldarbeiter;

Alois Nebesář, Schneidermeister;

August Malsch, Juwelier. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(10111.) G.-R. Wessely referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Anton Allmann, Gemischtwaren-Verschleißer;

Josef Reintsch, Holz- und Kohlenhändler;

Johann Wanura, Tischlermeister;

Johann Marešch, Lederhändler;

Raphael Hartmann, Holz- und Kohlenhändler. (VI. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12152.) G.-R. Wessely referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Fidelius Partsch, Schlossermeister;

Stephan Teritsch, Gastwirt;

Karl Fehlnner, Anstreichermeister;

Josef Pospisček, Gastwirt;

Anton Feldwein, Juwelier. (VI. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12290.) G.-R. Wessely referiert über das Gesuch des Rudolf Jungwirth, Prokurist, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VI. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12154.) G.-R. Poyer referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Franz Bek, Radler;

Anton Prohaska, Gastwirt;

Michael Kreidl, Fleischhauer. (XIII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10777.) G.-R. Poyer referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Georg Dibersteiner, Gastwirt;

Konstantin Tavelmayer, Schmiedmeister. (XIII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10778.) G.-R. Poyer (für G.-R. Zoder) referiert über das Gesuch des Anton Löhner, Schneidermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10120.) G.-R. Poyer (für G.-R. Zoder) referiert über das Gesuch des Johann Čech, Tischlermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11849.) G.-R. Poyer (für G.-R. Zoder) referiert über das Gesuch des Josef Fasching, Fuhrwerksbesitzer, um Ver-

leihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(11157.) G.-R. Poyer (für G.-R. Zoder) referiert über das Gesuch des Wolfgang Klement, Farben-Erzeuger, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

G.-R. Dechant referiert über das Ansuchen des Josef Stanek, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12103.) G.-R. Dechant referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Matthias Reissner, Schuhmachermeister;

Matthias Sikiř, Matratzenmacher. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12249.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Johann Winter, Bindermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10780.) G.-R. Dechant referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Josef Ernst, Gastwirt;

Franz Jung, Prokurist. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(9907.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Sebastian Boesau, Dienstvermittler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(1637 ex 1903.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Alois Schörg, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12329.) G.-R. Dechant referiert über das Gesuch des Richard Pruslaj, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(9058.) G.-R. Dürbeck referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Johann Minelli, Ranchfanglehrermeister;

Ferdinand Etibor, Schneidermeister. (IX. Bezirk.) (Angenommen.)

(11567.) G.-R. Dürbeck referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Rudolf Brodtrager, Gemischtwaren-Verschleißer;

Josef Kurfiřt, Schneidermeister;

Johann Schef, Schneidermeister;

Leopold Böcker, Gemischtwaren-Verschleißer;

Ferdinand Meiwald, Schuhmachermeister;

Josef Ruprecht, Gastwirt;

Johann Lang, Wagenladierermeister. (IX. Bezirk.) (Angenommen.)

(11568.) G.-R. Dürbeck referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Alois Riendl, Gemischtwaren-Verschleißer;

Matthias Humer, Holz- und Kohlenhändler;

Johann Nirschy, Prokurist;

Matthias Cibulka, Schneidermeister;

Eduard Niederbrucker, Cafetier. (IX. Bezirk.) (Angenommen.)

(11846.) G.-R. Dürbeck referiert über das Gesuch des Anton Ettel, Schlossermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (IX. Bezirk.) (Angenommen.)

(10983.) G.-R. Raim referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Thomas Klempe, Gemischtwaren-Verschleißer;

Johann Reinhardt, Fleischfeller und Hausbesitzer;

Leopold Triebel, Einspänner-Eigentümer. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(11847.) G.-R. Fikeys referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Franz Fraißl, Küchengärtner;

Josef Hejl, Hausbesitzer und Gemischtwaren-Verschleißer;

Richard Kratochwill, Stadt-Pflasterermeister. (XI. Bezirk.) (Angenommen.)

(9649.) G.-R. Fikeys referiert über das Gesuch des Franz Jaribnický, Flaschenbierhändler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XI. Bezirk.) (Angenommen.)

(11158.) G.-R. Hölzl referiert über das Gesuch des Heinrich Ketschury, Glaser und Anstreichermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(12241.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Franz Elfinger, Gesellschafter der Firma Fischer, Friebeu & Komp.;

Franz Tölde, Spengler;

Leopold Antropp, Kaffeefieder. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(11566.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Franz Gromus (Kromus), Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(7291.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Wenzel Bazala, Schuhmachermeister;

Johann Butter, Friseur. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10388.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Franz Große, Skontist und Wirthaus-eigentümer;

Josef Warcha, Platzvertreter;

Josef Peitschach, Ledergalanteriewaren-Erzeuger. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(5962.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Johann Sais, Schneidermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12153.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Michael Mayerhofer, Galanteriewarenhändler;
Karl Mittermayer, Schneidermeister;
Anton Laminger, Gemischtwaren-Verschleißer;
Friedrich Pranter, Uhrmachermeister;
Josef Herzig, Marktwiktualienhändler. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10387.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Franz Redomansky, Uhrblattschmelzer;
Johann Weinzierl, Milch- und Gebäck-Verschleißer. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8953.) G.-R. Pichler referiert über das Gesuch des Jakob Marešch, Spielkartenreiniger, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8537.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Anton Schoklich, Hutmachermeister;
Anton Moser, Schneidermeister. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8535.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Josef Boška, Gemischtwaren-Verschleißer;
Martin Laßmann, Schmuckfedern-Erzeuger;
Matthias Branek, Schuhmachermeister. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(8536.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Benzel Nevečeral, Tischnermeister;
Karl Berlet, Sonn- und Regenschirmmacher;
Josef Gruber, Werkmeister. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(Obmann-Stellvertreter G.-R. Ferdinand Gräf übernimmt den Vorsitz.)

(10110.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Anton Kauer, Posamentiermeister;
Alois Wurzer, Schwertfeger;
Josef Wurzer, Buchhalter;
Josef Rechwatal, Tischlermeister. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10109.) G.-R. Pichler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Benzel Sable, Gemischtwaren-Verschleißer;
Leopold Brandtner, Gemischtwaren-Verschleißer;
Michael Hasieber, Tischnermeister. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(9619.) G.-R. Nettrich referiert über das Gesuch des Ferdinand Tüschner, Privatier, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung gegen Ertrag der Taxe. (X. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11569.) G.-R. Nettrich referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Karl Bilh, Hausbesitzer;
Leopold Eiberger, Bäckermeister. (X. Bezirk.)

(Angenommen.)

(20984.) G.-R. Nettrich referiert über das Gesuch des Josef Schallinger, Prokurist, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.)

(Angenommen.)

(9233.) G.-R. Nettrich referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Johann Wolf, Schlossermeister;
Josef Stadler, Gemischtwaren-Verschleißer. (X. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11570.) G.-R. Nettrich referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Josef Černotšky, Gastwirt;
Josef Leimer, Einspanner-Eigentümer und Hausbesitzer. (X. Bezirk.)

(Angenommen.)

(1128.) G.-R. Nettrich referiert über das Gesuch des Matthias Karl, Kaffeefeder, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Abweisung. (X. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11842.) G.-R. Dppenberger referiert über das Gesuch des Leopold Engelhart, k. u. k. Hof-Fleischhauermeister und Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11574.) G.-R. Dppenberger referiert über das Gesuch des Gustav Müller, Student, um Zusage der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)

(Angenommen.)

(12101.) G.-R. Dppenberger referiert über das Gesuch des Franz Aßesberger, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11841.) G.-R. Dppenberger referiert über das Gesuch des Josef Kindl, Schneidermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11561.) G.-R. Dppenberger referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
Wilhelm Liewehr, Buchbindermeister;
Alois Astmann, Drechslermeister. (II. Bezirk.)

(Angenommen.)

(11560.) G.-R. Dppenberger referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
 Georg Pappert, Gastwirt;
 Alois Pudernik, Schlossermeister. (II. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(11155.) **G.-B. Bielek** referiert über das Gesuch des Alois Legtmann, Gastwirt, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(11848) **G.-R. Göß** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:
 Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
 Josef Kern, Tischlermeister;
 Wilhelm Stank, Wildbrehändler;
 Franz Stastny, Fleischhauer und Hausbesitzer;
 Josef Auer, Metallgießer;
 Anton Schweiger, Fleischhauer;
 Adolf Sitter, Pfeidler. (XII. Bezirk.) (Angenommen.)

(9833.) **G.-R. Göß** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:
 Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
 Franz Jedlička, Tischlermeister;
 Franz Poho, Privatier;
 Franz Mabejovsky, Ober-Maschinist;
 August Januschka, Gastwirt;
 Vinzenz Neubauer, Kaufmann;
 Josef Dundler, Wagnermeister;
 Wenzel Snour (Snauer), Tischlermeister;
 Franz Schotola, Tapezierermeister. (XII. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(7720.) **G.-R. Hütter** referiert über das Gesuch des Georg Stadler, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(7339.) **G.-R. Hütter** referiert über das Gesuch des Alois Krutek, Gemischtwaren-Verschleißer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(10985.) **G.-R. Hütter** referiert über das Gesuch des Martin Neubauer, Stadtzimmermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(10986.) **G.-R. Hütter** referiert über das Gesuch des Leopold Dittmann, Haler-Eigentümer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(11850.) **G.-R. Hütter** referiert über das Gesuch des Franz Josef Sadilek, Kleidermacher, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.)
 (Angenommen.)

Obmann **G.-R. Rauer** übernimmt den Vorsitz.

(9237.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über das Gesuch des Anton Schneider, Hausbesitzer, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(9927.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über das Gesuch des Johann Twertik, Musiker, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(9928.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:
 Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
 Alois Peitl, Fleischhauermeister und Hausbesitzer;
 Josef Vinzl, Hutmacher. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(9929.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:
 Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
 Josef Wolter, Drechslermeister;
 Franz Hertl, Tapezierermeister;
 Johann Moschner, Uhrmachermeister;
 Johann Reinwein, Bäckermeister;
 Matthias Pisch an, Schuhmachermeister. (XVI. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(9908.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:
 Die Verleihung des Bürgerrechtes an:
 Ferdinand Hofmann, Revisor der Imperial-Continental-Gas-Association;
 Anton Holeček, Wäschepußer;
 Johann Cermak, Schuhmachermeister und Armenrat;
 Johann Subitzer, Kunstblumen-Erzeuger. (XVI. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(10389.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über das Gesuch des Wenzel Panoch, Viktualienhändler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(11178.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch der Helene Schott, Prioste, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(10786.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch des Rudolf Holzappel, Baumeister, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(10956.) **G.-R. Nagler** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des III. Bezirkes und beantragt:
 Die Zusicherung der Aufnahme an:
 Emma Raut, Verkäuferin;
 Anton Weinböck, Bäckergehilfe;
 Anton Dostal, Spenglermeister;
 Franz Stefl, Schuhmachermeister. (Angenommen.)

(9835.) **G.-R. Nagler** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des III. Bezirkes und beantragt:
 Die Zusicherung der Aufnahme an:
 Johann Filak, städtischer Nachwächter;
 William Köhler, Frequentant der Landwehr-Kadettenschule.
 (Angenommen.)

(11177.) **G.-R. Nagler** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des III. Bezirkes und beantragt:
 Die Zusicherung der Aufnahme an:
 Barbara Decrignis, Grünwarenhändler;
 Franz Schuster, Schriftsetzer;
 Johanna Haldenwanger, Goldsticklerin;
 Peter Wilosavljewic, Privatier. (Angenommen.)

(9932.) **G.-R. Nagler** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des III. Bezirkes und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Cäcilie Fischl, Zigarrenarbeiterin;

Marie Hörr, Werkführerswitwe;

Marie v. Pathanszky, Private. (Angenommen.)

(11840.) **G.-R. Nagler** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des III. Bezirkes und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Samuel Imrich, Schmiedgehilfe;

Alois Dorner, Handlungsgehilfe;

Friedrich Schütte, Papierhändler und Hausbesitzer.

(Angenommen.)

(10380.) **G.-R. Wessely** referiert über das Gesuch des Anton Wecker Prokurist, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung gegen Erlag der Taxe von 40 K. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12106.) **G.-R. Wessely** referiert über das Gesuch des Johann Hofmann, Papierhändler, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(9532.) **G.-R. Poyer** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XIII. Bezirkes und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Johann Radozky, Privatgärtner;

Josef Bauer, Rauchfangkehrermeister. (Angenommen.)

(12159.) **G.-R. Poyer** referiert über das Gesuch des Peter Bedognetti, Rauchfangkehrergehilfe, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12108.) **G.-R. Dehant** referiert über das Gesuch der Rosa Weiß, Marine Ingenieurswitwe, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10118.) **G.-R. Fikeys** referiert über das Gesuch des Johann Benz, Handelschuler, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XI. Bezirk.) (Angenommen.)

(11576.) **G.-R. Hözl** referiert über das Gesuch des Ludwig Beher, Buchhändler, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(10793.) **G.-R. Hözl** referiert über das Gesuch der Marie Kees, Selbwaren-Verschleißerin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Erteilung der Zusicherung für die Gesuchstellerin und deren fünf minderjährige Kinder gegen Entrichtung einer Taxe von 40 K. (XIX. Bezirk.) (Angenommen.)

(10189.) **G.-R. Pichler** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Thomas Lombardini, Rauchfangkehrergehilfe;

Andreas Tokartsiß, Zuschneider. (VII. Bezirk.)

(Angenommen.)

(9933.) **G.-R. Pichler** referiert über das Gesuch der Louise Planner, Privatlehrerin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10119.) **G.-R. Pichler** referiert über das Gesuch der Amalia Alex, Milch-Verschleißerin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10792.) **G.-R. Rykl** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVII. Bezirkes und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Marie Wutschek, Näherin;

Rudolf Koske, Magazineur;

Anton Zeder, Aufseher.

(Angenommen.)

(9912.) **G.-R. Nettrich** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des X. Bezirkes und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Friedrich Nettenwald, Kapellmeister;

Johann Böringer, Chef-Modelleur der Wienerberger Ziegelfabriks-Aktiengesellschaft. (Angenommen.)

(10379.) **G.-R. Oppenberger** referiert über das Gesuch der Theresia Feld, Schneidermeisterwitwe, um Aufrechterhaltung der ihrem mittlerweile verstorbenen Gatten Michael Feld erteilten Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband für sie und ihre drei minderjährigen Kinder und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(9361.) **G.-R. Oppenberger** referiert über das Gesuch des Andreas Muic, l. und l. Ober-Waffenmeister, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(4191.) **G.-R. Oppenberger** referiert über das Gesuch des Peter Walber, Friseur, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(9931.) **G.-R. Wieloslawek** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des I. Bezirkes und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Johann Harcza, Schuhmacher;

Franz Sittinger, Gemischtwaren-Verschleißer.

(Angenommen.)

(11176.) **G.-R. Wieloslawek** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in Wiener Gemeindeverband von Parteien des I. Bezirkes und beantragt:

Die Zusicherung der Aufnahme an:

Franz Leonhard, Birkenwaren-Erzeuger;

Andreas Bille, Kanzleidner;

Paul Szenkowitz, Kaufmann.

(Angenommen.)

(11930.) **G.-R. Wieloslawek** referiert über das Gesuch der Ludovika Tillemann, Gesellschaftsdame, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(8548.) **G.-R. Sütter** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XX. Bezirkes und beantragt:

Die Zusage der Aufnahme an:

Johann Zagenbrein, Fleischhacker;

Franz Lafner, Hilfsarbeiter. (Angenommen.)

(10382.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über das Gesuch des Thaddäus Bauer, Zahntechniker, um Zusage der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(12109.) **G.-R. Ferdinand Gräf** referiert über Gesuche um Zusage der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVI. Bezirkes und beantragt:

Die Zusage der Aufnahme an:

Michael Haller, Spediteur;

Julius Nistleitner, Gemischtwaren-Verschleißer.

(Angenommen.)

(12104.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch des Anton Freiherrn v. Scudier, Zögling der Theresianischen Akademie, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(11160.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch des Rudolf Lehmann, Zahlkellner, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.)

(Angenommen.)

(10020.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch des Ferdinand Leutgeb, Beamter der städtischen Straßenbahnen, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(11159.) **G.-R. Hallmann** referiert über das Gesuch der Gabriele Schneider, Haushälterin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (V. Bezirk.) (Angenommen.)

(12330.) **G.-R. Hallmann** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des V. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Agnes Polster, Wäscherin;

Leopold Krepelka, Privatbeamter. (Angenommen.)

(10781.) **G.-R. Oppenberger** referiert über das Gesuch des Johann Rößig, Privatbeamter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.)

(12288.) **G.-R. Oppenberger** referiert über das Gesuch des Franz Musel, Schlossermeister, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(7822.) **G.-R. Oppenberger** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des II. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Friedrich Schönbach, Handelsagent;

Barbara Noos, Kindsfrau. (Angenommen.)

(12156.) **G.-R. Nagler** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des III. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Schönfels, provisorischer Beamter der städtischen Straßenbahnen;

Otto Kraemer, technischer Beamter der städtischen Elektrizitätswerke.

(Angenommen.)

(7100.) **G.-R. Nagler** referiert über das Gesuch des Johann Sliva, Tierarzt, um Herabsetzung der vorgeschriebenen Zuständigkeitstaxe per 400 K sowie um Kostenbewilligung und beantragt, das Ansuchen um Herabsetzung der Zuständigkeitstaxe abzuweisen, dem Gesuchsteller jedoch die Kostenzahlung zu bewilligen.

(Angenommen.)

(12173.) **G.-R. Nagler** referiert über die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 18. August 1904, Z. 24928, betreffend die Heimatrechts-Angelegenheit des Herrsch Wertner und beantragt, gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(10383.) **G.-R. Wessely** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des VI. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Anna Koubal, Handarbeiterin;

Antonia Kaiser, Dienstmädchen. (Angenommen.)

(9531.) **G.-R. Poyer** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XIII. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Therese Ten-Brinkl, Privat-Arbeitslehrerin;

Johann Kaser, Landwehr-Oberleutnant d. R.;

Otilie Ribberger, Privatlehrerin. (Angenommen.)

(9834.) **G.-R. Poyer** referiert über das Gesuch des Lambert Ziaček, Tischlermeister, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(11572.) **G.-R. Poyer** referiert über das Gesuch des Alexander Raponek, Bürstenbindergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10782.) **G.-R. Zoder** referiert über das Gesuch der Theresia Barant, Private, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(10553.) **G.-R. Poyer** referiert über den Bericht des Bezirksamtes für den XIII. Bezirk, betreffend die Zurückziehung des Gesuches des Matthias Waldinger um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Kenntnisnahme des Berichtes sowie die Annullierung des Beschlusses vom 1. Juli 1904, Z. 7336.

(Angenommen.)

(10386.) **G.-R. Dechant** referiert über das Gesuch der Ida Fichtenmaier, Wirtschaftlerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(9909.) **G.-R. Dechant** referiert über das Gesuch des Dr. Thomas Weber, k. u. k. Oberarzt, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10114.) **G.-R. Dechant** referiert über das Gesuch der Gisela Dschirákany, Kindergärtnerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12157.) **G.-R. Dechant** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des VIII. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Anatus Caurari, Ingenieur;

Karoline Schmetterer, Lehramtskandidatin;

Elisabeth Kießling, Privatlehrerin. (Angenommen.)

(9911.) G.-R. **Rain** referiert über das Gesuch der Aloisia Pokorny, Private, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10113.) G.-R. **Fikens** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XI. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Smrcek, Lackierergehilfe;

Marie Kubisch, Handarbeiterin. (Angenommen.)

(12100.) G.-R. **Pichler** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des VII. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Josef Weiß, Kontorist;

Anton Faustenhammer, Kutscher. (Angenommen.)

(9910.) G.-R. **Pichler** referiert über das Gesuch des Albert Schulz, Diener, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12291.) G.-R. **Pichler** referiert über das Gesuch der Marie Polehna, Wäscherin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband für sich und ihren minderjährigen Sohn Richard und beantragt die Gesuchsgewährung. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(9238.) G.-R. **Ryhl** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVII. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Josef Holzlehner, Schriftenmalergehilfe;

Marie Hubauer, Hausbesorgerin;

Anna Frank, Hilfsarbeiterin;

Elisabeth Bajt, Milch-Verkschleißerin.. (Angenommen.)

(10791.) G.-R. **Ryhl** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVII. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Meßner, städtischer Straßenarbeiter;

Josef Salvenmoser, Schirmmachergehilfe;

Johanna Neunteufel, Näherin. (Angenommen.)

(9533.) G.-R. **Ryhl** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVII. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Tomaschek, Tischlermeister;

Josef Skala, Privatbeamter. (Angenommen.)

(10783.) G.-R. **Ryhl** referiert über das Gesuch des Rudolf Müller, Schieferdeckergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(12160.) G.-R. **Ryhl** referiert über das Gesuch des Karl Leischner, provisorischer Beamter der städtischen Straßenbahnen, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(10216.) G.-R. **Nettrich** referiert über das Gesuch des Reinhold Melzer, Bauleiter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(11573.) G.-R. **Nettrich** referiert über das Gesuch des Johann Rucke, Industriemalergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(10460.) G.-R. **Nettrich** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des X. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Alois Friml, Platzmeister;

Marie Heyl, Kleidermacherin. (Angenommen.)

(12096.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über das Gesuch des Albert Soika, k. u. k. Oberleutnant, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(11571.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über das Gesuch des Franz Ortbauer, Bedienter, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(12099.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über das Gesuch der Pauline Teufelberger, Lehrerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12097.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über das Gesuch des Alois Swoboda, um Aufnahme seines Sohnes Alois, Realschüler, in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(12098.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über das Gesuch des Med.-Dr. Karl Teufelberger, Stadtarzt in Enns, Oberösterreich, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(9277.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des I. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Klemens Reinthaler, Gastwirt;

Karl Sykora, Oberkellner. (Angenommen.)

(9930.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des I. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Elisabeth Stoz, Hebamme;

Ernst Sirinec, Kontorist. (Angenommen.)

(9836.) G.-R. **Bielohlawek** referiert über das Gesuch der Theresia Forstner, Lehrerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung gegen Erlag der Taxe von 400 K. (Angenommen.)

(8959.) G.-R. **Hütter** referiert über das Gesuch des Josef Miček, Ziegeldeckergehilfe, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.) (Angenommen.)

(8958.) G.-R. **Hütter** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XX. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:

Karl Maruna, Baupolier;
Marie Revolly, Tabak-Transkantin;
Josef Nowak, Tagelöhner;
Karl Zickl-Swoboda, Geschäftsführer. (Angenommen.)

(10784.) G.-R. Sütter referiert über das Gesuch des Franz Erb, Laborant, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.)
(Angenommen.)

(10384.) G.-R. Ferdinand Gräf referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVI. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:
Sophie Brunner, Knopfaufnäherin;
Julius Pober, Maschinenschlosser. (Angenommen.)

(10959.) G.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Gesuch des Bernhard Spizer, Bäckermeister, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.)
(Angenommen.)

(10958.) G.-R. Ferdinand Gräf referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVI. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:
Josef Schipek, Expeditionsaufleger;
Karl Horchy, Anstreichergehilfe. (Angenommen.)

(10385.) G.-R. Ferdinand Gräf referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien des XVI. Bezirkes und beantragt:

Die Verleihung der Zuständigkeit an:
Raimund Theimer, Gasmesserwärter;
Theresa Kraft, Wäscherin;
Theresa Stief, Hausbesorgerin. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(IV. Gemeindebezirk, Wieden.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 29. September 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Franz Wienöchl.

Dankschreiben der Familie Schillerwein für die anlässlich des Todes des Armenrates Schillerwein erwiesene Teilnahme.
Zur Kenntnis.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 13. September 1904, Z. 3996/XVII, betreffend Verlegung des Einspanner-Standplatzes in der Frankenberggasse.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 19. September 1904, Z. 2368/V, betreffend Beleuchtung des Karlsplatzes.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 12. August 1904, Z. 1854/V, betreffend Errichtung einer Wartehalle gegenüber der „Sezession“.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 12. August 1904, Z. 4165/III, betreffend Bewässerungsanlage für den Alois Draschepark im IV. Bezirke.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 23. August 1904, Z. 18272/XI, betreffend Bestätigung der Wahl der Herren Karl Kopecky, Johann Linhart und Johann Setril zu Armenräten.
Zur Kenntnis.

Dankschreiben des Herrn Johann Linhart für seine Wahl zum Armenrate.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 22. August 1904, Z. 2884/XIV, betreffend Abänderung der Baulinien für die Ecken des Schwarzenbergplatzes beim Heumarkt und der Brucknerstraße.

Zur Zustimmung.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 28. September 1904, Z. 6618/XVI, betreffend Abänderung der Baulinien für den Durchbruch der Starhembergstraße bis zur Wiedener Hauptstraße.

Zur Zustimmung.

Zuschrift des Wiener Magistrates vom 24. August 1904, Z. 8463/I, betreffend Ankauf des Hauses IV., Trappelgasse, Einl.-Z. 1282 und 822, für kommunale Zwecke.

Der Ankauf kann nicht empfohlen werden.

Zuschrift der Bezirksvertretung für den X. Bezirk vom 13. August 1904, Z. 3621, betreffend Unterdrückung der in jüngster Zeit sich mehrenden Raufzesse und Messerflehereien.

Die Bezirksvertretung Wieden schließt sich dem Antrage an.

Zuschrift der Bezirksvertretung für den X. Bezirk vom 13. August 1904, Z. 3620, betreffend Abstellung der Übelstände beim Austräumen von Eßwaren.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Bezirksvertretung für den X. Bezirk vom 13. August 1904, Z. 3619, betreffend Abstellung des Verkaufes von Schleuder- und Knallbomben durch die Papierhändler.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Bezirksvertretung für den III. Bezirk vom 6. September 1904, Z. 3801, betreffend Behandlung von Anerkennungszinsen bei Bemessung der Hauszinssteuer.

Übergang zur Tagesordnung.

Antrag des B.-R. Litschauer, betreffend Verstärkung des Straßenbahnverkehrs auf der Strecke Hernals—Meidling durch Anhängung von Beiwagen.

Einstimmig angenommen.

Antrag desselben, betreffend Verlegung der Haltestelle der städtischen Straßenbahnen vom Hause Nr. 49 Margaretenstraße zum Hause Nr. 45 oder 47 Margaretenstraße aus Sicherheitsrücksichten.

Einstimmig angenommen.

Antrag desselben, betreffend Entfernung des Schrankens oder vollständige Absperrung des Hechtengasse.

Der Bezirksvorsteher wird persönlich unter Beiziehung des Antragstellers die Situation besichtigen.

Antrag des B.-R. Wienöchl, betreffend Beseitigung des Anstands-ortes am Karolinenplatz.

Einstimmig angenommen.

Antrag **desselben**, betreffend Durchführung größerer Arbeiten in den Sommermonaten.

Ein stimmig angenommen.

Antrag **desselben**, betreffend Neubenennung des Karolinenplatzes mit „Elisabethplatz“.

Ein stimmig angenommen.

Antrag des **B.-V.-St. Stipani**, betreffend Fortführung der elektrischen Beleuchtung auf der Wiedener Hauptstraße bis zur Paulanerkirche.

Ein stimmig angenommen.

Antrag des **B.-V. Rienöhl**, betreffend rechtzeitige Durchführung der Reparaturen in Schulen und im Gemeindehause.

Ein stimmig angenommen.

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung vom **6. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Johann Hofinger.**

Einlauf.

(2759.) Der Stadtrat hat den Kostenschlag für die Herstellung mehrerer Straßenstrecken (Habichergasse, unbenannte Gasse in der Verlängerung der Hettenkofergasse, Kaufgasse, Herbststraße und Seeböckgasse) mit dem Erfordernisse von 24.023 K genehmigt.

Zur Kenntnis.

(2769.) Der Stadtrat hat das Projekt für die Neupflasterung der Thaliastraße zwischen der Paniken- und Talheimergasse mit dem Erfordernisse von 60.334 K genehmigt.

Zur Kenntnis.

(3251.) Der Stadtrat hat das Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanals in der Seeböckgasse und Heigerleinstrasse mit dem Erfordernisse von 10.000 K genehmigt.

Zur Kenntnis.

(2771.) Die k. k. Post- und Telegraphen-Direktion teilt mit, daß die Anbringung eines Rohrpostkastens am Hause Thaliastraße 57 veranlaßt wurde; dem Ansuchen um Aufhebung eines solchen an einem Hause am Koflerpark jedoch mit Rücksicht auf die geringe Entfernung vom Postamt Wien 104 keine Folge gegeben werden kann.

Wegen Errichtung von Telephonstellen bei sämtlichen Wiener Postämtern sind die Verhandlungen im Zuge.

Zur Kenntnis.

(3231.) Eingabe der Genossenschaft der konzessionierten Spirituosen-schenker in Wien, betreffend die Erweiterung von Kaffeehanf-Konzessionen.

Zur Kenntnis.

Anträge.

(2458.) Antrag der Bezirksvertretung Hiezing, betreffend die Herausgabe eines historischen Kalenders oder einer Chronik seitens der Gemeinde Wien, worin die Entwicklung der Stadt nach Zeitperioden dargestellt ist.

Dem Antrage wird zugestimmt.

(2460.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten, betreffend die Hinausgabe eines Verbotes des Herumlauftens der Hunde auf Marktplätzen.

Wird mit dem Zusatz Antrage des **B.-R. Heimberger**, das Mitnehmen von Hunden auf Marktplatz überhaupt zu verbieten, angenommen.

(2545.) Antrag der Bezirksvertretung Fünfhaus, betreffend die Anbringung der Haltestellentafeln der städtischen Straßenbahn auf Gaslaternen und Leitungsmasten.

Wird zur Kenntnis genommen.

(2680.) Antrag der Bezirksvertretung Meidling, betreffend die Fundierung neu zu errichtender Straßenzüge.

Wird über Antrag des **B.-V.-St. Friedl** zur Kenntnis genommen.

(2870.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten auf Erlassung eines Verbotes des sanitätswidrigen Ausräumens von Nahrungs- und Genußmitteln.

Dem Beschlusse wird über Antrag des **B.-V.-St. Friedl** zugestimmt.

(2871.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten, betreffend die Hinausgabe eines Verbotes des Verkaufes von Schlenbergummi und Knallbomben.

Dem Beschlusse wird über Antrag des **B.-R. Kamharter** zugestimmt.

(2890.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten wegen polizeilicher Abschaffung der nicht nach Wien zuständigen Personen, welche wegen Teilnahme an Kaufhandel und Messerstechereien bestraft wurden.

Dem Beschlusse wird über Antrag des **B.-V.-St. Friedl** zugestimmt.

(3016.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße über die Behandlung von Anerkennungszinsen als Abzugspost bei Bemessung der Hauszinssteuer.

Wird über Antrag des **B.-V.-St. Friedl** zur Kenntnis genommen.

(2352.) Antrag der Bezirksvertretung Favoriten, daß die Straßenausscher sämtlicher Wiener Bezirke mit Regenmänteln versehen werden.

Wird über Antrag des **B.-V. Hofinger** zur Kenntnis genommen.

(2811.) Der Magistrat teilt mit, daß der Antrag der Bezirksvertretung Ottakring, betreffend Errichtung einer Beech'schen Bedürfnisanstalt Ende der Ottakringerstraße bei der Kreuzung der Montleartstraße derzeit nicht befürwortet werden könne.

Interpellationen zc.

B.-R. Priestinger interpelliert den Vorsitzenden wegen Errichtung von Bedürfnisanstalten auf dem Schmelzer Exerzierfelde.

B.-R. Schmidt ersucht den Vorsitzenden, Veranlassung treffen zu wollen, daß das lärmende Treiben und sonstiger Unfug von Kindern auf dem Ottakringer Friedhof abgestellt werde.

Derselbe interpelliert den Vorsitzenden wegen Errichtung einer Wachtube im Liebhartstal.

Derselbe beantragt, Veranlassung treffen zu wollen, daß im Hinblick auf wiederholte Unfälle das am Ende der Thaliastraße befindliche Ringelspiel im kommenden Jahre nicht mehr eröffnet werden dürfe.

B.-R. Hessemeyer ersucht den Vorsitzenden, dahin zu wirken, daß bei Versetzung von Gaslaternen und sonstigen Beleuchtungsobjekten vorerst das Einvernehmen mit der Bezirksvertretung gepflogen werde.

Derselbe berichtet über einen Brand am 25. August 1904, wo in einer im 3. Stock befindlichen Wohnung, verbunden mit einer Tischler-

werkstätte, ein Waggon Holz eingelagert war, weist auf die großen Gefahren eines solchen Vorganges hin und ersucht um Abhilfe gegen derartige krasse Übelstände.

Derselbe ersucht, den auf dem Markt am Yppenplatze auf der Häuserseite bei der städtischen Dienstvermittlung aufgestellten Erdäpfelwägen einen Platz auf der Parkseite anzuweisen.

Derselbe interpelliert den Vorsitzenden wegen Vermehrung der Sicherheitswache oder Errichtung einer Expositur des Polizei-Kommissariates im XVI. Bezirke.

Derselbe ersucht den Vorsitzenden, das Wasserreservoir am Kosterplatz anbohren zu lassen, damit in heißen Sommern für die Gartenanlagen Wasser vorhanden sei.

B.-R. Flojmayer bringt zur Kenntnis, daß der Hausbesitzer Novak die ihm seitens einer feuerpolizeilichen Kommission erteilten Aufträge noch nicht erfüllt habe, und ersucht, ihn hiezu ehestens verhalten zu wollen.

B.-R. Schmidt macht darauf aufmerksam, daß auf dem Markt am Yppenplatz unter den Treppen der Grünzeugstände Unrat in großen Mengen angehäuft sei, was nicht nur sanitätswidrig ist, sondern auch zur Vermehrung der Motten besonders beitrage, und beantragt, die Treppen höher legen zu lassen.

B.-R. Kamharter referiert über das Ansuchen des „Vereines zur Bekämpfung der Tuberkulose“ um Errichtung einer Hilfsstelle im Hause Hyrtlgasse 30 und beantragt, sich im Hinblick auf die Gefahren, welche diese Hilfsstelle für die Anrainer, darunter insbesondere das Maria-Josephinum, sowie für den Bezirk überhaupt mit sich bringen wird, dagegen auszusprechen. Gegen die Unterbringung gesunder Kinder wird keine Einwendung erhoben.

Der **Vorsitzende** schließt hierauf die Sitzung.

(II. Gemeindebezirk, Leopoldstadt.)

Protokoll

über die **Festsetzung** der Bezirksvertretung
Leopoldstadt vom **20. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Georg Niebauer.**

Die Festsetzung findet im feierlich dekorierten großen Sitzungssaale des Gemeindehauses statt.

Im Saale ist an hervorragender Stelle das Porträt des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger in reichem Blumenschmucke angebracht.

Der Vorsitzende **B.-R. Niebauer** begrüßt die im Festkleide erschienene Versammlung und eröffnet die Sitzung, deren einzigen Gegenstand die Ehrung des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger aus Anlaß seines 60. Geburtstages bildet.

Hierauf ergreift der **Vorsitzende** das Wort zu nachstehender Rede, wobei sich die Versammlung von den Sitzen erhebt.

„Meine sehr geehrten Herren Kollegen!

Der Chef der Wiener Gemeindeverwaltung, unser hochgeehrter Herr Bürgermeister Dr. Karl Lueger feiert am 24. d. M. seinen 60. Geburtstag.

Ich habe mir, einer von kollegialer Seite ausgegangenen Anregung folgend, erlaubt, Sie für heute zu einer Festsetzung einzuladen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, die Wünsche auch der Vertretung des II. Bezirkes für die Person des Herrn Bürgermeisters, seine fernere Gesundheit und sein Wohlergehen zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl sich die Tätigkeit unseres Herrn Bürgermeisters auf verschiedene Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckt, hat derselbe die Vollkraft seines Lebens doch hauptsächlich der Gemeinde Wien gewidmet.

In einer drei Jahrzehnte umfassenden Wirksamkeit hat Herr Dr. Karl Lueger durch fast 20 Jahre an den Arbeiten der früheren fortschrittlichen Gemeindeverwaltung in der intensivsten Weise Anteil genommen und beigetragen zu den großen unvergänglichen Werken jener Epoche, die zum Heile der Stadt und zum Wohle der Bevölkerung geschaffen wurden.

Später zur Regierung in der Gemeinde berufen, hat er verständnisvoll angeknüpft an die großen Taten seiner Vorgänger, viel Nützliches und Ruhmliches in der Gemeinde geschaffen, und wir sehen ihn mit einem ungeheuren Aufgebote von Fleiß und Eifer, mit Aufopferung seiner Gesundheit für seine Mitbürger wirken und schaffen.

Gestatten Sie mir noch hinzuzufügen, daß ich als Vorsteher des II. Bezirkes jederzeit das freundlichste Entgegenkommen bei der Vertretung unserer Interessen und Wünsche bei dem Herrn Bürgermeister gefunden habe, und daß ich dort, wo ich in die Lage kam, für einzelne Bewohner des Bezirkes bei ihm ein Wort einzulegen, allezeit einem weitgehenden Wohlwollen begegnete.

Sie haben sich, meine verehrten Herren Kollegen, zum Zeichen Ihrer Zustimmung von den Sitzen erhoben und ermächtigen mich, die Glückwünsche der Bezirksvertretung Leopoldstadt dem Herrn Bürgermeister in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.“

Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Herrn Bürgermeister Dr. Karl Lueger wird die Sitzung geschlossen.

(IV. Gemeindebezirk, Wieden.)

Protokoll

über die **Festsetzung** der Bezirksvertretung
Wieden vom **20. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Franz Wienöhl.**

Als Schriftführer fungiert der Kanzleileiter Dr. Emil Karg.
Tagesordnung.

Festrede des **Bezirksvorstehers Wienöhl**, anlässlich der Feier des 60. Geburtstages des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bezirksvorsteher Wienöhl hebt zunächst hervor, daß gleichzeitig in allen Bezirksvertretungen eine feierliche Sitzung abgehalten wird, welche zum Zwecke hat, dem hochverdienten Herrn Bürgermeister die Glückwünsche der Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu bringen. Vor allem jedoch habe der IV. Bezirk Ursache, den 60. Geburtstag des Herrn Bürgermeisters zu feiern, nachdem derselbe im IV. Bezirk seine Kinder- und Jugendzeit verlebte und im IV. Bezirke auch den zu seiner späteren Laufbahn grundlegenden Unterricht empfing.

Der Bezirksvorsteher schildert nun im weiteren Verlaufe seiner Rede das Familienleben des Herrn Bürgermeisters in seiner frühesten Jugend bei seinen Eltern und den Gang seiner Erziehung und Verlauf seiner Studien bis zu dem Eintreten in das öffentliche Leben.

Nun beginnt Redner in ausführlicher Weise die Tätigkeit des Herrn Bürgermeisters seit dem Jahre 1877, seit welcher Zeit derselbe ständig dem Gemeinderate angehört, zu besprechen und hebt die Verdienste, welche er sich durch seine Tätigkeit als Gemeinderat und späterhin als Reichsrats- und Landtags-Abgeordneter erworben hat, hervor.

Das verdienstvollste und erspriechlichste Wirken habe er jedoch als Bürgermeister der Stadt Wien entfaltet.

Nedner erinnert an die Lösung der großen Fragen, wie Einrichtung der städtischen Gaswerke, der städtischen Straßenbahnen, der städtischen Elektrizitätswerke und andere mehr.

Die Bevölkerung Wiens habe daher alle Ursache, diesen hervorragenden Mann für die vielen Wohltaten und seine Leistungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu danken. Und nicht nur danken, sondern auch freuen soll sie sich, daß sie auch in den gegenwärtigen schwierigen Zeitläuften einen Mann an der Spitze des Gemeinbewesens weiß, welcher mit Aufopferung aller seiner Kräfte für das Wohl der Gesamtheit und des Einzelnen zu wirken gewillt und geeignet ist.

Daran müsse sich natürlich der Wunsch knüpfen, daß es Gott gefallen möge, ihn zum Wohle und Schutze der Bevölkerung noch lange Jahre auf seinem schweren und verantwortungreichen Posten zu belassen.

Diesem Wunsche solle auch durch die gegenwärtige Sitzung der Bezirksvertretung Wiens feierlicher Ausdruck gegeben werden, und fordert Nedner die Mitglieder der Bezirksvertretung auf, sich von den Sitzen zu erheben und einzustimmen in ein dreimaliges Hoch! (Geschicht.)

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Protokoll

über die **Festsetzung** der Bezirksvertretung
Währing vom **20. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Anton Baumann.**

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit ergreift der **Vorsitzende** das Wort zu folgender Ansprache an die Versammlung:

„Meine hochverehrten Herren!

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.)

Ein hochbedeutsamer Anlaß führt uns heute zusammen. Wir haben uns versammelt zu Ehren des 60. Geburtstages unseres Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, des größten Bürgermeisters Wiens, den die Geschichte bisher aufweist. Da ziemt es sich wohl, Rast zu halten im aufregenden Getriebe und Rückschau zu halten auf das Wirken dieses um unsere Vaterstadt so hochverdienten Mannes. Die Werke, die Dr. Lueger geschaffen, einzeln aufzuzählen, muß mir wohl erlassen werden, da dieselben unvergänglich im Gedächtnis eines jeden Einzelnen haften. Ich will nur der Marksteine gedenken, die den Weg Dr. Karl Lueger's kennzeichnen. Diese beschränken sich nicht allein auf seine Tätigkeit auf kommunalem Gebiete, sie sind weit, weit ausgreifender — auf unser Kronland Niederösterreich — auf das ganze Reich. Was hier durch den Führer der christlichsozialen Partei angestrebt, erreicht und geschaffen wurde, wird mit unvergänglichen Lettern in den Annalen österreichischer Geschichte verzeichnet bleiben. Auf kommunalem Gebiete erwähne ich vorerst die Schaffung der Gaswerke, die nunmehr einzig in der ganzen Welt dastehen zum unvergänglichen Ruhme des Bürgermeisters und unserer lieben Vaterstadt. Ihr folgte die Erbauung der großartig angelegten Elektrizitätswerke der Stadt Wien, welche beide Werke über unser Wien ein vorher nie geahntes Meer von Licht ausströmen. Wer hätte nicht mit Freuden die Verstadtlung der Straßenbahnen und die Einführung beispiellos billiger Fahrpreise begrüßt? Das humane, von warmfühlendem Herzen

diktirte Wirken unseres Dr. Lueger zeigt so recht seine väterliche Fürsorge nicht nur für die Bediensteten der Straßenbahnen, sondern für alle Angestellten der Gemeinde. Die Regulierung der Gehalte der städtischen Beamten erfolgte in einer Art und Weise, welche in sozialer Beziehung dem modernen Geiste und seinen Anforderungen vollauf Rechnung trägt. Die Schaffung der zweiten Hochquellenwasserleitung, deren Großartigkeit von der ganzen Welt bewundert wird, bekundet den weitumfassenden Blick des großen Mannes und läßt seine weise Fürsorge auch für das zukünftige Gedeihen unserer schönen Heimatstadt im rechten Lichte erscheinen.

All seiner sonstigen zahllosen Schöpfungen zu gedenken, ist wohl hier nicht der Platz; doch unerwähnt dürfen zum Schlusse die Gartenanlagen nicht bleiben, die wie mit einem Zauberschlag in Wien entstanden sind, ehemalige Wüsteneien in üppiges Grün, sterile Plätze in einen Blumenhain verwandelten und Wien den ehrenvollen Beinamen einer Gartenstadt verschafften.

Aber all die großartigen Werke, von denen jedes einzelne die volle Arbeitskraft eines halben Menschenalters erforderte, konnten nicht in ruhigem Denken und beschaulicher Ruhe vollendet werden. Mörgelsucht, Bosheit und Nachsicht hesteten sich stets an die Fersen des großen Mannes, einen Augenblick zu erhaschen, um ihn zu Fall zu bringen. Unerhörte Angriffe und tausendfältige Sorge haben manche Kummerfalte seiner Stirne eingepägt, manchen Silberfaden vorzeitig durch sein Haar gezogen. Aber nichts vermochte ihn niederzudrücken, das Bewußtsein, für sein Wien unvergänglich Großes zu leisten, hielt ihn stets aufrecht und durch all sein Wirken zieht sich wie ein goldenes Band die unauslöschliche Liebe zu seiner Vaterstadt und das blanke Schild seines integren Charakters wies selbst seine erbittertesten Gegner in die Schranken. So wollen wir heute dieses Fest in ungetrübter Freude begehen und Zeugnis ablegen, daß wir die Verdienste des großen Bürgermeisters vollauf zu würdigen wissen, und daß wir stolz sind, im Zeitalter Dr. Lueger's zu leben, um mitraten und arbeiten zu können an den unvergänglichen Werken, die den Ruhm Wiens weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus der ganzen Welt verkünden.

Und wenn in die reine, edle und berechnigte Freude der Gesamtbevölkerung Wiens ein Tropfen Bitterkeit zu träufeln versucht wird, so wird dies die Festesfreude nicht beeinträchtigen, es wird vielmehr ein Schandmal jener unheimlichen Macht ausdrücken, die seit Jahrtausenden in der Verhöhnung der Völker und Aufwählung der blinden Leidenschaften breiter Volksschichten ihr schändliches Handwerk sucht und findet. Uns soll dies nur anspornen zu umso größerer Verehrung und Liebe zu unserem Bürgermeister. Wir brugen uns vor dem Genie des großen Mannes und rufen aus: Der liebe Herrgott möge ihn noch lange Jahre in vollster Geistes- und Körperfrische erhalten, auf daß er seine Werke vollenden könne zum Wohle und Heile unseres lieben Wien. Dr. Lueger, der große Volksbürgermeister sei zu seinem 60. Geburtstag dankerküllten und freudigen Herzens beglückwünscht!

Die Rede wird wiederholt von lebhaften Beifallskundgebungen begleitet. Zum Schlusse bringen die Anwesenden ein begeistertes dreimaliges „Hoch Dr. Lueger!“ aus.

Mit der Erklärung, daß die Glückwünsche der Bevölkerung Währings deputativ dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis gebracht werden, schließt der Vorsitzende die Festsetzung.

Allgemeine Nachrichten.

Nachweis

der Steneringänge im III. Quartale 1904

bei den städtischen Steueramts-Abteilungen für die Bezirke I bis XX.

Landesfürstliche Steuern	20,297.842 K 95 h
Landesumlagen	5,254.306 " 02 "
Städtische Umlagen	11,787.527 " 45 "
Gewölbwache-Beiträge	31.922 " 96 "
Handelskammer-Beiträge	160.892 " 97 "
Gewerbeschul-Beiträge	82.137 " 01 "
Kontokorrent- und Interims-Verrechnung	3,610.329 " 53 "
Summe der Brutto-Empfänge	41,224.958 K 89 h

Davon nach Gattungen:

Grundsteuer samt Zuschlägen	93.026 K 54 h
Hauszinssteuer samt Zuschlägen	22,514.070 " 76 "
Erwerbsteuer samt Zuschlägen	2.675 " 87 "
Einkommensteuer samt Zuschlägen	3.315 " 96 "
Allgemeine Erwerbsteuer samt Zuschlägen	3,793.499 " 10 "
Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen samt Zuschlägen	6,802.042 " 61 "
Reutensteuer samt Zuschlägen	623.340 " 61 "
Personal-Einkommensteuer	3,236.320 " 83 "
Befoldungssteuer samt Zuschlägen	312.834 " 07 "
Estrafen für das Arar	48.388 " 98 "
Estrafen für die Kommune	2.446 " 10 "
Zinsen für das Arar	72.752 " 32 "
Zinsen für die Kommune	17.717 " 32 "
Erektionengebühren für die Kommune	62.198 " 29 "
Kontokorrent- und Interims-Verrechnung	3,610.329 " 53 "
Summe . 41,224.958 K 89 h	

Sievon ab den Betrag von 4,922.705 K 23 h

(Dieser Betrag besteht aus Übertragungen von Zahlungen eines Steuerjahres auf ein anderes, aus baren, an Steuerträger geleisteten Erfäßen von zu viel bezahlten Steuerbeträgen und aus den Kontokorrent- und Interims-Ausgaben.)

Somit verbleibt ein reiner Empfang an direkten Staatssteuern samt Umlagen und Nebengebühren per 36,302.253 " 66 "

Diese Summe der reinen Empfänge im III. Quartale 1904 per 36,302.253 K 66 h

ergibt gegenüber der der reinen Empfänge in der gleichen Periode des Vorjahres per 35,402.477 " 04 "

eine Zunahme von 899.776 K 62 h

während die Summe der reinen Empfänge im I. bis III. Quartale 1904 per 112,837.945 K 84 h

gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres per 113,040.650 " 56 "

eine Abnahme von 202.704 K 72 h aufweist.

XXXVI. Staatslotterie.

Mit Allerhöchster Entschlieung vom 14. August 1904 hat Se. k. und k. Apostolische Majestät genehmigt, daß aus dem Erträgnisse der am 15. Dezember 1904 stattfindenden XXXVI. Staatslotterie für Zivilwohltätigkeitszwecke der diesseitigen Reichshälfte nachbenannte Anstalten und Vereine betheilt werden, und zwar:

Die Klar'sche Blindenversorgungs- und Beschäftigungsanstalt in Prag, das Wohltätigkeits-Komitee in Franzensfeste, das Witwen- und Waisenunterstützungsinstitut des österreichischen Ärzteverbandes in Wien, die Vertretung des Sanitätsdistriktes Rudolfswerth (Krain) anlässlich der Erbauung eines öffentlichen Frauenspitales in Rudolfswerth, der Verein St. Josefsheim für verwahrloste und verlassene Kinder in Kgl. Weinberge bei Prag, das Bau-Komitee zur Errichtung eines Kinderkrankenhauses im Anschlusse an das schlesische Krankenhaus in Teschen, die Landes-Irrenanstalt in Czernowitz, der charitative Verein „Kinderschutzstationen“ in Wien, der Landes-Blindenfond im Herzogtum Salzburg, das Jugendheim in Treffen (Kärnten) des Bonifaziusvereines für die Gurker Diözese, der vom Gemeinderate der Landeshauptstadt gegründete Fond zur Erbauung eines Kommunalwaisenhauses in Klagenfurt, das galizische Blindeninstitut in Lemberg, das Seehospiz für kranke Kinder in San Pelagio, die Knabenbesserungsanstalt zu Drebohostic (Mähren) des Vereines Jubilejni jednota lidumilů na Moravě, der Frauenerwerbsverein Praca kobiet in Lemberg, die Kongregation der Trösterinnen der armen Seelen in Wien, das Komitee des Ersten österreichischen Seehospizes „Erzherzogin Isabella“ in Grado, der Wohltätigkeitsverein „Mater admirabilis“ in Wien, der Katholische Gefellen-Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Brünn, das Komitee des Armenasyls und Arbeitshauses „Dom pracy“ in Krakau, der St. Vinzenz a Paulo-Wohltätigkeitsverein bei der polnischen Kirche in Wien, das ruthenische Mädcheninstitut in Przemyśl, das St. Josef-Kinderasyl in Breitensee (Wien), der Verein „Distriktskrankenpflege“ in Wien, das Komitee der Zentral-Bibliothek für die Blinden in Österreich mit dem Sitze in Wien, endlich das Wohltätigkeitshaus in Baden.

(Mag.-Praes. 13117/04; Mag.-Direktion 2991/04.)

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

(Sizung vom 5. Oktober 1904.)

Die Wahl eines Mitgliedes in den Zentral-Ausschuß der „Urania“ wird vorgenommen.

Ein pensionierter Volksschul-Direktor wird für die Verleihung einer Allerhöchsten Auszeichnung in Vorschlag gebracht.

Bezüglich der Art der Ausschreibung mehrerer an Mädchenschulen erledigten Lehrstellen werden Anträge an den k. k. n.-ö. Landesschulrat erstattet.

Einem Bürgereschullehrer wird für eine namhafte Schulspende der Dank des Bezirksschulrates ausgesprochen.

Betreffs Umbeziehungsweise Neusystemisierung des Lehrstatus mehrerer Schulen wird die Genehmigung des k. k. n.-ö. Landesschulrates eingeholt.

Hierauf wird der Voranschlag des Wiener Bezirksschulfondes für das Jahr 1905 durchberaten und der Gemeinde Wien übermittelte.

Den Magistrats-Sekretären Hugo Arzt und Dr. Alois Heilinger, sowie dem Magistrats-Kommissär Friedrich Paul wird für ihre mühevollen und anstrengenden Tätigkeit, welche ihnen durch die Zuteilung der Lehrpersonen an die Schulen erwuchs, die Anerkennung des Bezirksschulrates ausgesprochen.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 16. bis 22. Oktober 1904.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 320.194 kg	Und zwar aus:	
	Wien	247.438 kg
	dem sonst. Niederösterreich	21.039 "
	Oberösterreich	664 "
	Steiermark	260 "
	Mähren	7.569 "
	Galizien	33.806 "
	Ungarn	1.582 "
	Bukowina	116 "
	Kroatien	116 "
	Serbien	7.604 "
Kalbfleisch . . . 11.493 "	Und zwar aus:	
	Wien	3.681 kg
	Mähren	301 "
	Galizien	7.431 "
	Ungarn	80 "
Schafffleisch . . . 28.493 "	Und zwar aus:	
	Wien	216 kg
	dem sonst. Niederösterreich	223 "
	Mähren	71 "
	Galizien	23.913 "
	Ungarn	639 "
	Bukowina	3.431 "
Schweinefleisch 175.127 "	Und zwar aus:	
	Wien	85.514 kg
	dem sonst. Niederösterreich	2.116 "
	Böhmen	284 "
	Mähren	9.423 "
	Galizien	52.846 "
	Ungarn	24.052 "
	Kroatien	892 "
Kälber 1.994 Stück	Und zwar aus:	
	Wien	508 St.
	dem sonst. Niederösterreich	29 "
	Oberösterreich	1 "
	Mähren	187 "
	Galizien	1.286 "
	Ungarn	33 "
Schafe 368 "	Und zwar aus:	
	Wien	301 St.
	dem sonst. Niederösterreich	21 "
	Mähren	12 "
	Galizien	34 "
Schweine 620 "	Und zwar aus:	
	Wien	276 St.
	dem sonst. Niederösterreich	9 "

Mähren	18 St.
Galizien	269 "
Ungarn	48 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K — 50 bis	1·52 per Kg.
	Rostbraten u. Rieden " "	1·20 " "	1·92 " "
Kalbfleisch	" "	— 80 " "	1·50 " "
Schafffleisch	" "	— 48 " "	1·08 " "
Schweinefleisch	" "	— 92 " "	1·60 " "
Kälber	" "	— 86 " "	1·24 " "
Schafe	" "	— 64 " "	— 96 " "
Schweine	" "	— 90 " "	1·24 " "

Die Zufuhr an Fleischwaren war sehr stark, der Marktverkehr flau. Rindfleisch, Schweine und Schweinefleisch verloren 4 bis 8 h per Kilogramm; die übrigen Fleischwaren tendierten wie in der Vorwoche.

* * *

Pferdemarkt vom 21. Oktober 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 640 Pferde (328 Schlachtpferde, 312 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde 120—1000 K per Stück
" Schlachtpferde 25—150 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. Oktober 1904.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 75—82 kg)	von 10 K 30 h bis 11 K 30 h
Roggen (" " 1 " 71—76 ")	" 7 " 85 " " 8 " 15 "
Berste (nur Futter-, Brenner und Röllgerste)	" 7 " 10 " " 9 " 50 "
Mais	" 7 " 75 " " 8 " 75 "
Hafer	" 7 " 20 " " 8 " 10 "

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlprodukte.

Grieß	von 16 K 20 h bis 17 K — h
Weizenmehl, Wiener Type	" 10 " — " " 17 " — "
Futtermehl	" 7 " — " " 7 " 50 "
Roggenmehl	" 8 " 50 " " 13 " 60 "
Weizenkleie	" 5 " 65 " " 6 " — "
Roggenkleie	" 5 " 60 " " 5 " 80 "

(per 50 Kilogramm).

* * *

Heu- und Strohmarkt in Wien.

Vom 16. bis 22. Oktober 1904.

Niederösterr. Bergheu	von K 3— bis 10·20 per 100 kg
" Wiesenheu	" " 5·60 " 9— " " "
Slovakisches Heu	" " 6·20 " 7·80 " " "
Ungarisches Heu	" " 6— " 7— " " "
Klee	" " 7— " 10·60 " " "
Schaubstroh	" " 4·20 " 5·60 " " "
"	" " 16— " 22— per Schober.
Gerstenstroh	" " — " 3— per 100 kg
Haferstroh	" " — " 3·40 " " "

Detailpreise für Lebensmittel.

Ausweis über die Preise nachbenannter Artikel in der Woche vom 16. bis 22. Oktober 1904.

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Weizengrieß	1 kg	36	48		
Auszugmehl	"	34	48		
Mundmehl	"	32	38		
Semmelmehl	"	28	34		
Pohlmehl	"	22	28		
Kaisersemmel à 4 h 1 St.	3-8 bis 6-9 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel " 4 " "	5 bis 9-8 dkg	—	—	—	—
Mundsemmel " 2 " "	2-3 bis 6 dkg	—	—	—	—
Weißes Brot	1 kg	—	—	—	—
Weißgemischtes Brot	"	21.2	36.7		
Schwarzgemischtes Brot	"	18.3	35.8		
Schwarzes Brot	"	19.0	29.7		
Erbisen, ganz	1 kg	32	50		
" gespalten	"	36	64		
Linjen	"	40	80		
Bohnen	"	32	48		
Sirje	"	30	42		
Kollgerste	"	40	88		
Reis	"	32	80		
Kaffee, roh	"	2 20	5 20		
" gebrannt	"	2 60	6		
Kakao	"	5 20	10 40		
Schokolade	"	2 80	10		
Tee	"	5	20		
Zucker	"	76	88		
Honig	"	1 60	3		
Bohnen, grün	1 kg	80	1 60		
Erbisen, grün, in Schoten	"	1	1 40		
Paradiesäpfel	"	20	40		
Kohl, grün	30 " St.	60	3		
" " " "	1 "	4	12		
Kohlrüben	30 "	40	1 60		
" " " "	1 "	2	12		
Kraut, weißes	30 "	1 20	6 60		
" " " "	1 "	10	20		
Salat, in " Häupteln	30 "	1	2		
" " " "	1 "	4	20		
Spinat " "	1 kg	1	1 20		
Rüben, weiß	1 St.	6	20		
" gelb	"	2	6		
" rot	"	3	20		
Sauerkraut	1 kg	24	32		
Sauere Rüben	"	20	24		
Knoblauch	"	36	68		
Zwiebel	"	12	24		
Erdäpfel, vorjährige	100 kg				
" " " "	1 "				
" heurige	100 "	9 40	12		
" " " "	1 "	12	16		
" Rißfel, vorjährige	100 "				
" " " "	1 "				
" " " " " "	100 "	14	20		
" " " " " "	1 "	16	24		
Rindsfäz	1 kg	70	1 30		
Rindschmalz	"	2 20	2 80		
Schweinfäz	"	1 44	1 72		
Schweinschmalz	"	1 44	1 76		
Schweinspeck	"	1 28	1 72		

Artikel	Menge	Preise			
		von		bis	
		K	h	K	h
Unschlitt, geschmolzen	1 kg	90	1 20		
Milch, Voll- und Mager-	1 l	14	32		
Rahm	"	60	1 60		
Topfen	1 kg	28	68		
Butter	"	1 80	5		
Margarine	"	1 20	2		
Eier, frische um 2 K	25-33 St.	—	—	—	—
" eingelegte um 2 K	32-40 "	—	—	—	—
Barben	1 kg		1 20		
Brachsen	"	80	1 60		
Forellen (Regenbogen)	"	9	10		
Hechte, lebend	"	2 40	3		
" tot	"	1 50	2 80		
Karpfen, lebend	"	1 60	2 20		
" tot	"				
Lachse	"				
Schaiden	"	2	4		
Schille	"	1 40	3 20		
Sterlete	"	3 20	3 60		
Stockfische	"				
Schellfische	"	60	1 40		
Weißfische	"	40	1 20		
Krebse	1 " St.				
Huhn, junges, gepuht	1 St.	1	1 40		
Wasthuhn, gepuht	"	1 40	2 40		
Poulard	"	2	3		
" steir.	"	3	5		
Kapaun	"	4	6		
" steir.	"				
Ente	"	2 60	5 60		
Gans	"	4	8		
Indian	"	5	7		
Taube	"	50	1		
Fasan	1 St.	2 80	5		
Rebhuhn	"	80	2		
Wildente	"	2	3		
Wildgans	"	2 60	4		
Gase	"	1 60	4		
Hirschfleisch	1 kg	50	1 60		
Rehfleisch	"	1	1 40		
Schwarzwild	"	1 40	2 80		

Fleischpreise in Wien per Kilogramm in Hüllern	Detailpreise (mit Zuwage)						
	Bei den Ständen mit Preisbeschränkung beim Ochsenfleisch		In den Markthallen		In den Bänken der Fleischhauer und Fleischverfleißer		
	von	bis	von	bis	von	bis	
Fleischgattungen							
Rindfleisch	vorderes	100	140	100	150	100	160
	hinteres	120	170	140	190	120	190
Kalbfleisch		100	180	120	200	100	220
Schafffleisch		80	160	80	200	80	200
Schweinfleisch		120	180	120	200	120	200
Pferdefleisch	vorderes					48	72
	hinteres					56	80

Für Männerarbeit:

Galvaniseur, ledig (auswärts), Grobuhmacher für Pendeluhren, mehrere Tischler für weiche Arbeiten, mehrere Binder, (auswärts), mehrere Sessel- Stuhl- und Divantischler, 2 Posamentierer, Klappenmacher, 2 Kürschner, Hafner (Ofenseker als Werkmeister auswärts), 8 Hafner (tüchtige Ofenseker auswärts), 4 Ziegel- und Schieferdecker, 14 Zimmergehilfen, Steingraveur, 2 Glaschleifer (Wien und auswärts), 40 Glaser (Wien und auswärts), 20 Spengler (Wien und auswärts).

Für Frauenarbeit:

Kartonagearbeiterinnen, Falzerinnen, Goldprägerinnen, Maschinstrickerinnen, Silberpoliererinnen.

Baubewegung

vom 20. bis 24. Oktober 1904.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

- XI. Bezirk: Hans, Simmering, Rinnböckstraße, Einl.-Z. 1786, P. 1091/2, von Anna Kahl, XI, Schneidegasse 3, Bauführer Franz Schönfeld, Baumeister (20544).
- XIII. Bezirk: Zweistödiges Wohnhaus, Pötzling, Einl.-Z. 100, von Aloisia Wenz, Bauführer Wenz & Leyter (38341).
- " " Zweistödiges Wohnhaus, Penzing, Einl.-Z. 1194, von Moritz Groß, Bauführer Wilhelm Klingenberg (38581).
- " " Zweistödiges Wohnhaus, Penzing, Einl.-Z. 1197, von Moritz Groß, Bauführer Wilhelm Klingenberg (38582).
- " " Dreistödiges Wohnhaus, Unter-St. Veit, Einl.-Z. 279, von Albert Frankl, Bauführer Ludwig Schione (38932).
- " " Dreistödiges Wohnhaus, Unter-St. Veit, Einl.-Z. 274, von Albert Frankl, Bauführer Ludwig Schione (38933).
- XVI. Bezirk: Battgasse 55, von Franz und Marie Haslinger (66022).
- " " Eisnergasse 5, Einl.-Z. 795, von Josef Marz und Mit-eigentümer, Bauführer Josef Schlotter (66021).
- " " Artlgasse 40, von Karoline Matschinger, Bauführer Alois Matschinger (66301).
- XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Sieveringerstraße, Einl.-Z. 142, Kat-Parz. 293,2, von Emanuel Peczonik (23301).

Zubauten.

- XI. Bezirk: Fabrik, Stallung, Simmering, Grillgasse 51, von der Ersten österreichischen Eisensieder-Gewerkschaft „Apollo“, Bauführer Joh. Schneider's Witwe, Baumeister (20686).
- XIII. Bezirk: Saalbau, Hütteldorf, Linzerstraße 403, von Amalia Swoboda, Bauführer Simon Tröster (38411).
- " " Saalbau, Penzing, Einl.-Z. 1194, von Amalia Swoboda, Bauführer Simon Tröster (38411).
- " " Zubau, Holzlagen, Ober-St. Veit, Amalienstraße 23, von Karl Garay, Bauführer Josef Walek (38583).
- " " Schupfe und Glashaus, Breitensee, Rußallee, von Johann Pitscha, Bauführer Hausenbichl & Wolf (38585).

Adaptierungen.

- I. Bezirk: Landhausgasse 4, von der Österr.-ungar. Bank, Bauführer E. Misferowsky (7206).
- IV. Bezirk: Hechtengasse 1, von Anton Friedrich, Bauführer Josef Müller (7228).
- V. Bezirk: Fodhgasse 30, von E. Pollak, Bauführer Joh. Kloiber (7236).
- " " Johannagasse 35, von Anton Kozar, Bauführer Hans Schäßl (7263).
- VI. Bezirk: Stumpfergasse 23, von Rudolf Kmunke, Baumeister (7227).
- " " Gumpendorferstraße 10/12, von Gebrüder Fried, Bauführer Al. Schuhmacher (7243).

- VII. Bezirk: Hermannsgasse 21, von Johann Schagl, Bauführer J. Binder (7237).
- VIII. Bezirk: Preilgasse 1A, von Ludwig Nahler, Bauführer Johann Dava (7239).
- XII. Bezirk: Pferdehalla, Arndtstraße 78, von Dr. Isidor Rabinger, Bauführer Johann Binder (38159).
- XIII. Bezirk: Fading, Deutschordensstraße 3, von Moritz Seidel Söhne, Bauführer Markl & Müller (38429).
- XVI. Bezirk: Akelegasse 8, von Marie Pinf, Bauführer Thomas Mann (66024).

Diverse (geringere) Bauten.

- V. Bezirk: Rohrlanal, Wienstraße 71, von Dr. M. Brück, III, Rennweg 33a, Bauführer Laake & Fiala (7235).
- VII. Bezirk: Waschlische, Bernadgasse 25, von Anton Strauß, Bauführer W. Sachs (7212).
- XII. Bezirk: Gartenwerkzeughütte, Hefendorferstraße 12, von Ludwig Steindl, Bauführer Georg Seher (37931).
- XIII. Bezirk: Einfriedungsmauer, Unter-St. Veit, Einl.-Z. 14, von Otto Schüch, Bauführer Franz Abel (38288).
- " " Doppelgruft, Pötzlinger Friedhof, von Rudolf Schönach, Bauführer Schnatter & Mülhofer (38971).
- XVI. Bezirk: Eneukstraße 22, von Karl Krepp (65762).
- XIX. Bezirk: Steingroßrohrleitung, Sieveringerstraße 102, von Anton Kolita (23361).
- XX. Bezirk: Rohrlanal, Klosterneuburgerstraße 19, von Josef Pokorny, Bauführer F. Steiner (7210).
- " " Atelier, Wallensteinstraße 26, von Rosa Türkl, Bauführer R. Reinhart (7238).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Aussteckung der Baulinien wurden überreicht:

- III. Bezirk: Hohlweggasse, Gerlgasse, Einl.-Z. 3205, von Franz Beinl durch Wieshammer & Komp (7279).
- IV. Bezirk: Schönburgstraße 4, von Gustav Wild durch Ferdinand Seif (7201).
- VIII. Bezirk: Perchenfelderstraße 49, von Kasman Tassler (7250).
- X. Bezirk: Herzgasse, Hardtmuthgasse, Grundb.-Einl.-Z. 457 Inzersdorf-Stadt, von Marie Heinz (68183).
- XII. Bezirk: Einl.-Z. 1699 Unter-Meidling, von Josef und Anna Zelebor (37850).
- XIII. Bezirk: Unter-St. Veit, Einl.-Z. 14, von Otto Schüch (38289).
- " " Penzing, Einl.-Z. 1107, von Eduard und Katharina Fiedl (38437).
- " " Breitensee, Einl.-Z. 138, von Johann und Karl Neunteufel (39059).
- XV. Bezirk: Rosinagasse 8, Lichtgasse 12, Einl.-Z. 182, Konfr.-Nr. 182, von Josef Weisner, Lichtgasse 12 (25041).
- XIX. Bezirk: Scheiberggasse 15, von Dr. Emil Fischer (23293).
- " " Schreibengasse 17/19, von Edgar und M. Lewis (23298).
- " " Einl.-Z. 18, Parz. 375, 376, Unter-Döbling, Paradiesgasse, von Ernst Fellner (23365).
- " " Einl.-Z. 254, P. 374 und 373/2, Unter-Döbling, Paradiesgasse, von Ernst Fellner (23366).
- " " Einl.-Z. 61, Parz. 370/3, 370/2, Unter-Döbling, Paradiesgasse, von Karl Kojat (23367).
- " " Einl.-Z. 256, Parz. 371, Unter-Döbling, Paradiesgasse, von Karl Heinz (23368).

Demolierungsanzeigen.

- II. Bezirk: Kronprinz Rudolfstraße 4, von der Österr.-ungar. Baugesellschaft (7205).
- IV. Bezirk: Starbemberggasse 29, von Laake & Fiala, Baumeister (7207).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

- Mag.-Abt. XV, Z. 7277.
17. Oktober 1904.
- Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer Mädchen-Volksschule und eines Volksbades im II. Bezirke, Vereinsgasse.
- Erdb- und Baumeisterarbeiten.
- Sturany Moritz & Josef — Nachlaß 3.2%.
 - Pöwitsch Georg — Nachlaß 9%.
 - Union-Baugesellschaft — Nachlaß 6.4%.
 - Pöwitsch Josef — Nachlaß 9.3%.

Kamenický Emanuel	— Nachlaß 23%.
Sauer Felix	— Nachlaß 77%.
Langer Adolf	— Nachlaß 116%.

Hydraulische Bindemittel.

Kaltenleitgebener Kalk- und Zementfabrik	— Nachlaß 25% für Romanzement in Fässern. Nachlaß 4% für Portlandzement in Fässern. Ermäßigung 10 h für Romanzement in Säden. Ermäßigung 30 h für Portlandzement in Säden.
Portland- und Romanzementwerke in Rodaun	— Nachlaß 20% für Romanzement. Nachlaß 4% für Portlandzement.

Perkmoos, Aktiengesellschaft	— Nachlaß 16% für Romanzement in Fässern. Kostenanschlagspreise für Portlandzement in Fässern.
------------------------------	---

Betongewölbe.

Nella N. & Nefse	— Nachlaß 20%.
Mögge Fritz	— Nachlaß 18%.
Pittel Adolf, Baron	— Nachlaß 202%.
Gesellschaft für Betonbau Diß & Komp.	— Nachlaß 28%.

Traversenlieferung.

Ehinger & Fernau	— 70.000 kg gew. Träger 22 K 80 h per 100 kg. 25.000 kg gew. Traversen 23 K 80 h per 100 kg.
Zuhos Julius & Komp.	— Gew. Träger 80–320 mm hoch 22 K 80 h per 100 kg. 25.000 kg 23 K 80 h per 100 kg.
Waagner N. P., Aktiengesellschaft	— Gew. Träger 22 K 80 h per 100 kg. Aufzahlung von 1 K per 100 kg bei Profil 35 und 40.

Stukaturerarbeiten.

Wapenik Franz	— Nachlaß 12%.
Wülfinger Felix	— Nachlaß 10%.

Steinmearbeiten.

Union-Baugesellschaft	— Nachlaß 11% für Posten 9 a bis 9 i. Nachlaß 35% bei allen anderen Posten.
Schäftner Leopold	— Nachlaß 54% bei vorgeschriebenem Materiale. Nachlaß 8% bei Post 4 b bis 8 a in Granit- ausführung.
Hausner Eduard	— Nachlaß 5%.

Kylolithfußböden und Hohlkehlen.

Mögge Fritz	— Einheitspreise.
Brunner Dachpappen-Fabrik, Brunn a. G.	— Nachlaß 30%.
Grafes Otto Nachf.	— Nachlaß 30%.
Kriwanek Heinrich	— Nachlaß 30%.
Bernhuber & Schenk	— Nachlaß 75% bei Post 1. Nachlaß 20% bei Post 2.

Zimmermannsarbeiten.

Zanisch Wenzel	— Nachlaß 18%.
Tröster Johann	— Nachlaß 12%.
Stangl Stephan	— Nachlaß 227%.
Pilecky Andreas	— Nachlaß 18% Tarifpreise bei unvorhergesehenen Arbeiten.
Malik Emmerich	— Nachlaß 213%.
Renner Josef	— Nachlaß 23%.

Spenglerarbeiten.

Polansky Josef	— Nachlaß 16%.
Fornbran Wilhelm	— Nachlaß 15%.
Weinlopf F. R.	— Nachlaß 10%.
Schneider Franz	— Nachlaß 12%.
Schuhmann Karl	— Nachlaß 115%.

Bautischlerarbeiten.

Oltmanns Andreas	— Nachlaß 15%.
Niebl Franz	— Nachlaß 5% bei Post 1 bis 4. Nachlaß 10% bei Post 5. Nachlaß 165% bei den übrigen Posten.
Stepanek Karl	— Nachlaß 8% bei Post 3, 4 und 55. Nachlaß 18% bei allen übrigen Posten.
Niesicz Gustav	— Nachlaß 12%.

Bauschlosserarbeiten.

Zanisch Johann	— Nachlaß 20%.
Kozal Heinrich	— Nachlaß 18%.
Pöwitsch Franz	— Nachlaß 25%.
Barnert Albert	— Nachlaß 125%.

Anstreicherarbeiten.

Schöpflin Johann August	— Nachlaß 34%.
Bauer Pius	— Nachlaß 26%.
Geißler Franz	— Nachlaß 31%.
Storch Johann	— Nachlaß 325%.
Zajack Ernst	— Nachlaß 30%.
Krafel Josef	— Nachlaß 33%.
Nadba Josef	— Nachlaß 25%.
Bauer Franz	— Nachlaß 28%.
Strengsmann Georg	— Nachlaß 25%.
Seiler Ludwig	— Nachlaß 30%.

Glaserarbeiten.

Anderer Georg	— Nachlaß 17%.
Soutup Josef	— Nachlaß 23%.

Asphaltierarbeiten und Holzzementeinbedung.

Österreichische Asphalt-Aktiengesellschaft	— Nachlaß 33%.
Brunner Dachpappenfabrik Julius Gimminger	— 4169 K 80 h.
Asphalt-Unternehmung Karl Günther	— Nachlaß 28%.
Grafes Otto Nachfolger	— Nachlaß 25%.

Terrazzo-pflasterung.

Nella N. & Nefse	— Nachlaß 10%.
Kriwanek Heinrich	— Nachlaß 9%.
Nella N. & Komp.	— Nachlaß 92%.
Hammer Albert	— Nachlaß 7%.

Tonwarenlieferung.

Gebrüder Andreae	— Nachlaß 301%.
Wienerberger Ziegelfabrik- und Baugesellschaft	— Nachlaß 185%.
Unter-Themenauer Tonwarenfabrik	— Nachlaß 182%.
Lederer & Messenyi	— Nachlaß 225%.
Erste Schattauer Tonwaren-A. G.	— Nachlaß 17%.

Niederdruck-Dampfheizung für die Schule.

Kurz, Ritschel & Henneberg	— 13.905 K 13 h.
Haag Johannes	— 15.225 K 55 h. 17.185 K 85 h bei freistehenden schmiedeeisernen Patrialeffeln.
Kastl & Wenzle	— 11.584 K 16 h.
Maschinenbau-Aktiengesellschaft Rörting	— 13.753 K 10. Aufzahlung von 2020 K bei Patrialeffeln.
Zentral-Heizungswerte A. G.	— 15.399 K 51 h. 14.919 K 51 h bei freistehenden Gegenstrom- glieberleffeln.

Niederdruck-Dampfheizung für das Bad.

Zentral-Heizungswerte A.-G.	— 23.482 K 20 h.
Haag Johannes	— 21.040 K 43 h. Ohne Dampfdom um 110 K weniger per Stück.
Kurz, Ritschel & Henneberg	— 24.480 K 94 h.
Kastl & Wenzle	— 20.581 K 48 h.
Maschinenbau-Aktiengesellschaft Rörting	— 22.045 K 95 h.

Wasserleitungs- und Klopsetteinrichtung.

Med J.	— Nachlaß 235%. Kostenanschlagspreise bei Post 17, 18, 19 und 150.
Hörichy Josef	— Nachlaß 235%.
Pradezny Friedrich	— Nachlaß 253%.
Malschek & Komp.	— Nachlaß 28%.

Schöpfwerksanlage und Hausbrunnen.

Nabl Anton	— Nachlaß 10%.
------------	----------------

Möbeltischlerarbeiten.

Stepanek Karl	— Nachlaß 16%.
Scheiber Robert	— Nachlaß 18% für die Schule. Nachlaß 5% für das Bad.
Niesicz Gustav	— Nachlaß 15%.
Kehlit Adalbert	— Nachlaß 15%.
Oltmanns Andreas	— Nachlaß 15%.

Schulbantzlieferung.

Stepanek Karl — Nachlaß 14%.
 Ottmanns Andreas — Nachlaß 10.5%.
 Scheiber Robert — Nachlaß 15%.

Badewäsche.

Felzdorfer Weberei und Appretur

— Wassertuch, weiß, 56.5 h per Meter.
 Grabl, 75 cm breit, 56.25 h per Meter.
 Grabl, 116 cm breit, 84.5 h per Meter.

Erste Wiener Produktiv-Genossenschaft für Frauenhandarbeit

— Abtrockentücher 3 h per Stück.
 Männer-, Frauen- und Mädchenschürzen 10 beziehungsweise 13 h per Stück.
 Frauen- und Mädchenmäntel 9 beziehungsweise 5 h per Stück.

Gratzer C & Komp.

— Wassertuch, weiß 55 h per Meter.
 Gradel, 76 cm breit, 55 h per Meter.
 Gradel, 116 bis 117 cm breit, 82 h per Meter.

Elektrische Beleuchtungseinrichtung.

Dutka J. — 2360 K 60 h für die Schule.

1920 K 30 h für das Bad.

Boskelmann Nikola

— 2391 K 37 h für die Schule.

Orien Heinrich

— 1972 K 76 h für die Schule.

1639 K 87 h für das Bad.

Sturm & Komp.

— 2040 K 80 h für die Schule.

1862 K 55 h für das Bad.

Österreichische Siemens-Schuckertwerke

— 2203 K 80 h für die Schule.

1799 K 38 h für das Bad.

Salzer & Thie

— 2297 K 9 h für die Schule.

1767 K 90 h für das Bad.

* * *

Mag.-Abt. VI, 3. 2021.

20. Oktober 1904.

Lieferung des Gebirgsschlägel- und Nieselschotter für den XIII. Bezirk, des Schlackenschotter und Schlackenriesels für den XI. Bezirk und Zentral-Friedhof, ferner Sandlieferung für den IV., V., VI., VIII., X. und XI. Bezirk und Zentral-Friedhof für 1905.

Basaltwerke Nadebenke, Robert Winkl in Gasostitz

Für den XIII. Bezirk:

Basaltschlägelschotter 22 K 50 h per Kubikmeter.

Basaltrieselschotter 21 K per Kubikmeter.

Fellner Leopold und Josef in Kalltsburg

Für den XIII. Bezirk.

Nieselschotter 7 K 40 h per Kubikmeter.

Fellner Leopold und Josef in Kalltsburg

Gebirgsschlägel- und Nieselschotter (Gießhübler) 9 K 20 h.

Meyssgeyer & Komp. in Aggersdorf

Sämtlicher Bedarf XIII. Bezirk: 8 K 80 h per Kubikmeter, und zwar 3000 m³ Schlägel, 1000 m³ Niesel, 8 K für Gebirgsand.

9 K für IV., V., VI., VII., VIII., X. Bezirk.

10 K 20 h Zentral-Friedhof.

Thurn und Taxis'sche Granitwerke in Dornach

18 K per Kubikmeter, 5500 m³ großer Gebirgsschotter grob, 8000 m³ fein für den XIII. Bezirk.

Lechner Karl

— 6 K 50 h per Kubikmeter für Schlackenschlägelschotter, XI. Bezirk.

6 K 50 h per Kubikmeter für Schlackenrieselschotter, XI. Bezirk.

5 K für Simmering.

3 K 80 h für Kaiser-Ebersdorf.

Metalliksand.

5 K 20 h für Simmering.

4 K für Kaiser-Ebersdorf.

6 K 50 h für den Zentral-Friedhof für Schlackenschlägelschotter.

6 K für den Zentral-Friedhof für Schlackenrieselschotter.

Mayr Joh.

— Donauparksand 6 K 60 h, IV. Bezirk.

7 K 20 h, V. Bezirk.

6 K 60 h, VI. Bezirk.

6 K 20 h, VII. Bezirk.

6 K 10 h, VIII. Bezirk.

Wanko Alois

— Kunstquarzsand 7 K 30 h für IV., V., VI., VII., VIII., X., XI. Bezirk.

Deim Katharina

— Zentral-Friedhof 5 K Rannersdorfer Sand.

Bara Adolf

— Gebirgsand für Zentral-Friedhof.

9 K 80 h per 50 m³.

* * *

Mag.-Abt. III, 3. 5338.

24. Oktober 1904.

Erdlieferung für die Baumpflanzung in der Gaimburgerstraße, III. Bezirk.

Wanko Alois — 2 K 80 h per Kubikmeter Ackererde.

1 K 40 h per Kubikmeter Anshubmateriale.

Wanko Michael

— 1 K 90 h per Kubikmeter Ackererde.

2 K 15 h per Kubikmeter Anshubmateriale.

Schönberger Marie

— 2 K 25 h per Kubikmeter Ackererde.

1 K 80 h per Kubikmeter Anshubmateriale.

Jungreithmeyer Peter

— 2 K 66 h per Kubikmeter Ackererde und 17% Nachlaß.

1 K 86 h per Kubikmeter Anshubmateriale.

Karg Robert

— 5 K 80 h per 1.5 Kubikmeter Ackererde.

2 K 80 h per 1.5 Kubikmeter Anshubmateriale.

* * *

III. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Vergabung der Baumeisterarbeiten und der Lieferung der hydraulischen Bindemittel sowie der Traversen für den Schul- und Babbau II., Vereinsgasse.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Pöwitsch Georg

— Nachlaß 9%.

Lieferung der hydraulischen Bindemittel.

Kaltenleutgebener Kalk- und Zementfabrik

— Romanzement Nachlaß 25%.

Portlandzement Nachlaß 4%.

Traversenlieferung.

Zuhos Julius & Komp. — 22 K 80 beziehungsweise 23 K 80 h per 100 kg gewalzte Traversen nebst Aufzählung von 20 h für jedes Loch über 4 Löcher und Ermäßigung von 20 h per 100 kg für Traversen ohne Lochung.

* * *

Neubau eines Hauptkanals für die Abwasserleitung in der Abergasse zwischen Wallishausnergasse und Dr.-Nr. 66 Abergasse, XVII. Bezirk.

Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 12.437 K 88 h.

Arnoldi Leo

— Nachlaß 5% gegen Verwendung von Romanzement der Marke Waldmühle in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 74 kg per Hektoliter und von Schlackenzement der Marke Witkowitz in Fässern mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster. 15. Oktober 1904.

(Fortsetzung.)

Birnbaum Mendel — Gemischtwaren-Verschleiß, Filiale — III, Rennweg 75.

Böhm Josefina — Verschleiß von Papier, Zeichen- und Schreibrequisiten — VII., Burggasse 71.

Borowka Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Starhembergasse 4.

Both Karl — Pferdefleisch-Verschleiß — V., Flurschützstraße 17.

Brosch Josef — Wohnungs-Vermietung — I., Weiburggasse 15.

Brill Rista — Pseidlerei — I., Freisingergasse 1.

Brunner Karl — Tischlergewerbe — III., Matthäusgasse 11.

Cejda Josef — Tischlergewerbe — V., Flurschützstraße 17/19.

Delbeck Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Seigerergasse 6 (Bazar).

Drach Viktoria — Kleinhandlung mit Brennholz, Kohlen und Koks — III., Salesianergasse 1.

Ebner Florian — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Belvederegasse 28.

Firma Alexander Ehrenstein, Inhaber Alexander Ehrenstein — Erzeuger von Metallpapier auf galvanischem Wege — III., Raunmoosgasse 29.

Erhart Alois Johann — Schuhmacher — I., Schulerstraße 7.

Fischer Josef — Fleisch-Verschleiß — XX., Salzachstraße 23.

Fitz Erwin — Bürsten- und Toiletteartikel-Verschleiß — III., Seidlsgasse 9.

Friedländer Arnold — Kleider-Unternehmung — IV., Wohllebengasse 10.

Geiger Auguste — Weißbäckereigewerbe — VII., Raubgasse 38.

Glassauer Franziska — Kaffeehandlung, u. zw. Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, sowie von Rum und Kognak zum Kaffee und Tee — III., Erbbergstraße 2.

Grünauer Marie — Marktviatualienhandlung — I., Am Hof (Tagmarkt).
 Gleis Kurt — Zahntechniker — I., Wipplingerstraße 2.
 Hahnl Cornelius — Musikergewerbe — III., Würthlerstraße 12.
 Handel Abraham — Gemischtwaren-Handlung, Filiale — I., Naglergasse 29.
 Haumer Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Apostelgasse 17.
 Hauser Albert — Schuhmacher — II., Schüttelstraße 15.
 Herrichmann Magdalena — Zeitungs-Verschleiß — III., Hauptstraße 151.
 Hoffmann Klara — Modistengewerbe — IV., Schöffergasse 22.
 Hohnig Franz Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Strohgasse 7.
 Holzmann Jakob — Gemischtwaren-Handlung — I., Hoher Markt 6.
 Firma: Robert Jakubowsky & Co., öffentl. Gesellschafter: Robert Jakubowsky und Theodora Hohnig — Frachtransport mit dem Kleinfuhrwerk Nr. 2183 — II., Castellzergasse 16.
 Jenisch Alois — Verkauf von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluß des Ausschanks — III., Hainburgerstraße 50.
 Jozef Jsaak, genannt Ignaz — Erzeuger von Schuhwichse, Leder-Creme, Leder-Appretur, Waschblauessenz, Fußbodenpaste und Lederlasuren — II., Untere Donaustraße 35.
 Jonke Matthias — Kastanienbrater — I., Bollzeile 38, Ede Stubenbastei.
 Kacs Karl — Pfadlergewerbe — III., Rinnungasse 16.
 Kappeller Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbier — II., Obere Donaustraße 33.
 Kircher Gustavia — Wittwenfortbetrieb des Zuckerbäckergewerbes — VII., Lerchenfelderstraße 31.
 Kircher Gustavia — Fortbetrieb der Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, Erfrischungen aller Art, Essertweinen, Likören und Kognak im Zusammenhange mit dem Zuckerbäckergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 31.
 Klamer Marie — Vidualien-Verschleiß — II., Markt am Schanzl.
 Klebcel Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XX., Hannovergasse 16.
 Klesar Egar — Herstellung von kunstgewerblichen Zeichnungen — VII., Neubaugasse 10.
 Koris Marie — Gemischtwaren-Verschleiß und Verschleiß von Flaschenbier in handelsüblich verschlossenen Flaschen — IV., Favoritenstraße 45.
 Kostal Josef — Kleidermacher-Filiale — VII., Mariahilferstraße 112.
 Kojian Josef — Kleidermacher-Gewerbe — III., Untere Weißgärberstraße 20.
 Landau Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Fischhofgasse 4.
 Firma Giroloma Levy (Leiter und Inhaber: Konstantin Ziffer) — Handelsagentie — IV., Hauptstraße 52.
 Littner Markus — Marktfahrgewerbe — II., Pazmanitengasse 2.
 Lungmayer Eduard — Bädergewerbe — IV., Mittersteig 20.
 Josef Lustig & Co. (Stellvertreter: Karl Wittafel) — Gewerbliche Vermittlung von Abzügenarbeiten — I., Hoher Markt 4.
 Mayer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Reinerzgasse 21.
 Mayr Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 8.
 Julius Meinel (Firma-Inhaber: Julius Meinel sen. und Julius Meinel jun.) — Kaffee, Frigolaffebrennerei, Kaka- und Schokoladenfabrik-Filiale — VII., Neuhofgasse 32/34.
 Offizielle Handelsgesellschaft Müller & Reismann (Stellvertreter: David Samuel Müller und Jakob Reismann) — Gemischtwarenhandel — I., Reutorgasse 9.
 Müller Rudolf — Pfeiderei — I., Dorotheergasse 8.
 Nikola Georg Ferdinand — Tapezierer — III., Rennweg 17.
 Pamperl Karl — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspiels — I., Reichratsstraße 27.
 Pawlowsky Johann — Damenkleidermacher-Gewerbe — III., Hauptstraße 14/16.
 Petric Philipp — Verschleiß von Flaschen — I., Riemergasse 7.
 Polaschek Leopold — Waffenhandel mit Ausschluß von Munitionsgegenständen — III., Rennweg 42.
 Pfaun Ignaz Karl — Fleischerhauer — III., Großmarkthalle.
 Prochaska Josef — Hutmacher-Gewerbe — V., Schönbrunnerstraße 102.
 Firma Julius Ripper & F. Ehrenfeld (Öffentliche Gesellschafter: Julius Popper und Jakob Ehrenfeld) — Erzeugung eines Dispräparates für Industrie und Bodenbesprengung — II., Ferdinandsstraße 25.
 Schanz Johann (Allein-Inhaber der protokollierten Firma Wilhelm & Taegl) — Gewerbliche Vermittlung von Abzügenarbeiten — I., Rüntnerstraße 14.
 Schindler Johann jun. — Schweinfett- und Seifenwaren-Verschleiß — V., Magleinsdorferstraße 76.
 Schmied Wilhelm — Friseur-Gewerbe — V., Schallergasse 39.
 Schmolit Henriette — Marktviatualien-Verschleiß — I., Markthalle Stabiongasse.
 Schneider Georg — Kastanienbrater-Gewerbe — IV., Hauptstraße 79, Laterne 142.
 Schulhof Jakob — Handelsagentur — I., Laxenhof.
 Silber Israel Jsaak — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Börsegasse 14.
 Silber Israel Jsaak — Kleinverschleiß von Drogen, welche nicht zu Heilzwecken Verwendung finden, einschließlich jener Artikel, welche durch den § 3 der Ministerial-Berordnung vom 17. Juni 1886, R.-G.-Bl. Nr. 97, beziehungsweise durch die Ministerial-Berordnung vom 8. Dezember 1895, R.-G.-Bl. Nr. 188, unter den in diesen Verordnungen angeführten Modalitäten und Bedingungen auch anderen Geschäften als Apotheken gestattet sind, Klein-

verschleiß von nicht giftigen Chemikalien, Material, Farb- und Kolonialwaren, Parfümerien, natürlichen Mineralwässern, Quellenprodukten (Quellensalzen, Quellenpastillen) und von nicht giftigen photographischen Bedarfsartikeln — I., Börsegasse 14.

Smsal Wilhelm — Kleidermacher — IV., Starbemberggasse 5.
 Steinert Franz — Agent (für ein Unternehmen) — III., Hohlweggasse 21.
 Strauß Artur — Zuckerbäckergewerbe — XIX., Himmelstraße 7.
 Tauf Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — II., Springergasse 25.
 Tomasi Karl — Ausstellungsbureau — II., Zirkusgasse 50.
 Trieb Johann — Gastwirt — I., Hohenstaufengasse 10.
 Ulrich Aloisia — Ausübung der Massage — VII., Neuhofgasse 96.
 Vanicel Johann — Herrenkleidermacher — XX., Dtmargasse 11.
 Wälking Leopoldine, geb. Weishappel — Marktviatualien-Verschleiß — XIX., Rusdorferlande, Obststand beim „König von Bayern“.
 Firma: A. & L. Weiß; Johann Heinrich Weiß — Wäsche-Erzeugung — XX., Dammstraße 21.
 Weiß Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Laurenzberg 3.
 Wodiczka Klara — Verberbergung von Fremden nicht unter 14 Tagen, Verabreichung von Kaffee, Tee und Schokolade lediglich an dieselben — I., Seilerergasse 9.
 Zankl Emil, Firma A. Zankl's Söhne; Geschäftsführer Wendelin Fleischer — Zweigniederlassung der chemischen Farben-, Lack- und Firnisfabrik in Graz — I., Bartensteingasse 2.
 Zecha Marie — Damenkleidermacherin — III., Erbbergstraße 132.
 Zemanek Thomas — Schuhmacher-Gewerbe — XX., Romanogasse 19.
 Zerhofer Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 139.
 Zernit Josef — Kastanienbrater-Gewerbe — I., Landesgerichtsstraße, Doblhoffgasse an der Markthalle in der Front der Gasse.
 Zirla Katharina — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XX., Dammstraße 6.
 Zugsbratl Karl — Gastwirts-Gewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und zur Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspiels — III., Schlachthausgasse 33.

17. Oktober 1904.

Alter Theresia, geb. Pitz — Vidualien-Verschleiß — XII., Rosatiagasse 24.
 Amichl Florian — Kleinfuhrwerks-Gewerbe — VII., Westbahnstraße 50.
 Anselmo Marie, geb. Gort — Musikunterricht — XII., Reschgasse 12.
 Bock Alois — Häuseradministration — II., Pillersdorfgasse 5.
 Bauer Siegmund — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Zirkusgasse 52.
 Baumgartner Johann — Vidualien-Verschleiß — II., Markt im Werb.
 Beyer Anna, geb. Rothhammer — Verschleiß von Kanbden, Zuckerbäckergewerbe, Sodawasser und Fruchtsäften — II., Franzensbrückenstraße 19.
 Bermann Hugo — Provisionsagentie — II., Große Stadtgutgasse 21.
 Binder Maximilian — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — II., Fugbachgasse 5.
 Böckhainer Franz — Fleisch-Verschleiß — XII., Drehendorferstraße 123.
 Brunner Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Argauerergasse 4.
 Brunner Julie — Geflügelhandel — XVIII., Argauerergasse 4.
 Burdy Richard — Verschleiß von Särgen und Leichenbestattungsartikeln — II., Volkstheaterplatz 15.
 Cech Katharina — Pferdefleisch-Verschleiß — V., Gassergasse 25.
 Ciska Anna — Verschleiß von Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluß jedes Ausschanks — V., Obere Amtshausgasse 17.
 Czermak Gustav — Architekt — V., Schönbrunnerstraße 13.
 Deutscher Samuel Hermann, Dr. — Advokat — VII., Mariahilferstraße 108.
 Dolmowiz Theresia — Mechanische Strickerei — XVIII., Ladenburggasse 7.
 Donens Johann — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Josefsstädterstraße 23.
 Drexler Rosina — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Währingerstraße 135.
 Ehmöser Josef — Gastwirts-Gewerbe, und zwar Konzession zur Verabreichung von Speisen, zum Ausschank von Bier, Wein und Obstwein und Haltung erlaubter Spiele ohne Billardspiel — III., Schützengasse 2.
 Firma Franz Eichhorn, Inhaber: Franz Eichhorn sen., Franz Eichhorn jun., Rudolf Eichhorn — Handschuhfabrik — VII., Burggasse 108.
 Enderes Florian — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XX., Pasettistraße 25.
 Eschenfor Marie — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XII., Ruderergasse 65.
 Eschenwed Franz — Pachtbetrieb des auf unten genanntem Hause radizierten Schankgewerbes — XVIII., Kutschergasse 44.
 Fröhlich Anna — Modistengewerbe — II., Praterstraße 9.
 Fuld Hanny — Vermittlung von elektrischen Installationsarbeiten — VIII., Lerchenfelderstraße 78/80.
 Gerngroß Alfred — Konzession zur Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Likören aller Art und Haltung erlaubter Spiele — VII., Mariahilferstraße 42/44.
 Geyer Theresia — Vidualien-Verschleiß — V., Ramperstorffergasse 17.

Hartl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — VIII., Bennogasse 25.
 Heindl Hermann — Akademischer Maler — IX., Porzellangasse 54.
 Hirsch Charlotte — Kommissionärs- und Schuhwarenhandel — VII., Schottengasse 92.
 Hönig Katharina — Vereinskassierin — VII., Hermannsgasse 4.
 Holnicha Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — VIII., Josefstädterstraße 48.
 Hornung Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Plenergasse 9.
 Jalonbel Franz — Photographengewerbe — VIII., Florianigasse 13.
 Jantowitsch Leopoldine — Viehdlergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 48 b.
 Karner Karl — Papier-, Zeichenrequisiten- und Schreibwaren-Verschleiß — XII., Wilhelmstraße 29.
 Karpen Adolf — Tabak-Großverlag — V., Zentogasse 40.
 Kaufungen Heinrich — Akademischer Maler — V., Schönbrunnerstraße 84.
 Kellner Anton — Brennmaterialienhandel — VIII., Josefstädterstraße 79.
 Killemann Ludwig — Verschleiß von gebrannten geistigen Flüssigkeiten in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Anschluß jedes Ausschankes — III., Schlachthausgasse 40.
 Klinger Emilie, geb. Baptist — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Lirkeschanzstraße 4.
 Köhler Oskar — Fleischschlächtergewerbe — XVIII., Plenergasse 10.
 König Karl, Dr. — Advokat — VII., Neubaugasse 18.
 Kolmann Albin — Fragnergewerbe — VIII., Florianigasse 55.
 Krejci Anton — Musikergewerbe — V., Wolfsganggasse 28.
 Kremler Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVIII., Theresiengasse 52.
 Krifkel Jakob — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — VII., Halbgaße 3.
 Kuballa Ludwig — Sechswaren-Verschleiß — III., Landstraße Hauptstraße 66.
 Lech Adolf — Kleidermachergewerbe — V., Ramperstorfergasse 27.
 Pehl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Obere Amtshausgasse 17.
 Penke Regine, geb. Weisheit — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 28.
 Richter Julius — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren — VIII., Strozsigasse 41.
 Riw Mathilde — Modistengewerbe — VIII., Josefstädterstraße 64.
 Matimowsky Georg — Friseur und Rasier — III., Rhunngasse 13.
 Mayer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Maria-Teuggasse 3.
 Mudrat Karl — Papier-, Zeichen- und Schreibwaren-Verschleiß — XVIII., Anastofius Grünigasse 9.
 Nahstl Marie — Eraten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — II., R. f. Prater, Praterhütte 38.
 „Nauha“, Wohnungsdesinfektion Alex. Ritter v. Jarewicz (Alleinhaber: Alexander Ritter v. Jarewicz) — Desinfektion, Geruchslosmachung und hygienische Reinigung von Wohnungen unter Verwendung des Desinfektionsmittels „Formalin“ und eines Sublimates — VII., Ritterhofgasse 8.
 Nedi Josef — Friseurgewerbe — XVIII., Canisiusgasse 25.
 Neßler Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Sachjengasse 10.
 Neumann Ernst — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Zollergasse 25.
 Oberschlad Magdalena — Zuckerwaren- und Kanditen-Verschleiß — VII., Kirchengasse 19.
 Ondraschel Paula — Zuckerbückerwaren-Verschleiß — VII., Zieglergasse 82.
 Oymel Fabianus — Vorknisch-Kommissionshandel — III., St. Marx (Zentral-Viehmarkt).
 Paganini Carlo — Pflasterergewerbe — XVIII., Bastiengasse 13.
 Paganini Cirillo — Pflasterergewerbe — XVIII., Bastiengasse 13.
 Pamperl Leopold — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — XVIII., Semperstraße 36.
 Pert Karl Ludwig — Verabreichung von Speisen, Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, von Likören, Wein und Bier am 1. und 2. Juni (temp.) — II., R. f. Prater, Ausstellungsstraße.
 Petsch Florian — Zimmerputzergewerbe — VIII., Langegasse 22.
 Riegler Katharina — Fortbetrieb des Rauchfangkehrergewerbes § 56 G.-D. — VIII., Gürtelstraße 144.
 Remstorffer Leopoldine — Chemische Putzerei, Färberei und Vorhängeappretur-Übernahme — XVIII., Gontgasse 42.
 Ruzic Georgine — Viehdlergewerbe — VIII., Lerchenfelderstraße 136.
 Satz Martin, Dr. — Zahnarzt — II., Rembrandtstraße 32.
 Schiener Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbierhandel — XVIII., Abt Karlgasse 6.
 Schmidt Rudolf — Kürschnergewerbe — VII., Seidengasse 43.
 Schön Siegmund — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — VIII., Lerchenfelderstraße 62.
 Schrott Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidlinger Hauptstraße 19.
 Schubert Theresia — Flechtlederwaren- und Fleisch-Verschleiß — XVII., Johann Nep. Vogelplatz, Markt.
 Silvain M. — Dramatische Vorstellungen im k. k. priv. Carl-Theater — II., R. f. priv. Carl-Theater.
 Toller Moritz & Komp. — Herausgeber der Zeitschrift „Die Kriegsmobilien“ — VII., Mariahilferstraße 22.
 Thors Wilfried — Sprachlehrer — VII., Breitegasse 17.
 Vesely Karl — Material- und Parfümeriewaren-Verschleiß — V., Margaretenstraße 56.

Vössl Rudolf — Akademischer Maler — V., Dittersteig 16.
 Podtl Ludwig, Dr. — Zahnarzt — VII., Kaiserstraße 53.
 Wagner Rosalia — Naturblumenbinderei und Handel — XVIII., Bastiengasse 27.
 Wallach Josef — Viehdlergewerbe — XII., Storchengasse 10.
 Wanil Anna — Viehdlergewerbe — II., Obere Donaustraße 25.
 Weiß Michael Witwe (Inhaberin: Cäcilie Weiß) — Tischlergewerbe (Filiale) — Mariahilferstraße 82.
 Wimmer Eduard — Tapezierergewerbe — XX., Burghardtgasse 24.
 Wichofer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 76.
 Wohausa Leolabia — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Schönbrunnerstraße 195a.
 Wundsam Karl — Handel mit Preßgerm — XII., Hoffingergasse 14.
 Zahradnik Innozenz — Fleischschlächterei — III., Landstraße Hauptstraße 66.
 Zimmermann Katharina — Erzeugung von Parfümeriewaren — VIII., Josefstädterstraße 16.

18. Oktober 1904.

Altind Johann — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XIII., Viraghighasse 19.
 Bony Artur — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Sampogasse 14.
 Brößner Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIII., Feldmühlgasse 5.
 Casut Johann Josef — Rauchfangkehrergewerbe — XIII., Schanzstraße 63.
 Cernohous Anton — Schuhmachergewerbe — XII., Schönbrunnerstraße 183.
 Dittrich Josefa — Viktualien-Verschleiß — XI., Brambillagasse 8.
 Durda Josef — Bäckergewerbe (Filiale) — XIII., Rendlersstraße 14.
 Fischer Rudolf — Friseur- und Rasierergewerbe — III., Reulinggasse 10.
 Fußler Wilhelmine — Handel mit Herren- und Knabenkleidern — XV., Sechshausenstraße 6.
 Gabinger Johanna — Weißnähergewerbe — XV., Haidmannngasse 1.
 Gremium der Effekten-Sensale der Wiener Börse — Drucker behufs Herausgabe des amtlichen Kursblattes und Anfertigung von Druckformen für den internationalen Gebrauch — I., Schottenring 16.
 Häfner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — III., Rennweg 69.
 Herrschmann Magdalena — Milch-Verschleiß (Filiale) — III., Augustinermarkt.
 Hertl Engelbert — Kartonagewaren-Erzeugung — XII., Schönbrunnerstraße 162.
 Hübinger Amalia — Viehdlergewerbe — V., Schönbrunnerstraße 31.
 Humhal Karl — Zuckerbückergewerbe — XIII., Breitenfeerstraße 23 a.
 Jassche Lubmilla — Viehdlergewerbe — XV., Teillgasse 14.
 Klein Karl — Fleischhauergewerbe (Filiale) — XIII., Sechshausenstraße 118.
 Köpplinger Heinrich — Zuckerbückergewerbe (Filiale) — XIII., Haching, Kat.-Parz. 235/4.
 Kovacic Peter — Friseurgewerbe — XIII., Sechshausenstraße 118.
 Kriska Franz — Hühneraugenschneidergewerbe — XI., Erzinggasse 7.
 Lahodny Josef — Gashauspächter, Berechtigung nach § 16, lit. b, c, d und g G.-D. — XIII., Anhofstraße 129.
 Madlen Johann — Friseur- und Rasierergewerbe — XI., Felsgasse 9.
 Musil Josef — Gast- und Schankergewerbe nach § 16, lit. b, c und g G.-D. — XII., Kienmayergasse 13.
 Noffian Anna — Fragnergewerbe — XV., Herklohgasse 4.
 Oberrauch Hermine — Gast- und Schankergewerbe nach § 16, lit. d und f G.-D. — XIII., Deutschordensstraße 2.
 Petschauer Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Makleinsdorferstraße 8 a.
 Poch Marie — Viktualien-Verschleiß — XI., Schneidergasse 15.
 Polpichal Karl — Gemischtwaren-Verschleiß (Wiederbetrieb) — III., Erdbergstraße 47.
 Rib Josef — Tischlergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 14.
 Schor Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XX., Wintergasse 31.
 Steiner Leib — Viehhandel — III., St. Marx, Zentral-Viehmarkt.
 Stepanek Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XIII., Magnergasse 2.
 Teml Aglei — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — III., Hauptstraße 163.
 Utner Karl — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Hauslabgasse 14.
 Vogl Friedrich — Pferdefleisch-Verschleiß — XIII., Hütteldorferstraße 157.
 Vrsak Maximiliane — Viehdlergewerbe — XII., St. Veitgasse 76.
 Weiß Margarete — Wohnungsvermietung — I., Sackgasse 1.
 Weiwoda Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Euerzgasse 8.
 Wimmerer Rudolf — Gast- und Schankergewerbe nach § 16, lit. b, c, d, f G.-D. — XV., Westbahnhof.
 Wecl Marie — Spirituosenhandel in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluß jedweden Ausschankes und Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken — XX., Sachsenplatz 14.
 Zierer Josef — Pferdehandel — V., Städtischer Pferdemarkt.

19. Oktober 1904.

Adam Marie — Fleisch-Verschleiß — XVII., Dornersplatz (Markt).
 Bauer Norbert — Musfiergeverbe — XIII., Beckmanngasse 31.
 Beljam Georg — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — XVI., Galnerstraße, Ecke Liebhartsgasse beim Gastandelaber 142.
 Blahna August — Wäscher und Wäschepuderei — XVI., Spreibacher-gasse 28.
 Bochnidel Elisabeth, geb. Zeiner — Krawatten-Erzeugung — XVI., Brunnenngasse 43.
 Borik Vetti — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Ottakringerstraße 80.
 Broz Florian — Schuhmachergewerbe (Filiale) — XVII., Hernalser Hauptstraße 131.
 Buch Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XVII., Quattinger-straße 98.
 Bubin Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakringer-straße 201.
 Engelmann Leopold — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Koks — XVI., Mückertgasse 34.
 Felber Magdalena — Kunstblumen-Erzeugung — XVII., Drottebgasse 10.
 Fischl Hermann — Tapzierergewerbe — XVII., Beheimgasse 70.
 Fober Josef — Traubenhandel — IV., Kärntnermarkt.
 Freundl Josefina — Fragnergewerbe — XVII., Rößergasse 12.
 Führlinger Anna, geb. Krasser — Milch-, Gebäck- und Konditen-Verschleiß — XVI., Wurtlberggasse 9.
 Gedel Pauline — Damenkleidmachergewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 106.
 Geier Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Koppstraße 28.
 Gold Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Weißgasse 14.
 Greb Georg — Selchwaren-Verschleiß — XIX., Greinerergasse 48.
 Hamburger Emil, Alleinhaber der Firma Max Hamburger's Sohn — Handel mit Klavieren und Verleihen derselben — I., Graben 29, a.
 Hasselhub Ernst — Konzession zur gewerbsmäßigen Herstellung und zum Betriebe von Anlagen zur Erzeugung und Leitung von Elektrizität zu Zwecken der Beleuchtung und der Kraftübertragung und sonstiger gewerblicher und häuslicher Anwendung — IV., Große Reugasse 4.
 Heller Sarah — Fremdenbeherbergung beschränkt auf die Aufnahme für mindestens 14 Tage und Verabreichung von Speisen an diese Mieter — IV., Wienstraße 19.
 Hetner Marie, geb. Knapil — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Hasnerstraße 92.
 Honold Johann — Drecksler — XVII., Pezzlgasse 4.
 Kaudello Karl — Preziosenhandel — XVII., Kalvarienberggasse 5.
 Karner Franz — Fleisch-Verschleiß — XIII., Goldschlagstraße 139.
 Karcicova Franziska — Virtualien-Verschleiß (Wiederbetrieb) — XVII., Thelemangasse 3.
 Kinker Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Schitaneberggasse 3.
 Kisch Josef Franz — Fiaker-Lizenz Nr. 760 — XVII., Klopstockgasse 38.
 Kijella Franz — Schuhmacher — XVI., Koppstraße 158.
 Kiesel August — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Thalia-straße 39.
 Knor Theresia — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Kalvarien-berggasse 64.
 Kögler Gustav — Gast- und Schankgewerbe (Wiederbetrieb) — XVII., Schafberg, Alpenhaus Stahlener.
 Kossal Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVII., Leopold Ernstgasse 17.
 Ksch Rosina — Kaffeeschant — IV., Louiscngasse 10.
 Kronus Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Alceggasse 50.
 Lisi Leopoldine — Handel mit Eieren — XIV., Johnstraße 45.
 Latsch Johann — Kaffeeschant — IV., Schleismühlgasse 12.
 Mader Franz — Wildbret- und Geflügelhandel (Filiale) — IV., Karolinenplatz.
 Malovic Josef — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — IV., Wieder Hauptstraße 69.
 Matiasoviez Helene — Virtualien-Verschleiß — XIII., Fichinger Haupt-straße 60.
 Medosch Anna — Pachtweiser Betrieb eines verkäuflichen Gast- und Schankgewerbes — XVI., Brunneugasse 52.
 Mitterhöfer Franz Josef — Kleinfabrikwerk — XVI., Wichtelgasse 37.
 Neumann Max — Verschleiß von Beleuchtungsartikeln — IV., Klein-schmiedgasse 1.
 Neumeyer Franz Kav. — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Kopp-straße 32.
 Panenka Heinrich — Zuckerbäckerwaren- und Konditen-Verschleiß — XVI., Waggasse 61.
 Pechel Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Wildtplatz 12.
 Pfeiffer Anna, geb. Mayer — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Richard Wagnerplatz 3.
 Pilat Anna, geb. Walaschel — Chemische Puderei — XIX., Sieberinger-straße 44.
 Pithard Johann — Präparieren von Naturblumen — XVI., Wichtel-gasse 12.

Pollt Franz — Marktvirtualien-Verschleiß — XVI., Brunneugasse (Markt).
 Predota Josef — Schuhmachergewerbe — XVII., Waggasse 71.
 Rački Marie — Ausbraten von Kastanien, Apfel und Erdäpfel — XVI., Neumayrgasse, Ecke der Koppstraße, beim Gastandelaber 106.
 Rabefeldt Emil — Senf-Erzeugung — XIII., Reindlgasse 11.
 Reizner Marie, geb. Tschler — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Flaschen-bier — XVI., Habichergasse 47.
 Rippel Alois — Versicherungsagent — IV., Hechtengasse 16.
 Ritter Karl — Gastwirt (Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles) — XVII., Rößergasse 102.
 Rodiger Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Taubergasse 7.
 Rusniak Josef — Fragnergewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 129.
 Sattler Marie — Pseidergewerbe — XVII., Rößergasse 83.
 Schuhmann Betty — Gemischtwaren-Verschleiß und Verschleiß von Flaschenbier in handelsüblich verschlossenen Flaschen — IV., Wattergasse 3.
 Schwarz Johann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Hernalser Hauptstraße 123.
 Seidl Marie — Kleinhandel mit Brennmaterial — XVII., Kofitanskys-gasse 40.
 Skorepa Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Reuterchenfelder-straße 29.
 Stadelbauer Adalbert — Gastwirts-gewerbe (Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, Haltung erlaubter Spiele mit Aus-nahme des Billardspieles) — XVII., Hernalser Hauptstraße 140.
 Steffel Katharina — Milchmeierei — XIII., Nisselgasse 7.
 Swoboda Anton — Tischlergewerbe — XIV., Stättermahergasse 7.
 Ulrich Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XVII., Schwandnergasse 17.
 Vanek Franz — Zuckerbäcker (Wiederbetrieb) — XVII., Hornedgasse 15.
 Vesely Franz — Virtualien-Verschleiß — XVI., Bahergasse 16.
 Vojsta Marie — Zimmermalergewerbe — XVII., Ladnergasse 41.
 Wagner Viktor — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 33.
 Wagner Viktor — Gasglühkörper-Erzeugung — IV., Favoritenstraße 33.
 Waleksa Anna — Wiederbetrieb der Fiaker-Lizenz Nr. 27 — XVII., Hernalser Hauptstraße 106.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Sadtrat:
 Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 11. Oktober 1904 2033
 Gemeinderats-Ausschuß:
 Bericht über die Sitzung des Gemeinderats-Ausschusses für die Ver-leihung des Heimatsrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 28. September 1904 2039
 Bezirksvertretungen:
 Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 29. September 1904 2047
 Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 6. Oktober 1904 2048
 Protokoll über die Festsitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 20. Oktober 1904 2049
 Protokoll über die Festsitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 20. Oktober 1904 2049
 Protokoll über die Festsitzung der Bezirksvertretung Währing vom 20. Oktober 1904 2050
 Allgemeine Nachrichten:
 Nachweis der Steuereingänge im III. Quartal 1904 2051
 XXXVI. Staatslotterie 2051
 Schul-Angelegenheiten:
 Bezirksschulrat der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien . . 2051
 Approvisionierung:
 Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 16. bis 22. Oktober 1904 2052
 Pferdemarkt vom 21. Oktober 1904 2052
 Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. Oktober 1904 2052
 Getreide- und Strohmarkt vom 16. bis 22. Oktober 1904 2052
 Detailpreise für Lebensmittel vom 16. bis 22. Oktober 1904 2053
 Schlachtviehmarkt vom 24. Oktober 1904 2054
 Städtisches Lagerhaus 2054
 Arbeits- und Dienstvermittlungsammt der Stadt Wien:
 Übersicht über die Vermittlungstätigkeit vom 14. bis 20. Oktober 1904 2054
 Baubewegung:
 Gesuche um Baubewilligungen vom 20. bis 24. Oktober 1904 . . . 2055
 Städtische Arbeiten und Lieferungen:
 I. Offertverhandlungs-Ergebnisse 2055
 II. Ergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen 2057
 Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2057
 Kundmachungen.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	O b j e k t	G e g e n s t a n d der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
26. Oktober 11 Uhr	Abteilung III (Mag. = Rat Gross V. Stiege, 2. Stock)	3863	—	Demolierung des städtischen Hauses XIX., Greinergasse 32.	— 3—3
7. Nov. 11 Uhr	detto	4314	Restauration im Türkenchanz- parke im XIX. Bezirke.	Verpachtung für die Zeit vom 1. Februar 1905 bis 31. Jänner 1910.	— Bedingnisse zc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 3—5
3. Nov. 12 Uhr	Abteilung IV (Mag. = Rat Dr. E. Schwarz, V. Stiege, 2. Stock)	1973	—	Lieferung von 40 Stück Original- Grafsstadener Zahnstangenwinden mit eisernem Schafte, 5000 kg Tragkraft, 600 mm Höhe, mit Patent-Sicherheitskurbel. Mate- riale: Schmiedeeisen und Stahl.	— Vorbemerkung: Muster der angebotenen Winden sind spätestens einen Tag vor der Offertverhand- lung mit dem Namen des Offerenten versehen in der Feuerwehr-Zentrale, I., Am Hof zu hinterlegen. Die Badien sind spätestens einen Tag vor der Ab- haltung der Offertverhand- lung bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen. 1—3
31. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag. = Rat Dr. Nüchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1192	Neubau eines Hauptunratskanales in der Neuen Weltgasse, zwischen der Eitelberger- und Wenzgasse im XIII. Bezirke.	Erdb- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	3388 K 42 h 2—3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
10. Nov. 10 Uhr	Abteilung X (Mag. = Rat Sulka, III. Stiege, Hochparterre)	5855	Zentral-Friedhof.	Veräußerung von 95 Stück Baumstämmen im Ausmaße von 10 fm und von ungefähr 130 Baumstrünken.	— Borbemerkung: Das Verzeichnis der Baum- stämme, dann die Bedingungen können in der Verwaltungs- kanzlei des Zentral-Fried- hofes eingesehen werden. 1-3
14. Nov. 10 Uhr	detto	5831	Zentral-Friedhof.	Bestellung eines Kontrahenten für das am Zentral-Friedhofe vom 1. Jänner 1905 bis Ende Dezember 1907 benötigte Fuhr- werk.	— Borbemerkung: Die Vorschrift kann in der Verwaltungskanzlei des Zentral-Friedhofes einge- sehen und behoben werden. 1-3
10. Nov. 10 Uhr	Abteilung XV (Mag. = Rat Karožny Neues Rathaus VII. Stiege, 2. Stock)	8405	Doppel-Bürger Schule VI., Hirschen- gasse 18 bis Loquaiplatz.	Stuttaturerarbeiten.	6240 K 2-3

Baukauttionen

Vadien

bestellt zu kulantem Bedingungen

7-16

Allgemeine Kautionsbank-Aktiengesellschaft

Wien, IV., Technikerstraße Nr. 5.

D.-Z. 18075/55, 0.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Die Wiener städtischen Straßenbahnen benötigen für das Betriebsjahr 1905 zirka 18.350 Stück Bremsklötze.

Wegen Erlangung von Anboten findet eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung am **Freitag den 8. November 1904**, um **10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der Direktion der

städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße Nr. 9, IV. Stiege, 1. Stock, statt.

Die einschlägigen Zeichnungen und Exemplare dieser Kundmachung können im Kanzlei-Sekretariate der Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, IV. Stiege, 1. Stock, an Werktagen zwischen 8 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags eingesehen werden.

Sie können auch ebenda zum Preise von 10 h bezogen werden.

Zu liefern sind:

1. 1200 Stück Bremsklöße nach Zeichnung A 16.
2. 200 Stück Bremsklöße nach Zeichnung B 111.
3. 300 Stück Bremsklöße nach Zeichnung C 159.
4. 8000 Stück Bremsklöße nach Zeichnung D 295.
5. 1000 Stück Bremsklöße, groß, nach Zeichnung T 906.
6. 1000 Stück Bremsklöße, klein, nach Zeichnung T 906.
7. 5000 Stück Bremsklöße nach Zeichnung a 1112 a.
6. 1500 Stück Bremsklöße nach Zeichnung a 1126.
9. 150 Stück Bremsklöße nach Zeichnung a 1136.

Die Bremsklöße sind aus Gußeisen herzustellen. Der Guß muß genau nach den aufliegenden Zeichnungen ausgeführt, rein und porenfrei sein. Die Schraubenlöcher sind bei jenen Klößen, wo nicht das Gegenteil in der betreffenden Zeichnung verlangt wird, im Guße vorzusehen.

Solche Klöße werden nach Schablonen übernommen und diese dem Ersteller kostenlos von der Werkstätte der städtischen Straßenbahnen über Verlangen abgegeben.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich vor, die Bestellung je nach Bedarf um 50 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen.

Die Preise verstehen sich frei unserem jeweiligen Bestimmungsort, das ist Magazin oder einem der Betriebsbahnhöfe, für auswärtige Firmen jedoch jedenfalls auf frei Bahnhof Wien.

Die Angebote, welche an die Direktion der städtischen Straßenbahnen einzusenden oder bei der Offertverhandlung zu übergeben sind, müssen in eine Briefhülle verschlossen sein, welche die Aufschrift „Offert auf Bremsklöße“ zu tragen hat.

Das Angebot ist in Form eines Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu richten und ist nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfrei.

Vor Überreichung des Angebotes muß ein Badium im Betrage von 5 Prozent der Offertsumme bei unserer Hauptkassa, IV., Favoritenstraße 9, IV. Stiege, Erdgeschloß, erlegt werden, über welchen Erlag sich der Offerent bei der Offertverhandlung ausweisen wolle.

Im Angebote hat sich der Offerent ausdrücklich auf Datum und Zahl dieser Kundmachung zu berufen, die Einsichtnahme in die aufliegenden Zeichnungen und Lieferbedingungen zu bestätigen und sich den in der Kundmachung festgesetzten Bestimmungen zu unterwerfen. Insbesondere wird auf die Bedingungen hinsichtlich des Ortes der Lieferung hingewiesen.

Angebote, welche nach Eröffnung der Offertverhandlung eintreffen, werden nicht berücksichtigt.

Der Offerent bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ so lange im Worte, bis er von der Entscheidung dieser Firma verständigt ist.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich die Ratifikation des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern, wie auch die Vergebung in Teilmengen vor.

Die für nicht angenommene Offerte erlegten Badien können sogleich nach der Verständigung von der Entscheidung über die Offerte behoben werden.

Für die vertragsmäßige Ausführung der Lieferung haftet der Ersteller mit einem Pfande im Betrage des vorgeschriebenen Badiums, welches in barem Gelde, in Einlagsbüchern der Ersten

österreichischen Sparkassa in Wien oder einer Wiener Kommunal-Sparkassa oder in inländischen, pupillarficieren Wertpapieren zu erlegen ist.

Ein in barem erlegtes Botum oder Pfand wird nicht verzinst. Die Bezahlung der auf Abruf gelieferten Klöße erfolgt binnen 30 Tagen nach jenem Tage, an welchem die in duplo ausgefertigte, mit Postsparkassen-Erlagscheinen versehene Rechnung bei unserem Hauptlager XIV., Schwendergasse 51, eingelangt ist, nach Abzug von 2 Prozent Kassa-Skonto, allenfalls nach drei Monaten Zeit.

Nähere Auskünfte erteilt die Hauptwerkstätte.

In allen aus dem Lieferungsvertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen ausschließlich besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, Wien, I., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 21. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

1-3

G. Z. 68649, 04.

Kundmachung.

(Jagdverpachtung im Gemeindegebiete des X. Bezirkes.)

Die Jagd auf dem Gemeindejagdgebiete im X. Bezirke, das die in das Wiener Gemeindegebiet einbezogenen Teile von Ober- und Unterlaa umfaßt, wird **Montag den 14. November 1904, 9 Uhr vormittags**, auf 3 Jahre und 11 Monate, das ist für die Zeit vom 1. Februar 1905 bis 1. Jänner 1909, im Wege öffentlicher Versteigerung verpachtet werden.

Anrufpreis 300 K., zu erlegendes Badium 300 K.

Die Versteigerung wird im Amtszimmer des Bezirksamtsleiters des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk in Wien, X., Gudrunstraße 130, 1. Stock, vorgenommen werden. Ebendort können die Bedingungen eingesehen werden.

Wenn infolge der endgültigen Entscheidung über etwa noch anhängige Berufungen oder im Sinne weiterer Bestimmungen des Jagdgesetzes für Wien vom 8. Dezember 1902, Landesgesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22 ex 1903, ein Zuwachs oder Abfall an dem Gemeindejagdgebiete eintritt, hat der bei der Versteigerung erzielte Pachtschilling eine Erhöhung oder Herabminderung im Verhältnisse des Flächenmaßes des Zuwachses oder Abfalles zu erfahren.

Personen, die gemäß § 40 des Jagdgesetzes von der Erhaltung der Jagdkarte ausgeschlossen sind, können als Pächter nicht zugelassen werden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk,

Wien, am 20. Oktober 1904.

Der Bezirksamtsleiter:

Bednar,
Magistratsrat.

1-3

Kundmachung.

(Prämien-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die 112. Ziehung der Anteilsscheine des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am 2. November 1904, abends 6 Uhr, öffentlich im Rathause zu Wien in Gegenwart zweier k. k. Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom **1. Februar 1905** ab durch die Hauptkassa der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, am 21. Oktober 1904.

Der Bürgermeister:
Dr. Karl Lueger.

1-1

G.-Z. 8816.

Kundmachung.

(Erledigte Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen:

- 3 Bürgerschullehrerstellen der I. Fachgruppe,
- 4 Bürgerschullehrerstellen der II. Fachgruppe,
- 4 Bürgerschullehrerstellen der III. Fachgruppe,
- 2 Bürgerschullehrerinstellen der I. Fachgruppe,
- 4 Bürgerschullehrerinstellen der II. Fachgruppe,
- 4 Bürgerschullehrerinstellen der III. Fachgruppe,
- 29 Volksschullehrerstellen,
- 23 Volksschullehrerinstellen,
- 35 Unterlehrerstellen,
- 51 Unterlehrerinstellen,
- 26 Bezirksaushilfs-Unterlehrerstellen,
- 7 Bezirksaushilfs-Unterlehrer- oder Bezirksaushilfs-Unterlehrerinstellen und
- 1 Bezirksaushilfs-Unterlehrerinstelle

zur Besetzung.

Termin für das Einlangen der Gesuche **längstens bis einschließlich 11. November 1904.**

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien Nr. 85.

Vom Bezirkschulrate der Stadt Wien,
am 10. Oktober 1904.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Victorin.

1-2

M.-Z. 880 ex 1904.
XIX.

Kundmachung.

(Steuernachlässe.)

Es wird hiemit bekanntgegeben, daß die individuelle Berechnung der für das Jahr 1904 an der staatlichen Grundsteuer mit 15 Prozent und an der staatlichen Hauszinssteuer mit

12,5 Prozent entfallenden Steuernachlässe nunmehr für das ganze Gemeindegebiet durchgeführt wurde und daß somit die Eintragung der Nachlaßbeträge in die Zahlungsaufträge stattfinden kann.

Behufs Eintragung des Nachlasses können die Zahlungsaufträge bei der zuständigen städtischen Steueramts-Abteilung überreicht werden.

Vom Wiener Magistrate,
im übertragenen Wirkungskreise,
am 20. Oktober 1904.

Z. 5881 ex 1904.

XIII.

Kurrende.

An der Privat-Klavier- und Gesangsschule der Anna Kuf, Wien, IX., Prechtlgasse 1, 3. Stock, Tür 14, sind für das laufende Schuljahr zwei Freiplätze an Kinder von Beamten des Wiener Magistrates, und zwar einer für Klavier und einer für Gesang, zu verleihen.

Zur Aufnahme in den Gesangskurs ist das vollendete 16. Lebensjahr erforderlich.

Gesuche um Verleihung eines solchen Freiplatzes sind bis **7. November 1904** bei der Leitung der Anstalt einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. Oktober 1904. 1-3

Z. 6247 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(S. M. Klinger'sche Stiftung für Kammacher.)

Am 18. April 1905 kommen die Interessen der S. M. Klinger'schen Stiftung im Betrage von 78 K an vier in Wien wohnhafte arme Kammacher zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszugnis, den Tauf(Geburt)- und Trauschein, die Tauf(Geburt)scheine der Gattin und der Kinder, den Heimatschein, endlich den Gewerbeschein und den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. Dezember 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Anf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. Oktober 1904. 1-3

3. 6202 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1905 gelangen aus den Interessen der August Zang'schen Stiftung für notleidende Kleingewerbetreibende Wiens 4320 K zur Verteilung.

Auf den Genuß dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind, ohne Rücksicht auf ihre Konfession oder Heimatsberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf(Geburt)scheine ihrer Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Konzeptionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Mittellofigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 15. Dezember 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Oktober 1904.

1-3

3. 6183 ex 1904.

XIII

Kundmachung.

(Ignaz Baum'sche Armenstiftung.)

Am 20. Februar 1905 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen der Ignaz Baum'schen Armenstiftung im Betrage von 420 K an zehn unbescholtene, in Wien wohnhafte Arme christlicher Religion zur Verleihung.

Hiebei soll vor allem auf Verwandte des Stifters von väterlicher oder mütterlicher Seite, sodann auf diejenigen, welche zwar in Wien wohnen, jedoch aus der Vaterstadt des Stifters, Bielitz, gebürtig sind, endlich auf Verheiratete, mit zahlreichen Kindern Gefegnete, Rücksicht genommen werden.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche, welche mit dem Taufscheine, Heimatscheine, Trauscheine, den Taufscheinen der Kinder, einem legalen Armutszeugnisse und einem von der k. k. Polizeidirektion in Wien bestätigten Sittenzeugnisse, eventuell mit dem Nachweise über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, längstens bis 10. Dezember 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Oktober 1904.

1-3

3. 6194 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Georg Rittmann'sche Stiftung.)

Am 1. Februar 1905 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1700 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alter oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteiligt sind.

Die zum Stiftungsgenusse Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich an einem Werktage vom 2. bis inklusive 21. Jänner 1905 zwischen 10 bis 12 Uhr vormittags ohne Besuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutszeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechen berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber, in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Oktober 1904.

1-3

3. 6250 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Juliana Sträußle'sche Stiftung für Studenten, welche sich dem geistlichen Stande zu widmen beabsichtigen.)

Vom 1. Oktober 1904 an kommt ein Juliana Sträußle'sches Stipendium im Jahresbetrage von 600 K für Studenten zur Verleihung, welche sich dem geistlichen Stande zu widmen beabsichtigen.

Anspruch auf diese Stiftung haben:

1. Arme, in Wien geborene, nach Wien zuständige katholische Studierende des Gymnasiums, welche die Absicht haben, nach Absolvierung der Gymnasial- und theologischen Studien in den geistlichen Stand zu treten.

Dieselben müssen ein Zeugnis der ersten Fortgangsklasse beizubringen imstande sein, außerdem in Fleiß und sittlichem Betragen gute Noten besitzen und ihre Dürftigkeit durch ein legales Armutszeugnis nachweisen.

2. Ebenso haben Anspruch auf diese Stiftung Studierende der katholischen Theologie, welche die obigen Eigenschaften besitzen, ins solange sie nicht in ein Priester-Seminar oder in das Noviziat eines geistlichen Ordens eintreten.

Der Stiftungsgenuß hört auf, sobald der Stifftling dessen nicht mehr würdig oder aber nicht mehr bedürftig ist, oder endlich, sobald derselbe in ein Alumnat (Priester-Seminar) oder in das Noviziat eines geistlichen Ordens eintritt.

In dem Gesuche um Verleihung der Stiftung muß die Erklärung enthalten sein, daß der Stiftungswerber die Absicht hat, nach Zurücklegung der vorgeschriebenen Studien sich dem geistlichen Stande zu widmen.

Im Falle der Minderjährigkeit des Stiftungswerbers hat das Gesuch auch die Zustimmung des Vaters beziehungsweise Vormundes zum Eintritte des Bittstellers in den geistlichen Stand zu enthalten und ist dasselbe daher vom Vater beziehungsweise Vormunde mitzufertigen.

In dem Gesuche muß — abgesehen von den Angaben im Armutzeugnisse — ferner ausdrücklich angeführt werden, ob der Stipendienverber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums oder eines Erziehungsbeitrages u. s. w. steht oder nicht, bejahenden Falles ist dieses Stipendium, beziehungsweise der betreffende Genuß, sowie dessen Betrag anzuführen.

Diese Angaben sind rücksichtlich des Genusses eines Stipendiums vom Studien-Vorstande des Stipendienverbers, bei Hochschülern vom Stipendien-Referenten zu bestätigen.

Ein Verschweigen oder eine unrichtige Angabe rücksichtlich eines derartigen Genusses würde im gegebenen Falle die Annullierung der Stipendienverleihung nach sich ziehen.

Schüler und Hochschulstudenten haben auf dem Gesuche das Vidi und die Würdigkeitsbestätigung ihres Studien-Vorstandes beizubringen.

Die mit dem Taufscheine, dem Heimatscheine, dem Armutzeugnisse, dem letzten Semestralzeugnisse, eventuell Prüfungs- und Frequentationszeugnisse belegten Gesuche sind **längstens bis 30. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. Oktober 1904.

1—3



BOGENLAMPEN-FABRIK
HERMANN & DROGLI
WIEN, VI./1 KASERNEN-GASSE 24 TELEPHON 7441
PRÄZISIONSFABRIKATE
AUSKÜNFTLICHE BEREITWILLIGST

Zur kulanten Besorgung
aller im
Kursblatte
notierten
Effekten und Valuten
bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk.
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Telephon 16975. **Elektrische Automobile**
2 und 4sitzig, offen oder geschlossen.

Andreas Engel jun.

Protokollirte Lohnwagen-Unternehmung, Fiaker der Campagne-Reitergesellschaft und des Verbandes der k. k. Staatsbeamten.

Elegante
Wägen
jeder Art u. Anzahl
mit eleganten Ge-
spannen für
Hochzeiten.
Auf Verlangen
eigener Brautwagen
mit Pneumatik und
Voll-Gummiräder,
sowie für
alle anderen Anlässe.



Übernahme
von
TAGES-
und
Einzelfahren.
Elegante
Monatswägen
mit
eleganten Gespannen
f. Jahresfahren.

Wien, XIX. Bez., Pyrkerergasse 36.

Auch stehen Kutschierwägen, Schlitten, elegante Gesellschafts-Breaks für 8, 10, 12 und 14 Personen, sowie elegante Viererzüge zu jeder Wagentype, Wägen mit Pneumatik und Gummirädern in jeder Type und Anzahl in den hohen Herrschaften und P. T. Publikum stets zur Verfügung.

Robert Scheiber

Kunst- und Möbeltischlerei

WIEN, V./1, Margaretenstrasse 112.

Telephon 1191.

Kontrahent der Kommune Wien, der k. k. Statthalterei, der k. k. österr. Staatsbahnen, k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn, Österr. Gesellschaft vom Roten Kreuze und mehrerer Vereine.

Lacke u. Farben

liefern in tadellos verlässlichen Qualitäten

Beck, Koller & Co. — Etabliert 1868.

Wien, I., Schellinggasse 16.

Lieferanten mehrerer Eisenbahnwerkstätten, Kommune Wien etc. etc.

Pietro Calderato

Fuhrwerksbesitzer und Deichgräber.

Kontrahent der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Wien, XVII., Sautergasse 13 (im eigenen Hause).

Empfiehlt sich zur Übernahme aller großen Kommunal-, Straßen-, Erd- und Deichgräberarbeiten.

Kais. königl.  ausschl. priv.
Unterzünder-Briketts-Fabrik für Holz und Kohlen

JOSEF SCHÄFER

Wien, XVII., Hernals, Mayssengasse Nr. 21,
im eigenen Hause.

Kontrahent der Kommune Wien, Lieferant des Militär-geographischen Instituts und vieler öffentlicher Anstalten.

Robert Kern,

Vertretung des Witkowitz Röhrenwalzwerkes,

WIEN, I., Walfischgasse 12,

liefert **schmiedeeiserne Gasröhren** und Verbindungsstücke, Siede-, Locomotiv-, Locomobil-, Blech- und Flanschenröhren aller Art etc. etc. **Gusseiserne Röhren** nach deutschem Normale, nach Normale der Wiener Commune nebst dazugehörigen Verbindungsstücken, Abflussröhren, Messing- und Kupferröhren, gusseiserne Rippenröhren, Bleiröhren, Armaturen für alle Zwecke, Radiatoren etc.

Preis-Courante gratis und franco.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 87.

Freitag den 28. Oktober 1904.

Jahrgang XIII.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Einzel-Exemplare à 20 Heller im Redaktionslokale im Rathause.

Für den Buchhandel in Kommission bei M. Gerlach & Co., IX., Währingerstraße Nr. 50. — Ganzjährig 20 K.

Inseraten-Nachnahme bei Haaseustein & Vogler (Otto Maack), I., Wallfischgasse 10.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Mittwoch den 2. November 1904, vormittags 10 Uhr.
Donnerstag den 3. November 1904, vormittags 10 Uhr.
Freitag den 4. November 1904, vormittags 10 Uhr.

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom **12. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Bielowlawek, Graba,
Braun, Dr. Krenn,
Brauneiß, Kauer,
Büsch, Rissaweg,
Dr. Deutschmann, Straßer,
Gräf Ferdinand, Weitmann,
Grünbeck Sebastian, Dr. Wesselksy,
Gottbauer, Wessely,
Hölzl, Zakla.
Hörmann,
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Beurlaubt: St.-R. Oppenberger, Schreiner, Tomola.
Schriftführer: Magistrats-Kommissär Rünzl.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung

(12863.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Anerbieten der Anna Seizinger zur käuflichen Überlassung der Original-Handschrift der Denkwürdigkeiten der Karoline Pichler um 500 K

und beantragt, das Offert zu genehmigen und zur Bedeckung der Auslage einen Spezialkredit zu bewilligen. (Angenommen.)

(12405.) St.-R. Dr. Wesselksy referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Verbreiterung der Währingerstraße beim Friedhofe und bei der Brauhausrealität im XVIII. Bezirke, und beantragt, den Akt behufs Vebbringung von Plänen, aus denen die abzutretende Fläche im Zusammenhange mit dem Referate ersichtlich ist, an den Magistrat zurückzuleiten. (Angenommen.)

(12407.) St.-R. Hölzl referiert über den Antrag des Gem.-Rates Drößler wegen Regulierung und Makadamisierung der Kahlenbergerstraße und beantragt:

1. Der Stadtrat wolle unter Aufhebung des Beschlusses vom 8. Juni 1904, Z. 7315, das Projekt für die Niveauregulierung und Makadamisierung der Kahlenbergerstraße von 47 bis 61, sowie des einmündenden Springsiedelweges im XIX. Bezirke mit dem Erfordernisse von 24.541 K 41 h genehmigen und für das nicht voll bedeckte Erfordernis einen Zuschußkredit von 22.400 K zur Rubrik XXII 1 d beim Gemeinderat erwirken.

2. Die Lieferung der Grundboisleine wäre an Johann Kraličet zum Preise von 5 K 50 h per Kubikmeter und die Erd- und Pflasterungsarbeiten an Jakob Panazzo mit 2 Prozent Nachlaß vom Kostenaufschlage zu übertragen. (Abgelehnt.)

(12526.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen der Firma Dehm & Döbrieh um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 252 Ober-Döbling (Nußdorferstraße, Ecke der Heiligenstädterstraße) im XIX. Bezirke und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen und den zur neu zu eröffnenden Straße erforderlichen Teil der Kat.-Parz. 52 (Eigentum der Gemeinde Wien) im Ausmaße von 3 m² unentgeltlich in das Verzeichnis für das öffentliche Gut zu übertragen. (Angenommen.)

(12814.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Emil Nys um Ermäßigung der Kanaleinmündungsgebühr für die Realität im XIX. Bezirke, Halteraugasse 1, und beantragt die vorläufige Ermäßigung der Gebühr per 1230 K 60 h auf den Betrag von 615 K 30 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12772.) St.-R. Hölzl referiert über das Ansuchen des Eduard Stuchlik um Bewilligung zur Abteilung der Realität Einl.-Z. 83 und 84 Grundbuch Unter-Döbling (Silbergasse) im XIX. Bezirke und beantragt die Besuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten.

(11895.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Exekutionsamts-Offizialswitwe Theresie Florian um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 1000 K im Sinne des Magistrats-Antrages zuzuerkennen. (Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(11896.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Exekutionsamts-Offizialswitwe Anna Bedinger um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 1000 K im Sinne des Magistrats-Antrages zuzuerkennen. (Angenommen; mehr als 16 Anwesende.)

(12568.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Magistratsrätswitwe Aloisia Plason um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 1800 K, sowie für ihren Sohn Viktor einen Erziehungsbeitrag von jährlich 320 K im Sinne des Magistrats-Antrages zuzuerkennen. (Angenommen; mehr als 17 Anwesende.)

(12085.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Exekutionsamts-Offizialswitwe Cäcilie Gugl um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 1000 K im Sinne des Magistrats-Antrages zuzuerkennen. (Angenommen; mehr als 17 Anwesende.)

(12250.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Ober-Stadtbuchhalter-Stellvertreters Karl Hoffmeister um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt die Besuchsgewährung, sowie die Anweisung des normalmäßigen Ruhegehaltes von 8800 K im Sinne des Antrages des Ober-Stadtbuchhalters. (Angenommen; mehr als 17 Anwesende.)

(12234.) St.-R. Graba referiert über die Ernennung der Lagerhaus-Aspiranten Friedrich Hauschka und Johann Hella zu provisorischen Lagerhaus-Arbeitsassistenten und beantragt, die Obgenannten unter Einstellung ihrer bisherigen Bezüge zu provisorischen Arbeitsassistenten des Lagerhauses der Stadt Wien in der IV. Gehaltsklasse, 2. Stufe mit dem Jahresgehälte von 1600 K nebst 600 K Wohnungsgeld zu ernennen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(12563.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des quieszierten Kanzlei-Arbeitsassistenten Alfred Kestler um Bewilligung zur Wiederaufnahme des Dienstes und beantragt, dem Ansuchen dormalen keine Folge zu geben. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten.

(12564.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des provisorischen Magistrats-Konzipisten Alois Weiß um Ernennung zum definitiven Konzipisten und beantragt, denselben zum definitiven

Konzipisten zu ernennen und ihn mit dem Range nach dem letzten definitiven Konzipisten Dr. Adolf Faber einzureihen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(12838.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der Bauamts-Ingenieurswitwe Beatrice Mosböck um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 1200 K, sowie für ihr Kind Gertrude einen Erziehungsbeitrag von jährlich 140 K im Sinne des Magistrats-Antrages zuzuerkennen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(12872.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des städtischen Kanzlisten II. Klasse Rudolf Taufrath um Beförderung zum Kanzlisten I. Klasse und beantragt, den Obgenannten zum Kanzlisten I. Klasse mit dem Monatsbezüge von 130 K und dem jährlichen Mietzinsbeitrage von 300 K zu befördern.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(12027.) St.-R. Graba referiert über die Besetzung von acht erledigten Wahnbotenstellen I. Bezugsklasse im Status des Exekutionsamtes und beantragt, zu Wahnboten I. Bezugsklasse die Wahnboten II. Bezugsklasse Leopold Schöber, Wilhelm Friedrich, Andreas Baunscherb, Ludwig Gützl, Karl Bargl, Adolf Tauber, Georg Lampf und Rupert Graher zu ernennen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(12239.) St.-R. Graba referiert über die Besetzung von zwei Beamtenstellen im Unfallsbureau der städtischen Straßenbahnen.

Es wird bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten beschlossen, zu Beamten im Unfallsbureau der städtischen Straßenbahnen (Gehalt 3000 K, beziehungsweise 2400 K, Quartiergeh. 900 K, beziehungsweise 720 K) zu ernennen:

Johann Panesck, derzeit Revisor der städtischen Kranken- und Unfallsfürsorge;

Dr. Karl Spaller, derzeit im Konzeptsdienste verwendeter Magistrats-Diurnist.

(10400.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen des Vorstandes des städtischen Lagerhauses Leopold Entenfellner um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt:

1. Auf Grund des § 119, Punkt 2 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien: Versetzung in den bleibenden Ruhestand über Ansuchen.

2. Bemessung des Ruhegehaltes unter Zugrundelegung der nach der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien anrechenbaren Dienstzeit von 27 Jahren, 6 Monaten mit 74 Prozent des letzten Aktivitätsgehaltes, das ist mit 2368 K vom ersten des auf die Versetzung in den bleibenden Ruhestand nächstfolgenden Monats an und des Mietzinsbeitrages mit 74 Prozent des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeh. des, das ist mit 888 K vom 1. August 1904 an.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten angenommen.

(11715.) St.-R. Graba referiert über das Ansuchen der städtischen Kanzlei-Praktikantenswitwe Fanni Böbl um Fortbezug der Gnadengabe für ihre Tochter Helene und um Erhöhung dieser Gnadengabe und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(12732.) St.-R. Dr. Arenn referiert über die Besetzung der Hausarztstelle im VIII. städtischen Waisenhaus und beantragt:

Der bisherige Hausarzt des VIII. städtischen Waisenhauses, Dr. Oskar Kopecky v. Reichtberg, wird mit 1. Oktober 1904 von dieser Stelle enthoben und dieselbe mit diesem Zeitpunkte dem städtischen Bezirksarzte für den XII. Bezirk Dr. Heinrich Knöbl zu den bis-

herigen Bedingungen, das ist gegen eine jährliche Remuneration von 200 K und gegen eine beiden Teilen zustehende dreimonatliche Kündigung verliehen. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten.

(12490.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Besetzung der systemisierten Forstadjunktenstelle im Forstwirtschaftsbezirk Groß-Enzersdorf und beantragt:

Die systemisierte Stelle eines Forstadjunkten auf dem Stiftungsfondsgute Ebersdorf a. d. Donau (Forstwirtschaftsbezirk Groß-Enzersdorf) wird dem städtischen Forstpraktikanten Franz Gandorfer, zugewiesen der Forstverwaltung Kaiserbrunn, verliehen. Hierbei wird bedungen, daß derselbe innerhalb eines Jahres sich der höheren Staatsprüfung für Forstwirte nach der Ministerialverordnung vom 3. Februar 1903, N.-G.-Bl. Nr. 30, unterzieht und die Heimatsberechtigung in Wien erwirbt.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten **angenommen**.

(12135.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Anerbieten des Dr. Wilhelm Rosenfeld und des Julius Rosenfeld zur käuflichen Überlassung eines Teiles der städtischen Realität Kat.-Parz. 414/1, Einl.-Z. 52 im IX. Bezirke, Meynertgasse, und beantragt, das Offert abzulehnen. (Angenommen.)

(12971.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Detailprojekt für den Donau-Ober-Kanal von der Einmündung in die Donau bis zur Gemeindegrenze von Stillsried und Grub in Niederösterreich und beantragt nachstehende Erklärung:

Auch das vorliegende Detailprojekt für die Teilstrecke des Donau-Ober-Kanales von der Einmündung in die Donau bis an die Gemeindegrenze von Stillsried und Grub enthält keinerlei Andeutung über die Anlage eines Wiener Kanalhafens.

Im Sinne der bereits bei der Trassenrevision vom 14. bis 17. Juli 1903 für die Teilstrecke Wien—Prerau des Kanales gegebenen Darlegungen über die hervorragende wirtschaftliche Bedeutung einer solchen Hafenanlage nicht nur für die Gemeinde Wien, sondern auch die am Donaustrom gelegenen Nachbargemeinden derselben, weist die Gemeinde Wien daher neuerlich auf diese Unvollständigkeit des Projektes hin und erhebt gegen dasselbe nur in der zuversichtlichen Erwartung keinen Einwand, daß die ihr seitens der Vertreter des k. k. Handelsministeriums und der k. k. Direktion für den Bau der Wasserstraßen bei der Verhandlung am 13. Juli 1903 gemachten Zusicherungen betriffs des Baues der Wiener Hafenanlage samt deren kürzesten Verbindung mit dem Donaustrom und dem Donau-Ober-Kanale selbst, für welche Herstellungen ausschließlich die für die österreichischen Wasserstraßen bewilligten Mittel aufzukommen haben, der ehestmöglichen Verwirklichung zugeführt werden. (Angenommen.)

(12883.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über den Statthaltereierlaß, betreffend die Ansprüche der Frau Amalia Arnold gegen die Georg Schredt'sche Dienstbotenstiftung und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien als testamentarisch bestellte Verwalterin der Georg Schredt'schen Dienstbotenstiftung beharrt auf der Erlaßung der durch das Ableben der Marie Smetana freigewordenen Hälfte des Bedeckungskapitales der genannten Stiftung per 21.000 K zu Handen der Hauptkassa der Stadt Wien.

2. Die Gemeinde Wien ist jedoch bereit, ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung lediglich im Gnadenwege der Frau Amalia Arnold, geb. Pfragner unter der Bedingung der Fortdauer ihrer Dürftigkeit lebenslanglich die Zinsen dieser Stiftungskapitalshälfte durch die städtische Hauptkassa zu erfolgen.

3. Die k. k. n. ö. Statthaltereie wird ersucht, diesen Beschluß stiftungsbehördlich zu genehmigen und in diesem Sinne der k. k. n. ö. Finanzprokurator die weitere Amtshandlung aufzutragen.

(Angenommen.)

(12796.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über die Forderung des Josef Kretschmer durch Dr. Ludwig Breuer auf Zahlung eines Schmerzensgeldes von 1000 K für einen Unfall im städtischen Freibade und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(12884.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über die Demolierung des ehemaligen städtischen Polizeigefangenhauses VI., Theobaldgasse und beantragt:

1. Die Demolierung des städtischen Polizeigefangenhauses im VI. Bezirke wird in öffentlich-rechtlicher Hinsicht unter der Bedingung für zulässig erklärt, daß die den Abschluß des Hoftraktes von Dr.-Nr. 13 Windmühlgasse bildenden Mauerteile des ehemaligen Gefangenhauses, welche gleichzeitig Konstruktionen dieses Traktes von Dr.-Nr. 13 Windmühlgasse zu tragen haben, insoweit nicht demoliert werden, bis seitens der Eigentümer die zur Sicherung beziehungsweise Abschließung erforderlichen Herstellungen bewerkstelligt sein werden.

2. Hinsichtlich der seitens der Eigentümer des Hauses Dr.-Nr. 13 Windmühlgasse erhobenen Privatrechtsansprüche, dahingehend, daß ihnen das Recht der Benützung von Mauerteilen des zu demolierenden städtischen Gefangenhauses zur Stütze beziehungsweise zum Abschlusse ihres Hoftraktes sowie ihres Hofes zustehe, werden die streitenden Teile auf den Rechtsweg gewiesen. (Angenommen.)

(1209.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Kumulierung zweier Stipendien aus der Mautner v. Markhoff'schen Stiftung, und beantragt, der Stadtrat wolle mit Rücksicht auf das ihm bei der obigen Stiftung zustehende Personierungsrecht die Zustimmung zu der Kumulierung der dem Rudolf Bulicka verliehenen beiden Stipendien erteilen.

(Angenommen.)

(12885.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des Josef Hartl um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität IX. Bezirk, Dr.-Nr. 6 Servitengasse und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages unter der Bedingung zu bestätigen, daß als Entschädigung für die Zustimmung zur Erkeranlage die Ausladefläche per 4 m² von der Schadloshaltung für die Straßengrundabtretung im dreifachen Ausmaße in Abzug gebracht wird. (Angenommen.)

(12944.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über das Ansuchen des Julius Kaposi um Baubewilligung für den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Realität Einl.-Z. 1777 IX. Bezirk (Alferbachstraße, Ecke der Spittelauerländer) und beantragt, die Baubewilligung im Sinne des Magistrats-Antrages zu bestätigen.

(Angenommen.)

(12950.) **St.-R. Gsottbauer** referiert über sieben Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VIII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12900.) **St.-R. Straßer** referiert über das Ansuchen der Sylvia Jakobi um Gestattung der Aufstellung von Warenstellagen vor dem Hause II., Große Stadtgutgasse 20, und beantragt die Ablehnung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12897.) **St.-R. Straßer** referiert über das Anerbieten des Anton Hein zur käuflichen Erwerbung eines Teiles der städtischen Realität Kat.-Parz. 771, Einl.-Z. 2081 im Grundbuch Leopoldstadt,

II. Bezirk, Taborstraße-Glodengasse, und beantragt, das Offert wegen zu geringen Angebotes im Sinne des Magistrats-Antrages abzulehnen. (Angenommen.)

(12919.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über die Note des Bezirksschulrates, betreffend die Zustimmung zur beabsichtigten definitiven Versetzung der Volksschullehrerin Paula Rodler von der Mädchen-Volksschule XIX., Hammer Schmidtgasse 26, an die Mädchen-Volksschule XIX., Kreindlgasse 24, und beantragt, der Versetzung zuzustimmen. (Angenommen.)

(12812.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über den Rekurs des k. l. Baurates Ludwig Richter, Administrators des Hauses III., Landstraße Hauptstraße 95, gegen die Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den III. Bezirk, womit sein Ansuchen um Festsetzung der dreijährigen Haftung für das vor dem obigen Hause hergestellte Asphalttrottoir abgewiesen wurde, und beantragt die Abweisung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12805.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über das Ansuchen des Ludwig Kiedl um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das Einzelgrab Gruppe I, Reihe VI, Nr. 38, im Gersthofener Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(12903.) **St.-R. Dr. Wesselsky** referiert über das Ansuchen des M. Jandl um Nachsicht der Hundesteuer per 8 K pro 1904 und beantragt die Genehmigung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12972.) **St.-R. Hörmann** referiert über die Errichtung eines monumentalen Brunnens auf dem Gemeindeplatze im III. Bezirke und beantragt:

Das Ergebnis des Lokalaugenscheines vom 11. Oktober 1904, betreffend die Errichtung eines monumentalen Brunnens auf dem Gemeindeplatze im III. Bezirke, wird zur Kenntnis genommen und genehmigt, daß die Grundsteinlegung für diesen Brunnen am 22. d. M. stattfindet.

Das Denkmal-Komitee wird ersucht, das Detailprojekt für diesen Brunnen seinerzeit dem Stadtrate vorzulegen. (Angenommen.)

(12948.) **St.-R. Hörmann** referiert über 13 Gesuche um Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes und beantragt die Ermäßigung der Gebühren per zusammen 940 K 56 h auf den Betrag von zusammen 587 K 89 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12949.) **St.-R. Hörmann** referiert über 14 Gesuche um Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes und beantragt die Ermäßigung der Gebühren per zusammen 1374 K 16 h auf den Betrag von zusammen 858 K 91 h im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12939.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen der Firma E. Spitzer um Nachsicht der Terminüberschreitung von 1½ Arbeitstagen bei dem Kanalbau in der verlängerten Steingasse im III. Bezirke und beantragt, die mit 12 Arbeitstagen festgesetzte Frist um weitere 1½ Arbeitstage zu verlängern. (Angenommen.)

(12937.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Neubau des Hauptunratskanales in der Wärtzlerstraße zwischen der Erdbergstraße und der Markhofgasse im III. Bezirke, und beantragt, das Offert des Adolf Sikora mit dem angebotenen Nachlasse von 4.5 Prozent von den Kostenanschlagspreisen zu genehmigen. (Angenommen.)

(12930.) **St.-R. Hörmann** referiert über die Herstellung von Kinnfalten und Säumen am Landstraßergürtel, III. Bezirk, und beantragt:

Der Stadtrat wolle den vorliegenden Kostenanschlag für die Herstellung von Kinnfalten und stehenden Säumen anlässlich der Anlage der häuserseitigen Baumreihe am Landstraßergürtel im III. Bezirke zwischen Fasan- und Rärchergasse mit dem Kostenverfordernisse von 9229 K genehmigen; die Erd- und Pflasterungsarbeiten sind im kurrenten Wege im Frühjahr 1905 auszuführen. Für die Kosten ist im Budget pro 1905 Vorsorge zu treffen. (Angenommen.)

(12856.) **St.-R. Dentzmann** referiert über das Ansuchen des Hans Freiherrn v. Sufa, Kurators des Artur Freiherrn v. Sufa, um Abschreibung einer zugunsten des Wiener allgemeinen Versorgungshaus-Fondes zu entrichtenden Feilbietungsgebühr und beantragt die Abschreibung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(12933.) **St.-R. Wessely** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung des Kabelfuhrwerkes zur Schneeabfuhr im I. Bezirke für den Winter 1904/05 und beantragt, die in Rede stehenden Leistungen in nachstehender Weise zu vergeben.

I. Sektion: Pietro und Josef Lawato, XVII., Weißgasse 33, Tarifpreise.

II. und III. Sektion: Franz Krassa, X., Kolumbusgasse 73, gemeinsam mit Florian Dracka und Theodor Fiala, 2 Prozent Nachlaß von den Tarifpreisen.

IV. Sektion: Angelo Poleso, XIX., Pfarrwiesengasse 14, gemeinsam mit Albino Panozzo und Angelo Frigo, 1 Prozent Nachlaß von den Tarifpreisen.

V. Sektion: Angelo Poleso, XIX., Pfarrwiesengasse 14, gemeinsam mit Albino Panozzo und Angelo Frigo, 3 Prozent Nachlaß von den Tarifpreisen.

VI. Sektion: Jakob Frigo, XVIII., Kastnergasse 17, Tarifpreise.

VII. Sektion: Jakob Panozzo, XIX., Barawitzlagasse 19, Tarifpreise.

VIII. Sektion: Paul Spiller und Domenico Valente, XI., 5. Landengasse 22, 6 Prozent Nachlaß von den Tarifpreisen. (Angenommen.)

(12946.) **St.-R. Wessely** referiert über 25 Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des VI. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12940.) **St.-R. Bauer** referiert über das Projekt für den Kanalbau in der Neuen Weltgasse im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Das vorliegende Projekt für den Neubau eines Hauptunratskanales in der Neuen Weltgasse zwischen der Eitelberger- und Wenzgasse im XIII. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenverfordernisse von 4700 K wird genehmigt.

2. Zur Bedeckung dieses Erfordernisses wird zur Präliminar-Kubrik XXVII 1 b ein Zuschußkredit in der Erfordernishöhe, das ist 4700 K bewilligt.

3. Das Anbot des Otto A. Gielow, Architekten, V., Schönbrunnerstraße 48, nos. der Firma Gebrüder Gielow, zu den Kosten dieses Kanalbaues einen freiwilligen Beitrag von 500 K zu leisten, wird unter den im Verhandlungs-Protokolle vom 6. Oktober 1904, Magistrats-Abteilung VII, Z. 1192/04, enthaltenen Bedingungen angenommen.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(9076.) St.-R. Nauer referiert über das Projekt für den Neubau von Hauptkanälen in der neuen Straße westlich von der Wiener Verbindungsbahn zwischen dem Hiegingerlai und der Meytensgasse, in der Meytens- und Mantlergasse, Anhof- und Hieginger Hauptstraße, XIII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Projektes.

Die Ausführung hat im Jahre 1905 zu erfolgen, falls die Interessenten ihre freiwilligen Beiträge aufrecht halten. (Abgelehnt.)

(12981.) St.-R. Zahka referiert über die Kündigung des Dienstverhältnisses des Wagmeisters der städtischen Gaswerke Wenzel Kulk und beantragt, dem Wagmeister Wenzel Kulk mit 15. Oktober 1904 dreimonatlich zu kündigen. (Angenommen.)

(12901.) St.-R. Wessely referiert über den Rekurs der Ernestine Kraus wider das Bezirksamts-Dekret, betreffend bau- und sanitätspolizeiliche Übelstände im Spirituosen-Verschleißlokal des Hauses VI., Magdalenastraße 39, und beantragt, dem Rekurse keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(3240.) St.-R. Zahka referiert über die Magistrats-Anträge, betreffend die Regulierung des Hilfsstatus des Stadtbauamtes für den Beleuchtungsdienst, und beantragt, der Magistrat wird beauftragt, wegen Zusammenziehung der bestehenden acht Hilfsstatus in einen einzigen Status Anträge zu stellen. (Angenommen.)

(12753.) St.-R. Zahka referiert über die Beschaffung verschiedener Einrichtungstücke für das Wiener Versorgungsheim in Lainz und beantragt, hierfür einen bedeckten Kostenbetrag von 6500 K zu genehmigen, die Lieferung der Holzmöbel der Genossenschaft der Tischler Wiens und die Lieferung von 12 eisernen Waschtischen der Firma Schinger & Fernau zu übertragen. (Angenommen.)

(12928.) St.-R. Zahka referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Ausstellung des von der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien verlangten Reverses anlässlich der Anbringung von Telephonträgern an der über den Mauerbach führenden Bahnbrücke, und beantragt, die Ausstellung dieses die üblichen Bedingungen enthaltenden Reverses zu genehmigen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtrats-Sitzung vom 14. Oktober 1904.

Vorsitzender: Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Bielowlawek, Graba,
 Braun, Dr. Krenn,
 Brauneiß, Nauer,
 Büsch, Straßer,
 Dr. Deutschmann, Tomola,
 Graf Ferdinand, Weitmann,
 Grünbeck Sebastian, Wessely,
 Högl, Zahka.
 Hörmann,
 Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Wesselsky.

Beurlaubt: St.-R. Gsottbauer, Dppenberger, Rissaweg, Schreiner.

Schriftführer: Magistrats-Kommissär Dr. Delwein.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(12299.) St.-R. Zahka referiert über das Offert des Franz Pohl jun. in Teisfen auf Verkauf von 400 Kohlen-Freischürfen und beantragt, das Offert dankend abzulehnen. (Angenommen.)

(12882.) St.-R. Zahka referiert über die Nachschaffung von Thermophor-Speisetransportgefäßen für das Versorgungsheim und beantragt:

1. Für die Lieferung von 90 Thermophor-Speisetransportgefäßen und 54 Deckeln dazu wird ein Betrag von 3456 K bewilligt.

2. Die Lieferung wird der österr.-ungar. Thermophor-Unternehmung L. Kubach & Komp., IV., Rainerplatz 9, auf Grund ihres Offertes vom 20. September 1904, und zwar in derselben Ausführung und unter denselben Bedingungen wie bei ihrer ersten Lieferung übertragen. (Angenommen.)

(12678.) St.-R. Zahka referiert über das Ansuchen des Franz Rothart und der Anna Hochberger um Baubewilligung für einen Riegelwandbau auf der Realität Einl.-Z. 452 Lainz (Versorgungsheimstraße), XIII. Bezirk, und beantragt, die angesuchte Bauerleichterung gemäß dem Bezirksamts-Antrage nicht zuzugestehen. (Angenommen.)

(11746.) St.-R. Nauer referiert über das Detailprojekt für die Herstellung eines Vorgartens und Sommerturnplatzes beim Schulhause XIII., Hieginger Hauptstraße 166, und beantragt:

1. Die Herstellung eines Sommerturnplatzes und eines Vorgartens beim Schulhause XIII., Hieginger Hauptstraße 166, wird auf Grund des vom Stadtgarteninspektorate vorgelegten Detailprojektes mit dem Betrage von 2169 K 50 h (inklusive des Wertes der aus der städtischen Baumschule zu entnehmenden Gehölze) genehmigt.

2. Die Erhöhung der genehmigten Baukostensumme per 197.100 K auf den Betrag von 199.075 K 50 h wird genehmigt.

3. Die erforderlichen Lieferungen von Erd- und Beschotterungsmaterialie und der sonstigen Erfordernisse sind teils durch die betreffenden städtischen Kontrahenten, teils im Handeinkaufe zu besorgen.

4. Die erforderlichen Arbeiten sind durch das Stadtgarten-Inspektorat auszuführen.

(Angenommen; Punkte 1 und 2 an den Gemeinderat.)

(12031.) St.-R. Nauer referiert über den Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 17. August 1904, Z. 33979, betreffend die Verleihung einer Konzession zum Betriebe eines Hotels und einer Restauration auf der Himmelhof-Realität im XIII. Bezirke an Max Blich, und beantragt, gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12962.) St.-R. Nauer referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XIII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12947.) St.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Ignaz Klein um Bewilligung zur Auswechslung der Pläne für den Bau eines Bohnhauses auf der Realität Dr.-Nr. 49/51 Lainzerstraße im XIII. Bezirke, Einl.-Z. 144 Hieging, und beantragt, die Herstellung der projektierten Veranda zu bewilligen, beziehungsweise die Baubewilligung im Sinne des Bezirksamts-Antrages zu bestätigen. (Angenommen.)

(12934.) St.-R. Brauneiß referiert über die Sicherstellung der Lieferung von Wachswindlichtern und Pechfackeln für das städtische Materialdepot für die Jahre 1905 und 1906 und beantragt, diese Sicherstellung im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung anzunehmen und die vorgelegten Bedingungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(12961.) St.-R. Brauneiß referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XV. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12964.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Komitees zur Errichtung und Erhaltung der Mädchen-Fortbildungsschule im XIV. und XV. Bezirke um Lehrzimmer-Überlassung und Gestattung der Mitbenützung der Lehrmittelsammlung in der Mädchen-Bürgererschule XIV., Heinißgasse 5, und beantragt:

1. Dem ansuchenden Komitee werden die Lehrzimmer Nr. 67 und 68 der obigen Mädchen-Bürgererschule zur Führung einer Mädchen-Fortbildungsschule gewerblicher Richtung unter den üblichen Bedingungen unentgeltlich gegen Widerruf überlassen.

2. Die Beleuchtungs- und Beheizungskosten trägt die Gemeinde Wien.

3. Die Mitbenützung der Lehrmittelsammlung der Mädchen-Bürgererschule wird unter der Bedingung gestattet, daß das Komitee für jedweden durch und anlässlich dieser Mitbenützung entstandenen Schaden die solidarische Haftung übernimmt.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(13006.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen der Rosa Sengl, verheiratete Schenter, um Herabsetzung des Mietzinses für die Wohnung und das Geschäftslokal Nr. 12 im Alten Rathaus und beantragt die Ablehnung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12945.) St.-R. Bielowlawek referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des I. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(12973.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Hermann Neumann um Vermietung der Wohnungen Nr. 3 und 4 im Bürgerhospitalfondshause I., Neutorgasse 18, und beantragt:

Dem Ansuchen des Hermann Neumann um Vermietung der Wohnungen Nr. 3 und 4 im 2. Stock des Bürgerhospitalfondshauses I., Neutorgasse 18, ab November-Termin 1904 angefangen gegen gesetzliche halbjährige Kündigung zu einem in halbjährigen Antizipativraten fälligen Jahreszinse von 5300 K einschließlich aller Nebengebühren wird Folge gegeben und zu den Kosten der notwendigen Instandsetzungsarbeiten ein auf Ausgabe-Kubrik II 1 a des Bürgerhospitalfonds-Voranschlages pro 1904 bedeckter Vergütungsbeitrag von 375 K bewilligt. (Angenommen.)

(13018.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Ankündigungsinstitutes Th. Soini um Bewilligung zur Anbringung von Plakaten in den Straßenbahnwagen und beantragt:

Der Stadtrat wolle dem Ansuchen des Wiener Ankündigungsinstitutes Th. Soini um Bewilligung, die ihm übertragene General-Agentur zur Annoncenaufnahme für die Straßenbahn-Fahrtscheine im Inneren der Straßenbahnwagen plakatieren zu dürfen, mit dem Beifügen Folge gegeben, daß sich das Institut bezüglich der Größe und Form der Plakate, sowie des Ortes ihrer Anbringung mit der Betriebsleitung der städtischen Straßenbahnen ins Einvernehmen zu setzen hat. Der vom Institute vorgeschlagene Text des Plakates wird genehmigt. (Angenommen.)

(12936.) St.-R. Bielowlawek referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Ausstellung des von der k. k. Staatsbahn-Direktion anlässlich der Trottoirpflasterung in der Ausstellungsstraße im II. Bezirke unter dem Bahnviadukte geforderten Reverses und be-

antragt die Reversaustellung nach dem vom Magistrate vorgelegten Entwürfe. (Angenommen.)

(12899.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen des Hermann Fried um Nachsicht von Kanzlei- und Augenscheintaxen für einen hauptpolizeilichen Lokalaugenschein und beantragt die Ablehnung im Sinne des Bezirksamts-Antrages. (Angenommen.)

(13003.) St.-R. Bielowlawek referiert über die durch unvorhergesehene Spenglerarbeiten verursachten Mehrkosten der in den Hauptferien 1904 durchgeführten Herstellungen im Schulgebäude I., Schellinggasse 11, Hegelgasse 12, und beantragt, diese bedeckten Mehrkosten im ungefähren Betrage von 3500 K nachträglich zu genehmigen. (Angenommen.)

(12932.) St.-R. Bielowlawek referiert über das Ansuchen der Theresia Soini um weitere Benützung der Holzplanke beim städtischen Depot II., Kronprinz Rudolfstraße zu Plakatierungszwecken und beantragt:

1. Der obgenannten Firma wird ab 1. November 1904 die das Depot des städtischen Fuhrwerksbetriebes im II. Bezirke gegen die Kronprinz Rudolfstraße zu abschließende Planke zu Plakatierungszwecken seitens der Gemeinde Wien gegen einen jährlichen Pachtzins von 140 K, der in halbjährigen im vorhinein am 2. Jänner und 1. Juli eines jeden Jahres fälligen Raten bei der städtischen Hauptkassa zu entrichten ist, überlassen.

2. Es wird eine beiderseits jederzeit zulässige vierzehntägige Kündigung mit dem Vorbehalte vereinbart, daß es der Gemeinde Wien freisteht, im Falle dieselbe die Planke momentan benötigt, die sofortige Lösung des Bestandsverhältnisses gegen Vergütung des etwa vorausbezahlten Mietzinses zu verlangen.

3. Die Planke ist von der Firma Soini stets in gutem Zustande zu erhalten. (Angenommen.)

(12974.) St.-R. Hörmann referiert über die Durchführung der mit Gemeinderats-Beschluß vom 28. Februar 1903, Z. 1061, genehmigten Punktationen vom 24. Februar 1903, betreffend die Übergabe von Teilflächen der Linienamts-Realität St. Marx an die Gemeinde Wien, und beantragt, das im vorgelegten Protokolle vom 30. September 1904 enthaltene Übereinkommen zu genehmigen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)*

(12676.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Friedrich Lindner um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 220 Gaudenzdorf, Ecke der Harthausen- und Dunklergasse im XII. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 260.61 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 2500 K zu bestimmen, die Zustimmung zur Lösung der auf der Realität haftenden, bereits gegenstandslos gewordenen Realklasten zu erteilen und die Ausstellung der erforderlichen Lösungserklärung auf Kosten der Partei zu veranlassen. (Angenommen.)

(13005.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Wiener katholischen Volksbildungsvereines um Überlassung des Sitzungssaales im Amtsgebäude des V. Bezirkes zur Abhaltung von Vortragsabenden und beantragt die Ablehnung im Sinne der Anträge der Bezirksvertretung des V. Bezirkes und des Magistrates. (Angenommen.)

(13075, 13076.) St.-R. Büsch referiert über Gesuche um Abschreibung beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den

*) Siehe Amtsblatt Nr. 85 vom 21. Oktober 1904, S. 1983.

Wassermehrverbrauch in Häusern des V. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

(13047.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Rosalia Pawitschka um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe A, Reihe 1, Nr. 50, im Meidlinger Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(12914.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Firma P. Paggi, Niso & Komp. um Parzellierungsbewilligung, betreffend die Realität Einl.-Z. 399 in Unter-Meidling, XII. Bezirk, und um Abänderung der Baulinien für die von der Hohenberggasse in südlicher Richtung abzweigende Parallelstraße zur Zenogasse im XII. Bezirke und beantragt:

1. Die Baulinien der von der Hohenbergstraße in südlicher Richtung abzweigenden ersten Parallelstraße zur Zenogasse werden unter Verschiebung um 10 m in westlicher Richtung nach den im Plane Z. 1200-XIII rot schraffierten Linien a b beziehungsweise c' c d d' e' e f' unter der Bedingung abgeändert, daß die Straßenverbreiterung auf 12 m statt 10 m (wie bisher) durchgeführt wird.

2. Die Abteilung des Baublockes V der Liegenschaft Einl.-Z. 399 in Unter-Meidling unter Zugrundelegung der ad 1 beantragten neuen Baulinien auf 20 Baustellen wird — und zwar auf Grund des § 3, lit. a B. O. als Parzellierung im Sinne des Magistrats-Antrages, sowie unter der Bedingung genehmigt, daß die mit Stadtrats-Beschluß vom 28. Juli 1904, Z. 10079, bereits genehmigte Parzellierung der Realität Einl.-Z. 399 in Unter-Meidling vor der jetzt projektierten Grundabteilung oder mindestens gleichzeitig mit derselben grundbücherlich durchgeführt werde.

3. Das Ansuchen der Abteilungswerber um Veranlassung der Schätzung des Julius Frankl'schen Grundes, welcher seinerzeit nach der Baulinie in die Verbauung einzubeziehen sein wird wird abgelehnt. (Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderat.)

Der **Vorsitzende** konstatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten.

(11835.) St.-R. Graba referiert über die Besetzung von Stellen im Status der Zentral-Friedhofverwaltung.

Es wird bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträten beschlossen, zu ernennen:

zum Ober-Offizial in der VII. Rangklasse: Karl Tuschek;

zum Offizial in der VII. Rangklasse: Alois Kostka;

zum Adjunkten in der VIII. Rangklasse: Ferdinand Aigner (letzterer provisorisch auf die Dauer von zwei Jahren).

St.-R. Braun hat für die Dauer der Beratung und Beschlußfassung über den vorbezeichneten Gegenstand den Sitzungssaal verlassen.

(13121.) St.-R. Tomola referiert über das Ersuchen des niederösterreichischen Landes-Ausschusses um Äußerung über die vorgeschlagene Regelung der Bezüge der Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Wien und beantragt:

Der Gemeinderat wolle der vom niederösterreichischen Landes-Ausschusse vorgeschlagenen, in der beiliegenden Buchhaltungstabelle enthaltenen Regelung der Bezüge der Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Wien die Zustimmung unter folgenden Kautelen geben:

1. Daß die Biersteuer so eingeführt werde, daß der auf den Konsum der Gemeinde Wien entfallende Anteil auch für die Gemeinde Wien eingehoben werde;

2. daß die Berechtigung einer Lehrerin vom Zeitpunkte der Inkraftsetzung dieses Gesetzes an als ein freiwilliger Dienstverzicht angesehen wird;

3. daß alle in Schul-Angelegenheiten vorgelegten Gesekentwürfe ein untrennbares Ganzes bilden und für dieselben, somit auch für den oben vorgeschlagenen Gesekentwurf gleichzeitig die kaiserliche Sanktion erteilt werde.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

(12751.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Dr. Wolfgang Nigler um Ermächtigung, bei der k. k. niederösterreichischen Finanzprokurator einen bindenden Ausgleichs-Antrag im Erbschaftsprozesse nach Elisabeth Rathmayer dahin zu stellen, daß das abzüglich aller Passiven erübrigende reine Nachlaßvermögen (zirka 8000 K) nach der Obgenannten, bei gegenseitiger Aufhebung der Kosten des gegenwärtig schwebenden Rechtsstreites zwischen der Gemeinde Wien und dem k. k. Ärar zu gleichen Teilen geteilt werde. (Angenommen.)

(13078.) St.-R. Dr. Kreun referiert über den Magistratsbericht, betreffend Benützung eines Teiles der Kat.-Parz. 146 Groß-Heinrichschlag durch den Eigentümer der Nachbarparzelle 142, Josef Steindl, zur Ackerung und beantragt, den Magistrat zur Überreichung der Besitzförderungsklage gegen Josef Steindl zu ermächtigen. (Angenommen.)

(13121.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Bezirksvorsitzers des VI. Bezirkes um leihweise Überlassung von Pflanzen und Dekorationen zur Ausschmückung des Festsaales im Hotel Savoy anlässlich des am 18. Oktober 1904 stattfindenden Bankettes zur Feier des 50jährigen Bestandes der Kommunal-Realschule im VI. Bezirke und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Protokoll

über die **Festsetzung** der Bezirksvertretung Landstraße vom **20. Oktober 1904.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler.**

Schriftführer Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Dr. Franz Schenk.

Der **Vorsitzende** konstatiert die Beschlußfähigkeit und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Nach einleitenden Worten der Begrüßung sagt **W.-F. Spitaler** folgendes:

„Nur eine kurze Spanne Zeit trennt uns noch von dem Tage, an welchem unser allverehrter Herr Bürgermeister Dr. Karl Lueger sein 60. Lebensjahr vollendet.“

Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung Wiens rüstet sich, diesen Tag festlich zu begehen, und so habe auch ich Sie, meine sehr geehrten Herren, zu einer außerordentlichen Sitzung eingeladen, um auf Grund eines zu fassenden Beschlusses dem Herrn Bürgermeister zu seinem 60. Geburtstag die Glückwünsche der Bezirksvertretung Landstraße darzubringen. Indem ich der Überzeugung Ausdruck gebe, daß Sie meinem Rufe zu dieser Festsetzung freudigst Folge geleistet haben, danke ich herzlichst für Ihr Erscheinen.“

B. B. Spitaler entwirft sodann in längerer Rede ein Bild des politischen Werdeganges des Bürgermeisters von dem Tage an, an welchem die Wählerschaft des 3. Wahlkörpers des Bezirkes Landstraße seine überragenden Fähigkeiten erkennend, ihn zum erstenmale in den Gemeinderat entsendet habe. Redner schildert weiters die heißen Kämpfe, bei welchen es ihm gegönnt gewesen sei, vom Tage der Geburt der heute in Wien herrschenden Partei an, Schulter an Schulter mit dem Führer zu streiten.

„Was Dr. Karl Lueger“, sagt der Vorsitzende am Schlusse seiner Rede, „für die Entwicklung unserer geliebten Vaterstadt bedeutet, seitdem er die Siegespalme errungen und sich, getragen vom Vertrauen und der Liebe des wahren Wienerturns, mit der Bürgermeisterei schmücken durfte, das brauche ich Ihnen, meine sehr geehrten Herren, die Sie ja als Mitglieder einer Bezirksvertretung an der Gemeindeverwaltung mitzuwirken berufen sind, nicht auseinander zu setzen. Seine Leistungen auf kulturellem und volkswirtschaftlichem Gebiete und auf dem weiten Felde der Wohlfahrtspflege sichern ihm für alle Zeiten einen Ehrenplatz in der Geschichte Wiens.“

Ich weiß mich eins mit Ihnen, meine sehr geehrten Herren, wenn ich den heißen Wunsch ausspreche, der Herr Bürgermeister Dr. Karl Lueger möge uns durch ein gnädiges Walten der Vorsehung noch viele, viele Jahre an der Spitze unseres blühenden Gemeinwesens erhalten bleiben, auf daß dasselbe fortschreite auf der Bahn kulturellen und wirtschaftlichen Wohlstandes und christlicher Gesittung.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, dem Herrn Bürgermeister Dr. Karl Lueger zur Feier seines 60. Geburtstages die herzlichsten und ergebensten Glückwünsche der Bezirksvertretung Landstraße darbringen zu dürfen.“

Die Zustimmung wird unter allseitigem lebhaften Beifall und Händeklatschen erteilt.

Nach einem dreimaligen Hoch auf den Herrn Bürgermeister, in welches die Versammlung begeistert einstimmt, erklärt der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen.

(IX. Gemeindebezirk, Alsergrund.)

Protokoll

über die Festsetzung der Bezirksvertretung
Alsergrund vom 20. Oktober 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Josef Stary.

Anwesend sind die Gem.-Räte Grundler, Dr. Klossberg, Dürbeck und Hermann.

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Guido Kopecky.

Gegenstand der Tagesordnung: Feier des 60. Geburtstages des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Der Vorsitzende begrüßt die Versammlung und erläutert zunächst den Zweck der Sitzung.

Er schildert den Lebenslauf des Herrn Bürgermeisters, von dessen Eintritt in das politische Leben bis auf den heutigen Tag; feiert mit begeistertsten Worten dessen Verdienste auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und fleht Gottes Segen auf das Haupt des Gefeierten herab.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Herrn Bürgermeister, in welches die Versammelten begeistert einstimmen, wird die Sitzung geschlossen.

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

Protokoll

über die Festsetzung der Bezirksvertretung Ottakring
vom 22. Oktober 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Johann Hofstinger.

Anwesende: Sämtliche Mitglieder der Bezirksvertretung, die Gemeinde- und Stadträte des Bezirkes, die Mitglieder des Ortschulrates und die Armenräte.

Nach erhobener Beschlußfähigkeit begrüßt der Vorsitzende B. B. Hofstinger die Erschienenen, erklärt die Sitzung für eröffnet, hebt die Verdienste des Bürgermeisters auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hervor und beantragt nachstehende Resolution zur Annahme:

„Die im Festsale der Bezirksvertretung Ottakring versammelten Bezirksräte, sowie die Stadt- und Gemeinderäte, Mitglieder des Ortschulrates und Armenräte des XVI. Bezirkes Ottakring bringen ihrem Bürgermeister und Führer Dr. Karl Lueger anlässlich des 60. Geburtstages die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche dar und knüpfen hieran den Wunsch, es möge Gott gefallen, ihn noch lange Jahre zum Schutze und Segen der Bevölkerung und zum Wohle der Vaterstadt auf seinem schweren und verantwortungsvollen Posten zu erhalten.“

Diese Resolution wird mit großem Beifall einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf den Bürgermeister Dr. Karl Lueger, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmen, die Sitzung schließt.

(XX. Gemeindebezirk, Brigittenau.)

Protokoll

über die Festsetzung der Bezirksvertretung
Brigittenau vom 20. Oktober 1904.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Lorenz Müller.

Als Gäste sind erschienen die Gem.-Räte Georg Hütter und Hans Schneider.

Als Schriftführer fungiert der Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Karl Fees.

Nach Konstatierung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet und richtet an die im Festkleide erschienenen Herren folgen Ansprache:

„Meine Herren! Die Bezirksvertretung Brigittenau hat sich heute hier versammelt, um den 60. Geburtstag unseres allverehrten Bürgermeisters Dr. Karl Lueger zu feiern.“

Was der Name Lueger für die christliche Bevölkerung Wiens und Niederösterreichs bedeutet, ist jedem von Ihnen bekannt. Unser Bürgermeister ist mit Leib und Seele ein Wiener und hat sein ganzes Leben, seine Gesundheit und Kraft seiner Vaterstadt Wien geweiht.

Seine rastlose Tätigkeit, sein enormes Wissen, sein unerschrockenes Eintreten für die Sache des christlichen Volkes sind nicht nur in unserem Vaterlande, sondern auch weit über seine Grenzen hinaus bekannt. Wir alle wissen es, welche schwere Kämpfe Dr. Lueger in seiner langjährigen Tätigkeit zu bestehen hatte, welche schier unüberwindlichen Schwierigkeiten sich seinen Bestrebungen entgegengestellt haben.

Er war der Erste, welcher den Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung Österreichs durch die Ungarn begonnen hat, lange stand er damit allein im Parlament, verspottet und verhöhnt von allen, als er dort seine einzig dastehenden Reden gegen den Ausgleich mit Ungarn

hielt. Heute erst sieht es alle Welt ein, wie Recht Dr. Lueger damals hatte.

Welche Kämpfe hat es gekostet, bis Wien einen in seiner Mehrheit nach antisemitischen Gemeinderat erhielt und Dr. Lueger an die Spitze der Gemeindeverwaltung stellte. Was damals Dr. Lueger an Agitation in Tausenden von Versammlungen geleistet hat, ist noch in unser aller Erinnerung. Damals war unser Bezirk mit ausschlagend, daß in Wien die Majorität des Gemeinderates christlich wurde. Schwere Tage brachen noch für Dr. Lueger herein, als eine kurzfristige Regierung seine Wahl zum Bürgermeister nicht bestätigte. Wir wissen, welch großes Opfer damals Strobach brachte, welcher seine Aufgabe nicht als ein Stellvertreter, sondern als ein Bürgermeister voll und ganz erfüllte.

Als im Jahre 1896 Dr. Lueger die Verwaltung der Stadt übernahm, war die Finanzlage der Stadt keine glänzende. Zahlreiche kostspielige Einrichtungen einer Großstadt harrten ihrer Erledigung. Er war es, der die Errichtung neuer Gaswerke, die Einführung einer großstädtischen Straßenbeleuchtung durchsetzte, trotz der geradezu ungeheueren Schwierigkeiten, welche die jüdische Finanzwelt speziell seinen Bemühungen hinsichtlich der Geldbeschaffung entgegensetzte. Er hat die städtischen Elektrizitätswerke geschaffen, eine neue Einnahmequelle der Gemeinde. Er hat für künftige Generationen vorgesorgt durch den Bau einer zweiten Hochquellenleitung.

Ebenso ist es eines seiner größten Verdienste, daß die Straßenbahnen in so geschickter und billiger Art in den Besitz der Gemeinde gelangten. Ich kann getrost behaupten, kein anderer Bürgermeister hätte dies so zustande gebracht. Abgesehen von den großen Einnahmen der Gemeinde hieraus ist die Straßenbahn ein äußerst billiges Verkehrsmittel. Durch die Herabsetzung der Fahrpreise in den Morgenstunden ist Dr. Lueger der Arbeiterbevölkerung entgegenkommen.

Er ist es, der die Städtische Lebens- und Rentenversicherungsanstalt, das Kinderspital anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers ins Leben gerufen hat, er ist es, der für das Wohlergehen aller Stände unermüdet sorgt. Seiner Initiative verdanken die städtischen Bediensteten aller Kategorien und in jüngster Zeit die Lehrerschaft ihre Verbesserung. Er war es auch, der der Arbeiterschaft ein Wahlrecht in die Gemeindevertretung gab, wie es bisher noch keine österreichische Stadt aufzuweisen hat.

Was Dr. Lueger für unseren Bezirk geleistet hat, ist allbekannt. Eines will ich nur hervorheben, daß er es gewesen ist, der schon im Jahre 1890 für die Abtrennung der Brigittenau von der Leopoldstadt im Gemeinderate eingetreten ist; daß wir im Jahre 1900 dieses Ziel erreichten, ist ein Verdienst unseres Bürgermeisters.

Die zahlreichen neuen Straßenzüge, die rege Bautätigkeit und das rasche Emporklängen unseres Bezirkes sind die Folgen dieser Tat.

Ich bin überzeugt, daß die ganze Bezirksvertretung mit mir in den Wunsch übereinstimmt, möge es Gott gefallen, daß Dr. Karl Lueger noch lange Jahre in voller geistiger und körperlicher Frische an der Spitze unserer Vaterstadt Wien steht und er noch recht lange sein segensreiches Wirken für die Bevölkerung fortsetzen kann. Ich bitte die Bezirksvertretung, zu beschließen, daß ihre herzlichsten Glückwünsche dem Herrn Bürgermeister durch mich und Herrn Bezirksvorsteher-Stellvertreter Koppeneiner deputativ ausgedrückt werden.

Ein stimmig angenommen.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Vorstenviehmärkte vom 25. und 27. Oktober 1904.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Jungschweine (Fleischschweine)	5519 Stück
Fettschweine	7176 "
Summe	12695 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 809 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	11243 Stück
für das Land	190 "
unverkauft blieben	1262 "

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität	von 82 bis 94 h (extrem bis 102 h)
II. "	" 72 " 81 "
III. "	" 66 " 71 "

Fettschweine:

I. Qualität	von 94 bis 98 h (extrem bis 105 h)
II. "	" 88 " 93 "
III. "	" 84 " 86 "

Auf den dieswöchentlichen Vorstenviehmärkten wurden im Vergleiche zur Vorwoche um 155 Stück Fleischschweine und um 938 Stück Fettschweine weniger aufgetrieben. Bei schwerfälligem Geschäftsverkehre notierten die Preise der Fettschweine zumeist um 1 h per Kilogramm niedriger, die der Fleischschweine jedoch unverändert, wie in der Vorwoche.

* * *

Pferdemarkt vom 25. Oktober 1904.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 589 Pferde
(351 Schlachtpferde, 238 Gebrauchspferde).

Preis: für Gebrauchspferde	120—900 K per Stück
" Schlachtpferde	40—132 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 27. Oktober 1904.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	86	Schafe lebend	2149
Kälber ausgeweidet	3640	Schafe ausgeweidet	765
Lämmer lebend	70	Schweine ausgeweidet	2129
Lämmer ausgeweidet	177		

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von 100 bis 108 h (extrem bis — h)
II. "	" 90 " 98 "
III. "	" 80 " 88 "

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

- I. Qualität von 108 bis 128 h (extrem bis 144 h)
- II. " " 96 " 106 "
- III. " " 84 " 94 "

Lämmer lebend (per Paar):

- I. Qualität von — bis — K (extrem bis 32 K)

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

- I. Qualität von 20 bis 28 K (extrem bis — K)
- II. " " 14 " 18 "

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

- I. Qualität von 70 bis 84 h (extrem bis 104 h)
- II. " " 60 " 68 "
- III. " " 50 " 58 "

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

- I. Qualität von 96 bis 116 h (extrem bis 124 h)
- II. " " 86 " 94 "
- III. " " 80 " 84 "

Schafe lebend (per Paar):

- I. Qualität von — bis 34 K (extrem bis — K)
- II. " " — " 22 "
- III. " " 18 " 20 "

Schafe lebend (per 1 kg):

- I. Qualität von 46 bis 49 h (extrem bis — h)
- II. " " — " 44 "
- III. " " — " 40 "

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 178 Stück Kälber mehr zugeführt. Der Geschäftsverkehr war ruhig und konnten Kälber nur vorwöchentliche Preise erzielen. Weidner Schafe und Lämmer hatten flauen Absatz und waren Schafe durchschnittlich um 4 h per Kilogramm billiger; auch Weidner Schweine erfuhren einen Preisrückgang von 4 bis 6 h per Kilogramm.

Auf dem Schafmarkte wurden um 600 Stück Schafe weniger aufgetrieben und gingen die Preise bei schwerfälligem Absatze um 2 bis 3 h per Kilogramm zurück.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 27. Oktober 1904 190 Stück Mast-, 27 Stück Weide- und 75 Stück Beinvieh aufgetrieben.

Baubewegung

vom 24. bis 27. Oktober 1904.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

- IV. Bezirk: Haus, Pausanergasse 4, Neumaungasse 4, von R. Rossi, Baumeister (7308).
- X. Bezirk: Bordere Südbahnstraße, Ecke Liebergasse, von Singer & Kraus, IX., Schladgasse 2, von Karl Reichstädter (68508).
- " " Bordere Südbahnstraße 20, von Pittel & Brausewetter, IV., Frankenberggasse 13, Bauführer J. Brausewetter (68690).
- XII. Bezirk: Ebenerdige Villa, Hengendorf, Einl.-Z. 599/600, Baustelle V. von dem Ersten Wiener Beamten-Bauverein, Bauführer Karl Holzmann (38626).
- " " Zweistöckiges Wohnhaus, Altmannsdorf, Zöppelgasse 6, Einl.-Z. 27, von Franz Siller, Bauführer Alois Schaufler (38732).

- XVI. Bezirk: Haus, Grundsteingasse 14, von Anna Freiberg, Bauführer Karl J. Schmidt (67205).
- XVII. Bezirk: Wohnhaus, Dampfergasse 3/5, von Ludwig Schmidt, VIII., Florianigasse 54, Bauführer August Behlolawet (38802).
- " " Wohnhaus, Dampfergasse 7/9, von Ludwig Schmidt, VIII., Florianigasse 54, Bauführer August Behlolawet (38802).

Abaptierungen.

- I. Bezirk: Kohlmarkt 8, Ballnerstraße 1, von der Wiener Baugesellschaft (7317).
- II. Bezirk: Kleine Sperlgasse 8, von Karl Klein, Baumeister (7279).
- III. Bezirk: Rennweg 81, von der Knaben-Asyl-Direktion, Bauführer J. Frosch (7321).
- " " Gürtelstraße 17, von Karl Neuwaldner, Bauführer J. Bertowig (7274).
- V. Bezirk: Schönbrunnerstraße 58, von Max Kaiser (7297).
- VII. Bezirk: Zieglergasse 1, von Anton Krones, Baumeister (7318).
- VIII. Bezirk: Florianigasse 56, von R. Mayerhofer, Bauführer Josef Raufsch (7327).
- X. Bezirk: Quellengasse 39, von Anton Groja, ebenda, Bauführer W. Stadler (68780).
- XII. Bezirk: Schönbrunnerstraße 309, von Raimund Ritter v. Hammer, Bauführer Johann Neuwirth (38735).
- XVI. Bezirk: Kolburggasse 11, von Method und Josefina Tiltzsch, Bauführer W. König (67206).
- XX. Bezirk: Kaufstraße 9, von Kamillo Dischner, Maurermeister (7271).

Diverse (geringere) Bauten.

- X. Bezirk: Gubrunstraße, Ecke Laimädergasse, von der Gemeinde Wien (68999).
- " " Jüngersdorferstraße 21, von Johann Dorn, ebenda, Bauführer W. Stadler (68927).
- " " Triesterstraße 7, von Michael Trenker, ebenda, Bauführer J. Appermann (68928).
- XII. Bezirk: Hausbauherstellung, Hengendorf, Bethfengasse 6, von M. Pawlicek, Bauführer Alois Schaufler (38432).
- " " Herstellung eines Kellers, Gaudenzdorferstraße 21, von der Firma Seher & Söhne, Bauführer Pittel & Brausewetter (38789).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern zc.

- XVI. Bezirk: Thaliastraße 112, von Johann Tropf (67045).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe oder Ausfertigung der Baulinien wurden überreicht:

- I. Bezirk: Johannesgasse 19, Seilerstätte 24, vom k. k. Finanzministerium (7311).
- V. Bezirk: Kriehberggasse, Einl.-Z. 1860, von Ed. Popper, VII., Kaiserstraße 25 (7290).
- VIII. Bezirk: Lederergasse 18, Mülkergasse 3, von Weil & Komp., IX., Pechensteinstraße 32 (7290).
- XVI. Bezirk: Ottakringerstraße 141, von Rosa Novak, Barbara, Johann und Karl Stierhof (66685).
- XVIII. Bezirk: Pöggeldorfer, Julienstraße, Einl.-Z. 674, von Josef und Emma Heinze (33055).
- " " Währing, Gersthoferstraße 33, von Ludwig Riedl (39134).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Abt. VIII, Z. 2794.

24. Oktober 1904.

Vergebung der Lieferung der Öl- und Seifensiederwaren für den Bedarf der städtischen Wasserleitungen in den Jahren 1905 bis 1907.

Schönbichler Emanuel in Ybbs

- Hochprima Kernseife 100 kg 52 K.
- Schmierseife 44 K.
- Unschlittkerzen 90 K.
- Maschinentalg 84 K.
- Stearinkerzen jeweiliger Tagespreis mit 10% Rabatt.

Binder Leopold

- Maschinenöl 31 K.
- Zylinderöl 34 K 50 h.
- Petroleum 37 K.
- Leinöl 80 K.
- Baumöl 85 K.
- Gasmotorenöl 43 K 50 h.

- Schmierseife 40 K.
 Kristallsoda 8 K 70 h.
 Unschlitzkerzen 94 K.
 Stearinkerzen Nr. 12 132 K.
 Stearinkerzen Nr. 6 und 8 128 K.
 Kernseife 56 K.
 Kernschlitt 95 K.
- Ublein J. & Sohn — Kristallsoda 19 K.
 Unschlitzkerzen 92 K.
 Stearinkerzen I. Qualität 129 K.
 Stearinkerzen II. Qualität 116 K.
 Kernseife 55 K.
 Kernschlitt 85 K.
 Schmierseife 40 K.
- Erste Österreichische Seifenfabrik-Gewerkschaft „Apollo“
 — Kernseife Nr. 25 54 K.
 Kernseife Nr. 9 50 K.
 Schmierseife 40 K.
 Soda 8 K 50 h.
 Kernschlitt 96 K.
 Apollokerzen, I. Qualität 172 K.
 Köbnerkerzen, II. Qualität 156 K.
 Unschlitzkerzen 100 Patete à 500 g 52 K.
- Britsch' Karl Nachfolger — Maschinenöl 25 K 50 h.
 Vakuumzylinderöl 53 K 50 h.
 Petroleum 45 K.
 Leinöl 66 K.
 Baumöl 86 K.
 Gasmotorenöl 44 K.
 Lagerschmieröl 32 K.
 Vakuumzylinderöl 58 K.
 Petroleum 42 K 50 h.
 Leinöl 70 K.
 Baumöl 83 K.
 Gasmotorenöl 43 K.
- Felker, Pohl & Komp. — Maschinenöl 36 K 50 h.
 Vakuumzylinderöl 56 K.
 Petroleum 45 K.
 Leinöl 65 K.
 Baumöl 86 K.
 Gasmotorenöl 58 K.
 Kassa 2% Skonto.
- Lemach A. C. — Maschinenöl 33 K.
 Vakuumzylinderöl 48 K.
 Gasmotorenöl 30 K.
- Cooper Edwin — Maschinenöl 29 K 50 h.
 Zylinderöl 39 K.
 Petroleum 39 K 50 h.
 Leinöl 72 K.
 Baumöl 66 K.
 Gasmotorenöl 36 K.
 Kernschlitt 74 K.
- Peyrl Ludwig — Zylinderöl 34 K 50 h.
 Maschinenöl 29 K 50 h.
 Gasmotorenöl 36 K.
 Vakuumzylinderöl 48 K.
 Vakuummaschinenöl 38 K.
 Vakuum-Gasmotorenöl 46 K.
 Maschinenfett Nr. I 52 K.
 Maschinenfett Nr. II 45 K.
 Kassa innerhalb 30 Tagen 2% Skonto.
- Wolffgram & Hartmann — Maschinenöl, hochprima, 32 K.
 Maschinenöl, prima, 30 K.
 Vakuumzylinderöl, hochprima, 60 K.
 Vakuumzylinderöl, prima, 52 K.
 Petroleum 45 K.
 Leinöl 80 K.
 Baumöl 85 K.
 Gasmotorenöl 40 K.

II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Sandlieferung für die städtischen Gartenanlagen.

- Gruber Andolf — 695 m³ Steinfelderand für den I., V., VI. und X. Bezirk zu 10 K 50 h per Kubikmeter.
- Wanko Michael — 423 m³ Steinfelderand für den II., VII., VIII., IX., XVII. und XX. Bezirk zu 9 K 80 h per Kubikmeter.
- Wanko Alois — 401 m³ Maschinenquarzand für den III. und IV. Bezirk zu 7 K 50 h per Kubikmeter.
- Bara Adolf — 258 m³ Gebirgsand für den XIII., XIV., XV. und XVI. Bezirk zu 9 K 80 h per Kubikmeter.

Meißgeyer & Komp. — 258 m³ Gebirgsand für den XII. Bezirk zu 7 K 50 h per Kubikmeter, für den XVIII. Bezirk zu 10 K per Kubikmeter, für den XIX. Bezirk zu 12 K per Kubikmeter.

Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster.
19. Oktober 1904.

(Fortsetzung.)

- Webera Josef — Tischlergewerbe — XIV., Kröllgasse 14.
 Welt Silvester — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — XVII., Hernaller Hauptstraße 15.
 Wittlich Johann — Pferdefleisch- und Erbschwaren-Verschleiß — XVI., Degengasse 63.
 Wilhelm Anna — Wäschepuderei — IV., Schüsselgasse 1.
 Wintersperger Elisabeth — Damenkleidernachergewerbe — XVII., Ortliebasse 33.
 Jabukovec Anton — Kastanienbratergewerbe — IV., Favoritenstraße 46, an der Ecke gegen Nr. 44.
 Zillmann Oswald — Senf-Erzeugung — XIII., Reintgasse 11.

20. Oktober 1904.

- Alten Alfred — Börsegeschäfte — II., Pratersstraße 50.
 Anzböck Leopold — Kleinhandel mit Brennmaterialien (Zentrale) — II., Untere Donaustraße 32.
 Appelt Anna — Damenkleidernachergewerbe — VII., Breitegasse 4.
 Begovich Marcella Apollonia — Handel mit Geflügel im Umherziehen — XII., Pöhlgasse 31.
 Billovics Marie, geb. Tara — Kleinfuhrwerksgewerbe — XII., Aßmeyer-gasse 74.
 Blas Adolf — Handelsagentur — X., Favoritenstraße 97.
 Bodenstein Viktoria — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — VII., Kaiserstraße 69.
 Bonfi Johann — Fleischanergerbe — VI., Markthalle.
 Boswald Juliane — Pachetrieb der im unten genannten Standorte sich befindlichen veräußlichen Schaulgerechtigkeit — II., Kaiser Josefstraße 34.
 Bridling Marie, geb. Handel — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Abrechtsbergergasse 8.
 Brodnik Johanna — Kastanienbratergewerbe — II., Vor dem Hause Anstaltungsstraße 3.
 Brosch Anna — Tabak-Druck — II., Scherzergasse 14.
 Burian Leopold — Provisionsagent — IX., Fuchshallerergasse 13.
 Calchera Giacomo — Gefrorenes-Verschleiß — II., Hammer-Purgstall-gasse 1.
 Capel Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Eitenreichgasse 18.
 Danyel Marie — Viktualien-Verschleiß (Zentrale) — IX., Bramergasse 12.
 Degen Johann — Provisionsagent — IX., Kolingasse 19.
 Dolezel Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Dreiaufergasse 5.
 Drahoš Heinrich — Gast- und Schankgewerbe — X., Herzgasse 68.
 Dvorak Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Buchengasse 63.
 Eisler Gustav — Provisionsagent — IX., Tendlergasse 5.
 Faust Aron — Erzeugung von Filzen — II., Rembrandtstraße 9.
 Fischer Leopold — Kleinhandel mit Brennmaterialien (Zentrale) — II., Engerthstraße 221.
 Flandrat Max — Agent — IX., Thurngasse 11.
 Freitlicher Pauline — Damenkleidernachergewerbe — VII., Neustiftgasse 116.
 Färnkranz Johann — Tischlergewerbe — IX., Röggergasse 32.
 Gafner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Favoritenstraße 137.
 Gemeinböt Julie — Verschleiß von Sodawasser und Fruchtstäben in handelsüblich verschlossenen Flaschen — X., Favoritenstraße 176.
 Goldhaar Beatrice — Klavierunterricht — II., Große Mohrengasse 14.
 Gröber Franz — Gastwirt — VI., Marchettigasse 1.
 Gruber Wenzel — Milchmeiergewerbe — XII., Reschgasse 11.
 Grünauer Karoline — Tuilmachergewerbe (Witwenfortbetrieb) — V., Brandmehergasse 28.
 Grünspann Siegmund — Zeitungsherausgeber („Jüdisches Volksblatt“) — XVII., Lachnergasse 67.
 Hahn Jidor — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 126.
 Hajek Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Leebgasse 18.
 Erenitwerke, Ludwig Hatschel; Alleinhaber: Ludwig Hatschel — Zweigniederlassung der in Schöndorf befindlichen Fabrik — IX., Berggasse 11.
 Hellner Robert — Pferdelegewerbe — VI., Stumpergasse 1.
 Herold Franz — Fleischanergerbe (Zentrale) — Weidling (Markt).
 Hofmann Alois — Modistengewerbe — IX., Thurngasse 14.
 Hujšza Thomas — Fuß- und Wagenschmied — X., Alzingergasse 34.
 Jelinek Adolf — Tischlergewerbe — V., Steinbauergasse 9.
 Jelissek Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Arthaberplatz 3.
 Kaleta Rosalie — Viktualien-Verschleiß — X., Herzgasse 38.

Karpel Morz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Landelmarktgasse 20.
 Kamenit Marie — Holz- und Kohlenhandel — X., Reisingergasse 19.
 Knöpfler Gisela (Firma: Paraner Likör-Vertrieb und Erzeugung von spirituellen Getränken (Knöpfler) — Erzeugung von Likören aller Art und spirituellen Getränken, sowie von Rum und Kognak — IX., Lackierergasse 1 a.
 Knoll Anton — Pachtbetrieb der auf dem unten bezeichneten Hause radizierten Schankgerechtigkeit — II., Große Pfarrgasse 23.
 König Zsbor — Handelsagentie — II., Taborstraße 10.
 Kóvi Gisela — Klavierunterricht — II., Nordbahnstraße 44.
 Komarek Barbara — Drechslergewerbe (Fortbetrieb) — VII., Hermannsg. 2.
 Komlosh Emil — Garderobe — II., Nordbahnhof.
 Kráiz Franz — Handel mit elektrischen Bedarfsartikeln — VII., Linden-gasse 34.
 Kubelka Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Hufelandgasse 8.
 Kubernath Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Lembergasse 15.
 Kurzholz Morz — Buchbindergewerbe — IX., Pechtensteinstraße 7.
 Ladner Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Erdbergstraße 82.
 Ladner Rosa — Wildbret- und Geflügelhandel — III., Erdbergstraße 82.
 Lara Josefina — Gemischtwarenhandel — I., Fleischmarkt 18.
 Gesellschaft für Export und Import patentierter Apparate und Maschinenteile Josef Edmund Kozansky & Albert Jones — Export und Import von Apparaten und Maschinenteilen — IX., Kollingasse 11.
 Leppa Klementine — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier (Filiale) — IX., Sobieskigasse 32.
 Lichtscheidl Josef — Wildbret- und Geflügelhandel (Filiale) — V., Bräuhansgasse 63.
 Liszta Karl — Tanzschule — III., Fasangasse 27.
 Liszovec Thomas — Holz- und Kohlenhandel — X., Eugengasse 21.
 Loidolt Therese — Pferdefleisch-Anschlerei — X., Glacgasse 80.
 Lugschitz Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — III., Mohrgasse 26.
 Luthig Emma (prot. Firma F. Blatnik) — Fabrikmäßige Erzeugung von Emballagen (Kistentischlerei) — XII., Schönbrunnerstraße 138.
 Machacek Julius — Tischlergewerbe — X., Humboldtgasse 21.
 Mann Josefina, geb. Scheidinger — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — V., Ramperstorfergasse 30.
 Marek Heinrich — Bauunternehmung — X., Eugengasse 24.
 Marek Rudolf — Bauunternehmung — X., Eugengasse 24.
 Marsik Peter — Schneider — II., Reisingergasse 18.
 Maszke Renata — Wäschepulvergewerbe — XII., Rosasgasse 10.
 Merin Johanna — Pfeidlerei — VI., Gumpendorferstraße 153.
 Molinet Karl — Gast- und Schankgewerbe — X., Quallengasse 93.
 Müller Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — XX., Wintergasse 18.
 Mulin Franz — Verschleiß von rohem Schweinefleisch und Selchwaren — IX., Markt, Porzellangasse.
 Neumann Gustav — Kurzwaren-Verschleiß — II., Sebastian Kneippg. 5.
 Niklas Josefina — Damenkleidermachergewerbe — IX., Radlergasse 2.
 Nußbaum Marie — Kasanienbratergewerbe — X., Quellenplatz.
 Petwaidic Ludwig — „Deutsches Tagblatt“, periodische Druckchrift — VII., Bandgasse 28.
 Pfeil Marie, geb. Venusch — Modistengewerbe — II., Praterstraße 21.
 Pilat Josef — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — IX., Lustlandgasse 20.
 Poláček Anna — Schuhmacher (Witwenfortbetrieb) — II., Note Kreuzgasse 10.
 Reindl Barbara — Gast- und Schankgewerbe — X., Eugengasse 68.
 Reichel L., Alleinhaber Richard Reichel — Pfeidlerei, Krawatten-Erzeugung — I., Börsegasse 12.
 Reichel L., Gesellschafter: Leopold Reichel, Richard Reichel — Pfeidlerei, Krawatten-Erzeugung — I., Börsegasse 12.
 Róhrl Franz — Handel mit Knochen, Fettwaren und Abfällen — XII., Haebbergasse 1.
 Róber Josef — Fleischhauergewerbe, Wiederbetrieb — X., Favoritenstraße 70.
 Schaffenberger Franz — Fremdenführer — II., Novaragasse 38 a.
 Schafhauser Karl — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — V., Spengergasse 25.
 Schartel Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pechtensteinstr. 84.
 Schante Alois — Friseur- und Rasenrgewerbe — IX., Klusiusgasse 7.
 Schiefer Josefa, geb. Weiß, durch St. Vertreter Franz Waniček — Drechslergewerbe — V., Stolberggasse 25.
 Schneider Karoline — Modistin — II., Ferdinandstraße 27.
 Schönfeller Franz — Viktualien-Verschleiß (Wiederbetrieb) — IX., Voischlegasse 6.
 Schönstein Robert — Flußschiffahrt an der niederösterreichischen Donaustraße und Donaukanal — III., Erdbergerlande 10.
 Schwarz Leopold — Drechslergewerbe — VII., Mariabilferstraße 114.
 Schuppich Franziska — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g W.D. exklusive Billard) — XII., Wilhelmstraße 32.
 Schwach Anton — Zimmermeister — X., Leibnitzgasse 60.
 Singer Emilie — Schul- und Gebetbücher-Verschleiß — II., Blumauer-gasse 25.

Strowan Marie — Viktualien-Verschleiß (Filiale) — II., Prager Reichsstraße 6.
 Smetana Cécilie — Gewerbemäßiger Betrieb einer mechanischen Wäsche-rolle — IX., Fahngasse 34.
 Spitz Eduard — Handelsagent — II., Praterstraße 34.
 Spunner Anna — Verschleiß von Zuckerwaren, Kanditen und Frucht-säften — XIV., Rauchsangtebrergasse 16.
 Stiašny Heinrich — Provisionsagentie — II., Kaiser Josefstraße 14.
 Stiašny Mathilde — Verabreichung von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, sowie von Likören aller Art — II., Kaiser Josefstraße 23.
 Stritar Josef — Braten von Kasanien, Erdäpfeln und Äpfeln — III., Ungargasse, Ecke der Schützengasse.
 Tepera Theresie — Kleidermachergewerbe — X., Bürgerplatz 22.
 Tesák Josef — Herrenkleidermachergewerbe — III., Krieglergasse 3.
 Teuschl Anton — Tischlergewerbe — XII., Bienenotgasse 56.
 Tilger Sophie — Wäschepulverei — X., Schröttergasse 18.
 Utenthaler Ludwig — Fleischfelergergewerbe — X., Quallengasse 215.
 Vymlatil Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Raaberbahngasse 21.
 Vlček August — Wäschepulvergewerbe — X., Wielandgasse 19.
 Wecerz Alfred (Firma Franz Wecerz) — Gemischtwarenhandel — XII., Diefenbachgasse 45.
 Vymlatil Rudolf — Magazin — II., Nidelgasse 6.
 Wáste Anna — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — X., Kolumbusgasse 12.
 Zahlmann Josef — Kistentischlergewerbe (temp.) — II., Große Mohren-gasse 19.
 Zimmermann August Augustus — Pachtweiser Betrieb der Fremden-beherbergung — II., Taborstraße 74.
 Zimmermann Karl — Tapezierergewerbe — V., Wehrgasse 25.

21. Oktober 1904.

Arnsburg Marie — Privat-Zeichnen- und Maltschule — I., Kaiser Ferdinandplatz 2.
 Ástl Ferdinand — Kommissionswarenhandel — I., Viberstraße 3.
 Baumann Marie — Privatlehranstalt für Modistengewerbe — I., Spiegel-gasse 23.
 Bentš Franz — Schuhwaren-Verschleiß — I., Tuchlauben 17.
 Berger Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Salvatorgasse 8.
 Berger Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Lebensmittel — XIV., Märzstraße 33.
 Bettenhausen Jacques — Pachtbetrieb der Buchhandlung des Eduard Hattenberger — I., Tuchlauben 17.
 Fabjan Michael — Kasanienbratergewerbe — I., Weihburggasse 25, Ecke Seilerstätte.
 Gollerstepper Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß von Lebensmitteln (Kleider, Schuhe und Wäsche) — XIV., Hütteldorferstraße 99. (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Sadtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	2061
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 12. Oktober 1904	2061
Bericht über die Stadtrats-Sitzung vom 14. Oktober 1904	2065
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die Festsitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 20. Oktober 1904	2067
Protokoll über die Festsitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom 20. Oktober 1904	2068
Protokoll über die Festsitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 22. Oktober 1904	2068
Protokoll über die Festsitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom 20. Oktober 1904	2068
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionnement:	
Vorkensviehmärkte vom 25. und 27. Oktober 1904	2069
Pferdemarkt vom 25. Oktober 1904	2069
Zug- und Stechviehmarkt vom 27. Oktober 1904	2069
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 24. bis 27. Oktober 1904	2070
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	2070
II. Vergebung der städtischen Arbeiten und Lieferungen	2071
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	2071
Rundmachungen.	
Beilage:	
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderates, Stadtrates und des Magistrates. (X.)	

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Offert-Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingungen u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Angebote sind in der in den Bedingungen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Dem Angebote ist der Empfangsschein über das bei der städtischen Hauptkassa erlegte Badium anzuschließen.

Der Anschluß der Badien an das Offert ist unzulässig und übernimmt die Gemeinde bei Außerachtlassung dieses Verbotes keinerlei Haftung für derart erlegte Badien.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1904.

Tag und Stunde der Offertverhandlung	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. Nov. 11 Uhr	Abteilung III (Mag. = Rat Gross V. Stiege, 2. Stock)	4314	Restauration im Türkenchanz- parke im XIX. Bezirke.	Verpachtung für die Zeit vom 1. Februar 1905 bis 31. Jänner 1910.	— Bedingungen zc. erliegen zur Einsicht in der Magistrats- Abteilung III. 4-5
3. Nov. 12 Uhr	Abteilung IV (Mag. = Rat Dr. E. Schwarz, V. Stiege, 2. Stock)	1973	—	Lieferung von 40 Stück Original- Grafenstadener Zahnstangenwinden mit eisernem Schafte, 5000 kg Tragkraft, 600 mm Höhe, mit Patent-Sicherheitskurbel. Mate- riale: Schmiedeeisen und Stahl.	— Borbemerkung: Muster der angebotenen Winden sind spätestens einen Tag vor der Offertverhand- lung mit dem Namen des Offerenten versehen in der Feuerwehr-Zentrale, I., Am Hof zu hinterlegen. Die Badien sind spätestens einen Tag vor der Ab- haltung der Offertverhand- lung bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen. 2-3
17. Nov. 10 Uhr	Abteilung VI (Mag. = Secr. Schanzler, VI. Stiege, Mezzanin)	3527	Städtisches Materialdepot IX., Elisabethpromenade 23.	Lieferung der bei der Gemeinde- verwaltung während der Jahre 1905 und 1906 benötigten Wachs- windlichter und Pechfackeln mit dem ungefähren Jahresbedarfe von 3000 Stück Wachswind- lichtern, 100 Stück Pechfackeln mit Wachsüberzug und 100 Stück ordinären Pechfackeln.	— 1-3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	N.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
der Offertverhandlung					
31. Oktober 10 Uhr	Abteilung VII (Mag. = Rat Dr. Müchtern, VII. Stiege, 2. Stock)	1192	Neubau eines Hauptunratskanales in der Neuen Weltgasse, zwischen der Eitelberger- und Wenzgasse im XIII. Bezirke.	Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel.	3388 K 42 h 3—3
10. Nov. 10 Uhr	Abteilung X (Mag. = Rat Hulka, III. Stiege, Hochparterre)	5855	Zentral-Friedhof.	Veräußerung von 95 Stück Baumstämmen im Ausmaße von 10 fm und von ungefähr 130 Baumstrünken.	— Borbemerkung: Das Verzeichnis der Baum- stämme, dann die Bedingungen können in der Verwaltungs- kanzlei des Zentral-Fried- hofes eingesehen werden. 2—3
14. Nov. 10 Uhr	detto	5831	Zentral-Friedhof.	Bestellung eines Kontrahenten für das am Zentral-Friedhofe vom 1. Jänner 1905 bis Ende Dezember 1907 benötigte Fuhr- werk.	— Borbemerkung: Die Vorschrift kann in der Verwaltungskanzlei des Zentral-Friedhofes einge- sehen und behoben werden. 2—3
10. Nov. 10 Uhr	Abteilung XV (Mag. = Rat Narožny Neues Rathaus VII. Stiege, 2. Stock)	8405	Doppel-Bürgerschule VI., Hirsch- gasse 18 — Loquaiplatz.	Stukkaturerarbeiten.	6240 K 3—3

D. = Z. 18075/55, 0.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Die Wiener städtischen Straßenbahnen benötigen für das Betriebsjahr 1905 zirka 18.350 Stück Bremsklötze.

Wegen Erlangung von Anboten findet eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung am **Dienstag den 8. November 1904, um 10 Uhr vormittags**, im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV., Favoritenstraße Nr. 9, IV. Stiege, 1. Stock, statt.

Die einschlägigen Zeichnungen und Exemplare dieser Kundmachung können im Kanzlei-Sekretariate der Straßenbahn-Direktion, IV., Favoritenstraße 9, IV. Stiege, 1. Stock, an Werktagen zwischen 8 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags eingesehen werden.

Sie können auch ebenda zum Preise von 10 h bezogen werden.

Zu liefern sind:

1. 1200 Stück Bremsklötze nach Zeichnung A 16.
2. 200 Stück Bremsklötze nach Zeichnung B 111.
3. 300 Stück Bremsklötze nach Zeichnung C 159.
4. 8000 Stück Bremsklötze nach Zeichnung D 295.

5. 1000 Stück Bremsklöße, groß, nach Zeichnung T 906.
6. 1000 Stück Bremsklöße, klein, nach Zeichnung T 906.
7. 5000 Stück Bremsklöße nach Zeichnung a 1112 a.
6. 1500 Stück Bremsklöße nach Zeichnung a 1126.
9. 150 Stück Bremsklöße nach Zeichnung a 1136.

Die Bremsklöße sind aus Gußeisen herzustellen. Der Guß muß genau nach den aufliegenden Zeichnungen ausgeführt, rein und porenfrei sein. Die Schraubenlöcher sind bei jenen Klößen, wo nicht das Gegenteil in der betreffenden Zeichnung verlangt wird, im Guße vorzusehen.

Solche Klöße werden nach Schablonen übernommen und diese dem Ersteller kostenlos von der Werkstätte der städtischen Straßenbahnen über Verlangen abgegeben.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich vor, die Bestellung je nach Bedarf um 50 Prozent zu erhöhen oder zu erniedrigen.

Die Preise verstehen sich frei unserem jeweiligen Bestimmungsort, das ist Magazin oder einem der Betriebsbahnhöfe, für auswärtige Firmen jedoch jedenfalls auf frei Bahnhof Wien.

Die Angebote, welche an die Direktion der städtischen Straßenbahnen einzusenden oder bei der Offertverhandlung zu übergeben sind, müssen in eine Briefhülle verschlossen sein, welche die Aufschrift „Offert auf Bremsklöße“ zu tragen hat.

Das Angebot ist in Form eines Geschäftsbriefes an die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ zu richten und ist nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes stempelfrei.

Vor Überreichung des Angebotes muß ein Badium im Betrage von 5 Prozent der Offertsumme bei unserer Hauptkassa, IV., Favoritenstraße 9, IV. Stiege, Erdgeschoß, erlegt werden, über welchen Erlag sich der Offerent bei der Offertverhandlung ausweisen wolle.

Im Angebote hat sich der Offerent ausdrücklich auf Datum und Zahl dieser Kundmachung zu berufen, die Einsichtnahme in die aufliegenden Zeichnungen und Lieferbedingungen zu bestätigen und sich den in der Kundmachung festgesetzten Bestimmungen zu unterwerfen. Insbesondere wird auf die Bedingungen hinsichtlich des Ortes der Lieferung hingewiesen.

Angebote, welche nach Eröffnung der Offertverhandlung eintreffen, werden nicht berücksichtigt.

Der Offerent bleibt der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ so lange im Worte, bis er von der Entscheidung dieser Firma verständigt ist.

Die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ behält sich die Ratifikation des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter allen Bewerbern, wie auch die Vergebung in Teilmengen vor.

Die für nicht angenommene Offerte erlegten Badien können sogleich nach der Verständigung von der Entscheidung über die Offerte behoben werden.

Für die vertragsmäßige Ausführung der Lieferung haftet der Ersteller mit einem Pfande im Betrage des vorgeschriebenen Badiums, welches in barem Gelde, in Einlagsbüchern der Ersten österreichischen Sparkassa in Wien oder einer Wiener Kommunal-Sparkassa oder in inländischen, pupillarsicheren Wertpapieren zu erlegen ist.

Ein in barem erlegtes Botum oder Pfand wird nicht verzinst. Die Bezahlung der auf Abruf gelieferten Klöße erfolgt binnen 30 Tagen nach jenem Tage, an welchem die in duplo ausgefertigte, mit Postsparkassen-Erlagscheinen versehene Rechnung bei unserem Hauptlager XIV., Schwendergasse 51, eingelangt ist, nach Abzug von 2 Prozent Kassa-Skonto, allenfalls nach drei Monaten Zeit.

Nähere Auskünfte erteilt die Hauptwerkstätte.

In allen aus dem Lieferungsvertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen ausschließlich besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die sachlich zuständigen Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung, Wien, I., Neues Rathaus, ausschließlich zuständig.

Direktion der städtischen Straßenbahnen.

Wien, am 21. Oktober 1904.

Der Direktor:

Spängler.

2-3

Z. 2684 ex 1904.

V.

Kundmachung.

(Politische Begehung.)

Laut Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 21. Oktober 1904, Z. VI-5400, findet über das Projekt der k. k. Staatsbahndirektion Wien für die Verbreiterung der bestehenden 9-46 m weiten Überfahrtsbrücke im Zuge des Rennweges im III. Wiener Gemeindebezirke in km 3-613 der Wiener Verbindungsbahn gegen die Haltestelle „Arsenal“ die politische Begehung und Enteignungsverhandlung am **Montag den 7. November 1904** unter der Leitung des Herrn k. k. Bezirkskommissärs Dr. Manfred v. Viventot statt.

Die Kommissionsmitglieder versammeln sich am obbezeichneten Tage um 9¹/₄ Uhr vormittags vor dem Hause Tatzlgasse 2.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichen Projektshelpe vom 26. Oktober 1904 bis zum Kommissionstage im Stadtbauamte (Neues Rathaus, Mezzanin, Bureau des Baurates Wilhelm) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme ausliegen.

Einwendungen gegen dieses Projekt oder die begehrten Enteignungen oder etwaige Bemerkungen können während der vorbezeichneten Zeit im Bureau des Magistratsrates Dr. Max Weiß, Magistrats-Abteilung V (Neues Rathaus, Mezzanin, Stiege IV) oder bei der Lokalverhandlung schriftlich oder mündlich eingebracht werden.

Vom Wiener Magistrate,

als politischer Behörde I. Instanz,

am 26. Oktober 1904.

1-1

G.-Z. 68649/04.

Kundmachung.

(Jagdverpachtung im Gemeindegebiete des X. Bezirkes.)

Die Jagd auf dem Gemeindejagdgebiete im X. Bezirke, das die in das Wiener Gemeindegebiet einbezogenen Teile von Ober- und Unterlaa umfaßt, wird **Montag den 14. November 1904, 9 Uhr vormittags**, auf 3 Jahre und 11 Monate, das ist für die Zeit vom 1. Februar 1905 bis 1. Jänner 1909, im Wege öffentlicher Versteigerung verpachtet werden.

Ausrufspreis 300 K., zu erlegendes Badium 300 K.

Die Versteigerung wird im Amtszimmer des Bezirksamtsleiters des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk in Wien, X., Gudrunstraße 130, 1. Stock, vorgenommen werden.

Ebendort können die Bedingungen eingesehen werden.

Wenn infolge der endgültigen Entscheidung über etwa noch anhängige Berufungen oder im Sinne weiterer Bestimmungen des Jagdgesetzes für Wien vom 8. Dezember 1902, Landesgesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22 ex 1903, ein Zuwachs oder Abfall an dem Gemeindejagdgebiete eintritt, hat der bei der Versteigerung erzielte Pachtzins eine Erhöhung oder Herabminderung im Verhältnisse des Flächenmaßes des Zuwachses oder Abfalles zu erfahren.

Personen, die gemäß § 40 des Jagdgesetzes von der Erlangung der Jagdkarte ausgeschlossen sind, können als Pächter nicht zugelassen werden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk,

Wien, am 20. Oktober 1904.

Der Bezirksamtsleiter:

Bednar,
Magistratsrat.

2-3

Z. 911 ex 1904.

XIX.

Kundmachung.

Die zur Prüfung der Urliste der Geschwornen für das Jahr 1905 berufene Gemeinde-Kommission hat zufolge Beschlusses vom 26. Oktober 1904 in Ansehung der gegen diese Urliste erhobenen Einsprüche und geltend gemachten Befreiungsgründe nachstehende Entscheidungen getroffen:

I.

Gemäß § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1873, N.-G.-Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten, wurden in die Urliste eingetragen:

Amigo Lazar Abraham, Kaufmann, IX., Grünetorgasse 18;
Schulhof Max, Kontrollor der Nordbahn, II., Darwin-
gasse 11;

Tedesko Salomon, Privatier, IV., Brahmsplatz 3;

dagegen aus derselben gestrichen:

Geipel Gustav, Privatier, Nsch in Böhmen.

II.

Gemäß § 2, al 1 des bezogenen Gesetzes wurden aus der Urliste gestrichen:

Kreideweiß Julius, Repräsentant der Orient-Gesellschaft,
XIII., Maxingstraße 4;

Leitner Florian, Hausbesitzer, XVIII., Staudgasse 69.

III.

Gemäß § 4, al 1 wurden vom Amte eines Geschwornen für immer befreit:

Kalbala Franz, Bürger und Hausbesitzer, XVII., Marien-
gasse 10;

Nagl Karl, Bürger und Hausbesitzer, XVII., Esterlein-
platz 12;

Simonides Franz, Magazinschef, III., Kollergasse 12;

Zaillner v. Zailenthal Anton, Hausbesitzer, XVII.,
Preischgogasse 4.

Beschwerden gegen diese Entscheidungen sind innerhalb dreier Tage nach Mitteilung der Entscheidung beim Magistrate (Abteilung XIX) einzubringen und werden sodann dem Präsidium des k. k. Landesgerichtes in Strassachen in Wien zur Erledigung übermittelt werden.

Vom Wiener Magistrate,

im übertragenen Wirkungskreise,

am 27. Oktober 1904.

1-3

G.-Z. 8816.

Kundmachung.

(Erledigte Lehrstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen:

3 Bürgerschullehrerstellen der I. Fachgruppe,

4 Bürgerschullehrerstellen der II. Fachgruppe,

4 Bürgerschullehrerstellen der III. Fachgruppe,

2 Bürgerschullehrerinstellen der I. Fachgruppe,

4 Bürgerschullehrerinstellen der II. Fachgruppe,

4 Bürgerschullehrerinstellen der III. Fachgruppe,

29 Volksschullehrerstellen,

23 Volksschullehrerinstellen,

35 Unterlehrerstellen,

51 Unterlehrerinstellen,

26 Bezirksaushilfs-Unterlehrerstellen,

7 Bezirksaushilfs-Unterlehrer- oder Bezirksaushilfs-Unter-
lehrerinstellen und

1 Bezirksaushilfs-Unterlehrerinstelle

zur Besetzung.

Termin für das Einlangen der Gesuche **längstens bis ein-
schließlich 11. November 1904.**

Näheres im Amtsblatte der Stadt Wien Nr. 85.

Vom Bezirkschulrate der Stadt Wien,

am 10. Oktober 1904.

Der Vorsitzende-Stellvertreter:

Victorin.

2-2

M. Z. 880 ex 1904.

XIX.

Kundmachung.

(Steuernachlässe.)

Es wird hiemit bekanntgegeben, daß die individuelle Berechnung der für das Jahr 1904 an der staatlichen Grundsteuer mit 15 Prozent und an der staatlichen Hauszinssteuer mit 12½ Prozent entfallenden Steuernachlässe nunmehr für das ganze Gemeindegebiet durchgeführt wurde und daß sohin die Eintragung der Nachlaßbeträge in die Zahlungsaufträge stattfinden kann.

Behufs Eintragung des Nachlasses können die Zahlungsaufträge bei der zuständigen städtischen Steueramts-Abteilung überreicht werden.

Vom Wiener Magistrate,
im übertragenen Wirkungskreise,
am 20. Oktober 1904.

3-3

Z. 5881 ex 1904.

XIII.

Kurrende.

An der Privat-Klavier- und Gesangsschule der Anna Kuf, Wien, IX., Prechtlgasse 1, 3. Stock, Tür 14, sind für das laufende Schuljahr zwei Freiplätze an Kinder von Beamten des Wiener Magistrates, und zwar einer für Klavier und einer für Gesang, zu verleihen.

Zur Aufnahme in den Gesangskurs ist das vollendete 16. Lebensjahr erforderlich.

Gesuche um Verleihung eines solchen Freiplatzes sind bis 7. November 1904 bei der Leitung der Anstalt einzubringen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. Oktober 1904.

2-3

Z. 6194 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Georg Rittmann'sche Stiftung.)

Am 1. Februar 1905 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1700 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alter oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteiligt sind.

Die zum Stiftungsgenuße Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich an einem Werktag vom 2. bis inklusive 21. Jänner 1905 zwischen 10 bis 12 Uhr vormittags ohne Gesuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutzeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechen berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber, in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. Oktober 1904.

2-3

Z. 6262 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Dr. Frix'sche Stipendienstiftung für einen bedürftigen und würdigen Mittelschüler in Wien.)

Aus der Dr. Frix'schen Stipendienstiftung für einen bedürftigen und würdigen Mittelschüler ist vom Beginne des Studienjahres 1904/05 ein Stipendium im Betrage von jährlich 240 K zu verleihen.

Anspruch auf dieses Stipendium hat ein würdiger Schüler eines Gymnasiums, einer Realschule oder eines Realgymnasiums in Wien.

Der Stiftungsgenuß dauert solange, als der Stipendist die betreffende Mittelschule mit gutem Erfolge besucht.

Ein im V. Bezirke Wiens (Margareten) geborener Bewerber soll immer den Vorzug vor den übrigen Bewerbern haben.

Sollte ein im Genuße dieser Stiftung bereits befindlicher Mittelschüler durch Familienverhältnisse gezwungen werden, seine Studien außerhalb Wiens fortzusetzen, so soll er hiedurch des Stipendiums nicht verlustig werden.

Bewerber haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Impfscheine, dem Heimatscheine, einem Armut- oder Mittellofigkeitszeugnisse sowie den Studienzeugnissen belegten Gesuche bis längstens 30. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte, sowie nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Oktober 1904.

1-3

3. 5841 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Theobald Uffenheimer'sche Studentenstiftung.)

Im Studienjahre 1904/05 gelangen vier Theobald Uffenheimer'sche Stiftplätze, und zwar je einer an einen Hörer der medizinischen, der juridischen und der philosophischen Fakultät der k. k. Universität in Wien und an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien mit dem Jahresbetrage von je 270 K für die Dauer eines Jahres zur Verleihung.

Auf Grund der stifterischen Anordnung hat die Verleihung dieser Stiftplätze in diesem Studienjahre derart zu erfolgen, daß sie nur Studierenden der israelitischen Religion verliehen werden.

Bewerber, welche mit dem Stifter verwandt, in Wien zugehörig, oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geboren sind, haben ein Vorrecht.

Die mit dem Geburtscheine, dem Heimatscheine, dem Impfzeugnisse, einem Armut's- oder Mittellosigkeitszeugnisse, dem Nachweise über die Studienerfolge, sowie über die etwaige Verwandtschaft mit dem Stifter belegten Gesuche sind bis längstens 30. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armut'szeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Oktober 1904. 1—3

3. 6200 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Katharina Widhalm'sche Stiftung für Waisen subalternen Beamten und Diener des Wiener Magistrates.)

Aus der Katharina Widhalm'schen Stiftung kommen am 9. Jänner 1905 die Jahresinteressen im Betrage von 200 K an vier Waisen von subalternen Beamten und Dienern des Wiener Magistrates, welche der Unterstützung bedürftig sind, und zwar an zwei Knaben und zwei Mädchen zur Verteilung.

Diejenigen, welche auf den Genuß dieser Stiftung Anspruch machen wollen, haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine des Kindes, dem Heimatscheine, dem letzten Schulausweise, dem Totenscheine des Elternteiles und einem legalen Mittellosigkeitszeugnisse belegten Gesuche längstens bis 20. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1904. 1—3

3. 6201 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Pauline Wismann'sche Stiftung.)

Am 26. Jänner 1905 gelangen die Interessen der Pauline Wismann'schen Stiftung aus dem Jahre 1904 im Betrage von 1773 K an sechs arme Bürgerwitwen, welche in Wien geboren und katholischer Religion sind, zur Verteilung.

Bewerberinnen um eine Beteiligung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein das Bürgerrecht des verstorbenen Gatten nachweisendes Dokument, ihren Tauf- und Trauschein, den Totenschein ihres Gatten und ein legales Armut'szeugnis anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 30. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. Oktober 1904. 1—3

3. 5670 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

Aus den Interessenüberschüssen der Wolfgang Elmaier'schen, Katharina Fazi'schen, Anna Ahlele'schen, Anna Kunig'schen und Niklas Tulferschen Stiftungen der Jahre 1903 und 1904 ist zufolge Erlasses der k. k. n.-b. Statthalterei vom 26. September 1904, 3. V-5670, eine Heiratsausstattung von 211 K 78 h zu verleihen.

Auf diese Ausstattung haben hausarme Jungfrauen Anspruch, wobei arme Jungfrauen aus der Verwandtschaft des im Jahre 1860 verstorbenen Wolfgang Elmaier und seiner Ehegattin, ferner unvernünftige Bürgerstöchter, fromme und arme Waisen, endlich arme Dienstmädchen den Vorzug haben.

Bewerberinnen um diesen Ausstattungsbetrag haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, einem Armut's- und einem Sittenzeugnisse, eventuell mit den Nachweisen über die obige Verwandtschaft oder über den Bürgerstand des Vaters oder mit den Totenscheinen der Eltern oder endlich mit den Dienstzeugnissen belegten Gesuche bis längstens einschließlich 1. Dezember 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,

am 1. Oktober 1904. 1—3

3. 6198 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Marie Freim v. Betsera'sche Stiftung.)

Am 30. Jänner 1905 kommen aus den Interessen der Fräulein Marie Freim v. Betsera'schen Armenstiftung 215 K an zwei unbescholtene Arme der Stadt Wien ohne Unterschied des Standes und der Konfession in der Art zur Verteilung, daß aus diesem Betrage österreichische Achtguldenstücke in Gold angeschafft und diese, sowie der verbleibende Restbetrag zu gleichen Teilen an zwei Bewerber um diese Stiftung gegeben werden.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Nachweis über ihre Zuständigkeit in Wien, ihren Tauf(Geburt)- und Trauschein, die Tauf(Geburt)scheine ihrer Kinder, ein legales Armutszugnis und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit berufen, auch ein armenärztliches Parere hierüber anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 1. Dezember 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Oktober 1904.

1—3

3. 6395 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Johann Leon'sche Stipendien.)

Vom Beginne des Studienjahres 1904/05 an gelangen zwei Johann Leon'sche Stipendien im Betrage von jährlich je 240 K zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stipendien haben vorzügliche Zöglinge der k. k. Akademie der bildenden Künste aus der Abteilung für Historienmalerei, welche innerhalb der Linien Wiens geboren und arm sind, sowie keine oder nur mittellose Eltern haben.

Bei der Verleihung werden die Verwandten des Stifters, des am 31. Mai 1834 verstorbenen Lehrers der Zeichenkunst Johann Leon, unter gleichen Umständen besonders berücksichtigt.

Der Genuß dieses Stipendiums dauert unter der Bedingung, daß gegen den Beteilten rüchftlich seines sittlichen und staatsbürgerlichen Verhaltens keine Klage erhoben wird, durch drei Jahre.

Die mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, dem Impfszeugnisse, einem Armutszugnis oder Mittellosigkeitszeugnisse, dann den Studiennachweisen, eventuell dem Nachweise der Verwandtschaft mit der Familie des Stifters belegten Gesuche sind **bis längstens 10. Dezember 1904** beim Rektorate der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zu überreichen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Oktober 1904.

1—3

3. 6261 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Bürgermeisterstipendien für Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien.)

Aus dem Bürgermeisterstipendienfonde sind zwei Stipendien im Betrage von jährlich je 600 K vom Beginne des Studienjahres 1904/05 an auf Studiendauer zu verleihen.

Bewerber um diese Stipendien müssen nach den Bestimmungen des Siftbriefes

- a) der Gemeinde Wien angehören,
- b) an der k. k. technischen Hochschule in Wien als ordentliche, immatrikulierte Hörer den Studien obliegen und
- c) sich über wahre Dürftigkeit, ein tadelloses sittliches Betragen und eine gute wissenschaftliche Verwendung ausweisen.

Die mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Nachweise der Zuständigkeit nach Wien, dem Impfscheine, einem Armutszugnis oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie den Studiennachweisen belegten Gesuche sind **bis längstens 30. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Nur die mit einem legalen Armutszugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Oktober 1904.

1—3

3. 6249 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Anton Schey'sche Stipendien-Stiftung.)

Vom 1. November 1904 angefangen sind zwei Anton Schey'sche Stipendien im Betrage von je 660 K jährlich an arme, fleißige Hörer der philosophischen Fakultät der k. k. Universität in Wien ohne Unterschied der Konfession zu verleihen.

Der Genuß eines solchen Stipendiums erstreckt sich in der Regel auf die ganze Studiendauer an der obigen Fakultät und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule. Für den Fall, als der Stiffling den Doktorgrad anstrebt, kann der Stipendiengenuß über Ansuchen noch um ein Jahr verlängert werden.

Bewerber haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatscheine, einem Armutszugnis oder Mittellosigkeitszeugnisse, einem Sittenzugnisse und dem Nachweise ihrer Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre, belegten Gesuche **bis längstens 7. Dezember 1904** bei dem Professoren-Kollegium der oben genannten Fakultät einzubringen.

Nur die mit einem legalen Armutszugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Oktober 1904.

1—3

3. 6247 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(S. M. Klinger'sche Stiftung für Kammacher.)

Am 18. April 1905 kommen die Interessen der S. M. Klinger'schen Stiftung im Betrage von 78 K an vier in Wien wohnhafte arme Kammacher zur Verteilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszugnis, den Tauf(Geburt)- und Trauschein, die Tauf-(Geburt)scheine der Gattin und der Kinder, den Heimatschein, endlich den Gewerbeschein und den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 15. Dezember 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. Oktober 1904.

2-3

3. 2453 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Anton Schey'sche Stipendien-Stiftung.)

Vom 1. November 1904 angefangen sind zwei Anton Schey'sche Stipendien im Betrage von je 660 K jährlich an arme, fleißige Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der k. k. Universität in Graz ohne Unterschied der Konfession zu verleihen.

Der Genuß des Stipendiums erstreckt sich in der Regel auf die ganze Studiendauer an der obigen Fakultät und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule. Für den Fall, als der Stiffling den Doktorgrad anstrebt, kann der Stipendiengenuß über Ansuchen noch um ein Jahr verlängert werden.

Bewerber haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Heimatschein, einem Armut- oder Mittellosigkeitszeugnisse, einem Sittenzugnisse und dem Nachweise ihrer Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre, belegten Gesuche bis längstens 7. Dezember 1904 bei dem Professoren-Kollegium der obengenannten Fakultät einzubringen.

Nur die mit einem legalen Armutszugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Oktober 1904.

1-3

3. 6183 ex 1904.

XIII

Kundmachung.

(Ignaz Baum'sche Armenstiftung.)

Am 20. Februar 1905 gelangen die verfügbaren Jahresinteressen der Ignaz Baum'schen Armenstiftung im Betrage von 420 K an zehn unbescholtene, in Wien wohnhafte Arme christlicher Religion zur Verleihung.

Hiebei soll vor allem auf Verwandte des Stifters von väterlicher oder mütterlicher Seite, sodann auf diejenigen, welche zwar in Wien wohnen, jedoch aus der Vaterstadt des Stifters, Bielig, gebürtig sind, endlich auf Verheiratete, mit zahlreichen Kindern Gesegnete, Rücksicht genommen werden.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche, welche mit dem Taufscheine, Heimatscheine, Trauscheine, den Taufscheinen der Kinder, einem legalen Armutszugnisse und einem von der k. k. Polizeidirektion in Wien bestätigten Sittenzugnisse, eventuell mit dem Nachweise über die Verwandtschaft mit dem Stifter belegt sein müssen, längstens bis 10. Dezember 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 12. Oktober 1904.

2-3

3. 6202 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(August Zang'sche Stiftung.)

Am 4. März 1905 gelangen aus den Interessen der August Zang'schen Stiftung für notleidende Kleingewerbetreibende Wiens 4320 K zur Verteilung.

Auf den Genuß dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind, ohne Rücksicht auf ihre Konfession oder Heimatsberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf-(Geburt)scheine ihrer Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Konzeptionsdekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Totenschein des Gatten beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 15. Dezember 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Oktober 1904.

2-3

Z. 6185 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Johann Georg Ertl'sche Stiftung.)

Am 26. Februar 1905 gelangen die für das Jahr 1904 verfügbaren Interessen der Johann Georg Ertl'schen Stiftung im Betrage von 877 K zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben arme, in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt, oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Bewerber um eine Beteiligung aus dieser Stiftung haben ihre Gesuche mit einem legalen Armutszugnisse, einem armenärztlichen Zeugnisse über die Krankheit des betreffenden Familienmitgliedes, dem Tauf(Geburt)- und Trauungsscheine, dem Zuständigkeitsnachweise und den Tauf(Geburt)scheinen ihrer Kinder zu belegen, Witwen haben außerdem noch den Totenschein des verstorbenen Gatten anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 15. Dezember 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1904.

1-3

Z. 6264 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Franz Pretschgo'sche Stiftung.)

Am 1. März 1905 gelangen die Interessen der Franz Pretschgo'schen Stiftung für Arme im ehemaligen Gemeindegebiete von Dornbach im Betrage von 177 K zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben notorisch dürftige, nach Wien zuständige Personen, welche im ehemaligen Gebiete von Dornbach ansässig sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf(Geburt)schein, den Heimatschein und ein legales Armutszugnis über ihre notorische Bedürftigkeit anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 31. Dezember 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. Oktober 1904.

1-3

Ad G. Z. IX-4814 ex 1904.

Kundmachung.

Vom Beginne des Studienjahres 1904/05 an ist ein Franziska Schwarz'sches Stipendium jährlicher 600 K erledigt.

Zu dem Genusse ist ein aus der Freundschaft der im Jahre 1762 in Wien verstorbenen Fleischhauermeisterwitwe Franziska Schwarz, geb. Appel, stammender, der männlichen oder weiblichen Linie der Familie Appel angehöriger, studierender Knabe, dessen Eltern einigermaßen einen Beitrag nötig haben, berufen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Tauf-(Geburts-) und Heimatscheine, dem Impfszeugnisse, dem Mittellosigkeitszeugnisse, den beiden letzten Semestralzeugnissen, sowie mit dem Nachweise der Verwandtschaft belegten Gesuche **bis längstens 15. Jänner 1905** bei dem Wiener Magistrate (Abteilung XIII) zu überreichen.

Hiebei wird bemerkt, daß der Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin nur durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf-(Geburts-)Matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge erbracht werden kann.

In dem Gesuche ist, abgesehen von den Angaben im Armut- oder Mittellosigkeitszeugnisse auch ausdrücklich anzuführen, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums steht oder nicht, bejahendenfalls sind der Jahresbetrag und die Daten des Verleihungsdekretes anzugeben.

Diese Angaben sind vom Studienvorstande nebst der Würdigkeit eigens zu bestätigen.

Von der k. k. u.-ö. Statthalterei.

Wien, am 12. Oktober 1904.

1-3

Z. 6190 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(David Leon Lothringer'sche Stiftung.)

Demnächst gelangen die Interessen der David Leon Lothringer'schen Stiftung für christliche Wohltätigkeitsanstalten aus dem Jahre 1904 im Betrage von 536 K zur Verteilung.

Den Eingaben um eine Beteiligung aus diesen Stiftungsinteressen sind die Statuten und der letzte Rechenschaftsbericht der Anstalt anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **bis 30. November 1904** im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1904.

1-3

3. 5906 ex 1904.

XIII.

Kundmachung.

(Jakob Kuffner'sche Stipendien für Gymnasiasten und Hochschüler aus Döbling.)

Vom Studienjahre 1904/05 an sind vier Jakob Kuffner'sche Stipendien, und zwar zwei im Betrage von jährlich je 200 K an mittellose, vorzügliche Gymnasiasten und zwei im Betrage von jährlich je 300 K an mittellose Hörer einer Wiener Hochschule in der Weise zu verleihen, daß je ein Stipendium einem Gymnasiasten und einem Hochschüler christlichen und einem Gymnasiasten und einem Hochschüler mosaischen Bekenntnisses zukommt.

Anspruch auf diese Stipendien haben, und zwar auf die ersterwähnten nach Wien zuständige mittellose Vorzugsschüler des Gymnasiums in Ober-Döbling oder eines anderen Wiener Gymnasiums, welche früher nach Ober-Döbling zuständig waren, eventuell im XIX. Bezirke geboren oder dort wohnhaft sind; auf die letzterwähnten Stipendien nach Wien zuständige mittellose Hörer einer Wiener Hochschule, welche früher nach Ober-Döbling zuständig waren, eventuell im XIX. Bezirke geboren oder daselbst wohnhaft sind.

Die Stipendien werden auf die gesetzliche Studiendauer, jedoch mit der Bedingung verliehen, daß die Stipendisten in jedem Studienjahre die fortdauernde stiftbrüderliche Eignung nachzuweisen haben.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre mit dem Tauf(Geburt)scheine, dem Nachweise der Zuständigkeit, einem Armut's- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie den Studiennachweisen belegten Gesuche bis längstens 30. November 1904 im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XIII zu überreichen.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armut'szeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 19. Oktober 1904.

1-3

Asphalt-, Gipsdielen-, Korkstein-, Xylolith-
und Teerprodukten-Fabriken

OTTO GRAFE'S NACHFOLGER

Kontrahenten der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

BUREAUS: Wien, II/7, Laborstrasse 64. Telefon Nr. 13.374.

FABRIKEN: Wien, XX, Handelsquai 42 — Graifensteinstrasse 1. Telefon Nr. 18.053.

K. k. priv. Falzziegeldecke.

Älteste, tragfähigste, feuersichere u. billigste Flachgewölbe-Konstruktion.

Prospekte gratis u. franko.

Eduard Schneider, Stadtbaumeister
Wien, XV. Bezirk, Grangasse 5.

Josef Schalhofer
Holzhändler
Lieferant der Kommune Wien.
WIEN,
III., Weissgärberlande 9
nächst der Sophienbrücke.
Grosses Lager von hartem und weichem Brennholz.

Das
k. k. Versteigerungs-Amt
WIEN, I., Dorotheergasse Nr. 17
übernimmt: Hinterlassenschaften, Mobilien aus Übersiedlungen und Gegenstände jeder Art, wie Gemälde, Kunstobjecte, Claviere, Harmoniums, gute Möbel, Decorationsstücke, Wagen u. s. w., mit Ausnahme von neuen Waren
zur Versteigerung.
Anmeldungen täglich von 9 bis 12 Uhr, auch brieflich und telephonisch (Nr. 2916).

Weiches und hartes
Bundholz!
Bestes und billigstes Unterzundmaterial, empfiehlt für Ämter, Schulen, Bureaux, gewerbliche Zwecke und Haushalt

ANTON JOHN
WIEN, XV., Goldschlagstrasse 12.
Telephon 5565. Telephon 5565.
I. Wiener Bundholzhandlung.
Kontrahent der Kommune Wien.

AUFZÜGE und KRAHNE

aus der k. u. k.

Hof-Maschinen- und  Aufzüge-Fabrik

Wien, X., Erlachplatz 4. **A. FREISSLER**, Ingenieur. Budapest, VI., Davidgasse 2.

Befasst sich seit 35 Jahren ausschließlich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen und Krahn nach eigener, bewährter Construction.

Zur kulanten Besorgung aller im
Kursblatte
notierten
Effekten und Valuten
bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.